



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

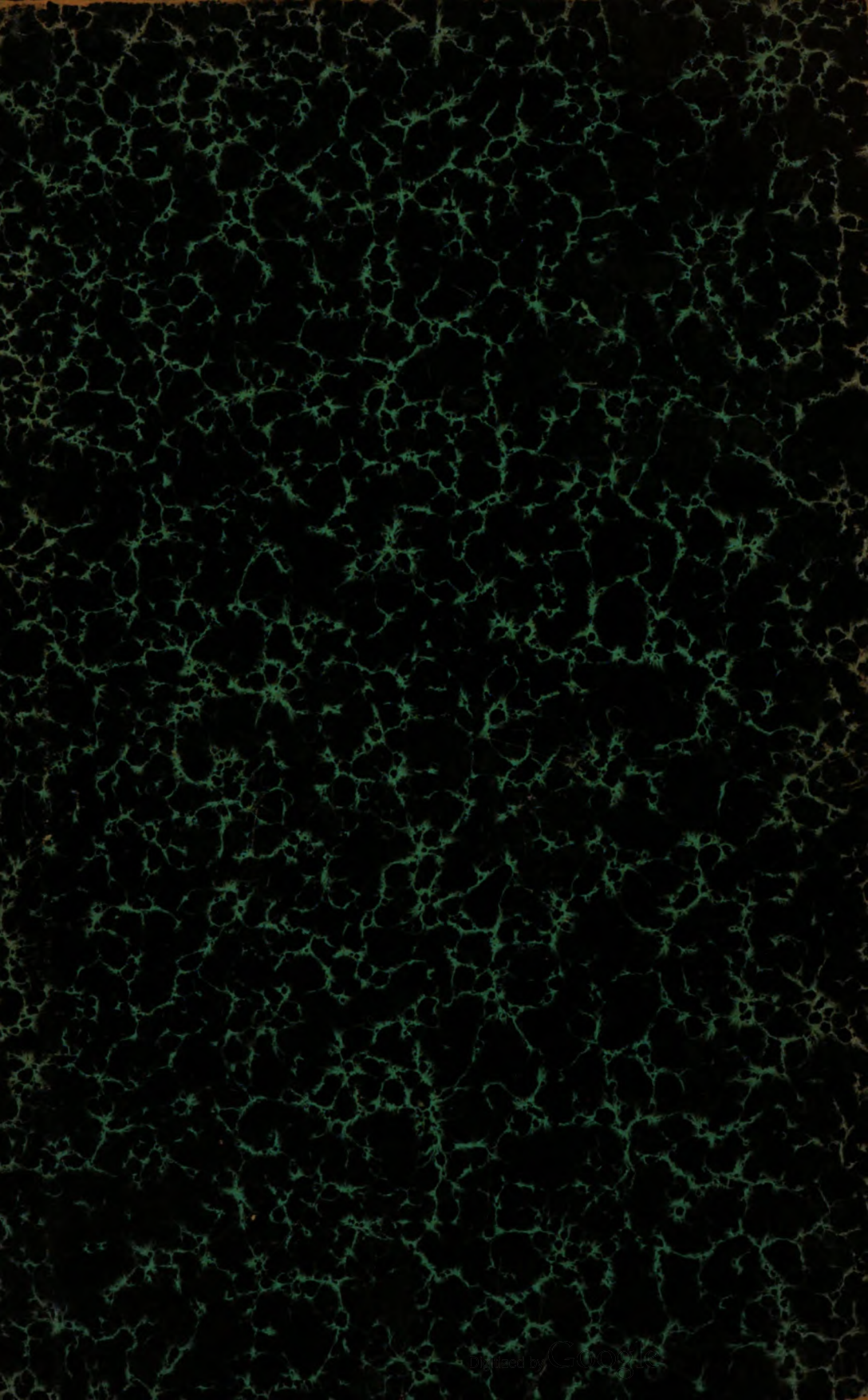
Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.





Class.....**325.343**.....

Book.....**K811**.....
Y.15

Acc.....**391561**.....

UNIVERSITY OF IOWA



3 1858 045 162 694

Gal
93

Koloniale Monatsblätter

Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und
Kolonialwirtschaft

Herausgegeben

von der Deutschen Kolonialgesellschaft, Berlin W 35

Verantwortlicher Schriftleiter Hubert Henoch

15. Jahrgang * 1913



Verlag der Deutschen Kolonialgesellschaft, Berlin W 35

Inhalts-Verzeichnis.

Veröffentlichte Artikel.

Allgemeines.

- Der Alkohol in Deutsch-Afrika, Dr. Warnack 272.
Die Aufgaben des kolonialen Maschinenbaues, Ingenieur Goldberg 156.
Aus der katholischen Mission, Pater Schwager 111.
Botschafter a. D. v. Holleben † 49.
Deutschlands kolonial-landwirtschaftliche Maschinenindustrie, Ing. Goldberg 326.
Ein Eisenbahnbauprogramm für unsere afrikanischen Kolonien, Oberleutnant Kolbe 257.
Zur Entwicklung deutscher Seeschifffahrt, insbesondere der Hamburg-Amerika Linie, H. Henoch 334.
Erwerbsgesellschaften in den Kolonien 48.
Flugwesen und Automobil in den deutschen Kolonien, Ingenieur G. Goldberg 27.
Zur Frauenfrage in den deutschen Kolonien, Regierungsarzt Dr. Rütz 61.
Zum Kapitel „Trockenfarmen“, H. Hartert 455.
Die Krisis auf dem Kautschukweltmarkt, Privatdozent Dr. Zadow 532.
Koloniale Schiffsfahrtsprobleme, Ingenieur Goldberg 376.
Die kolonialwirtschaftliche Ausstellung in Straßburg, Prof. Dr. GOLF 389.
Die Laufbahn der deutschen Kolonialbeamten, L. Högrefe 121.
Die Literatur über deutsche Kolonialsprachen im Jahre 1912, Dr. Dempwolff 205, 251.
Die militärische Sicherung der deutschen Kolonien, Generalleutnant z. D. v. Keller I, 68, 144.
Die Möglichkeit einer deutsch-innereafrikanischen Luftflotten-Station, Oberst z. D. v. Dewitz 247.
Mutterland und Kolonie, Carl Schlettwein 397.
Neue Forschungen über Groß-Friedrichsburg, Ehr. Voigt 289, 355.
Die neue Kolonialbahn-Verkehrsordnung für unsere afrikanischen Schutzgebiete, Geh. Oberbaurat Baltzer 385.
Noch einmal über die Alkoholfrage in den Kolonien, Dr. Warnack 372.
Öffentliche Arbeiten und Bauten in unseren Schutzgebieten während des letzten Berichtsjahres, Ingenieur Goldberg 448.

- Statistik der farbigen Bevölkerung von Deutsch-Afrika, Dr. Hermann 513.
Ueber die Bedeutung der Tuberkulose bei den Naturvölkern, Prof. Ziemann 546.
Unsere Eingeborenen, Hauptmann a. D. Leue 362.
Vertreter der Kolonien im Reichstage, Regierungsrat Zache 50.
Die Wirtschaftlichkeit unserer kolonialen Eisenbahnen, H. Henoch 458.

Togo.

- Fischverwertung und Fleischversorgung an der Westküste Afrikas, Prof. Dr. Ziemann 113.
Wirtschaftliche Grundlagen und Ausichten der Togokolonie, Direktor Hupfeld 161, 236.

Kamerun.

- Zur Ausführung des deutsch-französischen Abkommens über die beiderseitigen Besitzungen in Äquatorial-Afrika, Wirtl. Geh. Legationsrat v. König 10.
Die Brücke über den Sanaga-Südarim im Zuge der Kameruner Mittellandbahn, Geh. Oberbaurat Baltzer 22.
Flußschifffahrt in Kamerun, Major a. D. Haering 429.
Die Pangwe, Hauptmann Dr. Weiß 421.

Deutsch-Südwestafrika.

- Auflaste zum südwestafrikanischen Landesrat, R. Kindt 212.
Die Bedeutung der Windturbine für Deutsch-Südwestafrika, Ingenieur Goldberg 229.
Deutsch-Südwestafrika im Lichte der Statistik, H. Henoch 233.
Deutsch-Südwestafrikas Entwicklungsmöglichkeiten, Geh. Oberregierungsrat Dr. Meyer-Gerhard 209.
Evangelisch-kirchliches Leben in Südwestafrika, Pastor Liz. Anz 222.
Die katholische Mission in Deutsch-Südwestafrika, Dr. Pietzsch 225.
Die Kosten ständiger und periodischer Bewässerung in Deutsch-Südwest und anderswo, Farmer Gessert 219.
Schafzucht und Wollproduktion in Südwest- und Ostafrika, Prof. Dr. GOLF 75.
Die Straußenzucht und ihre Ausichten in Südwestafrika, Carl Schlettwein 316.

Taschenbuch für Südwestafrika 1914
(Buchbesprechung) 512.
Trockenfarmerei und Masseneinwanderung
in Deutsch-Südwest, Farmer Gessert 107.

Deutsch-Ostafrika.

Aus dem ostafrikanischen Gouvernements-
rat, Dr. Karstedt 435.
Beiträge zur Sinderfrage in Deutsch-
Ostafrika, Dr. Karstedt 337.
Ein englisches Urteil über die deutsch-ost-
afrikanischen Regierungsschulen, Schul-
inspektor a. D. Blank 170.
Die evangelische Mission in Deutsch-Ost-
afrika, Geh. Konsistorialrat Mirbt 108.
Gegenwärtiges und Zukünftiges vom
Tanganikasee, Dr. Karstedt 487.
Ueber den Kivu-See und die angrenzen-
den Gebiete, Dr. Hennings 283.
Zur wirtschaftlichen Krise am Kiliman-
dscharo, Dr. E. Th. Förster 417.

Kiautschou.

Die Stadtanlage von Tsingtau, Marine-
baurat Böckmann 465.
Sunjatsens Pläne für die zukünftige
Gestaltung des chinesischen Eisenbahn-
netzes, Hauptmann Kolshorn 321.
Unsere Eisenbahninteressen in Schantung,
Amtsgerichtsrat Dr. Beyme 174.
Ueber Wirtschaft und Verkehr in der
Provinz Schantung, Marinebaurat
Böckmann 87, 126.

Englische Kolonien.

Aus den Erlebnissen eines englischen
Offiziers in dem Kriege gegen Haider
Ali und die Franzosen in Indien
(1780—1784), Oberregierungsrat Dr.
Jacobi 38.

Die Ansiedlungsversuche mit betriebsferti-
gen Farmen in Kanada, Dr. Hänisch 379.
Die Goldausbeute des Witwaterrandes,
Dr. Kleinkem 196.
Der Handel der südafrikanischen Union,
Kl. 463.
Die indische Einwanderung in Britisch-
Südafrika, Prosper Müllendorff 446.
Rhodesia, Prof. Dr. Giese 198.
Ueber England und die englischen Kolo-
nien, Dr. Hennings 99.
Die wirtschaftliche und verkehrsgeogra-
phische Bedeutung der südafrikanischen
Rohle, Dr. H. Kleinkem-Johannesburg
570.

Französische Kolonien.

Frankreich im Norden des Schadssee,
Oberstleutnant J. D. Hübner 32.
Zur Geschichte der französischen Kolonien
in Nordafrika, W. Roß 200.
Madagaskars neuere Entwicklung, Dr.
v. Ollech 438.
Die Sahara, die Schwierigkeiten einer
Transsaharabahn und der Plan einer
französischen Transafrikabahn, Oberst-
leutnant J. D. Hübner 498.
Die Wallisinseln, H. Henoch 509.

Verschiedenes.

Amerikanische Kolonialpolitik, Louis
Biereck 182, 285, 297, 404, 556.
Das heutige portugiesische Kolonialreich,
Konsul Singelmann 332.
Italienische Kolonien, Oberregierungsrat
Dr. Jacobi 402.
Von der italienischen Kolonialpolitik,
Oberregierungsrat Dr. Jacobi 153.
Wirtschaftliches aus dem spanischen und
portugiesischen Kolonialbesitz, Konsul
Singelmann 191.

Verfasser.

Alnz, Pastor Liz. 222.
Balzer, F., Geh. Oberbaurat 27, 385.
Beyme, Dr., Amtsgerichtsrat 174.
Blank, Kaiserlicher Schulinspektor a. D.
170.
Böckmann, Marinebaurat 87, 126, 465.
Dempwolff, Otto, Dr., Oberstabsarzt
a. D. 205, 251.
Dewitz, v., Oberst J. D. 247.
Förster, E. Th., Dr., Pflanze aus
Deutsch-Ostafrika 417.
Gessert, Ferdinand, Farmer, Sandver-
har in Deutsch-Südwestafrika 107, 219.
Giese, Friedr., Prof. Dr., Posen 198.
Golf, Al., Prof. Dr., Leipzig 75, 389.

Goldberg, G., Ingenieur, Lichterfelde-
Berlin 27, 156, 229, 326, 376, 448.
Hänisch, Felix, Dr., Leipzig 379.
Haering, Major a. D., Charlotten-
burg 429.
Hartert, H., Marburg a. L. 455.
Hennings, E. R., Dr., London 99, 283.
Henoch, Hubert, Schriftleiter, Berlin-
Steglitz 233, 334, 458, 509, 512.
Hermann, R., Dr., Weilheim 513.
Hogrefe, L. 121.
Hübner, Oberstl. J. D., Riesai. G. 32, 498.
Hupfeld, Fr., Direktor 161, 236.
Jacobi, Oberregierungsrat, Dr., Arn-
berg 38, 153, 402.

Karstedt, Dr., Bezirksamtman a. D.,
Berlin-Steglitz 337, 435, 487.
Keller, v., Generalleutnant a. D. 1, 68, 144.
Kindt, Rudolf, Chefredakteur, Windhuf
212.
Kleinkemm, S., Dr., Johannesburg
(Südafrika) 196, 463, 570.
Kolbe, Franz, Oberleutnant a. D.,
Schöneberg-Berlin 257.
Kolschorn, Hauptmann, Berlin 321.
König, B. v., Wirtl. Geh. Legationsrat
a. D., Berlin-Schlachtensee 10.
Külz, L., Regierungsarzt, Dr. 61.
Leue, A., Hauptmann a. D. 362.
Meyer-Gerhard, Geheimer Ober-Reg.-
Rat, Vortragender Rat im Reichs-
kolonialamt 209.
Mibt, Karl, Geh. Konsistorialrat,
Göttingen 108.

Müllendorff, Redakteur, Köln 446.
Ollech, v., Dr., Berlin-Steglitz 438.
Pietsch, J., Dr. 225.
Roh, W. 200.
Schlettwein, Carl, Farmer, Warmbad-
Nord (Deutsch-Südwestafrika) 316, 397.
Schwager, Friedrich, Pater 111.
Singelmann, Konful, Braunschweig
191, 332.
Viereck, Louis, Berlin-Friedenau 182,
285, 297, 404.
Voigt, Christoph, Berlin 289, 355.
Warnack, Dr., Berlin 272.
Weiß, Hauptmann, Dr., Berlin 421.
Zache, Hans, Kaiserl. Reg.-Rat u. Be-
zirkshauptmann a. D., Hamburg 50.
Zadow, Dr., Greifswald 532.
Ziemann, S., Prof., Generaloberarzt
a. D., Berlin 113, 546.

Abbildungen.

Arbeiten mit der Walze (Kiautschou) 93.
Befestigte Furt bei Tsingtau 134.
Bräutfräule in Schantung 136.
Brücke über den Sanaa-Südbach 24, 25.
Chinesische Dschunke 127.
Chinesische Mauer 133.
Chinesischer Pflug 92.
Chinesische Sämaschine 92.
Chinesischer Sampan 128.
Chinesische Sänfte 136.
Dorotheenschanze (nach W. Bosman) 295.
Egge der Chinesen 92.
Eine mit Platten befestigte Straße 132.
Eingeborenentähne auf einem Nebenfluß
des Rampo in Neukamerun 424.
Einradkarre für Personen in Kiautschou 137.
Enthüllen und Sortieren von Erdnüssen 95.
Eselmühle für Getreide in China 93.
Fang-Frauen mit Venenholz von den
Pflanzungen zurückkehrend 428.
Fang-Jünglinge aus Neukamerun 422.
Fang-Mädchen aus Allen 425.
Fischfang der Eingeborenen 430.
Fort Groß-Friedrichsburg (nach Barbot)
291.
Fort Groß-Friedrichsburg (n. Barbot) 293.
Fort Groß-Friedrichsburg (nach W. Bos-
man) 294.
Groß-Friedrichsburg (aus Groeben „Gui-
neische Schifffahrt“) 357.

Hof einer Herberge bei Tsingtau 140.
Karre mit Reisegepäck (China) 137.
Karren fahren neben einer beschädigten
Brücke durch das Flußbett 134.
Karren unter Segel (Kiautschou) 138.
Lastkarren der Chinesen 138, 139.
Lebensmittelverkauf an der Tientsin-
Pufow-Bahn 141.
Mann aus Bebai 423.
Pangwe-Dorf aus Spanisch-Guinea 429.
Petroleumtins als Gebrauchsgefäße 98.
Ponyreiter 137.
Posten der Bahnschutzwache 141.
Reisekarren in China 135.
Schluchtenbildung im aufgeschwemmten
Boden 469.
Schmiede in Bebai. Gewonnenes Eisen
nach Abbruch des Schmelzofens 431.
Senkfaßen eines Strompfeilers 142.
Sitz des Mafu 135.
Straßenbild aus einer kleinen chinesischen
Stadt 477.
Strohbootenballen 97.
Strohbootenflechten in Kiautschou 97.
Terrassenacker im Gebirge 91.
Türstück eines Wohnhauses in Olanga
(Südamerun) 426.
Versammlungshaus eines Neukameruner
Mum-Dorfes 427.
Zementtransport 138.

Karten- und Kartenskizzen.

Afrikanische Ueberlandbahnen 501.
Frankreich im Norden des Eischadsees 34.
Garnisonkarte von Kamerun 147.
Garnisonkarte von Deutsch-Ostafrika 148.
Garnisonkarte v. Deutsch-Südwestafrika 72.

Kamerun mit den Neu-Erwerbungen 8.
Lageplan von Tsingtau 467.
Stadtanlage von Tsingtau 473.
Skizze von Schantung 90.
Uebersichtskarte über den Tanganjika 489.

Koloniale Monatsblätter

Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft

Nr. 1

Januar 1913

15. Jahrgang

Die militärische Sicherung der deutschen Kolonien.

Von Generalleutnant z. D. v. Keller-München.

I.

Tätigkeit des Mutterlandes.

Die Sicherheit der Kolonien stützt sich einerseits auf die eigene Kraft der Kolonien, andererseits auf die Hilfe, die das Mutterland bringen kann.

Daraus ergibt sich die Forderung, daß jede Kolonie mit eigener Kraft ihren Besitzstand, oder doch mindestens ihre Landungspunkte so lange zu behaupten vermöge, bis die Hilfe des Mutterlandes eingreifen kann. Dies bildet den Maßstab für die innere Verteidigungskraft jeder Kolonie.

Die Hilfe des Mutterlandes kann gebracht werden entweder ausschließlich durch die Kriegsmarine mit oder ohne Beigabe von Marineinfanterie, oder durch eine eigens gebildete Expeditionstruppe, die — mit oder ohne Schutz von Kriegsschiffen — auf Transportschiffen herangebracht wird.

Auf den Schutz der Kriegsmarine sind unsere weitentlegenen Inselgebiete im Stillen Ozean angewiesen, die weniger einer der Zahl nach starken, als einer baldigen Unterstützung bedürfen.

Dagegen werden unsere größeren, stärker bevölkerten Landgebiete — Kiautschou, Neuguinea, Kaiser-Wilhelms-Land und insbesondere unsere afrikanischen Kolonien sich schwereren Gefährdungen gegenüber nicht ohne Unterstützung durch mutterländische Kräfte behaupten können.

Erscheint dieser allgemeinen Betrachtung nach die Organisation und Bereithaltung eines Expeditionskorps für die Kolonien als ein wesentliches Erfordernis ihrer Sicherheit, so erfährt dieses Ergebnis in der Praxis sofort eine sehr erhebliche Einschränkung durch den Umstand, daß die Ausfendung des Expeditionskorps von der Freiheit des Seeweges abhängig ist. Es scheiden also aus den Verwendungsfällen des Expeditionskorps von vornherein aus:

Angriffe europäischer mit Deutschland in Krieg befindlicher Mächte über See oder von ihren angrenzenden Kolonien aus, und Aufstände, welche durch einen europäischen Krieg — d. h. durch die dadurch hervorgerufene Unterbindung des Seeverkehrs mit dem Mutterlande — entsefelt werden.

In beiden Fällen wird über das schließliche Schicksal der Kolonien auf dem europäischen Kriegsschauplatz entschieden werden, in beiden Fällen aber sind die Kolonien zur Abwehr schwerer Schädigungen und zur Wahrung der vaterländischen Waffenehre ausschließlich auf ihre eigenen Kräfte angewiesen.

Es bleiben also als Verwendungsfälle für ein Expeditionskorps, und zwar wieder nur unter der Voraussetzung der Freiheit des Seeweges, Vergeltungs- oder Eroberungsunternehmungen nach überseeischen Ländern (3. B. ostasiatische Expedition 1900) und Aufstände von Eingeborenen, zu deren Unterdrückung die eigenen Kräfte der Kolonie nicht ausreichen. Unternehmungen ersterer Art dürfen aus gegenwärtiger Betrachtung auscheiden. Sie sind überdies nach Art, Kräfteaufwand, politischen Verhältnissen usw. zu schwer im Voraus zu bestimmen, um darauf eine stehende Organisation gründen zu können; eine solche würde schließlich doch nie auf den Wirklichkeitsfall passen. Sorgfältige planmäßige Ermittlungen und Vorarbeiten werden dem Zwecke genügen.

Von den Unternehmungen zur Unterdrückung von Eingeborenenaufständen scheiden wieder jene kleineren aus, welche durch die Marine allein unterdrückt werden können (Samoa 1909, Ponape 1910). Sie bedürfen keiner Sonderorganisation.

Bei den übrigen Expeditionen dieser Art kann es von hoher, mitunter entscheidender Bedeutung sein, daß man nicht unvorbereitet an sie herantrete. Die Raschheit des Eingreifens, welche bestimmend ist für die Zeitdauer, auf welche die Kolonie auf die eigene Kraft angewiesen bleibt, ist von verschiedenen Umständen abhängig. Vor allem von der Schnelligkeit, mit welcher der Ruf nach Hilfe in das Mutterland gelangt, dann von dem Zeitbedarf, welchen die Zusammenstellung, Ausrüstung und Einschiffung des Expeditionskorps erfordert; ferner von der Dauer des Seetransports, der Schnelligkeit der Aus-schiffung und endlich von der zur Erreichung des Verwendungsortes erforderlichen Zeit.

Unter diesen Faktoren spielt die Vorbereitung der Organisation, Ausrüstung und Einschiffung des Expeditionskorps, d. h. also die vorbereitende Tätigkeit des Mutterlandes gewiß eine bedeutende Rolle. Wir haben 1900 am ostasiatischen Expeditionskorps, 1904–06 beim Aufstand in Südwestafrika, wohl zu Genüge Erfahrungen darüber gemacht, welche ungeheuren, Zeit und Geld verschlingenden Reibungen entstehen, und noch größer wären die Verlegenheiten geworden, wenn der ostafrikanische Aufstand nicht von der Schutztruppe niedergeschlagen worden wäre, sondern stärkere Aufwendungen erfordert hätte, als die (einem Fehlschlag ziemlich nahekommende) Einsendung von ein paar Kompagnien Marine-Infanterie. Darum hat sich damals ein allgemeiner Ruf erhoben nach einer Sonderorganisation im Mutterlande, die man, je nach Bescheidenheit, Kolonialtruppe, Expeditionskorps oder gar Kolonialarmee nannte.

Und doch muß dabei im Auge behalten werden, daß es nicht eigentlich der Mangel an einer bereits organisierten Truppe war, der die Schwierigkeiten schuf. Hätte eine solche schon früher bestanden, wer weiß, ob sie 1900 ohne weiteres für die ostasiatische Expedition brauchbar gewesen wäre. Und das ostasiatische Expeditionskorps wäre, so wie es tatsächlich organisiert wurde, für den südwestafrikanischen Kriegsschauplatz sehr wenig, für den ostafrikanischen gar

weßafrikanischen Kriegsschauplatz sehr wenig, für den ostafrikanischen gar nicht verwendbar gewesen. Es war vielmehr der Mangel an jeder Vorbereitung selbst in den fundamentalen Fragen. Die Truppe hätte sich schaffen lassen in der Zeit, die unvermeidlich aufzuwenden war zur Zusammenbringung und Einrichtung der Transportschiffe, aber ihre Ausstattung mit Bekleidung, Bewaffnung und Ausrüstung, mit Verpflegungs-, Sanitäts-, Munitionsanstalten, die zweckmäßigste Art der Verladung in die Schiffe und die Entladung war so wenig vorbereitet und vorbedacht, daß sie nur mit großem Zeitaufwande und mancherlei Fehlgriffen vor sich ging. Eine Besserung in diesem Sinne ist möglich und notwendig. Sie liegt im gründlichen Vorstudium aller in Betracht kommenden Verhältnisse, der Niederlegung der Ergebnisse in besonderen Denkschriften, in der Aufstellung einer Art von Mobilmachungsplan und in der vorsorglichen Bereitlegung jener Gegenstände, deren rechtzeitige Beschaffung im Bedarfsfalle unmöglich sein sollte. —

Nicht minder bedeutend ist die Vorbereitung in der Kolonie zur Verberufung und zum Empfang der heimatischen Verstärkung, im wesentlichen also die telegraphischen Verbindungen innerhalb der Kolonie und der Kolonie mit dem Mutterlande, sowie der Stand der Ausschiffsungsanstalten und der Verkehrsmittel vom Landungs- zum Verwendungsorte. Nach dem jetzigen Stande der telegraphischen Verbindungen ist eine rasche Meldung ausbrechender Aufstände noch keineswegs genügend gewährleistet. Nur in Südwestafrika stehen sämtliche Bezirks- und selbständigen Distriktsämter mit dem Gouvernement in telegraphischer Verbindung, in Togo ist dies fast durchweg, in Ostafrika größtenteils der Fall, immerhin aber noch nicht bei acht Stationen des Westens und Südens. Sehr zurückgeblieben ist das Telegraphennetz in Kamerun, es reicht nicht weiter als bis Tschang und Jaunde, der ganze mittlere Teil, ganz Adamaua und die Tsadseeländer werden nicht davon berührt. Bei Ostafrika kann es, bei Kamerun wird es sehr lange dauern, bis der Ausbruch eines Aufstandes dem Gouverneur gemeldet ist. Am schlimmsten ist es in Neuguinea, hier fehlt es nicht nur an Ueberlandverbindungen in den größeren Landkomplexen, sondern auch an jeder Kabelverbindung zwischen den einzelnen Inselgruppen. Hier ist die Nachrichtenübermittlung auf den Schiffsverkehr angewiesen, so daß es vom 18. Oktober 1910 — der Ermordung des Bezirksamtmanns Böder auf Bonape — bis zum 8. Januar 1911 dauerte, bis das von der ostasiatischen Station herbeigerufene Geschwader eintreffen konnte.

Auch die Landungshäfen in den Kolonien sind nicht auf Ausschiffung größerer Truppensendungen eingerichtet. Sie genügen eben dem Bedürfnisse des Handels. Eigentliche Häfen, in welchen große Schiffe an Dämmen anlegen und mit festen Kränen ausladen können, bestehen zurzeit noch nirgends als in Tsingtau und im Simpsonhafen (Neuguinea); in Duala wird in Zusammenhang mit den dortigen Ausgangsbahnhöfen in bemessener Zeit ein Hafendamm entstehen; sonst muß überall auf der Reede geankert, Mannschaften

Pferde und Ladung müssen auf Leichterboote umgeladen werden. Für den Transport ins Innere des Landes bestehen Eisenbahnen in Togo und Südwestafrika zur Genüge, in Ostafrika nur im nördlichen und mittleren Teil, der Süden ermangelt solcher ganz. Am schlimmsten steht es damit in Kamerun; die einzige kurzzeit landeinwärtsgehende Bahn endigt bereits am Manenguba-gebirge, die im Bau befindliche Mittellandbahn wird die Stationen Edea und Jaunde mit dem Hafen Duala verbinden, weiteres Vordringen ist auf Fußwege — oft schlimmster Art — verwiesen. Der Niger-Venuëweg nach Garua, durch die Niger-Äfte dem Handelsverkehr geöffnet, ist für Kriegstransporte nicht benutzbar. So ist innerhalb jeder Kolonie durch die Verkehrsverhältnisse eine Gliederung geschaffen, in Gebiete, welche von europäischer Hilfe frühzeitiger oder erst nach langer Zeit, mit geringeren oder mit größeren Schwierigkeiten erreicht werden können. Je später erst auf das Eintreffen eines Expeditionskorps gerechnet werden kann, desto notwendiger ist das Aufstandsgebiet auf die eigenen, sowie auf das Einschreiten der Kräfte, die dorthin aus den übrigen Teilen der Kolonie herangezogen werden können, angewiesen.

Dies gibt eine allgemeine Richtschnur für die örtliche Verteilung der Stationsbesatzungen. Einer Eisenbahn oder einer mit zahlreicheren Dampfschiffen befahrenen Seestrecke entlang können die Besatzungen weiter auseinanderliegen als in verkehrsarmen Gebieten.

Nun ist aber Herankommen und Verwendung eines Expeditionskorps noch wesentlich beeinflusst durch das Klima. In unseren tropischen Kolonien können europäische Truppen ohne die Gefahr allzusehnlichen Aufbrauchs kriegerisch nur verwendet werden:

- a) wenn die Mannschaften sehr sorgfältig ausgewählt sind,
- b) wenn sie kein Gepäck tragen, d. h., wenn ihnen reichliche, wohlorganisierte Trägerkolonnen beigegeben werden können,
- c) wenn sie nur kleine Tagesmärsche zu machen haben,
- d) wenn sie von einem gut eingerichteten Sanitätsdienst begleitet und
- e) wenn die Operationslinien auf das Sorgfältigste eingerichtet sind und
- f) auf diesen ein ununterbrochener Nachschub stattfindet.

Andernfalls werden die europäischen Truppen in Wälder versagen oder ungeheure Verluste erleiden.

Mustergiltig waren in diesen Beziehungen der Dahomeyfeldzug Wolseleys und der Endanfeldzug Ritscheners angelegt.

Die Verwendung europäischer Truppen in geschlossenen Verbänden setzt eine Eisenbahnverbindung mit der Küste als unerlässliche Vorbedingung voraus. Weiße Truppen werden sich in erster Linie und am ergiebigsten nützlich erweisen in der Besetzung von Stationen, aus denen sie die schwarzen Besatzungen für mobile Verwendung frei machen. Aber auch diese Verwendung ist auf längere Dauer nur möglich in hochgelegenen malariafreien Standorten; im tropischen Flachlande wird sie nur eine zeitlich vorübergehende sein. Außerdem werden in kleinerem Umfang weiße Truppen heranzuziehen sein

zur Verstärkung schwarzer, mit Maschinengewehren und Geschützen, sowie zur Verstärkung ihrer weißen Chargen.

Zur Vorbereitung solcher Expeditionen bedarf es — abgesehen von der Marineinfanterie, welche die natürliche erste Quelle des Mannschaftsbedarfes bildet — einer besonderen Friedensorganisation nicht. Im Mutterlande genügt eine fortgesetzte gesundheitliche Auslese in der Marineinfanterie und das Vorgemerkthalten von Leuten aus anderen Truppenteilen, sowie die Bereitstellung bemessener Vorräte an Tropenkleidung, Ausrüstung und Bewaffnung, ferner die Vorbereitung für die bedarfsgemäße Zusammenstellung der ärztlichen, truppenhygienischen und technischen Ausstattungen. Besondere Bereitstellungen in dieser Hinsicht werden, — da die Auffrischung im Mutterlande schwierig — auf die Gegenstände zu beschränken sein, welche nicht sofort im Wandel erhältlich sind, hinsichtlich der übrigen genügt die fortgesetzte Verfolgung der Neuerungen und die Vormerkung der Bezugsquellen. Ein kleiner Mobilmachungsplan für die Aufstellung einiger Kompagnien würde alljährlich zu bearbeiten und bei den dabei beteiligten Stellen niederzulegen sein.

Auch in den Kolonien sind, außer der Fürsorge für die eigenen Verteidigungskräfte gewisse Vorbereitungen zum Empfange mutterländischer Verstärkungen nötig. Dazu zählt die Prüfung der vorhandenen Landungsplätze auf ihre Brauchbarkeit für Auschiffung von Truppen, die Bearbeitung der Einrichtung der Etappen auf den Verbindungslinien nach den verschiedenen Stationen, die an den Eisenbahnen und Telegraphen für den Kriegsgebrauch erforderlichen Vorkehrungen, die Organisation von Trägerkolonnen, die Befestigung und Wohnhafterhaltung der Stationen und Etappenplätze, die Bereithaltung von Vorräten an Lebensmitteln, Waffen, Munition, ärztlicher Ausrüstung, an Kohlen für die Eisenbahnen und Dampfschiffe, Auswahl von Dolmetschern und Dienern. Auch hier bedarf es der wirklichen Bereithaltung nur hinsichtlich jener Dinge, welche nicht in der Kolonie selbst innerhalb der zur Heranführung des Expeditionskorps nötigen Zeit beigebracht oder von letzterem selbst mitgebracht werden können.

Eine besondere Förderung der Tätigkeit einer weißen Expeditionstruppe bestände in der Bereithaltung eines weißen Stammverbandes in jeder Kolonie, aus welchem jeder Expeditionskompagnie einige landeskundige Dienstgrade beigegeben werden könnten. Da diese Art von Vorbereitung — in erweitertem Umfange — bei den eigenen Verteidigungseinrichtungen der Tropengebiete wieder auftritt, wird sie dort zur Erörterung kommen.

Für Bekämpfung eines Aufstandes in einer Tropenkolonie kann auch die Entsendung schwarzer Truppen aus anderen Tropenkolonien in Frage kommen. Es hätte dies den Vorteil, daß die herangezogenen Verstärkungen landfremd, d. h. von besonderer Verlässlichkeit und daß sie akklimatisiert sind. Aber diesem Hilfsmittel sind sehr enge Grenzen gezogen. In erster Linie ist, da der Landweg überhaupt ausgeschlossen, die Freiheit des Seeweges auch hier Voraussetzung. Dann kann weder Kamerun noch Ostafrika aus seiner auf den

eigenen Bedarf knappest bemessenen Schutztruppe überhaupt viel entbehren, namentlich aber nicht auf so lange Zeit, als eine Unterstützung zwischen Kamerun und Ostafrika für Veranschaffung, Einschiffung, Seetransport und Erreichung des Verwendungsortes der Verstärkung erfordert. So wird also unter den jetzigen Verhältnissen mit einiger Wahrscheinlichkeit nur an die Entsendung von einer, höchstens zwei Kompagnien nach Togo oder dem nördlichen Südwestafrika gedacht werden können, und auch da müßte die Organisation der Schutztruppe darauf eingerichtet sein, solche Abgaben durch sofortige Neubildungen zu ersetzen. Die Entsendung von Kompagnien aus Kamerun nach Ostafrika und umgekehrt beschränkt durch die größeren Entfernungen die entbehrliche Zahl und den Nachschub von Ersatz. Wenn man also daran gehen will, bei Aufständen der einen Kolonie Verstärkungen an schwarzen Truppen aus der anderen heranzuziehen, so muß die Friedensorganisation sowohl in Kamerun als in Ostafrika eine Bereitschaftstruppe vorsehen für Expeditionen über See, und auf deren sofortige Wiederergänzung sowie auf die Sicherstellung von Nachschub Bedacht nehmen.

Als nicht tropische Kolonie, in welcher die Verwendung weißer Streitkräfte möglich ist, kommt nur Südwestafrika in Betracht und auch hier mit Ausnahme des nördlichen Teiles, der noch gar nicht eigentlich unterworfen ist. Würde eine Expedition einmal im Ambolande notwendig werden, so müßte die Verwendung schwarzer Truppen in Aussicht genommen werden, es sei denn, daß die für europäische Truppen in den Tropen nötigen Vorkehrungen dort getroffen sein würden. Der Entfernung nach käme für Abgabe einer schwarzen Expeditionstruppe in erster Linie Kamerun, in zweiter Ostafrika in Betracht. Die hierfür gegebenen Voraussetzungen sind in Vorstehendem besprochen.

Der mittlere und südliche Teil von Südwestafrika gestattet die Verwendung weißer Truppen und ist der Schauplatz solcher bereits in großem Umfang gewesen. Die Wahrscheinlichkeit, eines Expeditionskorps von der Stärke des 1904–06 aufgebottenen wiederum gegen einen inneren Aufstand zu bedürfen, ist seitdem erheblich kleiner geworden. Die Eingeborenenbevölkerung ist durch den Krieg (vom wirtschaftlichen Standpunkte: leider!) stark reduziert und außerdem in ein verschärftes Unterordnungsverhältnis gebracht, dagegen ist eine stärkere Schutztruppe, als vordem, im Lande. Die Vermehrung der Ansiedler ist geeignet, der Schutztruppe ansehnliche Verstärkung aus dem Lande selbst zuzuführen. Die Ausdehnung der Eisenbahnen und Telegraphen ermöglicht, Verstärkungen rasch nach dem Aufstandsgebiete zu bringen. Die Wahrscheinlichkeit eines Aufstandes in Südwestafrika von solcher Festigkeit, daß dadurch die Heranziehung eines Expeditionskorps aus dem Mutterlande notwendig würde, ist heutzutage geringer geworden. Jedenfalls ist heute die Stärke der lokalen Verteidigung so groß, daß eine Krisis, wie sie 1904 eintrat, nicht zu besorgen ist und eine etwa doch notwendig werdende Verstärkung aus der Heimat ohne itörende Hast aufgestellt und abgesendet werden kann. Es würde für diesen

Zweck eine Friedensorganisation in der Heimat gar nicht, eine Vorbereitung nur in der Art eines Mobilmachungsplanes nötig sein.

Dagegen könnte Südwestafrika durch eine Invasion aus der Kapkolonie bedroht werden — ein Fall, der zwar nicht wahrscheinlich, immerhin aber möglich genug ist, um nicht ignoriert werden zu dürfen. Es wäre dies überdies auch der ernsteste Fall, denn es würde damit zu rechnen sein, daß der Angriff von sehr überlegenen, wohl bewaffneten und ausgestatteten, und wohl auch durch reguläre Truppen gestützten Kräften erfolgte und gleichzeitig auch einer Unterstützung aus Deutschland der Seeweg verschlossen sein würde. Also der größten Gefahr gegenüber wäre die Kolonie allein auf ihre eigenen Kräfte angewiesen.

Die voranstehenden Ausführungen lassen erkennen, daß die militärische Sicherung unserer Kolonien außer der Flotte und der Marineinfanteriweiterer, besonderer Organisationen im Mutterlande im Frieden nicht bedarf, sondern daß es genügt, wenn die erforderlichen Verstärkungsmaßnahmen mit Sorgfalt vorbereitet sind. Der Schwerpunkt liegt in der Ausgestaltung der inneren Schutzkräfte jeder Kolonie, die darum einer eingehenderen Betrachtung unterzogen werden soll. - -

Diese Ausgestaltung wird eine verschiedene sein für Südwestafrika mit seiner weißen Schutztruppe und für die mit schwarzen Truppen ausgestatteten Kolonien.

(Fortsetzung folgt.)

mit den Neu-Erwerbungen
nach den deutsch-franz. Verträgen

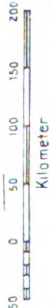
vom 4. Nov. 1917 u. 28. Sept. 1912.

	"	"	"	"	"	wird "
	"	"	"	"	"	"
	"	"	"	"	"	"
	"	"	"	"	"	"
	"	"	"	"	"	"

Gebiet das am 7 Oktober 1912 von Frankreich an Deutschland übergeben ist.

	1. Februar 1913	"	"	"	"	wird "
	1 April 1913	"	"	"	"	"
	1 Juni 1913	"	"	"	"	"
	1 Oktober 1912 von Deutschland an Frankreich	"	"	"	"	ist."
	1 Juni 1913	"	"	"	"	wird"

1:6500000



Zur Ausführung des deutsch-französischen Abkommens über die beiderseitigen Besitzungen in Äquatorial-Afrika.

Von Virkl. Geh. Legationsrat B. v. König.

(Hierzu eine Kartenskizze auf Seite 8 und 9.)

Zur Vorbereitung der möglichst baldigen Ausführung des deutsch-französischen Abkommens vom 4. November 1911 (ratifiziert am 12. März 1912) über die beiderseitigen Besitzungen in Äquatorialafrika haben bekanntlich in Bern vom 15. Juni bis Mitte Juli 1912 kommissarische Beratungen stattgefunden.

Die Verhandlungen führten zu der im amtlichen „Deutschen Kolonialblatt“ (1912 Seite 890 ff.) abgedruckten Ausführungserklärung der beiderseitigen Regierungen vom 28. September 1912. Die Erklärung zerfällt in drei Abschnitte, von denen der erste in 37 Artikeln die Grenzvermessung, der zweite in 20 Artikeln die Uebergabe der auszutauschenden Gebiete, der dritte in 50 Artikeln das Konzessionswesen behandelt.

Der erste Abschnitt — Grenzvermessung — enthält auch wichtige Ergänzungen des Hauptabkommens (4. November 1911) mit Beziehung auf die Grenzföhrung. Unter Hinweis auf die beigelegte Karte ist in dieser Hinsicht folgendes bemerkenswert.

Die das spanische Rio-Muni-Gebiet umfassende Südgrenze soll am Ostufer der Mondabai von einem Punkte ausgehen, der acht Kilometer südlich des Breitengrades des Kap Afanda liegt. Im Falle, daß die Mündung des Massoliéflusses südlich von diesem Punkte gelegen sein sollte, soll die Grenze von dem Talweg dieser Mündung ausgehen. Wir erlangen hierdurch einen Anteil an der Mondabucht, was in dem Hauptabkommen noch offen gelassen war (an einer noch zu bestimmenden Stelle).

Näher festgelegt ist jetzt auch die Grenzföhrung an der Südostcke von Spanisch-Guinea. Nach Artikel 10 der Erklärung wird für Deutschland dort ein Gebietsstreifen sichergestellt, der unter Berücksichtigung der Bodengestaltung für den Bau einer Straße und einer Eisenbahn hinreicht.

Wichtig ist ferner Artikel 16, welcher bestimmt: „Der Spielraum von sechs bis zwölf Kilometern, der den Grenzkommissaren gelassen ist, um Frankreich einen Zugang zum Sanga südlich von Lueffo und Deutschland einen Zugang zum Kongo an der Mündung des Likuala-Mossaka sowie zum

Ubangi an der Mündung des Lobaje zu gewähren, soll in dem Sinne angewandt werden, daß die interessierte Macht das Fahrwasser der Ströme unter den günstigsten Bedingungen ausnützen kann. Wenn jedoch die schroffe Durchführung dieses Grundsatzes auf eine schwere Behinderung der Schifffahrt der anderen Macht hinauslaufen würde, so sollen die Kommissare bemüht sein, eine derartige Wirkung tunlichst zu vermeiden und die ihnen zweckmäßig erscheinenden Abhilfen anzuwenden.“

Ueber das Eigentumsrecht an den gegenüber dem deutschen Ufer des Kongo und Ubangi liegenden Inseln ist es hiernach zu einer Einigung noch nicht gekommen; schon jetzt aber kann es keinem Zweifel unterliegen, daß Deutschland unter allen Umständen auch im Falle einer etwaigen Veränderung der Flussbetten längs der Flußufer ein Recht auf den Zugang zu den schiffbaren Gewässern besitzt und alle für die Schifffahrt dienlichen Anlagen errichten kann.

An die Bestimmungen über die Grenzführung schließen sich Anweisungen für die Grenzexpeditionen. Für die Feststellung der Südgrenze (Oberleiter Major Zimmermann) werden zwei Expeditionen gebildet, Expedition Süd I (Monda--Dschua, Hauptmann Abel) und Expedition Süd II (Sanga Dschua, Hauptmann Ritter), die von der Mondabucht beziehungsweise vom Sanga her auf den Dschua hin sich in die Hände arbeiten. Die letztere Expedition hat auch die westlichen Grenzflüsse des Südzipfels mitaufzunehmen, soweit sich dazu Gelegenheit bietet.

Für die Ostgrenze (Oberleiter Hauptmann a. D. v. Ramsay) werden ebenfalls zwei Expeditionen gebildet, Expedition Ost I (Kongo--Lobaje, Hauptmann Horn) nebst einer Sonderexpedition (Lobaje--Pama, v. Ramsay) und Expedition Ost II (Logone--Pama, Hauptmann Bartsch), die vom Kongo bzw. Logone her auf den Pama (zwischen 4. und 5. Grad n. Br.) zu gegeneinander arbeiten. Die Landstrecken, auf denen gearbeitet wird, betragen nach der Luftlinie gemessen bei den Expeditionen Süd I 400 km, Süd II 240 km, Ost I 360 km, nebst 100 km für die Sonderexpedition, bei Ost II 350 km. Die Dauer der Arbeiten wird auf folgende Zeiträume veranschlagt: Süd I 6 Monate, Süd II 5 Monate, Ost I 5½ Monate, Sonderexpedition 3 Monate, Ost II 5 Monate. Die Expeditionen Süd I und II sowie Ost I sollen an ihren Ausgangspunkten (Monda-Bai, Duesso, Iselemba) Anfang Dezember 1912 zur Stelle sein, die Sonderexpedition in Mongumba (am Ubangi) gegen Mitte desselben Monats, die Expedition Ost II erst Anfang Januar 1913 in Bate (zwischen 6. und 7. Grad n. Br.). Hiernach würden, sofern nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, die Arbeiten der Einzelexpeditionen etwa Mitte des Jahres 1913 beendet sein können. Es wird alsdann eine Zusammenkunft der Oberleiter aller Expeditionen stattfinden, um ein einheitliches Protokoll über die Gesamtgrenze festzustellen und den beiden Regierungen zu unterbreiten.

Im übrigen sind die Anweisungen teils technischer Art, teils bezwecken sie die Erleichterung des friedlichen Zusammenarbeitens der beiderseitigen Expeditionsmitglieder. Die Expeditionen sollen mit Empfängern für Funkentelegraphie zum Zwecke von Längenbestimmungen ausgerüstet werden, wodurch die Arbeiten sehr verkürzt werden. Die Stärke der Expeditionen ist für den deutschen Teil im Nachtragsetat des Reichskolonialamts für 1912 wie folgt angegeben: Süd I 1 Oberleiter (auch für Süd II), 1 Führer, 2 Unterführer, 1 Geograph, 1 Arzt, 1 Techniker, 3 Unteroffiziere, 105 farbige Soldaten und 482 Träger; Süd II 1 Führer, 1 Unterführer, 1 Geograph, 1 Sanitätsunteroffizier, 1 Unteroffizier, 30 farbige Soldaten und 256 Träger; für Ost I einschließlich Sonderexpedition 1 Oberleiter (auch für Ost II), 1 Führer, 2 Unterführer, 1 Topograph, 1 Arzt, 3 Unteroffiziere, 85 farbige Soldaten und 413 Träger; für Ost II 1 Führer, 2 Unterführer, 1 Arzt, 2 Unteroffiziere, 40 farbige Soldaten und 332 Träger.

Die Kosten sind für 1912 auf 789 300 M, für 1913 auf 504 200 M veranschlagt.

Der zweite Abschnitt der Vereinbarung — Übergabe der auszutauschenden Gebiete — enthält zunächst die Bezeichnung der zu übergebenden Gebiete mit Angabe der vorläufigen Grenzen und der Ubergabetermine. Am 1. Juni 1913 soll der Rest der abzutretenden Gebiete übergeben sein. Wir verweisen hier auf die beigegebene Karte. Die vorläufige Besignahme greift weder der vorläufigen Ersetzung der Grenzen gemäß Einigung der Kommission noch der späteren endgültigen Verständigung der Regierungen darüber vor. Der Abschnitt enthält ferner Bestimmungen über das Verfahren bei der Übergabe. Es wird unter anderem bestimmt, daß bei Bekanntgabe der Aenderung der Staatshoheit im Voraus der eingeborenen Bevölkerung die Erleichterungen zur Kenntnis zu bringen sind, die ihr gewährt sind, um die abgetretenen Gebiete zu verlassen und sich auf Gebieten niederzulassen, die der alten Staatsgewalt unterstellt bleiben (vergl. die besondere Uebereinkunft vom 2. Februar 1912 Kol.-Bl. S. 924). Was die finanzielle Verwaltung der ausgetauschten Gebiete betrifft, so soll jede der beiden Mächte bis zum Tage der tatsächlichen Übergabe die aus den abgetretenen Gebieten eingehenden Einnahmen erhalten und die mit den Gebieten verbundenen Ausgaben tragen. Im Artikel 2, woselbst es sich um die Übergabe des zwischen dem Schari und dem Ba-Źli (Vimnia) gelegenen Gebietes handelt, ist von Interesse die in Klammern beigefügte Bemerkung: „wobei die grundsätzliche Streiffrage vorbehalten bleibt.“ Es ist hier offenbar die Frage der Inseln gemeint. In Artikel 2 des Hauptabkommens vom 4. November 1911 hat Deutschland nämlich nur das Gebiet zwischen dem Schari und dem Logone abgetreten, nicht aber die ihm gehörige Hälfte des Schari und die darin gelegenen Inseln. Lehnt die französische Regierung die Übergabe der deutscherseits beanspruchten Kongo- und Ubangiinseln ab, so müßte dasselbe für die erwähnten Schariinseln gelten.

Der dritte Abschnitt betrifft das Konzessionswesen. In Artikel 5 des Abkommens vom 4. November 1911 war folgendes bestimmt worden:

„Die gegenwärtigen Gebietsaustauschungen erfolgen unter den Verhältnissen, unter denen die betreffenden Gebiete sich zur Zeit des Abschlusses der gegenwärtigen Vereinbarung befinden, das heißt unter der Verpflichtung für beide Regierungen, die etwa von einer derselben bewilligten öffentlichen und privaten Konzessionen zu achten. Beide Regierungen werden sich den Wortlaut der Urkunden mitteilen, durch die diese Konzessionen verliehen worden sind. Die deutsche Regierung tritt in alle Vorteile, Rechte und Verbindlichkeiten der französischen Regierung ein, die sich aus den vorerwähnten Urkunden hinsichtlich der Konzessionsgesellschaften ergeben. Diese treten unter die Staatshoheit, Staatsgewalt und Gerichtsbarkeit des Deutschen Reiches. Eine besondere Uebereinkunft wird die Anwendung der fraglichen Bestimmungen regeln.“

Das Abkommen vom 28. September 1912 bezweckt diese Regelung. Es teilt die Konzessionen ein in: A. Große Konzessionen, die ganz unter die deutsche Herrschaft fallen; B. Große Konzessionen, die teilweise unter letztere fallen; C. Kleine Konzessionen von 10 000 ha und darunter

Die Gruppe A und B veranschaulicht nachstehende Tabelle:

A.		im deutschen Gebiete qkm	
1. Soc. de la Sangha Equatoriale, im Kongozipfel südlich des Äquators und westlich des Sanga	ganz mit	5500	
2. Soc. de la Mambéré-Sangha in Liku, zwischen Mambere und der Grenze Kameruns bei Kunde	„ „	5600	
3. Comp. commerciale de colonisation du Congo français, östlich des vorigen	„ „	12 400	
B.			
1. Soc. du Haut-Ogooué; ein schmaler Streifen ihres großen Gebiets fällt in den Süden des Dreiecks östlich des Munigebiets	mit 0,018 =	1900	
2. Comp. de la Ngoko-Sangha, fast das ganze Dreieck östlich des Munigebiets einnehmend	„ 0,846 =	44 000	
3. Comp. fr. du Haut-Congo, zwischen der neuen Südgrenze Kameruns und dem Kongozipfel	„ 0,121 =	8500	
4. Comp. de l'Ouahmé-Naua, nord-östlich von A 3 bis zum 7.° n. Br.	„ 0,45 =	22 500	
5. Comp. forestière Sangha-Oubangui an der Ostgrenze Kameruns bis etwa zum 6° n. Br.	„ 0,49 =	106 500	
			206 900

Die Gesellschaften zu A 1 bis 3 arbeiteten bisher ohne Gewinn oder mit Verlust. Die Mambere-Sangha befindet sich in Liquidation. Mit der Sangha-Equatoriale hatte die französische Regierung bereits einen Vertragsentwurf ausgearbeitet, um die Konzession in ein Eigentumsrecht auf 100 qkm umzuwandeln. Die deutsche Regierung wird diesen Entwurf der endgültigen Entscheidung zugrunde legen (Art. 46 der Erklärung vom 28. September 1912).

Von den Gesellschaften zu B 1 bis 4 erzielte die Haut-Congo im Hinterland von Gabun nicht unbeträchtliche Gewinne, sie hat für uns aber geringere Bedeutung, da sie nur mit einem kleinen Teil in deutsches Gebiet fällt. Die Ngoko-Sangha besitzt ein Aktienkapital von 2½ Millionen Frank. Der Kurs ihrer auf 500 Frank lautenden Aktien betrug im April 1912 etwa 275 Frank und soll seitdem weiter gesunken sein. Die Gesellschaft, welche einen Teil ihrer Konzession (Sanga-Vipa-Wesso) in die Co. Forestière eingebracht hat, war bisher weniger auf rationelle Ausnutzung ihres Wirtschaftsgebiets bedacht als auf Erlangung von Entschädigungen, und hat anscheinend auch durch Waffenhandel mit den Eingeborenen der französischen Verwaltung Schwierigkeiten bereitet¹⁾.

Die Haut Congo hat ihr Kapital von 2½ Millionen auf 2 Millionen Frank herabgesetzt; ihre Aktien, nominell jezt 400 Frank, notierten im Mai 1912 wenig darüber. Die Quahmé-Mana besitzt ein Aktienkapital von 2 Millionen Frank in Aktien zu 500 Frank und zahlte 1909/10 34,7 Prozent, 1910/11 21,8 Prozent Dividende.

Die Forestière ist hervorgegangen aus der Vereinigung von zehn kleineren Konzessionsgesellschaften mit zusammen 17½ Millionen Frank Aktienkapital, das bei der Vereinigung auf 12 Millionen Frank herabgesetzt wurde. Nach Artikel 45 der Erklärung vom 28. September 1912 ist ihr auch das Becken des Lefé zwischen Lobane- und Mpokofluß zugesprochen worden. Mit ihrem in deutsches Gebiet fallenden Flächeninhalt von 106 500 qkm ist die Forestière für uns bei weitem die wichtigste der Konzessionsgesellschaften.

Die Aktien der Gesellschaft, nominell auf 100 Frank lautend, wurden Anfang Juni dieses Jahres an der Pariser Börse mit 284 notiert. Auf ihr Aktienkapital von 12 Millionen Frank erzielte die Gesellschaft nach ihrem Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. Januar 1910 bis 28. Februar 1911 einen Nettogewinn von 3 833 889 Frank, die nach Abschreibungen in Höhe von 569 179 Frank wie folgt verteilt wurden:

5 % gesetzliche Reserve	163 235,51
10 % für soziale Zwecke	326 471,03
Kapitalzinsen (nach dem französischen Aktienrecht)	544 506,66
Für Schonungen ²⁾ (fonds d'aménagement) . .	446 099,42
Gewinnanteil des Staates	267 659,65
Dividende	1 338 298,27
Verwaltungsrat	178 439,77
	<hr/> 3 264 710,31

¹⁾ Nach Ritter, Neufamerun, Jena 1912, Seite 161 ff. Dasselbst auch nähere Mitteilungen über die Konzessionsgesellschaften. ²⁾ Zwecks rationaler Ausbeutung.

Die feste jährliche Abgabe an den Fiskus betrug 169 400 Frank¹⁾. Insgesamt schätzt die französische Regierung die Einnahmen aus Landkonzessionen von den von ihr abgetretenen Gebieten auf 405 000 M, die in den Etatsentwurf für 1913 eingestellt sind.

Abgesehen von der Haut-Egoué-Konzession beruhten sämtliche Konzessionen auf einem Dekret vom Jahre 1899 und waren auf die Dauer von 30 Jahren erteilt, so daß sie im Jahre 1929 oder 1930 ihr Ende erreichen. Sie räumten den Konzessionären für die betreffenden Gebiete einerseits das Recht der Niederlassung, Rußnießung und Verwertung, andererseits das Recht ein, unter bestimmten Voraussetzungen Grundeigentum zu erwerben. Dagegen wurden den Gesellschaften in den sogenannten Lastenheften gewisse Verpflichtungen auferlegt, so eine Betriebs- und Unterhaltungspflicht, eine Anpflanzungsverpflichtung sowie die Pflicht gewisser Abgaben an den Fiskus, ohne daß dadurch ihre allgemeine Steuerpflicht berührt wurde. Der Handel mit Feuerwaffen und Munition wurde den Gesellschaften und ihren Angestellten streng unterjagt. Eine Entziehung des Konzessionärs wegen Nichterfüllung der Verpflichtungen kann nach Anhörung der Commission des concessions coloniales, einer Sachverständigenkommission beim französischen Kolonialministerium, durch Dekret erfolgen, gegen das Beschwerde beim Staatsrat gegeben ist. Im Falle der Entziehung findet eine Versteigerung der Konzession statt, und erst nach wiederholter Erfolglosigkeit des Versteigerungsverfahrens wird die Konzession aufgehoben.

Das Normaldekret von 1899 gilt noch heute mit einer Ausnahme für alle Gesellschaften, für die es ursprünglich maßgebend war. Die Ausnahme bezieht sich aber auf die wichtigste dieser Gesellschaften, die Sangha Forestière. Für ihre Gebiete wurden die früheren Konzessionsrechte und -pflichten aufgehoben (Dekret von 1910/11). Sie behält die zu Eigentum erworbenen Grundstücke und hat das Recht, in den bisherigen Konzessionsgebieten Land bis zu je 10 000 ha für Lebensmittelpflanzungen auszusuchen sowie alle Kautschukarten — aber nur Kautschuk — in den nächsten zehn Jahren (bis 20. Juni 1920) auszubeuten, ferner auf der zehnfachen Fläche des am 20. Juni 1920 bepflanzen oder planmäßig ausgebeuteten Landes auf weitere zehn Jahre allein Kautschuk zu gewinnen und endlich die beim Ablauf der gedachten Zeiträume bebauten, bepflanzen oder planmäßig ausgebeuteten Ländereien in volles, unbeschränktes Eigentum zu übernehmen. Eine Aufhebung der Konzession kann bei Nichtzahlung der vorgesehenen Abgaben an den Fiskus, Nichterreichen der vorgesehenen Mindestkautschukausfuhr oder Nichteintreten gegen wiederholte oder in schwerer Form begangene Quälereien der Eingeborenen erfolgen.

Die Rechtsverhältnisse der Konzessionen bis zu 10 000 ha unterliegen besonderen Dekreten (1900/1910).

¹⁾ Nach Ritter.

Nach dieser zum Verständnis erforderlichen Erörterung der Konzessionen, denen ja mit geringen Ausnahmen (im Kongozipfel) das ganze neuerworbene Gebiet unterliegt, kehren wir zu der Erklärung vom 28. September 1912 zurück. Ihre wichtigsten Bestimmungen sind folgende: Nach Artikel 3 behalten die Gesellschaften ihre rechtliche Eigenschaft als französische, sind aber auf deutschem Gebiete rechts- und handlungsfähig. Ersteres ergibt sich aus der Tatsache, daß sie ihren Sitz in Paris haben und nach französischem Recht begründet sind, letzteres aus der Anerkennung der Konzessionsdekrete (vergleiche auch Artikel 5 des Hauptabkommens vom 4. November 1911), Lastenhefte und Verträge durch Deutschland. Im übrigen aber unterstehen sie, wie ausdrücklich erklärt wird, dem gemizinen Rechte auf deutschem Gebiete in allem, was nicht durch jene Rechtsakte oder durch das vorliegende Abkommen geregelt ist.

Nach Artikel 4 wird die deutsche Regierung — dem Wunsche der französischen Regierung Rechnung tragend — für die Anwendung der Dekrete, Lastenhefte und Verträge, die ihr bis zum 1. Januar 1913 mitzuteilenden, darauf bezüglich Entscheidungen, Anweisungen usw. der französischen Gerichte, Behörden usw. zur Richtschnur nehmen, behält sich dabei aber ihre verwaltungsrechtliche Freiheit ebenso vor, wie sie die französische Regierung besaß und nimmt für ihre Gerichte das unbeschränkte Auslegungsgesetz in Anspruch.

Artikel 6 betrifft die Rechnungslegung der Gesellschaften.

Artikel 7 weist darauf hin, daß für die den Dekreten von 1899 unterworfenen Gesellschaften die vorgesehenen Eingeborenenereservate nicht abgegrenzt worden sind, und daß der Gegenstand durch eine Verordnung des Generalkommissars des Kongo vom 9. Oktober 1903 geregelt sei.

Die Abgrenzung der Reservate konnte, wie hier eingeschaltet sei, wegen rechtlicher Unklarheit und des wechselnden Wohnsitzes der Eingeborenen nicht geregelt werden. Der Erlaß von 1903 erkannte aber das Recht der Eingeborenen auf die natürlichen Erzeugnisse ihrer Reservate an und bestimmte als Reservat vorläufig den zehnten Teil des Konzessionsgebietes. Von diesem ideellen Zehntel sollten vier Zehntel für Haus- und Lebensmittelbau verwendet werden, die übrigen sechs Zehntel, insgesamt also sechs Hundertstel des Gesamtertrages der konzessionierten Fläche als frei verkäuflicher Anteil der Eingeborenen an den natürlichen Erzeugnissen gelten, wovon aber zunächst noch die Steuer (wesentlich in Rautschuk) zu zahlen war. Diese Bestimmung über die Reservate wurde seinerzeit von der „Union Congolaise“, dem Syndikat der konzessionierten Gesellschaften, beim Staatsrat angefochten, die Beschwerde indes aus formellen Gründen durch rechtskräftig gewordenen Entscheid des hohen Verwaltungsgerichtshofes zurückgewiesen. Natürlich steht aber der konzessionierenden Behörde das Recht zu, anderweite, den Konzessionen nicht widersprechende Bestimmungen über die Festsetzung der Reservate zu erlassen. Anders liegt die Frage für das Gebiet des Sangha

Forstière. Nach dem für sie maßgebenden Dekret von 1910 beziehungsweise seiner Anlage (Artikel 10) genügt die gemeinsame Niederlassung von Eingeborenen, um die Siedelung nebst den landesgewohnheitlich davon abhängigen Ländereien zu Reservaten zu machen. Die Eingeborenen sind berechtigt, hier auch den sonst der Co. Forstière vorbehaltenen Kautschuk sich anzueignen; die Gesellschaft ist aber befugt, mit den Häuptlingen Verträge über die Abtretung ihrer Rechte an den Kautschukbeständen der Reservate zu schließen, und hat hiervon ausgiebigen Gebrauch gemacht, um jede fremde Konkurrenz möglichst auszuschalten.¹⁾ Soweit diese Verträge vor der Ratifikation (12. März 1912) des Abkommens vom 4. November 1911 französischerseits genehmigt wurden, hat sich die deutsche Regierung verpflichtet, die daraus entspringenden Rechte anzuerkennen (Artikel 33).

Die Frage der Reservate ist besonders wichtig, da hier ein Angriffspunkt gegeben ist, um in das Monopol der Konzessionsgesellschaften Breishe zu legen. Zweifelhaft ist unter anderem die Frage der Beweislast, wenn es sich darum handelt, ob Produkte aus den Reservaten stammen. Französische Gerichte haben die Beweislast den Konzessionsgesellschaften auferlegt, doch liegt eine höchstinstanzliche Entscheidung unseres Wissens noch nicht vor.

Weitere Bestimmungen der Erklärung vom 28. September 1912 sind folgende:

Ueber Ansprüche, die sich auf Vorgänge vor dem 12. März 1912 (Ratifikation des Hauptabkommens, beziehen, entscheidet ausschließlich die französische Regierung (Artikel 8).

Soweit die deutsche Regierung als verleihende Behörde in Betracht kommt (also für die unter A genannten drei Konzessionen ganz, für die übrigen bezüglich des deutschen Gebietsteils), treten die entsprechenden deutschen Einrichtungen und Behörden an die Stelle der französischen (Artikel 9, 19). Insbesondere soll die vom Conseil d'Etat ausgeübte Gerichtsbarkeit von dem Kolonialgerichtshof ausgeübt werden. Demzufolge wird die deutsche Regierung die Zuständigkeit dieses Gerichtshofes anerkennen, indem sie von vornherein darauf verzichtet, die auf Grund der allgemeinen deutschen Gesetzgebung etwa als zulässig angenommene Einrede der Unzuständigkeit geltend zu machen (Art. 9 in fine.) Es liegt hier eine generelle Prorogation vor. Näheren Aufschluß dürfte der wohl demnächst zu erwartende neue Gesetzentwurf über den Kolonialgerichtshof bringen.

Die Befugnisse der Commission des concessions coloniales (siehe oben) sollen auf den eventuell zu ergänzenden Wirtschaftlichen Beirat beim Reichskolonialamt oder eine neu zu bildende Körperschaft übergehen (Artikel 14, 20). Auch sind die Stellen näher bezeichnet, die über

¹⁾ Siehe das Vertragsformular bei Ritter an anderem Orte. Seite 285.

den Rücklauf der Konzession oder die Entsetzung ihres Inhabers zu bestimmen haben (Artikel 15, 20).

Die Bestimmungen der Konzessionsdekrete über die Staatsangehörigkeit des Vorsitzenden und der Mitglieder des Verwaltungsrats werden für unanwendbar erklärt und durch andere Vorschriften ersetzt, die für die verschiedenen Gesellschaften zum Teil verschieden sind (Artikel 10, 21). Entsprechendes gilt hinsichtlich der Angestellten, die allmählich, spätestens binnen sechs Jahren, durch Deutsche zu ersetzen sind (Artikel 12, 23). Weitere Bestimmungen betreffen die Unterhaltung von Zweigniederlassungen in Berlin, Hamburg oder Kamerun und die Bestellung von Vertretern (Artikel 10, 21, 24). Für die teilweise unter die deutsche Staatshoheit fallenden Konzessionen ist dabei die wichtige Bestimmung getroffen, daß die Vertreter in jeder der beiden Kolonien bestätigt werden müssen, und daß jede Regierung aus Gründen des öffentlichen Wohls ihre Abberufung verlangen kann. Auch sind für diese Konzessionen eingehende Vorschriften vorgesehen über die anteilige Verteilung der Kauttionen (Artikel 25), der festen Abgaben (nach dem Flächeninhalt, Artikel 26) und des Reingewinns (nach dem Wert der ausgeführten Erzeugnisse, Artikel 27), des Aktivüberschusses bei Auflösung (Artikel 28, 29), der Pflicht zum Kautschukanbau (Artikel 31), zum Dampfschiffahrtsdienst (Artikel 32).

Fernere Bestimmungen regeln die Erhebung der Ein- und Ausfuhrzölle und ihre Verteilung auf die beiderseitigen Fisci (Artikel 35, 36), sowie die Erleichterung der Anpassung der Gesellschaften an die neuen Verhältnisse (Art. 37 ff.). Jede Regierung erklärt im Voraus ihre Zustimmung zu Verfassungsänderungen, welche die Gesellschaften mit Ermächtigung der anderen für deren Gebiet etwa vornehmen wollen. Beide Regierungen verpflichten sich, alle Rechtsgeschäfte (Verschmelzungen, Teilungen, Gründungen von Tochtergesellschaften usw.) zu erleichtern, die geeignet sind, in jeder der beiden Kolonien die Ausbeutung der Konzessionen durch Gesellschaften sicherzustellen, die ihre Rechte nur von einer der beiden Staatsgewalten herleiten. Schon befinden sich drei der Konzessionsgebiete ausschließlich unter deutscher Staatshoheit, und es steht zu erwarten, daß durch Gebietsaustausch unter den Gesellschaften, Umwandlung zu Eigentum usw. weitere Vereinfachungen eintreten werden.

Die Artikel 40 bis 44 der Erklärung betreffen die „kleinen Konzessionen“ unter 10 000 ha, Artikel 48 ff., die Verpflichtung der Compagnie des messageries fluviales du Congo zur Einrichtung einer Dampfschiffahrt in den neu erworbenen Gebieten. Endlich sei erwähnt, daß den Gesellschaften die Verpflichtung auferlegt ist (Artikel 47), die in ihrem Besitz befindlichen Waffen der deutschen Verwaltung anzumelden und die Erlaubnis-scheine beizubringen.

Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben unserer Kolonialverwaltung, zu verhindern, daß die Eingeborenen in den Besitz vervollkommneter Gewehre und der dafür geeigneten Munition gelangen.

Uebersieht man den Lauf der Verhandlungen, so gewinnt man den Eindruck, daß sie von dem Geist gegenseitigen guten Einverständnisses getragen waren, und daß hier ein guter Schritt vorwärts geschah auf dem Wege friedlich-schiedlicher Auseinandersetzung.

Was nun die Einrichtung der Verwaltung in den neu erworbenen Gebietsteilen betrifft,¹⁾ so wird sie erleichtert durch den Umstand, daß sich die Neuerverbungen in verhältnismäßig schmalen Streifen an der Süd- und Ostgrenze Alt-Kameruns entlangziehen. Es können daher größere Teile des neuen Gebiets an bereits vorhandene Verwaltungsgebiete angegliedert werden. Die neuen Gebiete bedürfen zunächst einer gründlichen Erforschung, und es erscheint vorläufig nicht notwendig, sie in gleichem Umfang zu besetzen und zu verwalten wie die alten. Es ist beabsichtigt, die Zivilverwaltung im alten Schutzgebiet auszudehnen und dadurch einen Teil der bestehenden Schutztruppe zur Besetzung des Zuwachses freizumachen, diejenigen Teile des neuen Gebietes aber, die an Bezirke der Zivilverwaltung des alten Schutzgebietes angrenzen, unter Vereinigung mit diesen von vornherein in Zivilverwaltung zu nehmen.

Mit Schutztruppe soll besetzt werden:

1. Das neue Gebiet zwischen spanisch Muni und dem Sanga in seinem westlichen Teile. Zwei Kompagnien werden dazu aus Faunde und Eholoba herangezogen und in Djem und Ngarambam stationiert.

2. Für das neue Gebiet an der Ostgrenze Altkameruns werden drei Kompagnien und vorübergehend eine vierte benötigt. Zwei von ihnen werden aus Djang sowie aus Banjo und Bafia herangezogen, die beiden anderen sind neu aufzustellen, eine davon aus einmaligen Fonds (vorübergehend). Während letztere als Reserve- und Expeditionsarmee dient, werden die drei übrigen folgendermaßen verwendet: eine östlich des Dumebezirks, die zweite um Kunde, Carnot und Kuigore, die dritte im Norden und dem von der übergroßen Residentur Garua abzutrennenden Sultanat Ngaundere. Der äußerste Norden des neuen Gebiets fällt der militärisch verwalteten Residentur Garua zu.

Die Schutztruppe wird dann zwölf Kompagnien umfassen und insgesamt 185 Weiße und 1700 Farbige (einschließlich 150 Trägern) zählen.

Unter Zivilverwaltung wird gestellt:

1. Das kleine Dreieck südlich von Muni (dem Bezirke Kribi zugeteilt).

2. Das neue Gebiet zwischen Muni und Sanga in seinem östlichen Teil. Die größere Hälfte wird dem Bezirke Lomie, die kleinere dem Bezirke Zafaduma (bisher Molundu genannt) zugeschlagen.

Neue Posten für die Verwaltung werden errichtet in Ekododo am Muni, Nola (Sanga-Kadai), gegenüber Wesso am Dscha, Zollposten in Bonga am Rongo und Singa am Ubangi.

¹⁾ Vergleiche hierüber den Nachtragsetat für Kamerun nebst Vorbemerkung und Erläuterungen.

Im alten Schutzgebiet wird die Zivilverwaltung durchgeführt in Bafia, Dschang, Banjo, Dume, Ebolowa. Auch erfordern einige schon bisher unter Zivilverwaltung stehende Bezirke mit Rücksicht auf ihre erweiterten Aufgaben verstärktes Personal.

Nach dem Organisationsplane für 1912 und 1913 sollen erhalten: Die Zentralverwaltung in Duala beziehungsweise Buea je einen Geologen, höheren Forstbeamten, Hilfsarbeiter, Materialienverwalter, 6 Sekretäre, 4 Assistenten oder Gehilfen,

die allgemeine Landesverwaltung 2 Landmesser und einen Techniker,

die Stammkompagnie 1 Offizier, 2 Unteroffiziere und 100 Polizeisoldaten,

Banjo 10 Beamte, darunter 1 höheren Forstbeamten, 1 Offizier, 3 Polizeimeister und ferner 100 Polizeisoldaten;

Zuckaduma 10 Beamte, darunter 1 Bezirksrichter, 3 Polizeimeister, ferner 70 Polizeisoldaten;

Dschang 8 Beamte, darunter 1 Bezirksamtmann, 1 Arzt, 2 Polizeimeister, ferner 25 Polizeisoldaten;

Ebolowa und Dume je 6 Beamte (darunter je 1 Bezirksamtmann und 1 Arzt), ferner 50 Polizeisoldaten;

Faunde 1 Beamten, 65 Polizeisoldaten;

Jabassi 2 Beamte und 35 Polizeisoldaten;

Lomie 2 Beamte und 30 Polizeisoldaten;

Sangmelima und Baturi je 2 Beamte und 20 Polizeisoldaten,

Edaa 10 Polizeisoldaten;

Kunde-Carnot und Garua je 2, Kango, Ekododo, Bonga und Singa je einen Beamten; letztere drei Orte und namentlich Garua werden außerdem mit farbigen Zollgehilfen (10) und Zollwächtern (100) ausgestattet;

Ngaundere erhält 5 Beamte. Es soll dort ein Gestüt und ein Mittelpunkt für die Pferdezucht geschaffen werden, um unter anderem für die in den Steppengebieten stehenden Schutztruppenkompagnien geeignetes Pferdmaterial heranzuziehen.

Das ergibt eine Vermehrung um zusammen 82 Weiße, 110 farbige Zollbeamte und 575 Polizeisoldaten.

Die Gesamtstärke der farbigen Polizeitruppe soll nach dem Etatsentwurf für 1913 alsdann 1255 Mann betragen (Schutztruppe 1700 Farbige).

Daß der Gouverneur angesichts der ihm obliegenden schwierigen Aufgaben und erhöhten Verantwortung in Rang und Gehalt seinen Kollegen in Ost- und Südwestafrika sowie in Kiautschou gleichgestellt wird, erscheint voll begründet.

Zu den Mehrausgaben persönlicher Natur treten die sächlichen. Insbesondere sind hier unter den einmaligen Mehrausgaben für 1912 (zusammen 1 669 170 M) zu erwähnen die für Erkundung und Erforschung (500 000 M), für Hochbauten (410 000 M), für die Ausrüstung und Bewaffnung der Polizei (fast 200 000 M), für Barkassen und Boote (130 000 M), für Eisenbahn-

erfindungen (erste Rate, 50 000 M).¹⁾ Auch sind hier für Bekämpfung der Lepra und der Schlafkrankheit 272 845 M (für 1913 weitere 361 845 M) ausgeworfen. Es handelt sich zunächst um die Unterhaltung oder Errichtung von Schlafkrankenlagern innerhalb der in Alt-Kamerun festgestellten Herde (am oberen Njong bei Afonolinga, am Dume und im Bezirk Ebolowa), um die Ueberwachung der Karawanenstraßen gegen weiteres Umsichgreifen der Seuche und alsdann um schrittweises Vordringen in die neuen Gebiete.

Insgesamt erfordert die Zivilverwaltung für 1912 an Mehrausgaben 2 383 437 M, wovon 883 925 M durch eigene Einnahmen gedeckt werden. Die verbleibenden 1 499 512 M, also rund 1½ Millionen Mark, werden als einmalige Dotation für die erste Einrichtung der Verwaltung in den neu erworbenen Gebieten angefordert.

Eine dauernde Mehrbelastung des Reiches tritt voraussichtlich nur insoweit ein, als eine Verstärkung des militärischen Schutzes dauernd notwendig wird. Hierfür sind bei den fort-dauernden Ausgaben 160 660 M, bei den einmaligen 339 480 M ausgebracht, zusammen 500 140 M, die als erhöhter Reichszuschuß für die Militärverwaltung für 1912²⁾ angefordert werden.

Wir sind am Schluß unserer Darlegungen. Es ist gewiß keine leichte Aufgabe, die uns durch die Uebernahme Neu-Kameruns erwächst. Das bisherige Gedeihen Alt-Kameruns aber und die nicht ungünstige Lage der bisherigen Grenzen läßt uns hoffen, daß es unserer Kolonialverwaltung gelingen wird, auch sie einer erfreulichen Entwicklung entgegenzuführen.

¹⁾ Für 1913 sind 150 000 M, für 1914 100 000 M in Aussicht genommen. Es handelt sich besonders um die Weiterführung der bestehenden beiden Stadtbahnen in das Innere.

²⁾ Für 1913 beträgt dieses Mehr noch 459 051 M.

STATE LIBRARY
OF MASS.
LIBRARY

Die Brücke über den Sanaga-Süddarm im Zuge der Kameruner Mittellandbahn.

Von Geh. Oberbaurat **Balke** = Berlin.

Hierzu eine Abbildung und eine Skizze.

Vor einiger Zeit ist beim Bau der Kameruner Mittellandbahn ein bemerkenswerter Brückenbau glücklich vollendet worden, der wegen seiner ungewöhnlichen Abmessungen — es ist die weitest gespannte Brücke in ganz Afrika — und wegen der dabei mit Erfolg angewendeten sinnreichen Art und Weise des Zusammenbaus des eisernen Bogentragwerks allgemeineres Interesse verdient. Dieses Werk darf als eine glänzende Leistung des deutschen Brückenbaues bezeichnet werden, die der ausführenden Brückenbauanstalt, der Gutehoffnungshütte in Oberhausen, zu hoher Ehre gereicht; man muß dabei berücksichtigen, daß der Bau fast ausschließlich mit ungeschulten schwarzen Arbeitskräften, unter den schwierigsten Verhältnissen in dem tropischen Neulande durchgeführt worden ist.

Die Ausführung der Kameruner Mittellandbahn stellt bekanntlich die Bauunternehmung vor ganz besonders schwere Aufgaben; denn in dem von dichtem Urwald bedeckten Küstengebiet sind die Vorarbeiten und die Wahl der Linienführung bei dem stark durchschnittenen Gelände ungemein schwierig; dazu kommen die ungünstigen klimatischen und gesundheitlichen Bedingungen des Landes, die für den Weißen mancherlei Gefahren in sich schließen; ferner die noch völlig unentwickelten Arbeiterverhältnisse und der Mangel an Verkehrswegen in dem unerschlossenen Neulande, der die Verpflegung größerer Arbeiterzahlen und die Heranschaffung der Baustoffe außerordentlich erschwert. Außerdem bieten die großen Stromübergänge über den Dibamba und den Sanaga auch noch besondere technische Schwierigkeiten.

Die Kameruner Mittellandbahn, die in dem Hafen Duala auf dem linken Ufer des Wuri ihren Anfang nimmt und im allgemeinen nach Südosten verläuft, überschreitet den Sanagastrom bei dem Orte Edea, etwa 600 m unterhalb der berühmten Wasserfälle. Der Strom wird hier durch eine Insel in einen kleinen Nordarm und den südlichen Hauptarm geteilt, auf dessen linkem Ufer Edea liegt. Der Nordarm ist etwa 150 m breit und hat keine besonders ungewöhnlichen Tiefen- und Stromverhältnisse; die Bahn übersteht ihn in vier Brückenöffnungen mit eisernen Ueberbauten von je 57,6 m Stütz-

weite. Der Südarml dagegen bietet wesentlich schwierigere Verhältnisse. Schon bei gewöhnlichem Wasserstande ist hier nahe dem rechten Ufer die beträchtlich Wassertiefe von 18 m vorhanden; während der Hochwasserzeiten im September und Oktober steigert sie sich oft binnen wenigen Tagen bis auf 26 m! Das Strombett besteht aus festem Gneis, der aber in der linken Stromhälfte von einer leicht beweglichen Kieschicht überdeckt wird. Oberhalb der Brückenstelle macht der Strom eine scharfe Krümmung und diese verursacht im Strombett umfangreiche Kiesablagerungen, die hier eine Mächtigkeit bis zu 7 m erreichen. Am rechten Ufer steigt der gesunde Fels bis zur Geländehöhe an, auf dem linken Ufer verläuft er flacher und ist an der Oberfläche etwas verwittert. Auch die Stromverhältnisse verdienen besondere Beachtung. Schon bei gewöhnlichem Wasserstande hat der Strom hier eine erhebliche Geschwindigkeit; bei Hochwasser steigert sie sich bis auf 12 m in der Sekunde und ist infolge der starken Krümmung des Stromlaufs mit beträchtlichen Wirbelbildungen verbunden.

Hieraus ergaben sich für den Brückenbau zunächst folgende Vorbedingungen und Gesichtspunkte: 1. die Ausführung von Strompfeilern war ausgeschlossen, also ein Ueberbau in einer einzigen Spannung zu wählen; 2. die vorhandenen Uferfelsen legten die Anwendung eines Bogentragwerks nahe, dessen Füße von den auf dem Fels zu gründenden Widerlagern unmittelbar aufgenommen werden konnten; 3. feste Baugerüste im Strom kamen nur auf der linken, flacheren Stromhälfte in Frage, soweit hierfür die Mächtigkeit der abgelagerten Kieschicht genügende Sicherheit gewährleistete. Im übrigen mußte der Brückenentwurf und seine Ausführung mit Rücksicht auf die ungeschulten schwarzen Arbeitskräfte möglichst einfach gestaltet werden, sodaß auch die spätere Ueberwachung und Unterhaltung des fertigen Werkes keine besonderen Schwierigkeiten bereitet. Auch war noch zu berücksichtigen, daß die einzelnen Bauteile des Eisenwerks vom Hafen Duala aus nur zu Wasser und zwar mit Benutzung des Kwakwa, eines Nebenarms des Sanaga, der aber nur wenige Monate im Jahr schiffbar ist, zur Baustelle befördert werden konnten; dabei durfte das Gewicht der einzelnen Stücke 2000 kg nicht überschreiten.

Die Deutsche Kolonial-Eisenbahnbau- und Betriebsgesellschaft in Berlin, die den Bau der Kameruner Mittellandbahn in Gesamtunternehmung ausführt, forderte eine Anzahl erster deutscher Brückenbauanstalten zum Bewerb um die Entwurfsbearbeitung sowie die Lieferung und Aufstellung des eisernen Ueberbaus nebst Pfeilern auf. Die Gutehoffnungshütte in Oberhausen erhielt bei diesem Wettbewerb den Zuschlag auf ihren Entwurf für den eisernen Ueberbau, während die Widerlager von der Baugesellschaft, teilweise unter Benutzung des Entwurfs der Gutehoffnungshütte, ausgeführt wurden. Für die Hauptträger war die Form des elastischen Bogensachwerks mit zwei Kämpfergelenken gewählt; die Stützweite beträgt 159,6 m bei einer Pfeilhöhe von 20 m; der Bogen selbst ist am Kämpfer 10, im Scheitel 5 m hoch.

Wie aus den Zahlenangaben der nachstehenden Textabbildung zu erkennen, übertrifft die Sanagabrücke die Bogenbrücke der Rhodesischen Eisenbahn an den berühmten Viktoriafällen des Sambesi um rund 8 m an Spannweite und darf demnach heute als die weitestgespannte Brücke im schwarzen Erdteile gelten.

Die Fahrbahntafel für das Gleis und für die beiderseits des letzteren vorgesehenen 1,50 m breiten Fußwege liegt zwischen den Hauptträgern, wird durch ein Gerippe von Quer- und Längsträgern aufgenommen und ist mittels der Querträger an die Senkrechten des Bogenfachwerks angehängt. Der tiefste Punkt der Fahrbahn liegt noch reichlich 5 m über dem höchsten bekannten Hochwasser des Stromes. Die beiden Tragwände der Hauptträger haben 8,5 m Abstand von Mitte zu Mitte. Die Fußwege sind beiderseits durch Geländer

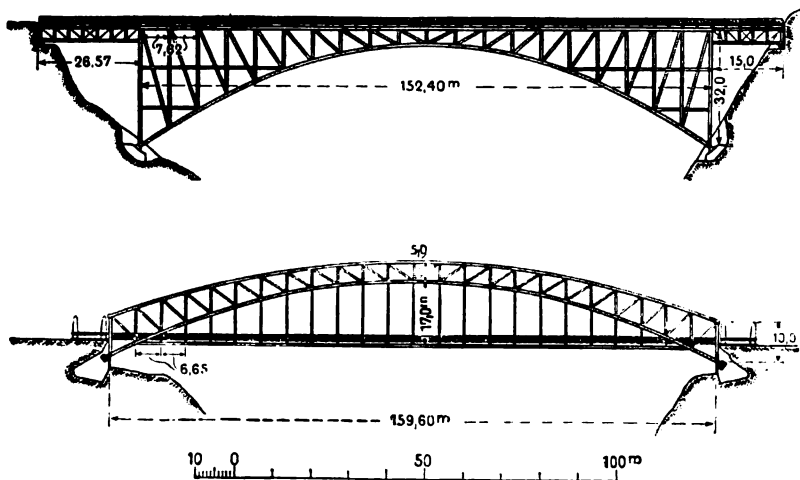


Abb. 1. Vergleich der Brücken über den Sambesi an den Viktoriafällen (oben) und über den Sanaga-Südarm in Kamerun (unten).

abgeschlossen. Die Fahrbahn des Gleises kann durch nachträgliches Einziehen von Fahrbahnlängsträgern nach Bedarf für später zur Aufnahme eines leichten Wagenverkehrs eingerichtet werden. Der gesamte Ueberbau ist aus basistischem Thomassflußeisen, die Auflagerteile sind aus Stahlguß hergestellt. Die Lagerflächen der Rämpergelenke sind rechtwinklig zur Richtung des größten Auflagerdruckes angeordnet; ihre Unterlagen bestehen aus einem Trägerrost aus je fünf Differdinger-Trägern (Nr. 47½) von je 4 m Länge, der nach dem Einbau mit Beton ausgefüllt ist. Die Lageranordnung gestattet in der üblichen Ausführungsweise die Drehbeweglichkeit der Bogenenden am Rämpfer und ein genaues Einstellen der Lagermittelpunkte. An den Obergurten der beiden Hauptträger sind leichte Stege zur Befichtigung des Eisenwerks angebracht. Außerdem läuft unter der Fahrbahn ein besonderer Befichtigungswagen, als dessen Rollbahn beiderseits ein Laufträger dient, der an den

Senkrecht auf beiden Seiten auswärts befestigt ist. Mit Rücksicht auf die tropische Witterung und die damit verbundene erhöhte Kostgefahr sind für alle beanspruchten Bauteile nur Wandstärken von mindestens 10 Millimeter verwendet. Die Widerlager wurden als Betonkörper trocken hergestellt.

Aufstellung des Ueberbaues: Die Aufstellung des eisernen Tragwerks bietet besonderes Interesse. Die linke Bogenhälfte wurde auf festem Pfahlgerüst im Strom aufgebaut, die rechte dagegen auf dem Bahndamm und von da aus mittels eines Verschwagens auf ein Schwimmergerüst übergeschoben. Das Schwimmergerüst wurde dann durch die Benutzung der Kraft des Stroms solange gegen die Strommitte bewegt, bis die beiden Scheitelpunkte der beiden Bogenhälften zum Zusammenschluß gebracht werden konnten. Das Schwimmergerüst für die rechte Bogenhälfte bestand aus zweimal vier zusammengefügten eisernen Prahmen von je 3 m Breite und 25 m Länge, die quer zur Brückenachse im Strom verankert und durch ein eisernes Tragwerk

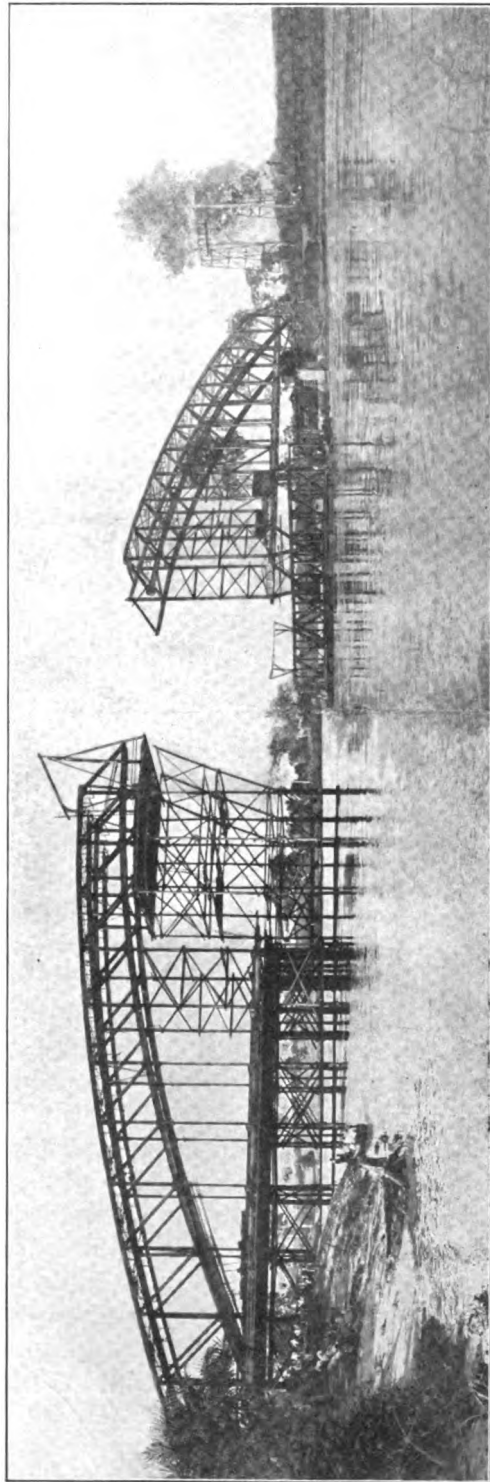


Abb. 2. Brücke über den Canaga-Südbarm im Zuge der Kameruner Mittellandbahn. Einschwinnen der rechten Bogenhälfte.

von 6 m Breite und 42,5 m Länge zusammengefaßt und gegeneinander abgesteift wurden. Sobald die rechte Bogenhälfte auf dem Lande im Vorbau vollendet und ihr Gewicht mittels besonderer Hängeböcke auf das Schwimmergüst übergeschoben und abgestützt war, konnte das eigentliche „Einschwimmen“ beginnen. Durch Anziehen und Nachlassen von Drahtseilen mittels der auf den gegenüberliegenden Ufern aufgestellten Kabelwinden wurde das Schwimmergüst durch die treibende Kraft des Stromes vom rechten Ufer aus so lange nach der Flußmitte zu bewegt, bis der Scheitel der rechten Bogenhälfte den der feststehenden, auf dem festen Gerüst aufgebauten linken Bogenhälfte erreichte. Die Abbildung 2 veranschaulicht den Vorgang. Dabei ereignete sich ein aufregender Zwischenfall, der leicht verhängnisvolle Folgen hätte haben können. Eine in den hochgeschwollenen Strom geratene Antilope trieb auf die schwimmenden Brahme zu. Die Neger wollten das Tier sogleich einfangen und stürzten sich, ihre Leichter oder Kabelwinden verlassend, auf die Jagd nach der verlockenden Beute. Nur ein sehr nachdrückliches Dazwischenfahren des Bauleiters vermochte die Flüchtigen an ihre Posten zurückzubringen. Das Einschwimmen wurde am 8. November 1911 bei fallendem Wasserstande vorgenommen und dauerte im ganzen nur zwei Stunden. Beim Zusammenschluß stand die rechte Bogenhälfte zunächst noch 25 cm höher als die linke. Nach weiterem Fallen des Wassers wurde der Schluß des Scheitelfuge durch Einsetzen des Bolzens vollzogen und alsdann das Gewicht der ganzen Brücke auf ihre Widerlager abgesetzt. Als die Hunderte von schwarzen Arbeitern erkannten, daß die Brücke nunmehr, nach Gelingen des gefährlichen Einschwimmens, sich selbst trug und daß der „Geist des Weißen Mannes“ das oft angezweifelte Werk siegreich bezwungen hatte, brachen sie in ein unbeschreibliches Freudengetöse aus. Auch die weitere Vollendung des Brückenbaues durch Einbau der Fahrbahn, Einsetzen aller Verbände, Abbruch der Gerüste usw. ging glatt von statten. Die fertige Brücke mit ihren mächtigen Abmessungen und schönen schlanken Linien macht in der tropischen Landschaft eine ausgezeichnete Wirkung.

Das gesamte Eisengewicht der Brücke beträgt rund 963 t; der Entwurf für den eisernen Ueberbau ist nach den „Vorschriften für das Entwerfen der Brücken mit eisernem Ueberbau auf Schutzgebietsbahnen“, wie bereits erwähnt, von der Gutehoffnungshütte aufgestellt. Dem Bauleiter Kühne wurde zur Anerkennung seiner hervorragenden Leistungen bei der erfolgreich und rasch vollzogenen Bauausführung von Seiner Majestät dem Kaiser das Verdienstkreuz in Gold verliehen. Der Brückenbau beweist, daß die deutsche Technik heute auch vor den schwierigsten Aufgaben in den Schutzgebieten nicht mehr zurückschreckt.

Flugwesen und Automobil in den deutschen Kolonien.

Von Ingenieur G. Goldberg = Groß-Lichterfelde-Berlin.

Trotz aller Bemühungen der Reichsregierung, das Verkehrswesen in den Kolonien nach Möglichkeit durch Eisenbahnbauten zu fördern, wird dennoch eine geraume Zeit vergehen, bis ein ausreichendes Bahnnetz das Land bedeckt. Die Besiedlung der Schutzgebiete ist noch zu schwach, als daß Privatsellschaften sich an ein fürs erste wirtschaftlich aussichtsloses Bahnunternehmen wagen könnten, und auch der Regierung sind in finanzieller Hinsicht allzu sehr die Hände gebunden. Trotzdem oder vielleicht gerade dieserhalb gewinnt der Glauben an die Wichtigkeit verkehrstechnischer Einrichtungen für die wirtschaftliche und kulturelle Erschließung unserer Kolonien immer mehr an Boden, und im gleichen Maße rücken auch andere moderne Verkehrsmittel in den Vordergrund des Interesses.

In jüngster Zeit sind es hauptsächlich zwei Verkehrsapparate, das Automobil und das Flugfahrzeug, welche zur Hebung des kolonialen Verkehrs herangezogen werden. Während das Automobil sein Debut in unseren Schutzgebieten schon vor mehreren Jahren gab, hat leider das Flugfahrzeug seinen Weg noch nicht in unsere Kolonien gefunden, doch wird von verschiedenen Seiten, hien und drüben, daran gearbeitet, ihm den Weg zu ebnen. Schon heute darf gesagt werden, daß alle Präliminarien erfüllt sind und seinem Einzug nichts mehr im Wege steht. Wenn nicht alle Voraussetzungen täuschen, wird es ein Siegeszug werden.

Die ernstesten Bedenken gegen die Einführung des Flugwesens in die Kolonien bereite bis vor kurzem das Klima. Diese Befürchtungen können heute, nachdem an Ort und Stelle von erfahrenen Fachleuten die verschiedensten Versuche und meteorologischen Beobachtungen gemacht worden sind, als überwunden betrachtet werden. Es steht fest, daß das Klima Ostafrikas sich hervorragend gut für Flüge eignet, und auch das besonders gefürchtete Deutsch-Südwest zum mindesten nicht mehr Gefahren bietet, wie Europa. Selbst zur ungünstigsten Jahreszeit sind gewisse Tageszeiten stets windstill und zu Flügen geeignet; Platzregen und Wirbelstürme machen sich eine genügend lange Zeit vorher bemerkbar, so daß noch rechtzeitig zum Abstieg geschritten werden kann. Auch Gewitter halten fast ausnahmslos ihre bestimmten Zeiten ein und werden aus diesem Grunde nicht gefährlich.

Ähnlich verhält es sich mit den bösen Prophezeiungen, welche im Sand einen verderbenden Feind der Flugapparate, insbesondere des Motors, erblicken wollten. Schon die glänzenden Flugleistungen während des italienisch-türkischen Krieges in Tripolis, wo es gewiß auch nicht an Sand mangelt, hätten die Pessimisten bekehren müssen. In der Oktobernummer der Zeitschrift „La Technique Aéronautique“ erschienen nunmehr Veröffentlichungen eines höheren französischen Kolonialoffiziers, welcher seine Beobachtungen über diesen Punkt mitteilt. Danach hätte der Sand nicht den geringsten ungünstigen Einfluß auf die Flugfahrzeuge ausgeübt, eine feine Sandschicht legte sich zwar auf den Motor, drang aber niemals in das Gehäuse.

Wenn also danach dem kolonialen Flugwesen wenig oder gar keine Schwierigkeiten erwachsen, so besteht über seinen Wert für die Schutzgebiete nicht der geringste Zweifel. Welch hohe Wichtigkeit ihm für den Kriegsfall eingeräumt werden muß, ist heutigentags nicht nur in militärischen Kreisen hinreichend bekannt: hier liegen die Vorteile für Europa und Afrika gleich deutlich am Tage. Doch sind die Aufgaben, welche das Flugfahrzeug in unseren Kolonien erwarten, auch in Friedenszeiten ebenso mannigfach und wichtig. Schon vor mehreren Jahren entwickelte Professor Scheimpflug sein neuestes System der Kartographierung eines Landes mittels photographischer Aufnahmen aus der Luft. Damals dachte der inzwischen verstorbene Gelehrte an Luftschiffe, heute könnte mit Leichtigkeit und unter geringeren Kosten das Flugfahrzeug Verwendung finden. Gleichzeitig könnte bei dieser Gelegenheit auch von seiten des Fliegers noch nach unbekannten Wasserstellen Ausschau gehalten werden. Kenner der dortigen Verhältnisse behaupten, daß es bei der herrschenden Klarheit der Luft sehr wohl möglich sei, weite Strecken deutlich zu überschauen. Endlich aber könnte das Flugzeug sehr wohl zum Hilfsverkehrsmittel herangezogen werden. Der neue Gouverneur von Togo, Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg, tritt sehr warm für das koloniale Flugwesen ein, und will es auch in den Dienst der Post stellen. Auf alle Fälle könnte es zur Ueberbringung von Nachrichten und in besonderen Umständen sogar als Passagier- oder Frachtbeförderungsmittel von hohem Nutzen sein. Aus diesem Grunde empfiehlt es sich auch, bei der Auswahl der kolonialen Flugzeuge solche zu wählen, die eventuell ihre Landung auch auf dem Wasser vorzunehmen imstande sind, da dies besonders in Ueberschwemmungszeiten usw. von hohem Nutzen sein kann.

Der Anregung einer Zeitschrift folgend, welche gemeinsam von Kennern unserer Schutzgebiete, Hauptmann Dr. Weiß und dem Telegraphenassistenten Lenk, sowie einem unserer bekanntesten Aeronauten, Hauptmann a. D. Hildebrandt, herausgegeben wurde, ist bereits ein Offizier der Schutztruppe zum Flugzeugführer ausgebildet worden. Daß auch in den Kolonien selbst ein lebhaftes Interesse für diese hochaktuelle Frage herrscht, geht aus dem Umstande hervor, daß sich in Keetmanshoop in Deutsch-Südwest bereits ein Verein gebildet hat, der die Frage eingehend studiert und auch Geld zur

Anschaffung eines Flugzeuges sammelt. Doch würde es wohl zu lange währen, wenn die Anschaffung eines Aeroplans allein aus dieser Quelle bestritten werden sollte. Hilfe aus dem Mutterlande tut hier dringend not. Andere Länder sind auch diesmal wieder Deutschland mit gutem Beispiele vorangegangen.

Sowohl in Timbuktu als in Senegal befinden sich Flugplätze, auf denen schon recht Anerkennenswertes geleistet wurde. Flüge von 300 und 360 Kilometer sind von dort aus unternommen worden. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die Regierung recht bald Schritte tut, um auch dem Flugwesen in unseren Kolonien Eingang zu verschaffen.

Weniger günstig als für das Flugwesen liegen die Bedingungen für das Automobil in unseren Schutzgebieten. Die ersten diesbezüglichen Versuche endeten fast alle mit einem negativen Ergebnis, wenn es sich hierbei auch zunächst um Lastautomobile handelte. Denn gerade auf diese Verkehrswerkzeuge hatte man im Anfang große Hoffnungen gesetzt, und ihr Wert für die Kolonien steht auch heute noch unwiderlegt fest. Nur stellen die an sich schon schweren Wagen, besonders wenn sie ihrer Bestimmung gemäß mit Ladung versehen werden, zu hohe Anforderungen an die Wege. Daher hat auch der Bundesrat Verordnungen für Deutschland erlassen, welche das Gewicht dieser Wagen auf ein bestimmtes Maß, zum Beispiel 8 bis 9 Tonnen, beschränken, da sonst die Unterhaltungskosten der Wege sich zu hoch stellen würden. In wie verstärktem Maße dies bei den kolonialen Wegen der Fall sein würde, leuchtet allen Kennern der dortigen Verhältnisse ein. In den meisten Fällen versagten die Kraftwagen überhaupt den Dienst, sie blieben wie der berühmte „Dampfschse“, der bei den Ansiedlern den Namen Luther führte (im Hinblick auf das Wort: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders“), schon bei den Versuchsfahrten elend im Sande stecken und wühlten sich bei den Versuchen, los zu kommen, immer tiefer in den Boden ein. Solch üble Erfahrungen machte auch, wie bereits früher berichtet, die Firma Philipp Holzmann beim Bahnbau Morogoro—Tabora. Nach verschiedenen vergeblichen Versuchen mußten die Wagen, die mittlerweile stark gelitten hatten, als unbrauchbar nach Deutschland zurückgeschickt werden. Versuche der Schutztruppe mit Lastautomobilen führten zu dem Ergebnis, daß im Kriegsfalle stets Maultier-, Ochsen- oder Eselgespanne vorzuziehen seien, wenn es sich nicht um hervorragend weidearme Gegenden handelt. In Friedenszeiten wäre ein Automobilbetrieb unter den herrschenden Verhältnissen nur zur Zeit von Viehseuchen zu rechtfertigen.

Augenblicklich existiert in unseren Kolonien nur eine einzige Ausnahme, wo sich das Lastautomobil gut bewährt hat. Es ist dies eine von privater Seite eingerichtete Lastwagenverbindung zwischen Mombo und Wilhelmstal, welche der Personen- und Frachtbeförderung dient. Allerdings befindet sich hier die Straße in besonders gutem Zustande, trotzdem hat sich das Gouvernement das Recht vorbehalten, den Verkehr zur Regenzeit jederzeit untersagen

zu können. Ferner ist der größte Raddruck auf eine Tonne und die Höchstgeschwindigkeit auf 18 Kilometer festgesetzt.

Besser sind die Erfahrungen, welche man mit Personenautomobilen gemacht hat. So stehen zum Beispiel schon seit einigen Jahren bei der Schutztruppe zwei Wagen in Dienst, welche noch heute gebrauchsfähig sind, obgleich sie ungefähr je 60 000 Kilometer geleistet haben. Desgleichen steht dem Gouverneur von Deutsch-Südwest und von Togo je ein Kraftwagen zur Verfügung, die sich bis jetzt gut bewährt haben. Auch sportliche Leistungen auf diesem Gebiete haben unsere Kolonien bereits zu verzeichnen. Abgesehen von der bekannten Fahrt des Oberleutnants Grack, „Im Auto quer durch Afrika“, die ihn in der Zeit vom 10. August 1907 bis zum 1. Mai 1909 von Dar-es-Salam nach Swakopmund führte, hat in letzter Zeit eine Fahrt des Herrn Baaschen in Kamerun von sich reden gemacht; der Genannte legte die 307 Kilometer lange Strecke Longji--Jaunde, die sehr starke Steigungen aufweist, auf seinem 6/18 PS.-Brennabornwagen in elf Stunden zurück.

Der Grund für die bessere Bewährung des Personenautos liegt wiederum in seinem geringeren Gewicht, welches weniger hohe Anforderungen an den Weg stellt. Allerdings verlangen die kolonialen Verhältnisse auch sonstige konstruktive Abweichungen, zum Beispiel Tropenkühler und einen bedeutend höheren Bodenabstand, zum mindestens von 35 Zentimetern. Die Gummibereifung hat sich als vorteilhafter gezeigt als die Eisenreifen. Die Karosserien dürfen nicht geschlossen gehalten werden, da sie sonst für die Zeit der Hitze unerträglich sind. Schwierigkeiten bereitet allerdings auch der Betriebsstoff. Versuche mit Dampfautomobilen nach englischem Muster führten zu negativen Resultaten, desgleichen muß der elektrische Betrieb ausgeschaltet werden, da er das Gewicht zu sehr verstärkt und es auch an Kraftstationen fehlt. Es bleibt demnach nur das Benzin, aber auch hier stößt man auf Schwierigkeiten. Personendampfer dürfen nach gesetzlicher Bestimmung nur eine geringe Menge Benzin mit sich führen, infolgedessen verteuert sich der Transport. Eine der ersten Bedingungen für einen blühenden Automobilverkehr in unseren Kolonien müßte die Errichtung von Benzindepots sein. In späterer Zeit, wenn wir erst gelernt haben werden, die einheimischen Pflanzenöle im Verbrennungsmotor zu verwenden, wird ja diese Kalamität beseitigt sein, aber — wann werden wir dieses Ziel erreichen? Wie auf anderen Gebieten, so können uns allerdings auch hier unerwartete Erfolge schnell zum Ziele führen und viele der bisherigen Widerstände forträumen.

Im Hinblick auf den Wert eines lebhaften Automobilverkehrs in unseren Schutzgebieten ist die Erfüllung dieses Zukunftstraumes lebhaft zu wünschen. Zwar wird das Auto niemals die Eisenbahn ersetzen können, aber es wird in vielen Fällen ihre Vorläuferin sein, kann die Verbindung zwischen Ansiedelung und Bahnstation bewerkstelligen und besitzt noch den Vorzug der größeren Beweglichkeit. Der Wunsch nach diesen Verkehrswerkzeugen macht sich immer lebhafter in den Kolonien bemerkbar. So erging zum Beispiel

an das Gouvernement von der Handelskammer Kribi das Gesuch, die Wege von Kribi über Oama zum Njong nach Jaunde und von Kribi nach Eholowa als Kraftwagenstraße auszubauen. Allerdings verlangt das nicht durchgreifende Reorganisation des Wegbaues, sondern auch den Ersatz sämtlicher Holzbrücken durch massiven Steinbau. Beides dürfte zwar mit erheblichen Kosten verknüpft sein, besonders wenn sich der Umbau auf alle Hauptstraßen der Schutzgebiete erstreckt. Doch wird der Erfolg der Mühe nicht ausbleiben, und das angewandte Kapital wird in dem wirtschaftlichen Aufschwunge der Schutzgebiete nicht nur gut verzinst, sondern auch amortisiert werden.

Im Interesse unserer Schutzgebiete ist es daher dringend zu wünschen, daß von seiten des Mutterlandes diese modernen Verkehrsprojekte rege Unterstützung finden. Sowohl dem Flugwesen als auch dem Automobilverkehr steht in den deutschen Schutzgebieten eine große Zukunft bevor und der hieraus resultierende Einfluß wird auch auf die einheimische Industrie zum Wohl des Allgemeinguts befruchtend einwirken.

Frankreich im Norden des Tschadsees.

Von Oberstleutnant z. D. H ü b n e r - R i e s a .

(Mit Kartenfz. 33c.)

Seit dem Jahre 1906 hat Frankreich im Nordwesten und Norden des Tschadsees sehr bedeutende Fortschritte gemacht, Fortschritte, die im allgemeinen in anderen Staaten viel zu wenig Beachtung gefunden haben, und denen man namentlich auch in Deutschland bisher nicht das gebührende Vermerken geschenkt hat. Noch im Juni 1906 waren die Truppen des Bezirks von Zinder durch eine Entfernung von fast 300 Kilometer von dem Westufer des großen afrikanischen Binnensees getrennt: Guré, 150 Kilometer östlich von Zinder, war der am weitesten vorgeschobene Posten. Das etwa eben so weit nördlich von Zinder gelegene Djadjiduna deckte nach Norden zu den beabsichtigten Vormarsch. Gewiß war es einigen Offizieren gelungen, das vorwärts dieser vorgeschobenen Stellungen gelegene Gelände zu erkunden, aber weder hatte man N'Guigmi am Tschadsee, wo Aufklärungsabteilungen aus den Tschadseegebieten sich mit solchen aus dem Bezirk von Zinder vorübergehend die Hand gereicht hatten, zu halten, noch hatte der bereits 1904 bis nach Bilma vorgebrungene Leutnant Nyasse hier einen bleibenden Erfolg zu erringen vermocht. Erst dem Kommandant Gadel war es möglich gewesen, auf dem Wege über Djadjiduna und Agades bis Bilma vorzudringen, und auch die 250 Kilometer nördlich von Bilma gelegene Dase Djado zu erreichen und in Bilma vom 17. November 1908 ab eine ständige Garnison von 50 Tiralleuren unter Leutnant Crepin einzurichten. Es handelte sich nun zunächst darum, die Verbindungen zwischen Zinder, Tschadsee und Bilma dauernd zu sichern und sie feindlichen Unternehmungen, die namentlich von Tibesti und dem tripolitaniischen Hinterlande her drohten, zu entziehen. Hierzu war der Bezirk von Zinder in zwei Teile gespalten, und ein neuer Bezirk, derjenige von Bilma, bereits am 1. Januar 1907 geschaffen worden. An die Spitze dieses Bezirkes, der in die Verwaltungskreise N'Guigmi und Bilma zerfiel, trat Kommandant Mouret. Capitaine Colonna de Leca übernahm das Kommando der Garnison Bilma. Ganz besondere Anstrengungen widmete man alsbald der Durchbildung der Verbindung von Bilma zum Tschadsee. Hierbei ist man zum Teil in sehr wesentliche und blutige Kämpfe mit den Eingeborenen verwickelt worden, und von einigen dieser Kämpfe handelt eine Broschüre des Leutnants Paul Dromard¹⁾, deren Titel zwar so

¹⁾ Lieutenant Paul Dromard du 105^e régiment d'infanterie. A propos de deux combats récents en Afrique (7. Janoier 1908—31. priket 1909). Essai sue l'Attaque à l'arme blanche. Avec une Tréface du général Lyautey. Paris. Henri Charles-Lavanzelle. 1912.

ausschließlich militärisch gefaßt ist, daß man sich vielleicht wundern könnte, wenn sie in einer kolonialen Zeitschrift genannt wird, der aber jene Leser ein Bemerkten nicht versagen werden, die der kolonialen Arbeit der Franzosen in Zentralafrika Interesse entgegenbringen. Ueber gewisse chauvinistische Anzüglichkeiten muß man sich allerdings hinwegsetzen; man ist ja zudem gewohnt, daß unsere Herrn Nachbarn ohne eitles Säbelgerassel nicht bestehen und nichts unternehmen können. Das erwähnte Buch ist, wie nebenbei bemerkt sei, der Erinnerung an die beiden Brüder des Verfassers gewidmet, die als brave und tapfere Offiziere im kolonialen Dienst ihres Vaterlandes den Tod vor dem Feind gefunden haben.

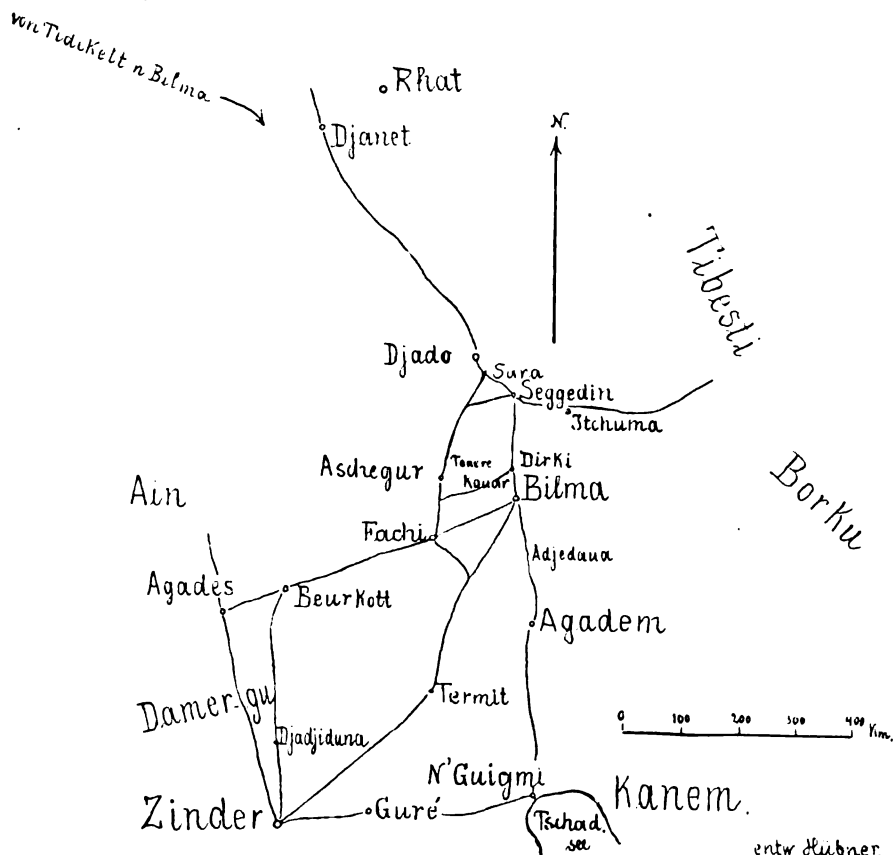
Im Dezember 1907 war der Posten von Bilma noch nicht viel über die ersten Anfänge seiner Einrichtung hinweg; Hauptmann Colonna de Leca verfügte im ganzen nur über 43 Tirailleurs, besaß aber nicht ein einziges Kamel. Die Bevölkerung der Oase war den Franzosen ziemlich übel gesinnt. Dazu kam erschwerend, daß die kleine Garnison von den nächsten Posten durch reine Wüste auf sehr weite Entfernungen getrennt war: von N'Guigmi auf 525, von Agades auf 600 Kilometer!

Um den neuen Posten mit Kamelen, mit Lebensmitteln, namentlich aber mit Munition zu versorgen, wurde im Dezember 1907 in N'Guigmi eine Transportkarawane unter dem Kommando des Leutnants Dromard gebildet. Derselbe marschierte am 24. Dezember 1907 von N'Guigmi ab und erreichte ohne besonderen Zwischenfall nach zwölfstägigem Marsch am 6. Januar abends die Oase Agadem.

Dieselbe liegt am Westfuß einer ziemlich schroff ansteigenden Höhe, ist rings von sandiger Steppe umgeben und besitzt ein leicht natronhaltiges Wasser, das nach den vorliegenden Berichten von Kamelen gern genommen wird. Bei Agadem wird die Karawanenroute von Bilma zum Tschadsee von dem Wege, der von Borku nach der im Berglande Ain (oder Asben) gelegenen Oase Agades führt, geschnitten. Die in früheren Zeiten bewohnt gewesene und zu einer Neusiedlung wohlgeeignete Oase Agadem ist gegenwärtig infolge der vollkommenen Unsicherheit der Gegend verlassen und wird nur hin und wieder von gelegentlichen Jägern der Tebbus (Toubous) aufgesucht. In französischen Kolonialkreisen scheint man gerade dieser Oase einen recht großen Wert beizumessen, ob mit Recht, wird zu beweisen zukünftigen Zeiten vorbehalten sein. Ein „centre de commerce, d'élevage et de culture“ wird sicher hier nicht erblühen, aber es ist immerhin möglich, daß aus Agadem mit der Zeit ein für die endliche Beruhigung der Gegend und für die Sicherheit des Verkehrs wichtiger Militärposten werden kann, der vielleicht auch imstande sein wird, wenigstens einen Teil der für ihn erforderlichen Bedürfnisse aus den mageren und zumeist weit verstreuten Weideflächen, die zu der Oase gehören, zu ziehen.

Am 6. Januar hatte Leutnant Dromard Agadem wieder verlassen. Im ganzen verfügte er an Militär über zwei französische Unteroffiziere (Sergeanten

Perrichon und Imperrinetti) und zwei Unteroffiziere und 25 Tirailleuren der 3. Kompanie des Eingeborenenbataillons von Zinder. Die Karawane, deren Schutz diesen wenigen Leuten übertragen war, bestand aus einem Eingeborenen als Führer, 12 Frauen der erwähnten Tirailleure, 2 Dienern, 16 Kameltreibern und Hirten (Fellahs), 56 Kamelen und 56 Stück Rindvieh — im ganzen also aus 2 Europäern, 17 Tirailleuren und 29 Eingeborenen (darunter 12 Weiber). Außerdem hatten sich noch auf dem Wege einige eingeborene Kaufleute bei der Karawane eingefunden, um deren Schutz in An-



spruch zu nehmen. Die Tirailleure waren mit Gewehren Mod. 86 ausgerüstet und trugen jeder 120 Patronen mit sich. Außerdem waren noch 1280 Patronen, also noch 64 pro Unteroffizier und Mann auf den Kamelen verladen. Die mit der Karawane marschierenden Leute verfügten im ganzen über 8 Gewehre Mod. 72 und 12 Patronen pro Gewehr. Die Karawane war auf dem Marsch in vier Staffeln eingeteilt, deren jeder drei Tirailleure beigegeben waren. Sergeant Perrichon bildete mit einigen Mannschaften die Nachhut.

Gegen Mittag des 6. Januar ließ Leutnant Dromard Halt machen, um die vierte Staffel, die aus irgendwelchen Gründen stark zurückgeblieben war,

herankommen zu lassen und eine Verfügung über die Ausnutzung einer guten Weide zu treffen, die man eben erreicht hatte. Während der erwähnte Offizier noch mit dem Treffen der erforderlichen Anordnungen beschäftigt war, erhielt die vierte Staffel plötzlich und ziemlich überraschend von mehreren Reitern, die sich hier genähert hatten, Feuer. Hinter den in weiter Linie ausgeschwärmten feindlichen Reitern bemerkte Sergeant Perrichon, der Führer der Nachhut, mehrere Reitertrupps, jeder zu etwa 20 Mann, von denen alsbald drei Trupps in weitem, flachgespanntem Bogen die Nachhut umschlossen, während der vierte Trupp sich als allgemeine Reserve zurückzuhalten schien. Man sah sich also plötzlich einem Feinde gegenüber, der in einer Stärke von ungefähr 100 Mann, die fünffache Ueberlegenheit hatte und der — wie später festgestellt werden konnte — durchgängig mit Gewehren Mod. 74 bewaffnet und mit Munition reichlich versehen war. Leutnant Dromard ließ vier Tirailleure zum Schutze der drei ersten Staffeln zurück, sorgte durch Entsendung von zwei Tirailleuren nach links für Sicherung dieser zunächst ungedeckten Flanke und ging mit dem Rest der vierten Staffel entgegen, um diese den Angriffen des Feindes zu entziehen und aufzunehmen. Trotz mancher Schwierigkeiten, deren hauptsächlichste durch die planlose Flucht eines Kameltreibers herbeigeführt worden war, gelang es doch dem mutigen Offizier, den gesamten Transport hinter einer einigermaßen deckende Höhe zurückzuziehen. Nach mehreren Stunden lebhaften Feuergefechtes war Leutnant Dromard gezwungen, den Transport noch weiter zurückzunehmen. Nachdem dies geschehen, entschied sich Leutnant Dromard in einem überraschenden Angriff eine Entscheidung herbeizuführen. Mit aufgepflanzttem Seitengewehre ging er mit seinen wenigen Tirailleuren dem Feinde entgegen. Der letztere wich vor dem Rest sofort zurück. Im ganzen hatte der Feind 22 Tote und zahlreiche Verwundete verloren. Von der Abteilung des Leutnants Dromard war ein Tirailleur gefallen, ein europäischer Sergeant und sieben Tirailleure verwundet, darunter sechs schwer. Von den übrigen Leuten der Karawane war ein Treiber tot, eine Frau und ein Mann verwundet, vier Stück Rindvieh und sechs Kamele angeschossen.

Noch lag ein 12 tägiger Marsch bis Bilma vor der kleinen, jetzt sehr wesentlich geschwächten Abteilung. Auf diesem Marsch mußten die Verwundeten ohne besondere Transportmittel mitgeführt werden. In der Gegend von Abjedaua waren Wanderdünen dem Marsch sehr beschwerlich; doch gelang der Marsch trotzdem. Nach dem Bulletin de l'Afrique française kommen jährlich etwa 20 000 Kamele aus den Lasengruppen Ain und Damergu nach Bilma, um hier Salz und Datteln zu holen. Noch vor kurzem soll dieser Handel bedeutend größer gewesen sein und etwa 1000 000 Kamellasten betragen haben. Einzig und allein die Unsicherheit der Gegend trägt Schuld an der bedeutenden Herabminderung. Während jener Handel vor 20 Jahren noch auf 10 Millionen Frank zu bewerten war, hat er gegenwärtig einen Wert von nur noch 2 Millionen Frank. Im Juli 1909, also 18 Monate nach dem Gefecht bei Agadam, zu der Zeit,

in der die aus Tibesti stammenden Räuber ihre Züge gegen diese Karawanen zu unternehmen pflegen, beschloß Capitaine Prévot, damals Kommandeur des Bilma Kreises, eine Erkundung nach Norden auszuführen, um die Straßen zu sichern, ungeeignete Weiden aufzusuchen und um die Oase von Djado, 280 km nordwestlich von Bilma, zu erreichen. Die Abteilung, die hierzu am 3. Juli Bilma verließ, bestand aus 2 Offizieren (Capitaine Prévot und Leutnant Dromard), 25 Tirailleurs und 6 Eingeborenen — war also 31 Gewehre stark — und führte 58 Kamele und einen Proviantzug mit sich. Bei Seggedim, etwa 150 km nördlich von Bilma, traf man auf Spuren feindlicher Eingeborener, denen man bis Jthuma folgte. Nach den eingezogenen Erkundungen sollten bei Djado größere Massen von Eingeborenen stehen. Die Witterung war sehr trocken, die spärlichen Weiden fast gänzlich verodet. Am 21. Juli erreichte man Djado. Der Feind, den man hier zu treffen erwartete und der auf 130 Gewehre geschätzt worden war, hatte die Oase jedoch am 10. Juli bereits verlassen, um nach dem Min zu gehen und zwar auf dem direkten Wege, ohne Mchegur zu berühren. Man entschloß sich, ihm sofort zu folgen. Vom 21. bis 24. Juli gab man jedoch noch dem überangestregtem Train Ruhe, und benutzte diese Zeit, um Datteln als Proviant zu nehmen. Am 25. wurde Sara, am 28. Fossenet erreicht. Als man am 31. Juli 6 Uhr 15 Minuten abends in Tenere ankam, bemerkte man den Feind in sieben scharf getrennten Trupps bei dem Brunnen von Mchegur, von dem man nur noch durch eine Entfernung von 4 km getrennt war. Die vorderste Gruppe des Feindes war soeben an jenem Brunnen angelangt und schickte sich an, hier ein Lager zu errichten. Hauptmann Prévot ließ seinen Proviantzug unter dem Schutze eines eingebornen Unteroffiziers und zehn Tirailleurs in einer durch Klippen ausgezeichnet gesicherten Stellung, die außerdem die vermutliche Rückzugslinie beherrschte, zurück. Mit Leutnant Dromard und 21 Gewehren ging er gegen den Feind vor und kam, durch Klippen gedeckt, unentdeckt bis auf 1800 m an den Feind heran. Hier wartete man, bis die Gegner ihre sämtlichen Kamele abgefattelt hatten. Mit Fallen der Dunkelheit erst, als die Eingeborenen soeben mit dem Tränken ihrer Tiere beschäftigt waren, setzte sich die Abteilung in zwei Gruppen zu 11 und 10 Gewehren in Bewegung und kam, wieder unentdeckt, bis auf 150 Schritte an das Lager heran. Nunmehr stürzte man mit aufgepflanzten Seitengewehren auf den Feind — rechts die Gruppe des Hauptmann Prévot, links diejenige des Leutnant Dromard. Der Feind hielt zunächst Stand und eröffnete ein ziemlich gut geführtes Feuer. Erst als die Tirailleurs unmittelbar an die Eingeborenen herangekommen waren, nahmen dieselben die Flucht. Die Niederlage der Lebbus war eine vollständige. Sättel, Geräte usw., aber auch ganze Lasten von Honig, Fleisch, Ziegen usw., also Raub, den sie aus Min fortgeführt hatten, ließ der Feind ebenso zurück, und etwa 20 Frauen und Kinder, die den Tuaregs genommen worden waren. Und außerdem sämtliche Kamele. Auf dem Kampfplatz fand man 5 Tote und 8 Gewehre, von denen fünf wieder Mod. 1874 waren. Aber auch die Verluste

der Franzosen waren große: Leutnant Dromard war so schwer verwundet, daß er später der Verletzung erlag; außerdem hatte man einen Toten und vier verwundete Tirailleurs. Der Brunnen wurde sofort besetzt; außerdem suchte man durch starke Abteilungen die Umgebung des Brunnens bis auf 700, 800 m ab. Um 10 Uhr traf der Versorgungszug ein. Die Mannschaften desselben hatten noch Gelegenheit gehabt, fliehenden Feinden Feuer nachsenden zu können.

Um den Verwundeten den infolge der Hitze sehr beschwerlichen Transport nach Bilma zu erleichtern, wurde nur nachts marschiert. Leutnant Dromard mußte auf einer hilfsmäßig hergestellten Bahre den ganzen Weg getragen werden, da sein Zustand unter den Bewegungen des Kameles zu sehr litt. Am 1. August war man abends 6 Uhr von Aschegur abmarschiert, hatte am 4. August Kaur erreicht und traf am 5. August in Bilma wieder ein. Am Abend dieses Tages erlag Leutnant Dromard seiner schweren Wunde. Wie sich später herausstellte, war der Feind durch Arribar, dem Sohn Zetimis kommandiert gewesen. Letzterer hatte nach glaubhaften Berichten kurz zuvor die Würde eines Chefs des südlichen Tibesti in der Senusichauja Rufra erhalten.

Im Oktober 1909 war vom Capitaine Prévot in Erfahrung gebracht worden, daß abermals vom Feind ein größeres Unternehmen gegen die Karamanenstraße Bilma—Ain geplant sei. Er brach sofort mit einer Abteilung von 65 Tirailleurs, zu der Leutnant de Frahssinet gehörte, auf und konnte am 7. November bei Dirki den überlegenen Feind (400 Araber und 400 Tebbus) angreifen. Auch hier entschied wieder ein Vorgehen mit aufgepflanztem Seitengewehr, der Feind verlor in diesem Treffen 15 Tote, 21 Kamele, 50 Esel, 15 Gewehre und 200 Lasten. Auf seiten der Franzosen wurde der Leutnant verwundet, 5 Tirailleurs waren tot, 8 Tirailleurs und der Dolmetscher verwundet. Die Berichte über die drei, der französischen Waffen so ruhmreichen Gefechte von Agadem, Aschegur und Dirki sind dem, übrigens auch noch einige andere Waffentaten behandelnden, obererwähnten Buche entnommen.

Noch ist aber zu berichten, daß inzwischen auch Djanet dauernd besetzt worden ist und zwar durch den Capitaine Charlet, Commandant le compagnie saharienne du Tidikelt, der am 25. November 1911 mit einer Abteilung, bestehend aus zwei Leutnants, einem Arzt, zwei Unteroffizieren und vier Brigadiers — alles Franzosen — und 135 eingeborenen Mannschaften und einem Geschütz aus dem Tidikelt aufbrach, und am 27. November bereits Besitz von Djanet nahm, indem auf der dortigen Zauja die französische Flagge aufgepflanzt wurde. Die nähere Erkundung der Lage ergab die Notwendigkeit, für das zu befestigende Lager die Zauja zu wählen, die auch von den Eingeborenen — anscheinend ohne große Schwierigkeiten — zu solchem Zwecke überlassen wurde. Ueberhaupt soll sich die Bevölkerung freundlich verhalten, namentlich wohl, weil man von den Franzosen Hilfe gegen die Tebbus erwartet, unter den man auch hier sehr viel zu leiden gehabt hat.

Aus den Erlebnissen eines englischen Offiziers in dem Kriege gegen Haider Ali und die Franzosen in Indien (1780 bis 1784).

Von Oberregierungsrat Dr. E. Jacobi-Königsberg.

Die siebziger und achtziger Jahre des achtzehnten Jahrhunderts waren diejenige Periode des hundertjährigen Kampfes zwischen England und Frankreich, in der die Dinge für England am übelsten standen. Der Abfall der Vereinigten Staaten von Nordamerika war nicht zu besiegen. Immer mehr neigte sich der Sieg den Amerikanern, die durch Frankreich unterstützt wurden, zu. Und in Indien waren andere und gefährlichere Feinde den Engländern gegenübergetreten als die verweichlichten Nabobs von Bengalen, die Lord Clive niedergeworfen hatte. Es waren seit 1774 die kriegerischen Stämme der Mahratten, die die englische Herrschaft immer stärker bedrohten und gegen die mit recht wechselndem Erfolge gekämpft wurde. Und dazu kam mit dem Beginn des vorletzten Jahrzehnts des Jahrhunderts ein noch gefährlicherer Gegner, der berühmte Sultan von Maisur in Südindien, Haider Ali. Zugleich griffen Holländer und Franzosen die englischen Niederlassungen an, und die englische Herrschaft im Dekhan stand vor einer schweren Krise. Der Energie des Generalstatthalters Warren Hastings aber und englischer Zähigkeit und Tapferkeit gelang es, alle Gefahren zu überwinden und die englische Herrschaft fester als je zu begründen. Aus dieser bewegten Zeit stammen die Erinnerungen eines Offiziers im 73. Bergschottenregiment, Innes Munro, die 1789 in London in englischer Sprache¹⁾ und 1791 in deutscher Uebersetzung²⁾ erschienen sind. Sie geben ein vortreffliches Bild jener für die Entwicklung des indobritischen Reiches so bedeutsamen Kämpfe, und bieten zugleich eine Reihe auch kolonialpolitisch vielfach interessanter Bilder aus dem damaligen Indien, wobei sich allerdings in der Art der Schilderung der Offizier, nie verleugnet, aber auch nie der praktische Engländer, der alles vom praktischen Standpunkt aus ansieht. Der Krieg in Indien war ja kein Krieg Englands, sondern ein Krieg der ostindischen Kompagnie, die englische Regierung unterstützte die Kompagnie aber mit Geld, und auch direkt durch Truppen sendungen, deren Kosten allerdings die Kompagnie tragen mußte, und schließlich mit der Flotte. Unser Verfasser lief am 7. März 1779

¹⁾ I narrative of the military operations on the Coromandel coast against the combined forces of the French Dutch and Hyder Ali Caron from the year 1780 to the peace in 1784. In a series of letters et cet. By Innes Munro Esqu. Captain in the late 73er or Lord Macleods Regiment of Highlanders.

²⁾ Innes Munros Esqu. Hauptmanns unter dem ehemaligen Bergschottenregiment des Lord Macleod Geschichte des Krieges in Ostindien in den Jahren 1780-1784 zwischen den Engländern und ihren verbündeten Feinden, den Franzosen, Holländern und dem Hyder Ally. Aus dem Englischen mit Anmerkungen des Uebersetzers. Leipzig bei Johann Ambrosius Barth. 1791.

mit einem Geschwader unter Rear-Admiral Sir Edward Hughes von Portsmouth aus. Die Bestimmung war zuerst geheim gehalten, nach einem kurzen Aufenthalt in Madeira aber ging man nach Gorée an der Senegalmündung und nahm diese französische Insel fort. Dann segelte man mit Zurücklassung einer Besatzung weiter und langte nach einem kurzen Aufenthalt in der damals noch holländischen Kapstadt, wo es den Engländern sehr wohl gefiel, Ende 1780, also nach drei Vierteljahren, in Madras an. In dem dortigen Fort St. George, dem Hauptort der Präsidentschaft Madras, residierte damals Sir Thomas Rumbold als Gouverneur und Sir Hector Munro als Oberbefehlshaber der Truppen. Unter den vielen interessanten Bemerkungen, die der Verfasser über seine ersten Eindrücke von Indien macht, führe ich zunächst diejenigen über die Mischlinge an, die für uns bei der heute so viel erörterten Frage der Mischhehen besonderes Interesse haben. Die Entstehung von Mischlingen erklärt er eben einfach daraus, daß die Europäer dort „unter einem Himmelsstriche leben, der Lüste erweckt, die schlechterdings befriedigt sein wollen“. Sehr stark spricht er sich aber gegen die Gewohnheit aus, die Mischlinge zur Erziehung nach England zu schicken, was damals vielfach geschah. Er behauptet, daß in den englischen Erziehungsanstalten jeder zehnte Zögling von solcher Abkunft ist. Hier setzt aber ihre Abkunft sie „beständig der Verpottung und den Vorwürfen“ aus. „Gewiß hat unsere Regierung,“ meint unser Autor, „diese Sache nie in ernstliche Betrachtung gezogen, denn sonst würde sie einen Umgang, der die Menschenart merklich verschlechtern und der Hautfarbe der Britten ein gelbliches Ansehen mittheilen würde, gewiß verboten haben. Daß die Hautfarbe der Spanier und Portugiesen ein so sehr schwärzliches Ansehen angenommen hat, rührt eben von der uneingeschränkten Gemeinschaft her, die sie mit ihren Kolonien solange unterhielten, bis sie zu ihrem gegenwärtigen verächtlichen Zustande herabsanken. Die Franzosen hingegen bemerkten diese üblen Folgen und gaben einen Befehl, daß keinem von diesen dunkelfarbigen oder nußbraunen Ausländern je erlaubt sein sollte, sich länger als acht Tage in Frankreich aufzuhalten, und daß er sich mit dem ersten Schiffe sogleich wieder in sein Vaterland zurückzugeben habe. Wenn die Freiheit unserer Regierungsverfassung ein Verbot dieser Art nicht zuläßt, so sollte sie doch wenigstens dahin bedacht sein, daß alle die unter dem Namen der Mulatten, oder wie sie in Ostindien genannt werden, der Halkasten, nach England kämen, dem Staate durch Errichtung einer schweren Abgabe, die ihnen auferlegt würde, Vorteil brächten.“ Der Vorschlag, die Mischlinge wenigstens als Steuerquelle auszunutzen, macht dem praktischen Sinne des tapferen Hauptmannes alle Ehre. Ein anderer Punkt, den er berührt, und der auch in dieses Thema gehört, ist die Einwanderung von jungen Damen nach Indien, um dort eine reiche Heirat zu machen. Allerdings findet er, daß die Damen, die zu diesem Zweck dorthin kamen, zu viel Luxusansprüche machten, und meint, „es würden weniger junge Damen so lange auf dem indischen Markte

unverkauft bleiben, wenn sie ihre Geschicklichkeit mehr in kluger Führung des Hauswesens, als im übertriebenen Putzen sehen ließen, denn nach der jetzigen Art zu leben, darf keiner, als nur der Reiche, daran denken, eine Frau zu nehmen, und ich glaube, es kostet vielleicht viel weniger, eine ganze Zenana von Indierinnen zu unterhalten, als den Aufwand einer englischen Dame zu bestreiten.“ Hiernach scheinen es die Damen, die nach Indien kamen, ja arg getrieben zu haben, und der Verfasser schüttelt auch den Kopf über ihre Toiletten, denn in Gesellschaft sind drei bis vier Damen schon genug, „um alle Sophas und Kanapees in einem Hause einzunehmen, denn wegen des ausschweifenden Umfanges ihrer Reiströcke müssen sie drei bis vier Yards voneinander sitzen.“ Er erkennt aber auch an, daß es in Madras Damen gebe, die „durch ihr gefälliges und aufgewecktes Wesen und durch ihren richtigen Verstand dem geselligen Umgang sehr zur Zierde gereichen.“ Leider gäben aber die Törrinnen den Ton an, und viele Männer stürzten sich durch die Ehe mit solchen ins Verderben! Wie weit die Vorwürfe des Verfassers berechtigt waren, wird sich schwer mehr feststellen lassen, jedenfalls geht aber daraus hervor, daß Frauen der höheren Stände damals schon genug vorhanden waren, um den Engländern Mischehen nicht mehr zur Notwendigkeit zu machen.

Heute wird von allen Seiten die Vermehrung des Arztepersonals in den Kolonien verlangt. Da ist es interessant, was der Verfasser, der, wie viele seiner Landsleute, an der ostindischen Kompagnie sonst recht viel auszuweisen hat, über ihre Vorsee in dieser Beziehung erzählt: „Die Einrichtung, welche die Kompagnie im Medizinalwesen hier im Lande getroffen hat, gereicht ihrer Menschenliebe zur größten Ehre, und ich glaube, daß es auf der ganzen Erde kein Land von eben dem Umfange gibt, das mit Ärzten und Wundärzten so wohl versehen ist, als die Besitzungen der Gesellschaft in Ostindien. Schon das ist an jedem Orte für eine große Wohlthat zu achten, auch wenn man den Arzt für seine Bemühungen tüchtig bezahlen muß. Allein hier übernimmt die Kompagnie alle Kosten, und befreit alle in ihren Besitzungen sich aufhaltenden Europäer auf das großmütigste von dieser drückenden Beschwerde, denn sie besoldet alle Ärzte, und zwar sehr gut. Und da diese von Zeit zu Zeit noch allerhand Nebeneinkünfte haben, so stehen sie sich in Indien ganz vortrefflich. Dagegen müssen sie aber auch einen jeden, vom Höchsten bis zum Niedrigsten, umsonst besuchen, und dürfen sich nie weigern zu kommen, wenn sie verlangt werden. Auch nicht einmal die Arznei darf man bezahlen, denn die Kompagnie läßt alle Jahre für ihre Besitzungen die allerbesten Apothekerwaren in erstaunender Menge aus England kommen. Diese werden in einer großen Niederlage aufbewahrt, und unter der Aufsicht und nach der Vorschrift, der vornehmsten Ärzte durch geschulte Apotheker, welche Portugiesen sind, zu augenblicklichem Gebrauch sorgfältig zubereitet. Wird ein Arzt zu einem Kranken gerufen, so untersucht er zuvörderst die Beschaffenheit der Krankheit, dann schreibt er das Rezept, und zugleich gibt er ihm eine

Anweisung an die Apotheke über alles, was er nötig hat. Und gegen Vorzeigung derselben erhält der Kranke die Arznei gleich zubereitet.“ Ich habe diese Stelle ausführlich wiedergegeben, weil sie zeigt, wie die Kompagnie, die ihre großen (wenigstens zeitweise sehr großen) Einnahmen nicht immer auf einwandsfreie Weise gewann, sie doch auch im großen Sinne zu verwenden wußte, und sie gerade für die Gesundheitspflege aus praktischen Gründen einsetzte, lange ehe man sich theoretisch über die Notwendigkeit der Tropenhygiene geeinigt hatte.

Nach den allgemeinen Schilderungen von dem Leben und Treiben in Madras kommt unser Hauptmann nun auf den Fürsten zu sprechen, dessen Bekämpfung bald die Hauptaufgabe der Truppen in Südindien werden sollte, Haider Ali, Sultan von Maisur. „Haider Ali“, sagt er, „ist von seiten seines kriegerischen Genies und Charakters von vielen mit dem Großen Friedrich II. verglichen worden, und wenn man die Eigenschaften betrachtet, wodurch dieser Fürst sich unter seinen Zeitgenossen in Indien auszeichnet, und mit welchem Mut er sich auf den Thron von Maisur geschwunden und seine Staaten erweitert hat, so muß man allerdings gestehen, daß diese Vergleichung ungemein treffend ist.“ Man muß sich hierbei erinnern, daß, wenn unser englischer Autor den großen Haider Ali nicht höher zu rühmen weiß, als wenn er ihn mit Friedrich dem Großen vergleicht, dabei die große Popularität mitspricht, deren sich der Kreuzkönig in England von den Zeiten des älteren Pitt her, mit dem er im Bunde gegen Frankreich während des siebenjährigen Krieges gestanden hatte, erfreute. Haider war zuerst Feldherr des Königs von Maisur, nach dessen Tode er den Thronerben in Saringergatam, der Hauptstadt, in seine Gewalt brachte, und sich selbst als Nabob von Maisur zum eigentlichen Reichsregenten machte. Seine Hauptforge war nun, sich ein tüchtiges, auch den Europäern gewachsenes Heer zu schaffen, zu welchem Zwecke er auch Europäer aller Nationen als Instruktoren zu gewinnen suchte. „Aber nichts“, sagt unser Autor, „beweist so sehr die weitaussehenden Absichten und die Ehrfurcht dieses Fürsten, als sein erstaunenswürdiges Bestreben, sich auch zur Seefurchtbar zu machen. Keinen Kunstgriff hat er unversucht gelassen, wodurch er unsere Schiffszimmerleute und Schiffbauer von Bombay und anderen Orten in seinen Dienst ziehen könne, und sowohl die Franzosen, als andere europäische Mächte haben sich verleiten lassen, ihm darin behilflich zu sein, und es ist beinahe unglaublich, welche Fortschritte in Anlegung von Schiffswerften und Errichtung einer Seemacht er bereits gemacht hat.“ Es ist charakteristisch, wie der Engländer hier erstaunt und zugleich voll Bewunderung ist, weil ein nichtenglischer Fürst auf den Gedanken der Errichtung einer Seemacht gekommen ist. Der Gedanke der Ueberlegenheit zur See war eben schon bei den Engländern des 18. Jahrhunderts zur fixen Idee geworden. Der Verfasser führt dann aus, daß Haider den Krieg gegen England, von dem er die Unabhängigkeit Indiens bedroht sah, systematisch vorbereitet habe. Er habe sich dazu mit den Mahratten, die ursprünglich seine Feinde waren, verbündet. Auch an alle anderen Fürsten Südindiens habe er Rundschreiben

gesandt und sie gegen die englische Kompagnie aufgeheßt. Seinen Sohn Tippu Sahib habe er in diesen selben Gefinnungen erzogen, „wie“, sagt unser Verfasser, „einst Hamillar, jener berühmte Feldherr der Karthager, tat, als er seinen Sohn Hannibal den Römern ewige Feindschaft schwören ließ.“

Den äußeren Anlaß zum Kriege mit Haider bot der Durchmarsch englischer Truppen durch den südlichen Teil des Gebiets von Maisur. Als Frankreich die amerikanischen Kolonien in ihrem Unabhängigkeitskampfe gegen England zu unterstützen anfang, griff der Krieg auch auf Indien über. Hier ergriff der Rat zu Madras die Initiative und ließ durch Sir Hector Munro Pondichern, den Hauptort der Franzosen in Dekan, angreifen und erobern. Ebenso wurde Tschandernagor in Bengalen erobert. Zum Angriff auf die dritte französische Niederlassung, Mahé an der Malabarküste, aber marschierte eine englische Abteilung durch die Südspitze Indiens und passierte dabei den südlichen Teil von Maisur. Diese Verletzung seines Gebiets und andere Beschwerden boten Haider den äußeren Anlaß zum Kriege, den er übrigens schon länger vorbereitet hatte. Zu diesen Vorbereitungen gehörte auch die Bestechung der oberen englischen Beamten, ja sogar des Gouverneurs von Madras Sir Rumbold selbst, um sie zu verhindern, rechtzeitig Vorkehrungen gegen den drohenden Angriff zu treffen. Unser Verfasser ist wenigstens von diesen verräterischen Pflichtverletzungen ganz überzeugt. Nachdem die Vorbereitungen beendet waren, rückte er ins Feld. Sein Heer bestand aus 60 000 Mann Reiterei, 50 000 Mann Fußvolf und 100 Kanonen. Bei der Reiterei waren zwei Schwadronen aus Franzosen und bei dem Fußvolf ebenfalls eine Kolonne von 500 Mann aus Europäern bestehend. Diese europäischen Truppen wurden von zwei französischen Offizieren, Pimoran und Lally, befehligt. Ehe Haider mit seinem Heer von der Hochebene von Maisur in die Karnatik herabstieg, hielt er einen Kriegsrat. Hierbei hielt, wie unser Autor erzählt, „sein Sohn und Erbe, Tippu Sahib, eine Rede in sehr heroischen Ausdrücken an die Versammlung, und wie einst Hannibal tat, als er auf dem Gipfel der Alpen zu seinem Heere sprach,¹⁾ zeigte er hinunter auf die fruchtbaren Fluren der Karnatik, als auf die rechtliche Belohnung ihres Entschlusses und ihrer Beschwerden.“ Da das Heer seiner Aufforderung beistimmte, brach Haider nun in die Karnatik ein. Sieben Forts ergaben sich sofort, im Rate zu Madras herrschte, wie unser Autor sagt, infolge der verräterischen Nachsicht des Gouverneurs Rumbold, der kurz vorher das Land verlassen hatte, Ueberraschung und Verwirrung, und Haider's Scharen ergossen sich, ohne Widerstand zu finden, über das Land. Am 20. Juli 1780 begann dieser Einbruch. Haider selbst machte sich zunächst an die Belagerung von Arcot, der Residenz des Nabob. Die englische Truppenmacht stand in Pondamoli bei Madras und zog sich auf den St. Thomasberg südlich Madras zusammen, um sich dort so lange zu halten, bis Verstärkungen, die der Oberst

¹⁾ Diese klassischen Zitate, deren eines oben schon erwähnt wurde, sind gewiß Erinnerungen des Verfassers aus seiner Erziehung im College zu Eton oder einer ähnlichen Anstalt.

Vorathwate von Pondichery im Süden und der Oberst Baillie von Norden heranzuführen sollte, sich mit ihr vereinigt haben würden. Unglücklicherweise brachen zwischen den Befehlshabern der Truppen, General Munro und Lord Rabod, und dem Rat zu Madras auch noch Streitigkeiten aus, so daß lange nicht alle Truppen, die man hätte haben können, auf die Beine gebracht werden konnten. Inzwischen liefen von dem Nabob von Arcot dringende Bitten um Entsatz ein, und nachdem der Oberst Voathwate von Süden sich mit den englischen Truppen vereinigt hatte, beschloß daher der Rat in Madras, daß General Munro dem Haider bis nach Congeveram entgegenrücken sollte, um ihn zur Aufhebung der Belagerung zu veranlassen. Dies gelang denn auch. Haider hob die Belagerung von Arcot auf und wandte sich gegen Munro. Dieser zog ihm bis Congeveram, zwischen Madras und Arcot entgegen. Der Marsch dahin brachte dem kleinen Heer durch die Hitze und Krankheiten, die durch unbedachtames Wassertrinken entstanden, noch zahlreiche Verluste. Als man sich gegenüberstand, hatte Munro 4610 Streiter und 30 Geschütze bei sich, während das Heer Haiders aus 60 000 Mann Reiterei, 50 000 Mann Fußtruppen und 100 Geschützen bestand. Dabei war von den Truppen, die Oberst Voathwate aus Pondichery herangeführt hatte, ein Regiment indischer Reiterei nicht mit ausgerückt, weil der Rat in Madras ihnen den rückständigen Sold in Papiergeld hatte auszahlen wollen, während die Indier klingende Münze verlangten. Unter diesen schwierigen Umständen konnte Munro keinesfalls einen Angriff wagen, ehe nicht die Truppen des Oberst Baillie ebenfalls zu ihm gestoßen sein würden. Haider, der von Baillies Anmarsch unterrichtet war, sendete ihm zunächst seinen Sohn Tippu Sahib entgegen, mit 40 000 Mann und 12 Kanonen. Auch Munro rückte etwas weiter nach Norden, Baillie entgegen, und, nachdem er von der Detachierung Tippus erfahren hatte, sendete er ihm gleichfalls ein Korps entgegen, bestehend aus den Grenadieren und dem leichten Fußvolk des 73. Regiments, zwei Kompagnien europäischer Grenadiere, 60 Scharfschützen und 10 Kompagnien Sepoys, endlich 9 mit Munition beladenen Kamelen unter dem Oberstleutnant Fletcher. Fletcher gelang es auch, sich mit Baillie zu vereinigen, dem er den Befehl überbrachte, nun sogleich zur Vereinigung mit dem Hauptkorps nach Süden zu rücken. Baillie trat auch den Marsch an, fand aber während des Tages so starken Widerstand, daß er am Abend beschloß, Halt zu machen und den Marsch erst am nächsten Tage fortzusetzen. Haider aber, der durch sein Rundschafte wohl unterrichtet war, wendete sich nun plötzlich mit seiner ganzen Macht gegen Baillie, während er gegenüber Munro seinen Abmarsch durch schwärmende Reitercharen markierte. Mit seiner ungeheuren Uebermacht umfaßte er das kleine Korps Baillies von allen Seiten und brachte ihm eine vernichtende Niederlage bei, die ganze Truppe wurde buchstäblich zusammengehauen. Von den europäischen Truppen wurden 30 Offiziere, darunter Oberstleutnant Fletcher, und 155 Unteroffiziere und Gemeine getötet, 35 Offiziere, darunter Oberst Baillin, und fast alle Gemeinen wurden schwer verwundet, und nur

16 Offiziere und Gemeine gerieten unverwundet in Gefangenschaft, was sie nur der Schonung durch die unter Haider sechtenden Franzosen verdankten. Nachdem so das Hilfskorps beseitigt war, konnte auch General Munro sich nicht mehr halten und mußte den Rückzug antreten, nachdem er sein schweres Geschütz in einen Sumpf versenkt hatte, um es nicht in Haider's Hände fallen zu lassen. Jedoch gelang es ihm wenigstens glücklich Madras zu erreichen. Haider nahm die Belagerung von Arcot wieder auf, das denn auch binnen kurzem in seine Hände fiel. Die englische Herrschaft in Südindien wäre nach diesem Verlauf des Feldzugs wohl ihrem Ende nahe gewesen, ohne die Energie des Generalstatthalters Warren Hastings. Dieser außerordentliche Mann, aber, trotz der Hindernisse, die feindselige Mitglieder des Rats von Bengalen und die schlechte Unterstützung der heimischen Direktion der Kompagnie ihm bereiteten, verlor den Mut nicht. Zunächst mußte die englische Waffenehre gegenüber Haider wieder hergestellt werden. Diese Aufgabe wurde dem General Sir Eyre Coote übertragen. Sir Eyre Coote war ein alter, in indischen Feldzügen erprobter Offizier. Er stand jetzt im 63. Jahr, aber unterzog sich allen Strapazen des Krieges wie der letzte Soldat. Wie die meisten bedeutenden Feldherrn, wußte er auch durch sein Aeußeres und sein Benehmen auf die Phantasie seiner Truppen zu wirken. Namentlich verstand er es, die eingeborenen Sepoys so zu behandeln, daß er bei ihnen großes Ansehen und Beliebtheit genoß¹⁾. Infolgedessen wirkte denn auch sogleich nach seiner Ankunft, wie unser Autor sagt, „beim großen Haufen sein Name mit einer Zauberkrast, die allein vermögend war, unseren Angelegenheiten eine günstigere Wendung zu geben.“ Er hatte einige Verstärkungen mitgebracht, und mit den Resten des Munroschen Korps belief sich seine Streitmacht auf 7400 Mann Kombattanten, mit denen er zunächst nach Süden marschierte, um sich mit Truppen, die dort in Landschur standen, zu vereinigen. Eine entscheidende Waffentat gelang auch ihm zunächst nicht, vielmehr geriet er bei Kudalore sogar in eine schwierige Lage, die leicht zu einer Katastrophe hätte führen können, wenn eine französische Flotte, die an der Küste kreuzte, eingegriffen hätte. Eine englische Flotte war nicht zur Stelle, denn Sir Hughes war mit seinen Schiffen nach der Koromandalküste abgegangen, um Haider Ali's Flotte, die bei Mangalore schon anfang englische Handelschiffe aufzubringen, zu vertreiben. Die Lage war also für die Engländer höchst bedenklich, aber die Franzosen griffen nicht an, und endlich gelang es, Haider Ali, der durch einen mißglückten Angriff der Engländer auf eine indische Feste den Glauben gewonnen hatte, sie jetzt ganz vernichten zu können, bei Porto Novo zu stellen. Auch Sir Hughes mit der Flotte war inzwischen angekommen und hatte mehr Geschütz mitgebracht. Die Schlacht fand am 1. Juli 1781 statt und führte zu einer völligen Niederlage der Armee Haider's, einer Niederlage, die nur

¹⁾ Macaulay erzählt in seinem Essay über Warren Hastings, daß ein alter Sepoy noch nach Cootes Tode, als er in einem Behördenpalast ein Bild von ihm sah, diesem die militärischen Ehren erwies (Macaulay W. Hastings in Reklams Univ.-Bibl. S. 73).

infolge mangelnder Verfolgung nicht bis zur völligen Vernichtung des Feindes ausgenutzt wurde. Bei der Schlacht zeichnete sich, wie der Verfasser mit Stolz hervorhebt, sein Bergschottenregiment sehr aus, und General Coote erkennt dies dadurch an, daß er in der Schlacht sich meist bei ihm aufhielt. „Als die Armee unter sehr heftigem Feuer vorwärts marschierte,“ erzählt der Verfasser, „befand sich der General eben hinter unserem Regiment, und erblickte da unseren Sackpfeifer¹⁾, der mit erstaunender Kaltblütigkeit vom rechten zum linken Flügel auf- und abging und frischweg einen schottischen Lieblingsmarsch aufspielte, und das mit einem Eifer, als hinge die Entscheidung der Schlacht allein von seinem Spielen ab. „Recht so, recht so, bist 'n braver Kerl. Sollst eine Pfeif' von Silber haben, wenn die Schlacht vorbei ist.“ Der alte Feldherr hielt Wort und schenkte unserem Regiment hundert Pagoden²⁾ zu einem schönen Dudelsack als einem Andenken dieses Tages. Im übrigen war aber Sir Ghyre dagegen, die Schotten in Indien zu verwenden, „denn natürlich mußte er die Versekung aus der Kälte des 57. Grads in die unausstehliche Hitze des 13½ Grads nördlicher Breite zu stark finden.“ Heutzutage würde eine solche Verwendung nordeuropäischer Truppen in diesen Breiten wohl kaum vorkommen³⁾ schon wegen der vielen durch das Klima verursachten Verluste. Auch bei Gelegenheit der Schlacht bei Porto Novo ergeht sich übrigens der Verfasser wieder in klassischen Zitaten. Er meint, man sei in der gefährlichen Lage, die zur Schlacht zwang, entschlossen gewesen, „diese in den Jahrbüchern Britanniens ebenso sie denkwürdig zu machen, als jene bei Plateä es in den Annalen des alten Griechenlands ist.“ Der Marsch, den ein aus Bengalen heranmarschierendes Hilfskorps ausführte, „glich beinahe jenem der zehntausend Griechen unter Xenophon.“ Mit diesem Hilfskorps gelang es Sir Ghyre Coote, sich zu vereinigen, ohne daß Haider und Tippu Sahib, der gegen dasselbe operierten, es hindern konnten. Dagegen die Vereinigung mit dem südlichen Korps bei Tandschur wurde aufgegeben. Hier im Süden setzte aber bald eine bedeutsame Aktion ein, indem auch Holland sich am Kriege beteiligte und Sir Coote den Befehl erhielt, sich gegen die wichtigste holländische Niederlassung Negapatam zu wenden. Ende 1781 fiel sie in die Hände der Engländer. Ein Versuch einer englischen Flotte, das Kap der guten Hoffnung fortzunehmen, mißglückte allerdings, dafür erschien sie nun aber in Südindien und brachte willkommene Verstärkungen und Lebensmittel. Denn der Kriegsschauplatz dehnte sich immer mehr aus. Während Sir Coote in der Karnatik gegen Haider und Tippu focht, kämpften andere Truppen an der Malabarküste im Süden gegen die Franzosen, im Norden gegen die Mah-ratten. Noch bedrohlicher wurde nun aber die Lage, als in der Nähe von Madras sich eine mächtige französische Flotte zeigte. Sie stand unter dem Befehl des Admirals Chevalier de Suffren und bestand aus 12 Linien Schiffen,

¹⁾ Der bekannte Dudelsackpfeifer der Bergschotten.

²⁾ Indische Münze.

³⁾ Abgesehen von der Fremdenlegion und den holländischen Kolonialtruppen.

4 Fregatten und 16 anderen Schiffen, darunter 8 zum Truppentransport. Jedoch traten ihr die englischen Schiffe unter Admiral Hughes sofort entgegen, und lieferten ihr eine Reihe von Seeschlachten mit wechselndem Erfolge. Jedenfalls aber wurde durch diese die französische Flotte zu einem aktiven Eingreifen in die Landkämpfe abgehalten, was um so wesentlicher für die Engländer war, als es kurz nach ihrem Erscheinen Tippu Sahib wieder gelang, ein englisches Korps unter Oberst Brathwate im Lande Landschur zu vernichten. Zwischen dem Rat von Madras und den Truppenbefehlshabern bestanden dabei fortwährend Differenzen, die unter anderem dazu führten, daß keine Einigung über die Auswechselung von 300 englischen Gefangenen des Admirals Suffren zustande kam, so daß dieser schließlich seine Gefangenen, die er auf den Schiffen nicht immer mit sich führen konnte, an Haider Ali überlieferte. Sie wurden nach Bangalore und andere Plätze in Maisur gebracht, die damals ganz „mit britischen Gefangenen angefüllt waren.“ Dazu kam schließlich, daß General Coote im Unmut über die fortwährenden Streitigkeiten und die Mängel in der Verpflegung, besonders der Reisbeschaffung, sein Kommando niederlegte, erkrankte und nach Bengalen zurückkehrte. Eine gewisse Besserung in den Verhältnissen schien es zu bringen, daß Haider Ali erkrankte und im Dezember 1783 starb. Aber an seiner Stelle wurde sein Sohn Tippu Sahib am 7. Dezember 1783 zum Nabob von Maisur ausgerufen, und dieser erklärte sofort, den Krieg gegen England mit aller Energie fortsetzen zu wollen.

Bei diesem Kriege aber, der noch lange genug dauern sollte, war der beste Verbündete der Engländer immer wieder die Uneinigkeit ihrer Gegner. Zunächst schieden die Mahratten aus und machten zu Punah Frieden mit der ostindischen Kompagnie. Dann erhob sich gegen Tippu Sahib einer seiner Vasallen, Hahet Sahib, Statthalter der Provinz Beddinur. Hahet Sahib, der für einen unehelichen Sohn Haider Alis gehalten wurde, glaubte bei der Teilung von Haider's Grundbesitz benachteiligt zu sein und öffnete daher den Engländern die Tore von Haidernagur, einer großen Festung in Maisur, und damit den Weg in das Herz des Landes. General Matthews, den der Rat in Madras nach Maisur gesandt hatte, eroberte noch mehrere andere Plätze, Tippu aber, der sofort gegen ihn heranrückte, schloß ihn in Bedinur ein, zwang ihn zur Kapitulation und meßelte die Besatzung teils nieder, teils schickte er sie in Gefangenschaft. Diese Rückschläge zwangen die Engländer, wieder Verstärkungen heranzuziehen, und eine Flotte von zehn Ostindienfahrern führte ihnen auch solche aus Europa zu. Darunter befand sich, was besonders interessant ist, auch das 16. Regiment Hannoveraner. Unter den Offizieren des Regiments nennt der Verfasser den Major Verennius, auch der an anderer Stelle genannte Oberst Wangenheim (v. Wangenheim?) wird wohl dazu gehört haben. Also nicht nur in Amerika kämpften damals Deutsche für England, sondern auch in dem tropischen Indien verwendete England ohne Bedenken die Truppen aus dem Stammland seines Königs für die Zwecke einer

englischen Handelskompagnie. Der genannte Major Verennius fiel in der letzten Schlacht dieses Feldzuges bei Kudalore gegen den französischen Führer v. Buff. Auch auf der Malabarküste wurden hannoversche Truppen unter General Macleod verwandt.

Im Juli 1783 kam dann die Nachricht von dem inzwischen in Europa geschlossenen Frieden mit Frankreich (es war der Präliminarfrieden von Versailles vom 17. Januar 1783) nach Ostindien und machte zunächst den Feindseligkeiten mit den Franzosen und dann in einem am 11. März 1784 zu Mangalore mit Tippu Sahib geschlossenem Friedensvertrag auch dem Kriege mit diesem ein Ende. In dem Friedensvertrage, den der Verfasser im Wortlaut mittheilt, geben sich die Kompagnie und Tippu Sahib gegenseitig ihre Eroberungen heraus. Tippu behält jedoch zwei Festungen in der Karnatik. Der Nabob von Arcot, der Verbündete der Engländer, war in dem Friedensvertrage vergessen, so daß Tippu sich diesem gegenüber weiter im Kriegszustande befand. Der Verfasser ist mit dem Friedensvertrage, nach dem sich Tippu fast als Sieger fühlen konnte, gar nicht zufrieden und hofft, daß er nicht von langer Dauer sein werde.¹⁾ Er selbst kehrte nach Europa zurück, da er das Klima Indiens nicht mehr aushalten konnte, und empört war über die schlechte Behandlung verdienster Offiziere durch die Kompagnie. Er stellte dann auch eine Rechnung auf, was ein königlicher Hauptmann von der Infanterie monatlich bei einem Kriege, wie dem beschriebenen, für Ausgaben habe, und was er erhalte. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Ausgabe sich auf 37 Pfund 13 Schilling 4 Pence beläuft, der eine Einnahme von 30 Pfund 9 Schilling 4 Pence gegenübersteht, so daß der Hauptmann monatlich 7 Pfund Sterling und 4 Schilling zuseht! Unter Umständen könne dieser Verlust sogar noch größer sein, da die Kompagnie die von ihr zu den Offiziersgehältern zu zahlenden Zulagen in Umweisungen auf ihre Kontoren in Bengalen bezahlte, die in Madras nicht entsprechend ihrem Nennwert honoriert wurden. Dabei standen die königlichen Offiziere noch besser als die im unmittelbaren Dienst der Kompagnie, denn die ersteren erhielten wenigstens ihre königliche Gage, die bei einem Hauptmann monatlich 11 Pfund 5 Schilling betrug, in bar, die letzteren dagegen alles in Umweisungen. Im Sommer 1784 kehrte dann unser Verfasser nach der Heimat zurück und zwar mit einem französischen Schiff von 600 Tonnen, auf dem er eine Kajüte von sechs Quadratfuß hatte, wofür er 120 Pfund Sterling bezahlte, während die englischen Ostindienfahrer gewöhnlich bis England 200 Pfund verlangten. Das Schiff war über Isle de France (jetzt Mauritius) nach Marseille bestimmt. Auf dieser Reise sah er dann die Insel Isle de France, die den Hauptstützpunkt der nach Indien bestimmten französischen Flotten bildet, genauer an, und entwirft sofort als echter Engländer einen Plan, wie diese Insel von England

¹⁾ In der That war das nicht der Fall. Der französische Konvent setzte sich mit Tippu in Verbindung, sogar ein Jakobinerklub wurde in Majur gegründet. 1790 wurde aber Tippu schon einmal und 1799 bei Seringapatam endgültig besiegt.

erobert werden, und damit der Weg nach Indien für England gesichert werden könnte. Bekanntlich ist sein Wunsch nicht lange nachher in Erfüllung gegangen. Heute geht der Weg nach Ostindien nicht mehr über das Kap der guten Hoffnung und Mauritius, die England als Stützpunkte aus den Kriegen mit Napoleon davonzug, aber die Idee ist dieselbe geblieben, und von England mit Gibraltar, Malta, Cypern, Aegypten, Aden und Sokotra noch glänzender in die Wirklichkeit überseht. So führen auch hier die Erinnerungen aus jenen fernen Tagen immer wieder unmittelbar in die Weltpolitik unserer Zeit hinüber.

Erwerbsgesellschaften in den Kolonien.

Am 21. Dezember 1912 hat die Jaluit-Gesellschaft auf ein fünfundzwanzigjähriges Bestehen zurückblicken können. Sie wurde 1887 gegründet von der Deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südsee-Inseln und der Firma Robertson & Fernsheim und arbeitet mit einem Kapital von 1 200 000 Mark. Die Niederlassungen der Gesellschaft befinden sich heute auf Jaluit, Ponape, Butaritari (Gilbert-Inseln) und an zahlreichen Stellen der drei Inselgruppen.

Nach einigen ertraglosen Jahren ist das Unternehmen schnell in eine Rentabilität hineingewachsen; seit die ursprünglich nur Handel und Plantagenbau betreibende Gesellschaft an der Pacific Phosphate Company beteiligt ist, sind sogar beträchtliche Gewinne ausgeschüttet worden, in den Jahren 1910 und 1911 je 25 Prozent. Dabei hat die Jaluit-Gesellschaft ihre Aufgaben nicht lediglich im kommerziellen gesehen, sondern auch kulturell sich betätigt. Ihr ist es zu danken, wenn unsere Beziehungen zu den Eingeborenen dort immer friedliche waren; sie hat mancherlei getan für die Einführung der deutschen Sprache, für Schulen, sie hat das Wirken eines tüchtigen Arztes veranlaßt.

Bis vor kurzem, bis den 75 jährigen der Tod ereilte, war Vorsitzender des Aufsichtsrates der Gesellschaft Johan Cesar Godeffroy, dessen Vorfahren für die Erschließung der Südseegebiete im deutschen Interesse großes geleistet haben, bis die Firma J. C. Godeffroy & Söhne 1879 in Liquidation treten mußte. Aus ihr ist sodann die Muttergesellschaft der Jaluit-Gesellschaft, die Deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südsee-Inseln hervorgegangen.

Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates ist vor kurzem Herr Karl Scharf (in Firma Scharf & Kaiser), Hamburg, gewählt worden.

Koloniale Monatsblätter

Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft

Nr. 2

Februar 1913

15. Jahrgang

Botschafter a. D. v. Holleben †

Dem am 31. Januar zu früh verstorbenen Kaiserlichen Botschafter a. D. v. Holleben seien auch an dieser Stelle einige Worte gewidmet, weil er die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen kolonialen Zeitschrift stets erkannt und ihre Entwicklung gefördert hat. Insbesondere war er auch durchdrungen von der wachsenden Bedeutung der Kolonialrechtswissenschaft.

Unter den Männern, die im auswärtigen Dienste des Reiches gestanden haben, sind nicht viele, denen, wie Erzellenz v. Holleben, Gelegenheit gegeben war, beinahe alle Teile der Erde kennen zu lernen, auf die sich die deutsche Ueberseebetätigung erstreckt. Daher hielt er für besonders dringlich die Regelung der Reichs- und Staatsangehörigkeit, damit weiteren Verlusten des Deutschtums in Uebersee ein Riegel vorgeschoben wurde. Tief durchdrungen war er auch von der Ueberzeugung, daß die deutschen Aufgaben im fernen Osten in erster Reihe kulturelle seien; unser Kiautschou-Schutzgebiet schätzte er als einen Angelpunkt, von dem aus diese Ziele am besten sich verwirklichen ließen.

Alle, die draußen und drinnen an der deutschen Welt- und Kolonialpolitik mitarbeiten, werden ihn darum gern in gutem Andenken behalten.

Vertreter der Kolonien im Reichstage.

Von Hans Jache, Kaiserlichem Regierungsrat und Bezirksamtmanu a. D.,
Hamburgisches Kolonial-Institut.

„Was man doch einmal geben muß, das soll man zur rechten Zeit freiwillig geben und sich nicht abringen lassen.“ Das ist eine Lebensweisheit, die ganz besonders in der Politik beherzigt werden sollte. Sonst entsteht Verbitterung, und sie kann beim Kampfe um vermeintliche Rechte das Augenmaß für das Erreichbare und Notwendige beeinträchtigen.

Daß unsere Kolonisten ein Recht haben müssen, an der Bestimmung über ihr Schicksal teilzunehmen, wird im Ernst von keiner Seite mehr bestritten. Den Eingeborenen freilich wird man in Anbetracht ihrer Kulturstufe und vor allen Dingen des mangelnden Wunsches nach Mitregierung ein solches Recht nicht zuerkennen brauchen. Ihre Interessen werden durch die Kolonialregierung wahrgenommen; und man kann sich wirklich nicht beklagen, daß dies in unzureichendem Maße geschieht.

Unsere deutschen Kolonisten aber stellen ein Material dar, das als politisch reif angesehen werden muß. Gewiß bringen die kolonialen Verhältnisse es mit sich, daß vieles kräftiger und rücksichtsloser gesagt wird, als wir es gewohnt sind. Daraus schließen dann manche Beurteiler auf die mangelnde Fähigkeit des Maßhaltens, also auf das Nichtvorhandensein des Talents zur „Kunst des Erreichbaren“, zur Politik. Aber es ist doch nur in der Musik der Ton, der alles bedeutet, nicht in der Politik. Jeder Europäer in den Kolonien wird vor viel größere Aufgaben gestellt, als er sie in der Heimat zu lösen bekam. Er ist selbständiger, muß umsichtiger und entschlossener sein. Die Kolonien entwickeln Charaktere. Deshalb darf und muß man unseren Kolonisten als Individuen eine erheblich größere Bedeutung beimessen als einem beliebigen Landsmann in der Heimat. Während hier sich die Persönlichkeiten nur schwer und selten abheben von dem Untergrunde der fungiblen Hunderttausende, tritt in den Kolonien jedes Weißen Persönlichkeit scharf hervor. Von seinem Wesen und Wirken hängen zahlreiche Existenzen, ganze Betriebe ab; seine Erfolge oder Mißerfolge treten in der wirtschaftlichen und politischen Bilanz der Kolonie unverkennbar in die Erscheinung. Diese Tatsachen geben dem Kolonisten ein erhöhtes Selbstgefühl. Und wenn in den Kolonien die Kräfte nicht fast restlos für das wirtschaftliche Werteschaffen eingesetzt würden, würden die Forderungen von politischen Rechten noch lauter und energischer herüberzuschallen, als es geschieht.

Es soll nicht verkannt werden, daß dem wachsenden Bedürfnis nach politischen Rechten Rechnung getragen wurde. Aber es geschah zögernd und ohne rechte Gebelanne, und das hat verstimmt. Zudem war die Mitarbeit in den

Bezirksräten sachlich und regional allzu sehr eingeschränkt, und die Gouvernements- und Landesräte waren nach Organisation und Kompetenz auch nicht in der Lage, entscheidend mitzuwirken bei der Verwaltung. Gerade hier wurde der Fehler des Stückweisen Gewährs gemacht. Jetzt freilich hat ja die erwerbstätige Zivilbevölkerung überall die gebührende Majorität erhalten. Aber immer noch hat die Körperschaft nur beratende Stimme. Das ist indes weniger zu bedauern, als daß der beratenden Stimme der Gouvernementsräte so wenig Bedeutung beigelegt worden ist. Zahlreiche Beschlüsse und Wünsche sind einer Beachtung gar nicht gewürdigt worden. Immerhin kann hier die Verwaltungspraxis helfend eingreifen, so daß eine organisatorische Aenderung nicht unbedingt notwendig erscheint.

Gänzlich ausgeschlossen aber ist noch immer die Mitarbeit der Kolonisten in der obersten Instanz, in Berlin. Der glücklicherweise abgeschaffte Kolonialrat ist nie ein Organ der Kolonisten gewesen. Hätte man ihn statt aus europäischen Kolonialinteressenten aus alten Afrikanern — Beamten und Wirtschaftlern im Ruhestand — zusammengesetzt, so hätte er das sein können. Aber eine große Bedeutung würde er auch dann nicht erlangt haben; denn geschaffen als beratendes Organ des Kolonialstaatssekretärs würde er neben dem beratenden Beamtenstab des Reichskolonialamts stets eine gänzlich sekundäre Rolle gespielt und sehr bald seine Ueberflüssigkeit dargetan haben.

Dem Kolonialstaatssekretär ist eine solche Beratung überhaupt nicht so nötig wie dem Reichstage. Und wenn koloniale Sachverständige den Reichstag beraten, so beraten sie zugleich auch den Chef der Kolonialverwaltung; zum mindesten hindert ihn ja nichts, ihren Rat jederzeit einzuholen.

Es ist auch nur natürlich, daß die Vertreter der Kolonialbevölkerung der Vertretung des deutschen Volkes angegliedert werden. So sind denn in den Kolonien, die in Gestalt von Zeitungen Organe der öffentlichen Meinung haben, auch Wünsche nach eigenen Reichstagsabgeordneten der Kolonien laut geworden. Diese Idee halte ich nicht für glücklich. Ein Vollabgeordneter wird der Mehrzahl unserer Landsleute wie ein allzu reiches Geschenk erscheinen. Während in Deutschland 1912 durchschnittlich auf 36 000 bis 37 000 Wahlberechtigte ein Abgeordneter kam, beträgt die Zahl der Wahlberechtigten in Togo höchstens 300, in der Südsee (einschließlich Samoa) 1000, in Kamerun 1000, in Deutsch-Ostafrika 2800, in Deutsch-Südwestafrika 8000 Köpfe. Einen Anspruch auf einen eigenen Abgeordneten wird man also den Kolonien kaum zugestehen können. Aber mehr als das: ich glaube, die Konzeption wäre ein Danaergeschenk! Zunächst würden die Wahlen in den Kolonien dazu führen, daß die Bevölkerungsgruppen in Gegensätze gerieten, die bisher glücklicherweise nicht bestehen. Der Kampf zwischen dem Bund der Landwirte und dem Hansabund könnte sehr wohl auf die Kolonien übergreifen. Schlimmer aber wäre, daß der in jeder Kolonie gewählte Abgeordnete im Reichstag keinen erheblichen Einfluß ausüben würde. Schließt er sich nämlich einer der bestehenden Parteien an, so setzt er sich schon damit in Gegensatz zu den anderen Parteien, und es ist nur zu natürlich, daß diese in ihrer Kolonialfreundlichkeit beeinträchtigt werden, wenn sie den Kolonialabgeordneten unter ihren politischen Gegnern sehen. Bleibt er aber neutral („wild“),

so wird er doch zu allen möglichen innerpolitischen Fragen Stellung zu nehmen haben, die ihn in Gegensatz bald zu der einen, bald zu der anderen Partei bringen, man denke nur an Schutzoll und „Lebensmittelverteuerung“, an die Heimarbeiter- und Krankenversicherungsfrage, an den Schutz der Arbeitswilligen und die Jesuitenzulassung! An allen diesen Dingen haben die Kolonien gar kein oder nur ein sehr indirektes Interesse, und es ist zweckmäßig, daß ihr Vertreter nicht gezwungen, sondern verhindert ist, dazu Stellung zu nehmen. Ein Beispiel sind ja die Abgeordneten, welche sich bisher ohne spezielles Mandat der Kolonien mit Eifer, Geschick und Sachkunde angenommen haben, wie die Herren Dr. Arning, Dr. Paasche, v. Liebert usw. Wie oft wurde ihnen von gegnerischer Seite in die Parade gefahren, nicht aus sachlicher, kolonialpolitischer Ueberzeugung, sondern aus persönlichen oder parteipolitischen Beweggründen! Das ist auch der Hauptgrund, weshalb man die Vertretung der Kolonien nicht weiterhin diesen „freiwilligen“ Kolonialabgeordneten überlassen kann, ganz abgesehen davon, daß ihre Wahl oder Nichtwahl — wie wir leider an Herrn Dr. Arning erleben mußten — nicht von ihrer kolonialpolitischen Bedeutung abhängt.

Diese Schwierigkeiten werden vermieden, wenn man nach dem Vorschlag von Dr. Romberg (Tfingtau)¹⁾ „die Landesräte in den Kolonien befugt, Kommissare nach Deutschland zu senden, denen im Reichstage die Stellung der Bevollmächtigten zum Bundesrat zusteht“. Damit wäre allerdings die hauptsächlichste — und noch manche andere — Schwierigkeit umgangen und der Hauptzweck erreicht, da „jedes Mitglied des Bundesrats das Recht hat, im Reichstag zu erscheinen, und daselbst jederzeit gehört werden muß“. Aber ich glaube doch nicht, daß diese Lösung der Frage den Wünschen unserer Kolonialen völlig gerecht wird. Und zwar deswegen nicht, weil ein „Bevollmächtigter zum Bundesrat“ eben kein Abgeordneter, kein Volksvertreter ist, weil er ständig in Gefahr ist, mit den anderen Herren am Bundesratsstische — den Räten des Kolonialamts — in allzu kollegiale Fühlung und deshalb vielleicht zum Reichstag in Gegensatz zu kommen. Nein, was den Kolonien not tut, ist ein vollkommen neutraler, weder dem Bundesrat noch dem Reichstag seinem Wesen nach angehöriger Vertreter.

Ich habe deshalb verschiedentlich — erstmalig in der „Täglichen Rundschau“ vom 20. August 1911 — angeregt, jede Kolonie einen Vertrauensmann wählen zu lassen, der während der Tagungen des Reichstags den Abgeordneten aller Parteien schnell und sachgemäß Auskunft erteilen kann, der während der Ferien aber die Kolonie bereist, um mit seinen Auftraggebern und den allgemeinen Interessen der Kolonie in dauernder Fühlung zu bleiben. Diese Anregung ist von der Presse, auch der der Kolonien, günstig aufgenommen worden, insbesondere seitdem Günther Thomas (im „Tag“ vom 2. Dezember 1911) darauf hinwies, daß eine ähnliche Einrichtung bereits besteht, und zwar in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. „Dort unterscheidet man nämlich staatsrechtlich Distrikte, Territorien und Staaten. Unentwickelte Gebiete, wie Alaska, sind Distrikte, die vorläufig in der Hauptsache

¹⁾ § 7 des Entwurfs eines Schutzgebietsgesetzes nebst Begründung, 1910, bei W. Eüßerott, Berlin.

nur einer gewissen Polizeiaufsicht bedürfen und daher ganz der Jurisdiktion der Bundesregierung in Washington unterstehen. Territorien sind Kolonien, die bereits besiedelt sind, deren innere Verhältnisse bereits einen gewissen Grad von Konsolidation erreicht haben, die jedoch noch zu dünn bevölkert sind, um ihnen volle Selbstverwaltung im Sinne der Einzelstaaten zu gewähren. Die Bundesregierung ernennt die oberen Verwaltungsbeamten, wie den Gouverneur und Finanzdirektor, wenn man den Mann so nennen will, und der Kongreß erläßt die ihm wichtig erscheinenden Gesetze für das betreffende Territorium. Daneben besitzt dies aber doch schon eine eigene Volksvertretung, die unter der Oberaufsicht und Leitung des Kongresses und der ernannten Beamten gewisse gesetzgeberische Funktionen ausübt, gewissermaßen als Vorübung für spätere Zeit. Daneben schickt ein jedes Territorium einen Delegaten in den Kongreß, der zwar keine Stimme wie die Vertreter der vollgültigen Kongreßbezirke besitzt, aber das Recht hat, bei allen Fragen, die sein Territorium betreffen, das Wort zu nehmen, die Wünsche seiner Heimat vorzubringen und als sachverständiger Beirat zu dienen. Der Schwerpunkt seiner parlamentarischen Tätigkeit liegt naturgemäß in den Kommissionen, die ihn hinzuziehen müssen, wenn sie Fragen seines Heimatsterritoriums beraten.“ Günther Thomas empfiehlt in seinem sehr lesenswerten Aufsatz dieses System mindestens für Deutsch-Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika und vielleicht auch für Togo, indem er mitteilt, daß es „mit gleichem Erfolg auf die innerhalb der letzten zwanzig Jahre erworbenen Kolonien Hawaii, Porto Rico und die Philippinen angewendet worden ist.“

Soweit die Presse Kritik an dem Vorschlage geübt hat, hat sie nicht eigentlich ihn, sondern den Parlamentarismus im ganzen verurteilt. Dafür nur zwei Beispiele. Es ist eingewendet worden, daß zur Wahrung der Interessen der Kolonie im Reichstag der Kolonialstaatssekretär und die Gouverneure ausreichend seien. Ja, wenn Minister, Oberpräsidenten und Landräte die Interessen des Staates, der Provinzen und Kreise ausreichend vertreten, wozu dann überhaupt Abgeordnete? Nein, im modernen Staate ist die Vertretung eine doppelte: durch die berufenen Beamten und die erwählten Vertrauensmänner der Regierten. Und für die Kolonien fehlt es an solchen. Die — wenn ich nicht irre — „Frankfurter Zeitung“ wandte des weiteren ein, daß eine solche Interessenvertretung immer nur einseitig sein könne. Der Kolonialdelegierte werde zum Beispiel je nachdem die Farmerschaft oder die Kaufmannschaft seiner Kolonie vertreten, kaum aber beide. Ja, ist es denn bei uns anders? Glaubt der Herr Verfasser, daß ein in den Reichstag gewählter Hamburger Zigarrenarbeiter von den Hamburger Reedern und Großkaufleuten als idealer Vertreter anerkannt wird? Daß die Minorität unvertreten bleibt, ist eben eine Konsequenz des parlamentarischen Prinzips. Uebrigens liegen die Verhältnisse in den Kolonien wohl überall so, daß der Kaufmann auf den Schultern des Landwirts steht, so daß sich die Kaufmannschaft die Vertretung

durch einen den Agrariern nahestehenden Mann dort ebenso wohl wird gefallen lassen können wie in den kleinen Landstädtchen des fernen Osteliens.

Auch Paul Leutwein hat im „Tag“ vom 19. Dezember 1911 gegen den Thomasschen Vorschlag Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß im 18. Jahrhundert die „Agents“ der britischen Kolonien sich nicht bewährt hätten, weil sie in einen höchst unerquicklichen Gegensatz zu dem immerhin wichtigeren Kolonialamt gerieten, und . . . weil sie die Fragen, die man nur an Ort und Stelle zu beurteilen vermag, von der Heimat aus ebenso wenig durchschauen konnten wie die anderen Volksvertreter. Der letzte Einwand widerlegt sich leicht. Denn ein mit den kolonialen Verhältnissen vertraut gewesener Abgeordneter ist immer noch besser als ein völlig ahnungsloser. Freilich bietet unser Reichstag Beispiele, wie schnell bei der rastlosen Entwicklung unserer Schutzgebiete eine nicht aufgefrischte Sachkenntnis veraltet; aber gerade deswegen sollen ja auch die Kolonialvertreter einen Teil jedes Jahres in den Kolonien zubringen! Gegen den ersten Teil der Kritik gibt der Abgeordnete Erzberger in seinem gehaltvollen Aufsatz „Kolonialvertreter im Reichstage“ im „Tag“ vom 5. Oktober 1912 durchschlagende Gegengründe. Herr Erzberger sagt: „Noch weniger kann man sich auf den bürokratischen Standpunkt stellen: die parlamentarische Vertretung liegt in der Hand der Regierung, des Reichskolonialamtes; denn einmal haben die Kolonien und deren weiße Bevölkerung gar keinen Einfluß auf die Regierung, und es ist schon vorgekommen, daß Kolonialbevölkerung und Reichskolonialamt in schroffem Gegensatz zueinander stehen; eigentlich ist dies eine ganz natürliche Begleiterscheinung einer jeden Kolonialpolitik. Wenn nun hier die Spannung zwischen beiden zu groß wird, kann es im Laufe der Zeiten zu einer gewaltsamen Explosion kommen, wenn kein entlastendes Ventil vorhanden ist“. Also nicht eine Erhöhung, sondern ein Ausgleich der Spannung wird erwartet. Und das ist die Hauptsache, selbst wenn der Ueberdruck sich hin und wieder in der Richtung auf das Reichskolonialamt entladen sollte. „Zu alledem“ — sagt Herr Erzberger — „ist es noch eine ganz ungeklärte Frage, ob die Selbstverwaltung auch zur vollen politischen Unabhängigkeit vom Mutterlande führen muß. Man kann vielmehr gerade aus der heutigen Weltpolitik genügend Gründe finden, die für eine recht enge Verbindung von Kolonie und Heimat sprechen. Der in England immer breiter um sich greifende Imperialismus stellt im Kern doch nichts anderes dar als eine rückläufige Bewegung der früheren Forderung von der Selbständigkeit der Kolonien.“ Gewiß! Die Kolonien sind durch nichts fester an das Mutterland gekettet worden als durch die rechtzeitige und freiwillige Gewährung einer großen Selbständigkeit und eines weitgehenden Selbstbestimmungsrechtes. Wer hätte um die Jahrhundertwende geahnt, daß der bedeutendste Kopf der ehemaligen Burenrepubliken, Louis Botha, 1912 eintreten würde für eine freiwillige Anteilnahme Südafrikas an der großbritischen Reichsverteidigung? Wir erwarten eine Stärkung des Bandes zwischen drüben und hüten von den Kolonialvertretern. „Bei der Ausübung des Wahlakts“, sagt Herr Thomas in seinem angezogenen Artikel, „würden sich die weißen Ansiedler wieder besonders stark als Söhne ihrer Heimat, als Reichsdeutsche und nicht als Stiefkinder des Reiches fühlen, und dies ideelle Moment ist von nicht zu unterschätzender Be-

deutung . . . die Kolonialvertreter würden schließlich wieder einen Strom geistiger Befruchtung und Anregung bei ihrer Rückkehr in die neue Heimat mit sich tragen.“

Wenn nach alledem sicher ist, daß in irgendeiner Form unseren Kolonisten eine Vertretung im Reichstage zugestanden werden muß, und daß man desto besser tut, je eher und je liberaler man diese Konzession macht, dann fragt es sich, welches die zweckmäßigste Art der Verwirklichung der Idee ist.

Die Kolonialvertreter sollen die Wünsche der in den Kolonien tätigen Deutschen zum Ausdruck bringen. Sie werden deshalb auf irgendeine Weise von diesen gewählt werden müssen, wobei es natürlich am zweckmäßigsten ist, sich etwa bereits vorhandener Organisationen zu bedienen, die die Kolonisten repräsentieren. Solche Körperschaften sind in den Gouvernements- beziehungsweise Landesräten vorhanden. Nach der Reichskanzlerverordnung vom 24. Dezember 1903 wurden für die Schutzgebiete Deutsch-Ostafrika, Deutsch-Südwestafrika, Kamerun, Togo, Deutsch-Neuguinea und Samoa Gouvernementsräte gebildet, denen der Gouverneur, eine Anzahl von Schutzgebietsbeamten und eine Anzahl von weißen Einwohnern des Schutzgebietes oder deren Stellvertreter angehören. Als Mindestzahl müssen jedem Gouvernementsrat drei außeramtliche Mitglieder angehören. Die Zahl der amtlichen Mitglieder darf die der nichtamtlichen nicht übersteigen. Der Gouverneur bestimmt, welche Beamte dem Gouvernementsrate als amtliche Mitglieder und deren Stellvertreter angehören sollen. Die außeramtlichen Mitglieder und deren Stellvertreter werden von dem Gouverneur berufen. Dazu soll der Gouverneur vorher Berufskreise gutachtlich hören. Der Gouverneur ist befugt, Ausführungsbestimmungen zu dieser Verfügung zu erlassen. Das ist aber nur in Deutsch-Ostafrika geschehen.

Hier hat sich der Gouverneur durch die Verordnung vom 11. Februar 1911 selbst beschränkt, indem er sich verpflichtet hat, die nichtamtlichen Mitglieder zu berufen aus einer Anzahl von Personen, die von den männlichen deutschen Reichsangehörigen (mit Ausnahme der Schutztruppenangehörigen), soweit sie das fünfundzwanzigste Lebensjahr überschritten und seit mindestens einem Jahre ihren Wohnsitz im Schutzgebiet haben, gewählt worden sind. Dazu ist das Schutzgebiet in drei Wahlkreise eingeteilt: 1. das Wirtschaftsgebiet des Nordens (Tanga, Pangani, Wilhelmstal, Moschi), 2. das der Mitte (Dar-es-Salam und Morogoro), 3. der Rest des Schutzgebietes. Jeder Wahlbezirk wählt 5 Mitglieder und 5 Stellvertreter, und aus diesen zweimal 15 Gewählten beruft der Gouverneur 5 Mitglieder und 5 Stellvertreter (zu den drei amtlichen Mitgliedern). Unter dem 18. Oktober dieses Jahres hat dann der Gouverneur Erzellenz Dr. Schnee aus der Zahl der Gewählten noch 7 Mitglieder und 12 Stellvertreter ernannt, so daß der ostafrikanische Gouvernementsrat zurzeit besteht aus 1. dem Gouverneur, 2. dem ersten Referenten, dem Oberrichter, dem Kommandeur der Schutztruppe, 3. aus 12 aus den gewählten Vertrauensmännern der Kolonie berufenen außerordentlichen Mitgliedern.

Deutsch-Südwestafrika erhielt durch die Reichskanzlerverordnung vom 28. Januar 1909 an Stelle des Gouvernementsrates einen Landesrat. Er tagt unter Vorsitz des Gouverneurs und besteht ebenfalls aus gewählten und berufenen Mitgliedern. Die Wahl findet in folgender Weise statt:

Zunächst wählen die über 25 Jahre alten männlichen deutschen, nicht bei der Schutztruppe stehenden Angehörigen einer jeden Gemeinde, soweit sie wirtschaftlich selbständig sind und ein Jahr lang ihren Wohnsitz im Gemeindebezirk haben, (mindestens) vier Gemeinderatsmitglieder. Diese wählen einen Gemeindevorsteher und bilden mit ihm zusammen den Gemeinderat. Hier muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß ein erheblicher Teil der zerstreut im Lande wohnenden Farmer keinem Gemeindeverbande angehört. Zu jedem Bezirk (oder selbständigen Distrikt) gehört deshalb außer einer Anzahl Gemeinden eine Anzahl nichteingemeindeter Bezirksangehöriger. Deshalb wird ein Teil der — mindestens vier Mitglieder starken — Bezirksräte von den Gemeinderäten, der andere Teil von den außerhalb der Gemeindeverbände stehenden Bezirksangehörigen gewählt. Vorsitzender des Bezirksrats ist der Bezirksamtmann (Distriktchef). Der *Landesrat* nun besteht aus je einem von jedem Bezirksrat gewählten und ebensoviel von dem Gouverneur ernannten Mitgliedern.

Schließlich ist noch zu erwähnen der Gouvernementsrat des — nicht dem Reichskolonialamt, sondern dem Reichsmarineamt unterstehenden — *Schutzgebiete Siam*. Er besteht aus dem Gouverneur als Vorsitzendem, fünf Beamten oder Offizieren und vier „Bürgerchaftsvertretern“. Von diesen wird einer vom Gouvernement ernannt, einer von den im Handelsregister eingetragenen Firmen, einer von den im Grundbuch eingetragenen Grundeigentümern und einer von dem Vorstand der Handelskammer — aus ihrer Mitte — gewählt.

Ein Vergleich dieser Systeme ergibt folgendes: In Kamerun, Togo, Neu-guinea und Samoa bringen nicht einmal die außeramtlichen Mitglieder den Willen der Kolonisten zum Ausdruck, weil sie nicht gewählt, sondern ernannt sind. In den übrigen Schutzgebieten tun das allerdings die außeramtlichen Mitglieder, soweit sie gewählt sind, nicht aber die Gouvernementsräte als Gesamtheit. Die Wahl erfolgt in Siam auf berufsständischer, in Deutsch-Südwestafrika auf kommunaler Grundlage. Hier ist eine doppelt indirekte Wahl (Gemeinderat — Bezirksrat — Landesrat) durchgeführt.

Die Frage, ob direkte oder indirekte Wahl zweckmäßig ist, wird unzweifelhaft zugunsten des indirekten Verfahrens entschieden werden müssen. Es sprechen dafür nicht nur alle Gründe, die die Theorie für die indirekte Wahl anzuführen weiß, sondern auch besondere, die in den Verhältnissen der Kolonien begründet sind.

Direkte Wahl ist zweckmäßig oder überhaupt möglich nur in kleinen Stadtstaaten, wie im Altertum, wo eine sehr beschränkte Zahl Stimmberechtigter in räumlicher Enge konzentriert war, oder aber in neuester Zeit bei Vorhandensein und Ausnutzung aller verkehrstechnischen Errungenschaften. Ein Stadtstaat liegt uns in Siam vor. In allen anderen Kolonien, vielleicht noch mit Ausnahme von Samoa, sehen wir eine kleine Zahl Wahlberechtigter über eine enorme Fläche verteilt. Während in Deutschland auf 1 Quadratkilometer 26 Wähler kommen, zählt Deutsch-Südwestafrika auf 104, Polynesien (mit Samoa) auf 244, Togo auf 290, Deutsch-Ostafrika auf 355, Kamerun auf 495 Quadratkilometer einen Wähler. Dazu fehlen — abgesehen von Deutsch-Ostafrika, Deutsch-Südwestafrika und Samoa — Zeitungen, die den

Meinungsaustausch zwischen den Kolonisten vermitteln könnten. Unter diesen Umständen würde eine direkte Wahl eine außerordentliche Stimmenzersplitterung zur Folge haben, und würde ihr Ergebnis kaum die wirtschaftspolitischen Interessen, das heißt den Mehrheitswillen der Kolonie, zum Ausdruck bringen.

Unter diesen Umständen wird es zweckmäßig sein, in den Kolonien, die gewählte Mitglieder zum Gouvernementsrat besitzen, diesen die Wahl der Delegierten zum Reichstag überlassen. Das ist der Fall in Kiautschou, Deutsch-Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika. Die in Windhuk erscheinende Zeitung „Südwest“ sagt allerdings (Nr. 91 vom 12. November 1912): Im Landesrate hat sich noch niemals eine Kluft zwischen den gewählten und ernannten Mitgliedern aus der Bevölkerung gezeigt, ja es ist noch niemals in der Debatte mit einem Wort darauf angespielt worden, daß zwischen beiden Kategorien von Landesratsmitgliedern irgendein Unterschied bestehe. Wir halten es deshalb für unrichtig, einen solchen Gegensatz zu betonen und würden den gesamten Landesrat als Wahlkörper vorziehen. Sollte aber wirklich bestimmt werden, daß nur die gewählten Landesratsmitglieder den Vertreter zu erwählen haben, so würde die Anzahl der gewählten Landesratsmitglieder erhöht und diejenigen der ernannten herabgesetzt werden müssen, damit der Wahlberechtigten nicht zu wenige sind; eine Verschiebung, die ja auch sonst wünschenswert wäre.“ Es ist gewiß erfreulich, daß in Deutsch-Südwestafrika ein Gegensatz zwischen den beiden Arten der Landesratsmitglieder nicht besteht, und es mag auch sein, daß der Gouverneur bei der Ernennung nicht nur ihm genehme Elemente berücksichtigt hat. Aber Gouverneure wechseln. Und wer bürgt dafür, daß von dem Zeitpunkte ab, wo dem Landesrat diese an Wichtigkeit alle seine bisherigen Funktionen übertreffende Befugnis gegeben wird, die Mitgliederernennungen, vielleicht auf eine Berliner Direktive hin, nicht den Charakter eines Pairshubs annehmen? Im übrigen kann man ja den Kolonien ein weitgehendes Recht zuerkennen, über die Art der Wahl selbst zu befinden. Man braucht nicht zu schablonisieren.

Für die Schutzgebiete, die eine selbstgewählte Vertretung noch nicht besitzen, dürfte sich das einfachste Wahlverfahren, das ostafrikanische, empfehlen. Sie wären in eine Anzahl (3 bis 5) Wahlbezirke zu zerlegen, die geographische und möglichst auch wirtschaftspolitische Einheiten zu bilden hätten. Jeder Bezirk hätte einen oder mehrere Wahlmänner — Gouvernementsratskandidaten — zu wählen, und zwar aus den in der Kolonialhauptstadt oder in den mit ihr in bequemer Verbindung stehenden Landesteilen wohnenden Kolonisten. Diese Wahlmänner treten dann zusammen, um den Delegierten zu ernennen.

In Ostafrika, wo der Gouverneur aus den von der Bevölkerung Gewählten eine Anzahl in den Gouvernementsrat beruft, wäre die Mitwirkung des Gouverneurs auszuschalten: die — einschließlich der Stellvertreter — dreißig Gewählten hätten als Wahlkörper zu fungieren.

Der Wählbarkeit zum Delegierten wird man nicht höhere Schranken zu setzen brauchen als der Wählbarkeit zum Reichstage. Die Bestimmungen des Artikels 21 der Reichsverfassung, daß Beamte, falls sie gewählt werden, eines Urlaubs nicht bedürfen, und daß ihr Mandat bei Beförderungen

erlischt, kann man übernehmen. Die Wahl hätte auf eine Reihe von Jahren -- fünf -- zu erfolgen. Denn in den meisten Fällen wird der Delegierte einen Beruf oder eine Tätigkeit ausüben, die er aufgeben oder einschränken muß. Er wird dazu nicht geneigt sein, wenn er nicht für längere Zeit mit Sicherheit auf die neue Tätigkeit und das damit verbundene Einkommen rechnen kann. Deshalb kann man die Dauer des Mandats auch nicht parallel laufen lassen den von den Zufälligkeiten der Auflösung abhängigen Legislaturperioden des Reichstages. Die Legitimation kann der Reichstag prüfen. Auch die §§ 29 bis 31 der Reichsverfassung werden sinngemäße Anwendung finden müssen: die Unabhängigkeit von disziplinaren und strafrechtlichen Verfolgungen und von Instruktionen. Gewiß ist der Fall denkbar, daß der Delegierte sich in dauernden Gegensatz setzt zu seinen Wählern. Aber das ist beim Reichstagsabgeordneten auch denkbar, ja sogar schon vorgekommen. Dann wird nichts anderes übrigbleiben, als daß die Wähler -- Landesaratsmitglieder -- ihn durch ein Mißtrauensvotum zum Verzicht zwingen. Wenn der Verzicht dann nicht erfolgte, wäre ideell der Schaden nicht einmal so groß wie bei einem Reichstagsmitgliede, weil der Delegierte kein Stimmrecht hat und die Abgeordneten ja wissen würden, was sie von dem Räte des Delegierten künftighin zu halten haben. Materiell allerdings wäre der Schaden größer, weil man kein Mittel hätte, ihm den Weiterbezug der Besoldung zu beschneiden. Es kann deshalb doch zweckmäßig sein, eine Oberinstanz als Ersatz für eine Aufsichtsbehörde zu schaffen, die das Recht hat, im Notfalle dem Delegierten seine Funktionen zu nehmen und damit auch den Fortbezug der Besoldung. Ein so schwerwiegender Schritt wird hoffentlich niemals nötig werden und braucht im Notfalle nicht von heute auf morgen getan zu werden. Man kann deshalb, ja, man muß, um Uebereilung zu verhüten, mehrere Faktoren zusammenwirken lassen. Es empfiehlt sich vielleicht zu bestimmen, daß eine solche Enthebung nur möglich ist durch Mehrheitsbeschluß des Reichstages, falls ein entsprechender Antrag von der Körperschaft, der die Wahl des Delegierten zusteht, gestellt wird.

Eine Besoldung für den Delegierten wird sich nicht vermeiden lassen. In der Mehrzahl der Fälle wird es sich um einen Mann handeln, der in der Kolonie ein Geschäft, eine Farm oder eine Plantage besitzt und diesen Erwerb aufgeben oder durch einen Vertreter fortführen lassen muß. Aber auch, wenn es sich um eine in Deutschland ansässige Person handelt, werden die Verhältnisse meist nicht anders liegen, schon wegen der vorgeschriebenen alljährlichen Vereisungen des Schutzgebietes, die ihn verhindern, seinem heimischen Berufe ordnungsmäßig nachzugehen. 10 000 bis 12 000 M dürften bei heutigen Verhältnissen angemessen sein. Sollten aktive Beamte gewählt werden, so könnte bestimmt werden, daß für sie während der Zeit, wo sie diese Besoldung empfangen, das Recht auf Gehaltsempfang ruht. Die Wahrscheinlichkeit dieser Eventualität ist aber sehr gering.

Des weiteren würden die Reisefkosten anzusetzen sein. Der Delegierte hätte sich zu verpflichten, alljährlich während der Reichstagsferien einige Zeit in der von ihm vertretenen Kolonie zuzubringen. Daneben kann er, soweit die Mittel reichen, auch Studienreisen in andere, besonders deutsche Kolonien

machen. Diese Reisen werden den Blick schärfen und das Gefühl der Zusammengehörigkeit stärken. Gegensätze sind ja schon aufgetaucht (zum Beispiel bei der Frage der Arbeiterbeschaffung zwischen Südwestafrika und den anderen afrikanischen Kolonien und zwischen Samoa und Neuquinea). Der Besuch der fremden Kolonien aber wird ein wertvolles Tatsachen- und Vergleichsmaterial geben, das nicht nur als Grundlage zu Verbesserungsvorschlägen in unseren Kolonien dienen kann, sondern auch zur Beschneidung der Bäume, die da drohen, in den Himmel zu wachsen. Auch hierfür erscheinen 10 000 bis 12 000 M angemessen.

Schließlich wird ein sächlicher und Bureaufonds geschaffen werden müssen. Gewiß wird man einer bürokratischen Entwicklung der Institution von vornherein den Riegel vorschieben müssen; aber immerhin muß in der Kolonie jemand vorhanden sein, der den Delegierten informiert, und während dessen Aufenthalt in der Kolonie ein Vertreter in Deutschland, der Sendungen in Empfang nimmt, weitersendet usw. Eine gewandte Schreibkraft wird dazu genügen. Nicht zu klein bemessen werden darf der Kabinetsfonds, weil der Delegierte oft längere Telegramme mit seinen Gewährsleuten in der Kolonie wird auszutauschen haben. Auch diese Position wird mit 10 000 bis 12 000 M anzusetzen sein, so daß in Summa 30 000 bis 36 000 M Kosten erwachsen würden. Eine Summe, die bei der Tragweite der Neuerung und dem großen, für die Kolonien zu erwartenden Nutzen gewiß nicht ins Gewicht fällt.

Die wichtigste Frage ist die, welche Funktionen der Delegierte ausüben soll.

Seinem Wesen nach soll er eine Art Bevollmächtigter seiner Kolonie sein, in erster Linie beim Reichstage, daneben aber auch beim Bundesrate. Falls Neigung dazu besteht, kann das Kolonialamt jederzeit mit ihm in Verbindung treten, und es läßt sich absehen, daß das bald und oft geschehen wird, vorausgesetzt, daß der Delegierte die Persönlichkeit ist, nicht Opposition à tout prix zu machen und sich in einen prinzipiellen und deshalb unfruchtbaren Gegensatz zur obersten Kolonialbehörde zu setzen. Besteht auf beiden Seiten keine Animosität und grundsätzliche Gegnerschaft, so kann schon hier der Anstoß zu einem erfolgreichen Zusammenwirken gegeben werden. Oft wird der Delegierte in der Lage sein, sich von der Berechtigung der Gründe zu überzeugen, die im Kolonialamt gegen eine von der Ansiedlerschaft der Kolonie gewünschte Maßregel sprechen, und er wird Wasser in den schäumenden Wein gießen können. Schon deshalb ist es wünschenswert, daß er auf eine Reihe von Jahren amtiert und nicht von vorübergehenden und Zufallskaunen abhängig ist. Dasselbe gilt von dem Verhältnis zu dem Gouvernement während des Aufenthalts des Delegierten in der Kolonie. Von seiner Seite wird Zurückhaltung den Behörden gegenüber das Richtige sein, aber auch Bereitwilligkeit, wenn man ihm Aufklärungen geben oder gar seinen Rat hören will.

Seine Haupttätigkeit wird er, analog den Verhältnissen in den Vereinigten Staaten, in der Budgetkommission des Reichstags zu entfalten haben. Hier wird ihm unbedingt das Recht zustehen müssen, in allen Fragen, die die Kolonialpolitik des Reiches, insbesondere aber die Verhältnisse in seiner Kolonie angehen, gehört zu werden. Damit wäre das Hauptinteresse der

Kolonien befriedigt. Dieses Ziel ist durch eine einfache Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstags zu erreichen, sobald durch einen Zusatz zum Schutzgebietsgesetz die Wahl und Kompetenz der Delegierten begründet worden sind.

Daß die Kolonisten es gern sehen würden, wenn ihr Bevollmächtigter auch im Plenum das Wort ergreifen könnte, ist keine Frage. Die Reichsverfassung enthält kein ausdrückliches Verbot, daß im Plenum andere Personen als die Mitglieder des Reichstags und des Bundesrats — einschließlich der Kommissare — das Wort ergreifen. Es würde also auch dazu ein Zusatz zur Geschäftsordnung genügen. Dabei könnten, meines Erachtens, falls sie für nötig befunden werden, auch ruhig Beschränkungen in den Kauf genommen werden; zum Beispiel, daß sich der Delegierte auf tatsächliche Mitteilungen und Richtigstellungen zu beschränken hat, oder daß er nur mit Zustimmung des Reichstags das Wort im Plenum erhält.

Außer diesen offiziellen Funktionen wird sich der Bevollmächtigte noch einen ausgedehnten persönlichen Wirkungskreis schaffen können. Er darf kein ausgesprochener Parteimann sein, sondern muß die Gabe haben, mit den Abgeordneten aller Parteien gleich vertraulich verkehren zu können. Dann wird es ihm gelingen, bei allen Parteien festen Boden zu gewinnen und der Kolonialpolitik des Reiches und den Interessen der Kolonien dort Freunde zu erwerben.

Mir will es richtig erscheinen, jeder Kolonie, unabhängig von Größe und Bedeutung, einen Delegierten zu gewähren. Höchstens käme die Zusammenlegung von Togo mit Kamerun und von Samoa mit den übrigen Südseebesitzungen in Frage. Dann käme man auf fünf Delegierte; andernfalls auf sieben. Und die Siebenzahl will mir schon deshalb richtig erscheinen, weil Samoa und Togo beginnen würden, ihre eigenen Delegierten zu reklamieren, sobald einmal Interessengegensätze auftreten, die zeigen, daß zum Schaden — oder zum vermeintlichen Schaden — der Sache zwei Seelen in der Brust des Delegierten wohnen.

Der Ausgleich zwischen den einzelnen Kolonien nach Bedeutung, Stärke der europäischen Besiedlung und Umfang kann in anderer Weise erfolgen. Es wird sich nämlich sehr bald die Notwendigkeit ergeben, daß die sieben Delegierten zu gemeinsamen Beratungen zusammentreten, sei es, daß es sich um gemeinsame Interessen aller Schutzgebiete handelt, sei es, daß ein Interessenausgleich angestrebt werden soll. Man wird dann zu Abstimmungen schreiten müssen, die allerdings den einzelnen Delegierten nicht rechtlich binden können und sollen, aber doch eine Art moralischen Druckes auf ihn ausüben. Auch geben sie dem von den Delegierten zu wählenden Obmann die Möglichkeit, zu erklären: „Die Kolonie soundso hätte zu der Frage durch ihren Delegierten sich zwar in dem Sinne geäußert, die Mehrheit der Delegierten könne aber denselben Standpunkt nicht einnehmen, usw.“ Für diese Abstimmung müßte man Deutsch-Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika je 3, Kamerun und der Südsee je 2, Togo, Samoa und Kiautschou je 1 Stimme geben.

Die Aussichten zur Verwirklichung meines Vorschlages sind, meines Erachtens, nicht ungünstig. Die rechtsstehenden Parteien werden aus alter

Freundschaft für die Kolonien dafür sein müssen, die linksstehenden aus dem liberalen Prinzip heraus. Auch die Sozialdemokraten, weil in diesem Falle das liberale Prinzip auch das demokratische ist.

Die Regierung aber wird schwerlich die Berechtigung und Zweckmäßigkeit der angestrebten Institution bestreiten können. Sie wird gegen die Durchführbarkeit Einwendungen erheben. Diese aber werden sich beseitigen lassen, denn über alle Einzelheiten läßt sich reden. Die Delegierten mögen dem Kolonialamt und den Gouvernements unbequem erscheinen. Wie eine Volksvertretung jeder autokratischen Regierung. Aber wie sich die Reichsregierung nicht nur daran gewöhnt hat, mit dem Reichstag zu arbeiten, sondern heute seine Mitverantwortung wohl kaum noch entbehren möchte, so wird sich auch die Kolonialverwaltung an die Mitarbeit der Kolonien gewöhnen müssen. In der von mir vorgeschlagenen milden Form ist sie erträglich. Daher: bis dat qui cito dat — und noch mehr: der freudige Geber . . . ist lieb!

Zur Frauenfrage in den deutschen Kolonien.

Von Regierungsrat Dr. L. Kütz.

Fast alle „modernen“ Bestrebungen unserer Tage rufen die Frau als Bundesgenossin auf den Kampfplan. Die Frau und das Wahlrecht heißt die Lösung, die Frau und die Friedensliga, die Frau und die Kriegshilfe, die Frau und der öffentliche Kinderschutz, die Frau und die Abstinenz usw. usw. Wo soll die Frau nicht überall helfen! Nun auch noch die Frau und die deutschen Kolonien! Bei näherem Zusehen erhellt aber, daß gerade der Hilferuf nach der Frau in unseren Schutzgebieten sich recht gründlich von all den anderen unterscheidet. Dort soll sie für eine einzelne, ganz bestimmte Idee mobil gemacht werden, die obendrein, oft genug wenigstens, anfänglich sie fremd anmuten muß; hier in den Kolonien harret ihrer wohl eine neue Umwelt, aber sonst eine ihrem Grundcharakter und innerem Werte nach alte, durch Jahrhunderte dem deutschen Frauengeschlecht vertraute und deshalb fast unbewußt geübte Pflicht: die Pflege des deutschen Hauses und der deutschen Familie. Nichts Neues soll sie ins Alte bringen, sondern im Gegenteil etwas Altes, Bewährtes, ein Stück Heimat, vielleicht das beste Stück Heimat, ins koloniale Neuland. Die Frau wird die wertvollste für unsere Kolonien sein, die diesem Ziel am nächsten kommt. Der Herd des Hauses ist der Opferstock, auf dem sie in aller Stille, aber mit entscheidender Bedeutung ihre koloniale Mitwirkung niederlegen kann. Für uns Deutsche ist die ganze koloniale Frauenfrage noch jungen Alters; geschichtlich ist sie so alt, wie die tropische Kolonisation überhaupt. Es sei daran erinnert, daß schon Fernando Cortez, der in der Ueberlieferung vornehmlich nur als der berühmte Konquistador lebt, begriffen hatte, was die Frau den überseischen Erwerbungen Spaniens bedeute, und er ist nicht nur bei theoretischen Betrachtungen stehengeblieben, sondern hat versucht, seine Ueberzeugung in die Tat umzusetzen. Er weigerte sich, Eingeborene als Arbeiter an seine Landsleute abzugeben, wenn sie nicht ihre Frauen nach Mexiko kommen ließen. Unbemittelten wurde das Reisegeld gegeben, und auf jede Weise suchte er den Zuzug weißer Frauen zu fördern. „In Anbetracht, wie förderlich es für das Gewissensheil und die Seelenruhe besagter Staatsangehöriger sowie für die Bevölkerung und Hebung ihrer Bezirke ist, daß sie sich verheiraten“. Diese Worte aus einem Erlasse des Jahres 1524 könnten noch heute

mit gleichem Recht auf Gestung geschrieben sein, und hätten sie im eigenen Volk ihres Urhebers Gehör gefunden, es stünde gewiß besser um Spanien als Kolonialmacht. An uns ist es, aus der Geschichte der Kolonisation älterer Kolonialvölker und nicht zum wenigsten aus ihren Fehlern zu lernen. Wir wollen hier nicht näher eingehen auf das in letzter Zeit viel erörterte Thema der Mischehen, die von einer Reichstagsmehrheit gefordert, von der Kolonialverwaltung und einer erdrückenden Mehrheit aller kolonialen Kreise, also in diesem Falle doch wohl den maßgebenden Stellen, mit aller Entschiedenheit und hoffentlich mit Erfolg abgelehnt worden ist. Ein anderes Problem aber als das der Mischehen ist die Mischlingsfrage überhaupt, und keine amtliche Verfügung, keine private Maßnahme wird das Entstehen von Mischlingsrassen verhindern können mit allen ihren Gefahren für die Zukunft, sondern nur der Zugug weißer Frauen. Es handelt sich also letzten Endes um nichts weniger, als die Entscheidung darüber, ob unsere Schutztruppe dem Deutschtum erhalten bzw. ihm erst zugefügt werden sollen oder nicht. So wird die Frauenfrage unserer Kolonien zu ihrer Rassenfrage. Sie ist aber nicht nur dies, sondern sie ist für uns auch eine ethische Frage, das Problem vom sittlichen Wollen und Handeln. Ich brauche kaum näher auszuführen, was ich meine. In einem Worte Goethes ist es kurz zusammengefaßt: Der Umgang mit Frauen ist das Element guter Sitten. Wer seit längerer Zeit in den Kolonien weilt, wird mir bestätigen können, wie sich nach und nach mit zunehmender Zahl der Frauen der ehemals oft reichlich raue Ton des Lebens dort merklich höher gestimmt hat, und wie ihre Anwesenheit auch die Unverheirateten zu erhöhter Selbstkontrolle zwingt. Wenn es in letzter Zeit um sehr viel ruhiger geworden ist von Kolonialskandalen, so gebührt auch der Frau ein gut Teil des Verdienstes an dieser Besserung. Das einzige Heilmittel gegen das „Berniggern“, „Verfälschern“ oder „Verfälschern“ liegt im Einfluß der weißen Frau. Alle die imponierbaren, aber unerseßlichen Werte, die von dem Wesen der Familie ausgehen, können erst mit der Frau in unseren Kolonien gedeihen, und die Familie wird den Schlußstein in unserer überseeischen Entwicklung bilden, nicht nur als der zuletzt dem ganzen Bau sich einfügende, sondern auch als der, welcher das Ganze zusammenhält. Wohl kann der Mann dem Hause seinen Namen und die äußere Gestalt geben; die Frau aber erst bringt die Sitte des Hauses. Sein inneres Leben und oft genug selbst seine äußere Ornamentik werden von der Frau bestimmt. Ich mache mich anheischig, beim ersten Betreten eines afrikanischen Hauswesens vorausszusagen, ob eine Frau darin waltet oder nicht. Der Kreis der Familie ist uns in den Kolonien noch nötiger als daheim. In der Heimat kann jeder, wenn er will, in einer familienartigen Gemeinschaft Zuflucht finden, auch wenn er nicht verheiratet ist. Er hat sein Elternhaus oder verheiratete Geschwister oder Freunde, deren Einfluß er auf sich wirken lassen kann. Draußen aber ist die Gefahr der Vereinsamung ungleich größer, und als Surrogat der Familie oder Familienbedürftigkeit tritt für viele die Zischgenossenschaft, die gemeinsame „Messe“ ein, die oft genug auch zur Zechgenossenschaft wird.

Gewiß wird manche alte, häusliche Sitte der Deutschen unter der Macht der äußeren Verhältnisse in den Kolonien verkümmern müssen, aber merkwürdigerweise sehen wir gerade auch dort wieder so manche aufleben, die in der Heimat immer mehr schwindet. Ich denke, um ein Beispiel herauszugreifen, an die Gastfreundschaft des Hauses, die ja in unseren Großstädten vielfach schon soweit verbannt ist, daß man den Gast des Hauses statt an den Familientisch ins Wirtshaus führt. In den Schutzgebieten, wo unter der heißen Tropensonne der oberflächliche Laß der Ueberkultur dahinschmilzt, ist auch die alte Gastfreundschaft wieder zum Vorschein gekommen. Der Deutsche hat sich wieder auf sie besonnen, und allerorten wird sie mit selbstverständlicher Weitherzigkeit auch von den Junggeheulen geübt. Aber im rechten Gewande erscheint sie doch erst, wo eine Frau im Hause weilt. Den „Salon“, den Raum der „Gesellschaft“, haben wir glücklicherweise noch nicht im Familienhause der Kolonien; möge er und alles, was von ihm ausgeht, uns noch recht lange erpart bleiben. Die Veranda oder ein Gartenplatz vor dem

Hause sind die geeigneten Räume, um mit den Freunden des Hauses zu plaudern, und die wirkliche Geselligkeit, die in die Tropen überpflanzt werden und Wurzeln schlagen sollte, liegt in dem zum Freundeskreis erweiterten Hause.

Aber selbst die, denen völkische und ethische Regungen fernliegen, werden sich mit der kolonialen Frauenfrage auseinandersetzen müssen, denn sie ist auch ein soziales Problem. „Der Mann gründet das Haus, die Frau hält es“, sagt treffend ein Wort von Magdalene v. Prince, der bekannten Ostafrikanerin. Der Mann wird es immer als lästigen Zwang empfinden müssen, wenn er neben seiner Berufsarbeit genötigt ist, sich selbst um alle die vielerlei Obliegenheiten des Hausstandes zu kümmern, für die er nun einmal mehr oder weniger Laie ist. Ja, er wird, je mehr er in seinem Beruf ausgeht, um so weniger die nötige Zeit dazu erübrigen, und die unausbleibliche Folge ist die Vernachlässigung des Hauswesens mit allen ihren Rückwirkungen auf Arbeitsfreudigkeit, Gesundheit und Wohlbefinden. Die wirkliche Erholung, der wirkliche Abendfrieden nach der heißen Tagesarbeit, der uns die Fremde in den Kolonien überwinden und vergeßen läßt, kommt uns erst im eigenen, von der Frau versorgten Hause. Auch die materiellen Vorteile, die aus der Anwesenheit der Frau erwachsen, sind nicht gering zu veranschlagen. Gar mancher Beamte, Kaufmann oder Pflanzler würde noch länger auf tropischen Arbeitsfeld geblieben sein, wenn ihm eine Frau dorthin gefolgt wäre: mancher Aerger, manche Krankheit würde vermieden, wenn eine Frau und nicht ein schwarzer Diener oder Koch das Hauswesen leiteten; manche Arzt- und Hospitalkosten, manche vorzeitige Heimreise würden erspart, wenn ein geregeltes, häusliches Leben den Kolonisten vor Erkrankung bewahrte. Von jeher sind die evangelischen Missionen die ersten gewesen, die in der richtigen Erkenntnis von der großen Bedeutung der Frau für den Beruf ihrer Sendboten diesen ein Familienleben zu ermöglichen suchten. In neuerer Zeit haben aber auch viele Handels- und Pflanzungsfirmen sich dazu entschlossen, wenigstens ihren älteren Angestellten die Mitnahme einer Frau und die Gründung eines eigenen Hauswesens zu erleichtern. Ich habe oft beobachten können, welche ausgesprochene Rückwirkung die Anwesenheit einer Frau sogar auf Gebieten äußert, auf denen man es zunächst kaum erwarten sollte. Ich kenne kameruner Pflanzungen, wo die Sauberkeit des von einer Frau geführten Hauswesens sich nicht nur auf die europäischen Angestellten übertragen hat, sondern selbst bis in die Arbeiterhäuser der Schwarzen hineinreicht. Nicht unerwähnt sei, was ein Pflanzler selbst¹⁾ über die Bedeutung der Frau für seinen Beruf ausgesprochen hat: „Die Praxis beweist, daß die Leistungsfähigkeit des Beamten, sofern sie in seinem Einfluß auf den Farbigen beruht, wesentlich höher ist, wenn er eine weiße Frau und keinerlei geschlechtliche Beziehungen zu farbigen Weibern hat“; und an einer anderen Stelle: „Wenn nun gar ein Weißer außer auf dem Altar der Venus auch noch auf dem des Bacchus opfert, so kann man mit ziemlicher Sicherheit vorher sagen, wie lange es dauert, bis er überhaupt unbrauchbar als Vorgesetzter von Farbigen sein wird.“ Was für den Pflanzungsbeamten gilt, trifft erst recht für den Regierungsbeamten zu.

Kurz, wir sehen, die Frau gehört in die Kolonien, wir können ihrer Mithilfe nicht entraten. Ohne deutsche Frau keine deutsche Kultur, ohne sie kein deutsches Land. Wer es an den Äußerungen deutscher Frauen selbst nachprüfen will, wie sie ihren Beruf in den Kolonien aufgefaßt haben, der lese in den Büchern nach, die einige von ihnen uns beibringt haben, Magdalene v. Prince, Else Sonnenburg, Helene v. Falkenhäusen, Frida v. Bülow, Margarete v. Eckenbrecher, Grete Ziemann und andere.

Schon sehr bald nach dem Erwerb unserer deutschen Kolonien suchten sich deutsche Frauen in der Heimat in den Dienst der neuen Sache zu stellen. Bereits seit 25 Jahren besteht der deutsche Frauenverein vom Roten Kreuz für die Kolonien, der in Kriegs- und Friedenszeiten dort sich der Krankenpflege durch Aussendung von Schwestern,

¹⁾ W. Costenoble im „Tropenpflanzer“, Juni 1909

Ausstattung von Krankenhäusern und durch andere Samariterwerke in einer von Jahr zu Jahr sich immer weiter ausdehnenden Tätigkeit widmet. Es würde uns hier zu weit führen, für die meisten Leser auch kaum nötig sein, die Verdienste dieses Vereins eingehender zu würdigen. Etwas näher noch unserm speziellen Thema liegen die Bestrebungen des zweiten, jüngeren kolonialen Frauenvereins, des Frauenbundes der Deutschen Kolonialgesellschaft, der die Uebersiedlung von Bräuten, Ehefrauen und sonstigen Angehörigen der Ansiedler sowie unverheirateter junger Mädchen nach Südwestafrika unter sorgfältiger Auswahl und Fürsorge fördert. Wenn schon letztere zu festem Dienstverhältnis engagiert die Ausreise antreten, so schreiten doch viele später zur Gründung einer neuen Familie. Eine kleine Tabelle möge die Leistungen der Kolonialgesellschaft bzw. ihres Hilfsvereins im Jahre 1911 sowie ihre Gesamtleistung seit 1898 veranschaulichen:

	Ausgefandte Personen überhaupt	Ehe- frauen	Söhne unter 16 Jahren	Töchter unter 16 Jahren	Sonstige Ver- wandte	Bräute	Dienst- boten
1911	288	56	42	55	21	15	99
1898—1911	1408	279	178	212	162	164	413

So wenig nun bestritten werden kann, daß die Hilfe der Frau in den Kolonien, sofern wir nur in ihnen einen dem Deutschtum zu erhaltenden Besitz erblicken, unerläßlich ist, so widersprechend wird noch die Frage beantwortet, ob unsere Schutzgebiete bereits so weit vorgeschritten seien, daß der Mann die Verantwortung dafür übernehmen darf, einer Frau einen Aufenthalt daselbst zuzumuten. So kurz und eindeutig wie die Frage meist gestellt wird, kann sie leider nicht auch beantwortet werden. Wir müssen sie ausführlicher erörtern. Um zunächst eine zahlenmäßige Unterlage für eine vergleichende Betrachtung zu gewinnen, habe ich die uns vor allem interessierenden Daten von 1911, dem letzten statistisch abgeschlossenen Jahre, zusammengestellt und ihnen gegenüber die entsprechenden Zahlen des Jahres 1903, das deshalb gewählt wurde, weil es das letzte vor dem südwestafrikanischen Aufstande war, durch den in dem betroffenen Lande eine Reihe anormaler Jahre heraufbeschworen wurde. Im ganzen dürfen wir aber gerade Südwestafrika etwas in den Hintergrund treten lassen, weil es in der Frauenfrage, teils durch günstige klimatische Verhältnisse, teils infolge der ausgiebigen Fürsorge des Frauenbundes, eine Ausnahmestellung nach der günstigen Seite hin einnimmt. Es hat, die absolute Zahlenhöhe betrachtet, doppelt soviel weiße Frauen, als alle anderen deutschen Schutzgebiete zusammen genommen. Es zeigt auch in der Beteiligung des weiblichen Elementes an der Gesamtbevölkerung die günstigste Verhältniszahl (0,27), ohne indessen darin einen besonders großen Vorsprung vor Ostafrika, Samoa oder der Südsee zu haben. Im übrigen ergeben sich aus unserer Zusammenstellung ohne weiteres einige sehr bemerkenswerte Tatsachen. Die Zahl der weißen Bewohner hat sich in den Jahren 1903 bis 1911 von 7535 auf 21 672 gehoben, die der Frauen allein von 1004 auf 5463, d. h. ihre Zunahme ist relativ weit stärker gewesen. Diese für die Gesamtheit der Kolonien zu verfolgende Erscheinung kommt bei jeder einzelnen ebenfalls zum Ausdruck, so daß das Mißverhältnis zwischen männlicher und weiblicher Bevölkerung durchweg bedeutend herabgemindert worden ist. Am wenigsten weit sind in diesem Ausgliche unsere beiden westafrikanischen Schutzgebiete Togo und Kamerun vorgeschritten; alle anderen bewegen sich bezeichnenderweise in diesem Punkte beinahe auf gleicher Höhe. Das Zurückstehen der ersteren findet seine Erklärung darin, daß sie im Gegensatz zu den übrigen keine Gebietsteile haben, die als klimatisch völlig unbedenklich gelten können. Togo hat überhaupt keine solchen Landesteile, und in Kamerun sind sie, allenfalls mit Ausnahme Bueas, dem Verkehr noch nicht erschlossen. Die Tabelle läßt ferner erkennen, welchen Anteil die verheirateten Frauen an der gesamten weiblichen

Bevölkerung haben und in welcher Höhe sie sich auf die einzelnen Berufsstände verteilen. Dabei ist die relative Zunahme unter den Beamtinnen in der Südsee und in Kamerun weitaus am größten, was darin seinen Grund hat, daß gerade dort früher ein starker

Schutzgebiet	Jahrgang	Gesamtbevölkerung	Darunter Frauen	Dennach Anteil an der Gesamtbevölkerung	Verheiratete Frauen	Davon mit Beamten	mit Missionaren	mit Priestern	Zahl der Kinder
Südwest	1903	4 640	670	0,14	523	?	?	?	1166
	1911	13 962	3765	0,27	1761	284	33	1444	2579
Ostafrika	1903	1 269	147	0,12	112	32	47	33	101
	1911	4 227	1058	0,25	497	108	83	306	617
Kamerun	1903	670	58	0,08	31	3	20	8	26
	1911	1 455	185	0,13	119	37	34	38	66
Togo	1903	168	20	0,12	6	?	?	?	0
	1911	368	61	0,17	30	11	10	9	4
Südsee	1903 ¹⁾	407	44	0,11	21	0	4	17	19
	1911	1 169	273	0,23	87	19	29	39	115
Samoa	1903	381	65	0,17	?	?	?	?	24
	1911	491	121	0,25	55	9	8	38	50
Gesamtsumme	1903	7 535	1004	0,13	?	?	?	?	1336
	1911	21 672	5463	0,25	2549	468	197	1876	3431

Mangel hinreichend der Dienstwohnungen den Beamten das Mitnehmen einer Frau erschwerte. Entsprechend der Zunahme der verheirateten Frauen sehen wir überall auch eine erhebliche Zunahme der Kinder, deren Höhe in den einzelnen Gebieten ganz verschieden ist. Hierbei sprechen außer den klimatischen noch allerhand andere Bedingungen mit, namentlich die Möglichkeit eines geeigneten Schulunterrichts in der Kolonie. Hinsichtlich der Todesfälle unter den Frauen war das Jahr 1910/11 besonders für die tropischen Kolonien als ausnahmsweise günstig zu bezeichnen. Auf Kamerun, Togo und Samoa entfielen überhaupt keine, auf die Südsee 3, auf Ostafrika 14 und auf Südwest 45. Aber auch bei Heranziehung weiterer Jahrgänge zeigt sich jedenfalls soviel, daß die Sterblichkeit der Frauen zum mindesten nicht höher ist als die der Männer, ja nicht einmal die der Kinder ist auffällig hoch. Freilich können wir diese günstige Erscheinung nicht für eine besondere Zuträglichkeit des Tropenklimas für Frauen und Kinder verwerten, sondern beide sind durchschnittlich nur kürzere Zeit im Lande als die Männer, lehren gerade aus Gesundheitsrücksichten eher in die Heimat zurück oder folgen erst nach kürzerer oder längerer Zeit dem Gatten und Vater in die Kolonie nach.

Die Frau und das Tropenklima! Wie steht es damit? Welche Frau ist geeignet dafür und welche nicht? Welche hat begründete Aussicht, sich ihm gut anzupassen oder wenigstens erfolgreich Widerstand zu leisten? Die Antwort ist für jeden einzelnen Fall zwar verschieden zu geben, denn es ist ein großer Unterschied, ob eine Frau nur auf kurzen Besuch oder für längere Zeit die Tropen aufzusuchen gedenkt, ob sie in eine komfortable Lebenslage mit weitgehender Schonungsmöglichkeit kommt, oder ob sie gar als Berufsgenossin des Mannes auf anstrengenden Expeditionen im Innern eines noch unkultivierten Landes tätig sein wird. Gleichwohl hat uns die nicht mehr geringe

¹⁾ Hierbei ist nur das sogenannte alte Schutzgebiet berücksichtigt.

praktische Erfahrung einige allgemeine Richtlinien für die Beurteilung der Tropenfähigkeit der Frau gegeben. Wir unterscheiden bei der Akklimatisation eine solche der Rasse und eine solche des Individuums. Jene erfordert die gesundheitliche Anpassung des Weissen nicht nur für vorübergehenden Aufenthalt, sondern für Generationen ohne Entartung der Nachkommenschaft; diese die zeitweilige Anpassung ans Tropenklima ohne ernstere Gesundheitsschädigungen. Erstere interessiert uns hier weniger; und ob bzw. wo sie in unseren Tropenländern möglich sein wird, kann nur die Erfahrung der Zukunft lehren. Ich selbst bezweifle ihre Möglichkeit nicht, sofern es nur gelingen wird, die Tropenkrankheiten vom Europäer fernzuhalten. Daß letzteres aber möglich ist, bedarf keines Beweises mehr, denn er ist an Tausenden von Einzelfällen erbracht. Die hauptsächlichste Vorbedingung, die dabei erfüllt sein muß, ist die allgemeiner Gesundheit, und über diese sich volle Gewißheit vor dem Entschluß zur Ausreise zu verschaffen, ist eigentlich eine selbstverständliche Pflicht. Eine besonders kräftige Konstitution erscheint dabei kaum erforderlich, denn jeder Kolonialarzt wird wissen, wie erstaunlich leicht oft grazile Personen das Tropenklima ertragen, während umgekehrt robuste unter ihm leiden können; und der wirkliche Grad der Anpassungsfähigkeit läßt sich auch bei der Frau oft erst in den Tropen selbst erkennen. Trotzdem wird es empfehlenswert sein, sich, wenn irgendmöglich, bei einem speziell in den Tropen erfahrenen Arzte Rat zu holen, vor allem über die Verhütung tropischer Krankheiten; denn die meisten von ihnen sind durch persönliche Vorbeugung in weit vollkommenerem Maße verhütbar, als es bisher praktisch erreicht worden ist. Ebenso ratsam ist es für die Tropenkandidatin, sich mit einer Frau ungefähr gleichen Bildungsgrades und gleicher Gesellschaftsklasse in Verbindung zu setzen, die bereits längere Zeit in derselben oder einer entsprechenden Tropengegend gelebt hat und aus dem Schatze ihrer persönlichen Erfahrung über scheinbar unwichtigere, aber fürs Wohlbefinden doch bedeutsame Dinge wie über Kleidung, Haushaltungsfragen usw. Aufschluß geben kann. Eine in unseren Tagen leider so häufige Erscheinung macht meiner Ueberzeugung nach vor allem die Frau von vornherein tropenunfähig und muß deshalb besonders sorgfältig ausgeschlossen werden, „die Nervosität“. Nervöse Frauen werden sich in den Tropen nie wohl fühlen und immer eine Steigerung ihrer Beschwerden erfahren. Ein gleichmäßiges, heiteres Temperament und die Gabe, auf einen Teil des gewohnten Komforts der Heimat stillschweigend zu verzichten, sind eine Grundbedingung des seelischen Wohlbehagens in den Tropen. Wir müssen immer bedenken, daß die Frau nicht nur in die Tropen kommt, sondern auch in eine Kolonie; mit anderen Worten, daß nicht nur das Klima anders geartet ist, sondern auch alle wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse, und daß auch diese eine Anpassung, eine psychische Akklimatisierung verlangen, die manchen Frauen schwerer wird als die körperliche. Einen großen Vorteil bietet es für jede zum ersten Male in ein Tropenland gehende Frau, wenn ihr Mann bereits genaue Kenntnisse an dem neuen Aufenthaltsort gesammelt hat. Hat er dazu keine Gelegenheit gehabt, so wird es immer zweckmäßig sein, seine Frau erst dann nachkommen zu lassen, wenn er die Verhältnisse, und zwar nicht nur die gesundheitlichen, übersehen und richtig beurteilt. Man denke beispielsweise an die ungeheure Wichtigkeit der Wohnungsverhältnisse oder an die Möglichkeit, daß eine mehrmonatige Reise vom Manne verlangt wird, auf der ihn seine Frau nicht begleiten kann.

Eine zweite, oft aufgeworfene Frage ist die: Wie lange kann man einer Frau durchschnittlich zumuten, dem Tropenklima zu trotzen? Nützlich gesprochen, scheint mir beinahe nicht das Hinausgehen ins Tropenklima der bedeutsamere Entschluß, sondern die rechtzeitige Heimkehr bzw. Unterbrechung des Tropenaufenthalts durch einen Heimatsaufenthalt. Ein sehr hoher Prozentsatz der Fälle, in denen die Frau gesundheitlich ernste Mißerfolge in den Tropen erlebt, sind solche, bei denen versucht wird, gegen ärztlichen Rat ein Ausharren zu erzwingen. Von ganz ausschlaggebender Bedeutung ist es, in welche Art des tropischen Klimas eine Frau versetzt wird. Wir

sprach bisher von Tropenklima schlechthin, aber innerhalb seines Bereiches gibt es oft schon auf geringe Entfernungen gewaltige Unterschiede. Urwaldländer wechseln mit Steppengebieten, Flachland mit Gebirge. Wir haben zum Beispiel an der Kamerunküste, am Fuße des Kamerungebirges Täler mit enormen Niederschlagsmengen und schwüler Treibhausatmosphäre, und nur wenige Stunden von ihnen entfernt liegt in 1000 m Höhe der Ort Buea mit kühlen Nächten und fast subtropischem Charakter in Klima und Vegetation. Für unsere Zwecke genügt es, wenn wir zwei Klimatypen in den Tropen unterscheiden, das des Flachlandes und das der Hochländer; jenes mit gleichmäßig hoher, Tag und Nacht nicht erheblich verschiedener Temperatur bei hohem Feuchtigkeitsgehalt der Luft, dieses mit starken, nächtlichen Abkühlungen bei weit geringerer Luftfeuchtigkeit und dadurch mit der Möglichkeit der völligen Rekreation des Körpers während der Nacht. Da auf 180 m Erhebung die Luftwärme durchschnittlich um 1° C fällt, so kommen wir bei 1200—1500 m Höhe schon zu Temperaturen, die an die Subtropen erinnern. In solchen Gegenden ist das gesundheitliche Risiko auch für eine Frau überaus gering, denn klimatisch werden keine nennenswerten Mehrforderungen an ihren Organismus gestellt. Ganz anders in den tropischen Tiefländern, namentlich den Küstenregionen, die außerdem meist gleichzeitig die Hauptherde der endemischen Malaria sind. Hier wird die Frau weit eher das Bedürfnis nach Heimatluft empfinden und diese auch wirklich nötig haben. Selbst wenn sie völlig von Tropenleiden verschont bleibt, nie an Fieber zu leiden hat, so würde ich doch raten, den Aufenthalt dort nicht über 1½ Jahre ohne Unterbrechung auszu dehnen.

Wenigstens kurz wollen wir die für viele Frauen wichtige Frage der Kinder in den Tropen streifen. Im tropischen Hochlandsklima ist ihr Gedeihen nicht gefährdet. Im Niederungsklima ist es ein großer Unterschied, ob das Kind dort geboren wurde oder ob es aus Deutschland hineinverpflanzt wird. Im ersten Falle verträgt es bei guter Pflege, die sich besonders gegen die Malariainfektion zu richten hat, einen nicht zu lang ausgedehnten Aufenthalt verhältnismäßig gut; in letzterem ist es weit mehr gefährdet. Wenn irgend möglich, sollte deshalb jede Mutter, die voraussichtlich für längere Zeit in einem malariaverseuchten Tieflandsklima zu leben gezwungen ist, ihre Kinder daheim lassen. Wie Kinder in höherem Alter sich in ihm verhalten, darüber fehlen noch ausreichende Erfahrungen. Ich habe — ohne indessen damit zur Nachahmung auffordern zu wollen — im festen Vertrauen auf die Vermeidbarkeit der meisten Tropenkrankheiten mein eigenes zehnjähriges Kind unter sorgfältiger Obhut sieben Monate lang im Küstenklima Südkameruns gehabt, und es ließ weder im körperlichen noch geistigen Wohlbefinden auch nur die geringste Beeinträchtigung erkennen.

Alles in allem bedenke ich mich nicht, einer lebhaften Beteiligung der Frau am Ausbau unserer Kolonien das Wort zu reden, und zwar nicht nur in der Arbeit eines heimatischen Frauenvereins, sondern, wo es in Frage steht, auch dadurch, daß sie ihrem Manne dorthin folgen soll; der beste Frauenverein in den Kolonien ist das deutsche Haus, und wertvoller als alle Diamanten und sonstigen Schätze wird dieses Kleinod zur Festigung unseres überseeischen Besitzes dienen.

Die militärische Sicherung der deutschen Kolonien.

Von Generalleutnant z. D. v. Keller-München.

II.

Die inneren Verteidigungskräfte der Kolonien.

1. Südwestafrika.

Die Sicherheit des Schutzgebietes ist zurzeit einer Schutztruppe und einer Polizeitruppe anvertraut. Erstere besteht aus 9 Kompagnien, 3 Batterien und 3 Maschinengewehrziügen, in der Gesamtstärke von rund 2000 Mann, von welchen das Groß: 6 Kompagnien, 2 Batterien und 2 Maschinengewehrziüge, im Südbezirk, der Rest im Nordbezirk die Besatzung bildet. Sie ist — abgesehen von einzelnen abgezweigten Offiziersposten — in ganzen Formationen auf 12, einschließlich der Offiziersposten auf 18 Standorte verteilt (nach dem Stande vom 1. April 1912, s. Skizze 1).

Die Polizeitruppe, 1910/11 bestehend aus 65 Wachtmeistern, 442 Sergeanten, 36 Polizisten, 450 eingeborenen Hilfsmannschaften, entbehrt der Gliederung in geschlossene Körper; sie ist in 6 Polizeibezirken auf 102 Stationen, 4 Depots und 1 Offiziersposten verteilt.

Die Schutztruppe hat, da sie sich aus freiwilligen (angeworbenen) ausgebildeten Mannschaften des Reichsheeres zusammensetzt, mit der Ausbildung des Ersatzes nicht mehr zu tun, als die Einweisung in die besonderen Landesverhältnisse erfordert. Außerdem obliegt ihr die Ausbildung der wenigen Wehrpflichtigen (1910/11 7 Einjährig-, 30 Zweijährig-Freiwillige) und Übungspflichtigen der weißen Kolonialbevölkerung. Ihre militärische Friedenstätigkeit besteht in der Hauptsache darin, sich durch fortgesetzte Übung auf kriegstüchtigem Stande zu erhalten und durch größere Patrouillenritte Aufsicht zu üben, sowie die Erschließung des Landes und die Landeskunde zu fördern. Bei friedlicher Gestaltung der Verhältnisse erschöpft diese Tätigkeit nicht das Leistungsvermögen der Truppe; aus diesem Grunde wird diese sowohl zu technischen Aufgaben (Eisenbahnbau, Telegraphen- und Wegebau) als auch zu Verwaltungsaufgaben (Instandhaltung von Wasserstellen, meteorologischer Dienst, Vermessung und Kartographie) herangezogen.

Der Dienst der Polizeitruppe zerfällt in den orts- und in den landespolizeilichen Dienst. In letzterem berühren ihre Patrouillenritte, die sich über das ganze Land verbreiten, sich mehrfach mit jenen der Schutztruppe.

Die augenblickliche — tatsächlich mehr polizeilich aussehende — Tätigkeit der Schutztruppe hat in der Budgetkommission des Reichstages 1912 zu eingehender Erörterung der Frage geführt, ob nicht im Hinblick auf die Tätigkeit der Polizeitruppe die Schutztruppe verringert werden könne. Zu einer Entschei-

ding ist es diesmal nicht gekommen; um so weniger erscheint es angemessen, an dieser Frage hier vorüberzugehen. Sie hat in der Tat eine große Bedeutung.

Vor allem kann eine Polizeitruppe — wenn sie rein eine solche sein soll — die Schutztruppe nie ersetzen, wenn diese eine militärische Macht darstellen soll. Die Polizeitruppe muß den Verwaltungsbehörden unterstellt sein, sie ist bei ihrer örtlichen Zerstreuung und dem Mangel an geschlossenen Verbänden gar nicht in der Lage, taktische Übungen zu betreiben und noch weniger im Kriegsfall eine größere Anzahl Wehrpflichtiger in sich aufzunehmen und ihnen festgefügte Rahmen zu bieten. Ein Anwachsen der weißen Bevölkerung im Verhältnis zur schwarzen, wirkt eher im Sinne einer relativen Verminderung der Polizeitruppe, dagegen treibt sie eher einer Verstärkung der Schutztruppe zu, wenn diese als Stamm für eine größere Anzahl der Wehrpflichtigen genügen soll. Ja, es ist denkbar, daß letztere Rücksicht zu einer Verstärkung der ständigen Schutztruppe über die im Frieden zur Sicherung des Landes nötige Mindeststärke führen wird. Sie wird eben dann in der Wehrkraft der Kolonie die Rolle spielen, wie im Mutterlande die aktive Armee.

Wenn eine Vereinheitlichung stattfinden soll, so könnte eher die Polizeitruppe in der Schutztruppe aufgehen, als umgekehrt. Sie muß es sogar im Kriege in den davon berührten Landesteilen. Wenn die Verteidigung der Ordnung und Sicherheit auf die Schutztruppe übergeht, können nur die militärischen Gesichtspunkte Geltung haben. Die Schutztruppe ist jederzeit in der Lage, die Aufgaben der Landespolizei zu übernehmen, mit deren Tätigkeit die ihrige schon jetzt sich vielfach berührt. Die Organe der Ortspolizei können ebenso gut — in vieler Hinsicht sogar vorteilhafter — aus der Schutztruppe des Bezirkes abgegeben werden. Sie könnten besser ausgewählt, in einem gewissen Kontakt mit dem militärischen Wesen der Truppe erhalten, von dieser nach Bedarf verstärkt oder eingezogen werden. Die Stärke der Schutztruppe und die Zahl ihrer Verbände könnte ohne Mehrkosten vermehrt und dadurch der Landesverteidigung ein festerer Halt gegeben, im Frieden aber deren Ueberschuß für Polizeizwecke nutzbar gemacht werden.

In dieser Weise könnte, wenn in Südwestafrika Polizeitruppe und Schutztruppe verschmolzen würden, letztere auf 12 Kompagnien, 4 Batterien und 4 Maschinengewehrzüge gebracht werden. Um daraus den Polizeibedarf in der bisherigen Stärke zu erhalten, würde die Kompagnie oder Batterie von ihrer Stärke von zirka 160 Mann durchschnittlich 40 Mann zum Polizeidienste abzugeben haben, voraussichtlich aber erheblich weniger, da der Patrouillendienst, einheitlich geleitet, weniger Kräfte erfordert.

Ob man dann diese vereinheitlichte Truppe Schutztruppe nennen will oder Polizeitruppe, ist völlig gleichgültig.

Soweit die Frage der Organisation. Will aber die besondere Polizeitruppe nicht aufgegeben werden, so wäre es ein gefährlicher Irrtum zu glauben, daß damit die Schutztruppe jemals unter ihren jetzigen Stand gebracht

werden dürfe. Mag die eingeborene Bevölkerung durch die Niederwerfung des Aufstandes noch so eingeschüchtert angesehen werden — schon das jetzige Zahlenverhältnis von 80 000 Farbigen zu 13 000 Weißen, läßt eine Schutztruppe von 2000 Mann in einem Lande von der $1\frac{1}{2}$ fachen Größe des deutschen Reiches eher zu gering, als zu groß erscheinen. Dieses Zahlenverhältnis wird sich bei geordneten Verhältnissen fortgesetzt zu ungunsten der Weißen verschieben, da der Zuwachs an letzterem die — im wirtschaftlichen Interesse geradezu erwünschte — Vermehrung der farbigen Bevölkerung nicht erreichen wird.

Die Schutztruppe für Deutsch-Südwestafrika bildet aber nicht mehr, wie zur Zeit ihrer Errichtung und noch geraume Zeit nachher, die bewaffnete Macht des Gebietes. Die weiße Bevölkerung hat, insbesondere seit dem Aufstande, derart zugenommen, daß die Zahl der wehrfähigen deutschen Männer, welche der Schutztruppe nicht angehören, 1911 mehr als das Doppelte der Stärke der letzteren betrug. Es ist klar, daß, wenn man sich umsieht, welche militärische Kraft die Kolonie in sich selber trage, dieser Zuwachs nicht außer Betracht bleiben kann. Es fragt sich nur, in welcher Weise er nutzbar zu machen sein wird.

Es ist selbstverständlich, daß die hierauf abzielende Wehrverfassung auf dem Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaut sein muß. Es liegt ferner nahe, auch weiterhin sie den heimischen Normen anzupassen. Allein dabei sind die besonderen Verhältnisse des Schutzgebietes sorgfältig zu berücksichtigen. Dadurch ergeben sich sehr erhebliche Abweichungen von den heimatischen Auffassungen.

Schon in der Frage der zeitlichen Begrenzung der Wehrpflicht ist dies der Fall. Das heimatliche Wehrgesetz hat damit zu rechnen, daß auch bei vollständiger Mobilmachung, welche hier die Regel bildet, eine erhebliche Anzahl von Jahresklassen nicht erfasst wird, sondern für die noch weiter in Gang zu haltende bürgerliche Tätigkeit verfügbar bleibt. Bei einem Aufstande wird im Aufstandsgebiete, bei einem Angriffe auf die Kolonie in deren ganzen Umfange eine weit größere verhältnismäßige Machtentfaltung nötig, die bürgerliche Tätigkeit sehr verringert sein. Speziell auf dem eigentlichen Kriegsschauplatz — ebenso wie bei Aufständen, welche nur einen Teil der Kolonie erfassen, in diesem Teil — hört die bürgerliche Tätigkeit fast ganz auf. Ihre Interessen treten völlig zurück hinter dem, Leben und Besitz zu wahren. Man wird also zum Grundsatz machen dürfen, daß alle männlichen Ansiedler vom 17. bis 60. Lebensjahre im Rahmen ihrer Tauglichkeit wehrpflichtig sind. Für die zur mobilen Verwendung weniger oder nicht Geeigneten bleiben bei den Trains, in den Lazaretten und im Besatzungs- und Polizeidienste Aufgaben, in welchen sie genügen und andere Kräfte freimachen können.

Es wäre außerdem naheliegend, in solchem Falle auch die Ausländer von der Wehrtätigkeit nicht auszunehmen. Dafür, daß sie im Gefährdungsfall von der Kolonie Schutz in Anspruch nehmen, selbst aber sich nicht daran be-

teiligen, sind sie zurzeit zu zahlreich. Sie betrugen 1912 unter der gesamten weißen Bevölkerung $\frac{1}{3}$ (2800 von 15 000), sie bildeten von der erwachsenen männlichen, der Schutztruppe nicht angehörigen (also der eigentlich wehrpflichtigen) weißen Bevölkerung nahezu $\frac{1}{4}$ (1500 von 6900); das bedeutet im Kriegsfalle nicht bloß einen Entgang an Wehrkraft, sondern auch eine Belastung und unter Umständen eine Gefahr. Wenn das geltende Recht die Auferlegung der Wehrpflicht an diese Ausländer nicht zuläßt, so muß es ergänzt werden. Ihnen den Erwerb der Reichsangehörigkeit nach gewisser kurzer Aufenthaltssfrist zur Pflicht zu machen, dürfte anderer Unzukömmlichkeiten wegen nicht am Platze, dagegen die Anteilnahme der Ausländer an der Landesverteidigung einerseits, ihre Ausweisung anderseits auf dem Wege einer kaiserlichen Verordnung betreffend den Kriegszustand zu regeln sein.

Die Gesamtheit der Wehrpflichtigen ist in Aufgebote zu gliedern, etwa derart, daß jedes etwa ein Drittel der Wehrpflichtigen umfaßt: das erste der aktiven Armee und Reserve, das zweite der Landwehr 1. und 2. Aufgebots entsprechend, beide nur felddienstfähige Mannschaften enthaltend. Das dritte Aufgebot würde etwa dem Landsturm entsprechen und alle nur Befähigungsdienstfähigen enthalten.

Bei der Frage der Erfüllung der Wehrpflicht im Frieden muß man sich gegenwärtig halten, daß der öffentlich-rechtliche Anspruch auf militärische Dienstleistung in der Kolonie keineswegs in dem Maße erhoben werden kann wie im Heimatlande. Der Ansiedler ist dort weder für sich imstande, lange Zeit seinem Geschäfte fernzubleiben, noch kann seine Tätigkeit überhaupt im wirtschaftlichen Emporstreben der Kolonie leicht entbehrt werden. Eine Dienstpflicht von der Ausdehnung der heimatischen würde nicht allein den Pflichtigen belasten, sondern auch die Entwicklung der Kolonie schädigen, indem sie von der Einwanderung abschreckt und den wirtschaftlichen Fortschritt des Landes hemmt. Darum hat auch das Mutterland in jedem Ansiedler — sei er Landwirt, Viehzüchter, Kaufmann oder Gewerbetreibender, — ein Wertobjekt der Kolonie zu erblicken, dessen Leistungsminderung tunlichst zu vermeiden sei. Dem öffentlichen Anspruch auf militärische Dienstleistung stellt sich nicht bloß das Privatinteresse des Pflichtigen, sondern das öffentliche Interesse von Kolonie und Heimat gegenüber.

Einschränkungen aus Gründen ähnlicher Art hat in reichem Maße schon das alte Kantonsystem aufgestellt, und in gewissem Umfange auch der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht erfahren. Sie alle beruhen auf der Anerkennung, daß gewisse Personen und Stände in ihrer bürgerlichen Berufstätigkeit für das Gesamtwohl von höherem Werte seien, wie in der Ableistung des militärischen Dienstes. Die Regelung der Dienstpflicht in der Kolonie soll nicht nur, sondern kann auch unbedenklich ihre eigenen Wege gehen. Die einfache Uebertragung der heimischen Grundsätze für die Ableistung der Wehrpflicht, wie sie durch die kaiserliche Verordnung vom 5. Dezember 1902 erfolgte, ist praktisch undurchführbar; kein Ansiedler würde es wirtschaftlich er-

tragen können, ein Jahr, geschweige denn zwei Jahre seinem Berufe durch Dienst in der Schutztruppe entzogen zu sein! Augenblicklich ist die Frage weniger brennend, so lange die Vermehrung der Bevölkerung vorwiegend im Wege der Einwanderung Erwachsener, die zumeist ihrer Dienstpflicht bereits genügt haben, erfolgt, sie wird es aber in dem Maße, als der Zuwachs aus den im Lande Geborenen kommt.



Das Minimum an Ausbildungszeit ergibt sich aus den besonderen Ausbildungs- und Verwendungsverhältnissen der Schutztruppe. Die Ausbildung im Kampagnieverbande bildet hier die oberste Grenze. Das Schergewicht liegt in der Ausbildung des einzelnen Mannes im Reiten, Schießen, Felddienst und in seiner Disziplinierung. Erwägt man, daß Reiten und Schießen bei den meisten schon zu den Attributen des Ansiedlerlebens zählen, so kann für die in solcher Weise bereits Vorgebildeten die nötige

Ausbildung in den drei Monaten erledigt werden; für alle aber, auch die völlig Unausgebildeten, werden sechs Monate genügen. Es kann also die Rekrutenausbildung in einen Teil des Jahres, in welchem die Leute wirtschaftlich leichter abkömmlich sind verlegt und außerdem für jene Leute, die des Reitens völlig kundig sind oder Schützenvereinen angehören, welche ihre Mitglieder nach staatlich festgesetzten Normen zu regelmäßigen Schießübungen anhalten, entsprechend abgefürzt werden. Der ersten Ausbildungszeit müssen innerhalb des ersten und zweiten

Aufgebots alle 2 bis 4 Jahre Übungen von 14 tägiger Dauer folgen. Im dritten Aufgebot soll die Angehörigkeit zu einem Schützenverein genügen.

Die Wehrkraft der Kolonie gewinnt auf die Weise allerdings ein etwas milizartiges Ansehen; aber abgesehen davon, daß die Kürze der Ausbildungszeit eben eine unerläßliche Voraussetzung sowohl der wirtschaftlichen Prosperität der Kolonie als auch der weitest möglichen Ausdehnung der Wehrpflicht ist, so wird sie zum Teil schon aufgewogen durch die stählenden Einflüsse und Beschäftigungen des Ansiedlerlebens. Zum größten Teile findet sie ihren Ausgleich in der Anlehnung an eine stehende, festgefügte, wohlausgebildete, wohldisziplinierte Schutztruppe. Die Erhaltung einer solchen bildet wieder eine unerläßliche Voraussetzung für die Schaffung einer möglichst starken und möglichst billigen Selbstverteidigung der Kolonie.

Daraus ergeben sich die Beziehungen zwischen Schutztruppe und Kolonialmiliz. Die Mobilmachung der ersteren verbindet sich mit der Einziehung des 1. Aufgebots, welches in die aktiven Kompagnien der Schutztruppe eingestellt wird. Die Kompagnien gewinnen dadurch eine Stärke, die es ermöglicht, ihre Zahl annähernd zu verdoppeln.

Beim Ausmarsch der Schutztruppe (einschließlich des 1. Aufgebots) treten an deren Stelle sofort die aus dem 2. Aufgebot neugebildeten Kompagnien: ein Teil davon dient zur Bildung der Munitions-, Proviantkolonnen und sonstigen Trains; ein Teil übernimmt den Etappendienst und die Bewachung der von der Schutztruppe verlassenen, vom Kriegsschauplatz weiter entfernten Bezirke. Das 3. Aufgebot ist bestimmt, die Besatzung der Stationen zu bilden und die Eisenbahnen zu sichern und zu betreiben.

Diesen Grundlinien für die Verwendung der Kolonialmiliz muß eine dezentralisierte, territoriale Gliederung entsprechen, deren Grundlage die Einteilung in Verwaltungsbezirke (Bezirks- und Distriktsämter) zu bilden haben wird. Die in den Bezirken dislozierten Kompagnien und Batterien ziehen die Dienstpflichtigen ihres Bezirkes zum aktiven Dienst und zu den späteren Übungen ein, üben auch die Kontrolle aus und überwachen den Übungsbetrieb und Erfolg der Schützenvereine. Sie treten damit in ein naheß Verhältnis zur Bevölkerung.

Von großer Bedeutung ist die Anlage und die Ausstattung der Stationen. Diese müssen nicht nur in Friedenszeiten die Unterkunfts- und Vorratsräume für die Schutztruppe, sondern auch in Kriegszeiten feste, verteidigungsfähige Stützpunkte sein, gleichzeitig Zufluchtsorte für die nicht kämpfende Bevölkerung und ihren Besitz. Sie müssen außerdem die Magazine zur Versorgung der Truppen mit Lebensmitteln, Bekleidung und Ausrüstung, Waffen und Munition, Arzneien und Verbandzeug usw. enthalten sowie Reparaturwerkstätten.

Der Bedarf an Pferden für die Schutztruppe und ihre Kriegsverstärkung kann zahlenmäßig knapp aus dem Lande aufgebracht werden (der Stand an Pferden im Besitz Weißer ausschließlich Hengste (790) und Fohlen betrug 1911 etwas über 8000 Stück), nicht aber jener für Trains und Kolonnen, die auf

Ochsengepanne angewiesen sein werden. Die numerische und insbesondere die qualitative Hebung des Pferdestandes muß als eine wichtige Voraussetzung für die Selbstverteidigung der Kolonie betrachtet werden. Zwei Kompagnien sind zurzeit mit Kamelen beritten; der Stand der Kolonie an Kamelen (672 ohne Fohlen) genügt für sie, kaum aber für ihre Verdopplung im Mobilmachungsfall.

Noch bleibt die Frage, inwieweit das eingeborene Element zur Wehrkraft der Kolonie beigezogen werden soll. Nach Möglichkeit muß es nutzbar gemacht, in keinem Falle darf es mit den weißen Wehrpflichtigen auf eine Stufe gestellt und vermengt werden. Stämme, auf deren Treue mit Sicherheit gebaut werden kann, wie z. B. die Bastards von Rehobot, können in besondere Verbände unter ihren eigenen Führern formiert werden. Den Schutztruppenkompagnien können kleine Trupps von Eingeborenen als Diener und Späher beigegeben werden. Sonst können Eingeborene bei den Kolonnen und Trains als Fahrer bzw. Ochsentreiber Verwendung finden.

Eine Organisation dieser Art würde es zurzeit ermöglichen, unter Einbeziehung der Polizeitruppe, aber ungerechnet eingezogener Fremder und Eingeborener, eine Streitmacht von ungefähr 5000—6000 Mann Feld- und 2000 bis 3000 Mann Besatzungstruppen aufzubieten; erstere würden in 24 Kompagnien, 4 Batterien und 4 Maschinengewehrjügen 4200 Mann fechtender Truppen, 1500 Mann in den Kolonnen und Trains enthalten. Das ist ja nicht viel, es ist aber zu bedenken, daß die Wegsamkeit, die Wasser- und Weideverhältnisse die Verwendung größerer Truppenkörper ausschließen und die Kriegführung auf die Formen des Kleinkrieges verweisen. Ueberdies wird von Jahr zu Jahr die Zahl der Ergänzungsmannschaften steigen.

Zieht man jenen allerschwierigsten Fall in Betracht, daß nämlich ein Angriff auf Südwestafrika erfolge, bei welchem Deutschland der Seeweg versperrt sein würde, so ist zu bedenken, daß alle Organisation, alle Bereithaltung von Kriegsmaterial, alle Begeisterung fruchtlos ist, wenn es der Kolonie nicht gelingt, ihren Bedarf an Nahrungsmitteln selbst zu erzeugen. An Fleisch wird dies — quantitativ — gelingen; es wird auch möglich sein, in den Stationen größere Herden zu vereinigen. Aber Seuchen, deren Eintreten in der Regel größere Herdenansammlungen begleiten, können diese völlig illusorisch machen, wenn nicht Einrichtungen bestehen, die großen Viehbestände in Form von Konserven nutzbar zu machen. Eine solche Konservenfabrik könnte im Kriegsfalle kaum erst errichtet werden. Sie ist aber für die handelsmäßige Verwertung der südwestafrikanischen Viehbestände und insbesondere für deren Nuzbarmachung für die mutterländische Fleischversorgung von solcher Bedeutung, daß ihre Einrichtung über kurz oder lang kommen muß.

Weit bedenklicher steht es um die Versorgung mit Brot- und Futtergetreide. Bisher bezieht die Kolonie ihren Bedarf fast ausschließlich durch Import. Es sind zwar Ansätze zur Ackerbauwirtschaft gemacht, aber bis jetzt sind sie nicht ausgiebig. Wie weit die Selbstversorgung — überhaupt erst in ferner Zeit —

wird erzielt werden können, läßt sich nicht sagen; erstrebenswert wird sie durch ihre nicht nur militärische, sondern auch wirtschaftliche Bedeutung. Bis zu ihrer Erreichung kann nur in der Bereithaltung genügender Vorräte im Lande ein Ausweg gefunden werden; sie bildet einen unerläßlichen Bestandteil voller Verteidigungsbereitschaft.

Das gleiche gilt hinsichtlich der Bereithaltung von Brennmateriale.

Schafzucht und Wollproduktion in Südwest- und Ostafrika.

Von Professor Dr. G o l f.

Deutschlands wichtigsten Einfuhrartikel bildet die Baumwolle, denn die Einfuhr an Rohbaumwolle abzüglich der Wiederausfuhr belief sich im Jahre 1910 auf 498 984 000 M. An zweiter Stelle hinsichtlich des Einfuhrwertes folgt die Wolle mit einer Mehreinfuhr von 373 724 000 M. Die heimische Wollproduktion ist seit Ende der 1860er Jahre ganz erheblich zurückgegangen und deckt heute nur noch etwa 6 Prozent des Wollbedarfes unserer Industrie. Aber daraus ist der Landwirtschaft kein Vorwurf zu machen. Denn nachdem die überseeischen Wollen als gefährliche Konkurrenten auf dem Markte erschienen waren und mit der Einführung des Maschinenbetriebes in der Textilindustrie die Verarbeitung von Baumwolle einen erheblichen Aufschwung genommen hatte, sanken die Wollpreise außerordentlich. Gleichzeitig wurden mit der zunehmenden Intensivergestaltung des Wirtschaftsbetriebes die Daseinsbedingungen der Herden immer ungünstiger, die Brach- und Oedländer und Hutungen verschwanden von den besseren Böden, und das Schaf wurde mehr und mehr auf die ärmeren Sandböden zurückgedrängt. Mit Recht machen sich zwar seit einigen Jahren Bestrebungen geltend, den deutschen Schafbestand wieder zu vermehren, weil unter manchen wirtschaftlichen Verhältnissen das Schaf von keiner anderen Tiergattung ersetzt werden kann. Aber dabei wird doch in erster Linie die Fleischerzeugung beabsichtigt, die Wolle dagegen nur als erwünschtes Nebenprodukt angesehen; und wenn diesen Bestrebungen Erfolg beschieden sein soll, so ist auch darauf hinzuwirken, daß unsere städtische Bevölkerung sich wieder mehr an den Genuß von Hammelfleisch gewöhnt, so wie es bei den Engländern, Franzosen und Amerikanern der Fall ist.

Die einstige hohe Blüte der deutschen Wollschafzucht aber ist für immer dahin, und andere Betriebszweige sind an ihre Stelle getreten. Somit ist Deutschland darauf angewiesen, seinen Bedarf an Wolle zum größten Teile aus dem Auslande zu decken. Soll das nun in Zukunft immer so bleiben? Nein, denn wir haben ja unsere Kolonien! Etwa 85 Prozent der von Deutschland eingeführten Wolle werden von außereuropäischen Ländern geliefert, in erster Linie von Australien, Argentinien, Britisch-Südafrika, also von Ländern, die ungefähr auf derselben geographischen Breite liegen wie Deutsch-Südwestafrika, und die annähernd gleiche klimatische Verhältnisse besitzen.

Was diese Länder leisten, werden wir in Südwestafrika auch zu leisten imstande sein. Wir sehen ferner die ermutigenden Anfänge einer aufblühenden Wollschafzucht auf der Hochlandssteppe von Britisch-Ostafrika — ein Ansporn für uns, das gleiche auch in unserer ostafrikanischen Kolonie zu versuchen!

Die übrigen deutschen Kolonien kommen für die Wollproduktion wohl kaum jemals in Betracht, mit Ausnahme einiger hochgelegener Steppenlandschaften von Kamerun. Aber sie sind auch gar nicht nötig, da Südwest- und Ostafrika nach meiner Ueberzeugung leicht imstande sein würden, den Bedarf Deutschlands an Wolle vollständig zu decken. Da ich glaube, daß in jeder der beiden Kolonien die Entwicklung der Wollschafzucht ihren besonderen Weg gehen wird, erweist sich schon aus diesem Grunde eine gesonderte Beiprechung als notwendig.

Die bisherige Entwicklung und die Aussichten der Schafzucht und Wollproduktion in Südwestafrika.

Trotz aller Warnungen vor der drohenden Ueberproduktion haben sich die Farmer in ganz überwiegendem Maße der Fleischviehzucht zugewandt. Das ist durchaus begreiflich, weil die hierbei in Betracht kommenden Rinder-, Fettschwanzschaf- und Ziegenrassen für die Haltung auf der südwestafrikanischen Steppe am geeignetsten sind, weil von ihnen Zuchttiere am leichtesten und billigsten zu beschaffen waren, und weil sie am schnellsten eine nennenswerte Einnahme erwarten ließen.

Nun ist aber der Inlandsmarkt für Fleischvieh schon jetzt nahezu erschöpft, und da auch für die Ausfuhr lebenden Viehs die Aussichten nicht günstig sind, weil in dem hierfür fast allein in Frage kommenden Britisch-Südafrika die eigene Produktion an Fleisch seit dem Burenkriege einen bedeutenden Aufschwung genommen hat, ist im Interesse der südwestafrikanischen Rindviehzucht dringend zu wünschen, daß die von der Deutschen Farmgesellschaft geplante Fleischkonservenfabrik recht bald in Tätigkeit tritt. Freilich müssen dazu die Viehpreise noch weiter heruntergehen, aber auch wenn noch mit einigen schwierigen Uebergangsjahren zu rechnen sein wird, so besteht doch für die Rindviehzüchter im Damaraland mit seinen gerade für Rinder vorzüglich geeigneten Weiden für die Zukunft die sichere Aussicht auf lohnende Verwertung ihres Viehs.

Dagegen liegt bei Fettschwanzschaf und Ziege in manchen Bezirken schon seit zwei Jahren eine starke Ueberproduktion vor, ihre Zahl hat sich innerhalb vier Jahren fast vervierfacht. Da es mehr als fraglich ist, ob die Ausfuhr der geschlachteten Tiere in gefrorenem Zustande in absehbarer Zeit zur Durchführung gebracht werden kann, müssen Fettschwanzschaf und Fleischziege nach Möglichkeit auf solche Weiden zurückgedrängt werden, welche sich anders nicht ausnutzen lassen; im übrigen aber sind sie durch solche Tierarten zu ersetzen, deren Erzeugnisse sich leicht ausführen lassen und auf dem

Weltmärkte dauernd guten Absatz finden, nämlich durch das Wollschaf, und daneben Karakulschaf, Angoraziege und Strauß. Von der Zucht einer jeden der vier Tierarten sind in der Kolonie bereits günstige Anfänge vorhanden, denn die amtliche Statistik gibt für den 1. April 1911 an: Wollschafe 32 209, Angoraziegen 10 257, Karakulschafe 427, Strauße 642.

Die Wollschafzucht ist dazu berufen, für mindestens die Hälfte von der Gesamtfläche Südwestafrikas der wichtigste Betriebszweig der Landwirtschaft zu werden. Das betrifft zunächst den ganzen Süden der Kolonie, alles Land südlich einer etwa von Rehoboth direkt nach Osten verlaufenden Linie. Dazu kommt ferner von der nördlichen Hälfte der Kolonie der westliche trockenere Teil, östlich begrenzt durch eine Linie, welche etwa von Rehoboth über Windhuk, Karibib, Omaruru, Franzfontein bis zum Kunene verläuft. In den übrigen Teilen der Kolonie wird auch in Zukunft die Rindviehzucht der Wollschafzucht an Bedeutung überlegen sein, zumal im dornbuschreichen Damaralande, weil hier das Bliß der Tiere auf der Weide von den Dornen arg zerrissen werden würde. Auf dornenfreiem Gelände kann jedoch auch hier das Wollschaf sehr wohl gehalten werden, wie die Erfahrung bereits zeigt, und noch günstiger liegen die Verhältnisse im Bezirk Grootfontein.

Das anscheinende Fehlen stark salzhaltiger Pflanzen, die man unter dem Namen Brachbusch zusammenfaßt, wird von mancher fachverständigen Seite als Hindernis für das Gedeihen des Wollschafes im Norden der Kolonie angesehen, nach meinem Dafürhalten nicht mit Recht, da das Wollschaf zu seinem Wohlbefinden weniger Salz benötigt als das südafrikanische Fettschwanzschaf, und da man das Salzbedürfnis der Tiere leicht auf andere Weise befriedigen kann.

Die Anfänge der südwestafrikanischen Wollschafzucht reichen bis zum Jahre 1891 zurück, in welchem der bekannte Farmer Hermann mit Unterstützung der Kolonialgesellschaft für Südwestafrika 2000 Wollschafe aus der Kapkolonie einfuhrte. Seine Herde in Kubub wurde allerdings schon 1893 durch den Witboikrieg wieder vernichtet. Hermann begann 1897 in Komtjäs von neuem, seinem Beispiele folgten bald andere Farmer der Bezirke Gibeon und Maltahöhe, so besonders die Südwestafrikanische Schäfergesellschaft in Orab; aber im letzten großen Aufstande ging wiederum alles zugrunde. So betäubend das ist und so schwere Opfer an Gut und Blut der südwestafrikanische Krieg gefordert hat, so ist doch erst durch ihn ein allgemeines, das ganze Volk umfassendes Interesse für die Kolonien in Deutschland erweckt, er ist zu einem bedeutungsvollen Wendepunkte in der Kolonialgeschichte unseres Volkes geworden und hat unsere Kolonialwirtschaft in frische Bahnen gelenkt, in denen sie uns zu den erstrebten Erfolgen führen wird.

So ist denn nach Beendigung des Aufstandes auch gerade die Wollschafzucht mit frischem Eifer wieder in Angriff genommen worden, sowohl von den Farmern als auch von einigen großen Gesellschaften, mit dem beachtenswerten Erfolge, daß im Jahre 1910 die Ausfuhr an Wolle 84 627 Kilogramm

im Werte von 76 329 M betrug und die Zahl der Wollschafe am 1. April 1911 die 32 000 überschritten hatte. Davon entfällt fast die Hälfte auf die Bezirke Sibeon und Maltahöhe, ihnen schließen sich an Windhuk, Rehoboth und Keetmanshoop, während die anderen Bezirke erst im weiten Abstände folgen. Diese Art der Verteilung ist keine zufällige, vielmehr werden die genannten Bezirke und insbesondere Sibeon und Maltahöhe wohl dauernd die Führung in der Wollschafzucht behalten, weil Dornsträucher und Kletten fehlen, die die Wolle minderwertig machen, und weil hier die Weide in der Vereinigung von zarten weichen Gräsern mit blätterreichen Futterbüschen ein ganz vorzügliches Futter für die Schafe und Ziegen bietet. Nebenbei sei bemerkt, daß unsere Kenntnisse der südwestafrikanischen Weidepflanzen und ihres Futterwertes leider noch recht dürftig sind, wenngleich die im vorigen Jahre veröffentlichten verdienstvollen „Untersuchungen über die Weideverhältnisse in Deutsch-Südwestafrika“ von Dr. Heering und Dr. Grimme uns darin schon einen ganz wesentlichen Schritt vorwärts gebracht haben.

Die Anfänge der Wollschafzucht sind also befriedigend; auf ihre gedeihliche Weiterentwicklung kann aber nur dann gerechnet werden, wenn folgende Punkte strenge Beachtung finden: 1. Auswahl des geeignetsten Zuchtschafes, 2. rationelle Haltung der Tiere, 3. Produktion einer marktfähigen, möglichst hochwertigen Wolle! Die letztere vermag nur das Merinoschaf zu liefern, und da aus allen Erdteilen und auch aus Südwest selbst schon hinlänglich Erfahrungen vorliegen, daß das Merino in subtropischen und selbst tropischen Steppeländern nicht nur gehalten werden kann, sondern dort auch eine feine und reichliche Wolle produziert, so kommen wir hinsichtlich des ersten Punktes, Auswahl des geeignetsten Zuchtschafes, zu der Entscheidung, daß die Wollschafzucht in Südwestafrika direkt auf dem Merino aufgebaut werden kann und muß, um so mehr, als in dem Wollschafe des Nachbarlandes, im Kapmerino, gutes Zuchtmaterial im ausreichenden Maße zur Verfügung steht.

Freilich legt der riesige Bestand des Landes an Fettschwanzschafen, die oft kaum noch abzusehen sind, den Gedanken und den Wunsch nahe, diese Tiere durch fortgesetzte Anpaarung mit Merinoböcken allmählich in Wollschafe umzuwandeln. Es muß auch zugegeben werden, daß dieses Verfahren unter zielbewußter züchterischer Leitung brauchbare Ergebnisse zeitigen wird; denn es liegen hinreichend Erfahrungen vor, daß die Wolle des Fettschwanzschafes schon nach drei- bis viermaliger Kreuzung mit Merinoböcken, also die Wolle $\frac{7}{8}$ - und $\frac{15}{16}$ -blütiger Tiere, einen befriedigenden Preis erzielt, so daß die Zucht sich bei weiterer Anpaarung rentiert. Darum mögen mit beschränkten Mitteln arbeitende Farmer so verfahren und ihre Fettschwanzherde mit Merinos aufkreuzen, aber den genügend kapitalkräftigen Farmer und gar die Gesellschaften dürfte in Südwestafrika nur ein Mangel an Zuchtmaterial veranlassen, so zu handeln, und ein solcher Mangel existiert nicht, denn das Kapmerino ist den

dortigen Klima-, Boden- und Weideverhältnissen angepasst und ist leicht und relativ billig zu beschaffen.

Das im Kaplande gezüchtete Merino verdankt ja auch seine Entstehung der Paarung von Fettschwanzschafen mit Merinoböcken, indem man auf die weibliche Nachzucht immer wieder reinblütige Merinos verwandte. Deshalb schlägt der vom Kapmerino ausgehende Züchter im Grunde genommen denselben Weg ein, wie derjenige Farmer, der seine Herde von unten an auf dem Fettschwanzschaf aufbaut. Aber wenn wir eine Mutterherde Kapmerinos nehmen und sie mit deutschen oder australischen Böcken kreuzen, so beginnen wir doch gleich in einem um fünf, zehn oder noch mehr Generationen fortgeschrittenen Stadium der Kreuzung und sind somit dem mit Fettschwanzmüttern beginnenden Wollschafzüchter um zehn bis zwanzig Jahre voraus.

Es ist auch wohl zu bedenken, daß es durchaus nicht gleichgültig ist, in welcher Qualität die südwestafrikanische Wolle bei ihrem Erscheinen auf dem Weltmarkte auftritt.

Gerät sie gleich von Anfang an in den Ruf der Minderwertigkeit, so wird sie sich für lange Jahre auf schlechten Absatz und niedrige Preise gefaßt machen müssen, auch wenn die Qualität inzwischen dann bereits eine wesentlich bessere geworden ist, und die guten Herden werden unter dem schlechten Rufe der Landeszucht mitzuleiden haben.

Deshalb hat zur Grundlage für die Landeswollschafzucht in Südwestafrika das Kapmerino zu dienen. Die Kapwolle steht jedoch der australischen und argentinischen Wolle erheblich im Werte nach, daher arbeitet man im Kaplande selbst energisch an der Verbesserung durch Verwendung deutscher, nordamerikanischer und jetzt besonders australischer Böcke; und auch dem südwestafrikanischen Züchter erwächst die Aufgabe, die Wollqualität seiner Herde durch Einführung edler Böcke zu verbessern. Von größter Bedeutung ist es, daß dabei gleichmäßig und einheitlich vorgegangen wird, damit nicht jeder einzelne Farmer seine besondere Wollmarke erzeugt, sondern die Wolle ein möglichst gleichmäßig beschaffenes hochwertiges Landesprodukt darstellt.

Welche der edlen Merinorassen ist nun die geeignetste für Südwestafrika, zunächst zur Veredlung des Kapmerino, dann aber auch zur Reinzucht?

Es entspringt nun nicht aus unserem Nationalgefühl, daß wir da in erster Linie an die deutschen Merinos denken, sondern wir dürfen auch mit Recht hervorheben, daß die feinste und ausgeglichenste Wolle noch immer von deutschen Herden geliefert wird; und ferner haben ja alle überseeischen Länder, in denen die Wollschafzucht zu höherer Blüte gelangt ist, ihre Zucht wesentlich mit auf deutschem Wollmaterial aufgebaut, so vor allem Australien. Wir unterscheiden in Deutschland drei Wollschafgruppen: 1. das Tuchwollschaf, 2. das Stoffwollschaf, 3. das Rammwollschaf oder Rambouillet.

Von ihnen ist dasjenige für Südwestafrika am geeignetsten, welches sich den veränderten klimatischen und Ernährungsverhältnissen am leichtesten anzupassen vermag. In Südwestafrika zeigen selbst die besten Weiden einen sehr

lückenhaften Bestand, die Tiere müssen täglich große Strecken durchlaufen, um sich satt zu fressen, auch ist der Weg zur Wasserstelle häufig recht weit. Darum brauchen wir ein anspruchsloses, bewegliches Tier, welches ohne Beifütterung auskommt und große Anstrengungen zu ertragen imstande ist.

Solche Tiere sind nicht die Rambouilletz oder Rammwollschafe mit ihrem großen massigen Körper, die sowohl auf Wolle als auch auf Fleisch gezüchtet sind und schon unter deutschen Verhältnissen ausgesuchte Weide und besondere Beifütterung verlangen; wohl aber finden wir solche Tiere in den Tuchwolllieferanten, den kleinen, edlen Elektoralz und Negrettis.

Die Stoffwolle liefernden Herden nehmen eine Mittelstellung ein. Sie sind bekanntlich aus den Negrettis durch planmäßige Kreuzung mit französischen Rammwollböcken mit schweißärmerer Wolle hervorgegangen; sie besitzen einen großen Körper, bei dem die zahlreichen Hautfalten der Negrettis bis auf wenige am Halse wieder verschwunden sind, und eine lange milde Wolle mit langbogiger Kräuselung. Hinsichtlich der Ernährung und Haltung sind sie anspruchsvoller als die Tuchwollschafe, sie würden aber wohl in Südwestafrika in Gegenden mit günstigerer Weidebeschaffenheit ebenfalls befriedigen, zumal da es sich für den Anfang ja im wesentlichen nur um Kreuzungstiere handelt und mit der fortschreitenden Annäherung der Herden an Reinblütigkeit auch die Wassererschließung auf den Farmen und der Futterbau auf dem Acker zwecks Futterergewinnung für Trockenzeiten und Notjahre Fortschritte machen wird.

Der Vorzug der größeren und besseren Fleischerzeugung durch die Rambouilletz fällt für Südwestafrika nicht wesentlich ins Gewicht, da hier ohnehin eine Fleischüberproduktion vorliegt; es kommt lediglich auf einen möglichst hohen Gewinn aus der Wolle an.

Wenn von mancher Seite gegen die Einführung deutscher Merinos und zugunsten derjenigen australischer Wollschafe betont wird, daß die deutschen im Gegensatz zu letzteren in Südwestafrika unter ganz abweichende Verhältnisse versetzt werden, so ist zwar zuzugeben, daß die eingeführten Tiere erst eine Akklimatisierungsperiode zu überstehen haben, die ihnen der verständnisvolle Züchter aber sehr erleichtern kann. Auch handelt es sich doch in der Regel nur um Böcke, denen man ohnehin eine besondere Wartung und Ernährung angedeihen läßt. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß deutsche Stammchäseereien, welche mit südwestafrikanischen Schafzuchtunternehmungen in Verbindung stehen, in der Kolonie selbst reinblütige Mutterherden stationiert haben und somit die künftigen Zuchtböcke im Lande geboren werden und aufwachsen.

Die Einführung ganzer Herden aus Deutschland stößt allerdings auf erhebliche Akklimatisierungsschwierigkeiten, und wenn ein kapitalkräftiges Unternehmen nicht vom Kapmerino, sondern von einem Merino mit besserer Wollqualität ausgehen will, so ist dem der Import australischer Schafe durchaus anzuraten, nicht nur deshalb, weil das Australmerino sich in Südwestafrika

schnell akklimatisieren wird, sondern auch, weil man in Australien größere ausgeglichene Herden von mehreren 1000 Stück viel leichter aufkaufen kann als in Deutschland, und auch wesentlich billiger, weil in Australien gerade jetzt die Schafzucht vielfach zugunsten der durch künstliche Bewässerungsanlagen möglich gewordenen Rindviehzucht und Butterproduktion aufgegeben wird. Die australischen Schafe liefern eine gute und reichliche Wolle von gleichmäßiger Feinheit und Länge, die auf dem Londoner Markte sehr hoch bewertet wird; auch liegt eine große Ausgeglichenheit in der ganzen Landeszucht vor.

Die Kreuzung des Kapmerinos mit australischen Böcken gibt gleichfalls sehr günstige Resultate, wie die in Britisch-Südafrika gewonnenen Erfahrungen beweisen.

Nächst der Auswahl eines geeigneten Zuchtschafes ist für die gesunde Entwicklung der Wollschafzucht in Südwestafrika von Bedeutung eine rationelle Haltung der Tiere. Dazu gehört vor allem eine zweckmäßige Anlage und Einrichtung der Farm. Vorbedingung ist das Vorhandensein guter Weide und reichlichen Trinkwassers. Da die Herde täglich einmal zur Wasserstelle zurückkehren muß, kann von ein und derselben Tränkanlage aus nur im Umkreise von 6 bis 8 Kilometer geweidet werden. Auf manchen Farmen leiden die Schafe wegen ungenügender Beaufsichtigung der eingeborenen Hirten Durst, dadurch wird nicht nur die Gesundheit des Tieres, sondern auch die Güte der Wolle geschädigt. Der Weidebedarf ist beträchtlich und erhöht sich noch deshalb wesentlich, weil für die Trockenjahre ein Reserweweidefeld vorhanden sein muß. Man rechnet darum in den Bezirken, Gibeon, Maltahöhe, Keetmanshoop 3 bis 4 Hektar pro Schaf.

Dringend erwünscht, ja notwendig für den Wollschafzüchter ist die Beschaffung einer kleinen Fläche Ackerland, um für die Böcke und die jungen Lämmer etwas Futter bauen zu können und möglichst auch in Gestalt von Heu eine gewisse Menge Reserbefutter aufzuspeichern. Im südlichsten Teile der Kolonie und in den Grenzgebieten der Namib wird das nur mit Hilfe künstlicher Bewässerung möglich sein; aber schon in den Gegenden mit einer mittleren jährlichen Niederschlagshöhe von 300 Millimetern halte ich in Südwestafrika das Trockenfarmen für aussichtsvoll¹⁾.

Trockenfarmen bedeutet einen Ackerbau in regenarmer Gegend, der sich gründet auf die Erhaltung der Bodenfeuchtigkeit durch zweckmäßige Bearbeitung des Bodens vor und während der Vegetationszeit und auf die Auswahl solcher Pflanzenarten und -sorten, welche gegen Dürre besonders widerstandsfähig sind.

Von baulichen Einrichtungen müssen Ställe bzw. Schutzdächer wenigstens für die reinblütigen Böcke und für die jungen Lämmer vorhanden sein. Ferner sind mehrere Akale notwendig von genügender Geräumigkeit, um

¹⁾ Goll, „Ackerbau in Deutsch-Südwestafrika“, Berlin 1911.

den ganzen Schafbestand aufnehmen und sortieren zu können; einige der Kräle sollten in den entlegeneren Teilen des Weidefeldes liegen. Das Scheren erfolgt zweckmäßig in einem einfachen, vorn offenen Wellblechschuppen. Endlich sollte auf keiner Farm eine Badeanlage für die Schafe fehlen, um die außerordentlich verbreitete Räude bekämpfen zu können. Das erfolgreichste Mittel zur Bekämpfung der Räude wie aller anderen ansteckenden Krankheiten und Seuchen wäre die Einzäunung der Farmen. Auf einer eingezäunten und durch Zwischenzäune in mehrere Abteilungen zerlegten Farm könnten die Schafe nach australischem Muster Tag und Nacht auf der Weide bleiben und so gerade in den kühlen Nachtstunden weiden und während der Mittagshitze irgendwo im Schatten ruhen. Aber bei dem großen Umfange der Farmen sind die Einzäunungskosten für den Durchschnittsfarmer vorläufig unerschwinglich.

Die Böcke sind nur während der Sprungzeit in die Mutterherde zu lassen, im übrigen weiden sie zusammen mit den Hammeln oder werden auf eingezäuntem Felde gehalten. Als Sprungzeit dürfte Oktober-November zu empfehlen sein, damit das Lammeln im März-April vor sich geht, das heißt in derjenigen Jahreszeit, in welcher die Weide- und Wasserverhältnisse am günstigsten und daher die Muttertiere am milchergiebigsten zu sein pflegen. In der Lammzeit muß der Mutterherde ein gutes und nahegelegenes Weidefeld eingeräumt werden, die Lämmer gehen dann gleich vom zweiten Tage an mit den Müttern auf die Weide, das Abjucken erfolgt im Alter von vier bis fünf Monaten.

Die Schur wird in den britischen süd- und ostafrikanischen Kolonien auf vielen Farmen alle acht Monate vorgenommen; ratsam ist aber, jährlich nur einmal zu scheren, und zwar im Oktober, vor Beginn der heißen Jahreszeit; jedoch ist auch die Schur im April vielfach üblich. Einmal jährlich, vier bis sechs Wochen nach der Schur, sollten alle Tiere gebadet werden.

Der dritte von uns zu besprechende Punkt stellt das Endziel der ganzen Wollschafzucht dar, nämlich die Produktion einer marktfähigen, möglichst hochwertigen Wolle. Güte und Menge der erzeugten Wolle richten sich in erster Linie nach der Schafrasse und nach der spezifischen Veranlagung des betreffenden Tieres. Ferner sind auf die Beschaffenheit der Wolle von Einfluß die während des Wachstums der Wolle vorhandenen Ernährungs-, Witterungs-, Boden- und Gesundheitsverhältnisse und nach der Schur die mehr oder weniger sorgfältige Sortierung, Verpackung und sonstige Behandlung der Blicke. Das geht sehr anschaulich aus den Worten hervor, mit denen vor zwei Jahren auf der Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft Hermann Erner-Hamburg die aus Südwest eingesandten Blicke beurteilte. Diese Worte lassen uns zugleich ungefähr erkennen, was für eine Wolle die Kolonie bereits produzierte. Erner sagt¹⁾: „Die zur Aus-

¹⁾ „Jahrbuch der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft“ 1910, Seite 649.

stellung gelangten Blicke hatten alle unter den drüben gerade zu dieser Zeit ausnahmsweise ungünstigen Witterungsverhältnissen gelitten, und konnten die Wollen deshalb ein wirkliches Bild über die produzierte Qualität nicht geben. Im großen und ganzen ist an der Qualität nichts auszusetzen. Die Wollen sind fein, gleichmäßig und kammbar. Es muß aber hervorgehoben werden, daß auf die Pflege der Tiere mehr Wert gelegt werden muß. Vor allen Dingen dürfen die Tiere nicht soviel an Wassermangel leiden, weil die Wollen dann, wie dies die Blicke zeigten, brüchig werden und an der Verwendbarkeit Schaden leiden.“

Der Erlös für die Wolle wird durch die Sortierung und Behandlung bei der Schur sehr beeinflusst. Erstens sind die Blicke der verschiedenen Kreuzungsgrade voneinander getrennt zum Versand zu bringen, aber auch die Lammwolle, Mutter-, Hammel- und Boddwolle sind jede für sich zu halten. Ferner ist die Kopf-, Bein- und Bauchwolle gesondert zu verpacken. Eine weitere Frage ist noch: sollen die Blicke gewaschen oder ungewaschen zur Verschiffung gelangen? Aus Britisch-Südafrika kommen etwa 77 Prozent der Wolle als Schmutzwolle, 3 Prozent als Rückenwäsche und 20 Prozent als Bliczwäsche, nach der Schur gewaschen, zum Versand. Letztere stammen hauptsächlich aus dem Osten des Landes, hier ist reichlich fließendes Wasser vorhanden, und die Frachtersparnis bei der Verschiffung im gewaschenen Zustande ist beträchtlich. In unserer Kolonie entscheidet der Wassermangel die Frage ohne weiteres dahin, daß die Versendung als Schmutzwolle zu erfolgen hat. Das Aufstellen einer Wollpresse wird sich der Frachtersparnis halber in den größeren Schäfereien bald bezahlt machen; für die über Swatopmund gehende Wolle hat man die Möglichkeit, sie noch dort bei der Wörmannlinie vor der Verschiffung pressen zu lassen.

Auf dem Markte in Hamburg oder London oder auch bei direktem Verkauf an Fabriken in Deutschland werden größere Posten gleichmäßig beschaffener Blicke stets die höchsten Preise erzielen. Darum sollten, wie schon einmal betont wurde, bei der Wollschafzucht gleich von Anfang an für das ganze Land möglichst einheitliche Zuchtziele aufgestellt werden; zum mindesten aber sollten die Schafzüchter eines Bezirks sich zu einer Zucht- und Absatzgenossenschaft vereinigen, um eine möglichst gleichmäßige, hochwertige Wolle zu produzieren, und diese dann zu größeren Posten vereinigt abzusetzen. Läßt sich die Gründung einer solchen Genossenschaft in dem betreffenden Landesteile noch nicht durchführen, so erscheint es für den einzelnen Farmer ratsam, sich hinsichtlich der Zuchtrichtung und des Wollabsatzes an eine der größeren Schäfereien anzuschließen. Am wenigsten empfehlenswert ist der in Britisch-Südafrika noch viel geübte Brauch, die Wolle an lokale Händler und Aufkäufer zu veräußern. Hierbei erhält der Farmer in der Regel den niedrigsten Preis, eine unterschiedliche Bezahlung nach Qualität findet kaum statt.

Die Aussichten der Schafzucht und Wollproduktion in Deutsch-Ostafrika.

Man ist bisher noch vielfach gewöhnt, unsere in den eigentlichen Tropen gelegenen Kolonien als nur für den Pflanzenbau aussichtsvoll, Südwestafrika aber als nur für die Viehzucht geeignet anzusehen. Und doch erscheint mir die Zeit nicht mehr allzufern, ja, sie hat schon begonnen, in welcher Südwestafrika im Verhältnis zu seiner Regenarmut recht umfangreiche Ackerflächen aufweisen wird, die zum geringeren Teile durch künstliche Bewässerung, zum weit größeren durch zweckmäßige feuchtigkeitserhaltende Bodenbearbeitung in Trockenfarmen für die Kultur gewonnen worden sind. Andererseits weisen in den drei tropisch-afrikanischen Kolonien schon der Reichtum an Wild und der große Viehbestand mancher Eingeborenenstämme darauf hin, daß jene Länder sehr wohl zur Viehzucht geeignet sind. Freilich bleiben weite Gebiete der Tropen — Küstenstreifen, Niederungen, Urwaldflächen — allen oder doch manchen Haustierarten verschlossen, weil hier die Herden verderbenbringenden Seuchen und Infektionskrankheiten zum Opfer fallen, gegen die wir vorläufig noch machtlos sind. Aber die hochgelegenen Graslandschaften steppenähnlichen Charakters, welche im Hinterlande von Kamerun und vor allem in Deutsch-Ostafrika große Ausdehnung besitzen und auch im nördlichen Togo vertreten sind, bieten der Viehzucht die günstigsten Vorbedingungen dar.

In Deutsch-Ostafrika beläuft sich der in den Händen der Eingeborenen befindliche Viehbestand schätzungsweise auf rund 1½ Millionen Rinder, 3½ Millionen Stück Kleinvieh und 10 000 Esel, auch die Hühner- und Entenzucht ist sehr ausgedehnt. Die 3½ Millionen Stück Kleinvieh stellen zum überwiegenden Teile Ziegen dar, weil Ziegen auch in den mit Tsetse verseuchten Gebieten gehalten werden können. Die Zahl der Schafe tritt gegenüber derjenigen der Ziegen sehr zurück. Sie gehören teils zu den Fettschwanz-, teils zu den Fettschweifrasen, sind wesentlich kleiner als das südafrikanische Fettschwanzschaf und haben ein schmutziggraues oder rötlichbraunes, gewöhnlich buntes Fleck mit fast wertloser Mischwolle. Am besten entwickelt sind die Schafe der Masai: unter ihnen befinden sich viele Tiere, die mit dem gewöhnlich als Somali bezeichneten reinweißen Haarschafe mit schwarzem oder rotbraunem Kopf übereinstimmen.

Gegenüber dem in den Händen der Eingeborenen befindlichen Vieh ist der Haustierbestand der Farmen und Pflanzungen noch wenig umfangreich; am 1. April 1909 umfaßte er 12 089 Rinder, 4350 Ziegen und Schafe, 1130 Esel, 54 Maultiere, 72 Pferde, jedoch haben sich die Zahlen inzwischen nicht unbedeutend erhöht.

Mit der Wollschafzucht liegen erst einige kleine Versuche vor, die noch dazu fast alle fehlgeschlagen sind. Die Versuche sind von einzelnen Farmern, Deutschen und Buren, am Kilimandscharo und Meru mit südafrikanischen

und britisch-ostafrikanischen Schafen gemacht worden. Der Grund des Mißerfolges ist zum Teil darin zu suchen, daß die Wolle durch Kletten und Dornen minderwertig gemacht wurde, die Weide auf der betreffenden Farm sich also vorläufig nicht für Wollschafe eignete. Häufiger aber trägt unsachgemäße Haltungsweise die Schuld. Die Wollschafe wurden nicht von den eingeborenen Schafen getrennt gehalten, so daß regellose Vermischung stattgefunden hatte; auch wurde ihnen keine besondere Wartung zuteil, viele reinblütige und halbblütige Tiere, die ich bei den Buren sah, hatten anscheinend die Räude, das Vieß hing zerseht herab. Wir dürfen also aus den bisherigen Mißerfolgen nur schließen, daß die Zucht teils unsachgemäß, teils auf falschem Platze angefangen wurde.

In Britisch-Ostafrika hat die wirtschaftliche Erschließung einen anderen Weg genommen als in unserer Kolonie, denn dort ist der für die Pflanzungswirtschaft geeignete Tieflandsstreifen an der Küste ziemlich schmal, und die frühzeitig vollendete Ugandabahn wies auf die Besiedlung des in klimatischer und gesundheitlicher Hinsicht vortrefflichen Hochlandes hin. Hier hat sich an einer Bahnstrecke von etwa 350 Kilometer, ausgehend von den Kapiti Plains östlich der Hauptstadt Nairobi, westwärts bis Nakuru und Molo, ein Siedlungsgebiet entwickelt, in welchem Rinder, Wollschafe, Pferde, Angoraziegen und andere Haustiere gezüchtet und gehalten und daneben Kaffeebau und europäischer Ackerbau betrieben werden.

Erfahrungen müssen überall erst gesammelt werden, und so hat auch die aufblühende britisch-ostafrikanische Wollschafzucht manches Lehrgeld zahlen müssen, ehe sie einen Weg fand, welcher der richtige für die Begründung einer Zucht unter den dortigen Verhältnissen zu sein scheint. Zunächst sagte man sich, und nicht mit Unrecht, das Merino gedeiht in andern Ländern unter ähnlichen klimatischen Verhältnissen, wie sie unser Hochland aufzuweisen hat, also importieren wir sogleich ganze Wollschafherden und beginnen sofort mit der Reinzucht. So wurden denn von verschiedenen Farmern Herden von je mehreren Tausend Stück aus Australien und Südafrika eingeführt, aber die Tiere gingen zu einem erheblichen Prozentsatz ein oder vermehrten sich schlecht. Ein Farmer importierte im Jahre 1910 5000 Australmerinos. Unter normalen Verhältnissen würde sich die Herde binnen zwei Jahren auf etwa 9500 vermehrt haben, sie bestand aber im letzten Juli bei meinem Dortsein nur noch aus 4000 reinblütigen Merinos. Auf einer anderen Farm war das Ergebnis ähnlich.

Das Klima in Neuzeeland und den Hauptzuchtgebieten Australiens ist doch noch anders beschaffen als im ostafrikanischen Hochlande, vor allem aber treten hier neue Krankheiten und Seuchen an die Tiere heran. Nach derartigen Erfahrungen halten es jetzt die ostafrikanischen Züchter für richtig, die Wollschafzucht vom mischvolligen Eingeborenenschafe ausgehen zu lassen, und durch fortgesetzte Verwendung von reinblütigen Merinoböcken ein gutes einheimisches Wollschaf zu erzeugen, welches dem Lande und seinem Klima völlig

angepaßt ist und den Seuchen am besten widersteht. Die Einführung einiger kleiner reinblütiger Mutterherden zur Erzeugung von Zuchtböcken im eignen Lande ist gut, aber die Einfuhr im großen ist nach den bisherigen Erfahrungen verfehlt.

Die Grundlage der Zucht bildet das Masaischaf, ein hochbeiniges, schmales, mischvolles Tier mit mischfarbiger, rotbraungrauer Wolle. Zu der ersten Kreuzung werden nur zum Teil sogleich Merinos verwendet, vielmehr Shropshire-, Suffolk-, Lincolnböcke oder andre, und erst für die somit erzeugten Halbblutmasais werden Merinoböcke genommen, Neuseeländer, Australier oder auch Südafrikaner. Absicht ist hierbei, zunächst einen großen fleischigen Körper zu erzielen, und das erscheint für Britisch-Ostafrika rationell, weil in der Kolonie selbst ein guter Absatz für Schaffleisch vorhanden ist. Im Interesse der Erzeugung einer guten Wollqualität aber ist von einer solchen Zwischenkreuzung mit Fleischschafböcken abzuraten, zumal in den künftigen Wollproduktionsgebieten Deutsch-Ostafrikas, in denen die nebenhergehende Fleisch-erzeugung wirtschaftlich bedeutungslos und wegen der weiten Entfernung von Bahn und Küste die Erzielung einer Qualitätswolle geboten ist.

Nach mündlichen Mitteilungen britisch-ostafrikanischer Farmer wird die Wolle von Halbblutmerinos frei London im Durchschnitt mit 65 Pfennig pro Kilogramm, von ausgewählten Tieren mit 75—85 Pfennig pro Kilogramm bewertet, die Wolle von dreiviertelblütigen Tieren schon mit 120—160 Pfennig pro Kilogramm, so daß die letztere bereits den Versand lohnt. Geschoren wird gewöhnlich alle acht Monate. Als mittlere Wollerträge konnte ich pro Schaf ermitteln bei dreiviertelblütigen Tieren 4,5 engl. Pfund, bei siebenachtelblütigen 5,5 engl. Pfund, bei reinblütigen Australmerinos 8 engl. Pfund.

Die Gesamtproduktion an Wolle in Britisch-Ostafrika für das Jahr vom 1. April 1910 bis 1911 hatte einen Wert von 169 000 M (8122 Pfund Sterling), ist also mehr als doppelt so hoch wie diejenige von Deutsch-Südwestafrika. Sie zeigt uns, daß die Schafzucht dieser unmittelbar unter dem Äquator gelegenen britischen Kolonie trotz der anfänglichen Schwierigkeiten im frischen Aufblühen begriffen ist. Das Hauptzuchtgebiet befindet sich im ostafrikanischen Graben bei Nivasha und Nakuru, nur 180 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt. Höhenlagen und Bodengestaltung, Klima und Weidevegetation stimmen mit denjenigen weitausgedehnter Landschaften zwischen Kilimandscharo und Viktoriafee überein; darum ist hier das Land zu suchen, in welchem die deutsch-koloniale Wollschafzucht nunmehr festen Fuß fassen muß. Leider sind diese Gebiete bislang wenig bekannt, sie liegen weitab vom Verkehr, und noch dazu ist der bereits von Meru her nach hier vordringenden Besiedlung ein Niegel dadurch vorgehoben worden, daß die Regierung jetzt die Nordbezirke gesperrt hat und kein Land abgibt. Aber diese Maßregel wird und darf nur eine vorübergehende sein, es ist dringend zu wünschen, daß hier recht bald die ersten deutsch-ostafrikanischen Wollschafherden entstehen. Der Weidebedarf wird hier ein niedriger sein, für weite Strecken sicherlich weniger als $\frac{1}{4}$ Hektar pro

Schaf, so daß also auf derselben Fläche, welche in Südwest für ein Tier gebraucht wird, hier 12 bis 16 Tiere ernährt werden könnten.

Sicherlich werden auch in den südlichen Bezirken Tjinga und Neu-Langenburg umfangreiche Gebiete der Wollschafzucht oder wenigstens der Karakulschafzucht erschlossen werden können. Eine gewisse Höhenlage ist in den Tropen für die Wollschafzucht notwendig, man sollte sich deshalb vorläufig auf die Gegenden von mindestens 1500 Meter Meereshöhe beschränken.

Was die Schafrassen anbetrifft, mit denen der Zuchtbetrieb zu beginnen ist, so meine ich, daß in der Hand eines sorgsamen Züchters und bei jährlich zweimaligem Baden der Tiere im Desinfektionsbade die Zucht des reinblütigen Merinos australischer oder südafrikanischer Abstammung von Anfang an betrieben werden könnte. Aber es handelt sich um ein Neuland, aus welchem noch keinerlei Erfahrungen vorliegen; da ist es ratsam, den langsameren aber sicheren Weg einzuschlagen und wie in der britischen Nachbarcolonie auch hier aus dem Masaischaf durch fortgesetzte Anpaarung mit Merinoböden ein Wollschaf zu züchten. Erweist es sich als möglich, gleich Kreuzungsherden in Britisch-Ostafrika zu einem annehmbaren Preise anzukaufen, so wäre das natürlich sehr vorteilhaft, denn es würde den betreffenden Züchter gleich um eine Reihe von Jahren in seiner Arbeit vorwärtsbringen.

Die deutsch-koloniale Wollproduktion steht erst im Beginn ihrer Entwicklung, daher konnten meine Ausführungen sich weniger mit bereits Erreichten als mit in Zukunft Erreichbarem befassen. Aber die Grundlagen sind da, und die Aussichten sind gut; nur ein fester Wille und ernste zielbewusste Arbeit sind nötig, um dieses am Baume unserer Kolonialwirtschaft aufsprießende junge Reis zur herrlichsten Entfaltung zu bringen.

Ueber Wirtschaft und Verkehr in der Provinz Schantung.

Von Marinebaurat Bökenen-Kiel.

Die vor einigen Jahren aufgeworfene Frage: „Sollen wir nicht Tjingtau wieder an China zurückgeben?“ hatte ihr Gutes, so unverständlich sie dem Gefühl besonders der in Ostasien wirkenden Deutschen war. Die Aussprache über Wert und Unwert der Kolonien hat die Ansichten geklärt und die Aufmerksamkeit auf dieses Schutzgebiet gerichtet. Die draußen errungenen Erfolge haben wohl auch die früheren Gegner zur Ueberzeugung gebracht, daß Tjingtau nicht nur gehalten, sondern nach allen Richtungen seiner Bedeutung zur Wirkung gebracht werden müsse. Die Erörterungen haben gezeigt, daß Tjingtau als ein deutscher Platz an der chinesischen Küste seine wesentliche Bedeutung in politischer, wirtschaftlicher und erzieherischer Hinsicht hat. Politisch bietet Tjingtau der deutschen Flotte in Ostasien einen Stützpunkt, an dem diese Schiffe, Material und Mannschaft auffrischen kann, ohne von dem guten Willen einer anderen Nation abzuhängen. Die Besatzung und die

Befestigung machten Tsingtau zu einem Ruhe- und Zufluchtsort, insbesondere auch bei irgendwelchen Wirren im Lande. Dadurch ist es auch besonders geeignet, sich zu einem Zentralpunkt für alle deutschen Interessen, insbesondere die kulturellen und wissenschaftlichen, in Ostasien sowie für den Schutz des gesamten Deutschtums dort draußen zu entwickeln. Als solcher Schutzplatz wird Tsingtau aber nicht allein von Europäern, sondern auch von den Chinesen angesehen, die sich im Schutze des Deutschen Reiches sicherer fühlen als in ihrem eigenen Vaterlande; so hat sich infolge der letzten revolutionären Ereignisse eine ganze Anzahl angesehener Chinesen nach Tsingtau zurückgezogen und dort sesshaft gemacht.

Für einen Flottenstützpunkt hätten Befestigungen, eine Schiffsreparaturwerkstatt und Magazine genügt — worauf sich die Engländer in Weiheiwai beschränkt haben — durch die Anlage eines Hafens und einer Stadt mit allen ihren Erfordernissen hat das Reichsmarineamt von vornherein gezeigt, daß das Reich mit der Niederlassung in Schantung weitere Ziele verfolgen wollte. Schon die Wahl des Platzes unter den vielen Häfen an der langen Küste Chinas war wesentlich durch Erwägungen der wirtschaftlichen Möglichkeiten bestimmt worden. Die maßgebenden lokalen Erkundungen hatte das Kreuzergeschwader, damals unter Befehl des jetzigen Staatssekretärs des Reichsmarineamts, Großadmiral v. Tirpitz, ausgeführt. Für Tsingtau sprachen noch besonders die Hinweise des berühmten Geographen Richtshofen auf die Bucht von Kiautschou und auf die Kohlenlager Schantungs und die Ergebnisse der auf Veranlassung des Kreuzergeschwaders ausgeführten Untersuchungen der allgemeinen wirtschaftlichen und technischen Fragen durch den damaligen Marinehafenbaudirektor Wirklichen Geheimen Admiralitätsrat G. Franzius.

Die Bestrebungen, einen bedeutenden Handelsplatz für Schantung zu schaffen, waren aber von vornherein begleitet von erzieherischem Einwirken auf die Bevölkerung. Schon der erste deutsche Matrose wirkt beim Betreten eines Europäern noch unerforschten Landes im gewissen Sinne erzieherisch, indem er Ordnung, Sauberkeit und deutsche Sprache verbreitet und die handwerkliche Tätigkeit beeinflusst. Ebenso wirken Kaufleute und Techniker in Ausübung ihres Berufes erzieherisch, sie führen deutsche Arbeitsmethoden und deutsche Werke als Vorbild ein. Mit der ausgesprochenen Absicht, als Erziehungsstätten zu dienen, begannen die Schantung-Eisenbahngesellschaft und die frühere Kaiserliche Gouvernementswerkstatt — jetzt nach vollendetem Ausbau Tsingtauer Werft genannt — ihre Lehrlinge in gewerblicher und allgemeiner Hinsicht auszubilden. Neben dem fachlichen Unterricht werden sie vorzugsweise in Deutsch, Rechnen, Geographie und Geschichte ausgebildet.

Die deutsche Sprache und europäische Wissenschaft verbreiten verschiedene deutsche und amerikanische, katholische und protestantische Missionen in Tsingtau und im weiteren Hinterlande. Eine weitgehende Unterstützung der deutschen Missionsbestrebungen, die im schweren Wettbewerb mit den zielbewußten und aus allen Kreisen reichlich unterstützten amerikanischen Vorgehen

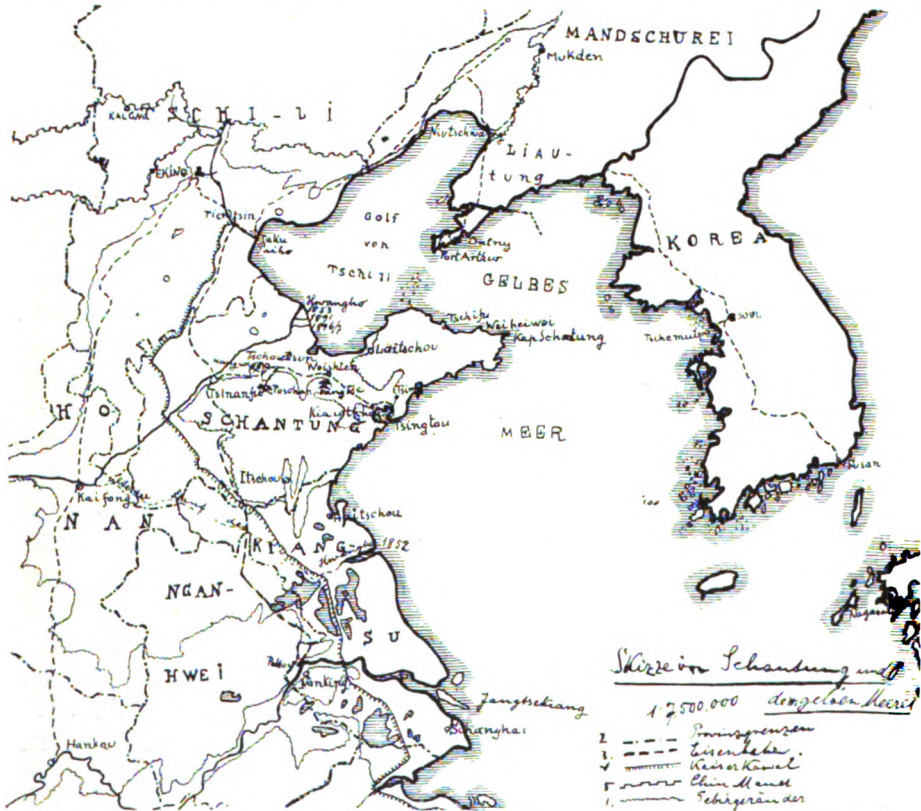
ringen, wäre dringend zu wünschen. Insbesondere verdient die Tätigkeit des Allgemeinen Protestantischen Missionsvereines eine größere Beachtung und kräftige pekuniäre und moralische Hilfe. Dieser Verein widmet sich der Erziehung von chinesischen Knaben und Mädchen, wobei er weniger den religiösen Standpunkt betont — die Taufe also nicht als erstes Ziel anstrebt — als den christlich deutschen Kultureinfluß unter Berücksichtigung der chinesischen Kultur-ergebnisse zu verbreiten sucht. Seit 1909 ist in Tsingtau die deutsch-chinesische Hochschule eröffnet, um der chinesischen Bevölkerung eine höhere Allgemeinbildung auf deutscher Grundlage ohne Vernachlässigung ihrer heimischen Wissenschaften zu vermitteln und Techniker, Ärzte und Verwaltungsbeamte auszubilden. Die Ausführung dieser Absicht hatte im Anfange mancherlei Schwierigkeiten. Zunächst sind Lehrer, die mit der Behandlung der schwer zu lenkenden chinesischen Schüler vertraut sind, ebensowenig in ausreichender Zahl zu finden wie Schüler mit genügender Vorbildung für das gesteckte Lehrziel. In wenigen Jahren wird aber bei ruhiger Weiterentwicklung dieser Mangel geschwunden sein. Während der jetzigen unruhigen Zeit hat die Hochschule sich bereits vorzüglich bewährt, indem sie allein in China den Unterricht ununterbrochen fortsetzen konnte.

Als Erfolg aller erzieherischen Arbeiten versprechen wir uns, wie andere Nationen, unter denen besonders die Amerikaner mit außerordentlich reichen Mitteln in gleicher Richtung in Ostasien tätig sind, die Förderung des deutschen Einflusses in Wirtschaft und Politik des chinesischen Reiches, ausgehend von Schantung und Tsingtau. Zur Beurteilung der Aussichten dieser unserer Bestrebungen scheint mir erforderlich, ein Bild der vorhandenen wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnisse im Hinterlande von Tsingtau zu geben.

Unsere Kolonie Kiautschou im Osten der chinesischen Provinz Schantung hat ihren Namen von der Bucht und Stadt Kiautschou, zu deren Kreisverwaltung das von uns vorläufig auf 99 Jahre gepachtete Land gehört. Die Stadt Kiautschou selbst gehört nicht zu unserem Gebiete, wohl aber die gleichnamige Bucht des Gelben Meeres. Die von uns geschaffene Stadt Tsingtau, die Hauptstadt des Kiautschougebietes, hat ihren Namen von einer kleinen der Stadt an der Küste vorgelagerten Insel erhalten und bedeutet „grüne Insel“. Für die Lage Schantung mag als charakteristisch angegeben werden, daß Tsingtau auf dem 36. Grad nördlicher Breite gelegen ist, also etwa wie Gibraltar, Malta und wie Tokio und San Franzisko im Osten. Das Klima wird im Sommer durch südöstliche Winde gemildert, im Winter suchen die nördlichen Winde aus den großen Ländermassen Asiens das Übergewicht zu gewinnen, so daß scharfe Witterungswechsel oft vorkommen. Verstärkt werden die ungünstigen Einflüsse durch den Mangel an Wäldern und fließenden Gewässern. Die Bäume sind dem Drange nach Anbau des Landes und zu Heiz- und Bauzwecken fast vollständig gewichen; selbst die Gräser werden zu Brenn- zwecken oft mit der Wurzel ausgezogen, so daß die Humusschichten herabgewaschen und die Berge immer kahler werden. Nur in der Nähe der

Ortschaften findet man noch einige Bäume, vor allem bei Grabstätten. So ist der Anblick der Landschaft im allgemeinen ein sehr kahler und die Freude an einem Baum am Wege um so größer.

Die Lage der Provinz Schantung ist eine eigenartige. Mit ihren Felsmassen schiebt sie sich weit in das Meer hinein, den Golf von Tschili im Norden des Gelben Meeres abgrenzend. Infolge dieses starken Vordringens weist Schantung die längste Küste irgendeiner Provinz Chinas auf. Die nur zeitweilig strömenden Flüsse können nur einen kurzen bergstromartigen Lauf haben, da die Entfernung zum Meer gering ist. Von den beiden großen



Strömen Chinas, Yangtse und Hoangho, liegt der Unterlauf des letzteren im Nordwesten der Provinz, welche im wahrsten Sinne seinem Mündungsgebiet vorgelagert ist. Im Laufe von 2500 Jahren hat dieser Strom zehnmal seine Mündung zwischen dem Norden und Süden der Provinz gewechselt und zwischen den 33. und 39. Breitengrad verlegt. Dem würde für europäische Verhältnisse entsprechen, wenn etwa die Elbe ihre Einmündung bis zur Seine-mündung wechseln würde. Noch im Jahre 1851 mündete der Strom zuletzt südlich von Schantung in den Großen Ozean. Infolge der Vernachlässigung der Dämme während des Taipingaufstandes in diesem Jahre suchte er dann

in gewaltigem Durchbruch einen neuen Weg, den er infolge der vorgelagerten Felsmassen von Schantung nur nach Norden zum Gelben Meer finden konnte. Es findet sich also in Schantung ein gewaltiger unbändiger Strom mit Gebirgen und Meer vereint vor. Der Reisende genießt dadurch manche Abwechslung, das Land leidet aber viel Mühe und Last durch die Naturgewalten, welche es nicht beherrschen kann. Erst wenn die Bevölkerung diese Kräfte zu bändigen gelernt haben wird — die Berge aufgeforschet, ihre Schätze erschlossen, der Flüsse Lauf geregelt, am Meere sichere Häfen angelegt sind — werden sich die Vorzüge der Lage in vollem Maße offenbaren.

Trotz der Ungunst der geschilderten Verhältnisse gilt Schantung seit altersher für eine der dichtbevölkertsten Provinzen Chinas. Bei einer Größe von etwa 145 000 Quadratkilometern — etwas über die Hälfte Preußens — weist es eine Bevölkerung auf von wenigstens 25 bis 30 Millionen Einwohner, nach anderen Angaben sogar von 37 Millionen. Das ergibt eine Dichtigkeit von mindestens 200 Einwohnern auf das Quadratkilometer. Im



Terrassenacker im Gebirge.

Mittel leben in China etwa 60 Einwohner auf dem Quadratkilometer. In Europa weisen eine solche Dichtigkeit, wie für Schantung sich ergibt, nur industriell sehr stark entwickelte Länder, wie England, Belgien, in Deutschland das Königreich Sachsen und die Rheinprovinz auf — in Deutschland beträgt das Mittel 120 Einwohner auf ein Quadratkilometer. — Nimmt man dazu, daß große Teile von Schantung im Osten und Süden von Gebirgen mit naturgemäß geringerer Ansiedelung durchzogen werden, so muß das flache Land eine außerordentliche Menge Menschen ernähren.



Chinesischer Pflug.

und Unempfindlichkeit der Chinesen sind sprichwörtlich. Die berühmte „eine Hand voll Reis“ genügt ihm tatsächlich zum Leben. Dafür ist er aber anstrengender Arbeit auf die Dauer nicht gewachsen. Immerhin zeichnet sich der Schantung-Chinese durch eine mittlere Größe und kräftigen Körperbau bereits vor seinen südlicher wohnenden Landsleuten vorteilhaft aus. Bei guter Er-



Egge.



Chinesische Sämaschine.

Wir sind gewohnt, die dichte Bevölkerung als eine Folge der Industrie anzusehen; daß eine gleich dichte Besiedelung von fast nur Ackerbautreibenden sich bilden kann, ist nur möglich dadurch, daß der Anbau des Landes mit peinlichster Sorgfalt erfolgt und daß die Lebenshaltung aufs äußerste eingeschränkt ist. Die Genügsamkeit

nahrung kann er zweifellos größeren Anforderungen sich gewachsen zeigen, was die Bewohner der Küste, die sich mehr der Fischerei und der Schifffahrt widmen, beweisen.

Der Ackerbau überwiegt bei weitem und wird in der Art des Gartenbaues in flacher Bearbeitung des Feldes unter Ausnutzung jedes Fleckchen Landes be-

trieben. Noch an den Hängen der Gebirge sieht man schmale Aecker bis zu kaum 1 Meter Breite in Terrassen übereinander.

Diese Aecker werden nach dem Abhange hin gehalten von Steinen in etwa Faustgröße, die in mehreren Lagen geschichtet einen den Ackerboden haltenden Wall bilden. Oft muß solcher Wall erneuert und der Boden mühsam wie-



Arbeiten mit der Walze.

der heraufgetragen werden, wenn ein Unwetter diese Felder zerstört und fortgewaschen hat. Das Ackerbauland in der Ebene ist in unendlich kleine Felder geteilt, deren Grenzen meist durch $\frac{1}{2}$ Meter hohe buschartige Pflanzen an Stelle unserer Grenzsteine bezeichnet werden. Häufig ist auch eine künstliche Bewässerung aus mit Hand betriebenen Brunnen durchgeführt.

Die Besitzverhältnisse sind durch Vererbung und Gemeindeanteile äußerst verwickelt, so daß es schwer ist, über die Eigentumsverhältnisse ein klares Bild zu erhalten. Seit einigen Jahren wird daher in China eine Art Grundbuch des chinesischen Besitzes zur genaueren Festsetzung der Grundsteuer durchgeführt, wie es für unser Schutzgebiet bereits geschehen ist. Dadurch wird mit der Zeit der chinesische Staat mehr zu den ihm zustehenden Einnahmen gelangen und die Besteuerung gerechter verteilt werden. Die unklaren Besitzverhältnisse und die vielen heilig gehaltenen Grabhügel auf den Feldern ergeben große Schwierigkeiten bei Landankäufen, wie sie z. B. für die Bahnbauten erforderlich werden. Durch Vermittelung der Gemeindevorsteher lassen sich aber gewöhnlich die Schwierigkeiten beseitigen und durch

Geldentschädigungen – z. B. 6 Dollars, also 12 M., für ein Grab – selbst die wegen der Ahnenverehrung beschwerten Gewissen beruhigen. Die Gräber werden dann unter Entschuldigung gegen die Verstorbenen an anderer Stelle erneuert. Die Chinesischen



Eselmühle für Getreide.

Gräber bestehen in einfachen, meist etwa anderthalb Meter hohen kegelförmigen Erdhügeln, die mit Rasen begrünt sind, und nehmen einen beträchtlichen Raum auf den Aedern ein. Vor diesen Hügeln wird bei wohlhabenden oder verdienstvollen Chinesen ein Gedenkstein mit einer Inschrift aufgestellt. Bei hohen Beamten und dem Kaiser führt eine dem Range entsprechend lange Tierallee zum Grabe. Diese Allee wird eingefasst mit aus Stein ausgehauenen Tieren, die verschiedene oft märchenhafte Tierformen darstellen. Der Kultus der Ahnen bildet noch immer die Grundlage des ganzen sittlichen Lebens des chinesischen Volkes und beeinflusst fast alle Handlungen der Lebenden.

Neben der Landwirtschaft und den mit ihr zusammenhängenden Gewerben -- Seidenzucht, Strohsflechtereie usw. -- sind andere Tätigkeiten nur wenig vertreten. Handel, Bergbau, Fischerei und Schifffahrt waren in Schantung zur Zeit der Besitzergreifung nicht für einen Verkehr mit dem Ausland ausgebildet. Sie haben aber infolge der Tätigkeit unserer Kaufleute und Ingenieure und besonders durch die Schantungsbahn und den Tsingtauer Hafen kräftigen Anstoß zu einer hoffnungsvollen Entwicklung erhalten. Die Ausfuhr der Provinz aus den beiden Ausfuhrhäfen Tsingtau und Tschifu beträgt etwa 90 Millionen Mark, davon entfallen bereits $\frac{3}{4}$ auf Tsingtau; daneben finden noch manche Produkte ihren Weg auf den alten Handelsstraßen, dem Hoangho, dem Kiautsinghofanal und dem Kaiserkanal nach anderen Provinzen und Ausfuhrhäfen.

Die hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind Erdnüsse, Obst, Hirse, Kauliang (Sorghum), Gerste, Erbsen, Weizen, Bohnen, Süßkartoffeln, Kohl, Hanf, Tabak, Mohn (Opium).

Trotz seiner primitiven Bodenbearbeitung mit einem nur flachgreifenden Pfluge oder mit einer Hacke und trotz der primitiven Düngung erzielt der Bauer meist eine zweimalige Ernte. Während des Sommers säet er Sojabohnen, Hirse, Kauliang, Süßkartoffeln, Rüben und Buchweizen. Die Ernte findet Anfang November statt. Als Winterfaat werden Gerste, Weizen und Erbsen gewählt. In einzelnen Bezirken, besonders in der Hoanghoniederung und bei Kaumi in der Nähe von Tsingtau wächst amerikanische Baumwolle, die zum Teil auf Versuchsfeldern der chinesischen Provinzialregierung angepflanzt ist.

Von den bedeutendsten landwirtschaftlichen Ausfuhrerzeugnissen ist das wichtigste die Erdnuß. Sie gedeiht vorzugsweise in Gebieten mit sandigem Boden, der in den Ebenen Schantungs weit verbreitet ist. Die Nußfaat erfolgt Mitte Juli, die Ernte im Oktober und November. Das Kraut wächst flach auf dem Felde, die Früchte sind etwa haselnußgroß und stecken zu zwei in einer Art Schote. Sie sitzen wie bei der Kartoffel an der Wurzel. Nachdem das Kraut verdorrt ist, wird der Sand gesiebt und dabei die Frucht gewonnen. Im letzten Jahre sind von Tsingtau über 20 000 Tonnen Erdnüsse verschifft worden. In Europa wird die Schantunger Erdnuß wegen ihres hohen Ölgehaltes, der etwa 40 bis 60 Prozent beträgt, sehr geschätzt. Das

Öl wird in Schantung nur in sehr primitiver Weise gewonnen. In Europa wird es als Ersatz für Olivenöl und zur Seifenfabrikation benutzt. Die Rückstände nach der Pressung enthalten 50 Prozent Eiweißkörper und bilden ein vorzügliches Futtermittel. Geröstete Erdnußkerne werden als Kaffeegewürz verwendet, in Öl gebräunt und mit Salz bestreut dienen sie ebenso wie geröstete Mandeln als Dessert. Das entfettete Erdnußmehl gibt Erdnußgrübe oder wird als Zusatz von Schokolade, Kakao und Biskuit verwendet. Die aus Erdnußmehl bereiteten Zwiebade sind für Zuckerfranke heilkräftig.

Der Anbau von Bohnen ist in Schantung noch nicht weit verbreitet. Sie werden noch vielfach eingeführt, und zwar aus den Provinzen Honan und Schansi und der Mandschurei. Wie die Erdnuß gibt die Bohne ein zu vielen Zwecken brauchbares Öl. Die Gewinnung in China erfolgt durch Steinwalzen, die von Eseln bewegt werden. Die zerquetschten Bohnen werden



Enthülsen und Sortieren von Erdnüssen.

gedämpft und in eisernen Rahmen, durch Strohlager gerrennt, gepreßt. Das Ergebnis sind Öl und Bohnenfuchsen, letzterer besteht aus den Rückständen und gibt ein vortreffliches Futter- und Düngemittel ab.

Walnüsse und Feigen aus den Gebirgstälern bilden einen Exportartikel nach Südchina im Werte von

etwa einer halben Million Mark. An Früchten werden sonst noch gezogen Wein, Kirichen, Äpfel und Birnen. Für unseren Geschmack ist das Obst, besonders die Birnen, die viel nach dem Süden Chinas ausgeführt werden, zu trocken. In den letzten Jahren sind die Obstarten des Schutzgebietes mit gutem Erfolg durch europäische und amerikanische Arten veredelt worden.

Aprikosenkerne werden wegen ihres Gehaltes an Blausäure für chemische Fabriken nach Europa ausgeführt.

Die Viehzucht ist nicht unbedeutend. Besonders werden Rinder, Schweine, Maultiere und Esel gehalten. 1909 wurden 1635 Stück lebendes Vieh über Tsingtau hauptsächlich nach Wladiwostok und der Mandschurei exportiert, 1400 Stück über Tschifu. Von den Nebenprodukten werden vor allem Felle, Rindertalg und Schweineborsten nach Europa ausgeführt. Der Rindertalg wird vor dem Transport umgeschmolzen und durch Siebe gereinigt. Er

dient in Europa zur Herstellung von Lichtern und Seifen. Die Ausfuhr von Schweineborsten hatte 1908 einen Wert von 200 000 M. Die über Tsingtau gehende Menge stellt etwa die Hälfte der Ausfuhr in diesem Artikel von China nach Deutschland dar.

Die Hühnerzucht wird meistens mit künstlicher Brut aus einfachen Brutöfen betrieben. 1908 führte Schantung eine halbe Million Eier aus. Davon gingen über Tsingtau für 125 000 M. Seit 1908 besteht in Tsingtau eine Albuminfabrik, in der verschiedene Eipräparate zur Ausfuhr nach Europa hergestellt werden.

Eine eigentliche Industrie fehlt in dem agrarischen Schantung fast ganz. Was an größeren Anlagen besteht, hat seinen Ursprung und Anhalt an der Landwirtschaft. Ich nenne nur die Töpferei und die mit ihr in Verbindung stehende Glasindustrie. Die letztere fertigt allerdings weniger Fensterglas und Trinkgläser an, als Ziergeräte, z. B. kleine innen bemalte Fläschchen und feine Glasfäden. Die letzteren ersetzen nebeneinander gelegt bei bestimmten Geräten, wie Laternen und Wandschirmen, unser Fensterglas.

Ein an den Küsten Schantungs viel betriebener Erwerbszweig ist die Salzgewinnung. Meist wird das Salz durch Verdunsten des Seewassers in sogenannten Tennen oder Pfannen gewonnen. Dies sind durch niedrige Sandwälle geschützte Becken von etwa 15 Meter im Geviert, die in mehreren Reihen nebeneinander auf dem flachen Watt hergestellt werden. Das in sie bei Hochwasser eingeschlossene Wasser verdunstet unter Ausscheiden des Salzes. Das Ergebnis ist ein körniges und infolge von Verunreinigungen etwas gelbliches Salz, während das durch ein zweites Verfahren, Sieden von Seewasser in Kesseln unter Beifügung gewisser Zutaten, gewonnene Salz weiß und mehlig ist. Das Salz ist in China seit undenklichen Zeiten ein Regierungsmonopol, das ausgeübt wird durch den Verkauf von Salzscheinen, also Berechtigungs-scheinen, zum Ein- und Verkauf bestimmter Mengen Salz.

Der Salztertrag innerhalb der Grenzen des deutschen Schutzgebietes wurde im Jahre 1909 auf 800 000 Pikul, also 48 400 Tonnen zu 1000 kg geschätzt. (Ein Pikul zu 100 Kätth ist gleich 60,5 kg.) Von dieser Menge ging der größte Teil in ganzen Dampferladungen von Tsingtau aus nach Wladiwostok, Hongkong und den Yangtsehäfen.

Erzeugnisse zur Ausfuhr sind Rohseide und Strohgeflechte. Die Seidenzucht, deren Zentrale für Schantung im Tschoutsunbezirk liegt, befaßt sich mit der künstlichen Aufzucht der Seidenraupen durch Blätter vom Maulbeerbaum und vom wilden Eichenspinner. Durch die Aufzucht mit dem letzteren Material wird die jetzt in Europa viel getragene Schantungseide, sogenannte Tuffahseide, eine gelbliche Rohseide, erzeugt.

Ebenso wie die Seidenzucht ist auch die Strohflechtereie eine Hausindustrie, mit der sich die ganze Familie in den Mußestunden beschäftigt. Die besten Strohgeflechte werden in Mittelschantung, in Schaho, hergestellt. Sie gelten als die feinsten, höchst bezahlten Geflechte auf dem Weltmarkt. Die in Rollen versendeten Borten dienen zur Herstellung der verschiedenen Formen

von Strohhöuten. Der Wert eines Ballens von etwa 1 Kubikmeter Größe voll solcher Strohbortenrollen beträgt 35 bis zu 3500 M. Die Ausfuhr dieses Artikels erfolgt jetzt fast ausschließlich über Tsingtau und betrug im Jahre 1910 etwa 16 Millionen Mark.

Am Bergbau bestand seit alters her ein an der Oberfläche schürfender Betrieb. Bei der

Inbesitznahme von Kiautschou wurden außer den Bahn- auch Bergbaukonzessionen im Hinterlande vertraglich festgelegt, die durch deutsches Kapital und deutsche Ingenieure ausgebeutet werden sollten. Koh-



Strohbortenflechten.

lenfschächte wurden zunächst in Pojschan und Tangtse abgeteuft, die Mächtigkeit der Schichten erwies sich als nicht bedeutend, und die Kohlen waren von mittlerem Wert. Erst bei einem neueren Schacht in Hungtschan wurden vorzügliche, der besten englischen Kohle gleichwertige Schichten angetroffen. Mit dem Abbau der reichen Erzlager ist noch nicht begonnen worden, doch sind Anlagen zur Verhüttung, besonders von Eisenerzen, seit langem geplant.

Welches sind nun die Einfuhrwaren, diejenigen Artikel, welche die Chinesen vom Auslande verbrauchen? Die größte Rolle spielen hier, wie in anderen industrielozen Ländern, die Baumwollwaren mannigfachster Art. Für diese sind die Amerikaner und Japaner die Hauptlieferanten. In zweiter



Strohbortenballen.

Linie kommen englische und indische Erzeugnisse in Betracht. Der an Wert wichtigste Einfuhrartikel aus Deutschland ist Anilinfarbe, welche jetzt schon die ursprünglichen Indigofarben, also Erzeugnisse aus dort heimischen Farbstoffpflanzen, fast völlig verdrängt hat. Die Art der Einfuhrung dieses

chemischen Produktes ist typisch für das Vorgehen deutschen Unternehmungsgeistes. Der Engländer läßt die Kunden an sich herankommen und zwingt ihnen seinen Geschmack auf, ein Geschäftsverfahren, das zum Ziel führt, solange keine Konkurrenten den Markt streitig machen. Da der Käufer sich zu solchen etwaigen Mitbewerbern nicht von selbst einfindet, muß dieser mit seiner Ware die Kunden suchen und ihre Wünsche erforschen. Er muß also die Landessprache beherrschen und seine Ware dem Geschmack und Wunsche seiner Geschäftsfreunde anpassen. Die großen Farbwerke Deutschlands haben sich zur Bearbeitung des Weltmarktes zusammen getan und schicken gemein-



Petroleumtins als Gebrauchsgefäße.

sam Vertreter hinaus, die, kaufmännisch und technisch geschult, in der Lage sind, die Ware praktisch vorzuführen und die Marktlage auszunutzen. In ähnlicher Weise rüsten sich auch andere Fabrikationszweige für den Wettbewerb. In Schantung ist besonders in landwirtschaftlichen Maschinen jeder Art, vom Pfluge bis zum Windmotor, ein großes Feld der Betätigung, das bald beschrift werden sollte.

Ein großes Gebiet hat sich in allen Kolonien das Petroleum erobert. In praktischen Zinkgefäßen von etwa 20 Liter Inhalt werden sie mit allen möglichen Transportmitteln in das Innere versandt. Das Stanzen dieser Gefäße wie das Füllen geschieht durch selbsttätig arbeitende Vorrichtungen, die daher nur wenige Handgriffe erfordern und in

jedem noch so unzivilisierten Lande verwendbar sind. Die Blechgefäße, Zins nach der englischen kurzen Benennung, bilden einen wichtigen Gebrauchsgegenstand im chinesischen Haushalt, insbesondere als Wassergefäß und zur Verpackung von allerhand Gegenständen. Mit dem Petroleum wandern auch Streichhölzer (fast ausschließlich japanische) und Zigaretten (vornehmlich englische und amerikanische Marken) ins Innere bis zum kleinsten Dorf.

(Schluß folgt)

Ueber England und die englischen Kolonien.

Von Dr. C. R. Hennings, London.

Ueber die auswärtige Reichspolitik.

In der „Fortnightly Review“ mahnt Sidney Low in einem einsichtigen Artikel zur Einschränkung der englischen Politik auf dem Festlande. Der Verfasser ist ein vielseitiger, in England sehr bekannter Journalist, dessen Stimme Beachtung findet. Seine Schlusss Ausführungen mögen hier kurz wiedergegeben werden.

Deutschland, Frankreich, Oesterreich, Italien und Rußland können ihre eigenen Wege gehen. Es ist nicht Englands Sache, diesen Ländern auf dem internationalen Schachbrett Widerstände entgegenzusetzen. Englands Aufgaben liegen anderwärts: den Weltbesitz, von dem die britischen Inseln die europäische Zentrale darstellen, zu sichern und zu entwickeln. Als Verbündete können nur die Angehörigen des Greater Britain in Betracht kommen. Die Ueberlegenheit zur See ist die erste Bedingung, aber nicht mit fremder Hilfe, sondern mit Unterstützung der sich selbst regierenden Kolonien. Während England jetzt seine Kräfte ohne weitere Ausbreitungsgedanken sammeln muß, liegt kein Grund vor, auf andere Länder, für die das Ausbreitungsbedürfnis vorliegt, neidisch zu sein. Die Zeit der Größe Englands zur See oder auf dem Gebiete des Handels ist nicht vorbei, nur besteht kein Monopol mehr.

Der Traum einer allgemeinen Weltbeherrschung, selbst auf der See, ist Schaum. Es ist zwar Englands Pflicht, alles daran zu setzen, um die Superiorität zur See zu wahren, aber es ist nicht möglich, alle anderen zur Ohnmacht zu reduzieren. Reizzustände darüber, daß auch andere Länder mächtige Flotten bauen, müssen aufhören.

Geschichtlich weist Low dann nach, daß England in der Entwicklung seiner Flotte auch früher stets starke Gegner gehabt habe. Daher sei eine Ueberempfindlichkeit auch jetzt nicht angebracht. Er fährt dann fort, auszuführen, daß, wenn Englands auswärtige Politik eine imperiale sei, dann auch imperiale Koordination sein müsse.

Das britische Weltreich ist, so sagt er, nicht einheitlich. Der englische Minister des Auswärtigen kann durchaus nicht auf die Zustimmung seiner Kollegen in Kanada oder Australien rechnen. Im Falle eines Krieges können den Ueberseeestaaten keine Vorschriften gemacht werden, nur Vorschläge. Um für solche Fragen die Wege zu ebnen, ist es nötig, das Komitee zur Reichsverteidigung zu vergrößern und gemeinsame Beratungen vorzunehmen. Eine solche Erweiterung ist gegenwärtig der Gegenstand der Verhandlungen zwischen Mutterland und den überseeischen Regierungen. Ein Präzedenzfall ist bereits dadurch geschaffen worden, daß die Minister der Kolonien zu den Beratungen des Großen Rates zugelassen wurden.

Wünscht man, daß die Ueberseestaaten an der politischen Organisation des Reiches teilnehmen, so muß man ihnen auch volle Gelegenheit zur Erörterung der vorliegenden Materien geben. Einen Schritt nach dieser Richtung bildete das Zuziehen des kanadischen Ministeriums im vorigen Jahr, als das englische Ministerium diesem ausführliche Erklärungen über die Beweggründe seiner auswärtigen Politik machte. Zweckmäßig ist es, ein Reichskomitee für auswärtige Fragen zu bilden. Präsident solle, so meint Low, der Premierminister in seiner Eigenschaft als Reichskanzler sein, mit der Befugnis, jeweils erfahrene Berater bei besonderen Gelegenheiten hinzuzuziehen. Ferner müsse ein vorbereitendes Komitee mit Einschluß der Vertreter der Ueberseefolonien ständig tätig sein. Ein solches Reichskomitee würde nur beratende Stimme haben. Ob es auch beschließende Stimme haben könnte, würde erst die Zeit entscheiden müssen. Jedenfalls wäre viel gewonnen, da alsdann eine Reichspolitik nach voller Beratung mit den Vertretern aller selbstregierenden Kolonien zustande käme.

Gegenwärtig läge immer die Gefahr einer Augenblickspolitik vor, und es wäre nur recht und billig, die einzelnen Glieder des Weltreiches hinzuzuziehen, denn auch sie würden von den Entschlüssen des Mutterlandes auf das engste berührt.

Handel in den malaiischen Staaten.

Seit 1900 hat sich der Handel mehr als verdoppelt. Er betrug 1900 10 082 120 Pfund Sterling, 18 212 499 Pfund Sterling im Jahre 1910 und 21 328 179 Pfund Sterling im Jahre 1911. Besonders Kuala Lumpur hat sich glänzend entwickelt. Die Einfuhr belief sich auf 7 762 071 und die Ausfuhr auf 13 566 108 Pfund. Dieser Aufschwung ist dem allgemeinen Wohlstand des Landes, der Zunahme der Bevölkerung, der Ausdehnung der Kautschukkultur und dem hohen Preise von Zinn zuzuschreiben. England hat an der Einfuhr den Löwenanteil. Pro Kopf beträgt dieselbe 7.3.3 Pfund. Auf die Einfuhr kommen Lebendes Vieh, Nahrungs- und Genußmittel und Getränke mit 4 824 584, Rohmaterialien 513 385, fertige Fabrikate 2 058 004 Pfund. Unter die erste Rubrik kommen Reis mit 1 630 592 und Tabak mit 344 575 Pfund. Die Ausfuhr macht pro Kopf 13 Pfund Sterling aus. Zinn marschiert mit 8 138 225 Pfund an der Spitze, dann folgt Kautschuk mit 4 328 631 Pfund Sterling.

Auswanderung von England nach den Kolo- nien.

Aus den Bernehmungen der jetzt tagenden Dominions Royal Commission ergeben sich recht interessante Anhaltspunkte über die Auswanderung nach den englischen Kolonien. Als Hauptzeuge trat Mr. John Burns in seiner Eigenschaft als Präsident der Innenverwaltung auf und brachte ein wohlgeordnetes Zahlenmaterial vor.

Von 194 671 Auswanderern im Jahre 1906 stieg die Zahl auf 233 944 im Jahre 1910. 68 Prozent oder 159 074 begaben sich in die englischen Kolonien gegenüber 54 Prozent im Jahre 1906. 1911 wanderten 262 000 aus, und

80 Prozent von diesen gingen in die englischen Kolonien. 1912 wird voraussichtlich eine weitere Zunahme der Auswanderung aufweisen. In zehn Jahren ist der Prozentsatz der Auswanderung nach den englischen Kolonien von 33 auf 80 Prozent gestiegen, während der nach fremden Besitzungen von 67 auf 20 Prozent gesunken ist. Von den Auswanderern kamen während der sechs Monate von April bis September vergangenen Jahres 170 891 aus England, 45 824 aus Schottland und 29 588 aus Irland. Von 1901 bis 1911 wanderten 336 000 aus Irland aus, während die Zunahme während dieses Zeitraumes nur 263 000 betrug. Zwischen 1851 und 1911 wanderten im ganzen 4 218 000 aus diesem Lande aus.

Ähnliche Verhältnisse liegen in Schottland vor. 1910 wanderten 55 344 aus, während der natürliche Zuwachs nur 51 755 betrug, somit ein Verlust in der Bevölkerung von etwa 3500. Im Jahre 1911 betrug diese Differenz 5000—6000, und 1912 wird sich auf Grund der bis jetzt vorliegenden Ziffern voraussichtlich ein Bevölkerungsverlust von 15 000 bis 25 000 durch Abwanderung ergeben. Während der ersten sechs Monate letzten Jahres verließen schon 38 000 Leute Schottland. Dies hat bereits dazu geführt, daß ein Mangel an Handwerkern und Arbeitern besteht.

Die Auswanderung von Frauen hat beträchtlich zugenommen, von 44 000 im Jahre 1902 auf 96 000 im Jahre 1911, von Kindern von 12 000 auf 47 000. 1902 erhielt Kanada 14 730 Auswanderer aus Großbritannien, 1911 134 000, eine Zunahme von 800 Prozent, Australien dagegen 4366 im Jahre 1902 und 65 769 im Jahre 1911, eine Zunahme von 1400 Prozent.

Wie die Frage angeschnitten wurde, ob es nicht möglich wäre, eine größere Anzahl von Leuten, die gegenwärtig Armenunterstützung erhalten, in die Kolonien abzuführen, meinte John Burns, daß von diesen 800 000 nicht mehr als 10 000 als körperlich brauchbar in Betracht kämen.

Eier von Südafrika. Wiederholt ist der Vorschlag gemacht worden, Eier, Geflügel und Butter von Südafrika zu exportieren. Das Land importiert selbst für 50 000 Pfund Sterling Eier im Jahre, aber nur während der Winteraison von Februar bis Juni. Während der Sommermonate sind Eier reichlich und billig und, wie Kenner behaupten, sollte alsdann ein Export nach England möglich sein. Diese Eiersendungen sollten Ende November eintreffen und bis Ende Januar dauern, um alsdann den kontinentalen Lieferungen Platz zu machen. Pro Woche würde, so nehmen beteiligte Kreise an, eine Ausfuhr nach London im Werte von 5000 bis 10 000 Pfund Sterling möglich sein.

Dominions Royal Commission. Diese Kommission wurde ins Leben gerufen durch die Kolonialkonferenz des Jahres 1911. Sie befaßt sich mit England und den sich selbstregierenden Kolonien und beabsichtigt, Nachforschungen anzustellen, wie Handel und Wandel von und nach den überseeischen Besitzungen zu fördern sind. Gegenstand der Untersuchungen bilden Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika

und Neufundland. Alle diese Länder haben Vertreter in der Kommission. Fragen zollpolitischer Art sind ausgeschlossen. Zunächst werden Umfragen in London angestellt. Diese sind jetzt abgeschlossen und werden fortgesetzt in den größeren Handelsstädten der Provinz. Später ist es vorgesehen, daß die Kommission ihre Enquete in den verschiedenen Kolonien fortsetzt.

Handbücher der Imperial- Industrie.

Neben den kleinen Pamphlets über die einzelnen Kolonien hat das Institut begonnen, auch über kolonialwirtschaftliche Themata Spezialbüchlein herauszugeben. Es liegt jetzt als zweites Buch dieser Serie „Kakao, Anbau und Aufbereitung“ vor. Der Bearbeiter ist Johnson, Leiter der Landwirtschaftskammer von Südnigeria, früher von der Goldküste. Der Gegenstand ist in allen seinen Phasen erschöpfend behandelt. Zahlreiche Photographien illustrieren das wertvolle kleine Werk, das im Buchhandel für 5 Schilling zu beziehen ist.

Verteuerung in Neuseeland.

Auch in dieser so entfernt liegenden englischen Besitzung wird über eine stete Zunahme der Kosten in Nahrungsmitteln und Kleidung geklagt. Ein besonderes Komitee hat diesen Zustand untersucht, und der abgeschlossene Bericht liegt nunmehr vor. Die Lebenskosten haben sich hiernach in den letzten fünfzehn bis zwanzig Jahren um mindestens 16 Prozent gehoben, wovon auf Miete und Kleidung 20 Prozent fallen. Die Hauptnahrungsmittel stiegen im Preise um 10 bis 40 Prozent. Schuhzeug für die ärmeren Klassen stieg im Preise um 66 Prozent. Die Löhne des Dienstpersonals stiegen auf das Doppelte in den letzten zwanzig Jahren.

Als Gründe für die Teuerung werden angeführt:

1. Rasche Geldzirkulation,
2. Erhöhte Produktionskosten,
3. Mangelnde Konkurrenz des Auslandes,
4. Bildung von Trusts.

Als Remedur empfiehlt das Komitee zollfreie Einfuhr von Nahrungsmitteln, Verhinderung von Trustbildungen und Landmonopol. Vor allem müsse eine energische Einwanderungspolitik betrieben werden.

Neue Schiffslinien.

Gegenwärtig werden Bestrebungen gemacht, eine neue Schiffslinie von Hull nach Südafrika einzurichten. Nach Unterlagen, die von der Huller Handelskammer gesammelt, vollzieht sich ein großer Export ab Hull nach diesem Lande, der jetzt mangels direkter Kommunikation über andere Häfen geleitet wird. Eine industrielle Bevölkerung von etwa elf Millionen würde für den Hafen Hull in Betracht kommen.

**Die guten
Ausichten der
Kokosnußkultur.** Das stets steigende Interesse nach allen Produkten der Kokosnußpalme hat auch in England ein umfassendes Werk auf dem Büchermarkt gebracht. „Cocoanuts, the consols of the East“, so lautet der vielversprechende Titel, und Mitarbeiter ist H. Samuel Smith, der bekannte Redakteur des „Tropical Life“. Alle in Betracht kommenden tropischen Gebiete werden der Besprechung unterzogen: Nebenkulturen, Krankheitserscheinungen, Aufarbeitungsmethoden usw. Der Anbau der Kokosnußpalme wird als eine reiche Zinsen tragende Anlage hingestellt. Enthusiasten sehen die Aera nicht mehr fern, da vegetabilische Öle als Heizmaterial an Stelle von Petroleum umfassende Verwendung finden werden.

**Vorzüge einiger
englischer
Kolonien.** In der „Sunday Times“ wird in kritischer Weise kurz erörtert, welche Vor- und Nachteile für den Auswanderer einige Kolonien Englands besitzen.

Kanada ist jetzt Mode. Enorme Strecken Landes mit jungfräulichem Boden sind erschlossen worden durch Eisenbahnen, die selbst teilweise reichen Landbesitz haben. Diese wie die Regierung haben alles Interesse, den Einwanderungszustrom zu verstärken. Jeder Zukümmeling erhält so nicht nur eine billige Ueberfahrt, sondern seitens der Regierung 160 Morgen Landes als Geschenk. Um seine Heimstätte zu errichten, landwirtschaftliche Geräte zu kaufen, werden ihm alle möglichen Erleichterungen gewährt. Er gesellt sich so zu der großen Armee jener, die die Scholle bearbeiten und dem Boden ein reiches Weizenerträgnis abgewinnen. Der Boden ist jungfräulich, keine künstliche Düngung erforderlich. So werden die großen Ebenen des Westens rasch in wogende Kornfelder verwandelt. Ein kaltes, aber gesundes Klima bringt eine kräftige Rasse hervor. Wie aber ist das Zukunftsbild? Kann ein Land sich auf eine einzige Ernte beschränken? In absehbarer Zeit ist der Boden erschöpft und bedarf der Düngung. Woher diese nehmen? Von Vieh würde man sagen, aber der lange, kalte Winter Kanadas ist der Viehzucht nicht förderlich. Während mehrerer Monate muß das Vieh im Stall auf Trockenfutter gehalten werden. Um letzteres zu beschaffen, müssen aber Grünfutter-, Rüben- und andere Kulturen unternommen werden. Dies bedingt wiederum eine Verteuerung der Landwirtschaft. Es erscheint fraglich, ob der Landwirt Kanadas mit dem Ackerbauer Argentinien's oder Australiens wird konkurrieren können. Sicher ist, daß die klimatischen Bedingungen für Kanada ungünstig sind, denn schon jetzt hat man im Winter Schwierigkeit, Beschäftigung für die gesamte Bevölkerung zu finden. In der Schafzucht werden Australien und Neuseeland stets Kanada über sein, da das Vieh in ersteren Ländern das ganze Jahr hindurch auf die Weide gehen kann.

Australien hat große natürliche Vorteile: viel Land und gutes Klima. Es besteht aber die Gefahr der Trockenheit, da der Regenfall über eine weite Strecke ungenügend ist. Zur Viehzucht gehört daher Kapital, um das Risiko der Trockenheit in einem schlechten Jahr übernehmen zu können. Das Groß-

Kapital auf diesem Gebiet ist aber durch die demokratische Bewegung eingeschüchtert worden. Der Arbeiter und die arbeiterfreundliche Regierung sind dem Kapital feindlich. Durch Bewässerungsanlagen würde es aber möglich sein, die kleine Landwirtschaft noch beträchtlich zu fördern, und es steht zu hoffen, daß eine wachsende Landwirtschaft ein Gegengewicht gegen Gewerkschaftsdünkel und Sozialismus bilden würde.

Für Rhodesia macht die Chartered Company Propaganda. Sie rät dem Ansiedler, nur mit einem Kapital von 14 000 bis 16 000 Mark hinauszu ziehen. Bevor er beginnt, sollte er die Sitten und Gebräuche des Landes kennen lernen, und die rhodesische Regierung hat zu diesem Zweck landwirtschaftliche Unterrichtsstätten geschaffen, in denen junge Leute die Landwirtschaft erlernen können. Land ist billig zu haben, und die Aussichten sind vorzüglich. Öffentlich behält die Chartered Company das Land in ihrer Verwaltung, denn sollte die südafrikanische Union es übernehmen, so würde Rhodesien nur ein Anhängsel von Transvaal werden und in den Strudel der Parteiregierung geraten: Nur gegen Briten.

Eröffnung des kanadischen Parlaments.

Der bemerkenswerteste Absatz der Thronrede lautet folgendermaßen: „Im verflossenen Sommer haben vier Mitglieder des Ministeriums mit der Regierung des Mutterlandes Verhandlungen über die Verteidigung zur See geführt. Es ergab sich hierbei nach Ansicht der Beteiligten die Notwendigkeit, die Seemacht des britischen Reiches ohne Zeitverlust zu verstärken. Es ist die Pflicht Kanadas, das Mutterland bei dieser Aufgabe nach bestem Können zu unterstützen. Eine solche Novelle wird dem Parlament vorgelegt werden.“

Ferner wurde in der Rede ausgeführt, daß der Handel Kanadas den aller früheren Jahre übertroffen hätte. Das laufende Jahr würde den Rekord weiter schlagen. Die Einwanderungsziffer wäre höher als je und der Prozentsatz der Einwanderer von Großbritannien beträchtlich gestiegen. Die Erträge der Ernten wären gewachsen, der Bau der Hudsonbai-Eisenbahn schreite rüstig voran, und eine Gesetzesvorlage sei in Vorbereitung, um mit Westindien einen Handelsvertrag abzuschließen.

Südafrikanischer Kongreß.

Recht umfassende Ziele hat sich der Ende November in Pretoria tagende Parteikongreß gesetzt:

Gleiche Behandlung aller Teile der Union; Aufrechterhaltung der festgelegten Grundsätze für den Unionsvertrag; Zuangriffnahme einer Schulvorlage, die den Bedürfnissen des Landes angepaßt; zweckmäßige Besteuerung mit Berücksichtigung der gegebenen Entwicklungsmöglichkeiten; sparsame Regierung; Entwicklung der Landwirtschaft; Förderung von Handel und Industrie und Ausbeutung der mineralischen Schätze; Unterstützung der europäischen Einwanderung, aber Unterdrückung der asiatischen; großzügige Eingeborenenpolitik, harmonisches Zusammenarbeiten von Weiß und Schwarz; im Gefühle der Zusammengehörigkeit mit England Schaffung von Maßregeln zur Verteidigung; Verbesserung der Arbeiterzustände mit besonderer Berücksichtigung

der weißen Arbeit; Forderung einer unparteiischen, sparsamen und wirksamen Rechtspflege; Aufrechterhaltung der öffentlichen Gesundheit und Moral.

**Koloniale
Ausdehnungs-
möglichkeiten
für Deutschland.**

Sir Harry Johnston ist seiner deutschfreundlichen Stimmung wegen bekannt. Auf der kürzlich in London tagenden englisch-deutschen Verständigungskonferenz fiel ihm das Referat über die koloniale Seite der Frage zu. Er behandelte Thema in großzügiger Weise, und wir können nur bedauern, daß ihm nicht das letzte Wort in dieser Angelegenheit zusteht. Französisch- und Portugiesisch-Kongo, den Norden von Portugiesisch-Westafrika und die Balfischbai will er uns zuteilen. Vor allem, meint er, sollten die Kolonien aller Mächte in Afrika den Freihandel vertreten.

**Englisches
Kapital
in Kanada.**

Die englischen Kolonien genießen nicht nur den Vorteil des Schutzes des Mutterlandes, sie erhalten vor allem billiges Geld auf dem Londoner Markt. Staatliche oder städtische Anleihen zu 4 Prozent sind an der Tagesordnung.

Kanada borgte auf dem Londoner Geldmarkt bis jetzt nicht weniger als 430 449 000 Dollars. An keiner Kolonie ist England so stark finanziell beteiligt. Der wirtschaftliche Aufschwung des Landes bürgt aber dafür, daß der Kredit nicht zu sehr angespannt ist. Jedoch ist London mit diesen fortlaufenden Anleihen etwas saturiert. Allein seit 1907 wurden 150 000 000 Pfund Sterling von Kanada geliehen. Im Jahre 1909 betrugen die kanadischen Anleihen 14 Prozent aller Ausbietungen in London, 1911 21 Prozent, während 1912 eine Abnahme zeigt.

**Beikamer der
Kolonien zur
englischen
Flotte.**

Im Vordergrund des Interesses stand während der letzten Monate die Bewegung der Kolonien, dem Mutterlande mit Rat und Tat in der Verstärkung der Seemacht beizustehen.

1909 gab Neuseeland einen Kreuzer, der jetzt fertig ist und nach einem Besuch der australischen Gewässer in der Nordsee stationiert wird.

Im gleichen Jahre schenkten die australischen Staaten ein Schwester Schiff, das im Frühjahr vollendet und als Admiralschiff der australischen Flotte in den heimatischen Gewässern bleibt. Zwei kleinere Kreuzer, „Sidney“ und „Melbourne“, sind auch schon vom Stapel gelassen. In Sidney schreitet die Werft zum Bau von Kriegsschiffen rüstig voran. Sobald das australische Schiffskontingent seefertig, ist es beabsichtigt, das englische Geschwader von dort zurückzuziehen. Am 12. November des verflossenen Jahres beschlossen die malaiischen Staaten, der englischen Regierung ein erstklassiges Schlachtschiff anzubieten. In fünf Jahresraten übernehmen sie die Zahlung von 2 250 000 Pfund Sterling für ein solches. Die englische Regierung ist entzückt über die Noblesse eines ihrer Stiefkinder. Gerüchte tauchten gleich nachher auf, daß auch Indien sich zu ähnlichen Taten emporzuschwingen würde. Man munkelte etwas von zwölf Schlachtschiffen. Die Namen der Schiffe waren schon gefunden, und ihr Standort sollten natürlich der Indische Ozean,

das Rote Meer mit Vorposten im Mittelmeer sein. Die „Times“ schrieben einen außerordentlich süßlichen Leitartikel über „India and the Navy“, bei dem der Wunsch der Vater des Gedankens war, und bemerkten mit aller Selbstverleugnung am Schluß: „But we could not welcome it without reserve, unless we were well assured that the offering was such as not to prejudice the progress and welfare of the Indian Staates themselves.“

Dann regte es sich in Südafrika. Die Regierung, so hieß es, plane den Bau von sechs Kreuzern, eine Streitigkeit zwischen Botha und Herzog machte aber weiteren Schritten vorläufig ein Ende.

Jetzt folgte Kanada. Am 5. Dezember machte der Premierminister Borden den Vorschlag, 7 000 000 Pfund Sterling für drei Dreadnoughts zu bewilligen. Vorangegangen war der Besuch dieses Ministers im Juli in London, und die perfide liberale Presse Englands behauptet, daß Borden und Bonar Law sich ein Versprechen gegeben hätten, dieser die imperiale Regierung durch das Geschenk einiger Schlachtschiffe zu unterstützen, jener aber nach wie vor die „food taxes“ auf dem Parteiprogramm zu belassen. Beide sind ihrer Abmachung, wenn eine solche bestand, treu geblieben. Bonar Law verkündete bald nach der Bekanntmachung des kanadischen Flottenanerbietens in seiner großen Rede zu Ashton, daß, wenn die Dominions es so wünschten, seine Partei für Nahrungsmittelzölle eintreten würde. Im eigenen unionistischen Lager führte diese Rede zu großer Uneinigkeit, die die konservative Partei gründlich erschüttert hat. Dieses aber nur so nebenbei.

Die zu genehmigenden Dreadnoughts sind in England zu bauen, zu bemannten und der englischen Admiralität unterzuordnen. Nur kanadische Namen sollen sie schmücken, und im Falle der Bildung einer eigenen Flotte soll Kanada das Recht haben, sie nach seinen heimatischen Gewässern zurückzuberufen. Ein kanadischer Minister wird dem englischen Verteidigungskomitee angehören.

Der Führer der gegnerischen liberalen Partei im kanadischen Parlament, der Expremier Sir Wilfried Laurier, ist mit dem Plane nicht einverstanden. Seine Partei wünscht eine kanadische Flotte, bemannt mit Landsleuten, stationiert teils im Stillen Ozean, teils im Atlantischen Ozean. Nach ihm besteht für die kanadische Flotte keine Verpflichtung, an irgendeinem Krieg, in den England verwickelt, teilzunehmen, es sei denn auf Bestimmung des kanadischen Parlaments.

Mittlerweile hat die englische Regierung nur in unoffizieller Weise ihre Anerkennung aussprechen können, bis daß die Vorlage Gesetz wird.

Die Imperialisten jubeln: Die Töchter erinnern sich hilfreich der Mutter, nur bemerkt man in allen Kolonien den Wunsch, als selbstständiges Glied der Familie aufzutreten, nicht sich dem Familienrat zu unterwerfen, sondern in eigener Machtentfaltung die Kräfte erstarken zu lassen.

Trodenfarmerei und Masseneinwanderung in Deutsch-Südwest.

Von Farmer Gessert-Sandverhar, Deutsch-Südwestafrika.

Die schönen Erfolge der Trodenfarmerei in Südwest beweisen, daß dies Schutzgebiet eine Siedlungskolonie von weit größerer Aufnahmefähigkeit für Einwanderer darstellt, als man früher ahnte. Es gilt nun, aus dieser Tatsache die Konsequenzen zu ziehen. In der Heimat sind so viele, die sich nach dem Besitz eigner Scholle sehnen, und in Südwest liegen Hunderttausende von Hektaren fruchtbaren Bodens brach, die der Bestellung warten!

Wenn Südwest mit anderen Einwanderungsländern in Wettbewerb treten will, so muß es zum mindesten den Neusiedlern die gleichen Vorteile bieten, wie etwa Kanada, Australien, Argentinien. Um die Schwierigkeiten des Umlernens im Neulande nicht noch durch erste Pionierarbeit zu erschweren, empfiehlt es sich, die Ankömmlinge in wenn auch nicht fertige, so doch in einem gewissen Entwicklungsstand befindliche Ackerhöfe zu setzen, wie das ja auch bei der Besiedlung der deutschen Ostmarken geschieht. Was würde das kosten?

Ein bescheidener Hausbau ist schon aus klimatischen Rücksichten geboten. Da Ackerbauer weniger Wasser benötigen als Viehzüchter, dürfte eine Wasserstelle für je vier im Rechteck zusammenstoßende Bauerngüter genügen. Es muß als Grundsatz aufgestellt werden, daß, wer die Vergünstigung des Erwerbs dieser Höfe erfahren will, sich verpflichtet, keine Eingeborene in Dienst zu nehmen, und zwar aus erzieherischen Gründen. Denn sonst würde sich, wie bei den Buren, bald die Ansicht herausbilden, daß gewisse Arbeiten des Weißen unwürdig und Sache des Farbigen seien. Verlangt man aber diesen Verzicht auf eingeborene Hilfe, so muß es tunlichst dem Siedler erleichtert werden, allein auf seine eigne Hände angewiesen zu sein. Die Güter müssen deshalb eingezäunt sein, um ein Verlaufen des Viehs und Flurschaden am Acker durch Wild zu vermeiden. Bisher hat man im Lande Viehfarmen und Bewässerungsheimstätten, die in Bethanien auf weniger als ein Hektar hinabgehen. Es tut not, zwischen Groß- und Zwergebetrieb ein Zwischenglied einzuschieben, also Bauerngüter von etwa hundert Hektar. Es würde sich also der Ansaß der Kosten, dem Ankömmling sein Nest vorzubereiten, wie folgt ausnehmen:

100 Hektar Land à 2	200	Mark
Einzäunung	2000	"
Gebäude	2500	"
Wasser	500	"
8 Zugochsen à 130	1040	"
2 Milchkühe à 140	280	"
10 Ziegen à 8	80	"
20 Schafe à 10	200	"
2 Ferkel à 20	40	"
Geräte	600	"
Boden, Ackern einiger Hektare	560	"
	8000	Mark

Werden nun im ersten Jahre tausend Ansiedlern die Wege geebnet mit dem Plane, jedes folgende Jahr ein Drittel mehr Höfe zu schaffen als im Vorjahr, so ist die Ausgabe im ersten Jahre acht Millionen Mark. Fordert man von jedem Siedler ein Drittel Anzahlung, so erniedrigt sich die Summe ein-

schließlich allgemeiner Fürsorge für Wege, Kirche, Schule, Ärzte usw. auf fünf und eine halbe Million.

Wie ist diese Summe aufzubringen? Die Polizei kostet noch jährlich dem Schutzgebiet fünf Millionen. Bei der zunehmenden Stabilisierung der Verhältnisse lassen sich hieran sehr große Ersparnisse zugunsten wirtschaftlicher Anlagen machen. Einen anderen Teil der Kosten wird die Heimat aus nationalen und naheliegenden politischen Rücksichten gern übernehmen.

Den Ansiedlern ist der Absatz gewisser Stapelartikel wie Mais und Weizen zu garantieren, und zwar nach Versorgung des inneren Schutzgebietsmarktes durch billige Eisenbahn- und Dampferfrachten.

Wieweit sich die Trockenfarmerei in regenärmere Gebiete durch Verbindung mit der Saaddammkultur, dieser billigen Umkehrung der Drainage regenreicher Länder, ausdehnen läßt, wird die Zukunft lehren. Heinstättenfiedler, Ackerbauer und Viehfarmer werden sich in Zukunft ergänzen, den Lebensunterhalt verbilligen und sich gegenseitig Abnehmer der Produkte sein. Der innere Markt bleibt das wichtigste. Argentinien führt wenig über zwei Prozent seiner Rindermenge jährlich aus, also auch nur einen geringen Bruchteil des Zuwachses und Eigenverbrauchs. Ohne Ackerbaubevölkerung in Südwest werden die wenigen Marktflecken im Entstehen und Vergehen von den Zufälligkeiten der Minen abhängen und zu größeren, aufnahmefähigen Städtebildungen würde es kaum kommen.

Die evangelische Mission in Deutsch-Ostafrika.

Von Karl Mirbt, Geh. Konsistorialrat, Göttingen.

Der Umstand, daß die evangelische Mission nicht von einer Zentrale aus geleitet wird und jede einzelne ihrer Organisationen ganz selbständig handelt, hat naturgemäß die Entwicklung des evangelischen Missionswesens auch in Deutsch-Ostafrika beeinflusst. Die ungleichmäßige territoriale Ausbreitung der Mission erklärt sich zum Teil daraus, freilich nicht ausschließlich. Denn bei der Wahl der Arbeitsgebiete war auch der Gesichtspunkt der Zugänglichkeit der einzelnen Landesteile maßgebend, ebenso die Entwicklung des Verkehrswezens, die Rücksichtnahme auf klimatische Verhältnisse, die fortschreitende Ausdehnung der kolonialen Verwaltung, auch das wirtschaftliche Leben, ganz abgesehen von den Erwägungen, die für die Missionsgesellschaften entscheidend waren, die schon in der vordcutschen Zeit sich hier Niederlassungen geschaffen haben.

Zur Zeit der Begründung der deutschen Herrschaft befanden sich nun nicht-deutsche Missionsgesellschaften im Lande: die Universities Mission to Central-africa seit 1867, die Church Missionary Society seit 1876, die London Missionary Society seit 1879. Von ihnen ist die letztgenannte später ausgeschieden, indem sie 1896 ihre einzige Station Urambo an die Brüdergemeine abgegeben hat. Dafür ist 1909 die amerikanische Africa Inland Mission neu eingetreten. Gegen die Wirksamkeit ausländischer Missionsgesellschaften in unseren Kolonien haben mit Rücksicht auf die feindliche Stellung Englands gegenüber den deutschen Kolonialbestrebungen anfänglich in manchen Kreisen schwere Bedenken bestanden, die sich freilich im Laufe der Jahre als gegenstandslos herausstellten. Aber es bedurfte nicht derartiger Erwägungen, um die Ver-

anstellung deutscher Unternehmungen anzuregen, denn über die Verpflichtungen, die sich aus dem neu erworbenen Kolonialbesitz für die evangelische Kirche Deutschlands ergaben, war man in ihrer Mitte nicht im unklaren. Zuerst hat die eigens für dieses Schutzgebiet begründete Deutsch-ostafrikanische Missionsgesellschaft, die jetzt den Namen Bielefelder Mission führt, ihre Tätigkeit begonnen, und zwar schon 1887. Dann folgten einige der größten deutschen Gesellschaften: die Berliner Missionsgesellschaft und die Brüdergemeine 1891, die Evangelisch-lutherische Missionsgesellschaft zu Leipzig 1893. Der Evangelische Afrika-Verein stellte sich 1896 speziell für die Bekämpfung der durch den Sklavenhandel geschaffenen Notstände zur Verfügung. Endlich hat die Zahl der in Deutsch-Ostafrika tätigen deutschen Gesellschaften noch dadurch eine Vermehrung erfahren, daß im Jahre 1911 die Neufirchener Missionsanstalt und die Schleswig-Holsteinische Missionsgesellschaft hinzugetreten sind. Es arbeiten also jetzt acht deutsche neben drei ausländischen Missionsgesellschaften in dieser Kolonie.

Der nachfolgenden Uebersicht über den derzeitigen Umfang des evangelischen Missionswesens in Deutsch-Ostafrika liegen zwar die letzten statistischen Erhebungen zugrunde, aber es ist zu beachten, daß sie zumeist am 1. Januar 1912 oder Ende Dezember 1911 stattgefunden haben. Die Bielefelder Mission, die zu ihrem ersten Arbeitsgebiet in Usambara 1907 noch ein zweites im äußersten Nordosten der Kolonie, in dem volkreichen Ruanda, in Angriff genommen hat, wirkt auf 12 Hauptstationen mit 31 europäischen Arbeitskräften, darunter 15 ordinierten Missionaren und 2 Missionschwestern, und zählt 1678 Getaufte. In 61 Schulen werden 3200 Schüler unterrichtet. Die größte Station ist Hohenfriedeberg, wo fast die Hälfte aller ihrer eingeborenen Christen lebt. — Die Berliner Missionsgesellschaft hat sich von der am Nordufer des Niassasees geschaffenen Operationsbasis aus nach Norden und Nordosten ausgebreitet und ihre Gemeinden, unter denen Neu-Wangemannshöhe mit 554 Christen die stärkste Seelenzahl aufweist, in den beiden Verbänden der Ronde-Synode und der Hehe-Synode zusammengefaßt. Seit 1903 hat sie auch das früher von den Bielefeldern besetzte Usaramo als Arbeitsgebiet. Insgesamt zählt sie 18 Hauptstationen, 51 europäische Arbeitskräfte, unter denen sich 28 ordinierte Missionare, 4 Missionschwestern, 1 Lehrerin, 1 Missionsarzt (in Kidugala) befinden, und 3006 getaufte Eingeborene. Ihre 82 Schulen werden von 3411 Eingeborenen besucht. — Die Brüdergemeine, westlich von der Berliner Mission einsetzend und sich nach Nordosten entwickelnd, kann ebenfalls ein gutes Fortschreiten auf allen Punkten konstatieren. Daß sie 1896 als Nachfolger der Londoner Mission Urambo in Unjamwesi übernahm, war bei der großen Entfernung zwischen beiden Gebieten und bei der großen Abgelegenheit des neuen Arbeitsgebietes kein geringes Wagnis. Inzwischen ist durch den raschen Bau der Zentralbahn ein vollständiger Umschwung der Verhältnisse eingetreten und Unjamwesi erschlossen worden. Bei 16 Hauptstationen werden von den Brüdern 1476 Getaufte durch 24 ordinierte, 8 nichtordinierte Missionare und eine Missionschwester versorgt, 5128 Schüler besuchen ihre 118 Schulen. — Am Kilimandscharo hat die Evangelisch-lutherische Missionsgesellschaft zu Leipzig sich eine große Tätigkeit geschaffen, drang südöstlich ins Paregebirge vor und östlich zum Meruberg, 1911 auch in

die südwestlich gelegene Landschaft Iramba. Auch den eingewanderten Deutschen hat sie die kirchliche Versorgung zugewandt. Die Leipziger verzeichnen 2120 Getaufte, haben 13 Hauptstationen und arbeiten mit 20 ordinierten, 6 nichtordinierten Missionaren und 5 Missionschweftern; in ihren 81 Schulen werden 8119 Schüler unterrichtet. — Die Adventisten vom siebenten Tag haben außer ihrem Arbeitsgebiet im Paregebirge im Jahre 1909 auch an der Ostküste des Viktoria-Njansasees Niederlassungen gegründet, weil in dem nördlichen Teil dieser Ostküste bereits der englische Zweig ihrer Kirchengemeinschaft festen Fuß gefaßt hat. Die junge Mission zählt 9 Hauptstationen, 3 ordinierte, 12 nichtordinierte Missionsarbeiter, 1 Missionschwester, 105 Getaufte, 19 Schulen mit 1604 Schülern. — In dem Zwischenseegebiet Deutsch-Ostafrikas haben endlich die Neufirchner Mission und die Schleswig-Holsteinische Missionsgesellschaft eingeseßt, jene durch die Anlage von drei Hauptstationen mit drei Missionaren in der Landschaft Urundi, diese durch die Begründung von zwei Hauptstationen in der Landschaft Uha mit einem Missionar. — Der Evangelische Afrikaverein beschäftigt in Rutindi zwei nichtordinierte Missionare. — Die Statistik der englischen Universitätenmission nennt im Magila- und im Romumadistritz 8 Hauptstationen mit 5622 Getauften, 171 Schulen mit 6626 Schülern, 15 ordinierte, 6 nichtordinierte Missionare, 19 Missionschweftern. — Die in Usagara und Ugoga gelegenen Stationen der Church Missionary Society werden von 3 ordinierten, 4 nichtordinierten Missionaren, 8 Missionschweftern versorgt, umfassen 924 Getaufte und 135 Schulen mit 7175 Zöglingen. — Auf den zwei Stationen der neu begründeten Africa Inland Mission am Viktoria-see sind 6 Missionare und 3 Missionschweftern bei 50 christlichen Eingeborenen.

Insgesamt sind demnach in den evangelischen Missionen Deutsch-Ostafrikas auf 90 Hauptstationen 112 ordinierte, 76 nichtordinierte Missionare, 44 Missionschweftern tätig; die Zahl der getauften Eingeborenen beträgt 14 981, es bestehen 667 Schulen mit 35 263 Schülern.

Unter den Wohlfahrtseinrichtungen der evangelischen Mission fallen in das Gebiet der Gesundheitspflege folgende Veranstaltungen. Die Berliner Missionsgesellschaft unterhält in Kidugala (Bezirk Uzinga) ein Krankenhaus für Europäer und eine Krankenbaracke für Eingeborene unter der Leitung eines Missionsarztes, dem drei deutsche Krankenschwestern zur Verfügung stehen. Seitens der Leipziger Mission wird der Bau eines größeren Missionshospitals in Madjchame (Bezirk Moschi) vorbereitet, da die bisherigen Unterkunftsräume nicht genügen. Ein Missionsarzt und Krankenschwestern sind bereits hier stationiert. Die Piesfelder Mission plant die erneute Aussendung eines Missionsarztes nach Wuga in Usambara und eines anderen nach Ruanda, wo auch ein Missionshospital begründet werden soll. In Rutindi (Bezirk Wilhelmstal) besteht die frühere Sklavenfreistätte des Evangelischen Afrikavereins, die seit 1905 in eine Irrenanstalt für Eingeborene umgewandelt worden ist. Im Dienst der Church Missionary Society steht seit 1877 in Mumboja (Bezirk Mpapua) ein Arzt als Leiter eines Hospitals. Von der Universitätenmission ist in Mjilabani (Bezirk Tanga) ein Missionsarzt angestellt, dem 11 Schwestern zur Seite stehen. In allen diesen Orten wird auch eine mehr oder weniger umfangreiche poliklinische Tätigkeit ausgeübt. Außerdem wirkt die evangelische Mission an der von der Regierung energigisch betriebenen Bekämpfung der Lepra in der Weise mit, daß

sie die Pflege der durch das Gouvernement internierten Kranken übernimmt. Die Berliner Mission sorgt für vier Leprakolonien (Bulongwa, Matema, Neu-Wangemannshöhe, Pommern), die Brüdergemeine für fünf Lepradörfer (Isofo, Kifagu, Lugaro, Kungwe, Rutengario), die Biefelfelder Mission für ein Asyl (Hefalurigu bei Hohenfriedeberg).

Aus der katholischen Mission.

Von Friedrich Schwager, S. V. D., Missionshaus Stehl.

Wenige Missionsländer haben in den letzten Jahren das Interesse der katholischen Missionskreise in solchem Grade auf sich gezogen, wie das Reich der aufgehenden Sonne. Dieses Interesse ist geschichtlich wohl begründet. Denn schon einmal schien es, als solle der Katholizismus, wenn nicht die, so doch eine herrschende Religion Japans werden. Das war im 16. Jahrhundert. Von Xaviers Feuereifer gegründet, von seinen Nachfolgern aus der Gesellschaft Jesu und anderen Orden ausgebreitet, zählte die Mission im Beginn des 17. Jahrhunderts gegen eine Million Bekenner. Doch der politisch-wirtschaftliche Wettbewerb der europäischen Kolonialmächte wurde dem aufblühenden Werke zum Verhängnis. Um den Einfluß Portugals zu brechen, verleumdeten Spanier und Holländer die vorwiegend portugiesischen Missionare als Geheimagenten Portugals. Die Folge war eine langwierige blutige Verfolgung, in der ungezählte Tausende japanischer Katholiken Opfer ihrer Bekenntnistreue wurden. Der „heilige Berg“ bei Nagasaki, der Vulkanberg Ugen mit seinen heißen Schwefelquellen und das Kap Pappenberg, von dem aus Tausende von Christen ins Meer geschleudert wurden, halten heute noch als stumme Zeugen die Erinnerung an diese denkwürdige Zeit fest.

Die völlige Ausrottung des Christentums gelang trotz alledem nicht. Gegen 60 000 Kryptokatholiken erhielten sich ohne eigentliche Seelsorger unter der Leitung von Laienvorstehern über zwei Jahrhunderte lang auf Kjusju in der Umgebung von Nagasaki, bis die großartigen Wandlungen in Japan auch ihnen die Religionsfreiheit wiedergaben. Mehr als die Hälfte von ihnen schloß sich der seit 1857 neu einsetzenden katholischen Mission wieder an; die übrigen verharrten noch in der Trennung, da ihre Vorsteher die altererbten Vorrechte nicht preisgeben wollten. Doch finden jährlich einige Hunderte dieser Getrennten den Weg zur kirchlichen Einheit zurück. Das statistische Gesamtergebnis der katholischen Mission, die bisher der Hauptsache nach von den Pariser Missionaren getragen wurde, beläuft sich auf nahezu 70 000 Getaufte. Von den verschiedenen Arbeitszweigen der Mission verdient besondere Hervorhebung die Schultätigkeit der französischen Marianisten-Schulbrüder, die den Pariser Missionaren seit 1883 zur Seite stehen. Die Erfolge ihrer Mittelschulen zu Tokio, Nagasaki, Osaka, Yokohama (letzte für Europäer) müssen als geradezu glänzende bezeichnet werden. Die Lehranstalt Morgenstern in Tokio mit fast 900 Schülern gilt als Moderschule, und kaum vergeht ein Tag, an dem nicht japanische Professoren und Inspektoren im Auftrage des Ministeriums hospitieren, um die bewährte Methode der Schulbrüder zu beobachten. Die besten Kreise Tokios, besonders aus der Armee und Marine, vertrauen ihre Söhne mit Vorliebe den Marianisten an.

Der Nationalität nach waren bis 1903 die katholischen Missionare ausschließlich Franzosen oder (vor 1870) französisierte Elsaß-Lothringer. 1903 übernahmen die spanischen Dominikaner die Missionierung der Insel Schikoku. Dann aber trat, wie mit einem Schlage, das deutsche Element, das bisher gar nicht vertreten war, auf den Plan. Der weitherzige Bischof Verlioz von Sendai-Katodate berief 1907 die deutschen Franziskaner nach der Nordinsel Jesso, die deutschen Stehler Missionare nach dem Westen der Hauptinsel Hondu, während die deutschen Jesuiten 1908 auf direktes Geheiß des Papstes sich in Tokio niederließen, um die Errichtung einer höheren Lehranstalt vorzubereiten. Um mit dem letzteren zu beginnen, sind die deutschen Jesuiten rege an der Arbeit, um in der japanischen Landeshauptstadt eine Stätte einflußreichen deutschen Geisteslebens zu schaffen, ähnlich wie das bekannte Sikawei bei Schanghai seit langem das bedeutende Aktionszentrum der französischen Jesuiten ist. Neben der Lehranstalt plant der Obere P. Dahlmann, wie ich seiner Zuschrift an Universitätsprofessor Dr. Schmidlin entnehme, die Gründung einer großen deutschen Bibliothek und für Herbst 1913 die Herausgabe einer Zeitschrift unter dem Titel „Deutsche Blätter“ zur Förderung der deutschen Sprache unter den Hochschülern. Zwar besteht schon eine ähnliche, von einem Japaner redigierte „Zeitschrift für die deutsche Sprache“, aber sie wimmelt von Fehlern und Verstößen gegen Stil und Geist der deutschen Sprache. „Es soll eine Zeitschrift sein, die den deutschen Sprachschatz aus allen Gebieten des literarischen Lebens, aus Philosophie und Geschichte, aus Kunst und Literatur, aus Volkskunde und Erdkunde vermittelt, so daß sie im vornehmen Sinne ein Dolmetscher der deutschen Sprache in allen Zweigen des Geisteslebens wird. . . Ein solches Organ im Zentrum Japans zu schaffen, muß uns als eine Ehrensache gelten.“ Das Arbeitsfeld der Stehler Missionare, welches bereits im August 1912 zu der kirchlich selbständigen Präfektur Niigata erhoben wurde, umfaßt die Bezirke Akita, Yamagata, Tohama, Ishikawa, Fukui, zieht sich also in langer Linie der japanischen Westküste entlang. Wichtige Zentren, wie Kanazawa, die bedeutendste Stadt des Westens, und Tsuruga, der neue Welthandelshafen mit seinen unbegrenzten Zukunftsaussichten, gehören zu diesem Missionsgebiet deutscher Missionare. In allen bisher besetzten Plätzen, in Akita, Tsurugaraka, Niigata, Tabata, Tohama, Kanazawa erteilen die Missionare schon jetzt deutschen Sprachunterricht, der besonders von japanischen Offizieren gern besucht wird. In Kanazawa besteht ein Studentenheim, dessen allerdings noch spärliche Insassen (etwa 10) gleichfalls mit dem Deutschen vertraut werden. Die Gründung einer japanischen Zeitschrift ist geplant. In derselben Weise arbeiten die deutschen Franziskaner in ihren fünf Stationen auf Hokkaido (Sapporo, Hakodate, Mororan, Kutchan, Schiraoi). So sind nach der kurzen Zeitpanne von fünf Jahren bereits 35 deutsche Missionare und neun Missionschwester am Werk und haben eine stattliche Zahl von Arbeitszentren geschaffen, Zentren, die keinerlei politischen Zwecken dienen, aber ganz von selbst durch die Folgen ihrer Tätigkeit Sympathien für unsere Nation wecken und Fäden anknüpfen, die den Einfluß deutscher Wissenschaft, unserer Industrie und unseres Handels zu heben geeignet sind.

Fischverwertung und Fleischversorgung an der Westküste Afrikas.

Von Prof. H. Ziemann, Charlottenburg.

Der Umstand, daß neuerdings von Fischereiprojekten an der Westküste Afrikas, und zwar sowohl bezüglich Deutsch-Südwests wie Kameruns in der Presse die Rede gewesen ist, veranlaßt mich, auf die betreffenden Punkte hier kurz einzugehen.

Es ist das um so mehr gerechtfertigt, wenn man sieht, welche ungeheuren Reichtümer speziell England und Japan durch ihre Seefischerei aus dem Meere zu gewinnen vermögen.

Tatsache ist ja, daß an der Westküste des tropischen Afrika eine außerordentliche Aufnahmefähigkeit für den Import von Fischen besteht. Nicht überall sind die westafrikanischen Flüsse fischreich. Die vielfachen Randgebirge ließen das Zustandekommen ruhig dahinfließender weiter Ströme nur in beschränktem Maße zu. Jedenfalls ist die Flußfischerei in Westafrika nicht im entferntesten imstande, den Bedarf der Eingeborenenbevölkerung an Fischen zu decken. Es trifft das wohl für die meisten Plätze der Erde zu, da eine Fischversorgung im großen überall nur durch die Bestände des Meeres gewährleistet wird. An der Westküste Afrikas selber aber hinderte vielfach auch der Mangel an geeigneten Hafenplätzen das Zustandekommen einer Seefischerei der Eingeborenen, wie man sie an vielen Plätzen in Amerika, der Südsee und Asien beobachten kann.

Betrachten wir nun dort zunächst den gegenwärtigen Stand der Seefischerei, wie ich ihn selbst bei zahlreichen Fahrten und auf Grund von Erkundigungen glaubte feststellen zu können.

Ich bemerke von vornherein, daß diese Zeilen nicht im geringsten Anspruch auf genauere Details machen, sondern mehr orientierenden Charakter haben sollen.

Wir können dann, von Norden nach Süden vorgehend, folgendes feststellen:

An der westmarokkanischen Küste scheint ein ziemlich erheblicher Fischreichtum zu bestehen, was ja auch daraus hervorgeht, daß schon mancher deutsche Fischdampfer bis dorthin seine Fahrten unternimmt. Auch in der Umgegend von Madeira, Teneriffa usw. scheint der Fischreichtum des Meeres ein ziemlich großer zu sein, wie man aus dem nicht seltenen Vorkommen von Wal-

und Haifischen und den reichen Fischbeständen auf den Märkten dieser Inseln schließen kann.

Die Fischerbevölkerung der Kanarischen Inseln treibt jedenfalls schon eine Art primitiver Hochseefischerei, auch in unserem Sinne, indem die betreffenden Fischerboote, die etwas an unsere Fischerkutter erinnern, zum Teil wochenlang auf See sind.

In Sierra Leone, also an der Küste von Oberguinea, wird auch noch eine Art Hochseefischerei betrieben, wenn auch längst nicht so ausgedehnt wie bei den Kanarischen Inseln. Das Vorkommen der Fische scheint dort noch ziemlich befriedigend zu sein.

An der sandigen Küste Oberguineas, Togos, Dahomes, Lagos' tritt die Hochseefischerei ganz zurück. Die Eingeborenen gehen dort wohl in die See zum Fischfang, benutzen aber nur Kanus, die oft ziemlich primitiver Art sind, mit denen sie sich nie länger als höchstens einen Tag auf See aufhalten. Die oft schwere Brandung wirkt auch nicht gerade begünstigend auf den Fang ein. Dafür steht die Fischerei in den mit der See in Verbindung stehenden Lagunen um so mehr in Blüte.

Auch an der Küste Unterguineas besteht eine eigentliche Hochseefischerei nicht, obgleich dies bei dem Vorhandensein mancher relativ guter Häfen an sich sehr wohl möglich wäre, genügende Mengen von Fischen vorausgesetzt.

Ich hatte Gelegenheit, während meines Dienstes in Kamerun die Fischereiverhältnisse des Kamerunflusses ziemlich genau kennen zu lernen, da ich die jeweiligen Verwalter des Küsten-sanatoriums Suellaba stets zu einem intensiven Fischfang im Interesse der Europäer und der Eingeborenen anhielt. Tatsache ist, daß dort, speziell in der Trockenzeit, zeitweise ziemlich erhebliche Mengen, auch von Edelfischen, gefangen und daß auch zum Teil schon ziemlich befriedigende Versuche mit der Räucherung von Fischen gemacht wurden. Leider verboten die Brandungsverhältnisse, da uns nur einfache Kanus zur Verfügung standen, die Fischerei auch in der offenen See systematisch zu erproben und wurde daher fast immer nur in dem Brackwasser des Kamerunflusses selbst gefischt. Indes war die Haltbarkeit der getrockneten, beziehungsweise geräucherten Fische in dem feuchten Tropenklima eine beschränkte. Auch waren die Ergebnisse in den einzelnen Jahren ziemlich ungleich. Sehr stark kann aber der Fischreichtum dort auch in der offenen See nicht gewesen sein, da, abgesehen von der Gegend zwischen der Kamerun vorgelagerten gebirgigen Insel Fernando Po und der Küste des Kamerungebirges, Raubfische an der eigentlichen Kamerunküste wenig gesehen wurden. In der Nähe der erwähnten Felsenküsten, die auch weit klareres Wasser aufweisen als die übrige Kamerunküste, scheinen die Fangverhältnisse wieder etwas besser zu sein.

Einen sehr ergiebigen Fischfang habe ich gelegentlich bei Kap Lopez, französisches Kongogebiet, beobachten können, wo schon bei einem sehr primitiven Fischfang mit dem Boot vom Ufer aus in der Trockenzeit eine ungeheure

Menge von äußerst wohlgeschmeckenden Karpfen gefangen wurde. Eine Hochseefischerei findet aber auch dort nicht statt. An der Mündung des Kongo dürften im allgemeinen ähnliche Verhältnisse herrschen wie an der Mündung des Kamerunflusses und der englischen Flüsse.

Ziemlich reich scheint die Küste von Portugiesisch-Angola zu sein, was man schon aus der erheblichen Menge der dort befindlichen Haifische schließen kann, die auf Haifangeln, wahrscheinlich infolge des Vorhandenseins anderer Nahrung, nur schwach anbeißen. In allen Fischmärkten von Angola kann man große Mengen von Fischen beobachten, die von den Eingeborenen, die dort fischende Segelboote benutzen, zu Markt gebracht und auch für den Export getrocknet werden. Die Fische von Angola wurden eine Zeitlang von portugiesischen Fischern bis nach Lagos geschafft, von wo sie durch die europäischen Kaufleute an der westafrikanischen Küste vertrieben wurden, ohne aber bei den Eingeborenen denselben Anklang zu finden, wie die von Nordeuropa bzw. Island eingeführten getrockneten Fische, da sie sich nicht entfernt so lange wie die letzteren hielten. Ich selber habe immerhin in der St.-Lucia-Bai in Angola in dem dortigen kristallklaren Wasser eine erstaunlich Menge von Fischen beobachten können, so daß man fast den Eindruck gewann, als ob eine lebende Mauer von Fischen sich durch das Wasser bewegte. Es ist nicht uninteressant, darauf hinzuweisen, daß dieser zum Teil erhebliche Fischreichtum an der Küste von Angola erst auftritt, wenn der Einfluß des vom Kaplande an der Küste Südwestafrikas vorbeistreichenden kalten Meeresstromes sich bemerkbar macht.

Für die deutschen Kolonien an der Westküste Afrikas würde es jedenfalls von ungeheurem wirtschaftlichen Werte sein, wenn wir wenigstens die große Fischbucht in Südanthola abgetreten bekämen, wo dank der außerordentlichen Menge von Fischen und der Trockenheit des Klimas alle Bedingungen für Fischfang im großen gegeben wären, und von wo ganz Kamerun und die Kongokolonie mit getrockneten Fischen versehen werden könnten. Die betreffende Bucht bietet ja auch den gegebenen sonstigen wirtschaftlichen Zugang von der Küste zum Ovambolande. Bis jetzt liegen die Verhältnisse so, daß die portugiesischen farbigen Fischer die Trocknung nur sehr nachlässig betreiben, so daß die Fische dem baldigen Verderben ausgesetzt sind.

Ähnlich wie an der Angolküste liegen nach meinen Erkundigungen die Verhältnisse an der Küste von Deutsch-Südwest. Ich habe Photographien von Woermannsdampfern gesehen, wo die Kapitäne innerhalb weniger Stunden das ganze Achterdeck ihres Schiffes mit lebenden Fischen vollgeladen hatten, während in anderen Jahren die Fischfangversuche nur einen äußerst bescheidenen Ertrag ergaben. Ich selbst beobachtete in einer Bucht, südlich von Lüderitzbucht, einen Fischzug mit der Richtung zur Küste, der eine geradezu ungeheure Menge von Fischen ahnen ließ.

Im Zusammenhang mit dem eigentlich großen Fischreichtum an der Felsenküste von Deutsch-Südwestafrika scheint auch das zahlreichere Vor-

kommen von Waleen dort zu stehen. Auf dem kleinen Kanonenboot S. M. S. „Phäne“, 1895, habe ich einmal eine Herde von 65 kleinen Waleen dicht längs des Schiffes in der Gegend zwischen Mossamedes und Bengula dahinschwimmen sehen.

Trotzdem bestehen eine systematische Kenntnis über Fischfang und seine zweckmäßigste Methode, Arten der Fische, jahreszeitliches Vorkommen derselben sowie Möglichkeit ihrer Verwertung im großen noch keineswegs. So allein konnte es kommen, daß die subjektiven Anschauungen einzelner, die zufällig an einem Orte eine große Menge von Fischen gesehen hatten, den Glauben entstehen ließen, als ob die Küste Afrikas außerordentlich fischreich wäre.

Ich erinnere mich, seinerzeit Kenntnis von einem Fischereiprojekt an der Westküste Afrikas bekommen zu haben, wo allein auf die subjektiven Angaben einzelner hin eine große Gesellschaft mit gutbezahlten Direktoren gegründet wurde, ohne daß vorher eine kritisch geprüfte genügende Basis gewonnen war.

Um demgegenüber bei dem außerordentlichen Mangel an wirklich verlässlichen und systematischen Nachforschungen über den eventuellen Fischreichtum Westafrikas, denselben mehr verwendet sehen zu können, **hatte ich daher seinerzeit amtlich vorgeschlagen:**

1. Daß an Bord der westafrikanischen Stationäre künftig mindestens je ein Offizier bzw. Arzt sein müßte, der auf einem Fischereikreuzer in der Nordsee und auf der biologischen Station in Helgoland eine gründliche Ausbildung in der Fischerei erhalten hätte, und daß, wenn möglich, auch gelernte Fischer auf den betreffenden Stationären Verwendung finden sollten;

2. Daß speziell in Kamerun allmählich eine Eingeborenen-Küstenschifffahrt eingerichtet würde, um bei der zunehmenden Teuerung der Lebensverhältnisse an der westafrikanischen Küste und der teilweisen erheblichen Unterernährung der Eingeborenen an tierischem Eiweiß die Fischerei auf einer umfassenderen Basis als bisher betreiben zu können. Jetzt liegen die Verhältnisse so, daß eine relativ nur kleine Anzahl von Eingeborenen in Duala mit Kanus nach dem Kamerunbecken fährt, dort einige Wochen Fischfang treibt und die Fische trocknet und verkauft, während in der eigentlichen Regenzeit die Fischerei noch mehr eingeschränkt wird. Bei den primitiven Mitteln der Eingeborenen erfolgt die Trocknung, wie schon angedeutet und wie überall in Afrika, recht ungenügend. Jedenfalls sind diese getrockneten Kamerunfische, noch weit mehr als die Angolafische, dem baldigen Verderben ausgesetzt. Es ist klar, daß man mit seegehenden Fischerfaltern bedeutend größere Erträge erzielen könnte, und daß bei rationellerer Räucherung sich auch die Konservierung besser gestalten müßte. Da alle Neger, auch die Zulusnegers, getrocknete Fische leidenschaftlich gern essen, die Möglichkeit einer allgemeinen Fischversorgung mit nordeuropäischem getrockneten Stodfisch wegen des Transportes und der Zölle ziemlich teuer kommt, würde **eine**

großzügig betriebene Hochseefischerei an den gebirgigen Küsten Kameruns für die Verpflegung des Hinterlandes eventuell von außerordentlichem Segen sein, falls überhaupt genügend Fische vorhanden sind. Deshalb aber müßte, wie gesagt, durch die Beihilfe der Marine eine Grundlage geschaffen werden.

Ich hatte mir die Sache so gedacht, daß vielleicht der Deutsche Seefischerei-Verein und eventuell auch das Gouvernement an zwei miteinander zusammenarbeitende deutsche zuverlässige Fischer zunächst eine Subvention geben würden, daß ferner ein deutscher Fischerfutter den betreffenden europäischen Unternehmern für einen billigen Preis, vielleicht zunächst mietweise, überlassen würde, und daß sich die Unternehmer dafür verpflichten müßten, im Laufe der Jahre eine Anzahl Farbiger als Küstenschiffer und Fischer auszubilden. Auch scheint mir diese Art des Versuchs bedeutend praktischer zu sein, als wenn eine Aktiengesellschaft oder eine G. m. b. H. mit soundso viel Aufsichtsräten in Deutschland und bezahlten Angestellten in Afrika die Sache in die Hand nähme. Personenfrage ist in Afrika alles, und da scheint mir persönlich ein eigener Unternehmer, der in seine eigene Tasche wirtschaftet, von vornherein mehr Gewähr des Gelingens zu geben. Es kommt noch hinzu, daß Kamerun jetzt einen guten Hafen in Rio del Rey, einen in Duala und einen in der Corisubucht hat, daß, mit anderen Worten, die Küstenausdehnung Kameruns bedeutend größer geworden ist und daher der Warenaustausch eine stete Erweiterung erfährt. Möglich, ja wahrscheinlich, daß eine derartige Küstenschiffahrt, wenn auch genügend hygienisch kontrolliert, den Küstenverkehr selbst mit Oberguinea beleben könnte. Mancher Sack Mais aus Togo könnte auf diese Weise eventuell mehr nach Kamerun gelangen. Ich würde es nur begrüßen, wenn später auch farbige Unternehmer solche Küstenschiffahrt betreiben würden.

Ich komme nun zu der Frage der Fleischversorgung und = Verwertung an der westafrikanischen Küste. Es sei hier gleich bemerkt, daß statistische Daten über das Vorhandensein von Rindern, Pferden, Schafen, Ziegen in den einzelnen Kolonien noch nicht aufgestellt werden konnten, da mit Ausnahme von Südwest es sich um tropische Kolonien handelt, in denen die Verhältnisse erst im Werden sind.

In Oberguinea scheint der Viehreichtum ein nicht unerheblicher zu sein. Einer der Hauptgründe hierfür dürfte der sein, daß ziemlich gute Karawanenwege aus dem gesünderen und viehreicheren Hinterlande zur Küste benutzt werden können. (Wer zum Beispiel die großen Stapel von getrockneten Fellen an den Küstenplätzen der französischen Kolonie Konakry gesehen hat, muß als Deutscher den dringenden Wunsch haben, daß ähnliche Verschiffungen auch in unseren Kolonien bald möglich sein möchten.)

In Togo ist der Viehreichtum an der Küste infolge der Tsetsekrankheit ein ziemlich geringer; aber auch die Viehbestände des Hinterlandes sind zum Teil noch nicht derart, daß Togo in naher Zukunft als Vieh exportierendes

Land in Frage käme. Möglich, ja wahrscheinlich, daß mit dem Ausbau des Bahnnetzes sich diese Verhältnisse sehr zum Besseren ändern werden. **Ein Tierarzt, der für die Viehzucht in Frage kommen könnte, ist leider noch nicht angefordert.** Dabei haben wir im Hinterlande Lagos schon mehrfach verheerende Tierseuchen gehabt.

Die Versorgung der Küste von Lagos ist infolge der Erschließung des Landes durch die Bahn und durch die relativ gesunden Transportwege mit Vieh ziemlich gesichert. Ich fand die Fleischpreise dort, ebenso wie in Togo, auch erheblich geringer als in Kamerun.

In Kamerun ist an der Küste der Bestand an einheimischen Rindern nur ein außerordentlich geringer. Wir haben dort den sogenannten Bakoffischlag, ein kleines, wohlgestaltetes, halbwildes Rind, welches in den Gebirgen der Küste, dort, wo es der Tsetsegefahr nicht ausgesetzt ist, gut gedeiht, während es an der Küste der von mir an anderer Stelle beschriebenen Trypanosomavivax-Infektion meist schnell zum Opfer fällt.

Im Hinterlande, speziell in Adamaua, kommt in erster Linie das Haussa- oder Buckelrind in Frage, ein Tier, welches bei guter Pflege eine recht stattliche Größe erreichen kann. Auf dem Transport zur Küste gehen aber große Mengen dieser Rinder vor allem an der Tsetsekrankheit zugrunde, bzw. sie kommen äußerst abgetrieben dort an. Jedenfalls zeigt das Fleisch dieser aus den trockenen Hochländern des Hinterlandes stammenden Rinder weniger Schlachtwert als das oben erwähnte Bakoffirind. Auch die Verseuchung der einheimischen Rinder durch Wurmkrankheiten ist eine ganz außerordentliche. Jedenfalls ist der Antrieb aus dem Hinterlande nach der Küste nicht ausreichend genug, um eine völlige Befriedigung des Fleischhungers der Eingeborenen im allgemeinen und der Arbeiter der Bahn, der Pflanzungen im besonderen, zum Teil auch der Europäer selber zu ermöglichen.

In Buca im Kamerungebirge besteht schon seit Jahren auf Veranlassung des früheren Gouverneurs v. Puttkamer eine segensreiche Rinderzucht mit Ngäuer Rindern, um Kreuzungsversuche mit den Bakoffi- und Haussarindern zu machen und dadurch den Schlachtwert der einheimischen Rinder zu erhöhen, ferner um auch die Milchproduktion der einheimischen Schläge zu steigern, da diese, wie bei allen tropischen Rassen, eine außerordentlich geringe ist. Dieser Mangel an Milch in Westafrika ist aber für die Kinderernährung von der allergrößten Bedeutung.

Die Gründe der allgemeinen Vieharmut Niederguineas, soweit es sich nicht um Steppen- und Hochlandsgebiete handelt, habe ich schon früher ausführlich dargelegt¹⁾. Ich möchte hier die Gründe kurz recapitulieren. Es sind:

1. Die vielfachen Tierkrankheiten, speziell der Rinder, zu denen in erster Linie die Trypanosomenerkrankungen zu rechnen sind und die Piroplasmose,

¹⁾ H. Ziemann, Zur Bevölkerungs- und Viehfrage in Kamerun, „Mitteilungen von Forschungsreisenden usw. in Deutschen Schutzgebieten“, Juli 1904.

eine Erkrankung, bei der es durch Biß bestimmter Zecken zur Einimpfung malariaähnlicher Parasiten der roten Blutkörper kommt;

2. das außerordentlich häufige Auftreten von Raubtieren, das mich schon damals zu dem Vorschlage veranlaßte, Raubtierfallen weit mehr als bisher an die einzelnen Bezirke zu verteilen und den Eingeborenen außer Geldprämien auch gewisse äußere Ehrenzeichen für jedes erlegte oder gefangene größere Raubtier zu geben und so die Eitelkeit des Negers wirksam auszunutzen;

3. das außerordentlich mangelnde Verständnis für Viehpflege seitens der Eingeborenen, wodurch sich der Bantuneger des tropischen Afrika weit von dem Hirtenvolk der Herero, der Watussi und anderer unterscheidet. Das kann nur durch immer erneute Belehrung und Beispiele anders werden;

4. das sinnlose Hinschlachten von Vieh bei den Totenfesten, wodurch es kommt, daß bei manchen Stämmen manchmal bis Hunderte von Schafen und Ziegen, die eventuell den so spärlichen Rest des Viehbestandes von einem Dorfe darstellen, bei dem Tode eines besseren Farbigen hinge geschlachtet werden, wodurch eine Nachzucht sehr erschwert ist.

Die Folge des Viehmangels ist, daß zum Teil ungeheure Preise für Fleisch seitens der Eingeborenenbevölkerung gezahlt werden. Zum Beispiel wurde mir in den Einöden des großen Kamerungebirges für eine einzige Ziege der Preis von, sage und schreibe, 60 Mark abverlangt. Dieser Viehmangel ist um so bedauerlicher, als die Eingeborenen auch sonst wegen des Mangels an Körnerfrüchten, an Unterernährung leiden. Ich kann in der Beziehung auf zwei andere Vorträge verweisen¹⁾.

Es müßte also alles getan werden, um diesen Mangel an tierischem Eiweiß durch Verbesserung der Fleisch- und Fischernährung zu beseitigen. Um nun den Bedarf an Vieh, speziell an Rindvieh zu decken, habe ich daher seinerzeit auf Grund von zwei bis in die Hochländer des Manenguba bzw. nach Bamum ausgedehnten Expeditionen vorgeschlagen, alles daran zu setzen, um die rinderarmen Hochländer Kameruns, auch südlich von Adamaua, mit Rindern zu bestocken. Hierzu ist aber notwendig, die zur Neubestockung notwendigen Rinder unter ständiger tierärztlicher Aufsicht zu halten, was bei dem jetzigen Mangel an Tierärzten ausgeschlossen ist. Ferner ist es nötig, den bisherigen Modus aufzugeben, wonach das Referat über Viehzucht dem landwirtschaftlichen Referat angegliedert ist. Ich betone immer wieder, ich halte das für einen Kardinalfehler, ohne dessen Beseitigung wir keine Fortschritte in der Viehzucht machen werden. In den Tropen ist zurzeit die tropische Viehzucht noch viel zu sehr verknüpft mit den Fragen der tropischen Tierpathologie, und hier hat eben der Tierarzt das Wort und nicht der Landwirt. England hat selbst in dem subtropischen Südafrika erst vor wenigen

¹⁾ H. Ziemann: Ueber das Bevölkerungs- und Rassenproblem. (Ein koloniales Programm.) Süsserrot, Berlin. Dezember 1912.

²⁾ H. Ziemann: Wie erobert man Afrika für die weiße und farbige Rasse (Internationaler Hygiene-Kongreß 1907). Leipzig. Ambrosius Barth.

Jahren das tierärztliche Referat dem landwirtschaftlichen angegliedert, nachdem schon eine Konsolidierung der Verhältnisse eingetreten war und sich ähnliche Zustände wie in Europa herausgebildet hatten.

Bis wir aber den großen Bedarf für die europäische und eingeborene Bevölkerung der Küste aus dem Hinterlande mit wirklich vollwertigem Vieh werden decken können, dürften noch Jahre vergehen. Vollwertiges Schlachtvieh erhalten in Kamerun eigentlich nur die in Buea und dessen Umgebung beheimateten Beamten und Offiziere. An der Küste selber wird das von Deutschland und vor allen Dingen von England importierte gefrorene Fleisch mit größtem Vergnügen abgenommen. Ich kann nur sagen, daß die Qualität des englischen Fleisches, welches aus Kanada bzw. Australien stammte, durchschnittlich noch besser war als das des einheimischen Viehs, wenn es auch dem von deutschen Dampfern eingeführten deutschen Fleisch meist nachstand.

Für die Küstengegend des französischen und belgischen Kongo steht es bezüglich der Fleischversorgung und -Verwertung ähnlich wie in Kamerun, ja, noch schlimmer, insofern, als dort die viehreichen Hochländer, die in Kamerun einen erheblichen Zukunftswert darstellen, fehlen.

In Angola fanden wir eine ziemlich reichliche Menge von Vieh. Wir haben dort den von den Portugiesen seinerzeit eingeführten langhornigen romanischen Schlag.

Die Fleischversorgung mit tierischem Eiweiß ist, da, wie wir gesehen haben, dort auch der Fischfang ein erheblicher ist, jedenfalls gesichert.

In Südwestafrika, wo die Frage des Fischfanges noch keine genügende Regelung gefunden zu haben scheint, haben wir wenigstens eine in aufsteigender Linie befindliche Viehzucht, die danach drängt, Absatzprodukte zu finden.

Neuerdings hat man nun, wie schon oben erwähnt, den Antrag gestellt, südwestafrikanisches Vieh nach Deutschland zu transportieren, um der hiesigen Fleischteuerung zu begegnen. Es ist schon von anderer Seite darauf hingewiesen worden, daß Südwestafrika zurzeit noch nicht im geringsten imstande ist, diese Aufgabe nennenswert zu erfüllen. Dagegen dürfte sich meines Erachtens für die Landwirte Deutsch-Südwestafrikas eine Möglichkeit bieten, den Ueberschuß ihres Viehes in Kamerun, vielleicht auch im Kongogebiet abzusetzen, da, wie schon erwähnt, die Küstengegend zurzeit noch nicht genügend frisches Vieh bekommt. Bedingung wäre:

1. daß die Verkaufspreise in Südwest niedrig gehalten werden,
2. dito die Frachtpreise, unter gleichzeitiger Vermehrung der direkten Verbindungen,
3. daß eine Vieh-Quarantänestation in Duala, wie ich schon seinerzeit beantragt hatte, errichtet wird, und
4. um das junge Unternehmen zu sichern, die Pflanze im Kamerungebirge, die Bahngesellschaft von Lenz & Co., die ja über 5000 Arbeiter beschäf-

tigt, und ferner Unternehmer für die Fleischversorgung der europäischen und farbigen Kameruner Küstenbevölkerung sich zusammenschließen und Kontrakte mit den südwestafrikanischen Farmern eingehen.

Ich bin der festen Ueberzeugung, daß die damit erfolgende Verbesserung der Fleischernährung der Eingeborenen in Kamerun sich durch bessere körperliche Leistungen und eine festere Gesundheit bald bezahlt machen würde.

Schl u ß ä ß e.

1. An der Westküste Afrikas ist ein systematisches Studium der Fischereiverhältnisse notwendig, die am besten durch hierzu besonders ausgebildete Offiziere und Mannschaften der Marinestationäre zu bewerkstelligen ist, um im Verlauf mehrjähriger Beobachtungen ein allgemeines Bild über die Fischerei an der Küste zu gewinnen. An den Erkundigungen hätten sich auch die Kapitäne der deutschen Dampfer durch routinemäßige Beantwortung von bestimmten Fragebogen zu beteiligen.

2. An der Westküste Afrikas ist der Versuch zu machen, eine Küstenschiffahrt zum Betriebe der Hochseefischerei und der eigenen Schifffahrt zu errichten.

3. Es sind Anstrengungen zu machen, um ein genossenschaftliches Zusammenwirken der Viehproduzenten in Deutsch-Südwestafrika mit Interessenten in Kamerun herbeizuführen, und zwar zunächst den Leitern der größten landwirtschaftlichen Betriebe, der Bahnbauten und drittens der Unternehmer, welche die Fleischversorgung der europäischen und Eingeborenenbevölkerung regeln. (Neuerst wünschenswert wäre es, wenn in Südwestafrika auch die Geflügelzucht sich entwickeln könnte, damit der Geflügelsteuerung an der tropischen Küste Westafrikas durch vermehrten Import gesteuert werden könnte.

4. Die Zahl der Tierärzte in Togo und Kamerun ist zu vermehren, um die Tierkrankheiten besser bekämpfen zu können, und gleichzeitig, wie ein **koloniales Seuchengesetz**, auch ein **koloniales Viehseuchengesetz** inkl. Bestimmungen über Viehquarantäne, zu schaffen.

Die Laufbahn der deutschen Kolonialbeamten.

Von L. Högrefe.

Von den Anstellungsverhältnissen der deutschen Kolonialbeamten hat man im Publikum meist keine rechte Vorstellung. Man ist der Meinung, für unsere Schutzgebiete gebe es ebenso eine besondere Laufbahn der Beamten, wie wir sie z. B. bei der Eisenbahn, der Post, der Regierung, dem Zoll- und Steuerwesen usw. haben. Das ist irrtümlich; die Kolonialbeamten setzen sich vielmehr fast durchweg aus geeigneten Beamten der Reichs- oder heimischen Staats- oder Gemeindeverwaltungen zusammen. Eine Ausnahme bildet nur die Postverwaltung, da die Postanstalten der Schutzgebiete dem Reichspostamte unterstehen und deshalb auch ausschließlich mit Fachbeamten der drei deutschen Postverwaltungen besetzt werden.

Es ist allerdings schon einmal in Deutsch-Ostafrika der Versuch gemacht worden, der mittleren Beamtenlaufbahn durch Ausbildung von Kolonialelaven einen Nachwuchs

reiner Kolonialbeamten zuzuführen. Dieser Versuch ist indes verhältnismäßig rasch aufgegeben. Die Ausbildung im Schutzgebiete war wohl eine zu einseitige, als daß man nach Ablauf der Tropendienstzeit oder bei eintretender Tropendienstuntauglichkeit diese Beamten hätte entsprechend in der Heimat verwenden können. Auch der vor einigen Jahren im Reichstage ausgesprochene Wunsch, geeignete junge Kaufleute in den Schutzgebieten zu übernehmen, ist nicht in großem Umfange zur Ausführung gekommen, da die übliche kaufmännische Ausbildung selbst nach einem längeren Besuche einer Handelshochschule kaum hinreichend sein dürfte zur selbständigen Ausfüllung eines mittleren Beamtenpostens.

Diese Ergänzung der Schutzgebetsbeamten ist bedingt durch die verhältnismäßig kurzen Dienstperioden in den Kolonien. Die Verpflichtungsdauer beträgt jetzt für Kamerun und Togo anderthalb Jahre, für Ostafrika zwei Jahre, für die übrigen Schutzgebiete drei Jahre. Wer dagegen etwa neben seiner Ausbildungsbeschäftigung im Reichskolonialamt noch anderweitig auf Kosten des Reichs vorgebildet wird, z. B. auf dem Seminar für orientalische Sprachen in Berlin, der Handelshochschule in Berlin oder dem Hamburgischen Kolonialinstitut, hat sich zur Ableistung von mindestens zwei Dienstperioden zu verpflichten. Nach Ablauf jeder Dienstperiode haben die im Schutzgebetsdienste verbleibenden Beamten Anspruch auf einen etwa viermonatigen Heimatsurlaub unter Fortbezug des Gehaltes und Gewährung einer Reisebeihilfe (auch für die Familienmitglieder). Es ist nun ausgeschlossen, alle die Beamten, die aus irgendwelchen Gründen nicht wieder in den Kolonien zur Verwendung gelangen können, in das Reichskolonialamt zu übernehmen. Deshalb greift man auf die anderen heimischen Verwaltungen zurück und erwirkt für die Beamten eine Beurlaubung aus ihrem Dienstverhältnis dergestalt, daß sie nach Ablauf der Kolonialdienstzeit unter Wahrung ihres Dienstalters in ihre heimische Stellung zurücktreten können.

Noch weniger läge es im Interesse der Beamten oder des Reichs, wenn die Beamten bei jeder eintretenden Unfähigkeit für den Kolonialdienst ohne weiteres pensioniert würden.

Es kommen also - in wenigen Sätzen zusammengefaßt - für die mittlere Beamtenlaufbahn nur solche Bewerber im Alter von mindestens 24 Jahren in Betracht, die im Deutschen Reich bereits als Beamte tätig waren und die entsprechenden Prüfungen bestanden haben, und für die höhere Laufbahn Gerichts- und Regierungskassensachverständigen oder jüngere Richter im Staatsdienste. Von letzteren werden in Zukunft die Beamten bevorzugt, die als Referendare aus eigenen Mitteln einen Teil des Vorbereitungsdienstes bei den Gerichten in Ostafrika, Südwestafrika oder Kamerun abgeleistet haben.

Selbstverständlich muß der Beamte seiner Dienstpflicht genügt haben oder militärfrei sein.

Zum besseren Verständnis seien hier die Anstellungsbedingungen für den mittleren Bureaubeamten ausführlich mitgeteilt.

Die Bewerber für den Bureau-, Kassen- und Rechnungsdienst müssen im Besitze des Berechtigungsscheines zum einjährig-freiwilligen Militärdienst sein, die Gerichtsschreiberprüfung oder die entsprechende staatliche Prüfung für den Verwaltungs- oder Eisenbahndienst bestanden und einige Jahre selbständig die Stelle eines Bureau-, Kassen- oder Rechnungsbeamten bekleidet haben. Sind für eine Beamtenlaufbahn mehrere Prüfungen vorgeschrieben, so findet die Annahme nicht vor Ablegung der letzten Prüfung statt. Voraussetzung ist ferner, daß den Beamten von ihrer heimischen Behörde für die Dauer ihrer Tätigkeit im Dienste der Schutzgebiete Urlaub erteilt oder doch für den Fall des Ausscheidens aus diesem Dienste die Rückübernahme in den heimischen Dienst unter Wahrung des Dienstalters zugesichert wird.

Die Bewerber müssen körperlich tropendiensttauglich, etwa 24 bis 30 Jahre alt sein, der Militärpflicht genügt haben oder vom Militärdienst endgültig befreit sein.

Die Entsendung Verheirateter kann nicht überall in Betracht gezogen werden, da auf die Wohnungs- usw. Verhältnisse Rücksicht genommen werden muß.

Die Annahme erfolgt nach Maßgabe des Bedarfs und der Qualifikation. Besondere Wünsche hinsichtlich der Wahl des Schutzgebietes werden berücksichtigt; auch werden Meldungen für bestimmte Schutzgebiete entgegengenommen.

Der Entsendung in die Schutzgebiete geht, soweit tunlich, ein Besuch des Seminars für Orientalische Sprachen und der Handelshochschule in Berlin oder des Kolonialinstituts in Hamburg -- unter Umständen auch eine Beschäftigung im Reichskolonialamt -- voraus. Die Dauer der Vorbildung beträgt etwa ein Jahr. Während dieser Zeit werden die Beamten nach folgenden Sätzen entschädigt:

a) Die bereits etatmäßig im heimischen Dienst angestellten Beamten erhalten ihr etatmäßiges Gehalt zuzüglich des für ihre Beamtenklasse zuständigen Wohnungsgeldzuschusses der Reichsbeamten ihres neuen Stationsortes, mindestens aber den Mindestsatz unter b;

b) die übrigen Beamten erhalten die für sie bei der Heimatverwaltung zuständigen laufenden Gebühren, zum mindesten indes jährlich 1800 Mark.

Die auf Kosten des Reichs in Berlin oder Hamburg besonders vorgebildeten Beamten müssen sich zur Ableistung zweier Dienstperioden in den Schutzgebieten -- mit Ausnahme von Neu Guinea --, sonstige Bewerber zur Ableistung einer Dienstperiode verpflichten.

Für die Ausreise in das Schutzgebiet und für die Heimreise nach beendeter Dienstverhältnis wird reichliche Vergütung gewährt. An allgemeinen Umzugskosten, insbesondere für Zwecke der Ausrüstung, erhalten die Bewerber bei der ersten Ausreise eine Vergütung von 1000 Mark.

Das Gesamteinkommen im Schutzgebiet beträgt 5400 Mark jährlich, steigend in 6½ Jahren bis auf 7800 Mark und in weiteren 9 Jahren bis auf 9000 Mark. Daneben wird im Schutzgebiet freie Wohnung oder an deren Stelle eine angemessene Entschädigung und, soweit möglich, freie ärztliche Behandlung und bei Aufnahme in Lazarette freie Verpflegung gewährt. Die aus gleichwertigen Beamtenklassen in den Schutzgebieten übernommenen Beamten rücken mit dem Tage des Eintreffens im Schutzgebiet in die ihrem Heimatgehalt entsprechende Gehaltsstufe ein. Diese wird in der Weise ermittelt, daß der Unterschiedsbetrag zwischen dem pensionsberechtigenden Anfangsgehalte der Stelle im Schutzgebiet und dem erdienten höheren Heimatgehalt dem Anfangssatz der Stellenbesoldung im Schutzgebiet hinzugerechnet wird.

Die Möglichkeit des Aufstiegs in die höher besoldeten Stellen der Kalkulatur-, Kassen-, Bureau- und Hauptmagazinvorsteher (Gesamteinkommen 6900 bis 10 800 Mark) ist gegeben. Die etatmäßige Anstellung als Sekretär kann, sofern freie Stellen vorhanden sind, zu Beginn der zweiten Dienstperiode erfolgen. --

Mit Ausnahme der Fähigkeiten für das zu übernehmende Amt, der Gehaltsätze und der Reisegebühren entsprechen diese allgemeinen Annahmebestimmungen im großen und ganzen denen aller Beamten. Welche Anforderungen an die Bewerber für die einzelnen Ämter gestellt werden, ist nachstehend kurz aufgeführt.

Höhere Baubeamten. Regierungsbaumeister mit günstigen Zeugnissen über ihre Vorbildung und Prüfungen, die im heimischen Staatsdienste stehen und bereits einige Zeit praktisch tätig gewesen sind. Andere Bewerber werden erst in zweiter Linie berücksichtigt.

* **Höherer Forstdienst.** Forstassessoren oder jüngere Oberförster aus dem Staatsdienst.

Ärzte müssen die ärztlichen Prüfungen bestanden haben und mindestens zwei Jahre praktisch tätig gewesen sein. Bevorzugt werden die Inhaber des Physikalischen Zeugnisses. Zweimonatige Vorbildung am Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten in Hamburg.

Landwirtschaftliche Sachverständige. Reisezeugnis einer höheren neunmonatigen Schule, Kenntnis der englischen Sprache, Befähigungsnachweis als Tierzuchtinspektor und für das landwirtschaftliche Lehramt (erworben an den zuständigen Hochschulen) oder Diplomlandwirt (München oder Hohenheim) oder Doktorpromotion nach mindestens dreijährigem Studium der Landwirtschaft. Kenntnis in pflanzenzüchterischen Arbeiten. Nicht über 30 Jahre alt.

Höhere Lehrer. Fähigkeit zur Anstellung an höheren Schulen, gutes Lehrgeschieß. Nicht über 35 Jahre alt.

Tierärzte. Approbation als Tierarzt im Deutschen Reiche, möglichst das Zeugnis zur Anstellung als beamteter Tierarzt in einem Bundesstaate, mindestens dreijährige Praxis. Dreimonatiger Kursus über Bakteriologie und Tierhygiene an der Tierärztlichen Hochschule Berlin.

Apotheker. Pharmazeutische Staatsprüfung und praktische Tätigkeit als Nahrungsmittelchemiker.

* **Landmesser.** Bevorzugt werden Bewerber aus dem Staatsdienste, die die zur endgültigen Anstellung berechtigenden Prüfungen bei ihrer Verwaltung bestanden haben.

* **Hauptzollamtsvorsteher und Zollsekretäre.** Beamte mit mindestens Einjährig-Freiwilligen-Zeugnis des heimischen mittleren Zolldienstes. Ausreichende Praxis.

Technische Sekretäre. Regierungsbausekretäre, technische Eisenbahnssekretäre oder Bestehen der gleichwertigen Prüfung für den Staatsdienst, mehrjährige erfolgreiche praktische Tätigkeit.

Techniker. Abschlußprüfung an einer Baugewerkschule oder einer gleichartigen Anstalt, mehrjährige erfolgreiche Praxis, möglichst auch bei Behörden.

* **Lehrer.** Befähigung zur endgültigen Anstellung als Lehrer an einer deutschen Volksschule und mehrjährige praktische Tätigkeit an einer solchen. In Südwest werden nur Verheiratete angestellt.

Landwirtschaftliche Assistenten. Nicht über 30 Jahre alt, Einjährig-Freiwilligen-Zeugnis, Kenntnis der englischen Sprache. Bevorzugt werden Diplomlandwirte (Hamburgisches Kolonialinstitut, landwirtschaftliche Hochschule, Weihenstephan, Hohenheim).

Gartentechniker. Einjährig-Freiwilligen-Zeugnis. Schlußprüfung an der kgl. Gärtnerlehranstalt zu Dahlem bei Berlin oder einer gleichwertigen Anstalt. Nicht über 30 Jahre alt.

Förster. Försterprüfung oder eine entsprechende Prüfung, in Bayern z. B. Absolvierung einer Tiefbauschule.

Die Vorbereitungszeit der mit einem * bezeichneten Beamten entspricht denen der Bureaubeamten.

Ausführlichere Angaben findet man in Tesch, „Die Laufbahn der Deutschen Kolonialbeamten, ihre Pflichten und Rechte.“ Berlin 1912. Preis 7.80 Mark. Auch die Zentralauskunftsstelle für Auswanderer, Berlin W 35, erteilt über die Möglichkeit der Anstellung im Reichs-Kolonialdienst kostenfrei Auskunft.

Die Besoldung der Kolonialbeamten setzt sich zusammen aus dem pensionsfähigen, festen und steigenden Auslandsgehalt, der Kolonialzulage und der Alterszulage. Das Auslandsgehalt, das ungefähr dem Gehalt eines gleichartigen Reichsbeamten entspricht, steigt alljährlich, so daß nach sechsjähriger Kolonialdienstzeit das Höchstgehalt erreicht wird, dann setzen in dreijähriger Steigerung die drei Alterszulagen ein. Die

höchsten Bezüge würden demnach nach 15 Jahren erreicht werden. Daneben werden in einzelnen Kolonien (Kamerun, Neuguinea, Samoa) noch Orts- und Stellenzulagen gewährt und in sämtlichen Kolonien freie Dienstwohnung mit oder ohne Ausstattung oder Wohnungsgeld und soweit möglich auch freie ärztliche Behandlung und bei Aufnahme in Lazarette freie Verpflegung.

Die Gehaltsätze sind aus folgender Zusammenstellung zu ersehen, die auch die Zahl der auf die einzelnen Gehaltsklassen entfallenden Beamten (ausschließlich Polizei- und Schutztruppen und Kanzleipersonal) nach dem dem Reichstage vorliegenden Entwurfe des Haushaltungsetats für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1913 enthält.

	Gehalt	Zahl der Beamten in					
		Süd- west- afrika	Ost- afrika	Kame- run	Togo	Neu- Guinea	Samoa
Erste Referenten und Oberrichter	12 300 -- 15 300	2	2	2	1	1	1
Referenten	9 600 -- 12 600	9	9	6	3	1	—
Bezirksamtmänner, Residenten, Richter, Zoll-, Finanz- und Vermessungsdirektoren, Leiter des Seebau-, Hochbau- und Ingenieurwesens, der Eisenbahn, des Veterinärwesens, des Bergbauwesens, Beiräte für Landwirtschaft, Forst- und Seewesen	8 300 -- 11 900	29	33	22	9	6	2
Ärzte, höhere Forst- und Bergbeamte, Bauingenieure, Oberlehrer, landwirtschaftliche Sachverständige, Meteorologen, Geologen, Bakteriologen usw.	7 700 -- 11 900	21	22	30	7	15	3
Tierärzte, Bezirksleiter, Stationsleiter 1. Klasse, Apotheker, Chemiker	7 300 -- 10 000	19	20	9	2	1	—
Kalkulatur- und Kassenvorstände, Zollvorstände, Schulinspektoren, Distrikts- und Eingeboreneneinkommisse usw.	6 900 -- 9 600	9	14	8	3	2	—
Landmesser, Hauptzollamtsvorsteher	6 000 -- 8 100	23	19	12	2	4	2
Sekretäre, Stationsleiter 2. Klasse, Garteninspektoren, Rektoren, Ingenieure usw.	5 400 -- 7 800	58	84	66	11	22	9
Lehrer, Assistenten und Techniker 1. Klasse usw.	5 100 -- 6 600	41	39	18	15	8	5
Stationsleiter 3. Klasse, Katasterzeichner, Assistenten und Techniker 2. Klasse, erste Werkmeister, Materialverwalter, Bahnhofsverwalter, Bahnmeister, Botaniker usw.	4 350 -- 6 000	68	59	56	13	17	6
Förster	4 200 -- 5 300	1	9	2	—	—	—
Handwerkerlehrer	4 100 -- 5 200	—	—	2	—	—	—

Die nach neun-, zwölf- und fünfzehnjähriger Dienstzeit zu gewährenden Alterszulagen betragen für die Gehaltsklassen mit dem Anfangsgehalt von 12 300 Mark je 600 Mark, für die Klassen bis 7 700 Mark je 500 Mark und für die übrigen Klassen je 400 Mark.

Kaiserliche Bestallung erhalten neben den Gouverneuren nur die ersten Referenten und die etatmäßigen Richter, die übrigen Beamten bekommen ihre Anstellungsurkunden vom Reichskanzler (Reichs-Kolonialamt). Die etatmäßige Anstellung der Beamten mit einem Anfangsgehalt von 6 000 Mark und weniger geschieht durch die Gouverneure.

Die Pensionsansprüche richten sich nach dem früheren Dienstverhältnis des Beamten. Der etatmäßig angestellte Kolonialbeamte aus dem Reichs- oder heimischen Staatsdienste hat bereits nach einer Kolonialdienstzeit von mindestens zehn Jahren (unter Umständen auch schon früher) Anspruch auf Ruhegehalt, wenn er infolge eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner geistigen oder körperlichen Kräfte zur Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig ist. Ist der Beamte dagegen zum Dienst in der Heimat noch fähig, darf er eine Stellung im Reichs- oder heimischen Staatsdienste nicht ablehnen, wenn das Gehalt nicht niedriger ist als sein zuletzt bezogenes pensionsfähiges Gehalt.

Die nicht aus dem Reichs- oder heimischen Staatsdienste stammenden Kolonialbeamten haben ohne Rücksicht auf die Dienstjahre Anspruch auf Ruhegehalt, wenn und solange ihre Erwerbsfähigkeit aufgehoben oder mindestens um ein Zehntel vermindert ist. Der Grad der Erwerbsunfähigkeit wird unter Berücksichtigung des vor dem Eintritt in den Kolonialdienst ausgeübten Berufs beurteilt.

Die in den Schutzgebieten zugebrachte Dienstzeit kommt bei der Pensionierung doppelt zur Anrechnung, wenn sie mindestens sechs Monate ohne Unterbrechung gedauert hat. Außerdem wird den durch den Kolonialdienst dienstunfähig gewordenen Beamten nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen neben der Pension eine Tropenzulage gewährt. Für die Beamten, die dem Kolonialdienst ohne Unterbrechung länger als drei Jahre angehört haben, tritt für jedes weitere volle Dienstjahr eine Steigerung der Tropenzulage um ein Sechstel bis zur Erreichung des Doppelbetrages ein.

Das wäre das Wissenswerte für die höhere und mittlere Koloniallaufbahn.

Es blieben zur Vervollständigung noch zu erwähnen, die Aussichten für die Lehrerinnen (5 Stellen in Deutsch-Südwestafrika und je eine in Deutsch-Ostafrika, Neuguinea und Samoa), die zur letzten Gehaltsklasse gehören. Angestellt werden nur solche, die die erforderlichen Prüfungen bestanden haben, 24 bis 30 Jahre alt und bereits im Deutschen Reich lehramtlich tätig gewesen sind. Für Deutsch-Südwestafrika sollen die Bewerberinnen Kenntnis der englischen und möglichst auch der holländischen Sprache haben und Unterricht in Handarbeiten und im modernen Zeichnen erteilen können.

Stellen für Zivilversorgungsberedigte sind in den Kolonien nicht vorhanden, die Kausalbeamten werden in der Hauptsache auch den heimischen Verwaltungen entnommen, während für etwaige Aushilfen, besonders in Deutsch-Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika, meist reichlich Angebot an Ort und Stelle vorhanden ist.

Ueber Wirtschaft und Verkehr in der Provinz Schantung.

Von Marinebaurat Böfemann = Kiel.

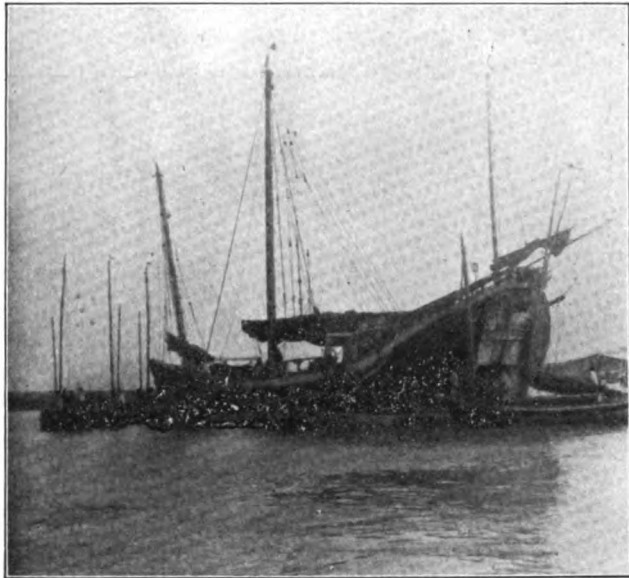
(Schluß.)

Von anderen Einfuhrwaren will ich nur kurz einige der wichtigsten aufzählen: Holz aus Korea, Japan, Amerika; Opium, Zucker, Nähadeln, Metallknöpfe, Lichte, Seife. Mehr für den Gebrauch der Europäer, besonders auch für den Bergbau und die neuen Eisenbahnen, gehen ein: Maschinen, Lokomotiven, Wagen, Eisenkonstruktionen, wie Brücken, Schienen und Schwellen; Zement, Fensterglas; zur Verpackung der Ausfuhrwaren: Säcke aus Hanf und Strohmatte. Hier will ich noch erwähnen, daß als Grubenholz im Bergbau jetzt an Stelle des japanischen Holzes schon Hölzer aus dem Tsingtauer Forst zu treten beginnen und daß die Eisenbahngesellschaft ihre Bahndämme mit Akazien bepflanzt hat, um für denselben Zweck Hölzer zu ziehen und damit aus den Böschungen Erträge zu gewinnen. —

Trotzdem Schantung eine besonders ausgedehnte Küstenbildung besitzt, ist es arm an brauchbaren Häfen. Der älteste dem Fremdenverkehr geöffnete Hafenplatz, Tschifu, hat nur eine Reede, die den Schiffen keinen genügend sicheren Unterplatz bietet. Die alten Handels- und Verkehrsbeziehungen dieses Platzes und die dort angelegten Kapitalien geben ihm heute noch eine gewisse Bedeutung, trotzdem in Tsingtau bei weitem günstigere und sichere Hafenverhältnisse bestehen. Besonders erwähnenswert sind der sehr bedeutende Seidenhandel und die starke Kuliauswanderung — etwa der Sachjengängerei bei uns entsprechend — über Tschifu nach der Mandchurei, die noch immer den alten Weg beibehalten hat. Sonst hat Tsingtau den älteren Hafen bereits erheblich an Verkehr überflügelt, er beträgt jetzt etwa das Doppelte des von Tschifu, so daß die

Chinesen immer wieder den Gedanken des Hafenbaues von Tschifu und des Eisenbahnbaues von dort ins Innere aufnehmen, um den Verkehr von Tsingtau nach ihrem Hafenplatz abzulenkten. Der

dritte Hafenplatz, Weihewei, ist seit 1899 in den Händen der Engländer. Hier war von China ein Kriegshafen angelegt worden. Die Engländer „pachteten“ diesen Hafen, um dem Be-



Chinesische Dschunke.

sitz von Port Arthur — damals in den Händen der Russen, nunmehr der Japaner — auf der gegenüberliegenden Halbinsel Liautung ein Gegengewicht zu bieten, und haben ihn trotz wiederholter Ankündigungen — im Deutschen Reichstag — bisher nicht wieder an China zurückgegeben.

Der ursprüngliche Seeschiffsverkehr vollzog sich ausschließlich auf Dschunken, das sind eigenartig gebaute Segelschiffe verschiedener Größe. Charakteristisch ist der breite, stumpfe Schiffskörper, der hinten weit ausladet, die Form der Segel und ihre Aufstellung. Als Verzierung, und einem alten, wohl abergläubischen Brauche folgend, erhält das Boot am Bug beiderseits aufgesetzte und angemalte Augen, wie solche auch die alten Fahrzeuge in Aegypten hatten. Infolge des flachgebauten Rieles erfordert die Dschunke zur Verhinderung des Abtreibens beim Kreuzen seitliche Schwerter, es werden zur Unterstützung des

Manövrierens auch häufig kleinere Segel an Backbord und Steuerbord, je vorn und hinten eines, aufgestellt. Die Chinesen scheinen die ersten gewesen zu sein, die sich wasserdichter Schotten bei größeren Fahrzeugen bedienen. Zum Dichten der Fugen benutzen sie eine besondere wirkungsvolle Mischung von Kalk, Fischöl und Sand. Die Takelage ist die allereinfachste. Die Segel haben die als chinesische Ewersegel bekannte Form. Sie sind vielfach aus Matten hergestellt und werden durch Bambusstangen gestrafft; sie lassen sich leicht reffen und streichen.

Im kleinen Küstenverkehr und als Fischerboote sind einfachere Segelboote, Sampan, von 8 bis 12 Meter Länge mit gewöhnlich zwei Masten üblich. Sie haben geringen Tiefgang — gegen Abtrieb besitzen sie seitliche Schwerter — und können daher so dicht an den Strand heranfahren, daß das Ufer meist mit einer Bohle als Landungssteg erreicht werden kann. Zum bequemen Laden und Löschen wird das Sampan mit fallendem Wasser auf den Strand aufgelegt.



Chinesischer Sampan.

Heute werden die meisten Güter, vor allem alle Ein- und Ausfuhrartikel, nur auf Dampfern verfrachtet, den Dschunken ist nur der engere Küstenverkehr mit heimischen Erzeugnissen geblieben. Als

Hauptausfuhrhafen für Schantung nach den südchinesischen Häfen diente früher, außer Haitschou in der südlicheren Provinz Kiangsu, vor allem Taputour, der Hafen der Kreisstadt Kiautschou an der gleichnamigen Bucht, jetzt in deutschem Besitz. Trotz der veränderten politischen Verhältnisse und der Bahn nach Tsingtau hat sich Taputour eine gewisse Bedeutung auch heute bewahrt. Es ist eben für die Chinesen schwierig, die alten Beziehungen und die geschaffenen Anlagen, welche ihre Gewohnheiten billig und bequem genug befriedigen, aufzugeben. Davon, den Hafenplatz mit Gewalt zu schließen, hat die Marineverwaltung mit Recht abgesehen, weil eine solche Maßnahme den Unmut der Chinesen geweckt und ihren Widerstand gereizt hätte. Es muß der Zeit und einer klugen Tarifpolitik der Schantungsbahn überlassen bleiben, diesen Verkehr nach Tsingtau hinüberzugiehen. Es handelt sich noch um einen beträchtlichen Teil des chinesischen Eigenhandels, welcher

sich auf großen Dschunken vollzieht. Heute gehen noch manche der in Betracht kommenden Güter häufig bis Kiautschou mit der Bahn und von da über Land nach Taputour zur Verschiffung.

An Dampfergesellschaften verkehren an der Küste von Schantung und insbesondere in Tsingtau folgende:

I. Die Hamburg-Amerika-Linie mit Dampfern von Schanghai über Tsingtau, Tschifu, Tientsien nach Dalny zum Anschluß an die sibirische Bahn.

II. Auf denselben Strecken die chinesische Linie der China Commercial-Steamp-Navigation-Compagnie und

III. Die Indo-China-Navigation-Compagnie.

Außer diesen Küstenlinien gehen, abgesehen von einzelnen unregelmäßig fahrenden Frachtdampfern, direkte Europalinienfahrer aus Japan über Tsingtau. Diese regelmäßigen Linien sind folgende:

I. Die Hamburg-Amerika-Linie vor allem für Frachtverkehr.

II. Der Norddeutsche Lloyd, der seit Januar 1911 Tsingtau vierwöchentlich anlauft, vornehmlich für Passagiere.

III. Eine englische Reederei, Peninsular and Oriental Steamship Co. und

IV. eine japanische Reederei, Nippon Yusen Kaisha.

Für den Verkehr dieser Europafahrer ist zu bedenken, daß Schantung nicht auf der Linie der großen Verkehrsentwicklung liegt. Die Hauptverkehrsstraßen führen von Japan nach Schanghai und Hongkong, also südlicher vorbei, und verlaufen von dort weiter nach Süden, nach dem Malaiischen Archipel, Australien, Indien und Europa. Die Häfen nördlich von Schanghai besitzen im Gegensatz zu den großen Stapelplätzen Schanghai und Hongkong lokale Bedeutung als Knotenpunkte für den Verkehr mit dem Hinterland.. Dazu kommt noch, daß diese nördlichen Häfen der Seeschifffahrt nicht besonders günstig sind. Nur Dalny und Wladiwostok machen durch ihre Hafenbauten eine Ausnahme und haben durch die sibirische Bahn und Erschließung der Mandschurei eine besondere Bedeutung erlangt. Diesen beiden Häfen im Norden gesellt sich Tsingtau als südlichster von ihnen zu. Er hat vor ihnen den Vorteil, daß er nicht zufriert und daher zu allen Jahreszeiten benutzbar ist. Der Umweg, den die Schiffe machen müssen, um Tsingtau anzulaufen, beträgt für von Schanghai nach Norden laufende Schiffe 121 Seemeilen, also etwa 8 Stunden, und für die Fahrt von Schanghai nach Japan zirka 430 Seemeilen, also rund 30 Stunden. Erleichtert wurde den großen Linien, insbesondere dem Norddeutschen Lloyd, der Entschluß, Tsingtau anzulaufen, neben dem Vorhandensein von genügenden Ausfuhrerzeugnissen auch die Güte der Kohlen aus dem Sungghanischacht. Diese Kohle hat sich als der Cardiffkohle gleichwertig erwiesen und eignet sich daher besonders gut für Schiffskessel, selbst für die unserer Kriegsschiffe. Jedenfalls spricht es für die Bedeutung Tsingtaus als Hafenplatz von Schantung, daß die großen Schifffahrtslinien auch gerade der fremden Nationen den Hafen trotz des großen Umwegs anlaufen lassen. Die Entwicklung des Schiffsverkehrs zeigt folgende Zusammenstellung nach Angabe

der Tsingtauer Handelskammer. Aus ihr ist ersichtlich, daß von den fremden Nationen besonders die Engländer den Hafen sehr stark aufsuchen, und daß immer größere Schiffe den Hafen angelaufen haben.

Zusammenstellung des Schiffsverkehrs von Tsingtau.

Jahr	Schiffe		deutsch		englisch		japan.		chines.		norweg.		russisch		franz.		holl.		amerik.	
	Schiffe	N. R. Z.	Schiffe	N. R. Z.	Schiffe	N. R. Z.	Schiffe	N. R. Z.	Schiffe	N. R. Z.	Schiffe	N. R. Z.	Schiffe	N. R. Z.	Schiffe	N. R. Z.	Schiffe	N. R. Z.	Schiffe	N. R. Z.
1902	251	268,057																		
1903	297	317,396																		
1904	355	398,638																		
1905	416	431,474																		
1906	437	492,799																		
1907	497	551,964																		
1908	446	551,991	220	282,699	108	149,161	80	81,232	20	18,569	15	12,829	1	2,974	1	3,074	1	1,453	—	—
1909	519	692,968	263	353,830	121	188,271	71	87,050	41	41,347	17	15,566	2	3,014	1	691	1	1,119	1	2,073
1910	555	821,563	259	408,160	177	270,825	78	99,762	29	30,331	11	11,444	1	1,038	—	—	—	—	—	—
1911	618	1,070,701	258	498,686	241	410,581	70	96,217	18	21,650	22	20,130	4	4,142	5	19,302	—	—	—	—

Schantung besitzt keine vom Meere ins Binnenland führende Seeschiffahrtsstraßen. Der im Norden mündende Hoangho ist infolge seines starken Gefälles im Oberlauf, seines flachen Unterlaufes und, bei der starken Schlammführung, infolge der Barrenbildung an seiner Mündung zur Schifffahrt nur im geringen Grade geeignet, im Gegensatz zu dem nach dem Abflußgebiet gleich großen Yangtse. Während auf diesem Seeschiffe fast tausend Kilometer weit hinein verkehren können, ist der Hoangho nur für verhältnismäßig kleine Dschunken befahrbar.

Die übrigen Flüsse Schantungs kommen für die Schifffahrt nicht in Betracht. Für gewöhnlich führen die Flußbetten kein oder wenig Wasser oberirdisch ab. Erst nach starken Regengüssen beginnt der Ablauf in dem breiten Sandbett und steigert sich auf einige Stunden zu gewaltigen Wassermassen, welche sich mit großer Geschwindigkeit, Sand und Kies mit sich führend, abwärts wälzen.

Die vorhandenen künstlichen Wasserstraßen haben, da für ihre Weiterbildung nichts unternommen ist, die Zeiten ihrer Bedeutung überlebt, so daß sie in ihrem jetzigen Zustand fast nur noch historisches Interesse besitzen. Im Westen wird die Provinz Schantung von dem berühmten Kaiserkanal berührt, der zu den alten Wunderwerken Chinas zählt. Er ist im 7. Jahrhundert begonnen und im 13. und 14. Jahrhundert voll ausgebaut worden. Seine Länge beträgt 1300 Kilometer, also etwa die des Rheines. Der Kanal dient sowohl der Schifffahrt wie der Regelung der Bewässerung, besonders für die Niederung zwischen Hoangho und Yangtse. Noch heute stauen die westlichen Dämme das von den Bergen Innerasiens zum Meere strömende Wasser in Seen auf. Aus diesen wird es nach Bedarf in den Kanal oder weiter nach Osten durch die Niederung zum Meere abgelassen. Die erforderlichen Schleusen und Wehre sind primitiv und von Hand zu bedienen. Als Verkehrsweg diente er vornehmlich dazu, die Tribute, vor allem den Reis, auf einer vor Sturm und vor den nicht weniger gefürchteten Seeräubern geschützten Straße nach Peking gelangen zu lassen. Der Kaiserkanal ist heute stellenweise stark versandet und entspricht weder nach

Abmessung seiner Querschnitte noch seiner Schleusen heutigen Anforderungen; er ist aber, wenn auch im beschränkten Maße, noch immer ein Zuträger für Güter. Vielleicht wird im Anschluß an die neue Bahn von Tientfin nach Pukow wieder etwas für seine Erhaltung und seinen Ausbau getan, so daß er in größerem Umfange für den Güteraustausch, z. B. für die Kohlen Schantungs nutzbar wird.

Die Senke zwischen den beiden Gebirgsmassen Ostschantungs soll bis zum 10. Jahrhundert als Meerenge bestanden haben und dann sehr schnell verlandet sein. Die Durchfahrt wäre dann künstlich erhalten worden. Nach den Hauptstädten an den Enden dieser Seeschiffahrtsstraße, Kiautschou und Taitshou, wurde sie Kiau-Lai-Kanal genannt. Nach chinesischen Chroniken soll dieser Kanal nur in den Jahren 1282 bis 1285 befahrbar gewesen sein. Alle Versuche, ihn wiederherzustellen, sind seitdem mißlungen. Die berichtete schnelle Versandung hängt wohl hauptsächlich mit den gewaltigen Mengen an Sinkstoffen zusammen, die die Flüsse, besonders der Hoangho, führen. Der Golf von Petschili weist an der ganzen Küste, besonders an den Flußmündungen, weitreichende Sandbänke auf, die der Schifffahrt sehr lästig sind. Bei dem schiffbaren Taku wird die Barre zur Aufrechterhaltung der Schifffahrt durch Baggern und durch Kraken bei fallenden Wasserständen tiefsgehalten. Beim Hoangho, der schon in seinem Unterlauf nur von Fahrzeugen mit geringem Tiefgang befahrbar ist, würden sich solche künstlichen Arbeiten nicht lohnen, hier müßte eine Regulierung des ganzen Stromes vorangehen. Die Barrenbildung wird auch wohl die Wiederaufnahme eines Kanalbaues von der Kiautschoubucht nach dem Golf von Petschili in Zukunft nicht gestatten, so sehr auch ein solcher Weg die Fahrt nach den nördlichen Häfen des Golfes von Tschili verkürzen und die längere und gefährliche Schifffahrt um das Kap Schantung vermeiden lassen würde.

Eine nur für ganz flach gehende — die Wassertiefe beträgt etwa 90 Zentimeter — kleine Fahrzeuge, Sampann, schiffbare Verbindung des Innern Schantungs mit dem Golf von Petschili besteht in dem Hsiautsingho-Kanal. In ihn fließen die zahlreichen Quellwasser von Tsinanfu und Umgegend zum Meere ab. Der Lauf ist zum Teil dem Hoangho parallel und mündet südlich des Stromes bei dem Hafentort Nangschiafou. Früher brachte der Kanal die Güter aus dem Innern zur weiteren Verschiffung, besonders nach Tschifu, herunter. Jetzt, nachdem die Schantungsbahn und Tsingtau diese Güter fast vollständig aufgenommen haben, dient der Hsiautsingho außer dem Lokalverkehr noch vornehmlich den Salztransporten von der Küste nach Tsinanfu.

Ausbau und Unterhaltung der natürlichen und künstlichen Wasserstraßen zu Verkehrszwecken scheinen seit Jahrhunderten eingestellt zu sein. Dagegen sind diejenigen Anlagen, die dem Schutz des Landes und dem Betriebe der Landwirtschaft dienen, stets, wenn auch manchmal nur notdürftig, in betriebsfähigem Zustand gehalten worden. Die kleineren kurzen Flüsse erfordern kaum Regulierungsarbeiten, dagegen sind die Aufwendungen für den Hoangho sehr

bedeutend. Die Wichtigkeit der Flußdämme leuchtet den Chinesen schon aus den geschichtlichen Vorgängen der Ueberschwemmungen und der Veränderungen des Stromlaufes ein. Im allgemeinen besteht daher eine wirksame Aufsicht und Unterhaltung für diese Dämme. Trotzdem soll es vorkommen, daß die für die Unterhaltungsarbeiten bestimmten Gelder in den Taschen der Beamten verschwinden und zur Vertuschung ein Deichbruch künstlich bewerkstelligt wird. Die Wiederherstellungsarbeiten bei Deichbrüchen erfolgen meist unter Benützung von Buschwert und Stein. Sie nehmen oft einen gewaltigen Umfang an und erfordern viel Geschicklichkeit und technisches Verständnis. Wir sehen also hier, daß eine alte chinesische Organisation verhältnismäßig gut wirksam ist. Die Schaffung solcher Einrichtungen setzt eine Energie und Schaffenskraft voraus, die dem heutigen China nicht zuerkannt wird und die auf anderen Gebieten auch zu vermessen ist, wie die nächste wichtige Art von Verkehrsanlagen, die Straßen, zeigen.



Eine mit Platten befestigte Straße.

Der Zustand der Landstraßen im Innern Schantung spottet jeder Beschreibung. Sie bilden eigentlich nur Pfade, die für Karren in einer Breite befahrbar sind. Tief ausgefahren und ohne Gräben bilden sie den natürlichen Ablauf für die Niederschläge. Bei Regen wird daher jeder Verkehr eingestellt. In früheren Zeiten waren stellenweise gute Straßen, zum Teil sogar unter Verwendung von Granitquadern geschaffen worden. Diese Granitstraßen entstanden hauptsächlich bei Gelegenheit von Reisen der Kaiser oder der höchsten Beamten. Vornehmlich im strategischen Interesse als Straße diente nach neueren Forschungen die berühmte große Mauer, auf die ich, obgleich sie Schantung nicht berührt, ihrer Eigenart wegen hier kurz eingehen möchte.

Die chinesische Mauer muß zu den gewaltigsten Baumundern alter Zeiten gerechnet werden. Ihr überwältigender Eindruck auf jeden Beschauer stammt nicht nur aus der Vorstellung ihrer großen Länge und ihren Querschnittabmessungen, sondern vor allem aus der Linienführung, die unbefümmert um jede Schwierigkeit in verlassener Gegend über steile Gebirgsränder und Abgründe in kühnen Windungen verläuft. Sie war aber so breit angelegt und mit Straßenbefestigung und Zinnen versehen, daß Truppen auf ihr leicht und geschützt bewegt und an bestimmten Stellen vereinigt werden konnten. Sie bildete daher die wichtigste Heeresstraße des Reiches. Die Länge der Mauer beträgt etwa 2450 Kilometer. Sie soll in etwa zehn Jahren um 215 vor Christi



Die chinesische Mauer.

zuerst erbaut worden sein. Vielleicht hat man sie sich für die ersten Zeiten als einen Wall vorzustellen, ähnlich dem römischen Grenzwall (Limes) vom Rhein zur Donau, der, 500 Kilometer lang, etwa in den Jahren 100 bis 168 nach Christi erbaut war. Die chinesische Mauer, wie wir sie heute finden, ist während der Mingdynastie, zwischen dem 14. und 16. Jahrhundert nach Christi, erneuert und insbesondere in der Nähe von Peking verstärkt worden; es finden sich hier manchmal zwei bis drei Mauern hintereinander. —

Für die Unterhaltung auch der besseren Landstraßen ist nach der Benutzung für den Zweck, dem sie ihr Entstehen verdankten, nichts mehr geschehen, so daß sie verfallen sind. Die Quadern bilden umgestürzt nur noch Hindernisse. Der Gleichmut der chinesischen Fuhrleute und Bauern hilft sich damit, daß sie entweder über solche Stellen hinwegfahren oder sie im Bogen umgehen. Wie



Befestigte Furt.

die Straßen, befinden sich auch die einstmals brauchbaren Brücken und die vielfach vorhandenen künstlichen Furten aus Granitplatten in größtem Verfall. Brücken befinden sich nur an Stellen, an denen die hohe Lage der Ufer die Verwendung der bekannten Kamelbrückenform gestattete. Im Flachland kommt

fast nur die der Wasserführung angepaßte Bauart der künstlichen Furten in Betracht. Ueber niedrige, flachgegründete Granitpfeiler, deren Oberkante sich nur wenige Zentimeter über die Flußsohle erhebt, ist eine Fahrbahn aus freitragenden Granitbalken gestreckt. Der geringe gewöhnliche Abfluß erfolgt durch einige der gebildeten Oeffnungen. In den Stunden der Hochwasserführung überschwemmt der Fluß das ganze Tal und die Furt. Der Verkehr wird ja bei Regen schon des Zustandes der Straßen wegen eingestellt und überdies befinden sich die Furten meist in einem unwegsamen Zustand. Steine, die einmal vom Hochwasser fortgewaschen sind, werden weder zurückgeholt noch ersetzt. Der Verkehr meidet dann solche Brücken und Uebergänge und zieht über das nur an einzelnen Stellen flaches Wasser führende Flußbett an der Brücke oder der Furt vorbei.

Ebenfowenig Sorgfalt und Rücksicht nehmen aber auch die Fuhrleute aufeinander. Ich erinnere mich von meiner Karrenfahrt im Innern eines typischen Erlebnisses in einem Hohlwege.



Karren fahren neben einer beschädigten Brücke durch das Flußbett.

Dieser war so schmal, daß nur ein Karren Platz hatte. Als mein Karren mitten im Hohlweg war, kam uns ein zweiter entgegen. Er hätte wohl halten und uns erst herauslassen können. Das wäre aber gegen die chinesische Methode gewesen. Die Wagen fuhren also ruhig aufeinander zu, bis die Maultiere sich gegenüberstanden. Dann lange



Reisefarren.

lebhaft Unterhaltung, schließlich wird ein Stein neben die Achse unseres Wagens gestellt. Der andere Wagen fährt nun mit einem Rade über diesen Stein, damit die Achsen übereinander fortkommen. Das zweite Rad lief auf der Böschung entlang, so daß der Wagen auf unseren herabzufallen drohte. Es ging aber gut ab, ebenso wie wunderbarerweise selbst Umstürze von Wagen nur selten Schaden anrichten, wenn die Sachen entsprechend verpackt sind. Das letztere muß allerdings gründlich gelernt sein. Darin sind die Chinesen entschieden Meister. Mir ist ein Wagen, auf dem eine Kiste mit Porzellan verstaут war, an einem jener früheren Straßenplatten umgeschlagen, ohne daß der Wagen



Sitz des Mafu.

oder der Inhalt den geringsten Schaden erfahren hätte. Natürlich sind die Karren diesen Strapazen entsprechend zweckmäßig und stark gebaut. Die Reisefarren sind zweirädrig, das Gestell mit der Deichsel fest verbunden. Die Wände des Wagenkastens bestehen aus vergittertem Holzwerk, der Plan aus blauem Baumwollstoff. Der beste Sitz ist auf der Deichsel. Die Fuhrleute sitzen auf der linken Deichsel, so daß nur für einen Reisenden noch ein bequemer Platz freibleibt. Nicht zu beneiden ist der Platz im Innern des Wagens wenigstens so lange, bis die Decken und Betten in zweckmäßiger Weise als Polster verwendet worden sind. Bis dahin gibt es viele unangenehme Berührungen mit den Holzrahmen des Wagens infolge der harten Stöße an jedem Hindernisse auf dem Wege, und es



Chinesische Sänfte.

ist für den beschriebenen Zustand der Straße das ideale Verkehrsmittel. Eine solche Einradkarre — wheelbarrow — besteht aus einem ebenen Holzschwerk mit einem Rade kurz vor dem Schwerpunkt der Last. Hinten sind zwei Handhaben für den Mann, der den Karren schiebt. Zur Erleichterung besonders bei großen Lasten oder weiten Wegen zieht ein zweiter Mann vorn an einem Seile, oder es wird ein Esel vorgespannt. Bei günstigem Winde sieht man auch wohl Segel gesetzt. Die Lasten werden zu beiden Seiten des Rades gut ausbalanciert.



Brautsänfte.

ist nicht zu verwundern, daß in den ersten Tagen der Körper mehr oder weniger voll blauer Flecken ist. Diesem unangenehmen Plage zieht man daher gern andere Verkehrsmittel vor. Wer das Schaukeln in der Sänfte oder im Tragstuhl nicht verträgt oder einen Pony nicht besteigen mag, probiert eine einrädige Karre. Diese

Häufig sieht man bis zu einem Duzend Chinesen auf einem solchen Karren fahren. Bei größeren Reisen, zum Beispiel Pilgerfahrten, liegt der Reisende auf einer Seite vom Rade als Gegengewicht zu seinem Gepäck auf der anderen Seite. Allen Handkarren ist gemeinsam das gelende Kreischen ihrer Räder, wodurch im Zusammenwirken eine eigenartige Musik der Landstraße hervorgebracht wird.

Für europäische Ehren ist sie weniger

erquickend, und daher bestimmte eine von den ersten Vorschriften in unserem Schutzgebiet, daß die Achsen dieser Karren gehörig zu ölen seien, was die Chinesen bei ihren großen Reisekarren übrigens nie versäumen.

Ein für Schantung bereits der Vergangenheit angehörendes Transportmittel ist das Kamel (Dromedar). In der Um-



Ponyreiter.

gegend von Peking kann man heute noch Karawanen sehen, doch bald wird wohl auch dort der würdig feierliche lange Schritt verhallt sein, da die nach allen Richtungen sich streckende Eisenbahn die Daseinsberechtigung dieses ausdauernden Tieres heftig bekämpft.

Die Sicherheit auf den Straßen ist nicht übermäßig; besonders im Herbst, wenn das Getreide hoch steht und guten Unterschlupf gewährt, wird es



Einradkarre für Personen.

für nötig gehalten, die Hauptstraßen zu bewachen. Dazu werden die an wichtigsten Straßenpunkten errichteten Wachthäuser mit Soldaten besetzt. Meist sieht man die Fuhrleute kleine Fähnchen an ihren Wagen anbringen, welche die Gesellschaft bezeichnen, die sich für die Sicherheit des Gutes verbürgt. Diese Art Versicherung dürfte auf einen

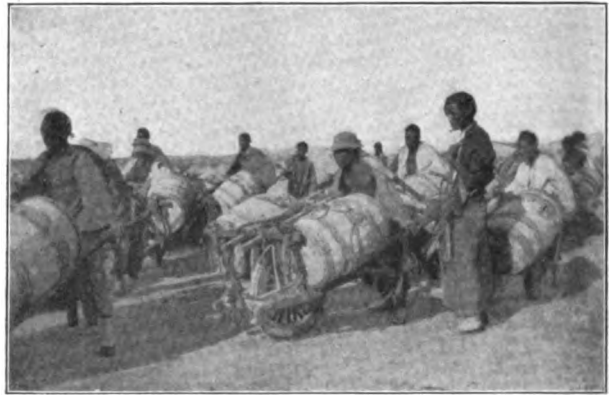


Karre mit Reisegepäck.



Lastkarre.

fach besteht. Dieser Staub durchseht alles und macht es verständlich, daß der Chinese den Kampf gegen die Unsauberkeit aufgegeben hat und sich in der Hauptsache nur noch alljährlich zu seinem Neujahrsfest wäscht, so lautet wenigstens die allgemeine und nach dem Äußeren zu urteilen nicht unberechtigte An-



Zementtransport.



Karren unter Segel.

Loskauf von den Räubern herauskommen und vielleicht noch sicherer als die Wache an der Straße sein.

Nach dieser Schilderung kann der Verkehr auf der Landstraße nicht als verlockend gelten, es tritt aber ihn noch erschwerend hinzu der feine Staub des Löss, der fein verteilten Lehmteilchen, aus denen die Ebene viel-

schauung der Europäer. Die Sauberkeit erschweren auch die Wasserarmut und der Lehmgehalt des gewonnenen Wassers. Daß der Chinese Vergnügungsreisen nicht unternimmt, läßt sich schon nach diesen Verhältnissen der Landstraßen leicht verstehen. Neben Geschäfts- und Dienstreisen kennt er wohl nur Wall-

fahrten zu den heiligen Stätten. Als solche gelten vor allem bestimmte Berge, fünf an der Zahl, auf denen Heiligtümer errichtet sind. In Schantung befindet sich der am höchsten verehrte Berg, der Taishan. Zu gewissen Zeiten sind die Straßen in Schantung voll von Pilgern nach diesem heiligen Berge.

Der europäische Reisende, der zu wissenschaftlichen Forschungszwecken oder aus Interesse den Zustand des Landes kennen zu lernen sich ins Innere begibt, findet keinerlei Vorkehrung für seine gewohnte Unterbringung und Verpflegung. Er muß alles zu seinem Lebensunterhalt und zu seiner Bequemlichkeit selbst mitbringen, also Koch- und Eßgeschirr, Betten, Brot, Konserven, Bedienung usw. Nur Wasser, Eier und Geflügel kann er unterwegs für seinen Bedarf erstehen. Früh heißt es aufstehen, um all die Sachen auf den Karren zu verstauen und rechtzeitig nach der planmäßigen Tagesleistung die Herberge zu erreichen. Diese Herbergen sind im wesentlichen Ausspanne, und selbst die sogenannten Mandarinkerbergen, also als Unterkunft der höheren Beamten gepriesenen, unterscheiden sich in

keiner erheblichen Weise von den anderen; es sei denn, daß die letzteren noch schmutziger wären, was kaum möglich scheint. Die gewöhnliche Anordnung einer größeren Herberge besteht aus vier einen großen viereckigen Hofraum bildenden Gebäuden. Das vordere Gebäude an der Straße



Lastkarren.

enthält die Wohnräume des Besitzers und die Wirtschaftsräume, in der Mitte dieses Hauses befindet sich die Durchfahrt nach dem Hofraum. Auf der einen Seite des Hofes liegen die Stallungen, auf der gegenüberliegenden die Unterkunftsräume für die Mafus (Fuhrleute) und für die Dienerschaft. Der Einfahrt gegenüber liegen, manchmal einige Stufen erhöht, die eigentlichen Gasträume, etwa 3—4 an Zahl. Alle Gebäude sind, wie auch sonst im Lande, einstöckig aus Lehmwänden zwischen Holzgerüsten errichtet. Die Räume sind nach der gewöhnlichen Dachbreite 4—5 Meter tief. Das Dach ist mit schweren Ziegeln, als sogenanntes Mönch- und Nonnendach, auf einer dicken Lehmschicht hergestellt. Die Fenster bestehen aus einem hölzernen Gitterwerk, das im Innern mit Papier überklebt ist. Glascheiben sind nur bei Privathäusern sehr wohlhabender Chinesen zu finden. Die innere Ausstattung eines solchen „Hotels“ läßt an Einfachheit nichts zu wünschen übrig. Sie besteht aus einem primitiven hölzernen Tisch und mehreren eben solchen Stühlen,

manchmal findet man auch einen Kang, eine aus Lehm gemauerte heizbare Lagerstätte. Nach gründlicher Reinigung des Raumes, besonders des verschmutzten Lehmfußbodens, läßt der Europäer Matten auslegen und sein mitgebrachtes Feldbett in der Mitte aufstellen. Während im Hof sich die befreiten



Hof einer Herberge.

Maultiere schreiend tummeln und auf dem Erdboden wälzen, wird bei Kerzenlicht das auf dem Spirituskoher zubereitete Nachtmahl eingenommen. Trotzdem die Tiere draußen die ganze Nacht unruhig sind, fällt der Reisende bald in tiefen Schlaf infolge der Anstrengung des Reisens auf der Landstraße. —

Von neuen Verkehrsmitteln erhielt Schantung zunächst die Bahn von Tsingtau nach der Provinzialhauptstadt Tsinanju, welche die Bergwerke der Schantung-Bergbaugesellschaft bei Weihien und Pochan erschließt. Die Gesamtlänge dieser Schantungsbahn beträgt rund 450 Kilometer, einschließlich der Zweigbahn nach Pochan. Die Bahn wurde auf Grund der bei der Besitzergreifung erteilten Konzession in den Jahren 1899—1904 ausschließlich von deutschen Ingenieuren und mit deutschem Kapital erbaut, nur deutsches Material ist für die Schienen- und Eisenkonstruktion an Brücken und Werkstätten verwendet. Der Betrieb wird von der Schantung-Eisenbahngesellschaft geleitet, welche die wesentlichsten Stellungen an der Bahnlinie und in der Eisenbahnwerkstatt mit Deutschen besetzt. Lokomotivführer, Heizer und Arbeiter, auch Bahnwärter und Leiter kleiner Stationen sind ausgebildete Chinesen. Die Erfahrungen mit ihnen sind bei sorgfältiger Aufsicht sehr günstig, insbesondere, weil die Chinesen sehr nüchtern und mäßig sind. Zur Sicherheit der

Bahn außerhalb des Schutzgebietes stellt die Provinzialregierung gegen eine bestimmte Summe eine besondere militärische Wache. Der für diese Zwecke von der Schantung - Eisenbahngesellschaft aufgewandte Betrag stellt eine Art Versicherung gegen die Gefahren dar, die aus politischen Umständen, insbesondere aus dem Fremdenhaß, der Bahn erwachsen könnten.

In den letzten Jahren hat Schantung eine weitere Eisenbahnverbindung erhalten, indem die Tientsin-Pukou-Bahn zum größten Teil fertiggestellt wurde. Diese neue Bahn verbindet den Norden Chinas und im weiteren Europa unmittelbar mit dem Yangtse-Tal; $\frac{2}{3}$ dieser Bahn wurden mit deutschem Kapital und von deutschen Ingenieuren erbaut, der übrige Teil fiel den Engländern zu. Es konnten bisher die Strecken von Tsinanfu nach Pukou im Süden und nach Norden bis Tientsin dem Verkehr übergeben werden. Nur über den Hoangho fehlt noch die gewaltige Brücke. Diese wird eine Länge von 1250 Metern erhalten, die einzelnen Öffnungen werden je 91 Meter weit sein, und die drei Stromöffnungen am südlichen Ufer erhalten größere Lichtweiten von 128, 165 und 128 Meter. Die Schwierigkeiten liegen hier in der Gründung der Pfeiler, infolge des außerordentlich weichen, aufgeschwemmten Bodens. Im Flußbett müssen deshalb mittels Senkpfähle und Eisenbetonpfählen Gründungstiefen von 38 Metern unter Schienenoberkante erreicht werden. Die starke Strömung und die reiche Sinkstoffführung des Hoangho bereiten viele Hemmnisse beim Bau und bei Transporten von Ufer zu Ufer. Die Fertigstellung der Brücke wird 1913 erwartet.

Welchen Einfluß diese neue Bahnverbindung im Innern auf Tsingtau ausüben wird, läßt sich schwer vorausbestimmen. Die



Posten der Bahnschutzwache.

Im Flußbett müssen deshalb mittels Senkpfähle und Eisenbetonpfählen Gründungstiefen von 38 Metern unter Schienenoberkante erreicht werden. Die starke Strömung und die reiche Sinkstoffführung des Hoangho bereiten viele Hemmnisse beim Bau und bei Transporten von Ufer zu Ufer. Die Fertigstellung der Brücke wird 1913 erwartet.

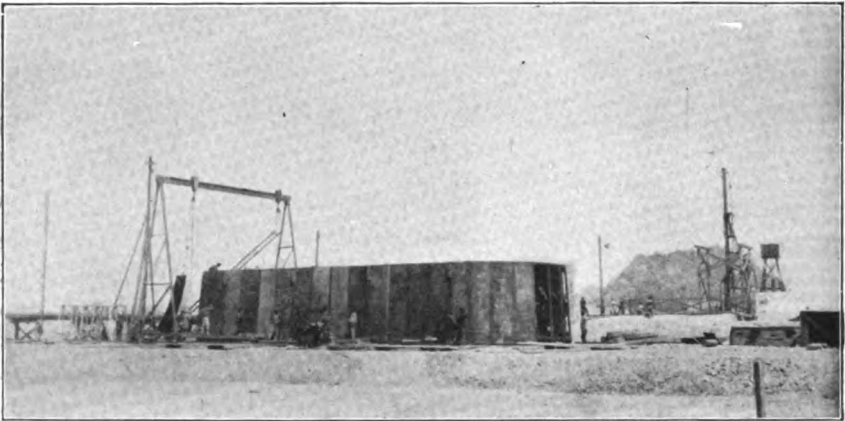
Welchen Einfluß diese neue Bahnverbindung im Innern auf

Tsingtau ausüben wird, läßt sich schwer vorausbestimmen. Die



Lebensmittelverkauf an der Tientsin-Pukou-Bahn.

Anschauungen der Beteiligten gehen stark auseinander. Es kann aber kaum zweifelhaft sein, daß ein wesentlicher Teil des Verkehrs in dem neueröffneten Gebiete unserem Hafen zufallen muß, schon weil er von allen nördlichen Häfen allein zu allen Jahreszeiten zugänglich ist und dem Verkehr die weitesten Erleichterungen bietet. Daneben bleibt es dringend erwünscht, die von China bereits früher konzessionierte Bahn von Kiautschou nach Itchoufu möglichst bald zu bauen, um die Verkehrsbeziehungen weiter auszubilden. Die chinesischen Gegenpläne, die Kede von Tschifu mit Weihien durch eine Eisenbahn zu verbinden, dürften dagegen bei den hohen Kosten für die Bahn und für den erforderlichen Hafen und bei dem ständigen Geldmangel in China schwerlich bald gefährlich werden. In weiter Ferne scheinen leider auch die Pläne zu liegen, die eine Verbindung von Tsinanfu nach dem Westen zunächst bis zur Peking-Hankau-Bahn erstreben.



Senksten eines Strompfeilers.

Mit Hilfe der Eisenbahn sind außer den unmittelbaren Verkehrsschwierigkeiten auch zwei weitere Hindernisse des Verkehrslebens in Schantung überwunden worden. Das eine Hindernis war der Lirin, der Binnenzoll, das andere die Währung.

Wie bei uns noch vor hundert Jahren, werden in den einzelnen Provinzen, Kreisen und Städten Chinas besondere Eingangs- und Durchgangszölle erhoben. Dadurch wird der Verkehr belästigt und verteuert. Ein wichtiger Punkt bei Eisenbahnkonzessionen in China ist daher die Beseitigung dieser Zollschranken wenigstens längs der Bahnlinien. Erst die freie Durchfuhr macht den Verkehrsaustausch mit einer Bahn überhaupt wirtschaftlich möglich. Trotzdem fehlt es nicht an Bestrebungen, diese Binnenzölle an der Bahnlinie wieder ausleben zu lassen, und fast alljährlich taucht eine solche Nachricht in Schantung wieder auf. Diesen altchinesischen Absichten gegenüber geht das Bestreben der fremden Mächte dahin, die Binnenzölle völlig zu

beseitigen. Für den Ausfall, den die Provinzialregierungen und die Gemeinden erleiden würden, sollen sie aus einer Erhöhung des Seezolles entschädigt werden. Dieser Seezoll wird in den Vertragshäfen, das sind die dem Fremdenverkehr geöffneten Häfen, von den ein- und ausgehenden Gütern erhoben. Die Verwaltung dieses Zolls steht unter europäischer Kontrolle, welche die Sicherstellung der von den Mächten an China gegebenen Anleihen bezweckt. Trotz der Internationalität dieser Verwaltung ist der englische Einfluß vorwiegend, insbesondere sind die höheren Stellen fast ausschließlich mit Engländern besetzt. Für Kiautschou ist vereinbart, daß der chinesische Seezoll im Schutzgebiet in den höheren Stellungen nur durch angestellte Deutsche wahrgenommen werden darf. Da durch die Ausdehnung der Seezollverwaltung die Macht der Zentralregierung den Provinzen gegenüber gestärkt wird, war Peking wohl geneigt, auf den Vorschlag der Beseitigung der Binnenzölle einzugehen. Der richtige Augenblick, das Einverständnis der Provinzen zu erhalten, ist aber noch nicht gekommen; es wäre zu wünschen, daß es dem neuen Regiment in China gelänge, diese wichtige Frage im allseitigen Interesse zu lösen.

Mit der zweiten Frage, der Währungsfrage, beschäftigt sich die chinesische Regierung auch schon lange. Es herrscht ein unglaubliches Chaos in bezug auf das Münzwesen im Reiche. Jede Provinz, ja manche Stadt hat ihre besonderen Münzen, die von denen der benachbarten Bezirke abweichen und nur mit Verlust in Kauf genommen werden. Die üblichste Münze in Schantung ist das Cashstück, die bekannte runde Kupfermünze mit dem viereckigen Loch in der Mitte. Zu etwa 1000 Stück auf eine Schnur gezogen, ergeben sie eine Tiau (Schnur), deren Wert stark schwankt und z. B. von 1.20 Mark im Jahre 1904 auf etwa 0.75 Mark im Jahre 1910 gefallen ist. Neben den Münzschnüren sind auch Papiernoten von aller Art Banken im Werte von einigen Tiaus im gewöhnlichen Umlauf zu finden. Bei der Gewohnheit der Chinesen, alle Münzen - Silber wie Papier - mit ihrem schwarzen oder roten Geschäftstempel zu versehen, sind diese Scheine in einem furchtbaren Zustand. Zu lesen ist kaum noch etwas. Die Steuern an die chinesische Regierung müssen in Silber bezahlt werden, als Einheitsgewicht gilt der Tael, etwa 3 Mark. Die Umrechnung des Kupfers der Steuerzahler in das Silber erfolgt natürlich mit erheblichem Nutzen für die Steuererheber und bildet eine der häufigsten Ursachen für die Entstehung der nie endenden örtlichen Unruhen.

An der Küste hat der europäische Handel eine einheitliche Münze durchgesetzt. Das ist der Dollar — und zwar der mexikanische Silberdollar zu 100 Cents. Die Münze hat etwa die Größe eines Dreimarkstückes und zeigt das mexikanische Wappen. Daneben haben chinesische und europäische Banken Noten in verschiedenen Werten von einem Dollar bis 100 Dollars in Verkehr gesetzt. Der Wert des Dollars schwankt mit dem Steigen und Fallen seines Silberwertes. Der Durchschnittswert wird zu etwa 2 Mark angenommen;

in den letzten Jahren hat der Wert um 20 Prozent, also von 1.60 bis 2.40 Mark geschwankt. Mit diesem weiten Spielraum des Wertes ist der Dollar auch ein verführerisches Objekt des Börsenspiels, dem sich Europäer und Chinesen draußen vielfach hingeben. Die Wirkung der Wertschwankung zeigt sich aber auch allgemein in den Handelsbeziehungen. Bei sinkendem Dollarkurs hebt sich der Export, bzw. wird er dann für manche Güter erst möglich, weil der Kaufwert des europäischen Geldes wächst und die, nach der Goldwährung gemessen, billiger gewordene Ware den Export vertragen kann. Umgekehrt steigt der Import nach China bei steigendem Dollarkurs, weil die europäische Ware vorteilhafter verkauft wird. Dieses mit der Silberwährung verbundene Schwanken des Kurses wird vor allem auf Ernteergebnisse und politische Verhältnisse zurückgeführt. Die Verfolgung dieser Erscheinungen im einzelnen gehört aber zu den schwierigsten Problemen der Weltwirtschaft. Der an der Küste eingeführte Dollar folgt mit den Bahnen auch ins Innere, weil diese Münze leichter und sicherer ist als die Tausende von Cashstücken, die allein zum Transport großer Kisten und vieler Träger bedürfen. Auf diese Weise hat die Vereinheitlichung des Münzwesens in China seinen Anfang genommen und wird sich jetzt nicht mehr aufhalten lassen. Es ist vielmehr zu erwarten, daß die Lösung dieser Frage eine der ersten Aufgaben des neuen Systems in China sein wird, weil nur dadurch eine freiere gesunde Entwicklung von Handel und Verkehr möglich ist.

Literatur: Denkschriften betreffend die Entwicklung des Kiautschougebietes. Berichte der Handelskammer zu Tsingtau. G. Franzius: „Kiautschou“. Schall u. Grund, Berlin. Fr. Sefer: „Streiflichter auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse in Schantung“. G. Werner, Tsingtau. Dr. M. Peuck, „Tsingtau“. G. Mittler u. Sohn, Berlin.

Die militärische Sicherung der deutschen Kolonien.

Von Generalleutnant z. D. v. Keller-München.

II.

Die inneren Verteidigungskräfte der Kolonien.

2. Tropische Kolonien.

Ganz anders und noch viel schwieriger steht es um die Selbstverteidigung der tropischen Kolonien. Das Klima gestattet auf die Dauer nur schwarze Schutztruppen zu verwenden. Das weiße Element ist unter der Bevölkerung verhältnismäßig nur schwach vertreten, erwachsene männliche Deutsche sind in Togo nur in Lome, in Kamerun nur in den Bezirken Duala, Viktoria, Edea, Jaunde und Buä, in Ostafrika nur in den Bezirken Tanga, Dar-es-Salam, Wilhelmstal, Moschi, Kilimatinde und Mpapua so zahlreich vertreten, daß sie etwa für lokale Verteidigungszwecke in Betracht kommen könnten. Der bedeutende Prozentsatz an Fremden in den Bezirken Moschi und Kilimatinde (zirka 50 Prozent der weißen Bevölkerung) weist übrigens auch hier auf die Not-

wendigkeit gesetzgeberischer Maßnahmen zu deren Heranziehung zur Landesverteidigung oder zu deren Unschädlichmachung hin.

Wenn nun auch dem Grundsatz nach eine Wehrpflicht den Weißen auch in den tropischen Kolonien aufzuerlegen ist, so wird deren Ableistung im Frieden noch größeren Schwierigkeiten unterliegen. In schwarze Schutztruppen können Weiße nur im Vorgesetztenverhältnis eingestellt werden. Ansiedler zur Ableistung der aktiven Dienstpflicht auf das Heer im Mutterlande oder auf die Schutztruppe für Südwestafrika zu verweisen, ist mit der Verhinderung ihrer wirtschaftlichen Ansiedlertätigkeit gleichbedeutend. Solche Deutsche, welche ihrer Dienstpflicht nicht vor der Einwanderung genügt haben, müßten Gelegenheit haben, sie im Schutzgebiet in einem nur aus Weißen zusammengesetzten Verbände in abgekürztem Maße zu erfüllen. Die späteren Übungen können in Freiwilligen-Verbänden, welche bezirksweise zu bilden sind, in etwa je acht- bis vierzehntägiger Dauer abgeleistet werden. Sie sollen es dahin bringen, für den Kriegsfall Leute heranzubilden, die als Offiziere oder Unteroffiziere in Schutztruppenkompagnien eingestellt werden können.

Der Hauptsache nach ist der Schutz der Kolonien ganz auf die Verlässlichkeit und die Zahl ihrer schwarzen Soldaten aufgebaut. Ihre Verlässlichkeit hat im allgemeinen sich bis jetzt, in manchen Einzelheiten sogar in hervorragendem Maße, auch bei Aufständen bewährt. Dies entbindet nicht von der Verpflichtung, sie mit allen Mitteln zu sichern und zu steigern. Auch ihre Stärke hat zur Not im großen und ganzen genügt; es wird jedoch nötig sein, auch ihre Verstärkungsmöglichkeiten ins Auge zu fassen.

Die Verlässlichkeit schwarzer Truppen hängt von dem Maße ab, in welchem sie durch ihre Interessen und Vorstellungen sich mehr nach der Seite ihrer weißen Vorgesetzten als nach jener ihrer schwarzen Landsleute hingezogen fühlen. Wesentlich erleichtert wird dies, wenn die schwarzen Soldaten landfremd sind, das heißt aus ganz anderen Gebieten angeworben sind als die, in denen sie verwendet werden. Da sich indes die Quellen der Anwerbung in außerdeutschen Gebieten mehr und mehr verstopfen, ist es nötig, an der Stelle der Landfremdheit die Stammesfremdheit zu setzen und ihre Wirkung durch andere Maßnahmen zu ersetzen, welche eine weitergehende Entfremdung herbeiführen können. Ein solches Mittel liegt schon in dem Ausbildungsvorgang, der die Leute intellektuell über ihre Rassenossen emporhebt; wie auch in ihrer gelegentlichen Verwendung, welche ihnen ein Ueberlegenheitsgefühl schafft.

Die Verlässlichkeit der Truppe beruht ferner in der Aufrechterhaltung einer eisernen Disziplin, wobei sich aber mit größter Strenge Gerechtigkeit, Wohlwollen und Fürsorge verbinden muß — Dinge, die dem Neger in seinem gewöhnlichen Leben so wenig begegnen, daß er ihre Unannehmlichkeit in höherem Grade empfindet als den Druck des Zwanges.

Die Aneignung solcher Disziplin ebenso wie die Angewöhnung an die Vorgesetzten und die besonderen Berufsbedingungen setzen eine lange Dienstzeit voraus. Die gleiche Anforderung wird in höherem Maße erhoben durch die

Rücksicht auf den Ersatzbedarf. Je länger die Dienstzeit, desto kleiner, desto leichter zu beschaffen ist der jährliche Ersatzbedarf, desto geringer auch die Gefahr, die in der Wiederentlassung militärisch wohlgeschulter Eingeborener in ihre Heimat liegt. Das Minimum der Dienstzeit ergibt sich aus der zur Ausbildung erforderlichen Zeit plus der der Ausbildungsarbeit mindest äquivalenten nützlichen Dienstleistung; das Interesse einer möglichststen Festigung der Truppen und Einschränkung des Ersatzbedarfes drängt aber mehr dem Maximum zu. Die Maximalgrenze ist mehr individueller Natur; sie liegt in der Dauer, in welcher — wie bei allen geworbenen oder sonst langdienenden Truppen — die Gewöhnung anfängt, in Ueberdruß und Nachlässigkeit überzugehen. Man mag die untere Grenze bei vier bis fünf, die obere bei zwölf Dienstjahren finden. Je mehr man sich der oberen Grenze nähern kann, desto besser. Es ist daher nützlich, freiwillige Dienstverlängerungen tüchtiger und verlässiger Leute mit besonderen Vorteilen auszustatten.

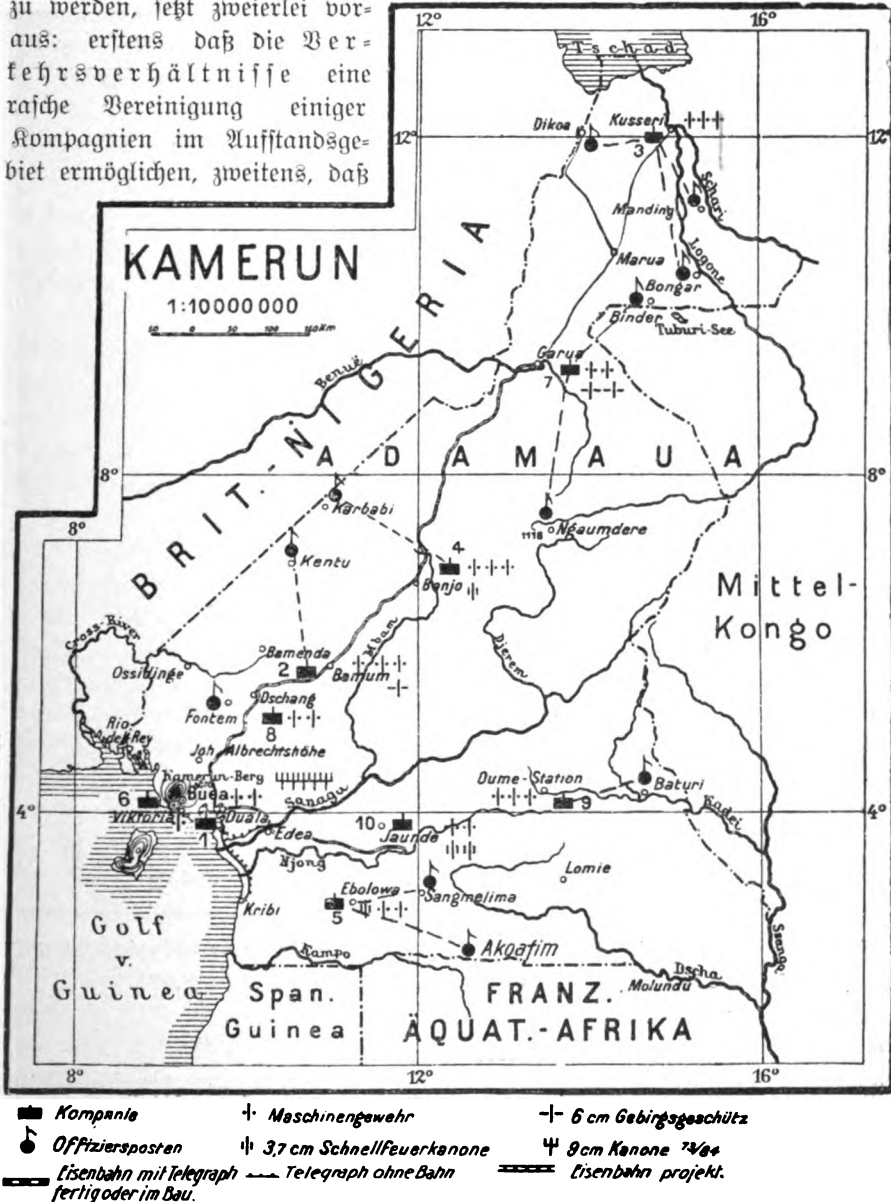
Eine weitere Grundlage der Verlässigkeit der Truppe liegt in ihrer Ausstattung mit *w e i ß e n D i e n s t g r a d e n*. Das tatsächliche Verhältnis letzterer zu den Schwarzen beträgt in Ostafrika und Kamerun etwa 10%. Das ist an sich nicht hoch; effektiv stellt es sich aber erheblich niedriger, da von den 10 % nicht nur die in Zivildiensten Verwendeten, sondern auch die Beurlaubten, die man mindestens auf ein Fünftel schätzen kann, abgehen, so daß das wirkliche Verhältnis auf 6–7 % sich belaufen mag. Tatsächlich ist man bisher damit zurechtgekommen; die Schutztruppe beider Gebiete hat sich bei jeder Gelegenheit tapfer geschlagen; sie hat es aber immer mit erheblich minderwertigen Gegnern zu tun gehabt. Ein starker, wohl vorbereiteter Aufstand, der sich auf weitere Gebiete erstreckt, würde sie auf eine schwerere Probe stellen, insbesondere bei starkem Verlust an weißen Vorgesetzten. Den Ersatz dafür aus dem Heimatlande zu holen, würde zu lange dauern; er muß nach Möglichkeit im Schutzgebiet selbst bereitgehalten werden. Davon später.

Als ein Mittel, die Verlässigkeit der schwarzen Truppe zu steigern, ist noch zu erwähnen, daß die Waffen, die besondere Wirkung ausüben — so Maschinengewehre und Geschütze —, nur von Weißen bedient werden dürfen.

Was nun die *Stärke der schwarzen Schutztruppe* anbelangt, so liegt es nahe, sie unter normalen Verhältnissen im Interesse der Kostenminderung auf dem tunlichst niedrigsten Stande zu halten. Dies ist in Kamerun und Ostafrika — wie ein Blick über die Verteilung der Truppe über die ungeheuren Gebiete sofort erkennen läßt — sicherlich eingehalten worden; (Alt-) Kamerun, anderthalbmal so groß wie das Deutsche Reich, ist mit zehn Kompagnien und einem Artilleriedetachement, Ostafrika, zweimal so groß wie das Deutsche Reich, mit vierzehn Kompagnien, in einer Gesamtstärke erstere von 1560, letztere von 2800 Mann (einschließlich Weiße) besetzt. Außerdem bestehen örtliche Polizeitruppen, die ihre Ergänzung aus einer der Schutztruppe attachierten Stammkompagnie

erhalten. Die in den Residenturen Garua und Kufferi (Kamerun) stehenden Kompagnien sind teilweise beritten, mit einem Pferdedepot in Garua. (Die durch die Befestigung von Neukamerun sich ergebenden Änderungen konnten hier noch nicht berücksichtigt werden.) Vergl. Deutsche Kolonialzeitung 1913. S. 166.

Mit so geringen Truppenstärken ernstere aufständische Bewegungen Herr zu werden, setzt zweierlei voraus: erstens daß die Verkehrsverhältnisse eine rasche Vereinigung einiger Kompagnien im Aufstandsgebiet ermöglichen, zweitens, daß



Schutztruppen Verteilung 1.4.1912.

Nhonga noch nicht eingerichtet ist, noch schwieriger die Vereinigung der drei Kompagnien des Südbezirks (Jaunde, Ebolowa, Dumestation) nach dem Nordosten oder Südosten der Kolonie. Am langwierigsten würde die Unterstützung der beiden Kompagnien (Garua und Kufferi) des Nordzipsels sein; die nächste Kompagnie (Banjo) ist 300, die zweitnächste 500 Kilometer Landweg von Garua entfernt, von Garua bis Kufferi ist noch gut 300 Kilometer weiter.

In Ostafrika sind von den vierzehn Kompagnien zehn an und nördlich der Mittellandbahn. In diesem Gebietssteile ist schon jetzt mit Hilfe der Mittelland- und der Usambara-Bahn — und noch mehr, wenn erstere Bahn vollendet und durch eine leistungsfähige Schifffahrt auf dem Tanganjika- und Kiwusee ergänzt sein wird — eine rasche Verschiebung von Truppen möglich. Um so schlimmer steht es südlich der Mittellandbahn, wo auf größerer, völlig eisenbahnloser Fläche vier Kompagnien verteilt sind, deren Vereinigung nach einem Flügel, zum Beispiel nach Songea 200, 300, 400 und 500 Kilometer Landmarsch erfordern würde. Die Marschbereitschaft und Beweglichkeit der Kompagnien werden wesentlich gefördert, wenn sie ihren Bedarf an Trägern dauernd bereit haben. In Ostafrika ist dies teilweise der Fall, in Kamerun, wie es scheint, nicht.

Die Dauer der Entblößung der Kompagniestelle von ihren Besatzungen wird eingeschränkt werden, wenn Aufstandsneigungen möglichst im Keime erstickt, ausgebrochene Aufstände so rasch als möglich niedergeworfen werden, die Schutztruppe also jederzeit und grundsätzlich offensiv verfährt. Die defensive Bedeutung der Stationen selbst ist in Ostafrika und Kamerun geringer als in Südwestafrika, wo sie Ansiedlern und Besitzümern in größerem Umfang Schutz bieten müssen. Größere Zahlen von weißen Ansiedlern finden sich in Ostafrika und Kamerun nur an wenigen Stationen. Nichtsdestoweniger bleiben in den Stationen Werte genug zurück, um es zu rechtfertigen, daß sie besetzt bleiben mit einer Truppenstärke, die der Sicherheit der Station und der Niederhaltung ihrer nächsten Umgebung auf die Dauer der Abwesenheit der Kompagnie entspricht. Diese Abwesenheit kann aber — wie oben gezeigt — unter Umständen recht lange dauern, ganz besonders würde dies der Fall sein, wenn Kompagnien außerhalb des Landes (z. B. von Kamerun nach Logo oder in das Amboland) abgegeben werden müßten. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Abgabe der Bewachungsdetachements die abrückenden Kompagnien nicht zu sehr schwäche. In ruhigen Zeiten die Schutztruppe so stark zu erhalten, daß jederzeit einige Kompagnien auf längere Zeit abrücken können, ohne die Stationsbesatzungen zu schwächen, dürfte sowohl der Kosten als auch der Rekrutierungsschwierigkeiten wegen zu vermeiden sein. Es muß gestrebt werden, eine Organisation zu schaffen, welche im Bedarfsfalle den Kompagnien eine Verstärkung, und zwar an genügend ausgebildeten Mannschaften zuführt.

Dies würde dahin führen, in der Nähe der Stationen eine Art *Reserve* dadurch zu bilden, daß die nach Vollendung ihrer Dienstzeit entlassenen und als

tüchtig und verlässlich erprobten Schwarzen mit ihren Familien auf Reservaten in der Nähe der Station angesiedelt werden und daselbst gewisse Vorteile genießen gegen die Verpflichtung, auf eine weitere Reihe von Jahren auf Einruf zum Dienste bereit zu sein. Die Zahl der Jahre würde sich nach der Zahl der jährlich Angesiedelten derart zu richten haben, daß diese in der Gesamtzahl der Jahrgänge mindestens die Stärke der Kompagnie erreicht. Zur Erhaltung der Ausbildung und Disziplin könnten diese Leute außerhalb der Zeit der Felderbestellung und Ernte jährlich auf einige Tage zu Übungen eingezogen werden. Die Militärkolonien würden gleichzeitig einen Arbeiterstamm für die Station bilden und durch ihre unter dem Einflusse der Station verbesserte Landwirtschaft auch noch vorbildlich auf die Umgebung wirken. Im Bedarfsfalle würden diese Reserveaskaris zum Waffendienste einberufen und teils zur Verstärkung der Kompagnie, teils zum Ersatz, der Hauptsache nach als Stationsbesatzung dienen. Die Station müßte mit der hierfür nötigen Bewaffnung und Ausrüstung versehen sein.

Eine gewisse Verstärkung werden einer Schutztruppenunternehmung immer jene Stämme bilden, welche, den zu bekämpfenden feindlich gesinnt, sich der Schutztruppe als *Hilfskrieger* anschließen. Eine solche Verstärkung ist immerhin brauchbar genug, um sie zu benutzen und nach Möglichkeit sie sich durch die Pflege der Stammeseifersucht zu erhalten. Aber als recht verlässlich können solche Hilfskrieger nicht angesehen werden, außerdem sind sie nach Ausbildung und Bewaffnung doch sehr minderwertig, und ihnen gute Waffen in die Hand zu geben, wäre doch sehr zu widerraten.

Die schwarzen Reservekompagnien müssen aber auch mit weißen Vorgesetzten ausgestattet werden. Die Friedenskompagnien können deren nicht entbehren. Weiße, die früher in der Schutztruppe gestanden und als Ansiedler im Land geblieben sind, werden nur sehr vereinzelt zur Verfügung stehen. Offiziere und Unteroffiziere aus dem Mutterlande erst im Bedarfsfalle einzuberufen, wäre nutzlos, sie kämen noch völlig unorientiert und überdies zu spät.

Und hier erhebt sich wiederum die auch an anderen Stellen schon bemerkbar gewordene Forderung eines *Vorrates an weißen Dienstgraden* in der Kolonie selbst. Sein Maß wird annähernd bestimmt durch die Zahl der Reservekompagnien, welche aufgestellt werden können; jede dieser müßte im gleichen Verhältnis, wie die stehenden Kompagnien, ausgestattet werden können.

In welcher Form diese Verstärkung an Weißen im Frieden in die Schutztruppe einzufügen sein dürfte, hängt wesentlich von ihrer Zahl ab. So lange diese — und dies wird anfänglich der Fall sein, da die ganze Einrichtung nur allmählich durchgeführt werden kann — eine entsprechend niedrige ist, können diese weißen Dienstgrade den Kompagnien über den Etat zugeteilt werden. Dies hat den Vorteil, daß sie sich in der Praxis leichter und schneller informieren, belädt jedoch die Kompagnien mit einer neuen Ausbildungsarbeit, gibt dieser Ausbildung einen lokal beschränkten Charakter und fügt in die Kom-

pagnien zweierlei Klassen von weißen Dienstgraden ein, von denen die in Ausbildung begriffenen — zum Schaden der Disziplin — den Astartis allzu leicht als solche zweiter Güte erscheinen. Darum dürfte es sich empfehlen, die Reserve an Weißen zusammenzuhalten, und zwar zunächst bei einer Kompagnie, später aber — bei zunehmender Stärke — in einem besonderen Verband am Stabsfize. Hierzu sind alle erstmals in der Schutztruppe Eintretenden zu bestimmen; sie erhalten dort eine besondere Ausbildung in militärischer, wirtschaftlicher, geographischer, verwaltungstechnischer Hinsicht, wie sie eben nur die Kolonie selber geben kann. Aus dieser weißen Stammkompagnie, wie sie genannt sein möge, die sich lediglich aus Weißen zusammensetzt, werden die Lücken ergänzt, welche bei den aktiven Kompagnien durch Abgänge, Beurlaubung, Abgabe an Reservekompagnien entstehen. Die aktiven Kompagnien erhalten so ihren laufenden Ersatz an weißen Dienstgraden in einem Stande höherer praktischer Brauchbarkeit, und erhalten ihn schneller, als wenn er erst aus dem Mutterlande kommt; sie sind in der Lage, ihre Reservekompagnien rasch mit weißen Dienstgraden ausstatten zu können, und haben es nicht nötig, die Maschinengewehre den Händen Schwarzer anzuvertrauen. Eine solche weiße Stammkompagnie würde den weiteren Nutzen haben, daß bei ihr die weißen reichsangehörigen Ansiedler ihrer Militär- und Übungspflicht (s. o.) genügen und dadurch sich dazu ausbilden können, im Falle eines Aufstandes selbst als weiße Dienstgrade (der Reserve) in die Kompagnie ihres Bezirks einzutreten. Natürlich müßten auch hier die aktive Dienstzeit und Übungszeit, annähernd nach den für Südwestafrika, aufgestellten Grundfätzen eingeschränkt werden. Die Zunahme der Besiedlung wird für eine Zahl der Kompagnien sorgen, deren voller Bedarf an Reservedienstgraden aus der Ansiedlerschaft des Bezirks gedeckt werden. Auf diesem Wege würde den Ansiedlern die Ableistung der militärischen Dienstpflicht in der Kolonie selbst ermöglicht und die Wehrkraft der Kolonie erhöht. Daß daneben die Gründung von Schützenvereinen unter den Weißen — wie sie in Ostafrika stellenweise schon bestehen — von Nutzen sein wird, ist selbstverständlich. Sie wird — unter entsprechender Ueberwachung — als ein Mittel, die Schießausbildung in die Vereine zu verlegen und damit die Dienst- und Übungszeit der weißen Wehrpflichtigen entsprechend zu verkürzen, benutzt werden können.

Zu den Maßnahmen der Kriegsbereitschaft ist auch hier zu zählen die Ausstattung der Stationen mit Waffen und Munition — und deren gesicherte Lagerung — für die Reservekompagnien sowie mit Lebensmitteln. Die Stationen in Kamerun und Ostafrika besitzen fruchtbares Gelände genug, um nicht nur den laufenden Bedarf an Brot- und Hülsenfrüchten zu erzeugen, sondern daraus auch einen Vorrat anzusammeln, genügend für die Verproviantierung der Station sowie für den Nachschub an Expeditionen. Diese Aufgabe ist viel wichtiger als die Unterhaltung von Versuchsgärten von Baumwolle, Tabak, Kakao, Kautschuk usw., welche auf Militärstationen doch nur ausnahmsweise prosperieren können. Nahrungsvorräte müssen die

Stationen schon in ruhigen Zeiten um deswillen unterhalten, um in Jahren der Mißernte der Bevölkerung mit Brot- und Saatfrucht beispringen zu können. Am meisten sind Vorräte bei jenen Stationen nötig, die weit von der Bahn abliegen. Für die Versorgung mit Fleisch für den eigenen Bedarf sind die meisten Stationen mit einer kleinen Stationsherde ausgestattet, die je nach den örtlichen Verhältnissen aus Großvieh oder aus Kleinvieh bestehen. Die Vergrößerung und Verbesserung dieser Herden liegen auch im militärischen Interesse; ebenso auch die Sicherstellung der Fleischversorgung jener Stationen, auf welchen zurzeit (zum Beispiel der Isetsegefahr wegen) Vieh nicht gehalten werden kann. Für die ausmarschierten Kompagnien wird eine reichliche Verproviantierung der verlassenen Station minder wichtig erscheinen, sie wird es aber, wenn diese von Reservekompagnien besetzt werden und die Stationsvorräte auch zum Nachschub bestimmt sind, wie insbesondere die an Eisenbahnen und Flüssen gelegenen.

Die *Organisation des Nachschubes* abseits der Bahnen bedarf besonderer Vorbereitung. Bei Vereinigung mehrerer Kompagnien in einem Aufstandsgebiet ist nicht darauf zu rechnen, den Bedarf an Verpflegung jederzeit im Lande zu finden, zumal die Vorräte der aufständischen Stämme oft der Vernichtung anheimfallen. Der Nachschub auf den Landpfaden bedarf starker Trägerkolonnen, deren Beistellung, Organisation und Beaufsichtigung durch vorgängige Regelung wesentlich gefördert sein wird. Die kleinen ständigen Trägerabteilungen, welche den ostafrikanischen Kompagnien beigegeben sind, sind sehr wertvoll, aber sie können für den Kriegsbedarf an Trägern nur einen Stamm, für die Organisation nur einen Anfang darstellen.

Für kriegerische Expeditionen größeren Umfanges bedarf auch der *Sanitätsdienst* einer Verstärkung. Würde diese im Bedarfsfalle aus dem Mutterlande herangezogen, würde sie sehr spät oder gar nicht zur Wirksamkeit gelangen. Es gilt, der Tropenmedizin Kundige aus dem Lande selbst zu schöpfen. An und für sich drängt ja die Kultur-entwicklung zu einer Vermehrung des ärztlichen Personals, im besonderen könnte eine solche durch weitgehende Förderung der ärztlichen Mission gefördert werden, wenn diese Förderung an die Bedingung geknüpft wird, daß die Missionsstationen im Kriegsfall der Schutztruppe die nötige Verstärkung an ärztlichem Personal abgeben und die Einrichtung von Lazaretten übernehmen.

Bisher war nur von Ostafrika und Kamerun die Rede; Togo und Neu-guinea besitzen keine Schutztruppe. Togo ist bisher mit seiner Polizeitruppe ausgekommen; ihm eine Schutztruppe jetzt aufzudrängen, erscheint nicht geraten. Nur die Verstärkung der Polizeitruppe teils durch Reserven — etwa in der Art, wie solche für die Verstärkung der Schutztruppen in Ostafrika und Kamerun vorgeschlagen wurde — teils durch Hilfskrieger treuer Stämme wäre vorzubereiten. Gelingt solche nicht, oder erweist sich die Polizeitruppe überhaupt zu schwach, so wird rasche und ergiebige Mithilfe nur durch Ver-

beiführung von Kompagnien aus Kamerun — die Freiheit des Seeweges natürlich vorausgesetzt — geleistet werden können.

In Neuguinea ist die Bewirtschaftung und Beherrschung der größeren Landkomplexe auf die Küste beschränkt; die dort wohnenden Stämme sind so wenig zahlreich und so wenig organisiert, daß bisher die Polizeitruppe zu Schiff verhältnismäßig rasch jeden Herd von Unruhe erreichen und dort Ordnung herstellen konnte. In den Inselgebieten — einschließlich Samoa — wird die Niederwerfung von Aufständen immer der Kriegsmarine zufallen.

Von der italienischen Kolonialpolitik.

Von Oberregierungsrat Dr. E. Jacobi.

Wer in diesem Augenblick über italienische Kolonien schreibt, dem fließt notwendig zuerst der Name „Libia“¹⁾ in die Feder. Mit der Erwerbung von Libia ist die italienische Kolonialpolitik in ein ganz neues Stadium getreten, hat ganz andere, großartigere Linien erhalten und der Jubel in Italien über den Erfolg ist groß. Aber, das möchte ich hier gleich hervorheben, nicht nur der Jubel, sondern daneben macht sich in italienischen kolonialen Kreisen auch durchaus das ernste Bewußtsein von den großen Aufgaben, vor die man durch die neue Erwerbung gestellt ist, geltend. Von den großen Aufgaben für die Kolonialpolitik, ja für die ganze auswärtige Politik Italiens. Wir werden auf diese Aufgaben und ihre Lösung hier noch öfter zu sprechen kommen, heute möchte ich nur auf einen Gesichtspunkt aufmerksam machen, der in der deutschen Presse noch wenig Beachtung gefunden hat, trotzdem er große Aufmerksamkeit und Studium (notabene mit der Karte auf dem Tisch daneben) verdient. „Wir müssen“, heißt es in der „Rivista coloniale“, von den drei auseinanderliegenden Punkten des italienischen Afrika (Libia, Eritrea, Somaliland) einen organischen Kolonisationsplan gleichzeitig von allen Seiten ins Werk setzen, und daran denken, daß es dabei ein noch größeres und würdigeres Unternehmen gilt.“ Und welches ist dies „größere und würdigere Unternehmen?“ „Man vergesse nicht,“ heißt es an anderer Stelle, „daß Libia nur dann eine große Kolonie werden kann, wenn ihre wirtschaftlichen Schlüssel in unsere Macht gelangen durch geeignete Grenzberichtigungen und ein Vorgehen bis zum Tschadsee. Man vergesse nicht, daß Eritrea und Somaliland nur zerstreute Fragmente einer geographischen und politischen Einheit sind, die in Zukunft in unsere Hände fallen kann, wenn wir uns dieser beiden wichtigen Ausgangspunkte zur rechten Zeit zu bedienen wissen. Man vergesse nicht, daß wir in Libia, wie in Eritrea

¹⁾ Ich möchte bemerken, daß wir uns gewöhnen sollten für die italienischen Kolonien, auch im Deutschen die italienische Schreibweise „Eritrea“ und „Libia“ anzuwenden. „Erythraea und „Libyen“ sind antike Namen, die nicht dasselbe bezeichnen. Italiens Somaliland hat noch keine offizielle italienische Bezeichnung.

und Somaliland zu Nachbarn eine süße lateinische Schwester und eine traditionelle Freundin haben, die aber unangenehm werden könnten, mit denen wir daher in einer näheren oder ferneren Zukunft uns auseinanderzusetzen haben werden. Man vergesse nicht, daß, wenn wir sehr starke und mächtige Verbündete haben, diese uns um so wirksamer werden ihre Unterstützung leihen können, je stärker und mächtiger wir unsererseits sind.“ Die Bedeutung dieser Sätze, die in ihrer Klarheit und Bestimmtheit des größten politischen Werkes der Italiener, der Discorsi des Macchiavelli nicht unwürdig sind, reicht vielleicht noch über ihren nächsten Zweck, Richtlinien für die künftige Kolonialpolitik Italiens zu zeichnen, hinaus. Interessant ist übrigens auch, daß an jener oben erwähnten Stelle, wo das „größere und würdigere Unternehmen“ erwähnt wird, auf das Beispiel Deutschlands verwiesen wird, das „von Kamerun, Ostafrika und Südwestafrika mit heroischer Hartnäckigkeit seine mächtigen Fühlhörner nach dem Zentrum, des schwarzen Erdteils ausstreckt, das ihm, völlig ihm gehören wird, gehören muß und zu gehören verdient. Neben Libia, der „zuletzt gewonnenen und grade darum am meisten geliebten“ Tochter Italiens, empfindet man die früheren alten Kolonien Eritrea und Somaliland als von der öffentlichen Meinung vernachlässigt und zurückgesetzt. Das gilt vor allem von Eritrea, der „Stieftochter Italiens“, wie sie bezeichnend in einem Artikel der „Rivista coloniale“ genannt wird. Was Eritrea not tut und von allen Kolonialpolitikern immer wieder gefordert wird, ist dasselbe, was auch bei uns bei Forderungen für die Kolonien immer wieder im Vordergrund steht: Verkehrsverbindungen, vor allem Eisenbahnen, und Befriedigung des Kreditbedürfnisses, namentlich eine Bank. In Libia besteht eine Filiale der Banca d'Italia, eine der Banca di Roma, und eine der Banca di Sicilia; in Eritrea besteht überhaupt keine Bank, obwohl sie seit Jahren gefordert wird, so auch in einer Resolution des Kolonialkongresses in Asmara 1905, so neuerdings ebenfalls von dem Kongreß der Italiener des Auslandes. Dabei ist die wirtschaftliche Entwicklung von Eritrea auch trotz der Vernachlässigung seitens des Mutterlandes gar nicht schlecht vorwärtsgesgangen. Der Gesamthandel ist von 1897 bis 1910 von rund 13 173 000 Lire auf 27 500 000 Lire, nach einer anderen Quelle sogar auf 31 365 000 Lire gestiegen. Für 1911 betrug er rund 32 000 000 Lire. Die Größe der Kolonie wird auf 135 100 Quadratkilometer angegeben (Togo 87 200 Quadratkilometer). Von dem Gesamthandel entfielen 1911 20 512 000 Lire auf die Einfuhr und 11 470 000 Lire auf die Ausfuhr. Von den Herkunftsländern der Einfuhr stand Italien mit 7 916 000 Lire und von den Bestimmungsländern der Ausfuhr ebenfalls Italien mit 2 444 000 Lire an der Spitze, wenn auch im ganzen die ausländische Einfuhr und Ausfuhr die italienische übertrifft. Es ist aber zu bedenken, daß der für den Handel einzig in Betracht kommende Hafen von Massaua schon vor der italienischen Besitzergreifung einen nicht unwesentlichen Verkehr hatte, und der Verkehr von solchen alten Handelsplätzen nicht so leicht ausschließlich dem

Mutterlande zufällt, wie es bei kolonialem Neuland etwa in der Art von Kamerun oder Südwestafrika der Fall ist. Die oben erwähnten Zahlen beziehen sich übrigens nur auf den Handel der Kolonie selbst, ohne den Durchgangsverkehr. Hinter Italien folgen bei der Einfuhr Oesterreich-Ungarn mit 3 682 000 Lire, sodann Arabien, Großbritannien, Indien immer noch mit über einer Million, dann die anderen Länder, Deutschland hinter den genannten und Belgien und Sudan mit 216 600 Lire. In der Ausfuhr kommt es hinter Aden, Arabien und Oesterreich-Ungarn mit 1 531 000 Lire. Im Wert stehen bei der Ausfuhr an der Spitze Palmnüsse der Dumpalme mit 1 207 330 Lire. Nicht unerheblich ist auch die Ausfuhr von Datteln im Wert von 687 000 M. Von anderen Erzeugnissen der tropischen Landwirtschaft ist vor allem Baumwolle zu nennen, mit der allerdings nicht hohen Summe von 257 000 Lire 1911, die aber gegen 1910 (167 000) nicht unerheblich zugenommen hat. Die Baumwolle wird besonders bei Agordat auf dem Hochlande zwischen Keren und Kassala gepflanzt. Neben diesen Produkten spielen die alten, Perlmutter mit 905 000 Lire und Perlen mit 625 000 Lire immer noch eine Rolle. Sonst kommen noch mit erheblichen Summen Häute, namentlich *Rindshäute* mit 617 000 Lire (1900 411 000) in Frage. Auch Butter mit 483 000 Lire ist immerhin zu erwähnen. Die Produktion ist, wie man schon aus dieser kurzen Aufzählung sieht, eine vielseitige, sie könnte aber nach dem Urteil von Kennern außerordentlich gesteigert werden durch Verbesserung der Bewässerung. Vor einiger Zeit hatte sich eine englische Gesellschaft mit einem Kapital, wie man sagt, von 30 Millionen Lire gebildet, um das Gelände von Ghinda bis zur Küste in einer Breite von 70 und einer Länge von 100 Kilometern zu bewässern, die Sache scheint aber nicht zur Ausführung zu kommen, und soll jetzt vielleicht mit italienischem Kapital aufgenommen werden. Aussichtsvoll soll namentlich auch die Kultur von Maulbeerbäumen und die Seidenraupenzucht sein. Diese Kultur ist dem Italiener vertraut, ebenso wie die der Oliven, die vorhanden sind, aber zu kleine Früchte tragen und durch italienische Oliven ersetzt oder irgendwie verbessert werden müßten. Der Handel kann, soweit er mit den Produkten des Landes getrieben wird, nur mit der Produktion zugleich sich heben, sofern er aber Durchgangshandel ist, hängt seine Entwicklung natürlich von dem Ausbau der Verbindungen mit dem natürlichen Hinterlande Eritrea, mit Abessinien, ab. Das ist in wirksamer Weise eben nur möglich durch Eisenbahnen, d. h. durch den Ausbau der bis jetzt 120 Kilometer langen Eisenbahn nach Asmara weiter nach der Grenze und nach Abessinien hinein. Vorgeschlagen ist eine Linie Asmara—Adua—Gondar—Manforer am Blauen Nil. Sie würde von Asmara aus 750 Kilometer lang sein und die abessinischen Landschaften Tigre, Amhara und Godscham, von denen namentlich die letztere reich an Kaffee sein soll, erschließen. In weiter Ferne erscheint dann das Projekt, diese Bahn noch weiter nach Süden zu verlängern bis Bugh in Italienisch-Somaliland und dem Hafen Brawa am Indischen Ozean. Damit wären dann die „Fragmente“

in Verbindung gebracht, und der französischen Bahn nach Tschibuti eine wirksame Konkurrenz gemacht. Aber das ist Zukunftsmusik. Für die Gegenwart möchte ich aber zum Kapital Verkehrsverbindungen noch erwähnen, daß eine Omnibusverbindung von Asmara nach Keren im Norden und nach Adi-Agri und Adi-Kaie im Süden existiert. Sollte etwas Ähnliches nicht auch in Nordkamerun, solange Eisenbahnen fehlen, bei dem dort vorhandenen Pferdematerial möglich und praktisch sein?

In Somaliland bemüht man sich inzwischen, das Ziel der oben erwähnten Ueberlandbahn, Brava, zu einem leistungsfähigen Hafen auszubauen. Vor allem soll ein steinerner Hafendamm von ca. 800 Meter Länge ausgeführt werden, der in Verbindung mit einer Anzahl vorgelagerter Klippen ein Bassin schaffen soll, das auch größeren Schiffen das Ankeru gestattet, ohne daß sie Gefahr laufen, an den vorhandenen Korallenriffen Schaden zu nehmen. Den Interessen der Schifffahrt dient auch der am 30. August eingereichte erste Leuchtturm an der Küste von Italienisch-Somaliland. Dem ganzen Lande, Eingeborenen wie Europäern, aber kommt zugute das Hospital in Mogadischu (Mogadiscio), zu dem am 8. Juli der Grundstein gelegt wurde. Es soll drei Pavillons haben, einen für Europäer, einen für Eingeborene und einen für ansteckende Krankheiten. Die Zahl der Betten soll vorläufig 50 betragen.

Zum Schluß möchte ich noch ein wichtiges Ereignis der italienischen Kolonialpolitik erwähnen, nämlich die Einrichtung eines eigenen Kolonialministeriums. Auch in Italien lösen sich jetzt, wie vor wenig Jahren bei uns, die kolonialen Angelegenheiten vom Auswärtigen Amt, wo sie bisher in einer besonderen Abteilung bearbeitet wurden, los und werden einem besonderen Ministerium übertragen. Auch dies ist ein Zeichen für die größere Bedeutung, die hinfort die kolonialen Dinge im Leben der Nation haben sollen.

Die Aufgaben des kolonialen Maschinenbaues.

Von Gottfried Goldberg, Berlin-Lichterfelde.

Der deutschen Maschinenindustrie öffnen sich mit der aufblühenden Entwicklung der deutschen Kolonien neue Absatzgebiete. Wenn bisher technische Hilfsmittel in den Schutzgebieten nicht in dem erwarteten Maße Eingang gefunden haben, oder wenn Maschinen aus dem Auslande eingeführt wurden, so liegt das zum Teil daran, daß die deutsche Industrie in vereinzelt Fällen den kolonialen Bedürfnissen zu fremd gegenübersteht. Doch treten schon jetzt verschiedene namhafte deutsche Fabriken an die neuen Aufgaben mit Eifer und Erfolg heran. Lebhaft Nachfrage dürfte zunächst nach passenden landwirtschaftlichen Maschinen herrschen, die sich sowohl auf solche für Bodenkultur als auf Erntemaschinen erstreckt. Daneben macht die lebhaft einsetzende Baumwollpflanzung Maschinen für dieses Gebiet notwendig. Auch verdienen die Maschinen für die Kopro-, Gummi- und Pflanzenölgewinnung ein reges Interesse. An industriellen Maschinen bedürfen unsere Schutzgebiete hauptsächlich technischer Hilfsmittel für den Bergbau, die Holzbearbeitung, Brauerei- und Brennereibetriebe. Ein großes Absatzfeld finden Bohrmaschinen.

Wenn die deutschen Kolonien nun auch in finanzieller Beziehung die nötige Unterstützung finden, so dürfte sich bald ein lebhaftes Exportgeschäft nach dort entwickeln.

Mit der langsam, aber stetig fortschreitenden Entwicklung der deutschen Schutzgebiete steigern sich naturgemäß die Bedürfnisse, andererseits aber auch die finanzielle Möglichkeit, jene zu befriedigen. Insbesondere macht sich das Bedürfnis nach technischen Hilfsmitteln bei solchen kolonialen Unternehmungen geltend, wo der Mangel der nötigen Arbeiten es verbietet, daß dieselben vom Farmer einschließlich seiner Familienmitglieder und einiger bediensteter Eingeborenen erledigt werden können. Menschenkraft muß hier, wenn das Unternehmen sich wirtschaftlich gestalten soll, durch Maschinenarbeit abgelöst werden. Infolgedessen gewinnen die Kolonien auch für die einheimische Industrie an Interesse, welche mit Recht in dem neuen Lande ein Absatzgebiet der Zukunft erblickt. Wenn die heimische Maschinenindustrie bisher nicht mit dem Erfolge gearbeitet hat, der allgemein erwartet wurde, so liegt dies zum Teil an der noch herrschenden Unkenntnis der an die einzelnen Maschinen gestellten Anforderungen. Es ist vorerst ein genaues und gründliches Studium des Landes und seiner Eigenheiten nötig, bevor sich ein für Hersteller und Abnehmer gewinnbringender Maschinenexport vom Mutterland nach den Kolonien entwickeln kann.

In der Hauptsache sind es zwei Gründe, welche in unseren Schutzgebieten zur Einführung von Maschinen hindrängen: einmal der Mangel an Arbeiterpersonal und zum anderen die erschöpfende Einwirkung des Tropenklimas. Beides sind wirtschaftliche Widerstände, die nur mit Hilfe von Maschinen beseitigt werden können. Trotz aller Sorgfalt der Behörden pflegt in den meisten kolonisierten Ländern die Einwohnerzahl der Eingeborenen zu sinken. Auch aus unseren Kolonien kommt die Kunde von einer hohen Kindersterblichkeit, von Seuchen und Krankheiten unter den Erwachsenen. Streitigkeiten zwischen einzelnen Stämmen, die ganz besonders zur Verringerung der Eingeborenen beitragen, tun ein übriges. Noch verderblicher sind die Folgen des Alkoholmißbrauchs. Es ist daher nicht anzunehmen, daß in absehbarer Zeit die Einwohnerzahl der Eingeborenen wachsen wird, eher kann mit einem weiteren Zusammenschmelzen der farbigen Rasse gerechnet werden. Als zweiter Punkt kommen die körperliche Schwäche vieler Eingeborenen und ihre angeborene Trägheit in Betracht, die sie für schwere Arbeiten bei der Ackerbestellung oder beim Bergbau fast ganz ungeeignet erscheinen lassen. Auch geht ihnen in den allermeisten Fällen das Verständnis für die Handhabung landwirtschaftlicher Geräte und der Zugtiere fast ganz ab: sie vermögen sich nicht von ihren uralten, primitiven Methoden der Feldbestellung loszumachen und bedürfen einer ständigen Ueberwachung durch den Europäer. Dazu kommt noch der Einfluß des Tropenklimas, welches selbst den Europäer für einen großen Teil des Tages für alle schwere Arbeit untauglich macht. Der Segen von maschinellen Einrichtungen tritt also deutlich genug zutage.

Dem Zweck nach, welchem die kolonialen Maschinen zu dienen haben, zerfallen dieselben in zwei Sondergruppen: in landwirtschaftliche und industrielle. Die erste Gruppe wird zunächst wohl die an Zahl bedeutendere sein, da sich infolge des Kohlenmangels die Industrie unserer Schutzgebiete noch immer in bescheidenen Grenzen hält. Was den landwirtschaftlichen Maschinenbau anbetrifft, so harren seiner drei Aufgaben: erstens die Herstellung und Vervollkommnung von Maschinen für den Handbetrieb, wie sie in unseren Kolonien sich teilweise schon vorfinden, 2. von solchen für Kraftbetrieb, und 3. von Apparaten, welche zwischen den genannten Gruppen einen Mittelweg bedeuten, die nämlich mit Hilfe von Zugtieren in Betrieb gesetzt werden können.

Ein großer Teil der Maschinen für landwirtschaftliche Zwecke wird der gleiche sowohl für Mutterland als Kolonie sein. Jedoch weiß jeder erfahrene Landwirt, daß die Wahl der Apparate für die Bodenbearbeitung in hohem Maße von der Beschaffenheit der jeweiligen Erdkruuste abhängig ist. Das letztere gilt auch für unsere Schutzgebiete.

Ferner spricht die Frage der Bedienungsmannschaft ein gewichtiges Wort mit. Es haben sich zum Beispiel die bei uns so beliebten Schwingpflüge in den Kolonien nur dort bewährt, wo sie von einem Europäer geführt wurden, die farbige Bevölkerung versteht sich ebensowenig auf die Gespannführung wie auf die Bedienung des Pfluges. Bessere Erfahrungen konnten mit dem Karrenpflug mit Selbstführung gezeitigt werden, während sich wiederum die mehrscharigen Pflüge in den wenigsten Fällen bewährten. Dahingegen hat sich der Kultivator auch in den Kolonien Freunde zu schaffen gewußt. Auf solchen Farmen, wo Geldmittel hinlänglich vorhanden sind, dürfte sich auch ein Gangpflug empfehlen, welcher eine Kombination zwischen Handpflug und Motor darstellt. Die Anschaffungskosten sind gering und das Gewicht nur klein, der Nutzen dagegen relativ hoch. Für die Bearbeitung größerer Ländereien ist der Motorpflug oder der Dampf pflug am Platze, der bereits im Jahre 1907 seinen Einzug in die deutschen Kolonien hielt.

Ein vom nationalen Standpunkt betrübendes Bild zeigen die in die Kolonien eingeführten Nähmaschinen, welche fast ausnahmslos englisches oder amerikanisches Fabrikat sind. Leider finden wir auch noch in Deutschland oft genug solche Maschinen ausländischer Fabriken, obgleich die einheimische Maschinenindustrie auch auf diesem Gebiete der englischen und amerikanischen in nichts nachsteht. Daß der tiefeingewurzelte Glauben an die Vorzüge der ausländischen Nähmaschinen endlich ins Wanken gekommen ist, zeigt nachstehende Tabelle:

Deutschlands Einfuhr an Nähmaschinen in Doppelzentnern:

	1907	1908	1909	1910
Aus den Vereinigten Staaten .	230 576	201 318	178 397	158 365
Aus Kanada	33 928	34 389	31 297	23 498
Aus Großbritannien	12 601	12 301	9 259	8 887

Deutschlands Ausfuhr an Nähmaschinen in Doppelzentnern:

1906	1907	1908	1909	1910
3848	6223	7762	12 014	16 091

Eine deutliche Sprache reden insbesondere die Zahlen der Ausfuhr deutscher Maschinen. Wenn selbst das Ausland sich langsam von der Zuverlässigkeit deutscher Arbeit auf diesem Gebiete überzeugt hat, so ist zu hoffen, daß auch die Kolonien in Zukunft ihren Bedarf im Mutterlande decken werden. Freilich wäre es zu diesem Zwecke wünschenswert, daß die Konstrukteure derartiger Maschinen zunächst einmal an Ort und Stelle eingehende Studien machten, denn eine Ernte in unseren Schutzgebieten weicht doch wesentlich von unseren einheimischen Anschauungen ab.

Zu den vom Mutterlande aus bekannten landwirtschaftlichen Maschinen gesellen sich diejenigen, welche direkt für tropische Länder gebaut sind. Hierzu zählen in erster Linie die Maschinen für die Baumwollgewinnung. Bei der Bedeutung, welche man heute dem Ausbau von Baumwolle in unseren Schutzgebieten zuspricht, gewinnt gerade diese Maschinengattung an besonderem Interesse. Ihre Zahl und Ausführungsart sind eine sehr mannigfaltige, und es haben sich infolgedessen schon verschiedene namhafte Maschinenbauanstalten in Deutschland mit Erfolg diesem Zweige zugewendet. Es werden heute Baumwollentkörnungsmaschinen und die verschiedensten Walzen-, Sägen-, Rinter- und Handgins in solider Ausführung auf den Markt gebracht. Will man den Maßstab der Kritik an diese Erzeugnisse der Industrie anlegen, so könnte vielleicht gesagt werden, daß die sogenannten Rintergins, das heißt die Maschinen, welche den Baumwollsaamen von den anhaftenden Fasern trennen, noch einiger Vervollkommnung bedürfen.

Die Baumwollpflückmaschine stellt eine aufsehenerregende Neuheit dar, denn wenn der Wunsch nach einer solchen auch schon alt ist, so glaubte man doch auf die Ausführung verzichten zu müssen. Die Schwierigkeit besteht nämlich darin, daß die Baumwollkapeln nicht gleichzeitig reifen, so daß eine doppelte Ernte stattfinden muß. Jetzt

soll es einem Amerikaner gelungen sein, eine Maschine herzustellen, welche den Anforderungen genügt. Die Betriebskraft liefert ein Explosionsmotor von 30 PS, und zum Pflücken dienen senkrechte Zylinder, welche mit stählernen und ganz fein ausgezähnten 816 Fingern versehen sind. Diese Finger nehmen von den Pflanzen den reifen Samen ab, welcher dann von Abnehmern und einem Elevator in den Sammelbeutel geworfen wird. Zur Bedienung sind ein Mann zur Steuerung und ein Junge zum Sackauswechseln erforderlich. Die Leistung der Maschine soll sich auf 3600 bis 4500 Kilogramm Rohbaumwolle pro Tag belaufen, vorausgesetzt, daß die Pflanzung gut bestanden ist. Der Motor braucht täglich nach Angabe des Fabrikanten 30 Kilogramm (?) Benzin und für zirka 2 Mark Öl und befährt 3 bis 4 Hektar pro Tag. Der Preis beläuft sich auf 20 000 Mark. Untersucht müßte noch werden, ob die Maschine sich auch für die in unseren Kolonien angebaute Baumwolle eignet; wäre dies der Fall, so bedeutete die neue Erfindung auch für unsere Schutzgebiete einen hohen wirtschaftlichen Fortschritt.

Eine andere Neuerung auf diesem Gebiete, die diesmal von einer deutschen Firma ausgeht, bedeutet die Kapofentörnungsmaschine. Der deutschen Industrie ist es gelungen, Kapofgarne mit seidigem Glanz herzustellen, welche zu Geweben verarbeitet werden und vielfachen Absatz finden.

Eine Lücke besteht noch in dem Bau von geeigneten Maschinen für die Entfaserung der Sisalpflanze; lebhafter macht sich jedoch ein Mangel an geeigneten Sisalente-maschinen bemerkbar, besonders leiden die kleinen Betriebe der Südfeschutzgebiete darunter. Es wird hier meistens mit kleinen Raspadoren für Handbetrieb gearbeitet, bei günstiger Ernte versagen diese Hilfsmittel aber gänzlich. Erwünscht wäre der Bau von kleinen, leistungsfähigen Raspadoren, welche durch Motor- oder Wasserkraft bewegt werden und im Felde selbst beweglich sein müßten.

Ein weiter Spielraum öffnet sich auch der Industrie beim Bau von Maschinen für die Kopro- und Gummigewinnung. Die Maschinen, welche die Koproanüsse knacken, bedürfen noch gewisser Verbesserungen, vielleicht auch Trockenanlagen, welche bei der steigenden Koproagewinnung eines dauernden Abzuges gewiß sind. Vor kurzem wurde von einem Kenner der Südfeschutzgebiete, dem Gouverneur Dr. Nahl, darauf hingewiesen, daß bei uns noch immer ein wichtiger Bestandteil der Koproanuß verloren geht, der zum Beispiel auf den Philippinen zu guten Preisen eine industrielle Verwendung findet. Es ist dies die den Kern schützende Faser, welcher nach einer kurzen Verarbeitung zu Flechtarbeiten, Polsterungen usw. Verwendung findet. Da es in den deutschen Schutzgebieten an Händen fehlt, wird die Faser verbrannt oder als Dünger benutzt, während es mit einer passenden Maschine gelänge, hier aus nichts den an sich armen Kolonien der Südsee neue Werte zu schaffen.

Die Aufgaben des kolonialen Maschinenbaues für die industriellen Anlagen der Kolonie sind sehr verschiedene, in den meisten Fällen jedoch denen des Mutterlandes ähnlich. Dies gilt insbesondere für die verschiedenen Maschinen für Brauereien usw. und den Bergwerksbetrieb. In letzterer Zeit sind einige Maschinen zur Erleichterung der Diamantengewinnung in Deutsch-Südwest eingeführt worden. Am besten scheint sich bisher auf diesem Gebiet die Schickelsche Sekmaschine bewährt zu haben, welche im Wasserverbrauch sparsam ist und die Gewinnung von mindestens 90 Prozent der im Waschgut enthaltenen Diamanten gewährleisten soll, was einen Vorteil von 30 Prozent gegen den vorher angewandten Handbetrieb zur Folge hätte. Als Kuriosum möge Erwähnung finden, daß dieser Maschine eine ernste Konkurrenz durch die Konstruktion eines einheimischen Schlossers erwächst, dessen Apparat lebhaften Absatz findet.

Zahlreich sind vor allem die Holzbearbeitungsmaschinen vertreten, welche sowohl in den Regierungsverwaltungen als in Privatbetrieben weitgehende Verwendung finden. In diesem Gebiet zählen auch die Baumrodemaschinen, an welche ziemlich hohe An-

forderungen gestellt werden. Eine wahrscheinlich auch für unsere Kolonien brauchbare Maschine, welche leicht transportabel ist, wenig Raum beansprucht, einfach in der Handhabung und relativ billig ist, stellt die Erfindung des heftischen Fortworts Büttnier dar.

Moderne Palmölgewinnungsanlagen befinden sich zum Beispiel in Togo. Ein gewaltiger Aufschwung steht vielleicht gerade dieser Maschinenartung bevor. Das Streben der Kolonialtechniker geht bekanntlich dahin, die modernen Dieselmotoren mit Ölen zu speisen, welche in den Schutzgebieten selbst gewonnen werden. In allerjüngster Zeit hat die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg nunmehr einen 25-PS-Motor für zwei Jahre zu Versuchszwecken den Kolonien zur Verfügung gestellt, welcher demnächst seine Aufstellung in Dar-es-Salam finden soll. Ein Werkmeister der Kaiserl. Werft in Dar-es-Salam ist in Nürnberg in der Montage und Behandlung derartiger Maschinen ausgebildet worden, welcher den Motor begleiten und die Versuche leiten soll. Gelingt es wirklich, mit kolonialen Ölen gute Erfolge zu erzielen, so wäre dies nach den verschiedensten Zeiten hin für unsere Schutzgebiete ein Fortschritt von weittragender Bedeutung.

Ein großes Arbeitsfeld findet in unseren Kolonien jedwede Art von Bohrmaschinen, welche angesichts der hohen Trockenheit des Landes und des steigenden Wasserbedarfes viel zu wenig vertreten sind. Während des letzten Jahres fanden die staatlichen Bohrgeräte zum größten Teil (90 %) auf Privatgebiet Beschäftigung, und doch müssen viele Anrufer jahrelang warten, bis die Reihe an sie kommt. Dabei bedeutet die Wasserversorgung geradezu eine Lebensfrage für viele Farmer. Vor kurzem lagen noch über tausend Gesuche um Ueberlassung der staatlichen Bohrgeräte bei der Regierung vor, so daß diese zwölf Jahre zu tun hätte, um nur die hier genannten Arbeiten auszuführen. Es wäre daher dringend wünschenswert, daß sich mehrere Firmen in den Schutzgebieten bildeten, welche mit Hilfe moderner Bohrmaschinen dem dringendsten Bedürfnis Abhilfe schafften. Eine Privatgesellschaft hat sich bereits gebildet, doch besteht die Befürchtung, daß die englische Konkurrenz, die bekanntlich sehr rasch in der Witterung guter Konjunkturen ist, sich dieses Betätigungsfeld nicht entgehen läßt, wenn nicht bald die nötigen Schritte eingeleitet werden.

Daß die deutschen Maschinenbauer, deren Wissen und Können in konstruktiver Beziehung auf der Höhe der Zeit steht, die ihnen auf dem Gebiete des kolonialen Maschinenbaues gestellten Aufgaben mit bestem Erfolg lösen werden, steht außer Zweifel. Andererseits darf nicht vergessen werden, daß zu jeder Leistung auch eine Gegenleistung gehört, die in diesem Falle durch die entsprechende Geldeinnahme repräsentiert würde. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß nicht nur für die Herstellung von Maschinen für Kolonialzwecke Propaganda gemacht wird, sondern es muß auch für eine gesunde Regelung der Geldgeschäfte Sorge getragen werden. Unsere Schutzgebiete haben zur Genüge ihre Entwicklungsmöglichkeit und Existenzberechtigung erwiesen, so daß es keine gewagte Spekulation, sondern eine solide Geldanlage bedeutet, sie auch finanziell zu unterstützen.

Koloniale Monatsblätter

Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft

Nr. 4

April 1913

15. Jahrgang

Wirtschaftliche Grundlagen und Aussichten der Togokolonie.

Von Direktor Fr. Supfeld.

Einleitung.

Mitte vorigen Jahres veröffentlichte der bekannte Tropenlandwirt John Booth im „Tropenpflanzer“ unter dem Titel „Wirtschaftliches über Togo“ eine sehr gründliche Studie über diese Kolonie, die in den beteiligten Kreisen berechtigtes Aufsehen erregt hat. Er verglich dabei den jetzigen Zustand der Kolonie mit einem „Dornröschenschlaf“, stellte die Tatsache fest, daß europäisches Geld und eingeborene Arbeitskräfte in großem Umfange aus Togo in die Nachbarkolonien abwandern, weil es in Togo an Verwendung für sie fehlt, und zeigte auch Mittel und Wege, um die Kolonie aus ihrer Stagnation herauszubringen; dabei hob er vor allem hervor, daß die tropischen landwirtschaftlichen Kolonien Afrikas zu einer schnellen Entwicklung, wie Europa sie mit seinem Bedarf an Rohstoffen nötig hat, neben der Eingeborenenkultur des Plantagenbetriebes in der Regel nicht entraten können.

Der ausführlich begründete Hinweis auf die großen in der Togokolonie schlummernden, gar nicht so schwer zu hebenden Werte schien anfangs tatsächlich auf fruchtbaren Boden zu fallen, allein von der ausgestreuten Saat ist seitdem so gut wie nichts aufgegangen. Daran mögen zum Teil die politischen und Geldmarktverhältnisse Schuld gewesen sein, die naturgemäß jede Unternehmungslust gelähmt haben. Weit stärker aber wiegen zwei einander geradezu entgegengesetzte und doch denselben Erfolg herbeiführende Auffassungen der in Togo interessierten Stellen: während nämlich die dortigen Erwerbsunternehmungen einen fühlbaren Rückgang des Produkten- und damit natürlich auch des Warenhandels schon seit geraumer Zeit voraussehen, sich also auf schlechtere Zeiten einrichten und daher zu neuen Unternehmungen keinen Mut haben, weisen andere Kreise, die an der überkommenen und lieb gewordenen Art des Vorgehens bei der Entwicklung der Kolonie festhalten möchten, auf den unleugbaren Aufschwung des Ausfuhr- und Einfuhrhandels der Jahre seit Beginn des Baues der Landungsbrücke und der Eisenbahnen hin und besonders auf das letzte in der Statistik abgeschlossen vorliegende Jahr, das Kalenderjahr 1911; sie folgern daraus, daß die Kolonie in glänzender Entwicklung sei, und daß daher jede Aenderung der bisherigen Methoden unnötig, ja geradezu bedenklich sei.

So steht die Kolonie vor einer wichtigen Entscheidung, und es ist daher zweckmäßig, sich über die dauernden Grundlagen und den derzeitigen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung möglichst frei von uferloser Ueberschätzung wie von lähmendem Pessimismus klar zu werden.

Der Boden.

Togo ist nach Boden und Klima nicht zu den reichen Kolonien zu rechnen.

Geologisch besteht es in seinem östlichen Teile aus Gneissen und Graniten, deren Verwitterung einen für manche Kulturen zwar recht brauchbaren, aber an Pflanzennährstoffen keineswegs besonders reichen Boden liefert. Nur am Fuße einzelner aus Hornblendegneissen bestehenden Gebirgsstöcke, wie des 1000 Meter hohen Aguberges, sind beschränkte Flächen reicheren Bodens vorhanden. Das die Kolonie von Südsüdwest nach Nordnordost durchziehende Hauptgebirge besteht überwiegend aus Glimmerschiefern und Quarzitschiefern mit Bänken von Quarz, die besonders in Nordtogo recht zahlreich auftreten. Bei der Verwitterung ergeben sich sandig-humose Böden von nur mäßigem Nährstoffgehalt. Da aber, wo die Quarzbänke zu zahlreich werden, bleiben kopfgroße Quarzbrocken unverwittert, so daß manche Gebiete mit ihnen geradezu überfät sind und daher für Kulturen wenig geeignet erscheinen; das gilt besonders für die menschenarmen Steppen an der Grenze zwischen Mittel- und Nordtogo östlich des Hauptgebirges.

Die Gesteine im Westen der Kolonie gehören etwas jüngeren Schichten an, in ihnen überwiegen Sandsteine und Schiefertone, deren Verwitterung ebenfalls Böden von nur mäßigem Nährstoffgehalt ergibt. In den weiten Ebenen der Volta-Otiniederung sind vielfach Konglomerate vertreten.

Von besonderem Einfluß auf den Kulturwert der Böden ist das überaus häufige Auftreten von Lateritkonkretionen in allen Uebergängen von erbsengroßen Knöllchen bis zu geschlossenen Bänken. Diese Konkretionen sind fast stets von brauchbarem Boden überlagert, doch wechselt dessen Mächtigkeit von $\frac{1}{2}$ bis zu mehreren Fuß. Es liegt auf der Hand, daß bei derartigen Böden die Bearbeitung sehr vorsichtig sein muß, damit nicht die Lateritkonkretionen in die Oberkrume gebracht werden; ungeschicktes Pflügen könnte hier nicht wieder gut zu machendes Unheil anrichten.

Unmittelbar an der Küste zwischen See und Lagune sind über einem Rückgrat muschelreicher rezenter Sandsteine dünenartige Sandböden abgelagert, deren Nährstoffgehalt sehr dürftig ist.

Diesen Qualitäten des Bodens muß die Landwirtschaft natürlich Rechnung tragen: sie muß entweder mit langen Brachzeiten rechnen, wie es der weit überwiegende Teil der Eingeborenen tut, oder sie muß zu Düngung übergehen, wie sie bezeichnenderweise in den überbevölkerten Gebieten einzelner Teile Nordtogos seit unvordenklichen Zeiten üblich ist. Leider stehen aber die Eingeborenen der für Schaffung von Ausfuhrwerten zurzeit in Betracht kommenden Landesteile jeder Düngung durchaus ablehnend gegenüber,

und auch wenn es in Menschenaltern gelingen sollte, darin Wandel zu schaffen, so wird doch mangels ausreichender Viehhaltung die beschaffbare Menge natürlichen Düngers stets ganz unzureichend sein. Für eine Verwendung künstlichen Düngers fehlt den Eingeborenen vorläufig jegliches Verständnis; ihnen dies beizubringen, wird eine Arbeit von Jahrzehnten sein und ähnlich wie in Europa wohl nur durch das Vorbild von Großbetrieben sich erzielen lassen. Selbstverständlich fallen für die Zufuhr von Kunstdünger die Frachtkosten sehr ins Gewicht, daher sind die im Süden und der Mitte der Kolonie gelegenen Gebiete dem Norden in dieser Beziehung stets überlegen, auch wenn man Eisenbahnen und Fahrstraßen baut.

Besonderes Gewicht muß auf die Festhaltung der *Oberkrume* des Bodens gelegt werden. Wenn in der Regenzeit sich kleine Wasserrinnen in Wildbäche wandeln, wird manch wertvoller Boden fortgeführt, und kahler Fels tritt zutage. Bäume sind dagegen der wirksamste Schutz, und zwar nicht nur die Bäume des geschlossenen Waldes, sondern auch die der Steppe. Der *Urwald* tritt in Togo stark zurück; er bedeckt größere Flächen des zentralen Togogebirgslandes und begleitet in Mitteltogo als Uferwald von oft ansehnlicher Breite die meisten Flüsse und Bäche. *Dichter Busch*, der den Boden ebenfalls ganz bedeckt, findet sich in Süd- und Mitteltogo ziemlich häufig. Die bei weitem größten Flächen aber nimmt die *Steppe* ein, in Süd- und Mitteltogo fast durchweg Baumsteppe, nach Nordtogo allmählich in die reine Grassteppe übergehend. Daß in den Grassteppen die Oberkrume leichter fortgewaschen wird als in Baumsteppen, dichtem Busch oder gar Urwald, ist einleuchtend. Nordtogo steht daher auch in dieser Beziehung zurück. —

Nebenbei sei noch bemerkt, daß verwertbare *Mineralische* nennenswerten Umfanges in Togo bisher trotz eifriger Forschung nicht entdeckt worden sind. Die ausgezeichneten, von den Eingeborenen für ihren Bedarf ausgebeuteten Eisenerzlager von Banjeli in Nordtogo sind für den Europäer innerhalb absehbarer Zeit wertlos; alle Pläne, sie nutzbar zu machen, sind nach Ansicht des Verfassers eitel Phantastereien, durch die man sich bei ernsthafter Erörterung der Entwicklungs- und Erschließungsmöglichkeiten der Kolonie nicht beirren lassen sollte.

Das Klima.

Entsprechend seiner geographischen Lage zwischen dem 6. und 11. Grade nördlicher Breite fällt Togo ganz in die *Tropen*. Winter und Frost sind unbekannt, auch auf den höchsten Erhebungen, die übrigens 1000 Meter nur an wenigen Punkten übersteigen, friert oder schneit es niemals. Hagel kommt ab und zu einmal vor.

Die durchschnittliche *Jahrestemperatur* beträgt an der Küste 27° C, im Innern etwas weniger.

Die *Niederschläge* verteilen sich nicht gleichmäßig über das ganze Jahr, sondern häufen sich in gewissen Monaten, während andere Monate

troffen sind. In letzteren tritt vielfach ein sehr trockener, ausdörrender Nord- bis Nordostwind auf, der sogenannte *Har m a t t a n*; seine Wirkung ist in Nordtogo am längsten und stärksten, aber selbst an der Küste macht er sich im Dezember bis Februar manchmal wochenlang bemerkbar.

Die Regenzeit beginnt im allgemeinen nach dem Zenithdurchgang der Sonne, demgemäß im Süden nach der Frühlings-Tag- und -Nachtgleiche früher als im Norden. An der Küste und in Mitteltogo werden im März und April die Regen immer häufiger und erreichen im Juni ihren Höhepunkt; Juli und August bringen ein Nachlassen der Regenzeit, und zwar so, daß an der Küste im August meist ausgesprochene Trockenheit herrscht, während in Mitteltogo auch der August doch annähernd den Durchschnitt des Monatsmittels an Regen bringt. September und Oktober sind wieder ausgesprochene Regenmonate, wenn auch mit erheblich geringeren Regenmengen als im Mai und Juni. Im November setzt dann die große Trockenheit ein.

Je weiter nach Norden, desto später ist der Beginn der ersten Regenzeit, desto geringer das Abflauen im August, desto früher das Einsetzen der zweiten Regenzeit, ja in den nördlichsten Teilen der Kolonie ist überhaupt nur noch von einer Regenzeit zu sprechen, der dann eine sehr lange und scharfe Trockenheit folgt.

Eine besondere Eigenart der Küste ist die Erscheinung, daß die kleine Regenzeit manchmal so gut wie ganz ausfällt, was natürlich sehr ungünstig auf die Landwirtschaft einwirkt.

Im allgemeinen aber setzen die große Regenzeit wie die große Trockenzeit mit Sicherheit ein, und dem ist es auch zuzuschreiben, daß Hungersnöte in Togo ganz unbekannt sind.

Freilich gibt es aber doch große Schwankungen im Verlauf der einzelnen Jahre und in den Niederschlagsmengen. Letztere stellen sich im großen Durchschnitt an der Küste auf 7—800 Millimeter, nehmen nach dem Innern hin zu und betragen am Fuße des Hauptgebirges annähernd 1500 Millimeter, auf dem Hauptgebirge in Mitteltogo noch etwas mehr. In Nordtogo sinkt die Regenmenge wieder auf etwa 1000 Millimeter. Die einzelnen Jahre fallen aber sehr verschieden aus, und es hat den Anschein, als ob mehrjährige Perioden von trockenen und nassen Jahren miteinander wechseln, ohne daß man bisher eine Ursache für diese Erscheinung hätte feststellen können.

Regen und Handel.

Dieser Wechsel von trockenen und nassen Perioden ist eine der wichtigsten Grundlagen des Wirtschaftslebens von Togo, denn nach Lage der Verhältnisse haben trockene Jahre einen Rückgang in der Erzeugung einiger ausschlaggebender Landesprodukte und damit natürlich auch einen Rückgang des Einfuhrhandels zur Folge.

So waren die Jahre 1902—1906 in Südtogo recht trocken, und demgemäß ging die Ausfuhr, die (ohne Geld) in den Jahren 1900—1902 zwischen 3 und

3½ Millionen Mark betragen hatte, auf 2,4 Millionen im Jahre 1903 zurück, hob sich langsam auf knapp 3 Millionen im Jahre 1906 und zeigte erst 1907 mit einem Sprunge auf 4½ Millionen die Rückkehr zu besseren Zeiten.

Tatsächlich brachten nun auch die nächsten Jahre erheblich größere Regengängen: die Jahre 1907 bis 1910 waren für die Küste und für die Oelpalmengebiete Südtogo sehr günstig, in Mitteltoho blieben die Jahre 1907 und 1908 zwar noch etwas zurück, aber 1909 und 1910 waren außergewöhnlich regenreich, 1910 sogar für einzelne Stationen ein Rekordjahr (Agu 1990 Millimeter gegenüber 1354 Millimeter des zwölfjährigen Durchschnitts, Kope 1360 Millimeter gegenüber 1040 Millimeter des achtjährigen Durchschnitts, Kuatschä 1242 Millimeter gegenüber 989 Millimeter des achtjährigen Durchschnitts, Kpeme 1073 Millimeter gegenüber 779 Millimeter des zwölfjährigen Durchschnitts). Demgemäß stieg die Ausfuhr auf 4,9 Millionen in 1908, je 5,8 in 1909 und 1910 und erreichte mit fast 8 Millionen in 1911 ihren Höhepunkt. Seitdem befindet sich die Kolonie aber wieder in rückläufiger Bewegung: die Regenmenge des Jahres 1911 blieb erheblich hinter den Vorjahren zurück, und 1912 ist in ganz Süd- und Mitteltoho ein trockenes Jahr gewesen. Demnach weist 1912 in der Ausfuhr bereits einen beträchtlichen Rückgang auf, der sich 1913 wohl noch vergrößern wird.

Ähnliche Verhältnisse zeigt naturgemäß auch die Einfuhrstatistik, soweit die eigentlichen Handelsartikel in Betracht kommen, da ja die Aufnahmefähigkeit des Landes in erster Linie von dem für die Ausfuhrprodukte erzielten Erlöse abhängt. In den Gesamtziffern kommt das aber nicht so deutlich zum Ausdruck, weil diese auch die für Eisenbahnbauten u. dgl. im Lande angelegten Werte mit enthalten, die gerade in den Jahren 1904 bis 1910 recht ansehnliche Summen ausmachten.

Die Ausfuhrprodukte.

Betrachtet man nun die Abhängigkeit der einzelnen Ausfuhrprodukte von den Niederschlagsmengen, so ergeben sich ganz interessante Feststellungen.

Ganz und gar abhängig von der Höhe der Niederschläge ist die Ausfuhr an Produkten der Oelpalme, also an Palmöl und Palmkernen. Das Einsetzen der Trockenperioden hat regelmäßig vom nächstfolgenden Jahre an einen scharfen Rückgang bei Palmkernen wie Palmöl zur Folge; so weist denn auch für 1912 die Kurve bei beiden Produkten wieder nach unten. Immerhin wird man anerkennen müssen, daß der Scheitelpunkt der Kurve im Jahre 1911 mit 13 200 Tonnen bei Palmkernen und 4000 Tonnen bei Palmöl erheblich höher lag als die früheren Scheitelpunkte mit rund 9000 bzw. 3000 Tonnen. Das ist sicherlich zum großen Teil der besseren Erschließung des Landes durch Eisenbahnen und Wege, daneben wohl auch der gesteigerten Erwerbsfreudigkeit der Eingeborenen zuzuschreiben, doch ist auch zu beachten, daß diesmal die nasse Periode ein Jahr länger dauerte als früher.

Ähnlich wie die Delpalme, ist die Kokospalme recht empfindlich für Trockenheit. Sie ist in größerem Umfange nur auf dem Dünenstreifen zwischen See und Lagune angepflanzt und wird daher niemals eine große Bedeutung bekommen können, immerhin hat sich die bis 1907 weniger als 30 Tonnen betragende Ausfuhr an Koprä in der Folgezeit stark gehoben und erreichte in dem Delpalmenrekordjahre 1911 ebenfalls ihren Höhepunkt mit 189 Tonnen, von dem sie 1912 auf 159 Tonnen zurückgegangen ist. Der Hauptteil der Ausfuhr entfällt aber nicht auf Eingeborenenproduktion, sondern auf die europäisch geleitete Plantage Kpeme, bei der das Jahr 1912 mit 133 Tonnen sogar noch einen Fortschritt gegenüber dem Vorjahre aufweist.

Sehr eigenartig ist die Ausfuhr an Mais in dem letzten Jahrzehnt: noch 1903 und 1904 ganz bedeutungslos, schnellte sie plötzlich auf über 9000 bzw. über 7000 Tonnen in den Jahren 1905 und 1906 hinauf, stieg 1907 auf über 19 000 Tonnen und erreichte 1908 mit über 30 000 Tonnen einen nie geahnten Höhepunkt. Ebenso rasch ging sie aber wieder zurück, betrug 1909 noch 13 000 Tönen, 1910 nur mehr 3400 Tonnen und belief sich in den letzten beiden Jahren auf nur wenige hundert Tonnen. Das ist eine Entwicklung, die niemand voraussehen konnte, die auch niemand ausreichend erklären kann. Wohl kann man zur Erklärung des Aufschwunges der Kultur darauf hinweisen, daß der Mangel an Einnahmen in den an Palmkernen und Palmöl armen Jahren 1905 bis 1907 die Eingeborenen veranlaßte, sich nach neuen Erwerbsquellen umzusehen; und für den späteren Rückgang mag man mit gewissem Recht auf Erschöpfung des Bodens durch wiederholten Maisanbau, schlechten Ausfall einzelner Regenzeiten (die Gesamtniederschlagsmenge ist offenbar unwesentlich), größere Erwerbsmöglichkeit durch die enorm gestiegene Erzeugung von Produkten der Delpalme hinweisen: aber auch dann bleibt noch manches an dieser Entwicklung unaufgeklärt, und man muß annehmen, daß neben diesen sachlichen Gründen doch auch psychologische Momente mitspielen; der Maisbau war eben einige Jahre bei den Eingeborenen „Mode“ und kam dann wieder außer Mode.

Jedenfalls steht fest, daß weder die Regierung noch ein anderer europäischer Einfluß bei dem Maisbau mitgewirkt hat. Auch die Marktpreise sind dafür nicht verantwortlich zu machen, wie der letzte amtliche Jahresbericht irrtümlicherweise annimmt, denn ein Zusammenhang zwischen Ausfuhrmenge und Marktpreise läßt sich aus der Statistik durchaus nicht folgern.

Einen ziemlich stetigen, wenn auch hinter manchen Hoffnungen weit zurückbleibenden Aufschwung zeigt die Ausfuhr von Baumwolle: sie begann 1902 mit 14½ Tonnen, stieg stetig auf 510 Tonnen in 1909, ging dann 1910 auf 470 Tonnen zurück, holte den Rückgang aber schon 1911 wieder ein und erreichte 1912 mit 550 Tonnen ihre bisherige Höchstziffer, dürfte freilich 1913 wieder etwas zurückgehen. Bei dieser Kultur zeigt sich deutlich, daß systematische Beeinflussung der Eingeborenen in gewissem Umfange durchführbar und erfolgreich ist.

Ein Einfluß der sehr wechselnden Marktpreise auf den Anbau läßt sich statistisch nicht nachweisen, ebensowenig eine Wirkung der jährlichen Niederschlagsmenge, wohl aber würde sich ein Zusammenhang zwischen dem Verlauf der Witterung im einzelnen Jahre mit dem Ertrage bei bezirksweiser Bearbeitung der Statistik wahrscheinlich auch ziffernmäßig feststellen lassen.

Ein sehr interessantes Gegenstück zur Baumwolle ist der Kakaobau. In den letzten Jahren zu 86 Prozent aus Eingeborenenkulturen, zu 14 Prozent von der Agupflanzung stammend, hat sich die Ausfuhrmenge von einer Tonne im Jahre 1903 stetig und ohne jeden Rückschlag auf 283 Tonnen des Jahres 1912 gehoben: ein Teil davon stammt allerdings aus dem englischen Keta-dreieck, der Hauptteil aber aus den Kulturen, die die Eingeborenen der walddreicheren Teile des Misahöhebezirktes angelegt haben. Dabei sind sie lediglich dem Beispiele der englischen Goldküste gefolgt, auf der viele Tausende von Togonegern im Kakaobau als Lohnarbeiter tätig sind. Das Gouvernement hat zu dieser Entwicklung nichts beigetragen, ja es stand jahrelang aus einseitiger Ueberschätzung des Wertes des Waldes dieser Kultur geradezu unfreundlich gegenüber. Unbekümmert darum hat sich der Kakaoanbau ständig gehoben, der jährliche Zugang an tragbar werdenden Beständen ist so groß, daß selbst die Trockenheit der letzten beiden Jahre den Zuwachs an Erntemenge nicht verhindern konnte, wobei zu berücksichtigen ist, daß diese Trockenheit in den bewaldeten Gebirgsgegenden Mitteltogos doch nicht den akuten Charakter hat wie in den ebenen Steppengebieten von Mittel- und Südtogo. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird diese Entwicklung auch noch anhalten, der Kakao ist ohne Zweifel die Kultur der Waldgebiete Mitteltogos. Freilich wird in einigen Jahren bei den ältesten Beständen voraussichtlich eine Erschöpfung des Bodens nicht ausbleiben, und wenn dann nicht durch Düngung vorgeforgt wird, werden sich Schädlinge einstellen, die in Togo bisher nur ganz untergeordnet vorkommen, dann aber leicht überhand nehmen können. Um so wichtiger ist es, daß die Regierung endlich energisch die Beaufsichtigung dieser Kultur beginnt, die Eingeborenen in fachgemäßen Abbaumethoden unterweist und in ihrem eigenen Interesse dazu anhält.

Eine besondere Stellung unter den Ausfuhrwerten nimmt der Kautschuk ein; er kommt hauptsächlich aus den Waldbeständen der nördlichen Teile des zentralen Togogebirgslandes, ein kleiner Teil stammt wohl auch aus dem Hinterlande der Nachbarkolonien. Während lange Zeit nur Landolphia-Lianenkautschuk in der Form der bekannten sogenannten Adelibälle ausgeführt wurde, kommen seit einigen Jahren auch Fladen von Kautschuk auf den Markt, die der Anzapfung von verschiedenen Lianen und Bäumen entstammen und eine erheblich geringere, aber doch gut verkäufliche Qualität darstellen. Diesem Umstande ist es zu verdanken, daß die ohne Zweifel zu beobachtende fortschreitende Erschöpfung der Lianenbestände in der Statistik nicht zum Ausdruck kommt. Die Ausfuhr überstieg im Jahre 1904 zum erstenmal den Betrag von 100 Tonnen, erreichte 1907 164 Tonnen, sank dann auf 135 Tonnen

im Jahre 1910 und hat mit 166 Tonnen im Jahre 1912 ihren Höhepunkt erreicht. Der Wert der jährlichen Ausfuhr weist viel größere Schwankungen auf, entsprechend den wechselnden Weltmarktpreisen; mit durchschnittlich 1 Million Mark Ausfuhrwert rangiert der Kautschuk nach wie vor an dritter Stelle hinter Palmkernen und Palmöl. Die Menge als solche wird weder durch die Weltmarktpreise noch durch die Witterung nachweislich beeinflusst.

Neu erscheint unter den Ausfuhrwerten 1911 zum erstenmal der *Sisalhanf*, zunächst nur in kleinen Mengen, von der Plantage Kpeme stammend. Größere Mengen sind erst von 1915 an zu erwarten, wenn die jetzt 500 Hektar große, aber auf 1000 Hektar geplante Logopflanzung — südlich des Agu gelegen — in Ertrag tritt.

Endlich muß unter den Ausfuhrwerten noch *Vieh* erwähnt werden, und zwar Rindvieh, Schafe, Ziegen, Schweine und Geflügel. Die Statistik für 1911 gibt eine Ausfuhr von 4200 Stück Rindvieh im Werte von 311 000 Mark, 12 200 Stück Kleinvieh im Werte von 103 000 Mark und 3800 Stück Haushühner und sonstiges Geflügel im Werte von 3800 Mark an, davon ging aber nur ein verschwindender Teil über die Seegrenze aus (z. T. nach Kamerun), die ganz überwiegende Menge der Viehausfuhr geht auf dem Landwege nach den sehr aufnahmefähigen Kafao- und Goldbistrikten der englischen Goldküste, und zwar ist das fast durchweg reiner Eingeborenenhandel, mit dem der Europäer nichts zu tun hat. Für einen Teil des Erlöses kaufen die meist mohammedanischen Händler die im Aschantiegebiet wachsende Kolanuß an, die ja einer der ältesten und wichtigsten Artikel des westafrikanischen Binnenhandels besonders in den den Alkohol meidenden mohammedanischen Gebieten ist.

Was die Statistik sonst an Ausfuhrwerten gibt, ist nicht der Erwähnung wert, auch wenn der in den Gesamtziffern natürlich enthaltene reine *Grenzverkehr* bei einzelnen Artikeln — besonders Lebensmitteln — eine ansehnliche Höhe erreicht. Als „Handel“ kann es ja natürlich nicht bezeichnet werden, wenn z. B. die Bewohner des französischen Küstenplatzes Agué die Produkte ihrer auf deutschem Gebiet jenseits der Lagune gelegenen Farmen über die Grenze bringen. Derartige Umsätze werden seit einigen Jahren von der Statistik weit exakter erfaßt als früher, infolgedessen gibt die Handelsstatistik aber keinen Überblick mehr über den wirklichen Handel, und man tut gut, zur Beurteilung der eigentlichen Handelsverhältnisse die laufend im Amtsblatt erscheinende Statistik der „Ausfuhr über die Seegrenze“ zugrunde zu legen. Der dabei insofern entstehende Fehler, als z. B. Ausfuhr an Palmöl und Palmkernen auf dem Volta zur Verschiffung in Abba oder auf dem Mono zur Verschiffung in Grandpopo unberücksichtigt bleibt, ist unter den heutigen Verhältnissen verschwindend gegenüber der Trübung des Bildes, die die Aufnahme des Grenzverkehrs in die in den amtlichen Jahresberichten erscheinende ausführliche „Handelsstatistik“ erleidet.

Die Eingeborenen.

Wenn die Bevölkerung Togos auch verschiedenen Volksstämmen angehört, so finden sich doch viele gemeinsame Eigenschaften. Die Togoneger sind vor allem fast durchweg sesshafte Ackerbauer; Fischfang und Jagd sind zwar sehr beliebt, treten aber doch im allgemeinen ganz zurück. Viehzucht wird im ganzen Lande getrieben, aber ohne jedes züchterische Verständnis und bis auf einige hundert Fulanifamilien des Nordens auch nur als Nebenbeschäftigung. Dazu kommt, daß in Süd- und Mitteltogo die Tsetsefliege sehr häufig ist und dort Rindvieh- und Pferdezucht unmöglich macht. Auch die Verwertung des in Nordtogo gezogenen Großviehs an der Küste wird dadurch sehr erschwert.

Das Land liefert keine ausreichenden Mengen wild vorkommender Nahrungsmittel, als daß die verhältnismäßig dichte Bevölkerung sich ohne Arbeit ernähren könnte, aber Boden und Klima bieten dem Ackerbau des Negers so gesicherte Grundlage, daß die Feldarbeit sich lohnt. So sind die Eingeborenen von Jugend auf an ein gewisses Maß von Arbeit gewöhnt und haben auch innerhalb der ihnen durchweg eigenen Hackkultur und des bis auf einige Ausnahmen allgemeinen Verzichtes auf Düngung eine anerkennenswerte Erfahrung in der Landwirtschaft erreicht. Freilich ist es trotzdem recht nützlich, wenn sie immer wieder ermahnt werden, ihre Kulturen sachgemäß anzulegen, zu pflegen und rechtzeitig abzuernten.

Dabei hat der Togoneger einen ausgesprochenen Erwerbsfönn, der Mann und Weib veranlaßt, dem Kleinhandel und dem Wanderhandel zuzuneigen, und der Tausende von jungen Leuten dazu treibt, sich aus freien Stücken selbst in weit abgelegene Gegenden als Lohnarbeiter zu verdingen. Dem damit verknüpften Wandertrieb steht aber doch ein ausgeprägtes Heimatsgefühl gegenüber, das die Leute immer wieder in ihr Heimatsdorf zurückführt.

Auf Grund seiner körperlich und geistig verhältnismäßig hoch stehenden Leistungen ist der Togoneger in ganz Westafrika geschätzt. Auch ist er von Hause aus ehrlich, eine Eigenschaft, die freilich leider bei der Berührung mit dem Europäer sich oft recht rasch verliert.

Verkehrsverhältnisse.

Natürliche Verkehrswege sind in Togo nur in untergeordnetem Maße vorhanden. Schon der Mangel eines Hafens ist recht unbequem, wenn man ihn auch durch den Bau einer Landungsbrücke in Lome ausreichend überwunden hat. Im Osten der Kolonie hat die der Küste parallel verlaufende schiffbare Lagune eine gewisse Bedeutung, ferner an der Ostgrenze der von Togodo abwärts in der Regenzeit schiffbare Monoßuß, im Westen führt der englische Grenzfuß Volta einen nicht erheblichen Umsatz mit der Goldküste herbei. Im übrigen ist man auf Straßen und Eisenbahnen angewiesen. Ihrem Bau stellen sich verhältnismäßig keine großen Hindernisse entgegen; die einzige Schwierigkeit liegt in der Ueberschreitung des Haupt-

gebirges, das Togo in zwei voneinander getrennte langgestreckte rechtwinklige Dreiecke teilt, deren gemeinsame Hypothenuse das Hauptgebirge ist, während je eine Kathete die östliche bzw. westliche Landesgrenze darstellt; im östlichen sich nach Norden verschmälerndem Dreieck bildet die Küste und die Grenze gegen das englische Ketagebiet die zweite Kathete, im westlichen sich nach Norden verbreiterndem Dreieck ist es die nördliche Landesgrenze gegen den französischen Sudan. Da ganz Südtogo und der größere Teil von Mitteltogo dem östlichen Dreieck angehören, ist es wirtschaftlich das bei weitem wichtigere. So sind denn bisher alle Eisenbahnbauten auf dieses Dreieck beschränkt geblieben: die Küstenbahn von Lome ostwärts bis Aneho, die Inlandsbahn von Lome nordwestlich bis Palime am Fuße des Hauptgebirges, die Hinterlandsbahn von Lome nördlich bis zum wichtigsten Orte von Mitteltogo, Atakpame. Und auch die für die nächste Zukunft geplante Oelbahn, von Lome nordöstlich oder wohl besser von Aneho nördlich in einen recht reichen Oelpalmenbezirk vorstoßend, kommt nur dem östlichen Dreieck zugute.

Es wäre aber verkehrt, das westliche Dreieck dauernd ohne Eisenbahnanschluß zu lassen oder es nur in seinem nördlichen Teile einer den Norden des östlichen Dreiecks erschließenden Verlängerung der Atakpamebahn angliedern zu wollen. Weit richtiger wird es sein, den bei Palime und Misahöhe befindlichen Françoisplatz, über den heute bereits eine Automobilstraße nach dem Westen führt, zum Bau einer Verlängerung der Palimebahn ins Auge zu fassen. Durch diese Westbahn würden die Mais, Baumwolle, Palmöl und Palmkerne liefernde Kpanduebene und die Kafao bauenden Waldbezirke erschlossen werden. Ihre spätere Verlängerung nach Norden würde sich dann sicherlich ebenso nach und nach von selbst ergeben, wie das bei der Atakpamebahn zu erwarten ist. (Schluß folgt.)

Ein englisches Urteil über die deutschostafrikanischen Regierungsschulen.

Von Kaiserl. Schulinspektor a. D. B. L a n t.

In der in London erscheinenden Monatschrift „The Empire Review and Magazine“ Vol. XX finden wir unter der Ueberschrift „Das deutschostafrikanische Erziehungssystem in Umrissen“ einen längeren Artikel, der sich ausführlich mit unseren ostafrikanischen Regierungsschulen beschäftigt. Der Verfasser, H. Harrison Harris, der sich die nötige Kenntnis durch eigenen Augenschein verschafft hat, braucht in seinem Urteil Worte uneingeschränkter Anerkennung und schätzt die Schulen in ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Kolonie hoch ein. Da der Aufsatz auch eingehende Vorschläge für die Ausgestaltung des Gouvernementsschul- und -erziehungswezens in Britisch-Ostafrika in Anlehnung an das deutschostafrikanische System bringt, so darf der Verfasser wohl unter den höheren Verwaltungsbeamten der englischen Nachbarkolonie

vermutet werden. Wir geben nachstehend nur diejenigen Ausführungen wieder, die unsere Eingeborenen Schulen zum Gegenstande haben; sie werden gewiß das Interesse unserer Leser finden.

Es muß zugestanden werden, sagt der Verfasser, daß Deutschland die schwierige Frage der Erziehung der Eingeborenenrassen in Afrika in seiner ostafrikanischen Kolonie weitaus kraftvoller angegriffen hat als wir. Tatsächlich ist die Lösung dieser Frage von den einzelnen Gouverneuren unserer Kolonie immer wieder hinausgeschoben worden. Schon früher haben wir dargelegt, daß etwas für die Verbesserung des Zustandes der Eingeborenen getan werden müsse, die Ergebnisse jedoch, die möglicherweise durch die Einführung einer systematischen Erziehung gezeitigt werden könnten, erschienen so unsicher und ungewiß, und weitere Experimente zur Verbesserung der jetzigen Lage der eingeborenen Bevölkerung erwiesen sich im großen und ganzen für des Volkes Wohlfahrt als so feindlich, daß man es für ratsamer erachtet hat, die Lösung des Problems sich selbst zu überlassen.

Dagegen verlor die deutsche Regierung, nachdem sie sich einmal zur Erziehung des Afrikaners entschlossen hatte, keine Zeit, in Tanga, einem Hafen an der Ostküste, den Versuch mit einer Schule zu machen, die unter die Direktion des Herrn Blank, seitdem zur Leitung des Erziehungswesens berufen, gestellt wurde. Die Resultate dieses Versuchs erwiesen sich als so befriedigend, daß während der letzten zehn Jahre Schulen in allen größeren Plätzen des deutschostafrikanischen Schutzgebiets von der Küste bis zu den Seen hin eingerichtet wurden. Die Schwierigkeit, welche die Verschiedenartigkeit der Sprachen und Dialekte der im Innern des Landes lebenden Stämme hätte verursachen können, wurde dadurch vermieden, daß man das Suaheli, die Handelsprache und *lingua franca* der Küste, als Schul- und Unterrichtssprache einführte. Diese Sprache wird offiziell gebraucht und auch von der männlichen Bevölkerung Zentralafrikas verstanden, vielleicht mit Ausnahme der weiter entfernt wohnenden Stämme. Niemand wird leugnen wollen, daß das allmähliche Erlöschen der Eingeborenen Sprachen und Dialekte aus verschiedenen Gründen zu beklagen ist, andererseits kann aber der Wert einer weitverbreiteten Allgemeinkenntnis des Suaheli im Interesse von Handel und Verkehr nicht leicht unterschätzt werden.

Einer zweiten Schwierigkeit, welche darin bestand, die Regelmäßigkeit des Schulbesuchs herbeizuführen, suchte man durch mancherlei Mittel Herr zu werden; doch erwies sich schließlich die Verwarnung und eventuelle Bestrafung der Schüler respektive Eltern am wirkungsvollsten.

Die Kolonie ist in Bezirke eingeteilt, deren jeder in der Hauptstadt eine Zentralschule hat, von der die Filialschulen, die in den bevölkerteren Ortschaften des Bezirks eingerichtet sind, ressortieren. Die Zentralschulen sorgen für den gemeinsamen Unterricht der Eingeborenen und Jnderknaben; auch sind sie Sammelschulen für die begabten Schüler aus den Filialschulen, denen sie Unterkunft und Lebensunterhalt gewähren.

Der Lehrgang ist einfachen Schulverhältnissen angemessen, und legt auf die Elementarfächer das Hauptgewicht. Auch Heimatskunde und Naturgeschichte werden gelehrt und Uebungen in der praktischen Anwendung des Deutschen vorgenommen. Die hauptsächlichsten Eingeborenenerkrankheiten werden nach Ursache, Wesen und geeigneter Behandlungsweise erklärt. Religiöse Belehrung findet sich im Lehrplan nicht, doch wird Sorge getragen, die Eingeborenen auf die nachteiligen und schädlichen Wirkungen so mancher ihrer Gebräuche und auf die Undurchführbarkeit der Ziele und Lehren des Islam hinzuweisen.

Mit dem Alter von 13 bis 14 Jahren hat gewöhnlich die Volksschulerziehung ihr Ende erreicht. Zeigt ein Schüler besondere Fähigkeiten, so wird er in die Oberschule übernommen, wo die Schularbeit ihre Fortsetzung findet. Der weitere Lehrgang bringt dem Zögling je nach Anlage und Befähigung die Ausbildung als Schullehrer, Handels- oder Bureaugehilfe, oder er kommt in die Schülerwerkstätten und wird in praktischen Handwerken wie Tischler, Zimmerer, Drechsler, Sezer, Drucker, Buchbinder, Schmied, Schlosser und anderer unterwiesen. Die in einem Handwerk ausgebildeten jungen Leute werden als geschickte Arbeiter sehr geschätzt. Die für den Schuldienst ausgebildeten Zöglinge finden zuerst als Lehrgehilfen, dann als Lehrer in der Zentralschule Verwendung und werden schließlich mit der selbständigen Leitung einer Dorfschule betraut. Soviel als möglich werden gerade die aus den Filialschulen stammenden Zöglinge ermutigt, sich dem Schuldienst zu widmen, weil sie später zu ihren Stämmen als Lehrer zurückgeschickt werden und so die etwa vorhandenen Schwierigkeiten auf sprachlichem Gebiet überwinden helfen können. Ein Teil der früheren Schüler erhält Anstellung als Laden- oder Handelsgehilfen in Geschäftshäusern, die größere Zahl indes findet Verwendung in den Gouvernementsbüreaus, als Post- und Telegraphengehilfen; Begleitungs- und Zugpersonal bei den Eisenbahnen, Stationsvorsteher, Stadtschreiber, Dolmetscher, Zoll- und Hospitalgehilfen usw.

Der größere Teil der Unterweisung und des Anlernens ist in die Hände der Eingeborenen gelegt, und diese Arbeits- und Lehrmethode hat sich gut bewährt, wenn auch die eingeborene Lehrkraft nicht ohne europäische Aufsicht gelassen werden kann. Im allgemeinen sind die (eingeborenen) Lehrer zuverlässig, arbeitsam und unverdrossen, haben aber nur eine unklare Vorstellung von intensivem Lernfortschritt.

Besonders nachdrücklich wird den Schülern klargemacht, daß die Schulerziehung und -arbeit sich nicht in Gegensatz zu der körperlichen Arbeit stellt; zu diesem Zweck werden die Schüler in gewissen Tagesstunden zu Haus-, Garten- und sonstigen Arbeiten verwandt. Es war zum Beispiel an jedem Morgen ein interessanter Anblick, wie sich die Schuljungen bemühten, vom Strande Stein- und Kalklasten und andere Baumaterialien für ihre neue Schule an den Bauplatz zu befördern.

Die Filialschulen sind naturgemäß einfacher als die Zentralschulen. Jede einzelne ist einem oder mehreren eingeborenen Lehrern, die in der Zentral-

schule ihre Ausbildung erhalten haben, übertragen, die in ihrem Wirkungs-orte leben und dort nach dem Vorfoberehaupt das meiste Ansehen genießen. Die in den Filialschulen geleistete Arbeit ähnelt der in den Zentralschulen, vollzieht sich aber in viel einfacheren Formen; die Anzahl der Schüler in jeder Filialschule beläuft sich auf 50 bis 150.

Das deutsche System der Schulerziehung zeigt dem Eingeborenen die Vorteile der Zivilisation und hebt ihn auf eine höhere Stufe der Nützlichkeit und Verwendbarkeit, er bekommt einen Begriff von der Würde der Arbeit, erlangt Kenntnis vom Deutschen Reiche, dem Deutschen Kaiser und seinen Vertretern und lernt ihnen die schuldige Ehrerbietung erweisen.

Es ist unverkennbar, daß die Schulzucht bereits den wohlthuendsten Einfluß auf die schwarze Jugend ausgeübt hat. Natürlich wird noch manches Jahr vergehen, bis für das gesamte Schutzgebiet dieser schätzenswerte Erfolg erzielt ist; die Wirkung des bisher Erreichten prägt sich aber bereits sehr deutlich in dem Benehmen der jüngeren Generation aus, was man schon beim Landen in einem deutsch-ostafrikanischen Küstenplatz im Gegensatz zu Rombassa oder Sansibar bemerken kann.

In diesem Zusammenhang ist ein Hinweis auf die Ziele des Islam von Interesse, dessen mit großem Eifer ausgebreitete Lehren es hauptsächlich zu bekämpfen galt, und zwar durch das System der Eingeborenenschulen in ganz Deutsch-Ostafrika. Diese Bewegung hat angeblich religiösen Charakter, enthält aber, streng genommen, die Forderung: Afrika den Afrikanern! Vom fanatischen Sansibar ausgehend, bedeutet sie eine schwere Gefahr, nicht nur für die Kolonie, sondern auch für Macht und Ansehen der Europäer in ganz Zentralafrika überhaupt. Wie nun gezeigt, ist das Ziel der Eingeborenenschulen nicht nur auf die Lehrarbeit gerichtet, sondern sie sollen auch Mittelpunkt deutschen Wesens und deutschen Einflusses sein. Daß dieses Ziel bis zu einem gewissen Grade erreicht worden ist, hat der Aufstand 1905 bis 1906 gezeigt. Die Erhebung war bekanntlich durch die Propaganda der neuen islamitischen Bewegung entfacht zu dem Zweck, jedwedes fremde Joch abzuschütteln. Europäer, Jnder und sogar Araber wurden entweder getötet oder mußten an die Küste flüchten, und die Gefahr lag nahe, daß sich der Aufstand über die ganze Kolonie verbreitete. Jetzt erkannten die Deutschen, daß sie in ihrer Politik die richtigen Bahnen eingeschlagen hatten; denn die Erhebung kam durch das Verhalten der Hauleute zum Stillstand, die aus Lehre und Einfluß der Regierungs- und Missionschulen Nutzen gezogen hatten. Dieser Stamm lehnte es nicht nur ab, sich mit den Rebellen zu vereinigen, sondern ließ sogar den Gouvernementsstruppen bei der Niederwerfung der Aufständischen Unterstützung.

Auf dieses hier in Umrissen geschilderte System haben die verantwortlichen Leiter der deutschostafrikanischen Landesregierung ihre Hoffnungen gesetzt. Eine direkte Propaganda dem Islam entgegenzusetzen, haben sie in klarer Einsicht vermieden; aber wirkungsvolle Schritte sind getan worden, um die

Jugend zu sich herüberzuziehen, getreu dem Satz: Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft!

Während nun die Deutschen der Nachbarcolonie die Vorteile der Eingeborenenerziehung erkannt und ein gesundes, wirkungsvolles Erziehungssystem ausgebildet haben, hat England — wie schon oben erwähnt — es unterlassen, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Es soll zu gegeben werden, daß in den letzten Jahren in Sansibar Versuche gemacht worden sind, für die Belehrung der Eingeborenen Schulen einzurichten. Aber ein System, daß seine Aufgabe darin sieht, die Suahelibebevölkerung in arabischer Sprache und Koranfunde zu belehren, dürfte sich kaum erfolgreich erweisen.

Die Erziehung des Afrikaners findet viele Gegner, besonders in den Reihen der Ansiedler, welche den Eingeborenen in seinem ursprünglichen Zustand belassen wollen und denen Versuche zu seiner Zivilisation nicht ratsam erscheinen. Ich beabsichtige hier nicht, diese Ansicht zu diskutieren; ich verteidige aber warm den Auf- und Ausbau eines verlässlichen, bewährten Erziehungssystems und betrachte die Lösung dieser Aufgabe einerseits als einen Teil der Pflicht, die der Weiße gegen den Eingeborenen, den er in den Bereich und unter den Einfluß der Zivilisation brachte, übernommen hat, andererseits aber als ein Schutz- und Heilmittel.

Ich erkenne gern an, daß manch gutes Stück Erziehungsarbeit schon durch Einrichtungen privater Art geleistet worden ist; für die große Allgemeinheit aber kann dauernd Gutes wirkungsvoll nur durchgeführt werden, wenn das Gouvernement diese Arbeit ernsthaft in Angriff nimmt. Das Erziehungssystem, das sich so erfolgreich in Deutsch-Ostafrika bewährt hat, kann der britischen Kolonie (in Ostafrika) als Muster dienen, und zwar in größerem Maße, als ein System, das unter anderen Verhältnissen sich in Indien oder Südafrika bewährt hat. Mein Vorschlag geht deshalb darauf hinaus, das deutsche Erziehungssystem der englischen Kolonie anzupassen und es auf der Grundlage straffer Zucht und Disziplin aufzubauen.

Unsere Eisenbahninteressen in Schantung.

Von Amtsgerichtsrat Dr. B e h m e, Hannover.

Das Jahr 1912 hat mit einem für unsere kolonialen Beziehungen wichtigen Ereignisse geschlossen: zum erstenmal ist ein deutsches Schutzgebiet mit dem Heimatlande direkt durch den Schienenstrang verbunden. Darin sind wir sogar England über. Das alte Soldatenlied hat recht bekommen: „Wir setzen uns auf die Eisenbahn und fahren nach Kiautschou.“

Während der Anwesenheit des Prinzen Heinrich in unserm ostasiatischen Schutzgebiete (der am 23. September 1899 den ersten Spatenstich zum Bau der ersten Bahn in Schantung ausgeführt hatte), am 9. Oktober 1912 traten die von beiden Seiten der letzten Trennungslinie, des Kwangho, in Angriff

genommenen Eisenkonstruktionen des Schienenweges in Verbindung, und inzwischen ist dieses technisch und wirtschaftlich gleich bedeutsame Bauwerk fertiggestellt worden. Damit ist die Schantung-Eisenbahn direkt mit der 1000 km langen (im Schantungsgebiete von Deutschen erbauten) Tientsin-Pufou-Eisenbahn verbunden und wiederum ein Bauwerk im Reiche der Mitte geschaffen worden, das dazu dienen wird, die Achtung vor deutscher Industrie und vor deutschem Unternehmungsgeiste in jenem zukunftsreichen Lande zu heben. Ist doch der Bau der Brücke von einer deutschen Firma (Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Werk Gustavsburg) ausgeführt worden. Um die Bedeutung des Werkes zu würdigen, wolle man sich folgendes vergegenwärtigen.

Swangho, der „gelbe Fluß“, ist ein fast unberechenbares, tückisches Gewässer; der einzige Strom, der innerhalb des letzten Jahrhunderts eine erhebliche Aenderung seines Laufes vollbracht hat; im Jahre 1855 hat er seine Mündung um mehrere hundert Kilometer nach Norden verlegt. Mit dem gelben Schlamme, dem er seinen Namen verdankt, hat er in dieser Zeit seinen neuen Unterlauf, das ehemalige Flußbett des Tsiho (Tatfingho) um etwa 17 m erhöht, so daß dort sein Wasserspiegel bereits höher liegt als die ihn umgebende Ebene, und nur durch Deiche gehalten wird. Bei Hochwasser durchheilt er 4—5 m in der Sekunde und steigt um 5 m.

Die Baustelle der Brücke liegt etwa 200 km oberhalb der Mündung; bei Niedrigwasser ist der Fluß hier 400 m breit, bei Hochwasser 2200 m. Also gewiß ein schwieriger Brückenbau, der unsern Ingenieuren alle Ehre macht, besonders wegen des unsicheren Untergrundes. Die Pfeiler werden von eisenarmierten Betonmassen getragen; sie reichen noch 13 m tiefer als die bereits 6—7 m unter dem Gelände liegende Fundamentsohle. Die gesamte Länge der Brücke beträgt 1252 m mit einer mittleren Oeffnung von 164,7 m. Daran schließen sich zwei Seitenöffnungen von je 128 m und 9 Flußbrücken mit je 91,5 m, von denen eine auf dem südlichen Ufer liegt, während die acht anderen das nördliche Ufer überspannen. Die Schienen liegen 13,5 m über Niedrigwasser; sie sind eingeleisig, das zweite Gleis ist aber vorgesehen. Gerade in der Bauzeit des mittleren Teiles zeigte der Fluß, „der Kummer der Chinesen“, das höchste und reißendste Wasser während der ganzen drei Jahre Bauzeit und zeitweise ein heftiges Gistreiben.

Nun ist der Anschluß hergestellt an die 412 (+ 43 usw.) km lange Schantung-Eisenbahn, die Tsingtau mit Tsinanfu, der Hauptstadt von Schantung, verbindet und vom September 1899 bis Mai 1904 als erste Eisenbahn jener Provinz erbaut wurde. Es laufen jetzt direkte Wagen zwischen Pufou, Tientsin und Tsingtau.

Die Eisenbahnfahrt von Tientsin nach Schanghai über die Tientsin-Pufou- und Schanghai-Nanking-Linien dauerte Ende 1912 dreimal 24 Stunden und kostete rund 100 Mark. Nachdem durchgehender Nachtverkehr auf der Bahn Tientsin—Pufou hergerichtet ist, ist die Fahrzeit auf zirka 33 Stunden herabgesetzt. Die Fahrzeit von Tsinanfu nach Tsingtau dauert bekanntlich 12 Stunden.

Man kann also jetzt über Sibirien in zwei Wochen auf der Eisenbahn von Deutschland nach Tsingtau gelangen. Damit ist, wie gesagt, zum erstenmal eine unserer Kolonien mit dem Mutterlande durch die Eisenbahn verbunden, und Kiautschou wird wohl noch lange Zeit das einzige so bevorzugte Schutzgebiet bleiben. Wahrscheinlich ist es aber nur eine Geld- und Zeitfrage, die gleiche Entfernung in weniger als einer Woche mit dem Schnellzuge zurückzulegen. Peking hofft man bald in vier Tagen erreichen zu können.

Bereits 1871 veröffentlichte ein Deutscher, Dr. Veißner, den großzügigen Plan einer transkontinentalen Bahn von Rotterdam bis Tientsin. Der Gedanke der Schantung-Eisenbahn ist schon 1874 und später 1882 in seinem Werke „China“ (dessen Schlußbände erst vor wenigen Monaten erschienen sind) von dem bekannten Geographen Ferdinand Freiherrn v. Richthofen ausgesprochen worden. Die Anregung hatte ihm 1869 seine Reise durch die Steinkohlenbezirke Schantung gegeben. v. Richthofens 1882 (a. a. O. S. 266) ausgesprochene Worte bedeuten noch heute unser Programm in China:

„In der Eröffnung des Hafens von Kiautschou und in der Herstellung der genannten Verbindungen liegt die Zukunft der reichen Kohlenfelder von Schantung. Ist auch die Hebung von China in materieller, intellektueller und industrieller Hinsicht den Interessen Europas, wie es scheint, direkt zuwiderlaufend, so wird sie sich doch mit zwingender Notwendigkeit vollziehen und angesichts dessen haben sich die fremden Mächte die größtmöglichen Vorteile bei dem bevorstehenden Aufschwunge zu sichern.“

Der Anregung dieses weit vorausschauenden Mannes folgend hat denn auch das Deutsche Reich im Vertrage vom 6. März 1898, durch den die Besetzung Tsingtaus sanktioniert wurde, sich die Konzession zur Erbauung und zum Betriebe dreier Eisenbahnen übertragen lassen, die das ganze mittlere Gebirgsland von Schantung umspannen und auf den Grenzen zwischen den Bergbau- und Ackerbaubezirken entlangführen. Aber nur die nördliche Linie Tsingtau-Tsinanfu ist erbaut worden; die anderen Konzessionen sind zum Teil wieder an China zurück übertragen worden, insbesondere die zum Bau der westlichen Linie von Tsinanfu über die reichen Kohlenfelder von Jhsien nach Tschoufu, die den Südwesten der Provinz erschließen sollte.

Diese Konzession ist an die Tientsin-Pufou-Bahn übertragen worden, und zwar unter der für unsere Interessen wie für Südschantung gleich ungünstigen Bestimmung, daß die Strecke nicht über Tschoufu, sondern von Jhsien über Hsütschoufu in die Provinz Kiangsu und weiter südlich zum Yangtse geführt wurde. Hierdurch ist der Handelsverkehr von Südschantung nach dem Yangtse-tale abgeleitet worden.

Dieser Fehler ließe sich allerdings nach Ansicht von Kennern der örtlichen Verhältnisse noch dadurch wieder beseitigen, daß die in der Konzession von 1898 vorgesehene dritte (südöstliche) Linie des Eisenbahndreiecks von Schantung baldigst gebaut würde, nämlich von Kaumi (nahe Kiautschou) über Tschou-tschöng, Kütichou und Tschoufu nach Süden bis zum Anschlusse an die

Tientsin-Pufou-Eisenbahn. Dann würde Tsingtau den nächsten und vorteilhaftesten Hafen für Südschantung mit seinen reichen Bodenschätzen bilden und auch hier durch den Schienenweg an den Kaiserkanal angeschlossen sein.

Was in dieser Beziehung mit China vereinbart ist und was beabsichtigt wird, ist unsicher. Nach anscheinend unterrichteten chinesischen Quellen war bereits 1909 die Konzession dieser Linie wieder an China zurückgegeben unter der Resolutivbedingung, daß diese Linie bis zum 1. Januar 1915 als chinesische Staatsbahn fertig ausgebaut ist. Als Gegenleistung hat China die Verpflichtung übernommen, das Baukapital von Deutschland zu entleihen und deutsche Ingenieure (wie lange?) anzustellen. Dagegen soll das im Vertrage vom 6. März 1898 an Deutschland übertragene Bergbaurecht innerhalb der 15-km-Zone zu beiden Seiten dieser Bahnlinie Deutschland erhalten geblieben sein. Allerdings ist die außerhalb dieser 30-Li-Zone früher in deutschem Besitze gewesene Bergwerkskonzession in Schantung ebenfalls wieder an China zurückübertragen worden.

In der Vorstandssitzung der Deutschen Kolonialgesellschaft vom 6. Dezember 1912 beklagte Oberrichter Dr. Grußen aus Tsingtau, Deutschland sei mit der Beteiligung an Eisenbahnbauten in Schantung erheblich ins Hintertreffen geraten. In der Budgetkommission des Reichtags erklärte der Staatssekretär des Reichsmarineamtes am 7. März 1913, im Jahre 1915 erlösche die chinesische Konzession. Bis dahin könne aber China die Bahn nicht bauen. Von seiten des deutschen Reiches werde alles geschehen, um die Bahn durchzusetzen. Stimmen aus den Kreisen der Deutschen in Schantung erklären, das zu freundschaftliche Entgegenkommen werde von China leicht als Zeichen der politischen oder wirtschaftlichen Schwäche Deutschlands irrtümlich gedeutet werden. So schreibt ein Deutscher aus Südschantung der „Kölnischen Volkszeitung“ über die Bahnlinie am Westen des Gebirgslandes von Schantung (vergl. auch „Deutsche Zeitung“ Nr. 333 vom 4. 12. 1912):

„Im äußersten Süden Schantungs trifft die von den Deutschen hergestellte die von den Engländern gebaute Strecke. Vor Jahresfrist wurde jene Bahn dem Betriebe übergeben. Personen- wie Güterversendung nahmen trotz der großen Unruhen einen solchen Aufschwung, daß seit Wochen der Verkehr kaum bewältigt werden kann. Ursprünglich waren die Konzession für den Bau dieser Bahn und das Eigentumsrecht in den Händen der Deutschen Schantung-Eisenbahngesellschaft, beides wurde aber an die chinesische Regierung abgetreten, teils um sich bei den Chinesen beliebt zu machen, teils aus Furcht, die Strecke möchte sich nicht rentieren. Letzteres hat sich bereits als irrig erwiesen, indem die Einnahmen ganz gewaltig sind. Was durch die Zurückgabe der Konzession für Deutschland in China verloren ging, das dürfte schwerlich je wieder eingebracht werden, wie die noch an der Bahn angestellten deutschen Beamten mit Pädauern eingestehen. Schantung wäre durch Beibehaltung der genannten Konzession eine deutsche Interessensphäre im weiteren Sinne geblieben. Heute aber wird es eng-
lisch. . . Dann kam der Bau der Strecke Tientsin—Pufou . . . Die Deutschen haben ihr Werk jetzt vollbracht, die Eisenbahn ist fertig, nach allgemeinem Zeugnis der

Chinesen von deutschen Ingenieuren ausgezeichnet gebaut, viel besser als die angrenzende englische Strecke, die Konzession aber ist in den Händen der chinesischen Regierung, und mit einigen Ausnahmen ziehen in den nächsten Wochen die deutschen Eisenbahnbeamten alle ab. Mit ihnen verschwindet somit in der größeren Hälfte der Provinz der deutsche Einfluß. Schon jetzt spricht man fast nur noch Englisch auf der ganzen Strecke, die Betriebssprache wird fürder die englische sein, Engländer überschwemmen bereits Schantung, fast in allen Städten werden englische Schulen errichtet . . . englische Kaufleute setzen bedeutende Posten europäischer Waren ab . . . Englischsprechende Chinesen finden bereits überall Anstellung . . . Somit sind auch die deutschen Missionare gezwungen, auf Kosten der deutschen Sprache die englische zu dozieren und somit den Fremden in die Hände zu arbeiten. Weit mehr noch als das Erwähnte dürfte folgendes in die Waagschale fallen: Hat China das geplante Eisenbahnnetz in Schantung ausgebaut, dann ist es imstande, den Hafen von Tsingtau zu isolieren, somit der ganzen deutschen Kolonie einen unermesslichen Schaden zuzufügen.“

Diese Äußerung beleuchtet so grell den Wert tunlichster Verbreitung der deutschen Sprache in Schantung. Keinem Engländer fällt es ein, im fremden Lande eine andere Sprache zu reden als Englisch, wenn er auch die fremde Sprache kennt. Durch konsequente Verbreitung der englischen Sprache in der ganzen Welt sind in erster Linie der Einfluß Englands und sein fester Zusammenhang mit seinen politisch und wirtschaftlich mehr oder weniger selbständigen Kolonialreichen herbeigeführt und gesichert worden.

Und was tut der Deutsche? Er spricht Englisch, wo es irgend geht, selbst mit seinem farbigen Diener in einer deutschen Kolonie.

Recht bezeichnend für den deutschen Standpunkt sind die Verhandlungen des deutschen Kolonialkongresses 1905 (Berlin 1906, Dietrich Reimer, Seite 359, 363). In seinen 17 Druckseiten langen Ausführungen stellt dort Professor Meinhoff vom orientalischen Seminar in Berlin folgende Forderung auf:

„Meine Vorschläge und Wünsche fasse ich in einige kurze Sätze zusammen:

1. Die Verbreitung der deutschen Sprache als Umgangssprache in unseren Kolonien ist im allgemeinen nicht ratsam . . .

4. Als Verkehrs- und Regierungssprache ist diejenige zu wählen, die bereits die weiteste Verbreitung hat und die im Anschluß an Handels- und Verkehrswege die Tendenz zu weiterer Ausbreitung zeigt.“

Danach hätte also von vornherein in Tsingtau die englische Sprache eingeführt werden müssen.

Aber genau so machen es die Deutschen in Amerika und wo sie sonst maßgebenden Einfluß haben.

Glücklicherweise haben die Forderungen Meinhoffs sofort Widerspruch gefunden, insbesondere vom zufällig anwesenden Präsidenten der Kolonialgesellschaft, Herzog Johann Albrecht.

Ein interessanter Aufsatz über die chinesische Schulreform in der „Kiautschou-Post“ Nr. 45 vom 10. November 1912 stellt übrigens fest, wie die chinesischen Behörden gegen die deutschen Lehrkräfte vorgehen. Der „Ostasiatische Lloyd“ vom 17. Januar 1913 stellt in einem Aufsatz „Deutschland und die Unterrichtsreform in China“ mit Bedauern die Bevorzugung der englischen Sprache bei der Reorganisation der chinesischen Universitäten fest. In der folgenden Nummer vom 24. Januar 1913 Seite 87 sagt ein Kenner chinesischer Verhältnisse: „Englisch ist eben heute Trumpf in China, auch in Südschantung.“ Derjelbe Deutsche beschreibt in Nr. 6 des „Ostasiatischen Lloyd“ Seite 135 recht anschaulich, wie ein in Tsingtau aufgewachsener Chinese, der Sohn eines Zeitungsherausgebers, seine Studien mit dem Besuche einer amerikanischen Universität abgeschlossen hat, „weil es die anderen auch so machen.“

Und auch die Amerikaner helfen kräftig mit, China ins englische Sprachgebiet einzubeziehen; am 4. Januar 1913 wurde in Peking ein „chinesisch-amerikanischer Verein“ gebildet, wie er in Schanghai schon besteht. Auch andere Nationen suchen nach Möglichkeit wirtschaftlichen Einfluß in China zu gewinnen.

Die warnenden Stimmen von Deutschen aus China sind nicht vereinzelt. Die „Tägliche Rundschau“ (Nr. 528 vom 9. 11. 1912) erhält folgende Zuschrift aus Schanghai, die wir auszugsweise wiedergeben:

„Nach Meldung aus Peking hat die chinesische Regierung mit einem belgischen Syndikat eine Anleihe in Höhe von 10 Millionen Estrl. abgeschlossen. Von dieser Anleihe soll der größte Teil für den Bau einer Bahn von Haitichou, einem Hafen an der Nordgrenze von Kiangsu¹⁾, ins Hinterland verwendet werden. In dem Vertrag verlangen die Belgier, sechs Monate nach Unterzeichnung des Vertrages, also etwa Mitte März 1913, mit dem Bahnbau beginnen zu können.

Es muß hier festgestellt werden, daß von chinesischer Seite niemals ein Hehl daraus gemacht worden ist, Tsingtau so viel wie möglich Abbruch zu tun; auch die ehemaligen Gouverneure der Provinz Schantung haben in ihren Thronberichten stets auf die wirtschaftliche Schwächung Tsingtaus Bezug genommen. Wenn von deutscher Seite ausgeklügelt wird, daß die chinesischen Baupläne zu Ruß und Frommen Tsingtaus seien, so ist dies ein Trost, der über den wahren Stand der Dinge nicht hinweghilft. . .

Bedroht wird der Handel Tsingtaus durch zwei Bahnprojekte: die Bahn von Weihßen nach Tschifu und die belgische Bahn von Haitichou nach dem Innern. Schon ein Jahr, nachdem Deutschland in Tsingtau Fuß gefaßt hatte und es in chinesischen Kreisen bekannt wurde, daß eine deutsche Linie von Tsingtau nach Tsinanfu, der Hauptstadt der Provinz Schantung, geführt werden sollte, tauchte der Plan eines Konkurrenzunternehmens auf, um ein Gegengewicht gegen die wirtschaftlichen Ausdehnungsbestrebungen des deutschen Hafens zu schaffen.

¹⁾ Nicht südlich an Schantung, 130 km von Yitschoufu, 180 km südlich von Tsingtau, an der Mündung des Tsiangweih.

Jetzt müssen wir sehen, wie die Belgier in ein Gebiet eindringen, das wir einst von Tsingtau beherrschen wollten — und hätten beherrschen können. Die deutsche Regierung hatte vor einigen Jahren auf die ihr kraft des deutsch-chinesischen Staatsvertrages zustehende Gerechtsame zum Bau einer Bahn von Kaumi, das an der Schantung-Eisenbahn liegt, südlich von Tschoufu verzichtet und es der chinesischen Regierung überlassen, bis zum Jahre 1915 den Bahnbau selbst fertigzustellen; anderenfalls solle die Gerechtsame wieder an Deutschland zurückfallen. Diese Zuvorkommenheit, die die Chinesen als Schwäche auslegten, hat dem deutschen Handel in Schantung ungeheuer geschadet. Denn wenn die Bahn beizeiten von Deutschland gebaut worden wäre, hätten wir erstens die Gebiete in Südschantung und der angrenzenden Provinz Kiangsu als Absatz- und Ausfuhrgebiet gewonnen und zweitens eng mit dem Hafen Tsingtau verknüpft. Jetzt müssen wir aber zusehen, wie die Belgier uns zuvorkommen. Im wesentlichen wird die von den Belgiern zu bauende Strecke von Haitichou aus nach Westen ins Land geführt werden; sie wird bei Hsütschoufu die Tientsin-Pukouer Bahn und bei Tschengtschoufu die Peking-Hankauer Bahn schneiden. . . Den Löwenanteil an der neuen Bahn wird einer genauen national-ökonomischen Rechnung nach der Yangtsehafen Pukou haben, wo die Tientsin-Pukouer Bahn mündet. Da Pukou für große Seeadampfer zugänglich ist, so wird es ein Ausfuhrhafen für die Provinzen Honan, Südschantung, Anhui und Kiangsu. Der Platz, wo sich die Erzeugnisse sammeln, wird Hsütschoufu, der stärkste Wettbewerber für Tsingtau, sein.

Auf diese Weise wird die wirtschaftliche Ausdehnungsfähigkeit des Tsingtauer Handels immer begrenzter werden und schließlich als Absatzgebiet nur noch Mittelschantung und ein Teil Südschantungs übrig bleiben. Ein kleiner Gewinn wäre noch aus dem nächsten Hinterland von Haitichou zu erhoffen, wenn es gelingt, einen Schleppdampferverkehr zwischen diesem Hafen und Tsingtau einzurichten.

Wir stehen demnach vor der traurigen Tatsache, daß die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten Tsingtaus nur begrenzt sein werden, weil ein Eisenbahnring um sein Hinterland geschlossen wird, den es nicht mehr durchbrechen kann.“

Wir haben diese beiden voneinander völlig unabhängigen Zuschriften, soweit sie unser Thema betreffen, auszugsweise, aber wörtlich hier mitteilen zu sollen geglaubt, um einmal die Stimmung unserer Landsleute drüben zu kennzeichnen. Wenngleich beide Aufsätze etwas schwarzseherisch gefärbt sind, enthalten sie doch auch manchen richtigen Gesichtspunkt, besonders den, daß im Auslande, auch in China, unsere Zuvorkommenheit und Freundschaftlichkeit gegenüber anderen Nationen leicht als Schwäche gedeutet werden. Das gleiche ist in einem Aufsatz in Nr. 39 der „Kiautschou-Post“ vom 29. 9. 12 über die angeblichen Äußerungen des Reichstagsvizepräsidenten Paasche in Peking aus den „Peking Daily News“ vom 21. 9. 12 ausgesprochen. Man hat im Auslande leicht den Eindruck, daß das praktische Endergebnis unserer kolonialen Bestrebungen oft hinter dem von vornherein angekündigten Programm zurück-

bleibt. Aber der „status quo“ läßt sich ja manchesmal nicht aufrechterhalten, und da muß man dann auf bessere Konjunkturen warten.

Was nun die Vorwürfe gegen uns wegen unserer Stellung China gegenüber anbetrifft, so muß darauf hingewiesen werden, daß dieses Reich sich augenblicklich in einem unberechenbaren Uebergangsstadium befindet. Es ist alles viel zu schnell gegangen, und die Großmächte haben mit Recht so außerordentlich lange gezögert, die neue Regierung in China anzuerkennen. Es geht doch dort noch manches drunter und drüber, und bei der Art, wie jetzt reformiert wird, kann ein Rückschlag nicht ausbleiben.

Gerade in dem Hinterlande von Schantung, wo wir angeblich unsere Interessen nicht genügend wahrgenommen haben, sind die Verhältnisse keineswegs so ermutigend, daß die Bankfreise Neigung hätten, dort Eisenbahnen zu bauen, die womöglich nicht mehr Zinsen bringen als erststellige Hypotheken auf Grundstücken in der Stadt Tsingtau. Schon bei der für chinesische Verhältnisse nicht gerade glänzend rentierenden Schantung-Eisenbahn wird über die Höhe der Frachtläge Klage geführt: „Kiautschou-Post“ vom 10. 11. 12, Seite 939 und 942. In der gleichen Nummer wird mitgeteilt, daß gerade jetzt in Südschantung das Räuberunwesen bedenkliche Dimensionen angenommen hat. In einem Kampfe zwischen Regierungstruppen und Räubern fielen auf beiden Seiten mehrere hundert Mann. Und die Räuber haben Geld: „Die Soldaten erbeuteten zwei große Karren mit Silber . . . Viele Häuser sind in Flammen aufgegangen.“ Die neuesten Mitteilungen aus Schantung lassen darauf schließen, daß noch jetzt die Sicherheit in dem Gebiete zwischen Jhsien in Südschantung und Hsütschoufu am früheren Laufe des Swangho durch vielhunderköpfige, mit „geliehenen“ europäischen Gewehren ausgerüstete Räuberbanden so erheblich gefährdet ist, daß noch alle staatlichen Schulen in Hsütschoufu geschlossen sind.

Ebenso bedenklich ist die Methode, wie (nach Mitteilungen derselben Nummer) zum Beispiel dicht an der Grenze unseres Schutzgebietes in der Stadt Tsimo reformiert wird: „30 bis 40 Polizisten durchstreiften die Straßen, drangen in die Herbergen, Garfäden und Rasierläden ein und schnitten jedem, den sie erwischen konnten, zwangsweise den Zopf ab . . . diese verpönte Erinnerung an die Mandchu-Herrschaft . . . da flog der alte liebe Zopf vom Kopfe und man war froh, daß man wenigstens letzteren behielt.“ Ähnlich ging es auf der Eisenbahnstation Likuaji bei Hsütschoufu am Südrande von Schantung zu. Bis zum Herbst 1912 wurden dort allen aus Schantung kommenden Chinesen in der Eisenbahn die Zöpfe abgeschnitten, wodurch oft erhebliche Zugverspätungen entstanden.

Solche Stimmungsbilder der Verbreitung republikanischer Freiheit sprechen nicht gerade für die Fähigkeit der augenblicklichen Regierung in China und laden heute zu finanziellem Engagement auf chinesischem Gebiet nicht ein. Ist doch auch China in solcher Finanznot, daß es zu ernststen Kontroversen über die Verwendung der Salzölle gekommen ist.

Und man darf auch die zahllosen jetzt in China auftauchenden Bahnprojekte nicht allzuernst nehmen. Besonders die Eisenbahnprojekte Sun-Wens können zurzeit nur als phantastisch bezeichnet werden.

Aber es gilt doch, unsere Interessen möglichst ohne vorherige Ankündigung eines großen Programms im Auge zu behalten und gegebenenfalls die günstige Gelegenheit nicht zu vergessen.

Amerikanische Kolonialpolitik.

Von Louis Bieder - Berlin-Friedenau.

I.

Die Vereinigten Staaten von Amerika stehen anscheinend an einem Wendepunkt ihrer Geschichte. Ihr neuerwählter Präsident hat in einer Rede, die er kurz vor Jahreschluß 1912 in seiner Vaterstadt Stanton in Virginien gehalten hat, es unumwunden ausgesprochen, „er hoffe, daß die Amerikaner die Philippinen bald wieder los sein würden“. Das Echo, das dieser sensationelle Ausspruch Dr. Woodrow Wilsons in einem großen Teile der amerikanischen Presse gefunden hat, läßt es zur Gewißheit werden, daß die künftige Regierungspartei ihren Führer keinesfalls im Stich lassen wird, wenn er nach seinem Einzug in das Weiße Haus Schritte tun mag, um sein Regierungsprogramm zu verwirklichen. Denn die demokratischen Blätter unterstreichen jetzt sogar die in der letzten „Plattform“ ihrer Partei enthaltene, im Wahlkampf aber wenig beachtete Forderung, den Filipinos Unabhängigkeit zu gewähren, die sie spruchreif erklären. So sagt zum Beispiel die „New Yorker Staatszeitung“ vom 31. Dezember vorigen Jahres:

„Die Philippinenfrage ist eine Angelegenheit, über welche Unklarheit kaum noch bestehen kann. Infolge der langjährigen Erörterung, die darüber in der Öffentlichkeit und in der Gesetzgebung geführt worden ist, kann nun diese Frage, so wichtig sie ist, und so weittragend sie in ihren Folgen sein mag, zu jeder gegebenen Zeit als spruchreif angesehen werden. Es handelt sich hier nicht länger um eine Angelegenheit, in welcher uns noch jegliche Erfahrung und damit auch das nötige Urteilsvermögen fehlt. In den beinahe fünfzehn Jahren, die wir in dem Besitze der Philippinen sind, ist die Frage, ob die Philippinen unabhängig werden sollen, in allen ihren Gliederungen, Weiterungen und Folgerungen behandelt worden. Bemerkenswert war es, daß die Frage nie anders als unter größter Einhelligkeit mit einem Ja beantwortet worden ist. Selbst die rabiatesten Imperialisten haben auf die Frage nie ein Nein zur Antwort gegeben. Das Recht auf Unabhängigkeit hat den Philippinen bis dahin niemand abzusprechen gewagt, weil es eben nach unseren Begriffen ein natürliches ist. In dieser seiner Ueberzeugung von dem Rechte jedes Volkes auf Selbstregierung unterscheidet sich das amerikanische Volk

wesentlich von anderen, in allen übrigen Stücken gleich hoch entwickelten Völkern. Unsere Haltung in der Philippinenfrage mag solchen anderen Völkern deswegen immer unverständlich bleiben. Nur hinsichtlich der Frage, wann die Unabhängigkeit den Philippinen wieder zuteil werden soll, hat anfänglich eine kraße Meinungsverschiedenheit bestanden, so daß es längere Zeit schien, als ob hierüber nie ein Einvernehmen möglich sein könne. Die in den ersten Jahren nach dem Erwerb des Archipels mit ansehnlicher Volksmehrheit vertretene Ansicht, daß die Unabhängigkeitswerdung, wenn nicht auf viele Generationen, so doch auf mindestens etliche Menschenalter hinausgeschoben werden sollte, hat jedoch im Laufe der Jahre und unter den Lehren der Erfahrung wesentliche Einschränkungen erfahren, und heute dürfte es keineswegs mehr die Ansicht einer Mehrheit des amerikanischen Volkes sein, daß die Unabhängigkeitswerdung der Philippinen möglichst weit hinausgeschoben werden sollte. Die öffentliche Meinung geht vielmehr jetzt dahin, daß dieses möglichst bald geschehen und keinen Verzug mehr haben sollte, sobald sich die Möglichkeit einer stabilen Regierung auf den Philippinen ergeben hat. In diesem Sinne hat die demokratische Partei sich in ihrer Plattform ausgesprochen, und in diesem Sinne dürfte die obig erwähnte Erklärung des demnächstigen Präsidenten der Vereinigten Staaten zu verstehen sein.“

Diese Ausführungen schließen jedes Mißverständnis aus. Klipp und klar wird eine radikale Umkehr von dem bisher in der Kolonialpolitik befolgten Wege verlangt. Und doch war diese in Wirklichkeit nichts anderes als der Ausdruck jener un wider st e h l i c h e n E x p a n s i o n s t e n d e n z, die der ganzen Geschichte der großen Union seit ihrem Anbeginn innegewohnt hat. Ja, man kann ohne Uebertreibung sagen, daß es kaum ein zweites Reich gibt, das unausgesetzt einen so mächtigen Drang nach Ausdehnung, einen so unwiderstehlichen „Zug nach dem Westen“ betätigt hätte, wie gerade die Vereinigten Staaten.

Als die Republik bald nach ihrer schwer erlangten Unabhängigkeit ins neunzehnte Jahrhundert eintrat, reichte ihr Gebiet nur bis zum Mississippi und wies auf einem Flächenraum von etwa 1½ Millionen Quadratkilometern eine Bevölkerung von knapp 5¼ Millionen auf. Sie verwandte dann die erste Hälfte des Jahrhunderts zu einer beispiellosen kontinentalen, die zweite sowie die verfloßenen Jahre des neuen Jahrhunderts zu einer bemerkenswerten kolonialen Ausdehnung. Man erinnere sich nur:

1803 wurde Louisiana von Frankreich erworben.

1819 wurde Florida von Spanien übernommen.

1846 wurden Texas und Oregon (das heißt der Nordwesten bis zum 49. nördlichen Breitengrad) angegliedert.

1848 wurden Kalifornien und Neumexiko der Republik Mexiko abgenommen.

Und diese letzteren Gebiete 1853 durch den sogenannten Gadsdenkauf abgerundet.

Damit war das ungeheure geschlossene Landgebiet von fast 8 Millionen Quadratkilometern, das vom Atlantischen Ozean im Osten, dem Golfmeer im Süden und vom Stillen Ozean im Westen umspült wird und jetzt bald hundert Millionen Einwohner aufweist, als Stammland gewonnen, und der Drang nach Westen konnte sich ungehemmt auch übers Weltmeer bemerkbar machen. Die Bestrebungen, die sich auf die Annexion von Kuba richteten, lasse ich dabei ganz beiseite, weil sie zum Teil nur der Stärkung der Sklavenhalterpartei dienen sollten, zum Teil aber der strategischen Rücksichtnahme auf die Verteidigung der Mississippi-mündungen entsprangen, und führe nur folgendes an:

Im Jahre 1853 wurden vier Kriegsschiffe unter Kommodore Perry nach Japan entsandt, um dort die „offene Tür“ für den amerikanischen Exporthandel zu erlangen — ein Ziel, das durch den Vertrag vom 31. März 1854 wenigstens für die Häfen Hakodate und Schimoda erreicht wurde. Als dann lähmte der Bürgerkrieg eine Zeitlang jede Ausdehnungsmöglichkeit. Aber schon 1867 wird das — zwar auf dem amerikanischen Kontinent belegene, aber vom Stammlande sehr entfernte — Alaska erworben, dem nach drei Jahrzehnten die pazifische Inselgruppe von Hawaii folgte, die schon lange zuvor sehr stark unter amerikanischem Einfluß gestanden hatte. Daran schlossen sich im Jahre 1898 die bis dahin spanischen Kolonien: die Philippinen, Guam, Tutuila und Porto Rico. Es folgte dann im November 1903 der Erwerb der sogenannten Panamakanalzone, um den interozeanischen Verbindungsweg auf dem Boden der Union herzustellen, und endlich zu Beginn des Jahres die Festsetzung auf Kuba, wo auf dem Gebiet der unter amerikanischem Protektorat stehenden Republik Kuba, nämlich in Guantánamo, Befestigungen zum Schutze des Panamakanals angelegt werden sollten.

II. Alaska.

Es waren die dringenden Vorstellungen kalifornischer Kaufleute, die von Alaska namentlich Pelze und Fische holen wollten, während sie in ihrem Verkehr von der Russisch-amerikanischen Handelsgesellschaft behindert wurden, wodurch Staatssekretär Seward bestimmt wurde, mit Rußland wegen Ankaufs dieser Kolonie zu unterhandeln. Dem nordischen Kaiserreich hatte sein amerikanisches Anhängsel in etwa 125 Jahren unge störten Besitzes nicht nur nichts eingebracht, sondern ziemlich viel Geld gekostet. Man war daher in Petersburg nur allzufroh, aus einer „abgelegenen Besitzung zweifelhaften Wertes“, wie der englische Reisende Frederick W. Hymper das fragliche Gebiet bezeichnet hatte, eine so hochansehnliche Summe wie die von Amerika dafür bewilligten 7 000 000 Dollar nebst 200 000 Dollar für Bauten und Hafenanlagen herauszubekommen, zumal im russischen Staatshaushalt damals gerade eine bedenkliche Ebbe vorherrschte. Seward glaubte dagegen an die Entwicklungsmöglichkeit dieses Landes, das fast

dreimal so groß ist wie Deutschland und sich recht annehmbarer eisfreier Häfen in Südwesten erfreut. Außerdem war er schon durch die Monroedoktrin auf jeden möglichen Erwerb amerikanischer Gebiete angewiesen. Aber von dem Entrüstungsturm über seinen vermeintlichen schweren Fehlgriß, der sich nach Bekanntwerden des Alaskavertrages mit Rußland in der Presse entwickelte, hatte er sich schwerlich etwas träumen lassen. Whymper, der 1865—1867 bei der amerikanischen Kabelaexpedition nach Alaska und Sibirien keinen allzu günstigen Eindruck von dem Nordlande mitgebracht hatte, spottete weidlich über Seward's „unerfättlichen Heißhunger auf Eisberge und Schneefelder“, und die öffentliche Meinung folgte ihm nur allzueifrig in der Verhöhnung von Uncle Sam's Ice box („Uncle Sam's Ice box“), wie man die erste amerikanische Kolonie prompt getauft hatte.

Bekanntlich ist die Gewalt, Verträge zu schließen, zwar dem Präsidenten der Union übertragen, aber er ist durch die Verfassung an „den Rat und die Zustimmung“ des Bundes senats so sehr dabei gebunden, daß zur Gültigkeit von Verträgen sogar eine Zweidrittelmehrheit dieser Körperschaft notwendig ist. Wie sich die Dinge anließen, wäre der russische Vertrag an dieser Klippe unfehlbar gescheitert, wenn nicht ein so weitblickender Mann wie der Senator Charles Sumner von Massachusetts mit der ganzen Kraft seiner mächtigen Persönlichkeit dafür eingetreten wäre. In einer glänzenden Rede, die für das Schicksal der Vorlage entscheidend war, führte er u. a. folgendes aus:

„Der Erwerbstrieb sucht sich bei Gemeinschaften von Individuen nicht minder stark zu betätigen wie bei einzelnen Menschen. Wie der einzelne seinen Grundbesitz durch anstoßendes Farmland zu vergrößern trachtet, so sucht jede Nation die ihr leicht erreichbaren Ländereien zu annektieren. Dieses Streben kann man überall in der Welt und bis in die jüngsten Phasen der Weltgeschichte verfolgen. So ging Frankreich nach Afrika, um Algier zu annektieren, und Spanien versuchte sich in demselben Erdteile, wenn auch nicht mit demselben Erfolge. Dafür gibt es aber zwei europäische Großmächte, die sozusagen gewerbs- und gewohnheitsmäßig zu annektieren pflegen: die eine ist Rußland und die andere ist Großbritannien. Rußland hat seit den Zeiten Peters des Großen seine Flagge nach allen Himmelsrichtungen immer weiter getragen. Erst neuerdings hört man wieder, daß es seine bisherigen südlichen Grenzmarken in Asien überschritten hat, um sich bis an das indische Reich auszudehnen. Und Großbritannien tut das gleiche, indem es von Zeit zu Zeit immer neue Provinzen seinem indischen Reiche zufügt.

Wenn die Vereinigten Staaten ebenfalls von Zeit zu Zeit ihr Gebiet vergrößert haben, so sind sie darin lediglich dem allgemeinen Drange der Nation gefolgt, obgleich ich nicht vergessen habe, daß der verstorbene Theodore Parker immer zu sagen pflegte, daß sich gerade die Angelsachsen durch ihren Landhunger auszeichneten. Es war jedenfalls Landhunger und nicht etwa Golddurst, der das angelsächsische Pflagma aufstachelte.

Ich für meinen Teil zweifle allerdings sehr, daß wir in der Tat mehr Landhunger als andere Nationen besitzen sollten, es sei denn, daß sich in einem Gemeinwesen, bei dem alle an der Regierung teilnehmen, die nationalen Eigenschaften lebhafter betätigen sollten. Nein, ich glaube vielmehr, daß sich der Trieb, sein Gebiet auszudehnen, bei allen Gliedern der menschlichen Familie gleichmäßig vorfindet."

Damit hat der amerikanische Redner nur ausgesprochen, was jeder Gesichtsfenner weiß und die Wissenschaft unumwunden ausspricht. So sagt z. B. der verstorbene *Raquel* in seinem großen Werke über die „Politische und Wirtschaftsgeographie der Vereinigten Staaten von Amerika": „Erpansionstrieb, der die Grenzen bis an die Schranken der Möglichkeit vorrückt, ist Merkmal der höchsten Kultur. Ihn tragen Volkszahl und geistiger Fortschritt." Aber es sollten noch beinahe drei Jahrzehnte ins Land gehen, ehe die ganze amerikanische Nation endlich einzusehen begann, daß der Erwerb Alaskas nur mit einem winzigen Bruchteil seines wirklichen Wertes bezahlt war. Obgleich übrigens die sensationellen Goldfunde am Klondyke, wo Goldklumpen bis zum Werte von 14 000 Mark für das Stück vorkommen, jetzt bald schon wieder 17 Jahre zurückliegen, ist man in Amerika selbst noch so wenig mit der ältesten eigenen Kolonie vertraut, daß sich kürzlich folgende drollige Geschichte ereignete: Ein Postinspektor in Washington vermißte bei der Revision die Abrechnungen mit der Stadt Dawson, weshalb er dem dortigen Postmeister brieflich einen Rüssel erteilte und sofortige Einsendung des Berichts verlangte. Die Antwort des dortigen Postmeisters war, er mache höflichst darauf aufmerksam, daß Dawson im britischen Dominion Kanada belegen sei und er daher, solange Kanada nicht an die Vereinigten Staaten angegliedert sei, seine Berichte nur an die Regierung seines Landes in Ottawa richten dürfe!

Die ersten Goldfunde waren bereits 1872 in Silverbay bei Sitta auf der Insel Baranoff gemacht worden, und die Treadwellmine auf der Insel Douglas, das größte Goldbergwerk des ganzen Landes, begann ihren Betrieb schon im Jahre 1880. Allein die Erkenntnis, daß es sich, wie Professor *Erdmann* versichert, wirklich um das „größte Goldland der Erde" handelt, kam erst in den Jahren 1896/97 zum Durchbruch, wo denn auch nicht viel weniger als etwa 80 000 Argonauten in das neue entdeckte Eldorado einströmten. Man nimmt an, daß die bisherige Goldausbeute höchstens eine Milliarde Reichsmark, mindestens aber 200 000 000 Dollar betrug, während noch reichlich das Doppelte der schon gehobenen Schätze im Boden schlummere. Allerdings haben in jüngster Zeit die Ertragnisse etwas nachgelassen, doch soll der Ausfall nur auf schlechtere Betriebsergebnisse der Goldminen von Nome, teils aber auf den Umstand zurückzuführen sein, daß die Gesetzgebung und noch mehr deren Handhabung das Großkapital begünstigte, während das Heimstätten- wie alle übrigen Landgesetze der Union von dem Grundgedanken ausgingen, Kolonisten mit bescheidenen Mitteln die Niederlassung zu erleichtern und dadurch den großen Westen zu erschließen. Daß letzterer Haupt-

zweck in Alaska nur sehr wenig erreicht wurde, lehrt die Statistik. Der Zensus von 1900 ergab 63 592, der von 1910 nicht mehr 64 356 Bewohner¹⁾, oder eine Zunahme von 764 Köpfen. Da die Gesamtzunahme der Bevölkerung der Republik in demselben Jahrzehnt fast 21 v. H. betrug, erreichte die Zunahme Alaskas mithin noch nicht den zehnten Teil der im ganzen Lande durchschnittlich erzielten Volksvermehrung — ein beschämendes Ergebnis, wenn man die (gleich noch näher zu erörternde) Fülle der hier gegebenen Hilfsquellen in Betracht zieht.

Allerdings habe ich bei dem Besuche, den ich im Sommer 1897 Alaska abstattete, von dem Walten der amerikanischen Regierung nichts weniger als günstige Eindrücke gewonnen. Abgesehen vom Gouverneur, der in Sitka ein beschauliches Dasein führte, und dem Kommandanten eines Kanonenbootes, der aber wegen der Desertionen seiner vom Goldfieber angesteckten Leute sich gezwungen sah, alsbald andere Küsten aufzusuchen, entdeckte ich überhaupt nur einen einzigen lebenden Bundesbeamten, nämlich den Vereinigten-Staaten-Fischkommissar in Juneau. Aber auch dieser blieb nicht mehr lange lebendig, da er gerade am Tage vor meiner Abreise an Holzkoholvergiftung und Delirium tremens zugrunde ging! Erst etliche Jahre später wurde auf Betreiben der Handelskammer von Juneau ein aus acht Senatoren und sechzehn Unterhausmitgliedern bestehender Landtag eingesetzt, der indessen fast nichts zu sagen, sondern in allen wichtigen Angelegenheiten durchaus den Weisungen der Bundesregierung und des Kongresses in Washington zu folgen hat.

Letzterer beauftragte im Jahre 1903 seinen *K o l o n i a l a u s s c h u ß* (das sog. Committee on Territories), die Verhältnisse in Alaska persönlich an Ort und Stelle zu studieren. Doch ist, soviel ich weiß, kein offizieller Bericht über diese amtliche Reise erschienen, vielmehr muß man sich da auf die von einem Reisebegleiter, dem in Minneapolis wohnhaften Journalisten *John Scudder McCain* in seinem Buche: „*Alaska and the Klondyke*“ gemachten Angaben verlassen. Aber zumeist hat sich die Bedeutung der Bodenschätze der Kolonie erst in den letzten 10 Jahren, also erst nach jener Reise herausgestellt. Man kann danach ohne Uebertreibung sagen, daß Alaska auch abgesehen von seinem Goldreichtum eins der reichsten Länder vorstellt, die überhaupt auf der Erde zu finden sind.

Vor allem sind in dieser Hinsicht die Vorräte an Kupfer und Kohlen anzuführen. Die Bonanza mine allein soll im letzten Jahre für 11 000 000 Mark Kupfer geliefert haben, während die übrigen Minen das Doppelte dieser Werte zutage förderten. Der Kupferreichtum verschwindet aber gegenüber dem, was die Kohlen bedeuten sollen. Das größte Kohlenbecken befindet sich am Beringflusse und Beringsee (der nicht etwa mit

¹⁾ Etwa 35 000 Weiße, der Rest Eskimos, Indianer und Mischlinge. Die Indianer und Mischlinge stellen einen starken Bruchteil der Arbeiter für die Minen- und Fischindustrien.

dem Beringmeer zu verwechseln ist), wo es ein Gebiet von 15 (englischen) Quadratmeilen einnimmt, während ein zweites Becken am Matanuskaflusse entdeckt wurde. Letzteres ist nicht so umfangreich wie das Beringbecken, weist dafür aber eine desto wertvollere Kohle auf. Denn die Matanuskaohle soll die beste amerikanische Anthrazitkohle, die pennsylvanische, noch um 5 vom Hundert, an Wärmeeinheiten (Kalorien) in Heizkraft übertreffen. Andrew Kennedey, der erste Sachverständige vom Bundeslandamt, hat begutachtet, daß zwei Milliarden Tonnen allein in den Beringfeldern abbaufähig seien. Trotz der fabelhaften Arbeitslöhne, die sich im Innern auf 5 bis 8 Dollar für den Tag stellen, und der hohen Transportkosten wäre der Wert der Kohlenlager auf $2\frac{1}{2}$ Milliarden Dollar abzuschätzen, also bedeutend höher als die gesamte amerikanische Nationalschuld zu veranschlagen, beiläufig nicht unbeträchtlich mehr als das $2\frac{1}{2}$ fache der französischen Kriegssentschädigung von 1871.

Neben den Mineralien sind es aber auch die Flora und Fauna des Landes, die eine gewaltige Ausbeute zulassen und erst zum Teil gefunden haben. Da sind vor allem die prachtvollen Urwälder an der schier unendlichen — auf 50 000 Kilometer Ausdehnung geschätzten — Schärenküste und auf den etwa 11 000 großen und kleinen Inseln, die von dem warmen pazifischen Strom „Kuro Schimo“ umflutet werden, also Holzvorräte von fast unerschöpflicher Fülle, über die noch zu verfügen ist. Dagegen klingt es geradezu unglaublich, daß die Amerikaner schon eine runde Milliarde Mark, also mehr als aus dem Boden an Gold, hier aus dem Meere an Fischen, Robbenfellen, Fischbein und Tran gewonnen haben sollen. Die Fischverpackungsindustrie, bei der hauptsächlich Lachs und Heilbutt in Betracht kommen, wetteifert an Bedeutung mit der Minenindustrie; die Feringe werden in Mengen von Hunderttausenden von Zentnern zu Guano, die Robben, ihrer Felle beraubt, zu Tran verarbeitet. Die Bundesregierung verpachtete im Jahre 1872 den Pelzrobberschlag und soll bis 1908, wo der ursprüngliche Robbenbestand von etwa 5 Millionen auf 50 000 zurückgegangen war und infolgedessen das einträgliche Geschäft aufgegeben werden mußte, gegen 50 000 000 Dollar aus dieser Pacht gezogen haben. Sehr viel warfen in früheren Zeiten auch die auf dem Lande lebenden Pelztiere ab, allein sie sind auch schon soweit ausgerottet, daß man sie künstlich in Fuchs- und Hermelfarmen zu züchten begonnen hat. In großen Herden werden schon seit Jahrzehnten lappländische Rentiere gehalten, die sich so gut einzubürgern scheinen, daß man in absehbarer Zeit damit an der Fleischversorgung des Stammlandes sich stark beteiligen zu können glaubt, da die Vermehrung dieser Tiere bisher in geometrischer Progression fortschritt.

* * *

Wo das Mas ist, sammeln sich die Adler. Die Aussicht, Milliarden zu gewinnen, führte zur Gründung eines Riesentrusts, der auf nichts Geringeres abzielt, als sich ganz Alaska, also ein Gebiet, das etwa ein Sechstel

des gesamten auf dem Festlande belegenen Areals der Vereinigten Staaten oder mehr als 1 vom Hundert der ganzen festen Erdoberfläche ausmacht, sich dauernd tributpflichtig zu machen. Da es sich um ein zeitgeschichtliches Ereignis handelt, dessen Hauptbeteiligte gegen bestehende Gesetze, nämlich das Sherman'sche Antitrustgesetz und die unten angeführten Alaska-Landgesetze, verstoßen haben dürften und deshalb ihre Transaktionen tunlichst zu verschleiern suchten, bin ich bei der Schilderung dieses ungewöhnlich interessanten Vorgangs lediglich auf die verschiedenen darüber in der Presse erschienenen Enthüllungen angewiesen, die aber in der Hauptsache durchaus übereinstimmen. Uebrigens handelt es sich um so gigantische Unternehmungen, daß trotz der Weltabgelegenheit des in Betracht kommenden Landes die wichtigsten Umstände, die ja auch schon vielfach im Kongreß und vor Gerichten zur Erörterung kamen, der Öffentlichkeit kaum verborgen bleiben konnten.

Ich muß hier einschalten, daß, abgesehen von etlichen kurzen Schienensträngen, die von den verschiedenen Minenregionen zu den Verladepätzen ihrer Erzeugnisse führen, in Alaska zurzeit erst drei Bahnlinien in Betrieb sind, nämlich

1. die über den Weißen Paß führende Strecke von Skagway nach White Horse am oberen Yukon (White Horse—Yukon);
2. die dem Trust gehörige Strecke von Cordova nach Kennecott, in der Nähe der Bonanzamine und der angrenzenden Beringfelder, und
3. die Strecke Seward—Matanuska.

Sämtliche Bahnen führen von Häfen des Stillen Ozeans ins Innere. Bei der Trustbahn scheint die unter Roosevelt eingeführte Bundeskontrolle der Tarife nicht zur Durchführung gelangt zu sein, da über exorbitante Raten geklagt wird. Auf der etwa 180 Kilometer langen Strecke muß für ein Pfund drei Cent, für die Tonne aber der Betrag von 60 bis 75 Dollar an Transportgebühren bezahlt werden. Diese Sätze scheinen selbst bei den ungewöhnlich hohen Herstellungskosten der Bahn, die 20 bis 25 Millionen Dollar verschlungen haben sollen, übertrieben und durchaus auf Unterdrückung der nicht zum Trust gehörigen Interessenten abzu zielen.

Die namentlich in Betracht kommenden Bundesgesetze sind:

1. Das Alaska-Kohlenlandgesetz vom 28. April 1904, das bestimmt, daß niemand mehr als 160 Acker Landes für sich in Besitz nehmen darf, Vereinigungen von Personen aber nicht mehr als 640 Acker;
2. die zusätzlichen Bestimmungen vom 28. Mai 1908, wonach die Mutungsrechte auf diejenigen Personen beschränkt sein sollen, die sie für ihren persönlichen Gebrauch erwerben wollten, wenn sie beim Auffinden des Landes an den vier Ecken des von ihnen beanspruchten Landes vier Pfähle einschlugen.

* * *

Der „Alaskatrust“ wurde vor etwa sieben Jahren von Daniel Suggenheim ins Leben gerufen. Daniel ist der 1856 geborene Sohn eines aus der Schweiz eingewanderten armen Israeliten namens Meher

Guggenheim, der 1847 als Häufierer seine Laufbahn begann, aber bald zu Reichtum gelangte. Seine vier Söhne, von denen Randolph starb, während Simon Bundes Senator für Colorado und Jaak Daniels rechte Hand ist, vermehrten das väterliche Erbe ganz bedeutend, indem sie im Felsengebirge großartige Unternehmungen auf dem Gebiete der Schwer- und Minenindustrie gründeten, die zu zahlreich sind, um sie anführen zu können. Für den „Alaskatrust“ scheinen namentlich die folgenden Betriebe in Frage zu kommen:

1. Die Yukon Gold Co. (Goldminen in der Klondykeregion, die mit 17 000 000 Dollar kapitalisiert sind);

2. die Dampfschiffahrt zwischen den Vereinigten Staaten und Alaska, namentlich die zwischen Seattle und Alaska verkehrende Alaska Steamship Co., die Schiffe der Northwestern Commercial Co. und der zwischen San Francisco und Alaska verkehrenden Pacific Coast Steamship Co.;

3. die Bonanza-Kupfermine;

4. die Bering-Kohlenfelder;

5. die Eisenbahn von Kordova nach Kennecott;

6. die Northwestern Fisheries Co., die den dritten Teil der gesamten Lachs-packerie besorgt;

7. die Ausnutzung des Urwaldes an der Kontroller Bah, wo der Trust größere Ländereien besitzt.

Wie man sieht, handelt es sich bei diesem Trust um die angestellte Monopolisierung sämtlicher Transportwege, die Kontrolle aller wichtigeren Industrien des Landes, der Gold-, Kupfer- und Kohlengewinnung sowie der Fischkonservierung, endlich um die Verwertung der Holzbestände — ein Unternehmen von einem Umfange, daß selbst Del- und Stahltrust davon überschattet werden! So kapitalkräftig aber auch die Guggenheims sind, so konnten sie doch etwas so Gigantisches nicht aus eigenen Mitteln durchführen und verbündeten sich daher mit dem Multimillionär John Pierpont Morgan, der, wie man weiß, an der Spitze des „Geldtrusts“ stand. Das Syndikat Morgan-Guggenheim erhielt davon den Spitznamen „Morganheim-Trust“, der ihm auch verblieb, als andere Großkapitalisten, deren Namen man nicht sicher kennt, in die Kombination einbezogen wurden. Fest steht nur soviel, daß sich Präsident Roosevelt dem Trust in den Weg stellte, indem er durch Verfügung vom 12. November 1906 jede weitere Abgabe von Kohlenländereien verbot, nachdem sich herausgestellt hatte, daß im weitesten Umfange Gesetzesumgehungen stattfanden, durch welche die oben angeführten Zwecke der amerikanischen Landesgesetzgebung völlig aufgehoben wurden.

Der erste Frevler in dieser Richtung war ein gewisser Cunningham aus Idaho, der allein acht Quadratmeilen Kohlenland im Interesse von 33 Kapitalisten aus dem Nordwesten in der Beringregion erworben haben soll. Bald bekam er dann einen Konkurrenten in der Person eines gewissen Han, der für den Trust arbeitete und vermöge der fabelhaften Kapitalien, die hinter ihm standen, namentlich aber dadurch, daß er die einzige Bahn zur Küste be-

herrschte, dem zuerst Gefommenen bald überlegen wurde. Doch würde es viel zu weit zu führen, auf den Streit der Cunninghamgruppe mit dem Alaskatruf hier einzugehen. Ebenso kann ich nur ganz kurz den sensationellen Konflikt anführen, der vor etwa drei Jahren zwischen Sifford Pinchot, dem damaligen höchsten Forstbeamten der Union, und seinem vorgefetzten Minister Ballinger sich abspielte. Während letzterer, der aus Seattle stammt und mit den Alaskaintereffenten nahe Fühlung hatte, eine trufstfreundliche Haltung einnahm, vertrat Pinchot mit aller Energie den Standpunkt, daß Gefef und öffentliche Wohlfahrt die Verschleuderung der Hilfsquellen des Landes verböten und deshalb nur Verpachtungen der Schurfgerechtigkeiten gewährt werden follten. Pinchot mußte unter der Laftichen Präfidentfchaft mit diefem Standpunkte unterliegen -- er verlor fein Amt und wurde eine Hauptperfon in der neuen Rooseveltfchen Partei, die fich mit feinem Standpunkte in diefer wichtigen Frage solidarifch erklärte.

Augenblicklich ift die Situation in Alafka fo verfahren wie nur möglich. Eine Reihe von Prozessen fchwebt zwischen dem Trufst und dem Cunninghamfyndikat, deren Ausgang natürlich dahinfteht. Der Trufst ift durch Rooseveltf Eingreifen in feiner Entwicklung empfindlich gehemmt worden und hat anfeheinend felbst während der vier Jahre, wo Laft im Weißen Haus faß, die nötige volle Bewegungsfreiheit nicht durchzufetzen vermocht. Es bleibt nun abzuwarten, wie die neue Regierung fich zu dem fchwierigen Problem ftehen wird, die Aufschließung Alafkas zu bewirken, ohne mit dem Trufst Frieden zu fchließen. Nach Wilsonf Stellungnahme im Wahlkampfe müßte er alles aufbieten, um den offenbar auf ungefeflichem Wege zur Beherrfchung eines gewaltigen Teils der Hilfsmittel gelangten Trufst zu vernichten, während tatfächlich kaum ein anderes Ausfunftsmittel als der Abfchluß eines Kompromisses mit der Kapitalmacht offenzuftehen fcheint. (Fortfetzung folgt.)

Wirtschaftliches aus dem spanischen und portugiefifchen Kolonialbefize.

Konful Karl Singelmann.

In Spanien wird zurzeit lebhaft in kolonialen Kreifen eine Eifenbahn, von dem Hafen Benito (Campo-Muni-Territorium) ausgehend, angestrebt, welche die beabfichtigte franzföfische Eifenbahn vom Hafen Libreville aus nach Weffo halbwegs in dem wichtigen Handelsplake Kandjama treffen foll und somit auch einen Teil deutfchen Gebietes durchfchneiden muß. Das Projekt fieht vor:

Im Hafen Benito Werftbau, Sondierungen und Beleuchtung des Kanals, der durch Baggerungen gefchaffen werden foll, fowie Studien der Eifenbahnlinie 4 800 000 Mark Bahnbau von Benito bis zur fpanifch-deutfchen Grenze (250 km) 12 Millionen Mark, Bahnbau von hier bis Kandjama (250 km)

12 Millionen Mark, Vorbereitungen in Benito an Kanalbaggerungen, Docksbauten, Hafenmole usw. 11¼ Millionen Mark. Bauzeit 6 bis 10 Jahre. Obwohl Spanien sich mit diesem Projekt zunächst an das französische Kapital wendet, sollte doch aus naheliegenden Gründen Deutschland diese Angelegenheit aufmerksam im Auge behalten, und wenn sonst nicht bei näherer Prüfung sich Bedenken ergeben, seinerseits zugreifen und den Bahnbau ausführen.

Auf *Fernando Po*, welche Insel bekanntlich nur 35 km von Kamerun entfernt liegt, pflegt in der Trockenzeit von Ende November bis Mitte Mai das Thermometer 28 bis 35 Zentigrade, in der Regenzeit 24 bis 28 Zentigrade zu zeigen. An Kakaopflanzungen von über 35 ha Ausdehnung sind 76 vorhanden, während im ganzen 1350 Kakaopflanzungen mit zusammen 19 000 ha gezählt werden, jedoch noch nicht voll kultiviert; immerhin werden schon 16 000 ha zur Steuer herangezogen. Die Kakaoproduktion wird in ihrer Ausdehnung noch zu sehr durch ein schlechtes spanisches Zollgesetz in fiskalischem Interesse gehemmt. Die größten Pflanzungen fassen von portugiesischen Pflanzern 1006, 685. und 632 ha, von einem deutschen Pflanzern 692 ha, von einer spanischen Gesellschaft 624 ha. Es wurden verschiedene spanische Kakaopflanzungen dem deutschen Kapital, bisher ohne Erfolg, zum Kauf angeboten.

Es liegen auch sonst Angebote zur kolonialen Betätigung im spanischen Kolonialbesitz für das deutsche Kapital vor und bleibt abzuwarten, ob nicht auch hier, wie es schon im portugiesischen Kolonialbesitz seit einem Vierteljahrhundert der Fall ist, das englische und französische Kapital schneller zugreifen.

Auf den südlich von *Fernando Po* gelegenen portugiesischen Inseln *St. Thomé* und *Principe* ist die Kakaokultur eine weit ausgedehntere. Hier sind die größten Kakaopflanzungen, und zwar alle in portugiesischen Händen, mit einer Jahresproduktion von 3½ Millionen Kilogramm, 2½ Millionen Kilogramm, 2¼ Millionen Kilogramm usw. Augenblicklich wird ein heißer Kampf in Portugal geführt wegen der seitens der portugiesischen Regierung beabsichtigten stärkeren Heranziehung der Kakaoproduktion zur Deckung des vorhandenen Defizits der Staatsfinanzen. Von dem Handel zwischen Portugal und seinem Kolonialbesitz in Einfuhr und Ausfuhr absorbieren *St. Thomé* und *Principe*, obwohl nur zusammen so groß wie das Fürstentum Waldeck, ein Sechstel, ein gewaltiger Anteil, wenn man bedenkt, daß der portugiesische Kolonialbesitz viermal so groß als das Deutsche Reich ist. Von der Wiederausfuhr von Kolonialprodukten aus Portugal, welche in den letzten fünfzehn Jahren 675 Millionen Mark betrug, entfallen auf Angola und *St. Thomé* ziemlich zu gleichen Teilen 99,54 %, so daß auf alle anderen portugiesischen Ueberseebesitzungen kaum ½ % entfällt. Wenn nun augenblicklich die bisherigen fiskalischen Abgaben der Inseln *St. Thomé* und *Principe* im Betrage von 4½ Millionen Mark an Portugal noch weiter erhöht werden sollen, so kann man begreifen, daß die Pflanzern sich sehr energisch und sehr geschickt dagegen gewehrt haben, während andererseits auch

daß neu ans Ruder gelangte portugiesische Ministerium sich die Sache noch einmal reiflich im Interesse dieses blühenden Kolonialbesitzes überlegt, so daß sicher ein beide Teile befriedigender Modus gefunden werden wird.

Eigenartig ist es, daß, während ein Teil der Engländer mit sehr kapitalkräftigen Syndikaten in St. Thomé und Príncipe, welche Inseln im letzten Jahre 34 Millionen Kilogramm Kakaobohnen, also über achtmal soviel als Kamerun, produzierten, sich festzusetzen sucht durch Erwerb einer möglichst großen Zahl von namentlich mittleren und kleinen Pflanzungen, ein anderer Teil der Engländer fortfährt, die Arbeiterverhältnisse auf St. Thomé und Príncipe zu diskreditieren und als Sklavereiverhältnisse hinzustellen. Neuerdings haben sich auch schweizerische Kreise dieser Propaganda angeschlossen (vgl. Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft, Jahrgang 1912, Seite 819—829). Da wir Deutschen keine Veranlassung haben, englische Pläne dort zu unterstützen, so sei hier in Kürze der augenblickliche Sachverhalt dargelegt:

Die portugiesische Regierung garantierte den Arbeitern auf St. Thomé und Príncipe seit 1903 nicht nur einen monatlichen Mindestlohn im ersten Kontrakt, sondern eine Erhöhung des Lohnes in jedem neuen Kontrakte um mindestens 10 %. Durch Gesetz war jeder Arbeitgeber verpflichtet, monatlich den Arbeitern zwei Fünftel jenes Minimallohnes auszusahlen, außerdem die bewilligten Extrabergütungen. Der Rest des Lohnes ist in der Rückwanderungskasse niederzulegen, wo er für jeden Arbeiter als Bonus bei der Rückwanderung aufbewahrt wird bzw. zum Unterhalt der Familien. Dieser Bonus wird jedem Arbeiter an Bord des ihn zurückbringenden Dampfers bei Ankunft im Bestimmungshafen ausgeliefert, während die Reiseunkosten von den Arbeitgebern bestritten werden. Diese Bestimmungen wurden auf alle seit 1903 auf den Inseln eingetroffenen Arbeiter angewandt. Durch ein Gesetz vom 8. Februar d. J. werden auch die vor 1903 dort eingetroffenen Arbeiter sichergestellt, indem sie das Anrecht auf den Unterschied zwischen dem Lohnbezüge ihres letzten Kontraktes und dem Minimallohne des Gesetzes von 1903 haben. Und damit diese alten Arbeiter auch einen Bonus zur Rückwanderung erhalten, wird ihnen garantiert, daß, da bei nur noch kurz laufenden Kontrakten die Depositen für den einen oder anderen zu gering sein würden, ihnen mindestens ein Bonus von 50 Escudos (225 Mark) aus der Kasse ausbezahlt wird. Dasselbe Dekret trifft außerdem Vorsorge, daß die aus Angola stammenden Arbeiter unter Staatsaufsicht vom Landungshafen bis zum Heimatsorte gelangen oder eventuell nach geeigneten Dörfern gebracht werden unter Bedingungen, daß sie den Lebensunterhalt durch die Arbeit gewinnen können.

Im übrigen haben ja auch namhafte Deutsche, welche die Inseln besuchten, so u. a. Prinz Alfred zu Loewenstein-Wertheim-Freudenberg (Mitglied des früheren Kolonialrates) sich in so überaus lobender Weise über die Arbeiterverhältnisse auf jenen Inseln ausgesprochen, daß hoffentlich kein

Deutscher auf den von gewissen englischen Kreisen gelegten Leim hineinfällt, denen übrigens auch in England selbst Widerspruch entgegengesetzt wird.

(Vgl. auch „Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft“ vom August 1909 und April 1910).

Da noch nicht alle geeigneten Ländereien auf den Inseln mit Kakaopflanzungen bedeckt sind, so kann sich die Kultur auch noch weiter ausdehnen, zumal die Weltproduktion auch noch weiter steigen muß, wenn sie der starken Konsumsteigerung folgen will. Während im Kakaoverbrauch jetzt Nordamerika an der Spitze steht, befindet sich Deutschland an der zweiten Stelle, so daß Deutschland mit seinen 200 Schokoladenfabriken ein sehr lebhaftes Interesse an der Kakaoproduktion hat; sind doch die portugiesischen Inseln neben der englischen Goldküste die bedeutendsten Lieferanten für den deutschen Kakaomarkt, zumal sie die geeignetsten Massenqualitäten erzeugen. Während der Kaffeeverbrauch in Deutschland seit 1908 zurückgeht, ist der Kakaoverbrauch seit 80 Jahren ohne Unterbrechung gestiegen, ganz besonders seit Anfang dieses Jahrhunderts.

Infolge der portugiesischen Differenzialzölle geht die Kakaofuhr der portugiesischen Inseln zum größten Teil zunächst nach Lissabon (für Deutschland, England usw.), teils nach Madeira (für Frankreich). Der Zwischenhandel in Lissabon liegt zum weitaus größten Teile in deutschen Händen. St. Thomé und Príncipe lieferten im Jahre 1910 in Millionen Mark an England 1½, Holland 5½, Nordamerika 8½, Deutschland 15½, andere Länder 8½, also hängen diese portugiesischen Inseln vorzugsweise vom deutschen Markte ab.

Was Angola betrifft, so geht man dort jetzt ernsthaft mit Kautschukpflanzungen vor, um die aus dem Raubbau der Eingeborenen stammende Kautschukaufuhr Angolas, welche im letzten Jahre 14 Millionen Mark betrug, wieder zu heben. So werden zurzeit 14 Kautschukplantagen im Salungo Alto, 3 in Umbaca, 4 in Cazengo und 10 in Malange nachgewiesen, die meist schon in Produktion sind, die größten aber noch nicht über 4000 kg Kautschuk ernteten.

Im Süden Angolas ist es mit der israelitischen Massenansiedlung aus Rußland und Galizien auf den fruchtbaren und gesunden weiten Hochländern von Mossamedes und Benguella noch nicht weitergekommen, denn wenn auch bereits die portugiesische Deputiertenkammer das Projekt genehmigte, so steht doch die Zustimmung des Senats noch aus. Es handelt sich um ein humanitäres Unternehmen der Territorialisten (nicht zu verwechseln mit den Zionisten) unter Führung von Michael Bangwill.

Die französische Mission des Grafen Rohan-Chabot, Hauptmanns Grimaud und Dr. Garnier hat zunächst das Mossamedeshochland besucht, hat dann den deutsch-portugiesischen Grenzfluß Kunene namentlich auf der Strecke von Humbe südwärts bis zu den Katarakten eingehend in Augenschein

genommen, um sich über die deutsch-portugiesische Meinungsverschiedenheit betreffs der Grenze (vgl. „Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft“, Jahrgang 1912, Seite 540) zu unterrichten, denn das Grenzgebiet ist der mit meist französischem Kapital arbeitenden Companhia de Mossamedes als Konzeßion überwiesen. Von diesem westlichen Grenzflusse zwischen Deutsch-Südwestafrika und Angola hat sich die Mission dann nach dem östlichen Grenzflusse Okavango (Cubango) begeben, wo sie zurzeit in dem an den deutschen Caprivi-Zipfel anstoßenden portugiesischen Gebiete tätig ist. Namentlich will sie prüfen, ob der Handelsverkehr aus diesen Gebieten mehr nach der deutschen Otavi-Bahn oder der englischen Benguella-Bahn gravitieren würde.

Großes Interesse bringt man in Portugal auch jetzt dem Wiederaufleben der Baumwollkultur in Angola entgegen. Mitte des vorigen Jahrhunderts wurden hier schon 800 000 kg Baumwolle geerntet, doch ersetzte man diese Pflanzungen durch Zuckerrohr, da der daraus gewonnene Rum einen weit lohnenderen Erwerb darstellte, nämlich als Tauschartikel mit den Eingeborenen.

In Ostafrika wendet sich jetzt das Hauptinteresse der Eisenbahnfrage zu. Die Quelimane, die Beira! Während das an der Sambesi-Mündung gelegene Chinde keine lange Lebensdauer mehr haben dürfte, da dieser erst vor zwanzig Jahren entdeckte Zugang zum Sambesi in absehbarer Zeit wieder durch Versandung verschwinden dürfte, kommen für die Verbindung der englischen Blanthyre-Eisenbahn mit dem Ozean jetzt nur noch Quelimane im Bezirk der Konzeßion der Companhia da Zambezia, und Beira im Bezirk der Companhia de Moçambique in Betracht. Für letzteres Projekt ist bereits im vorigen Jahre eine Konzeßion an eine englische Gesellschaft erteilt, für ersteres existiert eine Konzeßion schon seit langen Jahren, drei Projekte sind ausgearbeitet, aber es ist noch nicht zur Tat geschritten. Auf die eine oder andere Weise wird aber der Schienenstrang in absehbarer Zeit den Njassa mit dem Ozean verbinden, und dann wird auch der Verkehr aus dem Südwesten Deutsch-Ostafrikas nicht mehr auf den zeitweise sehr mißlichen Wasserweg über den Shire und Sambesi angewiesen sein. Oder werden wir im Süden Deutsch-Ostafrikas selbst Maßnahmen treffen, um unseren Njassa-Verkehr mit einem deutschen Hafen in Verbindung zu bringen? Bisher sind ja alle diesbezüglichen Bemühungen vergeblich gewesen.

Die Goldausbeute des Witwaterrandes.

Von Dr. F. Kleinfemm, Johannesburg (Transvaal).

Jahr	Verarbeitetes Gestein in Tonnen	Unzen Gold	Wert in Pfund Sterling
1887	—	19 080	81 045
1888	—	171 789	729 715
1889	—	306 167	1 300 514
1890	—	408 569	1 735 491
1891	—	601 810	2 556 328
1892	—	1 011 743	4 297 610
1893	2 215 413	1 221 171	5 187 206
1894	2 830 885	1 639 252	6 963 100
1895	3 456 575	1 845 875	7 840 779
1896	4 011 697	1 851 422	7 864 341
1897	5 325 355	2 491 593	10 583 616
1898	7 331 446	3 564 581	15 141 376
1899	6 639 355	3 317 857	14 093 363
1900	?	?	?
(Burenkrieg)			
1901	412 006	238 877	1 014 687
1902	3 416 813	1 690 096	7 179 074
1903	6 105 016	2 859 482	12 146 307
1904	8 058 295	3 653 794	15 520 329
1905	11 160 420	4 706 433	19 991 658
1906	13 571 554	5 559 534	23 615 400
1907	15 523 229	6 220 227	26 421 837
1908	18 196 589	6 782 538	28 810 393
1909	20 543 759	7 039 136	29 900 359
1910	21 432 541	7 228 311	30 703 912
1911	23 888 258	7 896 802	33 543 479
1912	—	8 753 568	37 182 795

Vorstehende Tabelle erschien im „South African Mining Journal“ am 18. Januar dieses Jahres und zeigt uns in baren Ziffern den gewaltigen Aufschwung, den der Goldbergbau des Witwaterrandes im Laufe eines Vierteljahrhunderts genommen hat und der auch in der gleich großen Entwicklung der Niederlassungen daselbst in die Erscheinung getreten ist.

Die Goldfunde am Witwaterrand sind nicht die ältesten in Transvaal, aber zweifellos die reichhaltigsten aller bisher bekannten Vorkommen überhaupt, wenn auch nach Tonnengehalt verhältnismäßig dürftig, und in der Grundmasse des Gesteins so fein verteilt, daß es selbst in sehr reichen Partien nur in Fünften wahrgenommen werden kann¹⁾. Diese Art des Vorkommens erforderte von vornherein große technische Maßnahmen: Wachtenanlagen, Sprengarbeiten zur Loslösung des Hauptwerks, Hochwerke mit vielen und schweren Stempeln zur Zerkleinerung desselben, umfangreiche Waschanlagen und dergleichen mehr. Gesellschaften mit größeren Betriebskapitalien mußten

¹⁾ Vergl. Schmeißer, Ueber Vorkommen und Gewinnung der nutzbaren Mineralien in der Südafrikanischen Republik (Transvaal). 2. Auflage, Berlin 1895.

gebildet, und ein kunstgerechter, wirtschaftlicher Bergbaubetrieb eingerichtet werden. Für den einfachen Goldgräber kamen somit die neuen Funde nicht in Betracht. Aber auch für die großen Betriebe war eine gewinnbringende Ausbeute nur möglich durch die beispiellose Regelmäßigkeit und die weite Ausdehnung der Quarzkonglomeratgänge, die das Gold in so feiner Verteilung enthalten.

So entwickelte sich die Goldindustrie des Witwaterrandes von vornherein auf großzügigen Grundlagen. Ein besonders günstiger Umstand war es, daß bald nach der Entdeckung der goldführenden Konglomerate auch Steinkohlenflöze in der Nähe aufgefunden wurden, die den Brennstoffbedarf der Goldminen vollaus zu decken vermögen.

Ganz neuen Aufgaben sah sich die Technik am Witwaterrande gegenüber; aber sie hat sie glänzend gelöst. Natürlich mußten im Anfang an der Hand der vorhandenen Betriebe zunächst einmal Erfahrungen gesammelt werden, die eine vollständigere Ausbeute des Erzes bei verminderten Kosten ermöglichten. Doch man muß mit Bewunderung anerkennen, was in dieser Hinsicht während der 25 Jahre geschehen ist. Wenn beispielsweise das ursprüngliche Amalgamverfahren nicht viel mehr als die Hälfte des im Erze enthaltenen Goldes ergab, so erhöhte die fortschreitende Verbesserung dieses Verfahrens seit Anfang der neunziger Jahre und die Ergänzung durch das Zyanidverfahren die Ausbeute auf 90 bis 95 Prozent.

Wenn so die Bestrebungen der technischen Verbesserungen lediglich auf künftige wirtschaftliche Gestaltung des Betriebes hinauslaufen und auch schon großartige Ergebnisse erzielt haben, so bieten uns diese erhöhten Leistungen in steigendem Maße auch einen vollen Ersatz für die Erscheinung des ständigen Niederganges des Tonnengoldgehaltes. Er tritt in obiger Tabelle deutlich hervor in dem abnehmenden Verhältnis der Zahlen der ersten zu denen der zweiten Rubrik. Es ist mehrfach daraus der Schluß gezogen worden, daß der Goldgehalt nach der Tiefe hin abnehme, daß daher in absehbarer Zeit eine derartige Verarmung der Konglomeratflöze zu erwarten sei, daß die bergmännische Gewinnung unlohrend werde. Das ist indessen nicht zutreffend. Abgesehen von den ersten Betriebsjahren, in denen mehrfach ein besonders hoher Goldgehalt durch den Abbau nur der reichsten Goldlager, und auch weil bei der Denudation der Gebirgsschichten eine natürliche Anreicherung des Ausgehenden der Lagerstätten erfolgt war, erzielt wurde, ist der Niedergang des Tonnengoldgehaltes vielmehr darauf zurückzuführen, daß eben ein wirtschaftlicherer, verbesserter Grubenbetrieb, und die Verminderung der Selbstkosten es gestattete, auch geringwertige Konglomerate in Abbau zu nehmen.

Unter den goldfördernden Ländern ist Transvaal schon seit langer Zeit an die erste Stelle gerückt. 1911 betrug die Gesamtproduktion der Erde 97 250 000 Pfund Sterling, davon entfielen 33 500 000 Pfund Sterling auf Transvaal, das sind 36 Prozent; die Vereinigten Staaten von Nordamerika standen an zweiter Stelle mit 20 Prozent, und Australien an dritter mit 12 Prozent. Im vergangenen Jahre hat sich das Verhältnis noch bedeutend mehr zugunsten Transvaals verschoben.

Rhodesia.

Von Prof. Dr. Friedr. Giese, Posen.

Wenngleich unsere Kolonialverwaltung in der kurzen Spanne Zeit, welche seit der Uebernahme der deutschen Kolonisation in die eigene Verwaltung des Reiches erst verstrichen ist, bereits manche wertvolle Erfahrung zu sammeln Gelegenheit gehabt hat, wird sie doch nach wie vor von der Entwicklungsgeschichte der Kolonien anderer Kulturstaaten lernen können. Sie wird namentlich dem bewährten Vorbilde englischer Kolonisation volle Beachtung schenken müssen, ohne dabei freilich in den Fehler kritikloser Uebernahme fremdartiger Einrichtungen verfallen zu dürfen. Eine uns Deutschen noch recht wenig bekannte, aber uns doch wegen der nachbarlichen Lage zu zwei deutschen Schutzgebieten sehr interessierende englische Kolonie ist das im Nordosten an Deutsch-Ostafrika, im Westen an Deutsch-Südwestafrika angrenzende Gebiet von Rhodesia. Ueber die staatsrechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse dieses Landes sich zu unterrichten, war bisher recht schwierig. Diesem Mangel abzuhelpen, ist die Aufgabe eines soeben erschienenen umfangreichen Buches, das den Brüsseler Universitätsprofessor *H en r i K o l i n* (zugleich Juge au Tribunal de première instance und Auditeur au Conseil supérieur du Congo belge) zum Verfasser hat.

Kolin ist in kolonialen Kreisen als Bearbeiter des 1910 erschienenen Werkes „*Le droit de l'Uganda*“¹⁾ und als Herausgeber des „*Bulletin de colonisation comparée*“ wohl bekannt und geschätzt. So werden wir denn auch sein neues, stattliches, im Verlage der Etablissements Emile Bruylant in Brüssel bzw. von Augustin Challamel in Paris erschienenes Werk (1913, XLVII u. 532 S., Preis 12 Frs.) über „*Les lois et l'administration de la Rhodésie*“ mit Interesse zur Hand nehmen.

Diese jüngste Veröffentlichung Kolin's stellt gewissermaßen die Fortsetzung zu dem eben genannten Buche über das Recht von Uganda dar. Sie unterscheidet sich von diesem aber sehr erheblich durch die ganze Anlage, insbesondere dadurch, daß sie sich nicht auf die Erörterung der Rechtszustände beschränkt, sondern ihre juristischen Ausführungen auf die Darstellung der sowohl zum vollen Verständnis als auch zur kritischen Nachprüfung des Rechtes notwendigen historischen und sozialen Verhältnisse aufbaut. Die Möglichkeit dazu bot dem Verfasser ein längerer Aufenthalt in der Kolonie selbst. An Ort und Stelle hatte er reiche Gelegenheit, vielfache Auskünfte

¹⁾ Vgl. die Besprechungen in der „Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft“, 12, 1910, S. 522 bis 534 und 13, 1911, S. 510 bis 511.

einzuziehen und wertvolle persönliche Eindrücke und Erfahrungen zu sammeln. Berücksichtigt wurde ferner ein außerordentlich umfangreiches urkundliches und literarisches Quellenmaterial. So hat der Verfasser ein Werk geschaffen, das an Vollständigkeit des Stoffes und an Zuverlässigkeit der einzelnen Angaben gewiß nichts zu wünschen übrig läßt.

Dabei hat Rolin die naheliegende Gefahr einer zu großen Breite der Darstellung glücklich vermieden. Er ist bemüht gewesen, bei aller Gründlichkeit doch das Wichtige und Wesentliche herauszuheben und in den Vordergrund zu rücken. Vor allem kam es ihm darauf an, die Hauptschwierigkeiten zu erörtern, welche der kolonialen Gesetzgebung und Verwaltungstätigkeit entgegenstehen. Den Erfordernissen der Praxis wird sorgfältig Rechnung getragen, auf die Betonung der praktischen Bedeutung der einzelnen Rechtseinrichtungen besonderer Wert gelegt. Nicht vom Recht, das auf dem Papier steht, sondern vom Recht, wie es praktisch angewendet wird, handelt das Buch. Die Erreichung dieses Zieles war nur durch die persönliche Information bei den darin sachkundigen und nach Stellung, Beschäftigung und Beziehungen in ihren Auskünften zuverlässigen Personen möglich. Andererseits durfte darüber der Wert der geschriebenen Rechtsquellen nicht unterschätzt werden. Und getreulich hat der Verfasser denn auch stets die erhaltenen Auskünfte urkundlich zu belegen versucht.

Werfen wir einen kurzen Blick auf den Inhalt des Buches, so unterscheiden wir drei Teile: *L'organisation politique et judiciaire; La politique indigène; Le droit des blancs*. Der erste Teil beginnt mit einer kurzen geographischen Skizze, die uns mit Bodenbeschaffenheit, Klima, Temperatur, ethnographischen Verhältnissen usw. bekannt macht; er berichtet weiter über die Begründung der englischen Herrschaft über das Gebiet und verbreitet sich sodann über die Grundlagen des rhodesischen Staatsrechts (Staatsgewalt, Behörden, Gesetzgebung), über die Verwaltungsorganisation, über die Gerichtsverfassung, über die Finanzverwaltung. Der zweite Teil ist der Darstellung der Eingeborenenpolitik gewidmet. Hier bespricht der Verfasser den Gegensatz und die Wechselbeziehungen zwischen Weißen und Farbigen, die Trennung der Rassen, die Sitten und Rechtsbräuche der Eingeborenen, die Rechtsverhältnisse am Grund und Boden (insbesondere der Reservate), die Mischehenfrage, die Arbeiterfrage, die Eingeborenenbesteuerung, die polizeilichen Maßnahmen gegenüber den Farbigen, endlich die Erziehung der Eingeborenen. Im dritten Teile wendet sich der Verfasser den für die Weißen geltenden Rechtsvorschriften zu und erörtert namentlich den Grundsatz der Persönlichkeit des Rechts, die Quellen des Weißenrechts, die Bestimmungen über die Landkonzessionen und die Minenfrage.

Zur Erläuterung des Textes ist eine Reihe von Kartenskizzen und Tabellen eingeflochten. Angehängt sind ein Verzeichnis der bisher (in den Jahren 1908 bis 1912) veröffentlichten Akte der Gesetzgebung und eine Auswahl von Formularen über Land- und Minenkonzessionen.

Behandelt das Buch auch eine englische Kolonie, so dürfte es gleichwohl doch auch für Belgien, das Heimatland des Verfassers, und die belgische Kolonialverwaltung eine recht erhebliche Bedeutung besitzen. Hat doch Rhodésien neben zahlreichen Verschiedenheiten gegenüber der belgischen Kongokolonie auch eine Fülle von Ähnlichkeiten, besonders mit dem belgischen Katangagebiet aufzuweisen, zumal wenn man die früheren -- eben darum vom Verfasser in die Darstellung miteinbezogenen -- Verhältnisse Rhodésiens mit den heutigen Katangas vergleicht. Aber auch der deutschen Kolonialverwaltung und den deutschen Kolonialpolitikern wie Kolonialrechtlern sei das Studium des verdienstvollen Buches aus den eingangs erwähnten Gründen angelegentlichst empfohlen.

Zur Geschichte der französischen Kolonien in Nordafrika.

Von W. K o ß, Hamburg.

Frankreich ist in die Reihe der kolonisierenden Staaten sehr früh eingetreten. Im Jahre 1540 erhielt der Sieur de Roberval von Franz I. den Auftrag, das einige Jahre vorher von Jaques Cartiers bereiste Land am Vorenz-Strom für Frankreich in Besitz zu nehmen. Doch waren die bereitgestellten Mittel zur Verwirklichung dieses Planes keineswegs ausreichend, um die ungeheure Fläche zwischen dem Atlantischen Ozean und der Hudson-Bai nur einigermaßen zu erschließen. Das ganze Unternehmen brach dann auch nach einigen Jahren zusammen. Dann folgten auf Anregung Colignys zehn Jahre später Expeditionen nach Mittelbrasilien, die aber bald den Portugiesen weichen mußten. Ein dritter Versuch, sich in Mexiko festzusetzen, scheiterte an dem Widerstand der Spanier. Die darauf folgenden Jahre des Bürgerkrieges hinderten die Franzosen an der weiteren Verfolgung ihrer überseeischen Pläne. Erst nachdem durch das Edikt von Nantes der Friede hergestellt war, regte sich ihr Unternehmungsgeist wieder, und Heinrich IV. und Richelieu griffen auf die früheren Unternehmungen zurück. Quebec wurde angelegt und zur Hauptstadt der Kolonie Kanada auserwählt. Es wurde ein förmlicher Plan ausgearbeitet, um die französische Herrschaft über die ganze Welt auszubreiten. Auf die mittelamerikanischen Inseln, auf Madagaskar und Ostindien richtete sich das Augenmerk der Franzosen. In der kurzen Zeit von 1615 bis 1635 erbaute Richelieu eine atlantische Flotte von rund 60 und eine Mittelmeerflotte von 24 Schiffen, um die überseeischen Interessen des Landes wirksam schützen zu können. In diese Zeit fällt auch die Gründung der ersten französischen Niederlassung in Nordafrika. Die Marseiller Kaufleute erhielten 1618 von dem Bey von Algerien das Monopol des Handels und der Korallenfischerei an der Küste bei Bone eingeräumt. 1661 wurde die erste Handelsniederlassung La Calle am Kap Rosa gegründet und zwanzig Jahre später ein französisches Konsulat errichtet. Inzwischen breitete sich das französische Kolonialreich immer weiter aus. Ludwig XIII. baute auf der von Richelieu gewonnenen Grundlage weiter. Der westindische Besitz wurde vergrößert, auf Madagaskar und am Senegal fester Fuß gefaßt. An einen planmäßigen Ausbau des Gewonnenen dachte Frankreich nicht; es genügte ihm, den anderen seefahrenden Völkern vorgekommen zu sein. 1700 faßte es den Plan, die Gebiete am unteren Mississippi zu besetzen. Da trat England, das dadurch von seinem Hinterland vollständig abgetrennt worden wäre, auf den Plan. Es begann ein Ringen zwischen den beiden Mächten, das im Frieden von Paris, 1763, mit der Hinausdrängung Frankreichs aus Nordamerika endigte und ihm außerdem die Hälfte des westindischen Besitzes sowie die Senegalkolonie kostete.

Das französische Kolonialreich war auf ein Viertel seines früheren Bestandes zusammengeschrumpft. Während der dann folgenden Jahrzehnte versuchte Frankreich wiederholt, seine überseeischen Besitzungen zu erweitern, war aber bei den ewigen europäischen Kriegen, die es führte, hierzu nicht imstande. Der nordamerikanische Freiheitskampf schien noch einmal Aussicht zu bieten, den verhassten Engländern Kanada wieder abzunehmen. Doch wurde die Gelegenheit verpaßt. In dem Vertrag, der zwischen England und Nordamerika 1783 abgeschlossen wurde, wurden die Ansprüche Frankreichs auf die ostindische Kolonie Pondichery und auf die Erwerbungen am Senegal von England anerkannt, auch einige westindische Inseln zurückgegeben. Es folgte dann das Zeitalter der ersten Republik und die Glanzzeit Napoleons. Bei den Männern der Republik war für den kolonialen Gedanken absolut kein Verständnis vorhanden, und Napoleon wurde durch seine fortwährenden festländischen Kämpfe so in Anspruch genommen, daß er seine Pläne zur Gewinnung einer überseeischen Macht nicht verwirklichen konnte. Besonders hatte er es auf Aegypten abgesehen. Bekanntlich mißglückte dieser Zug aber, und als die geschwächte französische Flotte 1805 bei Trafalgar zerstückt wurde, mußte er den Plan, seinen alten Gegner England in England-See zu schlagen, aufgeben. England benutzte die Gelegenheit, die französischen Stationen am Senegal und in Ostindien zu besetzen. Ebenso fielen ihm die indischen Kolonien des von Napoleon unterjochten Holland zu. Nach dem zweiten Pariser Frieden verblieben Frankreich von seinen ganzen überseeischen Besitzungen nur einige ostindische Handelsniederlassungen, die Inseln Madagaskar und Bourbon, einige Stationen am Senegal, ein Drittel von Guayana und zwei Antilleninseln, Martinique und Guadeloupe, insgesamt rund 150 000 Quadratkilometer.

Durch die Kriege Napoleons war Frankreich so entvölkert und materiell geschädigt, daß der Gedanke an Ausdehnung des kolonialen Besitzes vorerst keine Wurzel im Volke fassen konnte. Ludwig XVIII. war nur auf die Erhaltung der Reste der Kolonien bedacht, ebenso Karl X. Dessen Regierung war nicht einmal in der Lage, die offenkundigen Beleidigungen, die sich der Bey von Algerien dem französischen Konsul gegenüber erlaubte, selbst zu bestrafen. Sie wollte dem Pascha von Aegypten die Exekution übertragen, stieß hierbei aber auf den Widerstand der Mächte und entschloß sich endlich im Frühsommer 1830, als der Thron Karls X. schon bedenklich wackelte und die Regierung glaubte, durch ein erfolgreiches militärisches Unternehmen der bourbonischen Dynastie wieder auf die Beine helfen zu können, zu einer größeren Expedition nach Algerien. Dadurch wurde die neuzeitliche politische Entwicklung Nordafrikas eingeleitet und die Grundlage zu dem neuen französischen Kolonialreich gelegt.

Algerien, Tunis und Tripolis, die sogenannten Barbarenstaaten, standen unter nomineller Oberhoheit der Türkei. Sie lebten vorzugsweise vom Seeraub und waren deswegen von altersher ein Schrecken der Seefahrer im Mittelmeer. Besonders das benachbarte Spanien, ebenso Frankreich, hatten unter diesem Piratenunwesen sehr zu leiden. Es kam soweit, daß christliche Staaten, z. B. Holland und Hamburg, den Seeräuberstaaten einen Tribut zahlen mußten, um nur einigermaßen ungehindert ihre Schifffahrt betreiben zu können. Bei Beginn des 19. Jahrhunderts trieben sie ihr Unwesen so stark, daß sich selbst der Wiener Kongreß mit dieser Angelegenheit befassen mußte. Besonders berüchtigt war Algerien. 1815 kam es zu einer Strafexpedition der Nordamerikaner, 1816 beschossen die Engländer die Hauptstadt, ohne daß jedoch viel dadurch erreicht wurde. 1818 kam Hussein zur Herrschaft. Er trat sehr anmaßend gegen Frankreich auf, mit dem Algerien bis dahin die besten Beziehungen unterhalten hatte. Die Pacht für die Handelskonzession sollte erhöht, das Monopol der Korallenfischerei aufgehoben werden. 1827 kam es schließlich gelegentlich einer Unterredung zu einem Konflikt zwischen dem Bey und dem französischen Konsul, in dessen Verlauf der erstere dem Konsul mit einem Fliegenwedel ins Gesicht schlug.

Trotz dieser schweren Beleidigung zögerte die französische Regierung, wie vorhin schon erwähnt, noch volle drei Jahre, ehe sie sich zu einem Sühnefeldzug entschloß.

Am 14. Juni 1830 landete eine französische Kriegsmacht unter General Bourmont in der Stärke von 37 000 Mann mit 4000 Pferden und 180 Geschützen unter dem Schutze von 100 Kriegsschiffen in der Bucht von Sidi-el-Ferruch nahe Algier. Es machte sich nur schwacher Widerstand bemerkbar. Ob die Kriegstüchtigkeit der Algerier überschätzt worden war, oder ob die allgemeine Furcht vor der Ueberlegenheit der europäischen Waffen eine Rolle gespielt hat, sei dahingestellt. Jedenfalls war am 5. Juli die Stadt Algier in französischem Besitz. Die Christensklaven wurden befreit, alle Tribute abgeschafft, und das Land hatte eine Entschädigung von 50 Millionen Francs zu zahlen. Der Dey Hussein wurde nach Neapel verbannt. Nun erhob England Protest gegen eine allgemeine und dauernde Besetzung des Landes, und Frankreich gab, ebenso wie neuerdings bei der Besetzung Marokkos, die Versicherung ab, daß es an eine dauernde Besetzung gar nicht denke, sondern seine Truppen nur solange dort lassen werde, wie zur Beruhigung der Bevölkerung nötig sei. Inzwischen war in Frankreich Karl X. gestürzt, und der „Bürgerkönig“ Ludwig Philipp hatte den Thron bestiegen. Mit diesem Regierungswechsel trat zugleich ein völliger Umschwung in der politischen Haltung Frankreichs ein. Hatte es bis dahin, wie Supan in seinem Werk „Die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien“ ausführt, in traditionellem Gegensatz zu England gestanden und sich der heiligen Allianz angeschlossen, so änderte sich diese Haltung mit dem Regierungsantritt des Bürgerkönigs. Hieran war der russische Kaiser Nikolaus I. schuld, der von einem König von „Volkess Gnaden“ nichts wissen wollte. Zugleich erkannte England, daß durch eine Verbindung mit Frankreich ein Gegengewicht gegen Rußland, dem einzigen gefährlichen Rivalen in Hinsicht auf Indien, geschaffen werde und kam daher der französischen Regierung auf halbem Weg entgegen. England beruhigte sich und legte dem Vordringen der Franzosen in Algerien keine weiteren Hindernisse in den Weg.

Trotzdem ging die Eroberung des Landes nur langsam vorwärts und war mit ungeheuren Opfern an Gut und Blut verknüpft. Mehr als einmal wollte die französische Volksvertretung seine weiteren Mittel für die Expedition bewilligen. Nun beobachteten aber auch die Eroberer den Eingeborenen gegenüber ein sehr unkluges Verhalten. Sie, die anfangs nach Vertreibung Husseins von einem Reiche unter einem eingeborenen Herrscher und der Schutzherrschaft Frankreichs geträumt hatten, mußten bald einsehen, daß die Franzosen ihr Land in eigenen Besitz nehmen wollten. Sie empörten sich daher, und es gelang ihnen unter Führung von Abd-el-Kader, einem Araberhäuptling fürstlicher Abstammung, in den Jahren 1835/37 den französischen Truppen eine Niederlage nach der anderen beizubringen. Schließlich sahen sich die Franzosen gezwungen, einen Waffenstillstand abzuschließen und den Araber als Sultan über einen großen Teil des westlichen und mittleren Algerien anzuerkennen. Zwei Jahre später brach der Krieg von neuem aus. Abd-el-Kader erbat und erhielt von Marokko Hilfe. Wieder wurden äußerst blutige und grausame Kämpfe ausgefochten, bei denen die Franzosen nicht immer siegreich waren. Erst als der General Bugeaud Generalgouverneur und das Expeditionskorps auf 100 000 Mann verstärkt wurde, wendete sich das Blatt zugunsten Frankreichs. Bugeaud verfolgte eine rücksichtslose Offensive. Von den besetzten Plätzen an der Küste drang er etappenweise in das Innere vor, griff den Feind an wo er ihn fand und eroberte nach und nach alle seine festen Stellungen, in denen er französische Garnisonen zum Schutze zurückließ. Auch das marokkanische Heer, das sich Abd-el-Kader angeschlossen hatte, besiegte er in der Schlacht an der Isley so gründlich, daß es für den weiteren Feldzug nicht mehr in Frage kam. Abd-el-Kader selbst wurde immer weiter in das Innere zurückgedrängt und von Bugeauds Nachfolger, dem General Lamoricière, im Dezember 1847 gefangen genommen. Er mußte in die Verbannung nach Damaskus. Am Schluß des Jahres 1847 war ganz Algerien, mit Ausnahme von

Kabysien, erobert. Die französische Regierung wollte sich anfangs hiermit zufrieden gehen. Erst eine Denkschrift von Eugier la Sauzaye „über die Möglichkeit, die Niederlassungen an der Nordküste Afrikas mit jenen an der Westküste in Verbindung zu setzen, indem man ihnen die zentral gelegene Handelsstadt Timbuktu als Treffpunkt gibt“, bewog sie, den Kampf fortzusetzen. In der zweiten Eroberungsperiode von 1847 bis 1857 wurde von den Generälen St. Arnaud und Randon nicht nur das Land der Kabysien unterworfen, sondern die Herrschaft auch über die Sahara ausgedehnt. 2½ Milliarden Francs hatte der 27 jährige Kampf Frankreich gekostet. Auch für die Folgezeit waren noch manche Aufstände zu bekämpfen, so 1870 und 1879. Eigentlich ruhig ist es auch heute noch nicht im Lande. Immer wieder empören sich einzelne Nomadenstämme und machen Strafexpeditionen nötig.

Erst nach oberflächlicher Beruhigung des Landes konnte auf eine Kolonisation Bedacht genommen werden. Es wurden viele Versuche angestellt, um das Land zu einer gesunden Entwicklung zu bringen und Franzosen als Ansiedler heranzuziehen. 1848 erklärte die Regierung die Neuerverbung als französisches Gebiet, das wie ein Teil von Frankreich regiert werden sollte. Napoleon III. ersetzte diese Regierungsform, die, wie er ganz richtig hervorhob, sich wohl für ein zivilisiertes Land eigne, aber für die Araber durchaus nicht passe, durch eine militärische Regierung, mit einem General als Gouverneur an der Spitze. Auch diese Anordnung wurde 1858 wieder umgestoßen. Es wurde in Paris ein algerisches Ministerium errichtet mit dem Prinzen Napoleon an der Spitze, und man versuchte, die Kolonie vom Mutterlande aus zu regieren. Dann besuchte der Kaiser 1863 Algerien und erkannte, daß doch eine feste militärische Hand in der Kolonie nötig sei und setzte wiederum einen General als Gouverneur ein, der mit den weitgehendsten Befugnissen ausgestattet wurde. Trotzdem wollte die Kolonie sich nicht beruhigen, und die Republik errichtete wiederum eine Zivilregierung, die in etwas abgeänderter Form heute noch besteht.

Die wirtschaftliche Entwicklung Algeriens machte bei dem fortwährenden Experimentieren in der Verwaltung und den andauernden Unruhen keine rechten Fortschritte. Erst nach 1870 wurde es besser in dieser Hinsicht. Durch ausgedehnte Straßen- und Bahnbauten wurden Handel und Verkehr gehoben, die Kolonisierung durch französische Bauern ernstlich in Angriff genommen. 1871 überließ man über 10 000 Elsäßern und Lothringern Land in Algerien, einige Jahre später wurden 25 000 andere französische Kolonisten mit einem Kostenaufwand von 15 Millionen Francs angesiedelt. Auch viele Italiener und Spanier wanderten dorthin aus, ebenso Malteser, so daß diese Fremdvölker in manchen Gegenden der Kolonie den Franzosen an Zahl bedeutend überlegen sind. In und bei Oran hört man z. B. mehr Spanisch als Französisch, während in der Gegend bei Bone und Constantine das Italienische überwiegt. Daß Algerien also, wie es geplant war, zu einer Auswanderungskolonie für die Franzosen geworden sei, kann man nicht behaupten, aber als Handelskolonie und als Korn-, Vieh-, Gemüse- und Weinlieferantin für das Mutterland nimmt es heute eine bedeutende Stellung ein.

War die Eroberung und Besiznahme Algeriens aus der harten Notwendigkeit entstanden, sich einen unbequemen und anmaßenden Gegner vom Halse zu schaffen, so war die Angliederung Tunis ein vorher genau berechneter Schritt Frankreichs, um sein nordafrikanisches Kolonialreich zu erweitern und vor allem sich in Biseria einen Flottenstützpunkt zu schaffen, der, im Zentrum des Mittelmeeres gelegen, eine hervorragende Stellung an dem internationalen Schifffahrtsweg Gibraltar—Suez einnahm. Tunis stand bis zum Jahre 1871 unter türkischer Oberhoheit, erhielt dann aber vom Sultan die Autonomie bewilligt. Dem Bei wurde die erbliche Regierung nach dem Erstgeburtsrecht verliehen. Schon bald nach der Eroberung Algeriens begann Frankreich sich um tunesische Angelegenheiten zu kümmern. Es bot sogar dem Bei die Besetzung der Stadt Constantine unter französischem Protektorat an, um auf diesem Umwege schließlich auch Tunis unter seine Botmäßigkeit zu bekommen. Doch zerfiel sich dieser Plan, und

in den nächsten beiden Jahrzehnten gewann England die Oberhand. Unter der Förderung des Bevollmächtigten Sir Richard Wood entstanden verschiedene englische Unternehmungen, die ein Ueberwiegen des britischen Einflusses bewirkten. Auch Italien betätigte sich in wirtschaftlicher Hinsicht lebhaft in Tunis. Dies Verhältnis dauerte bis Anfang der achtziger Jahre. Da begann plötzlich Frankreich sich wieder lebhafter zu rühren; es erlangte verschiedene Konzessionen zum Bau von Bahnen und zur Anlage von Telegraphen. Die britischen Interessen wurden zurückgedrängt, und auf dem Berliner Kongreß erkannte England Tunis als französische Einflußzone an. So blieb nur Italien als Konkurrent. Inzwischen waren die tunesischen Finanzen durch die Verschwendungssucht der Beis und die Mißwirtschaft der Beamten in eine heillose Unordnung geraten, die bereits 1869 zur Einsetzung einer europäischen Kontrolle, an der sich England, Frankreich und Italien beteiligten, geführt hatte. Es war nur eine Frage der Zeit, daß Tunis unter europäische Schutzherrschaft kommen mußte. Es fragte sich nur, wer sie übernehme. Italien glaubte die meisten Ansprüche darauf zu haben, zögerte aber mit deren Geltendmachung. Da kam ihm Frankreich zuvor. Ein Aufruf an der algerischen Grenze bot den Vorwand. In einer Note an die Großmächte teilte Frankreich mit, daß es beabsichtige, Tunis unter seinen Schutz zu nehmen. Die französische Armee rückte, 30 000 Mann stark, von Bone her in das Land ein und besetzte fast ohne einen Schwertstreich Bizerta. Italien mußte sich der vollendeten Tatsache fügen, da es sich zu schwach fühlte, mit Frankreich anzubinden. Bekanntlich benutzte Bismarck diese Gelegenheit, um die italienische Regierung auf die Seite Deutschlands zu ziehen. Am 12. Mai 1881 kam der Bardovertrag zustande, der Tunis unter französische Schutzherrschaft stellte, dem Bei aber die Regentschaft beließ. Es war dies ein kluger Schritt, der nicht wenig zur Beruhigung der muslimanischen Bevölkerung beitrug. Durch den späteren Vertrag zu Marsa (8. Juni 1883) wurde das Abhängigkeitsverhältnis verschärft. Die ganze tunesische Regierung wurde unter französische Aufsicht gestellt. Französische Posten wurden eingeführt, und die Mächte hoben die Konsulargerichtsbarkeit auf und unterstellten ihre Untertanen den französischen Gerichten. 1897 erfolgte die Aufhebung der mit dem Bei vereinbarten Handelsverträge der europäischen Staaten; sie wurden durch mit Frankreich abgeschlossene ersetzt. Dem Bei blieb nicht viel mehr wie der Titel. Wirklicher Regent ist der französische Ministerresident, der unter Aufsicht des Ministeriums in Paris steht.

Im allgemeinen ist die Befähigung der Franzosen zum Kolonisieren als nicht hervorragend bekannt. In Tunis kann man jedoch von einer Ausnahme sprechen. Es mag viel dazu beigetragen haben, daß besonders befähigte Residenten, wie Cambon und Millet, lange an der Spitze standen. Jedenfalls ist das Land unter der französischen Verwaltung außerordentlich aufgeblüht. Das Finanzwesen wurde reformiert, umfangreiche Straßen- und Hafenbauten ausgeführt, die Wassererschließung durch Anlage von artesischen Brunnen gefördert, Datteln- und Olivenwäldchen angepflanzt, für die öffentliche Sicherheit und gerechte Anwendung der Justiz Sorge getragen, kurzum alles getan, um das Land wirtschaftlich zu heben. Daß größere Aufstände dabei vermieden werden konnten, zeugt für die Einsicht und Anpassungsfähigkeit der einzelnen Residenten. Auch in Tunis überwiegt, ebenso wie in Algerien, das italienische Element. Außerhalb der Städte wird fast alle auf europäische Art betriebene Hand- und Landwirtschaftsarbeit von Italienern oder Maltesern besorgt. Ob dieser Zustand im Fall eines Krieges nicht leicht zum Verlust der Kolonie führen kann, sei dahingestellt. Jedenfalls ist Frankreich als Rentnerstaat und bei seiner schwachen Geburtsziffer gar nicht imstande, eine Auswanderungskolonie mit eigenem Menschenmaterial zu bevölkern.

Die dritte große Kolonie Frankreichs in Nordafrika ist Marokko, dessen Erwerbung noch in so frischer Erinnerung steht, daß sie hier nicht weiter erörtert zu werden braucht. Nur über die Vorgeschichte der Besitzergreifung einige Worte. Als Frankreich im Jahre 1898 Fashoda räumen und damit endgültig seine Absichten auf den

östlichen Teil von Nordafrika aufgeben mußte, bot England als Äquivalent für diesen Verlust den Erwerb Marokkos an. Es versprach, den Franzosen dort keine Hindernisse in den Weg zu legen, sicherte sogar, falls von dritter Seite Schwierigkeiten gemacht werden sollten, die nachhaltigste Unterstützung zu. Wie England dieses Versprechen gehalten hat, haben wir und auch Spanien lebhaft genug verspürt. Der Erwerb Marokkos bildet den Abschluß der französischen Bestrebungen in Nordafrika. Daß das Land für Frankreich von eminenter Bedeutung ist, geht allein aus seiner geographischen Lage an zwei Meeren hervor. Sie rechtfertigt auch die Tatsache, mit der die Franzosen die Erwerbung dieser Kolonie betrieben haben. Nicht nur, daß der deutsche Widerstand auszuschalten war und erst durch weitgehende Kompensationen am Kongo beseitigt werden konnte, auch Italien und England mußten Zugeständnisse gemacht werden. Ersteres durch das Versprechen, ihm in Tripolis freie Hand zu lassen, letzteres durch das Abkommen vom 8. April 1904, in dem Frankreich auf die Abgabe eines Terrains zur Räumung Ägyptens durch England verzichtet. Nur Spanien konnte es nicht ganz ausschalten, sondern mußte ihm ein beträchtliches Stück von Nordmarokko überlassen.

Frankreich, das nach der vernichtenden Niederlage im deutsch-französischen Kriege Trost in kolonialer Ausdehnung suchte, hat es verstanden, sich in kurzer Zeit ein ungeheures Kolonialreich zu schaffen. Davon umfassen die drei nordafrikanischen Kolonien allein rund $1\frac{1}{2}$ Millionen Quadratkilometer mit 7 Millionen Einwohnern. Schon Napoleon I. hatte auf St. Helena, als er dem Tode nahe, die Instruktionen diktiert, die, im Fall seine Dynastie wieder auflebte, seinen Nachfolgern als Richtlinien für ihre Politik dienen sollten, darauf hingewiesen, daß Frankreich seine Zukunft nicht in europäischen Kämpfen, sondern in der Festsetzung in den nördlichen Randländern des Mittelmeeres suchen müsse. Von den Bourbonen wurde der Anfang gemacht, Napoleon III. baute weiter aus, aber erst der dritten Republik blieb es vorbehalten, das begonnene Werk zu vollenden. Freilich waren ungeheure Opfer an Gut und Blut nötig, um zu erwerben und das Erworbene festzuhalten. Aber die hohen Aufwendungen werden durch das Aufblühen der Industrie und die Belebung des Handels sich lohnen. Allerdings machen sich heute schon Stimmen bemerkbar, daß Frankreich seine ungeheuren Schutzgebiete nicht wirklich kolonisieren könne, da es ihm an den nötigen Kolonisten hierzu fehle. Tatsache ist, daß das Land in seinen Kolonien nur eine mehr oder weniger gut organisierte Schutztruppe und Verwaltung unterhält, die eigentliche Kolonisation aber fremden Völkern überläßt. Daß bei einem Konflikt mit einer anderen Großmacht solche Gebiete leicht verloren gehen können, ist nicht von der Hand zu weisen. Besonderen Gefahren in dieser Hinsicht sind die nordafrikanischen Kolonien mit ihren vorwiegend italienischen und spanischen Ansiedlern ausgesetzt. Von diesem Standpunkt aus gesehen, muß man den Erwerb Marokkos als verfehlt betrachten.

Die Literatur über deutsche Kolonialsprachen im Jahre 1912.

Von Dr. Otto Dempwolff.

A. Allgemeine vergleichende Sprachwissenschaft.

Von Wilhelm Wundts „Völkerpsychologie“ ist der zweite Teil des zweiten Bandes, „die Sprache“, bei Wilhelm Engelmann in Leipzig in dritter Auflage erschienen. Die gründliche Durcharbeitung dieses umfangreichen Werkes wird für jeden, der sich wissenschaftlich mit Kolonialsprachen befaßt, von großem Nutzen sein; geradezu unentbehrlich ist es für das Eindringen in neue Sprachen, die sich einer der bekannten Gruppen nicht sicher zuordnen lassen, wie es zum Beispiel bei den sogenannten Papuasprachen der Fall ist. Aus dem reichen Inhalt sind folgende Abschnitte besonders wichtig: „Artunterscheidungen der Nominalbegriffe“ S. 15 ff., „Abwandlungsformen des Verbums“

3. 189 ff., „Bestandteile des Satzes“ 3. 266 ff., „Ordnung der Satzglieder“ 3. 360 ff., „Äußere und innere Sprachform“ 3. 496 ff.

Neben seinem genannten Hauptwerk hat Wundt eine kürzere Bearbeitung als „Elemente der Völkerpsychologie“ 1912 bei Alfred Kröner in Leipzig herausgegeben. Darin behandelt er auf 3. 54 bis 68 „die Anfänge der Sprache“ und baut auch den nächsten Abschnitt, „das Denken der primitiven Menschen“ 3. 68 bis 75 auf Erscheinungen der Sprache auf. Er entwickelt seine Ansichten hauptsächlich aus den Sudansprachen, und stützt sich auf Westermanns Grammatik der Ewe Sprache in Togo. „Wenn man die Wortführung einer solchen Sprache und die Gedankenformen, auf die die Sätze schließen lassen, analysiert, so gewinnt man den Eindruck, daß es kaum möglich ist, sich eine Form menschlichen Denkens vorzustellen, die in ihren wesentlichen Eigenschaften primitiver wäre als diese“ (3. 58). Äußerst anregend ist dann die Parallele, die zwischen primitivem Denken und der Gebärdensprache gezogen wird; diese „kennt keine abstrakten Begriffe, sondern nur anschauliche Vorstellungen“ (3. 63), sie ist „nicht aus intellektuellen Überlegungen und willkürlichen Zwecksetzungen, sondern aus dem Affekt und aus den Affekt begleitenden unwillkürlichen Ausdrucksbewegungen hervorgegangen. Denn sie ist lediglich eine natürliche Weiterbildung jener menschlichen Ausdrucksbewegungen, die auch da entstehen, wo von einer Absicht der Mitteilung nicht die Rede sein kann“ (3. 60 und 61). In ihr ist die Wortfolge Subjekt Attribut — Objekt Verbum (3. 65), ganz so wie in vielen Sudan- und Papuasprachen; auch in einem Teil melanesischer Sprachen und, wenn auch nicht ohne Ausnahme, im Nama- und Hottentottischen.

Eine Übersicht über die Sprachverhältnisse in unseren Schutzgebieten gibt das Buch von Ludwig Harald Schütz „Die Deutschen Kolonialsprachen“ (Frankfurt a. M. bei J. St. Goar), das einen erweiterten Auszug aus dem Werte desselben Verfassers „Die Hauptsprachen unserer Zeit“ darstellt. Im Gegensatz zu anderen sprachvergleichenden Arbeiten ähnlicher Richtung, wie zum Beispiel zu Finsch „Die Haupttypen des Sprachbaus“ bieten diese Bücher von Schütz eine sehr populäre Einführung, die wohl geeignet ist, der „scientia amabilis“, der Sprachforschung, neue Jünger zuzuführen. Denn er wählt mit Geschmack aus der Literatur einer Reihe von Völkern Textproben, deren Inhalt den Leser fesselt und ihm kleine Bilder des Volkscharakters geben kann.

Die Beteiligung deutscher Forscher an der Erfundung afrikanischer Sprachen behandelt ein Aufsatz von Carl Meinhof: „Recent German Research in the African Languages“ (The international Review of Missions Bd. 1, 3. 312 bis 318), in dem die Leistungen besonders evangelischer Missionare gebührend hervorgehoben werden.

An Kolonialpraktiker wenden sich zwei sprachgeographische Aufsätze, von Diederich Westermann: „Die Sprachverhältnisse Togos“ (Evangelisches Missionsmagazin Bd. 12, 3. 250 bis 262), und von Bernhard Struck: „Die Sprachverhältnisse des Noyen Congo“ (Koloniale Rundschau Bd. 4, 3. 204 bis 225). Nach Westermann kommen in der Südhälfte von Togo auf rund 375 000 Seelen 30, in der Nordhälfte auf rund 560 000 Seelen 16 Sprachen. Im Süden herrschen rein sudannigritische Mundarten vor, unter ihnen wird voraussichtlich das Ewe Schul- und Verkehrssprache bis etwa 8½ Grad nördlicher Breite werden. Im Norden sind die Sprachen im Kern gleichfalls sudannigritisch, aber in ihrer Grammatik von Hamitensprachen beeinflusst; im Osten überwiegt die Tem-, im Westen die Dagomba-(Dagbane-)Sprache. Von beiden „kann erst die Zukunft lehren, in welcher Weise und in welchem Maße sich ihre Expansionskraft betätigen wird.“ Außerdem spielt Hausa in der ganzen Kolonie die Rolle einer „lingua franca“, die zwar kaum einheitliche Schulsprache werden kann, aber im Verkehr unentbehrlich ist; dagegen hat Ful für Togo keine Bedeutung.

Struck teilt in seiner eingehenden Studie die Sprachen der bisherigen französischen Verwaltungsprovinz „Noyen Congo“ in Bantusprachen der Fiote-, der Duala-Bangala-, der Bafese-Mafa- und der Fanggruppe, wozu noch die Sprachen der „Zwischenvölker“ kommen, und in Sudansprachen der Ngbaga-, der Banda- und der Mandji-gruppe. Er kommt zu dem Schluß, daß für das an Deutschland abgetretene Kompensationsgebiet „Neu-Kamerun“ als Verkehrssprachen wichtig sind: für den Südwesten das Fang, dem das Jaunde Südameruns sehr nahe steht, für den Südosten das Ban-

gala; für die Mitte des Ostens das Baha — dieses eine Sudansprache der Mandjia-gruppe —, während im Nordosten ein solches Hilfsmittel fehlt, zumal dort das Ful im Verschwinden begriffen ist. Zwei farbige Kartenbeigaben erleichtern das Verständnis dieser Ergebnisse.

Ueberviegend theoretische Auseinandersetzungen bieten die Aufsätze von C. Meinhof: „Die Urgeschichte im Lichte afrikanischer Linguistik“ (Deutsche Literaturzeitung Bd. 33, Sp. 2309 bis 2317 und 2373 bis 2381), von F. Hestermann: „Sprachen und Völker in Afrika“ (Anthropos Bd. 7, S. 722 bis 761), und von W. Schmidt: „Einiges über afrikanische Tonsprachen“ (Anthropos Bd. 7 S. 783 bis 791). Meinhof versucht, „die Urgeschichte durch die Sprache aufzuhellen“, indem er die historische Methode der Philologen durch eine psychologische ergänzt, für die er das Material aus der afrikanischen Linguistik nimmt. „Die Sprachen der Sudanneger, Pygmäen und Buschleute zeigen im wesentlichen primitive Gestaltung,“ sie sind isolierend und benutzen die musikalische Tonhöhe. Die Sprachen der hellfarbigen Nordafrikaner (der Hamiten) sind flektierend und bedienen sich des Starktons. „Wie aber anthropologisch Mischrasen entstanden sind, so auch linguistisch Mischsprachen.“ Die agglutinierenden Bantusprachen sind „eine Mischform alten jüdischen Sprachguts mit prähamitischer Grammatik.“ Andererseits hängen die drei großen Gruppen flektierender Sprachen, die um das Mittelmeer gesprochen werden — die hamitischen, semitischen und indogermanischen — zusammen, und man kann die Entstehung der semitischen Konjugationen, die Entwicklung des grammatischen Geschlechts aus den altertümlichen Formen hamitischer Sprachen besser verstehen, als ohne sie. — Hestermanns Aufsatz ist erst der Anfang einer weit ausholenden kritischen Untersuchung; er „glaubt, in den vorgelegten Ausführungen den historischen Gang der Entwicklung und zugleich auch den jeweiligen neuesten Inhalt der Anschauungen der jüngsten afrikanischen Linguistik mit aller Objektivität dargestellt zu haben.“ Man darf auf die Fortsetzungen gespannt sein, die wohl des Verfassers eigenen Standpunkt erkennen lassen werden. — W. Schmidt knüpft an das Lehrbuch der Saundesprache von H. Kees an, das nicht genügend gewürdigt sei, und bekennt sich zu den Auffassungen und zu der Tonbezeichnung dieses Autors im Gegensatz zu Meinhof und dessen Anhängern, ohne selbst wesentlich neues beizubringen. Je mehr man mit dem Verfasser von der Wichtigkeit der musikalischen Tonhöhen in vielen Kolonialsprachen überzeugt ist, desto mehr muß man wünschen, daß die Diskussion hierüber von dem subjektiven Faktor des Gehörs — und zwar des individuell verschiedenen Gehörs der einzelnen europäischen Beobachter — befreit, und auf die objektive Basis des phonetischen Experiments gestellt wird. Hierzu kann der vom Verfasser empfohlene Gebrauch des Phonographen viel beitragen, namentlich, wenn er möglichst schon bei den Aufnahmen von technisch Vorgebildeten bedient wird, und jedenfalls dann, wenn seine Ergebnisse von Fachkundigen geprüft oder nachgeprüft werden.

Gelegentliche Äußerungen, die sich auf allgemeine Vergleichung der Kolonialsprachen beziehen, finden sich noch in vielen Arbeiten und Aufsätzen zerstreut. Zu erwähnen ist hierbei das Werk des Herzogs Adolf Friedrich zu Mecklenburg: „Vom Kongo zum Niger und Nil“ (Leipzig bei Brockhaus); in der „Uebersicht über die wissenschaftlichen Ergebnisse der deutschen zentralafrikanischen Expedition 1910/11“ — Band 2, S. 378 ff., die G. Thilenius erstattet, wird der kurze Vorbericht von C. Meinhof verarbeitet, der u. a. auf Beispiele aus Pygmäensprachen in Südamerika hinweist, „die nicht Bantu sein können, und an weit entlegene Sprachen anklängen.“ Auch das Werk von L. Frobenius „Und Afrika sprach . . .“ (Wita, Deutsches Verlagshaus o. J.) gibt dem kundigen und kritischen Interessenten manche linguistische Anregung.

B. Hamitensprachen.

Die bedeutendste Neuerscheinung des Jahres 1912 auf dem Gebiet der Kolonialsprachen bildet das Werk von C. Meinhof: „Die Sprachen der Hamiten“, als Band IX der Abhandlungen des Hamburgischen Kolonialinstituts (Band 6 der Reihe B. Völkerkunde, Kulturgeschichte und Sprachen), bei L. Friedrichsen u. Co. in Hamburg verlegt. Meinhof bezeichnet dieses Buch als „eine Vorarbeit für die Durchdringung des Stoffes in phonetischer und grammatischer Hinsicht“ (S. VII). Sowohl die allgemeine

Uebersicht, die „Einleitung“, als auch jede Behandlung einer hamitischen Sprache von besonderem Typus teilt er in 21 Abschnitte, von denen die ersten acht die Phonetik, die letzten dreizehn die Grammatik behandeln. Dabei stellt er zum Teil ganz neue linguistische Begriffe auf, wie den der „Polarität“ — Ziffer 11 —: „wenn aus A unter gewissen Bedingungen B wird, so wird aus B unter denselben Bedingungen A“; z. B. „wenn im Somali ein Substantiv im Singular Maskulinum ist, so wird es im Plural Femininum, wenn es im Singular Femininum ist, wird es im Plural Maskulinum“ (S. 19 und 18). Besondere Beachtung verdienen ferner die Abschnitte 4: „Transposition“, 6: „Ablaut“, 14: „Die Entwicklung des grammatischen Geschlechts“, 16: „Der Numerus“, 21: „Die Wortstellung“. *Meinhof* kommt zu folgenden Ergebnissen (S. 226—229): 1. Die vorgeführten Sprachtypen sind als zusammengehörig zu betrachten und verdienen einen einheitlichen Namen (als welcher „hamitisch“ ebenso falsch oder berechtigt ist wie für Arabisch, Hebräisch usw. das Sammelwort „semitisch“ — S. VIII). Diese Sprachen haben Beziehungen zu den semitischen. 3. Das Bantu hat viel „Prähamitisches“ in sich bewahrt. 4. Eine Anzahl von Ähnlichkeiten finden sich zwischen dem Hamitischen und dem Indogermanischen, so daß es der Mühe wert erscheint, eine Untersuchung auf die Beziehungen beider Sprachgruppen vorzunehmen. 5. Dagegen sind die Sudansprachen etwas vollständig anderes. 6. In den Hamitensprachen bietet sich Gelegenheit, Eigenheiten der flektierenden Sprachen — Ablaut, Kasusendung, grammatisches Geschlecht — in ihrer Entstehung zu untersuchen. — Von den sieben Sprachtypen, die *Meinhof* vorführt, werden vier in unseren Kolonien gesprochen: Ful, Hausa, Masai und Nama. Wer mit einer dieser Sprachen an Ort und Stelle praktisch zu tun hat, wird einen Gewinn für sein Sprachverständnis aus der gründlichen Durcharbeitung der Studien *Meinhofs* schöpfen, z. B. für das Ful aus den Abschnitten über konsonantischen Lautwandel und Polarität, für das Hausa in denen über Ablaut und Numerus, für das Masai gleichfalls beim Numerus, ferner beim Verbum, für das Nama unter den Abschnitten Orthographie, Pronomen, Verbstämme. — Als Anhänge sind ein vergleichendes Wörterverzeichnis und eine Abhandlung aus der Feder v. *Luschans* „Hamitische Typen“ beigegeben; endlich ist eine Karte Afrikas mit farbiger Eintragung des hamitischen Sprachgebiets beigelegt.

Ueber Ful und Hausa hat *Bernhard Struck* ein Verzeichnis der gesamten bisher erschienenen Veröffentlichungen in einem Aufsatz „Linguistic Bibliographie of Northern Nigeria“ (*Journal of the African Society*, Bd. 12, S. 213 bis 230) zusammengestellt. Texte in der Hausasprache mit englischer Uebersetzung bilden den Inhalt des Buches von *Holland und Fletcher*: „Hausa Sayings and Folklore with a Vocabulary of new words“ (Oxford, bei *Henry Frowde*). Die linguistische Bedeutung dieses mehr ethnologischen Quellenmaterials ist von *Klingenhöben* in der Zeitschrift für Kolonialsprachen, Bd. 2, S. 332 gewürdigt worden. Proben von Hausa — und anderen Sprachen, deren jedoch keine in unseren Kolonien heimisch zu sein scheint — bringt das Buch von *Astell Denton*: „Notes on some languages of the Western Sudan“ (Oxford, bei *Henry Frowde*). *Hanns Wischers* „Rules for Hausa spelling“ (*Journ. Afr. Soc.*, Bd. 12, S. 339 bis 347) sind hauptsächlich für englische Leser bestimmt; daß für die Phonetik und Rechtschreibung dieser Sprache noch Probleme vorliegen, hebt auch *Meinhof* in den „Hamitensprachen“ (S. 58 und 59) hervor. Einzelne Wörter und Sätze aus dem Ful enthält u. a. die von *Franz v. Stephani* veröffentlichte „Legende über den Ursprung der Fulbe und der Bororo“ (Islam, Bd. 2, S. 352 bis 357).

In der Ramasprache hat die Rheinische Mission den 4. Jahrgang des „Gaſsari-aob“ (Der Werftbesucher) herausgegeben (Druck und Verlag von *F. Lang, Missionar in Tjumeb*).

(Schluß folgt.)

Koloniale Monatsblätter

Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft

Nr. 5

Mai 1913

15. Jahrgang

Deutsch-Südwestafrikas Entwicklungsmöglichkeiten.

Von Geheimem Ober-Regierungsrat Dr. Meher- Gerhard.

Deutsch-Südwestafrika ist weißen Mannes Land. Es ist ein Teil von Südafrika und zeigt im wesentlichen die gleichen Eigenschaften wie große Gebiete unter englischer Flagge. Deshalb ist es möglich, aus der Entwicklung des übrigen Südafrikas Schlüsse auf unser Schutzgebiet zu ziehen. Nach den Erfahrungen einer mehrhundertjährigen Besiedlung steht fest, daß die weiße Rasse in Südafrika sich ihre körperliche Rüstigkeit, ihre Fortpflanzungsfähigkeit und die Energie ihrer Nerven erhalten hat. Namentlich die Leistungen der Buren während des letzten Krieges mit England haben die unveränderte Kraft der Abkömmlinge der holländischen Einwanderer bewiesen. Die allerdings nur einige Jahrzehnte umfassenden Erfahrungen in Deutsch-Südwestafrika bestätigen diejenigen der britischen Gebiete. Daß die Anpassung an die Höhenlage und an das subtropische Klima nicht ohne Einwirkungen auf die Zuwanderer vor sich geht, ist demgegenüber von keiner ausschlaggebenden Bedeutung.

Unter den deutschen Kolonien nimmt Südwestafrika wegen seiner Eigenschaft als Siedlungskolonie eine besondere Stellung ein. In den tropischen Ländern sind die Eingeborenen die dauernden Bewohner; ihre Zahl, Kulturfähigkeit und Leistungen sind die wesentliche Grundlage für die Bedeutung, welche diese Gebiete erlangen können. Der Wert Südwestafrikas wird für das deutsche Volk davon abhängen, wie viele deutsche Familien dort dauernd ihren Wohnsitz und Unterhalt finden. Jede außerhalb des Reichs ansässige, sich gesund entwickelnde deutsche Familie ist für unser Volk von Bedeutung. Sie gewährleistet der Industrie des Mutterlandes einen Teil ihres Absatzes und mehrt seinen politischen Einfluß. Die Bedürfnisse der Siedlungskolonien an Kulturerzeugnissen sind unvergleichlich größer als diejenigen der tropischen Länder, in denen die Ansprüche der Eingeborenen für den Umfang und die Art der Nachfrage nach europäischen Artikeln maßgebend sind. Deutschland hat ein dringendes Interesse daran, sich Absatzgebiete für seine Produkte zu sichern, besonders solche, die infolge ihrer politischen Zugehörigkeit zum Reiche ihm nicht aus wirtschaftlichen oder sonstigen Gründen verschlossen werden können. Wichtiger aber noch als der rein ökonomische Gesichtspunkt ist der politische. Wollen wir neben den Angelsachsen eine maßgebende Rolle in der Weltpolitik spielen, so müssen wir den großen, von Briten bewohnten Gebieten andere an die Seite

stellen, in denen das deutsche Volkstum herrscht, die ein Deutschland über See sind. Schon die Anstrengungen, welche das deutsche Volk, der Beamte, Offizier, Farmer und Gewerbetreibende auf sich nehmen müssen, um kulturlose Länder wie Südwestafrika zu erschließen, haben einen hohen Wert für die Stärkung der deutschen Volkskraft. In der Kulturmwelt fehlt oft die harte Luft, welche notwendig ist, um ein Geschlecht lebensstark und unverzärtelt zu erhalten. Südwestafrika ist ein sprödes Land, es setzt dem Menschen, der es sich untertan machen will, tausend Schwierigkeiten entgegen. Viele erliegen ihnen, aber andere siegen, sie stählen sich selbst in ihrem Kampfe und nutzen dem Volkstum rückwirkend. Deshalb sollen wir uns bewußt bleiben, daß die Hemmnisse, welche Südwestafrika dem menschlichen Streben entgegenstellt, auch ihren Nutzen gehabt haben, wenn wir ihrer durch kluge und zähe Anpassung Herr geworden sind.

Obwohl die deutsche Besiedlung von Südwestafrika erst wenige Jahrzehnte umfaßt, hat sie doch schon deutliche Fingerzeige für ihre Möglichkeiten und Aussichten gegeben. Wir wissen heute, daß der Pessimismus unberechtigt gewesen ist, der im Anfang der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts nahe daran war, diese Kolonie als wertlos aufzugeben. Auf der anderen Seite ist jedes Prophezeien auf weite Zeiträume gerade in Neuländern ein sehr gewagtes Unternehmen. Die Tatsache, daß sich in den letzten Jahren nicht nur in Deutsch-Südwestafrika, sondern auch in dem seit Jahrhunderten wirtschaftlich genutzten britischen Südafrika im Gegensatz zu der bis dahin herrschenden Annahme, daß nur extensive Viehwirtschaft eine sichere Grundlage besitze, plötzlich ein zum Teil wohl nicht gerechtfertigter Optimismus hinsichtlich der Möglichkeiten der Ackerwirtschaft verbreitete, mahnt in dieser Hinsicht zur Vorsicht. Die Aussichten der fernen Zukunft können aber bei der Einschätzung Südwestafrikas unbedenklich außer Ansaß gelassen werden, da diejenigen der nächsten zu energischer Weiterarbeit ermutigen. Besonders erfreulich ist die rasche Zunahme der weißen Bevölkerung des Schutzgebiets seit dem letzten Eingeborenenaufstande. Im Jahre 1912 betrug ihre Gesamtzahl 12 645 (ohne Schutztruppe); das Mißverhältnis zwischen Männern und Frauen bessert sich mit jedem Jahre, die Zahl der Ausländer nimmt ab, die der Deutschen zu. Wünschenswert ist es, daß die Gesamtsumme der auf dem Lande Lebenden sich im Verhältnis zu den in Ortschaften Wohnenden ebenfalls noch günstiger gestaltet, da der Schwerpunkt einer Agrarkolonie auf dem Lande liegen muß. 1060 Farmen mit einem Flächeninhalte von 11 105 796 ha wurden bewirtschaftet, weitere 185 Farmen waren im Privatbesitz, ohne im Betrieb zu sein. Dieses Ergebnis ist ein günstiges angesichts der allgemeinen Zerstörung des Wirtschaftslebens durch den letzten Aufstand. In den nächsten Jahren wird es nicht so sehr darauf ankommen, die Zahl der Farmen in raschem Tempo zu vermehren, als auf den vorhandenen Farmen für eine gründliche Lösung der Wasserfrage zu sorgen. In der Fülle der Aufgaben, die Regierung und

Bevölkerung zu bewältigen hatten, ist die Wassererschließung zu kurz gekommen. Die in der Entstehung begriffene Landwirtschaftsbank wird es als ihre wesentlichste Aufgabe anzusehen haben, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel der Erschließung des erforderlichen Wassers zuzuführen. Sobald genügend Wasser vorhanden ist, um die völlige Ausnutzung der vorhandenen Weiden zu gestatten, wird der in erfreulicher Zunahme begriffene Viehbestand sich rascher vermehren, ohne daß schwere Rückschläge zu befürchten wären. Daß auch der jetzige Bestand angesichts der Zahl der Bevölkerung nicht unerheblich ist, beweist die letzte Viehzählung. Es waren vorhanden: 171 784 Rinder, 13 340 Pferde, 46 901 Wollschafe, 341 reinblütige und 3753 halblütige Karakuln, 435 069 Fleischschafe, 10 044 reinblütige und 10 387 halblütige Angoraziegen, 448 279 gewöhnliche Ziegen, 7015 Esel, 4879 Maulesel, 7195 Schweine, 1277 gezähmte Strauße und 71 753 Stück Geflügel. Da die Erkenntnis sich im Schutzgebiete mehr und mehr verbreitet, daß die bloße Züchtung von Fleischschafen und gewöhnlichen Ziegen keine gesunde wirtschaftliche Grundlage für einen Farmbetrieb zu bieten vermag, wird die zu erwartende Zufuhr neuer Kapitalien hoffentlich zur Ausbreitung der Wollschafzucht, zur Kräftigung der Straußen- und Karakulzüchtereien und zur Einfuhr guten Materials an Stuten, Hengsten, Bullen und Kühen dienen.

In der Ackerwirtschaft möge der Optimismus, der seit einiger Zeit herrscht, sich stark genug erweisen, um sich durch die Regenschwierigkeit des letzten Sommers nicht entmutigen zu lassen. Rückschläge, wie der letzte, erinnern allerdings daran, daß Südwestafrika kein Land ist, in dem alles auf eine Karte gesetzt werden kann; jeder vorsichtige Farmer wird deshalb sein Risiko durch gleichzeitigen Betrieb mehrerer Wirtschaftszweige zu verteilen bestrebt sein.

Der Anblick der in diesem Jahre zum ersten Male in Berlin veranstalteten Ausstellung südwestafrikanischen Obstes erinnert daran, daß auf diesem Gebiete das jüngere Wirtschaftsleben unserer Kolonien noch viel zu leisten hat. Immerhin sind die Anfänge auch hier bereits vorhanden, ihre Förderung erfolgt in zweckmäßiger Weise.

Schwieriger als die Aussichten Deutsch-Südwestafrikas für Ackerbau und Viehzucht sind seine übrigen Wirtschaftsmöglichkeiten zu beurteilen. Es ist fast zum allgemeinen Glaubenssatz geworden, daß Deutsch-Südwestafrika niemals eine größere Industrie entwickeln könne. Diese Möglichkeit wird allerdings für die nächste Zeit als gering einzuschätzen sein; dagegen liegen zwingende Gründe für die Verneinung auch für die spätere Zukunft namentlich angesichts unserer geringen Kenntnisse dessen, was die Kolonie unter seiner Erdoberfläche birgt, nicht vor. In Deutschland hat auch niemand vor fünfzig Jahren den heutigen industriellen Hochstand vorausgesehen. Der geschickte, fleißige Mensch ist überall das am meisten maßgebende Erfordernis für industrielle Leistungen.

Von großer praktischer Wichtigkeit für Südwestafrika ist schon jetzt der Bergbau. Er führt dem Schutzgebiet seit Jahren Werte von vielen Millionen zu. Die Diamantenvorkommen haben sich erfreulicherweise als nachhaltiger erwiesen, als im Anfang angenommen wurde. Durch sie ist die mineralogische Erforschung der Kolonie mächtig angeregt worden, an verschiedenen Stellen sind abbauwürdige Mineralien gefunden worden. Der Herr Staatssekretär des Reichskolonialamts hat bei seiner Anwesenheit in Südwestafrika unzweideutig zu erkennen gegeben, daß die Regierung ernstlich bestrebt ist, die Entstehung weiterer Bergbaubetriebe zu begünstigen, daß die Investierung von Kapital ohne die Sorge erfolgen kann, der Fiskus werde die Erträge der Bergwerksbetriebe zum größten Teile an sich ziehen. Die vor wenigen Monaten abgeschlossene Umwandlung der Bruttoabgaben auf Diamanten ist ein weiterer Beleg für diese Wirtschaftspolitik der Regierung. Möge die zu erhoffende baldige Einführung wirklicher Bergbau- und Schürffreiheit durch mehrere mit umfangreichen Bergsonderrechten ausgestattete Gesellschaften ebenfalls zur Belebung des Bergbaues beitragen. Für die nächste Zukunft kann Deutsch-Südwestafrika eines kräftigen Bergbaues nicht entbehren, um seine volle finanzielle Selbständigkeit zu erreichen. Die Feststellung der auf diesem Gebiete liegenden Möglichkeiten bietet eine Erfolg versprechende Gelegenheit für das Zusammenwirken von Bevölkerung und Regierung.

Auflaste zum südwestafrikanischen Landesrat.

Von Rudolf Kindt,

Mitglied des Deutsch-Südwestafrikanischen Landesrats, Windhuk.

Die Sorge, ob die Schutztruppe in der bisherigen Stärke beibehalten werden wird oder nicht, ist durch ein Kabel von uns genommen, das meldete, die Kommission habe eine Verminderung für das Etatsjahr 1914 gewünscht. Es ist eben keineswegs anzunehmen, daß nach Jahresfrist jene Umstände, die eine Beibehaltung der Truppe in einer Stärke von mindestens 2000 Köpfen notwendig machen, in Fortfall gekommen sind; der am 22. April zusammentretende Landesrat wird daher abermals energisch betonen müssen, daß er jede Verantwortung für eine Verminderung der Schutztruppe ablehnt!

Eine neue Sorge aber bürdet uns das gleiche Kabel auf mit der Meldung, die am Etat der Landespolizei ersparten 92 600 Mark sollen auf Beschluß der Etatskommission des hohen Reichstages vom Reichszuschuß in Abzug gebracht werden! Es bedeutet dies klipp und klar eine Durchbrechung der wertvollsten und wichtigsten Hinterlassenschaft Dernburgs, seiner Grundsätze zum Kolonialetat. Man wird sich wohl noch erinnern, daß Dernburg die Reform der Kolonialfinanzen damit einleitete, daß er die Pflichten des Reiches von denen der Schutzgebiete scharf abgrenzte! Die Kosten für die Aufrechterhaltung der Reichsoberhoheit sollte das Reich tragen, alle anderen Ausgaben sollten den Schutzgebieten selbst zur Last fallen und von ihnen bestritten werden. Sechs

Jahre lang wurde der Kolonialetat nach diesen festen Grundsätzen aufgestellt. Das Reich trug die Kosten der Schutztruppe, und die Schutzgebiete streckten sich nach der Decke, die ihnen ihre eigenen Einnahmen gaben! Kein Schutzgebiet, auch das südwestafrikanische nicht, hat während dieser Jahre einen Pfennig über diesen Rahmen hinaus an Reichszuschuß verlangt und erhalten. Die Aufstellung dieses Grundsatzes war eine Tat Dernburgs! Die Schutzgebiete sind dadurch einmal zur Sparsamkeit angehalten worden und weiter vor allem zu einer richtigen Verwendung ihrer aus eigenen Einnahmen stammenden Mittel. Soll das jetzt anders werden? Will man dem sparsamen Kinde zur Belohnung das Ersparte wieder abnehmen? Das wäre denn doch eine grundfalsche Erziehungsmethode! Es wäre aber vom Standpunkt des Reiches auch falsch, das Schutzgebiet die Truppe auch nur zu einem Teil bezahlen zu lassen. Es müßte dies schließlich dazu führen, daß Südwest über kurz oder lang finanziell vom Reiche völlig unabhängig würde und dementsprechend erhöhte Ansprüche auf Selbständigkeit zu stellen in die Lage käme. Die schlimmste Folge aber wäre wirtschaftlicher Natur: sobald das Schutzgebiet nicht einmal die von ihm selbst aufgebrauchten Mittel zum Aufbau seiner Wirtschaft verwenden darf, sobald es gezwungen ist, einen Teil dieser Mittel zur Aufrechterhaltung der Reichshoheit, also zur Bezahlung der in Südwest seiner ganzen Lage an den Grenzen einer an weißer Bevölkerung reichen englischen Kolonie wegen notwendigerweise starken Truppe hergeben muß, in dem Augenblick werden die Mittel zur Weiterentwicklung der Wirtschaft fehlen, und die Entwicklung wird stocken!

Aus ähnlichen Gründen wird der Gedanke des Reichstages, die Ausgaben für Truppe und Polizei nach einem näher zu bestimmenden Verhältnis zwischen Reich und Schutzgebiet zu teilen, keine freudige Zustimmung im Landestrate finden. Eine Verquickung und Vermengung dieser Ausgaben kann und wird wieder nur Unordnung und Unsicherheit in die Finanzwirtschaft des Schutzgebietes hineinragen.

Der Landestrat wird sich mit diesen schon in bezug auf den Ausbau der Selbstverwaltung außerordentlich wichtigen Fragen sehr ernsthaft beschäftigen müssen.

Lassen solche schwerwiegenden Beschlüsse der Kommission sehr wenig Verständnis für die dem Reich bei Entwicklung seines Kolonialbesitzes obliegenden Pflichten erkennen, so hoffen wir doch auf der anderen Seite dem Antrage auf Gewährung der Mittel zur Errichtung eines Bodentreditinstitutes gegenüber, beim Reichstag mehr Verständnis zu finden; zumal das Reich hier dem Schutzgebiet nur ein Darlehen geben soll. Man zweifelt im Lande kaum mehr an der Bewilligung der notwendigen Summen und atmet auf! Gerade in diesem Augenblick wird die Landbank wirksam eingzugreifen vermögen, wird sie außerordentlich segensreiche Hilfe bringen. Die Viehwirtschaft des Schutzgebietes, zunächst noch aufgebaut auf der Zucht von Fleisch liefernden Tieren, nähert

sich mehr und mehr dem „toten Punkt“, auf dessen Herannahen ich seit drei Jahren im Landesrat und in der Presse hingewiesen habe. Der Inlandsmarkt wird bald nicht mehr imstande sein, die Produktion an Fleisch aufzunehmen, und für einen geregelten Export fehlen uns noch die notwendigen Mengen an ausfuhrfähigem Schlachtvieh. Dieser tote Punkt ist nur durch eine schnelle Steigerung der Produktion zu überwinden. Daß er überwunden werden muß, weil er für den Farmer eine Gefahr bedeutet, brauche ich hier wohl nicht weiter auszuführen. Die Steigerung der Produktion muß auf jede Weise gefördert werden. Die Landbank wird in erster Reihe dazu berufen sein, dem Farmer Mittel zur Verbesserung der Produktionsmöglichkeiten in die Hand zu geben. Meliorationen aller Art werden die Möglichkeit einer stärkeren Bestockung der Farmen und besseren Ausnutzung der Weide geben. Die Aufgabe des Landesrates aber wird es sein, noch weiter zu bauen. Es gilt einmal den Viehbestand vor Seuchen zu schützen. Während der letzten Landesratstagung wurde eine Kommission erwählt, die mit den Regierungsvertretern zusammen ein neues Seuchengesetz auszuarbeiten beauftragt wurde. Dies Gesetz wird jetzt vorgelegt und beraten werden. Der weiteren Errichtung von Dippanlagen, zumal in den Grenzbezirken, wird der Landesrat fortgesetzt seine Aufmerksamkeit widmen müssen, da nur diese Dippanlagen und ein gehöriger Ausbau des bakteriologischen Institutes uns vor dem Einfall des Ostküstenfiebers schützen können. Eine Öffnung unserer Grenzen gegen die Union, deren wir einmal zur Auffüllung unseres Viehstockes, dann aber auch zur Erlangung einer Ausfuhrmöglichkeit von Schlachtieren dorthin bedürfen, wird nur möglich sein, wenn wir dem Ostküstenfieber gegenüber bis an die Zähne gerüstet sind. Selbstverständlich darf auch die Förderung der Viehzucht durch die Einfuhr guter Vattertiere und ganzer Stammherden nicht vergessen werden. Man denke dabei nicht nur an Bullen, sondern auch an Hengste, Karakuls, Wollschafe und Angoras. Der Farmer des Schutzgebietes wird sich gern auf die Zucht solcher Tierrassen verlegen, die ihm Produkte liefern, die er, ohne der heimischen Viehzucht Konkurrenz zu machen, absetzen vermag. Es darf aber nicht vergessen werden, daß sich im Schutzgebiet nun einmal weit größere Massen von Rindern und Fleischschafen befinden als Wollschafe, Angoras, Karakuls oder Strauße, und daß der Farmer die Zucht von Fleischtieren nicht plötzlich aufzugeben vermag. Wenn also auch der Landesrat die Produktion von Wolle, Mohär und Straußenfedern durch Förderung der entsprechenden Zuchten zu heben sucht, so darf er nicht außer acht lassen, dem Farmer durch die Ermöglichung des Absatzes von Schlachtieren die Mittel zum Beginn anderer Zuchten zu verschaffen! Deshalb darf der Landesrat die Frage, wo soll der südwestafrikanische Farmer später Rinder und Fleischschafe absetzen, nicht aus dem Auge lassen.

Ich sprach schon davon, daß wir die Oeffnung der Unionsgrenze für unsere Schlachtrinder anstreben müssen. Der Absatz dorthin wird aber kaum auf lange Zeit hinaus gesichert sein, weil die Union einmal selbst gewaltige Gebiete für die Fleischproduktion zur Verfügung hat, dann aber sicher lieber aus dem benachbarten Rhodesia und aus dem englischen Australien beziehen wird als aus einem deutschen Schutzgebiet. Ueber kurz oder lang wird sich der Engländer, falls er jetzt die Tür aufmachen sollte, wieder durch einen Zoll oder ein neues Einfuhrverbot gegen unser Vieh schützen, daran ist nicht zu zweifeln. Südwest braucht ein ausnahmsfähiges Absatzgebiet. Und wenn wir auch versuchen werden, die Westküste Afrikas mit Fleisch zu versorgen, so wird doch auch dieser Markt unsere Produktion kaum völlig aufzunehmen vermögen, falls der Export nach Kamerun, Togo, nach der Goldküste und dem Kongo sich technisch überhaupt durchführen läßt. Ebenso werden die mit mehr oder weniger Erfolg unternommenen Versuche, die Südwest anlaufenden Schiffslinien, und wenn möglich, auch die ganze Hamburg-Amerikanische Paketfahrtaktiengesellschaft mit südwestafrikanischem Fleisch zu versorgen, bei der schnell steigenden Produktion nur für kurze Zeit Erleichterung bringen können. Zu erwägen wäre allerdings, ob nicht die Kriegsmarine dem Schutzgebiet Fleisch abzunehmen vermag; sie wird meines Wissens zurzeit wenigstens teilweise mit ausländischem Fleisch versorgt. Die gegebene Hilfe aber wäre ohne Zweifel die Oeffnung des deutschen Marktes für unsere Produktion! Davon, daß wir der heimischen Viehzucht nennenswerte Konkurrenz machen, kann nicht die Rede sein, weil unsere Produktionsziffern dazu zu klein sind. Immerhin aber könnten wir einen Teil des heute zur Befriedigung des deutschen Fleischbedarfes fehlenden Quantums liefern. Eine Einfuhr nach Deutschland wird uns aber nur dann möglich sein, wenn das heute gültige strenge Fleischbeschaugesetz eine uns günstige Auslegung erfährt, das heißt, wenn die Untersuchung der deutschen amtlichen Tierärzte im Schutzgebiet jener der Tierärzte daheim gleichgerachtet wird. Damit würde das südwestafrikanische Fleisch bei seiner Ausfuhr aus dem Schutzgebiet untersucht und für gesund erklärt werden können, wodurch die Bestimmung, das Fleisch müsse in halben Tierkörpern eingeführt werden und die wichtigsten inneren Organe wie Lunge, Herz, Leber und Niere sowie auch der Kopf dürften nicht heraus- bzw. abgetrennt sein, in bezug auf südwestafrikanisches Fleisch hinfällig werden. Damit unterwegs kein Vertauschen stattfinden kann, würde man vielleicht zweckmäßig jede Sendung außerdem unter *Zollkontrolle* von Südwest nach Deutschland gehen lassen. Der Landesrat wird vermutlich die Initiative ergreifen, um bei der Reichsregierung dem südwestafrikanischen Fleisch den Weg zu bahnen.

Zweifellos werden auch die übrigen Produktionszweige der Landwirtschaft und der Viehzucht den Landesrat beschäftigen. Zur Förderung des Molkerei- und Käsewesens wird ein Sachverständiger angefordert werden müssen. Vielleicht werden auch wieder Schutzzölle beantragt, deren Annahme durch den Landesrat allerdings zweifelhaft ist.

Die wichtigste Frage aber für die gesamte Farmwirtschaft sowohl wie für die Bergbauindustrie ist die Eingeborenenfrage. Bisher hat sich der Landesrat jedes Jahr mit dieser Angelegenheit befaßt, leider ohne wirklich Abhilfe bringen zu können. Das Land ist eben mit Eingeborenen zu schwach besiedelt, und der große Aufstand hat uns zu viele Eingeborene gekostet. Der Landesrat wird wahrscheinlich noch einmal bei der Reichsregierung um die Erlaubnis, Eingeborene in Togo, Kamerun oder Ostafrika anwerben zu dürfen, einkommen. Aber auch im Schutzgebiet selbst kann noch manches gebessert werden. Mit dem bisherigen Verfahren, die Eingeborenen bezirksweise oder in Ortschaften zu besteuern und die Sorge für kranke und arbeitsunfähige Eingeborene den Bezirksverbänden oder den Gemeinden zu überlassen, wird man aufräumen müssen. Eine einheitlich das ganze Schutzgebiet umfassende Eingeborenen-Kopfsteuer, wie sie ja auch andere Kolonien haben, dürfte das Richtige sein. Sie wird auch eine bessere Kontrolle der Leute ermöglichen, insofern als der Fiskus dann mehr Interesse daran hat, den Verbleib der Eingeborenen festzustellen, damit ihm seine Steuer nicht entgeht. Der schlimmste Uebelstand ist heute nämlich, daß ein Wiedererkennen entlaufener Eingeborener nahezu unmöglich ist, sobald der Mann einen anderen Bezirk aufsucht. Darunter leiden die Arbeitgeber, vor allem die Farmer sehr schwer. Die Eingeborenen machen sich ein Vergnügen daraus, schon wenn es ihnen an einer Arbeitsstelle nur langweilig wird, fortzulaufen und, nachdem sie vielleicht einige Wochen im Busch „ausgeruht“ haben, irgendwo anders wieder aufzutauhen. Es muß ein Mittel gefunden werden, das ein sicheres Wiedererkennen der Eingeborenen ermöglicht, eher wird keine Ordnung in unsere Eingeborenenverhältnisse kommen, und der Landesrat wird jetzt ernstlich nach einem solchen Mittel suchen müssen.

Hier kommt auch die Polizei in Betracht. Bisher hat diese mit dem Zustellungsweisen so enorm viel zu tun, daß sie ihrer Hauptaufgabe, Feld und Busch zu durchstöbern und von vagabondierenden Eingeborenen (die meist Viehdiebe sind) zu säubern, nicht in wünschenswerter Weise gerecht zu werden vermochte. Wird die Polizei von den Zustellungen entlastet, so kann sie sich ganz anders als bisher um das Eingeborenenwesen kümmern. Der Landesrat hat diese Fragen schon früher erörtert, glaubte jedoch, die Initiative der Regierung überlassen zu müssen; das wird diesmal anders sein.

Auch die Neuorganisation der Landespolizei wird den Landesrat beschäftigen. Auf die Dauer kann das Land keine 7000 Mark für jeden Kopf der Polizei bezahlen. Es müssen Mittel und Wege gesucht werden, diese Institution, die ja nicht mehr ganz zu entbehren ist, zu verbilligen. Kostet die Polizei doch heute noch rund 23 Prozent der gesamten eigenen Einnahmen des Schutzgebietes!

An neuen Aufgaben wartet des Landesrates sonst nicht viel. Zwar wird die Einrichtung weiterer landwirtschaftlicher und — für den Süden — viehwirtschaftlicher Versuchstationen beantragt werden, wir müssen uns aber

nach der vorhandenen Decke strecken, da die Einführung eines neuen Zolltarifes oder etwa gar einer Einkommensteuer bei der heutigen Lage des aufstrebenden Landes unmöglich erscheint. Möglicherweise bereitet die Regierung irgendeine kleine Ueberraschung vor; der Landesrat wird aber kaum für neue Belastungen des Landes zu haben sein. Sie werden zurzeit auch entbehrlich sein, da die Einnahmen aus dem Diamantbergbau eine steigende Tendenz aufweisen. Man hofft, trotz der Einführung der Nettobesteuerung, infolge der erhöhten Förderung auf Einnahmen, die den Voranschlag beträchtlich übersteigen werden. Dennoch wird der Ansaß auch für das Etatsjahr 1914 so vorsichtig wie möglich angenommen werden müssen.

Auch einer Belastung des Bergbaues würde der Landesrat nicht zustimmen; sie ist aber sicherlich auch nicht beabsichtigt. Der Landesrat wird im Gegenteil, um das Kapital zu beruhigen, einmal klar zum Ausdruck bringen müssen, daß er einer Besteuerung des Zinnbergbaues oder der Kupferausfuhr nie zustimmen wird. Die Dernburgsche Diamantenbesteuerung hat das Kapital fraglos mißtrauisch gemacht, und trotz der vom Herrn Staatssekretär Dr. Solf in Karibib abgegebenen Versicherung, er werde dem Zinnbergbau keine Lasten auferlegen, die jene in der Kaiserlichen Bergverordnung vorgesehenen übersteigen, hört man aus den beteiligten Kreisen immer wieder Klagen über die Furcht der Geldgeber vor neuen Belastungen; deshalb ist es an der Zeit, daß der Landesrat sich einmal über seine Stellung zum Kapital ausspricht. Jedes Bergbauunternehmen bedeutet ja einen neuen Inlandsmarkt, und der Landesrat wäre töricht, wollte er dessen Entstehen verhindern.

Allerdings wird die allgemeine Einführung der Kaiserlichen Bergverordnung im ganzen Schutzgebiet — möglichst ohne Klauseln, die den Nutzen der Einführung wie im Gebiet der South West Africa Co. illusorisch machen — angestrebt werden müssen, und der Landesrat wird sich darin wohl nicht beirren lassen. Nur bei Einführung allgemeiner Schürffreiheit ist auf eine bergbauliche Erschließung des Schutzgebietes zu hoffen.

Die Regierung sollte aber hier nun auch mit gutem Beispiel vorangehen. Sie hat die Gebiete, wo Kohlenvorkommen vermutet werden, jetzt für sich gesperrt, statt sie der privaten Tätigkeit freizugeben, und darüber wird im Landesrat gesprochen werden müssen.

Unsere Bergbehörde wird auch noch in anderer Hinsicht Gegenstand der Kritik des Landesrates sein. Ihr untersteht das Wassererschließungswesen. Zuverlässig ist nun bekanntgeworden, daß sie von dem wichtigen Fonds für Wassererschließung, fast dem wichtigsten des ganzen Etats, der mit rund 900 000 Mark ausgestattet ist, über 100 000 Mark erspart hat! Das geht natürlich nicht an, denn die Vorbedingung aller Wirtschaft im Lande ist die Erschließung von Wasser. Hätte man die 100 000 Mark auf wasserlosen Regierungsfarmen verbohrt, so hätte man eine kulturelle Leistung vollbracht und würde neue Besiedlungsmöglichkeiten geschaffen haben! Statt dessen spart

man an diesem Fonds! Eine Abtrennung der Wassererschließung von der Bergbehörde wurde schon früher einmal im Landesrat erörtert; damals wurde die Trennung abgelehnt, weil die Geologen notwendigerweise bei der Wassererschließung mitzuwirken haben.

Für das Schulwesen gibt das Schutzgebiet viel Geld aus. Man kann aber auch den Erfolg bereits sehen. Von den entferntesten Farmen kommen die Kinder nach den größeren Plätzen, werden dort in den Pensionaten untergebracht und lernen etwas. Nur die beiden höheren Schulen in Windhuk und Swakopmund werden neue Ausgaben notwendig machen. Das Gouvernement will nicht so recht an die Unterstützung der Swakopmunder Realschule heran, obwohl die Kinder in dem frischen, kühlen Seeklima vorzüglich gedeihen und tüchtig lernen. Und in Windhuk fehlt ein Oberlehrer, da jedes Jahr eine neue Klasse eingerichtet werden muß. Auch wäre es wünschenswert, daß den Kindern wenigstens die Möglichkeit geboten wäre, fakultativ Latein zu lernen, was jetzt nicht der Fall ist. Zum Studium mancher Berufe ist das Latein nun einmal unentbehrlich, und nach Absolvierung der lateinlosen Realschule werden die Jüngens die Sprache kaum mehr nachholen können. Mit wenig Mitteln läßt sich hier viel Gutes schaffen, und der Landesrat hat noch immer gezeigt, daß er für Schulzwecke eine offene Hand hat.

In der Presse des Landes wird dem Landesrat ans Herz gelegt, am Verwaltungsapparat zu sparen. Das ist sehr schön und gut, solange aber der Landesrat nur Vorschläge machen kann, kein Beschlußfassungsrecht und nicht das Recht der Etatskontrolle hat, bekommt er keinen Einblick in die Dinge und kann nicht beurteilen, wo er den Hebel ansetzen muß. Trotz besten Willens hat der Landesrat in den ersten drei Jahren seines Bestehens nur in bezug auf die Polizei eine Ersparnis an Beamten erzielen können. Wurde etwas gestrichen, so hat dies das Kolonialamt hinterdrein besorgt. Hört man den Herrn Gouverneur und seine Herren Referenten, so ist natürlich kein einziger Beamter zu entbehren. Es liegt das am System, und bevor nicht ein moderner Herrkules die ganze Verwaltung reformiert, wird das kaum anders werden. Mit einer Heranziehung der Bevölkerung zur ehrenamtlichen Wahrnehmung von Verwaltungsstellen soll ja ein Versuch gemacht werden. Vielleicht hat das Gouvernement da Vorschläge, denen der Landesrat zweifellos zustimmen wird. Wenn man allerdings hört, daß die alljährliche Viehstatistik von einzelnen Lokalbehörden in einer Weise aufgestellt wird, die Hähne, Kühner und Rücken jedes Weißen und Eingeborenen eines Bezirkes, der manchmal räumlich größer ist als das Königreich Bayern, besonders aufgeführt erscheinen läßt, kann man verstehen, daß viel überflüssige Arbeit geleistet werden muß. Wie selten aber in bezug auf die ehrenamtliche Besetzung von Verwaltungsstellen ist uns Südafrika, das uns von Leuten, die das Kind mit dem Bade auszuschütten pflegen, jetzt in jeder Beziehung als Muster hingestellt wird, sehr voraus. Dort sind erfahrene Männer genug vorhanden, die sich zur Ruhe gesetzt haben und sich ganz gern so nebenher ein wenig

Beschäftigung machen. Hier im Schutzgebiet steht jedermann im Erwerbsleben, und es wird nur wenige geben, die Zeit finden, ehrenamtlich Distriktschef zu spielen. Das darf man nicht vergessen.

Immerhin, hätte der Landesrat Rechte, so wären seine Mitglieder wohl eher in der Lage, Ersparnisse auf diesem schwierigen Gebiete durchzusetzen.

Die Selbstverwaltungsfrage wird übrigens, wie in jedem Jahr, so auch in diesem den Landesrat beschäftigen. Es hat im Lande starke Erregung verursacht, daß die Etatskommission des Reichstages einen Zentrumsantrag, dem Landesrat, sobald das Schutzgebiet alle Ausgaben selbst aufbringt, in bezug auf den Ziviletat beschließende Rechte zu verleihen, abgelehnt hat. Das Kabel ließ nicht klar ersehen, ob alle Ausgaben einschließlich jener für die Schutztruppe gemeint waren oder nur die Ausgaben für die Zivilverwaltung. War das letztere beabsichtigt, so wollte uns der Antragsteller sofort Beschlußrecht geben, weil das Schutzgebiet ja den Ziviletat längst selbst aufbringt; anderenfalls könnte man nichts gegen die Ablehnung einwenden, da noch viele Jahre vergehen werden, bis wir die Schutztruppe bezahlen können, falls das Reich dies überhaupt von uns verlangt. Erzellenz Solz selbst hat aber eine Erweiterung der Landesratsrechte in Aussicht gestellt, und Dr. Seitz hat sich ebenfalls zustimmend dazu geäußert, und man hofft im Lande, daß er sich im Plenum bestimmter darüber äußern wird. Davon wird die Stellungnahme des Landesrats natürlich abhängen. Das Mandat des I. Landesrats nähert sich seinem Ende, und es ist selbstverständlich, daß die jetzigen Mitglieder, die erfahren haben, wie wenig ihre sogenannten Rechte in Wahrheit zu bedeuten haben, ihren Nachfolgern wirkliche Rechte zu verschaffen versuchen werden, bevor sie von der Bühne abtreten.

Die Kosten ständiger und periodischer Bewässerung in Deutsch-Südwest und anderswo.

Von Farmer Ferdinand Gessert-Sandverhaar, Distrikt Bethanien.

Man hat berechnet, daß in Kalifornien die bisher gezahlten Prozeßkosten in Streitigkeiten, in die Bewässerungsfarmen verwickelt wurden durch den Mangel in rechtlicher wie administrativer Hinsicht genügender Wasserrechte, hinreichen würden, um jeden Hektar jetzt und in Zukunft bewässerungsfähigen Geländes dieses Staates durch Verrieselungswerte tatsächlich zu erschließen¹⁾. Was das heißen will, mag man daraus ersehen, daß bereits 2 000 000 Hektar für die Bewässerung vorbereitet sind, von denen weit über die Hälfte tatsächlich berieselt wird. Die Kosten dieser Anlagen in technisch bevorzugten Gegenden, in denen ständig Flüsse durch Ebenen ziehen, die nur geringer Planierung bedürfen, interessieren uns hier weniger, weil wir diese Verhältnisse in Südwest nicht besitzen. Wir wollen vor allem wissen, was man bei rentabler Wirtschaft für die Anlagen ausgeben darf, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein. Das unter der Voraussetzung, daß Klima und Boden den Anbau von Stapelartikeln

¹⁾ Irrigation in California. F. W. Roeding.

gestatten. Da ist es nun tröstlich zu lesen²⁾, daß in Riverside (Kalifornien) für das Wasserrecht jedes Hektars 2000 Mark bezahlt werden. Das ist im Vergleich zum Erlös immer noch billig. Denn das Hektar mit tragenden Orangen, der dortigen Hauptfrucht, wird mit 25 000 Mark gewertet. Diese Rechte bedeuten Anschlüsse an einen Kanal aus dem Santa Ana River. Wenn sich Kanalan Anschlüsse auch nur sehr selten so kostspielig stellen, so ist doch oft das Pumpen aus dem Grundwasservorrat vorzuziehen.

In Louisiana zahlt man für die fertige Förderungsanlage einer von Motor betriebenen Zentrifugalpumpe auf 6 Meter tiefen Brunnen pro Hektar 1240 Mark, für die Wartung sowie Heizmaterial im Jahr 40 Mark. Letzteres ist so zu verstehen, daß nur periodisch gepumpt wird. Pumpwerke sind hier in Südwest gut um die Hälfte teurer, das Heizmaterial um das Mehrfache. In 6 Metern Tiefe wird man hier nur selten hinlänglich Wasser finden. Die Förderung aus größerer Tiefe macht entsprechend größere Kosten. Trotzdem wird sich in vielen Fällen ein Pumpwerk auf die Flächeneinheit berechnet unter Zurechnung der laufenden Ausgaben preiswerter stellen als ein Stauwerk.

Das gleiche gilt in erhöhtem Maße beim Pumpen mit Wind. In Kansas rechnet man bei 5 Metern Hubhöhe 420 Mark Anlagekapital für die Windmotoranlage pro Hektar und jährlich 7 Mark laufende Ausgaben, von Verzinsung und Amortisation abgesehen, also hauptsächlich für Öl, aber 15 bis 20 Prozent des Anlagekapitals für Amortisation.

In Colorado ist die Hubhöhe größer. Im Durchschnitt rechnet man bei 16 Metern Brunnentiefe 760 Mark für Brunnen nebst Pumpmotor pro Hektar und 38 Mark jährliche Ausgabe. Das entspricht schon eher unseren Verhältnissen, was Brunnentiefe anbelangt, doch sind Windmotoren hier sehr viel teurer infolge der Frachten und vieler Speisen.

Im Pomonatal (Kal.)³⁾ stellten sich die Bewässerungsanlagen für 8000 Hektar, hauptsächlich artesische Brunnen und Pumpwerke aus wechselnder Brunnentiefe je nach Lage und Regenjahr bis über 200 Fuß, auf 4 200 000 Mark. Hierzu kommen 2 000 000 Mark für Leitungsröhre und Reservoirs.

Untenstehend gebe ich eine Vergleichstabelle der Kosten der Wasserbeschaffung verschiedener Art, die sich bei verschiedenen gut prosperierenden Anlagen ergaben. Die drei ersten Reihen geben die Durchschnittszahlen für die betreffenden Staaten bei genanntem System.

Die erste Spalte gibt die laufenden Jahreskosten in Mark an auf ein Hektar berechnet wie die weiteren Spalten auch, die zweite die Hubhöhe, die dritte die Anlagekosten der Bewässerung pro Hektar, die letzte die gesamten Jahreskosten einschließlich Verzinsung usw.

Laufende Jahreskosten	Hubhöhe	Anlagekapital	Gesamtkosten ⁴⁾ pro Hektar und Jahr
		Windmotoren	
7	5 m	420	112 Kansas
		Windmotoren	
38	16 m	760	228 Colorado
		Dampfmaschinen und Gasolin- usw. Motoren	
40	6 m	1240	350 Louisiana
		Kanal aus Fluß	
34	—	2000	234 Riverside (Kal.)
		Artesische Brunnen und Pumpwerke verschiedener Art	
—	0,70 m	780	150 Pomona (Kal.)

²⁾ Review of ten years of irrigation investigations. R. F. Teele.

³⁾ The use of underground water for irrigation at Pomona (Cal.).

⁴⁾ Summe aus 8 Prozent Zinsen des Kapitals, 17 Prozent Amortisation des Pumpwerks und den laufenden Ausgaben.

Wie die Kanäle, die aus Flüssen abzweigen, so sind auch häufig die Pumpwerke im Besitz von Genossenschaften oder Gesellschaften.

Die Größe der einzelnen Güter ist meist 60 Hektar, sinkt aber bei Orangefarmen auf acht Hektar mitunter. Da Handarbeit viel zu kostspielig ist, wird naturgemäß der Boden durchweg mit Gespannen gelockert oder auch mit Dynamit.

Nimmt man auch für das Namaland acht Hektar als unterste Grenze eines Siedlerhofes, so gibt es nur wenige Brunnen, die für genossenschaftlichen Betrieb ergiebig genug wären. Daß bei tieferem Graben oder Bohren sich noch manche finden würden, ist wahrscheinlich. Aber mit der Pumphöhe würden die Kosten wachsen. Es lassen sich aber flache, sehr ergiebige Brunnen künstlich herstellen, indem man es macht wie in Pomona (Kal.). Wie unsere Riviere auch, haben dort der San-Antonio-Fluß und seine Zuläufe beim Austritt aus der Gebirgskluft auf die Ebene Regel von Schotter und Kies aufgeworfen. Nur bei Hochflut überschwemmt er das Delta, läuft aber gewöhnlich in einem Kanale, den er selbst wieder in dem Schotterkegel ausgefressen hat. Man hat nun den Fluß gezwungen, sein tiefes Bett zu verlassen und ständig über den Kies zu laufen, der äußerst begierig das Wasser aufnimmt und weiterführt. Flußabwärts, wo sich die Strömung verringert hat, bedecken Sand und Lehm den Kies. Der Boden wird immer toniger, je weiter man ins Tal niedersteigt. Wird diese Tonschicht durchstoßen, so gelangt man in die künstlich mit Wasser angereicherte Schottertschicht, und das Wasser tritt bei genügendem Druck artesisch an die Oberfläche.

Man muß sich natürlich hüten, das Stauen am Oberlauf so weit zu treiben, daß die feinen Einkstoffe hier bereits niedergefallen und die Löcher des Schotters verstopfen. Das Wasser muß in Bewegung bleiben.

Noch etwas anderes ist bei unserer Wasserarmut zu beobachten an jedem Fall, ob es statthalt ist, das Wasser in den Untergrund versickern zu lassen, ohne die Rechte eines anderen zu schädigen.

Das Wasserrecht⁵⁾ der südafrikanischen Union unterscheidet drei Klassen von Rechten, deren folgende dem vorhergehenden untergeordnet sind, nämlich für:

1. Hausgebrauch und Viehtränke;
2. Bewässerung;
3. Industriezwecke.

Unter 2. Bewässerung muß man auch die natürliche Ueberslutung der Täler beim Abkommen der Riviere verstehen. Diese natürliche Bewässerung ist für das Namaland ganz außerordentlich wichtig. Die nahrhaften Futterbüsche und Sträucher und vor allem der gesamte Baumbestand verdanken dieser natürlichen Bewässerung ihr Leben. Es ist selbstverständlich, daß diese typische Flußtalvegetation, die die Farmen besonders in Gegenden, wo der Regenfall im Durchschnitt unter hundert Millimeter fällt, erst wirtschaftsfähig macht, durch Wasserentnahme flussaufwärts in ihrer Existenz nicht bedroht werden darf.

Der Baumbestand dürfte durch die Verordnung vom 1. Mai 1900 hinlänglich geschützt sein, denn ob das Fällen der Bäume mit einem Werkzeug oder durch Entziehen des Lebensnervs, des Wassers, geschieht, dürfte im Auge des Gesetzgebers gleichgültig sein.

Es ist also als erster Grundsatz aufzustellen, daß nur Ueberschußwasser gestaut oder verwandt werden darf über das hinaus, was der Baumbestand wie überhaupt die natürliche Flußtalvegetation benötigen.

Es bleibt da immer noch eine große Menge Wasser verfügbar, denn jährlich strömen viele Millionen Kubikmeter durch den Fischfluß dem Oranje zu. Es gilt diese auf die beste Art zu nutzen, aber selbstverständlich unter Wahrung des bisherigen Nutzens und der auf natürlichem Wege geschaffenen Werke.

⁵⁾ Government Gazette vom 30. Mai 1912.

Auf dem Weltmarkt gilt der Zentner Orangen 1.25 Mark. Der Zentner Holz kostet jetzt hier schon kaum weniger.

Wo nachgewiesen wird, daß durch die künstliche Bewässerung eines kleinen Stückes dauernd mehr Werte geschaffen, als durch die Unterbindung der natürlichen Verrieselung vernichtet werden, mag es der Regierung freistehen, von der Verordnung abzuweichen. Ebenso würde, wenn man sich auf den Rechtsstandpunkt stellt, daß es einem Privatmann zusteht, den auf seinem Besitz vorhandenen Wasserstand zur Benutzung an anderer Stelle zu verkaufen, er sich auch des Rechtes auf die natürliche Verrieselung seiner Täler begeben.

In Amerika wird sehr viel natürliche Weide bewässert. Nachhilfe der natürlichen Talverrieselung dürfte auch hier die billigste Weidemelioration sein, besonders wo sie sich mit Ausfaat von Futterfrüchten und Wäschern verbinden läßt.

Periodische Bewässerung ist natürlich sehr viel billiger als Bewässerung das ganze Jahr hindurch und, besonders in der trockensten Zeit, wofür oben gegebene Zahlen gelten. Die Kosten der Bewässerung, einschließlich der periodischen, stellten sich^{*)} in den ariden Staaten Nordamerikas auf 90 Mark pro Hektar.

Im südlichen Kalifornien haben sich viele wohlhabende Gebildete aller Berufsstände aus dem Osten Amerikas angekauft, teils angelockt durch die hohe Rentabilität der Orangenhaine, teils durch das milde Klima. Diesem Zuwachs an kapitalkräftiger Intelligenz verdankt das Land größtenteils sein schnelles Aufblühen. Wann werden wir hier im Namalande eine ähnliche Erscheinung erleben?!

Evangelisch-kirchliches Leben in Südwestafrika.

Von Pastor Liz. A n z., früher in Windhuk.

Unter den rund 15 000 Weißen, die es am 1. Januar 1913 in Südwestafrika gab, sind rund 10 000 evangelische Deutsche. Verstreut wie sie sind über ein Land von der 1½fachen Größe Deutschlands, muß ihre kirchliche Versorgung erhebliche Schwierigkeiten machen. Trotzdem ist dieselbe jetzt in der Hauptsache sichergestellt dank der wahrhaft großzügigen Arbeit, die dort von dem preussischen Evangelischen Oberkirchenrat gemeinsam mit dem Deutsch-evangelischen Kirchenausschuß geleistet worden ist. Nach einem 1907 aufgestellten und Schritt für Schritt in die Wirklichkeit übergeführten Plan sind jetzt alle Hauptpunkte des Landes: Windhuk, Swakopmund, Lüderitzbucht, Keetmanshoop, Gibeon, Karibib, Ufakos, Omaruru, Grootfontein, Tsumeb mit evangelischen Gemeinden besetzt und gewaltige Landbezirke an jede einzelne dieser Gemeinden angeschlossen. Acht Pfarrer (zwei für Windhuk, je einer für Swakopmund, Lüderitzbucht, Keetmanshoop-Gibeon, Karibib-Omaruru-Ufakos, Grootfontein-Tsumeb und einer als Vertreter für die auf Heimaturlaub Gegangenen) bemühen sich, von diesen kirchlichen Mittelpunkten aus das ganze Land, auch die Farmer und die entlegenen Stationen, mit Gottesdiensten zu versehen. Und wo der Geistliche nicht als Gemeindepfarrer hin kommt, da kommt er als Militärseelsorger hin, nachdem seit Aufhebung der Feldgeistlichenstellen bei der Schutztruppe auch die Ausübung der evangelischen Militärseelsorge den Pastoren übertragen worden ist. Und wo das gesprochene Wort nicht hin kommt, da flattert das gedruckte hin: ein von den Pastoren gemeinsam herausgegebenes, in Swakopmund redigiertes „Evangelisches Gemeindeblatt für Deutsch-Südwestafrika“ wird monatlich in 1400 Abzügen unentgeltlich an alle Südwestafrikaner geschickt, die sich die Zustellung nicht verbitten. So kann man sagen, daß jetzt das ganze Land mit einem zwar noch sehr weitmaschigen, aber doch fast lückenlosen Netz kirchlicher Fürsorge überzogen ist; und daß, während noch 1907 nur eine Gemeinde im ganzen

^{*)} Yearbook of the Department of agriculture 1903.

Land (Windhof) mit nur einem Pastor bestand, und eine zweite, in Swakopmund, nur eben erst im Entstehen war, aber von einem Missionar nebenamtlich mitverwaltet wurde!

Von einer „südwestafrikanischen Landeskirche“ zu reden, wie in verzeihlichem Hochgefühl über das Erreichte das dortige Gemeindeblatt gelegentlich tut, wäre allerdings wohl trotzdem etwas verfrüht. Eine Landeskirche im heimatlichen Sinne wird auch aller Wahrscheinlichkeit nach in Südwestafrika nie entstehen. Denn drüben in der Kolonie herrscht von Anfang an völlige Trennung von Kirche und Staat. Was in der Heimat unter heißen Kämpfen und schweren Bedenken für und wider erwogen wird, da ist man dort blindlings hineingelaufen, ohne daß die führenden Männer sich wohl gleich im Beginn der Tragweite ihrer ersten Schritte klar gewesen sind. Genug, das Ergebnis ist da und kann und wird auch nicht zurückgebildet werden: völlige Trennung von Kirche und Staat bis zur Folgerung des religionslosen Unterrichts in höheren und niederen Schulen.

Unter diesen Umständen kann in Südwestafrika nur eine Freikirche entstehen, keine Landeskirche. Was vorläufig vorhanden ist, ist noch nicht einmal das, sondern nur zehn völlig unabhängig nebeneinander stehende, in Form von kirchlichen Vereinen auf der Grundlage reiner Freiwilligkeit aufgebaute, locker miteinander verbundene Einzelgemeinden. Auch deckt sich infolgedessen die evangelische Gemeinde keineswegs mit der Gesamtheit der Evangelischen an einem Ort oder in einem Bezirk. Zur Gemeinde gehört nur, wer in die Mitgliederliste eingetragen ist und sich zur Zahlung eines freiwilligen Jahresbeitrags verpflichtet hat. Das sind aber von den rund 7000 evangelischen Männern im Lande nur etwa 1500. Die Tätigkeit der Pastoren erstreckt sich predigend, taufend, trauend, werbend natürlich auch auf alle übrigen; aber jede Gemeinde ist nur der feste Kern eines größeren, man möchte sagen, Missionskreises. Das gemeinsame Band zwischen den Gemeinden besteht einstweilen außer dem gemeinsamen evangelischen Glauben und der für die Gottesdienste von allen benutzten preussischen Agende nur in der alljährlich einmal stattfindenden Pfarrkonferenz, ihren Beschlüssen über die Einführung des gleichen Gesangbuchs und Religionsbuchs (für den von den Geistlichen gegebenen Religionsunterricht) in allen Gemeinden und dem von der Pfarrkonferenz für alle gemeinsam herausgegebenen „Gemeindeblatt“. Man sieht, es ist hier noch alles im Werden, der interessante Versuch eines Neubaus auf kirchlichem Neulande.

Man kann allerdings fragen, ob der Bau nicht doch vielleicht zu lockergefügt sei, um auf die Dauer tragfähig zu bleiben. Gewiß ist's für die jungen Gemeinden gut, daß sie den festen Rückhalt der preussischen Landeskirche hinter sich haben. Der sind sie jetzt samt und sonders angeschlossen, zuletzt im Lauf des vergangenen Jahres Kreetmanshoop (14. Juni 1912), Karibib-Omaruru-Ujafos (23. Juli 1912) und Grootfontein-Tfumbes (15. November 1912). Und die Heimatkirche sorgt sehr tatkräftig für diese ihre Kinder in Deutschland. Die Kirch- und Pfarrhausbauten in Windhof, Swakopmund und Lüderitzbucht wären ohne die reichliche Unterstützung aus Deutschland, besonders von Seiten des Evangelischen Oberkirchenrats in Berlin und des Deutsch-evangelischen Kirchenausschusses gar nicht möglich geworden. Nach einer interessanten Aufstellung von P. Hasenkamp im „Gemeindeblatt“ Nr. 1 von 1913 sind für Bauten, Reisen der Pastoren, Beschaffung von Wagen, Gespannen und anderem bisher 650 000 Mark nötig geworden, von denen etwa 400 000 Mark in Deutschland, 250 000 Mark im Schutzgebiet selber aufgebracht worden sind. Die Gehälter der sieben Pastoren betrugen 1912 51 000 Mark, wovon 17 000 Mark aus der Kolonie, 34 000 Mark aus Deutschland stammen. Da der eigentliche Aufschwung evangelisch-kirchlichen Lebens in Südwestafrika, seine kräftige Ausdehnung über die Stammgemeinde Windhof und die nachdrückliche Förderung seitens der Heimatkirche

erst seit etwa 1906 zu rechnen sind, so ist das in wenigen Jahren eine recht stattliche Leistung, sowohl von Mutterland wie von Kolonie.

Entstanden sind die Gemeinden wohl alle so, daß zunächst einige kirchlich gesinnte und angesehenen Männer, in mehreren Fällen der Gouverneur selber oder der Bezirksamtmann, den Zusammenschluß der Evangelischen anregten und die große Masse der aller kirchlichen Sitte seit Jahren Entwöhnten mit sich fortrissen. Missionare haben dann selbstlos die Anfangsarbeit getan; die älteste Gemeinde im Lande, Windhuk, bot mit ihren bereits erprobten Satzungen, Einrichtungen und Formen das Vorbild, nach dem man sich selber konstituierte; der Evangelische Oberkirchenrat in Berlin sandte einen Pfarrer; und wenn die Verhältnisse sich genügend gefestigt und geklärt, so erfolgte der Anschluß an die preussische Landeskirche und damit die vorläufige Krönung des Werkes der Gemeindegründung. Die Hauptarbeit kommt dann freilich erst nach: das in Satzungen und Ordnungen aufgestellte Skelett einer Gemeinde mit warmem Fleisch und Blut zu bekleiden, den größeren oder kleineren Häuflein von zahlenden Mitgliedern (Windhuk als die größte südwestafrikanische Gemeinde zählt ihrer 267) christlichen Gemeingeist einzuhauchen und also, von außen nach innen arbeitend, lebendige Gemeinden zu schaffen. Sie sind alle emsig am Werke, mit allen Mitteln, die die evangelisatorische Werbetätigkeit auch in Deutschland dafür an die Hand gibt; namentlich sind Familienabende zur ständigen Einrichtung der Gemeinden geworden, um weiteste Kreise zu erreichen und zusammenzuführen.

Lähmend lasten dabei auf der Tätigkeit der Gemeindefkirchenräte und Pastoren die Schwierigkeit, wie die nötigen Geldmittel aufbringen, und die Rechtsunsicherheit des Besitzstandes. Es ist keine Kleinigkeit, wenn die Gemeinde Windhuk einen Jahreshaushalt von rund 9000 Mark, die Gemeinde Swakopmund einen solchen von rund 7000 Mark aufstellen und durchführen muß ohne einen Pfennig fester Einnahmen, angewiesen lediglich auf Kollekten, Stofgebühren, freiwillige Beiträge, Kirchenkonzerte, Basare und ähnliches. Und es ist niederdrückend, daß die Gemeinde Windhuk fast seit ihrer Gründung (1896) vergeblich sich bemüht, die Rechte einer juristischen Person zu erlangen, insolgedessen auch über ihre drei Gebäude: Kirche, Pfarrhaus und Kindergarten nebst den dazugehörigen Grundstücken noch immer keinen Besitztitel aufzuweisen hat.

Was die Religionslosigkeit der Schulen den Geistlichen, wenigstens der größeren Stadtgemeinden, an Mehrarbeit bringt, mag man daran ermessen, daß in Windhuk die Realschule jezt fünf, die Gemeindegchule fünf und die katholische Missionschule (die aber auch evangelische Kinder aufnimmt) drei Klassen zählt. Sollte jede Klasse auch nur zwei Religionsstunden wöchentlich erhalten, so würde das 26 Stunden ausmachen, das heißt, eine volle Lehrkraft ausschließlich beschäftigen. Da der Geistliche oder die Geistlichen darauf doch aber nur einen Teil ihrer Zeit und Kraft verwenden können, so muß entweder der Religionsunterricht darunter leiden, oder die Gemeinde muß sich zur Anstellung eines eigenen kirchlich besoldeten und verantwortlichen Religionslehrers entschließen.

Aus alledem mag man ersehen, daß die Stellung eines Pfarrers in Südwestafrika wahrlich keine Einnahme ist, zumal zu der vielseitigen und aufreibenden Tätigkeit am Sitz der Gemeinde selber noch zahlreiche weite und unbequeme Reisen zu Pferde, mit Ochsenwagen, Maultierkarre und Eisenbahn nach den Predigstationen und in die Farmerbezirke hinzukommen. Wenn sie trotzdem frisch, fröhlich und tapfer an der Arbeit sind, so leisten sie ein wackeres Werk als Pioniere des Christentums, Deutschtums und der Kultur zugleich.

Die Zukunftswünsche für das evangelische Christentum in Südwestafrika ergeben sich aus dem Gesagten von selbst: äußerlich kann bis auf weiteres die Organisation für abgeschlossen gelten, außer daß der Zusammenschluß der Gemeinden noch ein festerer werden muß; innerlich muß noch so viel geschehen, um die geschaffenen Formen

mit lebendigem christlichen Inhalt zu füllen. Zur Erleichterung dieser Arbeit wird es aber wesentlich beitragen, wenn den Gemeinden die drückende Schuldenlast, die sie durch Kirchen- und Pfarrhausbauten auf sich geladen haben, von der Heimat noch mehr erleichtert wird als schon bisher geschehen ist; und wenn den noch vor großen Zukunftsaufgaben stehenden hilfsreiche Hand geboten wird, bald zu einem schlichten Kirchlein oder Pfarrhaus mit Betstuhl (der Wunsch dazu ist in allen Gemeinden brennend), zur Rechtsicherheit und damit zur Sicherstellung von Vermögen und Einnahmen (Erhebung von Kirchensteuern) zu gelangen. Es ist frisch ausblühendes Leben in diesen Gemeinden; und wenn es ein Ehrentitel des evangelischen Deutschland ist, dies Leben über See gepflanzt zu haben, so ist's auch Ehrenpflicht, es kräftig weiter zu fördern, bis es auf eigenen Füßen stehen und dem Mutterland Freude machen kann.

Die katholische Mission in Deutsch-Südwestafrika.

Von Dr. J. Pietisch, Direktor der Missionsanstalt in Hünfeld.

Während die protestantische Mission schon seit den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Deutsch-Südwestafrika eine umfassende Tätigkeit entfaltete, ist die Wirksamkeit der katholischen Kirche in diesem Teil des deutschen Schutzgebietes erst neueren Ursprungs. Sie liegt in den Händen zweier Ordensgenossenschaften: der Patres Oblaten von der unbefleckten Jungfrau Maria, welche ihr deutsches Mutterhaus in Hünfeld bei Fulda haben, und der Patres Oblaten vom heiligen Franz von Sales, deren deutsche Zentrale in Wien ist, die aber seit kurzem auch in Marienberg bei Aachen ein Heim auf deutschem Boden haben. Jede von diesen Missionsgesellschaften hat ihr eigenes Arbeitsgebiet, welches ihr im Einverständnis mit der Reichsregierung von der römischen Kongregation der Propaganda, dieser Zentralbehörde für das gesamte katholische Missionswesen, zugewiesen wurde. Die geographische Grenze zwischen den beiden Missionsgebieten bildet der 23. Grad südlicher Breite. Nördlich davon liegt die den Oblaten der unbefleckten Jungfrau Maria anvertraute apostolische Präfektur Nieder-Cimbebasien, südlich die Präfektur Groß-Namaland, in welcher die Oblaten vom heiligen Franz von Sales wirken. Ueber jedes dieser Missionsgebiete soll im folgenden in Kürze einiges gesagt werden.

Die apostolische Präfektur Nieder-Cimbebasien.

Nachdem in früheren Jahrzehnten schon einige vorübergehende Missionsversuche im Gebiet des heutigen Deutsch-Südwestafrika durch die Väter vom heiligen Geist gemacht worden waren, errichtete die Propaganda am 1. August 1892 die apostolische Präfektur Nieder-Cimbebasien und übergab sie der deutschen Ordensprovinz der Patres Oblaten als Arbeitsfeld. Jedoch erst im November 1896 konnten die ersten Missionare unter Führung des apostolischen Präfekten P. Hermann von dem Missionsgebiete Besitz ergreifen. Die erste Niederlassung wurde in der Hauptstadt Windhuk gegründet. Zunächst mußte man sich der Seelsorge der Weißen widmen, unter denen zahlreiche Katholiken waren. Die Missionsarbeit unter den Heiden konnte nicht recht in Angriff genommen werden, weil die damalige Landesregierung es den Missionaren zur Pflicht machte, sich von den bereits durch die evangelische Mission besetzten Arbeitsfeldern fernzuhalten, eine Beschränkung, die gegen das 1900 erlassene Schutzgebietsgesetz (§ 14) verstieß, aber erst 1905 nach dem Aufstande aufgehoben wurde. Die katholischen Missionare hatten von Anfang an ihre Augen auf den Norden, auf die Ovambo und den Okavango gerichtet, doch waren diese Gebiete noch unzugänglich. Sie gründeten daher im Osten unter den Betschuanen die Missionsstationen von Epukiro und Aminuis, vorübergehend auch in Raururus.

Der Hereroaufstand von 1904 brachte der Mission viele Leiden und vernichtete zum großen Teil, was in saurer Arbeit geschaffen worden war. Vorübergehend mußten auch die Laienbrüder zu den Waffen greifen. Mehrere Patres zogen mit den Soldaten als Feldgeistliche hinaus und trösteten und pflegten sie, wenn sie verwundet oder typhuskrank in den Feldlazaretten lagen. Es gelang den Missionaren, ihre Christen von Epufiro vom Aufstand fernzuhalten; die Mission wurde allerdings vollständig zerstört. Ein Missionar von Aminuis, P. Franz Jäger, wurde von den Aufständischen in der Nähe seiner Missionsstation getötet.

Infolge der mehr als halbhundertjährigen Arbeit der protestantischen Mission unter einer dünnbesetzten Bevölkerung im Zentrum des Schutzgebietes hatte die katholische Mission wenig Aussicht auf Erfolg in der Heidenmission. Mehrfach wurde daher der Versuch gemacht, im Norden und Nordosten der Kolonie Fuß zu fassen. So zogen der Reihe nach in den Jahren 1897–1910 sieben verschiedene Expeditionen dem Okavango zu. Mit Ausnahme der letzten scheiterten sie alle an den großen Schwierigkeiten des Weges, darunter eine Durchstrecke von 120 Kilometern, dem ungesunden Klima und der unfreundlichen Haltung der Eingeborenen. Neben vielen anderen Opfern kosteten sie vier Missionaren in der Blüte der Jahre das Leben. Nach der gegenwärtigen Lage ist aber zu hoffen, daß diese Mühen und Opfer endlich ihre Früchte tragen werden. Die seit 1910 bestehende Mission Njangana am Okavango befindet sich in schönster Entwicklung; eine zweite Station soll demnächst in der Nähe von Andara, weiter gegen den Caprivizipfel zu, gegründet werden.

Der erste apostolische Präfekt der Mission, P. Bernard Hermann, mußte im Jahre 1901 infolge gesundheitlicher Verhältnisse die Leitung der Mission niederlegen. Sein Nachfolger, P. Augustin Nachtwen, führte sie bis 1908, wo auch er, besonders infolge der während des Aufstandes ausgestandenen Strapazen, nach Europa zurückkehren mußte. An seine Stelle trat P. Josef Schenmer, der in einem seltenen Grad die in jenen schwierigen Zeiten so notwendigen Eigenschaften zur Leitung der Mission in sich vereinigte; ein hartnäckiges Lungenleiden, dem er bald darauf erlag, zwang ihn jedoch, nach zwei Jahren sein schweres Amt niederzulegen. Seither steht P. Eugen Knaehle an der Spitze der Präfectur.

Ueber die gegenwärtige Lage der Mission orientiert am besten ein Auszug aus dem letzten Jahresberichte, der das Datum Oktober 1912 trägt. Es bestehen zurzeit folgende elf Stationen: Windhof (gegründet 1896), Klein-Windhof (1899), Swakopmund (1899), Epufiro (1903), Döbra (1904), Ilafos (1904), Okombahe (1906), Omaruru (1906), Sobabis (1907), Grootfontein (1908), Njangana (1910). In denselben wirkten insgesamt 22 Patres, 25 Laienbrüder, 22 Schwestern (Franziskanerinnen von Nonnenwerth), 11 eingeborene Katecheten. Die Zahl der weißen Katholiken betrug 1537, die der getauften Eingeborenen 1034, die der Katechumenen 457.

Die katholische Mission hat in Deutsch-Südwestafrika einen doppelten Wirkungsbereich, die Seelsorge der weißen Katholiken und die Mission unter den Heiden. Die erstere dieser Aufgaben, die Pastoration der weißen Bevölkerung, schließt auch verschiedene andere Zweige der Tätigkeit auf dem Gebiete des Unterrichts und der sozialen Fürsorge in sich. Die Schwierigkeiten, die hier zu überwinden sind, liegen in dem steppenartigen Charakter des Landes und den weiten Entfernungen der Farmen, auf denen die wenigen Katholiken zerstreut leben. Ihre religiöse Versorgung erfordert daher weite, mühevolle und kostspielige Reisen. Ein Wochenblatt: „Christliches Familienblatt“, das seit Januar 1913 erscheint, soll die Arbeit der Missionare unterstützen. Für die auf den Militärstationen liegenden Soldaten werden regelmäßig Feldgottesdienste gehalten; im letzten Berichtsjahre fanden 28 derartige Gottesdienste statt.

Auf dem Gebiete des Unterrichts wesens hat die Mission von Anfang an eine rege Tätigkeit entfaltet. Sie gründete die erste höhere Knabenschule in der Kolonie, ließ dieselbe aber eingehen, nachdem die Regierung selber eine solche Anstalt ins Leben

gerufen hatte. Die Franziskanerinnen leiten seit 1906 eine höhere Töchterchule, die sich einer großen Wertschätzung erfreut; sie besitzt paritätischen Charakter; von den 37 Schülerinnen, die sie im letzten Jahre zählte, waren 12 katholisch, 25 evangelisch. Mit ihr ist ein Pensionat für auswärtige Schülerinnen verbunden. Bisher unterhielt die Mission auch eine Elementarschule in Usakos; seit Errichtung der dortigen Regierungsschule ist sie aufgegeben. Für die kleineren Kinder besteht in Windhof ein von den Schwestern geleiteter Kindergarten.

Während des Krieges haben die Schwestern auch mit vieler Opferwilligkeit die Verwundeten und Kranken, besonders die Typhuskranken, gepflegt. Auf allgemeines Verlangen gründeten sie dann in Swakopmund ein den Anforderungen der Neuzeit entsprechendes Krankenhaus, dem bald ein zweites in Windhof folgte. Außerdem unterhalten sie noch in Swakopmund ein Lazarett für die Eingeborenen und üben in Usakos ambulante Krankenpflege aus. In Swakopmund besorgen sie im Verein mit dem katholischen Frauenbund die Schiffsmission, d. h. sie nehmen die mit jedem Schiffe ankommenden Mädchen in Empfang, um sie vor Gefahren zu bewahren und ihnen zur Erlangung einer einwandfreien Stellung mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Die Eingeborenenmission beschäftigt sich nicht nur mit der religiösen Unterweisung der Heiden, sondern sie will dieselben auch zu gesitteten, arbeitsamen Menschen erziehen. Das Christentum soll bei den Neugetauften nicht äußerer Firnis bleiben, sondern in Fleisch und Blut übergehen, ihr ganzes Tun und Lassen beeinflussen. Erst dadurch wird die Mission zu einer Kulturtat ersten Ranges, nicht nur für die Eingeborenen, deren Wohlstand sich hebt, sondern auch für das Mutterland; denn nur eine arbeitsame, sparsame Bevölkerung kann ein Land wirtschaftlich hochbringen, seine natürlichen Schätze ausbeuten und ausführen, dafür andere Produkte des Handels eintauschen und so ein ausnahmsfähiges Absatzgebiet werden. Daher setzt die katholische Mission neben das Ora stets das Labora: sie gibt selbst durch ihre Laienbrüder und Schwestern das Beispiel selbstloser Arbeit und unterhält eine Handwerkerschule für Knaben und 4 Haushaltungsschulen für Mädchen. Für Unterricht und Bildung sorgt sie durch 12 Elementarschulen mit 267 Schülern und 11 Abendschulen mit 167 Schülern. Schließlich sei noch des Erziehungsheimes für halbweiße Kinder in Klein-Windhof gedacht.

Die Eingeborenen, denen sich die Missionare der nördlichen Präfektur widmen, gehören den verschiedenen Stämmen der Herero, Bergdamara, Nama, Betschuanen und Diriko an. Es ist keine leichte Aufgabe, die so tief gesunkenen Völker allmählich zu heben, ihnen die Begriffe der Sittlichkeit einzupflanzen und sie zu christlicher Lebensauffassung und Lebensbetätigung zu erziehen. Diese Arbeit erfordert viel Geduld und Selbstverleugnung; nur um diesen Preis werden die breiten Massen des Heidentums allmählich vom Sauerteig des Evangeliums durchdrungen werden, wie es auch bei unseren Vorfahren Jahrhunderte gedauert hat, bis das Heidentum gänzlich überwunden war und das Christentum seinen vollen Einfluß auf die Herzen ausübte.

Die apostolische Präfektur Groß-Namaland.

Die Oblaten des heiligen Franz von Sales arbeiteten seit 1882 in dem an beiden Ufern des Oranjefflusses gelegenen Vikariate des Oranjefflusses. Am 7. Juli 1909 trennte die Propaganda den auf deutschem Gebiete gelegenen Teil dieses Missionsfeldes ab und errichtete eine selbständige apostolische Präfektur Groß-Namaland. Der erste Präsekt war P. Stanislaus v. Krolkowski. Die Mission umfaßt heute sechs Stationen mit wenigstens einem residierenden Missionar: Heirachabis, Gabis, Aminuis, Warmbad, Lüderichbucht, Keetmanshoop. Die älteste von ihnen, Heirachabis, besteht seit 1898; Aminuis wurde 1902 von den Oblaten der unbefleckten Jungfrau gegründet und steht heute noch, obschon sonst zur apostolischen Präfektur Groß-Namqualand gehörig, unter ihrer Verwaltung; die anderen Stationen sind erst nach der Niederwerfung

des Aufstandes ins Leben gerufen worden, Warmbad und Gabis 1908, Lüderichs-
1910, Kreetmanshoop 1911. In Heirachabis, Warmbad und Gabis bestehen Schwestern-
niederlassungen (Oblatinnen vom heiligen Franz von Sales). Dieselben sind besonders
auf dem Gebiet der christlichen Caritas und des Unterrichts tätig. So unterhalten sie
die Waisenhäuser, Arbeitsschulen und einige der in der Statistik (siehe weiter unten)
erwähnten Kinderschulen. In Warmbad richteten sie von Dezember 1905 bis Dezem-
ber 1906 ein Militärlazarett ein. Gar mancher tapfere Krieger hat dort durch die
opferwillige Pflege der Schwestern und Ärzte die Gesundheit oder doch wenigstens
Sinderung in seinem Leiden und Trost im Tode gefunden.

Ein besonderes Verdienst erwarb sich die Mission der Oblaten vom heiligen Franz
von Sales durch die Vermittelung des Friedensabchlusses mit den aufständischen
Hottentotten und Pondelzwarts. Auf Veranlassung des Generals v. Trotha und des
Oberst v. Teimling gab sich namentlich P. Malinowski große Mühe, die Aufständischen
zur Niederlegung der Waffen zu bewegen. Anfangs ohne Erfolg. Nur nach eifrigem
Zureden von seiten der Missionare waren die Hottentotten mit den Friedensverhand-
lungen einverstanden, wollten aber nicht abschließen ohne die Zustimmung aller Be-
teiligten; namentlich mußte der Unterkapitän Josef Christian noch herbeigeholt werden,
der sich unterdes auf englisches Gebiet geflüchtet hatte. Fünf Wochen ritt P. Ma-
linowski durch die Wüste, um ihn aufzusuchen, bis es ihm endlich gelang, ihn zu er-
reichen und zum Frieden zu bewegen. Am 23. Dezember wurden die Friedensver-
handlungen zu Ende geführt; die Aufständischen lieferten auf der Missionsstation Hei-
rachabis die Gewehre ab. Dieselben konnten am 25. Dezember dem Oberstleutnant
v. Gstorff als Weihnachtsgeschenk übergeben werden. Später begab sich P. Malinowski
nochmals in die Kapkolonie, um die dorthin geflüchteten Pondelzwarts zur Unterwer-
fung und zur Rückkehr auf das deutsche Gebiet zu bewegen, was denn auch größtenteils
gelang.

Ähnlich wie im Norden der Kolonie widmen sich die Missionare auch hier so-
wohl der Seelsorge unter den eingewanderten weißen Katholiken als auch der Be-
kehrung der in ihrem Bezirk lebenden Heiden, die den Stämmen der Hottentotten, Nama
und Pondelzwarts angehören. Sie befolgen dabei dieselben Erziehungsgrundsätze, die
auch anderswo von der katholischen Missionspraxis hochgehalten werden und suchen
den Eingeborenen nicht nur die Wahrheiten des Christentums zu verkünden, sondern
ihnen auch die Gewohnheiten eines gesitteten und arbeitsamen Lebens beizubringen.

Der Fortgang der Mission hat durch eine große Trockenheit, verbunden mit Hun-
gersnot, in den Jahren von 1903 bis 1905 sehr gelitten; auch die Wirren des Auf-
standes waren nicht gerade dazu angetan, die Arbeiten der Missionare zu fördern. Den
gegenwärtigen Stand zeigt folgende Statistik, welche den Stand vom 30. September 1912
widergibt und der Zeitschrift „Das Licht“, Missionszeitschrift der Oblaten des heiligen
Franz von Sales, entnommen ist (Februar 1913, S. 22). In der Mission wirken dem-
nach 8 Patres, 1 Laienbruder, 11 Schwestern, 12 eingeborene Katecheten. Es bestehen
5 Kinderschulen, 3 Arbeitsschulen für Mädchen, 1 für Knaben, 3 Waisenhäuser. Die
Zahl der eingeborenen Katholiken beträgt 1566, die der Katechumenen 106, die Zahl
der weißen Katholiken zirka 1510.

Stellt man die statistischen Angaben der beiden in der Kolonie arbeitenden Missions-
gesellschaften zusammen, so ergibt sich folgendes Bild der Lage der katholischen Kirche
in Deutsch-Südwestafrika: 30 Priester, 26 Laienbrüder, 33 Schwestern, 23 eingeborene
Katecheten, 3047 weiße Katholiken, 2600 eingeborene (getaufte) Katholiken, 563 Ka-
techumenen.

Fußend auf tausendjährigen Traditionen, arbeitet die katholische Kirche auch in
Deutsch-Südwestafrika an ihrem erhabenen Ziele, die Menschen, Weiße wie Schwarze,
Christen und Heiden zu Christus und zum ewigen Leben zu führen. Wie

anderswo und in früheren Jahrhunderten ist diese Arbeit auch in Deutsch-Südwestafrika gleichzeitig eine Kulturtat, von der auch das Vaterland seinen großen Nutzen hat. Mission und Kolonisation sollen daher stets Hand in Hand gehen und zusammen, wenn auch mit verschiedenen Mitteln und verschiedenen Zielen, an der Entwicklung unserer Kolonien arbeiten. Dazu verlangt die Mission nur die nötige Freiheit und Selbstständigkeit in ihrem Wirkungskreis. Möge ihr dieselbe draußen auf dem Missionsfelde wie für die Anstalten der Heimat stets gewährt werden!

Die Bedeutung der Windturbine für Deutsch-Südwestafrika.

Von Ingenieur Gottfried Goldberg - Berlin-Lichterfelde.

Unter unseren Kolonien ist Deutsch-Südwest bisher das Schmerzenskind der Verwaltung gewesen. Trotzdem hat das Wort „wertlose Sandwüste“ lange seine Berechtigung verloren. Man hat erkannt, daß an dieses Land ein anderer Maßstab anzulegen ist und andere Hilfsmittel als die in Europa gebräuchlichen heranzuziehen sind. Daß in vielen Gegenden des Landes auf Ackerwirtschaft wird verzichtet werden müssen, ist vielleicht nicht einmal allzusehr zu bedauern, da sich die Viehzüchtung als ausreichendes Requiralamittel erwiesen hat.

Zwei Punkte sind es, welche die Wasserversorgung des Landes hauptsächlich erschweren und welche auch späterhin Schwierigkeiten bieten dürften, wenn durch die angestrebte Arbeit der dauernd tätigen Bohrkolonnen mehr Brunnen und Wasserstellen erschlossen sein dürften: 1. das monatelange Fehlen jedweder Niederschläge, was ein Austrocknen fast sämtlicher Flüsse zur Folge hat, und 2. die Tiefe der herzustellenen Brunnen.

Dem ersten Uebelstande treten Ansiedler und Verwaltung bereits seit Jahren durch die Anlage von Staubecken entgegen; wenn auch diese Bauten bisher fast nur von privater Seite unternommen wurden und aus diesem Grunde nur in kleinem Maßstabe gehalten werden können. Die Unterstützung der Regierung beschränkt sich bis jetzt darauf, den Farmern auf Antrag die Hälfte der ihnen bei solchen Anlagen entstandenen Kosten zu ersetzen. Wie schon in einem früheren Artikel ausführlich besprochen worden ist, können aber diese aus privaten Mitteln entstandenen und privaten Zwecken dienenden Bauten höheren Ansprüchen nicht genügen. Erst die Anlage von Staudämmen in großem Stil, wie dieselbe schon vor Jahren von erfahrenen Wasserbauingenieuren an Ort und Stelle ausgearbeitet worden sind, können für größere Strecken des Landes Wandel schaffen. Der Glaube an die Wichtigkeit und Notwendigkeit dieser Kulturaufgabe muß sich allmählich Bahn brechen, und die Errichtung dieser Bauten kann nur eine Frage der Zeit bedeuten.

Auf der anderen Seite erschweren wieder die meist recht beträchtlichen Brunnentiefen die Wasserversorgung auf den einzelnen Farmen und Plantagen. Die Bohranträge sind noch immer so zahlreich, daß ihnen sowohl von staatlicher als privater Seite nicht völlig genügt werden kann. Im letzten Berichtsjahr wurden wiederum von der Regierung zwei Bohrrupps beschäftigt, welche zusammen 147 Bohrungen mit einer Gesamtteufe von 6621,87 m ausführten. Die Durchschnittsteufe belief sich im Norden des Schutzgebietes auf 42 m, im Süden auf 50 m, die flachste Bohrung ergab bereits bei 6 m Wasser, während die tiefste 191 m betrug. Von den Bohrungen erwiesen sich 107 als wasserfühndig, aber nur 65 als praktisch brauchbar, da ein Zulauf von 300 Stundenlitern Wasser verlangt wird. Für amtliche Zwecke hatten 53 und auf Privatwunsch 94 Bohrungen stattgefunden.

Daß es bei den durchaus nicht vereinzelt dastehenden Zahlen der Brunnenteufen eine Menschenkraft übersteigende Arbeitsleistung bedeutet, einen größeren Landkomplex oder eine Viehherde mit Wasser zu versorgen, liegt auf der Hand. Es müssen also

mechanische Mittel zur Anwendung gebracht werden. Die einfachste und billigste Hilfskraft liefert hier der Wind, welcher mittels Turbinen das Wasser zur Erdoberfläche befördert. Diese Maschinen haben auch bereits in unseren Kolonien Eingang gefunden, nur wird leider noch immer zum großen Teil Windmotoren amerikanischen Ursprungs der Vorzug gegeben. Die Bevorzugung ausländischer Fabrikate ist jedoch nicht nur im nationalen Interesse zu beklagen, sondern auch vom technischen Standpunkt aus ganz unbegründet und als finanziell unnötig belastend zu bezeichnen. Wenn auch in früheren Jahren die amerikanische Industrie auf diesem Gebiete der deutschen voraus war, und die Abnehmer deutscher Windmotoren vielleicht Enttäuschungen zu erleiden hatten, so gehört ein solcher Zustand der Vergangenheit an. Die deutsche Industrie leistet auch auf diesem Gebiete zurzeit erstklassige Qualitätsarbeit, welche jede Konkurrenz aufzunehmen vermag. Beispielsweise enthält die „Deutsche Japanpost“ folgenden Bericht, der im Auszug hier wiedergegeben sei: „Bei dem Taifun, welcher am 19. Juni 1911 hier (Jokohama, Japan) Hunderte von Menschenleben vernichtete, hat von allen aufgestellten Windturbinen, die zumeist amerikanischen Ursprungs sind, nur eine Konstruktion standgehalten, ohne den geringsten Schaden zu nehmen, und zwar die Windturbine auf dem Grundstück des Herrn R. Schöffner, auf dem Tachingu-Yama. Die Anlage dient zum Maschinenbetrieb, zur Wasserförderung und zur Erzeugung elektrischer Energie. Das Rad ist von den Vereinigten Windturbinenwerken vorm. Rud. Brauns u. Carl Reinsch in Dresden geliefert usw.“ Dieser Fall zeigt also die direkte Überlegenheit des deutschen Fabrikats.

Im allgemeinen erfährt die Bedeutung der Windturbine für unsere Kolonien noch nicht die genügende Würdigung. Nur zu häufig begegnet man dem Einwande, daß die Tage mit ausnützbarem Wind nicht häufig und regelmäßig genug wären, und infolgedessen der Betrieb zu oft eine Unterbrechung erfährt. Das mag früher bei den veralteten Konstruktionen, welche schon eines ziemlich heftigen Windes bedurften, einer gewissen Verrechnung nicht entbehrt haben. Die modernen Windturbinen besitzen einen so vorteilhaften Wirkungsgrad, daß sie schon arbeiten, wenn auch nur der leiseste Luftzug zu spüren ist. Im königlichen Meteorologischen Institut in Berlin sind Tabellen zusammengestellt worden, wonach im Jahr durchschnittlich während zusammen 8439 Stunden ausnützbarer Wind herrscht (das Jahr zu $365 \times 24 = 8760$ Stunden gerechnet). In unseren Kolonien dürften die Verhältnisse kaum ungünstiger liegen, insbesondere erfreut sich Deutsch-Südwest ziemlich regelmäßiger Winde. Bekannt ist ja A. W. der Ursprung des Namens Windhut.

Diese günstige Ausnutzung auch des leisesten Windes verdankt die moderne Windturbine ihrer gewissenhaft und gründlich durchdachten Konstruktion. Die heute in den größten deutschen Fabriken gebräuchliche Flügelform gewährleistet eine Windausnutzung von 95 %. Die Flügelstellung ist eine solche, daß in jeder Entfernung vom Radmittelpunkt dieses dem Winde die gleiche Angriffsmöglichkeit bietet, der Flügel selbst weist eine schraubenförmige Gestalt auf. Der Abstand zwischen den einzelnen Flügeln ist so groß, daß die Wirkung des Windes nirgends behindert wird. Ein besonders wichtiger Punkt ist die selbsttätige Regulierung des Mechanismus. Die Tourenzahl des Windrades würde, wenn nicht eine entsprechende Regulierung erfolgte, mit der zunehmenden Windstärke im gleichen Maße steigen und endlich die Haltbarkeit der Turbine gefährden. Die erste Anregung zu dem erfolgreichen System der heute bestehenden Selbstregulierung ist zwar von Amerika ausgegangen, doch ist die Methode erst in Deutschland umgearbeitet, und zu ihrer heutigen Vervollendung geführt worden. Das Verfahren beruht darauf, daß sich das ganze Rad bei starkem Winde etwas zurücklegt, und somit dem Winde nicht mehr seine ganze Fläche darbietet. Zu diesem Zweck dient eine kleine Seitenfahne, auf welche der Wind drückt. Nimmt er an Stärke zu, so dreht er durch seinen Druck auf die Fahne die Radebene nach hinten, so daß der Wind in einem immer spitzer werdenden Winkel das Rad trifft. Hierdurch wird die wirksame Radfläche

verkleinert und die absolute Wirkung des Windes auf das Windrad konstant erhalten. Bei abflauendem Winde ziehen starke Spiralfedern das Rad wieder gegen den Wind. Eine große Fahne dient zur selbsttätigen Einstellung des Rades gegen die Windrichtung, so daß auch hier jede Bedienung unnötig wird. In Wirklichkeit genügt ein zweiwöchentliches Delauffüllen, um den ganzen Betrieb automatisch in Gang zu erhalten.

Besonderes Gewicht wird auf das verwendete Material gelegt. Alle stark beanspruchten Teile der Turbine sind aus bestem Stahl gefertigt, die Hauptlager besitzen starke Phosphorbronzebüchsen. Die Turbine ruht gewöhnlich auf einer turmartigen Eisenkonstruktion, welche aus vier starken Hauptsäulen besteht, die wiederum durch Querleisten verbunden sind und sich nach oben zu pyramidenartig nähern. Oben, direkt unter dem Rade, befindet sich ein Podium, welches von einem eisernen Geländer umgeben ist. Die Turmhöhe richtet sich nach der Lage des betreffenden Ortes, den Windhindernissen (Bäumen, Häusern), welche denselben umgeben. Es muß darauf geachtet werden, daß das Rad stets einige Meter höher liegt, als der höchste Punkt der unmittelbaren Umgebung. Die Besteigung kann mittels einer eisernen Leiter erfolgen, doch wird die Turbine durch eine Handwinde außer Betrieb gesetzt, welche sich am Fuße des Turmes befindet. Die Seitenfahne liegt dann an der Hauptfahne an und das Windrad befindet sich parallel zur Hauptfahne. Der Wind trifft das Rad dann nur von der Stirnseite und kann keine Kraft entfalten.

Durch einen besonderen Uebertragungsmechanismus, welcher mit minimalen Reibungswiderständen arbeitet, wird die Kraft nunmehr einem darunter montierten Motor zugeteilt, der entweder ein Kraft- oder Pumpmotor sein kann. Folgende Tabellen geben über die Wasser- und Kraftleistungen der Turbine bei entsprechendem Raddurchmesser Auskunft:

Tabelle der Wasserleistungen.

Leistungen bei leichtem Wind von 4 bis 5 m/sek., wie er im Durchschnitt täglich ca. 6 bis 10 Stunden, je nach Ortslage, zu erwarten ist.

Geleistete Wassermenge in Litern durchschnittlich pro Stunde	Förderhöhe									
	bis 5	10	15	20	30	40	50	60	75	100 m
	Windrad Durchmesser in m									
400—500	2 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{1}{2}$	3	3	3	3	3 $\frac{1}{2}$	4
600—750	2 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{1}{2}$	3	3	3 $\frac{1}{2}$	3 $\frac{1}{2}$	4	4 $\frac{1}{2}$
800—1000	2 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{1}{2}$	3	3	3	3	3 $\frac{1}{2}$	4	4 $\frac{1}{2}$	5
1200—1500	3	3	3	3	3 $\frac{1}{2}$	4	4	4 $\frac{1}{2}$	5	5
1700—2000	3	3	3	3 $\frac{1}{2}$	4	4 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{1}{2}$	5	5	5 $\frac{1}{2}$
2200—2500	3	3	3 $\frac{1}{2}$	4	4 $\frac{1}{2}$	5	5	5 $\frac{1}{2}$	6	6
2600—3000	3	3	3 $\frac{1}{2}$	4	4 $\frac{1}{2}$	5	5	5 $\frac{1}{2}$	6	6 $\frac{1}{2}$
3500—4000	3	3 $\frac{1}{2}$	4	4	5	5	5 $\frac{1}{2}$	6	6 $\frac{1}{2}$	7
4500—5000	3	3 $\frac{1}{2}$	4	4 $\frac{1}{2}$	5 $\frac{1}{2}$	5 $\frac{1}{2}$	6	6 $\frac{1}{2}$	7	8
5500—6000	3 $\frac{1}{2}$	4	4 $\frac{1}{2}$	5	5 $\frac{1}{2}$	6	6 $\frac{1}{2}$	7 $\frac{1}{2}$	8	9
7000—8000	3 $\frac{1}{2}$	4	5	5	6	6 $\frac{1}{2}$	7	8	9	10
9000—10000	3 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{1}{2}$	5	5 $\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{2}$	7 $\frac{1}{2}$	8	9	10	11
11000—12000	3 $\frac{1}{2}$	5	5 $\frac{1}{2}$	6	7	8	9	10	11	12
13000—15000	4	5	6	6 $\frac{1}{2}$	7 $\frac{1}{2}$	9	10	11	12	—
16000—20000	4 $\frac{1}{2}$	5 $\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{2}$	7	9	10	11	12	—	—
21000—25000	5	6	7	8	10	11	12	—	—	—
26000—30000	5	6 $\frac{1}{2}$	7 $\frac{1}{2}$	9	11	12	—	—	—	—
35000—40000	5 $\frac{1}{2}$	7 $\frac{1}{2}$	9	10	12	—	—	—	—	—

Ueber die Kraftleistungen der Windturbine gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Größe der Windturbinen	m	4	4½	5	5½	6	6½	7	7½	8	8½	9	10	11	12
Leistung des Wind- rades															
bei 4–5 m Wind PS		½	¾	1	1¼	1½	1¾	2	2¼	2½	2¾	3	4	5	6
bei 6–8 m Wind PS		1½	2	2½	3	4	4½	5	5½	6	6½	7	8	10	14
bei 8 m Wind PS		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	14	15	20

Im Anschluß an die Anlage hat der Bau eines Wasserreservoirs zu erfolgen, welches so groß angelegt werden muß, daß sein Inhalt für mindestens vier bis fünf Tage ausreicht. Die Größe richtet sich selbstverständlich nach dem Wasserbedarf, der auf Grund folgender Erfahrungsmengen leicht zu bestimmen sein dürfte: man rechnet pro Tag für eine Person 30 bis 50 l, für ein Pferd 50 l, ein Rind 50 l, ein Kalb 20 l, ein Schwein 15 l, ein Schaf 5 l, eine Ziege 5 l, ein qm Gartenfläche 1½ l usw. Das Reservoir ist stets, wenn in der Nähe eine Geländerrhöhung vorhanden ist, möglichst hoch zu legen, damit das Wasser unter natürlichem Druck in Leitungsröhren an seinen Bestimmungsort läuft. Bei Anlagen in tropischen Ländern kann das Reservoir ohne Frostschutzvorrichtung im eisernen Windturbinenturm Aufstellung finden.

Auch für Eisenbahnpumpstationen hat sich die Windturbine gut bewährt; vier Stahlwindturbinen haben im Dienst der Eisenbahnbau- und Betriebsgesellschaft in Deutsch-Südwestafrika Aufstellung gefunden, desgl. sind 20 von der gleichen Art für die Bahn Damaskus-Mekka geliefert worden.

Die Windturbine dient aber nicht allein der Wasserförderung, sondern kann noch in anderweitiger mannigfacher Weise benutzt werden. Sie ist mit Vorteil zur Entwässerung von Ländereien, z. B. Wiesenmeliorationen, angewendet worden. In diesem Fall treibt der Motor eine Wasserschnecke an, wie dies z. B. in Holland vielfach geschieht. Die diesbezüglichen Leistungen belaufen sich bis zu 21 000 l pro Minute.

Noch zahlreicher ist die Verwendung der Windkraft für Kraftbetriebe, z. B. zum Antrieb landwirtschaftlicher Maschinen oder solcher für ländliche Kleingewerbe. In allen Fällen stellt die Windturbinenanlage zweifellos die billigste Einrichtung dar, da nach der ersten Anschaffung nur noch die Kosten für das Schmieröl zu begleichen sind. Reparaturen sind bei der soliden Ausführung der deutschen modernen Fabrikate so gut wie ausgeschlossen, die Anlage kann bei guter Instandhaltung ein Lebensalter bis zu hundert Jahren erreichen. In unseren Kolonien, wo es an Elektrizitätswerken mangelt und auch Benzin durch die Transportkosten sehr verteuert wird, dürfte in der Windturbine der beste Antriebsmechanismus zu suchen sein. Bei dem Arbeitermangel unserer Kolonien werden sich im Laufe der Zeit die landwirtschaftlichen Maschinen mehr und mehr einbürgern und mit ihnen wahrscheinlich auch der Windmotor. Auch zum Antrieb von Arbeitsmaschinen für das Kleingewerbe hat sich die Windkraft vorteilhaft eingeführt.

Eine Neuerung auf diesem Gebiet stellen die windelektrischen Anlagen dar, d. h. Windturbinen, welche selbsttätig Elektrizität erzeugen. In früheren Jahren standen für diesbezügliche Versuche nur die Normaltypen der Dynamomaschine zur Verfügung, welche sich für Windbetrieb als ungeeignet erwiesen. Den Vereinigten Windturbinenwerken in Dresden-Niedersedlitz ist es geglückt, unter Mitarbeit und ständiger Beaufsichtigung der königlichen Technischen Hochschule in Dresden neue Apparate zu konstruieren, durch welche die alten Mängel beseitigt worden sind. Die Bewegung des Windrades wird bei dieser neuen Konstruktion mit Hilfe von Regelrädern auf eine

Dynamomaschine übertragen, welche den erzeugten Strom an eine Sammelbatterie abgibt. Die neue Erfindung besteht hauptsächlich in einem zwischen Dynamomaschine und Sammelbatterie eingebauten Apparat, welcher den Zweck hat, bei Stillstand und geringer Drehzahl der Dynamomaschine die Batterie abzuschalten. Während einer etwa sechsmonatlichen Probezeit hat die Anlage ohne jedwede Betriebsstörung gearbeitet. Eine solche Anlage ist imstande, nicht nur elektrisches Licht, sondern auch elektrische Kraft zu beispiellos billigen Preisen zu erzeugen. Zweifellos steht dieser Erfindung eine große Zukunft bevor, und es ist zu erwarten, daß dieselbe sich auch in den Kolonien schnell einbürgern wird. Selbst die älteren Windturbinen der Fabrik haben sich besonders in Deutsch-Südwest vorteilhaft eingeführt, denn in kurzer Zeit sind über 100 Anlagen nach dieser Kolonie geliefert worden.

Die Amerikaner, welche nicht mit Unrecht sich den Ruf von Sparsamkeit und praktischer Anpassungsfähigkeit erworben haben, machen bereits in weitestem Maße Gebrauch von der Windkraft. Eine Landwirtschaft ohne Windturbine gehört zu den Seltenheiten. Vier bis fünf Millionen Hektar Land, welche früher aus Mangel an ausreichender Bewässerung öde lagen, sind heute durch geeignete Bewässerungsanlagen in fruchtbares Land verwandelt worden. Doch auch in Deutschland beginnt die Wertschätzung der Windturbine zu wachsen. Wie groß das Interesse für diesen Zweig unserer Industrie ist, geht aus der ständig sich vermehrenden Nachfrage hervor. Im Vergleich zu einer Zeit vor zehn Jahren ist die heutige Produktion von Windturbinen um das Zwölfwache gestiegen. Im Interesse der Entwicklung unserer Schutzgebiete ist es dringend zu wünschen, daß die Bedeutung der Windturbine immer mehr Anerkennung auch in kolonialen Ländern finden möge.

Deutsch-Südwestafrika im Lichte der Statistik.

Von Hubert Henoch.

I. Weiße Bevölkerung.

	1912	1911	1910	1909	1908	1907	1906
Männer	9 046	8 915	8 451	8 010	5 295	4 899	4 842
Frauen	2 808	2 468	2 173	1 826	1 491	1 079	723
Kinder	2 962	2 579	2 311	1 955	1 427	1 132	807
Zusammen	14 816	13 962	12 935	11 791	8 213	7 110	6 372

	1903*)	1902	1901	1900	1899	1898	1897
Männer	2 804	2 569	2 185	2 146	1 840	1 532	1 554
Frauen	712	672	480	452	351	1 012	1 074
Kinder	1 166	1 433	978	790	681		
Zusammen	4 682	4 674	3 643	3 388	2 872	2 544	2 628

1896: 2025 1895: — 1894: 1200 (Schätzung) 1893: annähernd 1150
 1892: annähernd 670 1891: 620

*) 1904 und 1905 haben wegen des Eingeborenen-Aufstandes Zählungen nicht stattgefunden. Auch für 1895 ist in den amtlichen Veröffentlichungen keine Angabe zu finden.

II. **Ausfuhr:**

	Wert in Mark				
	1911	1910	1909	1908	1907
1. Lebende Tiere	45 500	105 100	81 000	7 000	3 000
2. Fleisch und Fleischwaren	14 500	22 600	4 00	—	—
3. Häute und Felle (Robbenfelle)	324 000	189 000	180 000	132 000	109 000
4. Hörner und Elfenbein	25 000	22 700	17 000	24 000	28 000
5. Wolle	74 200	76 300	26 000	19 000	7 000
6. Straußenfedern	79 800	51 800	35 000	63 000	41 000
7. Guano	8 300	—	—	8 000	12 000
8. Marmor und andere Steine sowie Erden	10 400	17 100	7 000	22 000	1 000
9. Diamanten	2 334 000	26 869 000	15 436 000	51 000	—
10. Kupfer und sonstige Erze	3 783 000	5 700 000	4 747 000	6 299 000	1 283 000
11. Blei	346 000	861 000	982 000	992 000	—
12. Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft	4 300	6 600	10 000	5 000	2 000
13. Verschiedenes (Waren aus Leder, Häuten, Fellen, Photographien usw., Kuriofitäten und Verschiedenes, Gebrauchte Umschließungen, Ver- packungsmittel, Materialien und Gegenstände aller Art des freien Verkehrs, welche zur Verwertung oder Wiederverbenutzung in das Aus- land zurückgeschickt werden	825 000	766 000	546 300	143 000	106 000
Zusammen	28 573 000	34 691 000	22 071 000	7 795 000	1 616 000

	Wert in Mark					
	1902	1901	1900	1899	1898	1897
1. Lebende Tiere	1 024 000	120 000	128 000	122 000	2 000	—
2. Fleisch und Fleischwaren	—	—	—	—	—	—
3. Häute und Felle (Robbenfelle)	137 000	64 000	57 000	71 000	23 000	—
4. Hörner und Elfenbein	56 000	67 000	22 000	23 000	15 000	—
5. Wolle	5 600	2 500	2 400	3 600	2 500	—
6. Straußenfedern	91 000	71 000	66 000	59 000	53 000	—
7. Guano	854 000	850 000	610 000	1 095 000	773 000	—
8. Marmor und andere Steine sowie Erden	—	—	—	—	—	—
9. Diamanten	—	—	—	—	—	—
10. Kupfer und sonstige Erze	—	—	—	—	—	—
11. Blei	—	—	—	—	—	—
12. Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft	16 000	10 000	1 500	500	10 000	—
13. Verschiedenes (Waren aus Leder, Häuten, Fellen, Photographien usw., Kuriofitäten und Verschiedenes, Ge- brauchte Umschließungen, Ver- packungsmittel, Materialien und Gegenstände aller Art des freien Verkehrs, welche zur Verwertung oder Wiederverbenutzung in das Aus- land zurückgeschickt werden	17 000	48 000	18 000	23 000	32 000	—
Zusammen	2 213 000	1 242 000	908 000	1 399 000	916 000	1 247 000

Bestimmte Angaben für die früheren Jahre fehlen.

Die gesamte Ausfuhr der Kriegsjahre (einschl. 1903) betrug 1906 383 000, 1905 216 000, 1904 299 000, 1903 3 540 000 Mark.

III. Einfuhr.

Der Wert der deutsch-südwestafrikanischen Einfuhren betrug in Mark:

1911: —	1903: 7 931 000
1910: 44 344 000	1902: 8 568 000
1909: 34 713 000	1901: 10 075 000
1908: 33 179 000	1900: 6 968 000
1907: 32 396 000	1899: 8 941 000
1906: 68 626 000	1898: 5 868 000
1905: 23 632 000	1897: 4 887 000
1904: 10 057 000	Frühere Angaben sind nicht vorhanden.

IV. Gesamthandel

in Mark:

1911: 73 875 000	1903: 11 870 000
1910: 79 036 000	1902: 10 781 000
1909: 56 784 000	1901: 11 317 000
1908: 40 974 000	1900: 7 876 000
1907: 34 012 000	1899: 10 341 000
1906: 69 009 000	1898: 6 784 000
1905: 23 848 000	1897: 6 134 000
1904: 10 366 000	

V. Viehzählungen.

	1912	1911	1910	1909	1908	1907	1903
Bullen	2 747	2 278	2 051	1 622	1 204	708	2 146
Ochsen	40 397	33 402	32 238	27 466	23 288	16 965	20 358
Kühe	62 847	53 202	43 436	34 915	26 122	18 471	32 804
Färken	26 625	19 633	15 215	11 881	9 071	7 126	12 085
Kälber	39 168	35 900	28 199	20 228	13 646	9 261	22 992
Rindvieh	171 784	144 445	121 139	96 112	73 331	52 531	90 385
Wollschafe	46 901	32 209	29 201	20 089	11 753	3 526	4 201
Perserschafe	12 588	—	—	—	—	—	—
Karakul	4 094	—	—	—	—	—	—
Fleischschafe	422 481	381 240	343 989	280 644	193 020	98 069	182 541
Ziegen	448 279	384 986	319 000	237 551	156 281	99 663	156 727
Angoraziegen	20 431	10 257	8 095	4 472	3 956	3 696	3 391
Pferde	13 340	11 633	10 661	8 271	6 533	3 119	5 265
Esel und Maultiere	11 894	9 994	12 693	9 775	8 098	7 605	987
Schweine	7 195	7 761	5 208	2 917	2 258	1 202	690
Kamele	789	847	954	240	297	487	3
Strauße	1 277	642	334	229	131	—	—

Vor 1903 sind die Viehbestände der Kolonie nicht gezählt worden.

Wirtschaftliche Grundlagen und Aussichten der Togolonie.

Von Direktor Fr. Hupfeld.

(Schluß.)

Aussichtreiche Kulturen.

Fragt man sich nun, auf welchem Wege das Schutzgebiet Togo möglichst rasch und erfolgreich entwickelt werden kann, so ist zunächst zu untersuchen, welche Kulturen in Togo besonders gute Aussichten bieten. Das läßt sich heute schon recht gut überblicken, auch wenn einzelne Fragen noch offen sind und einzelne Möglichkeiten vielleicht noch gar nicht erkannt sind.

Die Grundlage des Außenhandels bildet zur Zeit die *Delpalme*, sie ist auch ohne Zweifel für die Zukunft die wichtigste Kulturpflanze, wenigstens für Süd- und Mitteltoگو, während ihr in Nordtoگو das Klima weniger zusagt. In Westafrika heimisch, wächst sie in ganz Togo, vielfach von den Eingeborenen angepflanzt oder in eine Art Kultur genommen, vielfach aber auch wild. Eigentum an Delpalmen gilt in Süd- und Mitteltoگو als wertvollster Familienbesitz, wobei es allerdings fraglich ist, ob die Nutzung dieses Familienbesitzes auch wirklich der ganzen Familie zugute kommt. Einen besonderen Wert hat die Delpalme für den Eingeborenen als Lieferant des Palmweins, bei dessen Gewinnung die betreffende Palme vernichtet wird.

Daß die wirtschaftliche Ausnutzung der vorhandenen Bestände eine ganz unzureichende ist, daß durch sachgemäße Kultur die Ernten bedeutend gesteigert werden können, und daß hierin noch große Schätze in Süd- und Mitteltoگو fast ungenutzt liegen, das alles hat John Booth in seinem Reiseberichte eingehend dargestellt. Ohne Zweifel sind auch noch große Flächen vorhanden, die sich erfolgreich mit Delpalmen bebauen lassen.

Dabei hat die jetzt gefundene Lösung der Aufgabe einer maschinellen Gewinnung von Palmöl und Palmkernen aus den Delpalmenfrüchten die Möglichkeit der Gewinnung sehr viel reineren Palmöls, ja vielleicht sogar eines für Speisefettfabrikation verwendbaren Palmöls bei höherem Ausbringen geschaffen und macht gleichzeitig eine große Zahl von Arbeitskräften für produktive Arbeit frei.

Und doch kommt man in Togo nicht weiter in der Frage. Wohl hat die Agupflanzung die Delpalmenkultur aufgenommen und ein Palmölwerk errichtet, wohl hat die Togo-Baumwollgesellschaft ein Palmölwerk in Lome errichtet und die Deutsch-Westafrikanische Handelsgesellschaft hat ein solches am Monoflusse im Bau, auch plant ein früherer Pflanzungsleiter eine Delpalmenplantage im Hinterlande von Aneho, aber von irgendeinem großzügigen Vorgehen zur Erschließung der schlummernden Werte ist nicht die Rede. Wohl mag die Regierung hier und da anfangen, die Eingeborenen auf bessere Kulturmethoden hinzuweisen, aber das sind kleine Mittel. Die Hauptsache ist zunächst die Schaffung von Palmölwerken in den Palmölgebieten. Das sind aber so kostspielige und komplizierte Anlagen, daß sie nur unter Aufsicht eines Europäers betrieben werden können. Man kann

nicht gut daran denken, daß dabei das Gouvernement als Unternehmer auftritt; dem stehen eine Reihe schwerwiegender Bedenken gegenüber. Das Gegebene ist der Privatunternehmer.

Nun wird sich aber so leicht niemand darauf einlassen können, den Bau und Betrieb eines Palmölwerkes zu riskieren, wenn er nicht eine Sicherheit hat, daß er wenigstens für einen Teil der Leistungsfähigkeit der Anlage die nötigen Früchte regelmäßig bekommt. Lieferungsverträge mit Eingeborenen abzuschließen, ist eine mißliche und unsichere Sache; die Durchführung einer Klage bei Nichterfüllung dürfte ihre Schwierigkeiten haben.

So ergibt sich zwingend, daß man ein Palmölwerk nur dann anlegen kann, wenn man selbst oder ein anderer Europäer, mit dem man Lieferungsverträge abschließt, Celpalmen besitzt und zwar tragende Celpalmen. Denn wenn man jetzt erst anfangen soll, Celpalmen zu pflanzen, so müßte man mit dem Bau des Palmölwerkes natürlich warten, bis sie in Ertrag treten, also wohl 6–8 Jahre.

Will man also eine rasche Entwicklung der Celpalmenfrage, so muß man schon aus Rücksicht auf die Errichtung von Palmölwerken den Uebergang von Celpalmenbeständen in europäischen Plantagenbau zulassen.

Daß dieser in der Regel viel eher in der Lage sein wird, Früchte eines bestimmten Reifegrades zu liefern, was zur Erzielung des besten Oeles unerläßlich ist, ist unbestreitbar. In manchen Gegenden wird der mit fremden Arbeitern (z. B. solchen aus Nordtogo) arbeitende Plantagenbau aber überhaupt die einzige Möglichkeit sein, die vorhandenen Celpalmenbestände, soweit sie für die Arbeitskraft der bisherigen Besitzer zu groß sind, in Kultur zu nehmen. Daß unsere Südtogoneger selbst fremde Lohnarbeiter heranzögen, ist in nennenswertem Umfange vorläufig nicht zu erwarten.

Gegenüber der Celpalme tritt die Kokospalme in ihrer Bedeutung sehr zurück. Aber sie hat doch ihren Wert, da sie eine der wenigen Kulturen ist, die auf der Küstendüne überhaupt möglich sind. Daß sie auch rentabel ist, beweisen die Erfolge des Vorwerkes Bagida der Plantage Kpeme, wo man die allerdings sehr nötige sorgfältige Auswahl des Bodens getroffen hat. Außer dieser europäischen Plantage besteht noch eine Plantage bei Lome, sie gehört dem wohlhabenden Eingeborenen Olympio, ferner haben eine Anzahl von Eingeborenen und auch einzelne Europäer an verschiedenen Stellen Pflanzungen angelegt. Für die Ausfuhr steigt aber der Anteil der Plantage Kpeme ständig, so daß die übrige Ausfuhr ganz zurücktritt. Allerdings arbeitet die Plantage seit Jahren mit künstlicher Düngung, die bei der Qualität des Bodens ja auch unbedingt erforderlich ist, während von den übrigen Palmen nur die des Eingeborenen Olympio etwas natürlichen Düng erhalten. So lange das sich nicht ändert, wird die Produktion der von Eingeborenen mit Kokospalmen bebauten Flächen stets nur ein Bruchteil der Produktionsmöglichkeit bleiben. Daher ist es für die Schaffung von Ausfuhrwerten zu bedauern, daß die Plantage Kpeme die Ausdehnung ihrer Anpflan-

jungen demnächst wird einstellen müssen, weil es ihr bisher nicht möglich war, weiteres für Kokospalmen geeignetes Land zu erwerben.

Von Dauerkulturen hat ferner der Kakaobesondere Bedeutung, aber nur für die waldigen Gebirgsgegenden Mitteltoḡoḡ. Hier wäre noch gutes Land für eine Anzahl kleinerer und mittlerer Plantagen zu finden, daneben hat aber auch die Eingeborenenkultur ihre volle Berechtigung. Die Plantage hat ja den Vorzug, eine erheblich bessere Ware zu liefern, der Eingeborenenbetrieb kann dafür aber kleine und kleinste verstreut liegende Flächen guten Bodens ausnutzen, was für den Plantagenbetrieb natürlich unmöglich ist. In jedem Falle ist aber das Gebiet, in dem Kakaobau angebracht erscheint, auf bestimmte Teile der Bezirke Misahöhe, Atapame und Kete-Kratŷji beschränkt.

Noch nicht ganz geklärt ist die Frage einer Kautschukkultur. In den für Kakaobau geeigneten Gegenden wird wahrscheinlich *Hevea brasiliensis* angebaut werden können. In den weiten Steppengegenden, und zwar auch in Nordtoḡoḡ, wächst *Manihot Glaziovii* recht gut, und ohne Zweifel sind die Flächen geradezu unbegrenzt, die für diesen Baum in Betracht kommen können. Vor Deutschosafrika, wo rund 35 000 Hektar mit diesem Baume angepflanzt, man kann sagen aufgeforstet sind, hat Toḡoḡ noch den Vorzug, daß der Kautschuk nicht in der Stichelmethode gewonnen werden muß, sondern daß der Grätenschnitt möglich ist. Exakte Nachweise einer Rentabilität liegen aber, soweit Plantagenbetrieb in Frage kommt, bisher nicht vor, und angesichts des drohenden Wettbewerbes der Riesenkulturen von *Hevea* in Vorder- und Hinterindien muß man auch vorsichtig werden mit der Anlegung weiterer Kautschukpflanzungen.

So angenehm es daher an sich ist, in dem *Manihot*-Baum eine für Toḡoḡ vorzüglich passende Kulturpflanze zu kennen, so kann sein Anbau doch zurzeit nur unter Vorbehalt empfohlen werden.

Unbedenklich dagegen wird man der Anpflanzung von *Kapok* das Wort reden dürfen. Dieser Steppenbaum, von dem wertvolle Varietäten in Toḡoḡ wild vorkommen, eignet sich für die Kolonie anscheinend vorzüglich, und zwar auch für Nordtoḡoḡ. Wohl fehlen noch sichere Unterlagen für Rentabilitätsberechnungen, daher ist Vorsicht vorläufig noch am Platze, aber nach den bisherigen Erfahrungen in Toḡoḡ wie in Deutschosafrika ist die Hoffnung berechtigt, daß diese Kultur in beiden Kolonien einen großen Aufschwung nehmen wird. Ob dabei dem Plantagenbetrieb oder der Eingeborenenkultur der Vorzug zu geben sein wird, läßt sich zurzeit noch nicht entscheiden.

Erwähnt sei unter den Baumkulturen noch der *Kolabaum* zur Deckung des Bedarfes der Kolonie an Kolanüssen und der *Zitronenbaum*. Ob sein Anbau sich empfiehlt, muß erst noch versucht und studiert werden; bisher ist in dieser Richtung noch so gut wie nichts geschehen. Ähnliches gilt von der Anpflanzung der *Ananas*, für die Toḡoḡ nach Boden und Klima und bisherigen Erfahrungen sehr gut geeignet sein dürfte.

Von den mehrjährigen Kulturpflanzen ist für Togo anscheinend vorzüglich geeignet die *Sisalagave*. Diese mexikanische Steppenpflanze, mit der in Deutschostafrika an 25 000 Hektar bebaut sind, wächst offenbar auch in Togo ausgezeichnet; der Sisalhans von Kpeme erzielt dieselben Preise wie deutschostafrikanischer Hans, das Verhältnis zwischen Faser und Blattgewicht ist keinesfalls ungünstiger als in Ostafrika, die Arbeiterverhältnisse, die Schiffsverbindungen und die Seefrachten sind günstiger als dort. Dabei stehen geradezu unbegrenzte Flächen Landes zur Verfügung, die sich für diese Kultur eignen. Zehntausende von Hektaren, die heute ganz oder fast ganz ungenutzt bleiben, können auf diese Weise nutzbar gemacht werden. Wie in Deutschostafrika an der Usambarabahn sich Plantage an Plantage reiht, so könnte es auch in Togo sein, während heute außerhalb der Oelpalmengebiete die Bahnen oft auf Duzende von Kilometern durch produktionslose Steppe gehen.

Während heute zum Beispiel auf der nördlichen Hälfte der Atakpamebahn ein Zug wöchentlich genügen würde, um den ganzen Güterverkehr zu bewältigen, würde schon ein Anbau von dauernd 10 000 Hektar Sisalagaven jeden zweiten Werktag rund 7 Eisenbahnwagen (zu je 7 Tonnen, wie in Togo üblich) mit Hans füllen!

Natürlich muß bei dem Sisalanbau die Möglichkeit nicht zu teurer Abfuhr ferner die Beschaffung ausreichenden Wassers für den Fabrikbetrieb berücksichtigt werden, Momente, die sich um so ungünstiger stellen, je weiter man nach Norden kommt.

Vor allem aber kann die Sisalagave nur im großen in geschlossenen Flächen nach einem auf Jahre hinaus rechnenden Plane mit ausreichendem Kapitale gebaut werden. Die Fasergewinnung mit Hilfe der neuesten rationellsten Maschinen verlangt teure Fabrikanlagen, europäische Leitung und zwingt zum Großbetriebe; Sisalanbau ist ausschließlich Plantagenkultur.

Unter den einjährigen Kulturen interessiert vor allem die der *Baumwolle*. Die bisherige Entwicklung beweist, daß Baumwolle in Mitteltogo gut, in Südtogo mäßig, in Nordtogo schlecht gedeiht. Der plantagenmäßige Anbau ist an mehreren Stellen versucht worden, hat sich aber bei Anpflanzung in Reinkultur nicht gelohnt. Zurzeit liegt der Anbau — abgesehen von den Versuchspflanzungen der Regierung — ganz in den Händen der Eingeborenen. Diese bevorzugen die Methode der Zwischenkultur, und so ist der Umfang des Anbaus begrenzt durch die Fläche der Hauptkultur. Ohne Zweifel ist der Anbau noch recht ausdehnungsfähig, und sicherlich wird Baumwolle dauernd einer der wichtigeren Ausfuhrartikel der Kolonie bleiben. Aber eine so große Entwicklung wird diese Kultur in Togo wohl nicht bekommen, daß sie sich an Bedeutung mit der Oelpalme messen könnte; doch könnte sie den Rautschuk wohl im Laufe der Zeit überflügeln.

Keine Eingeborenenkultur ist ferner der *Mais*. Mais ist von allen wichtigeren Ausfuhrprodukten der Kolonie das geringwertigste. Während die Tonne Palmöl in Hamburg rund 600 Mark, Palmkerne rund 400 Mark, Baumwolle

rund 1200 Mark, Kafao 1000 bis 1200 Mark, Sisalhanf 500 bis 700 Mark kostet, bringt Mais nur zwischen 90 und 140 Mark — dies die Preisschwankungen der letzten acht Jahre —, durchschnittlich also 115 Mark; dabei muß man aber für Verpackung, Verschiffung, Seefracht, Seeversicherung, Spesen in Hamburg und Untergewicht rund 50 Mark pro Tonne rechnen, so daß für den Produzenten, die Unkosten und den Gewinn des Kaufmanns und den Landtransport in Togo nur 65 Mark verbleiben. Der Artikel kann also keine hohe Fracht innerhalb Togos vertragen und eignet sich daher für Nordtogo nur wenig, ganz abgesehen davon, daß dort jährlich nur eine Maisernte möglich ist, während in Süd- und Mitteltogo Mais jährlich zweimal angepflanzt und geerntet wird. Für diese Gebiete wird die Maiskultur auch stets eine der wichtigsten Ernährungsgrundlagen bieten und wird sicherlich je nach Ernteaussfall und nach Anbaufläche auch wieder größere oder kleinere, voraussichtlich aber stets sehr unzuverlässige Ausfuhrmengen liefern.

Für die Ernährung der Eingeborenen spielen ferner eine bedeutende Rolle Yam s, Kassada, Hirse, Erdnüsse, Bohnen; im Grenzverkehr werden davon nicht unbeträchtliche Mengen umgesetzt. Aber eine regelmäßige Ausfuhr über die Seegrenze findet in diesen Artikeln bisher nicht statt; ihre Verwertung in Europa hat auch große Schwierigkeiten, abgesehen von Erdnüssen, in denen Togo aber kaum mit Senegambien in Wettbewerb treten kann. Ob sich eine gewinnbringende Verwertung dieser Lebensmittel in größerem Umfange in anderen westafrikanischen Kolonien, zum Beispiel auf der Goldküste, in Kamerun, in Fernando Po würde einrichten lassen, ist noch nicht genügend geprüft. Die Hauptschwierigkeit liegt wohl darin, daß ihre regelmäßige Zufuhr nicht ausreichend gesichert ist, weil es Erzeugnisse reiner Eingeborenenkultur sind; daher kann sich niemand auf Lieferungsverträge einlassen. Es ist das eines der wichtigsten Bedenken gegen den Aufbau der Wirtschaft eines ganzen Schutzgebietes nur auf Eingeborenenkultur, ein Bedenken, welches bei beschränkten Absatzmärkten, wie einzelne Kolonien es sind, natürlich viel schwerer ins Gewicht fällt als bei den Handelsplätzen des großen Weltmarktes. Immerhin wäre es für Togo von großer Bedeutung, wenn die Möglichkeit der Verwertung dieser Landesprodukte recht bald geklärt würde; die Kolonie würde bei richtiger Organisation recht große Mengen davon liefern können, insbesondere böte sich darin für später auch eine Möglichkeit, in Nordtogo Ausfuhrwerte zu erzeugen.

Damit sind die in Betracht kommenden Produkte des Ackerbaus und der Baumkulturen im wesentlichen erschöpft. Hervorzuheben ist nur noch die Möglichkeit der Viehzucht. Auf diesem Gebiete liegen ohne Zweifel noch sehr bedeutende Entwicklungsmöglichkeiten, und besonders der von der Natur sonst recht stiefmütterlich bedachte Norden der Kolonie hat hier ein geradezu unbegrenztes, aussichtsreiches Feld der Betätigung vor sich. Aber freilich ist darin noch viel Vorarbeit zu leisten, und es kann der Regierung der Vorwurf nicht

erspart werden, daß sie in dieser Beziehung bisher völlig versagt hat. In ganz Togo gibt es keinen Tierarzt, mit den Fragen der Viehzucht hat sich fast noch niemand beschäftigt!

Für die Landwirtschaft wird ja seit einigen Jahren mehr getan: eine Reihe von landwirtschaftlichen Beamten ist in der Kolonie tätig, aber charakteristisch ist es doch, daß der oberste landwirtschaftliche Beamte dieser reinen Landwirtschaftskolonie in der Beamtenhierarchie nur den Rang eines „Beirates“ hat, während der oberste Forstbeamte demnächst die Stellung eines „Referenten“ bekommen soll; die einseitige Ueberschätzung des Forstwesens zeigt sich auch in dieser auch sachlich keineswegs bedeutungslosen Titel- und Rangfrage.

Sicherlich ist es ja eine wichtige Aufgabe der Regierung, der vielfach üblichen unnützen Waldverwüstung entgegen zu arbeiten, für Erhaltung bestehender Wälder besonders an steilen Hängen und in Quellgebieten wichtiger Wasserläufe zu sorgen sowie durch sachgemäße Versuche Klarheit über Kosten und Aussichten größerer Aufforstung zu schaffen. Allein es geht zu weit, wenn man bei jeder Rodung von Urwald, der als Holzbestand ja so gut wie wertlos ist, nervös wird, und wenn man den Grundsatz des „Schutzwaldes“ souverän auf allen vorhandenen Wald ausdehnen möchte. Und wenn vollends, wie es ein fremder Besucher kürzlich getan hat, schon jetzt der Kapitalwert der in den ersten Anfängen stehenden Aufforstungsversuche berechnet wird, so wird man füglich mehr als ein Fragezeichen hinter diese Ziffern setzen, die doch den Holzwert, den die jetzt gepflanzten Bäume nach 60 oder 80 Jahren haben werden, zugrunde legen müssen.

Jedenfalls kommt für absehbare Zeit die Forstwirtschaft — abgesehen von der wohl kaum zu hebenden Wildtauschgewinnung — als Produzent realisierbarer Werte nicht in Betracht.

Zusammenfassung.

Wir sehen also, daß für Togo die Entwicklungsmöglichkeiten sich wie folgt darstellen:

In Nordtogo Viehzucht; in Mittel- und Südtogo Ackerbau und Baumkulturen, und zwar in erster Linie Delpalmen, sodann Sisalagaven, Kapot, ferner Baumwolle und Mais; daneben in den Waldgebieten Kakao; an der Küste Kokospalmen. Noch ungeklärt sind die Kulturen von Kautschuk (in den Waldgebieten Hevea, in der Steppe Manihot Glaziovii), Kola, Zitronen, Ananas und afrikanischen Lebensmitteln (Yams, Erdnüsse usw.).

Zur vollen Entfaltung dieser Entwicklungsmöglichkeiten ist die Zulassung und Schaffung europäischen Plantagenbaues das rascheste, bei einzelnen Kulturen das einzige Mittel. Das Dogma, Togo sei durch reine Eingeborenenkultur voll zu entwickeln, ist falsch.

Bei Sisalagaven ist Plantagenbau allein möglich, bei einer Reihe anderer Kulturen, insbesondere bei der wichtigsten, der Kultur der Delpalme, ist das Er-

stehen wenigstens einer Anzahl von Plantagen dringend wünschenswert; ganz allgemein sind diese für eine Hebung der Kulturmethoden des Eingeborenen als Vorbild gar nicht zu entbehren.

Die Landfrage.

Vorbedingungen für die Schaffung von Plantagen an sich ansichtsreicher Kulturen sind Land, Arbeiter, Kapital.

Die Landfrage liegt in Togo noch ganz ungeklärt, sie ist es auch, die bisher das Entstehen von Plantagen in erster Linie verhindert hat. Denn wie soll jemand in eine Kolonie hinausziehen, von der er hört, daß er überhaupt nicht damit rechnen kann, Land zu bekommen?

Kronland gibt es wohl theoretisch, aber praktisch noch nicht. Vom Fiskus kann man also kein Land erwerben. Man muß sich an Eingeborene wenden. Dazu gehört Landeskenntnis, Geschicklichkeit, Geduld und viel Zeit. Und selbst dann ist es schwierig. Denn die Eingeborenen wissen wohl, daß es einflußreiche Stellen gibt oder doch gegeben hat, die es nicht gern sehen, wenn sie an Europäer verkaufen, und es ist ihnen auch nicht unbekannt geblieben, welchen Scherereien auch der Verkäufer durch die vor Genehmigung des Vertrages erfolgende Untersuchung ausgesetzt ist.

Trotzdem würde man wohl hier und da Land bekommen können, aber von da ist noch ein langer Weg bis zur endlichen Genehmigung des Vertrages. Sicherlich ist es Recht und Pflicht der Regierung, dafür zu sorgen, daß die Eingeborenen nicht übervorteilt werden, ferner, daß sie nicht Land verkaufen, das sie selbst oder ihre Kinder zum eigenen Lebensunterhalt benötigen, endlich, daß der Käufer den erworbenen Besitz nicht ruhig liegen läßt, sondern in Kultur nimmt. Allein man muß dabei doch zugleich auf dem Standpunkte stehen, daß ernsthafte europäische Unternehmer höchst erwünschte Kulturfaktoren sind!

Hin und wieder hört man sogar die Behauptung, Togo sei so dicht bevölkert, daß in großen Bezirken überhaupt kein Land für den Eingeborenen entbehrlich sei. Das trifft allerdings für einige Gebiete Nordtogos zu, wo aber sowieso Plantagenbau nicht in Betracht kommt, im übrigen zeugt es von einer völligen Verkennung der Verhältnisse.

Wenn man freilich einerseits annimmt, daß anstelle der bisherigen nicht eben großen Vermehrung der Eingeborenen eine überraschende Kaninchenfruchtbarkeit einsetzt, und andererseits von jeder Verbesserung der bisherigen Kulturmethoden, von jedem Verlassen der Brachwirtschaft zugunsten intensiveren Anbaus absteht, so mag hier und da eine solche Milchmädchenrechnung ergeben, daß nach fünfzig oder hundert oder zweihundert Jahren die vorhandene Fläche nicht mehr ausreicht. Solche Voraussetzungen kann man aber doch nicht zur Grundlage der Landpolitik einer Kolonie machen; solche Zukunftsträume dürfen doch nicht dazu führen, unübersehbare Flächen Landes dauernder Unfruchtbarkeit auszuliefern, weil ihre Eigentümer jetzt und in aller absehbaren Zukunft einfach nicht Hände genug haben, sie zu bebauen.

In Wirklichkeit hat Süd- und Mitteltoغو und der größte Teil Nordtoغو überreichlich viel Land, um Plantagen und Eingeborenenkulturen im vielfachen Umfange der heutigen Anbaufläche zu tragen.

Neuerdings ist an einigen Stellen der Gedanke geäußert worden, man wolle im Interesse der Eingeborenen überhaupt nur noch Erbpacht auf höchstens 99 Jahre zulassen. Man verweist dabei auf holländische Kolonien und auf englische Erfahrungen und überträgt damit fremde Einrichtungen auf ganz anders geartete Verhältnisse. Das Beispiel von Kiautschou läßt sich in den afrikanischen Kolonien natürlich gar nicht anwenden, am wenigsten in Togo, wo der Eingeborene Landeigentümer ist.

Wohl mag der reine Kaufmann sich auf den Standpunkt stellen, in 99 Jahren müsse er alles „abgeschrieben“ und genug verdient haben, und was dann komme, sei ihm ganz gleichgültig. Der Landwirt und der Politiker werden den Gedanken grundsätzlich verwerfen.

Der Landwirt betrachtet seinen Grund und Boden eben nicht als etwas, was ihm immer weniger wert wird, was er in seinen Büchern und in seinem Verzen allmählich bis auf eine Mark „abschreibt“, er verwächst vielmehr innerlich immer mehr mit seinem Landbesitze. Selbst Dernburg hat anerkannt, daß man dem Pflanze Land zu Eigentum geben müsse.

Der Politiker wird niemals verkennen, wie große Bedenken die Mobilisierung der Kulturvölker, ihre Loslösung von Grund und Boden, vom Lande ihrer Väter, vom nationalen Standpunkte aus mit sich bringt; er wird es zu schätzen und zu schützen wissen, daß die gerade dem deutschen Volk eigentümliche und selbst bei dem modernsten Großstädter immer wieder hervorbrechende Vorliebe für persönliches Eigentum an Grund und Boden — und sei die Heimstätte auch noch so klein, — einer seiner wertvollsten Charakterzüge und zugleich der wichtigste Schutz gegen die in mancherlei Spielarten selbst bis in weite Kreise königstreuen Beamtentums vordringenden Gedanken des Sozialismus ist.

Der Kolonialpolitiker endlich wird es als grundsätzlich falsch bezeichnen müssen, statt deutscher Rechtsgewohnheiten englisches Bodenrecht in eine deutsche Kolonie einzuführen; er wird es als sehr bedenklich empfinden, daß durch ein solches Pachtssystem dem Eingeborenen die Auffassung amtlich verbrieft und versiegelt wird, er sei der eigentliche dauernde Herr des Landes, und der Weiße werde von ihm als sein Pächter nur für bestimmte Zeit geduldet; er wird es auch für erzieherisch falsch halten, daß nach 50 oder 100 Jahren die Enkel des Pflanzers Müller oder Schulze den Enkeln des jetzigen Eingeborenen Kwami oder Tete eine europäische Plantage schenken sollen.

Vom rein praktischen Gesichtspunkte aus ist überdies zu bedenken, daß ein Pflanze in der deutschen Heimat, auf die er doch für Geldbeschaffung angewiesen ist, Kapital im allgemeinen weder in der Form der Beteiligung noch als Hypothek erhält, wenn er nur Pächter ist.

Es ist dringend zu wünschen, daß die Regierung solchen Gedanken, welche den Pflanze auch weiterhin von Togo fernhalten müßten, nicht nachgibt,

sondern zunächst denjenigen, die kommen wollen, unter verständiger Würdigung der Interessen der Eingeborenen und der Allgemeinheit den Erwerb von Plantagenland gestattet und erleichtert. Auf die Dauer wird sich aber auch in Togo die Regierung einer gründlichen Regelung der Landfrage nicht entziehen können, und sie darf dabei nicht etwa als selbstverständlich annehmen, daß die Aufteilung des Landes der Eingeborenen innerhalb der einzelnen Landschaften unter die Familien (Sippen) und innerhalb der Familien unter deren einzelne Glieder so tadellos und einwandsfrei wäre, wie man bisher anzunehmen scheint.

Die Arbeiterfrage.

Im Gegensatz zur Landfrage ist die Arbeiterfrage zurzeit in Togo recht glücklich gelöst. Es wäre ja freilich auch traurig, wenn der derzeitige Bedarf der paar Plantagen nicht spielend gedeckt würde, aber man muß anerkennen, daß ohne Zweifel auch ein weit höherer Bedarf unschwer befriedigt werden würde. Vor allem sind es die großen Menschenmengen Nordtogos, die auf diese Weise wenigstens zum kleinen Teile nutzbar gemacht werden.

Die Arbeiter von Nordtogo bringen ihre Weiber mit, und wenn sie sich entschließen sollten, sich in größerem oder geringerem Umfange in Süd- und Mitteltogo niederzulassen, so wäre das nur freudig zu begrüßen. Ist es doch eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben, innerhalb der Kolonie eine bessere Verteilung der Bevölkerung herbeizuführen, indem Leute aus gewissen überbevölkerten Gegenden Nordtogos nach dem weit fruchtbareren, auch dem Verkehr bereits viel besser erschlossenen Mittel- und Südtogo überführt werden. Dabei ist zu bedenken, daß die Entfernungen in Togo ja bei weitem nicht so groß sind wie in anderen Kolonien: mit Hilfe der Atafamebahn kommt ein Eingeborener bequem in acht Tagen von Lome bis ins Rabureland!

Das Kapital.

Die Kapitalbeschaffung für Plantagenzwecke ist keineswegs leicht, auch abgesehen von dem Einfluß des teuren Geldstandes und des steigenden Zinsfußes. Hierüber täuscht man sich in den Kolonien in erstaunlichem Maße. Privatleute wie Beamte bilden sich ein, das Kapital risse sich darum, in die Kolonien zu gehen. Dieser Irrtum hat weittragende Folgen. Mancher unternehmungslustige Mann fängt mit unzureichenden Mitteln drüben (besonders in Ostafrika ist das häufig) ein Plantagenunternehmen an und glaubt, es werde ihm ein Leichtes sein, in Deutschland Geld zu bekommen zur Fortführung, wenn er nur gesunde Grundlagen und einen gewissen Anfang nachweisen könnte; wie manche bittere Enttäuschung mußten dann viele erleben.

Unsere Beamten werden durch den Irrtum dazu verführt, zu meinen, sie müßten das Kapital möglichst abwehren, einschränken, bevormunden, ohne zu bedenken, daß unsere Kolonien alle Ursache haben, Kapital heranzuziehen!

In Wirklichkeit läßt sich nicht leugnen, daß gerade für Plantagenunternehmen in Deutschland nur sehr schwer Geld zu bekommen ist.

Das hat mehrfache Gründe, unter denen drei als besonders schwerwiegend hervorgehoben seien.

Zunächst ist zuzugeben, daß eine Reihe von Kolonialunternehmungen gegründet worden sind, die besser gar nicht oder doch in ganz anderer Form ins Leben hätten treten sollen; bei einigen solchen Unternehmungen wurde durch schlechte Leitung der Ruin noch beschleunigt. Das Reichskolonialamt hat mit Recht auf die ungünstigen Folgen hingewiesen, die solche Erfahrungen des leidtragenden Publikums für den ganzen kolonialen Geldmarkt haben. Es hat auch angekündigt, daß über Maßregeln gegen unsolide Gründungen beraten werde. Aber es wird schwer sein, solche zu finden. Das Reichskolonialamt selbst hat ja einen unmittelbaren Einfluß nur bei der Rechtsform der Kolonialgesellschaft. Seitdem aber mit der Reichsfinanzreform des Jahres 1909 der Hauptvorzug dieser Rechtsform gegenüber der verwandten Rechtsform der Aktiengesellschaft, nämlich die Stempelfreiheit der Anteilscheine, weggefallen ist, dafür aber alle Nachteile, insbesondere die gar nicht übersehbare Dauer des Verfahrens bis zur Verleihung der Rechtsfähigkeit, geblieben sind, gründet man keine Kolonialgesellschaften mehr, es sei denn, daß der Fiskus beteiligt ist oder daß die Regierung aus besonderen Gründen ein Aufsichtsrecht für sich beansprucht.

Man hätte die Möglichkeit gehabt, die Rechtsform der Kolonialgesellschaft derart auszubauen, daß die Mehrzahl der kolonialen Unternehmungen, soweit sie in Gesellschaftsform betrieben werden, sie gewählt hätte. Besonders Pflanzungsunternehmungen, für die eine Reihe von Bestimmungen des Handelsgesetzbuches über Aktiengesellschaften und des Gesetzes über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung gar nicht passen und daher sehr unbequem sind, hätten diesen Weg gern beschritten. Man hätte dann auch erreichen können, daß die öffentliche Meinung die Auffassung bekam, es sei ein Zeichen besonderer Solidität, wenn ein für größere Kreise berechnetes koloniales Unternehmen die Rechtsform der Kolonialgesellschaft wählte, und es sei daher verdächtig, wenn eine andere Rechtsform vorgeschlagen werde. Auf diesem Wege hätte das Reichskolonialamt ohne Zweifel einzelne faule Gründungen verhüten können. Der Weg ist von ihm aber nicht beschritten worden, und es scheint fraglich, ob sich das wieder gut machen läßt.

Jedenfalls scheint zurzeit die wichtigste Hilfe gegen schlechte Gründungen eine Aufklärung des großen Publikums über koloniale Verhältnisse und eine Betonung der großen moralischen Verantwortung zu sein, die jeder Unterzeichner eines Gründungsprospektes übernimmt.

Daneben ist vor allem die Presse berufen, durch sachliche Kritik die Spreu vom Weizen zu sondern. Aber gerade die Presse ist in kolonialen und vor allem koloniallandwirtschaftlichen Fragen im allgemeinen noch recht mangelhaft informiert. So erscheinen zum Beispiel in regelmäßigen Zwischenräumen immer wieder Aufstellungen über die Rentabilität der Kolonialunternehmungen. Dabei werden — allenfalls mit Auscheidung der Diamanten-

gesellschaften — wahllos alle Unternehmungen, die keine Dividende zahlen, den Dividende zahlenden gegenübergestellt ohne Rücksicht darauf, ob jene sich noch im normalen Baustadium befinden. Dabei weiß jeder Handelsredakteur recht gut, daß man zum Beispiel von einem Kohlen- oder Kalibergwerk, das noch im Stadium des Schachtbaus ist, keine Dividende erwarten kann. Daß aber eine Kokospalmenpflanzung in den ersten zehn Jahren, eine Kakaopflanzung in den ersten fünf Jahren, eine Sisalagavenplantage in den ersten vier Jahren genau so zu beurteilen sind, bleibt ganz unberücksichtigt. Daß auf diese Weise für die Kolonien, wo die Zahl der Unternehmungen im Baustadium selbstverständlich eine verhältnismäßig sehr große ist, ein recht ungünstiges Bild entsteht, ist einleuchtend.

So ist unsere Presse mit schuld an der Kolonialmüdigkeit unseres Kapitals.

Und endlich wirkt noch ein Umstand mit, das ist der f i s k a l i s c h e G e i s t in den Kolonien. Solange der Gedanke der Nachverzollung aus unserem Reichskolonialamt mit allen Unterbehörden nicht gänzlich verschwunden ist — und daß er noch fortwirkt, beweist die rückwirkende Kraft, die der Gouverneur von Kamerun seiner übrigens auch sonst sehr angreifbaren Wegeordnung geben möchte —, und solange an den maßgebenden Verwaltungsstellen Auffassungen herrschen, wie sie bei dem Vorgehen gegen die Gesellschaft Nordwest-Kamerun zutage getreten sind, darf man sich nicht wundern, wenn in zu weit gehendem Mißtrauen Kapitalanlagen in den Kolonien als ungewöhnlich riskant betrachtet werden.

Wir dürfen zu dem gesunden praktischen Sinne des jetzigen Staatssekretärs das Vertrauen haben, daß er in diesen Richtungen Wandel schaffen wird, und dürfen auch hoffen, daß unter dem neuen Gouverneur, der sich natürlich erst einarbeiten muß, in unserer Togokolonie die oben hervorgehobenen Schwierigkeiten beseitigt werden. Dann wird sicherlich auch dort mehr als bisher der d e u t s c h e L a n d w i r t ein weites, aussichtsreiches Arbeitsfeld finden. Mit seiner Hilfe wird dann die Kolonie wirtschaftlich eine Entwicklung nehmen, die sie auf dem bisherigen Wege nie erreichen wird; er wird auch dazu beitragen, daß Togo immer noch mehr das wird, was es heute schon ist, unsere d e u t s c h e K o l o n i e.

Nachricht.

Vorstehende Ausführungen wurden im März 1913 verfaßt und in Druck gegeben. Unterdessen sind von Togo Nachrichten eingetroffen, welche zeigen, daß ein Teil der oben angedeuteten Wünsche ihrer Erfüllung näher rücken.

Insbesondere soll künftighin der Kakaobau seitens der Regierung auf das Weiteftgehende gefördert werden; zu dem Zwecke wird im nächsten Etat ein besonderer Bezirkslandwirt angefordert werden, der die Eingeborenen über sachgemäße Anpflanzung und Behandlung von Kakao unterrichten und sie dazu anhalten soll. Eingeborene, die diesen Anweisungen nachkommen, sollen Prämien erhalten.

Ferner soll der Delpalmenkultur besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden; auch bei ihr sollen die Eingeborenen zu sachgemäßer Kultur angehalten werden, insbesondere soll das Anlegen von Feuer in den Delpalmenpflanzungen untersagt werden. Weiterhin soll darauf gesehen werden, daß im Palmgürtel die Delpalmenpflanzungen in sachgemäßer Weise, auch unter Einhaltung angemessener Pflanzweiten, ausgedehnt werden. Auch für diese Kultur werden Prämien in Aussicht genommen.

Recht zweckmäßig ist es auch, daß ein Eingeborener aus Kamerun angestellt werden soll, der in Gegenden mit geringeren Delpalmenbeständen den Eingeborenen die Gewinnung von Palmwein ohne Vernichtung der Palme zeigt.

Endlich soll der kauf- oder pachtweise Erwerb von Delpalmenland durch Europäer und die Anlegung von Palmölwerken unterstützt werden.

Eine Ausdehnung der Baumwollkultur wird neben Südtogo besonders im Atakpamebezirk für möglich gehalten und soll unter anderem auch dadurch gefördert werden, daß gewisse menschenleere Teile dieses Bezirkes mit Leuten aus Nordtogo besiedelt werden.

Diese bahnbrechenden Pläne des jetzigen Gouverneurs entsprechen durchaus dem heutigen Stande der fortschreitenden Erkenntnis über die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Kolonie. Sie sind freudig zu begrüßen, und werden sicherlich zu schönen Erfolgen führen, wenn sie nicht nur von der Regierung zielbewußt und stetig durchgeführt, sondern auch von den auch auf diesem Gebiete recht einflußreichen Missionsgesellschaften gefördert werden und zugleich bei den privaten Erwerbsunternehmungen die ihnen zukommende Würdigung, Unterstützung und Mitarbeit finden.

Berlin, im April 1913.

Die Möglichkeit einer deutsch-innerafrikanischen Luftflotten-Station.

Von v. Dewitz, Oberst j. D.

Am 5. Februar d. J. erörterte der bekannte Afrikaforscher Leo Frobenius im Reichstage vor den Mitgliedern des Bundesrats und Reichstages, wie vor einem geladenen, zahlreich erschienenen Publikum das obige Thema.

Der Vortrag ist von der Verlagsbuchhandlung von W. Süßerott, Berlin W, Neue Winterfeldstraße 3a, für 0.40 Reichsmark zu beziehen.

Die Erörterungen über die Schaffung einer Luftflottenstation mußten zunächst von der örtlichen Bestimmung ausgehen. Für die Anlage einer solchen Station kam zunächst ein Gelände in Betracht, welches Herrn Frobenius bekannt war, um beurteilen zu können, ob die geographisch-klimatischen Verhältnisse den Ausbau einer praktischen Basis gestatte. Deshalb standen Westafrika, Togo und Kamerun, im Vordergrund. Wenn es auch wünschenswert gewesen wäre, im Küstengebiet die Station vorzusehen, da bei der intensiven Methode des deutschen Kolonialbetriebes, die uns zonenweise und sehr langsam nach dem Inlande vormarschieren läßt, die deutsche Kulturarbeit das Küstengebiet kaum überschritten hat, so zeigt sich doch die Westküste Afrikas für die Anlage

einer Luftflottenstation ganz ungeeignet. Sie zeichnet sich durch derart lange Regenzeiten, durch derart schwere Regenmengen, fernerhin durch so weit ausgedehnte Wälder und endlich durch eine Besiedlung von so wenig geschulten und zum Zusammenarbeiten erzogenen Menschen aus, daß sich die Verwendung von Luftfahrzeugen in diesem Gebiete durch die Natur des Geländes und der Bevölkerung, dann auch durch die nicht weit von der Küste emporragenden Randgebirge verbietet. Die Franzosen haben ja auch so bald wie möglich die Westküstenländer verlassen, um im weiten Inlande die eigentlich wichtigen und maßgebenden Luftstationen zu errichten. Denn in der Tat stellt das Inland Westafrikas, der Sudan, ein Gebiet dar, welches infolge seiner langen Trockenperioden, seiner regelmäßigen Niederschläge und seiner regelmäßigen, kaum in Frage kommenden Winde, infolge seiner flachen, der Wälder absolut baren Länder für die Luftschiffahrt so geeignet ist, wie nur irgendein anderes Land der Erde.

Deshalb ist als Luftflottenstation Garua am Venue in Nordkamerun gewählt. Dieser Punkt und dieses Gebiet erfüllen all die vielen Vorbedingungen, welche Voraussetzung für die Möglichkeit einer Luftflottenstation sind.

Ehe an die Entwicklung einer solchen Station gedacht wird, muß die Frage erläutert werden, welchen Zwecken die Station dienen soll und ob sie diese zu erfüllen vermag.

Eine in Garua zu errichtende Station soll den Zweck erfüllen: Nordkamerun für den Verkehr und den Handel, also wirtschaftlich zu erschließen, die dort vorhandenen, reichen wirtschaftlichen Schätze zu heben und nutzbar zu machen, uns frei zu machen von englischem Verkehrs- und Transportmittel zur Küste und durch das Erscheinen der Luftkreuzer die deutsche Macht zu zeigen, dadurch Ansehen und Macht Deutschlands in Innerafrika zu heben. In Afrika gilt der Grundsatz: „Macht ist Geld“.

Soll die Luftflottenstation den von ihr zu erfüllenden Aufgaben gerecht werden, so muß sie sich an feste, bestehende bzw. für die Station geschaffene Verhältnisse angliedern. Herr Hobenius führte in seinem Vortrage aus: „Unsere Werkzeuge des Luftverkehrs sind Kulturelemente, die aus unserem Kulturmilieu geboren, in unsere geographisch-charakteristischen Länder eingeführt, nur da die gleiche Verwendung wie bei uns finden können, wo gleiches Kulturmilieu und bekannte resp. so wenig von den unseren abweichende geographisch-charakteristische Eigentümlichkeiten geboten sind, daß die Werkzeuge sich ihnen anpassen können.“ Diesem Grundsatz muß voll und ganz zugestimmt werden. Können wir uns auch mit dem Luftkreuzer oder Flugzeug in die Küste erheben, so sind wir damit doch nicht von der Erde frei. Der Mensch selbst kann sich infolge der Schwerkraft und infolge anderer Naturgesetze nicht von der Erde frei machen, immer wieder muß er zu ihr zurückkehren. Und durch das Material, die Unterhaltung und Betrieb, sowie auch hier durch die Naturgesetze sind wir bei Luftkreuzer und Flugzeug von der Erde abhängig. Daher müssen für ihre Verwendung zunächst die Fundamente geschaffen werden, die sich auf der Erde befinden. In erster Linie müssen Straßen vorhanden sein oder geschaffen werden. Dann muß die Möglichkeit der Landung an vielen Punkten gegeben sein. Die Witterungsverhältnisse

müssen die möglichste Ausnutzung gestatten. Die Bevölkerung muß zur Hilfeleistung vorhanden sein und sich leicht dazu erziehen lassen.

Nun, all diese Vorbedingungen sind in Nordkamerun, das noch zum Sudan gehört, vorhanden. Der Sudan mit seinen immensen übersehbaren Flächen, mit seinen uralten Straßen, seiner, in alten Städten angesiedelten Bevölkerung, mit seinen geringen Regenfällen, den schwachen und regelmäßigen Winden und dem Mangel an Waldungen erscheint für die Einführung neuer Kulturelemente, wie Luftkreuzer und Flugzeuge, durchaus geeignet. Dazu kommt, daß dieser Sudan uns Deutschen auch in einer Weise zugänglich, die gar nicht erst den Ausbau kostspieliger Eisenbahnen benötigt, die aber trotzdem bislang unausgenutzt blieb. Denn der deutsche Teil des Sudan im nördlichen Kamerun ist mit der Küste durch eine Wasserstraße, nämlich den Venua, verbunden, eine Wasserstraße, die es ermöglicht, alle schweren Lasten und Maschinen ohne Schwierigkeit heraufzubringen. „Auf diesem Wege, der nach internationalem Uebereinkommen uns unbedingt frei steht, wenn er auch zum größten Teile durch englisches Gebiet führt, fährt zur Zeit kein einziges deutsches Schiff, sondern nur die Flotte der englischen Nigertompagnie, so daß die deutsche Regierung Jahr für Jahr einen englischen Dampfer chartern muß, um den Ablösungstransport und alle kolonialen Subsidien für einen nicht geringen Betrag nach Garua zu schaffen.“ Aus Französisch-Aequatorialafrika nehmen für eine Million Francs Waren ihren Weg über den Niger-Venue. Sie bestehen hauptsächlich aus Einfuhrgütern zur Verproviantierung der Truppen im Tschadsee-Gebiet. Alle diese Güter nehmen von Garua aus ihren Weg durch Deutsch-Nordkamerun. Da wäre es doch natürlich oder wenigstens wünschenswert, wenn auch deutsche Motorboote den Niger-Venue hinauf diese Waren bis Garua brächten. Die Schaffung dieser eigenen deutschen Schifffahrtslinie ist die erste Notwendigkeit für die Schaffung der Luftflottenstation.

Gehe aber ein Luftkreuzer oder Flugzeug nach Kamerun gebracht werden kann, müssen Fluglinien organisiert werden. Werden doch auch hier in Deutschland für jeden größeren Flug, wenigstens für die Flugzeuge, diese Linien organisiert, wie vielmehr muß dies in den weniger kultivierten Gebieten Afrikas geschehen.

Begnügen wir uns zunächst mit der einen Linie von Garua über Marua nach Kufferi und von da nach Dikoa, eine Strecke von 540 Kilometern, so ist es zunächst notwendig, diese Strecke entlang eine Automobilstraße zu schaffen, um schnell und leicht überallhin bei Notlandungen, mit denen wir immer noch rechnen müssen, Hilfe bringen zu können. Der Ausbau dieser Straße in der oben angegebenen Linie stößt auf keine Schwierigkeiten, da der Boden bei trockener Jahreszeit, die hier acht Monate dauert, so fest ist, daß er ohne weiteres befahren werden kann. Es handelt sich nur um Verbreiterung der heute schon vorhandenen, mit Schenwagen befahrbaren Straße Garua—Marua—Kufferi durch Beseitigung von Buschwerk. Diese Automobilstraße würde natürlich nicht nur für den Luftverkehr geschaffen werden, sondern müßte zur eigenen Erhaltung in der Hauptsache dem Personen- und Lastverkehr dienen.

Eine weitere Einrichtung müßte die Anlage einer Funkenstation in Garua sein, welche mit Luftkreuzer und Flugzeug stets Verbindung zu halten hätte.

Ihre Aufgabe wäre dann aber auch, den telegraphischen Verkehr zur Küste und über Atakpame mit Deutschland zu vermitteln und uns dadurch unabhängig vom Auslande zu machen.

Auf die technischen Vorbereitungen: die Anlage von Wasserstoff- und Pumpsanlagen, von Luftschiffhallen und einer Reparaturwerkstatt, die Einrichtung von Start- und Landungsplätzen u. v. a. m. einzugehen, würde hier zu weit führen. Vom ersten Tage der Einrichtung der Station an sind jedenfalls Versuche über die Wärme- und Strahlungseinflüsse, die Luftströmungen, über die Brauchbarkeit des Ballonstoffes, über Ausdehnung, Verlust und sonstiges Verhalten des Gases, über die Gangbarkeit der Motore usw. usw. vorzunehmen. Erst wenn diese Versuche abgeschlossen sind, erst dann, in ein bis zwei Jahren, können Flugzeuge und Luftkreuzer nach Nordkamerun gebracht werden. Die Luftlottenstation soll eben nicht als abenteuerliches Unternehmen in die Welt gesetzt werden, sondern soll nach sorgfältiger Vorbereitung und gründlicher Durcharbeitung eine nationale Tat zur Ehre und zum Stolz Deutschlands sein. Luftschiffe sind von deutschem Geiste geschaffen und aus deutschem Material erbaut, sie sind Deutschland persönlich eigentümlich. Deshalb sind sie für Deutschland ein unschätzbares Machtmittel, welches wir ausnützen müssen, wo sich irgend Gelegenheit bietet, aber nur da und so, daß ein Mißerfolg ausgeschlossen ist.

Der Bau und Betrieb einer Luftlottenstation, oder, wie man sie auch nennen kann, einer „Motorstation“, kostet Geld, viel Geld. Da liegt die Frage nahe, ob es sich lohnt, dieses dafür auszugeben. Nicht wenige werden nach der Rentabilität fragen. Was für Schätze birgt Nordkamerun, daß es die Aufwendung so bedeutender Mittel rechtfertigt?

Nun, über die Bedeutung der Motorschiffahrt auf dem Benue ist schon einiges gesagt. Nordkamerun ist wie der ganze Süden reich bevölkert. Die Bevölkerung ist intelligent und, wie sich im englischen Sudan gezeigt hat, macht sie sich die technischen Hilfsmittel der Neuzeit schnell zu eigen. Dadurch allein, durch den Personenverkehr schon würde der Automobilverkehr bedeutende Einnahmen gewinnen. Die Einfuhr des Bedarfs für die deutschen und französischen Truppen und Verwaltungsbehörden käme Motorschiffahrt auf dem Benue wie den Automobilen in gleichem Maße zugute. Die Funkentelegraphenstation hat ihre Einnahmen aus dem telegraphischen Verkehr, die Flugzeuge in erster Linie aus dem postalischen.

Das sind die feststehenden Werte, mit denen jetzt schon gerechnet werden kann. Nun die Schätze von Nordkamerun, welche bisher noch brach und ungenützt liegen.

An erster Stelle steht die Baumwolle. In allen europäischen Staaten ringt sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß der koloniale Baumwollbau als Kampfmittel gegen das amerikanische Monopol eine hervorragende nationale Aufgabe bedeutet. England hat dies richtig erkannt und fördert den Baumwollbau durch Bereitstellung von bedeutenden Mitteln. Daß Nordkamerun unmittelbar benachbarte Nordnigerien hat bereits bedeutenden Baumwollbau. In Nordkamerun sind die gleichen klimatischen und wirtschaftlichen Verhältnisse wie in Nigerien und die Baumwolle wächst wild in

großen Mengen. Wir haben daher in unserer Kolonie alle Voraussetzungen für die Anbaufähigkeit der Baumwolle.

An zweite Stelle tritt die Seidenraupe, die im Farotal und in vielen anderen Bezirken in großen Mengen zu finden ist.

Weiterhin lassen sich Gummi, Schibutter, verschiedene Oele in größeren Mengen gewinnen, so daß ihre Ausbeute und ihr Transport lohnt.

Endlich wird es nach Ansicht von Herrn Frobenius möglich sein, die alten, vor mehreren Jahrhunderten betriebenen, dann aber vergessenen Bergwerke wieder aufzufinden und wieder in Betrieb zu setzen. Ihre ungefähre Lage ist ja bekannt.

Aus dem oben angedeuteten wirtschaftlichen Werte von Nordkamerun ergibt sich allein schon eine sichere Rentabilität einer Motorstation in Garua, dem wichtigsten Plaze von Nordkamerun. Nur für einen Luftkreuzer ist die Rentabilität ausgeschlossen. Hier spricht der ideelle Wert mit als Machtmittel analog einem Kriegsschiffe einer Flottenstation an der Küste, und es muß nochmals hervorgehoben werden, in Afrika ist Macht Geld. Es ist sicher, daß unser Ansehen mit einer derartigen Schöpfung nicht nur bei den Afrikanern, sondern auch bei den anderen europäischen Nationen gewinnen kann.

Es hat sich ein Stamm von Männern gefunden, der die von Herrn Frobenius in seinem Vortrage im Reichstage ausgesprochenen und oben wiedergegebenen Gedanken weiter führt, der die noch nicht reifen Teile des obigen Planes ergänzen und verbessern wird, und der dann hoffentlich die Macht gewinnen wird, das Werk ins Leben zu rufen.

Möge dem Plane weite personelle und materielle Unterstützung von deutscher Seite gewährt werden. Nur deutsche Arbeitskraft, deutsches Material darf bei diesem nationalen Unternehmen Verwendung finden.

Die Literatur über deutsche Kolonialsprachen im Jahre 1912.

(Schluß.)

C. Bantusprachen.

Aus Kamerun ist in den erwähnten Abhandlungen des Hamburgischen Kolonialinstituts als Bd. VIII (Bd. 5 der Reihe B) von Georg Schürle: „Die Sprache der Baka in Kamerun. Grammatik und Wörterbuch“ erschienen, in der Zsch. Kol. Spr. (Bd. 2, S. 161 bis 193, 324 bis 330) von H. Dorsch: „Vokabularium der Kosi-Sprache“. Es sind tüchtige Arbeiten auf bisher unbekanntem Gebiet, die dem Praktiker gute Dienste leisten werden. Doch darf nicht verschwiegen werden, daß beide Autoren die ebenso schwierige wie wichtige Bezeichnung der musikalischen Tonhöhen vermissen lassen. Derselbe Mangel haftet einem Aufsatz von Chr. Gehr an: „Tiernamen in Kamerunsprachen“ (Mitteilungen des Seminars für orientalische Sprachen, Bd. 15, Abt. III, S. 205 bis 225), trotzdem ist er hervorragend brauchbar, da die zoologischen Namen der Tiere lateinisch angegeben sind. — Dagegen finden die Tonhöhen volle Berücksichtigung in dem Lehrbuch von Carl Meinhof: „Die Sprache der Duala in Kamerun“ (Deutsche Kolonialsprachen Bd. IV, Dietrich Reimer, Berlin), das eine seit langem fühlbare Lücke der Kolonialliteratur ausfüllt und besonders auch wegen seiner klaren, pädagogischen Darstellung den Europäern jenes Schutzgebietes Nutzen bringen wird, sowie in dem Aufsatz von Fr. Luß: „Sprichwörter der Duala“ (Mitt. Orient. Sem., Bd. 15, Abt. III, S. 64 bis 68), dessen Orthographie Bernhard Struck bearbeitet hat. — Ganz auf dem Gebiet der musikalischen Tonfolge bewegt sich die

Abhandlung von Hermann Kefes: „Trommelsprache und Fernruf bei den Jaunde und Duala in Südafrika“ (M. D. S., Bd. 15, Abt. III, S. 69 bis 83). Kefes legt dar, daß diese „Trommelsignale Imitationen der betreffenden Neger Sprache im Silbenton und Satzrhythmus sind“. Um jedoch gleiche Sahn melodien zu vermeiden, werden kurze Sätze oft in lange umgewandelt: so wird „ich habe Hunger“ zu „Bauch er ist mir wie kleiner Affe, er klettert die Bäume“. Auch jede bedeutende Persönlichkeit im Lande hat ihren besonderen Trommelnamen. Für „Europäer“ gibt es mehrere Umschreibungen, die nicht gerade schmeichehaft klingen, z. B. „er knechtet die Leute, er knechtet die Leute, das Messer hängt an der Seite des Satten der Tochter des Mbide Menge“. Indem nun der Eingeborene den beiden Tönen der Trommel Silben, wie „ke“ „ge“ unterlegt, Melodie und Rhythmus des getrommelten Satzes aber beibehält, entsteht der „Fernruf“. — Ganz hervorragendes linguistisches Material aus der dem Jaunde eng verwandten und für Neufamerika wichtigen (s. unter A.) Fang-Sprache bietet das Buch von Trilles: „Le totémisme chez les Fâns“ (Anthropos-Bibliothek I, 4, Münster i. W., Neudorffsche Verlagsbuchhandlung), das natürlich seinem Inhalt nach ethnologisch ist. — Kleinere Sprachproben aus dem Jaunde selbst finden sich noch in Aufsätzen von Hermann Kefes: „Jaunde und seine Bewohner“ (Kol. Rdjch., Bd. 4, S. 460 bis 484), sowie von E. Rosenhuber: „Warum müssen die Menschen sterben“ und „Das Opferblut bei den Jaunde“, im „Stern von Afrika“ (Bd. 9, S. 265 bis 266, 1041 bis 1043). Ebenda (S. 284 bis 285) ist ein Aufsatz, dessen Autor nur E—f gezeichnet hat, zu finden: „Wie Baka die Tiere reden“, der linguistische Anregungen bietet. — Als Zeitschrift wird in Duala Sprache „Mulee-Ngea“ (Der Wegweiser), von der Baseler Evang. Mission herausgegeben (bei Chr. Scheupele in Stuttgart gedruckt), von der 1912 der 9. Jahrgang erschienen ist.

Aus Südwestafrika bringt das Buch von R. Dinter: „Die vegetabilische Weltkist Deutsch-Südwestafrikas“ (Rom. Verl. Gd. Rühl, Bagen), eine Anzahl neuer Hereroworte für Nutzpflanzen; ein besonderer Wert dieser Arbeit besteht darin, daß die neuen und eine Reihe bekannter Bezeichnungen botanisch genau bestimmt und mit lateinischen Namen belegt sind. Von der Rheinischen Mission ist der 5. Jahrgang der Hererozeitung „Omahungi“ (Kleinigkeiten) herausgegeben (Druck und Verlag von F. Lang, Missionar in Tsumeb).

Ueber ostafrikanische Bantusprachen liegt reichliches neues Material vor. Von Hugo Kaddaß: „Die Suahelisprache“ ist die 3. Auflage, bearbeitet von A. Seidel, bei Koch in Tredres und Leipzig erschienen. Von dem Suaheliepos „Chuo cha Herkal“. Das Buch von Herkal“, transkribiert und übersetzt von C. G. Büttner, herausgegeben von Carl Meinhof, sind in der Zschr. Kol. Spr. (Bd. 2, S. 108 bis 136, 194 bis 232, 261 bis 298) Fortsetzungen und Schluß veröffentlicht. Das Original ist in dem sogenannten „Kifale“, der alten, nur noch in der Poesie gebrauchten Suahelimundart abgefaßt, deren Verständnis ebenso schwierig wie linguistisch interessant ist. Den Inhalt der 1007 Vierzeiler bildet die islamitische Legende von der Befiegung des byzantinischen Kaisers Herkal (Heraclius) durch den Propheten Mohammed unter hauptsächlichlicher Mitwirkung seines Schwiegersohnes Ali. Neben vielen Weltweisheiten finden sich zahlreiche Schilderungen, oft mit Gleichnissen geschmückt, die auch europäischem Geschmack zusagen können.

Ausführliche Bearbeitungen anderer ostafrikanischer Sprachen liegen vor von C. Hößler und Franz Gleiß: „Schambala-Grammatik und Wörterbuch“ (Archiv für Kolonialsprachen, Bd. 13, Berlin bei Georg Reimer), von Bernhard Rumm: „Grundriß einer Grammatik des Kimatumbi“ (Mitt. Sem. Orient. Spr. Bd. 13, Abt. 3, S. 1 bis 63), und von Hermann Kehse: „Die Sprache der Paziba“ (Zeitschr. Kol. Sprach. Bd. 3, S. 1 bis 33). Alle drei Arbeiten verfolgen praktische Lehrzwecke. Das Buch von Hößler und Gleiß stützt sich auf die wissenschaftlichen Untersuchungen, welche die Schambalaprache bereits durch Meinhof und besonders durch Hößler gefunden hat, aber er geht auf die schwierigen Probleme der musikalischen Tonhöhe, die auch in dieser Bantusprache vorliegen, nicht näher ein. Rumm's Aufsatz über die Matumbisprache behandelt eine bisher unbekannte Ostbantumundart; das gebotene Material genügt auch für vergleichende Studien und läßt erkennen, daß die von Meinhof entdeckten Lautgesetze des Bantu hier interessante Entsprechungen der alten Mischlaute und der Nasalverbindungen bewirkt haben. Auch Kehse's Arbeit, deren Fort-

setzung erst im Jahre 1913 erscheint, läßt für vergleichende Studien reichliches Material zusammenstellen. Ganz auf den Lehren Meinhofs aufgebaut sind die bisher erschienenen Teile der „Beiträge zur Kenntnis der Sprachen in Deutsch-Ostafrika“ von Otto Dempwolff (Zschr. Kol. Spr. Bd. 2, S. 81 bis 107, 257 bis 260), die theoretische Abhandlungen aus der Hehe- und Tsalamo-(Saramo-)sprache bilden und auf pädagogische Einführung keine Rücksicht nehmen. Von demselben Verfasser ist aus den gleichen Sprachen je ein kurzes Märchen in der Anthropophyteia (Bd. 9, S. 396 u. 397) wiedergegeben und überliefert.

Linguistisch und noch mehr ethnologisch vorzügliches Material in fesselnder Darstellung weisen die Arbeiten von P. Schumacher: „Das Cherechi in Ruanda“ (Anthr. Bd. 7, S. 1 bis 32), und besonders von Alex. Arnou: „Le Culte de la Société secrète des Imandwa en Ruanda“ (Anthr. Bd. 7, S. 273 bis 295, 529 bis 558, 840 bis 874) auf, von deren der letzte noch nicht vollständig erschienen ist.

Einzelne Wörter aus den betreffenden Sprachen sind unter anderem in folgenden Aufsätzen enthalten: E. Obst: „Die Landschaften Ifsanu und Iramba“ (Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in Hamburg, Bd. 26, S. 108 bis 132), J. Hendle: „Brautwerbung und Hochzeit bei den Wapogoro“ (Anthr. Bd. 7, S. 252 bis 253), P. Fromm: „Mfipa — Land und Leute“ (Mitteilungen aus den Deutschen Schutzgebieten, Bd. 25, S. 79 bis 100), Michel: „Zauberei bei den Wapare“ (Evang. Luth. Missionsblatt, Bd. 67, S. 36 bis 38, 64 bis 67); sowie aus der Schagga Sprache in der Abhandlung von Bruno Gutmann: „Der Schmied und seine Kunst im animistischen Denken“ (Zeitschrift für Ethnologie, Bd. 44, S. 81 bis 93).

Von Zeitschriften in ostafrikanischen Bantusprachen sind fortgesetzt in Suaheli der 8. Jahrgang des „Kiongozi“ (Wegweiser) (Druck und Verlag der Schuldruckerei in Tanga), der 3. Jahrgang des „Rafiki yangu“ (Mein Freund) (Druck der Katholischen Mission in Dar-es-Salam), der 3. Jahrgang von „Pwani na bara“ (Küste und Binnenland) (Evangelische Mission in Dar-es-Salam), sowie in Schambala der 7. Jahrgang von „Mkoma Mbuli“ (Geschichtenerzähler) (als Manuskript in der Schuldruckerei Tanga gedruckt).

Als Uebersetzung in „das Chafu, die Sprache der Basu (Wapare)“ ist das Evangelium nach Johannes im Verlag der Evang. luth. Mission in Leipzig erschienen.

D. Sudansprachen.

Der Aufsatz von Bernhard Strud: „Einige Sudan-Wortstämme“ (Zschr. Kol. Spr. Bd. 2, S. 234 bis 253, 309 bis 323) stellt 45 neue hypothetische Grundformen zu den 323 bereits von Westermann in seinem Werk: „Die Sudansprachen“ 1911 konstruierten auf. Ein Teil davon ist auch für die Bantuforschung wichtig. Durch eine etwas komplizierte statistisch-rechnerische Methode kommt Strud zur Abgrenzung von fünf Stammwörterkreisen und stellt eine Verarbeitung seiner linguistischen Ergebnisse mit anthropologischen und kulturgeographischen Betrachtungen in Aussicht.

Die unter A. erwähnte, nach Westermann hamitisch beeinflusste Sudansprache Dagomba ist von R. Fisch in einem Buche: „Grammatik der Dagombasprache (Arch. Kol. Sprach. Bd. 14) zum erstenmal bearbeitet worden. Aus dem Vorwort geht hervor, daß der Verfasser sein Material in den Freistunden einer sieben Monate langen Reise in der Hauptsache als Originaltexte aus dem Munde von Eingeborenen gesammelt hat; diese sollten demnächst veröffentlicht werden. Diese Methode, aus Texten die grammatischen Regeln zu abstrahieren, scheint sich auch in diesem Fall bewährt zu haben; sie ist als die beste zu empfehlen, um schnell in eine neue Sprache einzudringen.

Sonst ist aus Sudansprachen, die in unseren Kolonien heimisch sind, anscheinend nur aus dem Gwe einiges Material an Wörtern und Sätzen, unter anderen in folgenden, auch ethnologisch interessanten Aufsätzen zu finden: J. Spieth: „Rechtsanschauungen der Gwe in Südtogo“ (Kol. Rdsh. Bd. 4, S. 339 bis 354), E. Spieß: „Heidnische Gebräuche der Gveneger“ (Archiv für Religionswissenschaft Bd. 15, S. 162 bis 170), „Die Yamfrucht im sozialen und religiösen Leben der Gveneger in Südtogo“ (Deutsche Rundschau für Geographie, Bd. 34, S. 570 bis 575), „Die Beschneidung unter den Togonegern Westafrikas“ (Anthr. phyt. Bd. 9, S. 276 bis 279), „Wortwechsel eines Togonegers mit seiner Frau usw.“ (Ebenda S. 279 bis 284), Franz Wolff: „Beitrag zur Ethnographie der Tönegger in Togo“ (Anthr. Bd. 7, S. 81 bis 94, 296 bis 308).

In der gleichen Erbesprache sind 1912 als Zeitschriften herausgegeben von der Nord-deutschen Missionsgesellschaft von Bremen „nagutiasa na mi!“ (Friede sei mit Euch!), 3. Jahrgang (Druck von Karl Schierenbeck in Bremen), und von der katholischen Mission: „Mia holō!“ (Unser Freund!), 2. Jahrgang (Druck und Verlag der katholischen Mission, Rome).

E. Buschmann- und andere isolierte Sprachen Afrikas.

In den Aufsätzen von R. Pöck, „Ethnographische und geographische Ergebnisse meiner Kalaherireisen“ (Petermanns Mitteilungen Bd. 58, II S. 15 bis 20), von Franz Seiner: „Beobachtungen und Messungen an Buschleuten“ (Zschr. Ethn. Bd. 44, S. 275 bis 288), sowie von Vedder: „Die Buschmänner“ (Allg. Wiss. Zschr. Bd. 39, S. 403 bis 415) und „Ein Ostergedanke der Buschmänner“ (Weibl. zur Allg. Wiss. Zschr. Bd. 39, S. 63 bis 69) findet sich vereinzelt Material an Eigennamen, Worten und Sätzen aus mehreren Buschmannmundarten.

Der zweite Bericht der Ostafrikaexpedition der Hamburger Geographischen Gesellschaft von G. Obst: „Von Malama ins Land der Wafindiga“ (Mitt. Geogr. Ges. Hamb. Bd. 26, S. 1 bis 45) gibt die erste Kunde von der Sprache eines kleinen Volksstammes in Deutsch-Ostafrika, von dem man bisher eigentlich mehr vermutete, als wußte, daß er (wie auch die dort lebenden Sandawe) Schnalzlaute anwendet. Obst hat über sieben Wochen lang mit diesen primitiven Jägern zusammengelebt und sich große Mühe gegeben, in ihre lautlich wie grammatisch schwierige Sprache einzudringen. Aus seinen Aufzeichnungen, die er noch nicht sämtlich veröffentlicht, gibt er eine kurze Uebersicht des Aufbaus der Sprache, auch mit kleinen Textbeispielen. Er verzeichnet drei häufige Schnalze, die anscheinend den bekannten dentalen, zerebralen und lateralen entsprechen, und deutet das Vorkommen anderer, darunter eines labialen, an. Auch laterale Konsonanten und solche mit Kehlverschluß kommen vor. Die grammatischen Formen werden überwiegend durch Suffixe abgeleitet, beim Substantiv wird ein Singular vom Plural gebildet, das natürliche Geschlecht wird bei der zweiten und dritten Person unterschieden, das Subjekt steht vor, das Objekt hinter dem Verbum. Interessant sind die in Obst's Aufsatz enthaltenen ethnologischen Beobachtungen, unter anderem die Tatsache eines Sonnenkultes.

F. Austronesische Sprachen.

Aus dem indonesischen Sprachgebiet hat R. Wulff: „Einiges über die spanischen Bestandteile der Chamorrosprache auf den Mariannen-Inseln“ in der „Zeitschrift für Wilhelm Thomsen“ (Leipzig bei Otto Harrschowitz, S. 44 bis 52) veröffentlicht. Wichtig für die Beschäftigung mit allen austronesischen Sprachen sind die „Monographien zur indonesischen Sprachforschung“ von Kenvard Brandstetter (Luzern bei Haag), von denen 1912 als 9. Teil „Das Verbum“ erschienen ist, wenn diese Arbeit auch keine in den deutschen Schutzgebieten einheimische Sprache behandelt.

Auf Samoanisch — als auf eine polynesishe Sprache — nimmt der Aufsatz von H. Meffgen: „Die Südsee und Südseesprachen usw.“ (Frankfurt a. M. bei J. St. Goar) bezug.

Aus mikronesischen Sprachen finden sich einige Wörter bei August Erdland: „Die Eingeborenen der Marshallinseln usw.“ (Anthr. Bd. 7, S. 559 bis 565), und bei Fr. Girschner: „Die Karolineninsel Namöluf und ihre Bewohner“ (Wäfler Archiv Bd. 2, S. 123 bis 215); Grammatik und Wörterverzeichnis dieser letztgenannten Mundart folgen in derselben Zeitschrift 1913. Von Girschner ist auch eine interessante Auseinandersetzung über „den papuanischen Mischcharakter der Sprachen von Fouape und der Zentralkarolinen“ im Anthropos Bd. 7, S. 503 bis 504 abgedruckt, zu der ebenda der Herausgeber W. Schmidt zustimmend Stellung nimmt.

Aus dem melanesischen Sprachgebiet von Deutsch-Neuguinea ist die im Norden der Gazellehalbinsel von Neu-Pommern einheimische Sprache am intensivsten behandelt. Das „Praktische Handbuch zur Erlernung der Nordgazellen Sprache“ von B. Lehy (Münster i. W., Westfälische Vereinsdruckerei) verfolgt Lehrzwecke. Es stellt eine Erweiterung und große Verbesserung der Grammatik desselben Verfassers dar, die 1897 in der Zeitschrift für afrikanische und ozeanische Sprachen erschienen war, und hat auch manche Vorzüge vor der Grammatik von Assunto Costantini (Arch. f. Kol. Spr. Bd. 9), so daß

es den Europäern der dortigen Gegend recht nützlich sein wird. Das letzte gilt auch von dem Büchlein von J. Eberlein: „Kanakische Gespräche“ (Münster i. W. bei Cöppentath). Aber beide Werke sind für streng wissenschaftliche und vor allem für sprachvergleichende Studien weniger geeignet. Hierfür liegt vorzügliches Material in dem Text vor, den J. Wirthius in seinem Aufsatz: „Kultur- und Charakterbilder aus der Gazellenhalbinsel“ (Anthr. Bd. 7, S. 875 bis 892) veröffentlicht, und dem ein zweiter folgen soll. Nehliches, gutes Material an Originaltexten ist in dem Aufsatz von J. o j e j M e i e r: „Die Feier der Sonnenwende auf der Insel Naton, Bismarckarchipel, Südfsee“ (Anthr. Bd. 7, S. 705 bis 721) enthalten. Einen kurzen, kritischen „Versuch zur Festlegung eines Namens für die Küstenbewohner des nördlichen Teiles der Gazellenhalbinsel (Neu-Pommern) und deren Sprache“ bringt Otto Meyer (Anthr. Bd. 7, S. 1057 bis 1059); er schlägt vor, sie als „Tunasprache“ zu bezeichnen, wie die Eingeborenen selbst sie nennen („tuna“ bedeutet „richtig“).

Eine „Skizze der Grammatik der Barriaisprache“ enthält das Werk von G e o r g F r i e d e r i c i: „Wissenschaftliche Ergebnisse einer anttlichen Forschungsreise nach dem Bismarckarchipel im Jahre 1908“ (Ergänzungsheft Nr. 5 zu den Mitteil. aus den Deutschen Schutzgeb.). Hier wird einerseits die Phonetik sorgfältig beachtet, andererseits der Sprachvergleichung weitgehend Rechnung getragen. Das ganze Werk ist voll von wertvollen linguistischen Zusammenstellungen, Wörterverzeichnissen und scharfsinnigen Wertungen für ethnologische und kulturgeographische Probleme; es wird jedem Sprachforscher auf melanesischem Gebiet unentbehrlich sein.

Kleine Proben der Sprache von Lambutjo, Admiralitätsinseln, und auch Wörter der Neu-Pommern-Sprache sind in dem Werk von T h u r n w a l d zu finden, das unter G. näher gewürdigt werden wird.

Endlich sind in den gleichfalls unter G. angeführten Aufsätzen von J. K a u s c h kurze Grammatiken der Uruava- und Torausprache auf Bougainville enthalten, welche melanesisch-papuanische Mischungen darstellen.

An Zeitschriften in Eingeborenensprachen ist von der Methodistenmission in Neu-Pommern-Mundart der 4. Jahrgang von „A Nila i ra Dowot“ (Die Stimme der Wahrheit) herausgegeben (Missionsdruckerei auf Mlu, Bismarckarchipel). Dagegen scheinen von den Zeitschriften der Rheinischen Mission in der Gragetmundart „Totol“ (Botschaft), und der Neubettelsauer Mission in der Jabinisprache „Jain ngayam“ (Gute Botschaft) im Jahre 1912 neue Nummern nicht gedruckt zu sein. Doch ist in der letztgenannten Sprache ein Buch biblischer Geschichten des alten Testaments „Ming tabung“ von H. B a h n, sowie ein Kalender auf 1912 herausgekommen; beides in Loganeng gedruckt.

G. Papua sprachen.

J. K a u s c h gibt in seiner Arbeit: „Die Sprache von Südost-Bougainville, Deutsche Salomoninseln“ (Anthr. Bd. 7, S. 105 bis 134, 585 bis 616, 964 bis 995) eine ausführliche Grammatik der Nafioisprache und eine kürzere der Koromiramundart. Wer nur einen Blick in die komplizierten Kategorien beim Zahlwort, Pronomen usw., und in die mannigfachen Formen der Konjugation wirft, wird dem Verfasser seine Anerkennung einer hervorragenden wissenschaftlichen Leistung nicht versagen können. Ergänzungen finden seine Darbietungen in einem kleineren Aufsatz: „Die Verwandtschaftsnamen der Nafioi“ (Anthr. Bd. 7, S. 1056 bis 1057), und in Briefen von ihm, die in der Zeitschrift „Kreuz und Charitas“, Meppen (Hannover) abgedruckt sind.

Aus einer Sprache von derselben Insel sind die Texte aufgenommen, die den Hauptinhalt des Buches von R. T h u r n w a l d: „Forschungen auf den Salomoninseln und dem Bismarckarchipel. I. Lieder und Sagen aus Buin“ (Berlin, Dietrich Reimer) bilden. Die Sprache von Buin ist nur mundartlich verschieden von derjenigen, von der J. G r i s w a r d einen Abriß ihrer Grammatik unter dem Namen der Teleisprache im Anthr. 1910 veröffentlicht hat; T h u r n w a l d stellt gleichfalls die Herausgabe einer Grammatik mit Wörterverzeichnis in Aussicht. Der Inhalt des Thurnwaldschen Werkes ist von größtem ethnologischen Interesse; auch erfahrene Kenner der Südfsee werden eine so eigenartige bildreiche Lyrik bei diesen Eingeborenen kaum erwartet haben.

In Papua sprachen von Deutsch-Neuguinea sind von der Neubettelsauer Mission in Loganeng ein Buch biblischer Geschichten des alten Testaments in der Sialummundart

„Eketet kisi“ von A. Wache und in der Kaisersprache ein Kalender auf 1912 gedruckt worden. Ohne Jahr und Ort sind aus dem Kai ferner folgende Drucke der genannten Mission bekannt geworden: „Gahe a mitisipapia“ (Niederbuch), „Mitibang langbane“ (Geschichten des alten Testaments), „Mitibang langbane“ (Geschichten des neuen Testaments), „Maleku bingebiangtine“ (Evangelium Lukas, Kapitel 1 bis 16) und „Apose jangele binang“ (Apostelgeschichte). Dagegen scheinen von der Zeitschrift in der Kaisersprache „Aakesing“ keine neuen Nummern 1912 herausgegeben zu sein.

Einige Wörter des Kai und auch aus anderen Papuasprachen finden sich auch im 2. Jahrgang des „Neudettelsauer Missionsblattes“. Interessant ist folgende Notiz aus einem ebenda S. 66 bis 68 abgedruckten Brief, dessen ungenannter Verfasser schreibt, er „habe entdeckt, daß „Zia“ (wie es scheint, die Mariasprache), ein nahverwandter Dialekt von Binandere ist, wovon schon 1904 die Grammatik bearbeitet ist. Die Grenze scheidet zweimal Stämme mit gleicher Sprache im Hinterland.“ — Es wäre für die koloniale Linguistik sehr wünschenswert, wenn die genannte Mission ihre offenbar reichhaltige Kenntnis der Papuasprachen in ihrem Wirkungskreis durch Veröffentlichungen der Wissenschaft zugänglich machen wollte.

H. Akademischer Unterricht in den Kolonialsprachen.

Wie aus den Vorlesungsverzeichnissen der akademischen Lehranstalten hervorgeht — die auszugsweise u. a. auch in der Deutschen Kolonialzeitung Nr. 12 und 36 abgedruckt sind —, war Gelegenheit zum Erlernen der Kolonialsprachen in Deutschland hauptsächlich in Berlin und Hamburg geboten. Am Seminar für orientalische Sprachen der Berliner Universität wurden für das Sommersemester 1912 Vorlesungen über Suaheli (Welten), Phonetik, Hausa, Ful, Gwe, Tshi, Nama (Westermann), und Jaunde (Nekes), im Wintersemester 1912/13 über Suaheli (Welten, Blumenthal), Hausa, Ful, Gwe, Tshi, Nama, Ovambo (Westermann) und Jaunde (Nekes) angezeigt, am Hamburgischen Kolonialinstitut für das Sommersemester über Phonetik (Pancconcelli-Galzia), Gwe, Duala, Herero, Bantugrammatik (Meinhof), Suaheli (Heepe, Zache), Ful, Hausa (Klingenhöben) und Melanesisch (Dempwolff); im Wintersemester über Phonetik (Pancconcelli-Galzia), Herero, Gwe, Duala, Nama, Jaunde, Bantugrammatik (Meinhof), Suaheli (Heepe, Zache), Ful, Hausa (N. N.), Melanesisch (Dempwolff) und Mikronesisch (Hambruch).

Das Orientalische Seminar hat eine Zeitschrift über die ersten 25 Jahre seines Bestehens herausgegeben (Berlin, D. Reimer), das Hamburgische Kolonialinstitut hat den Bericht über das 4. Studienjahr mit der Veröffentlichung von Reden der Professoren Rathgen und Franke verbunden (gedruckt bei Lütke u. Wulff usw. in Hamburg). Ueber das phonetische Laboratorium des Seminars für Kolonialsprachen am Hamburgischen Kolonialinstitut findet sich eine ausführliche Beschreibung in der Revue de Phonétique, Bd. 2, S. 98 bis 100.

Auch die Kolonialschule in Wixenhausen hat Unterricht über Suaheli (Wilhelmson) in beiden Semestern angezeigt. Endlich hat der neugegründete Frankfurter Verein für orientalische Sprachen nach dem „Jahresbericht über sein erstes Jahr“ (Frankfurt a. M. bei P. Dülfer) im Jahre 1912 Vorträge über deutsche Kolonialsprachen (Schüh), Samoanisch (Neffgen) und Tshi (Gsell) veranstaltet.

Erwähnenswert ist noch, daß kolonialsprachliche Themen auf mehreren Kongressen verhandelt sind, worüber folgende Veröffentlichungen vorliegen: S. Meinhof: „Bericht über die II. allgemeine studentische Studienkonferenz zu Hamburg am 6. bis 10. März 1912“ (Die evangelischen Missionen Bd. 18, S. 133 bis 135), und B. Gutmann: „Die erste allgemeine Missionskonferenz in Deutsch-Ostafrika“ (Evang. Miss. Bd. 18, S. 16 bis 20); eine Notiz in der Zeitschrift für Missionswissenschaften (Bd. 2, S. 333) teilt mit, daß auf der religiös-ethnologischen Woche in Löwen vom 27. August bis 4. September van Ginneken über Linguistik vorgetragen hat.

Dr. Otto Dempwolff.

Koloniale Monatsblätter

Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft

Nr. 6

Juni 1913

15. Jahrgang

Ein Eisenbahnbauprogramm für unsere afrikanischen Kolonien.

Von Franz Kolbe.

Ein Eisenbahnbauprogramm für die deutschen Kolonien wurde schon auf der Bremer Tagung der Deutschen Kolonialgesellschaft im Jahre 1908 gefordert. Damals wurde der Antrag als verfrüht abgelehnt, weil unsere Kenntnis der natürlichen Hilfsquellen des Landes und der wirtschaftlichen Möglichkeiten noch nicht ausreichte, um daraufhin ein endgültiges Programm aufzustellen. Inzwischen ist aber die Erkundung sämtlicher Kolonien so außerordentlich vorge-schritten, daß, abgesehen von etwaigen Entdeckungen mineralischer Schätze, größere Ueberschungen ausgeschlossen sein dürften. Schon mit Rücksicht auf das Ausland, das überall mit Eisenbahnbauplänen an den Grenzen unserer Kolonien zur Hand ist, durch welche diese teilweise entwertet und ihr Handel in die fremden Nachbarkolonien abgelenkt werden würde, ist die Aufstellung eines kolonialen Eisenbahnbauprogramms unerläßlich.

Es kann nicht Zweck eines kolonialen Eisenbahnprogramms sein, sofort genau die Trassen für die zu erbauenden Bahnen festzulegen oder den Zeitpunkt zu bestimmen, wann jede der einzelnen Bahnen gebaut werden muß. Notwendig ist dagegen, daß die Zielpunkte festgelegt werden, die es zu erreichen gilt, und daß in großen Zügen der wahrscheinliche Reiseweg angegeben wird. Die Feststellung der endgültigen Trasse muß immer von einer lokalen Erkundung abhängig gemacht werden. Ebenjowenig ist es möglich oder notwendig, daß alle Projekte lokalen Charakters in ein derartiges Eisenbahnbauprogramm aufgenommen werden. Zweck des Bauprogrammes kann vielmehr nur die Feststellung sein, welche Linien unbedingt gebaut werden müssen, damit allen erschließungswürdigen Teilen der Kolonie auch tatsächlich der Anschluß an den Weltverkehr gesichert und damit die wirtschaftliche Entfaltung ermöglicht wird.

Der Zeitpunkt für die Inangriffnahme der einzelnen Bahnbauten hängt natürlich von der finanziellen Lage der Kolonie ab. Deshalb werden solche Bahnen, die schon bei ihrer Eröffnung einen verhältnismäßig bedeutenden Verkehr vorfinden oder die in Gebiete führen, wo die Ansiedlung einer größeren Zahl weißer Siedler möglich ist, früher gebaut werden können als andere, die erst nach einer Reihe von Jahren eine Rente abwerfen können.

Für bedenklich würde ich es halten, zugunsten einer einzigen Bahnlinie die Entwicklung des ganzen übrigen Landes hintanzusetzen. Es kommt vor allem darauf an, mit möglichst geringen Mitteln möglichst viel zu erreichen.

Nichts ist lähmender als Ungewißheit. Das hat sich besonders bei Entwicklung der europäischen Kolonien im Norden Deutsch-Ostafrikas gezeigt. Während in der englischen Nachbarcolonie volle Klarheit herrscht über die Entwicklungsmöglichkeiten für weiße Siedler in den Hochlanden der Kolonie, ist man, wie der Bericht des Gouverneurs Dr. Schnee über die Besiedlungsmöglichkeit des Kilimandscharo- und Merugebietes zeigt, bei uns noch vollkommen im unklaren darüber. Die Ansiedlung weißer Farmer westlich des großen Grabens in größerer Zahl ist nur möglich bei bestimmter Aussicht, in absehbarer Zeit Bahnverbindung zur Küste zu erhalten.

In der Aufstellung kolonialer Eisenbahnprogramme sind uns Engländer, Franzosen und Belgier vorausgegangen. England verfolgt seit geraumer Zeit mit bewunderswerter Festigkeit den Plan seiner Kap-Kairobahn. Ohne das von dem früheren Generalgouverneur Roume aufgestellte, von dem jetzigen Generalgouverneur Merlan Ponty in seinen Einzelheiten ausgearbeitete Eisenbahnprogramm für Französisch-Westafrika wäre die wunderbare Entwicklung dieser Kolonie unmöglich gewesen.

Ich gehe jetzt zur Besprechung der einzelnen Kolonien über.

Deutsch-Ostafrika.

Von jeher hat die Deutsche Kolonialgesellschaft den Gedanken vertreten, daß zur Erschließung Deutsch-Ostafrikas drei Seebahnen, je eine nach dem Viktoriassee, dem Tanganjikasee und dem Njassasee notwendig sind. Daran wird man schon mit Rücksicht auf die riesige Ausdehnung festhalten müssen.

Die Mittellandbahn zum Tanganjikasee geht ihrer Vollendung entgegen. Leider führt sie zum großen Teil durch Gebiete, von denen wirtschaftlich nicht allzu viel erwartet werden kann. Es ist daher naturgemäß, daß sich jetzt das Bestreben zeigt, durch Anschlußbahnen in wirtschaftlich reichere Gebiete der Bahn den nötigen Verkehr zuzuführen, den sie in ihrem eigenen Gebiete noch nicht vorfindet. Bedenken erregen muß aber der gegenwärtig auch amtlich ernstlich in Erwägung gezogene Vorschlag, von Tabora aus eine Zweighahn zur Erschließung Ruandas nach dem Kageraknie zu erbauen. Ausführlich habe ich diese Frage bereits in Heft 52, 1912, der „Kolonialen Zeitschrift“ und in der „Deutschen Kolonialzeitung“ Nr. 14 (Die ostafrikanische Nordbahn) behandelt. Erstens wird diese Anschlußbahn zu lang. Dann aber führt sie auch, worauf insbesondere Herr Geheimrat Hofrat Professor Dr. Hans Meyer hingewiesen hat („Mitteilungen aus den deutschen Schutzgebieten“ 1913, Ergänzungsheft 6), zum großen Teil durch unfruchtbare, menschenarme Gegenden. Wenn etwa, wie es nach einer Notiz der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung“ den Anschein hat, die Trasse zuerst auf der Straße nach Muanja bis zur Missionsstation St. Michael verlaufen und dann scharf nach Westen umbiegen sollte, so würde die Länge der Bahn nur noch erhöht werden. Die technischen Schwierigkeiten, die man aber durch die Trasse von Süden her zu umgehen hofft, nämlich die Nord-Süd-Richtung der Gebirge, findet man hier ebenso vor wie

westlich des Viktoriasées. Eine Anschlußbahn an den Viktoriasée, etwa von der Kimoanibucht ausgehend, würde bedeutend kürzer und könnte voraussichtlich die technischen Schwierigkeiten leichter umgehen oder überwinden.

Diese Lösung ist schon deshalb vorzuziehen, weil Ruanda geographisch und wirtschaftlich zum Gebiet des Viktoriasées gehört und damit in den Erschließungsbereich einer ostafrikanischen Nordbahn. Der Bau der ostafrikanischen Nordbahn ist gegenwärtig wohl die dringendste Aufgabe für den Eisenbahnbau in Deutsch-Ostafrika. Sie ist notwendig, weil andernfalls eine Besiedlung des am besten für europäische Siedlung geeigneten Gebietes Deutsch-Ostafrikas, der Hochländer westlich des großen Grabens, unmöglich ist. Der Mangel an offenem Wasser kann uns doch nicht abschrecken, seitdem wir in Deutsch-Südwestafrika gelernt haben, derartige Wasserschwierigkeiten zu überwinden. In der ganzen Serengetisteppe aber ist nach Angabe des Farmers Siedentopf Wasser durch Graben leicht zu erschließen — die Wata-turu, die hier geessen haben, bevor sie von den Massai vertrieben wurden, hatten zahlreiche Brunnen gegraben und besaßen Tausende von Rindern. Erst nach der großen Rinderpest sind diese Brunnen allmählich verfallen und in Vergessenheit geraten. Der Bau der Nordbahn ist aber auch notwendig, um angesichts der gegenwärtigen Verkehrsstockungen auf der Ugandabahn und des riesenhaft anwachsenden Verkehrs besonders aus Uganda unserem deutschen Viktoriaséegebiet die sichere Beförderung seiner Frachten zur Küste zu gewährleisten. Erst in Jahr und Tag dürfte die gegenwärtige Verkehrsstockung vollständig behoben sein, und wie lange es dann dauert, bis neue Schwierigkeiten entstehen, wenn nicht große Bauinvestitionen vorgenommen werden, ist eine Frage für sich. Hat doch die British Cotton Growing Association erst kürzlich den Bau eines zweiten Gleises verlangt. Ein Tarifkampf seitens der Ugandabahn ist nicht zu befürchten — die Frachten aus dem deutschen Gebiet machten im Jahre 1911/12 nur rund ein Sechstel des Gesamtverkehrs aus! Die Engländer würden sich durch einen Tarifkampf nur ins eigene Fleisch schneiden und denken auch sicher nicht daran, so lange sie die Aussicht haben, im eigenen Lande genügenden Ersatz zu finden. Es könnte sogar der Fall eintreten, daß englische Frachten aus Uganda über die deutsche Nordbahn gehen.

Die Rentabilität der Nordbahn dürfte gesichert sein einerseits durch die Frachten aus dem Usambara-, Kilimandscharo- und Merugebiet, andererseits aus dem Viktoriaséegebiet und aus Ruanda. Führt doch auch die Ugandabahn zum großen Teil durch menschenleere unbewohnte Steppen. Wird die Bahn gebaut, so wird ihr sicher der deutsche Farmer und Ansiedler schnell folgen. Von besonderer Wichtigkeit für die Rentabilität der Bahn wäre es natürlich, wenn sie entsprechend meinem in der „Deutschen Kolonialzeitung“ gemachten Vorschlag durch den südlichsten Teil der Serengeti und Meatu nach Muanja geführt würde, auf diese Weise würde eine längere Strecke in einer Entfernung von etwa nur 100 Kilometer dem Bewässerungsgelände in der oberen Wembäre-

steppe parallel laufen. Stehen doch dort nach dem Gutachten von Dr. Bageler Baumwollböden von einer Güte zur Verfügung, die selbst von den reichsten Baumwollböden der Vereinigten Staaten nicht übertroffen werden und deren Ausdehnung dem ostafrikanischen Baumwollbau einen Einfluß auf den Weltmarkt sichern würde.

Wenn man also auf die Zweigbahn von Tabora nach Ruanda wird verzichten müssen, so empfiehlt sich als Ausgleich in erster Linie wohl der Bau einer Anschlußbahn von der Mittellandbahn zum Ulanga, die, etwa bei Ngerengere oder Mikesse abzweigend, zunächst in die vorzügliche Baumwolle produzierende Gegend von Kiffati und von dort den Ruaha etwa bei Kidato überschreitend bei der alten Ulangastation den Ulanga erreicht. Es ist allerdings nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Zentralbahn, dem auf diese Weise Frachten zugeführt werden. Die Bahn erschließt aber eine etwa 300 Kilometer lange Schifffahrtsstrecke, auf welcher Dampfer von höchstens 1 Meter Tiefgang das ganze Jahr über verkehren können. Das auf diese Weise erschlossene Gebiet, das sich besonders zum Anbau von Reis eignet, hat nach Angabe des Pflanzers Bleed-Njafifu in ganz Deutsch-Ostafrika und noch weit darüber hinaus nicht seinesgleichen. Der westliche Endpunkt der Ulanga-Schifffahrt ist in Luftlinie nur noch 200 Kilometer vom Ufer des Njassasees entfernt. Wenn dann also später von diesem Punkte eine Eisenbahn zum Njassasee gebaut wird, würde durch die kombinierte Flußschifffahrts- und Eisenbahnverbindung ein Verkehrsweg zur Küste hergestellt, der auch mit der englischen Route nach Beira konkurrenzfähig sein dürfte. In dem Augenblick, wo diese Zweigbahn zwischen Mittellandbahn und Ulanga fertiggestellt und ein sicherverkehrender Flußdampfertransport garantiert ist, dürften voraussichtlich die Transporte vom Norden des Njassasees alle diesen Weg bevorzugen.

Aber selbst wenn diese kombinierte Fluß- und Eisenbahnstrecke bis zum Njassasee im Betrieb ist, kann damit die Frage einer Verbindung des Njassasees mit der Küste noch nicht als endgültig gelöst betrachtet werden. Ich kann denjenigen nur recht geben, welche es für unökonomisch halten würden, wenn wir den vorzüglichen Hafen von Kilwa-Kiffiwani auf die Dauer unbenutzt lassen wollten. Früher oder später wird die Südbahn Kilwa-Wiedhafen einmal gebaut werden müssen. So lange indes die Nordbahn noch nicht fertiggestellt ist und, dies gilt auch in höherem Maße von der Mittellandbahn, weiterer Zuschüsse zu den Betriebskosten bedarf, ist an den Ausbau der Südbahn nicht zu denken. Höchstens könnte man vorläufig die Strecke Kilwa-Liwale fertigstellen. Die Erbauung der Südbahn hätte einen Zweck gehabt, bevor die Schirebahn gebaut wurde und bevor die Sicherheit bestand, daß für die Schirebahn durch die Bahn von Beira zum Sambezi ein direkter Auslaß zum Meere geschaffen wurde. Gegenwärtig würde der Südbahn das Hinterland völlig fehlen, das die Zentralbahn in der 600 Kilometer langen Küste des Tanganjikas und das die Nordbahn in den Residenturen Pufoba und Ruanda hat. Auf die Fruchtbarkeit Ungonis allein hin läßt sich eine gegen 700 Kilometer

lange Bahn nicht bauen. Es kommt noch hinzu, daß die für Besiedlung durch Europäer besonders geeigneten Gebiete, insbesondere die Landschaften Rondo, Ubena, Unjika usw. von der Bahn gar nicht berührt werden, sondern von ihrem Endpunkt Wiedhafen nicht viel weiter entfernt sind als vom Endpunkt der Schiffbarkeit des Ulanga. Wird also vom Endpunkt der Schiffbarkeit des Ulanga eine Bahn zum Njassasee gebaut, dann fallen die Produkte der Europäer und deren Reisen für die Südbahn aus.

Ebenso wie um die Südbahn steht es um die seinerzeit vielbesprochene Südwestbahn, die von Kilossa oder Mpapua aus durch Uhehe einerseits zur Nordspitze des Njassasees, andererseits nach Bismarckburg führen sollte. Soviel auch für den Bau dieser Bahn an sich spricht, insbesondere die Erschließung der vorzüglichen Baumwolländereien in Ussangu und Rufwasente, die Kosten ihrer Erbauung sind im Vergleich mit den Kosten der gemischten Eisenbahn- und Schiffsahrtstrecke zum Njassasee so hoch, der unmittelbare Nutzen nicht größer, so daß auch diese Bahn zurückgestellt werden muß, bis die Zentralbahn sich einigermaßen verzinst.

Die anderen von Zeit zu Zeit in der Kolonie besprochenen Projekte, wie eine Eisenbahn im Lukuledital nach Lindi, von Mahenge zum Ulanga, die Linie Tabora—Muanja usw., sind sämtlich lokaler Natur. Dies schließt natürlich nicht aus, daß zum Beispiel die Lukuleditalbahn vielleicht früher gebaut wird als die Südbahn und die Südwestbahn.

Deutsch-Südwestafrika ist von allen unseren Kolonien bis jetzt am reichlichsten mit Eisenbahnen bedacht. 1950 Kilometer Bahnen sind fertiggestellt und in Betrieb. Die Bevölkerung des Landes verlangt denn auch vorläufig nur noch den Ausbau zweier Bahnlinien, einer etwa bei Otjiwarongo abgehenden Eisenbahn zum Ambolande und einer Zweigbahn von Windhuk nach Gobabis. Beide müssen in der Tat so bald gebaut werden, als die finanzielle Lage des Schutzgebietes es gestattet, die Ambolandbahn, um den Bezirk Outjo zu erschließen und die Zuwanderung der so dringend notwendigen Arbeiter aus dem Ambolande sicherzustellen, die Bahn Windhuk—Gobabis, weil sie den für Ackerbau vielleicht am besten geeigneten Bezirk der Kolonie erschließt und an den Weltverkehr anschließt. Gegenwärtig ist der Absatz der Ackerbauprodukte infolge der 200 Kilometer weiten Ochsenwagenfahrt kaum möglich, jedenfalls dürfte eine Konkurrenz über Windhuk hinaus ausgeschlossen sein. Die dringlichere der beiden Bahnen ist allerdings die Ambolandbahn. Aus Äußerungen, die Gouverneur Dr. Seiß vor zwei Jahren im Landesrat machte, ist bekannt, daß beabsichtigt wird, diese Bahn als Schmalspurbahn mit dem überflüssig gewordenen Material der alten Regierungsbahn Swakopmund—Windhuk zu erbauen. Technische Schwierigkeiten sind fast gar nicht vorhanden, die Herstellung des Oberbaues soll durch Eingeborene unter Aufsicht der Schutztruppe, die Verlegung der Schienen und Schwellen durch die Schutztruppe selbst erfolgen. Nun soll aber, soweit man hört, nur die Erbauung der Strecke Otjiwarongo—Okauejejo geplant sein. Davor kann nicht

genug gewarnt werden, denn es hieße halbe Arbeit machen. Von der Grenze des Ambolandes bis Okaufwejo sind immerhin noch etwa 100 Kilometer zurückzulegen und die Gefahren, die den Arbeitsuchenden durch Hunger, Durst, wilde Tiere und Ungunst der Witterung hier drohen, möchten doch manchen davon abhalten, die Reise nach den Wohnstätten der Weißen zu unternehmen. In der „Niderikbuchter Zeitung“ wurde denn auch gefordert, daß die Bahn zum mindesten bis Okaufondo, also bis ins Herz des Ambolandes geführt werden müßte. Das scheint uns auch richtiger zu sein und wir glauben nicht, daß die Ovambos sich irgendwie dagegen sträuben werden, sobald die alljährlich wiederkehrenden Hungersnöte ihnen gezeigt haben werden, daß auf der Bahn der Transport von Lebensmitteln viel sicherer und schneller erfolgt, als wenn diese an der Grenze durch Träger abgeholt werden müssen. Außerdem würde eine Bahn bis ins Innere des Ambolandes die friedliche Erschließung des Landes in ganz anderem Maße sichern, als eine in Okaufwejo endende Bahn, zumal die Aufstandsgefahr durch letztere in keiner Weise beseitigt und ein schnelles, sicheres Eingreifen deutscher Truppen in keiner Weise verbürgt würde. Eine Gefahr, daß die Ovambos etwa über die portugiesische Grenze auswandern, besteht wohl kaum. Die Ovambos haben von seiten der Portugiesen viel Unannehmlichkeiten erlebt, von deutscher Seite aber nur Gutes erfahren; seit der Niederwerfung des Hereroaufstandes haben sie einen riesigen Respekt vor den deutschen Truppen und würden sich infolge der Bahn gegen die Portugiesen geschützt fühlen. Eine Öffnung des Ambolandes für Verkehr und Besiedlung dürfte sich trotzdem vorläufig nicht empfehlen, das Amboland müßte Eingeborenenereservat bleiben.

Keine unserer Kolonien ist bisher in der Ausstattung mit Bahnen derartig stiefmütterlich behandelt worden wie Kamerun. Nur 250 km Bahnen waren am 1. Januar betriebsfertig, während das viel kleinere Togo über 300 km Bahnen verfügte. Dabei ist Kamerun, was natürliche, sofort auszubauende Reichtümer anbetrifft, von allen unsern afrikanischen Kolonien am reichlichsten ausgestattet. Die Vergrößerung dieser Kolonie um etwa die Hälfte ihres bisherigen Flächeninhalts hat erfreulicherweise das Reichskolonialamt veranlaßt, erhebliche Mittel für Erkundung von Eisenbahnen und für Erkundung und Erschließung der neu erworbenen Landesteile in den Etat einzustellen. Nicht weniger als 500 000 Mark sind zur wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Erkundung und Erforschung der neuen Gebiete durch Geologen, Geographen, Land- und Forstwirtschaftler, Ethnographen und Verwaltungsbeamte zur Verfügung gestellt. 300 000 Mark sind für Eisenbahnerkundungen vorgesehen, wovon 200 000 Mark bis jetzt genehmigt sind. Der Umstand, daß diese Erkundungen noch nicht abgeschlossen sind, kann uns trotzdem nicht hindern, ein allgemeines Programm aufzustellen, wenn wir auch gerade hier ganz besonders von irgendwelchen örtlichen Wünschen absehen müssen. Gerade der Umstand, daß der größte Teil der für die Eisenbahnerkundungen bestimmten Mittel noch zur Verfügung steht, berechtigt dazu, jetzt noch Wünsche auszu-

sprechen, deren Berechtigung durch die örtlichen Erkundungen nachgeprüft werden kann.

Bis jetzt ist nur bekannt, daß die Regierung eine Verbindung von Duala mit den Tschadseeländern, zunächst bis Garua führend, erstrebt, die sogenannte Nordbahn, und eine Verbindung zwischen Duala und dem Sanga, vielleicht Ubangi, die Mittellandbahn. Das natürlichste wäre es wohl, die Nordbahn, die ja bereits in einer Länge von 160 Kilometer bis Kongsamba im Betriebe ist, über Tschang, Bamenda oder Fumban, Banjo, Kontscha nach Garua weiterzubauen. Die Geländeschwierigkeiten, die sich der Ausführung dieser Bahntrassen entgegenstellen, sind aber infolge der Zerklüftung der Gebirge derartige, daß vielleicht die Bau- und später die Betriebskosten eine nicht zu rechtfertigende Höhe erreichen würden. Aus diesem Grunde hatte bereits im „Jahrbuch für die deutschen Kolonien“ 1910, Major Zimmermann eine andere, nicht von Bonaberi, sondern direkt von Duala ausgehende Trasse im Tale des Sanaga und Faro empfohlen. Nachdem nun einmal die Mittellandbahn bei Gdea bereits den Sanaga überschritten hat, ist es vielleicht rationeller vorausgesetzt, daß der Ausbau der Strecke über Tschang—Banjo sich als unausführbar herausstellt — eine Abzweigung von der Mittellandbahn über Jaunde, Dengdeng, Ngaundere oder Kei—Buba zu wählen. Auch in diesem Falle dürfte es sich allerdings empfehlen, die Nordbahn mindestens bis auf das Plateau von Bamum—Bamenda, noch besser bis Banjo weiterzuführen.

Kommt die westliche Trasse zum Ausbau, so muß unter allen Umständen zwischen der Nordbahn und Mittellandbahn noch eine Erschließungsbahn eingefügt werden. Aber auch, falls die östliche Trasse der Nordbahn zur Ausführung kommt, ganz gleichgültig, ob diese auf dem rechten Sanaga-Ufer über Joko und Tibati oder auf dem linken Sanaga-Ufer über Jaunde, Dengdeng usw. führt, fehlt noch eine Verbindung nach dem mittleren Teile der Ostgrenze. Hierzu empfiehlt sich die Richtung Jaunde, Nanga—Eboko, Dengdeng, Kunde, Gore. Diese Trasse, die Kamerun in zwei nahezu gleich große Hälften ganz teilt, würde somit die wahre Mittellandbahn für Kamerun sein. Nennen wir sie zur Unterscheidung von der Mittellandbahn Duala—Njong die Nordostbahn. Diese Nordostbahn würde nicht nur als Erschließungsbahn große Dienste leisten — sie führt zunächst durch dicht bevölkerte, fruchtbare Gegenden, die vor allem reiche Delpalmenbestände aufweisen, später in Neukamerun, zwischen Pende und Logone, durch kautschukreiche Gebiete, in denen auch Delpalmen und wildwachsender Kaffee vorkommen —, sondern auch die Befriedung der bisher von den Franzosen noch nie ernsthaft unterworfenen Landschaften erleichtern und, bis zum Beginn der Schifffbarkeit des Pende (östlicher Logone) weitergeführt, die kürzeste und billigste Verbindung zum Tschadsee herstellt. Wichtiger noch als die oben erwähnten natürlichen Reichtümer der durch die Bahn zu erschließenden Neukameruner Gebiete sind die Erzeugnisse des Ackerbaues der Eingeborenen. Nach Ritter („Neukamerun“) zeigen die Eingeborenenkulturen eine Sorgfalt, Mannigfaltigkeit und Ertragsfähigkeit,

die das Erstaunen und den Beifall aller Forscher hervorgerufen haben. Nicht nur Getreidearten, an erster Stelle Hirse, dann Mais und Reis, gedeihen hier vorzüglich, sondern auch die für die Nahrungsmittel- und Fettstoffindustrie wichtigen Erzeugnisse, wie Sesam, Erdnüsse, Schinüsse, kommen hier in großen Mengen und guter Beschaffenheit vor. Dazu ist das Land für den Baumwollbau klimatisch und der Bodenbeschaffenheit nach sehr geeignet. Auch Tabak ist ziemlich verbreitet und soll besser sein als der am Tschadsee gebaute, zu nennen sind ferner Bohnen, Feigen in verschiedenen Arten, Piassaven u. a.

Was die Baumwolle anbetrifft, so hat von den Kameruner Landschaften gegenwärtig die größte Bedeutung das Mundangland, die Sultanate Binder, Lere und Lame, in denen schon die Franzosen wegen der dort außerordentlich gut gedeihenden und von den Regern für eigenen Bedarf angepflanzten und verarbeiteten Baumwolle der Förderung der Baumwollkultur besondere Aufmerksamkeit geschenkt haben. Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg berichtet in seinem Reisewerke „Vom Kongo zum Nil“: „Der Lamido (von Lere) besitzt eine bemerkenswerte Autorität, die sich sicherlich erweitern läßt, wenn sein persönliches Interesse an der Kultivierung des Landes, der Trägereinstellung usw. erweckt wird; entsprechende Versuche der Franzosen haben den Beweis erbracht. Sie weiheten ihn in die Geheimnisse der Baumwollkultur ein, zeigten ihm die Anlage der Felder, gaben ihm Saatgut und beteiligten ihn am Gewinn. Die Folge davon war ein reges persönliches Interesse des Sultans, den man täglich auf den Kulturen sah und der stets für eine genügende Anzahl Arbeiter sorgte.“ Vom Mundanglande aus könnte die Baumwollkultur im ganzen Tal des Logone heimisch gemacht werden. Das Mundangland selber liegt allerdings im Einzugsgebiet der Kameruner Nordbahn, besonders da Lere zur Zeit des Hochwasserstandes sogar von kleineren Dampfzügen erreicht werden kann. Aber das ganze Tal des oberen Logone wird am vorteilhaftesten und billigsten durch die Nordostbahn erschlossen.

Diese Nordostbahn hat aber noch einen ganz besonders hohen verkehrs- politischen Wert. Es ist bekannt, daß die Franzosen seit der Zeit ihrer Besetzung des Tschadseegebietes sich vergeblich bemühen, einen zuverlässigen und billigen Verkehrsweg zum Tschadseegebiet ausfindig zu machen. Die Transporte über den Kongo und Ubangi mit daran anschließendem Trägerverkehr brauchten bis Fort Lamé 18 Monate bei Transportkosten zwischen 2400 und 3500 Frank pro Tonne. Günstiger waren die Ergebnisse der Niger—Benue-Route, die Transportdauer wurde auf 11 Monate, die Transportkosten je Tonne auf 1100 Frank herabgesetzt. Aber die Niger—Benue-Route hat den einen großen Nachteil, daß sie nur vier Monate lang in jedem Jahre offen ist. Dieser Umstand sowie die Weigerung unserer Kolonialverwaltung, den französischen Etappenstationen, die infolge des Marokko-Kongo-Vertrages längs des Benue und des Majokebbi bis zum Logone angelegt werden dürfen, das Halten ständiger Träger zu gestatten, veranlaßt die Franzosen, diese Etappenstraße und den ganzen Niger—Benue-Weg jetzt als unzureichend zu erklären und sich nach

anderen Zufahrtswegen umzusehen. Die nächste Lösung war die Benützung der nigerischen Bahn von Lagos nach Kano und daran anschließender Transport über Zinder—Ngigmi—Mao um den Tschadsee herum. Gespart wurde allerdings hierbei nichts gegenüber dem Niger—Benue-Weg; bis Fort Lamby sind die Transportkosten wieder auf 1450 Frank pro Tonne gestiegen, dagegen ist die Beförderungsdauer geringer geworden. Ngigmi an der Westseite des Tschadsees wurde in 5 Monaten erreicht, Fort Lamby in 8—9 Monaten. Inzwischen ist nun die aus Mitteln der Anleihe von 1909 erbaute Automobilstraße zwischen Fort Sibut und Fort Crampel fertiggestellt; durch Bereitstellung einer ständigen Trägerkolonne von 200—300 Trägern glaubte man, die Sicherheit der Transporte zwischen Bangui und Fort Sibut garantieren und die Transportkosten pro Tonne auf 1125 Frank bis Fort Archambault herabsetzen zu können. Eine weitere Verminderung der Transportkosten und eine wesentliche Beschleunigung der Transporte würde eintreten, wenn die in dem gegenwärtig der Kammer vorliegenden Anleihegesetz vorgesehenen Bahnen von Pointe Noire nach Brazzaville und Kleinbahn von Bangui nach Fort Sibut fertiggestellt werden. Für den Bau der Kleinbahn rechnet man sechs Jahre, für die Bahn nach Brazzaville zehn Jahre. Nach deren Vollendung soll der Transport sich folgendermaßen gestalten: Eisenbahn von Pointe Noire bis Brazzaville, Dampfertransport von Brazzaville bis Bangui, Eisenbahn von Bangui bis Fort Sibut, Automobilverkehr von Fort Sibut bis Fort Crampel, von Fort Crampel an soll Kameltransport eintreten. Man hofft, auf diese Weise die Transportdauer auf sieben Wochen und den Beförderungspreis auf 600 Frank von Frankreich bis Fort Lamby herabsetzen zu können.

Im günstigsten Falle dürften bis dahin also zehn Jahre vergehen. Inzwischen hat sich aber bereits herausgestellt, daß die Hoffnungen, die man auf die Anwerbung einer ständigen Trägerkolonne gesetzt hat, trügerische waren. Lebensunterhalt, Besoldung usw. dieser ständigen Trägerkolonne gestalteten sich so teuer, daß die Transportkosten bis Fort Lamby nicht, wie man gehofft hatte, 1260 Frank, sondern etwa 2000 Frank betrugen. Ob man nun wieder zu der Beförderung über Kano—Zinder und vielleicht während der Monate des Hochwasserstandes auf die Niger—Benue-Route zurückgreifen wird, ist noch nicht bekannt. Dagegen hat kürzlich der französische Handelsfachverständige für den Orient auf die Vorteile der Benützung der englischen Sudanbahnen hingewiesen. Diese sind gegenwärtig von Port Sudan bis El Obeid in einer Länge von etwa 1200 Kilometer in Betrieb und sollen bis El Fasher, der Hauptstadt Dar Furs, verlängert werden. Von El Obeid bis Abcher, der Hauptstadt Wadais, sind nur noch 1000 Kilometer, und es erscheint daher nicht ausgeschlossen, daß die Franzosen tatsächlich auf diesen Vorschlag eingehen und sogar danach trachten, die englische Sudanbahn über El Fasher und Abcher zu verlängern. Abcher ist von Fort Archambault 600 Kilometer, von Fort Lamby 400 bis 500 Kilometer entfernt. Also selbst eine Eisenbahn Port Sudan—Fort Lamby würde mindestens 2600 Kilometer lang werden.

Die Kameruner Nordostbahn dagegen würde voraussichtlich bis Toba, das auf den Moiséschen Karten als Beginn der Schiffbarkeit des Logone angegeben ist, etwa 1100 Kilometer lang werden. Rechnen wir mit 1200 Kilometer. Von Toba bis Fort Archambault sind noch 200 Kilometer, es existiert jetzt bereits dort ein Karawanenweg. Wenn wir also, wozu uns das Marokko-Kongo-Abkommen unzweifelhaft das Recht gibt, die Kameruner Nordostbahn bis Fort Archambault verlängern, dann ist dieser wirtschaftliche Zentralpunkt des französischen Tschadseegebietes — Fort Archambault ist von Fort Lamh 500 Kilometer (Wasserweg auf dem Schari), von Abecher 600 Kilometer, von Fort Crampel 300 Kilometer, von Am Timman 300 Kilometer, von Ndele 300 Kilometer — nur etwa 1400 Kilometer von Duala entfernt. Selbst bei einem Gütertarif von 20 Pfennig pro Tonne würde dann die Beförderung einer Tonne von Duala bis zur französischen Grenze nicht mehr als 240 Mark oder 300 Frank kosten. Die Beförderung im Tschadseegebiet wird mit 0.85 Frank pro Tonne angenommen, die Transportkosten von der deutschen Grenze bis Fort Archambault 470 Frank betragen. Rechnet man dazu noch 60 Frank für die Beförderung von Frankreich nach Duala, so würden die Gesamttransportkosten auf 530 Frank herabgedrückt.

Schon hieraus ergibt sich, daß kein anderer Transportweg auch nur annähernd mit der deutschen Nordostbahn konkurrieren könnte. Andererseits aber würde natürlich die Frachtrate für Massengüter — das französische Tschadseegebiet ist keineswegs unfruchtbar, sondern zählt im Gegenteil zu den bestbewässerten und gut bevölkerten Gegenden der Steppengebiete des inneren Afrika — erheblich niedriger sein, vielleicht 10 Pfennig pro Tonne. Dadurch würden die Produkte des Tschadseegebietes, besonders Baumwolle, Erdnüsse usw. überhaupt erst ausfuhrfähig werden, und der deutsche Kaufmann würde es sein, der dies Land erschließt. Durch die Nordostbahn würde das französische Tschadseegebiet zum wirtschaftlichen Hinterland, zu einer Domäne Kameruns werden und keine Trans-Sahara-Bahn, keine irgendwie geartete andere Eisenbahn würde imstande sein, erfolgreich mit der deutschen Verkehrsrouten zu konkurrieren.

Nun bin ich zwar durchaus der Ansicht, daß wir unsere Kolonien um unserer selbst willen erschließen und nicht um des Auslandes willen. Hier liegt aber ein ähnlicher Fall vor, wie seinerzeit für England bei Erbauung der Uganda-Bahn: indem wir die nordöstliche Hälfte unserer Kamerunkolonie erschließen, ermöglichen wir gleichzeitig die wirtschaftliche Erschließung des französischen Tschadseegebietes. Während aber unserem deutschen Viktoria-Seegebiet immer die Möglichkeit bleibt, durch Erbauung der ostafrikanischen Nordbahn sich von der englischen Uganda-Bahn wieder unabhängig zu machen, ist eine derartige Möglichkeit für das französische Tschadseegebiet nicht vorhanden. Eine Ausfuhr aus dem französischen Tschadseegebiet kann mit wirtschaftlichem Nutzen nur durch Kamerun geleitet werden.

Es ist klar, daß die Erbauung der Nordostbahn die Erbauung der Kameruner Nordbahn nicht überflüssig machen könnte, selbst für den Fall, daß die direkte Route über Banjo und Kontscha aufgegeben werden und an ihrer Stelle die Route durch das Sanaga-Tal gewählt werden sollte. Fällt die Entscheidung für die Sanaga-Route, so ist zu erwägen, ob die seinerzeit von Major Zimmermann vorgeschlagene Trasse auf dem rechten Sanaga-Ufer oder die neuerdings von Emil Zimmermann befürwortete Route über Jaunde und Ngaundere vorzuziehen ist. In letzterem Falle könnte zur Verbilligung der Baukosten die Trasse für die Nordbahn und Nordostbahn bis in die Gegend von Dengdeng gemeinsam sein und erst dort eine Gabelung eintreten. Auf diese Weise würden die Kosten der dann im Tale des Lom und östlichen Logone weiterzuführenden Nordostbahn sich erheblich ermäßigen, die Länge der Strecke Dengdeng—Doba dürfte 600 Kilometer nicht übersteigen.

Eine teilweise Mitbenutzung der Strecke Edca Jaunde—Dengdeng könnte auch durch die Mittellandbahn stattfinden. Wo diese aber nach Osten abzuzweigen hätte, darüber können nur örtliche Erkundungen entscheiden. Herr Emil Zimmermann hat vorgeschlagen, den Weiterbau der Mittellandbahn bis Nola und Bania als einzige nächste Aufgabe der Kameruner Eisenbahnpolitik anzusehen. Ich kann mich dieser Ansicht nicht anschließen, für welche doch lediglich finanzielle Gründe entscheidend sein könnten. Wird die Nordbahn in Verlängerung ihrer jetzigen Trasse weitergebaut, so kommt sie bald in Gebiete, für deren Bewohner eine Verwendung als Bahnarbeiter im Urwaldgebiet der Mittellandbahn nicht mehr in Frage kommt. Die Arbeiterfrage scheidet dann also aus. Außerdem sind ja durch die Abtretung der Neukameruner Gebiete teilweise gut bevölkerte Landschaften hinzugekommen, die mit weiterem Fortschreiten der Mittellandbahn sehr wohl als Arbeiter mit in Frage kämen. Wird aber die Sanaga-Trasse für die Nordbahn gewählt, dann handelt es sich nur noch um so geringe Entfernungen im Urwaldgebiete, daß sehr bald auch hier die Bewohner der Steppen als Arbeiter in Frage kommen, deren Verwendung bei der Mittellandbahn sich aus gesundheitlichen Rücksichten verbietet. Arbeiterschwierigkeiten dürften also den gleichzeitigen Bau der Mittellandbahn und der Nordbahn nicht verzögern. Welche Bahn in nördlicher Richtung den Vorzug verdient, ist schwer zu entscheiden — der Umstand, daß die Nordostbahn mit Erreichung des Pende den Verkehr bis ins Tschadseegebiet hinein sichert, spricht für diese, ebenso die strategische Bedeutung, andererseits sind zweifellos gegenwärtig unsere Mittkameruner Gebiete eher für die Bahn und die wirtschaftliche Erschließung vorbereitet.

Es wäre nun zunächst die Frage zu erwägen, ob es sich lohnt, die Mittellandbahn sofort bis zum Ubangi weiterzubauen. Die Frage ist nicht leicht zu lösen, sie wird wesentlich davon abhängen, ob die viel besprochene Schwelle von Zinga ein derartiges Verkehrshindernis bildet, daß sie nicht beseitigt werden kann und die Dampfer dort unter allen Umständen leichtern müssen oder nicht. Mit Recht hat sowohl die französische Regierung als auch der Heraus-

geber des „Mouvement Geographique“ darauf hingewiesen, daß in unentwickeltesten Gegenden, in welchen die Schnelligkeit der Beförderung bei weitem nicht die Rolle spielt wie in den alten Kulturländern, eine Eisenbahn mit einem Schiffsfahrtswege von der Bedeutung des Kongo und Ubangi nur dann konkurrieren kann, wenn sie Verkehrshindernisse überwindet, die sich der Schifffahrt entgegenstellen. Aus diesem Grunde ist es durchaus begreiflich, daß in französischen Veröffentlichungen bei Besprechung der deutschen Bahn zum Ubangi immer Bangui als Endpunkt genannt wird. Bangui ist in der Tat ein derartiger Schlüsselpunkt des Verkehrs. Dort muß sowieso der größte Teil der Waren umgeladen werden, sei es, daß sie ubangi-abwärts zum Meere, sei es, daß sie von Bangui aus ins Innere geschafft werden sollen. Eine wirksame Konkurrenz der Mittellandbahn und der vorher besprochenen Nordostbahn ist ausgeschlossen, dazu sind die Transportverhältnisse zwischen Bangui und Fort Archambault zu schwierig. Mit Bangui als Endpunkt würde die Ubangi-Bahn den gesamten Handel des französischen und belgischen oberen Ubangigebietes an sich reißen. Ihr unmittelbarer Nutzen für die deutschen Teile Neufameruns steht dagegen hinter der Nordbahn und Nordostbahn und dem ersten Teile der Mittellandbahn bis zum Sanga weit zurück. Dieser letzte Teil der Mittellandbahn käme also erst für einen späteren Teil der Eisenbahnbauperiode, erst nachdem die anderen Hauptbahnen sämtlich vollendet und die Finanzen des Schutzgebietes nicht mehr durch ihre Baukosten übermäßig belastet sind, in Frage.

Nun ist auch die Rede davon gewesen, sogar im Reichstage, eine Bahn bis zum Kongo zu erbauen. Wie sollte wohl diese Trasse geführt werden? Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder eine Südbahn bis Wesso und von dort über Impfondo nach Neu-Antwerpen am Kongo, oder eine Bahn nach Bonga, sei es, daß diese sich von Wesso ab nach Süden richtet, oder — ich glaube Emil Zimmermann hat eine derartige Möglichkeit in seinem Reiseverk „Neufamerun“ erwähnt — eine von der Munibucht ausgehende Linie durch Gabun nach Bonga.

Die erste der beiden Linien ist möglich, der Teil von Wesso bis Neu-Antwerpen ist sogar von französischer Seite als Schlußstück einer Bahn Libreville-Wesso-Neu-Antwerpen in Vorschlag gebracht. Es würde sich also hierbei um eine Verlängerung einer nach Wesso führenden Südbahn handeln. Für diese Südbahn spricht insbesondere, daß Wesso, bis wohin der Sanga nach französischen Angaben durchweg für Fahrzeuge von zwei Meter Tiefgang schiffbar ist, den Endpunkt der sicheren Schiffbarkeit des Sanga bedeutet. Von Wesso bis Nola bzw. Bania ist der Sanga allerdings während des größten Teiles des Jahres auch für Fahrzeuge von etwa ein Meter Tiefgang schiffbar, aber diese Schiffbarkeit wird durch stetig ihre Lage verändernde Sandbänke außerordentlich erschwert. Eine Verbesserung der Schiffsverkehrsverhältnisse durch Entfernung dieser Sandbänke erscheint ausgeschlossen, weil nicht der Sanga, sondern sein bei Wesso mündender Nebenfluß, der Tschä oder Ngoko, das meiste Wasser führt, so daß bei Hochwasser das Wasser des oberen Sanga gestaut und

zurückgehalten und hierdurch erst die Schiffbarkeit ermöglicht wird. Wollte man die Sandbänke im oberen Sanga entfernen, so würde die Aufstauung des Wassers erschwert, der Abfluß des Wassers erleichtert und damit die Schiffbarkeit verringert. Die Regulierung des oberen Sanga — ich folge bei diesen Darstellungen dem Bericht des französischen Wasserbauexperten Roussille — bietet daher besondere Schwierigkeiten und dürfte kaum dahin führen, daß Fahrzeuge über einen Meter Tiefgang diese Strecke des Flusses befahren können. Dadurch gewinnt Wesso oder eine im Winkel zwischen Dscha und Sanga auf deutscher Seite angelegte Station eine besondere Wichtigkeit als verkehrspolitischer Schlüsselpunkt. Das haben die Franzosen erkannt, und ihre amtlich zugegebene Absicht, eine Eisenbahn von Ovendo an der Bucht von Libreville nach Wesso zu erbauen, hat eingestandenermaßen den Zweck, Frankreich die verkehrspolitische Herrschaft über das ganze Sangabecken wieder zu sichern. Sollte also Frankreich mit seiner Absicht Ernst machen, so würde uns nichts weiter übrigbleiben, als ihnen zuvorzukommen. Es wäre daher angezeigt, schon beizeiten eine Trasse Duala—Wesso, also eine Abzweigung von der Mittellandbahn nach Wesso oder von Kribi nach Wesso, erkunden und vorläufig vielleicht als Weg durch die Bezirksamter ausschlagen zu lassen, damit Ueberraschungen, wie sie jetzt beim Bau der Mittellandbahn so häufig aufgetreten sind, nicht wieder vorkommen. Ich selbst habe früher die Ansicht vertreten, daß, um den Franzosen auf alle Fälle zuvorzukommen, diese Südbahn sofort gebaut und deshalb der Ausbau der Mittellandbahn zunächst auf die Strecke zum Njong und auf eine Verbindung zwischen Njong und Dume, sowie der nicht schiffbaren Strecke des Kadei mit Nola oder Vania beschränkt werden könne. Nach dem aber, was ich von Kennern des Südkameruner Urwalds über die Schwierigkeiten eines Bahnbaues in der östlichen Hälfte und über den Zustand nach Beendigung der großen Regenzeit gehört habe, muß ich zugeben, daß dieser Bahnbau östlich etwa des Breitengrades von Lomie ganz außerordentlich schwierig und kostspielig werden dürfte. Diesen Gedanken habe ich also aufgeben müssen. Damit entfällt aber auch die Möglichkeit, eine Eisenbahn von der Kameruner Küste zum Kongo zu bauen, sei es über Wesso, sei es durch Französisch-Gabun, denn alles, was über die Schwierigkeiten des Bahnbaues im Urwalde des östlichen Südkamerun gesagt ist, trifft in vermehrtem Maßstabe für das obere Sanagadreeck und ganz Französisch-Gabun zu. Gabun dürfte eins der am reichsten bewafferten Länder der ganzen Erde sein, in und nach der Regenzeit zum großen Teile mehr oder weniger Sumpf. Die Idee, eine Bahn von der Kameruner Küste bis zum Kongo zu bauen, werden wir wohl aufgeben müssen. Wäre ein derartiger Bahnbau möglich, dann hätten ihn die Franzosen jetzt sicher in ihr Erschließungsprogramm aufgenommen, aber schon die Berichte der Erforschungskommission für die Auswahl einer Trasse von Libreville nach Wesso betonen immer wieder, daß wegen des sumpfigen Geländes ein Vorstoß in gerader Richtung nicht möglich gewesen sei und große Umwege gemacht werden mußten.

Ist damit nun eine Kameruner Südbahn überhaupt unmöglich oder überflüssig geworden? Ich erwähnte schon, daß die Schwierigkeiten des Bahnbaues im südlichen Kamerun nur auf die Osthälfte zutreffen. Den Forderungen der Batangafirmen nach einer von Kribi ausgehenden Südbahn steht leider die Kolonialverwaltung direkt ablehnend gegenüber. Sie führt als Grund an, daß die vom Gouvernement ausgeführten Untersuchungen die Unmöglichkeit ergeben haben, an irgendeinem Punkte der Batangaküste Umschlagseinrichtungen zu schaffen, die einen bedeutenden Verkehr ermöglichen. Im Gegensatz dazu wird von Südkameruner Firmen behauptet, der Schlußbericht des mit diesen Untersuchungen betrauten Regierungsbaumeisters habe nur durchaus das bestätigt, was derselbe Herr seinerzeit in Gegenwart des Gouverneurs Dr. Seiß in einer Sitzung der Handelskammer für Südkamerun als wahrscheinlich erklärte: nämlich, daß Kribi sowohl für den Bau einer Landungsbrücke als auch eines Leichterhafens bedeutend günstigere Verhältnisse aufweise als viele andere Punkte der westafrikanischen Küste, besonders als Lome, und daß diese Bauten mit verhältnismäßig geringen Kosten ausgeführt werden können. Als Ersatz für die anscheinend endgültig versagte Südbahn hat die Regierung den Ausbau der Wege von Kribi nach Jaunde und Ebolowa als Automobilstraßen zugesagt und sich im Etat für 1913 die Mittel dazu bewilligen lassen. Die Kameruner Südfirmen scheinen sich vorläufig hiermit abgefunden zu haben und bereiten sich auf Einführung eines Automobilverkehrs vor. Wenn dieser aber seinen Zweck erfüllen soll, einerseits den Transport der Waren zu verbilligen, andererseits die gegenwärtig für den Transport benötigten Trägermengen für landwirtschaftliche Arbeiten freizumachen, dann muß dieses Netz von Automobilstraßen weiter ausgebaut werden. Die Handelskammer für Südkamerun hat daher beim Gouvernement beantragt, die Automobilstraße Kribi—Ebolowa nach Norden über Ngulemakong nach Sangmelima und nach Süden über Ambam nach Njem auszubauen. Damit wäre den Bedürfnissen des Handels zunächst genügt und man könnte es der weiteren Entwicklung überlassen, insbesondere abwarten, ob der Bau der Automobilstraßen und die Befreiung der Bevölkerung vom Trägerdienst den von der Südkameruner Handelskammer erwarteten Erfolg haben wird: die Bevölkerung dieser Gebiete, insbesondere die zahlreiche Bevölkerung des fruchtbaren Bulelandes, zur vermehrten Produktion landwirtschaftlicher Ausfuhrprodukte, insbesondere Mais, Erdnüsse, Palmöl und Palmkerne sowie Kakao, zu veranlassen, so daß schließlich der Automobilverkehr nicht mehr genügt, und doch eine Bahn gebaut werden muß — wenn nicht kürzlich der Generalgouverneur von Französisch-Äquatorial-Afrika die Absicht ausgesprochen hätte, den südlichsten Teil von Südkamerun zu einer wirtschaftlichen Domäne von Gabun zu machen. Herr Merlin, der hervorragend tüchtige und eifrige Verwalter dieses französischen Generalgouvernements, erklärte nämlich in einem in Paris gehaltenen Vortrage, die von ihm empfohlene Eisenbahn Ndjole—Makoku, welche die schiffbaren Teile des Lgowe und Zwindo miteinander verbindet, werde, da der

Zwindo weit nach Südkamerun hineintreibt und, ebenso wie seine Nebenflüsse, überall zum mindesten für Boote schiffbar ist, die Wirkung haben, daß nicht nur das kürzlich an Deutschland abgetretene Süddreieck, eine der reichsten Gegenden des ganzen französischen Kongo, sondern ganz Südkamerun zu einer Domäne von Gabun werde — es sei denn, daß Deutschland eine Eisenbahn von Kribi in diese Gebiete baut. Werde diese Bahn gebaut, dann werde nicht Südkamerun an Gabun tributpflichtig, sondern ganz Gabun werde von Kribi aus erschlossen werden.

Nur zu deutlich zeigen die Worte des französischen Generalgouverneurs, in welcher Gefahr unser Südkameruner Handel schwebt, geben aber gleichzeitig die Mittel an, um dieser Gefahr zu begegnen. Ein Eisenbahnbau von Kribi bis Badhi, dem Endpunkt der sicheren Schiffbarkeit des Zwindo und Grenzstation an der deutsch-französischen Kamerungrenze, wird nicht zu vermeiden sein, wenn das französische Parlament die beantragten Mittel für den Bau der Bahn Ndjole—Makofu bewilligt. Zwei Trassen kämen in Frage: Kribi—Ebolowa—Akoafim—Badhi oder Kribi—Ambam—Minwul—Badhi. Die erstere ist länger, hat aber den Vorteil, daß, falls der Bau einer Bahn nach Wesso notwendig wird, nahezu die Hälfte bereits fertig wäre, so daß nur noch die Strecke Akoafim—Wesso zu bauen wäre.

Nun ist auch davon gesprochen worden, von der Munibucht aus eine Eisenbahn nach Südkamerun zu bauen. Solange das Muni-Territorium in spanischem Besitz ist, halte ich diesen Plan für aussichtslos, da die Bahn im wesentlichen dem spanischen und französischen Gebiet zugute käme, Erschließungsarbeit für Deutsch-Kamerun aber kaum in nennenswertem Maße leisten würde.

Was Togo anbetrifft, so erscheint eine Verlängerung der Palime-Bahn über den François-Paß hinaus zunächst bis Apandu die wichtigste Aufgabe. Neuere Untersuchungen sollen ergeben haben, daß die technischen Schwierigkeiten nicht unüberwindlich sind. Durch diese Westbahn würden, wie Direktor Kupfeld kürzlich in den „kolonialen Monatsblättern“ ausführte, die Mais-, Baumwolle-, Palmöl- und Palmkerne liefernde Apandu-Ebene und die kakaobauenden Waldbezirke erschlossen werden. Diese Bahn würde uns aber auch an den schiffbaren Volta heranbringen und damit den mittleren Teil des westlichen Togo bis Kete—Kratschi und den ganzen Unterlauf des Oti, soweit dessen Schiffbarkeit dauert, erschließen und die Ausfuhr von Produkten ermöglichen.

Die geplante Bahn im Hinterland von Anecho, die die Ausnutzung der dort vorhandenen reichen Oelpalmenwälder ermöglichen soll, ist ebenfalls dringend notwendig, hat aber nur lokales Interesse, ebenso wie die Frage, ob diese Bahn von Anecho aus oder von dem nördlich von Lome an der Bahn nach Atakpame gelegenen Haltepunkt Tserwie abzweigt werden soll.

Der Weiterbau der Hinterlandbahn Lome Atakpame nach Nordtogo ist schon deshalb dringend erwünscht, weil ohne eine Bahnverbindung zur Küste Nordtogo nicht aus dem wirtschaftlichen „Dornröschenschlaf“, wie der jetzige

Zustand von Nordtogo kürzlich treffend bezeichnet wurde, erweckt werden kann. Wichtiger erscheint indes zunächst die Bahn nach Kpandu. Zwar Arbeiterschwierigkeiten, wie in Kamerun, sind in Togo nicht zu befürchten, in dieser Beziehung würde vielmehr der Bahnbau befruchtend wirken, indem er auch der Bevölkerung von Nordtogo lohnende Verdienstmöglichkeiten beschaffen würde. Eine andere Frage aber ist es, ob die Finanzen des Schutzgebietes eine derartige Belastung ertragen würden. So dringend notwendig daher die Fortsetzung der Atakpame-Bahn nach Bassari und Tschopowa erscheint, erscheint es ausgeschlossen, den Bau zu beginnen, bevor die Kpandu-Bahn und die Anecho-Delpalmenbahn fertiggestellt und ihre Einnahmen so weit gestiegen sind, daß sie zum mindesten ihre Betriebskosten selbst aufbringen.

Der Alkohol in Deutsch-Afrika.

Von Dr. W ar n a c k, Berlin.

Der Alkoholkonsum in den deutschen Schutzgebieten ist eine Angelegenheit, die von jeher in der Öffentlichkeit aufs eifrigste erörtert worden ist. Ist man sich schon seit Erwerb unserer Kolonien darüber einig, daß ein etwaiger Alkoholmißbrauch der weißen wie der farbigen Bevölkerung zu bekämpfen sei, so ist die Frage, ob man von einem übermäßigen Alkoholgenuß der Kolonialbevölkerung oder gewisser Kreise derselben überhaupt zu sprechen berechtigt sei, je nach der Stellung des einzelnen Beurteilers immer sehr verschiedenartig beantwortet worden. Es sind in dieser Hinsicht auch heute noch die abweichendsten Ansichten an der Tagesordnung, die sich teils auf persönliche Erfahrung und Einzelbeobachtungen, teils auch auf ein mehr oder minder einseitig ausgebeutetes Zahlenmaterial aufbauen.

Es ist nun zweifelsohne von größter Bedeutung, über die Frage, ob in den deutschen Schutzgebieten eine Gefährdung der Bevölkerung durch Alkoholmißbrauch stattfindet, zur Klarheit zu gelangen. Die vorliegende Abhandlung stellt einen Versuch dar, das zur Verfügung stehende amtliche Zahlenmaterial dazu auszunutzen. Dies Material ist lückenhaft und ungleichartig. Um den Zusammenhang mit dem wirklich nachweisbaren nicht zu verlieren, wird indessen darauf verzichtet, künstlich auszugleichen.

Geprüft soll zunächst lediglich die gegenwärtige tatsächliche Höhe des Alkoholverbrauchs in den deutschen Schutzgebieten — und zwar nur in den afrikanischen — werden. Es wird von vornherein darauf verzichtet, die Frage zu entscheiden, ob der Alkoholkonsum im allgemeinen gegenüber einer weiter zurückliegenden Vergangenheit gestiegen oder gesunken sei. Es fehlt durchaus an geeigneten Unterlagen, das zahlenmäßig festzustellen. Alle Versuche, die nach dieser Richtung unternommen wurden, sind m. E. — welches Ergebnis sie auch gezeitigt haben — auf so schwanken den Grundlagen aufgebaut, das ihnen keine Beweisraft zugesprochen werden kann. Auch wäre der Nachweis eines Steigens oder Sinkens erst von nebensächlicher Bedeutung; für die Beurteilung der Alkoholfrage ist die Kenntnis des tatsächlichen Verbrauchs weit aus das wichtigere. Hier und da ergibt sich übrigens die Möglichkeit, auf einige wenige Jahre zurückzublicken. Wo das angeht, wird darauf hingewiesen werden, ohne daß indessen auf Veränderungen innerhalb eines nur kurzen Zeitraumes Schlußfolgerungen aufgebaut werden. Nur bei Kamerun und Togo sind hinsichtlich der farbigen Bevölkerung gewisse weitergehende Mutmaßungen über die Verbrauchsentwicklung zulässig.

Wenn sich die nachstehenden Ausführungen im übrigen lediglich mit dem Alkoholverbrauch der weißen Bevölkerung näher beschäftigen, so hat das seinen sehr natürlichen

Grund: wir besitzen kein einwandfreies Material, um die Höhe des Verbrauchs der Farbigen abmessen zu können. Was sich in dieser Beziehung bieten läßt, sind im wesentlichen die beiden nachstehenden Zahlenreihen, die die Branntweineinfuhr nach Kamerun und Togo darstellen:

Branntweineinfuhr (in hl).

	Kamerun	Togo
1892	11 241	14 926
1893	11 631	10 743
1894	16 813	10 928
1895	14 029	11 345
1896	14 121	8 590
1897	12 248	6 746
1898	19 695	7 613
1899	1. III. 10 877	10 545
1900	12 528	8. VII. 7 265
1901	10 626	8 001
1902	16 311	11 753
1903	14 081	10 412
1904	1. IV. 9 220	1. XII. 16 229
1905	11 010	4 398
1906	13 883	9 377
1907	20. IV. 13 076	5. VI. 6 765
1908	9 709	8 260
1909	10 278	8 361
1910	11 313	8 806
1911	1. VIII. 11 177	12 346

In den beiden Kolonien lebten am 1. Januar 1901 zusammen 611, am 1. Januar 1912: 1577 erwachsene¹⁾ männliche Weiße, daneben am letztgenannten Zeitpunkt mehr als 2½ Millionen Farbiger. Die letzteren sind also — soweit sie nicht unter der Alkoholsperre stehen — die Verbraucher des weitaus überwiegenden Teiles der Einfuhr. Ergeben die mitgeteilten Zahlenreihen nun auch nichts Sicheres über, die durchschnittliche Höhe ihres Konsums, so sind sie doch in mancher Beziehung lehrreich.

Die amtliche Denkschrift von 1908 „Alkohol und Eingeborenepolitik“ bemerkt an einer Stelle, daß von einer steigenden Alkoholisierung der Eingeborenen nicht gesprochen werden könne. Es scheint: ebensowenig von einer bemerkenswerten Abnahme des Verbrauchs trotz der dagegen angewandten Mittel. Links neben den Einfuhrzahlen sind die Daten angegeben, an denen Zollerhöhungen eintreten. Es zeigt sich, daß immer kurz vor diesen Zeitpunkten eine Steigerung der Einfuhr — infolge Vorverforgung der Händler —, unmittelbar nachher dementsprechend ein Sinken des Imports eintrat. Abgesehen von diesen Schwankungen zeigen die Einfuhrkurven in dem von ihnen durchlaufenen zwanzigjährigen Zeitraum keine sonderliche Neigung zum Sinken. Zu berücksichtigen ist dabei noch folgendes: man ist dazu übergegangen, allmählich immer größere Gebiete für die Spirituosenabgabe an Eingeborene zu sperren. Es ist anzunehmen, daß dadurch der für den Alkohol zugängliche farbige Konsumentenkreis — trotz der Erschließung des Landes durch Bahnen — allmählich kleiner geworden ist. Will man das annehmen, so sprechen die mitgeteilten Zahlen noch mehr gegen eine Abnahme des

¹⁾ Als solche betrachtet die Deutsche Kolonialstatistik alle Personen von 15 und mehr Jahren.

durchschnittlichen Verbrauchs²⁾. Von dessen tatsächlicher Höhe läßt sich indessen, wie gesagt, keine Vorstellung gewinnen.

Mit Bezug auf die weiße Bevölkerung ist das indessen bis zu einem gewissen Grade möglich. Die folgende Tabelle stellt die Alkoholmengen zusammen, die den afrikanischen Schutzgebieten in den Jahren 1908 bis 1911 aus der Einfuhr — wo eine Angabe möglich war, auch aus ihrer eigenen Erzeugung — zur Verfügung gestellt wurden.

	1908	1909	1910	1911
Ostafrika:				
Stille Weine (kg) . . .	206 848	243 935	242 146	265 891
Schaumwein " . . .	38 845	39 928	55 239	66 077
Rum " . . .	3 280	1 984	4 312	4 030
Branntwein " . . .	195 495	200 987	263 312	273 463
Bier " . . .	538 150	588 398	731 415	888 848
Kamerun:				
Stille Weine (l) . . .	81 868	111 229	149 547	177 482
Schaumwein " . . .	11 884	10 380	17 700	18 799
Branntwein " . . .	970 885	1 027 784	1 131 259	1 117 670
Bier " . . .	342 339	384 070	481 046	528 898
Togo:				
Stille Weine (l) . . .	99 586	123 407	137 190	141 450
Schaumwein " . . .	2 878	7 404	4 640	3 231
Branntwein " . . .	826 014	836 107	880 580	1 234 628
Bier " . . .	105 752	150 662	186 643	135 571
Südwestafrika:³⁾				
Stille Weine (kg) . . .	266 521	233 325	242 962	265 273
Schaumwein " . . .	83 240	60 131	55 341	57 916
Branntwein (l) . . .	144 015	128 913	118 554	105 187
Bier (kg) . . .	4 102 436	3 710 127	3 499 307	3 098 213

²⁾ Es sei mir gestattet, hier auf einige Bemerkungen¹⁾ zurückzukommen, die Herr Dr. Schulte im Hofe in Nr. 14 der „Deutschen Kolonialzeitung“ meinen a. a. O., Nr. 12, wiedergegebenen Einwänden gegen die von ihm zur Berechnung der Abnahme des Alkoholkonsums benutzte Methode (a. a. O. Nr. 10) gegenübergestellt: Dr. S. sieht das Hauptargument für den von ihm vermeintlich geführten Nachweis in der Tatsache, daß der Wert der Alkoholeinfuhr nach Südwest, Togo und Kamerun 1911 wesentlich niedriger war als in gewissen früheren Jahren. Als Vergleichsjahre nimmt er für Südwest: 1906 — ein Kriegsjahr mit völlig anormalen Verhältnissen; für Kamerun: 1902 — in diesem Jahre war, wie die vorstehende Uebersicht zeigt, die Branntweineinfuhr infolge der schon drohenden Zollerhöhung ganz exorbitant hoch, die dritthöchste in den letzten zwanzig Jahren; für Togo: 1903 und 1904 — im letzteren Jahre hatte Kamerun, der am 1. Dezember eingetretenen Zollerhöhung zufolge, die höchste Branntweineinfuhr in den beiden letzten Jahrzehnten. Hätte Dr. S. das Jahr 1905 zum Vergleich genommen, so hätte er zum entgegengesetzten Schluß kommen müssen. Es scheint mir nicht, daß so willkürlichen Gegenüberstellungen eine Beweisraft innewohne.

³⁾ Dazu kommt die Eigenerzeugung. Sie betrug 1910: 141 072 l obergäriges, 770 356 l untergäriges Bier, 15 259 l Branntwein; 1911: 145 273 l obergäriges, 918 821 l untergäriges Bier, 14 267,9 l Branntwein. Für frühere Jahre und für andere Schutzgebiete liegen zahlenmäßige Angaben nicht vor. In Ostafrika werden ebenfalls bedeutende Mengen Bier erzeugt, indessen ist amtlich nur die Höhe der Biererzeugung für 1907 (1400 hl) und 1908 (2000 hl) bekanntgegeben.

Für die Verteilung der Alkoholmengen auf Weiße und Farbige ist folgendes zu beachten: In Ostafrika sowohl wie in Südwest ist die Verabfolgung von Spirituosen an die Farbigen verboten. Für beide Schutzgebiete läßt sich also der durchschnittliche Verbrauch der Weißen, deren Zahl bekannt ist, an den Farbigen nicht zugänglichen Alkoholgetränken feststellen. Natürlich hat eine solche Pro-Kopf-Berechnung nur einen relativen Wert insofern, als ihr Ergebnis mit einem anderen, als Maßstab genommenen, verglichen werden kann. Diesen Maßstab bilde der Durchschnittsverbrauch, der sich auf den Kopf der Bevölkerung Deutschlands ergibt.

Vom Kaiserlichen Statistischen Amt wird jährlich der durchschnittliche Verbrauch der deutschen Bevölkerung an Branntweinalkohol - reduziert auf 100 prozentigen - und an Bier berechnet. Dabei wird die gesamte deutsche Bevölkerung zugrunde gelegt. So auch für die Schutzgebiete zu verfahren und dann zu vergleichen, erscheint infolge der Verschiedenartigkeit der Bevölkerungszusammensetzung - in Deutschland wachsen Frauen und Kinder einen sehr viel größeren Teil der Gesamtbevölkerung aus als in den Schutzgebieten - unzulässig. Indessen läßt sich diese Verschiedenartigkeit bis zu einem gewissen Grade ausgleichen, wenn die verbrauchte Alkoholmenge in den Kolonien wie im Mutterlande lediglich auf die erwachsene männliche Bevölkerung - d. i. im Sinne der Schutzgebietsstatistik die 15- und mehrjährige - verteilt wird.⁴⁾

Für Deutschland ergibt sich dann im Durchschnitt der Jahre 1909, 1910, 1911 - die Berechnung lediglich für ein Jahr anzustellen, erscheint wegen möglicher Abweichungen vom Normalen, wie sie z. B. die neueste Zoll- und Steuergesetzgebung bewirkte, unzulässig - auf den Kopf der erwachsenen männlichen Bevölkerung (rund 20,9 Millionen Personen) ein durchschnittlicher Jahresverbrauch von:

10,2 l 100 prozentigem Branntweinalkohol,
288,3 l untergärigem⁵⁾ Bier.

Was man gegen die Höhe des Verbrauchs, auf den diese Ziffern schließen lassen, einwendet, soll hier unerörtert bleiben. Um überhaupt einen Maßstab zu haben, mögen sie für unsere Zwecke als Normalziffern gelten.

Aus dem oben über die Verteilung des Alkohols zwischen Weißen und Farbigen in den Kolonien Gesagten erhellt, daß den deutschen Ziffern zunächst nur entsprechende für den Branntweinverbrauch in Ostafrika und Südwest gegenübergestellt werden können. Um auch hier auf 100 prozentigen Alkohol zu kommen, wird angenommen, daß der in beide Gebiete eingeführte bzw. in Südwest erzeugte Branntwein im Durchschnitt 50 Prozent Alkohol enthalte, was, da es sich ausschließlich um hochwertigeren

⁴⁾ Dr. E. verlangt a. a. O., daß zwecks genauen Vergleichs berechnet werden müsse, „wieviel Alkohol bei uns auf den erwachsenen Weißen in gleicher sozialer Stellung (wie in den Kolonien) komme“. Das scheint mir zuviel verlangt. Außerdem würde eine derartige Berechnung - wenn sie möglich wäre, was nicht der Fall ist - höchstwahrscheinlich zu Ergebnissen führen, die nicht im Sinne von Dr. E. liegen. Man könnte eher daran denken, den verschiedenen Altersaufbau der weißen Bevölkerung in den Schutzgebieten und der Heimat zu berücksichtigen und etwa die deutschen Altersklassen über 45 Jahre auszuscheiden. Indessen wäre man alsdann hinsichtlich der Bemessung der damit in Wegfall kommenden Alkoholmenge auf sehr unsichere Schätzung angewiesen. Die aus dem verschiedenartigen Altersaufbau entspringende Fehlerquelle dürfte im übrigen dadurch ausgeglichen werden, daß der Alkoholverbrauch der weiblichen Bevölkerung, der in Deutschland ja immerhin eine Rolle spielt, bei der Kopfberechnung nicht berücksichtigt und die auf sie entfallende Alkoholmenge den Männern zugerechnet ist.

⁵⁾ Das obergährige Bier ist ausgeschieden worden, da es nicht als Alkoholgetränk im gewöhnlichen Sinne angesehen werden kann.

Europäerbranntwein, Liföre, Rum, Kognak, Wisky, handelt, und da überdies die hohen Transportkosten die Einfuhr konzentrierter Spirituosen empfehlen, nicht zu viel sein wird. Es ergeben sich alsdann folgende Ziffern:

Südwestafrika:*)

	Branntwein	Alkohol von 100 Prozent	erwachsene männliche weiße Bevölkerung ⁷⁾
1910	eingeführt 118 554 Liter erzeugt 15 259 Liter	66 907 Liter	8683
1911	eingeführt 105 187 Liter erzeugt 14 268 Liter	59 728 Liter	8981

Ostafrika:

	Branntweineinfuhr	Alkohol von 100 Prozent	erwachsene männliche weiße Bevölkerung ⁸⁾
1909	202 971 Kilogramm	101 486 Kilogramm	3424
1910	267 624 "	133 812 "	3691
1911	277 493 "	138 747 "	4018

Somit berechnet sich der auf den Kopf der erwachsenen männlichen weißen Bevölkerung entfallende 100 prozentige Brauntweinalkohol in

	Südwest	auf	Ostafrika
1909	—		29,6 Kilogramm
1910	7,7 Liter		36,3 "
1911	6,7 "		34,5 "

Es zeigt sich also im Vergleich zum Mutterlande bei Südwest eine geringere Brauntweinverbrauchsquote, bei Ostafrika dagegen eine um das Mehrfache höhere.

Eine ähnliche Durchschnittsberechnung des Bierverbrauchs, an dem in gewissem Umfange auch die Farbigen Anteil haben, stößt auf Schwierigkeiten. Bei Ostafrika mit einer nichtweißen Bevölkerung von mehr als 7½ Millionen Köpfen wird man ohne einen persönlichen Einblick in die Konsumverhältnisse davon absehen müssen. Dagegen ist bei Südwestafrika eine annähernde Abschätzung wohl möglich. Es erscheint ausgeschlossen, daß von der über das ganze Land verstreuten farbigen Bevölkerung (rund 86 000 Köpfe, worunter rund 33 000 Männer) mehr als 10 Prozent des eingeführten und erzeugten Bieres⁹⁾ — das wären 1910: 4267 hl, 1911: 4017 hl — verbraucht

*) Vor 1910 liegen über die eigene Erzeugung keine Angaben vor.

7) Hier und in den folgenden Berechnungen immer die mittlere Bevölkerung, d. i. der Durchschnitt aus den Ergebnissen der Zählungen vom 1. Januar des Berichtsjahres und vom 1. Januar des folgenden Jahres.

8) Einschließlich der für den Brauntweinkonsum ebenfalls in Frage kommenden erwachsenen männlichen christlichen Jnder. Ihre Zahl wird für 1910 auf 974 angegeben. Sie ist mangels anderer Angaben auch für 1909 und 1910 in gleicher Höhe angeführt worden.

9) Wie bei Deutschland ist nur das untergärige Bier berücksichtigt.

werden. Unter dieser Annahme berechnet sich der auf den Kopf der erwachsenen männlichen weißen Bevölkerung entfallende Bieranteil in Litern ¹⁰⁾ folgendermaßen:

	1910	1911
Einfuhr	3 499 307	3 098 213
Erzeugung	770 356	918 821
Sa.	4 269 663	4 017 034
Davon ab Eingeborenenkonsum	426 966	401 703
Sa.	3 842 697	3 615 331
weiße Kopfbzahl	8 683	8 981
Kopfanteil	442,6	402,6

Die deutsche Kopfquote war mit 288,3 l angenommen worden. Es ergibt sich somit im Durchschnitt der Jahre 1910/1911 für Südwest ein um 47 Prozent höherer Durchschnittsverbrauch.

Eine Ergänzung findet diese Berechnung durch die Alkoholverbrauchsstatistik des Kolonialamts, die in diesem Jahre zum drittenmal in der amtlichen Denkschrift veröffentlicht wird. Leider ist diese Statistik noch sehr unvollkommen und lückenhaft, so daß nicht allzu viel mit ihr anzufangen ist. Für Ostafrika und Südwest finden sich nur in der Denkschrift 1909/1910 Angaben, seitdem nicht wieder, bei Kamerun wird erst seit 1910 der Branntweinverbrauch der weißen und farbigen Bevölkerung getrennt, der Bierverbrauch scheinbar auch später nicht. Die für die Kopfberechnung zugrunde gelegte Bevölkerung ist die Gesamtbevölkerung einschließlich Frauen und Kinder. Um im Bilde zu bleiben, werden die angegebenen verbrauchten Mengen wie oben nur auf die erwachsene männliche weiße Bevölkerung ¹¹⁾ bezogen und der Branntwein nach dem mitgeteilten Satz auf 100 prozentigen Alkohol umgerechnet. Alsdann ergeben sich aus der amtlichen Statistik folgende Verbrauchssätze auf den Kopf:

	1907	1908	1909	1910	1911
Branntwein (100 prozentig)					
Ostafrika (Kilogramm)	31,8	32,0	?	?	?
Kamerun (Liter)	?	?	?	32,5	31,2
Togo (Liter)	?	8,6	7,0	10,2	16,1
Südwest (Liter) ¹²⁾	?	?	8,6	?	?
Bier					
Ostafrika (Kilogramm)	344,6	345,9	?	?	?
Togo (Liter)	?	202,4	242,2	299,8	299,3
Südwest (Kilogramm) ¹²⁾	?	?	378,5	?	?

Diese Sätze stimmen durchaus mit den vorher berechneten überein, soweit sie Ostafrika und Südwest betreffen. Nach welchen Grundsätzen in Togo und Kamerun die Scheidung des Verbrauchs von Weißen und Farbigen vorgenommen worden ist, bleibt in der Denkschrift unerläutert. Ganz reinlich wird diese Scheidung nicht sein können. Es findet sich in der diesjährigen Denkschrift denn auch der Hinweis, daß es sich nur um Annäherungswerte handeln könne. Immerhin kann auf Grund dieser Nachweisungen

¹⁰⁾ Die Anschreibung erfolgt teils in kg, teils in l; der Einfachheit halber ist 1 kg = 1 l gesetzt.

¹¹⁾ Die Angaben über den Bierverbrauch in Südwest für 1907 und 1908 können nicht benutzt werden, da für diese beiden Jahre die erwachsene männliche weiße Bevölkerung nicht vollständig zu ermitteln ist.

¹²⁾ Ob die eigene Erzeugung hierbei berücksichtigt ist, kann nicht angegeben werden.

gefragt werden, daß der durchschnittliche Branntweinverbrauch der erwachsenen männlichen weißen Bevölkerung in Kamerun — wie in Ostafrika — ein Mehrfaches des deutschen beträgt, und daß in Togo — bei neuerdings anscheinend steigender Tendenz — die deutsche Kopfquote gegenwärtig ebenfalls überschritten ist. Hinsichtlich des Bierverbrauchs wird für Ostafrika und Südwest ebenfalls ein erheblich höherer Kopfanteil angegeben, als er für Deutschland gefunden wurde, während bei Togo erst neuerdings der deutsche Satz in etwas übertroffen wird.

Daß für die Beantwortung der gestellten Frage vorhandene Material ist mit Vorstehendem vorgeführt. Ein völlig der Wahrheit entsprechendes Bild kann es naturgemäß nicht geben. Wie die afrikanischen Ziffern, geben auch die deutschen nicht mehr als die mutmaßliche Höhe des Verbrauchs an. Immerhin sind die auf die Berechnung einwirkenden Fehlerquellen zweifellos nicht derartig, daß sie die Lücken, die teilweise zwischen den Verbrauchsziffern des Mutterlandes und der Kolonien klaffen, überbrücken könnten. Dem widerspricht auch die Tatsache, daß sich zwischen den einzelnen Schutzgebieten selbst sehr bemerkenswerte Unterschiede zeigen. Die Berechnung beweist somit meines Erachtens — wenn man die deutschen Ziffern als Normalfälle ansieht — durchaus klar, daß tatsächlich in einem großen Teil von Deutsch-Afrika ein beträchtlicher Alkoholmißbrauch seitens der weißen Bevölkerung stattfindet, und zwar in Ostafrika, Kamerun und Togo in bezug auf Branntwein, in Ostafrika, Südwest und auch in Togo in bezug auf Bier. Zudem erscheint der übermäßige Alkoholverbrauch in noch ernsterer Färbung, als ihn die einander gegenübergestellten Ziffern zeigen, wenn berücksichtigt wird, daß das nach Afrika importierte und dort — wenigstens in Südwest — erzeugte Bier wesentlich alkoholfreier ist als das in Deutschland getrunkene, und ferner, daß die Grenze, über der der Mißbrauch anfangs, unter afrikanischem Himmel sehr viel niedriger zu ziehen ist als in Deutschland.

Ich übergehe es, auf die Bedeutung eines hohen Alkoholgenusses in kolonialen Gebieten in physischer und moralischer Hinsicht einzugehen. Das ist von vielen anderen Seiten zur Genüge geschehen und ist nicht der Zweck dieser Ausführungen. Nur auf eine Seite der Frage sei hier hingewiesen: auf die wirtschaftliche.

Was wird in den deutschen Afrikakolonien jährlich für Alkohol ausgegeben?

Auch hier kann man zu keinen völlig genauen Ergebnissen kommen. Einen annähernd richtigen Begriff wird man indessen erhalten, wenn man als wirklichen Kostenaufwand (einschließlich aller Nebenkosten) ansieht: für ein vollgemessenes Liter Bier in Kamerun, Togo und Ostafrika 1.25 Mark, in Südwest 2.50 Mark; ferner für Wein das Doppelte, für Branntwein das Dreifache des Einfuhrwertes¹³⁾.

¹³⁾ Eine derartige Berechnung führt sicher nicht zu übermäßig hohen Sätzen, denn die amtliche Einfuhrstatistik schreibt die Werte der eingeführten Waren ohne Berücksichtigung der darauf zu entrichtenden Zollbeträge an. Die Branntweinzölle betragen in Togo 0.80 Mark pro Liter fünfziggradigen Branntweins, steigend oder fallend um 1.6 Pfg. pro Liter für jeden Grad über oder unter 50; in Kamerun: bis 1. 8. 1911 1.00 Mark, bis 14. 5. 1912 1.20 Mark, seither 1.60 Mark pro Liter, steigend um 5 Pfg. pro Liter für jeden Grad über 50; in Ostafrika: 1 Rp. (= 1.33 Mark) pro Liter; in Südwest bis zum 22. Gr. i. Br. 4 Mark pro Liter bis siebenziggradigen, 6 Mark pro Liter über siebenziggradigen Branntweins. Der durchschnittliche Einfuhrwert für Branntwein, also ohne den noch zu entrichtenden Zoll, stellte sich 1911 bei Togo auf 0.62 Mark, für Europäerbranntwein allein (nach der Alkoholkonsumstatistik 1911) auf 2.74 Mark pro Liter; bei Kamerun auf 0.57 Mark pro Liter; bei Ostafrika auf 1.35 Mark pro Liter; bei Südwest auf 2.70 Mark pro Liter.

Als dann ergaben sich als Gesamtausgabe für alkoholische Getränke in den vier afrikanischen Kolonien — in Millionen Mark ausgedrückt — folgende Summen:

	Ostafrika ¹⁴⁾	Kamerun	Togo	Südwest	Zusammen
1911					
Bier ¹⁵⁾ . . .	1,111	0,661	0,170	10,043	11,985
Stille Weine .	0,549	0,412	0,199	0,624	1,784
Schaumwein .	0,272	0,179	0,030	0,292	0,773
Branntwein .	1,180	1,910	2,308	0,968	6,366
	3,112	3,162	2,707	11,927	20,903
1910					
Bier ¹⁵⁾ . . .	0,915	0,601	0,234	10,674	12,424
Stille Weine .	0,454	0,338	0,156	0,571	1,519
Schaumwein .	0,228	0,161	0,030	0,259	0,678
Branntwein .	1,125	1,739	1,665	1,046	5,575
	2,722	2,839	2,085	12,550	20,196

Der gesamte Aufwand der Afrikakolonien — für eingeführte Alkoholgetränke, nur in Südwest auch für die eigene Erzeugung — stellte sich somit 1910 auf rund 20,2, 1911 auf rund 20,9 Millionen Mark. Das sind doch recht bedeutende Summen! Sie übertreffen, um einige Vergleichszahlen anzuführen, den Reichszuschuß für die afrikanischen Kolonien (1910: 20,4; 1911: 17,3 Millionen Mark), sind fast halb so hoch als die fortdauernden Ausgaben (1910: 46,5; 1911: 50,5 Millionen Mark), ganz bedeutend höher als die einmaligen Ausgaben (1910: 14,2; 1911: 9,7 Millionen Mark) aus dem ordentlichen Etat der vier Kolonien.

Die höchsten Alkohollasten trägt Südwest. Im Jahre 1910 gab es 12,6, im Jahre 1911 11,9 Millionen Mark für alkoholische Getränke aus. Der Reichszuschuß betrug 1910: 14,4, 1911: 11,4 Millionen Mark. Die wichtigsten Einfuhrposten der Kolonie waren (in Millionen Mark):

	1910	1911
Textilwaren	4,8	4,9
Metallwaren	4,8	4,6
Maschinen, Fahrzeuge	3,0	4,5

Angenommen, der Verkaufspreis dieser Waren sei doppelt so hoch als ihr Einfuhrwert — was reichlich gerechnet ist —, so bleiben die Aufwendungen für jeden dieser Posten noch immer hinter denen für Alkoholgetränke zurück.

Die Belastung des Budgets der Weißen Südwestafrikas durch Alkoholausgaben läßt sich folgendermaßen annähernd feststellen: Werden 10 Prozent der Bierausgaben den Eingeborenen zugerechnet, so entfallen von dem Rest aller Alkoholausgaben auf den Kopf der erwachsenen männlichen Weißen 1910: 1322 Mark, 1911: 1216 Mark ¹⁶⁾. Das ist der rechnungsmäßige Durchschnitt für jeden 15- und mehrjährigen Mann. Er ist fraglos erstaunlich hoch und läßt den Schluß zu, daß der Alkoholverbrauch zum mindesten in Südwest auch finanziell Konsequenzen hat, die man keineswegs als erfreulich bezeichnen kann.

¹⁴⁾ Die eigene Erzeugung konnte mangels Angaben nicht berücksichtigt werden.

¹⁵⁾ Nur untergäriges Bier.

¹⁶⁾ Dr. S. kommt a. a. O. auf 305 Mark. Das erreichte er, indem er lediglich den Einfuhrwert der Alkoholgetränke — ohne Berücksichtigung der hinzuzurechnenden Zollaften, der Preiserhöhung im Kleinverkauf und sonstiger Nebenkosten — auf die erwachsenen männlichen Weißen verteilt.

Der Maßstab für die Beantwortung der Frage nach der relativen Höhe des Alkoholverbrauchs in den Schutzgebieten wurde in den deutschen Verbrauchsätzen gesehen. Je nachdem man sie für hoch oder niedrig hält, wird man auch die Bedeutung der teilweise erheblich höheren Verbrauchsquoten in den Schutzgebieten verschieden einschätzen. Ich bin für meine Person der Ansicht, daß die letzteren für einen ziemlich erheblichen Alkoholmißbrauch sprechen. Es fragt sich nun: Kann man diesen hohen Alkoholkonsum rechtfertigen? Soll man ihn dem weißen Kolonisten als ihm gewissermaßen zuständig zusprechen? Die überwiegende Mehrheit der Sachverständigen, vor allem die Tropenhygieniker, sind nicht dieser Ansicht. Sofern sie nicht bereits dem nur mäßigen Alkoholgenuß in den Kolonien ablehnend gegenüberstehen, verurteilen sie den übermäßigen Alkoholverbrauch samt und sonders. Und sie fordern mit Recht, daß dem entgegengetreten werde. Auch der deutsche Reichstag hat sich sehr einmütig auf diesen Standpunkt gestellt. Eine Milderung der bestehenden Zustände kann mit Aussicht auf Erfolg naturgemäß nur erhofft werden, wenn die Kolonialverwaltung bereit ist, die Initiative dazu zu ergreifen. Auf ihre Ansicht von der Sache kommt es also in erster Linie an. Es muß durchaus anerkannt werden, daß sie es in dem Bestreben, die Eingeborenen vor dem Alkohol zu schützen, an ernstem Willen nicht fehlen ließ. Sie hat die ihr durch die Brüsseler Beschlüsse zugestandenen Mindestbefugnisse teilweise erheblich überschritten und ist in ihrem weiteren Vorgehen durch den Mangel an internationaler Einmütigkeit gehemmt. Auf der Brüsseler Konferenz von 1912 ist das sehr deutlich in die Erscheinung getreten. In der gegenwärtigen Höhe des Alkoholverbrauchs der weißen Kolonialbevölkerung wird indessen an den maßgebenden Stellen bisher scheinbar nichts besonders Bedenkliches gefunden. Wenn natürlich auch nicht etwa dem Alkoholgenuß das Wort geredet wird, so wird doch die Grenze, bis zu welcher der Alkoholverbrauch für den Weißen sozusagen selbstverständlich ist, außerordentlich hoch gezogen. Schon die Alkoholdenkschrift des Reichs-Kolonialamts von 1908 sagt auf Seite 32: „Zu Verwaltungsmaßnahmen betreffs des Alkoholkonsums der Weißen, wie sie sich zum Teil in englischen Kolonien finden, liegt für die deutschen Schutzgebiete kein Anlaß vor.“ Und ein neueres Dokument spricht noch mehr für diese Anschauung.

„Mit Genehmigung des Herrn Staatssekretärs des Reichs-Kolonialamts unter Benutzung amtlicher Quellen“ ist 1912 ein sehr nützliches Handbuch: „Die Laufbahn der deutschen Kolonialbeamten, ihre Pflichten und Rechte“¹⁷⁾ in der sechsten Auflage erschienen. Das Buch enthält in einem besonderen Kapitel eine Berechnung der Kosten des Aufenthalts in den deutschen Schutzgebieten. In seiner fünften Auflage von 1910 wurden dafür — unter Ausschluß der besonderen Ausgaben für Wohltätigkeit, Musik, Unterhaltung, Handwerker, Beleuchtung, Barbier, Gäste, Festlichkeiten, Kleider, Wäsche, Schuhzeug, Geschirr, Zeitungen, Bücher, Petroleum usw. — folgende Sätze die, wie betont wird, für beschiedene Ansprüche gelten sollen, angeführt:

	Ostafrika ¹⁸⁾	Togo	Kamerun ¹⁹⁾	Südwest ²⁰⁾
a) für einen höheren Beamten				
Gesamtkosten	3145 Mps.	4680 Mark	5370 Mark	6210 Mark
Darunter				
1. Verpflegung . . .	900 „	1800 „	2400 „	2190 „
2. Tischgetränke . .	730 „	600 „	} 1500 „	1460 „
3. sonstige Getränke	1045 „	1380 „		1460 „

¹⁷⁾ Bearbeitet von Joh. Leisch, ständigem Hilfsarbeiter im Reichs-Kolonialamt.

¹⁸⁾ für Taresalam.

¹⁹⁾ für Buea.

²⁰⁾ für Windhuk und Swakopmund.

	Ostafrika	Togo	Kamerun	Südwest
b) für einen mittleren Beamten				
Gesamtkosten	2660 Rps.	4140 Mark	3960 Mark	4875 Mark
Darunter				
1. Verpflegung . .	900 "	1500 "	1800 "	1825 "
2. Tischgetränke . .	1460 "	540 "	1500 "	1095 "
3. sonstige Getränke }		1380 "		1095 "
c) für einen Unterbeamten				
Gesamtkosten	1668 Rps.	3200 Mark	3240 Mark	3462 Mark
Darunter				
1. Verpflegung . .	720 "	1200 "	1400 "	1642 "
2. Tischgetränke . .	720 "	360 "	1400 "	730 "
3. sonstige Getränke }		1200 "		730 "

Der nach diesen Angaben notwendige Getränkeaufwand scheint doch in einem gewissen Mißverhältnis zu den Gesamtkosten des Lebensunterhalts zu stehen. Er macht z. B. für einen höheren Beamten in Ostafrika mehr als die Hälfte, in Togo und Südwest annähernd die Hälfte, nur in Kamerun weniger als ein Drittel der wichtigsten Gesamtausgaben aus und übertrifft, von der letztgenannten Kolonie abgesehen, überall die Kosten der Verpflegung um ein Beträchtliches.

Hinsichtlich des für notwendig gehaltenen Mindestquantums ein Beispiel: Es finden sich in der zitierten Veröffentlichung bei Togo hinsichtlich der höheren Beamten folgende Angaben: bei Tisch täglich eine Flasche Wein, außerdem monatlich zwei Kisten Bier und eine Kiste Sauerbrunnen. Eine Kiste Bier enthält 24 bis 48 Flaschen. Nimmt man das Mittel daraus, so würden nach diesem offiziellen Handbuch einem höheren Beamten in Togo monatlich 30 Flaschen Wein und 72 Flaschen Bier als gewünschte Quantum — Aufwendungen für Gäste und Festlichkeiten sind ausdrücklich ausgenommen — gewissermaßen zustehen, und zwar bei bescheidenen Ansprüchen. Es wird in Deutschland nicht allzu viele höhere Beamte geben, die leistungsfähig zu bleiben beabsichtigen und dabei einen solchen Bedarf aufzuweisen haben. Für den, der sich in den Tropen das obige Mindestquantum konsequent leistet, wird sich der Eintritt des Nachlassens der Arbeitsfähigkeit ziemlich genau vorher berechnen lassen.

Die Tschschschen Zahlen sind gelegentlich in der Presse kommentiert worden, was das Gouvernement von Togo veranlaßt hat, darauf hinzuweisen, die angegebenen Aufwendungen bezögen sich nicht auf den Alkoholbedarf, sondern auf den Getränkebedarf. „Jedermann weiß in Togo, daß in vielen Orten das Trinkwasser durch von Europa eingeführtes Mineralwasser ersetzt wird.“²¹⁾ Wie es sich mit dem Mineralwasserverbrauch in Afrika verhält, zeigt die folgende Zusammenstellung. Es entfielen an eingeführtem Mineralwasser

	auf den Kopf der erwachsenen männlichen weißen Bevölkerung				gesamten weißen	
	1911	1910	1909	1911	1910	1909
Ostafrika (Kilogramm) . .	22,3	15,1	29,2	14,9	10,3	20,0
Kamerun (Liter)	123,6	130,4	112,5	104,4	110,3	95,8
Togo (Liter)	234,2	343,9	300,9	193,3	284,0	247,8
Südwest (Kilogramm) . . .	42,9	50,0	54,3	26,8	32,3	36,2

²¹⁾ Amtsblatt für das Schutzgebiet Togo, 1912, Nr. 53.

Am Mineralwasserverbrauch werden die Farbigen kaum, die weißen Frauen und Kinder dagegen stark beteiligt sein. Aber auch, wenn man nur die Sätze ansieht, die für die weißen Männer aus der Einfuhr entfallen, so erhellt, daß von einem lebhafteren Konsum bestenfalls nur in Togo gesprochen werden kann. In Kamerun ist er schon — zumal in Anbetracht des durch das Klima bedingten hohen Flüssigkeitsbedürfnisses — recht bescheiden, in Südwest und Ostafrika winzig. Inwieweit eigenerzeugtes Mineralwasser neben dem importierten für die Weißen in Frage kommt, läßt sich nicht angeben. Ausgeschlossen ist wohl, daß dadurch die vorstehend angegebenen Verbrauchsätze auf einen sehr viel höheren Stand gebracht werden. Da nun auch die Einfuhr von Fruchtsäften und anderen nichtalkoholischen Getränken bei allen Schutzgebieten sehr gering — bei Kamerun und Südwest noch geringer als der Mineralwasserimport — ist, lassen die Kostenangaben des offiziellen Handbuchs von 1910 gar keine andere Deutung zu, als daß sie ganz überwiegend auf Alkohol zu beziehen sind — was das für Togo angeführte Beispiel ja auch schon zur Genüge dartut —, und daß ein derartig hoher Mindestaufwand damals tatsächlich für durchaus zulässig gehalten wurde. Daran hat sich scheinbar auch heute nichts geändert, wie folgender Vorgang vermuten läßt: Die Kritik, welche sich an die mitgeteilte Mindestkostenberechnung knüpfte, hat den Verfasser veranlaßt, in der im August 1912 erschienenen sechsten Auflage seines Handbuchs eine Korrektur vorzunehmen. Sie besteht darin, daß in der Unterhaltungskostenberechnung, die oben auf Seite 280/1 angegebenen drei Einzelposten, Verpflegung, Tischgetränke, sonstige Getränke, in einen einzigen Sammelposten „Verpflegung einschließlich Getränke“ zusammengezogen worden sind. Die Geldsumme für diesen Sammelposten ist dieselbe wie für die früheren drei! Nur sind nunmehr die Spezialausgaben, aus denen sich die Summe zusammensetzt, nicht mehr erkenntlich und damit der Kritik entzogen.

*

Es gibt in Deutschland weite Kreise aus allen Schichten der Bevölkerung, die — ohne Abstinenzfanatiker zu sein — der Ueberzeugung sind, daß in der Herabsetzung des heimischen Alkoholverbrauchs eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart läge. Daß, was der vorstehende Versuch, über die Konsumverhältnisse im deutschen Afrika zur Klarheit zu gelangen, an tatsächlichen Ergebnissen gezeitigt hat, zwingt meines Erachtens zu dem Schluß, daß es an der Zeit sei, die Wichtigkeit dieser Aufgabe — und zwar ebenfalls hinsichtlich der weißen Bevölkerung — auch für unsere Schutzgebiete nicht nur anzuerkennen, sondern ihre Lösung mit Nachdruck in Angriff zu nehmen. Allerdings wird es dabei weniger auf Verwaltungsmaßregeln — wenngleich auch solche, wie Einschränkung der Schankkonzessionen u. dgl. von Nutzen sein können —, als auf die ernsthafte und durch entsprechende Auswahl der Beamten, Förderung von Mäßigkeitsbestrebungen usw. betätigte Willensmeinung der Zentralstelle ankommen. Ein Vorgehen nach dieser Richtung erscheint dringend geboten, denn schließlich steht doch mehr auf dem Spiele, als etwa nur ein harmloses Vergnügen einer Bevölkerung, die — fraglos — nicht durchweg auf Rosen gebettet ist. Wohl wird man es menschlich begreifen können, wenn sie in dem an mancherlei Entsagungen, die die Heimat nicht fordert, reichen kolonialen Leben nach einem Ausgleich sucht. Dem sind indessen die Grenzen zu stecken, die schließlich nur ihr eigenes Interesse und darüber hinaus das nationale Interesse an der gefunden und kräftigen Weiterentwicklung unserer Kolonialwirtschaft nötig macht.

Heber den Kiwu-See und die angrenzenden Gebiete.

Vortrag von Sir Alfred Sharpe.

Wie früher, so veranstaltete auch in diesem Jahre die Londoner Abteilung der Deutschen Kolonialgesellschaft einen englischen Vortragsabend. Am 3. Mai sprach Sir Alfred Sharpe über „The districts surrounding Lake Kiwu“, von denen er soeben zurückgekehrt war. Seit 25 Jahren steht Sir Alfred Sharpe im Außenkolonialdienst, und seit 20 Jahren ist seine Tätigkeit Britisch-Zentralafrika gewidmet. Von 1907 bis 1910 stand er diesem Schutzgebiete als Gouverneur vor. Da sein Vortrag zweifelsohne auch für weitere Kreise Interesse hat, so möchte ich denselben auszugsweise hier wiedergeben.

Südlich von den Nilquellen liegen jene herrlichen Gebiete, wohl die schönsten tropischen Afrikas, die den Kiwu-See umgeben und verhältnismäßig wenig bekannt sind. Der See ist 60 englische Meilen lang, 25 breit und voll von kleinen Inseln. Seine Höhe über dem Meerespiegel beträgt 5000 Fuß. Die Ufer, abgesehen vom Norden und Nordwesten, sind ausgeschmückt mit zahlreichen Buchten und Fjorden. Die Umgebung — Deutsch-Ostafrika im Osten, der belgische Kongo im Westen — besteht aus Hügeln und Bergen, die eine Höhe bis zu 9000 Fuß erreichen. Das Südende des Sees liegt etwa 70 englische Meilen vom Tanganjika-See. Die den Kiwu-See umgebenden Berge sind mit Weidegras bedeckt, fast frei von Wald oder Busch, und von zahlreichen Herden, Tieren mit enormen Hörnern, begrast. Am Nordende des Sees kommen wir in eine vulkanische Gegend. Ein Vulkangürtel erstreckt sich hier von Osten nach Westen über eine gewaltige Talspalte. Man kann sagen, daß diese am Südende des Victoria-Nyanja-Sees beginnt. Zwischen diesem und dem Tanganjika-See wird sie fortgeführt durch das Sjongwe-Tal und den Kufwa-See. Vom Südende des Tanganjika-Sees läuft sie fort bis zum Albert-See. Am Nordende des Kiwu-Sees finden wir dann jenen Vulkangürtel mit tätigen Vulkanen von den kleinsten bis zu den größten. Die diese Vulkanabhänge bedeckenden Wälder werden von einer sehr menschenfeindlichen Zwergrasse bewohnt. Lava bedeckt den Boden weithin. Vom Nordende des Kiwu-Sees, westlich vom Rutschurru-Fluß, erstreckt die Lavamasse sich in einer Länge von 50 und einer Breite von 20 englischen Meilen fast bis zum Edward-See.

Der Kiwu-See zeichnet sich durch eine sehr große Tiefe aus. Die Ufer sind so steilabfallend, daß ein Schiff schon 15 Fuß vom Ufer nicht mehr anfern kann.

Der See bildet eine Wasserscheide zwischen dem Norden und Süden, dem Nil und dem Tanganjika-See, und dem Osten und Westen, dem Kongo und dem Victoria-See. Wir haben hier eine Höhenfläche, wie wir sie in solcher Ausdehnung nirgends in Afrika wiederfinden. Man könnte glauben, daß der Kiwu-See ursprünglich Teil eines Tales zwischen dem Edward-See und dem

Nil gewesen sei. Durch vulkanische Tätigkeit sei jedoch an seinem Nordende eine Barriere aufgeworfen, wodurch die Wasser des Ostens und Westens gestaut, der Kivu-See aber zu einer solchen Höhe emporgehoben worden sei, daß seine Ueberfülle sich südlich in den Tanganjika-See ergossen habe.

Die Kivu-Gebiete gehören zu den angenehmsten und schönsten Afrikas. Das Klima ist kühl und gesund. Schädliche Insekten oder wilde Tiere gibt es nicht, und nur an den bewaldeten Abhängen der Vulkane finden sich Elefanten und Gorillas.

Die größte Insel des Kivu-Sees, die den größeren Teil des Südendes ausfüllt, ist Kwidjwi mit einem ansehnlichen Berge. Dieser südliche Teil des Sees ist höchst romantisch und voll entzückender Buchten.

Während Sir Alfred Sharpe diese Gegend bereiste, war er Zeuge eines gewaltigen Vulkanausbruches am Nordende des Kivu-Sees. Er begann mit einem Erdbeben, dann entwichen Dämpfe den frischen Erdspalten, und innerhalb von zehn Tagen hatte sich ein gewaltiger Krater gebildet. Ein breiter Lavastrom ergoß sich in die Kabino-Bucht, die die nordwestliche Ecke des Sees bildet. Das Wasser geriet hier ins Kochen, und Tausende von Fischen wurden getötet. Auch zahlreiche Eingeborene kamen ums Leben, und Steine und Asche fielen in großer Menge bis zu einer beträchtlichen Entfernung. Westlich vom See und dem Flusse Kussisi, auf belgischem Gebiete, treffen wir herrliche Weidelandschaften mit viel Vieh an in einer Höhe von 6000—7000 Fuß. Diese Graslandschaft dehnt sich noch etwa drei Tagereisen weit aus, dann stoßen wir auf die feuchten und fast undurchdringbaren Kongowälder. Der Osten vom Kivu-See umfaßt die reichen Residenturen Ruanda und Urundi. Es sind herrliche Gebiete mit gutem Klima. Westlich nach Kigali steigen wir rapide bis zu über 6000 Fuß. Die Szenerie ist superb. Tausende von Kindern trifft man an, pittoreske Eingeborenendörfer, umgeben von bebauten Feldern. Die Bergspitzen erreichen eine Höhe von 9000 Fuß. Man könnte in der Schweiz zur Sommerzeit sein. Brombeeren wachsen überall, und kleine Bächlein mit klarem Wasser begegnen uns auf Schritt und Tritt. Sir Alfred Sharpe beschreibt dieses Land: *A grand country for European settlement. In addition to cattle there are great numbers of sheep and goats. As for climate — it is almost perfect — a succession of mild European summer days, gentle breezes, sun and pleasant warmth. The country gave us a sense of peace, content and happiness.*

Ruanda wird von zwei Rassen bewohnt, den Watutsi und den Wahutu, wovon letztere den ersteren dienstbar sind.

Besondere Worte des Dankes und der Anerkennung widmete der Redner dann den deutschen Behörden, insbesondere dem Residenten von Ruanda, der seine Expedition in jeder Weise gefördert hatte.

Die Aussichten dieses Teiles von Deutsch-Ostafrika sind fast unbegrenzt, sobald einmal die Eisenbahn das Gebiet erschlossen hat. Nach Ansicht von Sir Alfred Sharpe wird eine Bahn von Usumbura, dem Nordende des Tan-

ganjika-Sees, nach Ischangi, dem Südsende des Kiwu-Sees, den Zweck am besten erfüllen. Eine solche Bahn wird eine wichtige Zufuhrbahn (feeder) für die in Udsjidi endende Zentralbahn bilden. Der Mangel einer guten Verkehrsstraße vom Kiwu-See über Kigali nach Bukoba, einer Straße, die von Eingeborenen für den Transport ihrer Produkte, besonders von Häuten, viel benutzt wird, fällt besonders auf.

Die Ausdehnung des Handels um den Victoria-See, sowohl im englischen wie im deutschen Gebiet, ist erstaunlich. So hat sich auch die Uganda-Bahn, die ihre Entstehung strategischen Gründen verdankte, wirtschaftlich glänzend bewährt. Zweifelsohne wird auch die deutsche Zentralbahn die gleiche Entwicklung haben. Zufuhrbahnen (feeders) müssen aber so bald als möglich in Angriff genommen werden, und von solchen Projekten gebührt einer Bahn von Mumbura nach dem Kiwu-See der erste Platz. Herstellung guter Verbindungswege und billiger Transportmittel bilden die Grundlage für die wirtschaftliche Aufschließung eines Neulandes.

Südlich vom Kiwu-See liegt das Kussisi-Tal, das die Grenze bildet zwischen dem deutschen und dem belgischen Gebiet. Reicher Viehbestand befindet sich auch hier. Alles in allem weisen diese Länder, die Residenturen Ruanda und Urundi und die angrenzenden belgischen Gebiete einen enormen Viehreichtum auf.

Zum Schluß betonte Sir Alfred Sharpe in seinem Vortrage, der durch Lichtbilder in trefflicher Weise unterstützt wurde, einen wie günstigen Eindruck er von dem Fortschritt dieser Gegenden unter deutscher Oberhoheit erhalten hätte.

Dr. C. R. Hennings.

Amerikanische Kolonialpolitik.

Von Louis Pierck, Berlin-Friedenau.

(Fortsetzung.)

III. Hawaii.

Die Geschichte der Angliederung der Hawaii-Inseln an die Vereinigten Staaten ist ungewöhnlich interessant. Sie beginnt bald nach der eigentlichen Entdeckung der „Sandwich Inseln“ — wie Cook sie nach seinem Freunde, dem Grafen John Sandwich, benannt hatte —, jedenfalls aber fällt sie nahezu das ganze 19. Jahrhundert aus. In mancher Hinsicht kann sie als typisch für das ganze Vorgehen bei der amerikanischen Expansionspolitik gelten, die sich vor dem Jahre 1898 in einem äußerst langsamen Tempo bewegte. Dem beweglichen Schiffer und Walfischjäger folgt der Missionär, der zuerst festen Fuß faßt und dauernde Handelsniederlassungen mit sich bringt. Zollverein und Flottenstation führen allmählich zum Protektorat, aus dem — nach der kurzen Zwischenstation einer selbständigen Republik — endgültig die Annexion hervorgeht. Alles vollzieht sich dabei in höchst friedlicher Weise: die verschiedenen Revolutionen auf dem Archipel von Hawaii haben kaum Menschenleben gekostet, und die letzte souveräne Königin lebt noch heute in der Mitte ihrer ehemaligen Untertanen unter dem Schutze des Sternenbanners, ohne an eine Wiederherstellung ihrer alten Macht zu denken.

Real. Die Inselgruppe wird nach der größten Insel Hawaii benannt, die 10 398 Quadratkilometer umfaßt, während die übrigen sieben zusammen deren nur 6386

aufweisen. Bei weitem die wichtigste ist aber Oahu, auf der die Hauptstadt Honolulu mit einem prachtvollen Handelshafen und der stark befestigte Kriegshafen Pearl Harbour — die beiden einzigen Häfen des Archipels — belegen sind. Honolulu, das 1910 schon 52 183 Einwohner zählte, hat Kabelverbindung nach San Francisco und Manila, regelmäßige Dampferverbindungen mit San Francisco, Seattle, Vancouver, Yokohama, Sidney und Australien.

Bevölkerung. Die einheimische Bevölkerung der Kanaken, die von anderen Südeinseln eingewandert sein mag, ist ein schöner Menschenschlag, der 1779, als Cook die Inseln betrat, auf 300 000 Köpfe geschätzt wurde, aber jetzt bereits auf weniger als den zehnten Teil dieser Anzahl zusammengeschrunkt ist. Lues und Lepra haben fürchterlich unter diesen Naturkindern gewütet, bei denen Impotenz wie Sterilität vorherrschen. Aus einem Bericht des amerikanischen Gesandten Comly vom 10. April 1882 ist zu entnehmen, daß der Regierungsarzt Fitch schon vor dreißig Jahren unter 4055 neuen Krankheitsfällen 2748 Fälle von Syphilis und 508 von Ausatz feststellen mußte. Fitch nimmt an, daß mindestens $\frac{1}{3}$ der Eingeborenen syphilitisch sind.

Interessant ist folgende Bevölkerungsstatistik der letzten 60 Jahre, die den amtlichen Bulletins des „Bureau of Labor“ in Honolulu entnommen ist, wobei zu bemerken ist, daß die Zahlen in der fünften Reihe aus den Jahren 1872 bis 1890, um die offizielle Gesamteinwohnerzahl zu erlangen, unwesentlich verbessert werden mußten. Es wurden gezählt 1823: 142 000; 1832: 130 000; 1850: 84 000 Eingeborene, danach aber:

	im Jahre								
	1853	1866	1872	1878	1884	1890	1896	1900	1910
Kanaken . .	70 036	57 125	49 044	44 088	40 014	34 436	31 019	29 799	26 041
Mischlinge .	983	1 640	1 487	3 420	4 218	6 186	8 485	7 857	12 506
Japaner . .	—	—	—	—	116	12 360	22 329	56 230	79 674
Chinesen . .	364	1 206	1 938	5 916	17 937	15 301	19 382	21 746	21 674
Sonstige . .	1 755	2 988	4 428	4 561	18 293	21 707	27 805	38 369	52 014
Zusammen	73 138	62 959	56 897	57 985	80 578	89 990	109 020	154 001	191 909

In Prozenten ausgedrückt hat sich diese Bewegung folgendermaßen entwickelt:

	1853	1866	1872	1878	1884	1890	1896	1900	1910
Kanaken . .	95,70	90,73	86,20	76,03	49,66	38,27	28,45	19,35	13,57
Mischlinge .	1,34	2,60	2,61	5,90	5,24	6,87	7,78	5,10	6,52
Japaner . .	—	—	—	—	0,14	13,74	20,48	36,51	41,52
Chinesen . .	0,50	1,92	3,41	10,20	22,26	17,—	17,78	14,12	11,29
Sonstige . .	2,40	4,75	7,78	7,87	22,70	24,12	25,51	24,92	27,10

100

Unter den „Sonstigen“ spielen die Portugiesen die Hauptrolle, die 1896 15 191, 1910 aber schon 22 303 zählten und zum großen Teil von den Azoren stammen. Nächst ihnen kommen Einwanderer aus Portoriko in Betracht, die 1910 4890 zählten, während Koreaner 4533 und Spanier 1900 ausmachten. Jedenfalls bilden die kaukasischen Rassen die erdrückende Mehrheit der unter dieser Rubrik zusammengestellten Bewohner, während die absolute Mehrheit aller Bewohner ostasiatischen Ursprungs ist und über 40 Prozent aus Japan stammen.

Das Rassenproblem, das sich aus dieser höchst eigenartigen Bevölkerungszusammensetzung ergibt, ist ein entsprechend kompliziertes. Die Loblieder, die einzelne Verherrlicher der Rassenmischung, namentlich Theodore Richards, Herausgeber der Zeitschrift „The Friend“ in Honolulu, und der amerikanische Schriftsteller Ray Etamward Baker auf die Nachkommen von Kanaken und Eingewanderten sängen, müssen eine starke Einschränkung schon durch das, was oben über den Gesundheitszustand

der Eingeborenen angeführt wurde, erfahren. Zuzugeben ist, daß die Abbildungen mancher Mischlinge sich sehr gut ausnehmen. Das kann aber auch ebenfogut von vielen Mulatten, Quadronen und Oktronen gesagt werden, ohne daß ein nüchtern Urteilernder dadurch vom Nutzen einer Rassenmischung zwischen Negern und Weißen überzeugt zu werden vermöchte. Der beste Mischtypus soll der von Chinesen und Kanaken sein. Auf dem amerikanischen Kongress vom Jahre 1908 wurde eine möglichste Verstärkung der europäischen Einwanderung gefordert, um es zu verhüten, daß diese Inselwelt eine vorwiegend asiatische Bevölkerung behält.

Wie sehr letztere freilich für die Bewirtschaftung der Inseln in Betracht kommt, ergibt die Statistik der 41 678 im Jahre 1910 auf den Zuckerplantagen beschäftigten Arbeiter. Von diesen waren

Ostasiaten	32 542
Portugiesen und Spanier	4 578
Portorikaner	1 953
Eingeborene	1 153
Verschiedene, namentlich Filipinos, Neger und Südseeinsulaner	848
Amerikaner.	604
Zusammen	41 678

Ohne asiatische Arbeitskräfte wäre also keine Zuckerindustrie dort möglich. Während die Chinesen auf den Aussterbecat gesetzt sind, verstehen es viele Japaner, die fast ausnahmslos als besitzlose Kulis eingeführt wurden, ziemlich schnell vorwärts zu kommen. Die Japaner besaßen an Grundeigentum

im Jahre 1901 für 128 163

" " 1909 " " 174 179.

Im allgemeinen dürfte in absehbarer Zeit die eingewanderte Bevölkerung in ähnlicher Weise der eingeborenen an Zahl überlegen werden, wie das in ganz Nordamerika längst der Fall ist. Der bedenkliche Unterschied ist nur, daß dort hauptsächlich Weiße, zum kleineren Teile Neger, ins Land kamen, während hier die Ostasiaten in einer für die Amerikaner höchst gefährlichen Weise die Mehrheit bilden.

Die Tier- und Pflanzenwelt entspricht der geographischen Lage in der heißen Zone mit den Abänderungen, die sich aus der Umgebung von einer Wasseroberfläche von mehreren tausend Quadratmeilen ergeben. Das „pazifische Paradies“ liegt auf den Kegeln riesiger Vulkane, die hier aus dem Meeresgrunde hervorragen und den Boden erst geschaffen haben. Der vulkanische Ursprung des letzteren erklärt es, daß nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Fläche sich zur Bewirtschaftung eignet, von den rund 1 800 000 Akern Regierungsland nicht viel mehr als 100 000 Acker. Dafür ist die Fruchtbarkeit des anbaufähigen Bodens um so größer. Da die mittlere Jahrestemperatur zwischen + 12 und + 32 Grad Celsius beträgt, ist kein Frost möglich. Es herrscht vielmehr ein ewiger Sommer, bei dem die Palmen sowie fast alle Arten tropischer Pflanzen trefflich gedeihen. Einheimische Säugetiere fehlen fast ganz, dafür aber auch fast alle giftigen Tiere und Pflanzen. Die aus Amerika eingeführten Pferde, Schweine und Kinder kommen vorzüglich fort.

Ueber die Nutzflaun wird weiter unten noch gesprochen werden, hier wäre nur noch die Kawapflanze zu erwähnen. Diese wird in ganz Polynesien sehr geschätzt, weil man daraus das sogenannte Kawabier gewinnt, ein berauschendes Getränk, das auf eine höchst unappetitliche Weise — durch Kauen und Ausspucken — hergestellt wird.

Die Geschichte der Inseln könnte man bis ins 16. Jahrhundert zurückdatieren, insofern 1527 der Spanier Alvarado de Saavedra hierher verschlagen wurde und ein anderer Spanier namens Mendona 40 Jahre später noch einmal hierherkam,

auch eine Beschreibung lieferte. Allein tatsächlich bestand in den folgenden zwei Jahrhunderten kein europäischer Verkehr, so daß erst die Cook'sche Landung im Jahre 1778 als das entscheidende Datum für das Schicksal dieses Archipels angesprochen werden kann. Fast unmittelbar danach stellten sich amerikanische Walfischfänger und Pelzhändler hier ein, um Wasser und Lebensmittel zu fassen. Die Neuenländer, die von Boston aus das Kap Horn umschifften, um ihre Pelze nach China zu befördern, bedurften auf dieser fabelhaft langen Reise irgendeiner Zwischenstation. San Francisco kam erst viel später in Betracht, da diese jetzige Weltstadt es bis zum Jahre 1848 erst auf etwa 500 Bewohner gebracht hatte. Als der britische Kapitän Vancouver in den Jahren 1792 bis 1794 seine berühmte Entdeckungsreise mit den Schiffen „Discovery“ und „Chatham“ nach den pazifischen Küsten Amerikas unternahm, fand er in Hawaii, wo er alljährlich zu überwintern pflegte, schon Amerikaner vor, die sich mit dem Einkaufe von Sandelholz, das in China sehr begehrt war, befaßten. Er glaubte sich daher mit Hiszung der englischen Flagge beeilen zu müssen, ehe er die Heimreise antrat, aber in London hatte man zu jener Zeit, wo die französische Revolution alle europäischen Zustände zu ändern drohte, kein Interesse an so entfernten Erwerbungen und betrachtete diese Annexionserklärung als nicht geschehen.

Wahrscheinlich würde man sich auch in Hawaii zu jener Zeit noch gegen eine unerbetene Einverleibung in ein fremdes Reich stark gewehrt haben. Im Jahre 1781 war Kamehaha I., der als „der Große“ oder der „Napoleon der Südsee“ häufig bezeichnet wird, Herrscher geworden und hatte in blutigen Kriegen sämtliche acht Inseln, die früher drei Reiche gebildet hatten, zu einem Staate vereinigt. Er verfügte daher über eine ausgebildete Militärmacht, mittels deren er sich auch imstande erwies, die Russen zu vertreiben, die sich im Jahre 1815 eingefunden hatten und auch dort zu bleiben gedachten. Der Gouverneur von Alaska Baranoff langweilte sich offenbar sehr in seiner Residenz Sitka und suchte daher sein Reich nach Süden auszudehnen. Allein die Bemannung seines Kanonenbootes, die außer Oahu auch Kauai zu besetzen versucht hatte, erwies sich für ein so weitreichendes Unternehmen als ungenügend. Hinzu kam, daß die Amerikaner Young und Davis dem Könige zur Seite standen und ihm rieten, sich die nordischen Eindringlinge lieber fernzuhalten.

Nachweislich bestand schon 1801 in Honolulu eine amerikanische Haupthandelsniederlassung für Sandelholz und Pelze. In diesen wichtigen Ausfuhrartikeln nach Ostasien behaupteten die Amerikaner jahrzehntelang ein tatsächliches Handelsmonopol, weil zu jener Zeit die Russen nur auf den Landweg für den Pelzhandel angewiesen waren, der englische Seehandel aber durch die Privilegien der ostindischen Kompanie eingeschränkt blieb. Im Jahre 1819 wurde Honolulu die wichtigste Walfischfängerstation. Seit Bestehen der Union hatten die Amerikaner einen stets zunehmenden Anteil am Walfischfang im Stillen Ozean. 1847, wo etwa der Höhepunkt in diesem Betriebe erreicht wurde, trugen von 900 Walfischfängern etwa 800 die amerikanische Flagge. Der Wert dieser Fahrzeuge betrug etwa 20 000 000 Dollar, ihr jährlicher Ertrag 13 000 000 Dollar. Es bestanden also vor dem Erwerb Kaliforniens und der nördlicher gelegenen Gebiete am Stillen Ozean dort schon bedeutende amerikanische Handelsinteressen. Das beweist auch die im Jahre 1811 erfolgte Gründung von Astoria, die der bekannte deutschamerikanische Multimillionär Johann Jakob Astor zur Förderung seiner ostasiatischen Geschäftsinteressen unweit der Mündung des Columbiastromes in den Stillen Ozean (in Oregon) vornehmen ließ.

(Fortsetzung folgt.)

Koloniale Monatsblätter

Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft

Nr. 7

Juli 1913

15. Jahrgang

Neue Forschungen über Groß-Friedrichsburg¹⁾.

Von Christoph Voigt. (Mit 5 Abbildungen.)

I.

Nachdem die „Deutsche Kolonialzeitung“ (Nr. 44 vom 2. November 1912) einige Nachrichten über die Heimschaffung der noch in den Ruinen von Groß-Friedrichsburg befindlich gewesenen alten Geschütze gebracht hat, ist das ehemalige brandenburgisch-preussische Fort neuerdings Gegenstand lebhafter Anteilnahme geworden, so daß ich hoffen darf, mit den folgenden Ausführungen allgemeineren Wünschen zu entsprechen.

Für den, der sich mit dem Studium unserer verflochtenen Kolonien auf der Westküste von Afrika befassen will, dienen als wichtigste Quelle: R. Schück: „Brandenburg-Preußens Kolonialpolitik“, Leipzig 1889, und das vom Generalstab 1885 herausgegebene Werk „Brandenburg-Preußen auf der Westküste von Afrika“²⁾. Während es von Schücks Werk eine Neubearbeitung leider noch nicht gibt, ist das Generalstabswerk kürzlich neu herausgegeben worden als Band 2 von Voigtländers Quellenbücher (Leipzig 1912), allerdings unter Weglassung mehrerer Anlagen und Skizzen.

Meine Erwartung, die Neuauflage würde die seit 1885 erzielten Forschungsergebnisse verwerten, erfüllte sich leider nicht. Bei näherer Durchsicht ergab sich, daß der Wortlaut wohl gekürzt, aber sonst unverändert geblieben ist. Es steht diese Tatsache im Widerspruch zu dem Vorwort der Quellenbücher, wonach sie „von Fachmännern nach dem Stand der jüngsten Forschungen ausgewählt und bearbeitet werden“. Das Verpassen einer guten Gelegenheit, in der ersten Ausgabe vorhandene Fehler auszumerzen, ist um so bedauerlicher, als Schück in seinem grundlegenden Werk (also schon 1889) auf eine ganze Anzahl von Irrtümern und Fehlern des Generalstabswerkes aufmerksam gemacht hat.

Möge bei einer späteren Auflage hierin Wandel geschaffen werden!

Lenken wir nun unsere Aufmerksamkeit von der modernen einschlägigen Literatur ab, da sie Neues uns nicht bringt, und sehen wir zu, was uns ältere, vor allem zeitgenössische Reisewerke über Groß-Friedrichsburg berichten.

¹⁾ Vergleiche die Aufsätze des Verfassers: „Jan Conny und seine Beziehungen zu Groß-Friedrichsburg“, Zeitschrift für Kolonialpolitik usw. Heft 2, Februar 1912, und „Die Gründung von Groß-Friedrichsburg in epischer Darstellung“, ebenda Heft 7, Juli 1912.

²⁾ Die Veröffentlichung eines ausführlichen Quellennachweises über Kurbrandenburgs Marine und Kolonialwesen behält sich der Verfasser vor.

In einem alten vielbändigen Werke „Allgemeine Historie der Reisen zu Wasser und zu Lande oder Sammlung aller Reisebeschreibungen (aus dem Englischen) Leipzig, 1748“, finden wir mancherlei Wissenswertes in Wort und Bild über unsere alten Kolonien, u. a. eine Reisebeschreibung John Barbots. Da aber die deutsche Bearbeitung einiges im englischen Original¹⁾ über Groß-Friedrichsburg Gesagte ausläßt, so sehen wir im letzteren nach und erfahren, daß es sich um die Reise von James Barbot (Bruder von John Barbot) und Jean Brazilhier nach Neu-Calabar im Jahre 1699 handelt. Es heißt da:

Die Fregatte („Albion“) ankerte am 8. April (1699) bei Cap Tres Puntas, vor Groß-Friedrichsburg. Barbot wurde dort sehr höflich vom preußischen General²⁾ aufgenommen, aber er erfuhr von ihm, daß er für unsere Güter keine Verwendung hätte, wegen der großen Menge der Interlopers (Schmuggler). Ferner sei die Kriegsfackel unter den Eingeborenen entflammt, auf Betreiben der Holländer, die auf diesem Wege sich allmählich zum Herrn des Landes machen wollten. Er erfuhr noch, daß der nämliche General sechs Wochen zuvor auf der Rückkehr von Cap Lopez-Consalvo von einem Piraten angegriffen worden sei, den er zur Flucht gezwungen habe, und daß zwei oder drei andere dieser Räuber z. Bt. zwischen Cap Lopez und der Insel St. Thomé kreuzten. Der Besitzer einer kleinen portugiesischen Barke, die am 10. April vor Groß-Friedrichsburg ankam, bestätigte diese Nachricht und fügte hinzu, vor drei Monaten habe er bei dieser Insel drei große französische Schiffe gesehen, die mit ihrer Sklavenladung von der Guineaküste kamen und ihre Ladung nach Domingo für die Flibustier brächten, als Abfindung an Stelle von Geld . . .“

Barbot ging infolge von Streitigkeiten mit den Negern von Tres Puntas das Wasser aus, da diese den Bach boshafterweise abgeleitet hatten. Er trug seine Klagen dem preußischen General vor (also dem brandenburgischen Gouverneur), und dieser sorgte dafür, daß der Wasserlauf wieder in Ordnung gebracht wurde, stellte auch einige Maurer zum Einsetzen der Kessel an Bord für unsere später zu erwartenden Sklaven zur Verfügung.

Ferner heißt es da: „Hier haben die Brandenburger oder Preußen ihr vornehmstes Fort angelegt. Es ist schön und ziemlich groß, und mit vier großen Batterien besetzt, auf denen 46 Kanonen stehen, die aber allzu leicht und zu klein sind. Das Thor ist das schönste auf der ganzen Küste, es ist aber nach seiner Bauart viel zu groß. Und was man insgemein zu den Bürgern von M i n d e n sagt, das kann auf sie gedeutet werden: Haltet euer Thor fest verschlossen, damit das Fort nicht davon laufe.“

„Gegen Morgen hat es ein schönes Außenwerk, welches der Festung einen großen Teil ihrer Stärke benimmt, die von dieser Seite leichtlich zu bezwingen wäre. Der größte Fehler bei diesem Forte aber ist, daß die Brustwehren nicht höher als eines Mannes Knie sind, wodurch die Soldaten dem Schusse von außen bloß gestellt stehen. Dieses ist in Kriegen mit den Schwarzen keine kleine Unbequemlichkeit. Denn es kann niemand auf

¹⁾ John Barbot: A Description of the Coast of North and South Guinea, 1743 (A Collection of Voyages and Travels Vol. V.). D. W.

²⁾ Wenn das Fort in den beigegeführten Abbildungen 1 und 2 im Original als dänisches Fort bezeichnet wird, so liegt da eine Verwechslung mit dem bei Cap Corse (Coast Castle) gelegenen dänischen (seit 1871 englischen) Fort Friedrichsburg vor. Letzteres hatte aber dreieckige Gestalt, während das brandenburgische Fort viereckige Grundform besaß. Daß in Wirklichkeit letzteres gemeint ist, geht daraus hervor, daß sich die Namen des Berges Momfro, auf dem Groß-Friedrichsburg lag, und des Dorfes Pocquesoe auf dem Plan mit verzeichnet finden. D. W.

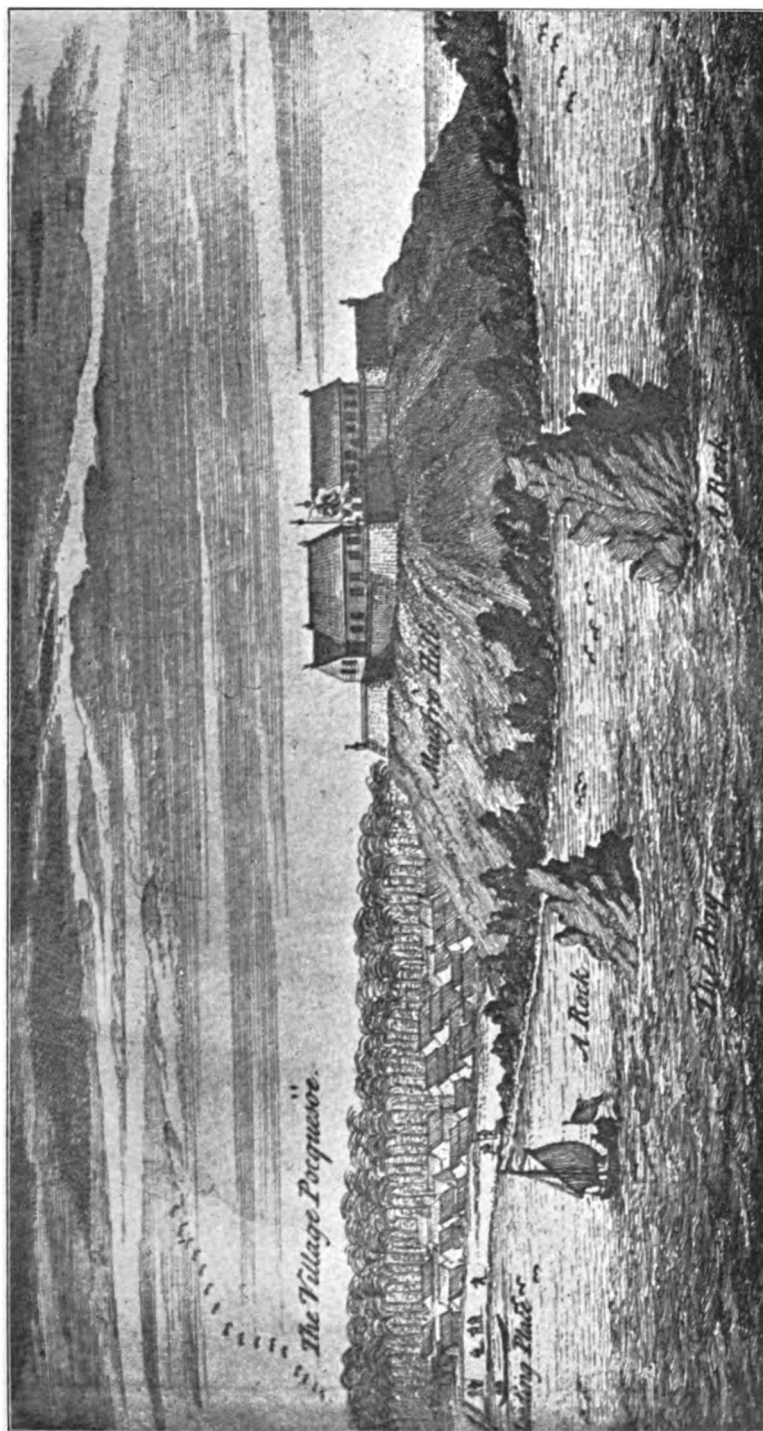


Abb. 1. Fort Groß-Friedrichsburg (nach Barbot).

die Batterien kommen, ohne daß ihn die Neger mit leichter Mühe mit einem Musketen- schuß erreichen. Uebrigens ist an den Gebäuden nichts zu tadeln, und es gibt viele schöne Wohnungen darinnen (Voßmanns Beschreibung von Guinea). Barbot sagt dabei, daß die Mauern dicke, stark und hoch sind, und daß es innerhalb derselben viele schöne Niederlagen und Wohnhäuser für die Offiziere und Soldaten gebe.“

„Der vornehmste Befehlshaber hier, der sich einen Generaldirektor im Namen des Churfürsten von Brandenburg nennet, hat die Aufsicht über die preussischen Factoreyen zu *Takrama* oder *Krema*, und das *Dorotheenfort* zu *Aloba*, wie auch die Niederlagen zu *Popo* und *Tida* und *Whidah*.“

„Eben dieser Schriftsteller hat folgende Nachrichten von dem Ursprunge dieser Niederlassung aus den Händen eines seiner Anverwandten, welcher Director zu *Cmden* gewesen.“

„Im Jahre 1682 schickte der Churfürst von Brandenburg zwei Fregatten nach der Goldküste, die eine zu zwei und dreißig Canonen und sechszig Mann, und die andere zu achtzehn Canonen und fünfzig Mann. Die erste unter dem Schiffshauptmann *Matthaeus* von *Voß*, und die andere unter dem Hauptmann *Philipp Peter Blanco*⁵⁾. Sie kamen im May⁶⁾ an das Vorgebirge *Tres Puntas*, und landeten bei dem Berge *Montfort* oder *Manfro*, und steckten die brandenburgische Flagge aus. *Blanco*, der mit den hiesigen Einwohnern in guter Bekanntschaft stand, bediente sich seines Ansehens so wohl, daß ihm die *Kaboschiren* Freiheit ertheilten, ein Fort auf dem Berge zu bauen, und eine Handlung mit den Einwohnern anzufangen.“

„Zu diesem Ende schiffte *Blanco* einige Canonen aus, und warf eine Verschanzung mit Pallisaden auf. Darauf baute er etliche Häuser, die er mit Waaren, Lebensmitteln und Kriegsvorräthe versah, und segelte mit seinen beyden Fregatten wieder nach *Hamburg*. Er hatte einige *Kaboschiren* an Borde, die er nach *Berlin* schickte, wo der Churfürst sie wohl empfing, und ihnen alle Herrlichkeit von seinem Hofe und Heere zeigte⁷⁾. Hierauf wurden sie in ihr Vaterland zurückgesandt, wo *Blanco* zu gleicher Zeit anlangte, die Statthalterschaft übernahm, und das Fort zu Ende brachte, und die Batterien mit zwei- unddreißig Stücken besetzte. Das Fort nannte er, seinem Herrn zu Ehren *Groß-Friedrichsburg*.“

„Voßmann nennt sieben Directoren die ihm bekannt gewesen. Weil der sechste, *Johann Vister*, ein Mann von keinem Verstande war: so gingen ihre Angelegenheiten zu Grunde: Die Schwarzen erregten einen Aufstand wider ihn, und warfen ihn in die See, nachdem sie ihm alle Glieder zerschlugen; und zwar auf Anstiften seines Nachfolgers, den sich die Neger erwählt hatten. Die Macht der Preußen war solchergestalt sehr geschwächt; so daß sie sich endlich entschlossen, ihren Sitz allhier zu verlassen. Den 28ten März des Jahres 1708 berichtete Herr *Dalby Thomas*, englischer Statthalter auf dem Vorgebirge *Corse*, an die afrikanische Compagnie, wie er Nachricht eingezogen hatte, daß der König von *Portugall* dem Könige von Preußen vierzigtausend Pfund für das Fort ge- bothen habe.“

„Nur, die Preußen hatten schon einige Jahre zuvor, ehe *Atkins*⁸⁾ hier war, im Jahre 1721, *Friedrichsburg* geräumt. Sobald es verlassen war, nahm *Johann Conny* Besitz davon. *Marchais* sagt, die Preußen hätten dies Fort im Jahre 1720 verlassen, und es dem Könige auf dem Vorgebirge der dreyen Spitzen *Johann Kommain* (englisch „*Conny*“) übergeben. Er füget hinzu, die Holländer, und zwar der Statthalter des

⁵⁾ *Blond*.

⁶⁾ *Dezember*. D. V.

⁷⁾ Die Huldigung des Häuptlings *Janke* (*Jan Conny*) fällt in das Jahr 1684. D. V.

⁸⁾ *J. Atkins*, „Reise nach Guinea 1721“, London 1735, enthalten in der „Allgemeinen Historie der Reisen usw.“ S. 474, III. Band. D. V.

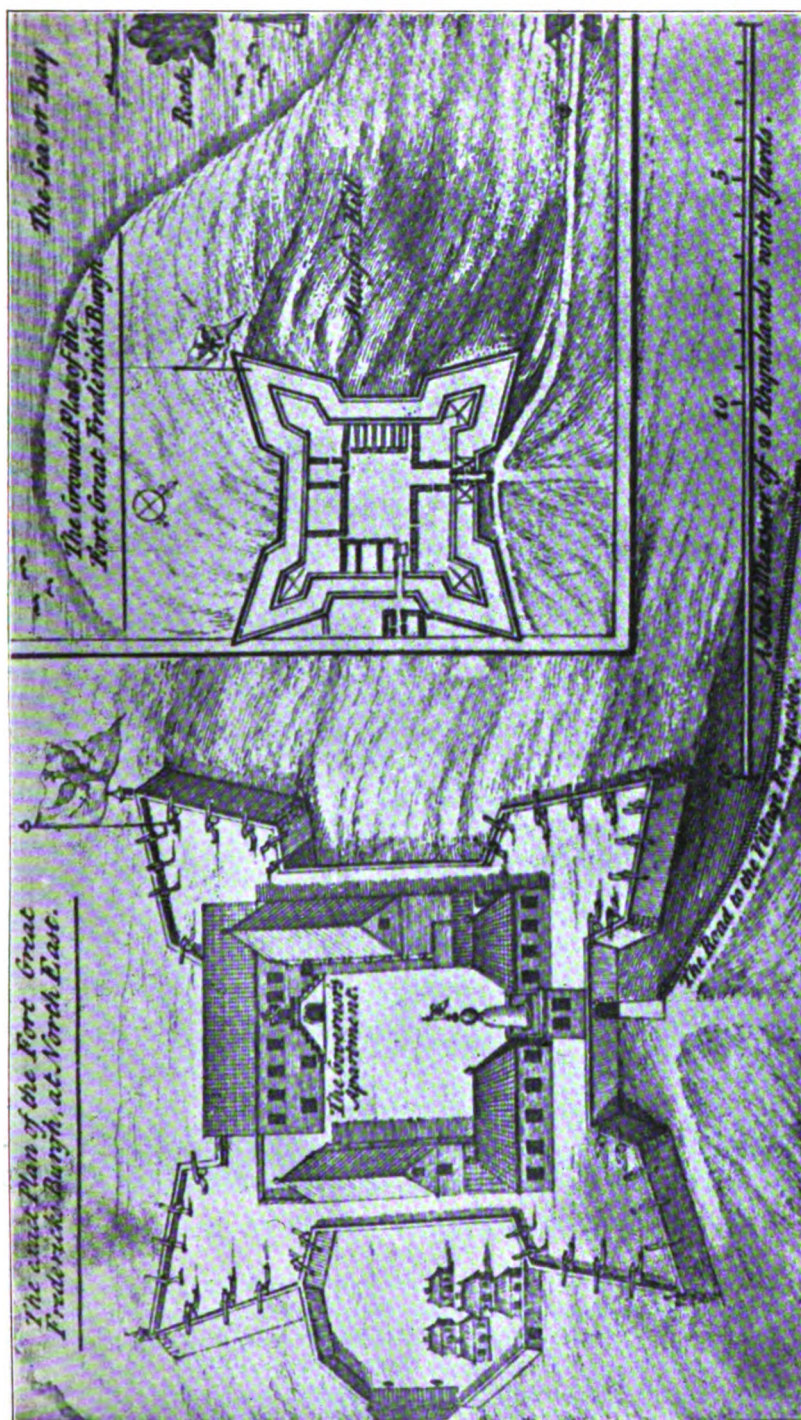


Abb. 2. Fort Groß-Friedrichsburg (nach Barbot).

Castells Mina, hätten es im Jahre 1719 angegriffen, der alle Leute, die er von seinen Besatzungen entzathen können, zusammen genommen, und sie auf drei Küstenbewahrer eingeschifft.“

Die nähere Geschichte dieses Angriffs habe ich in meinem Aufsatz über Jan Conny, vgl. Bemerkung ¹⁾ zu Seite 289 beschrieben.



Abb. 3. Fort Groß-Friedrichsburg (nach W. Bosman).

„Die Holländer waren klüger. Sie ließen wegen des ersten übeln Fortgangs den Muth nicht sinken. Der General schiffte seine Mannschaft von neuem ein, belagerte das Fort, und zwang die Neger, ihres tapfern Widerstandes ungeachtet, den Platz zu übergeben, in welchem er eine gute Besatzung zur Vertheidigung zurückließ. Diese Belagerung geschah zu der Zeit, als des Marchais bei Elmina vorbeireisete, im Jahre 1725 (Marchais Reise nach Guinea I. Bd. S. 227 ff.).

„Außer Groß-Friedrichsburg haben die Preußen noch ein anderes Fort und eine Niederlage in der Nachbarschaft. Das Fort ist zu *T a k r a m a*) oder *R e m a*, einem Flecken in der Mitte des Vorgebirges der dreien Spitzen zwischen Groß-Friedrichsburg und der Niederlage¹⁰⁾. Es ward im Jahre 1674 (richtig 1684. D. V.) von den Preußen zu Behauptung des Wasserplatzes gebaut, und hat nicht mehr als sechs Canonen.

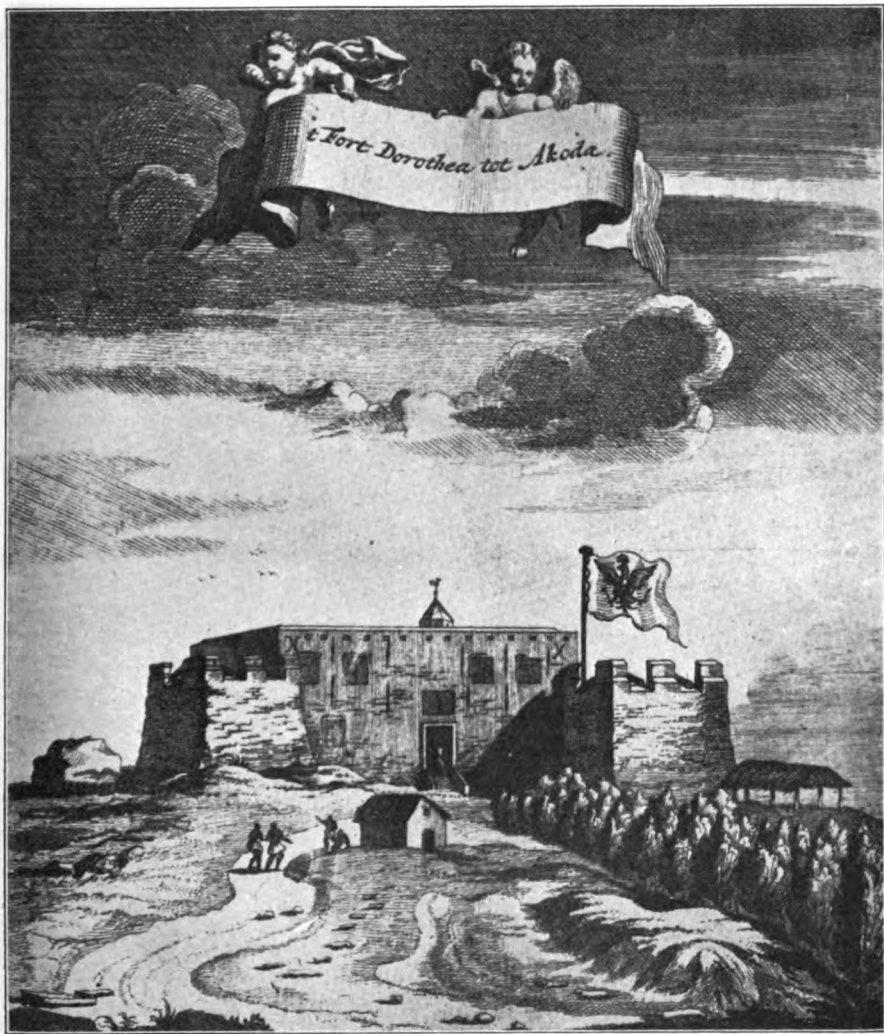


Abb. 4. Die Dorotheenschanze (nach W. Bosman).

durch welche den Einwohnern verwehrt wird, innerhalb des Schusses mit fremden Schiffen zu handeln. Denn die Einwohner stehen gänzlich unter dem Gebote des preußischen Directors zu Friedrichsburg. Im Jahre 1701 ließ der preußische Factor hier

⁹⁾ Fort Sophie-Louise. D. V.

¹⁰⁾ Dorotheenschanze. D. V.

fremden Schiffen zu, Holz und Wasser einzunehmen, gegen einen Zoll von zehn Pfund Sterlinge auf das Schiff."

"Die Niederlage oder das kleine Fort, D o r o t h e a genannt, ist zu Afoda, drey Seemeilen ostwärts von dem Vorgebirge. Es ward um das Jahr 1690 von den Holländern erweitert, welche die Preußen im Jahre 1683 daraus vertrieben hatten, doch ward es denselben 1698 auf Befehl der Compagnie wieder eingeräumt. Nach der Zeit haben sie es weit stärker befestigt und vergrößert. Es ist bloß ein Haus mit einem platten Dache, an welchem man zwey kleine Batterien mit ungefähr zwanzig Canonen, und eine ziemliche Anzahl Wohnungen angebracht hat, die ganz schlecht gebaut und allzustark bewohnt sind." (Barbots Besch. von Guinea S. 432 und Bosman a. a. O. S. 16.)

Barbot liefert uns ferner eine recht anschauliche Skizze des Forts (Abb. 1 u. 2), die zu einem Vergleich mit den im Generalstabswerk enthaltenen Plänen des Ingenieurkapitän's Konstantin von Schnitter anregt. Neu sind in ihr die Schilderhäuschen an den Ecken der vier Bastionen. Der beigegefügte Maßstab in rheinischen Fuß ist bezeichnend für dessen Verbreitung zu damaliger Zeit. Man könnte an eine Benutzung der Schnitterschen Skizzen denken, indes ist auf ihnen nur einfach von „Fußen“ die Rede.

Vielfach als Quelle benutzt und zitiert — wie wir oben bei Barbot gesehen — ist W. B o s m a n s : *Nauwkeurige Beschryving van de Guinese Goud etc. Kust.* (Amsterdam 1709), ein Werk, das in französischer und deutscher Uebersetzung erschienen ist. Letzteres betitelt sich W i l h e l m B o s m a n n : „Reise nach Guinea oder ausführliche Beschreibung dafiger Goldgruben, Elephantenzähne und Sklaven-Handels usw. Im Französischen herausgegeben.“ Hamburg 1708.

Von ihm rühren mehrere in spätere Reiseverke übernommene Angaben, so zum Beispiel die über die bedingte Verteidigungsfähigkeit des Forts, über die Größe des Tores usw., Angaben die, wie wir gesehen, auch Barbot von ihm übernommen hat.

Weniger bekannt und bisher noch nicht wiedergegeben sind die beiden, dem holländischen Originalwerk Bosmans entstammenden Ansichten von Groß-Friedrichsburg und der Dorotheenschanze. (Abb. 3 u. 4.)

Auch hier sehen wir bei ersterem Fort die Schilderhäuschen an den Bastionen. Bemerkenswert sind die Verzierungen über dem Tor: Kuchhut und Ezepter, die in Stein ausgehauen sind. Ein im „Neberall“ 1901 wiedergegebenes Photogramm zeigt uns einen modernen Häuptling mit einem Wappenstein, der aus der Dorotheenschanze stammen soll und von den Schwarzen heut als Fetisch verehrt wird. (Schluß folgt.)

Amerikanische Kolonialpolitik.

Von Louis Vierck, Berlin-Friedenau.

(Fortsetzung.)

Schon Kamehaha I. hatte sich der Einführung des Christentums zugeneigt, wie ihm seine Ratgeber Young und Davis empfohlen hatten. Kamehaha II., der 1819 bis 1824 regierte, gestattete die Niederlassung amerikanischer Missionare, deren Tätigkeit sich jetzt also bald über ein Jahrhundert erstreckt. Im Jahre 1860 besuchte ein hervorragender amerikanischer Journalist, Richard H. Dana, Hawaii und machte auf die ungewöhnliche erfolgreiche Tätigkeit dieser Sendboten aufmerksam, die sich namentlich auch in der Gründung von Missionschulen bekundete. Wie der Sekretär des American Board of Commissioners for Foreign Missions am 7. Mai 1902 berichtet, waren allein für diesen Zweck vor dem Jahre 1900 nicht weniger als 1 595 395 Dollar, also mehr als sechs- und einhalb Millionen Mark verwandt worden. Sie bedeuten für Amerika eine wahrhaft glänzende Kapitalanlage, denn ohne die Arbeit der Missionare hätte sich kein amerikanischer Einfluß dauernd geltend machen können, noch weniger wäre die spätere Annexion möglich geworden.

Der englische Konsul in Honolulu Richard Charlton gab sich von vornherein alle erdenkliche Mühe, die Inseln vor der amerikanischen Invasion zu behüten, er wußte sogar den König zu bestimmen, die weite Reise nach London zu unternehmen, um sich unter den Schutz König Georgs IV. zu stellen. Allein Kamehaha II. starb schon bald nach Rückkehr von dieser Reise, und sein Nachfolger Kamehaha III. (1824 bis 1854) folgte so wenig dem Räte Charltons, daß er bereits im Jahre 1826 den ersten Handelsvertrag mit den Amerikanern abschloß. Die Missionare hatten die amerikanische Fregatte „Peacock“, die sich in den pazifischen Gewässern befand, herbeigerufen, und deren Befehlshaber, Kapitän Jones, schloß den Vertrag ab. Obgleich ihn der Senat niemals ratifizierte, hat er tatsächlich jahrzehntelang in Kraft bestanden und die Brücke zum amerikanischen Protektorat gebildet, das am 10. März 1851 eingesezt wurde.

Bevor sich dieses wichtige Ereignis vollzog, hatten die Franzosen einen vergeblichen Versuch unternommen, die Inseln in ihre Interessensphäre einzubeziehen. Im Juni 1839 war plötzlich die mit 62 Kanonen ausgerüstete Fregatte „L'Artemise“ vor Honolulu erschienen, hatte katholische Missionäre gelandet, Kultusfreiheit und die Ermäßigung aller Zölle für französische Importen auf den nominellen Satz von 5 Prozent des Wertes durchgesezt. Die Folge waren konfessionelle Streitigkeiten gewesen, die dazu führten, daß 1842 abermals ein französisches Kriegsschiff nach diesen sonst so wenig besuchten Gewässern entsandt wurde. Kamehaha III. wandte sich, da kein amerikanisches Schiff in der Nähe war, an den britischen Kapitän Lord Paulet um Schutz. Letzterer gewährte ihn auch, indem er am 25. Februar 1843 die britische Flagge aufhissen ließ. Er mußte sie aber schon am 26. Juli desselben Jahres auf Befehl seines Vorgesetzten Admiral Thomas wieder einziehen, da inzwischen von Washington aus die für das Schicksal entscheidenden Schritte unternommen waren.

Der große amerikanische Staatsmann Daniel Webster, der sich durch seine im Jahre 1842 abgeschlossenen Verträge zur endgültigen Abschaffung des Sklavenhandels in Amerika einen unvergänglichen Ruhmestitel in der menschlichen Kulturgeschichte gesichert hat, hatte als Staatssekretär den Präsidenten Harrison bestimmt, in einer Botschaft an den Kongreß den Grundsatz auszusprechen, daß die Handels- und sonstigen Interessen der Vereinigten Staaten in Hawaii derartig überwögen, daß Amerika unter keiner Bedingung die Festsezung einer anderen Macht dort dulden könne. Daraufhin hatten England wie Frankreich die Unabhängigkeit von Hawaii ausdrücklich anerkannt. Trotzdem hatte im Jahre 1849

ein französischer Schiffskommandant noch einen zweiten Annexionsversuch unternommen, damit aber nur erreicht, daß Kamehaha III. das amerikanische Protektorat erbat. Ja, es wäre schon damals zur amerikanischen Annexion gekommen, wenn Staatssekretär March die Bedingungen des Königs — ein hohes Jahresgehalt als Abfindungssumme und Aufnahme des Archipels als Staat in die Union — annehmbar befunden hätte.

Eine logische Folge des Protektorats war der Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrags. Allein bis zu dessen Zustandekommen verfloßen volle 25 Jahre. Der Marchsche Vertrag wurde, wie dies bei den meisten Verträgen zu geschehen pflegt, vom Bundesenat im Jahre 1855 verworfen, so daß unter der Regierung Kamehaha IV. (1854 bis 1863) das Verhältnis Amerikas unverändert blieb. Auch unter Kamehaha V. (1863 bis 1872) erfolgte nur die Einsetzung eines amerikanischen Ministerresidenten in Honolulu, um eine ständige diplomatische Verbindung mit Washington herzustellen. Die Wiederaufnahme der Vertragsverhandlungen verhinderte zunächst die große Krisis des Bürgerkrieges. Nach dessen Beendigung gab Staatssekretär Seward, annähernd zur selben Zeit, wo er den Ankauf Alaskas betrieb, auch dem Vertreter der Union in Honolulu den Auftrag, die Vertragsfrage wieder aufzunehmen, und zwar womöglich zur Durchführung der Annexion, und nur, wenn das untunlich sein sollte, zum Abschluß eines Zollvereins. Letzteres gelang denn auch diplomatisch, aber scheiterte wiederum im Senat an einer Koalition, die sich aus gegnerischen Interessenten und grundsätzlichen Anhängern der Annexion zusammensetzte. Unter der kurzen Regierung Lunalilo (bis Anfang 1874), des letzten Sprößlings der Kamehahafamilie, konnte nichts geschehen, und so starb diese Dynastie aus, ohne daß die so lange verhandelte Regelung des staatsrechtlichen Verhältnisses mit der Union erfolgt wäre.

Nach dem Tode Lunalilos versuchte Königin Emma, die Witwe Kamehaha IV., zur Regierung zu gelangen. Ihr widersezte sich aber die an Zahl zwar schwache, aber durch Grund- und Kapitalbesitz äußerst mächtige „Missionarspartei“, die denn auch mit Hilfe der von amerikanischen Kriegsschiffen gelandeten Mannschaften die Kandidatur Kalafauas durchsetzte. Letzterer gewährte nicht nur einen Gegenseitigkeitsvertrag, in dem festgesetzt war, daß keine andere Macht Gebiete auf den Inseln erwerben oder gleiche Vorrechte wie die Vereinigten Staaten erhalten sollte, sondern überließ auch der Union den besten Hafen seines Reichs, Pearl Harbour, als Flottenstation. Die bezüglich der Verträge wurden 1876 beziehungsweise 1884 geschlossen und im Jahre 1887 der letzte britische Versuch, die amerikanische Angliederung durch Erneuerung der Unabhängigkeitserklärung Hawais zu vereiteln, schroff abgewiesen. Drei Jahre später wurde sogar die Monroe doktrin auf Hawaii ausgedehnt¹⁾, indem der Kongreß beschloß, Hawaii zur „International American Conference“ von 1890 in Washington einzuladen, also dem panamerikanischen System einzubeziehen. Schon damals herrschte die Meinung in den maßgebenden Kreisen vor, daß Hawaii annektiert werden müsse, sobald es selbst darum nachsuchen würde.

Es war zum Teil der Einfluß Liliuokalanis, der Schwester und Nachfolgerin Kalafauas, daß sich die Annexion, so unvermeidlich sie geworden war, noch eine Reihe von Jahren verzögerte. Am 30. Juni 1887 war Kalafaua von einer Volksversammlung, die die „Reformer“ (Missionspartei) in Honolulu einberufen hatte, für abgesetzt erklärt worden, weil er sich als bestechlich und unfähig erwiesen habe. Er hatte seinen wankenden Thron nur dadurch noch retten können, daß er eine Verfassung

¹⁾ Dies ist wenigstens die Ansicht von John W. Foster, die er in *American Diplomacy in the Orient*, Boston, New York, 1903, ausspricht. Praktisch ist die Frage durch die spätere Einverleibung der Inseln in das Vereinigte Staatsgebiet ja längst entschieden.

gewährte, die der einzusetzenden parlamentarischen Regierung alle Macht übertrug. Am meisten war darüber seine Thronerin empört, die sofort durch ihren Günstling *Wilcox* einen vergeblichen Versuch unternahm, diese Verfassung zu beseitigen. Als sie ihn auch nach ihrer im Jahre 1891 erfolgten Uebernahme der Regierung erneuerte, setzte die Missionspartei einen „Sicherheitsausschuß“ ein, der am 14. Januar 1893 einen radikalen Bruch mit ihr beschloß. Die Königin wurde ebenfalls für abgesetzt erklärt und die Einführung der Republik mit der Maßgabe beschlossen, daß sofort nach deren endgültiger Konstituierung der Anschluß an die Union nachgesucht werden sollte. Dieser Beschluß wurde von einer großen Volksversammlung gutgeheißen, nachdem, angeblich zum Schutze des bedrohten Lebens und Eigentums der Amerikaner, die sämtlichen vorhandenen amerikanischen Marinemannschaften in Honolulu gelandet worden waren und dort bis zum 1. April 1893 ein Lager bezogen hatten.

Besseren Umstand wußte sich die Königin zunutze zu machen, die in dem Deutsch-amerikaner *Paul Neumann* einen sehr geschickten Ratgeber besaß. Sie fügte sich den Beschlüssen des „Sicherheitsausschusses“ unter dem Protest, daß sie nur der Gewalt der amerikanischen Streitkräfte weiche und sich die Berufung an die Bundesregierung vorbehielte. Und ihr nach Washington entsandter Vertreter *Neumann* erzielte damit einen glänzenden Erfolg. Präsident *Cleveland* entschied, daß die Bewohner von Hawaii das unbestreitbare Recht hätten, ihre Regierungsform selbst zu bestimmen; daß ein Nachsuchen um die amerikanische Annexion nur dann berücksichtigt werden könne, wenn es auf dem freien Verlangen der Bürger beruhe und ein Beamter des Staatsamtes namens *Willis* die Vorgänge, die zur Absetzung der Königin geführt hatten, speziell untersuchen solle. Aber diese Untersuchung nahm einen für die Königin entschieden ungünstigen Verlauf. Der Präsident, der ihr durchaus wohl wollte, hatte ihre Wiedereinsetzung unter der doppelten Voraussetzung befürwortet, daß sie die Verfassung rückhaltlos anerkennen und völlige Amnestie für die Teilnehmer an der gegen sie gerichteten Revolution zugestehen würde. Da *Liliuokalani* aber in dieser Hinsicht keine zufriedenstellenden Erklärungen abgab, blieb es bei der selbständigen Republik Hawaii, als deren Präsident *Richter Dole*, der in Honolulu geborene Sohn eines amerikanischen Missionars, bis zu ihrer Annexion durch die Vereinigten Staaten im Amte blieb.

Der verhältnismäßig lange Bestand eines gesonderten Gemeinwesens beruhte zum Teil auf *Clevelands* Stellungnahme zu ihren gunsten, zum Teil auf dem Einfluß des „Zuckerkönigs“ *Klaus Spreckels*, der von der Annexion mit Recht ein Verbot der Einfuhr chinesischer Ruliz befürchtete und deshalb durch den bekannten amerikanischen Journalisten *Nordhoff* die Presse gegen einen solchen Schritt bearbeiten ließ. Erst der spanisch-amerikanische Krieg brachte in dieser Hinsicht die entscheidende Wendung. Der am 16. Juni 1897 vom Präsidenten *Mac Kintley* mit den Vertretern der Regierung von Hawaii abgeschlossene Annexionsvertrag unterschied sich von dem 1893 der *Cleveland'schen* Regierung angebotenen hauptsächlich dadurch, daß er keine Jahrgelder für die abgesetzte Königin enthielt. Sein Hauptinhalt war folgender:

Die Regierung der Republik Hawaii wünscht in Erwägung der natürlichen Abhängigkeit der Inseln von Amerika und der geographischen Nähe der Vereinigten Staaten sowie des überwiegenden Einflusses, den die Amerikaner auf Industrie und Handel ausüben, deren Einverleibung durch die große Nachbarrepublik, deren integrierenden Bestandteil sie künftig bilden sollen.

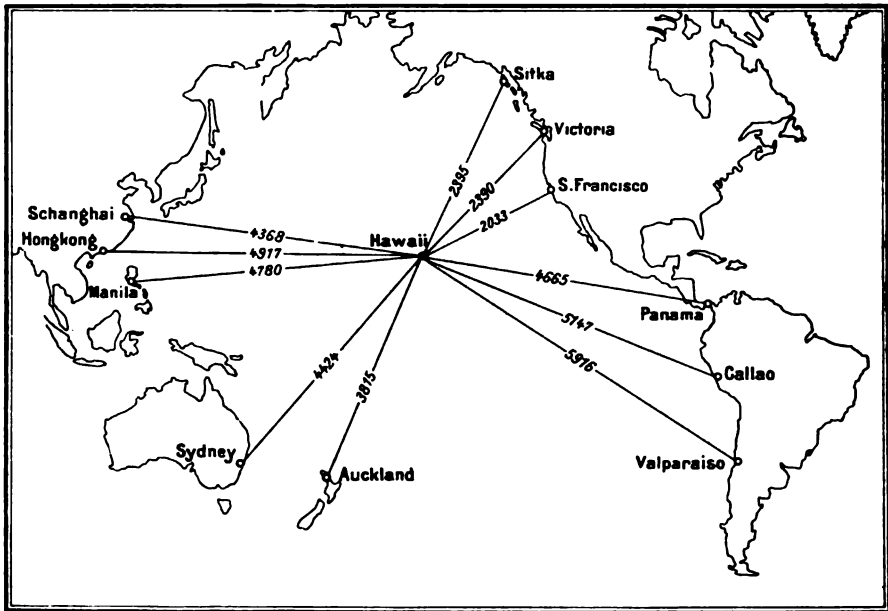
Die Souveränität über alles Staatsgebiet wird vorbehaltlos den Vereinigten Staaten übertragen, ebenso alles Kron- und Regierungsland, die Hafenanlagen, öffentlichen Bauten usw. Der amerikanische Kongreß soll es durch Gesetze regeln, wie die Ein-

nahmen aus den Staatsdomänen für öffentliche, insbesondere Unterrichtszwecke, verwendet werden sollen. Die Staatsschulden von Hawaii bis zum Betrage von 4 000 000 Dollar übernimmt die Union.

Es dürfen künftig keine Chinesen mehr eingeführt werden; den in Hawaii lebenden Chinesen ist es verboten, nach Amerika zu übersiedeln.

Der Präsident der Vereinigten Staaten ernennt eine Kommission von fünf Mitgliedern, die Hawaii so lange regiert, bis die Organisation eines Territoriums der Vereinigten Staaten vollzogen ist.

So günstig dieser Vertrag auch für die Vereinigten Staaten war, so schwierig war doch schließlich seine endliche Annahme in Washington. Nachdem der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten es abgelehnt hatte, einen Bericht in der Angelegenheit zu erstatten, beschloß der Kongreß, ebenso vorzugehen wie seinerzeit bei der Annexion von Texas infolge der vom Bundesssenat gemachten Schwierigkeiten. Auf



Antrag Newlands wurde eine „gemeinsame Resolution“ beider Häuser des Kongresses mit Mehrheit angenommen, die sich mit dem Inhalt des Annexionsvertrags deckte und am 7. Juli 1898 vom Präsidenten unterzeichnet wurde. Am 12. August 1898 erschienen dann zwei amerikanische Kriegsschiffe vor Honolulu, um die feierliche Flaggenhissung vorzunehmen. Präsident Dole wurde der erste Gouverneur des neuen amerikanischen Territoriums.

Die Königin war am 16. Januar 1895 wegen Hochverrats verhaftet und später auch zu Haft- und Geldstrafe verurteilt worden. Sie wurde aber am 6. September desselben Jahres wieder freigelassen und später ganz begnadigt, nachdem sie auf ihre Thronrechte Verzicht geleistet hatte. Ihr Versuch, durch jahrelang fortgeführte Unterhandlungen für die von ihr auf 915 Millionen Acker veranschlagten Thronländereien eine Entschädigung von 10 000 000 Dollar durchzusetzen, da sie angeblich eine jährliche Rente von 50 000 Dollar daraus bezogen hatte, schlug fehl. Sie mußte sich mit einer Abfindung von 400 000 Dollar begnügen, was der im Jahre 1837 (nach ihrer eigenen An-

gabe 1838) geborenen Dame ein auskömmliches Leben auf ihrer Residenz in Honolulu sicherte²⁾.

Die strategische Bedeutung von Hawaii läßt sich aus der beigelegten Kartenskizze ohne weiteres erkennen. Es hatte seine triftigen Gründe, daß bis in die neueste Zeit England und Japan, früher auch Rußland und Frankreich als die Nebenbuhler Amerikas um den Besitz der Inseln auftraten. Rußland machte einen eigenen Annexionsversuch, Frankreich wie England unternahmen deren sogar zwei, und es lag sicher nicht am Fehlen einer dahingehenden Absicht, daß er von Japan aus unterblieb, man sich in Tokio vielmehr auf die Abgabe eines zwecklosen Protestes gegen die vollzogene Annexion beschränkte. Die aufstrebende ostasiatische Macht hat sich insofern einen gewissen mitbestimmenden Anteil am Schicksal des Archipels gesichert, als die Mehrzahl der Bewohner ostasiatischen Ursprungs und diese für Amerika höchst unerwünschte Tatsache in absehbarer Zeit nicht zu ändern ist, ja durch das immer schnellere Verschwinden der Kanaken von der Bildfläche an fataler Bedeutung gewinnt.

Schon vor 65 Jahren hatte einer der weitblickendsten Staatsmänner der Neuzeit, Lord Palmerston, die Bedeutung des Stillen Ozeans für die Weltpolitik erkannt und den Satz aufgestellt: „Wer den Stillen Ozean beherrscht, beherrscht die Welt“. Die Amerikaner waren aber schon früher in Hawaii, ehe sie ihre Oberhoheit über Kalifornien und Oregon durchgesetzt hatten. Webster hatte schon 1842 den europäischen Mächten das „hands off“ zugerufen und Seward 25 Jahre später die pazifische Annexionspolitik praktisch betätigt, indem er Alaska kaufte und den Erwerb Hawaiis wärmstens empfahl. Er sagte einmal: „Das Stille Meer, seine Küsten, seine Inseln und das ungeheure Gebiet jenseits von ihm werden künftig den Hauptschauplatz der Weltereignisse abgeben“, und suchte demgemäß die amerikanische Politik dahin zu beeinflussen, daß die Vereinigten Staaten eine starke pazifische Macht bildeten. Ihm hatte der Bericht sehr eingeleuchtet, den schon im Jahre 1851 der amerikanische Admiral Dupont nach Washington erstattet hatte, in dem sich folgende Sätze finden:

„Es ist unmöglich, den Wert und die Bedeutung der Sandwichsinseln weder in kommerzieller noch in strategischer Hinsicht zu hoch einzuschätzen. Sollten die Umstände sie jemals in unsere Hände bringen, so würden sie sich als der wertvollste Besitz erweisen, den wir im ganzen Stillen Ozean überhaupt zu erwerben vermöchten — ein Erwerb, der auf das innigste mit unserer kommerziellen und maritimen Vorherrschaft in diesen Gewässern verknüpft sein würde.“

Der bekannte amerikanische Marineschriftsteller Admiral Mahon sagte ein Menschenalter später ungefähr folgendes: „Der Besitz von Hawaii stärkt die Vereinigten Staaten, während die Festsetzung von Japan dort für sie die größte Gefahr bedeuten würde. Keine feindliche Macht kann unsere pazifische Küste angreifen, bevor Hawaii von ihr erobert ist. Pearl Harbour ist deshalb als Kriegs- wie als Kohlenhafen für uns ganz unentbehrlich, zumal das Kohlenfassen auf dem Meere fast unmöglich ist.“

Wenn man die ungeheuren Entfernungen zwischen den ostasiatischen und den nordamerikanischen Küsten des Stillen Ozeans in Betracht zieht, so versteht es sich von selbst,

²⁾ Ich bemerke, daß in dem Buche „Hawaii's Story by Hawaii's Queen Liliuokalani“, das in Boston 1899 erschien, manches anders wie oben dargestellt ist. Natürlich leugnet die Verfasserin jede Teilnahme an einem Komplott gegen die Republik und verteidigt alle Regierungshandlungen, die man ihr so stark verübelt hatte, wie die Einführung einer Lotterie sowie von Lizenzen für den Opiumhandel. Das Buch verhandelt ich der interessanten Dame selbst, die mich etwa im Jahre 1903, umgeben von einem etwas operettenhaft anmutenden Hofstaate, einmal in Washington in Audienz empfing. Der höchste Stolz „Ihrer Majestät“ war, daß sie beim Jubiläum der Königin Victoria von England im Jahre 1887 der Tischnachbar des Prinzen Wilhelm, des jetzigen deutschen Kaisers, gewesen war.

daß nach keiner Richtung eine Offensiv ohne den Stützpunkt Hawaii denkbar ist. Es gibt kaum Kriegsschiffe, die ohne Kohlen zu fassen, von einer zur anderen Seite fahren könnten. Dadurch aber, daß die Vereinigten Staaten bedeutenden Interessen in den Philippinen und noch gewichtiger in Panama zu behaupten haben, ist der Besitz einer maritimen Basis im Schnittpunkt der Hauptverbindungslinien „Manila — San Francisco“ und „Manila — Panama“ für sie von unermäßigem Werte. Großbritannien ist dagegen auf das verhängnisvollste in seiner ganzen künftigen Weltmachtstellung durch Amerika bedroht, da ihm die freie Verbindung zwischen Australien und Kanada durch Annexion Hawaiis genommen und durch die Befestigung des Panamakanals sogar der Zugang zum Stillen Meere erschwert wurde.

Aber auch die wirtschaftliche Bedeutung Hawaiis ist keine geringe, wie schon folgende Statistik des Handelsverkehrs zwischen Honolulu und den Vereinigten Staaten ergibt. Es betragen:

	amerikanischer Export nach Honolulu	die Einfuhr von Honolulu nach den Vereinigten Staaten
1896	3 985 707 Dollar	11 757 704 Dollar
1901	?	27 903 058 „
1906	12 035 675 „	28 882 199 „
1911	21 925 177 „	41 207 651 „

Der Gesamthandel mit dem Territorium Hawaii ist von 15 743 411 Dollar im Jahre 1896 auf 63 132 828 im Jahre 1911 gestiegen, hat sich also innerhalb dieser 15 Jahre mehr als vervierfacht. Der Hauptausfuhrartikel von Hawaii ist der Zucker, der annähernd neun Zehntel des Exports betragen soll. Das Zuckergeschäft ist fast ganz in den Händen von fünf großen Firmen (den sogenannten „Big Five“), von denen drei amerikanisch und je eine britisch oder deutsch ist. Letztere ist das Handelshaus H. Sackfeld u. Co., an deren Spitze Herr Wm. Photenhauer, der deutsche Konsul, dessen Tod erst heuer erfolgte, gestanden hat. Der Zucker gelangt zollfrei auf das Festlandgebiet der Vereinigten Staaten.

Unter den übrigen Ausfuhrartikeln spielt die Ananas eine große Rolle, da deren Ernte schon im Jahre 1907 auf einer Anbaufläche von 3000 Acker (zu 40.5 Ar) einen Wert von über 500 000 Dollar ergab. Nach „The Philippine Agricultural Review“ wurde aber erwartet, daß sich die Kultur dieser Frucht auf mindestens 10 000 Acker bis zum Jahre 1913 ausdehnen würde, weil der Ertrag der Ananaskultur auf Hawaii besonders glänzend ist. Der Acker kostet 75 bis 500 Dollar beim Kauf, 5 bis 20 Dollar im Jahr bei der Pacht und bringt zwei Ernten, die erste in den Monaten Juni bis September, die zweite in den Monaten November bis Februar. Die Kosten für Gewinnung einer Tonne Ananas betragen 10 bis 15 Dollar, während die 10 bis 12 Konservenfabriken auf den Inseln 20 bis 27 Dollar dafür bezahlen. Besonders mißbringend ist aber der Versand der frischen Früchte nach San Francisco und New York, da dieser nicht weniger wie 200 bis 240 Dollar für die Tonne eintragen soll.

Andere wichtige Ausfuhrartikel geben Bananen, Reis, Kaffee (sogenannter Konakaffee), Tabak, Hanf (Ramie- oder Pflanzenseide), Holz und Wein ab.

Nur etwa die Hälfte der ganzen Bodenfläche, aber natürlich der bei weitem ergiebige Teil, befindet sich im Privatbesitz, nämlich rund 1 850 000 Acker. Von diesen hatten

Weißer Besitz . .	1 060 000 Acker
Mischlinge . . .	530 000 „
Kanaken	257 000 „
Andere	12 200 „

Trotz der bedeutenden Zahl der Ostasiaten sind also Weiße und Mischlinge, die nur etwa ein Viertel der Gesamtzahl ausmachen, die eigentlichen Besitzer der Inseln. Sie werden voraussichtlich auch die Erbschaft des Landes antreten, das jetzt noch die Eingeborenen eignen, sobald diese ganz ausgestorben sein werden. Diese Monopolisierung des Grundbesitzes durch überwiegend weiße Besitzer auf der einen und eine in der Rassenfrage streng geskulte Regierung auf der anderen Seite bilden das Gegengewicht gegen die „gelbe Gefahr“ der Arbeiterbevölkerung.

Sehr lästig wird vielfach bei dem steigenden Verkehr zwischen Honolulu und den amerikanischen Häfen der *Coastwise Shipping Act* empfunden, die er bei 200 Doll. Strafe jedem amerikanischen Bürger verbietet, bei Reisen von Honolulu nach Amerika und umgekehrt andere als amerikanische Schiffe zu benutzen. Am meisten wird dadurch die große japanische Reederei *Nippon Yusen Kaisha* betroffen, die von der Verkehrsvermittlung zwischen Honolulu und Seattle ausgeschaltet und gezwungen ist, ihre (monatlich zweimal fahrenden) Dampfer von *Viktoria* direkt nach *Yokohama* laufen zu lassen. Aber gerade, da die Maßregel sich hauptsächlich gegen Japan richtet, dürfte wohl die Abgitation dagegen, die auf dem amerikanischen Kongress beschlossen wurde, geringe Aussichten auf Erfolg haben.

Es verdient vielleicht noch Erwähnung, daß man in Honolulu mit Bestimmtheit darauf rechnet, durch die Eröffnung des Panamakanals aus der bisherigen Weltabgeschlossenheit gründlich herauszukommen. Das „pazifische Paradies“ mit seinen romantischen Bergen und Palmenhainen mag das Ziel vieler Touristen werden, aber auch der Zufluchtsort von Brustkranken, die hier keinen unerwarteten Temperaturwechsel zu befürchten haben. In Honolulu hat man daher neuerdings den bisher schon vorhandenen guten Hotels einen Prachtbau am Meeresstrande zugefügt, der ein ganz eigenartiges Anziehungsmittel aufweist. Er besitzt nämlich ein unterirdisches, stilvoll ausgestattetes Gewölbe, dessen Fußboden nur aus Glasplatten besteht. Die Hotelgäste sind dadurch in die Lage versetzt, ein ungewohntes Schauspiel: das Leben auf dem Meeresgrunde auf bequemen Schaukelstühlen sitzend zu beobachten. Kein Aquarium der Welt vermag ähnliches zu bieten.

IV. Die Philippinen.

Den Amerikanern erging es im Jahre 1898 ähnlich wie Saul, dem Sohne Ris', der ausging, seines Vaters Gefinnen zu suchen und ein Königreich fand. Der Krieg gegen Spanien sollte nur der Befreiung Kubas dienen und brachte der Union neben anderem namhaften Gebietszuwachs die Philippinen, die nicht unbeträchtlich größer sind als das Königreich Italien, wenn sie auch nur etwa den vierten Teil von dessen Einwohnerzahl besitzen. Bei der Kriegserklärung dürfte auch schwerlich jemand daran gedacht haben, daß eine amerikanische Ausdehnung bis an das südchinesische Meer als dessen Folge in Frage kommen könnte. Wie man weiß, brachte die Seeschlacht von Manila das Verbleiben der Amerikaner auf dem so außerordentlich weit vom Vereinigten-Staaten-Gebiete belegenen Archipel mit sich. Aber der ursprüngliche Zweck dieses Kampfes war in der Kabeldepesche des Marinesekretärs *Long* vom 25. April 1898 an *Kommodore Dewey*:

„Die spanische Flotte aufzusuchen, sie wegzunehmen oder zu zerstören“ durchaus erschöpft, wie sich handgreiflich aus der großen Verlegenheit des amerikanischen Befehlshabers ergab, als es ihm am 1. Mai bereits gelungen war, dem Befehle seines Vorgesetzten vollinhaltlich nachzukommen.

Es war vom Tage seines Dienstantritts (Frühjahr 1897) an das Augenmerk *Theodore Roosevelts* als Hilfsstaatssekretär der Marine auf die besondere Kriegsbereitschaft des ostasiatischen Gechwaders gelegt worden. Ein Krieg mit Spanien war von dem Tage an, wo die Spanier den vom Präsidenten *McKintley* gewünschten

Verkauf der „Perle der Antillen“ an deren nichts weniger als neutrale Nachbarn abgelehnt hatten, fast unvermeidlich. Zum mindesten mußte man in Washington das Nötigste zur Abwehr eines immerhin möglichen spanischen Flottenangriffs vorbereiten. Letzteres konnte aber nicht nur von der Hauptmacht in Cadix, sondern auch von dem spanischen Geschwader in pazifischen Gewässern, über dessen Schwäche man zu wenig unterrichtet war, ausgehen. Dewey wurde daher schon bei seiner Entsendung nach Ostasien von den Aufgaben verständigt, die er möglicherweise in Manila zu erfüllen hätte, und ihm zur ersten Pflicht gemacht, durch eifrige Schießübungen die Leistungen seiner Schiffsgeschütze sicherzustellen.

Dewey verfügte über vier geschützte Kreuzer, von denen das Flaggschiff, die „Olympia“, 5900, die anderen von 3000 bis 4400 Tonnen Wasserverdrängung hatten, zwei Kanonenboote von 1700 bzw. 890 Tonnen, zwei Transportschiffe und ein Depeschboot. Dieses Geschwader war nicht nur in jeder Hinsicht kriegstüchtig, sondern hatte sich auch für den Angriff auf die spanische Flotte besonders vorbereitet. Dabei war letztere durchaus minderwertig. Die gesamte „Macht“ des Admirals Montejó bestand aus dem geschützten Kreuzer „Reina Christina“, dem Flaggschiff von 3500 Tonnen, drei kleineren Kreuzern und acht, höchstens zur Küstenschiffahrt geeigneten, hölzernen Kanonenbooten. Immerhin hatten diese ihren durch die Kanonen der Forts von Cavite und Manila, sowie durch die Batterien von der Insel Corregidor am Eingang der Manilabay geschützten Ankerplatz, der überdies durch Seeminen hätte verteidigt werden können. Da letztere aber, soweit sie überhaupt vorhanden waren, nicht funktionierten und die Positionsgeschütze ihr Ziel nicht trafen, so war die vollständige Niederlage der Spanier, bei der sie vierzehn Schiffe und ebenso viele hundert Mann einbüßten, die unausbleibliche Folge. Das Fort und der Hafen von Cavite wurden von den Amerikanern besetzt. In diesem Augenblick war die Philippinenfrage gegeben, die zwar durch Artikel 3 des Pariser Friedensvertrages vom 10. Dezember 1898 zwischen Spanien und Amerika geregelt wurde, aber anscheinend noch keine endgültige Lösung gefunden hat.

Eine eingehende Beschreibung der Inselgruppe, die zwischen dem 5. und 21. nördl. Breiten- und zwischen dem 117. und 126. östl. Längengrad belegen ist, läge natürlich außerhalb des Rahmens dieser Abhandlung. Die genaue Zahl der Inseln, die zur ganzen Gruppe gehören, wurde erst beim amerikanischen Zensus des Jahres 1903 (dem einzigen, der bisher stattgefunden hat) auf 3141 ermittelt, von denen aber nur bei 1668 ein Name festgestellt werden konnte, während 1473 — fast durchweg sehr kleine — überhaupt noch namenlos sind. Nur zwei Inseln, Luzon und Mindanao, haben einen größeren Umfang; sie nehmen zusammen etwa $\frac{3}{4}$ des auf rund 297 917 Quadratkilometer berechneten Flächenraums des Archipels ein. Neun weitere, zur Visayahgruppe gehörige Inseln, nämlich Samar, Negros, Panay, Paragua, Mindoro, Leyte, Cebu, Bohol und Masbate, haben jede eine Fläche von mehr als 2500 Quadratkilometer. Bei 1084 Inseln liegt das Areal zwischen 25 Hektar und 2500 Quadratkilometer, 2046 endlich nehmen eine kleinere Fläche als 25 Hektar ein. Da sich die Bevölkerung aber zum großen Teil von Fischfang ernährt, so haben auch die meisten namenlosen Inselchen einen gewissen wirtschaftlichen Wert.

Die kulturelle Bedeutung der einzelnen Inseln ist von ihrer Größe ungemein verschieden. Von der für 1903 auf 7 635 426 Köpfe festgestellten Gesamtbevölkerung beherbergt Luzon nebst den sechs Visahainseln Panay, Cebu, Negros, Leyte, Bohol und Samar die große Mehrheit von 6 518 655, während auf Mindanao (das beinahe neun Zehntel des Areals von Luzon hat) nebst allen übrigen 3134 Inseln nur 1 116 771 Einwohner entfallen. Dabei kommen auf Luzon und die genannten sechs Visahay von der Gesamtzahl der als unzivilisiert

bezeichneten Insulaner nur 260 344, während auf den übrigen Inseln den 729 375 Zivilisierten nicht weniger als 387 396 Unzivilisierte, also nahezu 35 v. H. gegenüberstehen. Man muß daher zwischen dem fast ganz zivilisierten Hauptgebiet mit etwa 54 v. H. des gesamten Areals und dem halbzivilisierten Rest von etwa 46 v. H. des gesamten Areals scharf unterscheiden, denn, soweit man überhaupt von einer *Filipino-nation* reden kann, deckt sie sich mit der Bevölkerung jener sieben Inseln. Auf Luzon liegt die einzige Stadt von Bedeutung, der Hafen Manila mit jetzt etwa $\frac{1}{4}$ Million Einwohnern.

Von Wichtigkeit ist es offenbar, wie sich die unzivilisierten Bewohner auf die einzelnen Inseln verteilen.

Luzon hat 3 798 507 Bewohner, davon Unzivilisierte 223 506

Penang hat 743 646 Bewohner, davon Unzivilisierte 14 933

Cebu hat 592 247 Bewohner, davon Unzivilisierte —

Negros hat 560 776 Bewohner, davon Unzivilisierte 21 217

Legte hat 357 641 Bewohner, davon Unzivilisierte —

Sool hat 243 148 Bewohner, davon Unzivilisierte --

Samoa hat 222 690 Bewohner, davon Unzivilisierte 688

Zusammen 6 518 655 Bewohner, davon Unzivilisierte 260 344

Demgegenüber steht *Mindanao* mit 499 634 Bewohnern, von denen nicht weniger als 252 940 Unzivilisierte sind, so daß auf der zweitgrößten und besonders fruchtbaren Insel die wilde oder halb wilde Bevölkerung überwiegt.

Die Inseln sind vulkanischen Ursprungs und haben noch etliche tätige Vulkane, wie den von Taal und den von Alah, den sogenannten Mayon, beide auf Luzon, aufzuweisen, auch entsprechend dieser Bodenbeschaffenheit unter Erdbeben zu leiden. Bei weitem der größte Teil des Areals ist von Wald bedeckt, der sich im Flachlande meist aus Palmen zusammensetzt, während in den höheren Regionen Farnen und Pinien überwiegen. Mindanao und die südlichen Inseln haben eine ähnliche Flora und Fauna wie das benachbarte Borneo, nur die Affen sind mit weniger Gattungen vertreten. Es gibt mehrere Hirsch- und wilde Rinderarten, die sich beim Fehlen fast aller Raubtiere stark vermehren. Letzteres gilt auch von der menschlichen Bevölkerung, deren Wachstum aber durch die gewaltige Kindersterblichkeit aufgehalten wird. Riesige Landstrecken sind noch auf den meisten Inseln gänzlich unbewohnt; die Volksdichtung betrug im Jahre 1899 nur 37 auf den Quadratkilometer auf den Visayas, 35 auf Luzon und auf Mindanao nicht mehr als drei. Die Gesamtbevölkerung könnte auf Luzon oder Mindanao leicht ihr Unterkommen finden, während bei dem unerschöpflichen Bodenreichtum und den unermesslichen Hilfsquellen des Archipels vielleicht die zehnfache Anzahl wie jetzt sich ernähren könnte. Das Klima ist trotz der Tropenlage und der großen Feuchtigkeit in den niederen Regionen im allgemeinen nicht ungesund, in den Bergen, die bis zu 3000 Metern und darüber aufsteigen (der Vulkan Apo wird auf 3200 Meter geschätzt) sogar sehr angenehm. Lästig sind freilich die Taifune beim Monsumwechsel, die regelmäßig großen Schaden anrichten.

In den letzten 200 Jahren hat sich die Bevölkerung etwa verzehnfacht. Sie wurde geschätzt im Jahre 1735 auf 837 182 Köpfe, im Jahre 1800 auf 1 561 251 Köpfe, im Jahre 1845 auf 3 488 258 Köpfe, gezählt im Jahre 1903 mit 7 635 426 Köpfen und mag jetzt nicht viel weniger als $8\frac{1}{2}$ Millionen zählen. Einen außerordentlich lehrreichen Anschauungsunterricht von der kulturell und ethnographisch so außerordentlich verschiedenen Einwohnerschaft gewährte im Jahre 1904 die *Weltausstellung von St. Louis*, wo die wichtigsten Stämme mit ihren Waffen und Geräten vertreten waren. Wer dieses Völkermischmaß damals gesehen und dessen Verbreitung auf 1000 Inseln auf der dort ausgestellten plastischen Reliefkarte näher betrachtet hat, wird sich niemals entschließen können, an eine einheitliche „Filipino-nation“ zu glauben.

Selbst die zivilisierten Stämme weisen — ganz abgesehen von der jedem eigentümlichen Sprache — auffällige Verschiedenheiten auf, obgleich diese „Indier“ sämtlich in der Hauptsache als Malaien anzusprechen sind.

Die jetzt auf noch 23511 Köpfe zusammengeschrumpften heidnischen Ureinwohner heißen *Negritos* und fallen durch ihre dunkle Hautfarbe, ihr wolliges Haar und ihre kleine Statur auf. Die Männer erreichen gewöhnlich nur 4 Fuß 7 Zoll, die Frauen 4 Fuß 4 Zoll. Sie gehören der Papuarasse an und sind im Innern Luzons noch am stärksten vertreten. Zumeist sind sie Nomaden, die sich hauptsächlich von der Jagd ernähren. Die zu ihnen gehörigen *Mananass* auf Mindanao sind von Jesuitenmissionaren zum Christentum bekehrt und an regelmäßige Feldarbeit gewöhnt worden. Die amerikanische Regierung läßt es nicht an Anstrengungen fehlen, die absterbende Rasse, die sich zum Teil übrigens auch mit den später nach den Inseln gelangten Malaien vermischt hat, zu erhalten, obgleich die Aussichten dazu offenbar gering sind.

Weit besser gestaltet sich dagegen die Vorhersage für die 277547 Köpfe zählenden *Moros*, das sind die sich zum Mohammedanismus bekennenden Inselaner, die man zu spanischen Zeiten als „Mauren“ im Gegensatz zu den zum Christentum übergetretenen „Indiern“ bezeichnete. Es scheint, daß die dazu zählenden Stämme auf Mindanao, Palauan und dem Suluarchipel dereinst von den Sundainseln, namentlich von Borneo und Java hinüberkamen. Durch jahrhundertlang betriebenen Sklaven- und Seeraub haben sie sich so stark gemischt, daß ihre ursprüngliche malayische Abstammung nicht mehr leicht zu erkennen ist. Ein besonders charakteristisches Merkmal dieses Stammes ist ihre Feudalverfassung, die in Sultanaten gipfelt — die Mächtigsten davon sind die von Sulu und von Mindanao. Als einheimische Fürsten kommen sogenannte *Dattos* in Betracht, die wiederum Vasallen und Hörige unter sich haben. Jeder „Datto“ residiert in einem mit steinernen Mauern sowie Palisaden besetzten „Kotta“, die von kleinen Kanonen, den von ihnen selbst angefertigten Kantakas, wohl verteidigt sind. Sonst ist ihre Hauptwaffe ein scharfer Kris, den sie sehr gewandt zu handhaben wissen. Um sie für die jetzigen Zustände zu gewinnen, hat die amerikanische Regierung ein sehr geschicktes Mittel angewandt. Anstatt die zu spanischer Zeit betriebenen nutzlosen Befehrsversuche fortzusetzen, die nur zu einer besonders starken Verbitterung gegen die Spanier führten, hat man ihnen besonderen Glaubensschutz zugesagt und ihnen durch Vereinbarungen mit dem „*Nordd. Lloyd*“ sogar regelmäßige Pilgerfahrten nach Mekka ermöglicht. Damit nicht genug, hat man mit dem türkischen Sultan Verbindungen angeknüpft, damit dieser seinen Einfluß als Oberhaupt des Islam im amerikafreundlichen Sinne ausüben möge. Kürzlich wurde der frühere Gouverneur *Finley* nach Konstantinopel geschickt, um dem Sultan eine Bittschrift der *Moros* um Entsendung eines ständigen Vertreters des Kalifats nach den Philippinen zu überreichen. Wie berichtet wurde, soll der *Scheich Esad Mehmed*, Professor am theologischen Seminar in Konstantinopel, als Abgesandter des Sultans nach Mindanao gehen, um dort die *Moros* in den Lehren des Koran zu unterweisen und sie über ihre Pflichten gegen die amerikanische Obrigkeit aufzuklären. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß auf diese Weise die kriegerischen *Moros* eine starke Stütze der amerikanischen Regierung abgeben werden.

Letzteres läßt sich auch von den 211520 Köpfe zählenden heidnischen *Igorroten* erwarten, die meist im Innern Luzons haufen und sich durch ihren schönen Körperbau und eine prächtige braune Hautfarbe auszeichnen. Sie wohnen in äußerst primitiven Hütten und tragen eine entsprechend mangelhafte Bekleidung. Als Waffen benutzen sie hauptsächlich Streitart und Schild, die von ihnen zur Jagd, aber leider auch zum Kriege und zur Betätigung der Blutrache recht häufig benutzt werden. Ihren Feinden schneiden sie die Köpfe ab, die sie als kostbarste Beute bewahren. Abgesehen von diesen unangenehmen Eigenschaften werden sie aber als friedfertig, wahrheitsliebend und

ehrlich gerühmt, so daß sie eine Verherrlichung im Seumeschen Stil wohl verdienen mögen. Als besondere Eigentümlichkeit mag noch der von ihnen betriebene Ahnenkultus erwähnt werden, bei dem sie feierliche Libationen abhalten, ohne aber sich zur Unmäßigkeit verleiten zu lassen. Bei der Weltausstellung in St. Louis erregte der Igorrotentanz ein geradezu sensationelles Interesse.

Auf die übrigen wilden Stämme einzugehen, würde hier zu weit führen. Da Moros und Igorroten ohnehin über $\frac{1}{2}$ der auf 647 740 angegebenen Gesamtzahl der unzivilisierten Bewohner ausmachen, so ist ja durch das Gesagte der Kulturzustand dieses interessantesten Zehntels der Volkszahl genügend angedeutet. Wenn der Zensusbericht übrigens die übrigen neun Zehntel als zivilisiert anspricht, so ist das zum mindesten mit einem Körnchen Salz zu verstehen. Zwischen den nach europäischer Sitte lebenden Bewohnern von Manila und beispielsweise den ganz oder halb nackten Igorroten gibt es außerordentlich viele Zwischenstufen, und wenn man die Schilderungen der äußerst ursprünglichen Zustände auf den meisten Inseln liest, sollte man meinen, daß die Bewohner noch nicht allzuweit von der Barbarei sich entfernt haben dürften. Der beste Kenner der Inseln und wohlvollendste Beurteiler der Philippinen, der verstorbene Professor Blumentritt, sagt von ihnen, daß sie ein Schmelz verschiedenartiger Stämme bilden, die sich untereinander an Kopfszahl und Kulturstufe bedeutend unterscheiden. Er führt das auf den Umstand zurück, daß die Ahnen der verschiedenen Stämme nicht gleichzeitig in den Archipel kamen, sondern die malayische Völkerwanderung aller Wahrscheinlichkeit nach einige Jahrhunderte dauerte.

Von den christlichen Stämmen des Landes möchte ich nur anführen: Bisayas, Tagalen, Ilokanen, Zambalen, Panjanganas, Panpasinanen, Kargahanen, Bifel und Batanen. Den bei weitem zahlreichsten Stamm, bei dem aber nur $\frac{1}{4}$ etwa Schulbildung besitzt, bilden die 3 219 030 starken Bisayas im Süden Luzons und auf der nach ihnen benannten Inselgruppe. Den zweitstärksten und intelligentesten Stamm geben die rund $1\frac{1}{2}$ Millionen starken Tagalen ab, die hauptsächlich auf Luzon ansässig sind. Letztere besaßen schon zur Zeit der spanischen Eroberung eine gewisse einheimische Kultur und nahmen von den massenhaft ankommenden Mönchen (Dominikanern, Augustinern, Franziskanern und Jesuiten) zuerst von allen die katholische Religion an. Sie sind klein, haben meist große dunkle Augen, eine breite Nase und spärlichen Bartwuchs. Am meisten ähneln sie den ihnen wohl stammverwandten Japanern, mit denen sie auch bei Auslandsreisen häufig verwechselt werden. Der frühere Präsident Taft, der lange unter ihnen weilte, sagte von ihnen aus, daß sie auf einer weit höheren Entwicklungsstufe als die mohammedanischen und buddhistischen Völker des Orients stehen und weit mehr als diese der europäischen Kultur zugetan sind. Das bestätigt namentlich auch Blumentritt, der darauf hinwies, daß unter Serben und Bulgaren weit weniger Männer europäische Tracht angelegt haben wie bei den Tagalen, von denen freilich auch noch fast die volle Hälfte Analphabeten sind. Indenfalls begreift man, daß die Tagalen seit fast einem Jahrhundert schon die Träger der Unabhängigkeitsbewegung bei den Filipinos sind und ihrer Volksgruppe eine ihre Stammeszahl weit überragende Bedeutung geschaffen haben.

Es ist natürlich unmöglich, die zahlreichen Stämme der „Indier“ auch nur flüchtig hier zu schildern. Zu erwähnen wäre aber, daß sie den Mißstand, daß bis zum Jahre 1898 noch nicht mehr wie eine halbe Million der Insulaner spanisch verstand, sehr lebhaft aufgriffen, um auf Einführung eines allgemeinen Volksunterrichts in der Landessprache zu dringen. Denn sie begriffen, daß ohne einheitliche Verkehrssprache jeder Fortschritt des ohnehin räumlich so weit voneinander entfernten Gebiets ausgeschlossen sei, keine der zu vielen einheimischen Sprachen sich aber zur Nationalsprache eignete. Die große Zahl der Mestizen mit spanischen Vätern mag das ihrige dazu beigetragen haben, den Wunsch nach Kenntnis der spanischen Sprache, den die Mönche

aus politischen Gründen, dem Leitmotiv: Teile und herrsche, nicht förderten, bei den Eingeborenen zu verstärken. Während in Mittel- und namentlich in Südamerika die Spanier sich wenigstens teilweise von einer Vermischung mit der Urbevölkerung fernhielten und dadurch aristokratische Kreolenmassen ins Leben riefen, fehlt diese auf den Philippinen fast ganz. Vielleicht ist daran weniger die verhältnismäßig kleine Zahl von Spaniern auf dem Archipel, als die von einem spanischen Gewährsmann, dem Herzog von Almodovar, aufgestellte Behauptung, daß die Mehrzahl der Spanier, die nach diesen entfernten Gegenden auswanderte, zum Auswurf der Nation gehörte, verantwortlich zu machen. Das bessere Element mag die leichter erreichbaren Kolonien bevorzugt haben.

Weisse Bewohner sind auch jetzt noch nicht sehr zahlreich. Von rund 50 000 Fremden, die beim Zensus ermittelt wurden, waren drei Viertel Chinesen. Die Amerikaner zählten — abgesehen von den nicht in die Volkszählung einbegriffenen Truppen — nur 8135, die Deutschen 150, fast ausschließlich Angehörige der in Manila vorhandenen 23 deutschen Handelshäuser. Da sich aber zurzeit in der Hauptstadt allein über 5000 Amerikaner befinden sollen, scheint der Zufluß aus den Vereinigten Staaten in den letzten zehn Jahren die Abwanderung stark übertroffen zu haben. Die Spanier haben sich nach dem Verlust ihrer Herrschaft zumeist von Manila entfernt.

Die Chinesen spielten früher nicht nur in Manila, sondern auch in den vielen kleineren Städten des Archipels (auf Luzon: Bauan mit 39 000 Einwohnern, Zipa mit 38 000, Zabah mit 35 000, Zatangas mit 33 000, San Carlos mit 27 000 und Zabaco mit 22 000 Einwohnern; auf Samao: Calbahog mit 16 000 Einwohnern; auf Panah: Huninai und Miahao mit je 21 000, Zboilo mit 20 000 Einwohnern; auf Cebu: Argao mit 35 000, Cebu, Koro und Carili mit je 31 000 und Silonge mit 26 000 Einwohnern; auf Zayte: Zaybah mit 23 000 und Ormoi mit 16 000 Einwohnern usw.) eine ziemlich große Rolle. Meist betätigten sie sich als Krämer, Agenten, Ärzte und Advokaten. Viele brachten es zu großem Reichtum, wie Zuasou, der Begründer des größten Bankgeschäfts in Manila. Ihre Zahl wurde aber seit der amerikanischen Herrschaft durch die Chinesen-Ausschlußakte auf den Aussterbeetat gesetzt und ist von etwa 100 000 auf ein Drittel dieser Zahl zurückgegangen. Nicht eingerechnet sind aber die wegen ihrer Intelligenz und Tatkraft gerühmten Mestizen der Sangley, die Nachkommen von Chinesen und Malahinnen. Nicht allzu selten sind Mischlinge, in deren Adern dreierlei Blut: kaukasisches, mongolisches und malaisches fließt.

Die Japaner sind nicht sehr zahlreich. Aus naheliegenden Gründen sucht man sie sich tunlichst vom Halbe zu halten, obgleich der Arbeitermangel eher zu einer anderen Politik raten sollte. Allein durch den japanischen Erwerb von Formosa, dessen Berge man vom nördlichen Luzon aus mit bloßem Auge wahrnehmen kann, ist die „gelbe Gefahr“ so nahegerückt, daß die Amerikaner alles aufbieten, um ähnliche Ansammlungen dieser strebsamen Ostasiaten wie auf Hawaii tunlichst zu verhüten!

Geschichtliches.

Die Geschichte der Inseln führt bis zu ihrer Entdeckung durch Fernando Magallanos im Jahre 1521 zurück. Eine kleine Insel erhielt damals den Namen Philippina beigelegt, nach der später das ganze Archipel benannt wurde. Der spanische Eroberungskrieg gegen die damals zumeist sehr kriegerischen Malaien währte sieben Jahre, bis die Festsetzung auf Luzon, Mindanao und den wichtigsten Visajainseln im Jahre 1565 endlich gelang, und erst reichlich 300 Jahre später (1876) gelang es, die Souveränität auch über die Moros auszu dehnen. Um so leichter war der Kampf auf Luzon und den Visajas, wo die verschiedenen Clans sich stets untereinander befehdet hatten und die Spanier als willkommenen Helfer gegen ihre feindlichen Nachbarn

betrachteten. Die unteren Volksschichten erblickten aber in den mächtigen fremden Eroberern die endliche Rettung vor den ewigen Fehden ihrer Duodezfürsten und vor den Raubzügen der südlichen Korsaren.

Die spanische Herrschaft hat sich in den 333 Jahren ihres Bestehens durch rücksichtslose Ausbeutung auf der einen und vollkommene Gleichgültigkeit gegen die Lebensinteressen der Eingeborenen auf der anderen Seite sehr unrühmlich ausgezeichnet. Nur um das Seelenwohl der „Indier“ zeigten sie sich bemüht, indem sie ganze Scharen von Mönchen zur Bekehrung der Eingeborenen ins Land riefen. Das gelang denn auch mit dem Erfolg, daß der fremde Klerus die Reichtümer des Landes in der toten Hand ansammelte, die Filipinos aber in Armut und Unwissenheit verharreten. Wenn die Tagalen trotzdem eine bemerkenswerte Kulturstufe zu erlangen wußten, so ist das offenbar eine deutliche Bestätigung der oben über ihre Intelligenz mitgeteilten Urteile.

Unter Philipp II. mußten die spanischen Gouverneure, unter denen es begabte Heerführer, wie Morga, Dasmarinas, Tabora und Korkura, gab, öfters holländische Angriffe zurückweisen, sie unternahmen aber gelegentlich auch selbst Vorstöße nach Formosa und Hinterindien. Manila, das 1571 zur Hauptstadt erklärt worden war, nahm als Zwischenstation des spanischen und chinesischen Handels einen schnellen Aufschwung. In der „Perle des Orients“ wurden beispielsweise die noch heute beliebten „Mantones de Manila“, das sind gestickte Seidenmantillen, und sonstige Luxusartikel auf den Markt gebracht. Allein die ungesunde Monopolwirtschaft und Reglementierungswut der Regierung ließen keinen Wohlstand bei dem in völliger Unwissenheit gehaltenen Volke aufkommen. Die dadurch hervorgerufene Unzufriedenheit wurde durch die beständigen Kämpfe, die die verschiedenen Mönchsorden unter sich wie mit dem einheimischen Klerus führten, ganz besonders aber durch die schamlosen Erpressungen der Beamten allmählich bis zum Aufruhr gesteigert. Schon im Jahre 1719 kam es in Manila zu blutigen Straßenkämpfen, bei denen der Gouverneur und sein Sohn ermordet wurden. Es ist allerdings nicht ganz sicher, ob an diesem Staatsverbrechen die Filipinos oder die Mönche die Hauptschuld trugen. So viel steht jedenfalls fest, daß letztere bereits im Jahre 1668 einmal einen ihnen unbequemen Gouverneur im Namen der heiligen Inquisition beseitigt hatten, indem sie ihn verhafteten und nach Spanien brachten.

Im Oktober 1762 erschien plötzlich vor Manila eine aus dreizehn Schiffen bestehende englische Flotte und erzwang die Uebergabe der Stadt. Das rief zum erstenmal die Tagalen als Retter ihres Vaterlandes auf den Plan. Der Richter Anda organisierte zumeist aus Tagalen einen Landsturm, mit dem er die Engländer, obgleich sie über 6000 Mann regulärer Soldaten verfügten, bedenklich in die Enge trieb. Die Uebergabe der Stadt an die „Indier“ wäre unvermeidlich gewesen, wenn nicht rechtzeitig der Friedensschluß zwischen Spanien und England, der die Philippinen bei Spanien beließ, bekannt geworden wäre. Dieses Ereignis mag nicht wenig dazu beigetragen haben, das Selbstbewußtsein der Tagalen und damit ihre Neigung zu einer Unabhängigkeitspolitik zu erwecken.

Bis zum Jahre 1789 war nur spanischen Schiffen der Handelsverkehr im Hafen von Manila gestattet gewesen, die Zulassung fremder Rauffahrer, die in diesem Jahre gestattet wurde, trug wesentlich dazu, den Handel und damit die Blüte der schon damals ziemlich volkreichen Stadt zu fördern. 1809 erfolgte daselbst die erste Niederlassung einer englischen Handelsfirma. Daraus entwickelte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts eine starke Fremdenkolonie, deren Anwachsen auch durch die Fremdenmassakers des Jahres 1819 — wo der Ausbruch der Cholera zu einer blutigen Erhebung gegen die vermeintlichen fremden Brunnenvergifter führte — keine dauernde Schädigung erlitt. Die Eröffnung des Suezkanals bedeutete aber einen völligen

Wendepunkt im Schicksal der bis dahin so weltabgelegenen Inseln. Der Verkehr in Manila nahm einen ungeahnten Aufschwung, und mit den vielen fremden Ankömmlingen hielten auch neue Ideen und europäische Anregungen der verschiedensten Art ihren Einzug. Die Folge war, daß die Tagalen jetzt als ein völlig zielbewußter Faktor in die Geschichte ihres Landes einzutreten begannen.

Etwa Anfangs der siebziger Jahre bildete sich die Partei der „Assimilisten“, die eine Uebertragung der den Spaniern verfassungsmäßig zustehenden Rechte auf die Filipinos, insbesondere deren künftige ständige Vertretung in den Cortez verlangte. Ihre Führer waren bis auf den Kreolen de Vate y Kornell lauter Tagalen, unter denen Dr. José Rigal von Luzon bei weitem der bedeutendste war. Er hatte auf verschiedenen europäischen Universitäten, u. a. auch in Berlin und Heidelberg, umfassende Studien gemacht und sich dann als Arzt und Schriftsteller in seiner Heimat hervorgetan. Er war auch der eigentliche Leiter der Zeitschrift „La Solidaridad“, welche die Assimilisten in Madrid herausgaben, um dort für die Gleichstellung der Kolonie mit dem Mutterlande die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die Assimilisten begingen aber den Fehler, von vornherein eine allzu schroffe Stellung gegen den Ordensklerus einzunehmen. Das Programm „Fort mit den Mönchen“ mußte diese zu verzweifelten Gegenmaßnahmen treiben, zumal die tote Hand über den wertvollsten Grundbesitz des ganzen Archipels verfügte und der Klerus sich natürlich an diesen Besitz festklammerte. Die Mönche gründeten, ebenfalls in Madrid, ein eigenes Organ, „La Política de España en Filipinas“, das die Aufgabe hatte, die Filipinos in ein möglichst ungünstiges Licht zu setzen. „La Solidaridad“ wurde auf den Index gesetzt und ihr der Vertrieb auf den Inseln verboten. Das Blatt ging denn auch bald ein, da die Herausgeber die großen finanziellen Opfer, die das Unternehmen erforderte, auf die Dauer nicht zu leisten imstande waren.

Schon im Jahre 1824 war bei einer Meuterei der Offiziere Novales und Ruiz, die von dem Abfall der spanischen Kolonien in Mittel- und Südamerika nähere Kunde hatten, zum ersten Male eine „Filibusteros“, d. h. „Los-von-Spanien“-Bewegung auf Luzon zutage getreten. In der Folge wiederholten sich die Ausbrüche tiefgehender Unzufriedenheit, von denen aber die Erhebung der ganz aus Filipinos bestehenden Garzison von Cavita im Jahre 1872 die einzig neuemswürdige war, aber gleich all den vorhergegangenen Aufständen an ihrer völligen Planlosigkeit sofort gescheitert war. Nach dem Mißerfolg der „Assimilisten“, die strengstens auf gesetzlichem Boden sich bewegt hatten, bildete sich in aller Stille der gefährliche Geheimbund „Katigulam“, das ist „die hohe Vereinigung der Edlen des Volkes“ zum Zwecke der Erringung der Unabhängigkeit von Spanien. Als Vorbild dieser Verschwörung hat offenbar der berühmte Karbonaribund gedient, der bekanntlich schon jahrzehntelang vor den Ereignissen von 1859 auf die nationale Einheit und Unabhängigkeit Italiens hinarbeitete. Die Organisation des Katigulam war bis in alle Einzelheiten die der Karbonari. Die einzelnen Verschwörer kannten immer nur die zu ihrer Gruppe Gehörigen und nur das Oberhaupt jeder Gruppe hatte Fühlung mit den eigentlichen Obergführern. Ganz eingeweiht in alle Geheimnisse des Bundes, deren Zugehörige sich nach Freimaurerart untereinander zu erkennen gaben, waren nur sehr wenige Personen. Jeder Eintretende hatte einen feierlichen Eid zu leisten, daß er sein Leben lang dem Bunde treu bleiben und ihn niemals verraten wolle. In der Tat wurde das Geheimnis so gut gewahrt, daß erst nach sehr langem Verstande des Bundes die Kenntnis von seinem Dasein an die Öffentlichkeit gelangte.

Die Entdeckung geschah dadurch, daß ein Mitverschworener, entgegen seinem Eidschwur, seine Frau in das Geheimnis eingeweiht hatte. Diese war eine leichtlebige Person, die mit ihrem Reichtvater, einem Augustinermönch, ein intimes Ver-

hältnis unterhielt. Als der Gemann dahinter kam, drohte er, daß er nach Ausbruch der Revolution an dem Zerstörer seines Eheglücks blutige Rache nehmen werde. Die Frau verfehlte nicht, ihrem Beichtvater alles mitzuteilen, was sie selbst wußte. Letzterer ließ sich darauf vom Beichtgeheimnis entbinden und brachte die Sache zur Anzeige. Darauf erfolgte am 19. August 1896 die Massenverhaftung aller wirklich oder vermeintlich zum Bunde Gehörigen, die sich in Manila aufhielten. Unter den Verhafteten befanden sich u. a. die meisten Angestellten des „*Diario de Manila*“, des offiziellen Organs der spanischen Kolonialregierung!

Die Sensation, welche die Katigumam-Entdeckung hervorrief, war eine unbeschreibliche. Der Belagerungszustand wurde sofort über Manila verhängt und die Aburteilung der Verschwörer den Kriegsgerichten übertragen, die sehr schnell zu arbeiten pflegten. Anzeige und Verhaftung eines Verdächtigen war gewöhnlich gleichbedeutend mit dessen Verurteilung. So wurde leider auch Dr. Rizal, der in einer seiner Schriften gegen die Identifizierung der Assimilisten mit Filibusteros lebhaft protestiert hatte, ein Opfer dieser summarischen Abwandlung aller, die sich bei der, in ihrem Lebensnerv getroffenen, Mönchspartei mißliebig gemacht hatten. Er wurde hingerichtet, obgleich die öffentliche Meinung von seiner Schuldlosigkeit überzeugt war.

Der Märtyrertod Rizals war das Signal für Tausende, in die unwegsamen Berge, die das Innere Luzons bilden, zu flüchten, um dort die Fahne der Empörung gegen Spanien aufzupflanzen. Ihren Leiter fand dieser ernsthafte Aufstand in dem ehemaligen Volksschullehrer Emilio Aguinaldo, der 1869 in der Provinz Cavita geboren und bis dahin wenig oder gar nicht hervorgetreten war. Es ist nicht sicher festzustellen, ob Aguinaldo, wie vermutet wurde, selbst das Oberhaupt des Katigumam war oder sich erst den Verschwörern angeschlossen, als sein enthusiastisch verehrter Freund Rizal sein Leben hatte hingeben müssen. Jedenfalls war er ein so ausgezeichnete Organisator des Guerillakrieges, daß der spanische Befehlshaber Palavia binnen Jahr und Tag des Aufstandes nicht Herr zu werden vermochte. Es blieb seinem Nachfolger, dem von früher her auf den Philippinen populären Marschall Primo de Rivera nichts anderes übrig, als durch Verhandlungen mit Aguinaldo das Ende der Erhebung herbeizuführen. Am 14. Dezember 1897 wurde der Vertrag von Biak-na-Bato geschlossen, der gerade kein Ruhmesblatt der spanischen Kolonialgeschichte abgibt. Spanien mußte sich zu weitgehenden Reformen und zur Zahlung von 400 000 Dollar „Kriegskostenentschädigung“ verpflichten, wogegen Aguinaldo und sein Stab die Philippinen verlassen mußten. Aber abgesehen von der Amnestie, die ebenfalls eine Vertragsklausel gebildet hatte, wurde auf spanischer Seite der Vertrag nicht gehalten, jedenfalls mit der Durchführung von Reformen gezögert. Auch von der Kostenentschädigung erhielt Aguinaldo nur die Hälfte. Er deponierte sie in einer asiatischen Bank für den Fall, daß sich wieder eine Gelegenheit zur Aufnahme des Kampfes gegen Spanien böte, als künftige Kriegskasse und nahm seinen vorläufigen Wohnsitz in Hongkong.

Die erwartete Gelegenheit sollte sich außerordentlich schnell bieten. Am 15. Februar 1898 fand die Explosion des amerikanischen Kriegsschiffs „Maine“ im Hafen von Havanna statt und schon am 19. April desselben Jahres erfolgte das amerikanische, Ruba betreffende, Ultimatum an Spanien, das den Krieg zur Folge hatte. Schon vier Tage später fand auf Betreiben des amerikanischen Konsuls in Hongkong, eines Herrn Wildman, in Raffles Hotel zu Singapore eine folgenschwere Unterredung zwischen dem amerikanischen Generalkonsul Pratt und Aguinaldo statt. Was bei dieser Zusammenkunft mündlich vereinbart wurde, ist, abgesehen von dem Bündnis zur Bekämpfung der Spanier auf den Philippinen, durchaus streitig. Anscheinend ist der amerikanische Diplomat in seinen Zusagen an Aguinaldo weiter gegangen, als man in Washington gewünscht hatte. Wenigstens erhielt Pratt, als die Zeitungen

in Singapore von dem Vorkommnis großen Lärm schlugen, von dem Staatsamt auf dem Kabelwege eine erste Warnung, den Filipinos keine unerfüllbaren Hoffnungen zu machen. Natürlich bestritt nachträglich Pratt das auch sehr entschieden, während Aguinaldo ebenso energisch das Gegenteil behauptet. Die Prattische Darstellung des Sachverhalts findet eine starke Unterstützung in der vom Admiral Dewey vor dem Kongreßhause gemachten Aussage. Dewey versicherte damals, daß er die „kleinen braunen Kerle“ nie ganz ernst genommen habe und führte als drastischen Beleg dafür folgendes an: Er habe auf Pratt's Zureden die Führer der Filipinos gleich bei seiner Ausfahrt von Singapore nach Manila mitnehmen wollen, diese Absicht sei aber daran gescheitert, daß einem der Stabsoffiziere die — Zahnbürste fehlte und er deshalb nicht mitreisen wollte! So kamen Aguinaldo und seine Leute erst am 19. Mai in die Bai von Manila, und zwar mit dem Depeschenboot „Mc. Kulloch“, das die Nachricht vom Dewey'schen Siege nach Singapore gebracht hatte. Sie wurden von Dewey in Cavite an Land gesetzt, um dort die Bekämpfung der Spanier zu beginnen, wofür Dewey keine Landungsmannschaften zur Verfügung hatte.

Aguinaldo erließ am 24. Mai ein mit seinem Namen unterzeichnetes Manifest an die Filipinos, in dem er den Spaniern den Bruch des Vertrages von Bynak-na-Baté vorwarf, seine vorläufige Uebernahme der Diktatur ankündigte und zum Kampfe gegen die fremden Unterdrücker aufrief. Die Wirkung dieses Aufrufs war großartig. Die Mannen des Katigunam, seine alten Kampfgenossen aus dem jüngsten Revolutionskriege, die eingeborenen Truppen der Spanier und die Milizsoldaten liefen ihm massenhaft zu. Vermöge seines ungewöhnlichen Organisations-talents sowie der amerikanischen Waffen- und Munitionslieferungen gelang es ihm, binnen wenigen Wochen unter dem Schutze der Kanonen von Cavite ein Insurgentenheer zu improvisieren, das imstande war, den Spaniern entgegenzutreten. Er schlug letztere in mehreren Gefechten, zwang einen ihrer Generale zur Waffenstreckung und schloß Manila von der Landseite ein. Bereits am 12. Juni proklamierte er die Unabhängigkeit der Philippinen und die Einsetzung einer provisorischen Regierung. Diese veröffentlichte am 1. August einen der amerikanischen Konstitution nachgebildeten Verfassungsentwurf, der u. a. die Trennung von Staat und Kirche, sowie ein amerikanisches Protektorat mit der Maßgabe vorsah, daß zunächst auch amerikanische Bevollmächtigte an der Verwaltung des neuen Inselstaates teil nehmen sollten.

Trotz dieses, wie man zugeben muß, außerordentlichen Entgegenkommens gegen die Amerikaner, zeigten letztere nicht die geringste Neigung, Aguinaldo dafür ein gleiches Entgegenkommen zu beweisen. Ihr Verbündeter blieb trotz aller Rang-erhöhungen, die er sich beilegte, in allen Korrespondenzen grundsätzlich immer nur der „General“ Aguinaldo, auch durften die Boote, über die er verfügte, die Trifolore der neuen Republik nicht führen. Admiral Dewey handelte in dieser Hinsicht auf strikte Anweisungen aus Washington. In der amerikanischen Presse war schon bald nach der Seeschlacht von Manila das Verlangen laut geworden, die Philippinen zu behalten. Präsident Mc. Kinley neigte sich alsbald der Auffassung zu, daß er dem „Walten des Schicksals“ („manifest destiny“) in dieser Hinsicht unmöglich entgegenwirken dürfe. Er gab daher dem zum Kommando auf den Philippinen bestimmten General Werritt einfach den Auftrag zur Okkupation der Inseln. Sein ihm vorausgeschickter Unterbefehlshaber Anderson war bereits am 13. August in bezug auf Manila wenigstens in der Lage, diesen Befehl auszuführen. Als er glücklich

Anmerkung. So berichtet wenigstens Plumentritt, „Die Philippinen“ (in der Virchow-Holtendorff'schen Sammlung gemeinverständlicher Vorträge, Neue Folge, XV. Serie, Heft 337, S. 61). In späteren Verfassungstexten scheint diese Begünstigung der Amerikaner ausgemerzt worden zu sein, ebenso die ursprünglich vorgeschlagene Trennung des Staates von der Kirche.

8500 Mann zusammen hatte, befahl er die Erstürmung der Hauptstadt, bei der er nur einen Verlust von 5 Toten und 43 Verwundeten hatte. Der leichte Sieg erklärte sich einerseits aus dem nur schwachen Widerstand der Spanier, denen die amerikanische Kriegsgefangenschaft nicht unwillkommen war, sodann aber aus der äußerst wirksamen Hilfe, die Aguinaldo geleistet hatte. Trotzdem wurde dem Präsidenten aus eigener Machtvollkommenheit von General Anderson das Betreten Manilas verweigert. Die Wirkung dieses unfreundlichen Vorgehens war, daß Aguinaldo sein Hauptquartier von Paeffor bei Cavite nach Malolos (nördlich von Manila) verlegte und dorthin auch auf den 21. Januar 1899 eine konstituierende Nationalversammlung einberief, die über die Neubildung des Staates entscheiden sollte.

Obgleich General Merritt seinem Vortrupp alsbald mit einem stattlichen Hauptheere folgte, waren die Amerikaner zunächst doch außerstande, ihr Machtbereich weiter als über Manila, Cavite und die kleine Insel Korregidor am Eingang der Bai auszudehnen. Ganz Luzon beherrschte vielmehr Aguinaldo, dem auch von verschiedenen Inseln der Visayasgruppe Selber und Freiwillige zuströmten. Das Bekanntwerden der Friedensbedingungen von Paris schlug dem ohnehin bedenklich brüchigen Freundschaftsfaß zwischen Amerikanern und Filipinos den Boden aus. Aus den bisherigen Verbündeten wurden über Nacht „Verräter“ und „Rebellen“, die sich schon am 4. Februar 1899 — es ist nicht genau festzustellen, durch wessen Schuld — in einen blutigen Kampf verwickelt sahen! Während das Schicksal des Friedensvertrages, über den am 6. Februar im Bundes Senat die Abstimmung stattfinden sollte, gerade wegen des Artikels 3 mit dem Philippinenanlauf bisher sehr ungewiß gewesen war, brachte die Kabelmeldung, daß Aguinaldo die Amerikaner angegriffen habe, alle Schwankenden auf die Seite der Regierung. Die Genehmigung des Vertrages durch den Senat bedeutete aber den unvermeidlichen offenen Kriegszustand zwischen Amerikanern und Filipinos.

Der lebhafte Guerillakrieg, der sich jetzt entwickelte, da Aguinaldos Mannschaften den Amerikanern in offener Feldschlacht ebensowenig gewachsen waren, wie früher den Spaniern, dauerte zwei Jahre und endete mit Aguinaldos Gefangennahme, Abdankung und Treueschwur an das Sternenbanner. Die Ueberlistung des ungemein gewandten Insurgentenhäuptlings durch den General Funston nimmt sich wie ein Kapitel in einem Sensationsroman aus, das besonders spannend geschrieben ist. Sie erfolgte am 23. März des Jahres 1901. Funston nahm seinen Adjutanten, Leutnant Mitchell und drei schneidige Offiziere der Freiwilligenarmee auf die höchst gefährliche Expedition mit, bei der jeder natürlich sein Leben aufs Spiel setzte. Durch einen Ueberläufer namens Placido und 80 Mann aus dem Stamme der Makkabebe wurde ein Gefangenentransport vorgetäuscht, bei dem Funston und seine Offiziere die Rolle der Gefangenen zu spielen hatten. Als die Kolonne Aguinaldos Versteck im Innern von Luzon, das mit schwerer Mühe ausgefunden worden war, glücklich erreicht hatte, ließ man die Maske fallen. Die Makkabebe schossen die Leibwache Aguinaldos nieder, während Placido und Funston sich auf den Obergeneral selbst stürzten und ihn nach der Küste entführten, wo ein amerikanisches Kriegsschiff sie erwartete. Aguinaldo wurde in Manila gefangen gehalten, entschloß sich aber schon am 19. April, also noch nicht vier Wochen nach seiner tragischen Schicksalswendung, vor der amerikanischen Uebermacht zu kapitulieren und an seine Getreuen den Ruf zu richten, den aussichtslosen Kampf gegen das amerikanische Militär aufzugeben. Als vor allem auch General Juan Railles, der nächst Aguinaldo der gefährlichste Insurgentenchef gewesen war, dieser Aufforderung im Juni d. J. folgte und für seinen Uebertritt mit dem Posten eines Provinzialgouverneurs belohnt worden war, hatte der eigentliche Krieg sein Ende. Fünf Jahre lang dauerte es freilich noch, bis alle von den Amerikanern als „Räuberbanden“ charakterisierten

Insurgentenhäufen in den Bergen Luzons und ihren Schlupfwinkeln auf einigen kleineren Inseln völlig unschädlich gemacht worden waren. Nach einer Lesart, deren Richtigkeit ich aber dahingestellt sein lassen muß, hätten sich die letzten aus diesem Kriege stammenden örtlichen Kämpfe durchaus bis zum Tage der Eröffnung des ersten Filipinosparlaments am 16. Oktober 1907 hingezogen, um dann mit einem Schlage radikal zu verschwinden. Das würde darauf hindeuten, daß der „Katigunam“ noch immer sein romantisches Dasein fortführte, also eine Art von geheimer Nebenregierung bestände . . .

Sowohl die Philippinen-Kommission unter dem Universitätspräsidenten Schurman (im Jahre 1899), wie die unter dem späteren Präsidenten der Republik Taft (im folgenden Jahre), hatten übereinstimmend nach Washington berichtet, daß die intelligenteren Kreise und die besitzenden Klassen durchweg die amerikanische Annexion dem bedenklichen Versuche einer Filipinos-Republik vorzögen, für die, abgesehen von dem Enthusiasmus, die der langjährige Unabhängigkeitskampf bei seinen Teilnehmern hervorgerufen hatte, eigentlich alle Voraussetzungen zum Erfolge fehlten. Auch die katholische Kirche, deren Einfluß angesichts der Tatsache, daß die christlichen Filipinos fast ausnahmslos sich zu ihr bekannten, sicher nicht gering anzuschlagen ist, unterstützte die neue Ordnung der Dinge, da sie von einer Herrschaft der Eingeborenen die Verteilung des Ordensklerus und den Verlust der toten Hand zu befürchten hatte. Außerdem hat sie mit einer sehr lebhaften „Vos von Rom“-Bewegung zu rechnen, die von Gregorio Aglipay seit etwa Anfang des Jahrhunderts entfacht wurde. Aglipay ist ein eingeborener Weltpriester, der bei dem Aufstand gegen Spanien im Jahre 1896 und später im Kampfe gegen die Amerikaner einen der tätigsten Helfer Aguinaldos abgab. Nachdem er dessen Beispiele gefolgt war und den amerikanischen Treueid geleistet hatte, bot er alles auf, um auf gesetzlichem Wege die Entfernung des Ordensklerus aus dem Archipel durchzusetzen. Da der Papst aber diesem Verlangen ein starres „non possumus“ entgegengesetzt hatte, suchte er eine dem „Amerikanismus“ in der katholischen Kirche der Vereinigten Staaten entsprechende besondere Philippinen-Kirche ins Leben zu rufen. Die „Aglipayaner“ haben die offene oder heimliche Unterstützung aller, die für die Unabhängigkeit der Inseln schwärmen. Man begreift daher die Bereitwilligkeit des Klerus, eine fast ausschließlich aus Protestanten bestehende Regierung zu unterstützen. Letztere gewann sich auch dadurch gar manche Anhänger, daß sie Tausende von Filipinos in Ämter berief, zu Lehrern ausbilden ließ, oder bei ihren verschiedenen Unternehmungen beschäftigte.

Trotzdem kann man nicht sagen, daß die Amerikaner Ursache hätten, besonders froh über ihre Kolonie auf der östlichen Erdhalbkugel zu sein. Die Aguinaldo (der als Farmer auf Luzon lebt), Cailles, Aglipay und sonstige Insurgentenführer, haben den Treueid, den sie geleistet haben, soviel man weiß, nicht gebrochen, aber der Drang nach politischer Unabhängigkeit ist nun einmal seit fast einem Jahrhundert bei den Tagalen wohnenden und von diesen auch auf die fremden mehr oder weniger zivilisierten Stämme übergegangen. Die Prosperität der Insulaner hat, wie die unten mitgeteilten Tatsachen im einzelnen belegen, im Vergleich zur spanischen Zeit entschiedene Fortschritte gemacht, aber die wohlvollende Verwaltung hat die furchtbaren Verwüstungen, die der langjährige Kriegszustand, Seuchen und Kinderpest, Taifune und Dürrezustände mit sich gebracht haben, nicht auszugleichen vermocht. Die Volksbildung wie die Volksgesundheit haben große Fortschritte aufzuweisen, aber die völlige Vernachlässigung der breiten Massen, die die ein Drittel Jahrtausend umfassende spanische Herrschaft in so unrühmlicher Weise auszeichneten, vermochte die verhältnismäßig kurze Zeit einer aufgeklärten Regierung nicht wettzumachen. Das größte Unglück für die Filipinos war aber offenbar die Ungewißheit ihres Schicksals, die heutigen Tages noch keineswegs behoben ist, sondern im Gegenteil auf die

Spitze getrieben erscheint. Von Anfang an war ein großer Teil der amerikanischen Nation gegen den Erwerb der Philippinen, und auch der republikanischen Partei, die ihn ihrer Zeit durchlebte, kann man den Vorwurf des Schwankens nicht ersparen. Wenn selbst ein Mann wie Taft, um sich populär zu machen, ein Schlagwort gebraucht, wie das berühmte „die Philippinen für die Filipinos“, so kann das unmöglich anders wirken, als daß die Anhänger der Unabhängigkeit neue Hoffnungen fassen und entsprechend für sich daraus Kapital schlagen, während die amerikanischen Kapitalisten sich immer wieder gesagt haben, daß sie ihr Geld in einem Lande, dessen dauernde Zugehörigkeit zu den Vereinigten Staaten zweifelhaft war, nicht aufs Spiel setzen dürften.

Viele Ereignisse sind aus der Zeit von Aguinaldos Gefangennahme bis zur Gegenwart nicht zu verzeichnen. Eine Amnestieproklamation leitete die Regierung Tafts ein, des ersten Zivilgouverneurs, den die Inseln hatten (4. 7. 1901 bis 23. 12. 1903). Taft bemühte sich redlich, die Filipinos mit ihrer Zugehörigkeit zu den Vereinigten Staaten zu versöhnen. Es geschah auf seinen Vorschlag, daß der Kommission von fünf Amerikanern, welche die amerikanische Autorität verkörperten, von Anfang an drei Filipinos beigegeben wurden, so daß wenigstens ein kleiner Ansaß zur Autonomie von vornherein gegeben war. Taft arbeitete aber auch eine ganze Verfassung aus, bei deren öffentlicher Erörterung jedermann das Recht hatte, sich mit Vorschlägen zu beteiligen und kündigte die Wahl eines Filipinos-Parlaments für den Zeitpunkt an, wo der Frieden völlig hergestellt und die Autorität der Vereinigten Staaten allgemein anerkannt sein würden. Aber weder Taft selbst, noch seine beiden nächsten Nachfolger, von denen Luke C. Wright bis 4. 11. 1905 und Henry C. Ide bis 20. 7. 1906 im Amte waren, vermochten dieses Versprechen einzulösen. Das blieb erst dem vierten Gouverneur James F. Smith, der bis 7. 5. 1909 amtierte, vorbehalten. Dieser war in der Lage, etwa dreiviertel Jahre nach seinem Regierungsantritt die ersten allgemeinen Wahlen auszusprechen, die unter schwacher Beteiligung am 13. Juli 1907 stattfanden. Taft, damals noch Kriegsminister, kam eigens von Washington nach Manila, um die Parlamentseröffnung feierlich zu vollziehen. Zeitiger Gouverneur ist W. Cameron Forbes, der am 2. November 1909 das jetzt noch in Tätigkeit befindliche zweite Parlament — unter fast doppelt so starker Beteiligung wie bei den ersten Wahlen — erwählen ließ. Unruhestörungen sind seit Beginn der parlamentarischen Ära nicht mehr vorgekommen. Aber wie gesagt, der Verdacht ist nicht ungerechtfertigt, daß der Katigunam oder was sonst an Stelle dieser unterirdischen Gewalt getreten sein mag, sich vielleicht der inneren politischen Entwicklung in den Vereinigten Staaten selber gegenüber zunächst nur abwartend verhält. Die demokratische Partei, die sich als entschiedener Gegner in jedweden „Imperialismus“ bekannt hat, ist am Ruder und mag sich noch an der Aufgabe versuchen, die Philippinenfrage in ihrem Sinne zu lösen!

Erwähnung verdient noch der nicht völlig aufgeklärte Konflikt Dewey — Diederichs kurze Zeit nach der Seeschlacht von Manila. Unmittelbar nach diesem Ereignis hatten sich die in der Hauptstadt lebenden Deutschen, die etwa 150 Köpfe zählten, nach Berlin um Schutz gewandt, der bereitwilligst zugesagt wurde. Noch im Monat Mai 1898 traf der deutsche Kreuzer „Irene“ in der Bai von Manila ein und anfangs Juni folgte ihm das ganze ostasiatische Geschwader, so daß die deutsche Flotte unter Admiral Diederichs dem amerikanischen Blockadegeschwader unter Dewey entschieden überlegen war. Der Verkehr, den man deutscherseits mit dem Lande unterhielt, wurde von den Amerikanern als eine Art von Blockadebruch angesehen und demgemäß unangenehm empfunden. Die dadurch ohnehin gespannte Lage wurde durch verschiedene Umstände entschieden ungünstig beeinflusst. Die Insurgenten suchten sich mit den Deutschen auf einen möglichst guten Fuß zu stellen. Ganz besonders aber suchte die spanische Presse in Manila aus der gesamten

Situation möglichen Nutzen zu ziehen. Bei einem Bankett, daß die Spanier zu Ehren des Admiral Diederichs veranstalteten, hielt letzterer eine Dankfagerungsrede, bei der er, wie man wohl annehmen darf, sich nicht aus dem gegebenen Rahmen entfernt hat. Die Zeitungen von Manila legten ihm aber die Worte unter: „er sei vom Kaiser beauftragt zu erklären, so lange ein Hohenzoller in Berlin auf dem Thron sitze, würden die Inseln niemals amerikanisch werden!“ Diese Meldung aus Manila wurde in der gelben Presse der Union außerordentlich aufgebauscht und zu direkten Kriegshexereien gegen Deutschland benuzt. Die Deutsch-amerikaner protestierten energisch gegen ein derartiges Gebahren und die „Nordd. Allg. Ztg.“ sah sich zu einer offiziösen Kundgebung veranlaßt, die jedwede feindliche Absicht gegen die Vereinigten Staaten nachdrücklich in Abrede stellte. Es hieß in der betr. Notiz, daß „die kaiserliche Politik Anspruch auf das Vertrauen habe, daß sie die mehr als hundertjährige Freundschaft zu dem Staatswesen, in dem Millionen deutscher Landsleute ihre zweite Heimat gefunden hätten, nicht ohne zwingende Gründe stören werde“. Aber erst als Admiral Diederichs Befehl erhalten hatte, mit seinem Geschwader von Manila abzugeben, verstummten die Hexereien, und ward der alte Frieden in völlig erwünschter Weise wieder hergestellt.

Die Straußenzucht und ihre Ausichten in Südwestafrika.

Von Farmer Carl Schlettwein · Warmbad-Nord.

Der Strauß, der größte Vogel, den die heutige Welt kennt, ist ein Bewohner der Wüste und des freien Steppenlandes. Es gibt auch in anderen Weltteilen verschiedene Straußenarten; uns interessiert aber lediglich der afrikanische Strauß, wie er vom Kap bis zum Mittelmeer den schwarzen Erdteil bewohnt, wo dieser ihm passende Verhältnisse und geeignete Nahrung bietet. Das ist ganz Südafrika, Nordafrika und die hochgelegenen zentralen Steppenlandschaften dieses Weltteiles.

Neben dem Elfenbein waren seit langer Zeit die von Jägern erbeuteten Straußenfedern ein beliebter, gut bezahlter Artikel, den die mit Afrika verkehrenden Handelsschiffe nach Europa brachten.

Seit mehreren Jahrzehnten befaßt man sich in Südafrika mit der Domestizierung des Straußen und treibt dort zielbewußte Zucht. Die Straußenzucht ist auf diese Weise für das englische Südafrika zu einem hochbedeutenden Faktor für das farmwirtschaftliche Leben geworden. Für mehr denn 40 Millionen in Werten an Federn werden in den letzten Jahren aus Südafrika ausgeführt. —

Als seinerzeit die Straußenfedern auf dem Markte immer begehrter wurden, gingen dann auch Amerika (Kalifornien) und Australien an, Strauße zu importieren und zu züchten, wie man hört, mit gutem Erfolg. Wenn auch aus rüchliegender Zeit Jahre bekannt sind, wo es mit dem Absatz der Federn haperte, und wo in London viele Millionen Pfund in solchen aufgestapelt lagen, so hat sich gerade in letzter Zeit die Mode derart der Straußenfeder zugewandt, daß die Nachfrage ständig stärker war, wie das Angebot.

Es nimmt somit nicht wunder, wenn man sich auch jetzt bei der Frage weiterer Entwicklung unserer Kolonie Südwest eifrig mit der Frage der Straußenzucht beschäftigt und besonders für diesen Zweig der Tierzucht in der Heimat Propaganda macht. Wenn auch im allgemeinen das deutsche Kapital leider immer noch recht zurückhaltend und zaghaft ist in bezug auf die Kolonien, so gelang es doch jedem, der für die Straußenzucht Propaganda zu machen versteht, in der Heimat Geld zu finden. Es wurden z. B. in den letzten Jahren in Berlin verschiedene Gesellschaften gegründet zum Zwecke der Straußenzucht in Südwestafrika. Die bisherigen Mißerfolge, die bei mancher dieser Gesellschaften zu verzeichnen sind, dürfen nicht sehr ernst genommen werden. In den meisten Fällen war das Verlorene eben Lehrgeld, was gezahlt werden mußte, weil die absolut not-

wendige Erfahrung fehlte. Aber hauptsächlich lag es an der Art der Organisation. Schon die G. m. b. H. mit Sitz und Geschäftsführung in der Heimat ist ein gewaltiges Uebel, ein Strick, der von vornherein jede gesunde Entwicklung würgt. Aufsichtsrat und Geschäftsführer in Deutschland und ein von letzteren Organen abhängiger Betriebsleiter in der Kolonie, das ist gewöhnlich das Fundament des heutigen kolonialen Gesellschaftsunternehmens. — Der wichtigste Teil der Verwaltung, die afrikanische Betriebsleitung, hat den geringsten Einfluß. Der heimische, zahlengewandte, wohl auch erackte und zuverlässige, oft aber afrikafremde Büchermann gibt den Ausschlag. Es würde zu weit vom Thema abführen, diese Gesichtspunkte noch weiter auszuspinnen; ich will nur kurze Angaben für meiner Ansicht nach richtigere Organisation solcher Gesellschaftsunternehmungen machen.

Hat ein Kapitalist oder eine Kapitalistengruppe einen vertrauenswürdigen Afrikaner gefunden, mit dem man arbeiten möchte, so gebe man diesem Manne den Einfluß und die alleinige Direktion, die ihm zukommt. Der heimische verantwortliche Geschäftsführer ist direkt vom Uebel. Ein unbefordeter Aufsichtsrat und allenfalls eine treuhändische Revision in der Kolonie müßten genügen. Uebertriebener Bürokratismus ist bei der Verwaltung der Kolonien schon für den Staat das größte heutige Hemmnis. Für das Privatunternehmen ist er gleichbedeutend mit Ruin.

Ist der Gedanke, Straußenzucht betreiben zu wollen, an irgendeiner Stelle Tatsache geworden, so hat man sich in erster Linie zwei Fragen vorzulegen und zu beantworten: 1. Wie lebt der Strauß in der Wildnis? 2. Können wir ihm auf der in Betracht kommenden Farm das gleiche bieten, oder auf welche Weise beschaffen wir es?

Zu 1. Der wilde Strauß ist ein reiner Pflanzenfresser. Im Gegensatz zu vielen Vögeln besteht seine Hauptnahrung aber nicht in Körnern, sondern in den hautartigen Teilen der verschiedenen Gewächse. Alle Tribulusarten (Morgenstern) und viele krautige Pflanzen sind in der Grünzeit seine Hauptnahrung. In der Trockenzeit werden dieselben Pflanzen aufgenommen, daneben aber saftige Aloeblätter und verschiedene wilde Melonenarten. Wasser direkt nimmt der wilde Strauß wohl nur wenig zu sich. Das Gebiet, welches der Strauß in Freiheit beweidet, beläuft sich auf viele tausend Hektar. Die Futteraufnahme eines ausgewachsenen Vogels ist eine bedeutende; man wird sie mit der Menge vergleichen können, die ein junges Kind gebraucht. Diese Art der Nahrungsaufnahme ist aber nur ein Teil seines Bedarfes. Beobachtet man wilde Strauße tagelang, so findet man, daß die Tiere die größte Zeit damit zubringen, kleine Steinchen zu suchen. — Mineralische Nahrung. — Es liegt auf der Hand: Ein körnerfressender Vogel findet in den Körnern manche Stoffe zum Aufbau der Knochen und vor allem der Federn. Der Strauß, der keine Körner frißt, muß also anderen Ersatz haben. Er findet und nimmt ihn in der rohesten Form, wie ihn die Natur liefert, in Gestalt von Steinchen. Sein Magen ist derart eingerichtet, daß er vieles löst und verdaut, was bei anderen Tieren einfach unverdaulich wäre.

In diesem letzten Gesichtspunkt liegt meiner Ansicht nach einer der Schwerpunkte der Straußenzucht. Leider tappt man bei dieser Frage noch ziemlich im dunkeln. Man kann die Frage, was sind es für mineralische Stoffe, die der wilde Vogel sucht und findet, nicht ausgiebig beantworten. Natürlich wird man das richtige treffen, wenn man bei der Fütterung Kalk und Phosphor in erster Linie berücksichtigt. Ob aber das alles ist, darüber schweigt sich die heutige Wissenschaft noch aus. — Namhafte Zuchten Südafrikas, wo man schöne lange, breite Federn produziert, werden heute als degeneriert bezeichnet, weil die einzelnen Fähnchen am Schaft der Feder nicht mehr die nötige Stabilität haben, sich wagerecht zu halten, sondern weich herunterhängen. Sollte nicht hier das Fehlen richtiger mineralischer Nahrung beim Aufbau der Federn schon das Uebel sein? In dieser Frage liegt, wie gesagt, meiner Ansicht nach der wichtigste Punkt für unsere zukünftige südwestafrikanische Straußenzucht, bei der wir nicht nur erstklassige Federn produzieren, sondern auch die Tiere selbst gesund und widerstandsfähig

erhalten müssen. Wenn auch die Praxis den größten Teil für die gesamte Erfahrung liefern muß, so bedarf es hier wohl noch wissenschaftlicher eingehender Studien, um die Frage erschöpfend zu beantworten.

Für die zweite Frage gilt als erstes: Man wähle möglichst eine Gegend, in der auch zu allen Jahreszeiten wilde Strauße leben. Dringend notwendig ist aber weiter, daß man sich vergewissert, ob auf der Farm geeigneter Boden zum Anbau von Futter und genügend gutes Wasser zum Bewässern vorhanden sind. Die Luzerne ist heute das gangbarste Straußenfutter. Kalkhaltiger, tiefgrundiger Boden und salzfreies Wasser sind für ihr Gedeihen unbedingt erforderlich. Man begnüge sich deshalb nicht mit dem Sehen, sondern lasse Boden wie Wasser zuverlässig untersuchen. Wie manche Anlage im Lande, die mit großen Kosten angelegt wurde, ist schon zugrunde gegangen, wenn es sich später herausstellte, daß der Boden in tieferen Schichten salzhaltig war oder andere den Pflanzenwuchs hindernde Bestandteile hatte. Sind obige Forderungen einwandfrei festgestellt, muß die Farm im ganzen nach außen und möglichst auch noch nach einzelnen Teilen eingezäunt werden, um das Entlaufen der Vögel zu verhindern. Die Einzäunung braucht aber nicht allein auf das Konto Straußenzucht zu kommen, denn sie ist für den ganzen Farmbetrieb rentabel und überaus nützlich. Sehr gut kann man Rinder und Pferde in einem Kamp mit Straußen zusammen halten, nie aber Ziegen und Schafe, da letztere und die Strauße sich das Futter wegfressen.

Wenn man auch die Strauße, wie erwiesen, durch Luzernefütterung in kleinem Gehege ernähren kann, so wird es jedem erfahrenen Züchter einleuchten, wenn ich für die an weite unbegrenzte Freiheit gewöhnten Vögel auch in der Gefangenschaft eine annähernd entsprechende Ellbogenfreiheit fordere. Unbedingt wird den Tieren das auf der natürlichen Weide neben der gereichten Luzerne aufgenommene Futter gut tun. Endlich aber werden die Strauße auf der großen Fläche weit mehr geeignete natürliche mineralische Nahrung finden, wie man ihnen in Knochen, Salz usw. im kleinen Gehege reichen kann.

Von Bedeutung scheint mir auch die Frage zu sein: Wieviel Wasser soll man den Vögeln geben? In der Wildnis nimmt der Strauß, solange er saftige Pflanzen hat, kein oder nur wenig Wasser auf. Ob eine zu reichliche Wassergabe bei ständig grünem Luzernefutter überhaupt nötig ist, ob ein Zuviel nicht etwa gar schädlich wirken kann, ist eine zweite, noch offene Frage. — Für mich ist in allen solchen Dingen die Natur die beste Auskunftgeberin; bei ihr gehe man in die Lehre. Für die Brutzeit muß man auf der Straußenfarm sogenannte eigene Brutkämpfe anlegen. In diese bringt man dann je einen Hahn und ein bis zwei Hennen. Ist das Geschäft des Eierlegens vollendet, entfernt man die Henne, die der Hahn abbeißt, und läßt das bleibende Pärchen brüten, wenn man nicht die Eier in den Brutapparat legen will.

Soweit einige allgemeine Gesichtspunkte, die überall gelten können, wo man Straußenzucht treibt. Ich gestatte mir zur weiteren Vervollständigung dieser Ausführungen auf das vorzügliche Schriftchen von Hermann Scheerer, wissenschaftlichem Hilfsarbeiter im Hamburgischen Kolonialinstitut — „Wie sollen wir unsere Straußenzüchter in Südwestafrika einrichten“ — hinzuweisen.

Für die Beurteilung der direkt zu treffenden züchterischen Maßnahmen gehen die Ansichten auseinander. Man kann edle Strauße aus der Kapkolonie oder auch durch Hagenbeck beziehen und mit diesen weiter züchten, oder man kann in der Wildnis junge Vögel fangen und aus diesen nach Auswahl geeigneter Tiere sich den Zuchtstamm bilden. — Herr Dr. Bassermann, der ja vor einiger Zeit eine ausführliche Arbeit über Straußenzucht veröffentlichte, will z. B. nur mit importierten Vögeln arbeiten. Er preist seit einiger Zeit seine jungen Vögel Straußenzüchtern an und erklärt nebenbei: Der wilde Vogel des Landes ist wertlos — ja schädlich; er muß abgeschossen werden. Eine Reihe erfahrener namhafter Farmer sieht in dieser Stellungnahme direkt eine schädliche Beeinflussung für eine gesunde Entwicklung eigener züchterischer Tätigkeit der Kolonie.

Es iſt kein Geheimnis, daß die ſüdaſrikanischen Vögel ſehr weichlich, um nicht zu ſagen degeneriert und mit allerhand Krankheiten behaftet ſind, die der wilde Vogel nicht kennt.

Zur Dokumentierung meiner Anſicht, die ich trotz ſcharfer Gegenäußerung Waſſermanns voll und ganz aufrecht erhalte, wiederhole ich einiges an anderer Stelle bereits Geſagtes auch an dieſer Stelle. Dr. Waſſermann hat unſelbſtbar recht, wenn er rät, um ſchnell zu Einnahmen zu kommen, kaufe man gute Vögel aus Südaſrika, weil man dann ſofort Federn und bald junge Vögel verkaufen kann. Das iſt rein kaufmänniſch gehandelt zurzeit wohl richtig; züchteriſch aber wird man auch einen anderen Standpunkt gelten laſſen müſſen.

Der ſüdaſrikanische Strauß, den man heute vielfach hochgezüchtet nennt, iſt erſt vor wenigen Jahrzehnten aus dem wilden Vogel Südaſrikas entſtanden. Die ganze Strauſſenzucht iſt noch ſo jung, daß man bei keinem anderen unſerer domestiſierten Haustiere ſchon einen durchſchlagenden Erfolg erwarten würde. Wenn man die heute bekannte Literatur über Strauſſenzucht einſchl. des Waſſermannſchen Werkes liest, findet man recht wenig, wenn man verſucht, wichtige züchteriſche Momente feſtzulegen. Ueberall wird immer das gleiche hervorgehoben: „Die Bauart der Strauſſenfeder in der Natur iſt individuell.“

Auch in Südaſrika hat man nicht durch Paarung eines guten Vogels mit einem ſchlechteren Gutes erreicht, ſondern lediglich bei einer Zucht nach dem alten Grundsatz: „Gleiches zu Gleichem gibt Gleiches.“

In Südaſrika zahlt man heute horrendo Preiſe für gute Zuchtvögel. Was aber würde ein verſtändiger Züchter erſt zahlen für das friſche Blut eines wirklich guten Wildnisvogels? Es iſt doch zur Genüge bekannt, daß der berühmteſte Zuchtiſtrauß Südaſrikas, der „Old Jahr“, der ſeinem Beſitzer durch gute Vererbung hunderttauſende eingebracht hat, ein reiner Wildnisvogel iſt. Verſchiedene Krankheiten, Magenwürmer, Kleinerwerden der Vögel uſw., das alles ſind Begleiterscheinungen der heutigen ſüdaſrikanischen ſogenannten Hochzucht.

Wenn die Strauſſenzucht, wie viele ihrer Anhänger es erwarten, ein dauernd lohnender Zweig aſrikanischer Farmwirtſchaft bleiben wird, dann liegt meiner Anſicht nach die züchteriſche Zukunft nicht bei den domestiſierten Vögeln Südaſrikas, ſondern bei unſren unberührten wilden Strauſſen der Steppe. Lediglich durch Auswahl guter Arten ſind in Südaſrika in kurzer Zeit die nach den Züchtern benannten beſſeren Federotypen entſtanden. Eine nach Art entſprechende Auswahl aus gefangenen wilden Vögeln bietet den ſüdweſtaſrikanischen Züchtern heute die gleiche Gelegenheit, eigene züchteriſche Arbeit zu leiſten. Die Möglichkeit iſt ſicher gegeben, die ſüdaſrikanischen Erfolge einzuholen, ja unter Umſtänden, wenn man aus dort gemachten Fehlern zu lernen verſteht, Beſſeres zu erreichen, wie es für die ſpättere Zukunft von den degenerierten ſüdaſrikanischen Vögeln noch zu erwarten iſt.

Herr Dr. Waſſermann hat dieſe meine Anſichten bisher nicht zu entkräften vermocht. Der Trumpf ſeiner Erwiderung iſt der: „Es hat keinen Zweck, weiter zu debattieren, ſolange Behauptung gegen Behauptung ſteht, ohne Beweiſe.“ Ich habe dies anerkannt und die Preßpolemik abgebrochen. Inzwiſchen habe ich nun Material geſammelt und werde an anderer Stelle Abbildungen von wilden Federn aus der „Abrahamschen“ und „Gälbigschen“ Zucht wie von meinen in Aſchanti gefangenen Vögeln veröffentlichen. Es kann dann ja einem weiteren Kreiſe von Kennern überlaſſen werden, die Waſſermannſche Behauptung von der Wertloſigkeit unſeres wilden Vogels für weitere Zucht zu unterſtützen oder zu entkräften.

Ich bleibe jedenfalls bei meiner Anſicht. Das Fundament für eine geſunde ausſichtsvolle Strauſſenzucht liefert bei uns in Südweſt heute genau, wie ſeinerzeit in Südaſrika, der ausgeſuchte gute Vogel der Wildnis. Sollt ich mich der Strauſſenzucht einmal widmen, dann nur auf dieſer Baſis. Wenn wir uns nun, nachdem wir die Strauſſen-

zucht im allgemeinen von verschiedenen Gesichtspunkten besprochen haben, dem zweiten Teil der Abhandlung zuwenden, um die Aussichten der Straußenzucht für Südwestafrika zu besprechen, so haben hier andere, rein geschäftliche Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten. Will man überhaupt über solche vermutlichen geschäftlichen Aussichten einer jetzt erst bei uns beginnenden Straußenzucht sprechen, so darf man nicht die Verhältnisse von heute zugrunde legen, sondern man muß einige Jahre in die Zukunft blicken; denn drei bis fünf Jahre wird es mindestens dauern, bis heute beginnende Arbeit auf eine Rente wird rechnen können.

Es ist kein trasser Pessimismus, wenn ich die Frage aufwerfe: Wird nach einigen Jahren, wenn sich Amerika, Australien und auch Europa erst merklich an der Federnproduktion beteiligen, die Nachfrage nach Straußenfedern in demselben Maße gestiegen sein, so daß die Verhältnisse von heute auch zukünftig grundlegend bleiben? Die Straußenfeder ist der einzige Wert, den die Straußenzucht produziert. Das Fleisch der Tiere ist nur von jungen Vögeln genießbar und zu verwerten. Die Straußenfeder hat keinerlei Nutzungswert, sie ist und bleibt ein Luxusartikel, dessen Wert die Laune der Mode bestimmt. Das sind Gesichtspunkte, die sich dem denkenden Menschen, der nicht in blindem Optimismus auf eine Sache losgeht, aufdrängen müssen.

Straußenzüchter und solche Leute, die es werden wollen, sagen zwar: Die Straußenfeder ist ein viel zu schöner Schmuck, als daß er jemals unmodern werden könnte. Ich stimme dem gern bei, bin aber der Ansicht, wenn die Federn infolge größerer Produktion billig werden sollten, dann ist es auch mit der Beliebtheit vorbei. Ein Schmuck, auch der aller schönste, ist heute nicht mehr fein und modern, wenn er billig ist.

Aber, wie gesagt, dieser gewisse Pessimismus, der meinen Worten zugrunde liegt, ist ja nur eine Anregung für die weitere Diskussion für die Behandlung der Frage Straußenzucht. Es wäre in höchstem Grade wünschenswert, wenn einmal ein berufener, mit dem Welthandel in Federn vertrauter Kaufmann sich zu dieser Frage eingehend äußern würde, indem der Bedarf des Weltmarktes und die heutige und zukünftige Produktion in verständlicher, übersichtlicher Weise gegenübergestellt würden. Nur der auf dem Weltmarkt heimische Großkaufmann kann hier urteilen. Wirft man den Blick auf die bisherige Lage des Federnmarktes, so konnte man schon in den letzten Jahren ein Schwanken der Mode bemerken. Bald waren lange weiße Federn das Gesuchte, bald waren es lange braun oder grau melierte, die besonders modern und gesucht waren.

Ewiges Einerlei widersteht. Veränderung ist das Salz des Vergnügens, sagt man mit Recht. Nirgends aber trifft diese Aeußerung mehr zu, wie in Hinblick auf Mode und Fuß, den das schöne Geschlecht bevorzugt. Es muß immer was anderes, was Neues sein, was nicht jeder haben kann. Nur das ist fein, modern und teuer. Wenn diese Tatsachen einerseits nicht gerade anregend für die heute sich entwickelnde südwestafrikanische Straußenzucht sind, so liegt aber andererseits auch eine Aufmunterung darin. Gelingt es unseren Züchtern, der Natur ihr Geheimnis mehr wie heute abzulauschen, und produzieren sie einmal Besseres oder gar neue Federthypen, dann werden auch sie gute Geschäfte machen.

Solche Ziele verlangen aber eigene züchterische Arbeit; sie sind nicht zu erreichen, wenn man sich lediglich an das in Südafrika Hergebrachte anschließt, sondern nur dadurch, daß wir selber in die Natur eingreifen und eigene züchterische Arbeit leisten. Luzerne ist ein vorzügliches Futter. Sollte man aber nicht durch Kultivierung und Fütterung anderer Gewächse auch deren Produkte erzielen können? Ich habe bei meinen Straußen, die ich eigentlich lediglich zur Beobachtung bei Fütterungsversuchen halte, gesehen, daß die Tiere Luzerne nicht fressen, wenn sie anderes landesheimisches Futter haben. Ich habe in meinem Gehege einige Stücke gepflügt und dann Tribulus und eine andere krautige Pflanze angepflanzt (die Eingeborenen sammeln und kochen sie, die Wurzeln der Pflanze sind rot). Solange diese beiden Pflanzen grün sind, wird die ebenfalls im Gehege befindliche Luzerne nicht angerührt.

Die Frage, ob dem Straußen durch ein einseitiges Luzernefutter das Bestmögliche gereicht wird, ist meiner Ansicht nach noch nicht definitiv entschieden. Der Vogel der Wildnis sucht sich ein überaus vielseitiges Futter. Warum sollte eine dementsprechende Fütterung nicht auch den domestizierten Vögeln nützlich sein?

Die Verschiedenartigkeit des Produktes z. B. bei der Seidenzucht, je nach dem gereichten Futter, ist ja bekannt.

Die Luzernefelder, die man heute anlegen muß als Basis für die Straußenzucht, werden niemals an Wert verlieren, sie sind geradezu für jeden Viehzuchtbetrieb eine Schatzkammer. Man sollte aber nicht einfach auf dem Althergebrachten sitzen bleiben, sondern sich energisch auf die Suche nach anderen Pflanzen begeben, die der Strauß in der Natur findet, und versuchen, diese zu kultivieren.

Die Aussichten der Straußenzucht für Südwestafrika liegen, wie gesagt, meiner Ansicht nach nicht darin, dieselben Federntypen zu produzieren wie Südafrika, sondern darin, eigene Arbeit zu leisten und möglichst bessere Produkte zu erzielen. Nur auf diese Weise wird man sicher dauernden Absatz für Federn haben.

Die südafrikanische Zucht war bis vor einigen Jahren recht einseitig, echt buriisch; erst seit kurzem fängt man auch dort an, züchterisch auf Grund wissenschaftlicher Mitarbeit vorzugehen.

Wissenschaft und Praxis müssen auch in Südafrika von vornherein zusammenarbeiten, um Licht in viele heute noch dunkle Fragen zu bringen. Beherzigt man dann die in Südafrika gemachten Fehler, so kann auf solche Weise der Erfolg nicht ausbleiben. Mein Schlußwort ist aber auch hier dasselbe wie beim ersten Teil der Arbeit: Unser wilder, von der menschlichen Tätigkeit noch unbeeinflusster Strauß bietet die geeignete Basis für eine absichtsvolle züchterische deutsche Arbeit, die allerdings nicht von heute auf morgen, wohl aber für die Zukunft Gutes verheißen kann, wenn die Nachfrage nach Federn mit der Produktion wesentlich steigt.

Sunjatsens Pläne für die zukünftige Gestaltung des chinesischen Eisenbahnnetzes.

Von Kolschhorn,

Hauptmann und Kompagniechef im Württembergischen Pionier-Bataillon Nr. 13.

Ein Erlaß des Präsidenten Jüan-shikai vom 10. September 1912 weist darauf hin, daß die Entwicklung des Landes in erster Linie von einer zeitgemäßen Ausgestaltung des Verkehrswesens, insbesondere vom Ausbau des Eisenbahnnetzes, abhängt und überträgt Dr. Sunjatsen die Vorarbeiten für ein **n a t i o n a l e s E i s e n b a h n s y s t e m**. Sunjatsen wird gleichzeitig ermächtigt, mit der internationalen Finanzwelt in Beziehungen zu treten, um die Anleihefragen vorzubereiten; die Genehmigung der Anleihen ist natürlich der Regierung vorbehalten. Die Durchführung des von der Regierung gutgeheißenen Planes soll einer Zentraleisenbahnbehörde obliegen, deren Bildung und Vorstß ebenfalls Sunjatsen anvertraut wird.

Damit ist nicht nur eine gewaltige Macht und ein außergewöhnlich hoher Einfluß auf die Entwicklung Chinas, sondern überhaupt das allerwichtigste und dringendste Problem in die Hände des Interimspräsidenten des 400-Millionenreiches gelegt. Sunjatsen hat schon in seinen früheren Jahren ganz besonders dem Studium des Eisenbahnwesens obgelegen und während

seines vielfachen Aufenthaltes im Auslande gerade den hiermit zusammenhängenden Fragen an Ort und Stelle seine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Insbesondere ist es das gewaltige Eisenbahnnetz der Vereinigten Staaten, das ihm, wie wir später noch genauer sehen werden, gerade für die chinesischen Verhältnisse als vorbildlich erscheint.

Schon ehe der oben erwähnte Erlass des Präsidenten der chinesischen Republik herauskam, hatte er, nachdem seine offizielle politische Rolle mit der Abgabe der Präsidentschaft an Jüanschikai ausgespielt war, seinen ganzen persönlichen Einfluß und sein ganzes Ansehen in die Waagschale geworfen, um im ganzen chinesischen Volke der Ueberzeugung zum Siege zu verhelfen, daß in allererster Linie die Verbesserung des Verkehrs wesens es sei, von dem ein neuer wirtschaftlicher, nationaler und politischer Aufschwung des Reiches abhängt. Mit dem ganzen Feuereifer, der ihm zu eigen ist, hat dieser ewig unruhige, von Tatendrang und stolzester Vaterlandsliebe befeelte Stürmer sich diesem seinem Lieblingsgedanken gewidmet. Keine Gelegenheit hat er vorbeigehen lassen, um im Zwiegespräch mit einzelnen, in Volksversammlungen und in der Presse immer wieder diese seine Idee zum Ausdruck zu bringen, ihr immer neue Anhänger zu werben und gerade die Eisenbahnfrage, die nicht zum wenigsten den Ausbruch der Revolution und den blutigen Bürgerkrieg veranlaßt hat, nunmehr zu einem alle Chinesen einigenden Grundgedanken zu erheben.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß Jüanschikai diesem unruhigen und ehrgeizigen Geiste mit der Uebertragung einer solchen gewaltigen Aufgabe gewissermaßen auch eine Genußtunung für sein Abtreten von dem Präsidentenstuhle hat geben wollen; und indem er diesem Feuergeist ein in der Tat hohes und ein lebensfüllendes Ziel steckte, wußte er sich zugleich die Mitarbeit eines ohne Zweifel hochintelligenten, wenn auch manchmal vielleicht etwas phantastischen, auf jeden Fall aber tatendurstigen, unternehmungslustigen und verantwortungsfreudigen Mitarbeiters zu sichern.

Noch hat Sunjatsien sein endgültiges Programm nicht dem Präsidenten eingereicht, was ja bei der Kürze der Zeit keineswegs verwunderlich ist, aber er hat im Gespräch, in Reden und in der Presse seine Gedanken über die Frage so vielfach geäußert, daß es möglich ist, schon jetzt seinen Gedankengängen in großen Zügen nachzugehen, mag ihre Ausführung auch später unter der rauen Wirklichkeit noch recht erheblich umgestaltet und eingeschränkt werden.

Der Ausbau des chinesischen Eisenbahnnetzes, das das 400-Millionenreich planmäßig erschließt und einer neuen wirtschaftlichen und politischen Zukunft entgegenführen wird, ist ein Vorgang, der das Interesse auch der abendländischen Kulturvölker in ganz besonderem Maße verdient, mehr vielleicht als wir zurzeit übersehen und ahnen können. Wenn ein Reich, das etwa ein Fünftel bis ein Viertel der gesamten Menschheit unseres Planeten beherbergt, im Begriff ist, in allen seinen Teilen und im beschleunigten Tempo von der See und von der Landseite her den Anschluß an die übrige Welt zu suchen, der

war bisher nicht vollständig fehlte, aber doch bislang nur die Ränder dieses Volkstums, also einen kleinen Bruchteil, keinesfalls aber die gewaltige Masse ergriffen, und der die wirtschaftlichen Möglichkeiten, insonderheit seine Bodenschätze, nur in verschwindend kleinem Maßstabe zur Verwertung geführt hat, so ist das die Einleitung zu einem gewaltigen geschichtlichen Vorgange. Daß die Erschließung des chinesischen Reiches trotz gelegentlicher Rückschläge ein ganz anderes Tempo annehmen wird als bisher, das dürfte wohl niemand bestritten wollen — mag es bei der so vielfach größeren Masse auch nicht so schnell gehen wie bei dem meerrumpfluten, von allen Seiten daher leichter zugänglichen schmalen japanischen Inselreiche.

Sehen wir uns nunmehr Sunjatsens Gedankengänge etwas näher an.

Wie bereits erwähnt, hat Sunjatsen sein endgültiges Programm mit allen Einzelheiten noch nicht der Öffentlichkeit unterbreitet, doch hat er anderseits die grundlegende Idee über das Eisenbahnsystem, das er zur Erschließung Chinas für notwendig hält, so vielfach geäußert, um sich in großen Zügen wenigstens ein Bild machen zu können. Danach plant er drei große Stammelinien, die, von der Küste ausgehend, einmal die sogenannten Außenländer, die Mongolei, Ssinking und Tibet, in enge Verbindung mit dem Hauptlande bringen sollen, und von denen aus, nachdem das Land politisch und wirtschaftlich erstarrt ist, der Anschluß über die westasiatischen Linien an das europäische Eisenbahnnetz angestrebt werden soll.

Diese drei großen Stammelinien sind folgendermaßen gedacht: Die nördlichste von Chinwangtao durch die Nordmongolei nach Kobdo — hier soll ein späterer Anschluß an die sibirische Bahn in Gegend Tomsk in Aussicht genommen sein —; die mittlere von Schanghai durch Kiangsu, Anhui, Honan, Schensi, Kaifu und Ssinking nach Ali (Anschluß an die Bahn Orenburg—Taiskent?) und die südliche von Kanton durch Jünnan und Szechuan nach Lhasa. Selbstverständlich ist eine mehrfache Verbindung durch Luerbahnen vorgesehen (zum Teil ergibt sie sich ja schon aus dem heutigen Eisenbahnnetz). Dazu tritt natürlich noch eine große Anzahl von Nebenbahnen, sogenannter Provinzialbahnen, deren Festlegung im Einverständnis mit den beteiligten Provinzen geschehen soll.

Daß dies Programm „aufs ganze geht“, sieht man auf den ersten Blick; man hat das Programm daher vielfach auch „Sunjatsens Eisenbahntraum“ genannt. Mit einem endgültigen Urteil dürfte man aber doch noch zurückhalten müssen, bis Sunjatsen seine Pläne etwas eingehender auseinandergesetzt hat. Die Schwierigkeiten, wie sie allein schon die geographischen Verhältnisse Innerasiens dem Bahnbau entgegensetzen, dürften doch wohl unterschätzt sein. Unüberwindlich an sich sind sie wohl nicht, aber eben nur dann, wenn die Geldfrage keine Rolle spielt, um so mehr als bei dem westlichen Drittel aller drei Strecken auf eine Rentabilität zunächst kaum zu rechnen ist.

Auch in der Finanzfrage geht Sunjatsen aufs ganze. Er selbst hat die Gesamtkosten des ihm vorstehenden Eisenbahnnetzes auf 6 Milliarden

Silberdollar, also 12 bis 13 Milliarden Mark veranschlagt. China selbst, das gibt er zu, könne natürlich eine solche Summe nicht aufbringen; sondern es sei unbedingt auf die finanzielle Hilfe des Auslandes angewiesen; er glaubt aber, daß es möglich sei, eine solche Summe zu beschaffen, allerdings nicht in bar, sondern er denkt sich die Beschaffung derart, daß vier Fünftel der Summe von vornherein in Form von Eisenbahnmateriale und nur ein Fünftel in bar geliehen werden. Er rechnet hier also mit dem Wettbewerb, oder richtiger gesagt, mit dem Wettlauf und der Konkurrenz der europäischen Kulturvölker und der Vereinigten Staaten, sich einen möglichst großen Anteil am ostasiatischen Markt, zumal an diesen gewaltigen Lieferungen zu sichern, die ohne Zweifel eine dauernde große Strecken durchziehende eindringliche Reklame des Bauenden und seines Staates bilden.

Hinsichtlich der Sicherstellung der Verzinsung hält Sunjatsen das Steuerwesen Chinas so kräftig und entwicklungsfähig, um einen großen Teil der Anleihezinsen garantieren zu können, in erster Linie rechnet er aber damit, daß die Bahnen sich selbst verzinzen und amortisieren: er denkt sich die Mehrzahl der Linien so finanziert, daß Finanzgruppen den gesamten Bau und den Betrieb übernehmen und daß nach einer bestimmten Reihe von Jahren die Eisenbahnen ohne jede Entschädigung in den Besitz Chinas übergehen. Er weist dabei besonders auf das Beispiel Nordamerikas hin: dort brächten die Eisenbahnen jährlich $1\frac{1}{2}$ Milliarden Silberdollar ein und amortisierten schon nach 10 Jahren das Anlagekapital. „Bei uns, wo 400 Millionen Menschen und $2\frac{1}{2}$ Millionen Quadratmeilen auf die Erschließung durch Eisenbahnen warten, sollten da nicht die Einnahmen entsprechend größer als in Amerika sein?“ Diese Beweisführung für die Rentabilität dürfte in dieser Allgemeinheit doch ziemlich ansehnlich sein, wenn sie für einzelne Strecken auch vielleicht zutreffen mag.

Was die Kostenberechnung anlangt, so meint unser amerikanischer Gewährsmann, daß die Summe von 45 000 Golddollar für die englische Meile als Durchschnitt nicht zu gering gesetzt sei; die großen amerikanischen Eisenbahnbaunternehmer, wie J. G. White u. Co., oder Pearsons oder Paulings', die im asiatischen Eisenbahnbau große Erfahrung besäßen, würden mit Vergnügen den Bau von Bahnen schon für einen Durchschnittspreis von 40 000 Golddollar für die englische Meile übernehmen.

Für die Durchführung seines Planes hat er sich nur die kurze Zeit von 10 Jahren gesetzt: 2 Jahre veranschlagt er für die Finanzierung, 2 Jahre für die Vorarbeiten und für die endgültige Festlegung der Linien, 6 Jahre für den eigentlichen Bau.

An Arbeitskräften rechnet er 2 Millionen Chinesen für die 200 000 Li Eisenbahnen, die er in diesen 10 Jahren zu bauen beabsichtigt. „Sollten wir unter unseren 400 Millionen Menschen nicht diese 2 Millionen finden können?“

Auch des Widerstandes und der Eigenbrödeleien im eigenen Lande hofft Sunjatsen Herr zu werden. Wie bereits erwähnt, ist gerade die Eisenbahnfrage — ob Reichs- oder Provinz- oder Gesellschaftsbahn — mit ein Hauptanlaß zur chinesischen Revolution gewesen. Er wendet sich an den Patriotismus seiner Landsleute, und in allen seinen Reden und Zwiegesprächen, besonders aber in der Presse, die er geschickt zu benutzen weiß, stachelt er die nationalen Gefühle seiner Landsleute auf. „Die aggressive Politik Rußlands in der Nordmandschurei und in der Mongolei, das unumschränkte Schalten und Walten Japans in der Südmandschurei, das Vordringen englischen Einflusses in Tibet, sind diese nicht eine Herausforderung unseres militärischen Stolzes“ und weiter: „Der Bau von Eisenbahnen ist daher die dringendste Frage für China, ja, es ist die Existenzfrage unserer Republik.“ „Die höchste Gewalt bei einer Volksregierung ruht beim Volke selbst, von seinem Ja und Amen hängen die wichtigsten Entscheidungen ab.“ „Von Ihnen, die Sie die öffentliche Meinung darstellen,“ äußerte sich Sunjatsen in einer Versammlung der Presse in Peking, „erwarte ich, daß Sie jedes Ihnen zu Gebote stehende Mittel anwenden, um die Ueberzeugung von der Notwendigkeit und der Wohltat der Eisenbahnen zum Allgemeingut werden zu lassen, so daß meine Pläne, die ich aufs reiflichste überlegt habe, in die Wirklichkeit umgesetzt werden können.“ In dem Dampf-Loß sieht Sunjatsen das Allheilmittel für alle Gebrechen Chinas: der Zusammenhalt der infolge des mangelhaften Verkehrswezens ein Sonderleben führenden Provinzen wird erstarken, das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Teile des Reiches wird den Patriotismus heben, die Hungersnöte werden schwinden, der Reichtum wird sich mehren, wenn die Hebung der unermesslichen Bodenschätze, die ungenutzt im Schoße der Erde ruhen, in Angriff genommen wird.

Wohl ist Sunjatsen, wie die vorstehenden Ausführungen wohl haben erkennen lassen, ein Idealist und Optimist; manchmal ist man versucht zu sagen ein Phantast. Auch jetzt schon läßt sich, wie an manchen Stellen angedeutet wurde, leicht die Sonde der Kritik an seine Pläne ansetzen. Aber es wäre deshalb verfrüht, seine Pläne im ganzen von vornherein als undurchführbar hinzustellen. Mit seiner Nordlinie, die die Mongolei dem Reiche retten sollte, dürfte er vielleicht schon zu spät kommen; fast scheint es, als ob eher Rußland eine Eisenbahn dorthin bauen wird; die jetzigen Vorgänge dort sind jedenfalls ein bedenkliches politisches Zeichen. Auch sonst dürften Sunjatsens Pläne wohl noch recht kräftig beschnitten werden. Denn wenn auch der Wettstreit der ostasiatischen Mächte um den ostasiatischen Markt manche Aussicht auf die Gewährung von Anleihen bietet, daß solch gewaltige Mittel zum wenigsten in solch kurzer Zeit sich nach China wenden, ist kaum anzunehmen. In dieser Hinsicht dürften Sunjatsens Gedanken doch wohl mehr ein „Traum“ sein.

Die einzelnen Linien zu kritisieren, ehe die Führung etwas näher präzisiert ist, dürfte ebenfalls zurzeit noch verfrüht sein. Das Projekt Sunjatsens

aber ohne weiteres mit einem überlegenen Lächeln abzutun, würde zu weit gehen: ein Mann, der als Seele der chinesischen Revolution — auch wohl wider Erwarten der meisten Europäer — dem republikanischen Gedanken so unerwartet schnell zum Siege verholfen hat, ist doch ohne Zweifel eine Persönlichkeit, die ernst genommen zu werden verdient. Sobald Sunjatsens Pläne in ihren Einzelheiten vorliegen, werden wir auf sie zurückkommen.

(Nach asiatischen Zeitschriften, insbesondere *The Far Eastern Review*. 1912. Juli-, September- und Oktober-Heft.)

Deutschlands kolonial-landwirtschaftliche Maschinenindustrie.

Von Ingenieur Gottfried Goldberg, Berlin-Lichterfelde.

In einem Aufsatz „Die Aufgaben des kolonialen Maschinenbaus“ im Märzheft der „Kolonialen Monatsblätter“ ist bereits vom Verf. darauf hingewiesen worden, daß die deutsche Maschinenindustrie beginnt, langsam das neue Tätigkeitsfeld, welches sich ihr in den deutschen Kolonien vorbereitet, zu erobern. Es war natürlich, daß sich die ersten Ansiedler unserer Schutzgebiete zunächst mit ihren Bedürfnissen an das Ausland wenden mußten, und infolgedessen im Anfange hauptsächlich Maschinen aus älteren Kolonialstaaten, wie England und Amerika, eingeführt wurden. Zum Glück hat die deutsche Maschinenindustrie, welche mit jedem Industrieland der Welt in Konkurrenz zu treten vermag, durch schnelles, tatkräftiges Handeln diesem Zustand ein rechtzeitiges Ende zu machen gewußt. Mit dem wachsenden Interesse für unsere Kolonien und ihrer steigenden Besiedlung haben sich auch die deutschen Firmen vermehrt, welche koloniale Maschinen auf den Markt bringen. Bedürfnis und Erfahrung gingen Hand in Hand mit der Schaffung neuer Maschinentypen, die immer mehr dem kolonialen Bedarf angepaßt sind.

Insbesondere ist es das Gebiet der landwirtschaftlichen Maschinen, auf welchem lebhafteste Nachfrage und entsprechendes Angebot herrschen. Die Natur unserer Schutzgebiete ist bekanntlich derart, daß fürs erste das Hauptgewicht auf die Landwirtschaft gelegt werden muß, und verschiedene Umstände lassen die Einführung von Maschinenmaterial zu diesen Zwecken besonders wünschenswert erscheinen. Wendet sich der moderne Landwirt schon seit Jahren, gezwungen durch Leutenot usw., im Mutterlande dem Maschinenbetriebe zu, so gelten diese Gründe für unsere Schutzgebiete noch im vermehrten Maße. Nicht allein, daß unsere kolonialen Ansiedler stets unter einem dringenden Mangel an Arbeitern leiden; es kommt noch als erschwerendes Moment der stete Leutenwechsel hinzu, da die Unzuverlässigkeit der Eingeborenen ja hinreichend bekannt ist. Endlich aber sind die meisten der farbigen Arbeiter entweder schwerer Landarbeit unfähig oder doch sehr abgeneigt, zudem auch noch vielfach gänzlich ungeübt. Die Beschaffung geeigneter landwirtschaftlicher Maschinen ist daher zum dringenden Bedürfnis geworden.

Zu den landwirtschaftlichen Arbeiten, welche schon bei uns zu den schwersten und ermüdendsten gehören, zählen besonders diejenigen der Bodenkultur. Wieder herrschen dabei im Mutterlande noch bedeutend günstigere Verhältnisse wie in den Kolonien. Bei uns findet sich fast durchgängig alter, oft bearbeiteter Kulturboden vor, während in unseren Schutzgebieten der Urwaldboden besonders begehrt wird. Zwar erfordert derselbe bei der ersten Bearbeitung ein vermehrtes Arbeitsquantum, doch sind die Erträge des jungfräulichen, humusreichen Bodens dafür doppelt reich. Zur Anlage tropischer Baumplantagen machen es sich die Ansiedler verhältnismäßig leicht, indem sie die gefälltten Baumriesen samt den Stümpfen durch Feuer ausrotten. Anders und schwieriger liegen die Verhältnisse jedoch, wenn einjährige Pflanzen, wie Getreide und

Knollenfrüchte, Baumwolle, Mais usw. zur Anpflanzung gelangen. In solchen Fällen ist es notwendig, zunächst die Baumstämme zu fällen, was gleichfalls durch Maschinen geschehen kann. Die Firma Kirchner u. Co., Leipzig-Zeilershausen, bringt Baumstammfällmaschinen in den Handel, welche infolge ihrer vorteilhaften Konstruktion schon weite Verbreitung gefunden haben. Der weiteren Zerkleinerung dient die transportable Baumstammquersäge der Firma C. L. W. Fleck Söhne, Berlin-Reinickendorf. Auf das Fällen der Stämme folgt die mühsame Entfernung der Stümpfe und Wurzeln, wozu gleichfalls vorteilhaft konstruierte Rodemaschinen dienen, welche die Arbeit wesentlich erleichtern. Vorteilhaft eingeführt haben sich außer den Büttnerschen Forstgeräten (zu beziehen durch Büttnier, Gisa, Post Alsfeld, Hessen) Rodemaschinen, wie sie von W. Janke in Hamburg und der Maschinenfabrik Koggaß u. Co., Berlin-Pankow konstruiert werden.

Nachdem der Boden auf diese Weise vorbereitet ist, beginnt die eigentliche Arbeit des Landmannes, die nun derjenigen des deutschen Landwirts in vieler Beziehung gleicht. Die Apparate, deren sich der Ansiedler bedient, werden sich auch in der neuen Heimat nach der Art des zu bearbeitenden Bodens richten. Bei kleineren Betrieben wird in den meisten Fällen dem Gespinnpflug der Vorzug schon aus wirtschaftlichen Gründen gegeben werden. Aber auch hier sind Fälle denkbar, zum Beispiel das Auftreten der gefährdeten Zetsefliege, welche für alle Haustiere verderblich wird, die zur Anschaffung eines Motor- oder Dampfpluges drängen.

Ueber einen nach Deutsch-Ostafrika eingeführten Motorpflug aus der Fabrik Gustav Böhl, Gößnitz, S.-M., ist in einer Sitzung des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees, des Wirtschaftlichen Ausschusses der Deutschen Kolonialgesellschaft, eingehend berichtet worden. Der Besitzer einer Baumwollfarm hatte verschiedene Pflüge in Deutschland eingehend auf ihre Verwendbarkeit für die Kolonien geprüft, und seine Wahl war auf das Böhl'sche Fabrikat gefallen. Die Eigenart dieses Pfluges beruht in seiner Kombination eines gewöhnlichen mehrscharigen Pfluges mit einigen rotierenden Vorschneidern. Diese bestehen aus stählernen kreisförmigen Scheiben und sind mit Quermessern besetzt, die vom Motor gedreht werden. Ihre Arbeit besteht darin, den Boden vor dem Pfluge in kleinere Stücke zu zerschneiden, wodurch die Arbeit des eigentlichen Pfluges erleichtert wird. Der dreirädrige Motorwagen kann mit jedem eigentlichen Ackergerät gekuppelt werden, so daß derselbe auch zum Ziehen von Kultivatoren, Eggen, Walzen und Sämaschinen usw. verwendet werden kann. Die Stärke des Motors richtet sich nach der Eigenart des zu bearbeitenden Bodens, für die Kolonien dürfte sich der 80-PS-Motor eignen. Die Fahrt kann mit drei leicht umzuschaltenden Uebertragungen erfolgen, zudem ist ein Rückwärtsgang vorgesehen, so daß die Beweglichkeit des Pfluges nichts zu wünschen übrig läßt. Die Breite des Pfluges beträgt etwa 1,90 m, doch glaubt der Fabrikant, noch schmalere Pflüge von gleicher Leistungsfähigkeit auf den Markt bringen zu können, die sich besonders bei Zisal- und Agavenpflanzungen als vorteilhaft erweisen dürften.

Ueber die Wirtschaftlichkeit des Pfluges stellt die Firma folgende, allerdings auf einheimischen Verhältnissen fußende Berechnung auf: Angenommen, der Motorpflug hätte pro Jahr 4000 Morgen Land zu pflügen, und zwar eine Hälfte hiervon tief und die andere schälend. Der Preis einer solchen Maschine beläuft sich auf zirka 27 000 Mark. (Hierzu kämen zirka 2000 Mark für Verpackung, Versicherung und Landedung des Pfluges bei einer Sendung nach Deutsch-Ostafrika.) Es können gerechnet werden:

15 Prozent Verzinsung und Amortisation	4 050 Mark
Brennstoff, Öl, Fett usw.	9 000 "
Reparaturen pro Jahr, hoch gerechnet	900 "
Lohn für den Motorführer, pro Morgen 10 Pfennig	400 "
Diverses	650 "

Summa 15 000 Mark.

Die Bearbeitung eines Morgens beläuft sich demnach auf 3,75 Mark. Bei der Berechnung ist angenommen, daß ein Acht-Schar-Pflug verwandt wird, welcher durchschnittlich mindestens dreißig Morgen pro Tag leistet. Für das eigentliche Pflügen sind nur 135 Tage eingelegt, die Restzeit von 15 Tagen findet zur Reinigung von Pflug und Motor und zum Transport von einem Schlag zum anderen Verwendung.

Gute Resultate hat bisher auch der Pflug der Firma Stock-Motorpflug-Gesellschaft m. b. H. in Berlin in den Kolonien gezeitigt, wo er Eingang gefunden hat. Im allgemeinen stellen sich die Pflüge dieser Fabrik etwas billiger als die Pöhlischen Fabrikate, obgleich auch hier Material und Ausführung als einwandfrei bezeichnet werden dürfen. Bei einer mittleren Furchentiefe von rund 22 cm konnten bei angestellten Versuchen etwa 0,6 ha in der Stunde gepflügt werden. Während dieser Zeit belief sich der Verbrauch an Benzin auf 11,38 kg, mithin auf 19 kg pro 1 ha. Bei geringerer Furchentiefe verringert sich der Bedarf an Benzin. Interessant dürfte sein, daß von den Motorpflügen dieser Fabrik bereits über 700 verkauft worden sind und die Firma für gute Leistungen goldene Medaillen auf verschiedenen Ausstellungen erworben hat.

Empfehlenswerte Motorpflüge werden auch von der bekannten Firma Heinrich Lanz, Mannheim, erbaut; dem Interessenten steht also die Wahl offen, und er ist durchaus nicht gezwungen, sich an die ausländische Konkurrenz zu wenden.

Rein wirtschaftlich beurteilt, stellt der Motorbetrieb sich erheblich günstiger als der Betrieb mit Zugtieren. Ganz besonders geeignet erscheint diese Maschine für bergiges und steil abfallendes Land mit schwer zu bearbeitendem Boden. Bei trockener Jahreszeit, wenn der Weispampflug auf strengem Ton- oder Lehmboden ergebnislos arbeitet, kann der Motorpflug, wie die Besitzer großer Ländereien erprobt haben, jederzeit, und zwar mit relativ kleiner Betriebskraft vorteilhaft verwendet werden. Auf Wunsch des Bestellers kann der Motorpflug eventuell auch so hergestellt werden, daß er, wenn nötig, auch Anwendung als Straßenwalze finden kann. Bedenkt man ferner, daß durch die hohe Leistungsfähigkeit des Motorpfluges etwa 12 Paar Weispampflüge ersetzt werden, so muß wohl auch der ausgeprägteste Skeptiker durch diesen Vergleich bekehrt werden.

Eine andere sehr leistungsfähige Art von Bodenbearbeitungsmaschine ist der Dampf-pflug, wenn auch nicht verschwiegen werden darf, daß derselbe schwerer und auch teurer ist als der Motorpflug, welcher seinem älteren Vorgänger lebhaftere Konkurrenz zu machen beginnt. Wird doch durch das hohe Gewicht der Maschine - sie wiegt etwa 300 bis 450 Zentner - der Transport auf schlechten Wegen usw. häufig recht schwierig gestaltet, und beläuft sich ihr Preis sogar auf die nicht geringe Summe von 60—80 000 Mark. Die Verbreitung des Dampf-pfluges im vorigen Jahrhundert ist hauptsächlich ein Verdienst der englischen Firma John Fowler und eng mit dem Namen des deutschen Ingenieurs und Schriftstellers Max Erntz verknüpft. Die prächtige Schilderung eines Dampfweftpflügens in Ägypten und Amerika dürfte den meisten Lesern aus seinem Novellenbände „Hinter Pflug und Schraubstock“ bekannt sein. Die Konstrukteure dieser Maschinengattung sind seitdem dem modernen Zuge der Zeit gefolgt und haben jeden Fortschritt der Technik ausgenutzt, um den Dampf-pflug so vollkommen zu gestalten, wie dies die moderne Landwirtschaft erfordert. Das Zweimaschinensystem, das zwar höhere Anschaffungskosten erfordert als das Einmaschinensystem, da zwei selbstfahrende Pfluglokomotiven erforderlich sind, arbeitet, wie dies langjährige Erfahrungen bestätigen, durchaus rationell. Unter den Firmen, welche mit Erfolg auf diesem Gebiete tätig waren und auch nach exotischen Ländern exportieren, mögen Hr. Dehne, Halberstadt, M. Wenke, A.-G., Graudenz, J. Kemna, Breslau V und A. Heude, Hainsineidorf, genannt werden.

Für solche Landwirte, deren wirtschaftliche Lage die Beschaffung von Dampf- oder Motorpflügen nicht gestattet, sind die aus dauerhaftem, elastischem Stahl hergestellten

Geispaunpflüge die begehrtesten Geräte. Bei der Herstellung dieser Apparate bedienen sich die besseren Fabriken neuerdings nur noch des Stahls als Baumaterial. Aus diesem Grunde nehmen es die Erzeugnisse der deutschen Industrie in vollem Maße mit den englischen und amerikanischen Bodenbearbeitungsgeräten auf: die zähen und relativ harten Stahlteile, besonders die Streichbleche, sind so widerstandsfähig, daß auch auf festem und steinigem Boden ein Bruch zur Seltenheit gehört. Den Bedürfnissen des Ansiedlers wird auch durch den zwischen 4–60 cm wechselnden Tiefgang der Schare in jeder Hinsicht Rechnung getragen. Für Bodenbearbeitungsapparate, Pflüge, Kultivatoren, Ringelwalzen, Sämaschinen usw. sind unter anderen folgende Maschinenfabriken besonders zu empfehlen: Rud. Vächer, Raudnitz a. G., Carl Veermann, Berlin SO, Eisenwerk Passum, Passum, H. Treyer, Gaste, Post Häßbergen bei Csnatrub, Ph. Manfarth u. Co., Frankfurt a. M., Rudolf Zsch, Leipzig-Plagwitz, Westfälische Stahlpflugfabrik H. Niemeyer Söhne, Niesenbeck i. Westf.

Ähnlich reichhaltig ist auch die Auswahl der Fabriken, welche Erntemaschinen, also Mäh- und Treidemaschinen, Kartoffelausheber usw. auf den Markt bringen. Die meisten der obengenannten Firmen liefern auch diese Apparate, dazu gesellen sich noch: Maschinenfabrik Badenia, Weinheim, Baden, A.-G. Fahr, Gottmadingen, Baden, Heinrich Lang, Mannheim, Kurrmann u. Co., Völsfeld. Erstere befaßt sich insbesondere mit der Produktion folgender Apparate: Treidemaschinen für Hand-, Göpel-, Motor- und Dampftrieb, Futterfächnemaschinen, Rübenschnneider, Schrotmühlen und Ackerwalzen.

Die ausgedehnte Viehwirtschaft, welche eine der Haupteinnahmequellen Deutsch-Südwests bildet, erfordert Molteremaschinen verschiedenster Art. Als Bezugsquellen seien hier unter anderen die Märkische Maschinenbauanstalt Teutonia, Frankfurt a. O., welche sich hauptsächlich mit ihren Milchzentrifugen und Milchseparatoren einen Ruf erworben hat, ferner das Bergedorfer Eisenwerk, Bergedorf 2 bei Hamburg, G. E. Litz, Naumburg a. S. und M. Jepsen Sohn, Flensburg i. Schlesw.-Holst., aufgeführt. Apparate zum Schlachten des Viehs sowie ganze Schlachthauseinrichtungen werden durch die Maschinenfabrik W. Stohrer, Leonberg i. Württbg. produziert. Desgleichen hat die Firma F. Sartorius u. Söhne in Göttingen mit ihren Apparaten für Geflügelzucht und Angelsport ein reiches Absatzgebiet in unseren Kolonien gefunden.

Wenn die hier erwähnten Maschinen zum großen Teil von den landwirtschaftlichen Geräten des Mutterlandes wenig oder gar nicht abweichen, so existieren doch auch viele Erzeugnisse der deutschen Industrie, welche ausschließlich für tropische bzw. koloniale Länder hergestellt werden. Der Konstruktion dieser Maschinen ist ein genaues Studium der kolonialen Verhältnisse und Bedürfnisse vorausgegangen, und die deutschen Ingenieure haben sich durchaus nicht blind an die gegebenen ausländischen Muster angelehnt. Hierdurch sind Apparate geschaffen worden, welche sich in vieler Beziehung der ausländischen Konkurrenz überlegen gezeigt haben. In neuerer Zeit wird hauptsächlich der Baumwollpflanzungen ein lebhaftes Interesse entgegen gebracht, und die augenblickliche Lage des Weltmarktes läßt die Anlage diesbezüglicher Plantagen als eine günstige Kapitalanlage erscheinen. Infolgedessen zeigt sich die Nachfrage nach Baumwollentkörnungsmaschinen zurzeit recht lebhaft, und es ist nicht verwunderlich, daß sich verschiedene deutsche Fabriken mit der Fabrikation von Sägen- und Walzengins beschäftigen. Hervorgehoben zu werden verdienen die Firmen Fr. Haake in Berlin NW., die Sächsische Maschinenfabrik, vorm. Richard Hartmann in Chemnitz, Grether u. Co. in Freiburg i. B., die Harburger Eisen- und Bronzeverke in Harburg i. G. und Rittershaus u. Plescher, Barmen. Baumwollpressen liefern unter anderen außerdem die Firmen Fried. Krupp, A.-G., Grusonwerk, Magdeburg-Puckau und Ph. Manfarth u. Co., Frankfurt a. M. Ueber den Unterschied zwischen den sogenannten Walzen- und Sägegins sei hier kurz folgendes bemerkt: die Walzengins bestehen aus einer mit schraubenförmigen Nuten versehenen Lederwalze, welche durch ihre Drehung die Fasern der rohen Baumwolle unter einem

federnd angebrückten Stahlblatt durchzieht und dadurch von den Baumvollkernen befreit. Die Sägegins arbeiten in der Weise, daß die Fasern von den Zähnen einer Sägewalze durch einen Klotz gezogen werden, wobei die Kerne abgleiten. Auf ähnlicher Konstruktion beruhen auch die Vintergins.

Vorreinigungs- und Entfernungsmaschinen für Kapof werden in moderner Konstruktion und gediegener Ausführung von der Firma Evans u. Gangler, Berlin NW. in den Handel gebracht. Dieser Apparat, welcher sich durch hohe Wirtschaftlichkeit infolge eines sehr geringen Kraftverbrauches auszeichnet, eignet sich auch für alle anderen Faserprodukte, wie Leon, Baumwolle usw. Die Maschine leistet bei zehnstündiger Arbeit zirka 1500–2000 kg fertiger Produkte und beansprucht einen zirka 4–5 HP-Motor.

Ein nicht unbeträchtliches Ausführungsprodukt stellt desgleichen der Eisalhanf dar. Um die Blätter der Eisalagabe vom Blattfleisch zu befreien, kommen gleichfalls Faser- gewinnungsmaschinen zur Anwendung. Die einfachste Maschinengattung dieser Art ist der sogenannte Kaspador, der von den Maschinenfabriken Fr. Haake in Berlin und H. Benisch, G. m. b. H. in Ludenwalde geführt wird. Doch können diese Maschinen nur ein ziemlich geringes Arbeitsquantum (zirka 1000 Blätter pro Tag) bewältigen, bedürfen aber trotzdem zur Bedienung zweier Arbeiter. Größeren Ansprüchen genügt dagegen eine nach Patent Voeken von Friedr. Krupp A.-G., Grusonwerk, auf den Markt gebrachte Maschine, welche den Namen „Neu-Corona“ erhalten hat. Die Leistung dieser Maschine beläuft sich bei einem Kraftverbrauch von 30–40 PS bei zehnstündigem Betriebe auf 130–150 000 Blätter, also dementsprechend auf 20 000 kg trockener Faser.

Von hoher Bedeutung, nicht allein für den kolonialen Wohlstand, sondern auch für die allgemeine Wirtschaftslage ist auch die Kautschuk- resp. Gummigewinnung in unseren Schutzgebieten. Zur Reinigung des gesammelten Kautschuks sind Waschapparate und Trockenvorrichtungen notwendig, welche insbesondere durch die Firmen G. Herrmann Haßmann in Großenhain in Sachsen und Werner u. Pfleiderer in Cannstatt in den Handel gebracht werden.

Ein Industriezweig, der wahrscheinlich berufen ist, die Entwicklung des Verkehrslebens und der Industrie unserer Schutzgebiete nicht unwesentlich zu beeinflussen, ist die Selgewinnung. Der Sel- oder Dieselmotor erobert sich ein immer weiteres Tätigkeitsfeld und dürfte insbesondere dann zum idealen Propulsionsapparat in unseren Kolonien werden, wenn es wirklich gelingt, ihn durch vegetabilische Öle zu speisen, wozu die Versuche der Kolonial-Technischen Kommission zielen. Schon jetzt ist die Produktion von Palmölen in den tropischen Kolonien sehr verbreitet, später dürfte jedoch auch zur Verwertung von Sesam-, Rizinus-, Erdnüssen, Baumvollsamen usw. geschritten werden. In der Hauptsache unterstützen die bis jetzt in Deutschland gebauten Selgewinnungsmaschinen die Palmölproduktion, doch finden sich gerade auf diesem Gebiete sehr zahlreiche Maschinentypen vor, so daß jeder Interessent das für ihn geeignete leicht findet, ob es sich nun um eine große oder kleine Anlage handelt.

Wie zahlreich die mechanischen Hilfsmittel für eine komplette Palmölwertanlage sind, geht aus folgender Zusammenstellung hervor: ein Werk, welches bei einem täglichen Verbrauch von 10 000 kg Früchten in zehnstündiger Arbeitszeit 1500–2000 kg Sel und Kerne gewinnen will, bedarf dafür: Palmfruchttrebber, Vorfochapparate, Schälmaschinen, Schälwasserbecken, Filtrierbassins, Schlammföcher, hydraulische Selpressen, Preßpumpwerke, Selsammelbassins, Raffinierkessel, Doppelelevatoren, Trockenapparate, Lufterhitzer, Entfernungsmaschinen, und noch einige allgemeine Maschinen, wie Lokomobile, Wasserpumpen usw. Solche vollkommenen Anlagen können sowohl durch die Firma Fr. Haake, Berlin NW, als durch Friedr. Krupp, A.-G., Grusonwerk, Magdeburg-Buckau bezogen werden. Spezialmaschinen, wie Kolonialmühlen usw., welche automatisch die Frucht zu Sel und Selsuchen verarbeiten, liefert desgleichen unter beförderter

Wahrung der wirtschaftlichen Interessen die Maschinenfabrik Duchscher u. Co., Wecker i. Lurenbg. Filtrierpressen, die zur Vereitung von feinem Speiseöl dienen, und so präzise arbeiten, daß jedes Absteifen fortlassen und das Öl gleich in Versandfässer gefüllt werden kann, bringt die Maschinenfabrik Wegelin u. Hübner, Halle a. S. auf den Markt. Einen eigenartigen Weg schlägt die Firma W. Janke, Hamburg, mit ihren Apparaten ein; sie bevorzugt das von Fournier vorgeschlagene „Trockenverfahren“ und läßt die vollständigen Früchte zunächst in Wärmepfannen erhitzen und dann in hydraulischen Ölpresen auspressen. Die bei diesem Verfahren gewonnenen Ölschuden enthalten noch die Palminußschalen, die durch einen besonderen Mechanismus davon getrennt werden. Ölpresen werden desgleichen geliefert durch die Fabriken Ehrhardt, Wolfenbüttel, Ph. Mayfarth u. Co., Frankfurt a. M. und Fr. Lehne, Halle a. S.

Ein verwandtes Gebiet ist die Verwertung der Kokosnuß, aus welcher bekanntlich gleichfalls ein beliebtes Speiseöl gewonnen wird. Unterstützt wird diese Industrie durch Kokosnußpalmmaschinen, von denen diejenige der Firma Fr. Haake in Berlin durch das Kolonial-Wirtschaftliche Komitee preisgekrönt worden ist. Die Leistung der Maschine beläuft sich auf 600 Nüsse pro Stunde. Dazu kommt, daß bei dieser Methode die Faser der Nuß fast unverletzt bleibt, so daß auch diese noch zu Stricken, Matten usw. ausgenutzt werden kann. Zur Entfaserung der Nüsse dienen gleichfalls geeignete Apparate. Der Kern der Nuß, die sogenannte Kopra, muß, um den Transport unbeschädigt überdauern zu können, noch getrocknet werden. Diesem Zweck dienen große Tarren, bei welchen entweder die Sonne oder künstliche Heizung den Trockenprozeß unterstützt. Diese Kopradarren werden von W. Janke, Hamburg, und der Sächsischen Maschinenfabrik in Chemnitz geliefert.

Der Anbau von Kaffee, Kakao und Tabak in unseren Kolonien gewinnt allmählich immer mehr an Ausdehnung und Verbreitung, infolgedessen sind auch die technischen Hilfsmittel, welche diesem Zweige der kolonialen Landwirtschaft dienen, zahlreich und mannigfaltig. Zu den wichtigsten Maschinen dieser Art zählen die Kaffeeschäl- und Poliermaschinen, welche meistens für Dampftrieb eingerichtet sind. Doch finden sich auch kleine Handbetriebsmaschinen, bei welchen ein Windfeger an Stelle des Exhaustors die losen Hülsen entfernt. Maschinen dieser Art werden durch die Firma Fried. Krupp, A.-G., Grusonwerk und W. Janke, Hamburg, hergestellt. Ein besonders weites Feld öffnet sich der deutschen Industrie durch den wachsenden Kakaobohnenanbau. Hier bedarf es noch immer einiger Maschinentypen größeren Stils, denn die kleineren Trockenapparate, welche Ph. Mayfarth fabriziert, dürften größeren Betrieben nicht genügen. Vollständige Einrichtungen für die Kakaofabrikation sind bis jetzt Spezialgebiet der Firma Hückauf u. Wille, Hamburg-Altona.

Das Verdienst des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees ist es, immer wieder auf den Nutzen von Tabakpflanzungen hinzuweisen und solche anzuregen. Erst in letzter Zeit sind Produkte unserer Kolonien nach Europa gelangt, welche einen nicht zu kritisierenden Hausher wohl befriedigen können. Es steht zu hoffen, daß sich die Kolonien dieses Arbeitsfeld immer weiter erobern werden, womit eine erhöhte Ausfuhr von Materialien für Fermentierhäuser und Trockenschuppen nach den Schutzgebieten Hand in Hand ginge. Denn die Verarbeitung der gewonnenen Tabakblätter wird fürs erste wohl auf das Mutterland beschränkt bleiben.

Anders liegen die Verhältnisse für die Zuckergewinnung, wo infolge der geringen Haltbarkeit des Zuckerrohrs eine Verarbeitung möglichst schnell an Ort und Stelle zu erfolgen hat. Eine Folge hiervon ist, daß fast alle größeren Zuckerplantagen mit einer Zuckerfabrik verbunden sind, welche mit verschiedenen maschinellen Einrichtungen ausgestattet sein muß. Die Zahl der Maschinenfabriken, welche sich mit der Anfertigung solcher Apparate beschäftigen, ist erfreulicherweise groß, es sei hier nur auf Fried. Krupp A.-G., Grusonwerk, und Wegelin u. Hübner, A.-G., Halle a. S., hingewiesen.

Messer zur Zuderernte liefert die Firma Gebr. Dittmar in Heilbrom, deren Fabrikate mit den besten englischen Messern mit Erfolg wetteifern.

Zum Schluß mögen noch einige Maschinen, die der Reis- und Maisgewinnung dienen, Erwähnung finden. In den tropischen und fumpfreichen Schutzgebieten dürfte der Anbau von Reis durchaus geboten sein, der zurzeit zur Ernährung der Eingeborenen in großen Mengen aus Indien und China eingeführt wird. Es werden dann auch Reischälungsmaschinen gebraucht werden, desgleichen sogenannte Paddyhäusler, wie sie für kleinere Betriebe von der Firma Eisenwerk vorm. Nagel u. Kaempff N.-G. in Hamburg in den Handel kommen. Ferner kommt für derartige Maschinen die Firma Hückauf u. Wülke, Altona-Hamburg in Frage. Diese Reismühlen besitzen eine Stundenleistung von 80—125 kg und verarbeiten den Rohreis zu fertigem Speisereis von beliebiger Stärke. Zur Verarbeitung des Mais bedarf der Pflanze hauptsächlich der sogenannten Maisschäbber, welche Ph. Mansfardt u. Co. und Maschinenfabrik Badenia, Weinheim i. Baden, in bewährter Ausführung fabriziert.

Die deutsche Industrie handelt schon seit Jahren nach dem Grundsatz, daß die Hauptaufgabe des modernen Maschinenbauers nicht nur darin besteht, einen Apparat zu entwerfen und herzustellen, der die Eigenschaft hat, eine betriebs sichere und dauerhafte Funktion zu besitzen, sondern daß dieselbe insbesondere darin zu suchen ist, daß der mechanische Apparat durch eine solide Ausführung und Leistungsfähigkeit in wirtschaftlicher Hinsicht unerreicht dasteht. Nur auf diesem Wege ist es möglich, mit dem Auslande den Konkurrenzkampf erfolgreich aufzunehmen, denn nur vollendete Konstruktionen sind angetan, deutsche Arbeit zu heben und das Ansehen der deutschen Industrie zu fördern. Die Zeiten, da deutsche Arbeit als minderwertig angesehen wurde, gehören der Vergangenheit an. Die ehemals so verachtete Bezeichnung: „Made in Germany“, worunter man billige und vor allem schlechte Arbeit verstand, ist heute zu einem Ehrentitel der deutschen Industrie geworden.

Das heutige portugiesische Kolonialreich.

Von Konjul Carl Singelmann - Braunschweig.

In Richard Herms Verlag in Hamburg ist ein Werk „Spanien und Portugal als See- und Kolonialmächte“ aus der Feder des zurzeit in Lausanne lebenden Dr. Kurt Simon, eines Schülers Telbrücks, erschienen, das sich in der Hauptsache, fast 300 Seiten, mit der geschichtlichen Entwicklung und dem gegenseitigen Aneinandergreifen der spanischen und portugiesischen See- und Kolonialinteressen beschäftigt. Während dieser historische Teil schon in der „Deutschen Kolonialzeitung“ gewürdigt wurde, sei in folgendem in Kürze der Gedankengang des Abfates „Das heutige portugiesische Kolonialreich“ wiedergegeben, der mit seinen 10 Seiten besondere Beachtung vom kolonialen Standpunkte aus verdient.

Vorweg sei bemerkt, daß, während der historische Teil, dem eingehenden Geschichtsstudium des Verfassers entsprechend, fast durchweg richtige, sehr bemerkenswerte Anschauungen zutage treten läßt, der Abfat „Das heutige portugiesische Kolonialrecht“ eine Reihe von Irrtümern enthält, die auf unzuverlässige Quellen schließen lassen. Da die Gediegenheit des historischen Hauptteils leicht dazu verleiten kann, dieselbe Sachkenntnis auch diesem angeführten Abfate beizumessen, so müssen die markantesten Irrtümer hier berichtigt werden.

Nachdem der Verfasser darauf hingewiesen hat, daß Portugal seit 1820 für seine afrikanischen Kolonien mehr als 1000 Millionen Francs geopfert habe, sagt derselbe: „Schon 1888 sollen beide Mächte (Deutschland und England) ein vorläufiges Arrangement über Portugals afrikanischen Besitz getroffen haben. Bekannt wurde dann das sogenannte „Geheimabkommen“ von 1898, das durch eine Indiskretion des „Berliner Lokal-Anzeigers“ im Dezember 1899 der Öffentlichkeit preisgegeben ward. Danach soll für den

Fall, daß Portugal seine Kolonien aufgeben will, das portugiesische Westafrika ganz, Ostafrika aber bis zum Sambesi, an Deutschland fallen, während das südliche Ostafrika an England kommen würde. Wir bemerken, daß die Existenz eines solchen Vertrages weder in Deutschland, noch im Auslande geleugnet wird, daß aber jetzt die junge Republik keinesfalls gewillt ist, auch nur auf einen kleinen Teil ihrer Kolonien zu verzichten. Und England denkt natürlich in der gegenwärtigen politischen Situation gar nicht daran, Deutschland eine Vergrößerung in Afrika zuzugestehen.“ Hierzu ist zu bemerken, daß sich betreffs des angeblichen deutsch-englischen Geheimabkommens von 1898 verschiedene Ansichten sowohl in bezug auf die Verteilung der Interessensphären, wie über das Vorhandensein eines solchen Geheimvertrages ergeben. Es gibt in Deutschland Kreise, welche nicht recht daran glauben, daß England uns eine weit ausgedehntere Interessensphäre zugestanden habe als sich selbst, zumal in der angeblich uns überwiesenen Interessensphäre sich wichtige englische und französische Konzessionen, aber keine deutschen befinden. Nun haben aber sowohl Anfang 1912, wie auch Anfang 1913 die portugiesischen Minister mit ausdrücklicher Zustimmung der deutschen und englischen Regierung im Parlament erklärt, und vor wenigen Wochen hat der portugiesische Kolonialminister es in einem Briefe an mich wiederholt, daß kein deutsch-englisches Abkommen vorhanden oder in Verhandlung sei, welches die portugiesische Souveränität, Integrität und die Kolonien berühre. Weder die deutsche, noch die englische Regierung haben selbst bisher irgendwie die tausendfachen Erwähnungen des Geheimabkommens in der europäischen Presse dementiert, doch haben beide, wie gesagt, das portugiesische Ministerium autorisiert, zu erklären, daß weder ein derartiger Vertrag, noch Abkommen, noch sonst etwas existiere oder verhandelt werde. Uebrigens hat das englische Ministerium im Parlament die ausdrückliche Erklärung im Jahre 1911 abgegeben, daß es selbst keine größeren Gebietserwerbungen in Afrika mehr beabsichtige, andererseits aber auch freundschaftlichen Vereinbarungen anderer Nationen betreffs afrikanischer Gebiete sich nicht in den Weg stellen werde.

Zu dem wirtschaftlichen Teile ist zu bemerken, daß in der Ausfuhr der Azoren ein Hauptartikel, Ananas, vergessen ist (mit geringen Ausnahmen bezieht Deutschland alle frischen Ananas von den Azoren); die Arbeiterverhältnisse auf St. Thomé liegen wesentlich günstiger als geschildert, und beträgt nicht der gesamte Export St. Thomé's (mit 95 vom Hundert Kakaobohnen) 12 bis 14 Millionen Mark, sondern allein der Export nach Deutschland, während die gesamte Kakaoausfuhr einen Wert von 35 bis 45 Millionen Mark hat, je nach dem Marktstande. Der Gesamthandel Angolas beträgt nicht 15 bis 20 Millionen Mark, sondern über 50 Millionen Mark, nämlich im Jahre 1911 Einfuhr 26½ Millionen Mark, Ausfuhr 26 Millionen Mark, wovon 13½ Millionen Mark auf Kautschuk entfallen. Daß die Sambesi-Gesellschaft eine Eisenbahn von Quelimane nach Schire gebaut habe, ist ein Irrtum. Diese Bahn ist nur seit langen Jahren projektiert, ebenso ist die ebenfalls seit langen Jahren von der Njassa-Gesellschaft projektierte Bahn von der Pambabucht zum Njassasee noch nicht in Angriff genommen.

Recht interessant, aber schwerlich allgemeine Zustimmung findend, sind folgende Schlußbetrachtungen:

„Voransichtlich würde dabei (bei weltwirtschaftlichen Umwälzungen) Portugal am meisten profitieren, denn Amazonien ist politisch doch in den Händen eines portugiesischen Kolonialvolkes, und an dem Süden Mittelafrikas hat Portugal mit Angola und Ostafrika starken Anteil. Da man nun in diesen großen aufzuschließenden Gebieten bei einem Negergrundstöße der Bevölkerung, ganz gleich, welchem weißen Volke die politische Herrschaft einst zufallen sollte, eines starken Einschlages europäischen Mischblutes nicht entraten kann, so dürfte hierzu die portugiesische Nation am besten geeignet sein. Da sie selbst eine Mischrasse wie kein anderes europäisches Volk darstellt und in Brasilien die Assimilationskraft dem Negerelemente gegenüber aufs beste bewährt hat, mag dem portugiesischen Mischblute eine maßgebende Rolle als dem Bindemittel zwischen dem

schwarzen Bevölkerungsteile der Tropen und Subtropen und ihrem weißen Herrscher-
volke dereinst beschieden sein . . .“ „Da das zwanzigste Jahrhundert unzweifelhaft
das der Kolonisation der Tropen und Subtropen sein wird, scheint den romanischen
Völkern schon darum, weil sie ihrer ganzen Natur nach den Tropen weit näher stehen,
eine größere Rolle als bisher beschieden zu sein. Und weil das vorwiegend romanische
Mittelmeer Südamerika und Afrika gleichfalls näher liegt als Nordsee oder Kanal, so
läßt alles ahnen, daß dem germanischen Jahrhundert der Weltherrschaft ein romanisches
folgen wird!“

Im übrigen ist das Werk im großen und ganzen so vorzüglich geschrieben, daß unter
Berücksichtigung des Vorstehenden jeder Leser sich ein klares Bild von dem Werdegang
der spanischen und portugiesischen Kolonialmacht bilden kann, wenn manches auch schon
in anderen Werken behandelt wurde.

Zur Entwicklung deutscher Seeschifffahrt, insbesondere der Hamburg - Amerika Linie.

Von Hubert Henoch.

Vor 66 Jahren schrieb Jakob Grimm: „Hansa ist das älteste
deutsche Wort für Schar und Gesellschaft; es muß noch einmal eine stärkere
Hansa, als die alte war, sich auf dem Meere scharen.“ Das Wort des gelehrten
Germanisten hat sich als eine weitsehende Prophezeiung erwiesen; heute
ist, dank der Leistungen unserer hanseatischen Kaufleute, die deutsche Seeschiff-
fahrt ein wichtiger und wertvoller Zweig unserer Volkswirtschaft, und in der
Hamburg-Amerika-Linie, die jeden in dem 50 000 Tonnen fassenden Ozean-
giganten „Imperator“ das größte Schiff der Welt von Stapel gelassen hat,
erfreuen wir uns des ausgedehntesten Reedereiunternehmens der Erde.

Ihr Gründungsjahr ist 1847, dasselbe, da Jakob Grimm jene unbewußte
Prophezeiung niederschrieb. Hamburgs Schiffsverkehr richtete sich damals
hauptsächlich nach Südamerika, während das benachbarte Bremen durch
zahlreiche Fäden mit dem nördlichen Teile der neuen Welt verknüpft war ¹⁾.
Der wachsende Außenhandel der Union und vor allem die stetig zunehmende
Auswanderung aus Deutschland und seinen Hinterländern veranlaßten eine
Anzahl von Hamburger Kaufleuten, eine regelmäßige Schiffsverbindung mit
den Vereinigten Staaten zu begründen. Unter ihnen befanden sich Namen wie
Woermann, Laeß, Merck, Volten, Adolf Godeffroy u. a. m. Letztgenannter
war bis 1880 der erste Vorsitzende des Direktoriums.

Das Aktienkapital der Gesellschaft belief sich zuerst auf 450 000 Mark,
verteilt in 60 Aktien zu je 7500 Mark. Daß die Form der Aktiengesellschaft
für ein solches Unternehmen gewählt wurde, war neu. „Die regelmäßige
Verbindung Hamburgs mit Nordamerika mittels Segelschiffe unter Hamburger
Flagge“ wurde als Hauptaufgabe der Hamburg-Amerika Linie bezeichnet. Die
Dampfschifffahrt stand eben noch in den allerersten Anfängen.

Am 15. Oktober 1848 trat das erste Fahrzeug der Gesellschaft seine erste
Fahrt nach New York an, das 717 Tonnen große Vollschiff „Deutschland“, und
legte die Reise in 42 Tagen zurück, die Rückfahrt in 30 Tagen. Bald folgte
die „Nord-Amerika“ und die „Rhein“, und in Kürze hatte sich die Flotte der

¹⁾ Vergleiche J. Mehnert, „Die Hamburg-Amerika Linie“. Darmstadt. Ed. Roether.

Linie auf sechs Schiffe vermehrt mit 4000 Tonnen Rauminhalt. Heute verfügt die Gesellschaft über 170 große Dampfer und 225 kleinere Hilfsfahrzeuge mit über einer Million Bruttoregistertonnen.

Bald mußte das Gesellschaftskapital auf 3 Millionen Mark erhöht werden; heute beträgt es 125 Millionen Mark. 1856 machten die beiden je 2000 Tonnen fassenden Schraubendampfer „*Hammonia*“ und „*Vorussia*“ ihre erste Reise, und damit trat die erste deutsche transatlantische Dampferlinie auf den Plan. (Der Norddeutsche Lloyd wurde erst im Jahre 1857 begründet.) Ursprünglich war ein monatlicher Dienst vorgesehen, bald indessen mußte zum halbmonatlichen übergegangen werden, und zwei weitere Dampfer wurden bestellt. Infolgedessen bekam die Linie auch einen Anteil an der Beförderung der amerikanischen Post. Seit 1857 wurde auch Southampton angelaufen. Trotzdem erklärte im Jahre 1858 die Direktion der Gesellschaft: „Weitere Vergrößerungen des Unternehmens ständen nicht mehr in Aussicht, da die Gesellschaft den großartigen Umfang erreicht, den sie angestrebt habe“. Die Flotte der Linie war damals 15 000 Tonnen groß; die mißliche Geschäftslage in der Union hatte dem Unternehmen ziemliche Verluste gebracht. Bis 1868 hat die Hamburg-Amerika Linie noch Segler in Dienst gehabt.

Eine günstigere Zeit brach mit dem Jahre 1860 herein; bis 1873 hat die Gesellschaft stets zwischen 7 und 20 Prozent Dividende verteilen können. Also weder der amerikanische Bürgerkrieg noch die kriegerischen Ereignisse in Deutschland haben das Unternehmen ungünstig beeinflusst. Es wußte stets berechtigten modernen Wünschen entgegenzukommen und hielt zum Beispiel seit 1866 mit 9 Tagen 3 Stunden den Schnelligkeitsrekord für die Fahrt von Southampton nach New York.

Inzwischen begann die Hamburg-Amerika Linie das Feld ihrer Tätigkeit auszudehnen: seit 1867 wurde eine regelmäßige Verbindung mit New Orleans und Habana unterhalten. In diesem Jahre belief sich das Aktienkapital noch auf 4½ Millionen Mark, 1875 bereits auf 22½ Millionen Mark.

Seit 1872 waren in Hamburg mehrere Wettbewerber ins Leben getreten, mit denen das ältere Unternehmen einen scharfen, verlustreichen Markenkampf auszufechten hatte. So konnte das Jahr 1874 der Hamburg-Amerika Linie einen direkten Betriebsverlust von zwei Millionen Mark verursachen. Im Zusammenhang damit wurde 1877 das Aktienkapital durch Zusammenlegung von 22½ Millionen auf 15 Millionen Mark herabgesetzt.

Trotz neu auftauchender scharfer Konkurrenz gestalteten sich die Jahre 1878 bis 1882 wiederum geschäftlich günstiger. Ein frisches, neues Leben brachte seit 1886 Albert Ballin, der noch heute dem Unternehmen seinen Stempel aufdrückt, in die Gesellschaft. Unter seiner Leitung ist das Aktienkapital des Unternehmens von 15 auf 125 Millionen Mark gestiegen, die Reserven von 3 auf 39 Millionen, die Flotte von 65 000 Tonnen auf rund 1 100 000 Tonnen. Demnach ist vor 27 Jahren der ganze Schiffspark der Linie nicht viel größer gewesen, als heute allein das größte Fahrzeug der Linie. Die Tonnage der Gesellschaft übertrifft heute die Dampferflotte ganzer Staaten. Insgesamt umfaßt unser Unternehmen 66 verschiedene Linien über den ganzen Erdball, und regelmäßig werden etwa 450 Hafenplätze von seinen

Schiffen angelaufen. Seit einigen Jahren hat die Hamburg-Amerika Linie in Gemeinschaft mit der Woermann-Linie auch einen Afrikadienst eingerichtet sowie auch eine Verbindung zwischen New York und Westafrika.

Die Ueberfahrt über den Atlantischen Ozean von New York nach Plymouth dauert heute kaum mehr als fünf Tage.

Im Jahre 1910 hat die Gesellschaft gegen 380 000 Personen und 6½ Millionen Kubikmeter Güter befördert. Das Personal zählt gegen 25 000 Menschen, darunter über 15 000 Seeleute. Außerdem sind an allen Hauptverkehrsplätzen der Welt etwa 5500 Passage- und Frachtagenten für die Gesellschaft tätig. Die auch dem Binnenländer bekannten gewaltigen Hafenanlagen, der Kaiser-Wilhelms-Hafen und der Ellerholzhafen, umfassen einen Flächenraum von 53,5 Hektar. Der wachsende Schiffs- und Güterverkehr hat die Gesellschaft gezwungen, ihren Lösch- und Ladebetrieb auch auf den benachbarten Ruhwärderhafen auszuweiten. Für die Benutzung all dieser Einrichtungen zahlt die Gesellschaft eine jährliche Pachtsumme von annähernd eineinhalb Millionen Mark.

Das letzte Jahrzehnt hat der deutschen Reederei nicht besondere Erträge gebracht. Das Jahr 1908 bedeutete sogar einen ziemlichsten Tiefstand insofern, als die Durchschnittsdividende der sieben größten deutschen Unternehmungen nur 1,12 Prozent betrug²⁾. Das Jahr 1912 hat sich demgegenüber als ein beträchtlicher Aufschwung erwiesen, denn die Durchschnittsdividende erreicht 10,08 Prozent. Das ist im nationalen Interesse hocherfreulich, weil nur bei genügender Rentabilität ein Unternehmen wie die Hamburg-Amerika Linie alle Aufgaben erfüllen und auf der Höhe bleiben kann.

Daß die Gesellschaft das ist, beweist der im vorigen Monat auf die erste Amerikareise gegangene Dampfer „Imperator“, der am 18. Juni 1910 von den Vulkanwerken in Hamburg in Bau genommen wurde und am 23. Mai 1912 von Stapel lief, von Seiner Majestät dem Kaiser, dem Förderer und Schirmherrn deutscher Seegelung, gekauft. Das 50 000 Bruttoregistertonnen umfassende Schiff, 280 Meter lang, ist ein nach den Vorschriften des Germanischen Lloyd aus bestem deutschen Stahl erbauter Vierstraubendampfer. Es kann 4248 Passagiere befördern, zählt 1180 Mann Besatzung und macht, dank seiner 62 000 PSe leistenden Maschinen, 22½ Knoten in der Stunde.

Dieser „Kaiser des Ozeans“, der ruhig und sicher durch die Wellen gleitet, ist uns eine Gewähr dafür, daß die Hamburg-Amerika Linie sich ihrer nationalen Pflichten gegenüber der deutschen Seegelung voll bewußt ist.

Berichtigung.

In dem Aufsatz „Der Alkohol in Deutsch-Afrika“ von Dr. Warnack, der in dem Juni-Heft der „Kolonialen Monatsblätter“ erschienen ist, sind versehentlich folgende Druckfehler stehengeblieben: In der Tabelle auf Seite 274 ist die Einfuhr von stillen Weinen nach Südwestafrika für 1909 mit 233 325 kg angegeben; es muß heißen: 223 325. Ferner ist auf Seite 281 im mittellsten Absatz statt gewünschtes Quantum zu lesen: persönliches Quantum.

²⁾ Nach W. Suldermann, „Geschäftslage und Entwicklung der Seeschifffahrt 1911 bis 1913“. Berlin 1913. Ernst Siegfried Mittler u. Sohn.

Koloniale Monatsblätter

Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft

Nr. 8

August 1913

15. Jahrgang

Beiträge zur Inderfrage in Deutsch-Ostafrika.

Von Dr. F. O. Karstedt.

Der Indische Ozean war bis zu seiner wirtschaftspolitischen Entdeckung durch Vasco da Gama ebenso wie der Atlantische Ozean eine mehr oder weniger unübersteigbare Schranke zwischen zwei autochthonen Kulturgebieten. Wenn auch seit Beginn des 10. Jahrhunderts vielleicht bereits ein lebhafterer Verkehr zwischen Arabien und Persien einerseits und Ostafrika andererseits bestanden hatte, der im Wesentlichen wohl immer Küstenverkehr geblieben war, so begann doch erst mit da Gamas Zeiten eine Periode des direkten, transozeanischen Verkehrs zwischen Ostafrika und Indien, hier Goa, dort Mombassa als Brückenpfeiler benützend.

Dieser Verkehr war freilich in erster Linie nur Zwischenverkehr. Mombassa, Kilwa, Quelimane und wie die afrikanischen Plätze sonst heißen: sie alle waren nicht Ausgang eines selbständigen wirtschaftlichen Daseins, sondern nur Rast-, Proviant- und Stützpunkte für den an die Monsune gebundenen Portugal-Indien-Verkehr. Wenigstens haben wir keinen Anhalt dafür, daß, abgesehen von der Sklavenabwanderung von Ostafrika, ein wirtschaftlicher Verband zwischen den beiden Randländern des Indischen Ozeans bestanden hat.

Das Sinken der portugiesischen Macht im 17. Jahrhundert und die Gründung der englischen Ostindien-Gesellschaft verschob das Gewicht noch mehr zu Ungunsten Ostafrikas. An Stelle von Mombassa und Quelimane traten Madagaskar und das Kap der Guten Hoffnung als Zwischenstationen des europäischen Indienhandels. Als 1698 die Portugiesen von Mombassa und den ostafrikanischen Inseln verjagt wurden, begann damit Ostafrika wieder in das Dunkel zu versinken, aus dem es sich genau zwei Jahrhunderte vorher erhoben hatte. Die Araber waren wieder unbestrittene Herren der Küste und blieben es bis zu ihrer wirtschaftlichen Ausschaltung durch den europäischen Einfluß.

Wann die Einwanderung von Indien nach Ostafrika begonnen hat, läßt sich mit Sicherheit nicht feststellen. Zwar sollen um die Mitte des 18. Jahrhunderts bereits Inder als Händler im Hinterland von Mombassa, in Gazi, geübt haben, mir ist aber trotz vielfacher Nachfrage in Ostafrika niemals ein Inder begegnet, der von sich sagen konnte: mein Großvater ist bereits in Ostafrika geboren. Väter der jetzt dort lebenden Inder haben dagegen bereits vielfach im Lande das Licht der Welt erblickt.

Wie es sich in dieser Beziehung mit Sansibar und Pemba verhält, ist mir unbekannt. Anzunehmen ist aber, daß Sansibar als Handelsplatz von den Indern längst entdeckt war, bevor sie auch das Festland in Bearbeitung nahmen. Wenigstens wird erzählt, daß der große Said bin Sultan, der von 1821 bis 1856 anfangs in Maskat, später in Sansibar regierte, sich bemüht habe, möglichst viele Inder nach Sansibar zu ziehen.

Zimmerhin wohnte zur Zeit der deutschen Okkupation bereits eine größere Anzahl von Indern als Händler an der jetzigen deutsch-ostafrikanischen Küste. Die Ausgangspunkte der großen Karawanenstraßen Moa, Tangata, Saadani, Bagamojo, Kiffiju, Kwale, Kilwa usw. waren gleichzeitig Sammelpunkte für die indischen Agenten der europäischen und indischen Großfirmen in Sansibar. Der Inder bevorschufte die Suaheli- und Araberkarawanen, er rüstete sie aus, er war Aufkäufer für die mitgebrachten Produkte und auch wohl Sklaven, er war Bankier der europäischen Karawanen usw.

Das änderte sich naturgemäß, soweit es die Europäer betraf, in dem Moment, als die europäischen Unternehmen auf dem Festlande selbst in Erscheinung traten. Die Tage eines Sewa Haji, der als allmächtiger Handelsherr Jahre hindurch den Kurs in Ostafrika gemacht hatte, waren gezählt, als die Hamburger Großfirmen unter dem Schutz einer geordneten Verwaltung das bisherige arabisch-indische Monopol durchbrachen.

Wie sich das Verhältnis zwischen Europäer und Inder weiterhin gestaltete, davon später.

Die letzte amtliche Statistik gibt die Zahl der im Schutzgebiet lebenden farbigen, nicht eingeborenen Bevölkerung, also Inder, Araber, Perser, Beludschien, Schihiri usw. auf 14 933 an. Schätzungsweise dürfte danach die Zahl der Inder etwa 5—7000 betragen. Ein schätzungsweise Anschlag aus dem zwei Jahre früheren amtlichen Jahresbericht gibt die Zahl der Inder nur auf 3000 an. Diese Zahl scheint mir nach meiner Kenntnis des Schutzgebiets aber aus mehr als einem Grunde nicht stichhaltig zu sein. Zählt doch Dar-es-Salaam allein 2500 Inder.

Geographisch ist diese Masse derart verteilt, daß sie zu annähernd 80 Prozent auf die größeren Wohnplätze, soweit diese Export- und Umschlagplätze sind, entfällt. Der Rest wohnt längs der großen Karawanenstraßen als Kleinhändler und Aufkäufer verstreut. Wenig vertreten sind die Inder in entlegenen Gebieten wie am Nyassasee, in Mha, Urundi und Ruanda. Das hängt einfach mit der Tatsache zusammen, daß der Inder als vorsichtiger Kaufmann sein Kapital nicht in unpazifizierten und unsicheren Gebieten anlegt. Bei ihm folgt nicht die Flagge dem Handel, sondern umgekehrt der Handel der Flagge. Eine Statistik über die soziale Gliederung der Inder fehlt uns leider. Schätzungsweise sind unter 6000 angenommenen Indern 800 Banhanen, die hauptsächlich als Handwerker, Barbieri usw. arbeiten, 100 jüdische Inder, die gleichfalls in der Hauptsache Handwerker sind, einige Hundert sunnitische Inder, Maimans, die zusammen mit dem Rest von rund 4000 als Händler und

Kaufleute über das Land verstreut sind. Die wenigen Inder, die ausschließlich als Landwirte wirken, kommen zahlengemäß ebensowenig wie die als Aufseher angestellten nanakischen Sikhs in Betracht.

Religiöse Gliederung ist bei dem stark entwickelten Kastengefühl vielfach mit sozialer Schichtung identisch. Immerhin hat die Emanzipation von dem ausschließlich Religiösen aber auch hier Verschiebungen bewirkt, die mit der Zeit sicherlich noch stärker in die Erscheinung treten werden. Die Mehrzahl der nach Ostafrika einwandernden Inder ist physisch nach ihrer Herkunft schon nicht zu schwerer körperlicher Arbeit geeignet. Der Intellekt ist zum Schaden des Physischen zu einseitig ausgebildet, als daß sie da, wo es sich um die Anwendung physischer Kräfte und manueller Fertigkeit handelt, wirksam in Konkurrenz treten könnten. Ob hierin mit der fortschreitenden Industrialisierung Indiens eine Aenderung eintreten wird, läßt sich zurzeit natürlich noch nicht absehen. Auffällig bleibt es aber immerhin, daß gerade die Bevölkerung Indiens, die wirtschaftlich am schwächsten und den natürlichen Zufällen am meisten ausgesetzt ist, die landwirtschaftliche, bisher in so geringem Maße Gebrauch von der Auswanderungsmöglichkeit gemacht hat. Die Versuche, die um die Wende dieses Jahrhunderts mit importierten indischen Bauern bei Tanga gemacht wurden, sind fehlgeschlagen. In Britisch-Ostafrika, wo in der Nähe des Viktoriasees bei Kibos indische Kleinsiedlungen angelegt wurden, will man sehr gute Erfahrungen in dieser Richtung gemacht haben. Die Beobachtungen sind aber wohl noch nicht alt und zahlreich genug, als daß man bereits ein abschließendes Urteil über diesen Versuch abgeben könnte.

In Ostafrika haben wir es zurzeit noch mit ausschließlich körperlich minderwertigen Einwanderern zu tun, die sich zur Hauptsache wohl aus dem Proletariat der Großstädte des westlichen Indiens rekrutieren. Etwas anderes ist es mit den Handwerkern — Schmieden, Schlossern, Gelbschmieden — die als Kontraktarbeiter in indentured labour in den Werkstätten der Eisenbahnen usw. arbeiten. Aber die Mehrzahl der freiwilligen Einwanderer ist in erster Linie für geistige und nicht für körperliche Arbeit geschaffen.

Um auf die religiöse Gliederung der freiwilligen Einwanderer zurückzukommen: die Mehrzahl dieser Inder zählt sich zu den Mohammedanern, und zwar zur Schia. Zu den Sunniten, und zwar der hanefitischen Richtung, rechnen sich die Waimans, die deswegen in der Kolonie häufig als turkische Türken bezeichnet werden.

Die beiden Hauptrichtungen unter den Schiiten, die Ismaili und die Zhenascheri, stehen religiös und in Konsequenz der indischen Auffassung vom Wesen der Religion auch wirtschaftlich in einem äußerst scharfen Gegensatz, der um so größer wird, je weiter sie sich religiös voneinander entfernen. De facto sind nämlich die Ismaili bereits keine Mohammedaner mehr. Gott ist für sie allein der jeweilige Aga Khan, Heiliges Buch ist nicht mehr der Koran, sondern der Dastar, das Zehnbuch, ein Gemisch von indischen Religionsweisheiten, von dem sich nur noch ein Kapitel mit einer islamitischen Frage, der Zukun-

nation Als, beschäftigt. Als Gesetz wird von ihnen in logischer Folge ihrer Personifizierung des Aga Khan mit Gott nur noch das Wort des lebenden Aga Khan angesehen.

Diese Differenzen mit der schiitischen Lehre der Ihenascheri können auch nicht dadurch gemildert werden, daß beide die Verehrung der ersten sechs Imame gemeinsam haben. Jede Partei betrachtet die andere als die feigerische und verächtliche, was so weit geht, daß die Laws and Bh-Laws des Shia Ismailia Council in Sansibar, die für sämtliche Ismaili in Ostafrika Gesetzeskraft haben, ihren Leuten jeden Verkehr und jede Gemeinschaft mit Ihenascheri untersagen.

Dieser Gegenatz, der seine Hauptschärfe durch das vom Obergericht in Bombay 1866 zugunsten der Ismaili gefällte Urteil erhielt, hat sich im wirtschaftlichen und sozialen Leben zu einer Brutalität entwickelt, die allmählich auch für die Autorität der deutschen Verwaltung eine Gefahr wird.

Unberührt von den kirchlichen Kämpfen und Eifersüchteleien ihrer mohamedanischen und pseudomohammedanischen Landsleute haben die fälschlich als heidnisch bezeichneten Banyanen ihr religiöses Leben in Ostafrika geführt. Trotzdem sie sich nur zum geringeren Teil als Buddhisten, und zwar als Banhas, bezeichnen, hat man sie in Ostafrika durchgängig mit dem Sammelbegriff Banyanen belegt. In ihrer größeren Menge sind sie Brahmaanhänger, und zwar Battias, d. h.: sie erkennen wohl Vishnu, nicht aber Schiwa an.

Wie die Banyanen den übrigen Indern religiös fremd gegenüberstehen, so bestehen auch sozial und wirtschaftlich gar keine oder nur geringe Beziehungen zu ihnen. Kein soziale Verbindungen aus Heirat usw. verbieten sich schon aus dem starren, in Kastenform gegossenen Religionsgefühl der Banyanen, und die wirtschaftlichen Beziehungen sind aus dem Grunde sehr gering, weil die Banyanen fast ausschließlich in handwerksmäßigen Berufen aufgehen, denen die Masse der übrigen Inder sich fernhält.

Ueber die indischen Frauen in Ostafrika ist wenig zu sagen. Die Mehrzahl namentlich der indischen Handlungsangestellten und der indischen Kontraktarbeiter läßt die Weiber in Indien zurück, um sie manchmal später nachkommen zu lassen. Leider! Denn gerade das Konkubinat zwischen Indern und schwarzen Weibern zeugt Erscheinungen, die zu dem Dunkelsten gehören, was Afrika aufweist. Ich entsinne mich noch eines Falles in Daresalam, wo ein vollkommen verkommener Inderbastard untergebracht werden sollte. Der Vater, ein wohlhabender Inder, hatte seinen eigenen Sohn in erschreckendster körperlicher und geistiger Verwahrlosung in den Busch geschickt, um ihn loszuwerden. Zu ihm zurückgekehrt, hatte er den Jungen wochenlang im Stall untergebracht, bis dieser, vollkommen vertiert, zu einem farbigen Polizisten entlaufen war, der ihn mir zuführte. Der menschliche Vater war noch naiv genug, von mir die Unterbringung seines Jungen in das Waisenhaus der katholischen Mission zu verlangen.

Die Kinderzahl in den legitimen Jnderchen ist im allgemeinen nicht sehr groß. Mehr als drei Kinder gehören zu den Seltenheiten. Geringer scheint mir — Statistiken hierüber fehlen ebenso wie über die Bewegung der farbigen Bevölkerung überhaupt; ich bin ausschließlich auf empirische Kenntnisse der Materie angewiesen — der Kinderreichtum noch bei den Banhanen zu sein. Ob das mit den unglaublichen hygienischen Verhältnissen, in denen diese leben, zusammenhängt, kann ich als Laie natürlich nicht entscheiden. Es sprechen hier wohl noch eine Anzahl ins Gebiet der Vererbung und der venerischen Krankheiten schlagende Gründe mit.

Doch über die hygienische Seite der Jnderfrage später mehr.

Wenn von einer Jnderfrage oder gar von einer Jndergefahr in Ostafrika die Rede ist, dann denkt man in erster Linie daran, daß angeblich europäischem Wettbewerb die Tür durch die Eigenart der Wirtschaftsführung der bis vor kurzem noch ungehindert ins Land strömenden Jnder verschlossen wird; man denkt weiter an die wucherische Auszugaung, der ein großer Teil unserer Eingeborenen durch die Jnder unterworfen ist. Und der Sozialhygieniker entsinnt sich weiter vielleicht noch der Tatsache, daß die indische Einwanderung uns eine Anzahl Krankheiten gebracht hat, mit denen wir bisher nicht oder nicht in dem Maße zu rechnen hatten, wie wir es jetzt tun müssen. Er hat weiterhin seine schwerwiegenden Bedenken, wenn er sieht, wie Duzende von Jndern sich mit einem Loch als gemeinschaftlichem Wohnraum begnügen, den eine heimische Polizeibehörde als für einen Viehstall ungeeignet erachten würde. Um so mehr, als nicht Armut die Leute in diese Löcher zwingt, sondern bloß der Mangel an hygienischem Empfinden vereint mit der Scheu, für nicht direkt zinstragende Zwecke unrentable Ausgaben zu machen.

Inwieweit konkurriert nun der Jnder mit dem Europäer, beziehungsweise: inwiefern schließt er ihn durch die Art seiner Wirtschaftsführung überhaupt von jedem Wettbewerb aus?

Die Landwirtschaft kommt als Wettbewerbsgebiet zunächst nicht in Frage, da wir indische Landwirte kategorisch nicht haben. Wo Jnder in der Nähe der größeren Wohnplätze Land erworben haben, da ist es fast nur zu Weidezwecken und zur Anlage von kleinen Kokoschamben usw. geschehen, die wirtschaftlich bedeutungslos sind. Die Landesgesetzgebung schützt außerdem den Grund und Boden derart, daß an ein Auskaufen der Eingeborenen — nur diese kommen als Verkäufer in Betracht — in größerem Maßstabe nicht zu denken ist, um so weniger, als man neuerdings in der Landabgabe in der Nähe der größeren Wohnplätze vorsichtiger geworden ist, um eine hinreichende Versorgung der Eingeborenenmärkte zu gewährleisten.

bleiben Handel und Gewerbe übrig!

Wie bekannt, ist es gerade die Frage der Organisation des Zwischenhandels zwischen Importeur und eingeborenen Konsumenten beziehungsweise zwischen Produzenten beziehungsweise Sammler und dem Großexporteur, die das Aufkommen des Jnders als Händler begünstigt hat. In Ostafrika ist

es platterdings unmöglich, daß dieser Verkehr direkt unter Ausschluß der Vermittlung einer Zwischenexistenz vor sich gehen kann.

Aller Kleinhandel sowohl im Verkauf als auch im Einkauf beruht in Ostafrika auf Kreditnahme und -gabe. Der schwarze Hausierer, der in Unyamwezi mit einigen kleinen Ballen Tuch umherzieht, um dafür Wachs oder Felle einzutauschen, entnimmt diese Tuche nicht gegen Bar beim Händler, sondern auf Kredit. Die Felle oder das Wachs, das er zurückbringt, ist er dafür gehalten, an seinen Lieferanten abzugeben. Er erhält aber für den Uberschuß wiederum kein Bargeld, sondern läßt diesen wieder auf das, was er für den Lebensunterhalt usw. erwirbt, verrechnen. Eine Abrechnung findet nur in sehr seltenen Fällen statt, kann auch kaufmännisch richtig gar nicht erfolgen, weil der Negerhändler keine Aufzeichnungen über Debet und Kredit hat, aus dem einfachen Grunde, weil ihm sein Gedächtnis bei dem Fehlen der Kunst des Lesens und Schreibens das Kontobuch ersetzen soll. Wer da aber weiß, wie wenig der Neger in der Lage ist, gedächtnisgemäß Ordnung in größeren Zahlenreihen zu halten, der wird wissen, wie illusorisch der Wert jeder derartigen Abrechnung, wie sie häufig vor Gericht stattfinden müssen, ist.

Manches Zundergeschäft im Innern hat nun bis fünfzig derartige Händler, wachuruzi, an der Hand. Jahre vergehen manchmal, bis einer oder der andere wieder zu seinem Lieferanten zurückkommt, mancher stirbt unterwegs, mancher zieht es auch vor, seinem Lieferanten mit den Waren überhaupt durchzugehen. Mit derartigen Verlusten rechnet der Zunder zwar, und er stellt diese Preise in seine Kalkulation ein. Trotzdem sind aber Verluste doch verhältnismäßig selten. Ich habe es selbst im Innern häufiger erlebt, daß schon verloren geglaubte Posten wieder eingebracht wurden, weil der Zunder jahrelang den Ausreißer durch seine Agenten hatte beobachten lassen, um ihn zu aussichtsreicher Zeit zu fassen. Der Wert des verloren Geglaubten und wieder Eingebrachten beträgt vielleicht im Höchstfall 150 Rupies, aber eben darin liegt die Stärke des Zunders: Zeit spielt keine Rolle, und Nerven kennt er nicht.

Man suche erst einmal nach einer europäischen Firma, die in der Lage ist, 50 oder 100 Miniaturfonten für farbige Händler anzulegen und zu führen, die es sich leisten kann, ihre wertvolle Zeit mit derartigen Bagatellgeschäften auszufüllen.

Wir sind aus Darassalam zwei Fälle bekannt, in denen jüngere europäische Firmen glaubten, das Kleingeschäft mit Eingeborenen direkt machen zu können. Die Waren mußten sie auf Kredit an ihre Kunden, unter denen sich besonders viele Askaris, also Leute mit gutem und festem Lohn befanden, geben; denn drei Tage nach Lohntag ist die Mehrzahl der Eingeborenen mit ihrem Bargeld am Ende. Das Ergebnis war, daß die Käufer, nachdem sie einige Monate ihre Raten in Höhe von monatlich zwei oder drei Rupien gezahlt hatten, sich wegen Nichtinnehaltung der Zahlungen ruhig verklagen ließen. Das obliegende Urteil, das die Kläger natürlich erlangten, war aber

nicht die Gebühren wert, die sie für das Gericht zu zahlen hatten. Denn die Beklagten an jedem Lohnntag immer wieder um die Rate mahnen zu müssen, um schließlich doch nur einen Teil zu erhalten, dazu war beiden Firmen ihre Zeit doch zu wertvoll. Die Folge war einfach die, daß sie sich eines Tages kurz entschlossen, ihre Forderungen fahren zu lassen und die Konten zu löschen. Einige Tausend Rupien waren wieder verloren! Und die europäischen Firmen konnten sich mit dem schwachen Trost begnügen, daß sie die einmal gemachte Dummheit, mit Eingeborenen direkt zu verkehren, zum zweitenmal sicherlich nicht wiederholen würden.

Der Jnder hätte sich in diesem Falle gesagt: wenn jetzt nichts zu holen ist, läuft mir der Schuldner vielleicht in zehn Jahren ins Garn. Schlimmstenfalls stelle ich ihn dann als Arbeiter bei mir ein und ziehe ihm gegen Viefierung von Wohnung und Nahrung die Schuld in Raten am Lohn ab. Es kommt etwas hinzu, was vielleicht lächerlich klingt, aber aus der Psyche des Neger's heraus wohl verständlich ist. Die Großzügigkeit des Europäers in Geschäftssachen erscheint ihm als Dummheit, die ihn zur Nachlässigkeit in der Innehaltung seiner Verpflichtungen direkt animiert. Die wucherische Härte, mit der der Jnder dagegen manchmal gegen seinen Gläubiger vorgeht, nimmt er als etwas so Selbstverständliches hin, daß es ihm unsinnig erscheint, sich dagegen auflehnen zu wollen.

Der Jnder ist ein viel zu guter Psychologe, als daß er sich diesen Umstand nicht zunutzen machen sollte. Daher das direkte Aufdrängen des Kredits! Der Voh des angeseheneren Europäers, der Askari, sie alle bekommen, was sie wollen -- ohne einen Pfennig Bargeld! Er gibt ihnen sogar Barvorschuß, wenn sie stellunglos oder, was häufiger vorkommt, arbeitsunlustig sind. Daß ihnen die entnommenen Waren doppelt angekreidet werden, ist bei diesem Geschäft schließlich nicht so verwunderlich. Der Neger ist viel zu leichtlebig und leichtsinnig, als daß er sich jemals Gedanken darüber machen sollte, wie er aus dieser Presse herauskommt. Wenn der Jnder doch einmal drängen sollte, wird eine gehörige Anleihe bei dem europäischen Dienstherrn aufgenommen. Oder aber er tritt gegen Anerkenntnis der Schuld in den Dienst des Jnders, der ihn als Voh oder Arbeiter in seinem Geschäft beschäftigt und ihm die Schuld ratenweise am Lohn abzieht. Erhält er nur Nahrung und Kleidung und wöchentlich einige Pesas für Weiber, Zigaretten und Gomas, dann ist er so zufrieden, daß es ihn absolut nicht in seinen Ueberlegungen stört, daß er seine Arbeitskraft doch besser verwenden könnte. Ueberhaupt, es ist sonderbar, wie sehr der Neger geneigt ist, sich vom Jnder ausnützen zu lassen. Zu einer Zeit, als Träger zwischen Ujiji und Tabora kaum zu haben waren, konnten die indischen Firmen ihre Karawanen zu 3 Rupies pro Mann laufen lassen, während Europäer sie nicht unter 5 Rupies bekamen. Außerdem gab der Jnder nicht einmal ausschließlich Barlohnung, sondern er zahlte noch einen Teil des Lohnes in Stoffen, an denen er doch noch einen Ertragewinn hatte! Und dann die Lasten! Während der Europäer seinen Leuten höchstens

30 Kilogramm gibt — meines Frachtes das Maximum dessen, was ein Träger in einer Europäerkarawane leisten kann — packte der Zunder ihnen 40 bis 45 Kilogramm auf, ohne daß auch nur ein Mann dagegen Widerspruch erhoben hätte.

Woher diese eigenartige Erscheinung? Ich glaube, es sprechen da Gründe mit, die in dem praktischeren Verständnis des Zunders für die Eingeborenenpsychie liegen. Unser europäisches Wesen mit seiner Opportunitätsrichtung, unser Bestreben auf Ausschaltung des Zwecklosen und Betonung des ausschließlich Zweckmäßigen, unsere Sucht, alles möglichst schnell und ohne Vorreden zu erledigen, das liegt nun einmal dem Neger nicht. Wenn unsere amtliche Routenliste den Regierungskarawanen die Ueberwindung der Strecke Tabora—Ujiji in längstens 20 Tagen vorschreibt, dann ist das eine Tatsache, für die man im Neger nie und nimmer Verständnis wird erwarten dürfen. Warum nicht 30 oder 40 Tage, wenn es regnet oder wenn es viel Verpflegung unterwegs gibt? Oder wenn in Ujiji eine Regierungskarawane ankommt und eine solche nach einer Woche wieder abgehen soll! Die ankommende wird ausgelöhnt und entlassen. Sie gegen Zahlung von Verpflegungsgeld die Woche über festzuhalten, ist aus etatrechtlichen Gründen unzulässig, selbst wenn die Beschaffung neuer Träger nach einer Woche mit Schwierigkeiten und Mehrkosten verknüpft ist.

Der Zunder ist darin, wie jeder Kaufmann, großzügiger. Ob die Karawane an ihn 20 oder 40 Tage unterwegs ist, ist ihm speziell ziemlich gleichgültig. Zeit ist Nebensache. Erlebte ich es doch, daß eine Karawane von Tabora nach Muanza statt 15 bis 20 ganze 70 Tage bummelte, ohne daß die indische Empfangsfirma ein Wort darüber verlor. Und hat er die Lasten für die rückkehrende Karawane noch nicht beisammen, so macht es ihm selbst bei reichlichem Trägerangebot nichts aus, seine Leute eine Reihe von Tagen auf seine Kosten zu verpflegen und zu beherbergen.

Wie sehr der Neger geneigt ist, lieber den Zunder für eine Gefälligkeits-handlung zu bezahlen als ohne Unkosten vom Europäer dieselbe Gefälligkeit zu erlangen, dafür nur ein Beispiel: In Ostafrika spielt im privatrechtlichen Leben die *amana* eine große Rolle. *Amana* ist rechtlich die unentgeltliche Inverwahrnehmung und Haftung für eine übergebene Sache. Als *amana* hinterlegt der Arbeiter seinen ersparten Lohn oder seine Stoffe, als *amana* überläßt der Araber, der nach Mekka pilgert, seinem Freunde seine Schamben und Hörigen. Nach dem *amana*-Recht steht dem Depotempfänger kein Anspruch auf Entschädigung für seine Mühewaltung zu, er ist sogar verpflichtet, am Depot entstandenen Schaden zu ersetzen. Araber und andere noch am Mohammedanismus und seinen Sittenlehren hängende Eingeborene nehmen es mit diesen Verpflichtungen noch sehr ernst. Wie aber stellt sich der Zunder dazu? Der läßt sich von dem Neger für das ihm zur Aufbewahrung übergebene Geld, das er doch weiter für sich arbeiten läßt, noch Zinsen als Aufbewahrungsgebühr zahlen! Häufig bis 15 Prozent pro Jahr! Und der Ein-

geborene zahlt sie willig, trotz aller Ermahnungen, seine Ersparnisse bei seinem europäischen Dienstherrn anstehen zu lassen oder sie der Bank oder Sparkasse zu übergeben, wo er noch 3 bis 3½ Prozent Zinsen erhält. Gewiß: das sind Kleinigkeiten! Aber man vergesse nicht, daß das gesamte Innenleben des Negers sich — nach unserem Maßstab — aus Kleinigkeiten zusammensetzt. Die Tatsachen haben bisher jedenfalls noch immer bewiesen, daß der Erfolg in jeder Eingeborenenpolitik immer bei dem liegt, der ihre Eigenart erkannt und sie ihrer Eigenart entsprechend behandelt und bewertet.

Bessere Anpassungsfähigkeit an die Denkweise und Wirtschaftsform des Negers sind es, die dem Jnder das Übergewicht in der Frage: Europäer oder Jnder als Zwischenhändler verleihen. Der europäische Kaufmann ist eben nach seiner gesamten Auffassung vom Wesen des modernen Handels nicht in der Lage, hier dem Jnder Konkurrenz machen zu können.

Was früher von unverständiger Seite angeführt wurde: der Europäer dürfe im Interesse des Rassenprestiges nicht zum Klein Händler werden!, das ist, gelinde gesagt, Unsinn. Arbeit, selbst körperliche, setzt den Europäer in den Augen des Eingeborenen nicht herunter. Wie das Beispiel unserer vielen deutschen Handwerker in Ostafrika beweist! Und wäre es wirklich so, dann wäre es eben Sache der Europäer, sowohl der Privatleute als auch der Verwaltung, den Eingeborenen in unzweideutiger Weise klar zu machen, daß Europäer sein und arbeiten identisch ist. Am Ende sind doch nicht wir wegen der Eingeborenen, sondern umgekehrt die Eingeborenen für uns da. Konkurrenzfragen auf wirtschaftlichem Gebiet werden aber zum Glück nicht durch theoretische Schlagworte, sondern durch die Macht der Realitäten entschieden. Daß diese in der Frage: Europäer oder Jnder? für letzteren entschieden haben, ist für die Macht des europäischen Gedankens ebensowenig von Schaden wie die Tatsache, daß in China noch heutzutage die europäischen Firmen auch im Großhandel mit Chinesen sich der Compradores als Vermittler bedienen müssen. Nicht um einen Kampf zwischen Europäer- und Jndertum handelt es sich, sondern einfach um eine durch die Tatsachen gegebene Zweiteilung, bei der beide Teile gut fahren. Wenn bei dieser Lage der Verhältnisse leider nur zu häufig der Neger der Leidtragende ist, dann ist das zwar an sich sehr bedauerlich, hat aber mit der so oft verleumdeten Moral und Ethik des Jnders nichts zu tun. Der Fehler liegt einfach in unserer Gesetzgebung, die den leichtsinnigen, kindlich-kindischen Neger nicht genug gegen die Folgen seines eigenen Leichtsinns schützt.

Die Verwaltung, die jeden farbigen Arbeiter durch die soziale Gesetzgebung gegen Übergriffe seitens der Europäer geschützt hat, läßt es ungestraft durchgehen, daß er in gemeinster und wucherischster Weise durch die indischen Brotgeber ausgefogen wird. Die Arbeitergesetzgebung findet ausdrücklich nur Anwendung auf das Arbeitsverhältnis zwischen weißem Arbeitgeber und dem farbigen Arbeitnehmer. Der weiße Arbeitgeber kann seine Arbeiter nur auf bestimmte Zeit — bis zu neun Monaten — anwerben und ist verpflichtet, ihm

ärztlichen Beistand usw. auf seine Kosten zu beschaffen. Der Nder kann seine Leute auf unbegrenzte Zeit verpflichten und sie fortjagen, wenn sie krank werden. Eine nicht bedeutungslose Tatsache, wenn man bedenkt, daß nach dem letzten Jahresbericht zirka 10 000 Arbeiter bei Ndern und Arabern in Dienst standen.

Neben der leichteren Anschließung des Negers an den Nder und seiner allgemeinen Abneigung, mit dem Europäer mehr als den notwendigsten Verkehr zu haben, ist es noch ein anderer Grund, der den Nder a priori besser zum direkten Handel mit dem Eingeborenen befähigt: seine Bedürfnislosigkeit. Darüber ist ja bereits so viel geschrieben und gesprochen, daß ich mich hier kürzer fassen kann. Nur einige Zahlen.

Ein Geschäftsfokal mittlerer Größe, sagen wir in Daresäsalam, stellt sich für den Nder auf 4 500 Rupies pro Jahr. Der Europäer kann gut und gern das Acht- bis Zehnfache hierfür in Ansatz bringen. Der indische Handlungsgehilfe erhält neben freier Wohnung und Verpflegung, die für Daresäsalam mit 25 Rupies anzurechnen sind, anfangs 25 - 35 Rupies an Lohn pro Monat. Es dürfte dagegen keine Europäerfirma geben, die ihrem jüngsten europäischen Angestellten im ersten Kontraktjahr weniger als 150 Rupies bei freier Wohnung und einigen kleineren Kompetenzen pro Monat zahlt. Hinzu kommen die von der Firma zu tragenden Kosten für Ausrüstung und freie Hin- und Rückreise, die bei dreijährigem Kontrakt pro Jahr auch noch wiederum 5-700 Mark betragen.

Was diese Zahlen in der Praxis des Geschäftsverkehrs bedeuten, das weiß jede afrikanische Hausfrau, wenn sie die von europäischen Detailgeschäften geforderten Preise mit denen des indischen Händlers vergleicht.

Daß sich unter den indischen Händlern Gestalten befinden, deren Geschäftsmoral gar nicht oder doch nur sehr gering entwickelt ist, kann natürlich nicht wundernehmen. Zunächst: es ist vielfach nur Proletariat, das nur so lange eine Gastrolle in der Kolonie gibt, bis der Konkurs als Krone des Profits erreicht ist. Und dann sind es eben Orientalen, an die wir nicht den Maßstab unserer Ethik legen dürfen, wenn wir überhaupt zu einem objektiven Urteil kommen wollen. Wenn der Grieche oder Armenier in Port Said den Durchreisenden nach allen Regeln zu schröpfen versucht, dann nehmen wir das als Lokalkolorit hin. Dem Nder gegenüber aber reden wir gleich von Gaunerei, Betrug und ähnlichem, wenn er sein Geschäftsgebaren auf die spezifischen Eingeborenenverhältnisse einstellt. Selbstverständlich: was begreiflich ist, braucht deshalb noch lange nicht entschuldbar zu sein, und schließlich kann doch nur unser deutscher Rechtsstandpunkt der allein maßgebende bleiben. Aber alteingewurzelte Anschauungen, die sich obendrein nur in Parallele zu den Verkehrsitten unserer Neger befinden, lassen sich nicht von heute auf morgen ausrotten. Die Hauptarbeit in dieser Richtung bleibt der Gesetzgebung und den Gerichten noch zu leisten vorbehalten.

Wie die Jnder sich gegenseitig wirtschaftlich behandeln, das kann für uns zunächst *cura posterior* bleiben. Es handelt sich um Ausländer, deren Wohl und Wehe für uns erst dann von Interesse wird, wenn direkt oder indirekt unsere vitalen Interessen oder die unserer Eingeborenen betroffen werden. Und das kann nicht geleugnet werden, daß gerade unseren Eingeborenen gegenüber von einzelnen indischen Händlern eine Politik der gemeinsten Ausbeutung getrieben wurde und noch wird.

Ich denke dabei vor allem an das Vorschußwesen in der Landwirtschaft, wie es besonders in den Erdnußgebieten betrieben wird. Noch vor der Aussaat drängt der Händler dem Bauern einen Vorschuß auf, der je nach Wunsch in Bar oder in Waren gegeben wird. Ist es gerade die Zeit der Steuer-einzahlung, wird Bargeld gefordert, andernfalls Stoffe, Schirme und Ähnliches. Der Regier ist viel zu sehr Augenblicksmensch, als daß er nicht blindlings zugreift, wenn ihm etwas ohne Forderung sofortiger Kompensation angeboten wird. Ist der Vorschuß hoch genug, dann tritt der Händler mit der Forderung auf Ueberlassung der Ernte heraus. Das Gebot, das er macht, ist so gering, daß er nie und nimmer ein Risiko läuft. Ist der Ausfall der Ernte eben klein, profitiert er an dem hohen Marktpreis, ist dieser geringer, dann ist er, bei dem kleinen Einheitspreis, durch die Quantität gedeckt. Und nun ist dieser Bauer dem Händler mit Leib und Seele verschrieben. Droht er einmal aus dem Vorschuß herauszukommen, dann wird ihm, mag er wollen oder nicht, ein weiterer aufgedrängt. Gerichtliche Auseinandersetzung ist in den meisten Fällen zwecklos. Der Bauer weiß einfach nicht mehr, ob und in welcher Höhe sein Konto belastet ist. Der Jnder trägt aus seinen Büchern, die laute de mieux als Beweismittel angesehen werden müssen, klipp und klar vor, daß der Kläger ihm noch so und soviel schuldet. Das einzige, was der Richter nach Lage der Dinge heute tun kann, ist, daß er sich von der Angemessenheit der für die Ernte gezahlten Preise zu überzeugen sucht. Aber mag er immer und immer wieder vor voreiligem Abschluß warnen: Alle Warnungen sind, als vom Europäer kommend, wieder in den Wind geschlagen, sobald im Laden des Jnders ihm die Stoffe für seine Weiber und der Schirm für ihn winken.

Solange diesem Vorschußwesen nicht gesetzlich gesteuert wird, solange ist an ein Florieren und Bodenständigwerden unseres kleinen Bauernstandes nicht zu denken. Der Vorwurf der Faulheit, der unserem Regier gemacht wird, trifft den Kernpunkt der Sache wenigstens im Innern, in Unhamwezi, Uffufuma, Uha usw. nicht. Des Pudels Kern liegt allein in der Tatsache, daß der Mann durch Bewucherung um die Früchte seiner Arbeit gebracht wird.

Oder ein anderes Beispiel: An der Küste sind die Riffhaws zum größten Teil in den Händen von Jndern. Alle als Fahrer beschäftigten Eingeborenen werden derart entlohnt, daß ihnen ein Drittel des Fahrgeldes zufließt, während zwei Drittel den Riffhawbesitzern zukommen. Abrechnung soll monatlich stattfinden. An Stelle einer klaren Abrechnung werden aber in den meisten

Fällen nur Abschlagszahlungen bzw. Vorschüsse gegeben, die bei einer gerichtlichen Erledigung natürlich mit dem ganzen Wust von Vorbüßen, Rückzahlungen, Lohn unentwirrbar sind. Der Jnder als Schreibkundiger ist auch hier wieder mit der Vorlage seiner Bücher der Sieger.

Ähnlich liegen die Verhältnisse mit sämtlichen übrigen Regerangestellten der Jnder.

In diesem Zusammenhang sei kurz die Buchhaltungsfrage bei den Jndern erwähnt. Bücher führen sie nahezu alle, auch die, die nach dem für sie übrigens nicht geltenden Handelsrecht nicht dazu verpflichtet wären. Sie sind viel zu klug, als daß sie sich den Vorteil einer noch so primitiven Buchführung entgehen ließen. Soweit es die großen, erstklassigen Jnderfirmen betrifft, habe ich in meiner längeren Gerichtspraxis die Beobachtung gemacht, daß deren Bücher tatsächlich ausgezeichnet, auch für europäische Begriffe, in Ordnung gehalten werden, was auch nicht weiter verwundern kann, wenn man bedenkt, daß diese Firmen häufig Millionen im Jahre umsetzen. Wenn man etwas an den Büchern auszusetzen hat, so wäre es höchstens der Umstand, daß sie in Gujirati geführt sind, also einer Sprache, die in Schrift und Laut sie den meisten Europäern der Kontrolle entzieht. Die Frage der zwangsweisen Führung der Geschäftsbücher in einer offenen Sprache — Deutsch, Suaheli oder Englisch — unterliegt übrigens zurzeit wieder der amtlichen Erörterung. Dagegen die Geschäftsbücher, die von den Kleinkrämern mit dem naiven Verlangen, sie als gerichtliches Beweismittel anzusehen, vorgelegt werden! In der Mehrzahl sind sie ein Gemisch aus Dummheit und absichtlichem Betrug, die mit den eben geschilderten Büchern nichts als den Namen gemeinsam haben. Erlebte ich es doch einmal, daß mir ein „Kaufmann“ sein Geschäftsbuch als Beweismittel vorlegte, das nicht etwa er geführt hatte, sondern in das er seine Kunden die bezüglichen Eintragungen hatte selbst machen lassen, um die Konten ab und zu von einem Dritten abschließen zu lassen. Der Grund für diese eigenartige Buchführung lag einfach darin, daß dieser Geschäftsmann weder lesen noch schreiben konnte.

Nach meinen vielfachen recht eigenartigen Erfahrungen habe ich es als Eingeborenenrichter zuletzt abgelehnt, indischen Geschäftsbüchern im Zivilprozeß überhaupt noch einen Wert beizulegen, wenn mir nicht ihre Inhaber nach persönlichem und Geschäftsruß hinreichende Gewähr für die Richtigkeit auch nach dieser Seite hin boten.

Wie schon aus dem Gesagten hervorgeht, ist nicht alles, was Jnder heißt, in einen Topf zu werfen. Leute vom Schlage eines Midina Visram oder eines Nassor Virji, die Firmen von anerkanntem Ruf repräsentieren, sind anders zu beurteilen als das Gefindel von Kleinkrämern, das jederzeit bereit ist der Kolonie wieder den Rücken zu kehren, wenn ein wohlgelungener Konkurs ihnen den schließlichen Erfolg ihrer Arbeit gebracht hat. Leider fehlen uns Statistiken über die Bewegung der indischen Bevölkerung, speziell über die Höhe der Ein- und Rückwanderung. Eine solche Statistik zusammen

mit einer zahlengemäßen Darstellung aus der Konkursgerichtsbarkeit würde, so glaube ich, ein vernichtendes Urteil über die indischen Kleinhändler ergeben. Leichtfinn der Eingeborenen, Skrupellosigkeit in der Wahl der Mittel und das Fehlen von Schutzgesetzen für den Eingeborenen in seinem Verhältnis zum Linder: diese drei Tatsachen ergeben meines Erachtens das Bild, das ich in Obigem von der Auswucherung des Negers durch die indischen Kleinhändler skizziert habe.

Wieweit es möglich ist, den Neger durch Beispiel und Belehrung allmählich von seinem Leichtfinn in geschäftlicher Richtung zu kurrieren, will ich im Rahmen dieser Abhandlung nicht erörtern. Möglich erscheint mir die Heilung, wenn auch natürlich nicht von heute auf morgen. Bereits hat man in Ostafrika begonnen, Handelskurse für Neger einzurichten. Derartiges Vorgehen, im Verein mit der systematischen schrittweisen Erziehung des Negers zur Arbeit und Selbständigkeit wird mit der Zeit seine Früchte sicherlich tragen; allerdings: es erfordert Zeit und wieder Zeit. Denn ob unsere Generation die Ernte noch erleben wird, das ist mir sehr zweifelhaft.

Das Wichtigste ist aber das Verhalten der Gesetzgebung in der Zukunft. Auf die Dauer wird es nicht mehr angehen, den indischen Kleinhändlern im Innern die Ausbeutung des Negers ohne jede Kontrolle zu überlassen, wenn anders wir den Bauern nicht vollkommen auspowern lassen wollen.

Zwei Momente sind es, die hierbei in erster Linie stehen: das Vorschußwesen und die Ausdehnung der Arbeitergesetzgebung auch auf die indischen Arbeitgeber.

Das Vorschußwesen, auf dessen gesetzliche Regelung auch die europäischen Arbeitgeber für ihre Betriebe drängen, ließe sich meines Erachtens dahin zusammenfassen, daß ein allgemeines Verbot des Terminhandels in Feldfrüchten zwischen Händler und Negerproduzent erlassen würde. Außerdem wäre eine Bevorschußung der Ernte auf dem Stalm nur dann zuzulassen, wenn diese gleichzeitig vor dem Eingeborenengericht genehmigt und beglaubigt würde. Festsetzungen über den zu zahlenden Preis wären der Konsequenz der ersten Forderung natürlich abzulehnen. Auf keinen Fall dürfte der Vorschuß mehr als ein Drittel des schätzungsweisen Durchschnittswertes der Ernte betragen. Die endgültige Abrechnung hätte gegen Rückgabe des mit entsprechendem amtlichem Löschungsvermerk zu versehenen Schuldscheins in Bar zu erfolgen. Weiterhin wäre zu überlegen, ob man nicht die kreditweise Abgabe von Waren im Detailhandel an Neger, soweit sie nicht selbst Händler sind, verbieten könnte. Eine solche Verfügung hat, soweit die die Askaris betraf, in ähnlicher Weise bereits bestanden. Sie mußte aus juridischen Bedenken allerdings vor einigen Jahren aufgehoben werden.

Ich gebe zu, daß derartige Bestimmungen für einen mit den Verhältnissen nicht Vertrauten einen polizeistaatlichen Geschnack haben können, nicht aber für den, der weiß, wie die Gesundung unseres Bauernstandes durch die Art der indischen Geschäftsführung verzögert ist. Unseren Eingeborenen würden

sie auch durchaus annehmbar erscheinen. Der ist ein viel zu großer Papierfetiſchist, als daß er nicht froh sein würde, wenn die Verwaltung ihn durch einen weiteren barua ya serkal deckt und schützt.

Die Arbeitergeſetzgebung könnte in ihrer heutigen Form mit einigen leichten Abänderungen meines Erachtens unbesehen auf die Inder ausgedehnt werden. Die Abänderungen hätten in erster Linie Art und Termin der Lohnzahlungen zu betreffen, weiterhin auch die Höhe der auf die Löhne zu zahlenden Vorſchüſſe.

Ich würde folgende Regelung vorſchlagen: Jeder indiſche Arbeitgeber hat für jeden Arbeiter eine namentliche Lohnkarte oder ein Lohnbuch nach vorgeschriebenem Schema zu führen, in die der Lohnſaß und eventuelle Vorſchüſſe in offener Schrift einzutragen ſind. Vorſchüſſe dürfen nur nach Verlauf von je einer Woche gezahlt werden, und zwar nie mehr als die Hälfte des jeweils verdienten Lohnes. Endgültige Abrechnung hat am Schluß des Kalendermonats zu erfolgen. Differenz aus Verdienſt und Vorſchuß iſt bar auszu zahlen. Lohnkarten und -bücher unterliegen der amtlichen Kontrolle. Forderungen aus dem Dienſtverhältnis verjähren nach zwei Monaten.

Der indiſche Arbeitgeber iſt nicht berechtigt, Depots ſeitens ſeiner Arbeiter anzunehmen, wenn er gleichzeitig Inhaber eines offenen Geſchäfts iſt. Größere Vorſchüſſe, die die oben bezeichnete Höhe überſchreiten, bedürfen der gerichtlichen Beglaubigung. Eine Pflicht zur Arbeitsleiſtung über das Maß der allgemein erlaubten Kontraktzeit darf bei Hergabe des Darlehns nicht feſtgelegt werden.

Zu erwägen wäre noch das allgemeine Verbot der Indepotnahme von Geldern ſeitens Farbiger gegen Vergütung an den Depotnehmer. Der Depotnehmer müßte auf jeden Fall geſetzlich gehalten ſein, dem Depoſiten den Depotschein in offener Sprache nach vorgeschriebenem Schema auszuſtellen.

Ob man mit der Regelung aller dieſer Fragen zweckmäßigerweiſe gleichzeitig die Frage der Buchhaltung anſchneiden würde, wage ich nicht zu entſcheiden. Die Mehrzahl der indiſchen Händler iſt, wie bereits oben geſagt, nach dem Handelsgesetzbuch nicht zur Führung von Büchern verpflichtet. Es iſt mir aber nicht zweifelhaft, daß man der Materie auf einem anderen Wege beikommen könnte.

Es iſt nämlich das ſtille Beſtreben der größeren Inderfirmen, ſich der Gerichtsbarkeit der Eingeborenenengerichte zu entziehen und der ſichereren Rechtſprechung der Europäergerichtsbarkeit unterſtellt zu werden. Dieſes Geſuch wird meiſtens gleichzeitig mit dem auf Verleihung der oſtafrianiſchen Landesangehörigkeit in Gemäßheit der kaiſerlichen Verordnung vom 24. Oktober 1903 geſtellt. Berechtigterweiſe hat das Gouvernement den Antrag auf Unterſtellung unter die Europäergerichtsbarkeit aber nur in ſeltenen Fällen gewährt, ebenſo wie es dem Antrag auf Verleihung der Landesangehörigkeit auch nur dann entſprochen hat, wenn der Antragſteller nach Vermögen und Grundbeſitz ſowie geſchäftlichem und perſönlichem Ruf Gewähr dafür bot, daß man

nicht eines Tages bedauern mußte, ihn nicht mehr als lästigen Ausländer ausweisen zu können.

Ich glaube, daß, wenn in Zukunft die Unterstellung unter die Europäergeschäftsbarkeit den Jndern davon abhängig gemacht würde, daß man nur die zuließe, die ihre Bücher nach einer den Anforderungen des Handelsgesetzbuchs entsprechenden Weise in offener Sprache führten, in dieser Beziehung ein großer Schritt vorwärts getan wäre. Der bisher noch dagegen vorhandene Widerstand würde sich wahrscheinlich mit einem Schlag in das Gegenteil umkehren.

Noch ein Punkt ist es, der einer Erwähnung bedarf. Zurzeit sind Jndergeschäfte über das ganze Land verstreut, auch da, wo sie sich nahezu jeder Verwaltungskontrolle entziehen. Ich denke zum Beispiel an die reichen Getreidegebiete im Nordwesten des Bezirks Tabora oder an die Salzgebiete am Mlagaraffi und Rutschugi. An manchen derartigen Plätzen haben sie den Handelsverkehr direkt monopolisiert, verlangten manchmal sogar ganz naiv die administrative Entfernung eines neu sich niederlassenden Konkurrenten. In Britisch-Ostafrika bestand und besteht noch heute eine Strömung, die es den Jndern verwehren will, sich in den Highlands außerhalb der Stadtgebiete niederzulassen, eine Strömung, die ihren Ausfluß in dem Verbot des Landerwerbs durch Jnder fand. Heute können Jnder nur in Nairobi und einigen anderen großen Plätzen des Hochlands Land ausschließlich zur Erbauung eines der eigenen Bewohnung dienenden Hauses erwerben.

Eine derartige Maßregel, so erwünscht sie manchmal auch sein mag, scheint mir ein Schlag ins Wasser zu sein. Wo soll denn der Eingeborene seine Produkte absetzen, wo soll er die Bedürfnisse, an die ihn zu gewöhnen doch der beabsichtigte Zweck unserer Kolonialpolitik ist, im Einkauf befriedigen? Soll der Mann erst sechs und acht Tage bis Muanza oder Tabora laufen, um sich dort seine Zündhölzer, seine Stoffe und seine Haden zu kaufen? Denn ich glaube ...cht daran, daß auf dem flachen Lande auch noch so zahlreich eingerichtete, von Schwarzen besetzte Märkte die Duka, den Jnderladen, ersetzen können. Unsere Märkte haben sich mehr und mehr zu reinen Nahrungsmittelmärkten entwickelt, die im Innern hauptsächlich dem Nahrungsbedürfnis der Träger dienen. Ob wir sie mit unseren schwarzen Händlern wieder rückwärts zu Messen zurückbilden können, erscheint mir nach den oben über den Neger gegebenen Darlegungen mehr als zweifelhaft, wobei ich die Frage offen lassen will, ob eine solche Rückwärtsentwicklung überhaupt wünschenswert wäre.



Wesentlich anders wie im Handel liegen die Beziehungen zwischen Europäer und Jnder im Handwerk. Hier scheidet der Neger als Agens vollkommen aus. Die Tatsache, daß schon Hunderte von Eingeborenen bei europäischen Handwerkern und in den Regierungshandwerkerschulen ausgebildet sind, hat nichts daran geändert, daß unser Neger selbständig niemals etwas im Handwerk geleistet hat. Wenn sie unter europäischer Aufsicht und

Anleitung auch durchschnittlich Gutes, manchmal Hervorragendes leisteten, — mir sind von der Küste Fälle bekannt, in denen schwarze Gehilfen monatlich 60 bis 80 Mark bei Europäern verdienen — so sanken sie auf die Stufe des stümperhaften Dilettanten in dem Augenblick wieder herab, wo sie der europäischen Aufsicht und Anleitung entraten mußten. Mangelndes Gefühl für Präzision, fehlende Phantasie und Nachlässigkeit zu jeder, auch der einfachsten Arbeit: all das konnte in der Zucht der Schule oder Lehre wohl zurückgedrängt, aber niemals ausgerottet werden. Soweit wie in Uganda, wo man im Laufe von zwei Jahren, von 1908 bis 1910, in den Gouvernementswerkstätten die indischen Handwerker fast ganz durch Wagandahandwerker ersetzen konnte, werden wir es in Ostafrika deshalb wohl nie bringen können. Dazu sind unsere Neger im Verhältnis zu den Waganda geistig zu minderwertig.

Tatsächlich leiden wir in Ostafrika unter einem großen Mangel geschickter Handwerker. Für die Schleuderarbeit schwarzer Maurer, die nicht einmal quantitativ die Hälfte der Tagesarbeit eines Europäers leisten, wurden in Dar-es-Salaam im vergangenen Jahr 2 Mark, außerhalb der Stadt auf den Plantagen sogar 4 Mark pro Tag gefordert und faute de mieux auch bezahlt. Von der Tischlerei, Schlosserei, Schmiede, Zimmerei usw. ist der Neger als selbstständiger Gewerbetreibender nach seiner ganzen Veranlagung und Arbeitsweise ausgegeschlossen, soweit diese Handwerke nicht ausschließlich für die qualitativ und quantitativ unbedeutenden Bedürfnisse der Negerbevölkerung arbeiten.

Selbständige Gewerbetreibende für höhere Bedürfnisse sind neben den Bohoräs, einer Jndersekte, deren Monopol das Klempnerhandwerk und die Uhrmacherei sind, nur noch Banyanen und Europäer, erstere für Tischlerarbeiten, letztere für das Tischlergewerbe und die übrigen Handwerke.

Die Arbeit der Banyanen ist im allgemeinen Qualitätsware. Bedauerlich ist nur, daß ihre Produktivität unter einem auffallenden Mangel an Phantasie leidet. Nach Katalogen, Zeichnungen und sonstigen Vorlagen ist der Banyane in der Lage, alles arbeiten zu können. Soll er dagegen selbst Qualitätsware entwerfen, dann verfaßt er kläglich.

Als Gehilfen werden sowohl bei Banyanen als auch Europäern fast ausschließlich wieder Banyanen beschäftigt. Ein Banyanentischler in Dar-es-Salaam bezieht bei mehrjährigem Kontrakt einen Tageslohn von 2.50 bis 4.50 Mark. Es ist klar, daß für diesen Lohn ein ausgebildeter europäischer Gehilfe nicht arbeiten kann. Als Minimum für diesen müßten 6 bis 7 Mark Tageslohn angesetzt werden, wozu neben freier Wohnung noch die auf das Jahr mit 500 bis 600 Mark zu veranschlagenden Reise- und Ausrüstungskosten zu rechnen wären. Der Europäer kommt als Angestellter da, wo ein Banyanenhandwerker zum halben Lohn annähernd dasselbe leistet, also nicht in Betracht. Anders ist es natürlich da, wo neben dem rein Handwerksmäßigen noch eine Summe anderer Kenntnisse erforderlich wird, wie in der Feinmechanik, der

Installation usw. Da beherrscht vorläufig und für absehbare Zeit der Europäer das Feld allein. Ebenso scheint es, als ob in den Baugewerken der Europäer die Führung behalten wird, wenigstens soweit es sich um hochwertige Arbeit handelt. Der Banhane ist allgemein viel zu wenig zur selbstständigen Leitung größerer, besonders maschineller Betriebe geeignet. Er ist zu weichlich, zu sehr von äußeren Einflüssen abhängig, als daß er jemals da, wo es sich um die Durchsetzung der Persönlichkeit handelt, konkurrieren könnte. Außerdem ist es nur der geringere Teil der Banhanen, der wirklich eine neue Heimat in Ostafrika sucht. Die Mehrzahl von ihnen kehrt nach Indien zurück, nachdem ihr Kontrakt — meistens auf 3 Jahre — abgelaufen ist.

Für möglich halte ich es allerdings, daß an diesem Punkt eines Tages die mohammedanischen Jnder einsetzen werden. Wird doch in diesem Jahr in Dar-es-Salam von einem Jnder eine große, mit modernen Maschinen ausgerüstete, elektrisch betriebene Eisfabrik eröffnet, die bestimmt ist, der einzigen am Platz befindlichen, europäischen, Konkurrenz zu machen.

Wenn sich auf diese Weise für den nicht mittellosen selbständigen europäischen Handwerker in der Kolonie noch ein Arbeitsfeld bietet, dann ist nicht zu übersehen, daß ihm die Vorherrschaft in der Konkurrenz mit dem indischen Handwerker nur gesichert ist, wenn er, gestützt auf die besten Fachkenntnisse, selbst sein bester Gehilfe ist. Daß körperliche Arbeit im Handwerk selbst an der Küste ohne Schaden für die Gesundheit möglich ist, hat die Erfahrung ebenso bewiesen, wie den selbständigen europäischen Gewerbetreibenden intensive Arbeit noch immer guten Erfolg verschafft hat. An diesen Tatsachen würde sich auch dann nichts ändern, wenn wirklich die Einwanderung indischer Handwerker nach Ostafrika eine stärkere würde. Irgendwelchen Beschränkungen ist die Jndereinwanderung zurzeit praktisch nicht unterworfen, abgesehen davon, daß von neu Einwandernden die Hinterlegung einer Kaution von 200 Mark verlangt wird. Vor allem fehlt jede gesundheitliche Kontrolle der Einwanderer. Aber da wir uns in Ostafrika gerade erst im Beginn einer Tätigkeit befinden, die auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege alten Uebelständen ein Ende machen soll, ist es unangebracht, jetzt Klagen über die mangelhaften sanitären Verhältnisse der Jnderviertel unserer größeren Städte zu erheben.

Dem Neger, speziell dem Küstenneger, liegt das Gefühl für Sauberkeit der Häuser, für luftiges Wohnen und Reinheit der Kleidung von Haus aus so im Blut, daß er in dieser Hinsicht mit dem Jnder gar nicht verglichen werden kann. Als wir die Küste okkupierten, fanden wir die Jnder schon vor. Daß man von den Leuten nicht verlangen konnte, daß sie ohne weiteres ihre Häuser räumten, um sich in einer europäischen Forderungen der Hygiene entsprechenden Weise neu anzubauen, entspricht nur der Billigkeit. Der Jnder liebt im Gegensatz zum Neger das gesellige Wohnen in geschlossenen Komplexen. Daß sich da Verhältnisse entwickeln mußten, die uns in ihrer

Unsauberkeit und Ungefundheit abstoßen, ist kein Wunder. Wandel kann da aber nicht mit überstürzten Gewaltmaßregeln geschaffen werden; die investierten Kapitalien haben Anspruch auf schonende Behandlung. Und diese sozialen Rücksichten müssen zeitweilig auch den hygienischen Forderungen des Arztes, so selbstverständlich und bevorrechtigt diese auch sein mögen, vorgehen.

Vor allem sind es, wie ich oben schon anführte, die Wohnungen der Banhanen, die den Gipfelpunkt der Unhygiene darstellen. Mir ist zum Beispiel in Dareßsalam eine nur aus einem Stockwerk bestehende, mit Wellblech bedeckte Baracke in Erinnerung, in der in drei Räumen Nacht für Nacht 24 bis 30 Leute schlafen. In einem weiteren Raum befindet sich eine Plätterei, in der Europäermäsche bearbeitet wird. In den Schlafräumen kommen auf jeden Schläfer bei einer Raumhöhe von zirka 2,25 Meter auf den einzelnen nur 3,25 bis 3,5 Kubikmeter Luftraum. Im Hofraum befindet sich außerdem noch eine aus einigen alten losen Wellblechplatten errichtete Ecke für zwei Schläfer, die nicht einmal gegen den Regen genügend schützt. Nun nehme man die körperliche Unsauberkeit der Banhanen hinzu, um sich ein Bild von der Gefahr zu machen, die derartige, zu Straßen aneinander gereihete Wohnungen für die Gesundheit der Allgemeinheit darstellen!

Tatsächlich haben wir in Ostafrika uns durch die Inder eine Anzahl Krankheiten herangezogen, die wieder auszuschalten, wenn nicht unmöglich, so doch nur mit großen materiellen Opfern erreichbar ist. Ich will nur an die Lungentuberkulose erinnern, die ihre Opfer in Dareßsalam nicht nur unter Farbigen sondern auch unter Weißen gefordert hat.

Wenn auch zur Verbesserung viel bereits geschehen ist, so hat die Sozialhygiene doch noch auf Jahrzehnte zu tun, um die Segnungen der indischen Einwanderung auf hygienischem Gebiet zu kompensieren. Ich denke da vor allem an ein Wohnungsgezet, an eine gesundheitliche Untersuchung aller indischen Einwanderer mit rücksichtsloser Zurückweisung aller mit Infektionskrankheiten Behafteten. Ich habe weiter auch eine Verschärfung der Strafbestimmungen im Auge gegen die große Zahl der Inder, die in passivem Widerstand gegen alle hygienischen Verwaltungsmaßnahmen deren Durchführung so furchtbar erschweren. Niemals kommt der Widerstand von arabischer oder negerseite, immer waren es die Inder, die, sich als etwas Besseres dünkend, nicht einsehen wollten, daß sie in hygienischer Beziehung weit unter dem Neger rangieren. Gewiß: das kommt praktisch auf Ausnahmegezetze gegen Inder heraus! Aber am Ende steht uns doch die Gesundheit der Weißen und unserer schwarzen Schutzbefohlenen höher als das Wohlwollen des indischen Proletariats!

Nur ein Beispiel in diesem Zusammenhang: als vor einigen Jahren die Pest in Sansibar grassierte, ging der Widerstand der Inder dort gegen die gesundheitlichen Maßnahmen der englischen Regierung so weit, daß sie nicht nur Erkrankte und die Leichen Verstorbener verbargen, sondern daß sie auch die aufgestellten Rattenfallen öffneten, um die gefangenen Ratten entweichen zu

lassen. Ähnliche Beispiele, wenn auch nicht so krasser Art, könnte ich mehrfach auch aus der Kolonie anführen.

Aber wie gesagt: das alles sind Mißstände, deren Beseitigung durch Gesetz und Gericht sehr wohl möglich ist, wenn die erforderliche Rigorosität Anwendung findet. Auch der Indianer ist viel zu sehr Orientale, als daß ihm nicht Nachgiebigkeit als Schwäche erscheinen und gelegentlich nur die rohe Gewalt imponieren und zum Gehorsam zwingen würde.

Das indische Volk hat in Ostafrika ein viel zu gutes Arbeitsgebiet, als daß es sich durch noch so rigoros erscheinende Maßregeln stören lassen würde. Was an Einwanderern nach schärferer Handhabung der Einwanderungs- und Geschäftskontrolle für uns ausfallen würde, an deren Verlust hätte die Kolonie keinen Schaden. Auch der bessere Teil unserer indischen Bevölkerung würde mit uns nur Vorteil von einer solchen Sichtung haben.

Neue Forschungen über Groß-Friedrichsburg¹⁾.

Von Christoph Voigt. (Mit 5 Abbildungen.)

II.

Mancherlei neue Aufschlüsse über unsere alten westafrikanischen Kolonien gibt uns der Holländer J. A. de Marrée, der als Mitglied einer holländischen Kommission im Jahre 1817 jene Gegenden bereiste. In seinem Werk: *Reizen og en Beschrijving van de Goudkust van Guinea*. 's Gravenhage, Amsterdam 1817, schreibt er von Groß-Friedrichsburg:

„Daselbe (Fort „Hollandia“, bei P o c a s o e) ist eine vollständige Ruine, ein Schutthaufen in einer Wildnis, von dem man im Bedarfsfalle nur Werksteine heruntergeholt hat, weil man das sonst wertvolle, unter dem Sand begrabene Geschütz von dort nicht fortbringen kann.

Der Weg zu Lande von Agim nach „Hollandia“ führt durch ein schönes Gehölz, das mit den herrlichsten Mangel- und anderen Bäumen geschmückt ist. (Folgt eine Beschreibung der Mangroven.) Kommt man aus dem Busch heraus, so hat man fast eine halbe Stunde längs dem Strande zu gehen und kommt dann an einen schönen Bach, der durch eine enge Mündung sich schnell in die See ergießt²⁾. Ein wenig vom Strande ist er ziemlich breit, und landeinwärts einige Meilen weiter sehr angenehm mit Canoes zu befahren. Man läßt sich hier mit einem Canoe übersetzen, alsdann ist man $\frac{1}{4}$ Stunde vom Fort oder lieber da, wo das Fort gestanden hat.

Das Fort war im 16. (richtiger im 17. D. V.) Jahrhundert von den Brandenburgern erbaut, von denen es den Namen Friedrichsburg erhielt. Die erste brandenburgische Flagge ward am 1. Januar 1683 von „Otto Frederik van der Gruben“ (!) aufgepflanzt. Die Lage konnte auf wenigen Plätzen besser ausgesucht werden, als hier, ungefähr $1\frac{1}{2}$ Meile noch oberhalb vom Kap Trespuntas, auf einer ansteigenden, ein wenig in die See vorspringenden Höhe; auch kann es von keiner anderen Höhe beschossen werden.

Das Fort selbst war groß und nach einem sehr guten Plan gebaut. Ein regelmäßiges Viereck, mit vier großen Bollwerken (Bastionen), die zusammen 1–42 Geschütze fassen können.

¹⁾ Vergl. den gleichen Artikel im Juliheft.

²⁾ Der Princes-Bach. D. V.

Die Brustwehr war stärker als bei den meisten holländischen Forts und die Kurtine so breit, daß eine Kutsche darauf um das ganze Fort herum fahren konnte.

Innen hatte es an der Süd-, Ost- und Westseite schöne Wohngebäude und Backhäuser für die Kompanie-Angestellten. Die vier Bollwerke waren gewölbt, und auf der Nordseite sah man einen halbrunden Turm³⁾, in dem das Haupttor sich befand. Inwendig besaß das Fort einen großen Flächenraum; es muß überhaupt seinerzeit eine der schönsten und stärksten Festungen auf der ganzen Küste gewesen sein, obgleich Bosmann dieses Lob nicht spenden will⁴⁾. Arim hat im Vergleich hierzu gar keine Festungswerke, und es ist gewiß ein Schreibfehler dieses Herrn gewesen, wenn er sagt, daß man mit einem Springstock von außen über die Mauern springen konnte, was vielleicht an einigen Stellen zu Arim, doch sicher nicht zu „Hollandia“ geschehen konnte.

Durch die schlechte Regierung der letzten brandenburgischen Verwalter oder Machthaber dort zu Lande kam es endlich so weit, daß die Negere einen großen Haß gegen diese Nation nährten, einen Kommandanten vom Fort Accoba erschossen und einige Weiße dort ums Leben brachten, endlich sogar einen Verwalter, Jan de Visser, in die See warfen und ertränkten.

Von dieser Zeit an ward es zwischen den Brandenburgern und Negern immer schlimmer⁵⁾, so daß die letzteren mit Anfang des vorigen Jahrhunderts selber die Waffen gegen das Fort erloben.

Ihr Oberhaupt und Anführer war ein mächtiger und sehr reicher Kabusier, ein Makler des Forts, namens Jan Comby, der in dem Dorf unter dem Fort wohnte. Er unternahm gegen das Fort wohl selber nichts, weil er voraussah, daß er da übel anlaufen würde; aber er machte den Anfang mit dem Ausplündern eines Schiffes, das von Europa kam, wie es heißt, eines brandenburgischen Kompagnieschiffes (geschichtlich falsch. D. V.) und brachte seine ganze Ladung nebst den Geschützen ans Land, indem er alle Wege sperrte, auf denen der Besatzung im Fort Vorräte zugeführt werden konnten, was sicher für einen Negere kein dummes Einfall war, durch den er ohne Blutvergießen eine Feste erobern konnte. Doch da er vor anderen Negern nicht sicher war, die vielleicht durch die Holländer zur Rettung des Forts, ihm auf den Pelz geschickt sein mochten, war er so vorsichtig, eine Mauer von dem oben erwähnten Bach bis zu einem kleinen See, der südöstlich vom Fort am Strande liegt, hinter seinem Dorf aufzuwerfen (wozu er einige weiße Maurer hatte), und die von dem Schiffe gerauberten Kanonen dahinter aufzustellen, auch zwischen ihnen in der Mauer so viele Scharten für das Kleingewehr zu lassen, als füglich angebracht werden konnten. Auf dem Weg, der vom Lande nach seinem Dorf führte, hatte er ein starkes Wachthaus, ebenso auf beiden Flügeln der Mauer, die er durch genügende Mannschaft besetzt hielt. Man sagt indessen, daß diese Verteidigungsmaßnahmen nicht dem Gehirn Jan Combys entprossen sind, sondern daß ein Wundarzt die Hauptperson gewesen ist, der alle Unternehmungen dieses Kabusiers geleitet hat; er war wegen angeblicher Mißhandlung aus dem Fort entwichen und hatte sich zu Jan Comby begeben. Ferner sollen außer ihm noch einige Europäer bei ihm

³⁾ Dieser halbrunde Turm, der auch beim Besuch der Ruinen von S. M. S. „Sophie“ beschrieben wird, ist auf den Skizzen und Plänen des Forts merkwürdigerweise nicht vorhanden; er stammt daher wahrscheinlich aus der letzten Bauperiode des Forts. Auf den sonstigen Abbildungen zeigt der Nordturm eine vierkantige Form. D. V.

⁴⁾ Dieser Tabel ist auch in Warbots Beschreibung (s. o.) übergegangen. Die Bemerkung spricht übrigens für Marrées objektives Urtheil.

⁵⁾ Die nachfolgende Schilderung entspricht nicht den politischen Tatsachen, namentlich hinsichtlich des Verhältnisses der Brandenburger zu den Eingeborenen. Ich gebe die Schilderung nur der Vollständigkeit wegen wieder. Jedenfalls ist den Schilderungen der Reisenden gegenüber eine eigene Zurückhaltung geboten. D. V.

gewesen sein. Mag dem sein, wie ihm wolle, genug, Jan Conny bekam schließlich das Fort, weil es von keiner europäischen Nation unterstützt wurde, in seine Hände und brachte auch verschiedene Weiße in denselben um. Er hielt es auch so lange, bis Seine kurfürstliche Hoheit (!) es neben anderen Besitzungen abtrat, für viel Geld an die Holländer. Doch kaum war diese Nachricht an die Küste gelangt, als die Landschaften Agim, Ahanta und Elmina versuchten, Jan Conny zu vertreiben. So mußte er nach einem sehr hartnäckigen Gefecht seinen besetzten Platz verlassen, zumal er keine Munition mehr hatte und keine Zufuhr erwarten konnte. Er nahm hierauf seinen Rückzug mit dem bei ihm befindlichen Wundarzt nach Assantijn, wo beide später gestorben sind. . . .

In den See, der südöstlich vom Strand liegt, soll Jan Conny eine Kiste mit Gold versenkt haben; die Neger versichern, bei klarem Wasser könnten sie sie noch sehen; doch

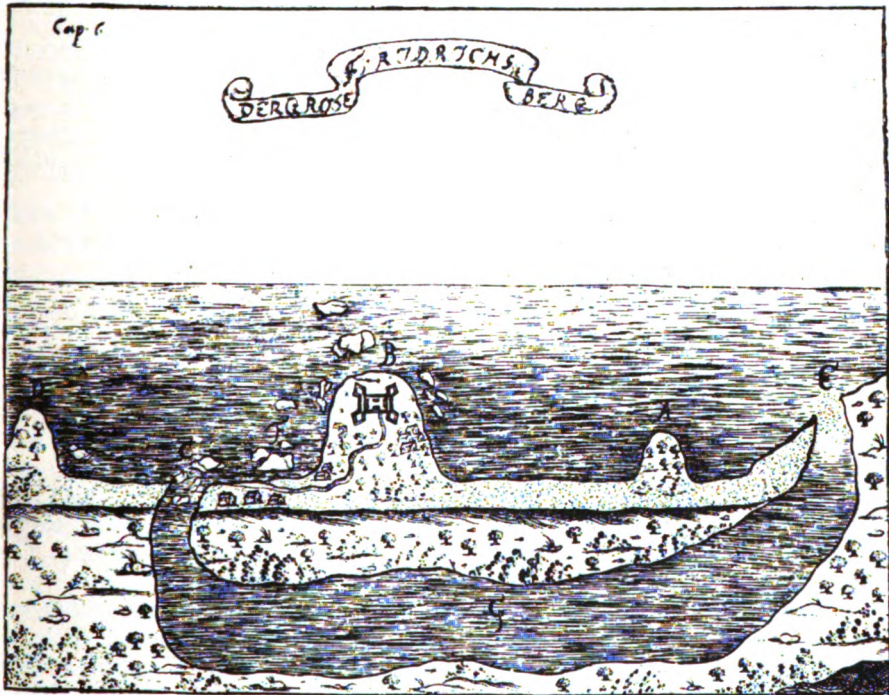


Abb. 5. Groß-Friedrichsburg (aus Groeben „Guineische Schiffahrt“).

in Wirklichkeit ist es nichts anderes, als ein großer Haufen zusammengewachsener Auktern, und wenn man die Neger fragt, warum sie diesen großen Schatz, der den ganzen Ort mit Bewohnern glücklich machen könnte, nicht heraufholen, antworten sie, daß Jan Conny eine großen Fetisch darauf gelegt habe, und daß der keinen Augenblick mehr leben würde, der seine Hand daran legen würde, so daß es uns Europäern infolge der großen Blindheit und des Aberglaubens der Neger, wenn es wirklich jener Schatz wäre, unmöglich wäre, uns seiner zu bemächtigen.

Der kleine See (von den Holländern Teich genannt), der südöstlich von dem gewesenen Fort liegt⁹⁾, ist in seiner Mitte besonders tief und derartig, daß man mit

⁹⁾ Auf der Skizze Schnitters, „Brandenburgia“, Juli/August-Heft 1911, Seite 120 vorhanden. D. B.

einer 30-Faden-Leine mit Lot keinen Grund peilen konnte. Er ist voll schöner Fische, vor allem Serätschen, eine silberfarbige, schöne Fischart, ein Mittelding zwischen Hecht und Schellfisch.

Bei Untersuchung des Forts „Dorothea“ zu Accoda, mit Zubehör, habe ich gefunden, daß selbiges beim Dorf Achoba liegt, das $3\frac{1}{2}$ Stunden Wegs von „Hollandia“ liegt. Man passiert wiederum zwei Gehölze. Das zweite endigt beim Fort, und kurz vor demselben liegt eine gefährliche Klippe, die man auf der Landseite passiert und die am Fuß einen sehr unbedeutenden Bach hat, der in die See mündet, und den man durchwaten muß, so daß man alsdann in einem Augenblick ins Fort kommt. Indes ist der Aufstieg nach dem Fort keineswegs bequem, sondern ganz überwund'ert. In der Nähe sind Trümmer eines von den Brandenburgern gebauten Forts (das Fort „Sophie Louise“. D. V.), das auf der niedrigsten Spitze vom Kap Trespuntas stand. Doch weil die Negler uns baten, es nicht zu besichtigen, weil da ein großer Fetisch sei, der uns alle ums Leben bringen könnte, mußte unsere Neugier ungestillt bleiben.“

Fort Dorothea hat die sonderbarste Bauart, die man finden kann. Nach der Landseite hat es zwei Bollwerke⁷⁾, auf jedem stehen vier kleine Kanonen, nach der Seeseite hat es keine andere Geschützverteidigung, als von einer einzigen Flanke, und daher nach der Seite auch nicht den mindesten Schutz (wohlverstanden, so wie es vordem in richtigem Zustande war), aber zuletzt war es nichts anderes, als eine (mit Mühe) unterhaltene Ruine zu nennen.

Man stelle sich ein Haus von zwei Stockwerken vor, bestehend aus einem Saal, wie man es dort nennt, und zwei Kammern, während das untere Geschos als Packhaus, Wohnung für die Besatzung, Sklavenraum, Pulvermagazin usw. gedient hat. Und das alles ist im allgemeinen so klein und elend, daß man sich etwas Ähnliches nicht vorstellen kann.

Das Fort liegt auf einem kleinen Erdhügel, der mit einem sehr schmalen Grund, auf dem viele Kokosbäume stehen, mit dem festen Land zusammenhängt. In der ersten Zeit gehörte es (so wie man sagt, und es ist Anlaß, es zu glauben) den Holländern, die es den Brandenburgern überließen, und die es späterhin aller Wahrscheinlichkeit nach auch wieder an die Holländer in den Kauf gegeben haben.⁸⁾

Das Dorf Accoda scheint mit dem Fort im gleichen Größenverhältnis stehen zu wollen, da es ungemein klein ist; die meisten Häuser oder lieber Wohnungen, die in seinen Mauern stehen, sind so von Bewohnern entblößt, daß man mit knapper Not hier und da noch ein altes Mütterchen zu sehen bekommt.

Der Grund, warum man so wenig Einwohner hier und zu „Hollandia“ findet, scheint kein anderer zu sein, als daß an diesen Plätzen sehr wenig Handel getrieben wird, und daß der größte Teil der Einwohner sich auf die Goldgräberei, und was damit verbunden ist, legt.

Ungefähr $1\frac{1}{2}$ Stunden von hier liegt das Dorf Achoma.

Taccarah. Von diesem Fort sind von Zeit zu Zeit verschiedene Herren Besitzer gewesen, Brandenburgern, Engländern, Franzosen, Dänen, Schweden und Holländer. Admiral de Ruiter nahm es den Engländern 1665 ab, und seit dieser Zeit ist es in unserem Besitz geblieben. Das Fort, das da gestanden hat, war ganz und gar verfallen, und schließlich hat man dort ein ziemlich geräumiges Gebäude errichtet, indessen ohne wertvolle Festungswerke. Auf der Südseite des Gebäudes ist noch ein Rest von einem Bollwerk des früheren Forts, wo die Flagge weht, und drei Kanonen mit abgenutztem

⁷⁾ Nach Schnitter. Dreieckiger Grundriß mit Halbbastionen an den Ecken; zwei Halbbastionen wurden später ausgebaut. D. V.

⁸⁾ Die Dorotheenschanze ist tatsächlich von Ingenieurkapitän v. Schnitter 1684 angelegt worden und, nachdem sie 1687 bis 1690 vorübergehend im Besitz der Holländer gewesen, 1717 mit den übrigen Kolonien an letztere abgetreten worden. D. V.

Zündloch auf den Steinen der sogenannten Platte liegen, die unlängst von der Kommission, zu der ich gehörte, verworfen wurden. Auf der Westseite dieser Anlage könnte man ein neues regelmäßiges Fort mit vier Bollwerken bauen, nach dem bereits von Herrn Trenks die Grundlage zum Nordbollwerk gelegt ist, während die Grube zum ganzen Fundament und die Zisterne noch einigermaßen sichtbar ist, obschon es überall mit Gestrüpp bewachsen ist. Es liegt auf einem hohen, an der Seeseite sehr steilen, doch oben ziemlich flachen Berg, so daß es von dieser Seite nichts zu fürchten hat und der Strand nach Osten und Westen rein gehalten werden kann.“

Von diesem Fort lesen wir im 3. Band der oben erwähnten „Allgemeinen Historie“ (1748) noch:

„Es war ehemals französisch; aus seinen Resten errichteten die Schweden ein neues, das nun wieder verfallen ist, da sie durch ihre deutschen Kriege (gemeint ist der Dreißigjährige Krieg. D. V.) verhindert werden, solches zu unterhalten.“

Diese kolonialen Versuche der Schweden stehen anscheinend mit den Seebestrebungen Rurlands im Zusammenhang. Dort hatte Herzog Jacob Kettler von 1610 ab eine Flotte geschaffen; 1640 wurde nach Kirchhoff (Seemacht in der Ostsee, Kiel 1908, 2. Band) ein Fort auf der Guineaküste errichtet, also 43 Jahre vor der Begründung von Groß-Friedrichsburg, und Kolonisten angesiedelt. Im Jahre 1610 erhielt der Herzog die westindische Insel Tobago von König Jacob I. von England geschenkt; 1654 ward hier eine Kolonie gegründet, die indes nach vier Jahren an die Holländer verloren ging, 1681 verschwand die rurländische Flagge, der schwarze Taschkens im roten Felde, von der See.

Neueren Datums ist eine Beschreibung von Groß-Friedrichsburg in dem holländischen Werk: „Onze Bezittingen op de Kust van Guinea“ von C. A. Jeekeel, Amsterdam 1869. Es heißt da auf Seiten 8 und 9:

„Dem Strande folgend, wobei wir ein Duzend Krümmungen passierten, gelangten wir über einige kleine Vorprünge zum St.-Jans- oder Princessbach; nicht weit von ihm, zur Linken oberhalb der Krümmung, liegt Princess (225 Einwohner, 45 Häuser). Hier wurden die Ruinen von Groß-Friedrichsburg gefunden, einem recht gut gebauten Fort, das zum Beginn des 18. Jahrhunderts (in Wirklichkeit im Jahre 1717. D. V.) von uns den Brandenburgern abgekauft wurde und dann den Namen „Hollandia“ erhielt. Otto Friedrich von der Gruben (!) hißte hier am 1. Januar 1683 die brandenburgische Flagge.“

Die nun folgenden Ausführungen über die Schicksale von Groß-Friedrichsburg ähneln in ihrer Ungenauigkeit den oben erwähnten Reiseberichten, so daß wir sie fortlassen. Es heißt dann weiter:

„Unser Weg, der beständig durch einen Busch geht, bringt uns über drei Krümmungen nach der Landzunge des Raps Tres Puntas, wo früher ein besetztes Haus mit einer brandenburgischen Niederlassung gelegen war.“ Eine halbe Stunde weiter beginnt bei dem Krütingabach der Bezirk Dixcove. . . .

„Der erste Bach, den wir im heutigen Bezirk Dixcove, in der Landessprache Unsuma (d. h. Krolobil) genannt, antreffen, ist der Accoda oder Seunierbach, an dem links oberhalb der Krümmung Accoda (225 Einwohner) gelegen ist, wo sich die Ruinen des früheren brandenburgischen Forts Dorothea befinden, das ebenfalls im Jahre 1720 (1717. D. V.) an uns verkauft worden ist.“

*) Fort Sophie Louise (Taccrama). D. V.

Neuerdings sind die Ruinen wiederholt von Kriegsschiffen unserer Marine besucht worden. So erhielt auch S. M. Kanonenboot „Eber“ den Auftrag, sich nach den noch dort befindlichen alten Geschützen umzusehen, die im Verfolg dessen durch das Entgegenkommen König Georgs von England an uns ausgeliefert wurden.

Ueber diesen Besuch schrieb ein Augenzeuge an den Verfasser:

„Der Besuch der Feste erfolgte am 25. April (1911) vormittags. S. M. S. „Eber“ war an diesem Tage frühmorgens mit dem englischen Commissioner von Arim an Bord von Arim in See gegangen und ankerte gegen 8 Uhr morgens vor Groß-Friedrichsburg. Unmittelbar nach dem Anker bestiegen der Commissioner, der Kommandant und der größte Teil der Offiziere das von Arim in Schlepp mitgenommene Brandungssboot mit schwarzer Besatzung, um an Land zu fahren. Die Dünung war ziemlich stark und die Brandung daher sehr erheblich. Jedoch kamen wir mit einigen Spritzern davon. Auf dem Rücken einer großen Welle wurde unser Boot zum Schluß mit schneller Fahrt auf den Strand gesetzt, von wo wir auf dem Rücken von Schwarzen (aus dem bei der Feste Groß-Friedrichsburg liegenden großen Negerdorf) durch das seichte Wasser auf den trockenen Strand getragen wurden. Unter Führung des Negerchefs und mehrerer anderer Schwarzer stiegen wir sofort nach kurzem Palawer auf den dicht neben der Landungsstelle sich erhebenden, von den berühmten Ruinen gekrönten Berg . . . Wir fanden den Erdboden von Gras und Sträuchern überwuchert, so daß man häufig nicht hindurch konnte. Alte Geschütze waren nur in geringer Zahl zu entdecken; sie waren schon sehr verwittert. Nach ungefähr halbstündigem Aufenthalte in dem alten Gemäuer fuhren wir mehr oder weniger mit Steinen beladen — die Größe der für Sie bestimmten Steine¹⁰⁾ haben allerdings die sämtlichen anderen nicht erreicht — zu dem Boot zurück. Da es gegen 9 Uhr war, wurde es schon sehr heiß. Die Fahrt durch die Brandung, jetzt noch schwieriger als bei der Ankunft, verlief ohne Unfall, und glücklich gelangten wir mit unseren Schätzen an Bord. Um ¼10 Uhr gingen wir Anker auf, brachten den Commissioner und sein Boot nach Arim zurück und ankerten abends schon vor Sekondi.“

Um noch einiger Beziehungen unseres Landes zu den alten Kolonien zu gedenken, so möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß der Berliner Bürgermeister Joachim Kornmesser (1641 - 1715), dessen Name in einer dem Gemeinwohl dienenden Stiftung noch heute fortlebt, die Guineaküste besucht hat. Küster, der uns in seinem „Alten und Neuen Berlin“ (1737) davon erzählt, gibt über die Reise leider keine näheren Angaben, wir hören nur, daß Kornmesser 1698 zum Kondirektor der Afrikanischen Kompagnie ernannt worden ist.

¹⁰⁾ Einen der Steine überwies der Verfasser i. J. 1912 der „Brandenburgia“, Gesellschaft für Heimatkunde zu Berlin, im Anschluß an einen Vortrag, den er über Groß-Friedrichsburg hielt.

Sonstige Beziehungen zwischen Heimat und Kolonien finden sich in den Reisen deutscher Seeleute nach jenen Küstenstrichen. So gibt uns Joachim Kettelbeck, der in jungen Jahren als Steuermann auf holländischen Sklavenschiffen jene Striche wiederholt besucht hat, Schilderungen von den alten Besitzungen, die er dem holländischen Residenten, einem deutschen Landsmann in Fort Arim verdankte; auch sah er noch sechs Geschütze daselbst, die aus dem Fort Groß-Friedrichsburg stammten.

Leider waren bei der geringen Zahl ozeanfahrender deutscher Schiffe viele deutsche Seeleute genötigt, auf ausländischen Schiffen Heuer zu nehmen. Bekannt dafür waren die Bewohner unserer friesischen Inseln, die als geschätzte Seeleute die ganze Welt befuhren und die alte Heimat erst wieder aufsuchten, um da ihren Lebensabend zu verbringen. Die Grabchrift so eines alten Seebären auf dem Kirchhof zu Nebel (auf Amrum) gibt in schlichten Worten die Beschreibung eines Lebens voller heute weltferner Romantik:

„Neben diesen Stein modern die Gebeine des Hochedlen seel. Fr. Capitains Hardt Rickelsen, er ward geboren d. 12. Oct. 1706 zu eben der Zeit wie sein Vater auf dem Meer verunglückte. Im 12. Jahr seines Alters fing er an sein Brodt bey der Schifffahrt zu suchen. No 1724 erlitt er die Widerwärtigkeit von den türkischen Seeräubern gefangen und an den Bey von Algier verkauft zu werden, welche er 3 Jahre diente nach welcher Zeit er ihm aus Güte seine Freiheit durch die Portugiesen erkauffen ließ, suchte nachgehends in Holland und Kopenhagen sein Glück, am lezten Ort gelang es ihm als Capitain ein Schiff auf Westindien und der Küste von Guinea zu führen.“

Auf dem Kirchhof zu Nieblum (auf Föhr) ist noch das Grab des alten Dirk Cramer zu sehen, „Des Wohlachtbaren Westindischen Capitains aus Nieblum“, dessen umfangreiche Grabchrift von seinen vielen Weltreisen und sonstigen Begebenheiten getreulich erzählt.

Wie schade, daß so viel seemännische Ausdehnungskraft für unser Vaterland jahrhundertlang ungenutzt bleiben mußte, und wie anders heute, wo alle heimischen Kräfte im Dienst vaterländischer Marine- und Kolonialbestrebungen Verwendung finden können. Wir schließen unsere Ausführungen mit einer Lobpreisung, die L. Beger in seinem „*Thesaurus Brandenburgicus*“, Gölz (Berlin) 1696, 1. Band, Seite 395, den kolonialen Unternehmungen Kurbrendenburgs widmet. Wir geben die betreffende Stelle in ihrem lateinischen Wortlaut wieder, in der Hoffnung, daß sie unsere jugendlichen Kolonialfreunde zur Betätigung ihrer lateinischen Kenntnisse anspornen möge, und bemerken im übrigen nur, daß ihr geschichtlicher Wert allerdings vom höfischen Standpunkt ihres Verfassers zu würdigen ist:

„Quis Africam nescit, tot marium spatiis ab nostro orbe divisam? Quis nescit Guineam, auriferam remotioris Africae provinciam? Totas classes in hanc jam Divus Fridericus Wilhelmus Magnus emisit, positoque munimento, quod a Magno nomine, Magnum Fridericoborgum vocavit, contra barbaros commerciorum securitatem fundavit. Non stetit gloriae cursus. Tertius terrarum orbis brandenburgicae aquilae insignia veneratur. Quod Fridericus Wilhelmus in Africa, id Fridericus III. dignissimus tanti herois et haeres et aemulus in America

praestitit. Sub illo merities, at sub hoc etiam occidens brandenburgicis classibus fervet. Non obscuro indicio, sub Friderico Wilhelmo Magni nepote easdem et in orientem excursuras.“

Gegenüber dieser Ueberschwenglichkeit darf indes betont werden, daß die Bedeutung jener Kolonien, die bei König Friedrich Wilhelm I. so geringer politischer Wertschätzung sich erfreuten, dennoch beträchtlich genug gewesen ist, und daß das koloniale Unternehmen Friedrich Wilhelms eines besseren Schicksals würdig gewesen wäre. Und wenn von den großartigsten und edelsten Entwürfen des Großen Kurfürsten die Rede sein wird, dann wird auch seiner Person als des Begründers jener Kolonien pietätvoll gedacht werden.

Das Verdienstvolle in der Kolonialpolitik Friedrich Wilhelms beruht nicht zum wenigsten darin, daß es unserer Zeit vorbildlich gewesen ist für das Einsetzen hoher ideeller und materieller Werte. Und fast möchte es uns beschämend erscheinen angesichts der gegenwärtigen Bedeutung unseres Vaterlandes, wie jener Beherrscher des an Mitteln und Menschen so armen kleinen Brandenburgs sich in so weitausschauende Kolonialunternehmungen erfolgreich einzulassen vermochte. Wieviel weiter wären wir heute, hätte über jenen Marine- und Kolonialunternehmungen ein günstigerer Stern geleuchtet!

Von Kaiser Wilhelm dem Großen wird eine charakteristische Äußerung erzählt, die er nach dem Erwerb der ersten Schutzgebiete in Afrika 1885 seiner Umgebung gegenüber getan haben soll:

„Jetzt erst — meinte der greise Kaiser — kann ich wieder dem Standbild des Großen Kurfürsten¹¹⁾ gerade ins Gesicht sehen.“

Er erkannte damit an, daß er das Vermächtnis seines großen Ahnen übernommen und das gutgemacht hatte, was bis dahin versäumt gewesen war.

Unsere Eingeborenen.

Von Hauptmann a. D. H. L e u e.

Vor einiger Zeit las ich, ein höherer Kolonialbeamter habe geäußert, die Schwarzen seien wie Kinder und müßten daher mit väterlicher Milde behandelt werden.

Unter der Voraussetzung, daß hier die Schwarzen in ihren Beziehungen zu den Weißen gemeint sind, möchte ich doch betonen, daß der Vergleich mit „Kindern“ einigermaßen hinkt. — Kinder handeln kindisch, hauen auch wohl mal über die Schnur, tun jedoch mit ihren Streichen niemandem weh. Die Streiche der Schwarzen aber sind zumeist recht fühlbar gegen ihren Herrn gerichtet und laufen dann stets darauf hinaus, ihn nach Möglichkeit zu schädigen. — Darin kann ich jedoch beim besten Willen nichts Kindliches finden.

Wer allerdings als Gouvernementsbeamter im Kulturzentrum der Kolonie wohnt, unter den günstigsten Bedingungen lebt und nur mit wohlgezogenen

¹¹⁾ Das Denkmal auf der Kurfürstenbrücke von Schlüter. D. W.

Boys zu tun hat, mag ja immerhin einen so freundlichen Eindruck von den Schwarzen gewinnen. Anders aber würde er urteilen, wenn er im Binnenlande säße und wirtschaftlich tätig wäre. — Für einen Beamten ist überhaupt schwer, die Psyche des Eingeborenen kennen zu lernen, weil sie sich ihm nur von ihrer vorteilhaftesten Seite zeigt. — Da ich hier in Deutsch-Ostafrika mehr als zwölf Jahre als Bezirkschef gewirkt habe, so kann ich aus eigener Erfahrung sprechen. Ich habe mir damals auch eingebildet, ich hätte eine Ahnung von den schwarzen Seelen, und habe in Deutschland wunders viel erzählt von der Tüchtigkeit der Askari, der Zuverlässigkeit der Afiden und der Treue der Boys.

Richtig ist, daß die farbigen Angestellten des Gouvernements, wie Askari, Träger, Afiden usw. fast durchweg vortreffliche Leute sind. Es liegt dies wohl hauptsächlich daran, daß sich zum Serikaldienste nur solche Schwarze melden, die einen energischen Charakter, ein mutiges Herz und ein reines Gewissen haben. — Dies erstreckt sich zum Teil auch auf die Boys. — Wer würde auch wohl seinen eigenen Bezirkschef bestehlen, ihn im Stich lassen, oder ihm wohl gar den Gehorsam verweigern. — Weiß doch jeder, was ihm in solchem Falle blüht, und daß der Schauri-Kiboko wie ein Damoklesschwert stets über seinem Haupte hängt. Man kann wohl sagen, daß sich im Serikaldienste die Creme der arbeitslustigen Bevölkerung befindet. Infolgedessen ist der Beamte in bezug auf das Menschenmaterial, über das er verfügt, sehr verwöhnt; und es ist darum verständlich, wenn er geneigt ist, gegebenenfalls väterliche Milde walten zu lassen.

Ich selbst war, wie schon erwähnt, von der Vorzüglichkeit unserer schwarzen Brüder so durchdrungen, daß ich mich geradezu darauf freute, ihnen wieder mal auf längere Zeit näher treten zu können. — Wie enttäuscht war ich aber, als ich mich, und zwar nun als Privatmann, wieder mit ihnen befassen mußte. — Wo ich früher Höflichkeit und Entgegenkommen zu finden gewohnt war, stieß ich jetzt auf Frechheit und Ungefälligkeit, und wo ich glaubte, auf Treue und Zuverlässigkeit rechnen zu dürfen, traf ich auf lauter Lumpereien und faule Geschichten. Während sich früher beispielsweise fast jeder Aufseher oder Minhampara als ein tüchtiger Kerl erwies, fand sich jetzt unter zehn Aufsehern kaum einer, der etwas taugte. Fast alle stahlen, tranken oder steckten mit ihren Untergebenen unter einer Decke. — Und mit dem Hausgefinde war es annähernd ebenso. Die einzigen, die sich gleichblieben, waren die Arbeiter — das heißt, sie drückten sich vor wie nach von der Arbeit, wo sie konnten, und leisteten nur etwas, wenn sie scharf beaufsichtigt wurden. —

Nein, die Farbigen sind keine Kinder; oder wenn sie es doch nun einmal sein sollen, so sind sie Naturkinder und unterliegen den unreinen Trieben, die eine zweitausendjährige Kultur im Weißen erstickt oder doch wenigstens gemildert hat. — Selbst die Besten unter ihnen legen bei jeder Gelegenheit eine naive Selbstsucht an den Tag, ermangeln jeglicher Dankbarkeit und Anhänglichkeit und sind jeden Moment bereit, dem, was sie als Lebensfreude

und Genuß erachten, ihre Herrschaft mit allem, was drum und dran hängt, ohne weitere Gefühlsduselei aufzuopfern.

Zum Hausgefinde eignen sich am besten die strengen Mohammedaner, da sie weder europäische Speisen genießen, noch rauchen, noch geistige Getränke zu sich nehmen und im allgemeinen ehrlich, reinlich und intelligent sind. Ich liebe es darum sehr, wenn die Boys, was immer ein gutes Zeichen ist, kein ungeschächtetes Fleisch essen mögen, und vermeide es aufs peinlichste, sie zum Genuße irgendwelcher europäischer Küchen- und Kulturprodukte aufzufordern. — Die Reformislamiten, das heißt solche, die es nur dem Namen nach sind und sich im übrigen trotz Mohammed und Koran keinerlei Zwang auferlegen, sind zumeist minderwertig. — Ganz zweifelhafte Burschen aber sind die Heiden, die nur den Vorzug der Billigkeit haben, im übrigen aber längere Zeit gebrauchen, ehe sie sich aus ihrem Urzustande zu einigermaßen nützlichen Geschöpfen entwickeln. — Hier am Meru befinden sich gewöhnlich in jedem größeren Haushalte erstens einige mohammedanische Küstenleute als Zimmerboys, Köche und Wäscher mit einem Monatslohn von 15 bis 25 Rupien, sodann ein Schwarm von heidnischen Landeskindern zum Solde von 5 bis 10 Rupien. — Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß von den letzteren sich hier und da einer als Hausboy bewährt und demgemäß an sittlichem Werte gewinnt. Die meisten aber lernen es nie und geben nach einigen mißglückten Versuchen das Kennen auf. Diese fallen dann alsbald in ihre angeborene Wildheit zurück, legen mit der Boshleibung auch schleunigst die mühsam angequälten Manieren ab, und treten wieder stolz als mschensikabissa (Buschneger) auf, das heißt, ungewaschen, ungekämmt, eingefettet, bemalt und angestrichen, mit Federn in den Haaren, Pflöcken in den Ohren und Affenschwänzen an den Ellbogen.

Nicht selten beginnen die Wameru die Boshkarriere schon in jungen Jahren als pischiboy (Rückenjunge) bei kleinen Ansiedlern, wo sie alsdann den Ehrentitel kidudu (kleines Insekt) führen und als Monatslohn das Heidengeld von 1 Rupie 1 Summi (gleich 1 Mark 66 Pfennig) beziehen. Diese kleinen Geister, flinker und williger als die großen Tölpel, die anfänglich oft nicht imstande sind, eine Treppe hinaufzusteigen, wären als Hausarbeiter gar nicht zu verachten, wenn sie nicht so fabelhaft diebisch und naschhaft wären. — Da die erwachsenen Wameru zumeist auch nicht hasenrein sind, so sollte man es fast für angeborene Kleptomanie halten. — Neue und unerprobte Jungen in der Wohnung Dienste tun zu lassen, ist sehr gewagt. Alles, was sie irgendwie gebrauchen können, lassen sie mit der Fixigkeit eines Zauberkünstlers verschwinden. Messer, Scheren, Fingerhüte, Sicherheitsnadeln, Wertfächer, Schwären, Getränke, Konserven, alles verflüchtigt sich einem unter den Händen. — Wo eine Tür offen gestanden hat oder ein Schlüssel stecken geblieben ist, fehlt gewöhnlich irgend etwas. Gestohlen werden die Schrauben aus der Maschine, die Klinen aus den Türschlössern, die eisernen Stangen von den Toren, die Riemen von den Geschirren, Schuhe und Strümpfe, Werte,

Beile und Buschmesser, die Kälber aus dem Stalle, ja, die Milch aus der Kuh, das Ei und das Huhn dazu.

Will man sich und das anvertraute Gut vor Schaden bewahren, so muß man stets auf dem Posten sein, revidieren und kontrollieren und Tag und Nacht aufpassen wie ein Luchs. — Sicher vor den Eingeborenen ist nur das, was sie nicht kennen, nicht mögen oder nicht zu benutzen wissen. Feld- und Gartenfrüchte werden höchst selten gestohlen; dafür aber alle Baumfrüchte, soweit sie den Schwarzen genehm sind. Von den saueren Zitronen fehlt nie eine, auch wenn die Bäume so voll hängen, daß die Zweige brechen, während die süßen Orangen und Mandarinen abhanden kommen, ehe sie reif sind. — Der Kaffee draußen bleibt vorläufig noch verschont, da die Eingeborenen keinen Kaffee genießen und ihn auch nicht verwerten können. Sollten sie aber einmal auf den Geschmack kommen oder anfangen, ihn selbst zu produzieren, so wäre des Unglücks kein Ende. — Darum sollte den Schwarzen der Anbau von Kaffee aufs strengste untersagt werden. — An der Küste wurden beispielsweise früher die Kokosnüsse in solchem Umfange gestohlen, daß die Kokospflanzungen unrentabel wurden und die Araber diese Kultur vielfach deshalb aufgaben. — Wie es jetzt ist, weiß ich nicht. — Fragt man aber auch hier einen Ansiedler, warum pflanzen Sie nicht dieses oder jenes, so erhält man gewöhnlich die Antwort: „Ach, was soll das nützen; es wird einem ja doch alles genommen.“ — Einer unserer Deutschrussen hatte einen Bananenhain angelegt, triegte aber nie eine Traube davon, weil die Bananentrauben stets gestohlen wurden, ehe sie mal ausgereift waren. — Dabei gibt es hier soviel davon, daß sie fast wertlos sind. — Der kleine Mann leidet naturgemäß viel mehr unter solchen Verhältnissen als der bessergestellte, der sich Wächter und Aufseher halten kann.

Derartig unsichere Zustände sind übrigens im ganzen Kilimandscharo-Merugebiet gang und gäbe. Von einer Familie am Kilimandscharo wurde gesagt, daß sie sich wegen der ewigen Hausdiebstähle ganz unglücklich fühle. Die Hausfrau müsse alle Küchenarbeiten selbst ausführen, da ihr sonst Messer, Gabeln und Löffel, ja, das ganze Haus- und Küchengegeschirr, in Verlust gerieten. — Ein Herr aus Moschi versicherte mir, daß er noch nie reife Ananas aus seiner Anpflanzung geerntet hätte, weil sie ihm stets vor der Reife gestohlen worden seien. — In Aruscha sind Einbrüche, Gelddiebstähle und Viehräubereien an der Tagesordnung. Als ich jüngst dort war, ging das Gerücht, es sei über Nacht in der Nähe eine ganze Rinderherde entführt worden. Soviel ich weiß, sind die Täter bis heute nicht entdeckt, und das Vieh ist weg. — Mir selber wurde dort nachts aus dem Zelte, in dem ich schlief, ein Speer gestohlen.

Das Schlimme ist, daß sowohl bei den Massai wie auch bei den Wameru und Wadschagga Raub und Diebstahl als Heldentaten erachtet und gefeiert werden. Um ihnen diesen Star zu stehen und ihnen den Begriff *aibu* (Schande) beizubringen, wäre eine drakonische Strenge am Platze. Man sollte nur mal

jeden überführten Viehräuber hängen und jeden erwischten Spitzbuben auch entsprechend bestrafen. Dann würden die Diebstähle sicherlich aufhören. Wäre nicht schon heute die Furcht vor Strafe vorhanden, so würde hier die ganze farbige Welt rauben und plündern. — Allerdings: „Die Nürnberger hängen keinen, sie hätten ihn denn zuvor.“ — Daß ein Dieb gefaßt wird, ist eine große Seltenheit, da die Schwarzen mit ihren bloßen Füßen sehr leise auftreten und so wenig Spuren hinterlassen wie Schleichfaken und Stachelschweine.

Ich will ja nun zugeben, daß nicht alle Eingeborenen Deutsch-Ostafrikas solch ein Diebesgefindel sind wie die hiesigen. Bekannt sind mir nur die schlauen Wasaramo als Gelegenheitsdiebe, die tapferen Manjema als Einbrecher und die tüchtigen Manhamuesi als Buschräuber. — Daß es auch viele Ausnahmen, d. h. gute, redliche Leute, unter den Wameru gibt, versteht sich von selbst; aber die Ausnahmen beweisen die Regel.

„Ja,“ wird nun der Leser fragen, „gibt es denn dort keine Polizei?“ Die gibt es wohl, aber der Himmel ist hoch, und die Polizei ist weit. — Was nützt mir eine Polizei, die eine Tagereise weit entfernt ist. — Im Gegensatz zu Deutschland, wo es nach Wilh. Busch heißt:

„Und es kommt die Polizei

Wie gewöhnlich schnell herbei“,

kann man hier hübsch lange darauf warten. Den ursprünglichen Zuständen des Landes entsprechend, sind auch die Polizeiverhältnisse noch recht unentwickelt. Bestraft werden zwar die Missetäter auf den amtlichen Dienststellen; indes müssen sie doch erst mal festgestellt, ergriffen und hingeschafft werden. Das ist aber leichter gesagt als getan. Sehr gut bewährt haben sich bisher die Polizeiwachtmeisterposten, und es wäre zu wünschen, daß diese, nach Art der heimischen Gendarmerie, in den bewohnteren Gegenden nach Möglichkeit vermehrt würden, so daß man stets solch einen Polizeiposten in erreichbarer Nähe hätte. Vorderhand indes ist die Inanspruchnahme der Polizei hier im Innern so umständlich, daß man nur in den gröblichsten Fällen darauf zurückgreifen kann.

Es bleibt nun die Selbsthilfe. — Man munkelt zwar, der Dienstherr bzw. der Arbeitgeber habe bis zu einem gewissen Grade Strafgewalt über seine Leute. Das ist aber nirgends gesetzlich ausgesprochen, und, wie es scheint, hat jeder Richter darüber seine besondere Ansicht. — Ist es doch schon vorgekommen, daß Weiße zu einer empfindlichen Geldstrafe verurteilt wurden, weil sie einem Schwarzen, beispielsweise ihrem Boy, eine gelinde Backpfeife verabreichten. Soll man sich der Gefahr aussetzen, wegen „Mißhandlung eines Farbigen“, wohl gar „mit einem gefährlichen Werkzeuge“ zur Untersuchung gezogen zu werden? Lieber läßt man es gehen, wie es geht. — Lohnabzüge sind aus allerlei Gründen auch nicht zweckmäßig. Es bleibt einem also nur übrig, den Uebeltäter wegzujagen; was aber auch insofern seine Grenzen hat, als man zusehen muß, mit dem zu Gebote stehenden Menschenmaterial auszukommen. — Fremden Leuten gegenüber ist man überhaupt fast macht-

los. — Man wird mir zugeben, daß diese Dinge hier noch manches zu wünschen übriglassen, und daß es nicht zu verwundern ist, wenn mal Ausschreitungen von Weißen gegenüber den Farbigen vorkommen.

Schlimmer noch als die Unredlichkeit ist die Unzuverlässigkeit der Schwarzen. Von ihrer Nachlässigkeit und Fahrlässigkeit macht man sich kaum eine Vorstellung. Wenn man nicht immer dahintersäße, würden die Haustiere nicht gefüttert, die Herde nicht ausgetrieben, die Ställe nicht gereinigt, die Kühe nicht gemolken, die Saatbeete nicht begossen, das Geschirr nicht aufbewahrt. Man könnte tausend Beispiele aufzählen. Auf Schritt und Tritt trifft man auf Ungehörigkeiten und Unzuträglichkeiten. Vor allem sind die Hirten im wahren Sinne des Wortes eine Heidengesellschaft und voll von Listen und Praktiken, an die der harmlose Europäer gar nicht denkt, und die alle darauf hinauslaufen, ihn gründlich zu schädigen.

Sind das alles auch nur Lappalien, so füllen sie doch den Tag aus, so daß man an nichts anderes denken kann. Ärger, Sorge und Aufregung sind aber aufreibend und machen nervös. Das ist wohl auch der Grund, wenn hier mal ein Weißer über das Nachlassen seiner Leistungsfähigkeit und Spannkraft klagt. Mit dem Klima hat das nichts zu tun. Leute von phlegmatischem Temperament kommen naturgemäß dabei besser weg als Choleriker. Führt so ein unglücklicher Choleriker nun aber mal aus der Haut und mit der Ribokopeitiche, dem gefährlichen Werkzeuge, dazwischen, so fränkt er wieder die ominöse Dame mit der Binde vor den Augen.

Inipiziert man nachts, durch das Gebell der Hunde aufmerksam gemacht, Haus und Hof, so findet man gewöhnlich die Tore sperrangelweit offen, die Feuer in der Küche und im Bohhause lichterloh brennend, die Boys schlafend oder ausgegangen. Raubtiere und Schlangen könnten ungehindert bis an die Schlafzimmer gelangen, da alle Türen offenstehen. — Die Hunde fühlen sich dadurch beunruhigt — das Hausgefindel aber nicht.

Ogleich die Schwarzen im allgemeinen recht kinderlieb sind, so ist es doch bedenklich, ihnen kleine Kinder zur Wartung anzuvertrauen, da sie sie infolge ihrer Gedankenlosigkeit leicht zu Schaden kommen lassen. Umsicht, Besonnenheit und Sauberkeit sind ihnen unbekannte Begriffe.

Die Schwarzen nachts zu irgendeiner Hilfeleistung herbeizugutieren, ist sehr schwierig. — Sie schlafen wie die Toten und sind gar nicht zu ermuntern. Ein mir befreundeter Missionar erzählte mir kürzlich folgendes: Ein schwarzer Junge kam zu ihm, um sich eine böse Wunde an der Ferse verbinden zu lassen. „Wo hast du dir denn das zugezogen?“ fragte der Missionar. „Eine Ratte hat mich angegriffen“, war die Antwort. „Warum hast du sie denn nicht weggejagt?“ — „Run,“ versetzte der Junge, „habe ich denn nicht geschlafen?“

Aus all diesen Gründen geht man nur ungern aus dem Hause fort und malt sich, wenn man notgedrungen eine Reise machen muß, alle Schrecknisse aus, von denen die Familie betroffen werden könnte. Ein Glück ist dabei, daß die Eingeborenen zu Gewalttätigkeiten gegen die Europäer vorläufig nicht neigen.

Selbstverständlich gibt es, ebenso wie ehrliche, auch zuverlässige Leute unter den Schwarzen, aber sie sind so selten wie Perlen und werden darum auch wie solche behandelt und bezahlt. Indes kann man nicht sagen, daß die Schulbildung dabei irgendwie mitsprache. Im Gegenteil, je mehr ein Schwarzer gelernt hat, um so fragwürdiger wird er. — Wer lesen und schreiben kann, will nicht mehr arbeiten, sondern nur sein Wissen benutzen, um sich ein angenehmes Dasein zu verschaffen oder auf Kosten seiner schwarzen Mitbrüder sich zu bereichern. — Die einzige Tätigkeit, die ihm gut genug dünkt, ist die eines Karanis, d. h. eines Schreibers, oder Handlungsgehilfen; aber auch dieser ist er nicht gewachsen. Mit einem Jnder, Araber oder Soanese kann sich ein Schwarzer nicht messen. Während es unter den ersteren recht tüchtige Leute gibt, wird der Schwarze nicht den bescheidensten Ansprüchen gerecht. In Schrift und Wort bleibt er stets der Rigger. Was hat es also für einen Zweck, auf seine Ausbildung soviel Geld und Mühe zu verwenden. Wir züchten uns nur eine gefährliche Gegnerschaft heran. Für die wenigen Stellen, die es bei den Behörden, der Post und der Bahn für die Farbigen gibt, dürften die Schulen in Daresalam und Tanga völlig ausreichen. Mehr ist von Uebel. Schon jetzt hungern diese Jünglinge haufenweise herum und suchen sich durch allerlei faule Machenschaften über Wasser zu halten. Die Vermehrung der Schulen ist meines Erachtens kein Fortschritt, sondern ein Nachteil. Denn alle Schwarzen, die längere Zeit eine Schule besucht haben, sind für die Arbeit verdorben. — Nutzen bringt uns nur ihre Handarbeit; ihres Wissens bedürfen wir nicht. Und so lange in Deutsch-Ostafrika noch Gegenden existieren, wo Europäerfinder des Lehrers harren, erscheint es mir als wichtiger, für diese Sorge zu tragen. Schon in der Bibel steht: „Es ist nicht fein, daß man den Kindern ihr Brot nehme und werfe es vor die Hunde“. Hält man aber die Ausbreitung von Bildung und Aufklärung unter den Eingeborenen für durchaus wünschenswert, so möge man sie doch getrost den Missionen überlassen, wo sie wenigstens nicht schädlich wirkt.

Man hat nun auch wohl der Ansicht gehuldigt, die höhere Bildung werde die Schwarzen zu einer erhöhten Produktion anregen. Das ist jedoch nur ein schöner Traum. Ohne europäische Leitung werden sie niemals eine marktfähige Ware zu liefern vermögen. Sie sind viel zu indolent, leichtfertig und bedürfnislos, um ernsthaft an eine vernünftige Tätigkeit heranzutreten. Sie verstehen höchstens, Raubbau zu treiben. Sie schlachten die Ziege, um zu dem Fell zu gelangen. Der Export geht sofort zurück, wenn das Material erschöpft ist, wie der Handel mit Wachs, Lianenkautschuk, Elfenbein und Kopal gezeigt hat. Im übrigen produzieren die Eingeborenen nur das, was sie genießen können, und verkaufen bestenfalls den Ueberschuß. Alle Versuche, sie für den Anbau von Baumwolle, Kautschuk und dgl. im größeren Umfange zu gewinnen, kann man als gescheitert ansehen. Die Schwarzen sind so leichtsinnig, daß sie das vortreffliche Negerkorn (matama) lieber zur Pommebereitung

benutzen und in wochenlangen Gelagen vergeuden, als daß sie es für die Tage der Not aufbewahren oder es wenigstens verkaufen.

Wo kein Matama wächst, nehmen sie Bananen, Hirse usw. zur Pombebereitung. Auch verstehen sie, scharfe Sachen zu brauen, die so berauschend wirken, daß unsere minderwertigsten Alkoholika die reine Kindermilch dagegen sind. — Ich erwähne nur den tembo kali. — Ich habe darum auch nie recht begreifen können, warum man die Schwarzen so ängstlich vor dem Genuß unserer Spirituosen behütet. Es würde doch genügen, wenn man den Verkauf minderwertiger geistiger Getränke verböte oder ihre Einfuhr erschwerte. Die Gefahr, daß ein Eingeborener eine Flasche Kognak zu 6 Rupien oder eine Flasche Whisky zu 4 Rupien kauft, ist doch wirklich nicht groß. — Aus dem Verkaufsverbote aber erwachsen den Händlern und konzessionierten Gastwirten mehr Scherereien, als die Sache wert ist, zumal es das Mittel zu allerlei bösen Intrigen und Denunziationen bietet. — All den gesetzlichen Verboten, Verordnungen und Verfügungen, von denen es schon ganze Bände gibt, und durch die sich nur ein Genie noch durchfinden kann, liegen selbstverständlich gesunde Gedanken zugrunde: indes wäre es wünschenswert, daß die Durchführung möglichst milde gehandhabt, und den wilden Verhältnissen des Landes angepaßt würde. — Wie kann man es beispielsweise in einem Lande, wo Löwen und Panther am hellen Tage in der Umgebung menschlicher Wohnungen herumlaufen, einem Weißen ernstlich verbieten wollen, zum Schutze seiner Person, seiner Familie oder seiner Herden einem farbigen Wächter oder sonstigen Eingeborenen einen Hinterlader in die Hand zu geben? — Und worin liegt die Gefahr, wenn der Schwarze selbst mit dem Hinterlader durchginge? Was soll er mit dem Hinterlader ohne Patronen machen? — Neuerdings ist man bestrebt, der Ausfuhr von Schwarzen nach Europa Hindernisse in den Weg zu legen. — Das mag, wo sie im größeren Umfange geschieht, seine Berechtigung haben. — Soll es aber einer deutschen Familie erschwert oder wohl gar untersagt sein, für die Wartung kleiner Kinder auf der Reise nach Europa einen schwarzen Kinderwärter mitzunehmen? Oder will man es einem Junggesellen, der seit Jahren an seinen Leibboy gewöhnt ist, verbieten, ihn auf die Urlaubsreise mitzuführen? — Ich finde, daß man alle diese Dinge viel zu wichtig nimmt. — Ob ein Schwarzer sich in tembo kali oder in Whisky berauscht, ist ziemlich gleichgültig, und ob ein schwarzer Junge hier oder in Europa verdorben wird, ist auch nicht von Belang. Wenn weiter nichts dem Prestige der Weißen schadet, als daß ein schwarzer Boy die europäischen Verhältnisse kennen lernt, so stände es fest wie ein Turm. — Ist man schon in Europa von der Bevormundung des Publikums zurückgekommen, so ist in der Kolonie das Gewährenlassen noch viel mehr am Platze. — Es wäre besser, man machte nicht so viel Aufhebens von jeder Kleinigkeit und ließe alles sich ruhig entwickeln. Was wird jetzt wieder für ein Wesen gemacht von dem Projekte, die wirklich vortreffliche Schutztruppenkapelle eine Rundreise durch Deutschland machen zu lassen. Ob es wirklich bestanden hat,

weiß ich nicht; aber wenn es zur Ausführung gekommen wäre, so würde das Vaterland sicher nicht dadurch in Gefahr gekommen sein. Für die Verbreitung des „kolonialen Gedankens“ wäre es wahrscheinlich recht wirksam gewesen. Auch kann ich nicht einsehen, warum der deutsche Junge die Schutztruppentrompeter nicht ebensogut kennen lernen soll wie Versaglierhornisten oder schottische Dudelsackpfeifer. — Und wenn selbst eine ganze Schutztruppenkompagnie nach Berlin kommandiert würde, so wäre das auch kein Unglück. Die strammen Askari sind viel zu gut erzogen, um über die Schnur zu hauen. Die Franzosen gehen ja mit dem Gedanken um, ganze Divisionen farbiger Truppen nach Frankreich zu verlegen, und versprechen sich Wunderdinge davon. Und bei uns werden schon Befürchtungen laut, wenn eine Askarikapelle im Zoologischen Garten zu Berlin musizieren will.

In den Askari zeigt sich unsere ostafrikanische Bevölkerung von der günstigsten Seite, und es ist bedauerlich, daß die Verhältnisse es nicht gestatten, sie intensiver zum Militärdienste heranzuziehen. Hier wie in der Heimat wäre der Militärdienst die beste Schule für das Volk; vor allem insofern, als es dadurch zur Pflichttreue und Ordnungsliebe erzogen werden würde. Eine allgemeine Dienstpflicht einzuführen, wenigstens bei den Stämmen, aus denen sich schon heute unsere Schutztruppen rekrutieren, würde nicht schwer halten, da ihnen das Soldatenspielen sozusagen im Blut liegt. Schon lange vor der Einführung des deutschen Regimes zeichneten sie sich aus durch Vorliebe und Verständnis für kriegerische und militärische Dinge. Es ist dabei kein Zufall, daß gerade diese Stämme von jeher auch die besten Träger und Arbeiter gestellt haben. Eingeborene, die sich nicht zu Soldaten eignen, werden auch niemals gute Arbeiter abgeben. Es ist darum zu hoffen, daß unsere Binnenlandstämme im Anschluß an eine Europäerbefiedlung sich mal unter Leitung der Weißen zu einer tüchtigen, arbeitsamen Landbevölkerung aufschwingen werden.

Schon heute kann man über unsere Arbeiterverhältnisse nicht klagen. — Die Schwarzen arbeiten zumeist acht Stunden den Tag und sind unter der Aufsicht von Weißen und von tüchtigen Aufsehern oder in Akkordarbeit recht fleißig. Sie länger als acht Stunden oder bei ungünstigem Wetter arbeiten zu lassen, ist nicht ratsam, da sie sonst leicht erkranken und arbeitsunfähig werden. Für schwere Anstrengungen genügt ihre Ernährungsweise nicht, die zumeist aus Vegetabilien besteht und roh zubereitet ist. — Auch die regelmäßige ständige Arbeit bekommt ihnen nicht; und wenn sie dazu gezwungen würden, so würden sie hinsterben, wie die Fliegen. Instinktiv machen sie sich daher viele Feiertage und sind am vergnügtesten, wenn sie einen um den anderen Tag arbeiten können. Andernfalls werden sie unlustig und verdrießlich, suchen sich zu drücken oder laufen davon. Der Grund hierfür ist nicht immer Trägheit, sondern häufig auch Mangel an Kraftgefühl. Gewöhnung an bessere Lebensführung und vor allem bessere Ernährung werden die Eingeborenen allmählich in den Stand setzen, diese Schwäche zu überwinden und mehr

Lebenskraft zu gewinnen. — Wanhamuesi und Wasufuma, die gewöhnlich ihren ganzen Lohn für ihren Unterhalt daraufgehen lassen, stoßen vor Gesundheit und können insolgedessen auch besser zugreifen als die schlappen Gebirgsbewohner, die jeden Heller sparen, um sich Vieh dafür zu kaufen. Chinesen, Inder und Malaien mögen ja bessere Arbeiter sein als unsere Schwarzen; für unsere Zwecke genügen diese aber. — Und so lange wir nicht auf die fremden Kulis angewiesen sind, kann man auch nicht von Arbeiternot sprechen. Wir bedürfen zurzeit etwa 70 000 Arbeiter, was gegenüber der $1\frac{1}{2}$ Million arbeitsfähiger Männer im Lande wenig besagen will. Noch nicht der zwanzigste Mann arbeitet im Dienste der Weißen. Allerdings lastet heute die Arbeit auf den Schultern weniger Stämme. Um so mehr wäre es aber an der Zeit, auch die übrigen dazu heranzuziehen. Das kann aber nur das Gouvernement. Vorläufig liegt das Arbeiterengagement in der Hand von Anwerbern, durch welches System sich die Lohnpreise so erhöhen, daß die Pflanzungen unrentabel werden. Ein durch Anwerber gestellter Arbeiter kostet heute schon rund 30 Rupien = 40 Mark, ehe er mal die Arbeit begonnen hat. Das macht also für 100 Mann schon 3000 Rupien. Es ist aber schon vorgekommen, daß die Unkosten sich auf 50 bis 60 Rupien pro Mann belaufen haben. Dazu kommen die Monatslöhne von rund 15 Rupien inklusive Unterhalt pro Mann, die Unkosten für Unterbringung, ärztliche Behandlung und Rücksendung der Leute. Es ist klar, daß sich solche Ausgaben nur große Unternehmungen gestatten können, nicht aber Leute mit beschränkten Mitteln. Die letzteren müssen daher auf die angeworbenen Arbeiter verzichten und sich mehr an die Bewohner der Landschaft halten, die gewöhnlich auf Karte, das heißt, im Tagelohn arbeiten. Damit sind die Weißen aber vielen Unannehmlichkeiten ausgesetzt und können auf eine bestimmte Zahl von Arbeitern nie rechnen. Der Lohnsatz der Kartenarbeiter ist zurzeit 6 bis 10 Rupien monatlich und hat sich innerhalb von sechs Jahren verdoppelt, ja fast verdreifacht.

Anderseits haben es die Anwerber auch nicht leicht. Sie sind nirgends gern gesehen. Die Bezirksämter der in Anspruch genommenen Gebiete suchen sich der Anwerber nach Möglichkeit zu erwehren und sperren ihnen im Interesse der Landeswohlfahrt auch mal die Bezirke. Das ist immer so gewesen und den Bezirkschefs wohl nachzufühlen. Wenn man indes bedenkt, daß früher allein das Land Unhamuesi, oder richtiger Ugallagansa, 100 000 Lastträger stellte, die mindestens sechs Monate, gemeiniglich aber acht bis zehn Monate im Jahre unterwegs waren, so wäre es keine so große Sache, wenn heute Unhamuesi anstatt der in Wegfall kommenden Karawanenträger den ganzen Arbeiterbedarf von 70 000 Mann stellte. Das verlangt aber niemand, und davon kann keine Rede sein. Immerhin wäre es für das Gouvernement ein leichtes, durch Einrichtung von Anwerbebüros unter Leitung von Arbeiterkommissaren das Engagement der Arbeiter in die Hand zu nehmen. Die Unkosten wären durch einen Aufschlag von etwa 5 bis 10 Rupien pro Mann mit Leichtigkeit zu decken. Alle Fäden müßten natürlich an einer Zentral-

stelle, die die geschäftlichen Angelegenheiten zu erledigen hätte, zusammenlaufen, und diese brauchte sozusagen nur auf den Knopf zu drücken, um den Arbeiterbedarf zu beschaffen und ihn nach Recht und Billigkeit zur Verteilung zu bringen. Hat es dem Gouvernement früher keine Mühe gemacht, sich seine Träger selbst zu besorgen, so wird es heute auch die Arbeiter beschaffen können, ohne Zwang und Härte. Erst so würde Ordnung in die Sache kommen und die Arbeiterfrage ihre Lösung finden.

Leudorf (Deutsch-Ostafrika), 25. Mai 1913.

Nach einmal über die Alkoholfrage in den Kolonien.

Die Ausführungen des Herrn Dr. Warnack in Nr. 6 der „Kolonialen Monatsblätter“ über den Alkohol in Deutsch-Ostafrika fordern nicht nur aus dem Grunde zu einer scharfen Kritik heraus, damit sie nicht unbesehen in andere Veröffentlichungen und in die Diskussion übergehen, sondern auch deshalb, weil sie in einer die Afrikaner beleidigenden Form das Zahlenmaterial einseitig ausbeuten.

Ich kann nur über Deutsch-Ostafrika sprechen, das Herrn Dr. Warnack ja augenscheinlich als ein besonders veralkoholisiertes Gebiet erscheint. Wenn der Verfasser nach der amtlichen Statistik anführt, daß Ostafrika in einem Jahr für 3 112 000 Mark Alkoholika verbraucht, denn gebe ich ihm recht, wenn er das für annähernd 4000 Europäer als zu viel erachtet. Aber, Herr Doktor, Ihre Rechnung ist trotzdem falsch! Denn nicht nur Europäer kommen als Konsumenten in Betracht, sondern auch die zirka 6000 Inder, die wir im Schutzgebiet haben! Nicht wahr, dann sieht die Rechnung schon anders aus? Sie vergessen, daß zwar die Abgabe von Alkohol an Neger verboten ist, nicht aber die an Goanesen, Banhanen und Inder. Und weiter vergessen Sie, daß auf dem Papier wohl der Verkauf von Schnaps an Neger untersagt ist, daß aber in der Praxis sich dieses Verbot namentlich an den größeren Wohnplätzen leider nicht durchführen läßt. Wenn Sie sich die Mühe gemacht hätten, nur einmal die „Deutsch-Ostafrikanische Zeitung“ hieraufhin durchzusehen, dann hätten Sie wissen müssen, daß wir gerade gegen den Verbrauch von Schnaps durch die Neger zwar eifrig, aber leider vergebens arbeiten.

In Ostafrika werden Branntweine in großer Menge eingeführt, deren Preis sich inklusive Fracht und exklusive Zoll auf 45–70 Pf. pro Flasche stellt. Glauben Sie, daß dessen Konsumenten unter der europäischen Bevölkerung zu suchen sind?

Aber das konnten Sie nicht wissen, da Sie die Verhältnisse im Schutzgebiet nicht kennen und Ihr Material nur aus der Statistik schöpfen! Aber was Sie eigentlich sehr gut wissen konnten, wenn anders Sie über Kolonialpolitik schreiben, das ist folgendes: Sie schreiben mit Recht, daß der Mineralwasser-einfuhr sehr gering ist. Und en passant fügen Sie hinzu, es ließe sich nicht anführen, „inwieweit eigenerzeugtes Mineralwasser in Betracht käme.“

Wissen Sie denn nicht, daß in Ostafrika fast nur eigenerzeugtes Mineralwasser verwandt wird? Daß es viele Leute gibt, die sich

niemals europäisches Mineralwasser leisten können, weil es zu teuer ist? Wenn Sie Wert auf Zahlen legen! In Daresalam beträgt der Preis einer Flasche Mineralwasser aus Europa 65—75 Pf., während der Preis für eine aus den zirka acht Daresalamer Fabriken stammenden Flasche Sodawasser 3—6 Pf. beträgt. Schätzungsweise stellt sich der Verbrauch von einheimischen Mineralwässern zu den importierten wie 2000 : 1. Denn selbst an den Plätzen, an denen sich keine Sodawasserfabriken befinden, braucht man aus dem oben angegebenen Grunde kein europäisches Wasser, sondern man stellt es sich aus Sodorpatronen her, wenn man nicht, wie vielerorts, einen eigenen Sodawasserapparat besitzt.

Wer will, wird hieraus schon erkennen, wie einseitig die Warnack'sche Darstellung ist, die er an die Leschischen Zahlen knüpft!

Aber weiter! Herr Dr. Warnack berechnet, daß sich die Flasche Bier in Ostafrika auf 1.25 Mark stellt, um einen Anhalt für seine Ausgabenberechnung zu gewinnen. Dieser Preis stimmt für Daresalam, aber schon nicht mehr für die übrigen Küstenplätze. Im Innern dagegen stellt sich eine Flasche Importbier, die nebenbei gesagt, nicht ein ganzes Liter enthält, schon auf das Anderthalbfache und stellenweise sogar auf mehr als das Doppelte. Das verschiebt doch die Darstellung wesentlich! Zur Erläuterung einige Zahlen!

Nehmen wir das Beispiel einer zirka 900 Kilometer im Innern gelegenen Station, die noch 600 Kilometer weit vom Endpunkt der Bahn gelegen ist, so, wie die Verhältnisse vor vielleicht drei Jahren lagen.

Rechnen wir zunächst auf einen monatlichen Bierverbrauch von einer Kiste von 24 Flaschen. Der Preis hierfür muß mit 42 Mark angesetzt werden. Wöchentlich eine Flasche Whisky — das entspricht täglich 2—3 mäßigen Whiskysoda — sind pro Monat mit 25 Mark anzusetzen. Für die unumgänglichen Einladungen will ich pro Monat 6 Flaschen Wein und 2 Flaschen Sekt ansetzen. Das macht, da der gewöhnliche Kräker schon 5 Mark kostet, rund 50 Mark. Ohne den Luxus von Likören in Betracht zu ziehen und ohne die Kosten für Sodawasser in Ansatz zu bringen, erhält man für einen unverheirateten Messeilnehmer somit schon eine Monatsrechnung an Getränken von 127 Mark, also fürs Jahr rund 1500 Mark. Wer die Verhältnisse kennt, wird bestätigen, daß meine Zahlen den Durchschnitt ungefähr treffen.

Und dieser Durchschnitt gilt nicht nur für das Innere, sondern mutatis mutandis auch für die Küste. Wenn auch Bier hier bedeutend und Wein etwas billiger ist, so wird der Unterschied doch durch die vermehrte Anzahl der Gästeverpflichtungen, die größere Zahl der Verheirateten usw. ausgeglichen.

Wenn die Menge der eingeführten Alkoholika ausschließlich auf den Kopfverbrauch der rund 400 Europäer in Ostafrika berechnet wird, dann ergäben sich rund 750 Mark an Jahresverbrauch an eingeführten Spirituosen, unter Zugrundelegung der von Dr. Warnack angenommenen Berechnung für den Verkaufswert, der meines Erachtens unter Anlehnung an die oben gegebene Jahresrechnung allerdings zu niedrig angenommen wird. Dr. Warnack übersieht hier wiederum, daß die Statistik nicht zwischen hoch- und minderwertigen Getränken unterscheidet.

Aber wie schon oben gesagt, kommen ja nicht nur die Europäer in Betracht, sondern auch die Farbigen, und speziell die Indianer. Weiter aber kann man

doch nicht ohne weiteres die große Zahl der Passanten außer Ansaß lassen. Gerade die Passagiere der Ostafrika passierenden Dampfer, die manchmal tagelang sich in den Hafenstädten aufhalten, verändern, wenn man die immerhin geringe Zahl von 4000 bedenkt, doch das Bild relativ nicht unbedeutend. Außerdem will ich an die vielen Sport- und Vergnügungsreisenden erinnern, die meistens doch auch in puncto Verpflegung gut ausgerüstet und die nicht in der Statistik enthalten sind!

Und wenn auch zuzugeben ist, daß ein Aufwand von 1500 Mark für Getränke bei einem Einkommen von 6000—10 000 Mark zu hoch ist, dann ist dem nur entgegenzuhalten, daß die Schuld daran nicht an den Konsumenten, sondern in den Verhältnissen liegt. Wer in Deutschland für seinen Schoppen täglich nur 50 Pf. auszugeben braucht, der mag sich allerdings entrüsten, wenn er liest, daß der Ostafrikaner für seinen 2 Mark bezahlt. Wenn er aber den Anspruch macht, ernst genommen zu werden, dann soll er auch die näheren Umstände in Betracht ziehen und sich nicht nur an Zahlen hängen, um sich dann zu entrüsten!

* * *

Dr. Warnad bemerkt hierzu: Zu den vorstehenden Ausführungen habe ich folgendes zu sagen:

Die kritisierte Arbeit stellt, wie in ihrer Einleitung — Seite 272 — mit immerhin großer Deutlichkeit ausgeführt ist, einen Versuch dar, das zur Verfügung stehende amtliche Zahlenmaterial — und zwar lediglich dieses — zur Klärung der umstrittenen Frage nach dem gegenwärtigen Stand des Alkoholverbrauchs in den deutschen Schutzgebieten auszunutzen. Das Material ist gegeben, die angewandte Methode ist allenthalben genau dargelegt, von irgend-einer Tendenz kann keine Rede sein. Das zu betonen, erscheint geboten gegenüber einer Kritik, die in meiner Arbeit nur „eine einseitige Ausbeutung des Zahlenmaterials in einer die Afrikaner beleidigenden Form“ sieht.

Zu den einzelnen Punkten folgendes:

1. Die Berechnung der jährlichen Aufwendungen für alkoholische Getränke in den Kolonien bezieht sich nicht auf die europäische Kolonialbevölkerung, sondern, worüber eine nicht ganz flüchtige Lektüre keinen Zweifel lassen kann, auf die gesamte Bevölkerung. Es ist lediglich versucht worden, das Geldäquivalent für den in jeder Kolonie verbrauchten Alkohol annähernd zu bestimmen. Der Herr Kritiker geht in diesem Falle von einer falschen Voraussetzung aus.

Daß in Ostafrika die Nder am Alkoholverbrauch teilhaben, ist von mir — S. 276, Anm. 8 — ausdrücklich hervorgehoben. Allerdings handelt es sich nicht, wie der Herr Kritiker annimmt, um 6000 Köpfe, sondern lediglich um die nichtmohammedanischen Nder, und von diesen um die Männer — nach der Zählung von 1910: 974. Daß auch Eingeborene trotz des Verabfolgungsverbots zum Branntwein gelangen, weiß ich. Indessen ist ihr Anteil am Verbrauch eben nicht festzustellen. Mit aus diesem Grunde habe ich — vgl. S. 278 — ausdrücklich betont, daß die zur Verfügung stehenden Zahlen nur über die mutmaßliche Höhe des Verbrauchs Aufschluß geben können. Will der Herr Kritiker im übrigen behaupten, der illegale Anteil der Eingeborenen am Branntweinverbrauch sei so ungemein groß, daß er die im Vergleich zur deut-

ichen dreimal so hohe ostafrikanische Verbrauchsquote erkläre? Wenn das der Fall wäre, dann dürfte in der Tat mit dem Erfaß des Verabfolgungsverbots durch das Einfuhrverbot nicht mehr gezögert werden.

2. Ich weiß, daß in Ostafrika wie anderswo eigenerzeugtes Mineralwasser getrunken wird. Indessen -- und das erlaubte ich mir auf S. 282 zu bemerken -- ist in keiner Weise festzustellen in welchem Umfange. Wenn der Herr Kritiker meint, der Verbrauch an eigenerzeugtem Wasser zum importierten stände wie 2000 : 1, so ergäbe das auf den Kopf der weißen Bevölkerung die Kleinigkeit von rund 30 000 Litern im Jahre 1911! Eine Menge, die allerdings im höchsten Grade wahrscheinlich ist.

Wenn dabei in der Tatsache der Nichtberücksichtigung des Verbrauchs von eigenerzeugtem Wasser von dem Herrn Kritiker der Beweis dafür gesehen wird, wie „einseitig“ meine an die Tschischen Zahlen geknüpfte „Darstellung“ sei, so ist das ein Fehlschuß: die Tschischen Zahlen bedürfen gar keiner „Darstellung“; sie sprechen durchaus für sich selbst, was dem Leser aus den Zitaten auf S. 281 hinreichend klar geworden sein muß.

3. Der Herr Kritiker bemängelt, daß ich den Verkaufspreis für ein Liter -- nicht für eine Flasche -- Bier in Deutsch-Ostafrika nur auf 1.25 Mark angenommen habe. Ich bin mit ihm der Ansicht, daß dieser Satz als Durchschnitt einen Mindestpreis darstellt, der möglicherweise hinter dem wirklichen zurückbleibt. Ich habe ihn trotzdem gewählt, weil ich einigermaßen sichere, höhere Durchschnittsangaben nicht feststellen konnte und weil ich jeden Anschein unnötiger Schwarzfärbung zu vermeiden wünschte. Bei Zugrundelegung eines höheren Preises hätte sich naturgemäß die berechnete Gesamtausgabe für Alkoholika in Deutsch-Ostafrika noch bedeutend erhöht.

4. Der Herr Kritiker meint, die hohen Alkoholausgaben kämen von den hohen Preisen her. In der Tat, aber doch wohl nicht nur davon. Der Herr Kritiker übersieht vollkommen die außerordentlich starke Differenz zwischen dem durchschnittlichen Kopfverbrauch in Deutschland und in Ostafrika.

5. Es wird bemängelt, daß der Anteil der in der kolonialen Bevölkerungsstatistik nicht enthaltenen Passanten am Alkoholverbrauch nicht berücksichtigt wurde. Das war in der Tat unmöglich, und zwar nicht nur für die Kolonien, sondern auch für Deutschland. Die Fehlerquelle, die in dieser Nichtberücksichtigung naturgemäß liegt, ist also auf beiden Seiten vorhanden. Trotzdem die Differenz zwischen den beiderseitigen Verbrauchsquoten.

So viel zu den materiellen Einwendungen des Herrn Kritikers. Ich kann in ihnen keine Widerlegung meiner Ausführungen finden. Auf die persönlichen Wendungen der Kritik einzugehen, habe ich angesichts der Anonymität ihres Herrn Verfassers keinerlei Veranlassung.

Koloniale Schiffsverkehrsprobleme.

Von Gottfr. Goldberg - Berlin-Lichterfelde.

Die Förderer der Volkswirtschaft sind längst zu der Erkenntnis gekommen, daß das billigste und zugleich auch das bequemste Verkehrsmittel die Schifffahrt ist. Dennoch hat es längerer Zeit bedurft, bis die Kolonialverwaltung die nötigen Schritte tat, um den alten Erfahrungssatz auch in den Schutzgebieten im weiteren Maßstabe Geltung zu verschaffen. Um so erfreulicher ist es, daß das Interesse der maßgebenden Kreise sich jetzt diesem Gegenstande lebhaft zuzuwenden scheint. So hat sich z. B. lektthin der Gouverneur von Kamerun wie folgt über dieses Thema ausgesprochen: „Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine baldige, gründliche Aenderung des Lastenverkehrs sowohl vom Gesichtspunkte der Handelstechnik wie auch im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse und vom Standpunkt der Volksgesundung unerläßlich ist. Die allbekannten Uebelstände, die ausgebehnter Trägerverkehr mit sich bringt, beginnen allmählich unerträglich zu werden. Die Produktion an Nahrungsmitteln stößt, die Bevölkerung geht numerisch und physisch zurück, und das Land verödet. Unmöglich ist es, der Ausbreitung der Schlafkrankheit entgegenzuarbeiten, deren Verschleppung kistenwärts immer drohender wird, wenn es nicht gelingt, den umfangreichen Trägerverkehr vom Osten und Westen auf den Wasserweg . . . und Schienenstrang abzulenkten.“

Die Notwendigkeit der Wasserstraßen für den kolonialen Verkehr ist in diesen wenigen Worten von einem der besten Kenner der kolonialen Verhältnisse überzeugend dargelegt. Die Gründe sind so einfach und zugleich so schwerwiegend, daß man sich wohl fragen darf, warum nicht schon früher alle nötigen Schritte getan worden sind, um eine geregelte Schifffahrt in den Winnengewässern unserer Schutzgebiete herbeizuführen. Die Antwort auf diese Frage enthält viele Entschuldigungsgründe für die bisherige Verzögerung.

Zunächst sind leider nicht alle unserer Schutzgebiete mit Flußläufen gesegnet, welche das ganze Jahr hindurch Wasser führen. So weist z. B. Deutsch-Südwestafrika außer einigen aus politischen Gründen unwichtigen kleinen Grenzflüssen keinen einzigen Flußlauf auf, der für eine Dauerschifffahrt in Betracht käme. Die Flüsse Logos sind noch unerforscht nach dieser Seite hin. Anders und bedeutend günstiger liegen die Verhältnisse in Kamerun und Deutsch-Ostafrika. Im alten Schutzgebiet befindet sich der Sanaga, der Njong, Dume und Kadei, im neuen vor allem der Sanha, der als Zufluß zum Kongo von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung erscheint. In Ostafrika ist außer den großen Seen eine Anzahl von Flüssen vorhanden, welche auch zur Sommerzeit nicht austrocknen, als die wahrscheinlich bedeutendsten mögen der Pangani, der Ruwu, der Rufiji und der Rovuma hier angeführt werden. Auch ist der Wasserstand bei den meisten dieser Flüsse, besonders zur Zeit der Trockenheit ein so niedriger, daß die Einführung größerer Schiffe aus technischen Gründen zum mindesten sehr erschwert erschien.

Wenn diese Flußläufe auch bekannt waren, so wußte man über ihre Schifffbarkeit doch relativ wenig. Erst in lektter Zeit sind dahingehende Untersuchungen von seiten der Regierung unternommen worden. Die bestehenden Hindernisse wurden untersucht, und eine Regulierung der Wasserstraßen ist zum Teil schon in die Wege geleitet. Denn ebenso überraschender- wie erfreulicherweise zeigten die dahin gehenden Messungen, daß in vielen Fällen ernste Hindernisse gar nicht bestanden oder mit verhältnismäßig geringem Kostenaufwand beseitigt werden können. In dankenswerter Weise hat sich auch das Kolonial-Wirtschaftliche Komitee dieser Frage angenommen, und hat nach gründlichen Vorarbeiten eine Expedition nach den Schutzgebieten entsandt, welche hauptsächlich Ost- und Neukamerun bereisen soll. Der Zweck dieser Expedition ist der, die Flüsse des Schutzgebietes auf ihre Schifffbarkeit hin zu untersuchen und zwar mit besonderer Rücksicht auf die eventuelle Einführung von Motorschiffen.

Bisher beschränkt sich der Schiffsverkehr in den deutschafrikanischen Gebieten fast vollständig auf Dampfer und Kanuboote. Die letzteren, welche auch vielfach von den Eingeborenen benutzt werden, sind zu klein, um eine hinlängliche Verkehrsverbesserung zu bedeuten, und die wenigen, in den Schutzgebieten existierenden Dampfer haben mit zahlreichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Kohle ist in unseren Schutzgebieten leider noch nicht gefunden worden und muß aus anderen Erdteilen exportiert werden, wodurch sich ihr Preis bedeutend steigert. Tatsache ist, daß im belgischen Kongo das Zwanzig- bis Dreißigfache wie in Europa für eine Tonne Dampfmaschinenkohle gezahlt wird, ein Preis, der sich durch die Transportkosten in das Innere der Kolonie noch erheblich steigern dürfte. Dazu kommt noch, daß bei vielen unserer kolonialen Flüsse die direkte Verbindung nach der See fehlt, so daß die Kohle erst mit der Bahn, oder wo diese noch fehlt, auf anderem Wege herangeschafft werden müßte. Unter ähnlichen Widerständen hätten Gasmotoren zu leiden, welche aus zwei Drittel des Kohlenquantums der Dampfschiffe bedürfen. Man heizt aus diesem Grunde die auf den afrikanischen Binnengewässern verkehrenden Dampfschiffe gewöhnlich mit Holz, doch erscheint dieser Ausweg auf die Dauer sehr unwirtschaftlich und darf als eine direkte Gefährdung des an sich schon nicht reichen kolonialen Waldbestandes angesehen werden. Ein 500-Tonnen-Peerdampfer verbraucht auf einer zehnstündigen Fahrt 16 Tonnen Brennholz; dies ist die größte Holzfracht, die der Dampfer aufzunehmen vermag und nimmt einen beträchtlichen Raum ein, der für andere Fracht verloren geht. Die allzehnstündige Aufnahme neues Brennstoffes stellt gleichfalls eine starke Behinderung dar.

Trotzdem verkehren allein auf dem Kongo im ganzen 109 Dampfschiffe, und die Firma „Société Cockerill“ in Seraing hat allein 99 Schiffe, die zusammen eine Leistung von 11 973 PS aufweisen, für diesen Fluß geliefert. Der Tiefgang der Schiffe schwankt zwischen 0,38 und 3 Meter, ist aber in den meisten Fällen zirka 0,75 Meter groß. Der größte Teil der auf dem Kongo verkehrenden Schiffe fährt unter belgischer Flagge, wie ja auch der belgische Staat in jeder Beziehung auf kolonialem Gebiet sich jederzeit fortschrittlich und weitblickend gezeigt hat. Aus diesem Grunde ist es nicht verwunderlich, daß die belgische Regierung auch als erste mit dem alten System der Dampfschiffe gebrochen hat und dabei ist, ein großes Dismotorschiff in den Dienst des kolonialen Verkehrs zu stellen.

Die Erfindung des Münchener Ingenieurs H. Diesel, das Öl zum Antrieb eines Explosionsmotors zu verwenden, hat in den letzten Jahren zu umfangreichen Versuchen geführt. Eine große Zukunft hat diese Maschine voraussichtlich auch in den Kolonien, wo sie aller Wahrscheinlichkeit nach berufen sein dürfte, eine Reorganisation der Schifffahrt herbeizuführen. Die Brauchbarkeit des neuen Propulsionsapparates erhellt aus folgenden Ursachen: der besonderen Art des erforderlichen Brennstoffes und der Möglichkeit, diesen im Urzustande direkt im Motorzylinder zu verbrennen, sodann aus seinem geringen Verbrauch an Brennstoff und endlich aus seiner geringen Raumbeanspruchung, da Räume für Kesselanlagen und Kohlenbunker usw. fortfallen und der Brennstoff selbst bedeutend weniger Platz einnimmt.

Bekanntlich haben sich bereits einige große Ueberseeschiffe diesen Umstand zunutze gemacht, und ein Dismotorschiff kann nunmehr die Reise von einem deutschen Hafen bis Australien hin und zurück ausführen, ohne neuen Brennstoff aufnehmen zu müssen. Trotzdem wird noch ein Teil der früheren Kohlenbunker für andere Frachten frei. Die Unabhängigkeit von Kohlenstationen macht diese Art Schiffe auch für die Kolonien wertvoll. Desgleichen ist die günstige räumliche Ausnutzung der Schiffsräume für unsere Schutzgebiete von der größten wirtschaftlichen Bedeutung. Die Unterbringung des Kohls kann in der Weise erfolgen, daß das Schiff mit einem partiellen Doppelboden versehen wird. Diese Anordnung bringt zugleich zwei Vorteile mit sich: 1. eine wirtschaftliche Ausnutzung aller Schiffsräume und 2. eine Erhöhung der Stabilität des Schiffskörpers. Letzterer Umstand ist noch insofern von weittragender Bedeutung, als bei

schmalen Schiffen mit kleinem Tiefgang, wie ihn die afrikanischen Gewässer verlangen, und bei eventuell hoher Decklast ein Kentern leicht eintreten kann.

Zum Betriebe des Dieselmotors wird in der Hauptsache Petroleum verwendet, doch hat die Erfahrung gezeigt, daß auch billigere Öle, wie Masut, Gasöl und Teeröl ohne Nachteil benutzt werden können. Aber auch die Kosten für Petroleum sind nicht hoch, der Preis dürfte sich in allen großen Hafenstädten auf 40 bis 70 Mark pro Tonne belaufen. Dazu kämen allerdings die Transportkosten bis zur entsprechenden Ladestation. Der Verbrauch des Dieselmotors stellt sich auf 200 Gramm pro effektive PS-Stunde, so daß sich bei normalen Verhältnissen die Kosten für diese Leistung auf weniger als einen Pfennig stellen. Bei gleicher Maschinenleistung beansprucht der Motor also nur den 15. Teil des Brennstoffgewichtes wie ein Dampfschiff bei Holzfeuerung, oder mit anderen Worten: das Motorschiff kann mit demselben Gewicht an Brennstoff eine 15 mal längere Wegstrecke zurücklegen.

Ein wichtiger Punkt bei einer erfolgreichen Einführung der Motorschiffahrt bleibt demnach eine geregelte und ausreichende Zufuhr von Kohlen nach den Kolonien. Im belgischen Kongo ist eine solche bereits in die Wege geleitet worden: es hat sich eine „Société Anonyme des Petroles“ mit einem Kapital von 6 Millionen Frank gebildet, welche der belgischen Kolonialverwaltung gegenüber die Verpflichtung übernommen hat, am Kongo und seinen schiffbaren Nebenflüssen entlang Petroleumdepots anzulegen, in welchen für mindestens drei Monate Vorräte sein müssen. Die Anlage erhält eine solche Ausdehnung, daß jährlich mindestens 50 000 Tonnen Masut dem Endpunkte der Leitung zugeführt werden können. Das Öl wird in einer Leitung von 102 Millimeter lichten Durchmesser den Stationen zugeführt, wozu an acht Stellen Pumpen dienen, welche für 10 Stundentonnen eingerichtet sind. Die Pipeline wird von Matadi nach Stanley-Pool entlang gehen und der Bahn folgen.

Man sieht, daß es sich hier um ein Unternehmen handelt, das in großzügiger Weise angelegt ist. Dem entspricht auch das erste Tropenmotorschiff, welches der König der Belgier aus der Erbschaft seines Vorgängers bestreitet und dessen Kosten auf 1 Million Frank veranschlagt werden. Es ist dazu bestimmt, den Eilpostverkehr auf dem Kongo zu vermitteln. Die Länge des Schiffes beträgt 67, die Breite 8 und der Tiefgang 1,10 Meter, die Wasserverdrängung ist rund 500 Tonnen. Das Schiff erhält drei Decks und besitzt eine Maschinenleistung von 1300 PS, die sich auf zwei Propellerwellen verteilen und dem Schiff vertragsgemäß eine Geschwindigkeit von 25 Kilometer pro Stunde verleihen. Das Schiff wird zwischen Leopoldville und Stanleyville verkehren, eine Strecke, die ungefähr 3400 Kilometer lang ist. Hin- und Rückreise hat in circa 14 Tagen zu erfolgen, doch kann, wenn Nachtfahrten eingeschaltet werden, der Weg in sechs bis sieben Tagen zurückgelegt werden. Die Heckdampfer, welche den Verkehr zurzeit vermitteln, brauchen zu dieser Reise zweiundreißig Tage. Das neue Schiff, welches auch mit Apparaten für drahtlose Telegraphie ausgerüstet ist, gewährt fünfzig Passagieren erster Klasse vierzig Schwärzen und 60 Tonnen Gütern Platz. Wenn sich auch zu Anfang das Anlagekapital nicht genügend verzinsen dürfte, so bedeutet die „Belgica“, denn diesen Namen trägt das neue Schiff, doch eine wesentliche Hebung des kolonialen Verkehrs und wird sich auch vielleicht von hohem militärischen Werte zeigen.

Es ist dringend zu wünschen, daß die deutsche Kolonialregierung recht bald dem Beispiele Belgiens folgt und nicht untätig die Entwicklung der dortigen Verkehrsverhältnisse beobachtet. Die schon zu Anfang erwähnte Schiffsahrtsexpedition, welche im Januar dieses Jahres ihre Reise nach Kamerun antrat, hat in ihr Programm auch Kostenanschläge und Rentabilitätsberechnungen für die Einrichtung einer Motorschiffahrt aufgenommen und leistet der Kolonialwirtschaft hierdurch einen wichtigen Dienst. Doch noch weittragender dürften sich jene Beschlüsse des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees erweisen, welche sich mit der Erzeugung von Kohlenstoffen in den Kolonien selbst befassen. Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß es ohne schädliche Folgen mög-

lich war, den Dieselmotor mit tierischen und pflanzlichen Ölen zu speisen. Diese Versuche sollen nun im weiteren Maßstabe wieder aufgenommen werden. Die Maschinenfabrik Augsburg-Mürnberg hat zu diesem Zweck auf zwei Jahre einen 25-PS-Dieselmotor zur Verfügung gestellt, welcher nach Darassalam geschafft wird. Es sollen dort mit verschiedenen Pflanzenölen, wie Rizinus-, Sesam-, Baumwollsaat-, Palm- und Erdnußöl Versuche auf ihre Brauchbarkeit als Treibkraft angestellt werden. Hand in Hand hiermit geht ein Lehrcursus für intelligentere Eingeborene in der Bedienung dieser Maschinen. Erweisen sich die in Kolonien selbst gewonnenen Öle wirklich als völlig brauchbar, so sollen die Vermehrung der Produktion und die Verbesserung der Qualität mit allen Kräften angestrebt werden. Gelänge es, die in den Kolonien für die Zwecke einer ausgedehnten Motorischiffahrt nötigen Ölmengen selbst zu produzieren, so bedeutete das einen wirtschaftlichen Fortschritt von einem Umfange, der heute kaum zu übersehen ist.

Wenn auch ein ausgedehntes Eisenbahnnetz ferner noch zu den unumgänglich nötigen Verkehrsmitteln zählen wird, so würde doch die Schaffung einer ausgedehnten Flußschifflotte, die es gestattete, den Verkehr des Binnenlandes nach der Küste des Weltmeers aufrecht zu erhalten, eine erhebliche Förderung der verkehrstechnischen und wirtschaftlichen Lage unserer Schutzgebiete bedeuten. Vom national-wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, kann nur dringend gewünscht werden, daß die Expedition der Kolonial-Technischen Kommission von bestem Erfolg begleitet sein möge und ihre wichtige Aufgabe mit Glück zu Ende führt.

Die Ansiedlungsversuche mit betriebsfertigen Farmen in Kanada.

Von Dr. Felix Hantsch · Leipzig.

Wir haben nun schon seit fast 30 Jahren in unseren Kolonien einzelne ausgedehnte Landgebiete, die nach dem Urteil hervorragender Kenner für die Besiedlung durch Europäer durchaus geeignet sind. Aber immer wieder erwachen der Besiedlung Widerstände, die sie nicht in Fluß kommen lassen. Man hält vielfach diese Länder für minderwertiger als sie in Wirklichkeit sind. Man erklärt das Klima für ungeeignet und die Besiedlung für ein Wagnis, zu dem man niemand raten soll. Auch die Regierung verfährt sehr vorsichtig, und einzelne Landgesellschaften, die sich eigentlich — ihrem ursprünglichen Gründungsplane gemäß — die Ansiedlung von Ansiedlern zur Aufgabe gestellt hatten, haben sich von größeren Siedlungsversuchen ängstlich zurückgehalten. Darum ist die Besiedlung unseres Neulandes in Afrika nur langsam vor sich gegangen. In Deutsch-Südwestafrika wohnen jetzt etwa 15 000 Weiße, in Deutsch-Ostafrika etwas über 4000. Genaue und sachverständige Untersuchungen aber, wie die des ehemaligen Staatssekretärs v. Lindequist, haben ergeben, daß in diesen Ländern für eine weit größere Anzahl von Weißen Raum ist, daß wir also einen viel beträchtlicheren Teil unserer Auswanderung in unseren Kolonien unterbringen könnten. Auch die neueste Denkschrift des Gouverneurs Dr. Schnee ist bei weitem nicht so siedlungsfeindlich, wie man sie im Reichstage hingestellt hat.

Bei den Engländern schreitet die koloniale Besiedlung rascher fort als bei uns. Das liegt in erster Linie an den Ländereien selbst, die meist als Gebiete der gemäßigten Zone für Massensiedlung mehr geeignet sind. Aber auch in tropischen Kolonien haben die Engländer in der Besiedlung mehr Tatkraft gezeigt und größere Erfolge erzielt als wir. Sie fassen vielfach die Siedlungs-

tätigkeit als ein Geschäft auf, aus dem Gewinne gezogen werden und das dem Siedler doch gleichzeitig Vorteile bringt.

Die nordamerikanischen Land- und Siedlungsgesellschaften haben in dieser Hinsicht mancherlei versucht. In den Vereinigten Staaten ist es ein vielgeübter Gebrauch, das Land schon vor der Besiedlung zu vermessen und zu roden, so daß der Farmer sofort mit der Bestellung der Felder beginnen kann. Die Canadian Pacific Railway aber geht viel weiter. Sie betreibt neuerdings die Besiedlung mit neuen, betriebsfertig hergerichteten Farmen und auf der Grundlage einer lange dauernden Hilfsgemeinschaft mit dem Ansiedler. Es ist das System, das die Gesellschaft mit dem Namen Ready-Made Farm Scheme bezeichnet.

Diese Art der Besiedlung beruht auf zwei sehr einfachen geschäftlichen Grundsätzen: das Wohlergehen der Farmer ist zugleich Gegenstand der Fürsorge der Gesellschaft, da sie nur bei einer kräftigen Entwicklung der neu-geschaffenen Farmen zur Verzinsung der angelegten Gelder gelangt, und dann: die Gesellschaft sucht ihr Geschäft nicht in erster Linie beim Landverkauf zu machen, sondern sie findet ihren Gewinn in der allgemeinen Steigerung des Verkehrs und des Handels, die eine zunehmende Besiedlung mit sich bringt. Diese Grundsätze haben sich durchaus bewährt. Wenn deshalb Leutwein in seinem Buche über Deutsch-Südwestafrika sagt, daß sich die Gewinnsucht einer Gesellschaft nicht mit dem Interesse der Siedler vertrage, so ist das nur bedingt richtig. Wenn die Besiedlung nach den genannten Grundsätzen betrieben wird, so kommen, wie das Beispiel von Kanada lehrt, beide Teile auf ihre Rechnung, vorausgesetzt, daß die Ländereien einigermaßen ertragsfähig sind.

Was die deutschen Siedlungsgesellschaften, wenn und soweit sie diesen Namen überhaupt verdienen, in der Förderung der Besiedlung geleistet haben, das läßt sich an den fünf Fingern einer Hand abzählen. Sie haben sich fast nur auf den Verkauf von Land beschränkt, und hielten ihre Aufgabe für erschöpft, wenn der Kauf abgeschlossen und der Kaufpreis erlegt war. Deshalb hat der Siedler sehr oft mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, er muß viel Lehrgeld zahlen, Kapital geht verloren, und die Entwicklung der Siedlungsgebiete kann nur langsam fortschreiten. Unser Mangel an Erfahrung in diesen Dingen und die völlige Unkenntnis mit den Gepflogenheiten unserer englischen Nachbarn, von denen wir lernen könnten, lassen eine Besserung auch in Zukunft nicht sobald erhoffen.

Da die Einrichtungen der Kanadischen Ueberlandbahngesellschaft durchaus vorbildlich sind, so sollen sie hier in ihren Grundzügen dargestellt werden. Es kommt uns dabei besonders darauf an, die geschäftliche Seite des Unternehmens hervorzuführen, um zu zeigen, daß ein Siedlungsunternehmen sehr wohl gewinnbringend sein kann.

1. Das Land. Kanada besitzt besonders in den Prärien der Provinz Alberta, die das Felsengebirge östlich begleiten, ungeheure Strecken jungfräulichen Bodens in weiten Ebenen mit Flüssen, Seen und Teichen. Hier stehen 40 Millionen Hektar ausgezeichneten Ackerlandes für bäuerliche Besiedlung zur Verfügung. Nur 1 % davon ist unter dem Pfluge. Hier in

Westkanada wurden der Kanadischen Ueberlandbahngesellschaft über 10 Millionen Hektar Landes als Gegenleistung für den Bau der Bahn verliehen. Im Jahre 1894 spernte ferner die Regierung einen großen Landstrich im südlichen Alberta gegen die Einwanderung. Sie beabsichtigte, über das ganze fruchtbare Gebiet des Bow River ein gewaltiges Bewässerungsnetz zu führen, und wollte deshalb die Entstehung von Privatrechten verhindern, die die Durchführung eines solchen Planes hätten erschweren können. Die Kanadische Bahngesellschaft, der die Ausführung übertragen wurde, wählte aus dem Landgebiete ein Stück von 1,2 Millionen Hektar aus, schuf zwischen Bow River und Red Deer River großartige Bewässerungsanlagen, und öffnete dann erst das Land für die Besiedlung. Dieses Land, das den Namen Irrigation Block führt, liegt östlich von Calgary an der Hauptlinie der Ueberlandbahn, die Hälfte davon ist schon jetzt der künstlichen Bewässerung zugänglich. Die übrigen Ländereien, die in Höhe von ebenfalls etwa 12 Millionen Hektar den Rest des Gesellschaftslandes darstellen, liegen nördlich und östlich davon. Im Irrigation Block hat die Gesellschaft mit der Besiedlungsform der betriebsfertigen Farmen begonnen, die uns nun näher beschäftigen soll.

2. Die Ansiedler. An Ansiedlern hat es der Gesellschaft nie gefehlt. Es findet fortgesetzt eine ungewöhnlich starke Zuwanderung besonders von Amerikanern aus den Vereinigten Staaten statt. Aber diese amerikanische Zuwanderung ist der Gesellschaft und im letzten Grunde der kanadischen und britischen Regierung in politischer Hinsicht durchaus nicht willkommen. Man ist in London sehr darauf bedacht, das imperialistische Fühlen und Denken in den großen Tochterkolonien zu stärken. Amerikanische Siedler aber sind ebenso wie die vom europäischen Festlande kommenden durchaus keine englischen Imperialisten. Darum muß für einen vermehrten Zuzug von britischen bäuerlichen Ansiedlern gesorgt werden, die auch nach ihren sonstigen Eigenschaften willkommen sind. Es ist aber eine in England viel bedauerte Tatsache, daß gegenwärtig mehr Engländer nach den Vereinigten Staaten als nach Kanada gehen und daß gerade die brauchbarsten Leute, die der englischen Landbevölkerung entstammen, überhaupt schwer zur Auswanderung nach Kanada zu bewegen sind, weil sie dort lange Zeit, mindestens ein halbes Jahr, im Zelt wohnen müssen. Diese Gründe veranlaßten den Präsidenten der Ueberlandbahngesellschaft, betriebsfertige Farmen herzurichten und sie der ackerbautreibenden Volksklasse Englands unter günstigen Bedingungen zugänglich zu machen. Die Gesellschaft will also die Schwierigkeit der ersten Niederlassung auf das denkbar geringste Maß einschränken und damit der oft vorkommenden Entmutigung der Kolonisten vorbeugen, die nach der Uebersiedlung und nachdem sie die Anzahlung geleistet haben, bis nach der ersten Ernte keine oder nur geringe Geldmittel zur Verfügung haben.

Während also in den Siedlungsplan imperialistische Erwägungen hineinspielen, so beruht er doch andererseits auf gesunden geschäftlichen Grundlagen. Das Ziel ist, den größtmöglichen Handelsumsatz in der denkbar kürzesten Zeit zu erzielen. Das kann die Gesellschaft aber nur dann erreichen, wenn sie sich ihre Leute auswählt. Sie nimmt für diese Siedlungsform nur Engländer und nur solche Bewerber an, von denen sie

nach Herkunft und Vorbildung sich einen dauernden Erfolg verspricht. Landwirtschaftliche Erfahrung macht sie zur Bedingung; verheiratete Bewerber werden aus begreiflichen Gründen vorgezogen. — Aber mit dem Landverkauf hört das Interesse der Gesellschaft am Ansiedler nicht auf, in Wirklichkeit beginnt es damit erst. Der Siedler wird gewissermaßen zu ihrem Schützling, und wenn sie ihm auch keine unmittelbare Unterstützung gewährt, so steht sie ihm doch dauernd mit Rat und Tat zur Seite, regt ihn zu persönlicher Anstrengung an und sucht ihm ein scharfes Gefühl der Verantwortlichkeit einzupflanzen, denn sie ist im weitesten Sinne beteiligt an seinem Erfolge und mitbetroffen durch sein Scheitern. Die Gesellschaft unterscheidet deshalb zwischen bloßem Landverkauf und der darauf folgenden Entwicklungs-tätigkeit und ist sich bewußt, daß durch ein System der väterlichen Beratung der Erfolg gesichert und beschleunigt wird, den sie erwartet.

3. Die Vorbereitung der Farm. Das Ziel, einen möglichst großen Handelsumsatz zu erreichen, ist nur bei einer dichten Besiedlung möglich. Darum hält die Gesellschaft an der Kleinfarm fest. Sie hat das bewässerte Land in Grundstücke von 32 bis 64 Hektar eingeteilt, das unbewässerte in Farmen von 64 bis 128 Hektar. Diese Farmen werden im voraus eingezäunt, ein Wohnhaus wird errichtet, ebenso ein Stall, eine Scheune und ein Hühnerhaus; ein Brunnen wird angelegt. Für alle diese Vauslichkeiten kann die Gesellschaft die Lieferungsverträge im großen abschließen und deshalb die billigsten Preise erzielen. Da alles ohne nennenswerten Gewinn an den Kolonisten abgegeben wird, so hat er den Vorteil davon. Damit nicht genug: Um dem Siedler den Anfang zu erleichtern und ihm rasch Einnahmen zu verschaffen, läßt die Gesellschaft 20 bis 30 Hektar des Farmlandes im voraus pflügen und besäen. Da die Ankunft der Siedler gewöhnlich im Frühjahr erfolgt, so kann der Farmer bereits im Herbst eine große Ernte einbringen und bekommt dann sofort Geldmittel in die Hand.

4. Der Kauf. Der Preis für diese betriebsfertigen Farmen ist freilich etwas höher als sonst. Er ist abhängig von der Güte des Bodens, von den Preisen in der Umgebung und richtet sich nach den Wasserverhältnissen im allgemeinen, nach der Möglichkeit künstlicher Bewässerung und nach der Lage zur Bahn. Er schwankt zwischen 150 und 400 Mark für das Hektar und darüber. Die Kosten der obengenannten Vorarbeiten werden natürlich zum Landpreis hinzugeschlagen. Die Gesellschaft verlangt nur den Selbstkostenpreis aller ihrer Anlagen mit einem fünfprozentigen Aufschlag (to cover the cost of superintendence). Diese Kosten der Vorbereitung der Farm belaufen sich auf etwa 2000 Mark.

Wenn der Farmer mit der Gesellschaft in Verbindung tritt, so muß er einen bestimmten Betrag in London hinterlegen als Sicherheit für die Ernstlichkeit seiner Absichten. Er ist auf das Hektar berechnet und beträgt 20 Mark für bewässertes und 10 Mark für unbewässertes Land. Dieser Betrag gilt gleichzeitig als Anzahlung für den Fall, daß der Kauf später wirklich vollzogen wird. Er wird zurückerstattet, falls der Bewerber nach der Besichtigung der Farm vom Kauf zurücktritt. Es wird dem Bewerber nicht gestattet, sich selbst an Ort und Stelle eine zusage Farm auszuwählen. Das ist auch gar

nicht nötig. Die Gesellschaft erkundet vielmehr durch die Geschäftsstelle in London die Familienverhältnisse und die Wünsche des Siedlers und sucht dann selbst die Farm aus, die seinen Wünschen entspricht. Die Farmen sind im einzelnen so vielgestaltig, daß die verschiedensten Wünsche befriedigt werden können. Dem Bewerber wird eine genaue Beschreibung der Farm in London vorgelegt, die dem Bericht des Landinspektors entnommen ist und die zugleich die Abschätzung des Landes, den Wert der errichteten Verbesserungen, die Entfernung von der nächsten Bahnstation sowie Angaben über Kirche, Schule und Marktverhältnisse enthält. Sagt ihm die getroffene Wahl zu, so wird er mit seiner Familie und anderen, die die gleiche Absicht haben, gemeinsam auf einem Dampfer nach Kanada überführt, auf dem besondere Einrichtungen und Abmachungen zur Bequemlichkeit der Ansiedler getroffen wurden. Er muß sich dann binnen 48 Stunden nach der Besichtigung der Farm entscheiden, ob er sie kaufen will oder nicht.

Zum Farmpreise kommen noch die Kosten für allerlei Geräte, Möbel, Vieh, Futter und die Kosten der Ueberfahrt. Wenn wir eine Farm von 64 Hektar besten Landes zum Preise von 400 Mark für das Hektar zugrunde legen, so ergibt sich folgende Berechnung:

64 Hektar Land, das Hektar zu 400 Mark	25 600 Mark
Baulichkeiten und Herrichtung des Landes	2 000 "
Vieh	2 000 "
Die Hälfte der Kosten für Geräte	1 000 "
Möbel, Haushaltungsgegenstände und Futter . . .	1 000 "
Ueberfahrt für den Farmer und seine Familie . .	1 000 "
Gesamtkosten der Erwerbung	32 600 Mark.

5. Die Zahlungsbedingungen. Von dieser Summe braucht der Käufer aber nur einen kleinen Teil, um die Farm zu erwerben und den Betrieb eröffnen zu können, nämlich die Anzahlung (Sicherheitssumme) und die Kosten für Vieh, Geräte, Möbel usw. und für die Ueberfahrt, also, da die Anzahlung bei 64 Hektar bewässerten Landes 1280 Mark beträgt, zusammen 6280 Mark. Mit dieser geringen Summe ist also jeder imstande, Besitzer einer wohleingerichteten Farm in Alberta zu werden. Der Rest der Kaufsumme wird von der Gesellschaft gestundet und ist in zehn Jahresraten mit einer Verzinsung von 6 Prozent abzahlbar. Die erste Abzahlung hat am 1. Dezember des Jahres zu erfolgen, in dem die Farm übernommen wurde. Sie beträgt nur so viel, daß die geleistete Anzahlung sich auf ein Zehntel der Kaufsumme erhöht und wird von dem Erlös der Ernte bestritten, die bereits in diesem ersten Herbst eingebracht wird. Der Wert dieser Ernte wird von der Gesellschaft auf 2000 bis 3000 Mark angegeben. Die nächste Zahlung fällt auf den 1. Dezember des nächsten Jahres und beträgt nur 6 Prozent Zinsen des Restkaufgeldes. Vom dritten Jahre an hat der Farmer stets am 1. Dezember ein weiteres Zehntel des Kaufpreises nebst 6 Prozent Zinsen des noch unbezahlten Teiles zu entrichten bis zur Abtragung der Schuld. Die Berechnung gestaltet sich, um ein Beispiel zu wählen, folgendermaßen:

Sicherheitssumme für 64 Hektar zu 400 Mark . .	1280.00 Mark
1. Dezember nach Uebernahme Abrundung auf ein Zehntel der Kaufsumme	1480.00 "

1. Dezember des zweiten Jahres 6 Prozent Zinsen des Restkaufgeldes	1490.40	Mark
1. Dezember des dritten Jahres ein Zehntel der Kaufsumme und Zinsen des Restkaufgeldes zu 6 Prozent	4250.40	"
Viertes Jahr dasselbe	4084.80	"
Fünftes "	3919.20	"
Sechstes "	3753.60	"
Siebentes "	3588.00	"
Achtes "	3422.40	"
Neuntes "	3256.80	"
Zehntes "	3091.20	"
Elftes "	2925.60	"

Die Gesellschaft erhält also vom Farmer außer dem Kaufpreis von 27 600 Mark noch 8942.40 Mark Zinsen.

Man wird zugeben müssen, daß der Plan gut ausgedacht ist. Der Vorteil wird aber erst recht ersichtlich, wenn man mit diesem Angebot den Landpreis in England vergleicht. Die Gesellschaft weist darauf hin, daß ein Landwirt für das Geld, das er beim Verkauf einer lastenfreien Farm in England löst, in Kanada eine zwei- bis viermal so große Farm erhält, und da er auf diesem Lande doppelt so große Erträge erzielt als in England, so kann er sein Vermögen auf diese Weise vervierfachen. Das hat bei einer starken Familie die große Bedeutung, daß der Farmer nicht genötigt ist, seinen Nachwuchs der Großstadt anzuvertrauen.

Seit nunmehr drei Jahren ist das System der betriebsfertigen Farmen im Gange. Der erste Versuch wurde im Jahre 1910 gemacht, wo in der Nähe von Strathmore in Alberta 25 solcher Farmen hergerichtet und besiedelt wurden. Gegen hundert Menschen, Männer, Frauen und Kinder, wurden angeleitet. In der Nähe ist eine Versuchsfarm mit einem Aufseher, der wöchentlich zwei- oder dreimal die Ansiedlung besucht und Rat erteilt. Auch reinrassiges Zuchtvieh steht hier zur Verfügung der Ansiedler.

Ermutigt durch den glänzenden Erfolg wurden dann im Jahre 1911 in der Nähe von Sedgewick in Mittelalberta weitere fünfzig Farmen angelegt, zu denen in demselben Jahre noch dreißig bei Irricana und Strathmore kamen. Für 1912 betrug die Zahl der vorbereiteten Farmen schon 187 und ist seitdem sicher noch weiter gewachsen.

Die Vorteile dieser Siedlungsart liegen auf der Hand. Die Regierung erhält ein erwünschtes und auserwähltes Ansiedlermaterial, die Gesellschaft eine gute und sichere Verzinsung der angelegten Gelder, die Siedler kommen leichter über die Schwierigkeiten des Anfangs hinweg, der Handel steigt rasch mit der wachsenden Getreideerzeugung. Vielleicht trägt dieser Aufsatz dazu bei, die Deutschen zum Nachdenken anzuregen über die Zaghaftigkeit, mit der sie die kolonialen Siedlungsfragen bisher behandelt haben. Wir können natürlich diese Art der Besiedlung nicht buchstäblich auf unsere Kolonien übertragen, weil die Lebens- und Wirtschaftsbedingungen in unseren Kolonien viel ungünstiger liegen als in Kanada. Aber doch ist vielleicht der Gedanke der Erörterung wert, ob nicht eine *finngemäße* Anwendung der dargelegten kanadischen Siedlungsgrundsätze auch für unsere Siedlungspolitik von Segen sein könnte.

Die neue Kolonialeisenbahn-Verkehrsordnung für unsere afrikanischen Schutzgebiete.

Von Geh. Oberbaurat F. Balger.

Mit dem 1. Juli d. J. ist auf allen dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahnen in unseren afrikanischen Schutzgebieten eine einheitliche Kolonialeisenbahn-Verkehrsordnung (abgekürzte Bezeichnung KVO.) durch Reichskanzlerverordnung vom 26. Februar 1913 eingeführt worden. Wie bei der neuen Kolonialbahn-Bau- und Betriebsordnung bleiben also die Schutzgebiete der Südsee, Neu-Guinea und Samoa, einstweilen ausgeschlossen. Durch diese Festsetzung der allgemeinen Beförderungsbedingungen auf den Schutzgebietsbahnen ist ein wichtiger Schritt zur Schaffung eines einheitlichen Frachtrechts in unseren afrikanischen Schutzgebieten vollzogen und eine mit der zunehmenden Entwicklung des Eisenbahnverkehrs unserer Kolonien immer fühlbarer werdende Lücke in ihrer Gesetzgebung geschlossen worden.

Der volle Wortlaut (nebst Anlage A) ist im „Deutschen Kolonialblatt“ Nr. 5 S. 179 u. ff. des Jahrgangs 1913 veröffentlicht. Die neue Verordnung, die seinerzeit den Gouverneuren und Eisenbahnbetriebspächtern zur Begutachtung vorgelegen hat, lehnt sich in ihrer Einteilung und der Zählung der Paragraphen genau an die heimische Eisenbahn-Verkehrsordnung (EVO.) vom 1. April 1909 (Reichsgesetzbl. S. 93 ff.) an, damit die von den heimischen Eisenbahnverwaltungen in den Kolonialbahndienst eintretenden Beamten sich leichter zurechtfinden können. Mit Rücksicht auf den schwächeren und langsameren Zugdienst, den meist fehlenden Nachtdienst, die vielfach unbefestigten Stationen, den weniger zuverlässigen Nachrichtendienst, die unentwickelten wirtschaftlichen Verhältnisse in den Schutzgebieten weist die neue KVO. vielfach wesentliche Erleichterungen und Vereinfachungen gegenüber der heimischen EVO. auf. Die §§ 38, 47, 92 und 93 sind sogar in der KVO. einstweilen ganz ohne Inhalt geblieben. Andererseits hat man aber die heimischen „allgemeinen Ausführungsbestimmungen“ zur EVO., die heute bei den heimischen Bahnen seit geraumer Zeit allgemein gelten, in den Text der KVO. hineingearbeitet, soweit sie von den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen, vom Klima, den Arbeiterverhältnissen und dergleichen unabhängig sind. Dies dürfte den mit ihrer Handhabung befaßten Beamten und Bediensteten eine wesentliche Erleichterung gewähren, zumal diese heimischen Ausführungsbestimmungen heute überall gesetzliche Kraft haben und nach der Rechtspredung den Bestimmungen der EVO. selbst in dieser Beziehung völlig

gleichstehen. Diese „Ausführungsbestimmungen“ sind der Niederschlag langjähriger Erfahrungen im Eisenbahnverkehrsdienst und bekanntlich seinerzeit von der ständigen Tariffkommission, bestehend aus Vertretern der deutschen Staats- und Privatbahnen, in Gemeinschaft mit dem Verkehrsausschusse, bestehend aus Vertretern der Industrie, der Landwirtschaft und des Handels, durchberaten, von der Generalkonferenz der deutschen Eisenbahnverwaltungen unter dem Vorsitz des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten beschlossen und auf allen deutschen Eisenbahnen eingeführt worden. Daß sie in der heimischen EW. selbst keine Aufnahme gefunden haben, dürfte sich wohl aus der geschichtlichen Entwicklung in Deutschland erklären.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß es richtig war, in unseren vier afrikanischen Schutzgebieten trotz der großen Verschiedenheit ihrer wirtschaftlichen und klimatischen Verhältnisse durch Einführung übereinstimmender gesetzlicher Bestimmungen eine einheitliche Grundlage für die Entwicklung des Eisenbahnverkehrs und Eisenbahnfrachtrechts zu schaffen. Dadurch wird zugleich der große Vorteil erreicht, daß die Schutzgebiete in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung sowohl einander als auch dem Mutterlande näher gebracht werden. Beispielsweise würde der Gedanke an die Einführung durchgehender Tarife für die überseeische Güterverfrachtung zwischen Mutterland und Schutzgebiet, dem man bereits näher zu treten versucht hat, völlig unausführbar werden, wenn in jedem Schutzgebiet eine abweichende Verkehrsordnung bestände. Mögen sich die wirtschaftlichen Verhältnisse noch so verschieden entwickeln, die gesetzlichen Bestimmungen müssen auch hier wie auf anderen Gebieten einheitlich sein. Das Beispiel von Deutschland selbst lehrt, daß trotz größter wirtschaftlicher Verschiedenheit zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West, zwischen Essener Kohlen- und Industriebezirk und bayerischem Hochland oder pommerschem Ostseestrand sich gut mit einer einheitlichen Verkehrsordnung auskommen läßt. *In necessariis unitas, in dubiis libertas!*

Nachstehend sollen die wichtigsten Bestimmungen und Abweichungen der neuen RW. von den Vorschriften der heimischen EW. kurz erörtert werden. Zunächst räumt § 1, Geltungsbereich, den Gouverneuren das Recht ein, mit Zustimmung des Reichskolonialamts einzelne Eisenbahnen wegen ihrer geringen Bedeutung für den allgemeinen Verkehr von den Bestimmungen der RW. zu befreien, und § 2 ermächtigt sie, Ausführungsbestimmungen, die die Bahn treffen will, zu genehmigen. Wegen der vielfach vorhandenen schwarzen Stations- und Zugbeamten bedurfte § 8, Meinungsverschiedenheiten, eines besonderen Zusatzes, da deren Entscheidung meist nur dem weißen Stations- oder Zugbeamten überlassen werden kann. Danach kann der Gouverneur besonders bestimmen, ob und inwieweit in den Fällen, wo ein weißer Zugbeamter nicht vorhanden ist, auf den mit Farbigem besetzten Stationen und während der Fahrt die Anordnung des farbigen Stationsvorstehers oder farbigen Zugführers so lange gelten soll, bis die Entscheidung des weißen Aufsichtsbeamten der nächstfolgenden Station angerufen werden kann. Der gleiche Zusatz hat auch bei § 22, Öffnen der Fenster, Aufnahme gefunden. § 11, der den Ausschluß von Personen von der Beförderung oder ihre nur bedingungsweise Zulassung behandelt, ist wesentlich milder

gefaßt als in der EVO. Insbesondere überläßt es § 11,3 den Gouverneuren, anzuordnen, ob und unter welchen Bedingungen gewisse Kranke, zum Beispiel Pest- und Ausfallkranke, zur Beförderung zugelassen werden dürfen.

Im § 12 sind etwaige Fahrpreismäßigungen für Kinder der jeweiligen Festsetzung durch den Tarif überlassen; die heimische Bestimmung in der EVO. § 12,2 ist auf die Schutzgebiete nicht anwendbar, da einmal die sichere Feststellung des Lebensalters bei farbigen Kindern großen Schwierigkeiten begegnen würde, sodann aber auch die Reise der Kinder in den Tropen in anderen Jahren eintritt als bei uns. Durch § 16,2 und 5 ist die Bestimmung über die Preiszuschläge bzw. die Gebühr, die der Reisende zu entrichten hat, wenn er auf der Fahrt keinen gültigen Fahrschein vorzeigen kann, oder wenn er die abgesperrten Teile einer Station mit Bahnsteigsperrre ohne gültigen Ausweis betritt, dem Tarif überlassen, weil die heimischen Strafbestimmungen § 16,2 und 4 der EVO. zur allgemeinen Anwendung in den Schutzgebieten nicht geeignet erschienen. Der in der heimischen EVO. ziemlich umfangreiche § 18, betreffend Frauen- und Nichtraucherabteile, hat hier die einfache Fassung erhalten, daß es den Gouverneuren überlassen bleibt, bei Bedürfnis mit Zustimmung der Eisenbahn über die Einrichtung und Benutzung von Frauen- und Nichtraucherabteilen die nötigen Anordnungen zu treffen. Die Vorschrift über das Absetzen in den Warteräumen zum Einsteigen, § 19,1 der EVO., ist, weil einstweilen entbehrlich, weggelassen. Um den Mißbräuchen der Farbigen wegen der zu umfangreichen Traglasten zu steuern, die sie in die Personenwagen mitnehmen, wird durch § 28,4 der Umfang der in den Personenwagen zuzulassenden Traglasten auf solche Gegenstände beschränkt, die infolge ihres Umfanges, ihres Gewichts oder ihrer Anzahl ein einzelner Fußgänger noch zu tragen vermag; anderenfalls brauchen solche Gegenstände als Traglasten auch dann nicht zugelassen zu werden, wenn mehrere Fahrscheine vorgezeigt werden.

Nach § 36,2 gilt ein fehlendes Reisegepäckstück erst nach Ablauf von 14 (nach der heimischen EVO. von 3) Tagen nach Ankunft des Zuges, zu dem es aufgegeben war, als „verloren“. Dagegen hat die Bahn nach § 17,1 den nachgewiesenen Schaden bis zum Betrage von 10 Pfennig (in Ostafrika 7,5 Heller), — in der Heimat 20 Pfennig — für jedes Kilogramm des ausgebliebenen Gepäcks und für jede angefangenen 24 Stunden der Lieferfristüberschreitung, höchstens aber 14 Tage, zu ersetzen. Ist ein Schaden nicht entstanden oder nicht nachgewiesen, so hat die Bahn nach § 37,2 5 Pfennig (in Ostafrika 4 Heller) für das Kilogramm wie vor zu zahlen.

§ 38, Gepäckträger, ist vorläufig ohne Inhalt geblieben, da die Bahnen in den Schutzgebieten heute noch Bedenken tragen, eine Haftung für die von ihnen zu stellenden farbigen Gepäckträger zu übernehmen. Die Bestimmungen des Abschnitts über die Beförderung von Expressgut gelten nur für die Bahnen, welche die Expressgutabfertigung eingeführt haben. Hierzu bestimmt § 42, daß die Abfertigungsstelle auf unbefetzten Stationen der Zugführer ist.

Bei der Tierbeförderung ist die Anmeldefrist nach § 48,1 auf mindestens 72 Stunden (gegen 24 in der Heimat) festgesetzt. Einzelne Tiere

müssen mindestens zwei Stunden (nach EVD. § 48,5 nur eine Stunde) vor Abgang des Zuges auf die Station gebracht werden.

Tiersendungen sind auf Frachtbrief (nach EVD. auf Beförderungsschein oder Gilfrachtbrief) abzufertigen. Nach § 49 kann der Gouverneur nähere Bestimmungen über die Beförderung von lebenden Tieren im Einvernehmen mit der Bahn erlassen, während in der EVD. hierfür die Anlage B das Erforderliche enthält. Ueber die Auslieferung von Tiersendungen an den Empfänger bestimmt § 50, daß eine Benachrichtigung des Empfängers über das Eintreffen seiner Sendung von der Bahn nur verlangt werden kann, wenn der Empfänger innerhalb eines Umkreises von sechs Kilometern von der besetzten Eisenbahnstation wohnt, andernfalls sowie im übrigen nach Ablauf der festgesetzten Abnahmefrist ist die Eisenbahn zu einer Verwahrung der Tiere nicht verpflichtet. Die *Lieferfristen* betragen nach § 51,1: 1. Abfertigungsfrist ein Tag, 2. Beförderungsfrist für angefangene je 100 Tariffilometer ein Tag, mit der Ausnahme, daß auf der 60-zentimeterspurigen Otavibahn in Deutsch-Südwestafrika die gleichen Lieferungsfristen gelten, wie für Frachtgut, nämlich zu 1. und 2. je zwei Tage statt ein Tag (vgl. § 75). Die heimische EVD. kennt hierbei keine Abfertigungsfrist, sondern nur einen Tag Frist bei einer Entfernung von 150 Tariffilometern und bei größeren Entfernungen für weitere angefangene je 300 Tariffilometer einen weiteren Tag.

Für die Beförderung von Gütern sind Inhalt und Form des Frachtbriefes durch die §§ 55 und 56 in allen wesentlichen Punkten übereinstimmend mit den Bestimmungen der EVD. festgelegt, dem Gouverneur indessen die Festsetzung des eigentlichen Frachtbriefmusters im Einvernehmen mit der Eisenbahn überlassen. Im § 63, *Annahme*, findet sich unter 1 folgender für die weniger bevölkerten Gebiete wichtiger Zusatz:

„Die Annahme von Gütern für Empfänger, welche nicht innerhalb eines Umkreises von sechs Kilometern von der nächsten besetzten Eisenbahnstation wohnen, kann die Eisenbahn ablehnen, wenn der Absender nicht mit dem Gute einen „*Ablieferungsschein*“ nach einem vom Gouverneur festzusetzenden Muster über die aufgegebenen Güter einreicht. Diesen von der Eisenbahn bestätigten Schein erhält der Absender zurück. Er hat ihn unverzüglich dem im Frachtbrief bezeichneten Empfänger zu übersenden. Die Ausstellung eines solchen Ablieferungsscheines hat der Absender im Frachtbrief in der Spalte „Zulässige oder vorgeschriebene Erklärungen“ zu vermerken.“

Der Empfänger erhält alsdann Frachtbrief und Frachtgut gegen Rückgabe dieses Ablieferungsscheines, mit dem er sich bei der Eisenbahn als der berechtigte Empfänger ausweist. (§ 76,1.)

Ferner bestimmt § 63,2, daß auf unbesetzten Stationen Güter, wie selbstverständlich ist, nur während des Aufenthaltes der Züge angenommen werden.

Wesentliche Abweichungen gegen die EVD. zeigt naturgemäß § 75, *Lieferfrist*. Die Fristen betragen:

a) für Gilgut (soweit eingeführt):

1. Abfertigungsfrist ein Tag, wie in der EVD.,
2. Beförderungsfrist für angefangene je 100 (in der EVD. je 300) Tariffilometer ein Tag,

b) für Frachtgut:

1. Abfertigungsfrist zwei Tage, wie in der E.O.,
2. Beförderungsfrist für angefangene je 100 Tariffilometer ein Tag, auf der Ostabahn dagegen zwei Tage. (Nach der E.O. bei einer Entfernung bis zu 100 Tariffilometern ein Tag, bei größeren Entfernungen für weitere angefangene je 200 Tariffilometer ein Tag.)

Dabei ruht nach § 75,6 der Lauf der Lieferfristen außer aus den sonst dafür maßgebenden Gründen insbesondere an den Tagen, an denen ein dem öffentlichen Verkehr dienender Zug auf der betreffenden Strecke nicht verkehrt.

Die kolonialwirtschaftliche Ausstellung in Straßburg.

Von Professor Dr. A. G o l f, Leipzig.

Die Kolonialabteilung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft und die Deutsche Kolonialgesellschaft haben, wie schon 1910 in Hamburg und 1911 in Kassel, so auch auf der diesjährigen Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Straßburg vom 5. bis 10. Juni eine kolonialwirtschaftliche Ausstellung veranstaltet. Gegenüber ihren Vorgängerinnen zeigte sie insofern eine wertvolle Weiterentwicklung, als mit ihr zum erstenmal ein Preisbewerb für ein koloniales Erzeugnis, für Eisalban, verbunden war, woran sich zehn Pflanzungen beteiligten. Das ist ein sehr befriedigender Anfang, und es ist wohl mit Sicherheit zu erwarten, daß durch derartige Preisbewerbe sowohl die Beschickung der Ausstellungen seitens der deutschkolonialen Pflanzler und Farmer kräftig angeregt und gefördert, als auch das Interesse für die Ausstellungen bei den Abnehmern kolonialer Rohstoffe aus den Kreisen der Industrie und des Handels immer mehr geweckt werden wird. Für die Ausstellung zu Hannover im Juni 1914 hat die Kolonialabteilung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft zu einem Wettbewerbe für Baumwolle aufgefordert und hat besonders hohe Preise dafür ausgesetzt, um eine starke Beteiligung herbeizuführen.

Die Verknüpfung eines Preisbewerbes mit der Ausstellung ist ein gutes, ja wohl das bestmögliche Mittel, der kolonialen Landwirtschaft durch die Ausstellung eine unmittelbare Förderung zuteil werden zu lassen. Ein zweites Mittel wäre die Vorführung kolonial-wirtschaftlicher Maschinen, Geräte und Apparate. Maschinen, welche lediglich der kolonialen Landwirtschaft dienen, waren in Hamburg 1910 und in Kassel 1911 vertreten, fehlten aber in Straßburg. Das ist zwar bedauerlich, aber man muß bedenken, daß die Zahl der anwesenden Pflanzler und Farmer naturgemäß nur gering sein kann, so daß die dabei in Betracht kommenden Firmen kaum damit rechnen können, die durch die Beteiligung an der Ausstellung entstehenden Kosten durch einen gesteigerten Absatz ihrer Maschinen wieder auszugleichen. Immerhin wäre es vielleicht zu erreichen, daß in jedem Jahre wenigstens die der Gewinnung eines einzelnen wichtigen Produktes dienenden Maschinen auf der Ausstellung vertreten wären, und zwar, wenn ein Preisbewerb für ein bestimmtes koloniales Erzeugnis stattfindet, möglichst gerade Maschinen dieser Art, auf der Ausstellung in Hannover also Maschinen und Geräte für Baumwollpflanzungen, wie Säge-, Walzen- und Linter-Sinnmaschinen, ferner — eine Baumwollpflückmaschine. Eine lohnende Aufgabe wäre es vielleicht auch, aus der allgemeinen großen Maschinenausstellung einmal solche Ackergeräte und Maschinen herauszunehmen und zu einer kleinen Sonderausstellung zu vereinigen, welche für die Durchführung des Trockenfarmens vornehmlich in Betracht kommen.

Da es immer nur einer geringen Zahl unserer Landsleute aus den Kolonien möglich sein wird, die Ausstellung zu besuchen, ist der Hauptzweck der kolonialen Abteilung

der, bei den nach Hunderttausenden zählenden Ausstellungsbefuchern aus Stadt und Land das Interesse für die Kolonien zu wecken und zu fördern und ihnen vor Augen zu führen, womit sich die koloniale Landwirtschaft befaßt, und was von ihr geleistet wird. Daß sie diese Aufgabe in schönster Weise erfüllt, zeigte der äußerst starke Besuch, dessen sich die Kolonialhalle auch in Straßburg zu erfreuen hatte. Der Deutschen Kolonialgesellschaft und der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft gebührt der Dank aller Kolonialfreunde für die Einrichtung der Kolonialwirtschaftlichen Abteilung auf der Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.

Beim Betreten der Kolonialhalle wurde man durch die Ueberreichung des fünfzig Textseiten umfassenden Führers erfreut; das Büchlein enthielt außer der Aufzählung der Ausstellungsgegenstände zehn lehrreiche kurze Aufsätze kolonialwirtschaftlichen Inhalts, welche nähere Erläuterungen zu den ausgestellten Erzeugnissen und Tafeln brachten. Der Verfasser fast aller dieser Aufsätze ist Herr Dr. A. Schulte im Hofe, der verdienstvolle Leiter der Kolonialwirtschaftlichen Ausstellung, sein „Führer“ mit den Erläuterungen und tabellarischen Zusammenfassungen verleiht zumal den zwar sehr anschaulichen, aber doch nur einen Augenblick auf den Beschauer einwirkenden graphischen Darstellungen einen bleibenden Wert. Diejenigen Besucher, welche für die Hanfabteilung und den Sisalwettbewerb ein näheres Interesse hatten, erhielten auch die demnächst als Heft 244 der „Arbeiten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft“ erscheinende Arbeit von Prof. Dr. Bruck, die Sisalkultur in Deutsch-Ostafrika, auf Wunsch überreicht.

In der Kolonialhalle fiel das Auge rechts und links des Einganges zunächst auf eine größere Anzahl sehr lehrreicher graphischer Darstellungen. Hieran beteiligte sich das Reichskolonialamt selbst mit einer Reihe von Tafeln, die über die Entwicklung des landwirtschaftlichen Versuchswesens in den Deutschen Kolonien näheren Aufschluß gaben. Farbige Säulen zeigten für die einzelnen Schutzgebiete die Aufwendungen für landwirtschaftliche Zwecke nach den Etats von 1908 bis 1913 und die Zahl der landwirtschaftlichen Beamten. Für alle Schutzgebiete zusammen (außer Kiautschou) stiegen die Aufwendungen für landwirtschaftliche Zwecke von 1 543 855 Mark im Jahre 1908 auf 3 400 350 Mark im Jahre 1913. Die Zahl des landwirtschaftlichen weißen Personals betrug

1908:	10 höhere,	9 mittlere,	32 untere Beamte,
1913:	43 „	31 „	56 „

Auf graphischen Tafeln führte Herr Dr. A. Schulte im Hofe sehr schön und übersichtlich die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der deutschen Kolonien vor. Die erste Reihe der Tafeln brachte für jedes einzelne Schutzgebiet die Ein- und Ausfuhr in Säulen für die aufeinanderfolgenden Jahre, mit farbigen Zeilen jeder Säule für die einzelnen Klassen der Einfuhr- und Ausfuhr Güter. Für die Kolonien insgesamt stieg in dem Zeitraume von 1897 bis 1911 die Einfuhr von 22,8 auf 134,4 Millionen Mark und die Ausfuhr von 12,1 auf 96,4 Millionen Mark. Von der Einfuhr entfällt beinahe ein Drittel auf Baumaterialien, Maschinen und Transportmittel, welche hauptsächlich für den in den letzten Jahren lebhaft betriebenen Eisenbahnbau benötigt wurden. Die Länge der gesamten kolonialen Eisenbahnen betrug 1902: 466, 1912: 3867 Kilometer. Die Ausfuhr der Kolonien hat sich binnen vier Jahren mehr als verdoppelt. An der Spitze stehen 1911 dem Werte nach die Diamanten mit 23 Millionen Mark, sodann Delfrüchte und Samen mit 21,8 und Kautschuk mit 16,6 Millionen Mark. Weiter folgen Phosphate, Sisalhaut, Kakao, Kupfererze und Blei, Häute und Felle, Baumwolle, Kaffee, Elfenbein, Gold, Holz, Insektenwachs. Die zweite Reihe der Tafeln brachte in ähnlicher Darstellungsweise statistische Angaben über die Ausdehnung der Pflanzungen in unseren tropischen Kolonien Ostafrika, Kamerun, Togo, Neuguinea und Samoa, indem für jede Kolonie in je einer Tabelle die Anbauflächen der einzelnen tropischen Kulturen Kautschuk, Sisal, Kokospalme, Baumwolle, Kakao, Kaffee usw.,

ferner die Zahl der weißen Beamten und der farbigen Arbeiter auf den Pflanzungen für die Jahre 1907 und 1911 wiedergegeben waren. Die zusammenfassende Tabelle ergab

1911	Unter Kultur	Weiße Beamte	Farbige Arbeiter
Ostafrika	81 831 Hektar	557	60 835
Neu-Guinea	28 194 "	182	13 742
Kamerun	20 000 "	147	13 272
Samoa	8 353 "	78	2 053
Togo	1 071 "	8	536
Insgesamt 1911:	139 449 Hektar	972	90 438
1908:	85 115 "	591	52 085

Die bebaute Fläche sowie die Zahl der beschäftigten Arbeiter sind also von 1908 bis 1911 um rund 60 Prozent gestiegen.

Die Landwirtschaft in Südwestafrika betrafen graphische Darstellungen des Herrn cand. phil. Joh. Gad-Jena. So wurde zunächst die Größe der in den einzelnen Jahren von 1890/94 bis 1911 in Besiedlung genommenen Flächen veranschaulicht, am 1. April 1912 umfaßte die gesamte besiedelte Fläche 12 002 100 ha. Eine Tafel mit Kurven zeigte die durchschnittlichen Landpreise bei Käufen aus erster Hand für Süden, Mitte und Norden des Schutzgebietes in den Jahren 1894 bis 1911. Drittens wurde für 1912 die Landbesitzverteilung in den einzelnen Bezirken zur Anschauung gebracht, wobei unterschieden wurden: besiedeltes Land, noch verkäuflich von der Regierung, noch verkäuflich von Landgesellschaften, Reservat für Regierungszwecke, Reservat für Pachtzwecke, Eingeborenenereservat. Auf weiteren Tafeln war das durchschnittliche Verhältnis der gesamten Farmfläche zu der von der jetzigen Viehmenge wirklich ausgenutzten Weidefläche und zur Fläche des Acker- und Gartenlandes dargestellt, ferner der Stand der Wassererschließung in Südwestafrika. Danach entfallen auf ein Gebiet von 14 500 qkm, welches der Größe von Elsaß-Lothringen entspricht, bisher durchschnittlich nur 2,4 Quellen, 25,9 Brunnen, 0,8 Bohrlöcher, 1,8 Dämme, 0,6 Windmotoren.

Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, welche seit der Begründung ihrer Kolonialabteilung im Jahre 1909 der deutschen Pflanzungs- und Landwirtschaft eine tatkräftige Förderung zuteil werden läßt, hat jetzt durch ihre Buchstelle die sehnlichst erwartete erste koloniallandwirtschaftliche Buchführung geschaffen, a) für Viehwirtschaften von Einzelfarmen, b) für Pflanzungsbetriebe. Diese Buchführungen sind zunächst für die einfachsten Verhältnisse bestimmt. Es ist darauf Rücksicht genommen, daß sie möglichst wenig Arbeit beanspruchen. Die Buchführung für Viehfarmen ist in erster Linie für Südwestafrika bestimmt. Die Buchführung für Pflanzungsbetriebe eignet sich vornehmlich für Pflanzungen in Privatbesitz, für Pflanzungsgesellschaften sind dagegen die Formulare nur teilweise geeignet. Eine Buchführung für größere Pflanzungsunternehmungen soll noch bearbeitet werden.

Von Kolonialschulen waren die Kolonialschule zu Wickenhausen, welche zwei Jahre zuvor in Kassel eine vortreffliche Sonderausstellung hergerichtet hatte, und die Koloniale Frauenschule in Bad Weilbach mit mehreren Bildern und Photographien vertreten. Die Bucherei der Deutschen Kolonialgesellschaft beteiligte sich mit einer Auswahl von Werken der Kolonialliteratur, die Neue Photographische Gesellschaft, Berlin, mit photographischen Aufnahmen aus den Kolonien.

Die Ausstellung des Hamburgischen Kolonialinstituts war besonders lehrreich für den Betrieb der Weidewirtschaft in Südwestafrika. Auf dreißig Tafeln unter Glas wurden südwestafrikanische Weidegräser und Futterbüsche vorgeführt, unter Angabe des landesüblichen und des botanischen Namens, der Herkunftsfarm, der Tiergattung, von der die Pflanze hauptsächlich gefressen wird, und der chemischen Analyse.

Dieselben Angaben waren auch den zwanzig Glaskästen mit Heu oder Blättern von südwestafrikanischen Futterpflanzen beigelegt. Daneben standen Bodenproben aus Südwestafrika, denen ebenfalls die chemische Analyse beilag. Auch der zweite Teil der Ausstellung des Kolonialinstituts verdiente und fand eingehende Beachtung. Er betraf die Nahrungsmittel der Eingeborenen und bestand einerseits aus Bildertafeln tropischer Obstsorten, wie Musa, Citrus, Awerrhoa, andererseits aus Trocken- und Spirituspräparaten von Batate, Maniok, Yams, Kaffee, Mehlbanane, Mais, Hirsenhirse, Kolbenhirse, Erdnuß, Schinuß, Fruchtbestand und Frucht der Delpalme u. a. Vervollständigt wurde das vom Kolonialinstitut Gebotene durch Abbildungen des Vorlesungsgebäudes und der botanischen Staatsinstitute, Vorlesungsverzeichnis und Lehrpläne.

Von den südwestafrikanischen Farmern trat diesmal nur die Firma Brauß, Mahn & Co. als Aussteller auf, mit Wolle Mohair und Straußenfedern ihrer Farm Garineis und mit Erzeugnissen des Ackerbaues von der Farm Okamatangata. Die letzteren bestanden aus 1. Mais aus amerikanischer Saat, ausgesät Dezember 1911—Januar 1912; geerntet Anfang Juni 1912; 2. Winterroggen, Trockenfarmprodukt, Saat aus Kapland bezogen, Aussaat Anfang Mai, Ernte Anfang Oktober 1912; 3. Sommerweizen aus südwestafrikanischer Saat, Trockenfarmprodukt, ausgesät Anfang Mai, geerntet Mitte Oktober 1912; 4. Sommergerste aus südwestafrikanischer Saat, ausgesät Ende April, geerntet Anfang September 1912, Trockenfarmprodukt. Der Mais war ein Pferdezeihenmais, der Roggen war etwas flachkörnig, der Weizen zeigte das typische Aussehen des Trockenfarmweizens, die Gerste hatte lange, schmale, glatte Körner.

Für den kolonialen Zuchtviehbezug waren von Wichtigkeit die von dem Pferde- und Zuchtviehgeschäft M. H. Ahrens, Altona, ausgestellten Modelle von drei Schiffsställen für das Deck eines Dampfers. F. Sartorius & Söhne, Göttingen, waren mit einem Straußenbrutapparat für 10 bis 12 Straußeneier und dem Modell einer Glucke für junge Strauße vertreten, die Firma J. Weß, Dillingen, Baden, mit ihren bekannten, für den tropischen Haushalt unentbehrlichen Konservengläsern und Sterilisierapparaten, ferner die Hahnauer Raubtierfallenfabrik Grell & Co. mit Raubtierfallen, Jagd- und Sportartikeln und ausgestopften Tieren.

Erfreulicherweise fehlte diesmal auch die koloniale Forstwirtschaft nicht, denn die Firma J. Brüning & Söhne, Langendiebach bei Hanau, führte in ganz vortrefflicher Weise das Okumeholz (*Aucoumea Kleineana* Pierre) aus Neu-Kamerun und dessen Verarbeitung zu Zigarrentiften und Furnieren vor. Große Holztafeln und Stammstücke des Okumebaumes waren aufgestellt, und daraus gefertigt Vertäfelungen und die verschiedenartigsten Möbel. Es handelte sich hier nur um eine einzige Holzart, Kamerun aber und auch Ostafrika sind reich an wertvollen Hölzern, und es wäre zu wünschen, daß die hier noch schlummernden gewaltigen Werte recht bald unserer einheimischen, unter teuren Holzpreisen leidenden Möbeltischlerei zugänglich gemacht werden könnten. Ferner gehörte hierher die kleine Sammlung Mangrovenrinde und Extrakte und damit gegerbtes Leder von der Deutschen Versuchsanstalt für Lederindustrie, Freiberg in Sachsen.

Der ganze übrige Teil der Kolonialwirtschaftlichen Ausstellung war den wichtigsten Pflanzungsprodukten und ihrer Verbreitung gewidmet. Hier sind zunächst drei Deliefernde Pflanzen zu nennen, Kokospalme, Delpalme und Erdnuß, die in Gestalt ihrer Erzeugnisse vom Rohprodukt bis zur fertigen Verkaufsware von der Firma H. Schling & Co., Hamburg-Marmheim, vorgeführt wurden. Das für den Handel wichtige Produkt der Kokospalme ist die Kokosnuß bzw. ihr getrockneter Kern, die Kopra. Es wurde Kopra aus den wilden Palmbeständen der Südsee und von den Pflanzungen der Neu-Guinea-Kompagnie, der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südseeinseln und der Pflanzungs-Gesellschaft Kpeme in Togo gezeigt, ferner Kokosfett, Kokoskuchen, Kokosöl, Kokosfett säure und Seife. Aus der Kopra wird zunächst das

Kokosöl gewonnen und daraus durch Raffinieren Kokosfett hergestellt, welches unter dem Namen Palmin in den Handel kommt. Als Abfallprodukt wird Kokosölseife gewonnen und zu Seife verarbeitet. Das Nebenprodukt bei der Herstellung von Kokosöl aus der Kopra sind die Kokoskuchen. Deutschland führte 1911 147 000 Tonnen Kopra im Werte von 74 000 000 Mark ein, dem steht für dasselbe Jahr eine Ausfuhr aus den deutschen Kolonien von 32 326 Tonnen Kopra im Werte von 10 352 000 Mark gegenüber. Auch die starke Faserschicht der Kokosnuß, in welcher der von der Hölzschale umschlossene Kern eingebettet liegt, ist nicht wertlos, sondern liefert, wie die schöne Zusammenstellung der Elsäßischen Kokosmattenfabrik Stuttmann, Norbert & Co., Straßburg (Elsaß), zeigte, hübsche farbige Läufer für Treppen, Kirchen und Säle, einfache und buntgemusterte Vorleger, Säcke, Stricke und Garne.

Die ausgestellten Erzeugnisse der Delpalme waren Palmkerne, rohes Palmkernöl, raffiniertes Palmkernfett, Palmkernfett säure, Palmkernkuchen und -kuchenmehl. Daran war der Verein der Togokaufleute mit einem Sack Palmkerne und die Deutsche Togo-Gesellschaft, die außerdem auch einen Sack Togomais herbeigeschafft hatte, mit einigen riesigen Fässern Palmöl beteiligt. Das Palmöl wird in den Kolonien selbst aus dem Fruchtfleisch der Delpalmfrüchte bereitet, während das Palmkernöl erst in Europa aus dem seiner harten Schale beraubten Kern hergestellt wird. Dabei erhält man als Nebenprodukt die Palmkernkuchen. Das gereinigte Palmkernfett findet hauptsächlich in der Margarineindustrie und die nebenbei erhaltene Palmkernfett säure bei der Seifenfabrikation Verwendung. 1911 betrug die Einfuhr Deutschlands 12 800 Tonnen Palmöl im Werte von 6 500 000 Mark und 250 000 Tonnen Palmkerne im Werte von 90 000 000 Mark, die Ausfuhr unserer Kolonien 7400 Tonnen Palmöl im Werte von 3 112 500 Mark und 28 458 Tonnen Palmkerne im Werte von 7 746 500 Mark. Von der dritten der vorgestellten Delpflanzen waren Erdnüsse ungeschält und geschält, Erdnußöl, -kuchen und -kuchenmehl ausgestellt. Das Erdnußöl findet teils als gutes Speiseöl, teils zur Seifenfabrikation Verwendung, die Erdnußkuchen sind gleich den Kokos- und Palmkernkuchen ein wertvolles Kraftfuttermittel. 1911 belief sich die Einfuhr Deutschlands auf 70 000 Tonnen Erdnüsse im Werte von 20 000 000 Mark, die Ausfuhr der deutschen Kolonien auf 2505 Tonnen Erdnüsse im Werte von 490 000 Mark. Vergleichende Tabellen belehrten über den Futterwert der verschiedenen Kuchenorten. Der den Abschluß der Kolonialhalle bildende Stand war sehr hübsch mit Gebrauchsgegenständen der Eingeborenen und mit Präparaten geschmückt, von denen besonders auffielen: Blütenstand der Kokospalme, Kokosfrucht im Längs- und Querschnitt, Kokosnuß gekernt, Fruchtstände der Delpalme, Palmkerne unreif in verschiedenen Entwicklungsstadien.

Reichhaltig war auch die Kautschukabteilung; sie war von den Vereinigten Berlin-Frankfurter Gummifabrikanten hergerichtet und zeigte den Kautschuk vom Rohprodukt bis zur fertigen Ware. Kautschuk, der geronnene Milchsafte verschiedener Tropenpflanzen, stellt zurzeit das wichtigste Erzeugnis der Europäerplantagen in den deutschen Kolonien dar; plantagenmäßig angebaut werden die Kautschukbäume Hevea, Manihot, Riccia, Ficus und Castilloa. Alle fünf Kautschukarten waren vertreten und wurden sowohl in roher Form als auch in verschiedener Weise aufbereitet gezeigt. Gartenschläuche, Fußbälle und andere Artikel gaben Beispiele von den mannigfachen Verwendungsweisen des Kautschuks. Die zweite Ausstellerin in dieser Abteilung war die Kautschukzentralstelle für die Kolonien Dr. Henriques Nachfolger (Dr. Marckwald und Dr. Frank), Berlin, mit Kautschukpräparaten, -hilfsmitteln und -tabellen. So veranschaulichte Tafel I, Weltproduktion und -verbrauch an Rohkautschuk in den einzelnen Jahren von 1890—1912, die beiden Faktoren beliefen sich 1890 auf 29 330 bzw. 27 408 Tonnen, 1912 aber auf je 99 000 Tonnen. Eine andere Tafel stellte in Kurven die Preisbewegung

des Rohkautschuks von 1861–1910 dar. Deutschlands Einfuhr an Rohkautschuk im Jahre 1911 betrug 15 368 Tonnen im Werte von 133 640 000 Mark, die Ausfuhr der deutschen Kolonien 3718 Tonnen im Werte von 16 679 000 Mark.

Die Ausstellung „Kameruner Deckblattabak“ der Bremer Tabakbaugesellschaft Bafossi m. b. H., Bremen, führte den Besuchern die erfreuliche Tatsache vor Augen, daß es den Bemühungen des Pflanzers G. Rätzke gelungen ist, in Kamerun einen Tabak zu erzeugen, der mit den hochwertigen Sumatratabaken in Wettbewerb treten könnte. Den im Oktober 1911 in Bremen verkauften ersten 65 Ballen seines Tabaks wurde der von G. A. Oldemeyer-Bremen gestiftete Preis in Höhe von 6000 Mark zuerkannt. Dieser Preis war ausgeschrieben „für ein Mindestquantum von 100 Zentnern in deutschen Schutzgebieten gebauten Tabaks, der in Bremen als brauchbares Deckmaterial anerkannt würde, und am Bremer Markte einen ausreichenden Preis erziele, um eine genügende Rentabilität für die dauernde Fortsetzung des Anbaus zu versprechen.“

Die Abteilung Kakao stellte der Verband der Kamerun- und Togo-pflanzungen. Sie bestand aus je einem Sack Kakaobohnen von etwa einem Duzend Pflanzungen der Kolonien Kamerun, Togo, Samoa und Neu-Guinea. Die Wand der Koje schmückten elf Photographien der Westafrikanischen Pflanzungsgesellschaft Viktoria und die Wirtschaftskarte der Pflanzung Moline, Kamerun. Eine wertvolle Ergänzung hierzu bildete die Verarbeitung der Kakaobohnen zu Pulver und Schokolade, ausgestellt von Gebrüder Stollwerck, Köln am Rhein, in neun Standgläsern. Diese enthielten Kakaofrüchte ganz und halbiert, Rohkakao aus Kamerun, Samoa und Ostafrika, Kakaobohnen, -schalen und -ferne, Kakaomasse (gemahlene Kerne), Kakaobutter und in Pulverform deutschen Kolonialkakao Stollwerck. 1911 führte Deutschland an Kakao 50 700 Tonnen im Werte von 55 500 000 Mark ein, während die Kolonien nur erst 4528 Tonnen im Werte von 5 324 000 Mark ausführten.

Für Kaffee sind die entsprechenden Zahlen 183 000 Tonnen im Werte von 251 000 000 Mark, und 1176 Tonnen im Werte von 1 256 000 Mark. Die Kaffeeekultur erscheint trotz der früheren Mißerfolge jetzt in Ostafrika recht aussichtsvoll, für die anderen Kolonien ist sie nur von geringer Bedeutung. Getrocknete Kaffeeirschen, Kaffer in der Hornschale und Rohkaffee führten vor: aus Ostafrika die Pflanzung Sagarre und die Prinz-Albrecht-Plantage, aus Kamerun die Wörmannpflanzung Bimbia.

Wir kommen nunmehr zu den Faserpflanzen, zunächst zur Baumwolle. Der Einführung und Ausdehnung des Baumwollbaus als Eingeborenen- und Pflanzungskultur hat das Kolonial-Wirtschaftliche Komitee seit einer Reihe von Jahren seine besondere Fürsorge zugewandt, und das Komitee hatte auch in Straßburg die Abteilung Baumwolle in ausgezeichnete Weise ausgestattet. In Glaskästen lagen nebeneinander etwa 140 Baumwollproben aus den wichtigsten Produktionsländern der Erde (Nord- und Süd-Carolina, Texas, Brasilien, Peru, Ägypten, Indien, Korea, Japan, China, Transkaukasien, Persien, Levante u. a.). Sodann folgten eine Kollektion Baumwollproben aus den verschiedenen Bezirken Togos und eine Sammlung verschiedener Sorten Baumwolle aus Deutsch-Ostafrika, dazu je ein Ballen Baumwolle à 250 Kilogramm von der Deutschen Togo-Gesellschaft und der ostafrikanischen Doa-Plantagen-Gesellschaft. Weiter wurde die Verarbeitung der Baumwolle zu Flanellen und Futterstoffen gezeigt. Die Geden der Koje zierten Baumwollstauden mit reifen Fruchtständen. Die ungeheure Bedeutung der Baumwolle für die deutsche Industrie geht aus der riesigen Einfuhrziffer hervor, die sich 1911 auf 407 000 Tonnen im Werte von 554 000 000 Mark belief. Die Ausfuhr der deutschen Kolonien betrug 1911 erst 1598 Tonnen im Werte von 1 886 000 Mark, jedoch ist sie erfreulicherweise in raschem Steigen begriffen, denn im Jahre 1902 erzeugten die deutschen Kolonien nur 82 Ballen Baumwolle à 250 Kilogramm = 20,5 Tonnen, im Jahre 1912 aber schon 10 200 Ballen = 2550 Tonnen.

Seit einigen Jahren findet die Kapokkultur wachsende Beachtung. Kapok ist ein der Baumwolle ähnlicher Stoff, nur von beträchtlich kürzerem Stapel, und ist unter dem Namen Pflanzendaunen allgemeiner bekannt. Der Verein der Togokaufleute hatte einige riesige Ballen weißen Kapoks aus Palime ausgestellt.

Den Hauptanziehungspunkt der kolonialwirtschaftlichen Ausstellung bildete die Sisalanfabrikation. Unter den Erzeugnissen der Pflanzungswirtschaft in den deutschen Kolonien steht der Sisalanf, der von der Sisalagave gewonnen wird, jetzt dem Werte nach an zweiter Stelle. Für seine Kultur hat sich besonders Ostafrika als vorzüglich geeignet erwiesen. Für die diesjährige Ausstellung hatte die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft ein Preisauschreiben für Sisal erlassen, und zwar a) für Rohfasern, b) für Sisalfasern in beliebiger Bearbeitungsform, wie Garne, Seile, Seilerwaren. Mit roher Sisalfaser in Bündeln von je 10 Kilogramm beteiligten sich zehn Pflanzungen an dem Wettbewerb: 1. Ostafrikanische Pflanzungsaktiengesellschaft, Gomba bei Makujuni, Bezirk Wilhelmstal, Deutsch-Ostafrika. Die Faser ist auf Pflanzung Gomba von einem dreijährigen Bestande gewonnen, der im Januar 1909 gepflanzt ist. Boden sehr humusreicher Lehm; ungedüngt, da jungfräulicher Boden, der zum erstenmal bestellt ist. Pflanzweite $2,25 \times 1,65$ Meter. Durchschnittliche Niederschläge 800–900 Millimeter. Entfaser mit Krupp-„Korona“ Nr. 2. Prozentualer Fasergehalt des Ausstellungserzeugnisses 4,1 Prozent. — 2. Friedrich August Enke, Fabrik- und Pflanzungsbesitzer, Hamburg. Die Faser ist auf Pflanzung Enkenau bei Soga an der ostafrikanischen Zentralbahn, Bezirk Darressalam, mittels Neu-Korona-Maschine Nr. 2 gewonnen. Die Aufbereitung erfolgt durch eine Maschine, welche den Hanf gleichzeitig kämmt und bürstet. — 3. Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, Pflanzung Moa bei Tanga. Die Faser ist auf Pflanzung Moa gewonnen. Sandiger Boden, Untergrund grauer Ton. Pflanzen vierjährig, einmal nachgepflanzt. Pflanzweite $2,5 \times 2,5$ Meter. Gefallener Regen 1912: 850 Millimeter. Entfaser mit Corona-Maschine. — 4. Pflanzung Ngomeni, G. m. b. H., Ngomeni, Deutsch-Ostafrika. Der Hanf ist von einem Felde geerntet, das 1906 mit Wurzelfschöplingen bepflanzt wurde. Boden ist lehmiger Sand von schwarzer Farbe; ungedüngt, da ehemaliger Waldboden (sekundärer Buschwald). Neupflanzung hat noch nicht stattgefunden, die Bearbeitung geschah, wie üblich, nur mit der Hacke. Pflanzweite $2,5 \times 1,25$ Meter. Der Schnitt fand im Dezember statt, die Pflanzen hatten zwölf Monate gestanden, sich jedoch infolge abnorm trockenen Wetters nur wenig entwickelt. Die Ausbeute betrug 2,5 Prozent. Hergestellt mit einer „Neu-Korona“ Nr. 1 und mit Faserichwinge gesäubert. — 5. Sisal-Agaven-Gesellschaft, Düsseldorf. Die Faser ist auf der Plantage Pongwe im Februar 1913 gewonnen, und entstammt dem zweiten Schnitt von Sisalagaven, die im April 1909 ohne Düngung auf rotem durchlässigen Boden, der vordem Sisalagaven noch nicht getragen hatte, gepflanzt wurden. Das der Ernte vorausgegangene Wetter war sehr trocken, so daß selbst die Agaven dadurch ungünstig beeinflusst wurden. Niederschläge im Jahre 1912: 576 Millimeter. Das Ernteergebnis des Jahres 1912 belief sich auf 1204 Tonnen Hanf von 1964 700 Agaven auf 790 Hektar. Hergestellt mit der Mola-Entfaserungsmaschine und danach in der üblichen Weise gewaschen, getrocknet und gebürstet. — 6. Dieselbe. Die Faser ist auf der Pflanzung Rigombe gewachsen. Das Muster stammt von $4\frac{1}{2}$ jährigen Pflanzen. Boden nicht gedüngt und zum erstenmal mit Sisal-Agaven bepflanzt. Das Wetter war infolge großer Trockenheit besonders ungünstig für die Entwicklung der Pflanzen bzw. des Nachwuchses. Entfaser mit Neu-Korona-Maschine, Größe 2. Die Herstellungsweise war folgende: Nach dem Entfasern kommt der Hanf ins Wasser, bleibt dort 10–15 Minuten liegen und wird dann zum Trocknen und Bleichen in die Sonne gehängt. Nach völliger Trockenheit kommt der Hanf in den Bürstraum und wird dort vermittle Faserichwinger gereinigt, später gebündelt und mit der Schere etwas zugeschnitten. Nunmehr kommt der Hanf in den

Preßraum und wird in 200-Kilogramm-Ballen versandfertig gemacht. — 7. Songa-Pflanzungs-gesellschaft, Charlottenburg. Diese Faser ist auf der Songa-pflanzung, Bezirk Pangani, Deutsch-Ostafrika, gewachsen, die Agaven waren 3½ Jahre alt. Roter jungfräulicher Boden ohne Düngung, erstmalige Anpflanzung. Aus-pflanzzeit Juni 1909. Erntezeit der Kultur nach drei Jahren, ohne Rücksicht auf die Jahreszeit. Pflanzweite 1:2. Erstjährige Ernte geerntet im März 1913. Ver-fahren der Faserherstellung: Sisalfaserungsanlage der Firma Krupp mit Kraft-betrieb und der Entfaserungsmaschine Neu-Korona Nr. 2. — 8. Westdeutsche Han-dels- und Plantagengesellschaft Düsseldorf — 9. Pflanzungs-gesellschaft Kpeme in Togo, Kpeme bei Anecho. Die Faser ist auf der Plan-tage Kpeme von vier Jahre alten Pflanzen gewonnen. Boden leichter Sand, gerodetes und gereinigtes Neuland, ungedüngt. Pflanzzeit im Februar 1909, Erntezeit März 1913, Pflanzweite 2×3 Meter, erste Ernte. 1909 und 1910 waren normale Jahre, 1911 und 1912 ungewöhnliche Trockenheit, ohne besonderen Einfluß für die Pflanzen. Die Fasern wurden auf Raspadoren, geliefert von der Westdeutschen Handels- und Plantagengesellschaft in Düsseldorf, gewonnen. 48 stündige Röstung in Wasser und 24 stündige Trocknung und Bleiche in der Sonne. — 10. Neu-Guinea-Kompag-nie, Berlin. Die Faser ist auf der Pflanzung Melamu der Neu-Guinea-Kompagnie in Kaiser-Wilhelmsland gewonnen. Die Sisal-Agave wird dort als Zwischenkultur zwis-chen Kotospalmen und auch als Reinkultur angebaut. Alter der Pflanzen 5–6 Jahre. Der Boden ist leichter Schwemmboden, ungedüngt, mit der Hacke gereinigt. Pflanzzeit November bis März. Ernte je nach Vorhandensein von Arbeitskräften periodenweise. Ausstellungsmaßer 1912 geerntet. Pflanzweite 2×3 Meter. Regenmenge 1910: 4612 Millimeter, 1911: 1856 Millimeter. Entfaserung durch Raspadoren. Ernte hat noch niemals über 20 Tonnen Rohfaser jährlich betragen. — Die Zuteilung der Preise geschieht wie folgt: I Nr. 6, II Nr. 1, III Nr. 7, Anerkennung Nr. 2 und Nr. 5.

Neben den genannten zehn Pflanzungen hatte außer Preisbewerb noch H. v. De Low, Mnyussi, Bezirk Tanga, Deutsch-Ostafrika, ein Bündel rohen Sisalhanfes ausgestellt. Klasse 2, Sisalfaser in beliebiger Bearbeitungsform, hatte die Aktien-gesellschaft für Seilindustrie vorm. Ferd. Wolff, Mannheim-Neckarau, mit Bindegarn und Hanfseilen beschickt, die zur Benutzung für landwirtschaftliche Zwecke (Bindegarn für Mähmaschinen) aus deutsch-ostafrikanischem Hanf gefertigt waren. Ferner hatte dieselbe Firma ein Duzend Sisalballen und große Stapel Tau-werk, Seile, Bindegarn, alles aus deutsch-ostafrikanischem Sisalhanf, gesandt. Bilder von Sisalpflanzungen schmückten die Kojenwand.

Von besonderem Interesse für Vertreter der Seilindustrie waren die Prüfungsergebnisse von Sisalhanf verschiedener Herkunft, welche das Königliche Ma-terialprüfungsamt Berlin-Dahlem in graphischen Darstellungen und Tabellen vorführte. Die Prüfung hatte sich auf Fasern aus Bome (Togo), Umani (Deutsch-Ostafrika), Viktoria (Kamerun), Mexiko, Savanna und Guatemala erstreckt, und mit dem Ergebnis konnten die deutschen Sisalpflanzler wohl zufrieden sein. Es beträgt nämlich die Länge der Faserbündel bei Sisal aus den deutschen Kolonien 110–179 Zen-timeter, bei Sisal aus Amerika nur 62–135 Zentimeter. Die hauptsächlich vorkom-menden Elementarfaserlängen liegen bei Sisal aus den Kolonien zwischen 2–6 Mil-limeter, bei Sisal aus Amerika zwischen 1,5–4 Millimeter, ferner die hauptsäch-lich vorkommenden Elementarfaserbreiten bei Sisal aus den Kolonien zwischen 12 bis $30\frac{1}{1000}$ Millimeter und bei Sisal aus Amerika zwischen 18– $36\frac{1}{1000}$ Millimeter. Bei dem Sisal aus den deutschen Kolonien sind also die Faserbündel länger und die Elemen-tarfaser länger und schlanker als beim amerikanischen Sisal. Ferner wurde die spe-zifische Festigkeit der Sisalfaser (Bruchlast für Quadratmillimeter Faserquerschnitt) ge-prüft, a) im unbehandelten Zustande, b) nach 2×72 stündigem Liegen in Seewasser.

In beiden Fällen waren die Proben aus den deutschen Kolonien den amerikanischen überlegen, denn die spezifische Festigkeit betrug in kg/qmm für

	Some	Amani	Viktoria	Mexiko	Havanna	Guatemala
a)	77	87	89	55	62	69
b)	67	72	67	52	48	57

Zum Vergleich mit den deutsch-kolonialen Hanfen hatte Prof. Dr. W. J. Bruel, Gießen, die amtlichen Grade des Bureau of agriculture zu Manila für Manilahanf, die offiziellen Grade des Javasifals, der Java-Cantala und der Java-Abaka des Niederländisch Landbouwt-Syndicaat (Java) und eine Reihe von Geweben der Philippinen-faserindustrie ausgestellt.

Mutterland und Kolonie.

Von Carl Schlettwein.

Die Vereinigung des späten Junggesellen Deutschland mit der schwarzen Jungfrau Afrika ist für beide Teile bis jetzt eine glückliche geworden. Die der Kindheit entwachsenden jungen Weltkinder blühen, gedeihen und lassen für die Zukunft das Beste erhoffen.

Die Besiedlung und die wirtschaftliche Entwicklung wachsen von Jahr zu Jahr. Mit der stärkeren Besiedlung wächst deutsches Wesen neben deutscher Kultur ersichtlich heran. Besonders ist es auch die von der Deutschen Kolonialgesellschaft seit fünfzehn Jahren geförderte Einwanderung deutscher Frauen, die in jeder Hinsicht kulturfördernd wirkt.

In Deutsch-Südwestafrika, dem ältesten der kolonialen Kinder Deutschlands, treten naturgemäß die Anzeichen der Entwicklung schon am meisten zutage. Neben dem wirtschaftlichen Streben, das Land weiter zu erschließen, wächst auch das politische. Der Wunsch nach Mitbeteiligung bei der Regierung des Landes bei den Kolonisten wird dringender und dringender.

Blättert man im Buche der großen Weltkolonialgeschichte nach, wo die Erfolge und Misserfolge kolonisierender Völker verzeichnet stehen, die schon Jahrhunderte vor dem deutschen Volke in der großen Welt Ausdehnung suchten, so drängt sich dem Blätternden die Frage auf: Was hat Deutschland aus dem vorliegenden Material gelernt? Was für Maßnahmen wird es ergreifen, um seine Kolonien für alle Zeiten als freiwillige, auf ihre Zugehörigkeit zum Mutterland stolze Teile Deutschlands zu erhalten?

Gar manchem Kolonialfreund in der Heimat wird schon die bloße Anregung dieser Frage als eine unberechtigte Herausforderung erscheinen. Es wird für die Mehrheit einfach von selbst verständlich erscheinen, daß die deutschen Kolonien stets Teile des Deutschen Reiches sein werden. — Und doch. — Was ist im Leben der Völker und Länder selbstverständlich? Jedes politische Ereignis ist die natürliche Folge politischer Handlungen. Das allein ist selbstverständlich und wird auch in diesem Falle gelten.

Daß Kolonien mit der Zeit selbständig und pekuniär unabhängig vom Mutterlande werden, kann ja nur das beiderseitige Bestreben sein. Ja es muß der Erfolg einer gesunden Kolonialwirtschaft sein. Dasjenige, worauf es ankommt, ist: Wie ist zu der Zeit, wo diese wirtschaftliche Selbstständigkeit erreicht ist, das innere politische Gefühl der betreffenden Kolonie zum Mutterlande?

Auch in dieser Frage kann man das kolonialpolitische Leben eines Landes mit allgemein Menschlichem vergleichen. So wie ein Sohn, der seinem Vater alles verdankt, vor allem auch die Mittel, die zu seiner schnellen Selbstständigkeit geführt haben, dies, so lange er lebt, dem Vater danken wird, so wird auch eine Kolonie gar nicht daran denken, auf einen anderen Gedanken zu kommen, wie auf den engster Zugehörigkeit

zum Mutterlande. Wie aber andererseits ein Sohn, dessen Vater ihn die Selbständigkeit vorenthalten hat, wenn er trotzdem aus eigener Kraft zur Unabhängigkeit gelangt, seine eigenen Wege durchs Leben gehen wird, so wird es auch in einer Kolonie aussehen, die ihre schließliche Selbständigkeit bei grundlegenden Fragen im Kampfe gegen das Mutterland erreicht hat.

Wie im Gemüt eines klugen Knaben sich Erinnerungen aus der frühesten Jugend unverwüßlich als Ansichten eingraben, so werden auch Ereignisse im wirtschaftspolitischen Leben zwischen Mutterland und Kolonie für gewisse Gefühle der Nachkommen maßgebend sein. Ich möchte bei dieser Gelegenheit einschalten: Es ist keineswegs Zweck meiner Zeilen, zu fordern, Deutsch-Südwest müsse baldigt volle Selbstverwaltung eingeräumt werden. Hierzu sind die Grundlagen noch nicht gegeben, auch die Verhältnisse nicht reif. Das was ich betonen und fordern will ist, daß das Mutterland uns bald das gibt, was wir mit Berechtigung fordern können, und daß man die Ansicht des Landesrats für Landesangelegenheiten würdigt. Die Forderung der Kolonie ist: Beschlußrecht des Landesrats in allen Landesangelegenheiten und für die Verwendung der vom Lande aufgebrachten Gelder. Die Bevölkerung Südwestafrikas hat seinerzeit das ihr durch die Selbstverwaltungsverordnung Gebotene freudigst ergriffen, obwohl ihr dadurch sehr wenig an Rechten, aber ein Bedeutendes an Pflichten und pekuniären Opfern auferlegt wurde. Das Gefühl: „Arbeiten und durch die Leistungen das Wollen und Können beweisen“, war bald das allgemeine. Wenn auch hier und da Stimmen ertönten, denen das Ganze nicht paßte, und denen der weitere Ausbau der Selbstverwaltung zu langsam ging, so siegte doch immer die ruhige Ueberlegung, und ruhig, aber zielbewußt, arbeitete man weiter.

Die Arbeit der Bevölkerung im Landesrat hat mehrfach auch in der Heimat Anerkennung gefunden. Der Landesrat hat nicht nur durch seine tatsächliche Arbeit sein Können und seine Fähigkeit bewiesen, sondern er hat auch gezeigt, daß seinen Mitgliedern die früher von der Heimat aus oft angezeifelte politische Reife nicht fehlt. Wenn eine aus allen Berufsständen des Landes zusammengelegte Korporation wie der Landesrat bei unseren jungen Verhältnissen, wo die Gegensätze und Berufsinteressen überall noch zusammenprallen, es fertig bringt, bei jeder Gelegenheit, wo es sich um wichtige Landesfragen handelt, geschlossen und einig aufzutreten, wenn es das Wohl der Allgemeinheit erfordert; wenn man stets das Berufsinteresse hinter das allgemeine Wohl des Landes stellt, so ist das der schönste Beweis für politische Reife. Gerade im Hinblick auf heimische Zustände, wo der politische Parteikampf alle gegen alle verhetzt, ist dies beachtenswert. Die Gegensätze der Interessen sind nirgends größer wie in einem werdenden Lande. Lediglich das ernste Wollen, auf allen Seiten stets das Landesinteresse zu wahren, ermöglicht solch Zusammenhalten der Berufsstände.

Auch die letzte innere Differenz im Lande innerhalb des Berufsstandes der Farmer, von der allerdings der Landesrat und das politische Leben nie berührt worden ist, ist nun auch beseitigt. Die Ueberzeugung, Einigkeit macht stark, hat auch hier die Gegner zusammengeführt.

Der erste Landesrat, der geradezu in vorbildlicher Weise gezeigt hat, wie das Land auch zukünftig zu arbeiten hat, um sein Ziel zu erreichen, wird noch einmal tagen, dann geht er auseinander. Wie der zweite Landesrat aussehen wird, darüber ist heute noch absolut nichts zu sagen. Von seiner Zusammensetzung und von seiner Stellungnahme wird es abhängen, ob die allgemeine Einmütigkeit auch ferner bestehen bleibt, oder ob es den hier und da immer noch betriebenen Gelüsten nach Parteibildung gelingen wird, die Einigkeit zu sprengen.

Der Reichstag scheint sich in diesem Jahre, nachdem ihm die Protokolle unserer Landesratsverhandlungen gedruckt vorgelegt waren, eingehender als sonst mit unseren Verhandlungen befaßt zu haben.

Der Tenor der allgemeinen Durchschnittskritik ist kein gerade günstiger. Man tadelte uns und spricht uns die Fähigkeit ab, das Interesse der Kolonie in Hinsicht auf die großen Interessen des Reichs richtig vertreten zu können. Man wirft uns Egoismus vor, wenn wir an der Stärke unserer Schutztruppe festhalten wollen, weil wir ohne den Verbraucher Schutztruppe, wie man fälschlich behauptet, sonst nicht leben könnten. Man wirft dem Landesrat endlich wenig wohlwollende Stellung gegen die Eingeborenen vor.

Wir haben uns meiner Ansicht nach mit diesem Tadel abzufinden; wenn auch von dieser oder jener Partei besonders harte Worte gefallen sind, so darf uns das nicht von unserem allgemeinen Standpunkt abbringen, wonach uns jede heimische Partei des Reichstags gleich angesehen zu sein hat, solange sie nationale und koloniale Mitarbeit leistet. Wenn man uns vom Gesichtspunkt dieser oder jener Partei mangelndes Verständnis für die großen Interessen des Reichs vorwirft, so ist auch dies vom Partei-standpunkt gesprochen, denn für große nationale Fragen gibt es wohl nirgend größeres Verständnis, als bei dem Deutschtum außerhalb der Landesgrenzen. Für heimische Parteigesichtspunkte allerdings haben wir Kolonisten kein so großes Interesse, so daß wir uns auf alle Fälle einer Partei an die Rockschöße hängen würden, um nun mit dieser durch Dick und Dünn zu gehen. Das Motiv des Tadels ist also eine parteiegoistisches. Dieser oder jener Partei paßt die Stellungnahme des Landesrats in gewissen Fragen nicht, deswegen nennt man uns unreif usw. und hofft von einer anderen Zusammensetzung des Landesrats Besseres.

Diese Hoffnung ist auf alle Fälle eine trügerische! Kein Landesrat wird in den heute vorliegenden schwerwiegenden Fragen anders urteilen wie der jetzige.

Was sind es denn für Differenzen, die da vorliegen? Dem Zentrum paßt unsere Stellungnahme in der Frage der Mischchen nicht. Der Rechten ist unsere Forderung, vom Mutterlande zukünftig zollpolitisch nicht mehr als Ausland behandelt zu werden, unbequem. Der Linken dagegen ist unsere Stellungnahme den Eingeborenen gegenüber unsympathisch. Wir stehen auf dem Standpunkt, unser Land ist ein Besiedlungsgebiet für die weiße Rasse, deshalb muß der Landbesitz und die Ausnutzung auch dieser Rasse vorbehalten werden. Die neueste Forderung der Heimat, den Eingeborenen allgemein die Erlaubnis zum Halten von Großvieh zu geben, beweist aufs deutlichste die völlige Verkennung der Lage.

Geben wir den Eingeborenen heute die allgemeine Erlaubnis zum Großvieh halten, so werden sich die Tiere bald vermehren und in absehbarer Zeit müssen Reservate als Weideland für die Farbigen geschaffen werden. Oder man muß ihnen das Recht einräumen, Land zu kaufen oder zu pachten. Da die Regierung den Landerwerb der Eingeborenen berechtigterweise ablehnt, so zieht der Landesrat die Konsequenz und stimmt gegen die Erlaubnis des Großviehhaltens. Die natürliche Folge würde sonst sein, daß später weiße Besitzer enteignet werden müßten, um den Eingeborenen für ihre Tiere Weideland zu schaffen. Man urteilt auch in diesem Falle lediglich nach heimischen Verhältnissen, wo die ländlichen Arbeiter sich auch Rüge halten. Zu Hause heißt es: Jeder verheiratete ländliche Arbeiter hat die Berechtigung sich eine Rüge zu halten, die im Stalle des Arbeitgebers mitgefüttert wird. So etwas ist bei uns nicht durchführbar. Kein Eingeborener würde es verstehen, wenn ihm gesagt würde: „Du mußt (so wie es auch zu Hause ist) aber die Nachzucht abschaffen.“ Die Unzufriedenheit unter den Eingeborenen würde eine geradezu riesige sein. Die augenblickliche Lage verstehen sie dagegen sehr gut als gerechte Strafe für den Aufstand. Niemals aber würden sie ein halbes Recht verstehen. Die Zeiten, wo die Eingeborenen selber ungezählte Herden im Lande hatten, sind noch zu naheliegend, die Vermehrung der Herden würde das ganze Streben der Leute sein. Wäre eine Großviehhaltung ohne Vermehrung durchführbar.

so würde gern jeder Farmer seinen Leuten gestatten, sich 2 Rüge zu halten an Stelle der heute üblichen 50 Ziegen. Aber noch aus einem anderen Gesichtspunkt ist der Landesrat gegen die Großviehhaltung der Eingeborenen. Die Verhältnisse im Lande sind noch keineswegs solche, daß Aufstände für alle Vorkommnisse aus dem Bereiche der Möglichkeit ausschließen. Für den Fall eines Aufstandes aber ist jede Rüge den Aufständischen ein wesentliches Hilfsmittel. Sie treiben ihre Ernährungsquelle gewissermaßen leicht beweglich mit durchs Land. Eine Herde Ziegen hindert dagegen die Beweglichkeit der Aufständischen, und ist ihm im Kriegsfall eine Last, ein Besitz, den sie auch leichter verlieren können. Noch jeder Krieg gegen Eingeborene ist sofort beendet gewesen, nachdem die Aufständigen ihr Vieh verloren hatten. Wohl überlegt. Im Interesse des Landes hat also der Landesrat seine Stellung genommen, die sich nicht ändern wird. Wenn der Reichstag ein Gesetz erläßt, wird es wohl durchgeführt werden, da wir machtlos sind. Liebe und Anhänglichkeit würde eine solche Vergewaltigung aber nicht erwecken.

Die Frage der zukünftigen Zulassung von Mischehen nun erst ist für unsere Kolonie und für jeden national denkenden Deutschen im Lande derart einschneidend und wichtig, daß man es als selbstverständlich annimmt. Das Mutterland wird uns in dieser hochnationalen Frage unterstützen und den Reichstagsbeschuß nochmals revidieren lassen.

Für die dritte Frage: Zulassung unserer Exportprodukte auf dem heimischen Markt, ohne den vom Ausland geforderten Zoll entrichten zu müssen, sollte die Erfüllung doch wohl von selbst verständlich sein. Wie will man anders in der Kolonie das absolute dauernde Gefühl der Zugehörigkeit zum Reiche aufrechterhalten, wenn uns in klaren deutlichen Worten weiter gesagt wird: „Ihr seid Ausland?“ Natürlich sieht jeder verständige Südwestler die Schwierigkeit sofortiger Durchführung ohne weiteres ein. Die Kolonie hofft aber, daß bei der Erneuerung der Handelsverträge ihr Interesse berücksichtigt werde.

Die große Mehrheit des Deutschen Reichstages steht der großen Welt und den Verhältnissen in den Kolonien ja leider so fern, daß es unwillkürlich ist, wenn man an alle Verhältnisse dasselbe Maß legt, wie man den Fall bei heimischen Verhältnissen beurteilen würde. Bei der Kolonialregierung des Reiches sieht es ja heute gottlob bereits anders aus. Die leitenden Herren kennen die Welt und die Verhältnisse in den Kolonien. Wir haben ja auch die große Genugtuung zu sehen, daß man in diesen Kreisen unsere Ansichten versteht und teilt, ja wir sahen in letzter Zeit mit großer Freude, daß die Vertreter der Kolonialregierung oft aufs wärmste für unsere Ansichten eintraten.

Daß der Vorwurf gegen den Landesrat: Er nehme den Eingeborenen gegenüber eine wenig wohlwollende Stellungnahme ein, unberechtigt ist, zeigt zu genüge die einstimmige Resolution des letzten Landesrats in Sachen Mißhandlungen usw. Auch die weitgehenden Wünsche des Landesrats für sanitäre Einrichtungen zum Besten der Farbigen beweisen ein weitgehendes Wohlwollen. Auch hier ist die Unkenntnis der Verhältnisse an dem falschen Bilde schuld, welches man sich hier und da über unser Land macht. Der Farbige unserer Kolonie ist 2000 Jahre in der Kultur hinter dem deutschen Arbeiter zurück. Man kann dasjenige, was ihm zukommt nicht mit den Rechten eines heimischen Arbeiters vergleichen. Man darf auch schon im Interesse der Farbigen selbst diesen tiefstehenden Menschen nicht mit einem Male alle Rechte und Segnungen einer auf Tausende von Jahren vorgerückten Kultur geben; man würde die Menschen direkt verderben.

Jede sich in der Weltentwicklung bildende Kultur ist doch aus einem Zwange zur Betätigung entstanden. Der Hunger trieb den Menschen in heutigen Kulturländern zur Bestellung des Bodens. Die Kälte dazu sich Kleider zu schaffen. — Die

Natur in Afrika dagegen deckte den Menschen den Tisch stets von selber. Kälte kennt man nicht. Der südwestafrikanische Eingeborene hatte also nicht den Zwang zu Kulturarbeiten. Er steht deshalb heute noch auf demselben Standpunkt wie vor Tausenden von Jahren. Niemand, der die Feldkost des Landes kennt, wird diese als schlecht bezeichnen können. Wenn die Menschen manches gerne genießen, was uns unappetitlich, ja widerlich erscheint, und der Fernstehende aus diesem Grunde meint, die armen Menschen äßen Termiten, Raupen, Käfer usw. aus Not, der irrt sich gewaltig. Jeder Farbige, auch der, der gute europäische Kost bekommt, ißt gelegentlich seine alte Feldkost als Delikatesse, wenn er sie bekommt.

Jeder, der das deutsche Volksleben in unserer Kolonie kennt, wird sagen: Ein urgesundes stramm nationales Deutschtum entwickelt sich drüben in dem neuen Lande. Das Interesse des Landes geht seinen Bewohnern vielfach über persönliche Interessen. Auch Menschen, die beeinflusst von den Lehren und Gesichtspunkten der heimischen Sozialdemokratie in unser Land kommen, lassen gar bald von der bisherigen Ansicht und werden eifrige Mitarbeiter für das bürgerliche nationale Wohl. Der Erfolg der Arbeit, die Anerkennung der Leistung und die Einschätzung nach Tüchtigkeit, lassen den überzeugtesten Sozialdemokraten sein bisheriges Bekenntnis über Bord werfen und machen einen loyal gesinnten Bürger aus ihm.

Sollte solch werdendes gesundes Deutschtum über See nicht im allergrößten Interesse des Mutterlandes liegen, sollte man sich nicht freuen, wenn auf solche Weise draußen in der Welt gesunder Nationalismus gepflegt und gestützt wird? — Möge das Mutterland sich nicht zu schroff auf den Standpunkt stellen: die Kolonie muß von der Heimat aus lediglich nach den Interessen des Mutterlandes regiert werden. Möge man den Leuten, die gewillt sind, in der Kolonie ihre Arbeitskraft in den Dienst des Deutschtums für das neue Land zu stellen, nicht zu schroff die heimischen Gesichtspunkte entgegen halten und ihnen die Arbeit verleiden. So wie ein Vater, der seinem erwachsenen Sohne jede Freiheit unterbindet, keinen dauernden Dank zu erwarten hat, so auch nicht ein Mutterland von einer Kolonie, die man in ihrem Betätigungsdrang hemmt.

Gebe man dem Lande, seinem Landesrat in eigenen Angelegenheiten das geforderte Beschlußrecht, meinetwegen mit Vetorecht des Gouverneurs, aber man mache das Land in eigenen Angelegenheiten unabhängig vom Reichstag und Reichschatzamt. Die Kolonie wird dem Mutterlande solche Maßnahme weit mehr danken, wie seinerzeit die Millionen zur Unterstützung, wie jetzt das Bodenkreditinstitut.

Es ist hart, wenn ernste reife Männer hören müssen: „Ihr seid nicht reif, ihr versteht es nicht, die großen Interessen des Mutterlandes zu würdigen.“ Der Groß wird zwar heruntergeschluckt, aber er bleibt nicht isoliert, sondern er vererbt sich auf jede neu einwandernde Generation auf Kinder und Kindesfinder, bis die Entfremdung mit einem Male da ist und niemand sich die Gründe klar machen kann.

In unserm sterilen harten Lande liegt eine geheimnisvolle Kraft, Männer zu bilden, die sich nicht unterdrücken läßt. Möge es dem Mutterlande gelingen, diese Kraft, und diese selbst gewordenen Männer auf alle Zeiten an sich zu fesseln zur Stärkung des Reiches und zur Erweiterung deutschen Einflusses in der weiten Welt.

Italienische Kolonien.

Von Oberregierungsrat Dr. E. Jacobi.

Von den italienischen Kolonien zieht zurzeit das neu erworbene Libia in erster Linie die Aufmerksamkeit auf sich. Im Zusammenhang mit der neuen Erwerbung ist man auch in Italien, wie ich schon in einem früheren Artikel anführte, zur Bildung eines eigenen Kolonialministeriums übergegangen. Im Juni d. J. hielt nun der erste Minister der Kolonien, Bertolini, in der Deputiertenkammer eine Programmrede, die allerdings hauptsächlich Libia betraf, aber auch für Erythräa und Somalia einige Richtlinien zog. Da die tatsächliche Eroberung von Libia noch keineswegs vollendet ist, betonte der Minister zunächst, daß man in militärischer Hinsicht den Grundsatz verfolgen müsse: „Vorsichtig vorwärts, aber das Besetzte unter allen Umständen halten, nie zurück!“ Das erfordere das italienische Prestige. Die Eingeborenen müßten eben den Eindruck haben, daß die italienische Herrschaft unwiderstehlich sei. Bei der politischen Herrschaft sei die Mithilfe der eingeborenen Autoritäten in weitestem Maße in Anspruch zu nehmen und durch sie zu regieren. Italienische Beamte sollten nur da eingesetzt werden, wo eben die eingeborenen Chefs nicht ausreichten. Diese Kolonialbeamte sollten aber die Kolonie als ihre Heimat betrachten und von vornherein sich darauf einrichten, dort zu bleiben. Als oberste Spitze der Kolonie sind zwei Gouverneure, von Tripolis und von Cyrenaika, vorgesehen. Vorläufig sollen deren Funktionen noch durch Militärs wahrgenommen werden, später sollen sie durch Zivilgouverneure ersetzt werden. Um die Verwaltung von vornherein auf sichere Grundlagen zu stellen, werden die Rechte und Rechtsgewohnheiten der Eingeborenen gesammelt und übersetzt, und besondere Aufmerksamkeit wird der Feststellung der Eigentums- und Größenverhältnisse, der Katastrierung des Grundbesitzes zugewendet, ebenso der Wiedererrichtung der während des Krieges eingegangenen Schulen und der Neuerrichtung solcher. In bezug auf wirtschaftliche Unternehmungen rät der Minister zur Vorsicht, um Rückschläge zu vermeiden, die der augenblicklichen Kolonialfreudigkeit gefährlich werden könnten. Jedoch sollen alle wirtschaftlichen Fortschritte nach Möglichkeit gefördert werden.

Dies umfassende und wohlüberlegte Programm (es enthält noch mehr der Kürze wegen hier nicht erwähnte Punkte) ist nun überall in der Ausführung begriffen.

Unter dem 6. April d. J. ist ein Gesetz ergangen, daß die staatsrechtliche Stellung der Eingeborenen Libias regelt. Sie sind italienische „Untertanen (sudditi)“ nicht „Staatsbürger (cittadini)“. Das Gesetz bestimmt die Art, wie die Untertanenschaft (sudditanza) erworben und verloren wird, und die Rechte, die mit der Eigenschaft als Untertan verbunden sind.

Anderer Gesetze betreffen wirtschaftliche Fragen, so ein Gesetz über Maße und Gewichte, ein anderes über die Schonung der Dattelpalmen, eine der Hauptertragsquellen des Landes.

Ein wichtiges Gesetz ist das über die öffentlichen Arbeiten. Es sieht besondere Behörden für die öffentlichen Arbeiten für Tripolis und die Cyrenaika vor und regelt deren Zusammensetzung und Zuständigkeit im einzelnen.

In Tripolis und in Bengasi sind Notare eingesetzt und die Notare in Italien aufgefordert, sich um diese Posten zu bewerben. Kenntnis des mohammedanischen Rechts ist Voraussetzung, Kenntnis der arabischen Sprache verleiht ein Recht auf vorzugsweise Berücksichtigung. Um die Kenntnis des mohammedanischen Rechts zu sichern und zu verbreiten, wird ein arabisches Werk des vierzehnten Jahrhunderts, der Kodex von Khalil, ein Kommentar der Rechtsvorschriften des Koran, von den Professoren Ignazio Guidi und David Santillana, übersetzt. Die Fürsorge für die von Unfällen bei der Arbeit Betroffenen, soweit sie in Italien bereits durchgeführt ist, wird auch auf Libia ausgedehnt. Die Versicherungspflicht, soweit sie den Unternehmern auferlegt ist, tritt aber erst ein, wenn sie mehr als 20 Eingeborene beschäftigen, bei Italienern aber unabhängig von der Zahl. Die Befürchtung ist nicht unbegründet, daß diese Bestimmung dazu führen könnte, die Unternehmer zu veranlassen, eingeborene Arbeiter den italienischen vorzuziehen.

Von wirtschaftlichen Unternehmungen steht die Eröffnung einer Filiale der Banca d'Italia in Tripolis, die Anfang Mai erfolgte, an der Spitze. Libia ist damit der alten Kolonie Erythräa, die immer noch keine Bank hat, zuvorgekommen. Auch mit Eisenbahnbauten wird energisch vorgegangen. Am 1. Mai ist die Bahn Tripolis–Azizia eröffnet worden, der Anfang einer Bahn nach dem Innern in der Richtung des Tschabel Sharian. Die arabischen Chefs aus Tschuma und Sharian wohnten der Eröffnung bei, die von dem Gouverneur General Raqui in feierlicher Weise vorgenommen wurde. Eine andere Eisenbahn befindet sich noch im Stadium der Vorbereitung. Es ist dies

eine Küstenbahn Tripolis-Tobruk, deren erster Teil Tripolis-Sirta bereits studiert wird. Von dieser Küstenbahn sollen dann einzelne Seitenlinien ins Innere, je nach Maßgabe des auftretenden Bedürfnisses, gebaut werden. Außerdem werden auch Automobillinien zur Erleichterung des Lokalverkehrs geplant. Diese Verkehrsmittel müssen nun aber auch etwas befördern, und das sind in erster Linie die Erzeugnisse des Ackerbaues. Zum Studium der Ackerbauverhältnisse hat der Minister Bertolini eine besondere Kommission herübergeschickt, die in den Monaten März bis Mai d. J. die Kolonie in ihren verschiedenen Teilen untersucht hat. Die Untersuchungen haben sich auf die Umgebung von Tripolis und Gharian, auf die Umgebung von Homs und Misurata Tachuna und Sidi-ben-Ilr erstreckt. Ein Teil der Kommission hat auch noch das angrenzende tunesische Gebiet zum Vergleich besucht. Außer dem Ackerbau hat der Kolonialminister auch der Förderung der Fischerei seine Aufmerksamkeit zugewendet und mit Unterstützung der königlichen Marine und des Kommandos der Okkupationstruppen italienische Fischer aus der Adria und von Syrakus und Trapani in Sizilien zur Entsendung von Fischereifahrzeugen an die tripolitanische Küste zu veranlassen gewußt.

Einer der wichtigsten Punkte und eine unerläßliche Vorbedingung für das Gelingen aller Unternehmungen ist natürlich ein gutes Verhältnis zu den Eingeborenen. In dieser Beziehung ist ein Artikel der „Rivista Coloniale“ interessant, der sich mit den mohammedanischen Sekten, unter denen die vielgenannten Senussi die Hauptrolle spielen, beschäftigt. Der Verfasser ist der Ansicht, daß die politische Bedeutung dieser Sekten überschätzt wird; ein wesentlicher Widerstand gegen die italienische Herrschaft sei von ihnen nicht mehr zu erwarten, nachdem sie sich von der realen Macht der Italiener und der Wirkung ihrer Kanonen überzeugt hätten. Gute Beziehungen aber zu ihnen anzustreben, empfehle sich ganz besonders im Interesse des Handels. Mit ihren weitreichenden Verbindungen und ihrer Fähigkeit, die Güte und Brauchbarkeit einer Ware trefflich zu beurteilen, würden sie am besten für den italienischen Handel Kellame machen. Die friedlichen Beziehungen zu diesen Sekten, deren Mittelpunkt immer noch die Moschee El-Azar in Kairo bildet, müßten daher in jeder Weise gepflegt werden. Hätte man dies schon früher getan, hätte man sich manche kriegerische Unternehmung sparen können. Neben den erwähnten Sekten entwickelt sich nun aber eine neue geistige Bewegung, die von den Ideen der Freimaurerei in orientalischer Zustimmung ausgehende Partei der „Jungtripolitaner“, die an Stelle der Jungtürken in dem nun nicht mehr türkischen Tripolis treten und mit den Jungägyptern in Verbindung stehen. Der Verfasser behauptet, daß die Engländer im Vilde diese Bewegung dadurch zu überwachen suchten, daß sie die Häupter der Eingeborenenlogen ihrerseits mit Geld unterstützten, um auf diese Weise einer ihnen feindlichen Richtung der Logen vorzubeugen. Ähnliches würde vielleicht auch für Tripolis zu empfehlen sein. Man sieht, es fehlt nicht an Aufgaben, aber auch nicht an Schwierigkeiten für das neue Stadium der italienischen Kolonialpolitik. Daß dies neue Stadium dem italienischen Nationalgefühl einen ganz neuen Schwung gegeben hat, dafür gibt es mancherlei recht charakteristische Anzeichen. In den italienischen kolonialen und geographischen Zeitschriften wird jetzt das Mittelmeer wieder wie zu den Zeiten des alten Rom als das „mare nostrum“ bezeichnet. Und das Titelblatt der bedeutendsten dieser Zeitschriften, der „Rivista Coloniale“, zeigt neuerdings einen antiken Römer mit dem Listorenbüdel der Ruten und Peile, der über das Meer hinausblitzt. Dort liegen große und schöne Aufgaben vor den neuen Römern, aber auch Gefahren und Nebenbuhlerschaft nicht nur in Biserta, dem neuen Karthago, sondern auch in dem östlichen Teil des „mare nostrum“, wo sich ein neuer Prätentend in dem aufsteigenden Großhellenentum meldet. Wie populär aber der tripolitanische Feldzug ist, zeigte sich in diesem Jahre beim Johannisfest auf dem Platz hinter dem Lateran in Rom. Unter den Volksliedern, die das römische Volk sang, wurden auch manche auf die Helden von Tripolis gehört, wie die Verse:

Passano i soldati
Sudati, impolverati
Ma portano sul viso
La gloria del sorriso.

Auf Deutsch etwa: Die Soldaten ziehen vorüber mit Schweiß und Staub bedeckt, ein Siegeslächeln auf dem Antlitz. Mit ähnlichen Liedern begrüßte einst das römische Volk die Soldaten des Scipio und Pompejus.

Amerikanische Kolonialpolitik.

Von Louis Rieck, Berlin-Friedenau.

(Schluß.)

Volkswirtschaftliches.

Die Hilfsquellen der Philippinen bestehen in ihren Mineralien, den bedeutend ausgedehnten Wäldern, den reichen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, dem Ertrag von Jagd und Fischerei, endlich dem Handel und der Industrie, die sich mit der Verwertung der Bodenprodukte befassen. Zu älterer spanischer Zeit bestand die Ausfuhr hauptsächlich aus Indigo, Perlmutterschalen und dem Manilatabak, der seinerzeit einen ähnlichen Weltruf behauptete, wie etwa jetzt der Havanatabak. Der Reisbau diente hauptsächlich dem einheimischen Verbrauch. Der Manilahans (Abaka), der von einer Bananenart mit dem Namen *Musa textilis* gewonnen wird, Zucker und Kopra (die getrocknete Samenschale der Kokosnüsse, aus der Pflanzenbutter, Öl und Seife erzeugt werden) spielten selbst im 19. Jahrhundert noch nicht annähernd im Wirtschaftsleben der Inseln die Rolle, die sie im 20. Jahrhundert durch den belebenden amerikanischen Einfluß gewonnen haben.

Was zunächst die Mineralien anbelangt, so entspricht deren Ausbeute infolge Kapitalismangels und fehlendem Unternehmungsgeist bei den Eingeborenen noch nicht entfernt den anscheinend außerordentlich großen Möglichkeiten der Entwicklung der einschlägigen Industrien. Gold scheint in den Abbau lohnenden Lagen fast auf allen Inseln vorhanden zu sein, ebenso fehlt es nicht an Kohlen von bester Qualität. Aber auch Silber, Platin, Eisen, Marmor und sonstiges wertvolles Gestein ist vorhanden. Da sich infolge der Ungewißheit der künftigen Zustände das amerikanische Kapital zurückhält, so betrug die Gesamtausbeute der Minenindustrie im Jahre 1910 erst 1 025 584 Dollar, davon für 252 568 Dollar Kohlen, stieg aber im Jahre 1911 auf 1 455 797 Dollar, davon für 269 832 Dollar Kohlen.

Etwas günstiger steht es mit der Forstwirtschaft, da fast der ganze vorhandene ungeheuer große Waldbestand, den einer der höheren Forstbeamten, der Deutsche W. Klemme, auf 16 000 000 Hektar schätzt, der Regierung gehört, und die Oberleitung des Forstwesens dem (bei dem bekannten deutschen Fachmann Professor Fernow in Toronto tüchtig geschulten) Major Aherne untersteht. Man erzielte im Fiskaljahre 1910/11 zwar noch nicht einmal für 100 000 Dollar Reinertrag, aber man hat jetzt wenigstens ernstlich begonnen, die vorhandenen Schätze an allerlei Nußholz, Bau- und Brennholz, Kautschuk, Guttapercha, Baumöl und Holzkohle planmäßig zu verwerten. Es sind nicht weniger wie 71 Sorten zum Teil sehr wertvoller Nußbäume, darunter Ebenholz und Farbhölzer, vorhanden. Die ganzen Staatsforsten sind in 14 Distrikte und 55 Stationen eingeteilt. In den unteren Regionen kommen fast nur Palmen, in den höheren alle möglichen Baumarten, darunter Farnen und Kiefern bis zu 40 Meter Höhe, in Betracht. Wären die nötigen Arbeitskräfte und Verkehrsmittel vorhanden, so dürfte sich allein aus den Erträgen der Forstwirtschaft der ganze Bedarf der Verwaltung des Archipels unschwer gewinnen lassen!

Dieselben ungünstigen Umstände, unter denen der Fortschritt der Forstwirtschaft leidet, benachteiligen auch den Landwirtschaft im allgemeinen. Die einheimischen Arbeiter sind ziemlich träge und unzuverlässig. Ein Plantagenbesitzer auf Mindanao klagt z. B., er wisse niemals sicher, ob am nächsten Tage 20 oder 200 Arbeiter sich einstellen mögen. Die tropische Vegetation und der Fischreichtum von Meer und Flüssen liefern dem bedürfnislosen Filipino fast ohne Mühe das Wenige, was er zu seinem Unterhalt braucht. Er ist zufrieden, wenn er in seiner Hütte den notwendigen Lebensbedarf erringt und läßt im übrigen den lieben Gott für alles sorgen! Dazu kommt der durch eine unheilvolle Kinderpest, bei deren Bekämpfung alle ange-

wandten Mittel verfaßten, verursachte Viehmangel. Der Wasserbüffel, der das wichtigste Arbeitstier vorstellt, verlor etwa drei Viertel seines Gesamtbestandes und konnte nur zum kleinsten Teil durch Vieheinfuhren aus Indochina, Borneo usw. ersetzt werden, da die meisten Tiere schon auf dem Transport starben, die lebend angekommenen sich aber schwer akklimatisierten.

Der Viehbestand betrug im Jahre 1910 im ganzen an

Rindern	955 519 Stück
Pferden	215 674 "
Schweinen	2 066 605 "
Ziegen	407 087 "
Schafen	88 760 "

Zusammen 3 733 645 Stück.

Obgleich erst der kleinste Teil des fruchtbaren Landes der regelmäßigen Bewirtschaftung unterliegt (auf Cebu z. B. ein Fünftel der anbaufähigen Fläche), so hat doch die landwirtschaftliche Produktion, von der hier so gut wie alles abhängt, eine bemerkenswerte Zunahme aufzuweisen. Man muß dabei in Betracht ziehen, daß meist zwei bis drei Ernten im Jahre zu ermöglichen sind, also bei einiger ordnungsmäßiger Wirtschaft außerordentlich viel erzielt werden kann.

Der Manilahans, der das wertvollste Material zu Schiffstauen, Transmmissionen, Getreidebindern, Kletterseilen beim Bergsport, aber auch den Stoff zu sehr feinen Geweben der Frauenkleidung oder Geflechten der Damenhüte bildet, bedeutete bis vor kurzem das wichtigste landwirtschaftliche Produkt der Inseln, das zum großen Teil im Inlande verarbeitet wurde, aber auch zwei Drittel des Gesamtexports deckte. Leider ist aber die ganze Herstellungsweise noch viel zu primitiv und weit mehr auf Quantität als Qualität berechnet, um den Produzenten den entsprechenden Nutzen abzuwerfen. Es fehlt sogar noch an den geeigneten Maschinen zur Fertigstellung des Hans: bei der jetzigen Bearbeitungsart geht viel zu viel brauchbare Faser einfach verloren. Im Jahre 1910 waren 475 136 Hektar mit Hansbananen bepflanzt, die für das Hektar zwischen 125 und 770 Kilogramm Abaka ergaben. Der Hansexport, der vor einem halben Jahrhundert nicht mehr als 20 000 Tonnen im Jahre betrug, hat sich im letzten Jahrzehnt beinahe verzehnfacht, in diesem Zeitraum aber auch an Wert enorm eingebüßt. Der durchschnittliche Preis, der im Jahre 1906 bis auf 191 Dollar für die Tonne gestiegen war, war im Jahre 1910 schon bis auf 102 Dollar gefallen. So erklärt es sich, daß Abaka im Fiskaljahr 1906/07 noch 61,70 Prozent, 1910/11 nur 40,57 Prozent und 1911/12 nur 32,36 Prozent des Wertes der Gesamtausfuhr ausmachte.

In den einzelnen Jahren seit dem Beginn des Jahrhunderts betrug der Wert der Hansausfuhr:

	in tausend Dollar
im Jahre 1900	13 290
" " 1901	15 977
" " 1902	19 291
" " 1903	22 001
" " 1904	20 944
" " 1905	21 757
" " 1906	19 613
" " 1907	19 689
" " 1908	16 502
" " 1909	16 896
im Fiskaljahre 1909/10	17 404
" " 1910/11	16 241
" " 1911/12	16 284

Bei diesen ungünstigen Verhältnissen der Hanferzeugung ist Kopro der wichtigste Ausführartikel geworden. Die Eingeborenen wenden sich um so lieber der Palmenkultur zu, als diese bei geringer Anstrengung für etwa 30 bis 40 Jahre einen Ertrag von durchschnittlich 40 Rüffen für den Baum sichert. Im Jahre 1908 wurde das Vorhandensein von 32 838 544 Palmen (meist auf Luzon) festgestellt, die 937 927 927 Kokosnüsse eintrugen. Die Fläche, die mit Kokospalmen bepflanzt war, betrug 267 277 Hektar. Im Jahre 1911 wurde die Zahl der angepflanzten Palmen aber bereits auf 41 695 165 Stück angegeben, darunter über 24 Millionen ertragsfähige Bäume. Die Koproerzeugung scheint also die des Hanfs überflügeln zu wollen. Etwa ein Drittel der Rüffe dient dem einheimischen Verbrauch, der sich auch auf die Gewinnung von Del und Palmwein erstreckt, zwei Drittel der Ausfuhr. Letztere weist folgende außerordentliche Zunahme auf. Der Wert betrug:

	in tausend Dollar
im Jahre 1900	3 182
" " 1901	1 612
" " 1902	2 702
" " 1903	3 120
" " 1904	1 981
" " 1905	3 245
" " 1906	4 374
" " 1907	4 784
" " 1908	6 059
" " 1909	7 673
" " 1910	10 639
im Fiskaljahr 1910 11	9 899*)
" " 1911/12	16 515

Mit letzterer Rekordziffer ist die der Hanfzufuhr bereits übertroffen!

Auch der Zucker ist, seitdem der Tarif des Dingley-Gesetzes die zollfreie Ausfuhr von jährlich 300 000 Tonnen in die Vereinigten Staaten gestattet, ein nennenswerter Exportartikel geworden, indem 1910: 205 000, im folgenden Jahre 240 000 Tonnen ausgeführt wurden und nimmt er über 120 000 Hektar Anbaufläche ein. Wegen seiner primitiven Herstellungsart ist aber der Manilazucker auf dem Weltmarkt wenig konkurrenzfähig. Trotzdem stieg der Wert der Zuckerausfuhr von

7 041 000 Dollar im Fiskaljahr 1909/10 auf
8 014 000 " " " 1910/11 und
10 401 000 " " " 1911 12

Mit Tabakpflanzen war im Jahre 1910 eine Anbaufläche von etwa 70 000 Hektar bedeckt. Aber der Anbau wie die Verarbeitung der Manilazigarren erwies sich infolge der zu geringen Sorgfalt beim Sortieren und Verpacken als wenig lohnend. Der Export zeigt einen bedenklichen Rückgang in den letzten Jahren. Er betrug im Fiskaljahr 1909 10 4 637 000 Dollar

" 1910 11 1 905 000 "
" 1911 12 1 935 000 "

Dieses ungünstige Ergebnis soll zum Teil dadurch verschuldet sein, daß der amerikanische Tabakruß sich durch unlautere Konkurrenzmanöver die Konkurrenz von

*) Anmerkung. Die Angaben der verschiedenen von mir benutzten Quellen schwanken stets betreffs der Bezugnahme auf das Kalender- oder das in der ganzen amerikanischen Verwaltung eingeführte, am 30. Juni endende Fiskaljahr. Dasselbe trifft auf die Preisangaben zu, die gewöhnlich im amerikanischen Dollar, aber auch in der Landesmünze, dem Peso, offiziell abgeführt in P., gemacht werden. Ein Peso entspricht ungefähr dem mexikanischen Silberdollar und hat den feststehenden Wert von ½ amerikanischen Golddollar (50 Cents).

den Philippinen abzuwehren wußte. Die Bemühungen der Kolonialregierung, durch Einrichtung einer Muster- und Versuchstation in Iloilo (mitten im wichtigsten Tabaksgebiet Luzons) die Hebung von Tabakbau und Tabakverarbeitung herbeizuführen, haben anfänglich bei den Filipinos kein Verständnis gefunden, doch mag die bessere Einsicht da noch nachkommen. Bei der Tabakkultur der Philippinen liegt der Schwerpunkt übrigens nicht in der Ausfuhr, sondern im heimischen Verbrauch. Jeder Filipino raucht, Frauen und selbst Kinder sieht man meist mit einer Zigarette im Munde. Die Zigarettenherzeugung betrug im Jahre 1905 zwischen 8 und 9 Milliarden Stück im Werte von ebenso vielen Millionen Peso. Da alsdann eine enorm hohe Steuer von 67 Cents auf 1000 Stück (70 Prozent des Wertes) auf diese Fabrikate gelegt wurde, ging der Verbrauch stark zurück, dürfte sich inzwischen aber wieder gehoben haben. Die Größe der Tabakernte wird in manchen Jahren durch ungünstige Witterungsverhältnisse oder durch die Heuschreckenplage beeinträchtigt.

Auch bei der für die ganzen Wirtschaftsverhältnisse der Inseln so wichtigen Reiskultur üben das Wetter und andere Umstände, namentlich der Mangel an Arbeitern und Arbeitstieren, einen ungünstigen Einfluß aus. Die Anbaufläche schwankt dabei ziemlich stark. Die mit Reis bearbeitete Fläche betrug im Fiskaljahre 1909/10: 1 192 141, im folgenden nur 1 044 000 Hektar, was einen Rückgang von über 14 Prozent bedeutet. Die Ernte im Fiskaljahre 1910/11 betrug 575 Millionen Kilogramm, was bei weitem hinter dem Bedarf zurückbleibt. Während zu spanischen Zeiten Reis noch einen lohnenden Ausfuhrartikel bildete, ist dieses für die Volksernährung wichtigste Erzeugnis der Inseln in der amerikanischen Ära zum größten Schaden der Gesamtheit sogar Hauptgegenstand der Einfuhr geworden. Im Jahre 1903 mußte für 12½ Millionen Dollar Reis importiert werden, über ein Drittel des Gesamtwertes der Einfuhr dieses Jahres. Wenn auch seitdem die Verhältnisse sich in dieser Hinsicht etwas gebessert haben, so ist doch gerade in jüngster Zeit die Reiseinfuhr wieder stark gestiegen. Es wurden eingeführt:

Im Fiskaljahre 1909/10	für 5 322 000 Dollar
1910/11	6 560 000
1911/12	10 570 000

Es hat den Amerikanern viel Mühe gekostet, die Anpflanzung von Mais als Ersatzmittel für Reis in Aufnahme zu bringen. Dessen Anbaufläche erreichte im Fiskaljahre 1910/11 aber bereits schon 300 000 Hektar, der Ernteertrag 1 864 000 Hektoliter. Es mag allmählich auf diese Weise gelingen, ein Volksernährungsmittel bester Art in ausreichender Menge zu gewinnen, um die Reiseinfuhr dauernd einzudämmen.

Die übrigen Bodenprodukte, wie Kaffee, Kakao, Gewürze, namentlich Nellen, Zimt, Pfeffer und Muskatnüsse, ferner Sisalhanf, der als Ersatz für Manihahanf von der Magueyfaser gewonnen wird, sind vorläufig noch von keiner großen Bedeutung*). Vielversprechend scheint aber immerhin die Kapokkultur. Kapok oder Reibanwolle bildet als Pflanzendune einen bisher sehr gut bezahlten Welt handelsartikel, der als Polster, zur Füllung von Schwimmgürteln, aber auch in der Chirurgie viel verwandt wird. Im Jahre 1911 wurden schon etwa ½ Million Kilogramm erzeugt. Die Baumwollkultur ist fast ganz eingegangen.

Nach dem Zensus von 1903 wurden rund 119 000 Personen ermittelt, die etwa 78 000 Barken besaßen und sich von der Seefischerei ernährten. Da abgesehen von den hier massenhaft vorhandenen Seefischen aller Art auch Austern und Perlen aus dem Meere geholt werden, so ist dieser Erwerbszweig im allgemeinen ein recht lohnender. Noch größer ist die Zahl der Kaufleute (rund 137 000). Der größte Teil der

*) Anmerkung. Der Export der Magueyfaser erreichte schon 1910/1911 einen Wert von 254 053 Dollar, im folgenden Jahre den von 320 791 Dollar.

Bevölkerung, 41,3 Prozent, ist aber in der Landwirtschaft (1 236 227 Personen) und nur 31,6 Prozent in der Industrie (569 000 Personen), tätig. Von der Ernte der Hauptstapelartikel ist also das Wohl und Wehe der Filipinos in erster Linie abhängig.

Der Außenhandel hat sich trotz der verschiedenen, bereits vorstehend erörterten Hemmnisse der wirtschaftlichen Entwicklung der Inseln seit der amerikanischen Besitzergreifung ganz bedeutend gehoben. Er betrug vor einem halben Jahrhundert nur 16 Millionen, im Jahre 1912 aber über 107 Millionen Dollar, hat sich also in dieser Zeit beinahe veriebenfach. Im Jahre 1863 lag der Schwerpunkt des Hafenverkehrs von Manila noch ganz in dem Lokalverkehr zwischen der Hauptstadt und den verschiedenen Inseln, während dieser jetzt im Vergleich zum Welthandel nur eine verschwindende Rolle spielt. Nach Mitteilung von Professor Semper vermittelten 1862 Ein- und Ausfuhr im Hafen der Hauptstadt:

2 253 einheimische Schiffe mit 138 000 Tonnen	
127 spanische " " 23 000 "	
160 fremde " " 98 000 "	

Zusammen 2 540 Schiffe mit 259 000 Tonnen

Von den im Jahre 1907 angekommenen auswärtigen Schiffen waren

579 englische Schiffe mit 1 100 000 Tonnen	
163 deutsche " " 185 000 "	
41 japanische " " 127 000 "	
48 amerikanische " " 94 956 "	

Die englische Flagge ist also bei der Einfuhr bei weitem voran. Im Jahre 1909 stieg die Zahl der englischen Schiffe sogar auf 598, während die der deutschen auf 156 zurückging. Die Amerikaner versprachen sich einen größeren Anteil des Seehandels für ihre Flagge von dem Gesetz vom 1. Juli 1906 (in Kraft getreten erst 1909), das fremden Schiffen den Handel zwischen amerikanischen Häfen und den Philippinen verbietet. Die amerikanische Politik geht natürlich dahin, die Rohstoffausfuhren der Kolonie möglichst nach den Vereinigten Staaten zu lenken, dagegen die Philippinen immer mehr zu Abnehmern amerikanischer Industrieprodukte zu machen.

Wieweit ersteres sich bereits verwirklicht hat, kann man aus folgender Uebersicht der Ausfuhren des Manilahans nach einem Berichte des amerikanischen Zollkollektors in Manila ersehen:

im Jahre	Der Hafenexport betrug			
	nach allen Ländern		davon nach den Vereinigten Staaten	
	Kilogramm	Wert Dollar	Kilogramm	Wert Dollar
1899	59 840 368	6 185 293	23 066 248	2 436 169
1900	76 708 936	11 393 883	25 763 728	3 446 141
1901	112 215 168	14 453 110	18 157 152	2 402 867
1902	109 968 792	15 441 316	45 526 960	7 261 459
1903	132 241 594	21 701 575	71 654 416	12 314 312
1904	131 817 872	21 794 960	61 886 592	10 631 591
1905	130 621 024	22 146 241	73 351 136	12 954 515
1906	112 165 384	19 446 769	62 045 088	11 168 226
1907	114 701 320	21 085 081	58 388 504	11 326 864
1908	115 829 080	17 311 408	48 813 720	7 684 000
1909	149 991 866	15 883 577	79 210 362	8 534 288
1910	170 788 629	17 404 922	99 305 102	10 399 397
	1 416 890 033		666 168 928	

Vom Abaka ist also in den zwölf Berichtsjahren nicht viel weniger als die Hälfte der gesamten Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten gegangen. Die stärkste Steigerung ist im Jahre 1903 unter der Einwirkung der offiziellen Beendigung des Filipinosaufstandes zu verzeichnen. In den letzten beiden Jahren betrug die amerikanische Ausfuhr wesentlich mehr als die Hälfte, im letzten mehr als 58 Prozent.

Im ganzen gestaltete sich der Wechselverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und den Philippinen in folgender bemerkenswerter Weise:

im Jahre	Einfuhr von den Philippinen in die Vereinigten Staaten	Ausfuhr von den Vereinigten Staaten nach den Philippinen
1897	4 383 740 Dollar	94 597 Dollar
1898	3 830 415 "	121 804 "
1899	4 469 774 "	464 193 "
1900	5 971 268 "	2 640 449 "
1901	4 426 912 "	4 627 664 "
1902	6 612 700 "	5 258 470 "
1903	11 372 684 "	4 688 909 "
1904	12 066 934 "	4 832 900 "
1905	12 657 904 "	5 200 620 "
1906	12 337 927 "	5 459 414 "
1907	11 510 428 "	8 661 424 "
1908	10 161 223 "	11 461 732 "
1909	9 433 985 "	11 182 175 "
1910	17 317 897 "	16 768 909 "
1911	17 400 398 "	19 723 113 "
1912	23 257 199 "	23 736 123 "

Der Gesamthandel zwischen der Union und den Philippinen stieg also von 4 478 327 Dollar im Jahre 1897, dem Jahre vor dem spanisch-amerikanischen Kriege, auf 47 013 222 Dollar im Jahre 1912. Er hat sich also weit mehr als verzehnfacht, obgleich die verhältnismäßig geringe Tourenzahl der amerikanischen Handelsflotte sicherlich dieser Entwicklung nicht gerade förderlich war — eine zweifelhafte Befestigung des Satzes „der Handel folgt der Flagge“. Dieser günstigen Handelsentwicklung stehen die enormen Kosten der Annexion für die Bundesregierung, ebenso immerhin die bedeutenden Kapitalanlagen der Amerikaner in dieser Kolonie gegenüber. Es ist kaum möglich, beide Posten auch nur einigermaßen zuverlässig zu beziffern, wenn man auch ohne Übertreibung sagen darf, daß das amerikanische Geld, das hierher schon geflossen ist, sich nach Milliarden von Reichsmark bemisst. Es wird angenommen, daß der spanische Krieg einschließlich aller Kolonialerwerbungen der Union, eine runde Milliarde Dollar (Atchinson berechnet ihn auf nur 920 000 000) gekostet hat. Hiervon beanspruchen die Philippinen offenbar den Löwenanteil, obgleich der offizielle Kaufpreis nur 20 000 000 Dollar betrug.

Die Okkupation und der Kolonialkrieg verschlangen in der Zeit vom 30. Juni 1898 bis 1. Juli 1902 laut einer offiziellen Aufstellung die Summe von:

169 853 512 Dollar,
für die folgenden fünf Jahre aber 114 515 643 Dollar,
zusammen also mit der Kaufsumme an Spanien 20 000 000 Dollar
die hübsche Summe 304 369 155 Dollar.

Hierzu kommen dann noch die Kosten für die Unterhaltung der jetzigen Besatzung mit 12 000 000 Dollar im Jahre, die Befestigungen in der Bai von Manila, und die Unterhaltung einer Dockanlage und einer Kohlenstation, so daß allein die Aufwendungen der Bundesregierung für die Kolonie sich bisher auf mindestens $1\frac{1}{2}$ Milliarden

Reichsmark stellen. Wieweit man hierin eine für Amerika nutzbringende Anlage erblicken will, dürfte ganz vom Standpunkte des Beurteilers abhängen. Aber ein endgültiges Urteil darüber jetzt schon zu fällen, scheint offenbar noch sehr verfrüht.

Dieser Abschweifung möge eine kurze Erörterung des Volkswohlstands auf den Inseln folgen. Aus spanischer Zeit fehlen darüber alle Angaben, aber auch die amerikanischen Angaben sind ziemlich unbestimmt. Es wird geschätzt:

das Grundeigentum auf	469 527 058 ₧.
die bewegliche Habe auf	152 718 661 „
also das Volksvermögen auf	622 245 719 „

das sind 311 122 859.50 Dollar oder knapp 44 Dollar auf den Kopf der zivilisierten Bevölkerung. Im Vergleich dazu nimmt sich der Nationalreichtum der Vereinigten Staaten geradezu gigantisch aus. Dieser betrug nämlich im Jahre

1850	307.69 Dollar auf den Kopf
1880	850.20 „ „ „ „
1900	1164.79 „ „ „ „
1912	1310.11 „ „ „ „

während er im Deutschen Reiche nach der Ballod'schen Berechnung 4154 Mark auf den Kopf ausmachte.

Der Besitz der toten Hand auf den Inseln wird auf nur 41 698 710 Peso angegeben. Die Zahl der Personen, die öffentliche Armenunterstützung empfangen, betrug 1668 im Jahresjahre. Das Sparen war zu spanischer Zeit etwas total Unbekanntes. Die Amerikaner führten neuerdings Postsparkassen ein, an denen sich binnen weniger Jahre seit der Einführung schon 28 745 Einleger, darunter 23 174 Filipinos beteiligten.

Die ansehnliche Entwicklung des Verkehrswesens in neuester Zeit wird sicherlich zur Hebung des Volkswohlstandes wesentlich beitragen. Zu spanischer Zeit bestand nur eine einzige Bahn auf Luzon, die 192 Kilometer lange Strecke Manila—Dangupan. Die Firma Speyer u. Co. in New York baute auf Luzon weitere 685 Kilometer-Anschlußbahnen aus, so daß jetzt die Hauptinsel über 877 Kilometer, also mehr wie das Vierfache wie vor der Annexion, an Schienengleisen verfügt. Das Vanderbilt-Syndikat erhielt die Konzessionen für die auf den Inseln Cebu, Panah und Negros geplanten Bahnanlagen. Nachdem letztere als zu kostspielig aufgegeben wurden, da erst große Hafenanlagen hätten geschaffen werden müssen, sind auf Cebu und Panah 238 Kilometer in Betrieb genommen. Der 45 000 Bewohner zählende Zuckerhafen Iloilo auf Panah ist durch eine Eisenbahndampfpfahre mit Cebu, der 56 000 Einwohner zählenden Hauptstadt der gleichnamigen Insel in regelmäßige Verbindung gebracht worden. Auf Panah und Cebu dienten 1911 schon 14 Lokomotiven und 216 Wagen dem Verkehr. Die Bahnverwaltungen suchen Anschlüsse ins Innere herzustellen, die Landwirtschaft zu heben und bei ihren Anrainern eine industrielle Tätigkeit anzuregen.

Die Haupthäfen sind Manila, Cebu, Iloilo, Joló, Zamboanga, Longoa, Cape Melville und Puerto, doch entfällt etwa $\frac{1}{2}$ des Gesamtseefahrtsverkehrs allein auf Manila. Durch die Hafen- und Bahnbauten auf Panah und Cebu dürfte sich dieses Verhältnis etwas zuungunsten der Hauptstadt verschieben.

Post und Telegraph sind von den Amerikanern energisch entwickelt worden. Im Jahre 1912 waren 6691 Kilometer Telegraphen- und 3008 Kilometer Telephondrähte in Betrieb. Außerdem bestanden Kabelverbindungen in Länge von 1854 Kilometern, zwischen allen wichtigeren Inseln, ferner Fernkabel nach Hongkong, Schanghai, und vor allem über Guam und Honolulu nach San Franzisko.

Im Betrieb sind 572 Hauptpostämter, 115 städtische Nebenämter, 209 Ämter für den Postanweisungsverkehr und 414 Postsparkassen.

Von der Eröffnung des Panamakanals wird eine gewaltige Verkehrs-entwicklung erwartet, da Manila alsdann im Schnittpunkte der beiden großen Weltverkehrslinien: Suezkanal und Panamakanal belegen sein wird. Es scheint aber kein allzu-großer Optimismus in dieser Hinsicht gerechtfertigt, da die Entfernung Manilas vom nächsten amerikanischen Hafen immerhin 7500 Seemeilen beträgt, die auch durch den neuen Isthmuskanal nicht verkürzt werden.

Verwaltung, Unterricht und Gesundheitspflege.

Die Verfassung der Philippinen beruht auf einem amerikanischen Kongreßbeschlusse vom 1. Juli 1902, der für die Stadt Manila und 38 zivilisierte Provinzen eine Art konstitutionellen Systems, beruhend auf der — auch in der amerikanischen Verfassung bekanntlich ziemlich konsequent durchgeführten — Teilung der Gewalten einführte, während Mindanao und die von den Moros bewohnten Inseln unter Militärdiktatur blieben. Manila bildet einen besonderen Verwaltungsbezirk für sich, ähnlich wie die Bundeshauptstadt Washington, die Provinzen stehen unter einem — fast durchweg einheimischen — Gouverneur, Schatzmeister und Staatsanwalt, während der Generalgouverneur und seine vier Minister (Inneres, Justiz und Finanz, Handel und Polizei, endlich öffentlicher Unterricht) Amerikaner sind. Die Provinzen zerfallen wiederum in zusammen 650 „Pueblos“, unter einer Lokalverwaltung, bestehend aus je einem Präsidenten, Vizepräsidenten und einem von den wahlberechtigten Bürgern auf sieben Jahre gewählten Gemeinderat.

Die gesetzgebende Gewalt liegt beim Parlament, das sich aus Ober- und Unterhaus zusammensetzt. Während ersteres vom Generalgouverneur ernannt wird und dadurch alle der Regierung unerwünschten Gesetze verhindern kann, geht das Unterhaus aus allgemeinen Wahlen hervor. Das Wahlrecht ist freilich ein sehr beschränktes, denn vorläufig dürfen nur wählen solche männliche Filipinos, die das 23. Lebensjahr vollendet und entweder ein Gemeindeamt bekleidet haben oder Grundeigentum im Werte von 500 Pesos besitzen oder 30 Pesos Steuern bezahlen oder endlich volle Kenntnis einer der beiden europäischen Hauptsprachen, und zwar im Lesen, Schreiben und Sprechen, vom Englischen oder Spanischen besitzen. Spanisch ist vorläufig noch die Geschäftssprache des Parlaments, doch sind die gebildeten Filipinos selbst damit einverstanden, daß das Englische mit der Zeit an dessen Stelle tritt, da diese in Ostasien die vorherrschende Weltsprache ist und durch das Unterrichtssystem der Kolonie dessen Kenntnis mit der Zeit bei der Bevölkerung allgemeine Verbreitung erlangen mag. Schon jetzt verstehen mehr Filipinos das Englische, als jemals eine ausreichende Kenntnis des Spanischen besaßen! Die zahlreichen einheimischen Sprachen und Dialekte der Inseln eignen sich in keiner Weise zur Landessprache. Von den 61 Zeitungen der Inseln erscheinen 18 in Englisch, 17 in Spanisch, 16 in einheimischen Sprachen, 2 in Chinesisch und je 4 zweisprachig, nämlich spanisch und englisch bzw. spanisch und einheimisch.

Die „Asamblea“ besteht aus 80 Abgeordneten, die sich ihren „Sprecher“ selbst wählen. Die Filipinosenvolksvertreter sind fast durchweg jüngere Leute unter 35 Jahren, ihrem Berufe nach überwiegend Advokaten oder Ärzte. Bei den ersten Wahlen wählten rund 104 000, bei den zweiten aber schon 192 975 Wähler. Während das Parlament von 1907 aus 65 Nationalisten, das sind Vertreter der radikalen und 15 Progressisten, das sind Vertreter der gemäßigten Unabhängigkeitspartei, bestand, zeigt das jetzige schon eine für die Amerikaner wesentlich günstigere Zusammensetzung. Die Nationalisten mit ihr in verschiedenen Untergruppen (Immediatistas, Independentistas und unabhängigen Nationalisten) gingen zusammen auf 43 zurück, während die Rechte aus 16 Progressisten, 20 Unabhängigen und 1 Katholiken besteht. Es ist aber bemerkenswert, daß auch die Nationalisten keineswegs eine intransigente Haltung einnehmen, vielmehr vorläufig nicht mehr als eine volle Autonomie unter

amerikanischem Protektorat anstreben. Bezeichnend dafür ist, daß die ersten Beschlüsse des Filipinosparlaments trotz der entschieden oppositionellen Zusammensetzung Dankadressen für Taft, als dem Urheber der Verfassung, an den Präsidenten und das Volk der Vereinigten Staaten waren und einstimmig gefaßt wurden. Es handelt sich also um eine „gefinnungstüchtige Opposition“, die keineswegs utopischen Zielen nachjagt, sondern sich auf dem Gange einer ruhigen Entwicklung durchzusetzen bestrebt.

Die wichtigste Aufgabe des Parlaments ist die jährliche Festsetzung des Haushalts, die früher von der Philippinenkonferenz autokratisch besorgt wurde. Der Haushaltsplan für das Geschäftsjahr 1905/6 betrug in

Einnahmen:		Ausgaben:	
Zölle	14 862 486 Pesos	Exekutive	619 492 Pesos
Indirekte Steuern	5 247 398 "	Inneres	2 056 754 "
Posteinnahmen	385 895 "	Justiz- und Finanz-	
Rückvergütungsätze	894 863 "	Ministerium	2 639 086 "
Verschiedene Einnahmen	1 545 492 "	Handel und Polizei	6 084 361 "
		Öffentlicher Unterricht	4 532 320 "
		Provinzverwaltung	1 509 206 "
		Öffentliche Bauten	2 862 339 "
		Ueberschuß	2 642 576 "
	<hr/> 22 936 134 Pesos		<hr/> 22 936 134 Pesos

Das Parlament hat sich im allgemeinen weit besser bewährt, als man bei einem politisch völlig ungeschulten und erst teilweise zivilisierten Volke vermuten sollte. Der Drang nach sparsamer Verwaltung hat sich freilich nicht immer glücklich betätigt. So wurde zum Beispiel ein Regierungsentwurf, der ein künstliches Bewässerungssystem zur Hebung der Landwirtschaft einführen wollte, verworfen, dagegen das Gehalt des Sprechers auf 16 000 Pesos, die Tagegelder der Abgeordneten auf 30 Pesos festgesetzt. Immerhin steht fest, daß das ganze Experiment gelungen ist und mit den jetzigen Einrichtungen eine brauchbare Grundlage für die künftige Selbstverwaltung der Inseln gegeben erscheint.

Die richterliche Gewalt liegt in der untersten Instanz bei den Friedensgerichten, die von einem Richter besetzt sind und nur von Filipinos geleitet werden. Darüber stehen Kreisgerichte, die ebenfalls von Einzelrichtern — in Manila vier Kammern mit je zwei Richtern — geleitet werden. Höchste Instanz ist das Berufungsgericht in Manila, in dem vier Amerikaner und drei Filipinos fungieren, aber einen Einheimischen, Rajetano Atellano, zum Chef haben. Nur bei Verfassungsstreitigkeiten und Streitobjekten über 25 000 Dollar kann von diesem Tribunal noch an das Oberbundesgericht in Washington rekuriert werden.

Die exekutive Gewalt liegt beim Generalgouverneur, dessen Stellung eine ähnliche ist, wie die des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Soviel man weiß, haben sich diese höchsten Beamten durchweg bemüht, durch eine gerechte Verwaltung dem Taft'schen Programm in der Eröffnungssitzung des Parlaments zu entsprechen. Dieser bezeichnete es damals als die amerikanische Politik, „die Philippinen zum Besten und im Interesse der Wohlfahrt und Hebung der Bewohner zu regieren, und ihnen in dem Maße, als sie sich zu deren Ausübung fähig erweisen, eine immer größere Anteilnahme an der Selbstverwaltung einzuräumen.“

Bekanntlich gehen die Meinungen sehr weit auseinander, wieweit dieses System einer versöhnenden Bevormundung den Amerikanern wirklich gelungen ist. Während die bittersten Kritiken von amerikanischen Doktrinären stammen, ist ein ebenso unbefangener wie sachverständiger Beurteiler, der französische Kolonialgouverneur

M. G. de Lamothé, davon geradezu des Lobes voll. Er sagt u. a., die Verwaltung beruhe auf einer so innigen Gemeinschaft von Amerikanern und Filipinos, daß die Inseln wahrscheinlich binnen zehn Jahren schon zur Autonomie reif sein würden. Auch garantiere das jetzige System eine wirksame Verteidigung des Archipels, unter Mitwirkung der einheimischen und der amerikanischen Flotte. (Die Gendarmerie, die nur aus Einheimischen besteht, zählt 303 Offiziere und 4167 Mann, die an 119 Orten garnisonieren. Sie hat sich zur Aufrechterhaltung der Ordnung durchweg gut bewährt und mag vielleicht auch einmal im Kriegsfall zu Zwecken der Landesverteidigung in Betracht kommen. Aber der „Landsturm“ müßte natürlich das Meiste leisten, wenn die Selben kämen.)

Die Volksbildung wurde zu spanischer Zeit geradezu in schwächlicher Weise vernachlässigt. Bei der Volkszählung von 1903 wurde festgestellt, daß die

Analphabeten	55.5 vom Hundert
Die Personen, die nur lesen können . . .	24.3 „
Personen mit Elementarbildung	18.6 „
Personen mit höherer Bildung	1.6 „
	<hr/> 100 vom Hundert

ausmachten. Es sind nun gewaltige Anstrengungen gemacht worden, den Volksunterricht zu heben, so daß jetzt wenigstens 40 Prozent der schulpflichtigen Jugend, nämlich 615 795 Schüler und Schülerinnen, von 9066 Lehrern (683 Amerikanern und 8403 Filipinos), zur Hälfte weiblichen Geschlechts, regelmäßig unterrichtet werden. Da auf 67 bis 68 Schüler eine Lehrkraft entfällt, ist wenigstens die Möglichkeit eines ausreichenden Elementarunterrichts gegeben. Zu spanischer Zeit bestanden 195 Mittel- und 56 höhere Schulen. Diese sind noch um 23 Provinzialschulen, eine Seeschule, eine Handelsschule und eine Lehrerbildungsanstalt vermehrt worden. Die St. Thomas-universität und ein höheres Bildungsinstitut in Manila (Bureau of Science) tröden das Gebäude, dessen Wirksamkeit sich dadurch erwiesen hat, daß schon seit 1. Januar 1906 die englische Sprache als offizielle Landessprache eingeführt werden konnte. 1892 wurden 405 000 Pesos, 1902/3 volle 2 433 000 Pesos für Unterrichtszwecke verwendet und dieser Betrag schon drei Jahre später, wie das oben mitgeteilte Budget ergibt, verdoppelt. Freilich müßte auch dieser Betrag mindestens noch einmal verdoppelt werden, um die allgemeine Schulpflicht durchzuführen, die daher vorläufig ein frommer Wunsch bleiben wird! Die Finanzen des unter der spanischen Mißregierung völlig verarmten und ausgefogenen Landes sind noch zu schwach, um solche Ausgaben zu ermöglichen. Staatsschulden sind freilich erst verhältnismäßig wenig, nämlich in Höhe von 21 Millionen Pesos, vorhanden, von denen $\frac{3}{4}$ zum Ankauf von Gütern der toten Hand verwandt wurden.

Die öffentliche Gesundheitspflege war zu spanischer Zeit etwas völlig unbekanntes, weshalb die Inseln geradezu einen Pestherd schlimmster Art abgaben. Neben der eigentlichen Bubonepest richteten die Cholera, Beri-Beri-Krankheit, Gelbfieber, Tuberkulose, Lepra und Malaria, um nur die schlimmsten Geiseln der Menschheit anzuführen, geradezu unheimliche Verwüstungen beim Volke an. Das übrige tat eine riesige Kindersterblichkeit, die noch jetzt in Manila das höchst ungünstige Verhältnis von 33,22 für das Tausend Gestorbener auf 39,16 für das Tausend Geborener mit sich bringt.

Man darf der amerikanischen Regierung nachrühmen, daß sie geradezu heroische Anstrengungen gemacht hat, um bessere hygienische Zustände im allgemeinen herbeizuführen, die Seuchen zu bekämpfen und bei den Eingeborenen die nötige Aufklärung zu bewirken. So wurde eine planmäßige Bekämpfung des F a k e n w u r m s angebahnt, jenes so ungemein gefährlichen Parasiten, der in tropischen Ländern vielleicht am meisten dazu beiträgt, die Eingeborenen indolent und faul zu machen. Die betreffende „Hookworm Campaign“ ergab die erschreckende Feststellung, daß

90 Prozent aller Eingeborenen überhaupt an Eingeweidewürmern leiden, aber 16 Prozent an dem eigentlichen Fadenwurm, auf dessen Vernichtung sich seitdem die Anstrengungen der Gesundheitsbeamten planmäßig richten. An verschiedenen Orten wurden Krankenhäuser und Genesungsheime angelegt, ebenso Isolierbaracken beim Auftreten epidemischer, ansteckender Krankheiten. In Manila selbst wurde ein großartiges Be- und Entwässerungssystem angelegt, das allein 2700 000 Dollar kostete, aber voraussichtlich die Wirkung haben wird, daß die Hauptstadt, die ohnehin ersichtlich aufblüht, bald als ein völlig gesunder Wohnplatz gelten kann.

Auch zur Bekämpfung der Kinderpest, die so unsagbaren Schaden anrichtete, wurden alle nur möglichen Versuche unternommen. Die Versuche, eine Schutzimpfung durchzuführen, versagten völlig. Bessere Erfolge verspricht man sich von dem jetzt auf Luzon durchgeführten System der Viehinspektion, zu der eine große Anzahl einheimischer Aufseher angestellt ist. Sowie sich Krankheitsherde zeigen, wird sofort durch das Veterinäramt in Manila eingeschritten. Auf diese Weise mag einer der schlimmsten Faktoren zur Verhinderung des Aufblühens der Inseln endlich erfolgreich beseitigt werden.

Die Zukunft der Philippinen

erscheint gegenwärtig ungewisser, wie nur je seit dem Abschluß des Pariser Friedens. Den radikalen Standpunkt des Präsidenten Wilson, die Kolonie einfach aufzugeben, dürfte nicht einmal die jetzige Regierungspartei sich aneignen. Staatssekretär Bryan hat vor einigen Jahren, als er bei seiner Weltumseglung die Inseln besucht hatte, seinen Standpunkt in folgendem Eraselsspruch niedergelegt:

1. Die Filipinos brauchen die Unabhängigkeit;
2. die Inseln haben, wenn sie gegen die Großmächte geschützt sind, es nicht nötig, einer fremden Regierung unterstellt zu sein;
3. die Vereinigten Staaten sollten daher erklären, daß es nicht ihre Absicht sei, auf die Dauer die Souveränität über die Inseln auszuüben, sondern nur so lange dort zu bleiben, bis eine ständige Regierung eingerichtet ist, worauf es dann den Filipinos überlassen bleiben soll, ihr eigenes Geschick in die Hand zu nehmen.

Gegen diese vieldeutige Ankündigung läßt sich vor allem einwenden, daß es den unheilvollen Faktor der Ungewißheit in keiner Weise aus dem Schicksal des Archipels ausschaltet. Eine ständige Regierung besteht jetzt bereits seit Jahren, aber es dürfte außerdem der verhältnismäßig dünnen Schicht von Tagalen = Intellektuellen doch nur wenige auf der Welt geben, die an eine nahe Möglichkeit einer völligen Autonomie glauben werden. Selbst die Tagalen bilden (einschließlich aller Analphabeten, die zu ihnen gehören) immer nur den fünften Teil der Gesamtbevölkerung, und wenn sie selbst mit den Visayas sowie den übrigen mehr oder weniger zivilisierten Stämmen sich ganz zu verständigen wüßten, so bliebe doch noch immer das Schicksal von Mindanao und der Sulugruppe offen, die überwiegend von Wilden bewohnt werden. Ferner liegt es auf der Hand, daß der Weggang der Amerikaner von den Inseln im günstigsten Falle europäische Kolonialmächte, wahrscheinlich aber die Japaner, und zwar letztere ganz besonders, anspornen würde, sich dort festzusetzen. Würden die Amerikaner aber, wie es z. B. Professor Latoné in seinem Buche „America as a world power“ vorschlägt, sich einfach mit einem Protektorat begnügen, so würde das voraussichtlich ein ganz besonders kostspieliges Vergnügen werden, bei dem weder die Amerikaner noch die Filipinos auf ihre Rechnung kämen. Schon das kubanische Protektorat hat sich für die Vereinigten Staaten als eine ziemlich zweifelhafte Errungenschaft erwiesen! Aber in Kuba läßt sich immerhin eine Intervention, wo sie wie schon mehrfach notwendig wurde, verhältnismäßig leicht durchzuführen, da die Perle der Antillen in amerikanischen Gewässern liegt, während die ungeheure Entfernung der Philippinen jede amerikanische Aktion aufs äußerste erschwert.

Im großen und ganzen scheinen die Filipinos doch zu begreifen, daß die Fremdherrschaft wohl für die kleine Schicht, die jetzt die Parlamentssitze einnimmt, in Manila aber zu einigem Wohlstand und ziemlicher Bildung gelangt ist, als ein Uebel gelten mag, für die erdrückende Mehrheit der Bewohner aber doch allein Freiheit und Fortschritte garantiert. Und darum dürften die Filipinos durchaus nicht den Spuren des „Katipunam“ folgen, sondern sich mit ihrem Schicksal versöhnen, und dann auch auf dem bisher betretenen Wege zu einer immer weiteren Ausdehnung ihrer Autonomie gelangen. Als Vorbild kann da die Entwicklung der britischen Dominien, namentlich Kanadas und Australiens dienen, die keineswegs etwa an eine Auflehnung gegen das britische Szepter denken, sondern sehr zufrieden sind, unter britischem Schutze die Eigenart ihrer eigenen Nationalitäten weiter entwickeln zu können. Man kann kühn behaupten, daß selbst die rebellischen amerikanischen Kolonien 1776 auf ihre erstrebte Unabhängigkeit verzichtet hätten, wenn sie eine ähnliche freie Entwicklung, wie sie die genannten Dominien jetzt besitzen, vor sich gesehen hätten!

Einer der hervorragendsten Filipinos, Manuel S. Quezon, Führer der Nationalisten im Parlament, hat sich vor einiger Zeit besuchsweise in Berlin aufgehalten und dabei einem Vertreter der „Voss. Ztg.“ ausdrücklich bestätigt, daß selbst die Radikalen vorerst mit der amerikanischen Herrschaft einverstanden sind, und zurzeit nur von der Beaufsichtigung ihrer inneren Angelegenheiten frei zu sein wünschen, denn die Filipinos wären schon jetzt befähigt, sich selbst zu regieren. Das klingt etwas anders, als die Stimmungsbilder von extremer Amerikafeindschaft, die man sogar in einschlägigen Büchern wiedergegeben findet. So erzählt beispielsweise Lignitz (in seinem Buche „Die nordamerikanische Großmacht“), daß bei einem zu Ehren Tafts und Fräulein Roosevelt zu Manila gegebenen Bankett der Alcalde der Hauptstadt die Amerikaner „Spitzbuben und Frauenschänder“ genannt hätte. Diese Nachricht entstammt aber nur der Phantastie eines kanadischen Sensationsreporters (des „Montreal Star“), und hat ungefähr ebensoviel historischen Wert, wie die bekannten Berichte des Universalienkriegsberichterstatters Herrn Wippchen in Bernau. Die gebildeten Filipinos haben sich aus ihrer spanischen Umgebung durchaus konziliante Umgangsformen angewöhnt, die es ausschließen, daß sie, noch dazu bei Anwesenheit fremder Damen, eine derartige skandalöse Kundgebung veranstalten könnten. Am wenigsten würde sich aber ein von den Amerikanern eingesehter Beamter zu einer solchen hergeben!

Von dem Quezonischen Interview in dem genannten Berliner Blatte mögen noch zwei interessante Ausführungen dieses Gewährsmannes hier Platz finden. „Die Philippinen“, sagte er u. a., „bieten dem europäischen Kapital Gewinnmöglichkeiten, von denen man in Europa kaum eine Ahnung hat. Der Archipel enthält bedeutende mineralische Schätze, Kohlen, Kupfer, Eisen, sogar Gold. Er erzeugt Hanf, Zuckerrohr, Tabak, Kaffee, Häute, Farbhölzer, Indigo, ein überaus feines Gewebe aus Bananenfaser und Schnitzarbeiten. Meilenweit erstrecken sich Kuchholzwälder, die ein dem Mahagont überlegenes hartes Holz liefern. Die Philippinenkohle ist besser als die japanische und australische. Dringend benötigt werden in den Philippinen Tuche, Papier, Messerwaren und chemische Fabriken europäischer Art, ebenso billige landwirtschaftliche Maschinen: Tausende von Aekern fruchtbaren Bodens (an 52 000 Quadratmeilen) harren noch der Pflugchar. Die Philippinen, deren Hauptausfuhrartikel Hanf und Kopra sind, haben noch keine Seil- und keine Kuchölfabrik. Auch an Eisenbahnen gebricht es*). Nur der Küstenhandel ist lebhaft. Für den Verkehr mit dem Binnenlande, wo noch reiche Naturschätze zu heben sind, fehlt es an jeglicher Verbindung. Von großem Vorteile wäre eine direkte Schiffslinie nach und von Europa; bei billigeren Frachten

*) Anmerkung. Die Unterredung fand im Jahre 1908 statt. Seitdem sind schon ziemlich umfassende neue Bahnanlagen geschaffen worden.

könnten zahlreiche Philippinenprodukte erfolgreich auf dem Weltmarkte mit den Erzeugnissen anderer Länder konkurrieren."

Endlich machte Herr Quezon in bezug auf die „Selbe Gefahr“ folgende bemerkenswerten Ausführungen:

„Unser gegenwärtiges Verhältnis zur amerikanischen Regierung ist ein vortreffliches, und es wird sich noch besser gestalten, wenn Taft zum Präsidenten gewählt wird. Auf alle Fälle ziehen wir die amerikanische Herrschaft jeder anderen vor, und schon gar der japanischen. Ich habe kürzlich Japan und Formosa besucht. Nach allem was ich dort gesehen, gibt es für die Japaner zwei oberste Grundsätze. Der erste lautet: „Japan für die Japaner“, und der zweite: „Ganz Ostasien für die Japaner.“ Wir Filipinos haben gar keine Sympathie für sie. Zahlreiche Japaner wollten sich auf den Philippinen ansiedeln, mußten aber unverrichteter Dinge wieder zurückkehren. Wir gaben ihnen weder Arbeit noch Land. Wir wollten sie nicht bei uns.“

Diese Äußerungen des namhaftesten Oppositionsführers sprechen für sich selbst. Es liegt auf der Hand, daß die Filipinos, wenn sie es wünschten, von japanischer Seite jeden erdenklichen Vorschub finden würden, um sich von den Amerikanern frei zu machen. Aber selbst die ungeduldigsten „Immediatistas“ und verbissensten Katichunam-Verchwörer betrachten anscheinend das amerikanische Regiment immerhin als das kleinere Übel im Vergleich zu dem, was die Bewohner von Formosa und Korea von ihren stammverwandten „Besetzern“ zu erdulden haben.

Es ist nicht uninteressant, was ein guter Kenner von Land und Leuten schon vor einem Menschenalter, als es sich lediglich um die Abshüttelung des spanischen Jochs handelte, über die mögliche Selbstständigkeit des Archipels äußerte. Professor Semper führte wörtlich aus:

„Sollte ein unglücklicher Umstand dem Lande die politische Freiheit geben, und die Macht zerstören, die allein durch Jahrhunderte hindurch imstande war, die Bewohner zur Annahme höherer Kultur zu zwingen, so würde augenblicklich ein Zerfall in das alte Kleinwesen eintreten, das ja noch bis auf den heutigen Tag in der bürgerlichen Ordnung fortlebt. Dies könnte nur die kräftige Hand eines neuen Besitzes verhüten. Und es liegt in der Natur des Entwicklungsganges unserer Zeit begründet, daß dann an jene Rassenrasse (nämlich die Filipinos) die Aufgabe heranträte, dem Untergang des blühenden und noch zu größerer Blüte berufenen Gemeinwesens zu steuern. Hoffen wir, daß dem Lande ein solches Experiment erspart bleibt.“

So der Würzburger Professor im Jahre 1869. Ebenso urteilt der beste Philippinenkenner Blumentritt. Ihr beider Gießener Kollege, Dr. Werner Friedrich Bruck, der erst im Jahre 1912 in den „Preuß. Jahrbüchern“ über „die Philippinen unter den Amerikanern“, seine Reiseindrücke zum besten gab, hat aber auch keinen günstigeren Eindruck von dem Verufe der Filipinos zur vollen Unabhängigkeit gewonnen. Doch zu entscheiden hat jetzt allein die Demokratische Kongressmehrheit, die es auf keinen Fall vermeiden kann, zur ganzen Philippinenfrage Stellung zu nehmen, und endlich die Philippinen aus der Ungewißheit zu erlösen. Sollte die Entscheidung aber dahin gehen, es in der Hauptsache beim „Statusquo“ zu belassen, also die Inseln für absehbare Zeit amerikanische Kolonie bleiben zu lassen, so wird der Kongress auch nicht umhin können, für die weitere Sanierung der Inseln, die Hebung der Volksbildung und die Erschließung der Hilfsquellen namhafte Mittel aufzuwenden, die zugleich aus den bisherigen Investitionen von zweifelhaftem Werte im höchsten Maße produktive Anlagen machen dürften.

Zur wirtschaftlichen Krise am Kilimandscharo.

Von Dr. E. Th. Förster, Moschi, z. Z. Rittergut Neu-Temmen, Kreis Templin.

Daß die höchst unglückliche Lage der ostafrikanischen Kautschukpflanzungen, als Folge der außerordentlich gefallenen Kautschukpreise, den Kilimandscharo in Mitleidenschaft gezogen hat, dürfte bekannt sein. Auch dort sehen sich einige Pflanzler, die ihre ganze Arbeit und Willenskraft, eigenes und geliehenes Geld auf diese eine Karte — den Kautschuk — setzten, vor dem Nichts, während sie vor noch nicht langer Zeit für Beneidenswerte, nahezu Millionäre, galten.

Glücklich kann man sie immerhin schätzen, wenn sie nicht so engagiert sind den Geldgebern gegenüber, daß sie ihr Land zu halten und in andere Kultur zu nehmen vermögen, wenn der reine Landpreis ihre Verpflichtungen deckt und ihnen einen geringen Uberschuß läßt, mit dem sie, ärmer an Vermögen, aber reicher an kolonialer Erfahrung, aufs neue die Hacke ansetzen können.

Ich wünsche dies den eifrigen Pionieren von ganzem Herzen und erwarte von Regierung und Geldgebern auf das bestimmteste, daß man diese Leute nicht fallen läßt. Ich komme weiterhin darauf zu sprechen, in welcher Weise auch diesen Siedlern geholfen werden kann.

Daß ihre Zahl keine allzu große ist, verdanken wir zum Teil dem Umstande einer noch vor fünf Jahren völlig irrig unterrichteten kolonialen Verwaltung und heimischen Regierung über die am Kilimandscharo zur Verfügung stehenden Landflächen für eine deutsche Besiedlung. Dieser Irrtum hielt die Besiedlung hintenan. Ich will dem Kolonialamte dies nicht des näheren belegen, kann aber doch nicht unterlassen auf die Tatsache hinzuweisen, daß mir Erzellenz Dernburg im Jahre 1908 den Bescheid zukommen ließ, unter Hinweis auf eine Notiz in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, daß am Kilimandscharo kein Pflanzungsland mehr zu haben sei, daß man aber versuchen werde, ein Fleckchen für mich zu finden. Natürlich trifft nicht Herrn Dernburg die Schuld für eine so irrige Auskunft, sondern die Verwaltung in der Kolonie, deren Irrtümer über die Besiedlungsfähigkeit, gerade von 1908 ab, durch schnell zunehmende weitere Landbelegungen und sich anschließende Landverteilung widerlegt worden sind. Die Griechen kamen nämlich immer zahlreicher in das Land, und da sah man denn bald ein, daß es doch wohl an der Zeit sein dürfte, die Deutschen zu ermuntern, statt sie abzuschrecken, um nicht vor die Tatsache einer rein griechischen statt deutschen Kolonie gesetzt zu werden.

Der jetzt erfreuliche Umstand, daß der Kilimandscharo nicht so stark in Mitleidenschaft gezogen wird durch den Fall des Kautschuk, ist also eine nicht ge-

wollte glückliche Folge einer jetzt als irrig erkannten früheren Wirtschaftspolitik. Allerdings kommt noch hinzu, daß, sich anlehnend an das Vorbild der katholischen Missionen im Bezirke Moschi und der Italiener, die Griechen meist nur mit Kaffeebau begannen, nicht mit Kautschuk. Erst als in Usambara jener Kautschukgründungsrummel mit Herbeiziehung der englischen Pfundaktien hereinbrach, da ließ der leichte Erfolg so mancher über Nacht reich Gewordenen Niemandem, selbst den Griechen keine Ruhe: alles pflanzte Kautschuk, einzelne nur Kautschuk.

Ich habe die englische Invasion in Usambara stets bedauert, selbstredend aber nur tauben Ohren gepredigt. Selbstverleugnung zu fordern, wenn Fortuna gaufelnd und sinnlos, Geldglück austreuend, durchs Land zieht, Selbstverleugnung mit Rücksicht auf stetige, gesunde, nationale Entwicklung — stempelt solche Prediger zu komischen Originalen. Erst die Nachwelt und der „Michel im Unglück“ gibt ihnen recht.

Wir stehen am Kilimandscharo zurzeit vor der Möglichkeit einer neuen Invasion fremden Kapitals, wenn auch aus ganz anderen Gründen, aber vor einer eventuell recht gefährlichen. Um es in kurzen und dünnen Worten zu sagen: der gesamte Kilimandscharo ist zurzeit für fremdes Kapital käuflich, da fast alle Pflanzer verkaufen wollen. Ich habe eine große Menge Verkaufsaufträge mit nach Deutschland gebracht und hätte diese leicht verdoppeln können. Der Anlaß, daß man mich hiermit betraute, ist der, daß ich in einigen Fällen den Besitzwechsel (immer in deutsche Hände) zu vermitteln in der Lage war, und zwar zu angemessenen Preisen.

Es bedarf nur eines zielbewußten Willens, und der Besitzwechsel könnte so vor sich gehen, daß er uns zum mindesten recht peinlich sein dürfte. Ansätze zu Versuchen in dieser Richtung kann ich nachweisen, halte es aber für nicht ganz korrekt, dies in breiter Öffentlichkeit zu tun.

Welches sind aber die Ursachen der auffälligen Geneigtheit fast sämtlicher Pflanzer am Kilimandscharo, ihren Besitz loszuschlagen?

Ist es Tropenmüdigkeit? Nein! Gewiß, die harte Arbeit der Jahre hat manchen mürbe gemacht. Der Mangel an Erholungszeit in der ewig tätigen Natur erschlaft. Immerhin ist's nicht das, keinesfalls nur das. Auch ist's nicht die trübe Aussicht für den verheirateten Pflanzer, die Kinder früher oder später hergeben zu müssen, was den Blick in die Zukunft wenig freudig gestaltet. Leben wir doch der festen Hoffnung, daß wir baldigst eine gute deutsche Schule erhalten werden, ein Internat in Moschi mit Platz für vorläufig 60 Kinder, die dort bis zur Bildungsstufe erzogen werden können, welche das Examen für den einjährigen Militärdienst fordert. Wie ich höre, geht die Leipziger evangelische Mission mit dem Plane um, ihr zugefallene Gelder der Kaiserstiftung zu verwenden für die Errichtung eines solchen Internats. Die Ausführung solcher weitsehenden, hochherzigen Absicht würde ihr die Sympathien der weißen Bevölkerung für alle Zeiten sichern. Der Gedanke, die Kinder der Familie nahe zu halten, bis sie reif sind, ohne allzu große Anfechtungen das Leben der Deut-

ichen Heimat kennen zu lernen, beziehungsweise in Deutschland höhere Bildung genießen zu können, ist meines Erachtens ein ungemein glücklicher. Ja, ich behaupte, ein solches Internat — ohne schwarze Bedienung — wird erst den rechten Grund legen für eine freudige Sehnsucht der weißen Herrenbevölkerung, mit ihrem sofort ins Auge springenden Nutzen, Träger der Tradition zu schaffen nach jeder Beziehung hin.

Es ist nicht die große bisherige Unvollkommenheit unserer ganzen Lebensführung, welche uns Pflanzler vor die Frage stellt, ob man nicht besser dem Lande den Rücken kehren soll. Wir hoffen und arbeiten auf Besserung hin.

Es ist auch nicht der Kampf um Besserung unserer Produktionsbedingungen (Arbeiterfrage), der eine zu schwere Form angenommen hätte. Das Vertrauen in Klima und Boden ist völlig gerechtfertigt. Der Kilimandscharo ist eine Perle unseres kolonialen Besitzes.

Soweit ein Teil der griechischen Ansiedler in Betracht kommt, mag ich nicht behaupten, daß andere Wünsche, den Verkauf ihrer Pflanzungen zu bewerkstelligen, maßgebend sind als der, nach Mazedonien, in die neu erworbenen griechischen Länder, zurückzuwandern.

Für die meisten Ansiedler aber dürfte der wahre Grund, aus dem sie verkaufen wollen, der sein, daß sie mit ihren Mitteln zu Ende sind und Kredit, wie sie ihn brauchen, nicht finden.

Untersuchen wir, weshalb es zu solch einem unerfreulichen Zustande der Verhältnisse kommen mußte.

Geringer Fernblick der Verwaltung einerseits, Landhunger der Siedler andererseits sind die Grundursachen. Es war gerechtfertigt, daß unsere Verwaltung in Ostafrika, gewißigt durch die bösen Erfahrungen der Kolonialregierung in anderen Kolonien, auf alle Fälle eine der raschen Entwicklung unter Umständen hinderliche, den nationalen Interessen möglicherweise gefährliche Land Spekulation zu unterbinden suchte durch Pachtverträge mit Kulturverpflichtungen, deren Erfüllung dem Ansiedler ermöglichen sollte, sein Pachtland zu kaufen.

Nun ist man aber in einem wichtigen Punkte, der Abmessung des für den Pflanzungsbetrieb nötigen Kapitals, dementsprechend auch mit der Forderung des Kapitalnachweises, sehr übel beraten gewesen. Man hat auch wohl, um überhaupt Deutsche, die man erst künstlich ferngehalten hat infolge irriger Auffassung über die Besiedlungsmöglichkeit, nun doch im Lande zu halten, mit Bezug auf Kapital ein Auge zugedrückt, manchmal beide, und recht freigebig ziemlich große Flächen in Pacht vergeben.

An das Wesentliche: den Ansiedlern Kreditquellen zur rechten Zeit zu eröffnen, hat man nicht gedacht. Ich fordere seit Jahren für den Kilimandscharo eine Spar- und Darlehnskasse für die Pflanzler, mit billigem Grundkapital zu billigem Zinsfuß. Die Regierung hat nichts getan; sie hat das Unheil kalten Blutes über uns kommen lassen. Die Linderquistsche Beratung mit den Finanzgrößen ist im Sande verlaufen.

Seitdem das Kapital einzelner kaufmännischer Firmen etwas helfend — aber nicht genügend — eingesprungen ist, trat eine Pause im Todeskampf der Pflanzungen ein. Nun ist selbst dies Kapital gefährdet, weil es nicht erkannt hat, daß das Uebel zu weit schon gediehen war, welches eine Folge des nicht rechtzeitigen Kredites ist.

Das Mißliche kommt jetzt noch hinzu: Fordert man heute besagte öffentliche, auf genossenschaftlicher Grundlage ruhende große Kredite, so hat man nicht einmal offen alle Pflanzungen zur Seite, denn diese sind nun dem kaufmännischen Kapital verschuldet und fürchten durch politisches Eintreten für gemeinsame Rassen ihre kaufmännischen Freunde zu verlegen. Eine Spaltung der Pflanzler ist die Folge, welche nur der Unkundige auf persönliche Ursachen zurückführt. Aber darin ist sich die Mehrzahl einig, daß sie ihren Besitz los-schlagen will.

Der Kredit war aber deswegen so dringend nötig, abgesehen von unvermeidlichen Mißgriffen, die in einem Neulande auch dem Klügsten unterlaufen, weil die Pachtkontrakte viel zu schwere Kulturbedingungen für die viel zu umfangreich — im Verhältnis zu den Mitteln — übernommenen Ländereien enthielten.

Um für große Flächen diese Kulturbedingungen zu erfüllen, verbrauchte der Pflanzler seine Mittel, und war schließlich zufrieden, sie scheinbar zu erfüllen, mit Genehmigung der Behörden, durch einmalige Kultur von etwa Mais und Bohnen, nur um das Land kaufen zu können. Behörden und Pflanzler gaben sich dem angenehmen Irrtum hin, der reine Bodenbesitz werde den kaufmännischen, privaten Geldgeber veranlassen, ihn zu beleihen. Ich kann es nun freilich einem Kaufmann durchaus nicht verargen, wenn er diese Hoffnungen enttäuschte, angesichts der Tatsache, daß in dem außerordentlich fruchtbaren Lande das Unkraut so schnell wächst, daß eine einmalige Kultivierung in ihren Spuren in kürzester Frist verschwindet und der Hypothefengläubiger ebenso rasch vor Busch, wildem Busch steht mit der Option, sein Geld zu verlieren oder selbst zu wirtschaften.

Als der kaufmännische Kredit in das Land kam, waren die zum Teil recht geringen Mittel der Pflanzler schon verbraucht, und die Unterlagen für durch wirkliche Pflanzungen gerechtfertigten Kredit fehlten vielfach, beziehungsweise wurden, wie beim Kautschuk, ziemlich wertlos.

Ich habe kurz vor meiner Heimreise dringend darauf hingewiesen, wie unbedingt erforderlich es ist, und eine wie gar nicht abweisbare Aufgabe der Regierung, Kaufleute und Pflanzler es jetzt ist, noch zu retten, was unbedingt gerettet werden kann.

Wir sind in der außerordentlich günstigen Lage, im Kilimandscharokaffee ein so vorzügliches, erstklassiges Produkt zu besitzen, daß es nur der Organisation bedarf, um diesem Produkte einen dauernd guten Marktpreis — gute Kaffeequalitäten sind stets im Weltmarkt gefragt — zu sichern. Ich habe eine Genossenschaft sämtlicher Kaffeepflanzungen vorgeschlagen zum Zwecke, eine

Standardmarke mit amtlichem Stempel zu schaffen, unter dem sie die Kaufleute auf den heimischen Markt zu bringen haben werden. Die Tangaer Großfirmen haben sich dahin geäußert, daß sie ihren heimischen Häusern empfehlen wollen, das Kapital zu stellen für eine große Aufbereitungsanstalt in Moschi, die der vorgeschlagenen Genossenschaft zur Verfügung stehen soll.

Zu meiner Freude hat sich der jetzige Bezirksamtmann in Moschi, Herr Löhr, bereit erklärt, dieser Sache seine vollste Aufmerksamkeit zu schenken.

Wir werden damit im Kaffeebau eine ganz einwandfreie, gesunde Grundlage gewinnen für weitergehenden Kredit.

Soll aber die Gefahr der Veräußerung von Pflanzungen an uns peinliche Elemente beseitigt werden, dann muß unbedingt ebenfalls schnellstens ein Bodenkredit geschaffen werden von seiten des Staates, der hoch genug ist, um die zu sehr geschwächten Pflanzungen reif zu machen für Erntekredit, den nach wie vor die kaufmännischen Institute geben können.

Der staatliche Kredit muß dem jetzt schon gefährdeten kaufmännischen beispringen. Die Sicherheit für den staatlichen liegt in dem verlorenen Kapital der Pflanzern, das diese wiederzugewinnen hoffen und werden, und sie liegt im Steigen der Bodenpreise.

Es ist Aufgabe der Behörde, an diesen Kredit die Bedingung der Nichtveräußerlichkeit des Bodens, außer mit Genehmigung des Gouvernements, zu knüpfen.

Der weittragende Vorteil in nationaler Beziehung liegt auf der Hand.

Schnellstes Handeln ist nötig.

Frägt man aber nach der dazu nötigen Summe, so wird man erstaunt sein, wie verhältnismäßig gering sie sein dürfte, angesichts der großen Ziele, die damit verknüpft sind. Den Pflanzern muß geholfen werden. Solange der Staat zögert, bleibt nichts übrig als Pflanzungsverkauf, aber nicht jedermann dürfte danach fragen, in wessen Hände er verkauft. Caveant consules!!

Gewiß wird in einzelnen Fällen, wenn die Pflanzungen schon stark belastet, ja überlastet sind, die Hilfe Schwierigkeiten machen, zumal selbstredend die Privatkredite hypothekariisch an zweite Stelle zu treten haben. Jedoch, glaube ich, wird man solchen Schwierigkeiten durch sehr langfristige staatliche Bodenkredite begegnen können.

Die Pangwe¹⁾.

Völkerkundliche Darstellung nach Günther Tschmann von Hauptmann Dr. M. Weiß

In den Jahren 1904 und 1905 sowie von 1907 bis 1909 hat in Südafrika und den angrenzenden spanischen und französischen Gebieten ein jüngerer deutscher Forschungsreisender zwei Expeditionen unternommen, über die der erste Teil seines zweibändigen Berichtes erschienen ist.

¹⁾ Völkerkundliche Monographie eines westafrikanischen Negerstammes „Die Pangwe“ von G. Tschmann. Verlag von G. Wasmuth, Berlin. Preis 15 Mark.

Die Ausbeute dieser Expeditionen war eine außerordentlich reichhaltige, sowohl in völkereundlicher als auch in zoologischer und botanischer Hinsicht.

Im Berliner Zoologischen Museum befindet sich eine stattliche Sammlung von Säugetieren, Vögeln, Reptilien, Fischen und Insekten (von letzteren allein 25 000 Stück), unter denen eine große Anzahl wissenschaftlich neue Arten darstellt. Unser erster Fachmann auf zoologischem Gebiet, Professor Brauer-Berlin, hat über die Tschmannschen Sammlungen ein sehr günstiges Urteil gefällt; er hebt besonders anerkennend hervor, daß die Sammlungen nicht nur ungewöhnlich reich und auf das beste konserviert, sondern auch nach bestimmten wissenschaftlichen Gesichtspunkten geordnet seien. Die Kenntnis der Pflanzenwelt ist durch die Sammlungen ganz bedeutend erweitert worden; so war beispielsweise eine ganz Reihe der größten und wichtigsten Bäume des Urwaldgebiets



Jang-Jünglinge aus Kamerun.

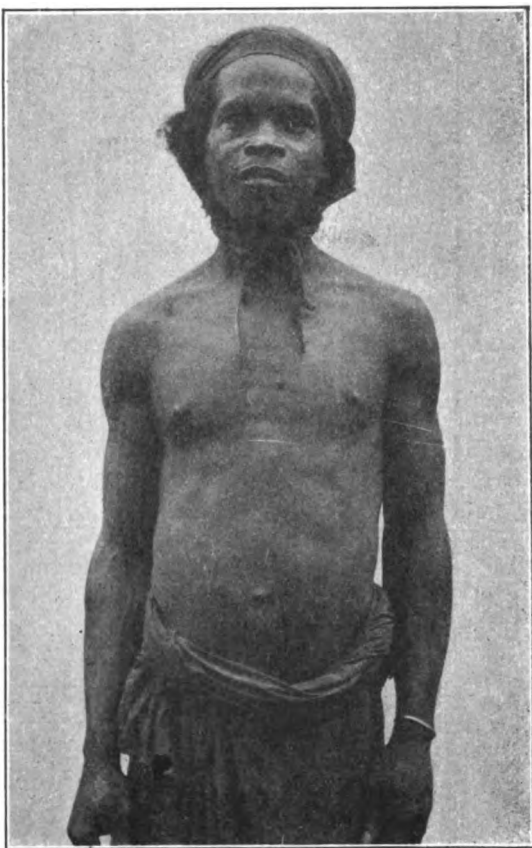
bisher völlig unbekannt. Die Verdienste Tschmanns um die pflanzenkundliche Erschließung dieses Gebiets wurden von den botanischen Fachgelehrten dadurch anerkannt, daß etwa 100 neue Arten nach ihm benannt worden sind.

Ganz besonders ergiebig waren die Forschungen auf dem völkereundlichen Gebiet, das sich Tschmann ja auch als Hauptaufgabe seiner Expedition gestellt hatte. Nicht allein die Fülle des Materials verdient vollste Anerkennung, sondern vor allem die Aufstellung ganz neuer, von Tschmann selbständig geschaffener Gesichtspunkte, die den Ethnologen ganz neue Einblicke in das geistige, besonders aber das religiöse Leben der Pangwe eröffnet. Wohl selten ist es einem Forscher gelungen, so in das Seelenleben eines Volkes einzudringen und auch nach dieser Hinsicht eine geradezu mustergültige, abschließende Monographie eines Negerstammes zu geben, die, abgesehen von ihrem hohen wissenschaftlichen Wert, die erste Monographie eines kameruner Volksstammes darstellt.

Nur dem Umstande, daß Tschmann die Sprache der Pangwe völlig beherrschte und sich das vollste Vertrauen dieser bis dahin so gut wie gar nicht mit Weißen in Berührung gekommenen Eingeborenen erworben hatte, verdankte er es, aber auch erst nach längerem Aufenthalt und eingehendem Studium, wertvolle Aufschlüsse über die materielle und geistige Kultur dieses interessanten Volkes zu gewinnen. Seine ethnographischen Sammlungen zählen nach dem Urteil von Fachgelehrten zu den besten, die jemals aus Afrika in deutsche Museen gelangt sind, weil sie ganz systematisch und nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten angelegt sind und von der gesamten Kultur der Pangwe ein anschauliches und erschöpfendes Bild geben.

Die Gesamtergebnisse der völkerkundlichen Forschung sind in einem zweibändigen Werk niedergelegt, von dem der erste Band, wie eingangs schon erwähnt, soeben erschienen ist. Der erste Band behandelt die materielle, der zweite die geistige Kultur.

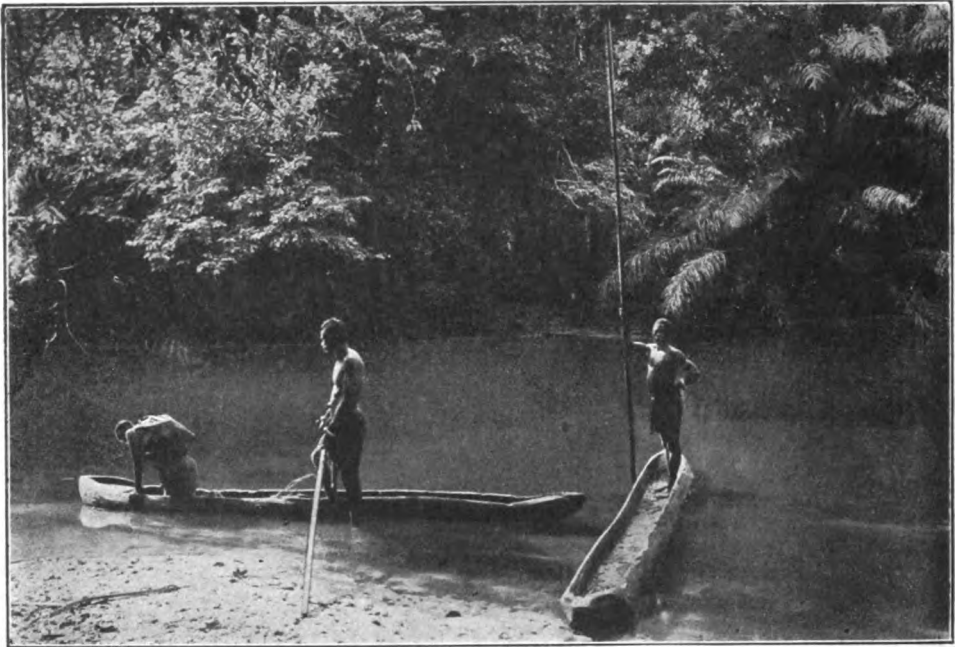
„Das Land der Pangwe liegt an der Westküste Afrikas zwischen dem 1. Grad südlicher und dem 5. Grad nördlicher Breite sowie dem 9. Grad und 14. Grad östlicher Länge und umfaßt etwa 176 660 Quadratkilometer, das heißt einen Raum, der einem Drittel des Deutschen Reiches entspricht. Kolonialpolitisch gehört es in seinem nördlichen Teil zum deutschen Schutzgebiet Kamerun, in seinem südlichen zur Kolonie Gabun (Französisch-Aequatorialafrika, früher Französisch-Kongo). Ein Ausschnitt im südlichen Teil des deutschen Gebietes, von der Küste bis zum 11. Grad, steht unter spanischer Oberhoheit und führt den Namen Spanisch-Guinea. Der auf Kamerun entfallende Teil des Pangwegebietes ist 94 000 □ km groß.



Ein Mann aus Bebai.

Dieses gewaltige, vom Ogoive bis zum Sanaga, vom Ivindo (Ajene) bis an die Küste des Atlantischen Ozeans reichende Gebiet ist ein im Durchschnitt 60 bis 800 Meter über dem Meerespiegel liegendes Hochland, das zum größeren Teil eben, zum kleineren von Hügeln, Bergkluppen und Gebirgsstöcken überhöht wird. Die höchsten Erhebungen messen selten mehr als 1500 Meter über dem Meerespiegel, so daß bei der durchschnittlichen relativen Höhe von 700 Metern der Hochgebirgscharakter fehlt. Das gesamte Gebiet ist bis auf den äußersten Norden mit dichtem Urwald bedeckt und wird von vielen, an Stromschnellen reichen, zum Teil recht breiten und tiefen Strömen durchzogen, so vor allem durch den Rhong in seinem Mittellauf, von dem Rampo (Rien), dem Nelle (Benito), den Zuflüssen des Muni- und Gabunbeckens, dem Abanga und Kun (zum

Egoive), dem Nivung nebst weniger bedeutenden rechten Nebenflüssen des Ivindo sowie endlich vom Ivindo selbst. Der Dscha, der für eine Strecke unterhalb des Knies bei Kam eben die Grenze des Pangwegebietes überschreitet, ist der einzige Fluß, der zum



Eingeborenentähne auf einem Nebenfluß des Kampo in Neukamerun.

Wassernetz des Kongo gehört. Seen oder sonstige stehende Gewässer fehlen ganz, dagegen sind Sümpfe in Masse vorhanden.

Der aus rotem und gelbem Lehm bestehende Boden ist äußerst fruchtbar infolge der großen Luftfeuchtigkeit und der reichlichen Niederschläge, die sich auf zwei Jahreszeiten verteilen und eine jährliche Regenmenge von 1500 bis 2000 Millimetern bringen. Der Ablauf dieser Jahreszeiten ist an verschiedenen Punkten des Pangwegebietes verschieden, im mittleren Teil etwa folgendermaßen:

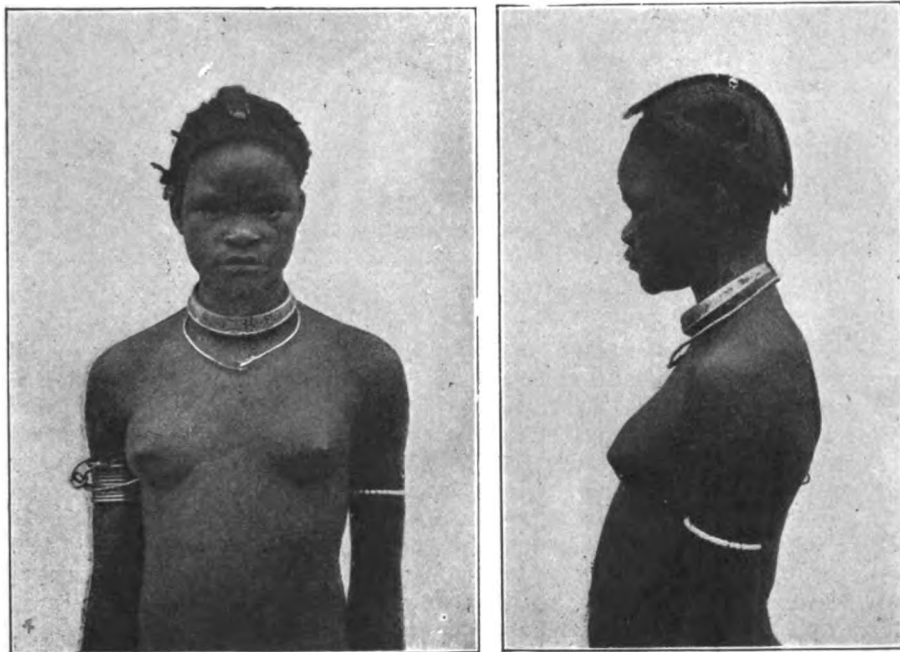
Dezember bis Februar	große Trockenzeit,
März bis Mai	kleine Regenzeit,
Juni bis August	kleine Trockenzeit,
September bis November	große Regenzeit.

Die gesundheitlichen Verhältnisse sind, wie im übrigen tropischen Westafrika, schlecht. Malaria in allen Formen, Dysenterie und Hautkrankheiten sind endemisch, gefährden in erster Linie die Europäer, verschonen aber auch die Eingeborenen nicht; namentlich rafft die Malaria, gegen die die Erwachsenen eine gewisse Seuchenfestigkeit erwerben, kleine Kinder in Menge weg.

Die Tier- und Pflanzenwelt zeigt die für das nördliche Waldgebiet bezeichnenden Formen und wird als Kamerun-Gabun-Fauna und -Flora bezeichnet; nur im äußersten Norden bringt das stellenweise auftretende Grasland einen fremden Zug in das sonst einheitliche Bild. Von größeren Säugetieren finden sich Gorilla und Schimpanse,

Elefant und Büffel — dieser nur in der Nähe größerer Flüsse — Leopard, verschiedene Antilopenarten und, sehr selten, das Flusspferd. Von Vögeln erwähne ich als auffallend und typisch nur Perlhuhn und Frankolin, Schmaroger Milan und Staupapagei, die verschiedenen Pifangfresser (Turako) und Nashornvögel und — als seltensten und schönsten — den großen Kampfadler, *Spizaetus*. Lebensgefährliche Reptilien, wie Krokodile und stark giftige Schlangen, sind im allgemeinen nicht häufig. Die Fischfauna ist außerordentlich reich, besonders an Welsarten. Aus der Kerkwelt müssen einige Plagegeister an den Pranger gestellt werden, es sind: Treiberameisen, die Menschenbremse *Chrysops dimidiatus* Wulp (P.: ossun), Sandfliegen, *Culicoides*-Arten (P.: alige) und Sandflöhe. Gegen Treiberameisen hilft ein Feuerbrand, gegen Bremsen die Fliegenklatsch, gegen Sandfliegen Rauch und gegen Sandflöhe nur das Absuchen der Behen, zwischen denen sie sich mit Vorliebe festsetzen. Die Honigbiene kommt vor, wird aber nicht gezüchtet.

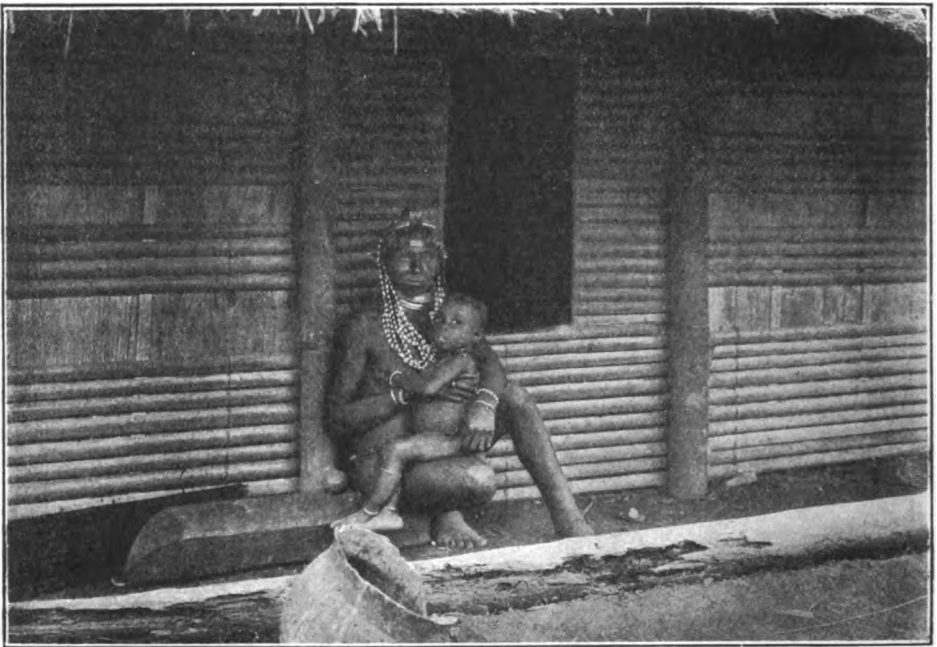
Die Bevölkerung gehört bis auf unbedeutende Spuren einer älteren Rasse zu den Pangwe, einem von Nordosten eingewanderten Negerstamm mit einheitlicher Sprache und Kultur. Diese Einheitlichkeit ist freilich nicht im Sinne einer unbedingten Stammreinheit aufzufassen. Eine solche gibt es in Afrika nicht, wo zahlreiche, im einzelnen meist nicht nachzuprüfende Mischungen die Rassen und Stämme durcheinander gewürfelt haben. Aber die Lebenskraft der Pangwe erwies sich bei der Verührung mit anderen Stämmen als kräftig genug, um deren Bestandteile aufzusaugen und trotz Aufnahme fremder Sprach- und Kulturteile ihre Eigenart zu bewahren. Im Norden haben auf diese Weise die Eton, in weniger starkem Maße die Jaunde und Vene von dem Bati, im Nordosten die Mwele von der Wute, im Osten die Bulu von den Njem und im äußersten Südosten die Mofut von ihren Nachbarn fremdes Volkstum angenommen. An gewissen Stellen der Grenzgebiete haben die Vermischungen zur Bildung neuer



Ein Fang-Mädchen aus Men.

Stämme geführt, zum Beispiel der Mafei — zwischen Pangwe und Bakelle im Süden — und der Muffefi — zwischen Pangwe und Wenga am unteren Kampo.

Ueber die Art und Weise, wie die Vermischung stattgefunden hat, sind wir im einzelnen nicht überall genau unterrichtet. Man wird aber nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß sie meistens durch die Macht der überlegenen Pangwe erzwungen war. Durch den ungeheuren Druck, mit dem dieses Volk auf die westlichen und südlichen Völker drängte, durch Kriegszüge oder durch mehr oder minder gewaltamen Kauf brachte es die Frauen der feindlichen Stämme in seinen Besitz, nahm auch wohl kriegsgefangene oder wenigstens abhängig gemachte Männer in seine Sippenverbände auf. Anders liegt die Sache im Norden. Hier war das Uebergewicht der Pangwe an Zahl und Kraft nicht so groß,



Türstück eines Wohnhauses in Clanga, Südkamerun

denn die Richtung des Vorrückens der Pangwe geht nach Südwest, dafür waren der Ruf und das Ansehen, in dem dieses einzigartige Volk stand, derartig groß, daß die umgebenden Völker auch ohne direkten Zwang die Pangwesprache und -kultur annahmen. Hierher gehören die ursprünglich fremden und aus Norden eingewanderten oder nachgedrungenen Bati, und noch heute läßt sich der geschilderte Vorgang, der an den der „Masaiassen“ Ostafrikas erinnert, bei den Batjenga, einem Zweig der Bati südlich des Sanaga, beobachten. Diese Leute sprechen ihre eigene Sprache nur noch wenig, bedienen sich vielmehr fast ausschließlich des Pangwe und werden in wenigen Jahren ganz pangwisiert sein. Es ist hierbei zu einer drolligen Verwechslung gekommen, insofern die Jaunde, also die nördlichen Pangwe, ihre eigene Sprache, die Jaundemundart des Pangweschen, als kobo bati, als Batisprache bezeichnen.

Die Franzosen nennen die Pangwe, deren Namen sie sich mundgerecht gemacht haben, „Bahuins“, fassen den Sammelbegriff aber so weit, daß sie die Bakoko (soll wohl heißen

Bassa) und sogar die Njem (Ndjem) ¹⁾ dazu rechnen. Das ist nicht angängig. Will man die Bassa, die entschieden sehr nahe mit den Pangwe verwandt sind, einschließen, so muß man einen noch allgemeineren Sammelnamen, wie etwa „Pangweähnliche Völker“, erfinden. Aber das ist fürs erste nicht nötig, jedenfalls haben wir es bei den Pangwe mit einem einheitlichen, abgeschlossenen, insbesondere durch die Sprache eng verbundenen Stamm zu tun.

Ich schlage die Bezeichnung „Pangwe“ für die Gesamtheit der Völkerschaften vor, die von den Fang — deren Namen den Ausgang gebildet hat — nur mundartlich, nicht sprachlich verschieden und deshalb mit ihnen zusammen als Unterstämme eines großen gemeinsamen Stammes, eben des Pangwestammes, aufzufassen sind, das sind die Eton, Mwele, Jaunde, Vene, Bulu, Ntum, Mwai, Fang und Mofut (Oshüeba).



Versammlungshaus eines Neukameruner Ntum-Dorfes.

Das Werk umfaßt folgende neun Kapitel:

- Abchnitt I: Land und Leute.
 „ II: Sprache.
 „ III: Siedlungsgeschichte.
 „ IV: Dorf und Haus.
 „ V: Wirtschaftsformen.
 1. Ackerbau. 2. Viehhaltung. 3. Fischerei. 4. Fallenstellerei. 5. Jagd.
 „ VI: Nahrungs- und Genußmittel.
 1. Nahrungsmittel. 2. Getränke und Genußmittel.

¹⁾ Die Njem weichen in jeder Beziehung von den Pangwe ab und sind wohl bloß unter die „Bahuins“ geraten, weil man sie zu wenig kannte.

Abschnitt VII: Tracht und Schmuck.

1. Tracht. 2. Schmuck. 3. Körperpflege. 4. Körperverzierung.

VIII: Handfertigkeit und Werkzeug.

1. Rindenarbeiten. 2. Faserarbeiten. 3. Holzarbeiten. 4. Metallarbeiten. 5. Töpferei.



Fang-Frauen mit Benenholz von den Pflanzungen zurückkehrend.

Abschnitt IX: Bildende Kunst.

A. Ornamentik: 1. Rindenmuster. 2. Kerbschnittmuster. 3. Ritzmuster.
4. Ziseliermuster.

B. Zeichnen und Malen.

C. Plastik.

Das Werk ist eines der schönsten der völkerkundlichen Literatur.

Ein näheres Eingehen auf die interessanten und lehrreichen Kapitel würde zu weit führen. Mit besonderem Interesse wird jeder Leser des ersten Bandes dem Erscheinen des zweiten entgegensehen, der die geistige Kultur der Fangwe behandelt und, soweit man aus den Vorträgen und Berichten Lehmanns schon heute folgern kann, den ersten Teil an wissenschaftlicher Bedeutung noch übertreffen wird.

Flußschifffahrt in Kamerun.

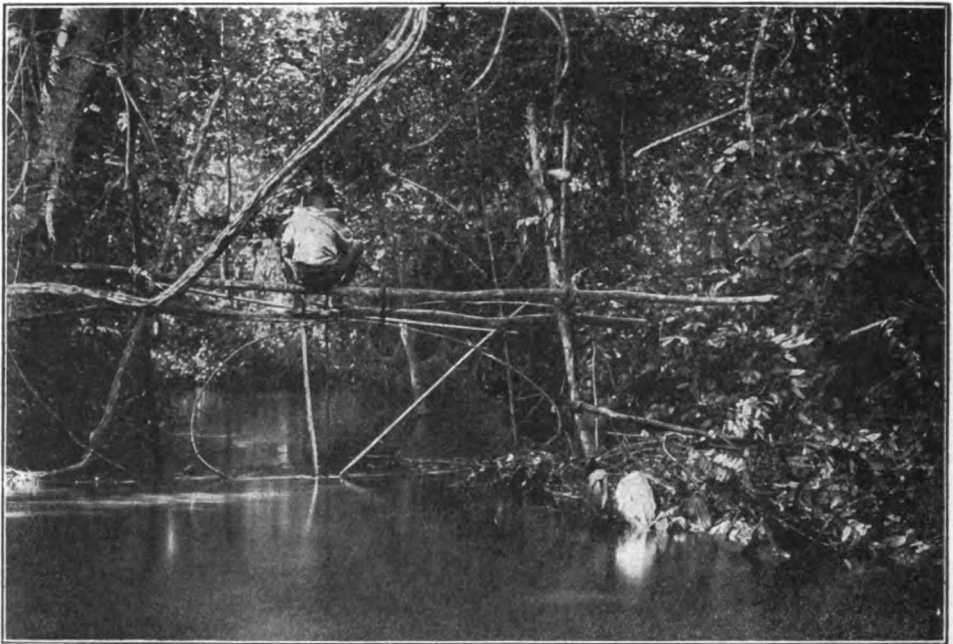
Von Major a. D. W. Haering.

Unter den Expeditionen, die in den Jahren 1891 bis 1893 zur Erforschung des damals noch ziemlich unbekannten Hinterlandes von Kamerun unternommen wurden, war die Expedition von Stetten im Jahre 1893 deswegen bemerkenswert, weil sie mit einer Wasserfahrt begann und mit einer eben solchen endete. Dem Gouvernementsdampfer „Soden“, einem Schiffschen von 15 Meter Länge und 1,50 Meter Tiefgang, war die Aufgabe zuteil geworden, die über 200 Köpfe zählende Expedition mit allen Lasten durch den Quaqua-Creef in den Sannaga und womöglich diesen Fluß hinauf bis nach Edea zu bringen. Leider wurde jedoch diese Aufgabe nicht ganz erfüllt, da unser braver Dampfer, je mehr wir uns dem Sannaga näherten, desto häufiger festsaß. Im Fluß mußte daher in Kanus umgeladen werden. Allenthalben an Bord begann nun bei der Umladung amietzenartiges Gewimmel, und es erhob sich der ohrenzerreißende Lärm durcheinanderschreiender Stimmen, ohne den es eben beim Neger nicht abgeht, wenn wichtige Veränderungen für ihn bevorstehen. Es wurde viel geschimpft, und auch der Steuermann des „Soden“, der uns glücklich so weit gebracht hatte, beteiligte sich daran, indem er seine schon oft gehörte Weisheit über den „Soden“ im besonderen und die Kameruner Flußschifffahrt im allgemeinen nochmals zum besten gab: „Der „Soden“ habe überhaupt zu



Ein Pangwe-Dorf aus Spanisch-Guinea.

großen Tiefgang. Auf afrikanische Flüsse mit ihrer schmalen, oft stark gewundenen Fahrtrinne und ihren vielen Sandbänken gehörten nur manövrierfähige Fahrzeuge mit höchstens 1 Meter Tiefgang. Außerdem sei die Dampfschiffahrt mit Kohlenfeuerung hier in den Kolonien eine teure Sache, da die Tonne Kohlen in Duala zehnmal so viel koste als in Deutschland.“ Ich selbst war nachher froh, Soldaten, Träger und Lasten heil und vollständig in den Kanus zu haben, und hatte dann während der volle zwei Tage währenden Fahrt bis Edea noch Zeit genug, um die Richtigkeit dieser Bemerkungen einsehen zu lernen und über die primitiven Verhältnisse der Kameruner Flußschiffahrt nachzudenken. Damals war der Sannaga der einzige Fluß in unserem



Fischfang der Eingeborenen.

Schutzgebiet, den man mit mancherlei Einschränkungen als schiffbar bezeichnen konnte, und er war es auch nur bis Edea, wo die Wasserfälle weiteren Bemühungen Halt geboten. Ueber die Flüsse Njong, Dume und Nscha (= Ngoto) wußte man noch soviel wie gar nichts.

Sieben Monate später fuhr ich mit der stark zusammengeschmolzenen Expedition von Yola aus auf einem mittelgroßen Dampfer der Rohal Niger Company den Venué und Niger herunter bis Kassa an einer der nördlichen Nigermündungen. Die Fahrt ging in zehn Tagen glatt vonstatten, obgleich die Regenzeit schon zu Ende war und die Holzfeuerung unseres Dampfers es notwendig machte, alle zwei Tage etwa auf einige Stunden anzulegen, um das Feuerungs-

material aus den Holzniederlagen am Ufer zu ergänzen. Ich beneidete damals die Engländer darum, daß sie im Niger und Benue eine fast das ganze Jahr über benutzbare Schifffahrtsstraße bis tief ins Innere von Adamaua hinein und schon damals eine kleine Flotte von 20 Flußdampfern besaßen. Die Waldbestände an den Ufern des Benue und Niger lieferten ein scheinbar unerschöpfliches und billiges Heizmaterial, und die Pedraddampfer der Royal Niger Company übertrafen in ihren mittleren Größen unseren „Soden“ an Tonnengehalt ganz erheblich.

Im Jahre 1907 fuhr ich abermals, und zwar von Forcados aus, an einer südlichen Nigermündung, die beiden Ströme hinauf. Die Zahl der vorhan-



Schmiede in Wobai. Gewonnenes Eisen nach Abbruch des Schmelzofens.

denen, teils der englischen Regierung, teils der Niger-Company gehörigen Dampfer hatte sich mehr als verdoppelt, der Tonnengehalt vervierfacht. Seit den Abmachungen des Jahres 1895 gehörte zwar Yola den Engländern, aber zwei Tagefahrten oberhalb dieses Ortes war Garua in deutsche Hände gekommen und hatte sich inzwischen zu einem bedeutenden Handelsplatz entwickelt. Nachdem Garua auch Militärstation geworden war, pflegten die deutschen Militärtransporte mit Mannschaften, Proviant, Munition und anderen Lasten alljährlich auf englischen Dampfern ihren Weg den Niger und Benue aufwärts nach Garua zu nehmen. Seitdem belasten die hohen Kostenberechnungen, die

dem Gouvernement von der Niger-Company für diese Transporte aufgestellt werden, ganz erheblich den Etat des Schutzgebietes, und dabei wird es bleiben, bis die Kameruner Nordbahn in 15 Jahren etwa Garua erreicht hat, es müßte denn sein, daß inzwischen Mittel und Wege gefunden werden, das lästige Monopol, das die Engländer auf dieser schönen Wasserstraße haben, zu beseitigen. An Versuchen, dies zu erreichen, hat es auch nicht gefehlt, aber die Deutsche Firma, die es im Jahre 1906 unternahm, auf eigene Hand einen Dampfer für die im übrigen freie Schifffahrt auf Niger und Benue zu halten, scheiterte kläglich an den Quertreibereien der Engländer, die dem unbequemen Konkurrenten die Holzdepots sperrten. Kohlenfeuerung wäre natürlich zu teuer gewesen. Hätte man zum Beispiel nur von Lokodja aus, an der Mündung des Benue in den Niger, Kohle für die etwa zwölfwägige Fahrt bis Garua laden wollen, so wäre für Auflasten irgendwelcher Art kein Raum mehr gewesen. Im August 1911 hat das Gouvernement Kamerun zum erstenmal die beiden Regierungsdampfer „Herzogin Elisabeth“ und „Nachtigal“ mit dem Garuatransport bis Lokodja heraufgeschickt, hat dann auf einen englischen Dampfer umgeladen und ist auf diese Weise erheblich billiger fortgekommen.

Es sind nun zwei bedeutungsvolle Ereignisse, die voraussichtlich den Betrieb der Flußschifffahrt in Kamerun in ganz neue Bahnen lenken werden: das ist zunächst die Angliederung von Neukamerun an das Schutzgebiet durch den Vertrag vom 4. November 1911. Durch den im Südosten erhaltenen Zuwachs tritt zum erstenmal das Schifffahrtsproblem für die Kolonie Kamerun mehr in den Vordergrund des Interesses. Die beiden nach Südosten vorgeschobenen, vielgeschmähten Zipfel eröffnen uns überhaupt erst den Zutritt zum Kongo, der bedeutendsten Wasserstraße Afrikas, die sich wohl mit Amazonas und Mississippi messen kann, wenn sie auch noch in Entwicklung und Ausnutzung hinter diesen beiden amerikanischen Strömen zurückgeblieben ist. Ferner ist der Sangha, der Zubringer für den Kameruner Südosten, nunmehr ganz in unseren Händen. Er ist auf zirka 400 Kilometer bis Wesso für Dampfer von 200 bis 300 Tonnen und zirka 1,10 Meter Tiefgang schiffbar, in der Hochwasserzeit in den Monaten September bis Dezember auch bis Nola. Dasselbe gilt vom Dscha (= Ngoko), dem von Westen einmündenden Nebenflusse des Sangha bis Molundu beziehungsweise bis Ngoula. Der Ubanghi fließt zwar nicht auf deutschem Gebiet, ist aber bis Mongumba, ein Kilometer südlich des Ubanghizipfels, der die Mündung des Lobahe einschließt, in gleicher Weise schiffbar. Es verlautet noch nichts darüber, ob es unserer Grenzvermessung gelungen ist, Mongumba, bisher ein französischer Militärposten, in unsere 6-Kilometer-Grenze einzuberleiben. Die Singaschnellen liegen bestimmt außerhalb unseres Gebietes und nördlich des Lobahe.

Es gilt also jetzt, diese natürlichen Schifffahrtswege, unter denen zum Beispiel der Sangha bis Wesso die früher erwähnte Benuestrecke von Lokodja bis Garua an Schiffbarkeit übertrifft, für uns nutzbar zu machen, und wenn es sich jetzt fragt, in welcher Weise dies am besten geschehen dürfte, so sei auf eine Erfindung

hingewiesen, die vor ungefähr sieben Jahren auf dem Gebiete der Verbrennungsmaschinen gemacht wurde, und die vielleicht berufen ist, für die Flußschiffahrt in den Kolonien, besonders für unsere Kolonie Kamerun, durchgreifende Veränderungen zu bringen. Ich meine die Dieselmachine, die Gasmaschine mit sogenannter langsamer Verbrennung, die ohne besondere Zündung arbeitet. Es ist bekannt, daß der Dieselmotor, der übrigens schon seit einigen Jahren auch als Schiffsmaschine von einem Duzend Fabriken in Deutschland gebaut wird, als Brennstoff hauptsächlich ein höheres Destillat des rohen Erdöles braucht, das man als „Gasöl“ oder „mittleres Treiböl“ kennt. Rohes Erdöl wird im Dieselmotor nicht verwendet. Vielleicht eignen sich hierfür aber auch Schweröle (Majut, Pafura), das heißt Destillate höherer Ordnung als „Gasöl“. Ebenso bedürfen die Vorzüge, die dem Dieselmotor, fälschlich Rohölmotor genannt, der Dampfmaschine gegenüber zugeschrieben werden, keiner besonderen Erwähnung. Es verdient aber wenigstens hervorgehoben zu werden, daß es bereits für die direkte Umsteuerung, das heißt Verwandlung der Vorwärtsbewegung in Rückwärtsbewegung und umgekehrt, verschiedene Patente gibt, so z. B. das Patent Hesselmann der Rheinischen Gasmotorenfabrik Benz in Mannheim, bekannt durch die Ausrüstung des Polar Schiffes „Fram“ mit einem derartig eingerichteten Dieselmotor. Ebenso wird den Besuchern von Helgoland in diesem Jahre das Boot der Kommandantur in Helgoland aufgefallen sein. Auch dieses wird von einer Dieselmachine, Patent Hesselmann, getrieben. Was nun für die koloniale Flußschiffahrt zugunsten des Dieselmotors besonders ins Gewicht fällt, dürfte im wesentlichen folgendes sein:

1. Wenn man von der bisher noch üblichen Holzheizung der Dampfer auf Kongo und Niger nebst Zuflüssen absieht, weil sie auf die Dauer ganz unwirtschaftlich erscheint, so stellt sich das Gasöl an und für sich als Treibmittel für den Dieselmotor erheblich billiger als die Kohle für die Dampfmaschine, die z. B. in Brazzaville am Kongo zwanzigmal teurer kommt als durchschnittlich in Deutschland.

2. Das Treibmittel des Dieselmotors gestattet bessere Ausnutzung aller Schiffsräume zur Beförderung von Nutzlast, weil es sich als Flüssigkeit ungleich vorteilhafter verstauen läßt als Kohle.

3. Die Unterbringung des Heizmaterials in besonderen Tanks erhöht die Sicherheit des Schiffskörpers gegen Kentern, weil Schiffe auf afrikanischen Flüssen wegen der Beschaffenheit der Fahrtrinne schmal, mit geringem Tiefgange und hohen Decksaufbauten gebaut zu werden pflegen.

4. Die Bedienung der Maschine ist einfach und auch vom Neger leicht zu erlernen.

Aus dem Stadium theoretischer Erwägungen hinsichtlich der Verwendung des Dieselmotors als Schiffsmaschine ist übrigens der belgische Staat am Kongo bereits seit Jahresfrist zur Praxis übergegangen. Den drei schon vorhandenen größeren Dieselmotorschiffen, die den regelmäßigen Verkehr auf der Hauptlinie Léopoldville—Stanleyville besorgen, wird sich Ende dieses Jahres ein

viertes, größeres, mit 1200 PS arbeitendes, die „Belgica“, anschließen, das bei 500 Tonnen Wasserverdrängung mit nur 1,10 m Tiefgang gebaut sein soll und den für Tropenschiffe typischen hohen Decksaufbau zeigt. Der stattlichen belgischen Flotte von neunzig größeren und kleineren Fahrzeugen gegenüber, deren Tiefgang von 0,40 m bis 3,00 m schwankt, vermag allerdings unser Schutzgebiet Kamerun nur sehr dürftige Zahlen aufzuweisen. Nämlich die beiden oben erwähnten, auch für die Küstenschifffahrt bestimmten Dampfer „Herzogin Elisabeth“ und „Nachtigal“, ferner vier kleinere Petroleummotorboote, die für den Verkehr im Hafen und als Depechenboote Verwendung finden. Endlich verdienen noch die beiden kleinen Dampfer „Dscha“ und „Bumbo“ der Gesellschaft Südkamerun, die den Verkehr von Kinshasha am Kongo (Stanleypool) auf Kongo, Sangha und Dscha (Ngoko) bis Molundu aufrecht erhalten, besondere Erwähnung, da sie gewissermaßen die Anfänge unserer künftigen Flottille in Neukamerun darstellen. Hoffentlich wird diese kleine Zahl vermehrt werden, sobald die seit Februar d. J. im Schutzgebiet weilende Schiffsahrtsexpedition die Ergebnisse ihrer Forschungen auf den Flüssen Njong, Dume, Mambere und Sangha heimgebracht haben wird. Doch läßt sich schon jetzt voraussehen, daß für die Schifffahrt auf dem Sangha vielleicht nicht über einen Tiefgang von 1,00 m hinausgegangen werden darf, wenn man beim Uebergang vom Kongo auf den Sangha kostspieliges und zeitraubendes Umladen vermeiden will. Leider bringen die Berichte der hydrographischen Mission Roussilhes, die jetzt veröffentlicht sind, über den Sangha fast gar nichts. Es wäre für uns besonders wertvoll gewesen, über die Schifffahrtsmöglichkeiten auf der Strecke Wesso bis Nola einige positive Zahlen zu erhalten. Aber die in den Berichten niedergegebene Uebersicht über die Wasserstände des Sangha in Nola während der einzelnen Monate des Jahres läßt wenigstens den Schluß zu, daß diese Strecke während des ganzen Jahres tatsächlich nur von kleinen Dampfern, das heißt solchen von geringem Tiefgange, befahren werden kann.

Im engsten Zusammenhange mit der etwaigen Einführung der neuen Schiffsmaschine steht die Frage nach deren Versorgung mit dem zugehörigen Betriebsstoff. Wie nicht anders zu erwarten, ist auch hierin der belgische Staat für seine Kongokolonie mit gutem Beispiel vorangegangen, indem er der Société anonyme des pétroles die Versorgung des Kongogebietes mit Brennstoff übertragen hat. Sie soll in Form einer Rohrleitung, mit Behältern und Pumpwerken auf alle 30 bis 40 km, erfolgen, wie uns Zimmermann von seiner Reise durch Neukamerun Mitte 1912 berichtet. Daß diese Leitung mit Gasöl, nicht mit Petroleum (Rohöl) gespeist wird, dürfte sich aus dem ergeben, was früher über das für den Dieselmotor erforderliche Treibmittel erwähnt wurde. Und auch für unser Schutzgebiet gewinnt nunmehr die Frage nach der Brennstoffversorgung erhöhtes Interesse. Wer erinnert sich dabei nicht der vor einigen Jahren auftauchenden Nachricht, daß in der Umgebung der Kamerunbucht Erdölquellen gefunden worden seien? Näheres hat man darüber nicht wieder gehört, aber es wäre doch für unsere Zukunftspläne recht wünschens-

wert, wenn diese Erdölfunde nicht bloß Phantasiegebilde wären und die Gewinnung sich wirklich lohnte. Dann wäre ja mit einem Schlage das Problem der Brennstoffversorgung für den Schiffahrtsbetrieb wenigstens für den westlichen Teil unseres Schutzgebietes gelöst! Und man sieht schon im Geiste die großen Erdöltanks, die Destillieranlagen, um Gasöl zu gewinnen, und Dieselschiffe mit einigen hundert Pferdefräften, die unsere Transporte nach Garua heraufbringen, ohne den Engländern wie bisher die Taschen zu füllen! Für unsere Schiffahrtspläne in dem neugewonnenen Südostgebiet wäre es allerdings bequemer, sich den Anschluß an die belgische Rohrleitung zu sichern. Wir werden uns ja doch in Zukunft daran gewöhnen müssen, das ganze Kongogebiet, sei es in deutschen, belgischen oder französischen Händen, von einheitlichem Gesichtspunkt aus zu betrachten und in verkehrspolitischer Beziehung, das heißt in Schiffahrts- und Eisenbahnfragen, mit unseren Nachbarn, den Belgiern und Franzosen, zusammenzuwirken.

Die neue Zollgesetzgebung vom 1. August 1911 kommt ja auch den Bestrebungen, die Motorschiffahrt in der Kolonie zu heben, dadurch entgegen, daß sie Petroleum (Rohöl) als Heizmaterial für Motoren zollfrei läßt. Aber während dem Petroleummotor die bescheidene Rolle eines Handlangers zufällt, soll der Dieselmotor, der jetzt als Schiffsmaschine einen Anwendungsbereich von 70 bis 2000 PS hat, künftig die Hauptarbeit leisten. Es müßten daher auch Gasöle, die hauptsächlich aus Amerika, neuerdings auch aus dem Seengebiet von Mexiko, sowie aus Galizien stammen, dieselbe zolltechnische Behandlung erfahren wie Petroleum (Rohöl).

Das Schiffahrtsproblem, das mit der Erwerbung von Neukamerun überhaupt erst auf der Bildfläche erschienen ist, und das nicht nur zur Fortsetzung der Mittellandbahn in Kamerun, sondern auch zu etwaigen Eisenbahnplänen in Südkamerun in Beziehung gebracht werden muß, stellt somit unsere Kolonialverwaltung vor eine Fülle neuer Aufgaben auf verkehrstechnischem Gebiete. Es ist zu erwarten, daß die vorerwähnte Schiffahrtsexpedition, die wohl noch im Laufe dieses Jahres zurückkehren dürfte, gründlich arbeiten und reiches Material mitbringen wird, so daß baldigst zu praktischen Versuchen geschritten werden kann.

Aus dem ostafrikanischen Gouvernementsrat.

Von Dr. Karstedt.

Vom 21. bis 26. Juni d. J. tagte der Gouvernementsrat in Dar-es-Salaam, vermutlich zum vorletztenmal in seiner bisherigen Form, die sich in den zwei Jahren ihres Bestehens augenscheinlich recht gut bewährt hat, wenn sie auch den auf Erweiterung seiner Kompetenzen zielenden Bestrebungen nicht ganz gerecht werden mochte.

Nach dem dem Gouvernementsrat zur Beratung vorgelegten Entwurf einer Verfügung des Reichskanzlers betr. die Bildung eines Landesrats für Deutsch-Ostafrika soll der Landesrat aus 20 Mitgliedern bestehen, von denen 10 aus allgemeinen Wahlen der deutschen männlichen Reichsangehörigen über 25 Jahre — mit Ausnahme der

Mitglieder der Schutztruppe — mit den üblichen Einschränkungen hervorgehen, während die übrigen 10 vom Gouverneur ernannt werden. Der Gouvernementsrat war der Meinung, daß bei diesem Stimmverhältnis keine hinreichende Gewähr für die genügende Geltung der gewählten Landesratsmitglieder gegeben sei und beschloß eine Erhöhung der Zahl der Mitglieder auf 25, von denen 15 gewählt und 10 ernannt werden sollen. Nach den Ausführungen des Gouverneurs ist kaum daran zu zweifeln, daß der Wunsch der Interessenten in dieser Richtung zur Tatsache wird, ebenso wie auch insofern den Wünschen der Privatleute entgegengekommen sein wird, als der Gouverneur die Zusage gab, daß in Zukunft kaum noch Beamte von ihm zu Landesratsmitgliedern ernannt werden würden.

Die Legislaturperiode des Landesrats, für die der Entwurf zwei Jahre vorsah, wurde unter Zustimmung des Gouverneurs auf drei Jahre erhöht.

Was die Kompetenzen des Landesrats betrifft, so soll er neben seiner Stellung als beratendes Organ in Staatsachen usw. beschließende Stimme in allen den Fragen besitzen, die ihm zur Beschlußfassung durch den Reichskanzler überwiesen werden. Eine bindende Zusage, in welcher Art der Reichskanzler von dieser diskretionären Gewalt Gebrauch machen würde, konnte amtlicherseits allerdings noch nicht gegeben werden.

Der Verfügungsentwurf sah eine Verteilung der gewählten 10 Mitglieder über das Schutzgebiet in der Weise vor, daß auf Tanga, Pangani und Bagamoho zusammen ebenso wie auf Dar-es-Salaam und Rufiji zusammen zwei Stimmen entfallen sollten. Wilhelmstal, Moschi und Kruscha sollten je eine Stimme erhalten, die Südbezirke mit Langenburg und Iringa ebenso wie die Mittellandbahn- und Tanganjikabezirke zusammen je eine Stimme und eine Stimme die Viktoriasee- und Zwischenseegebiete. Abgesehen davon, daß die Verteilung durch die Erhöhung der Zahl der zu Wählenden auf 15 modifiziert werden mußte, war auch aus Gründen keine Einigung über die Verteilung der Stimmen zu erreichen, als natürlich jeder Vertreter das Bestreben hatte, dem von ihm vertretenen Wirtschaftsgebiet möglichst großen Einfluß zu sichern. Die Beschlußfassung über diesen Punkt wurde demgemäß verschoben.

Das Bild des neuen Landesrats wird sich von dem seines Vorgängers im wesentlichen dadurch unterscheiden, daß er nicht mehr rein beratendes Organ ist, sondern nach dem Vorbild Südwestafrikas in einer Reihe von Fragen beschließende Gewalt hat. Weiter erscheint es als ein Vorteil, daß er in seiner neuen Form wirklich eine Vertretung der Einwohnerschaft zu werden verspricht. Das konnte man bisher von ihm mit dem besten Willen nicht behaupten. Das Hauptkontingent in ihm stellten die Plantagengebiete und die Plantageninteressen, also Interessen, die für Ostafrika zwar bevorrechtigt sein mögen, aber schließlich doch nicht die Gesamtheit aller investierten Interessen umfassen. Die Reorganisation der Bevölkerungsvertretung wird nicht zuletzt auch dem Handels- und Kaufmannsstande die diesen nötige Vertretung zu schaffen geeignet sein und dem ungefunden Provinzpartikularismus, der sich in früheren Verhandlungen des Gouvernementsrats unangenehm breit machte, das Wasser abgraben.

Eine langjährige Forderung der Wirtschaftler fand mit der Vorlage einer Verfügung betr. die Bildung eines Eisenbahnbeirats ihre Erledigung. Der Eisenbahnbeirat ist als ständige Vertretung der Gesamtbevölkerung in Eisenbahnverkehrsfragen gedacht, die vom Gouvernementsrat — nicht nur aus seiner Mitte — gewählt wird und dem Gouvernement in allen Eisenbahnverkehrsfragen gutachtliche Äußerungen abzugeben hat. Ordnungsgemäß wird er als ständige Vertretung zusammengesetzt, in dem sich neben dem Eisenbahnreferenten des Gouverneurs, zwei Vertretern der Landwirtschaft, zwei des Handels, zwei der Industrie und der übrigen Berufe sowie einem Vertreter der Schutztruppe auf Wunsch des Gouvernementsrats auch die jeweiligen Betriebsleiter der Bahnen befinden.

Diese Regelung der Materie wird hoffentlich dazu beitragen, daß endlich einmal die seit Jahren trotz aller Verbesserungen immer wieder vorgebrachten Klagen über die Tarif- und Verkehrspolitik der Betriebsgesellschaften zur Erledigung kommen.

Einen breiten Raum nahm wie immer die Arbeiterfrage ein. Zurzeit sollen die Arbeiterverhältnisse wieder dermaßen schlecht sein, daß die Interessenten nach Meinung eines Pflanzervertreeters jeden Versuch unternehmen müßten, der auch nur einen Schein der Verbesserung der unhaltbaren Zustände verspräche. Dementsprechend hatten die Vertreter des Nordens der Kolonie eine Durchsprechung über zu gründende Zentralen für Arbeiterbeschaffung auf die Tagesordnung gebracht. Nach Vorschlag der Usambara-interessenten hätte eine solche Zentrale ein Anwerbemonopol zu erhalten, das sie durch andere ausüben ließe. Die Zentrale habe selbst und durch Nebenstellen, die in den Hauptwirtschaftsgebieten zu errichten seien, die Versorgung der Pflanzungen mit Arbeitern zu leisten.

Ämtlich wurde hiergegen eingewendet, daß die Vorbedingung einer solchen zwangsweisen Regelung der Arbeiterversorgung doch das Einverständnis der Mehrzahl der in Betracht kommenden sei. Ferner sei zu befürchten, daß die Anwerbekosten auf diese Weise zu hoch getrieben würden. In Rhodesia habe eine derartige Gesellschaft im Jahre 1912 für die Beschaffung von 14 700 Arbeitern 1,84 Millionen Mark ausgegeben, so daß sich der einzelne Mann auf 125 Mark gestellt habe. (Die jetzigen Anwerbekosten betragen zurzeit zirka 40 Mark in Ostafrika.)

Es sei allerdings zu hoffen, daß durch die beabsichtigte Sperrung einzelner Gebiete für die Arbeiteranwerbung eine gewisse Besserung erreicht würde. Besonders sollten solche Gebiete gesperrt werden, die infolge ihrer Bearbeitung durch europäische Unternehmen ihren Arbeitervorrat selbst brauchten. Ferner seien auch solche Gebiete zu sperren, deren Einwohner im Falle ihrer Abwanderung Gefahren durch den Klimawechsel unterworfen seien.

Der Gouvernementsrat schloß sich diesen Maximen an und ließ im übrigen die Frage der Zentralbeschaffungsstelle fallen.

Ich führte neulich bei Besprechung wirtschaftlicher Fragen in Britisch-Ostafrika in der „Kolonialzeitung“¹⁾ aus, daß man dort allmählich zu der Ansicht zu kommen scheine, als ob doch der Bogen des Wildschutzes etwas überspannt sei. Auch im ostafrikanischen Landesrat wurden Stimmen laut, die in einem zu weit gehenden Wildschutz eine wirtschaftliche Gefahr erblickten. Eine Abänderung der Jagdverordnung, die inzwischen auf dem Verordnungswege Rechtskraft erlangt hat, sieht den vermehrten Schutz einer Reihe von Tieren wie Zebra, Flußpferd, usw. vor. Aus dem Kilimandscharogebiet wurde angeführt, daß das Zebra sich für die Ansiedler geradezu zu einer Plage entwickelt habe. Nicht einmal die Einfenzungen der Viehfarman seien vor Zerstörungen sicher. Ebenso scheint es, als ob man doch dem Flußpferd zu großen Schutz angedeihen läßt. Wenn man z. B. am Viktoriassee sieht, welche Vernichtungen dieses Tier allnächtlich in den Schamben anrichtet, dann muß man nur bedauern, daß nicht ein erhöhter Abschluß den Eingeborenen einen besseren Schutz für ihr Eigentum gewährleistet.

Erfreulich ist es, daß nach den Verhandlungen des Gouvernementsrats allmählich auch in weiteren Privatreisen das Verständnis für die Gefahr sich erweitert, die der Islam in seinen sozialen Erscheinungen für das Schutzgebiet darstellt. Wenn auch den Anregungen der Mission nicht in allem entsprochen werden konnte, so muß es doch mit Freude begrüßt werden, wenn diese Frage immer und immer wieder auftaucht und behandelt wird, besonders wenn man daran denkt, daß es noch nicht allzulange her ist, als man die Frage des Islams erledigt glaubte, wenn sich die Missionen ihrer annahmen.

Ähnlich liegt es mit der Anderfrage. Der Gouvernementsrat ist zwar auch diesmal selbst nach den Ergebnissen der früher zum Studium der Buchführungsfrage der

¹⁾ Enthalten in Nr. 40 vom 5. Oktober 1913.

Indes niedergesetzten Kommission nicht zu endgültigen Beschlüssen gekommen, aber immerhin hat man doch einen Schritt getan: das Depotunwesen, über das ich neulich an dieser Stelle schrieb, wird seine Regelung erfahren.

Afrika ist das Land nicht des Sprungweisen, sensationellen Fortschritts, aber das der sorgfältigen, mühsamen Kleinarbeit. Der Erfolge dieser Kleinarbeit können wir uns freuen, und der letzte Gouvernementsrat hat das Seinige dazu getan, daß der Fortschritt nicht ins Stocken gerät.

Madagaskars neuere Entwicklung.

Von Dr. v. Dillech, Berlin-Steglitz.

Das Generalgouvernement von Madagaskar hat soeben einen umfangreichen Verwaltungsbericht herausgegeben (Tananarive 1913), der für alle Kolonialpolitiker von hohem Interesse ist. In folgendem sei einiges von dem fast 800 Seiten starken Werk wiedergegeben, insbesondere, soweit es die wirtschaftlichen Zustände und die daran sich knüpfenden Entwicklungsmöglichkeiten betrifft.

Madagaskar hat eine Gesamtfläche von 580 000 Quadratkilometer und nach dem neuesten Zensus vom 1. Januar 1913 eine Einwohnerzahl von 3 198 889 Seelen; davon sind 13 918 Europäer, 14 148 Asiaten oder festländische Afrikaner und 3 170 823 Eingeborene.

Die Insel bietet infolge ihrer orographischen Gestaltung und der Verschiedenheit ihres Klimas sehr vielen Kulturpflanzen die Bedingungen ihres Gedeihens. Die großen Hochflächen im Innern eignen sich für Getreidekultur und den Anbau des Maulbeerbaumes. Die Gebiete an der Ost- und an der Nordostküste besitzen ein heißes und feuchtes Klima, das der Mehrzahl der tropischen Nutzpflanzen zusagt, und endlich ist der warme und trockene Küstenstrich des Westens für den Baumwoll- und Kakaonußanbau geeignet.

Der Eingeborene kultiviert außerdem so ziemlich in allen Teilen des Landes Reis, Manioka, Batate und andere Nährpflanzen für seinen Bedarf.

Auf der zentralen Hochebene haben sich europäische Kolonisten angesiedelt, die sich mit Erfolg dem Anbau europäischer Kulturgewächse hingeben; vor allem der Kultur des Weinstocks und der Obstarten verschiedenster Art. Namentlich rühmt man in dieser Beziehung die Gegend von Fianarantsoa, die auch als Reiszexportgebiet eine wachsende Bedeutung beanspruchen darf.

Unter den an der Nordostküste der Insel erzeugten tropischen Produkten finden sich Vanille, Kaffee, Kakao, Ylang-Ylangöl¹⁾ und Baumwolle; letztere ist überhaupt ein wichtiges Erzeugnis der ganzen Ostküste.

In der Region von Befisofa und Fikiribihina wird die Tätigkeit der Europäer vornehmlich durch die Gewinnung von Kautschuk, Wachs, Raphiafaser und anderen Forstprodukten in Anspruch genommen, während weiter südlich und im Bezirk von Tuléar dank der Regulierung der Wasserverhältnisse, sich diese Tätigkeit mit befriedigendem Erfolge dem Anbau der Kaperbse, der Straußenzucht und der Schafhaltung zugewandt hat. — Versuchsstationen, Pflanzgärten und Versuchsfelder unterstützen alle diese Kultur- und Nutzungsunternehmen.

¹⁾ Ein aus den Blüten von *Unona odoratissima* destilliertes, ätherisches Öl, das wegen seines ungemein zarten Geruches in der Parfümerie höher als jedes andere geschätzt wird.

Die Betrachtung der Handelsentwicklung der Insel, an die wir nachstehend herangehen, wird uns zugleich Gelegenheit geben, auf ihre Hauptproduktion näher einzugehen:

Die Ein- und Ausfuhr stellte sich für das Jahr 1911 in Madagaskar in Frank wie folgt (dabei geben wir auch die entsprechenden Zahlen für Deutsch-Ostafrika, obgleich sich ein näherer Vergleich zwischen beiden Kolonien nicht gut durchführen läßt):

	Madagaskar	Deutsch-Ostafrika
Einfuhr	44,8 Millionen	54,9 Millionen
Ausfuhr	47,5	28,0
Insgesamt	92,3 Millionen	82,9 Millionen

Eine recht beträchtliche Steigerung brachte der Gesamthandel 1912:

Die Einfuhr betrug in diesem Jahre	50,0 Millionen Frank
Die Ausfuhr betrug in diesem Jahre	59,8
Insgesamt	109,8 Millionen Frank

Das Mehr gegen 1911 war also

bei der Einfuhr	5,2 Millionen Frank
bei der Ausfuhr	12,3

Insgesamt mithin ein Plus von 17,5 Millionen Frank,

das, wie der Bericht konstatiert, überwiegend der Entwicklung der Landwirtschaft zu danken ist. Detailzahlen hinsichtlich der einzelnen Warengattungen sind für dieses Jahr noch nicht angegeben, weshalb wir im nachfolgenden uns an die Ergebnisse von 1911 halten müssen.

Unter den Importartikeln des Jahres 1911 werden genannt:

Baumwollgewebe	im Werte von 17,9 Millionen Frank
Metallwaren	im Werte von 4,9 Millionen Frank
Metalle	im Werte von 2,5 Millionen Frank
Weine	im Werte von 1,9 Millionen Frank
Eisenwaren	im Werte von 1,2 Millionen Frank
Branntweine	im Werte von 0,8 Millionen Frank
Kohlen	im Werte von 0,7 Millionen Frank
Bauholz	im Werte von 0,7 Millionen Frank

Der Import von Reis, der im Jahre 1901 einen Wert von 5,6 Millionen Frank hatte, ist seitdem infolge des größeren und intensiveren Anbaues auf der Insel selbst fortgesetzt worden und erreichte 1911 nur noch den Betrag von 30 000 Frank.

Unter den Exportartikeln von 1911 sind folgende zu nennen:

1. Gold (roh)	im Werte von 8,7 Millionen Frank
2. Rohe Häute	im Werte von 8,7 Millionen Frank
3. Kautschuk	im Werte von 4,5 Millionen Frank
4. Raphiasajer	im Werte von 3,4 Millionen Frank
5. Kaperbje	im Werte von 3,2 Millionen Frank
6. Vanille	im Werte von 2,0 Millionen Frank
7. Animalisches Wachs	im Werte von 1,3 Millionen Frank
8. Haustiere und deren Produkte	im Werte von 1,2 Millionen Frank
9. Tischlerholz	im Werte von 0,9 Millionen Frank

Man sieht, daß unter den exportierten Waren „Gold“ mit der Position „Rohe Häute“ an erster Stelle steht. Zum Vergleich sei erwähnt, daß Deutsch-Ostafrika 1911 an Gold einen Betrag von 1,3 Millionen Frank exportierte.

Ehemals war Privaten die Nutzung von Erzen, abgesehen von Eisenerzen, in Madagaskar streng verboten. Als jedoch im Jahre 1896 die Insel endgültig französische Kolonie

wurde, wurden unter der neuen Regierung die Bergwerksrechte unter der Bedingung der Abgabe eines Wertes von 7 Prozent den nachsuchenden Prospektoren ohne Einschränkung verliehen. Es erwachte damit ein allgemeines Goldfieber mit all seinen Ambitionen und all seinen Hoffnungen. Bis zum Jahre 1905 war die Produktion im Aufsteigen begriffen, dann aber trat eine Krise ein, die bis vor wenigen Jahren gedauert hat.

Das Gold kommt in Madagaskar im natürlichen Zustande fast rein vor, und zwar entweder im Alluvium der Flüsse oder in Form von Metalladern in Quarzgesteinen. Auch sind einige Gneißarten goldführend.

Die alluvialen Ablagerungen, die bis heute bei weitem die Hauptmenge an Gold geliefert haben, sind als die Verwitterungsprodukte der auf der Insel in weiter Verbreitung vorkommenden kristallinen Felsarten: Gneiß, Glimmerschiefer, Granit und Quarzite anzusehen.

Die Mächtigkeit der goldführenden Alluvionen sowie die Stärke der sie überlagernden sterilen Erdschichten variiert sehr beträchtlich.

In dem Bassin von Sahandrambo bedeckt eine sterile Erdschicht von 1,8 Meter eine produktive Schicht von 0,45 Meter, die auf das Kubikmeter zwei bis sechs Gramm Gold ergeben hat. Im Jahre 1904 gewann man an dieser Fruchtbarkeit 74,1¹ Kilogramm Gold.

Am Ufer des Sahapatoflusses findet sich unter einer Erddede von 1,5 bis 2,5 Meter Mächtigkeit eine goldführende Schicht, 0,4 Meter stark, die 1904 eine Goldmenge von 41,517 Kilogramm geliefert hat; das ist, auf das Kubikmeter berechnet, 3 bis 10 Gramm. Endlich führt der Sakafuß unter einer 1,5 Meter starken Erdschicht eine goldführende Schicht von 0,25 Meter Dicke, die pro Kubikmeter 3 bis 6 Gramm Gold lieferte. Die Gesamtproduktion erreichte hier 1904 eine Menge von 106,947 Kilogramm.

Die Ausdehnung der goldführenden Alluvionen ist beträchtlich. Man findet Gold fast in allen Wasserläufen — bald in stärkerer, bald in geringerer Menge — die in Beziehung zu den archaischen Formationen mit ihren Gneiß-, Granit- und Schieferarten stehen.

Die Gewinnmethode des Goldes aus den produktiven Schichten geschieht entweder mit der einfachen Waschküffel (Patea) oder mittels Sortierapparaten unter Benutzung von zugeleiteten Wasserstrahlen.

Die Feststellung von Gold in den alluvialen Schichten muß mittels der einfachen Waschküffel ausprobiert werden. Beim Aufspüren goldführender Muttergesteine muß man flussabwärts der Stromquelle zu gehen und darauf achten, ob die goldspurenhaltigen Gesteinstrümmer eine mehr kantige oder mehr abgerundete Form besitzen. Jenes spricht dafür, daß sie vom Muttergestein nicht allzuweit entfernt sind, während letzteres für einen schon längeren Weg im Wasser zeugt.

Eisenhaltige Quarze und Quarzite sind, wie es scheint, am reichsten an Gold. Wo man deshalb eisenhaltige Auswitterungen an diesem Gestein sieht, ist es ratsam, Proben davon näher zu untersuchen nach dem englischen Sprichwort: The iron covers the golden head.

Die Untersuchung der Goldader oder Naderchen bedingt beträchtliche Ausgaben, die in Madagaskar sich bei der mangelnden Erfahrung der eingeborenen Arbeiter hinsichtlich des bergmännischen Betriebes noch steigern. Für den europäischen Unternehmer bleibt sonach die Wahl zwischen zwei Verfahren. Entweder wird die Ausbeutung des goldführenden Alluviums betrieben, die einen zwar bescheidenen, aber relativ sicheren Gewinn bringt, oder aber die Goldgewinnung erstreckt sich auf die goldführenden Gesteine selbst. Das Ergebnis hierbei ist zwar unsicherer, im glücklichen Fall aber auch lukrativer und nachhaltiger. Im Laufe der Jahre 1909—1911 wählten bereits mehrere Prospektoren diesen Weg und hatten damit auch schon einigen Erfolg.

Die Goldmenge, die seit 16 Jahren aus Madagaskar exportiert worden ist, beträgt 30 000 Kilogramm.

Zu 3 der Exportübersicht: Kautschuk. Der Kautschuk Madagaskars stammt der Hauptmenge nach von *Vianen* ab, die zumeist der Gattung *Vandolphia* angehören. Geringere Mengen kommen auch von Baumarten (*Mascarenhasia quidroa* und *hasondrano*). Die *Vandolphia*-arten liefern zwei Sorten: „*Tamatave rose* oder *pinleg*“ und „*Majunga superieur*“; beide werden zu den besseren Kautschuksorten gezählt; erstere erzielt auf den Binnenmärkten der Insel 5 bis 8 Frank pro Kilo, letztere 3 Frank. Der Export an Kautschuk ist seit 1902 sehr gestiegen, was zum Teil auf die rationellere Gewinnung desselben, die die französische Regierung die Eingeborenen lehren ließ, zurückzuführen ist, zum Teil aber auch auf den größeren Gebrauch Europas an diesem Artikel. Immerhin ist er großen Schwankungen unterworfen. So betrug:

1902 der Exportwert des Kautschuks 0,55 Millionen Frank

1905 der Exportwert des Kautschuks 4,84 Millionen Frank

1908 der Exportwert des Kautschuks 1,26 Millionen Frank

1910 der Exportwert des Kautschuks 9,37 Millionen Frank

1911 der Exportwert des Kautschuks 4,57 Millionen Frank

Zu 4 *Raphia*-faser: Die *Raphiapalme*, die bekanntlich einen vorzüglichen Faserstoff liefert, ist auf Madagaskar vornehmlich in den Provinzen *Nosy-Be*, *Anala* und *Majunga* verbreitet. Ihre Faser wird in Frankreich von den Gärtnern und Weinbauern beim Pfropfen und Anbinden der Reben in enormen Mengen verbraucht. Aus der obigen Übersicht geht hervor, daß ihr Exportwert die vierte Stelle unter allen Waren der Insel einnimmt.

Zu 5 *Kaperbse*: Die fünfte Stelle wird von der *Kaperbse* eingenommen. Die Kultur dieser Leguminose ist auf das Alluvium der Deltabildungen der Flüsse im Südwesten der Insel im wesentlichen beschränkt. Das hier herrschende heiße Klima sagt ihr besonders zu.

Der Export der *Kaperbse* hat erst in jüngster Zeit größere Dimensionen angenommen. 1896 erreichte er kaum eine Wertziffer von 23 000 Frank, während 1910 dieselbe schon auf 1,12 Millionen Frank hinaufschnekte und 1911 bereits über 3 Millionen betrug. Eine sorgfältige Auswahl des Saatgutes hat die Qualität sehr erhöht. An Stelle des ursprünglich kleinen, roten oder gefleckten minderwertigen Kornes ist eine Ware getreten, die sich durch ein großes, weißes Korn auszeichnet und auf dem Markt sehr gesucht ist.

Zu 6 *Vanille*: Die *Vanillepflanze* wird auf der ganzen Ostküste zwischen *Antalafa* und *Farafangana* kultiviert; aber es sind besonders der nördliche Bezirk von *Maroantsetra* und die Provinz *Nosy-Be*, die ihren Anbau besonders pflegen.

Diese *Orchidee* bevorzugt reiche Humusböden, gedeiht aber auch in einzelnen Fällen auf den sandigen Böden am Rande des Meeres. Sie wird durch Ableger fortgepflanzt und benötigt einer Stütze, zu der zumeist *Pinienholz* oder *Drachenbaumholz* gebraucht wird. Gewöhnlich wird sie am Anfang der Regenzeit gepflanzt. Sie beginnt nach Verlauf von 2½ bis 3 Jahren zu blühen. Sie ist bekanntlich eine insektenblütige Pflanze, das heißt, zur Erzielung der Befruchtung und des Entstehens der Schote ist sie in ihrer Heimat (*Peru*, *Mexiko*) auf den Besuch von gewissen Insektenarten angewiesen, die den Blütenstaub auf die Narbe übertragen. In Madagaskar fehlen diese Insektenarten, und man ist deshalb gezwungen, den Blütenstaub künstlich mit der Hand auf das weibliche Geschlechtsorgan zu bringen. Eingelübte Arbeiter bewirken diese Manipulation bei 800 bis 900 Blüten im Verlaufe eines Vormittags. Um qualitätsreiche Schoten zu erzielen, befruchtet man von einem Blütenstande nicht mehr als vier oder fünf Blüten und sucht dazu natürlich die kräftigsten aus. Die Zeit der Blüte währt

vom August bis zum Oktober. Nach der Befruchtung wächst die Schote sehr bald heran, gebraucht aber zu ihrer vollen Reife über sechs Monate. Die Ernte findet in der Regel vom April bis zum Juli statt. Da die Schoten ziemlich verletzlich sind, muß ihre Abnahme mit der größten Vorsicht geschehen. Für den Verkauf muß man sie alsdann noch besonders präparieren. Die Präparation hat den Zweck, „de concentrer le parfum à l'intérieur de la gousse“. Man gebraucht dazu heißes Wasser, Dampf oder eine Trockenkammer. In Madagaskar ist das Behandeln mit heißem Wasser die all-gemein übliche Methode. Man taucht die zu kleinen Paketen vereinigten Schoten auf kurze Zeit in kochendes Wasser, legt sie hiernach einen Tag lang der Sonne aus und läßt sie dann langsam vollständig nachtrocknen, indem man sie mit Akajouöl bestreicht. Schoten von guter Qualität bedecken sich nach kurzer Zeit mit kleinen Vanillinkrystallen. Sie haben einen höheren Handelswert, und „findige“ Handelsleute suchen deshalb diesen Vanillinanflug bei schlechterer Ware durch Anwendung von Benzoesäure zu ersetzen.

Eine rationell betriebene Vanilleplantage gibt die erste Ernte nach Verlauf von drei Jahren, erreicht aber ihre volle Produktionsfähigkeit nicht vor dem fünften Jahre. Auch der Vanilleexport Madagaskars hat sich ähnlich wie die Raphiaausfuhr erst in den letzten Jahren zu größerer Lebensfähigkeit entwickelt.

So betrug sein Wert 1904 nicht mehr als 172 314 Frank, während er 1910 bereits auf 1,3 Millionen und 1911 auf 2 Millionen Frank gestiegen war.

Zu 7. Animalisches Wachst. Zu dieser Position gibt unser amtlicher Bericht keine nähere Auskunft. Gemeint ist hierbei wohl hauptsächlich Bienenzucht, das auch im Exporthandel Deutsch-Ostafrikas mit über einer Million Frank eine wesentliche Rolle spielt.

Zu 2 und 8: Rohes Häute und Haustiere. Das Rind Madagaskars gehört zur Zebu-rasse. Ursprünglich von Indien eingeführt, aber bereits seit Jahrhunderten auf der Insel eingebürgert, hat es sich vollkommen an das Klima und die Ernährungsweise gewöhnt. Im Vergleich zu unseren europäischen Vieh-rassen ist es klein und erreicht nur ein Körpergewicht von 300 bis 400 Kilogramm.

Die Haltung liegt fast ganz in den Händen der Eingeborenen, obgleich Europäer große Zebuherden besitzen. Die Herden sind stetig auf der Weide und allen Unbilden des Klimas ausgesetzt; sie leben in einem fast wilden Zustande. Alles ist der Natur überlassen. Wenn diese durch zeitigen und genügenden Regen das Futterwachstum begünstigt, so ist auch für das Zeburind bestens gesorgt, währt aber die trockne Jahreszeit ungewöhnlich lange, so leidet es in bedeutendem Maße. Die Eingeborenen sehen dem gleichgültig zu. An der Einbringung von getrocknetem Futter zur Reserve für die trockne Zeit denken sie nicht. Die Aufzucht des Jungviehs begegnet unter diesen Umständen mannigfachen Schwierigkeiten und ist weit davon entfernt, wirklich befriedigende Resultate zu ergeben. In der Jugend erhält das Vieh nur wenig Milch, es ist infolgedessen sehr spät reif und erlangt seine volle Entwicklung erst im 5. bis 6. Lebensjahre. Die vorgeschlagenen Mittel zur Beförderung der Frühreife wie die Selektionsmethode, mit der man in Europa die Kulturrassen (Durham, Charolais usw.) geschaffen hat, und die Kreuzung mit europäischem Vieh sind zurzeit den Eingeborenen noch nicht zu empfehlen, da ihnen vorderhand der Viehzüchterische Blick durchaus fehlt.

Trotz all dieser Mängel in der Viehhaltung sind dennoch die allgemeinen Bedingungen für die Haltung so günstig, daß die Viehzahl in Madagaskar sich von Jahr zu Jahr hebt. Bei der Erhebung einer öffentlichen Abgabe findet eine jährliche Aufnahme des Viehbestandes statt, und es ist beispielsweise die Kopfzahl von 2 342 792 im Jahre 1904 auf 4 573 370 im Jahre 1911 gestiegen. Das Jungvieh ist darin nicht eingegriffen und ebenso nicht die zahlreichen wilden Kinder im westlichen Teil der Insel. Das madagaskarische Vieh erweist sich nach dem amtlichen Bericht eines sehr guten Gesundheitszustandes. Tuberkulose, die hin und wieder im Süden auftritt, wird durch

veterinärpolizeiliche Maßregeln erfolgreich bekämpft. Bei der Nutzung steht in erster Linie sein Gebrauch als Zug- und Lasttier, wozu es sich vorzüglich eignet. Als Schlachtvieh liefert es eine begehrte Ware. Bei seiner Mastung gelingt es, sein Gewicht von 400 Kilogramm auf 600 bis 650 Kilogramm binnen sechs Monaten zu bringen, und sein Schlachtgewicht variiert zwischen 55 und 62 Prozent.

Es wird infolgedessen auch in erheblicher Zahl in lebendem Zustande exportiert. Die auf 1,2 Millionen Frank angegebene Exportsumme der Position 8 betrifft nahezu ganz „lebendes Schlachtvieh“.

Die von dem Vieh gelieferten Häute bilden neben der Goldausfuhr die wichtigste Exportposition Madagaskars. Ihr Ausfuhrwert betrug 1896 nur 106 891 Frank, erreichte aber 1911 schon die recht beträchtliche Höhe von 8 668 191 Frank.

Zu 9. Tischerholz. Bezüglich dieser Position müssen wir auf das Original verweisen. Sie umfaßt neben eigentlichem Tischerholz auch solches, welches für Einlegearbeiten und Wagnerholz gebraucht wird. Unter den Baumarten, die diese Materialien liefern, werden genannt: Ebenholzbaum, Rosenholzbaum, Polifander, Mango und Ambora.

Deutscher Handel und Schifffahrt spielen bei dem Umfasse der vorgenannten Waren auf Madagaskar eine relativ große Rolle. Es geht dies deutlich aus der folgenden Uebersicht hervor. Der Wert des

betrug 1911 in Millionen Frank:	Importes	Exportes
1. unter französischer Flagge . . .	41 524 712	36 767 541
2. unter deutscher Flagge . . .	1 789 238	7 118 418
3. unter englischer Flagge . . .	679 045	3 437 152
4. unter indischer Flagge . . .	213 123	87 096
5. unter anderer Flagge . . .	557 774	125 154
	44 763 892	47 535 361

Hiernach steht die deutsche Schifffahrt im Range gleich hinter Frankreich und übertrifft den Anteil aller anderer Nationen, sogar den Englands, bedeutend. Die daraus sich ergebenden Beziehungen zu Madagaskar sind für Deutschland zweifellos von großem Wert, und es wird die Aufgabe einer weitsichtigen Wirtschaftspolitik sein, sie weiterhin auszugestalten und zu pflegen.

Die wachsende Kenntnis der auf Madagaskar vorhandenen Reichtümer und Hilfsmittel sowie die Erleichterung des Handels durch die Verbesserung der Verkehrswege und Verkehrsmittel sind für die Förderung der dort bereits bestehenden Industrien sowie für das Ansiedelntreten neuer Unternehmungen sehr wesentlich gewesen.

Eine große Zahl kleiner gewerblicher Unternehmungen existiert in allen Provinzen der großen Insel; diese beschränken sich aber durchaus auf die Fabrikation von Gegenständen des täglichen Gebrauches für die Eingeborenen selbst. Sie werden meist ohne Spezialkenntnis und nach primitiven Methoden angefertigt. Es seien davon angeführt einfache baumwollene und seidene mit dem Klöppel gearbeitete Gewebe, Matten und Korbwaren. An der Küste fertigen die Eingeborenen auch Barken und andere Seefahrzeuge sowie deren einfache Ausrüstungsgegenstände, wie Taue, Tafelwerk usw. Auch die Bearbeitung des Eisens und des Holzes sowie die Töpferei und Ziegelei sind alte Kunstfertigkeiten. Besonders verdienen aber folgende Artikel, die man als Spezialerzeugnisse der Malgachen ansehen kann, hervorgehoben zu werden.

a) S p i ß e n. Die Fabrikation von Spizen beschränkt sich auf die Provinzen Tananariva und Befileo. Die Spizen werden seit neuerer Zeit nach Frankreich exportiert und werden dort sehr geschätzt. Sie konkurrieren infolge der Solidität und Feinheit mit ähnlichen Artikeln, zum Beispiel mit den Spizen von Valenciennes, nicht ohne Erfolg. Immerhin handelt es sich dabei zunächst noch um einen Anfang, denn der Exportwert wird für 1910 nicht höher als 32 644 Frank angegeben.

b) Stroh h ü t e. Die Industrie der „Strohhüte“, zu welchen Palmen und andere Pflanzen das Rohmaterial hauptsächlich liefern, beschäftigt in der Gegend von Tananariva etwa 15 000 Hovafräuen. Der Export dieses Fabrikates steigt von Jahr zu Jahr. So betrug er 1908 rund 0,66 Millionen Frank und 1911 bereits 1,41 Millionen. Der Preis eines Madagaskarhutes variiert von 1.25 Frank bis zu 9 Frank. Es ist diese „Strohhut“fabrikation eine von denjenigen Industrien, die sich möglicherweise auch in deutschen Kolonien mit Vorteil einführen ließe.

Unter den von Europäern betriebenen Industrien, wie Destillieren, Brauereien, Installationen zur Herstellung von gefrorenem Fleisch, Seifenfabriken, Salinen usw. interessiert uns besonders das Unternehmen der „Deutschen Ostafrikanischen Gesellschaft“. Die Gesellschaft befindet in Sardevoay bei d'Hell-Will (Nohy-Be) eine Seifenfabrik, deren Produkte an der ganzen Nordostküste gebraucht werden. Die Fabrikation, die in fortschreitender Entwicklung sich befindet, und deren Jahresproduktion zurzeit auf 300 Tonnen berechnet ist, wird aber unzweifelhaft ihren Höhepunkt erst dann erreichen, wenn sie, anstatt das Rohmaterial aus dem Auslande einzuführen, auf die heimische Produktion an Kokosnußfett wird zurückgreifen können. Die zahlreichen Anpflanzungen der Kokosnußpalme auf Madagaskar werden in absehbarer Zeit dieses Ziel wahrscheinlich erreichen lassen.

Die Arbeiterfrage in Madagaskar hat wie in fast allen Kolonien eine große wirtschaftspolitische Bedeutung und berührt, wie leicht verständlich, die Prosperität der europäischen Unternehmer aufs tiefste.

Durch Dekret vom 1. Januar 1905 wurde die allgemeine Arbeitsfreiheit eingeführt und damit die generelle Freizügigkeit zur öffentlichen Institution erhoben.

Dieser Maßregel stand der Beschluß vom 29. März 1906 ergänzend zur Seite, nach dem das öffentliche Arbeitsamt zu einer halbamtlichen Vermittlungsstelle zwischen Angebot und Nachfrage organisiert wurde.

Die Verwaltung Madagaskars mischt sich von Amts wegen nicht mehr unmittelbar in die Beschaffung von Arbeitern, und die Arbeitskontrakte unterliegen jetzt durchaus den Bestimmungen des gemeinen Rechtes. Gleichwohl ist die Regierung natürlich genötigt, der ganzen Arbeiterfrage fortgesetzt ein eingehendes Interesse zu widmen, und sie hat deshalb unter anderem angeordnet, daß in den Hauptorten des Landes der Bedarf der Unternehmer an Arbeitern durch Anschlag öffentlich bekanntgegeben wird.

Die Unterdrückung der administrativen Intervention bei den Mietskontrakten der Arbeiter hat zu ökonomischen Störungen im allgemeinen keinen Anlaß gegeben. Im Gegenteil, sie hat als Resultat gehabt, daß Angebot und Nachfrage sich nach Wunsch begegnen, während die früher existierenden Privilegien hemmend in diesen freien Verkehr eingriffen. Auch wußten sich die Arbeiter den bestehenden Vorschriften dadurch zu entziehen, daß sie irgendein — vorgeschütztes — Engagement unterschrieben und hiermit von weiteren Verbindlichkeiten frei wurden.

Abgesehen von einzelnen Regionen der Provinz Macatanana und des Bezirkes Morondava, wo der Arbeitermangel sich aus der Leichtigkeit erklärt, mit der der Eingeborene sich seine Existenz verschaffen kann, oder wo er zu motivieren ist mit seiner ausgesprochenen Arbeitsunlust, und ferner, abgesehen von einigen Zentren des Landes, wo das Angebot sich nur sehr langsam vollzieht, hat die Lockspise des Salärs dort gewirkt, wo man die Eingeborenen für ungeeignet und selbst rebellisch gehalten hat.

Tennoch gibt es einige Gegenden, wo die heimischen Arbeitskräfte nicht ausreichen. So konnten die Vatsimiaraka der kleinen Insel St. Maria, ohne Zuhilfenahme von Gefangenearbeit, die Ernte von Gewürznelke und Vanille und anderer Plantagenarbeit nicht durchführen. Desgleichen würde man in den Provinzen Nohy-Be und Diego-Suarez weder die großen Farmen noch die Goldgewinnung in gutem Betrieb erhalten können, ohne die von anderen Teilen Madagaskars zuwandernden Arbeiter; denn die Arbeits-

unlust der Bewohner dieser Provinzen (die Sakalave und Antakara) ist sehr groß, und sie mühen sich nur insoweit, als es notwendig ist, das Existenzminimum zu gewinnen. Die zuwandernden Arbeiter stammen aus der Provinz Farafangana; bei all ihrer Turbulenz sind sie sehr fleißig. Am Ende der Arbeitskampagne laufen sie von ihrem Lohn Vieh auf, das sie auf dem Landwege bis in ihre Heimat treiben. In der Provinz Diego-Suarez schätzt man die Zahl dieser Wanderarbeiter auf ungefähr 10 000 und in der Provinz Nosy-Be auf etwa 2500. Auch die großen Farmen der Ostküste greifen auf diese Wanderarbeiter zurück.

Auf den Hochflächen im Innern Madagaskars ist das Arbeiterangebot für Landwirtschaft wie für Industrie völlig ausreichend. Es ist in der Provinz Tananariva zurzeit geradezu in Fülle vorhanden, weil einerseits die Bahnbauten nach Tananariva vollendet sind und anderseits die Arbeit der heimischen Lastenträger immer mehr durch Fuhrwerke ersetzt wird.

Im allgemeinen, sagt unser Bericht, besteht für den Unternehmer keine Arbeiternot, der die Eingeborenen human und gerecht behandelt und vor allen Dingen auch den Arbeitslohn regelmäßig bezahlt.

Die Jurisdiktion des gemeinen Rechtes, die in Frankreich sich als ungenügend erwies für die Regelung der Konflikte zwischen Kapital und Arbeit und deshalb durch die Einrichtung von gewerblichen Schiedsgerichten ersetzt wurde, hat sich in Madagaskar als völlig unzureichend erwiesen. Die Höhe der Klagekosten und die Formen der französischen Prozeßordnung schienen, obwohl sie vereinfacht wurden, den Eingeborenen viel zu kompliziert, so daß sie vielfach auf die Tribunale verzichteten, wenn sie in ihrem Recht verlegt waren oder es glaubten zu sein. Auch die Arbeitgeber sahen in dieser Einrichtung keinen Vorteil: die Prozeßkosten schienen ihnen im Mißverhältnis zu den etwa ihnen zugesprochenen Entschädigungen zu stehen, und zudem wußten sich die Eingeborenen häufig der Zahlung zu entziehen. Gemäß Dekrets vom 22. Oktober 1906 sind nun in Madagaskar Schiedsgerichte für die eingeborenen Arbeiter in den verschiedenen Orten, je nach Bedürfnis, eingerichtet worden.

Diese Gerichte, zusammengesetzt aus dem Chef der Provinz oder des Bezirkes, einem französischen Ansiedler und einem Eingeborenen, haben sich bewährt. Die eingeborenen Arbeiter haben in diesen Institutionen eine einfache, kostenlose und schnell arbeitende Instanz, die ihnen erlaubt, sich der Willkür ihrer Arbeitgeber zu entziehen, und diese wieder können wirksam einen etwaigen Kontraktbruch verfolgen.

Wir haben in vorstehendem versucht, in Kürze die wirtschaftlichen Quellen Madagaskars, den heutigen Stand seines Handels und seiner Landwirtschaft und Industrie und die daraus sich ergebenden Entwicklungsmöglichkeiten zu schildern. Zur Größe der gewaltigen Kolonie ist alles nur ein Anfang, obwohl Frankreich sich schon seit Jahrhunderten bemüht, gerade diese Insel unlösbar an sich zu fetten. Man kann jedoch wohl annehmen, daß es mit den modernen Mitteln, die Wissenschaft, Industrie und Verkehr bieten, Frankreich gelingen wird, in die ganze Entwicklung demnächst ein schnelleres Tempo zu bringen und damit der Insel mit Recht den Namen zu verschaffen, den schon Colbert durch Dekret vom 27. August 1664 adoptiert hatte: *la France orientale*.

Die indische Einwanderung in Britisch-Südafrika.

Von Prosper Müllendorff.

Am 1. August ist das südafrikanische Bundesgesetz in Kraft getreten, das unter der Bezeichnung eines „Gesetzes über die Einschränkung der Einwanderung“ das Daseinsrecht der Indier auf dem Boden des Bundes zu umschreiben bezweckt. Die „Kolonialen Monatsblätter“ haben sich verschiedentlich im Augustheft mit der Forderung beschäftigt, die auch für uns Interesse wegen der Rückschlüsse hat, die man aus der südafrikanischen Lösung auf die Verhältnisse in Deutsch-Ostafrika ziehen kann.

Eine Lösung aber scheint es nur zum Teil geworden zu sein. Das Mitte Juni ziemlich rasch verabschiedete und von dem Generalgouverneur Lord Gladstone vollzogene Gesetz verfügt die Zulassung auf Bundesgebiet „allen Personen oder Klassen von Personen, die aus wirtschaftlichen Ursachen oder mit Rücksicht auf die Art ihrer Lebenshaltung die Regierung nicht für geeignet halten werden gegenüber den Anforderungen des Bundes oder einer seiner Provinzen“. Ueber diesen Grundsatz war man allgemein einig, da er die ehemals unmittelbar gegen die Indier, die als Asiaten bezeichnet wurden, gerichtete wörtliche Unterscheidung fallen läßt. Auch die Vertreter der Indier hatten gegen diese Fassung nichts einzuwenden. Im Jahre 1911, als die Machthaber sich mit ihnen auf dieser Grundlage verständigt hatten, hörte der passive Widerstand auf, den sie bis dahin den einzelnen Staatsgesetzen geboten hatten. Es war auch ausgemacht worden, daß unverzüglich ein Gesetz in diesem Sinne ausgearbeitet werden sollte, allein politische Umstände hatten dessen Erlass bis jetzt verzögert.

Allein damit ist die Streitfrage, an deren Lösung die indische Regierung und die Londoner Reichsregierung mit beteiligt sind, noch nicht endgültig geregelt. Das zeigte sich am 30. Juli im Oberhause, wo Lord Amthill und Lord Curzon dem Kabinett Vorwürfe wegen des Gesetzes machten. Wir brauchen auf den Inhalt ihrer Ausführungen nicht einzugehen, weil die beiden Redner vor allem im Interesse der Opposition sprachen. Allein ihre Bemerkungen sind geeignet, die Unzufriedenheit der Indier mit gewissen Bestimmungen des Gesetzes zu wecken, und vielleicht fängt der passive Widerstand infolgedessen wieder an. Ihrer Ansicht nach hätte die Reichsregierung durch den Generalgouverneur ihre Zustimmung verweigern müssen, da aber das nicht geschehen ist, so sollte wenigstens das Gesetz zeitweilig außer Wirksamkeit gestellt werden.

Die Ursachen für diese Anfechtung und die Unzufriedenheit der Indier sind folgende. Zwar wird kein Unterschied nach der Rasse mehr im Bundesgesetz selbst gemacht, allein dieses hält die bisherige Unterscheidung aufrecht, indem es das Sondergesetz der Transvaalstaaten über die Einwanderung der Asiaten in Geltung läßt und anerkennt, und dieses Gesetz ist bekanntlich sehr hart. Die Indier wollen nicht in die Transvaalprovinz, wo sie ohnehin kraft der geltenden

Bestimmungen kein Land besitzen, keinen Handel treiben dürfen und anderen Beschränkungen unterliegen; würden diese Beschränkungen behoben, so ständen sie nichtsdestoweniger feindlichen Behörden gegenüber, die ihnen das Leben sauer machen würden. Für sie müßte aber das Prinzip der Unterscheidung weichen. Es knüpfen sich an die Oranische Gesetzgebung andere Forderungen, und die wenigstens sollten aufhören. Ueberdies muß man in London wie in Südafrika damit rechnen, daß die Oranjer für keine Regelung zu haben wären, die ihr Sondergesetz nicht in Geltung ließe.

Eine weitere Beschwerde der Inder gegen das neue Gesetz betrifft die geltenden Rechte der in Südafrika ansässigen Inder. Diese Schwierigkeit bildete 1910 den Gegenstand eines Briefwechsels zwischen dem Londoner Kolonialamt und der Bundesregierung. Lord Crewe, damals Kolonialminister, äußerte in einer Depesche vom Oktober die Hoffnung, daß die neue Gesetzgebung das gesamte Bundesgebiet als ein „einheitliches Einwanderungsfeld“ behandeln und die provinziellen Grenzen wegfallen lassen würde. Das erklärte in einer Antwort vom Dezember der Premier, General Botha, für unmöglich; auch hätten die Inder das nicht einmal verlangt. Diese beiden Schreiben gingen aber neben das Ziel. Die indische Gemeinschaft hatte nie angeregt, die bestehenden Gesetze über den Verzug von einer Provinz in die andere aufzuheben, sondern nur, daß keine neuen binnenländischen Schranken errichtet werden sollten. Die im Jahre 1911 getroffene Vereinbarung schloß denn auch von seiten der Inder die volle Anerkennung des Sondergesetzes ein, das Transvaal gegen die Einwanderung erlassen hatte.

Das neue Gesetz entspricht indes diesen Vereinbarungen nicht. Wohl wird der Bund als ein einheitliches Einwanderungsgebiet betrachtet, was die Zulassung neuer Ankömmlinge angeht; daneben wird jedoch die von den Provinzen Transvaal und Oranje verlangte Aufsicht über die Abwanderung von einer Provinz nach der anderen gemäß den geltenden Gesetzen weiter erhalten. Das lassen sich die Inder noch gefallen. Doch das Gesetz geht weiter. Gegenwärtig haben alle in Südafrika ansässigen Inder das Recht der freien Niederlassung in der Kapprovinz, gemäß dem neuen Gesetz aber können sie dort abgewiesen werden, als ob sie frisch von außen in das Bundesgebiet einzögen — eine ganz wesentliche Verschlechterung, die auch die in Afrika geborenen Inder trifft.

Nebenbei ist die Fassung des Gesetzes derart, daß den in Natal ansässigen Indern das dort zustehende Recht der Niederlassung wieder entzogen zu werden scheint, und ferner, daß die monogamen Ehen nicht anerkannt werden, die in Südafrika gemäß Hindu- oder mohammedanischem Ritus geschlossen werden.

In England wünscht man begreiflicherweise, daß aus all diesen Mängeln keine neuen Schwierigkeiten entstehen mögen. Der vernünftigste Vorschlag ist wohl der, in Abwartung künftiger Novellen, welche die Erfahrung ergeben werden, mit den Sprechern der Inder ein Abkommen über eine weitherzige

Auslegung des Gesetzes zu treffen, und es scheint auch Hoffnung dafür zu bestehen, daß eine Verständigung in diesem Sinne zustande komme. Daß eine aber steht fest, daß eine britische Kolonie Maßregeln gegen den übergroßen Zuzug von Volkselementen treffen kann, die aus einem anderen Teile des britischen Reiches zuziehen wollen, daß mithin einer gleichartigen Regelung in einer deutschen Kolonie nichts entgegenstehen kann.

Öffentliche Arbeiten und Bauten in unseren Schutzgebieten während des letzten Berichtsjahres.

Von Ingenieur Gottfried Goldberg, Berlin-Lichterfelde.

Die technischen Arbeiten und Neuerungen in unseren Kolonien sind so mannigfacher Art und haben, trotzdem sie häufig mit großen Schwierigkeiten verbunden sind, eine Ausdehnung angenommen, die es unmöglich macht, sie in einem einzigen, dem Raum dieser Zeitschrift angemessenen Aufsätze, wie dies früher häufig geschehen ist, auch nur einigermaßen erschöpfend zu behandeln. Es soll daher an dieser Stelle zunächst einmal die Tätigkeit der Behörden und Privatpersonen auf dem Gebiete der öffentlichen Arbeiten und Bauten besprochen werden.

Im allgemeinen kann die Verwaltung der Schutzgebiete mit Befriedigung auf das letzte Berichtsjahr zurückblicken, in allen Schutzgebieten, insbesondere in Deutsch-Südwest und Kamerun, waren die amtliche und private Bautätigkeit rege, trotzdem die Vorbedingungen nicht immer als die besten bezeichnet werden können. Gerade dieser Zweig des technischen Lebens ist, abgesehen von der Verkehrstechnik, wohl am meisten vom allgemeinen Volkswirtschaftsleben und dem Geld- und Kreditmarkte abhängig. Leider waren gerade im letzten Berichtsjahre die Geldquellen aus dem Mutterlande wenig ergiebig (zum Glück ist ja seitdem ein Wandel eingetreten und ein Kreditinstitut für unsere Kolonisten ins Leben gerufen worden), daneben ließen aber auch die Arbeiterverhältnisse manches zu wünschen übrig. Es sind neuerdings von der Verwaltung verschiedene Bestimmungen über Arbeiteranwerbung, Arbeitsvertrag und Arbeiterfürsorge getroffen worden: in Deutsch-Südwest wurden sogar Eingeborenenkommisare zur Überwachung der Gesundheits- und Lohnverhältnisse der farbigen Arbeiter berufen. Diese Einrichtungen sind ja gewiß sehr lobenswert und verdienen volle Anerkennung, ob durch sie aber dem immer drohender werdenden Arbeitermangel gesteuert werden dürfte, bleibt dahingestellt. Schon jetzt sind die Löhne, welche gelernte Bauhandwerker beziehen, für unsere Verhältnisse staunenswert hoch, besonders an den Orten, wo das schnelle Wachsen der Bevölkerung zahlreiche Bauten hervorruft. Eine Glanzzeit bedeuteten zum Beispiel für alle Bauhandwerker die ersten Jahre des Diamantenfiebers in Lüderiksbucht und Umgebung, wo nicht nur auf den Diamantenfeldern selbst, sondern auch in der Stadt die Terrainspkulationen blühten und zu durchaus ungefundnen Auswüchsen führten. In rascher Folge wuchsen hier Häuser für die Europäer wie Pilze aus der Erde, und die Bauhandwerker verstanden sehr wohl, die Situation auszunutzen und ihre Arbeit richtig einzuschätzen. 20 Mark Tageslohn für einen Maurer war ein Durchschnittsverdienst; leider, oder — soll man sagen — glücklicherweise lenkte die Entwicklung bald wieder in normalere Bahnen ein. Trotzdem kann gesagt werden, daß tüchtige und nüchterne Bauhandwerker noch heut ihr Glück in den Kolonien machen und eines guten Verdienstes gewiß sein können.

In jenen Zeiten des Gründungsfiebers wurde auch das wenig erfreuliche Verfahren der „Kamischbauten“ nach den Kolonien verpflanzt, das jetzt glücklicherweise wieder überwunden zu sein scheint. Die private Bautätigkeit unserer Schutzgebiete ist,

wenn man so sagen darf, auf der dritten Stufe der Entwicklung angelangt. Zunächst baute man — häufig tat es der spätere Besitzer selbst, so gut er es konnte, oder vielmehr nicht konnte — sein Haus nur dem Wunsche entsprechend, vier Wände und ein Dach, um Schutz vor Feinden, wilden Tieren und Witterungsunbilden zu besitzen. In den Ortschaften waren die Häuser nicht viel besser, immer standen zwei Warnungstafeln vor jedem ästhetischen Streben: baue billig! In wenigen Jahren verläßt du doch dies Land undkehrst nach Deutschland zurück, das Haus aber bleibt hier!

Einen kurzen Wandel brachte die schon oben erwähnte Zeit, welche der Auffindung der ersten Diamanten folgte. Hatte bisher trotz aller Einfachheit und äußersten Schmutzlosigkeit doch eine gewisse altväterliche Solidität im Bauwerk gemaltet, so wurde, wenigstens häufig, jetzt auch mit dieser letzten versöhnenden Eigenschaft gebrochen. Schnell, in fieberhafter Eile wurden Häuser errichtet, auf deren Fertigstellung die Mieter schon mit Sehnsucht warteten; Schnelligkeit war die dringendste Forderung und wurde nur auf Kosten der Solidität erreicht.

Mit dem Nachlassen des Zuzuges und der Wiederkehr normaler Verhältnisse war auch diese zweite Epoche in der Geschichte der kolonialen Architektur überwunden. Diesmal aber bedeutete die Veränderung wirklich einen Fortschritt. Nicht nur, daß Bauunternehmer und Bauherr sich wieder einer solideren und dauerhafteren Bauweise zuwandten, sondern auch im ästhetischen Sinn begannen die Anforderungen zu wachsen. Jene Gründungszeiten hatte doch auch neben vielen zweifelhaften Elementen manchen tüchtigen und begabten Architekten in die Schutzgebiete gelockt, der nun in Zeiten einer ruhigeren Bauart seine Talente entfalten kann. Die meisten der neu entstandenen Bauten zeigen ein geschmackvolles und gefälliges Äußeres, ja, sie sind sogar häufig in ein harmonisches Verhältnis zu der sie umgebenden Landschaft gestellt. Ganz abgesehen davon, daß solche Bauten das Auge erfreuen und dazu angetan sind, dem Besitzer ans Herz zu wachsen, ist dieser Stand der Entwicklung auch noch in anderer Beziehung erfreulich. Ein künstlerisch und liebevoll ausgeschmücktes Haus läßt zwei Schlüsse auf den Bewohner zu: derselbe fühlt sich im Lande wohl und denkt nicht daran, daselbe so schnell als möglich zu verlassen, sodann aber sind der wachsende äußere und innere Komfort der beste Beweis dafür, daß seine wirtschaftliche Lage sich gebessert haben muß. Ein bekanntes Wort Schopenhauers lautet: „Die Mutter der nützlichen Künste ist die Not, die der schönen der Ueberfluß.“

Aber nicht nur im Bau der Häuser scheint eine neue, kunstfreundlichere Richtung eingezogen zu sein, auch die neuen Pläne für die Bebauung der Städte lassen vermuten, daß die Zeiten vorüber sind, wo jeder auf seinem Besitztum bauen konnte, wo und wie es ihm beliebte. So wurde zum Beispiel in Deutsch-Ostafrika, in Darressalam eine Baufluchtlinie abgesteckt, wodurch im Eingeborenenviertel eine geregelte Bebauung durchgeführt wird. Für verschiedene kleinere Ortschaften wurden solche Pläne nach modernem Muster angelegt.

Insbesondere stand das Hochbaugeschehen im letzten Berichtsjahr im Zeichen blühender Entwicklung. Von amtlichen Bauten kamen im Schutzgebiet hauptsächlich solche sanitären Charakters, ferner Lagerhäuser, Beamten- und Offizierswohnhäuser zur Ausführung. Von besonderem Interesse dürfte ein Fort in Muansa und eine verteidigungsfähige Nebenstelle in Kiffasi sein. Desgleichen wurden die aus dem Selbstbewirtschaftungsfonds resultierenden Mittel von den Lokalverwaltungen zum weiteren Ausbau der Stationen verwandt. Askari und Polizeisoldaten leisteten dabei wertvolle Hilfe. Besonders Gewicht wird darauf gelegt, daß alle fiskalischen Gebäude mit feuer sicheren Dächern aus Wellblech oder Ziegeln versehen sind, andererseits wird aber auch den hygienischen Forderungen nach Möglichkeit zu genügen gesucht. Aus diesem Grunde richtete sich die Fürsorge der Behörden auch auf die Anlage einwandfreier Brunnen innerhalb der Stationen.

Was die private Bautätigkeit anbelangt, so war dieselbe eher noch reger als in früheren Jahren. Besonders zahlreich sind die in Darassalam entstandenen Wohn- und Geschäftshäuser. Erstere sind jetzt häufig in gefälligem Villenstil gehalten, obgleich der Hochbau gleichfalls vertreten ist. Auch an mannigfachen anderen Ortschaften des Schutzgebietes entstanden massive Europäerwohnhäuser mit feuersicherer Bedachung. Dieses Beispiel der weißen Einwanderer ist auf die Farbigen nicht ohne Einfluß geblieben, speziell Inder und Araber beileihen sich einer modernen Bauweise. Ihre neuerrichteten Häuser sind massiv, mit feuersicherer Bedachung, vom hygienischen Standpunkt aus einwandfrei und auch äußerlich gefällig ausgestattet. Die Hütten der Eingeborenen in den Städten und an den der Eisenbahn nahe liegenden Dörfern zeigen gleichfalls, daß der Einfluß der Kultur nicht spurlos an den Farbigen vorüber gegangen ist.

Trotz der umfangreichen Bahnbauten innerhalb der Kolonie, welche ihre Beschreibung in einem späteren Aufsatz finden dürften, wurde auch der Wegebau nicht vernachlässigt. Die Straße am Ostabhang von Südpate hat vom Bahnhof Mkomasi aus eine Länge von 55 km erlangt. Begonnen wurde mit dem Bau einer Straße zwischen Morogwe und Handeni. In betreff der wasserbautechnischen Arbeiten innerhalb der Kolonie ist nur davon zu berichten, daß am Ausbau des Hafens von Tanga weiter gearbeitet wurde, als nächste dürften nunmehr die Rammarbeiten für die Raimauer in Angriff genommen werden.

In bescheidenen Grenzen hielt sich auch der Wasserbau innerhalb Kameruns. Mehrere dem Lokalverkehr dienende Wasserstraßen wurden einer Reinigung und Regulierung unterzogen, hiervon dürften die Arbeiten am Njong und Dumesfluß sowohl die umfangreichsten als bedeutungsvollsten sein. Der projektierte Hafen in Duala machte weitere Fortschritte, die Aufschüttungen am Gelände der Mittellandbahn wurden fortgesetzt und Erkundungsarbeiten für die Beseitigung der Barre eingeleitet. In Kribi gelang es, die Landungsstelle für Leichter bedeutend zu vergrößern und gleichzeitig einen Platz zu schaffen, auf dem der Zollschuppen errichtet werden kann. Zur Erzielung einer besseren Zugänglichkeit für den Landungsplatz mußten einige Felsen gesprengt werden. Der Platz soll eine Einfassung mit Raimauern erfahren.

Bei den Wege- und Brückenbauten innerhalb des Schutzgebietes ließ sich die Regierung von dem richtigen Grundsatz leiten, daß gerade jene Gegenden, wo keine Eisenbahnen bestehen, oder für absehbare Zeiten geplant werden, ein ausgedehntes Wegenetz zur Erschließung dringend bedürfen, daß aber anderseits zur völligen Aufbarmachung der Bahnen gute Zubringerstraßen gehören. Aus diesem Grunde haben verschiedene Bezirke Kameruns eine beträchtliche Ausdehnung ihres Straßennetzes erfahren. An hervorragender Stelle steht der Süden des Schutzgebietes, wo von den Küstenplätzen und Kribi aus der Handelsverkehr seinen Weg hauptsächlich in westöstlicher Richtung nimmt. In besonders gutem Zustande befindet sich die Straße von Kribi über Solodorf nach Jaunde, die sogar für leichtere Personenautomobile benutzbar ist und im Kraftwagen innerhalb elf Stunden befahren werden kann. Die Verwaltung trägt sich bereits auf Wunsch der Ansiedler mit dem Plane, diese Straße auch dem Verkehr mit schweren Lastautomobilen dienstbar zu machen, zu welchem Zweck allerdings noch durchgreifende Änderungen nötig wären. Es soll erprobt werden, ob eine Beschotterung der Straße hierzu notwendig ist, oder ob die einfache und billige Befestigung ausreicht. Jedenfalls wäre es für die Verkehrsverhältnisse Kameruns von weittragendem Einfluß, wenn ein geregelter Autoverkehr auf dieser Strecke ermöglicht werden könnte. Eine Schwierigkeit für sich bilden in dieser Beziehung die Brücken. Noch finden sich meistens die für Kraftwagen durchaus ungeeigneten Holzbrücken, wenn diese auch bereits teilweise durch Steinkonstruktionen ersetzt werden, wie dies zum Beispiel auf der Longji-Straße vollständig geschehen ist.

Ein anderer Weg, welcher gleichfalls schon jetzt für leichtere Kraftwagen passierbar ist, ist derjenige von Kribi über Ebolowe nach Nkulemasong. Man sieht daraus, daß gerade die Kolonie Kamerun für die Einführung von Automobilen ein günstiges Gebiet darstellt, nur müssen dieselben, wie schon in meinem früheren Aufsatz erwähnt, im Gewicht möglichst leicht gehalten werden. Mit der Weiterausgestaltung des kolonialen Wegebaues wird es auch möglich werden, daß vielersehten Lastautomobil in den Kolonien heimisch zu machen. Seine Einbürgerung ist nach der Ansicht vieler Kenner nur eine Zeit- und Geldfrage, denn Wege, die für derartige Kolosse passierbar sind, kosten Geld, nicht nur einmal bei ihrem Bau, sondern, und dies gilt besonders für die Tropen, auch dauernd für ihre Erhaltung. Ob ein Autoverkehr späterhin zur tropischen Regenzeit in Kamerun dauernd aufrecht erhalten werden kann, bleibt aber doch noch recht zweifelhaft. Fürs erste wäre es schon dankbar zu begrüßen, wenn sich der Kraftwagenbetrieb während der trocknen Jahreszeit auf möglichst vielen kolonialen Verkehrsstraßen ermöglichen ließe.

Von Kfoasim aus sind zwei Wege im Bau, welche beide infolge der Terrain-schwierigkeiten (Urwald und Sümpfe sind zu durchqueren) und des Arbeitermangels nur langsam vorrücken. Der eine dieser Wege führt nach Nissum-Nissum, während der andere über Glenbov in Lomie mündet.

Im Vordergrund des Interesses für den Lomebezirk steht die Ueberlandverbindung zwischen Nsong und Lome. Der kürzeste Weg mußte leider verworfen werden, da der in den Lome mündende Mara sich nicht als schiffbar erwies. Infolgedessen wird nunmehr am Ausbau einer Straße zwischen Abong und Lome über Nbang gearbeitet. Von den zahlreichen Wegebauten innerhalb der Kolonie seien hier nur einige wenige hervorgehoben, welche für die sorgfältige und weitblickende Art der hiesigen Wegebauleiter typisch sind: die Wege der Station Rio del Rey, welche durchgehend eine Breite von 6–8 m erhalten, und zwei Straßen im Norden des Schutzgebietes. Hier wurden vom derzeitigen Endpunkt der Nordbahn Nsongamba nach dem nördlichen Hinterland zwei bis dahin recht mangelhafte Pfade zu breiten Straßen mit festen Brücken umgebaut, an deren Rand sich Wegweiser mit Kilometerangaben und Kastplätze mit Unterkunftsräumen für Reisende erheben.

Die Hochkonjunktur im wirtschaftlichen Leben Kameruns hatte einen Aufschwung der amtlichen und privaten Bautätigkeit zur Folge. Nicht nur, daß fast sämtliche Firmen eine Vergrößerung ihrer Geschäftshäuser vornahmen, sondern die meisten gründeten auch weitere Buschfaktoreien in den neu erschlossenen Gebieten. Die amtlichen Gebäude mußten zahlreichen Vergrößerungen unterzogen werden, dergleichen zeigten sich Neubauten unumgänglich nötig. Es entstanden Bezirksämter, zum Teil mit Befestigungen, Beamten- und Offizierswohnhäuser, Schulen usw. Lobende Erwähnung verdient das Bestreben der Regierung, die einheimische Industrie zu unterstützen. Nicht nur, daß die meisten Bauten aus an Ort und Stelle gebrannten Ziegeln errichtet wurden, auch sonst wird versucht, einheimisches Material zu verwenden, wo dies angängig ist, zum Beispiel sind viele der zur Ausstattung der Amtszimmer dienenden Möbel aus Kameruner Holz.

Die in der Kolonie Loko ausgeführten Hochbauten sind naturgemäß von geringerer Anzahl, trotzdem jedoch verhältnismäßig nicht zurückstehend. Es wurden Krankenhäuser, Schuppen, Kasthäuser, Marktanlagen usw. geschaffen.

Unter den von privater Seite errichteten Bauwerken ragt bildlich und figürlich der stattliche, dreistöckige Neubau der Deutsch-Westafrikanischen Bank in Lome hervor. Von Bedeutung ist ferner ein Fabrikneubau, in welchem die Logobaumwollgesellschaft ein Palmölwerk ins Leben rufen will. Im Bezirk Lome-Land entstanden durch die Mission neue Schulen, Kapellen und Kirchen.

Die Wege der Stadt Lomie werden noch immer größtenteils durch Gefangene weiter ausgebaut. Die Gesamtlänge der befestigten Straßen beläuft sich jetzt auf 37,3 km.

Der Wegebau innerhalb der Kolonie, welcher erfreuliche Fortschritte macht, führte zu verschiedenen Brückenbauten. So erforderte zum Beispiel die als Zubringerstraße für die Hinterlandbahn bedeutsame Fahrstraße von Isewi über Akpatobhe nach Abegame, welche gleichzeitig das Oelpalmengebiet zwischen den Flüssen Lili und Sato erschließt, die Schüttung eines 925 m langen und durchschnittlich 2,1 m hohen Dammes und den Bau dreier Flußbrücken. Im Anechobezirk wurde die im Jahre 1909 durch Hochwasser zerstörte Seebrücke wiederhergestellt, auch der damals weggespülte Damm im Straßenzuge Adjido wiederaufgerichtet. Hier wurde an Stelle eines früheren Dammes eine 50 m lange Brücke mit Steinpfeilern errichtet. Andere Brückenbauten größeren Umfanges sind die 17 Brücken auf Steinpfeilern auf der Wegstrecke Tokpi Aloem und die Ueberbrückung des Dajijflusses. Hier waren zwei Lössnungen mit Gitterträgern von je 40 m Spannweite nötig.

Der Wasserbautechnik erwuchs durch den Einsturz der Landungsbrücke in Vome eine bedeutungsvolle Aufgabe. Am 17. Mai 1911 wurde während eines ungewöhnlich schweren Seeganges fast die ganze Landungsbrücke einschließlich dreier Krane zerstört. Nur der Brückenkopf und drei Joche hatten der Gewalt der Elemente getroffen. Es wurde zunächst der vorläufige Bau einer eisernen Brücke in Angriff genommen, durch welche der landwärts erhaltene Teil mit dem Brückenkopf verbunden werden soll. Der Bau ist den Firmen Gustavsborg und Grün u. Vilfinger übertragen worden, welche im Dezember 1911 damit begannen. Während der ganzen Zeit der Betriebsstörung ist die Beförderung von Menschen und Waren sehr erschwert, besonders durch die Brandung, welche passiert werden muß.

Die Wasserversorgung der Stadt Vome muß leider noch immer als ungenügend bezeichnet werden; zwar wurde ein weiterer Brunnen nach dem alten System erbaut, doch ist eine Besserung der Trinkwasserverhältnisse noch immer dringend zu wünschen. In ganz Togo herrscht unverändert großer Wassermangel. Versuche, in Vome-Land weitere Brunnen zu erschließen, scheiterten. In verschiedenen Teilen des Landes sucht man dieser Kalamität durch Zisternen abzuhelpen, was nur ein ärmliches und unzuverlässliches Hilfsmittel bedeutet. Durch die katholische Mission und einige Firmen wurden 15 solcher Wasserbehälter errichtet, welche insgesamt 264 ehm fassen. Im Anechogebiet befindet sich eine aus Ziegeln gemauerte Zisterne im Bau, welche nach ihrer Fertigstellung 311 ehm fassen soll. Ueber dem Behälter erhebt sich ein Ziegeldach, dessen Größenausdehnung so gewählt ist, daß in einem normalen Regenjahr das darunter liegende Bassin von dem aufgefangenen Regenwasser gefüllt wird. Nur aus Sofode kommt die Kunde einer erfolgreichen Wassererschließung: durch einen in den Felsen gesprengten Brunnen gelang es, täglich 400 l klares, gutes Wasser zu erhalten.

Mit der gleichen Schwierigkeit hat auch Deutsch-Südwest zu kämpfen. Hier ist die Regierung allerdings in der Lage, höhere Geldsummen für die Erschließung genießbaren Wassers auszuwerfen: das eigentliche Ziel, das erreicht werden muß, ist aber auch hier noch fern, und von Personen, welche mit den dortigen Verhältnissen vertraut sind, wird gleichfalls befundet, daß auf dem beschrittenen Wege allein nichts Vollkommenes geleistet werden kann. Es ist eine dringende Notwendigkeit, daß Stauanlagen großen Stils ins Leben gerufen werden. Die große Trockenheit des Sommers 1910/11 hatte vermehrte Wünsche aus privaten Kreisen an die Regierungsbohrkolonnen zur Folge, welche die Kräfte derselben weit überschritten, trotzdem Personal und Geräte in weitestem Maße in Anspruch genommen wurden. Aus diesem Grunde konnte auch nicht, wie dies eigentlich beschlossen war, durch die staatliche Kolonne auf dem zum Verkauf bestimmten Regierungsland Wasser erschlossen werden. Für die Zukunft besteht die Hoffnung auf eine Entlastung dieser Regierungsbohrkolonnen, da sich verschiedene Privatunternehmer gefunden haben, welche mit Hilfe von zwölf Bohrmaschinen der Wassererschließung dienen. Im Interesse der deutschen Industrie ist es zu bedauern, daß diese Maschinen überwiegend amerikanischen Fabrikats sind. Im

Norden der Kolonie wurden 97 Bohrungen mit einer Gesamtteufe von 4077,82 m ausgeführt, die Durchschnittsteufe betrug also 42 m, die flachste Bohrung 6 und die tiefste 191 m. Hiervon mußten 10 Bohrungen ausgegeben werden; von den restierenden 87 waren 67 wasserföndig und 39 praktisch brauchbar. 34 der Bohrungen wurden für amtliche, 63 für private Zwecke ausgeführt. Die Bohrtolonne Süd beschäftigte sich mit 50 Bohrungen von insgesamt 2544,05 m Teufe. Die Durchschnittsteufe belief sich hier auf 50 m. Die flachste Bohrung war 10,80, die tiefste 149,14 m tief. 40 der Bohrungen waren wasserföndig, 26 praktisch brauchbar. Für amtliche Zwecke wurden 19 und für private 31 Bohrungen niedergebracht. Die Mittel aus Wohlfahrtslotterien vergangener Jahre waren nunmehr endgültig erschöpft, finanzielle Beihilfen konnten also nicht mehr gewährt werden. Trotzdem errichteten viele Farmer für eigene Kosten Dämme zu Stauanlagen kleineren Maßstabes. Wann endlich werden sich amtliche und private Gelder für die auch an dieser Stelle besprochenen, dringend notwendigen Stauanlagen großen Stils finden, für welche Pläne, Kosten- und Amortisationsanschläge längst ausgearbeitet sind?

Von den anderen wasserbautechnischen Arbeiten ist der Bau der neuen Landungsbrücke in Swakopmund von Interesse. Die Arbeiten sind den Firmen Glender in Ventrath bei Düsseldorf und Grün u. Wilsinger in Mannheim übertragen worden, waren aber bis zum Schlusse des Berichtsjahres noch nicht weit vorge schritten. Dem Neubau der Swakopmunder Brücke wird ein solcher in Lüderixbucht so schnell als möglich folgen müssen: die schmale und kurze hölzerne Landungsbrücke genügt mit jedem Jahre dem Verkehr weniger.

Das Bauwesen im Schutzgebiet untersteht einer Behörde, welche sich aus mehreren technischen Beamten zusammensetzt. Ihr liegt die Ausarbeitung von Entwürfen, Kostenanschlägen und Abrechnungen für sämtliche Bauten des Gouvernements ob, desgleichen die Ausführung aller Gebäude, Unterhaltung derselben und die technische Prüfung der baupolizeilichen Gesuche in Windhuk. Die Dürre des vergangenen Jahres zeigte sich auch auf den Fortschritt vieler Bauten von ungünstigem Einfluß, wiederholt mußten wegen Wassermangels die Arbeiten eingestellt werden, da die Mörtel- und Kalkbereitung unterbunden war. Auch zeigten sich die Folgen der schlechten Futterverhältnisse im Mangel an Fuhwerken, wodurch auch die Preise für Inlandmaterialien erheblich stiegen. Die Lohnforderungen aller Bauhandwerker hoben sich während des Jahres von neuem und zeigten sich durchweg sehr hoch. Das Hauptaugenmerk der Behörde richtete sich auf die Dauerhaftigkeit und Solidität der errichteten Bauten; infolgedessen wurden alle Gebäude in Windhuk massiv, in den Fundamenten aus Bruchsteinen in Kalkmörtel und im aufgehenden Mauerwerk aus Zementsandziegeln in Kalkmörtel ausgeführt. Als Dachbedeckung kommt im Innern nur noch Wellblech in Betracht, da mit allen anderen Deckungsarten nur schlechte Erfahrungen verbunden waren. Nur in den Küstenorten wurde Kuberoidepappe vorgezogen. Dort haben sich auch bei der Feuchtigkeit der Luft Zementsteine gut bewährt. Den Termiten wurde mit einem von der Behörde beschafften Vernichtungsapparat entgegen gearbeitet, was einen merkklichen Rückgang dieser schädlichen Insekten zur Folge hatte. Erbaut wurden hauptsächlich zahlreiche Beamtenwohnhäuser in Windhuk und an anderen Ortschaften. Die Privatbautätigkeit zeigte sich gleichfalls rege, viele Firmen erweiterten ihre Geschäftshäuser, und auf verschiedenen Farmen wurden massive Gebäude errichtet. Erwähnenswert dürfte noch der Neubau einer hauptsächlich für die Bedürfnisse der Diamantenindustrie zugeschnittenen Maschinensabrik in Lüderixbucht sein.

Was die Südfeschutzgebiete anbelangt, so herrscht dort größtenteils noch der Holzbau vor. Auf Neuguinea mit seinen vielen Erdbeben ist diese Bauart auch angebracht. Ein solches Haus ruht auf Pfosten, umfaßt zwei bis vier Zimmer und erhält als Bedeckung ein Wellblechdach; es kann trotz der steigenden Holzpreise als billig bezeichnet werden und ist auch trocken und gesund. Eine lange Lebensdauer ist ihm allerdings

nicht verschieden. Witterungseinflüsse und Termiten arbeiten gemeinsam an seiner Zerstörung. Im Inselgebiet wird diese Bauart häufig nachgeahmt, obgleich sich hier das massive Haus weit mehr empfiehlt. Das Material zu Steinbauten ist reichlich vorhanden, Erdbeben fehlen, und die dafür häufigen Taifune werden den Holzbauten viel gefährlicher. Von den im letzten Berichtsjahre ausgeführten Bauten seien folgende aufgeführt: Beamtenwohnhäuser, Lager- und Bootschuppen und eine Schmiedewerkstatt in Mauru. Außerdem wurden in verschiedenen Ortschaften Krankenhäuser, Apotheken, Beamtenwohnhäuser usw. errichtet; aus Alerishafen wird der Bau eines Wasserturmes gemeldet. Der Schulverein stiftete ein Schulgebäude für die Eingeborenen. Auch von privater Seite beschäftigte man sich mit zahlreichen Bauten. Erwähnenswert ist der Neubau eines Hotels in Kawieng und die Gründungen einer neuen Bootsbauerei und Seilererei.

Der Wegebau beschränkte sich im letzten Berichtsjahr fast ausschließlich auf die Verbesserung der vorhandenen Straßen und Fortsetzung der begonnenen Arbeiten. Hervorzuheben wäre eine 44,5 m lange eiserne Brücke über den stark strömenden Tropa südlich von Rieta, deren Bau $6\frac{1}{2}$ Monate beanspruchte. Es ist lebhaft zu bedauern, daß noch immer aus finanzieller Gründen häufig davon abgesehen wird, dauerhaftes Material zu solchen Bauten zu verwenden. In Wirklichkeit kommen die zunächst billiger ausgeführten Arbeiten viel teurer, da sie immer wieder repariert oder erneuert werden müssen. Ein Beweis dafür ist wieder die im Bezirk Friedrich-Wilhelms-Hafen errichtete Brücke über den Rahn, an welcher über ein Jahr gebaut wurde, und die endlich im August 1911 vollendet war. Aber schon im Dezember desselben Jahres zerstörte ein Hochwasser die aus Buschmaterial hergestellte Brücke. In verschiedenen Küstenorten beschäftigte man sich mit dem Bau von Landungsbrücken, welche zum Teil auch von privater Seite errichtet wurden. Als Baumaterial diente Holz. Ein Steindamm in Citape versandete nach kurzer Zeit, so daß er als unbrauchbar bezeichnet werden muß. Aus diesem Grunde wird jetzt am Bau einer neuen hölzernen Landungsbrücke gearbeitet, deren Brückenkopf soweit in die See vorgeschoben ist, daß er jenseits der Brecherzone liegt.

In Jap und Rabaul wurde mit den Vorarbeiten zur Errichtung von Funkstationen begonnen, die in Jap schon erfreuliche Fortschritte gemacht haben. In Rabaul hat sich jedoch wegen des mangelhaften Untergrundes eine Terrainschwierigkeit ergeben, durch welche die Platzfrage bis zum Ende des Berichtsjahres unentschieden blieb.

Die öffentlichen Arbeiten und Bauten in Samoa hatten während des letzten Berichtsjahres erheblich unter dem herrschenden Arbeitermangel zu leiden, dem auch durch chinesische Arbeitertransporte nicht gesteuert wurde. Infolgedessen mußte sich die Verwaltung auf die Ausführung der dringendsten Wegebauarbeiten beschränken, und auch der amtliche Hochbau ruhte fast ganz. Desto erfreulicher ist es, daß von privater Seite fleißig gebaut wurde. Es entstanden verschiedene Wohn- und Geschäftshäuser, trotzdem herrschte noch immer Mangel an geeigneten Wohnungen für Europäer, so daß auch für die Zukunft noch viel zu tun übrig bleibt.

Dies dürfte jedoch nicht nur für Samoa, sondern für unsere sämtlichen Kolonien gelten, wo mit der Zahl der Ansiedler auch die allgemeinen Bedürfnisse und Ansprüche wachsen. Dem Kolonialfreund kann dieser erweiterte Arbeitskreis nur Freude bereiten: ist er doch ein Zeichen für die gesunde Entwicklung unserer Schutzgebiete.

Zum Kapitel „Trodenfarmen“.

Von H. Hartert, Marburg.

In neuerer Zeit liest man häufig in kolonialen Blättern vom „Trodenfarmen“ in Südwestafrika und macht allerlei Vorschläge, die zum Teil wohl lediglich auf theoretischen Erwägungen beruhen.

Nun liegen vor mir einige Landschaftsbilder aus Südwest und aus der französischen Zentralsahara, die sich sehr gleichen: auch die Sahara ist bekanntlich nicht überall Wüste. Im Geiste vergleiche ich diese Bilder mit den mir bekannten zentralasiatischen Steppen und Gebirgsländern – und finde keinen Unterschied. — Überall in der Steppe die durch Staubmassen im Laufe der Jahrtausende gebildeten Lößwände!

Freilich, die Vegetation ist nicht die gleiche, wenn auch zweifellos viele den gleichartigen Existenzbedingungen angepasste, verwandte Formen sich in allen wärmeren Steppenländern finden.

Die Palme, die der afrikanischen Oase ihr Gepräge verleiht, fehlt allerdings in Zentralasien völlig, sie würde im Winter erfrieren, während ihr die Sommertemperatur mit bis zu + 47 Grad Celsius wohl zusagen würde. Die Ähnlichkeit finde ich vor allem in den Gebirgsformationen der Steppe; hier wie dort steile Hänge mit den charakteristischen Formen des „Löß“.

Wenn ich hier die Behauptung ausspreche, der Löß sei lediglich durch Staubmassen angehäuft, so stütze ich mich dabei auf die mündlichen Mitteilungen russischer Geologen, deren einer jene Gegenden genau kennt, da er sich mit dem Auffuchen von Naphtha in Turkestan beschäftigt. Seine Arbeiten sind, was wohl nicht allgemein bekannt ist, an vielen Stellen erfolgreich gewesen; auch die genauere Untersuchung des Naphthavorkommens auf der Krasnowodst gegenüberliegenden Insel des Kaspiischen Meeres ist sein Werk. Letzteres Vorkommen soll so bedeutend sein, daß es dasjenige von Baku übertrifft.

Ist die erwähnte Annahme bezüglich des Entstehens des Löß richtig, so wäre damit zugleich bewiesen, daß jene Gegenden nicht Meeresboden waren. Dem steht anscheinend die Tatsache entgegen, daß ich in den Alexanderbergen des Thian-Schan in einer Höhe von circa 2000 Metern versteinerte Muscheln in einer eine Bank bildenden Schicht gefunden habe, die unzweifelhaft von Wassertieren stammen.

Das uralte, zentralasiatische Kulturland, dessen größere Städte, wie Samarkand, schon seit tausend und mehr Jahren bekannt sind, ist ein klassisches Land für Bewässerungsbauten, während die umliegende Steppe dieselbe Rolle spielen kann in bezug auf das Trodenfarmen.

Wir wollen immer von Ägypten lernen, wo vor allem eine starke Wasserader vorhanden ist, deren Steigen und Fallen mit fast mathematischer Genauigkeit eintritt und daher – im Vergleich zu unserem Südwest – ungeheuer einfache Bedingungen bietet. In den nach dem Aralsee abwärtsfließenden, vom Amu Darja, Syr Darja, Kara Darja, Raryn usw. durchflossenen Gebieten sind die Verhältnisse weit verwickelter und nähern sich wohl mehr den in Südwest und vielleicht auch in einzelnen Teilen Ostafrikas herrschenden Verhältnissen. Sie sind verwickelter, weil nicht eine sehr starke Wasserquelle, sondern viele schwächere in Betracht kommen, weil ihr Steigen und Fallen nicht mit so großer Regelmäßigkeit eintritt, und weil das zu bewässernde Land keineswegs, wie in Ägypten, eine Ebene ist, sondern bereits in bedeutenden Höhen – 1500 bis 2000 Meter – im Gebirge beginnt. Schon in diesen Höhen werden die von den Schneefeldern der Alexanderberge herabkommenden, eiskalten Bäche, in denen kein Fisch sein Leben fristen kann, in Gräben gefaßt und gezwungen, auf Wegen von vielen Kilometern Länge die Firsfelder der Peragirtgisen zu bewässern.

Weiter unten im Tale dienen sie dann zur Bewässerung der Reis- und Baumwollfelder, während die Maisfelder gar nicht oder wenigstens nicht regelmäßig bewässert werden. Auch zwischen der Art der Bewässerung der Baumwolle und des Reises besteht ein großer Unterschied, da nur der Reis buchstäblich im Wasser wächst. Die Reisfelder bilden lange Reihen von flachen Teichen, deren Wasserzufuhr natürlich kontrolliert wird. Sie sind ein Dorado für Störche und andere Watvögel, leider aber auch für die Moskito's, die auch hier für Verbreitung von Malaria sorgen.

Doch nicht von den so ungeheuer einfachen und doch zweckdienlichen Bewässerungsanlagen der Sarten und Kirgisen will ich sprechen, sondern ich will hinweisen darauf, daß Turkestan auch ein geradezu klassisches Land ist für das Trockenfarmen, das heißt, Anlage von Feldern in einem Lande mit seltenem und unregelmäßigem Regenfall ohne künstliche Bewässerung.

Lange Strecken durchzieht der Zug der Zentralasiatischen Eisenbahn, und fast nichts deutet darauf hin, daß diese scheinbar völlige Einöde bewohnt ist. Nur auf frühere Bewohner deuten einzelne verfallene Gehöfte, deren Kehlmauern in einem regenreichen Gebiete wohl längst weggewaschen wären; nahe dem Kaspiischen Meere zeugen auch ausgebehnte Ruinenstädte mit hochragenden Torbögen, mit den Resten einstiger, stolzer Paläste von einer dahingeschwundenen Bevölkerung, die allem Anschein nach auf einer höheren Kulturstufe stand als die heutige, arme Nomadenbevölkerung, deren dunkle Zelte in einer nahen Talmulde stehen.

Plötzlich sehen wir das buschelförmige Steppengras, das sonst schon grau ist, eine frischere Farbe annehmen, und auf einmal sehen wir mitten in der unendlichen wüstenähnlichen Steppe einige Felder, meist Gerste; kein Haus und kein Zelt ringsum, so weit das Auge reicht. — Nomadenfelder! Der Besitzer ist vielleicht hundert oder mehr Kilometer entfernt, er war hier im Frühjahr, als der Untergrund durch die Winterfeuchtigkeit etwas erweicht war, und als ein vielleicht nur wenige Stunden dauernder Regen niederging, wurde der leicht zu bearbeitende Boden notdürftig aufgehackt und sofort das stets mitgeführte Saat Korn dem Boden anvertraut.

Für unseren deutschen Landwirt bietet solches Feld freilich keinen erhebenden Anblick, oft ist das Getreide kaum 25 Zentimeter hoch, aber der kurze Stengel trägt eine ziemlich volle Ähre, und nur diese wird bei der Ernte abgeschnitten, denn Stroh erntet der Nomade nicht. Die Stoppeln werden von seinen Kamelen, Ziegen, Schafen und Pferden abgeweidet, und viele Jahre vergehen vielleicht, ehe gerade dieses Stückchen Land einmal wieder in Kultur genommen wird. Die außerordentliche Beweglichkeit der Bewohner ermöglicht es, daß wohl kaum ein Fleckchen, das genügende Feuchtigkeit bekommen hat, unausgenutzt bleibt.

Bedenkt man, daß diese Art der Bodenbestellung ganz geringe Kosten verursacht, so sollte man doch versuchen, auch von der Bestellungsweise dieser Steppenbewohner zu lernen. Hinderlich steht dem freilich die geringere Beweglichkeit unserer Ansiedlerbevölkerung entgegen, und wer weiß, ob nicht die Felder, wenn sie ganz ohne Aufsicht gelassen werden, von streifenden Eingeborenen abgeerntet werden. Der mohammedanische Nomade wird niemals ein fremdes Feld abernten!

Was mit regelmäßiger Bewässerung geleistet werden kann, dafür geben die am Fuße der Gebirge liegenden, reichbewässerten Gebiete Turkestans ein Beispiel, das wohl wert ist, von solchen Ansiedlern an Ort und Stelle studiert zu werden, die sich deutschkoloniale Steppengebiete als Arbeitsfeld erwählt haben. Da auch diese ausnahmslos an wasserführende Gebirgsformationen grenzen, so lassen sich die hier gewonnenen Eindrücke dort verwerten.

Nur einiges von dem vielen, das die Kultur hier hervorbringt, sei erwähnt:

Die Baumwollausfuhr, natürlich nur nach Rußland, steigt, unterstützt durch eine kluge Tarifpolitik, fortwährend: in Audischan, unweit der Grenze nach Tibet, in

Stobelew, nicht weit von der afghanischen Grenze, in Buchara, in Namangan usw. überall entstehen neue Baumwollentfernungsanstalten! Leider sind sie alle von Amerikanern gebaut und teilweise auch geleitet.

Immer neues Land wird durch Ausdehnung der Bewässerungsgräben der Steppe bzw. der Wüste abgezwungen, wenn auch in besonders trockenen Jahren einmal wieder ein Schritt zurückgemacht werden muß. An den Gräben finden wir stets Maulbeerbäume, denn neben der Baumwolle bildet Seide einen bedeutenden Ausführartikel. Doch nicht nur diese beiden großen, für den Export arbeitenden Kulturen blühen hier. An Obst und Gemüse ist kein Mangel.

Weinstock, Apfel, Pfirsich, Aprikose, Kirsche, Reineclaude, Pistazie und anderes füllen die von hohen Lehmmauern umgebenen Gärten der Sarten. Ungeheure Mengen von Gurken, Zucker- und Wassermelonen sowie die Mehrzahl unserer Gemüse gedeihen bei steter Wasserzufuhr in ungeahnter Leppigkeit.

Ein solches Gemüesfeld ist von einem niedrigen Damm umgeben, an dessen einer Seite sich ein Bach oder Graben hinzieht; das Feld selbst ist in schlangenförmigen Windungen von kleinen, etwa 25 bis 40 Zentimeter tiefen Gräben durchzogen. Etwa jeden zweiten Tag läßt man diese Gräben einmal volllaufen und das Wasser versickern: von Zeit zu Zeit wird auch vorher noch trockener Mist in die Gräben gestreut. Den Erfolg dieser Kultur sieht man auf den Märkten aller Orte an den riesigen Haufen von Melonen, Kürbissen, Wassermelonen und Gurken. Am Ufer des Kara Darja habe ich auch das uralte Schöpfrad, das „Schaduf“ der Ägypter, gesehen, das aus dem tief eingeschnittenen Flußbett das Wasser heraufholte zur Bewässerung der Baumwollpflanzungen, die dort gerade in herrlichster Blüte standen, und mit ihrem dunklen Grün und den rosa und gelben Blüten unseren Rosenkulturen zum Verwechseln ähnlich sehen.

Noch sei erwähnt, daß es nicht der Russe ist, der diese Kulturwerte schafft, sondern der Eingeborene. In den Stadtoasen, wie Buchara, Samarkand, Taschkent, Namangan, Kokand, Andischan, Margelan usw., ist es der Sarte, draußen in der Steppe und im Gebirge vorwiegend der Kirgise, der den Boden bebaut. Wo aber größere Anlagen geschaffen werden, durch die Tausende von Hektaren durch Bewässerungsanlagen der Kultur neu- oder wiedergewonnen werden, da ist es vornehmlich armenisches Kapital, das sich betätigt.

Aber wo Licht ist, da ist auch Schatten! Es kann nicht geleugnet werden, daß die zahllosen Gräben, die alle Städte durchziehen, in gesundheitlicher Beziehung schwere Gefahren bieten. — Die Bevölkerung wäscht sich in den Gräben, benutzt sie aber auch als Kloake, trinkt aber trotzdem das Wasser und benutzt es überall zur Bereitung von Speisen. Der Mohammedaner glaubt eben: „Wasser ist niemals unrein“, und der hygienisch gänzlich ungeschulte Russe macht es ihm nach! Ja, damit nur recht gründlich alle Bazillen frei werden, wird die Beprengung der Straßen in der Weise bewerkstelligt, daß halbnackte Eingeborene das Wasser dieser Gräben mit Eimern in hohem Schwunge auf die Straßen gießen.

Daß zuzeiten Cholera und Pest in entsetzlicher Weise das Land heimsuchen und wohl niemals ganz verschwinden, daß sie mit unheimlicher Schnelle das Land durchraufen, ist wohl in erster Linie auf die anscheinend russische Einrichtung dieser Gräben zurückzuführen. In den reinen Eingeborenenstädten finden sich diese Gräben zwar auch, aber nicht in solcher Ausdehnung.

Wann wird man mit dem Glauben brechen: „Wasser ist niemals unrein“?

Ob die Möglichkeit der Trockenfarmerei ein Gebiet zur Aufnahme einer Masseneinwanderung befähigt, kommt natürlich auf die Größe der Gebiete an, welche genügende atmosphärische Feuchtigkeit erhalten; für Zentralasien trifft dies meines Erachtens noch nicht zu, sicher nicht für die Steppengegenden. Aber Südrußland war

einst auch nur wilde Steppe, heute ist es Kultursteppe, warum soll ein solcher Wandel im Laufe der Zeit für andere ganz ähnliche Gebiete nicht eintreten können? Daß alle Maßregeln, die getroffen werden, ein zu rasches Versickern der Feuchtigkeit im Boden zu verhindern, vereint mit der Zeit ein Klima hinsichtlich der Häufigkeit und Regelmäßigkeit der Niederschläge beeinflussen können, halte ich für möglich, dazu gehört aber, daß wirklich ausgedehnte Gebiete in Arbeit genommen werden. Ein Zuwachs von etlichen 100 Hektaren im Jahre bedeutet in dieser Beziehung gar nichts.

Die Wirtschaftlichkeit unserer kolonialen Eisenbahnen.

Von Hubert Henoch.

Das Oktoberheft und die beiden Septemberhefte des amtlichen „Deutschen Kolonialblattes“ veröffentlichen die Betriebsergebnisse mehrerer Eisenbahnen unserer Schutzgebiete, die durchweg ein günstiges Bild bieten, also das bestätigen, was von allen Kolonialfreunden von jeher vertreten worden ist.

Es wird berichtet über Togo, über die Kameruner Nordbahn, über die Strecke Karibib—Windhof und einen von hier gerechneten Teil der Nord-Südbahn und die Südbahn sowie über beide deutsch-ostafrikanischen Linien. Zum Teil erhalten wir bereits eine Uebersicht über die ersten sechs Monate des laufenden Jahres.

In Togo ist, wie bekannt, das Kalenderjahr 1912 wirtschaftlich nicht eben günstig verlaufen, teils wegen der geringen Regenfälle, teils wegen des niederen Preisstandes einiger Hauptprodukte. Wenn trotzdem der Betriebsüberschuß der gesamten Verkehrsanlage (d. i. 1. die Landebrücke, 2. die 45 Kilometer lange Küstenbahn, 3. die 167 Kilometer lange Strecke Lome—Atakpame, 4. die 119 Kilometer lange Strecke Lome—Palime).

552 236 Mark

beträgt und damit 133 559 Mark mehr als 1911, so kann man mit diesem Ergebnis zufrieden sein, denn es bedeutet gegen das Vorjahr eine Steigerung von rund 32 Prozent.

Im einzelnen ist zu bemerken, daß die drei Schienenwege ihre Rentabilität verbessert haben, während die Einnahmen der Landebrücke einen Rückgang von 16 621 Mark zeigen. Dieser ist nicht in die Erscheinung getreten beim Personenverkehr; es wurden im Jahre 1912 mehr Personen befördert als 1911, auch 20 187 Tonnen Gutes (gegen 17 854 im Jahre 1911) eingeführt, aber die Ausfuhrmenge, die von der Brücke in Lome bewältigt wurde, sank um 4440 Tonnen, von 20 376 auf 15 936. Der Verkehr an Tieren und sein Ertrag sind nach wie vor recht unbedeutend.

An Landeserzeugnissen wurden verschifft (die Ziffern des Vorjahres in Klammern): Palmkerne 9923 (13 163) Tonnen, Palmöl 2547 (4011) Tonnen, Nias 1487 (235) Tonnen, Baumwolle 946 (639) Tonnen, Baumwollsaat 821 (657) Tonnen.

Das Anlagekapital der gesamten Verkehrsanlagen kann zurzeit zu rund 20 794 000 Mark angenommen werden und erfährt demnach durch den Betriebsüberschuß von 552 000 Mark eine Verzinsung von 2,66 Prozent. Aus dem Betriebsüberschuß wird demnächst der Pachtzins bestritten, der für die Zeit von April bis einschließlich November, solange die Landungsbrücke noch nicht wieder im Betriebe war, nach dem ermäßigten Betrage von 450 000 Mark für das Jahr zur Erhebung kommt, also mit $450\,000 : \frac{1}{12} = 300\,000$ Mark. Für die übrigen vier Monate gilt der vertragliche Pachtzins von 523 000 Mark, also $\frac{1}{12} : 523\,000 = 174\,333,33$ Mark, zusammen 474 333,33 Mark. Sodann erhält die Pächterin ihre Entschädigung in Höhe von 40 000 Mark. Der Rest findet zur Deckung der Zuschüsse der Pächterin für die vergangenen Jahre Verwendung.

Im Betriebsdienst der Verkehrsanlagen waren beschäftigt 26 (28) Euro-päer, 30 (24) farbige Beamte und 738 (808) farbige Arbeiter. An Fahrzeugen waren am Schluß des Rechnungsjahres vorhanden: 15 Lokomotiven, 15 Personenwagen, 5 vereinigte Post- und Gepäckwagen und 174 Güterwagen.

Kamerun gibt Rechenschaft über das erste volle Betriebsjahr 1912 der Nordbahn, der 160 Kilometer langen Manengubastrecke. Diese Linie, am 1. April 1911 in ihrer ganzen Ausdehnung eröffnet, kann gleichfalls mit dem Ergebnis des ersten vollen Arbeitsjahres zufrieden sein. Das gleiche gilt auch von dem vorläufigen Resultate aus Januar bis Juni 1913. Die Bahn hat im ersten Halbjahr 1913 Kosteinnahmen erzielt in Höhe von 397 500 Mark gegen 289 000 Mark im gleichen Zeitraume des Vorjahres. Die entsprechenden Ziffern der Betriebsausgaben sind 214 000 Mark und 185 000 Mark. Der Betriebsüberschuß der ersten sechs Monate des laufenden Jahres betrug also 183 000 Mark gegen 104 000 Mark im ersten Halbjahr 1912.

Das „Deutsche Kolonialblatt“ bezeichnet mit Recht dieses vorläufige Ergebnis als sehr günstig und glaubt auf einen befriedigenden Abschluß für das Jahr 1913 rechnen zu können. Das ganze Jahr 1912 erbrachte einen Betriebsüberschuß von 290 466 Mark, so daß nach Speisung der in Betracht kommenden Fonds ein Gewinn von 3 Prozent in Höhe von

162 200 Mark

auf die Vorzugsanteile Reihe A von 5 640 000 Mark ausgeschüttet werden konnte: Zum Vergleich sei die Uganda-Bahn herangezogen; ihr Bau ist allerdings wesentlich teurer gewesen, doch hat sie heute nach zehnjährigem Bestehen einen solchen Rentabilitätskoeffizienten noch nicht erzielt.

Die Reisenden und die Einnahmen aus dem Personenverkehr der Manenguba-Bahn verteilten sich auf die einzelnen Klassen wie folgt:

	Reisende	Einnahmen
I. Klasse	1619	10 811 Mark
II. „	6728	14 699 „
III. „	145 986	141 003 „

Der Güterverkehr ging mit (6005 Tonnen nach dem Innern und mit 18 480 Tonnen (= 75,5 v. H.) zur Küste. Von letzterem Verkehr sind u. a. zu

nennen: 3170 Tonnen Brennholz, 762,7 Tonnen Ebenholz, 70 Tonnen Kafao, 70,8 Tonnen Mais, 745,6 Tonnen Palmfrüchte, 4314,8 Tonnen Palmkerne, 1093 Tonnen Palmöl, 6256 Tonnen Stammholz. Die Leerläufe der Güterwagen haben sich von 28 v. H. im Vorjahre auf 20,4 v. H. vermindert. Die durchschnittliche Zugstärke hat sich von 25,5 auf 27,4 Achsen gesteigert.

Der Bestand an Fahrzeugen am 31. Dezember 1912 war 6 (6) Lokomotiven, 9 (6) Personenwagen, 2 (2) Gepädwagen, 20 gedeckte, 44 offene Güterwagen, 2 Ringenwagen, 4 Viehwagen, 1 Kranwagen, 1 Anhängerwagen, 6 Bahnmeisterwagen. Im Betriebe der Bahn waren beschäftigt 20 (17) weiße Beamte und 371 (541) farbige Bedienstete und Arbeiter.

Zur **Südwestafrikanischen Eisenbahn**, den Strecken Lüderitzbucht-Keetmanshoop und Sechim-Kalfontein gehört auch der Landebetrieb im Robertshafen. Hier macht sich bemerkbar das Aufhören der Baumaterialientransporte für die Neubauten von Keetmanshoop nordwärts nach Windhuk zu. Dadurch sind die Erträgnisse des Güterverkehrs um beinahe 50 Prozent zurückgegangen. Das gleiche ist beim Personenverkehr der Fall.

So ist der Betriebsüberschuß

361 238 Mark

gegen 912 839 Mark, also ein Weniger von über 60 Prozent.

Von dem Betriebsüberschuß in Höhe von 399 320 Mark erhält die Betriebspächterin, die Deutsche Kolonialbahn-Bau- und Betriebsgesellschaft in Berlin, ihre vertragliche Entschädigung in Höhe von 30 000 Mark, ferner $\frac{1}{10}$ des Restes mit 36 932 Mark (im Vorjahre 100 623 Mark), sodann das Gouvernement die übrigen 322 388 Mark (im Vorjahre 905 606 Mark).

Der Personenverkehr und die Einnahme daraus verteilen sich auf die verschiedenen Klassen, wie folgt:

	Reisende		Einnahmen in Mark	
	1911	1912	1911	1912
I. Klasse	3935	3635	58 963	52 651
II. „	9363	6520	70 793	66 443
III. „	11 450	15 278	79 236	79 723
	24 748	25 433	208 992	198 817

An Reisegepäck und Traglasten wurden befördert 444,8 (433,1) Tonnen und dafür vereinnahmt 22 610 (27 188) Mark. Von den beförderten Gütern waren Stückgut 3 893 (3 147) Tonnen, Wagenladungen 22 899 (36 198) Tonnen; hiervon gingen zur Küste: 1274 (499) Tonnen Stückgut und 889 (715) Tonnen Wagenladungen. Der Viehverkehr betrug: Großvieh 1078 (984) Stück, Kleinvieh 6639 (6726) Stück. An Landeserzeugnissen wurden u. a. verfrachtet: 3,1 Tonnen Obst, 2,9 Tonnen Butter, 3,9 Tonnen Eier, 23,07 Tonnen Feldfrüchte, 30,5 Tonnen Kartoffeln, 521,3 Tonnen Gras, 54,65 Tonnen Fleisch, 1,7 Tonnen Gehörne, 66,6 Tonnen Häute und Felle, 37,8 Tonnen Wolle, 210,27 Tonnen Kalk, 36,4 Tonnen Erzproben, 49,3 Tonnen Brennholz, im

ganzen 1043,5 Tonnen mit einem Frachtbetrage von zusammen 19 873 Mark. Im Berichtsjahre wurden beschäftigt 75 (65) weiße Beamte und 50 (85) weiße und 435 (540) farbige Arbeiter. Am 31. März 1913 waren an Fahrzeugen vorhanden: 28 (26) Lokomotiven, 9 (9) Personenwagen und 366 (335) Gepäcks-, Güter- und Viehwagen.

Auf der in Kapspur umgebauten Staatsbahnstrecke Karibib-Windhuf verkehren seit dem 1. Mai 1912 wöchentlich in jeder Richtung zwei sogenannte Schnellzüge mit 40 Kilometer Geschwindigkeit und vier gemischte Züge. Dadurch kann die Entfernung Swakopmund-Windhuf in einem Tage zurückgelegt werden, ohne daß es nötig wird, in Usakos oder Karibib zu übernachten.

Auch der Güterverkehr dieser Strecke litt unter dem Rückgang der Baufrachten. Während er im Jahre 1911 1 565 687 Mark erbracht hatte, lieferte 1912 nur Roheinnahmen von 950 678 Mark, das sind mehr als 615 000 Mark weniger, das sind beinahe 40 Prozent. Aber auch die Zahl der beförderten Personen ist gesunken, damit, wenn auch nur unbeträchtlich, die aus dem Personenverkehr eingehenden Roheinnahmen. Infolgedessen zeigt die Gesamteinnahme gegen das Vorjahr einen Rückgang von 855 946 Mark, das sind über 40 Prozent.

Die Uebersicht über die Entwicklung des 214 Kilometer langen Nordabschnitts der Nord-Südbahn von Windhuf über Karib nach Mariental, die im „Deutschen Kolonialblatt“ hinzugefügt worden ist, kann wohl außer Betracht gelassen werden, weil sie zum größten Teil erst im Laufe des Jahres 1912 eröffnet worden ist. Auch hier weisen aber infolge der ausgefallenen Bautransporte die Gesamteinnahmen einen Rückgang von 390 695 Mark auf 344 953 Mark auf. Die Gesamteinnahmen für den Abschnitt Karibib-Windhuf-Karib (Baugrenze) haben demnach betragen 1 262 954 + 344 053 1 607 007 (2 509 595) Mark, die Betriebsausgaben 1 352 647 (1 627 420) Mark, also Betriebsziffer 84,5 (64,84) vom Hundert und der Betriebsüberschuß 254 360 (882 175) Mark, zeigt also die beträchtliche Abnahme gegen das Vorjahr um 627 815 M.

Die alte 60-cm-spurige Staatsbahnstrecke Swakopmund-Jakobswater Karibib (195 km) wird nach wie vor durch ein Zugpaar bedient, das im allgemeinen zweimal im Monat verkehrt. Die Gesamteinnahme der Strecke betrug im Rechnungsjahr 1912: 18 284 Mark, die Betriebsausgabe 19 044 Mark, so daß sich also ein Fehlbetrag von 760 Mark ergab.

Am Jahreschluß 1912 waren folgende kapspurige Fahrzeuge vorhanden: 2 C-Tenderlokomotiven, 2 1-D-Tenderlokomotiven, 8 1-D-Lokomotiven mit Schleppender, 4 zweiachsige AB-Personenwagen, 4 vierachsige ABB-Personenwagen, 1 Salonwagen, 4 vereinigte Gepäcks- und Postwagen, 2 Gepäckswagen, 45 Güterwagen, 14 Viehwagen, 96 offene Wagen verschiedener Bauart. Sämtliche Fahrzeuge sind mit durchgehender Bremse ausgerüstet. Im

Betriebe der drei erwähnten Bahnstrecken einschließlich der Werkstätten waren bei Jahreschluß beschäftigt an Beamten, Angestellten und Handwerkern 127 (176) Weiße und 385 (205) Eingeborene.

Infolge des Wechsels der Spurweite zwischen der Staatsbahn und der Tavibahn müssen die Güter in Karibib umgeladen werden. Die Umladung wird von der Staatsbahn bewirkt.

Unser ältester Kolonialschienenweg, die **Deutsch-Ostafrikanische Nordbahn** oder Usambarabahn ist seit dem 7. Februar 1912 bis Neu-Moschi in einer Ausdehnung von 352 km im Betriebe. Die volle Betriebslänge erscheint zum erstenmal in diesem Jahre in der Statistik. Der Personenverkehr erbrachte Roheinnahmen in Höhe von 405 000 Mark, der Güterverkehr in Höhe von 721 000 Mark, der übrige Verkehr in Höhe von 78 000 Mark, so daß die Gesamteinnahme 1 204 000 Mark ergab gegen 1 177 000 Mark im Jahre zuvor. Der Betriebsüberschuß bezifferte sich auf

293 000 Mark

gegen 391 000 Mark in 1911. Die Zahl der beförderten Personen ist um 10 Prozent zurückgegangen und betrug 259 000 gegen 288 000, dagegen nahm fast ebensoviel die Ziffer der erreichten Personenkilometer zu, so daß die Länge der Durchschnittsfahrt für eine Person 52,5 km betrug gegen 43,6 km.

An Fahrzeugen waren vorhanden 18 (13) Lokomotiven, 1 Hebeldräse, 25 (19) Personenwagen, 6 vereinigte Post- und Gepäckwagen, 91 gedeckte, 108 offene Güterwagen, 3 Wagenkräne und 27 Kleinwagen. Im Dienste der Betriebsverwaltung standen 46 (53) weiße Beamte und 877 (732) farbige Arbeiter.

Für die **Tanganika** liegen, wie schon oben erwähnt, sogar die vorläufigen Betriebsergebnisse der ersten sechs Monate von 1913 vor: Einnahmen in Höhe von 2 188 000 Mark stehen gegenüber Ausgaben mit 1 237 000 Mark, so daß der Ueberschuß

950 000 Mark

beträgt. Für die zwölf Monate des Jahres 1911 hat er etwas über 1½ Millionen Mark betragen, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß die Strecke damals wesentlich kürzer war. Das Gesamtbild wird auch hier beeinträchtigt durch das Aufhören der Baufrachten.

Einen klaren Ueberblick gewährt das Resultat des Kalenderjahres 1912. Zwar hat sich auch hier die Betriebslänge um beinahe 50 Prozent von 517 auf 769 km erhöht, während die Steigerung der Einnahmen nicht immer damit gleichen Schritt hielt. Der Personenverkehr erbrachte 1911 293 000 Mark, 1912 hingegen 458 000 Mark, was eine Steigerung von 57 Prozent bedeutet. Das Anwachsen des Güterverkehrs hat nur wenig über 50 Prozent betragen. Erfreulich ist neben der Zunahme des öffentlichen Güterverkehrs auch die des Tierverkehrs und seiner Ertragnisse. Die durchschnittliche Fahrtlänge für die Tonne und die Person zeigt gleichfalls eine befriedigende Steigerung.

Die Güterbeförderung nach der Küste belief sich auf 7735 t gegen 4453 t im Vorjahre. Hier sind unter anderem zu nennen: 79 t Mehl, im Lande erzeugt,

99 t Sesamöl, 2843 t Brennholz, 588 t Utama, 245 t Saatfrüchte, 88 t Mais, 512 t Erdnüsse, 93 t Sesam, 470 t unentkernte Baumwolle, 305 t Hautschuß, 272 t Sijalhanj, 116 t entfernte Baumwolle, 631 t Häute, 175 t Wachs, 164 t Glimmer.

Die Zahl der Beamten und Bediensteten betrug am Ende des Kalenderjahres 1912: 137 (151) Europäer, 3276 (3671) Farbige (Soanesen, Syrer, Inder) und Eingeborene. Der Fahrzeugpark wies zu dem gleichen Zeitpunkt folgenden Bestand auf: 44 (44) Tenderlokomotiven und 15 (10) Lokomotiven mit Schlepptender, 30 (30) Wasserpumpen, 2 (2) Revisionswagen, 28 (15) Personenwagen, darunter 3 ABB, 5 CC, 11 (5) Post- und Gepäckwagen, davon 5 vierachsig, 135 (55) gedeckte Güterwagen, 190 (175) offene Güterwagen, davon 45 vierachsig, 60 (60) Schienenwagen, 3 (1) Kranwagen, 8 (7) Motordräsinen, 19 (7) Handhebeldräsinen, 53 (23) Bahnmeisterwagen. Bestellt oder im Zusammenbau begriffen waren am Ende des Geschäftsjahres 5 Lokomotiven mit Schlepptender und 3 Motordräsinen. Nach einer erheblichen Speisung des Erneuerungsfonds, der mit 2 108 962,17 Mark zu Buche steht, konnten von dem buchmäßigen Ueberschuß 716 936,30 Mark zur Verzinsung des Schutzgebietsdarlehens für die fertiggestellte Strecke Morogoro-Tabora an das Schutzgebiet abgeführt werden. Abgerechnet wurden die weiteren Teilstrecken Kilombo-Saranda mit 12 854 412,95 Mark, Saranda-Malongwe mit 12 853 112 Mark, so daß die bis jetzt abgerechneten Strecken von im ganzen 737 Kilometer Länge von Dar-es-Salaam bis Malongwe mit rund 64,5 Millionen Mark, das sind rund 87 500 Mark für das Kilometer, zu Buche stehen.

Da wir mit unserem kolonialen Eisenbahnbau recht spät eingeleitet haben, so können wir mehr als das bisher Erreichte nicht gut verlangen. Die bisherigen Erfolge sind immerhin derart, daß man von einer Wirtschaftlichkeit im gewissen Sinne bereits sprechen kann. Jedenfalls haben diese Stichbahnen, um mit der amtlichen Denkschrift „Die Eisenbahnen Afrikas“ vom Jahre 1907 zu sprechen, „die Probe bestanden und mehr geleistet, als man je von ihnen erwarten konnte und tatsächlich erwartet hat“.

Der Handel der südafrikanischen Union

belief sich während der ersten Hälfte des Jahres 1913:

		im gleichen Zeitraum 1912
in der Einfuhr auf	20 390 936 Pfund Sterling	gegen 19 081 391 Pfund Sterling
in der Ausfuhr auf	34 683 872 Pfund Sterling	gegen 30 455 226 Pfund Sterling
im Gesamthandel also auf	55 074 808 Pfund Sterling	gegen 49 536 617 Pfund Sterling

Das bedeutet eine Zunahme

in der Einfuhr von	1 309 545 Pfund Sterling	= 7 Prozent
in der Ausfuhr von	4 228 646 Pfund Sterling	= 13 Prozent
im Gesamthandel also von	5 538 191 Pfund Sterling	= 11 Prozent

Im einzelnen verteilt sich die Einfuhr auszugswaise wie folgt:

	1912	1913
	Pfund Sterling	
Getreide und Korn	399 802	1 102 317
Butter	98 000	150 000
Käse	71 768	87 416
Fett, Schmalz	19 054	40 692
Zucker	105 051	143 818
Automobile	226 093	462 696
Motorräder	44 808	111 487
Schnittwaren	689 207	615 592
Wollstoffe	564 637	496 659

Die erhöhte Einfuhr von Getreide und Korn ist in erster Linie der Trockenheit des Jahres 1912 zuzuschreiben. Auffallend ist u. a. die schnell steigende Einfuhr von Erzeugnissen der Automobilindustrie. Ein Rückgang ist zu verzeichnen in Schnittwaren und Wollstoffen.

Die Ausfuhr zeigt für dieselben Zeiträume im einzelnen folgende Daten:

	1912	1913
	Pfund Sterling	
Gold	18 837 000	19 563 000
Diamanten	4 135 000	6 188 000
Wolle	2 436 802	3 170 103
Straußenfedern	1 323 091	1 592 720
Mohär	410 375	464 076
Häute und Felle	694 835	997 693
Getreide und Korn	186 872	52 758
Getrocknete Fische	31 748	46 316
Frische Früchte	47 385	36 773

Besonders stark ist, wie hieraus hervorgeht, die Zunahme in der Ausfuhr von Diamanten und trotz der Trockenheit von 1912 der Wolle. Im übrigen ist noch folgendes bemerkenswert: Die Ausfuhr an Kupfer ist um 150 Prozent gestiegen, die von Zinn hat sich nahezu verdoppelt und beläuft sich für Januar—Juni 1913 auf 185 000 Pfund Sterling; sie hat alle Aussicht, sich weiter schnell zu entwickeln. Die Kohlenausfuhr zeigt im Werte eine Zunahme von 42 Prozent; dabei ist zu berücksichtigen, daß der Tonnenwert von 14 sh. 9 d. auf 12 sh. gefallen ist.

Kl.

Die Stadtanlage von Singtan.

Von Marinebaurat Böckmann.

I. Allgemeines über Kolonialstädte.

Beim Vergleich deutscher und englischer Kolonien, insbesondere der afrikanischen, fallen die Art der Ansiedlung und der Einfluß auf die vorhandene örtliche Besiedlung als wesentlich verschieden stark ins Auge. Die Engländer haben meist Plätze und Kolonien erhalten, die bereits den Handel erschlossen und zum Teil schon vorher in europäischem Besitz (der Portugiesen oder der Holländer) gewesen waren. Sie hätten daher die vorgefundenen Stätten des Verkehrs durch Aufzwingen ihrer Baugewohnheiten nur geschädigt und zogen es vor, außerhalb der vorhandenen Siedlungen der Eingeborenenbevölkerung ihre neue Ansiedlung für Wohnzwecke der Europäer anzulegen. Die Geschäfte und Lager dagegen blieben zweckmäßig in der Nähe des Kundenkreises der alten Stadt, welche gewöhnlich auch den Landungsanlagen am nächsten liegt. So erscheinen in den englischen Kolonien im allgemeinen die Städtebilder gegen die Zeit vor der englischen Kolonisation nur wenig verändert.

Anders geartet ist unser Kolonialbesitz. Uns sind dem Handel und Verkehr wenig oder noch gar nicht erschlossene Gegenden zugefallen, so daß unsere Arbeit in jeder Beziehung ein Neuschaffen erfordert. Handelsbeziehungen und Verkehrswege mußten erst angebahnt werden, ja die Handelsplätze und Häfen selbst waren erst neu zu schaffen. Daher ist der erste Eindruck eines deutschen Kolonialbesitzes der einer planmäßigen, dem deutschen Sinn nach Ordnung und Reinlichkeit entsprechenden Neuanlage.

In Ostasien, wo die Europäer mit alten Kulturvölkern in Berührung kamen, haben sich die städtebaulichen Verhältnisse in besonders eigenartiger Weise entwickelt. In China wie in Japan, vor 1907, haben sich die Europäer vertragsmäßig günstig gelegene Flächen in den zur Niederlassung Fremder freigegebenen Handelsplätzen — Vertragsplätzen — zuweisen lassen. Der Abschluß dieser Völker nach außen und ihr Fremdenhaß machten eine Niederlassung unter anderen Bedingungen unmöglich, wie ja auch in rechtlicher Beziehung bei den unentwickelten Verhältnissen eine Ausnahmestellung unter eigenen Gesetzen — Konsulargerichtsbarkeit — beansprucht werden mußte. Diese Gebiete scheiden in verwaltungsrechtlicher Hinsicht aus dem Heimatstaat aus und werden nach europäischen Grundsätzen entweder getrennt von den einzelnen Nationalitäten oder von der europäischen Bevölkerung gemeinsam —

international — besiedelt und verwaltet. In diesen Niederlassungen werden Geschäfts- und Wohnhäuser vielfach zusammen gebaut; eine Trennung findet sich häufig in den Hafenstädten, wo die Geschäftshäuser und Schuppen möglichst unmittelbar an den Landungsstellen angelegt werden und die besseren Wohngebäude in freierer und höherer Lage, wenn möglich auf den umschließenden Hügeln, entstehen (Hongkong, Yokohama).

II. Vertikale Bedingungen für den Städtebau in Tsingtau Die Besiedlung.

Bei der Besitzergreifung unseres heutigen Schutzgebietes Kiautschou fand sich innerhalb der von uns gezogenen Grenze keine chinesische Stadt, sondern nur Marktflecken und Dörfer vor. Die nächste Stadt an der Bucht ist Kiautschou, die alte Kreisstadt des Gebietes. Diese Stadt hat als Handelsstadt bei der großen Entfernung, 10 Kilometer von der Bucht, keine große Bedeutung mehr, wenn auch jetzt noch über den Hafenplatz Tapatur an der Mündung des Ruho ein nicht unbedeutender Teil des eigentlichen chinesischen Eigenhandels geht. Da der nördliche Teil der Bucht weiter versandet, hätte Kiautschou für uns als Niederlassung keinen Wert gehabt. Mit dem Verzicht auf die Einbeziehung einer größeren Stadt konnten zugleich die Empfindungen der Chinesen geschont werden. In die Grenzen wurden nur die für eine geeignete Hafenanlage in Betracht kommenden Gebiete am östlichen Teil der Kiautschoubucht einbezogen. In ihr gab es einige armselige Fischerdörfer und Liegeplätze für die kleine Schifffahrt, doch keinen Platz, der unmittelbar zum weiteren Ausbau einer großen Anlage geeignet gewesen wäre. Es galt also hier von Grund auf neu zu schaffen.

Unser Schutzgebiet besteht aus 552 Quadratkilometern Land auf dem Festland, aus der bis zur Hochwassergrenze eine ebenso große Fläche umfassenden Bucht von Kiautschou mit den in dieser liegenden Inseln und aus den vor der Einfahrt in die Bucht und etwas südlicher gelegenen Inseln. Die Größe des Schutzgebietes auf dem Festland entspricht etwa $\frac{1}{1000}$ von Deutschland und ist ungefähr gleich der Grundfläche des hamburgischen Staates. Die Bevölkerung beträgt rd. 131 000 Chinesen im Landgebiet, also 237 Einwohner/Quadratkilometer. Mit Rücksicht auf die weniger bevölkerten Bergzüge gehört das Landgebiet hierdurch zu den am stärksten besiedelten Gebieten Schantung. In Tsingtau-Stadt wohnten nach der Zählung 1912 2069 Europäer (1183 Männer, 886 Frauen), dazu 2401 Soldaten, 53 312 Chinesen, 316 Japaner, außerdem ist im Hafen eine fremde Wasserbevölkerung von durchschnittlich 2360 Personen ständig anwesend.

Die Gestaltung.

Das Land ist von mehreren kleinen Gebirgsstöcken durchzogen, von denen der höchste, der Lauschan, die Nordostgrenze bildet. Die größte Erhebung, der Lauting mit 1138 Metern liegt auf chinesischem Gebiet, und der Hauptfluß

des Lauschan, der Paischaho, bildet mit dem Abflußgebiet seiner Nebenflüsse die nordwestliche Grenze des Schutzgebietes. Die wichtigsten Höhenzüge sind die Prinz-Heinrich-Berge, der Kaiserstuhl, der Schymen und die Hügelkette des Tsingtauer Forstes (Altisberge, Bismarck-Moltke-Berg). An Flüssen seien noch erwähnt der Haipo und der Litsun, die in die Kiautschoubucht, und der Tschuwo und der Prinzenfluß, die in Buchten des Gelben Meeres münden. Zur Stadtentwicklung waren die zum Meer und zur Bucht flach abfallenden Hügel, die südwestlichen Ausläufer der Altisberge — Dietrichsberg, Gouvernementshügel, Wasserberg, Missionshügel — bestimmt.

Der Untergrund im Schutzgebiet besteht aus Granit, Gneis- und Basaltschichten, die vielfach zutage treten und die am Fuß und in den Tälern von Verwitterungsprodukten dieser Gesteine, Sand und Ton überlagert sind. In diesen Ablagerungen haben die Niederschläge tiefe Rinnen — Ravinen — gebildet von eigenartig charakteristischem Aussehen. Die Mutterbodenschichten sind nur dünn, doch waren alle Flächen soweit als irgend möglich bebaut und zum Teil sogar mit Kiefern besetzt. Eine systematische Aufzucht begann aber erst mit der deutschen Besitzergreifung und durch sie wird in nächster Nähe der Stadt in wenigen Jahren ein weiter prächtiger Kiefernwald geschaffen sein.

Das Klima.

Schön ist das Klima fast durchweg im Frühjahr und Herbst, der Himmel strahlt blau, Luft und Licht sind wie in Italien oder Spanien, die Temperatur angenehm. Während der Herbst beständiger ist, zeigt das Ende des Frühjahrs häufig starke Nebel, die viel Feuchtigkeit bringen und oft in die Regenzeit des Sommers überleiten. Dann regnet es wöchentlich etwa ein- oder zweimal äußerst heftig, und die Luft ist stark mit Wasserdampf gesättigt. Die große Luftfeuchtigkeit in Verbindung mit der Wärme hat zur Folge, daß viele Sachen zu schimmeln beginnen, und daß man gut tut, Stiefel Kleider usw. luftdicht zu verwahren. Die Hitze wird durch eine kräftige Südostbrise, welche im Laufe des Vormittags einsetzt, gemildert, doch steigt die Temperatur über 30 Grad Celsius. Wenn wir auch in der Heimat solche Wärmegrade kennen, so wirkt doch draußen die gleichzeitige Luftfeuchtigkeit unangenehm auf das Allgemeinbefinden, weil durch sie eine geregelte Hauttätigkeit erschwert wird. Im Gegensatz zu dem feuchten Sommer steht der Winter mit seinen scharfen, trockenen Nordwinden. Die Temperatur fällt selten unter 10 Grad Celsius. An den Rändern der Bucht bildet sich etwas Eis, die Bucht selbst friert nicht zu. Der starke Wechsel der Luftfeuchtigkeit macht sich besonders bemerkbar an Holzkonstruktionen und Möbeln, die nicht aus völlig ausgetrockneten Hölzern hergestellt sind.

Trotzdem die allgemeinen Einflüsse durch das Klima und durch die einheimische Bevölkerung in Tsingtau die gleichen sind wie die anderer ostasiatischer Städte, ist Tsingtau dank der hygienischen Einrichtungen,

bejonders der guten Trinkwasserversorgung und der Schwemmanalifation, als der gefundeste und fauberfte Ort an der chinefifchen Küfte anerkannt. Um fo lieber geben die Eltern ihre Kinder nach Tjingtau

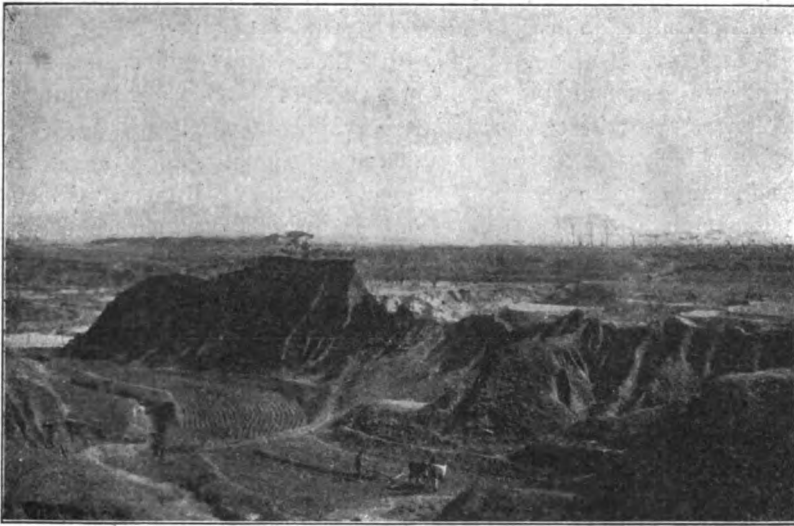


Abb. 2. Schluchtenbildung im aufgeschwemmten Boden.

in die deutsche Schule. Dazu ziehen der schöne Badestrand, verbunden mit der Nähe romantischer Berge, und die kühlende Südostbrise in den Sommermonaten viele Erholungsbedürftige aus den anderen Plätzen der Küfte und aus dem Innern dorthin, so daß sich ein starker Fremdenverkehr bemerkbar macht, der durch das Anlegen der Schiffe des Norddeutschen Lloyd seit einem Jahr und durch die jetzt gebotene Möglichkeit, die alten Kultstätten des Konfuzianismus mit der Eisenbahn zu besuchen, voraussichtlich noch erheblich wachsen wird.

Die Landordnung.

Bereits in der Proklamation bei der Besitzergreifung am 14. November 1897 war ein Besitzwechsel der chinefifchen Bevölkerung außerhalb der Dorfbewohnerschaft verboten worden. Es war beabsichtigt, die alten Dorfstätten mit ihren Feldern aufzukaufen und den Einwohnern neue Plätze anzuweisen. Dadurch sollte die Verwaltung bei der Anlage der neuen Europäerniederlassung freie Hand erhalten und die einheimische Bevölkerung außerhalb derselben ansiedeln können.

Das in den Besitz des Schutzgebietes übergegangene Land wurde nur unter den Bedingungen der Verordnung betreffend den Landerwerb in dem deutschen Kiautschougebiet vom 2. September 1898, der sogenannten „Landordnung von Kiautschou“, veräußert. Im allgemeinen können nur Grund-

flächen innerhalb des ausgelegten Bebauungsplanes erworben werden. Der Verkauf erfolgt öffentlich nach vorheriger Bekanntgabe der Lage, Größe und des Benutzungsplanes für das Grundstück sowie des festgesetzten Mindestpreises. Den Zuschlag erhält der Höchstbietende. An den Verkauf ist die Bedingung geknüpft, innerhalb eines Zeitraumes von drei bis fünf Jahren den abgegebenen Benutzungsplan zu erfüllen. Änderungen des letzteren bedürfen der Genehmigung des Gouvernements. Bei Nichterfüllung des Benutzungsplanes tritt eine Erhöhung der Grundsteuer ein. Diese beträgt in der Regel 6 Prozent des Grundstückwertes, sie steigt mit je drei Jahren der Nichterfüllung des Planes um 3 Prozent, bis zu 24 Prozent. Sobald der Benutzungsplan ausgeführt ist, beträgt die Grundsteuer wieder 6 Prozent. Durch diese Bestimmung wird ein Erwerb rein aus Spekulationszwecken ohne Verwertung zu Bauzwecken nahezu unmöglich gemacht. Als Grundstückwert gilt zunächst der gezahlte Kaufpreis, später sollen von Zeit zu Zeit Wert einschätzungen vorgenommen werden.

Mindestler Kaufpreis für 1 Quadratmeter Grundstücksfläche an ausgebauter Straße ist nach einer 1902 erfolgten Einschätzung festgesetzt je nach Lage auf 1.69, 1.32, 1.01, 0.96, 0.83, und 0.45 Dollar, also zwischen 3.40 und 1.00 Mark. Der Erwerbswert für das Schutzgebiet schwankte je nach dem Bestande des Bodens im Durchschnitt etwa zwischen 0.03 und 0.07 Dollar. Im Landgebiet, also außerhalb der Stadtgrenzen, sind die Bodenwerte bereits ganz erheblich gestiegen und werden für gutes Land jetzt zu 160 Dollar für ein Mou (chinesischer Acker) gegen 50 Dollar im Jahre 1900 geschätzt. Da ein Mou 614 Quadratmeter mißt, beträgt die Steigerung von 0.08 auf 0.23 Dollar pro Quadratmeter. Das ist eine Folge des günstigeren und sicheren Absatzes der Bodenerzeugnisse unter den neuen Verhältnissen.

Um der Allgemeinheit ein Anteil an der mit der Entwicklung natürlichen Steigerung des Bodenwertes zu sichern, soll das Schutzgebiet bei Weiterverkäufen von Grundstücken ein Drittel des Reingewinnes erhalten. Der Reingewinn wird errechnet nach Abzug aller vom Käufer an dem Grundstück vorgenommenen Verbesserungen nebst 6 Prozent Zinsen vom erzielten Verkaufspreis. Bei Grundstücken, die ihren Besitzer während fünf- undzwanzig Jahren nicht wechseln, ist eine einmalige Abgabe vorbehalten, die den Gewinnanteil bei etwaigem Verkauf nicht übersteigt.

III. B e a u u n g s p l a n .

Wie im Norden Europas die gesuchtesten Wohngegenden im allgemeinen nach Westen, der häufigsten Windrichtung zu, liegen, so kommen für Tsingtau als Gegend für europäische Besiedlung vor allem die nach Südost liegenden Flächen in Betracht. Kommt doch aus dieser Richtung in den heißen Sommermonaten die angenehm empfundene Brise. Leider erhält man aus dieser Richtung aber auch die am Meer aufsteigenden Nebel aus erster Hand und damit in der Nähe des Strandes reichlich Feuchtigkeit in die Häuser.

Nach späteren Erfahrungen erscheint die Lage nach Südost in einigem Abstand vom Strand, besonders im Schutze der ersten Hügelfetten, bereits trockener und ist daher auch gesunder. Gegen Norden und Nordosten, woher die scharfen Winterstürme pfeifen, müssen die Wohnräume geschützt werden. Es werden daher die Küche und Nebenräume nach dieser Richtung angelegt.

Aus gesundheitlichen Gründen war vorzusehen, die europäische und die chinesische Bevölkerung möglichst zu trennen, und bei der Gestaltung des Geländes ergab sich die Möglichkeit, die einzelnen Stadtteile auf gesonderte Höhenrücken anzuordnen, so daß die in den Kolonien besonders zu beachtenden Abwässer aller Art in voneinander unabhängigen Entwässerungssystemen aufgenommen werden konnten. Vor allen konnte die gefahrbringende Abführung von Abwässern der chinesischen Bevölkerung durch von Europäern bewohnte Gebiete vollständig vermieden werden. Die südlich liegenden Villen, Wohn- und Geschäftsviertel der Europäer entwässern nach Buchten des Meeres, während die nördlich gelegene Chinesenstadt und die für gemischte Bauweise vorgesehene Hafenstadt nach der Kiautschoubucht abfallen.

Die Aufteilung des südlich gelegenen Geländes erfolgte in der Art, daß an der nach Osten zu liegenden Augusta-Viktoria-Bucht mit ihrem schönen Badestrand die Villen der Europäer angelegt werden sollten. Westlich davon, an der Tjingtaubucht, sollte die Geschäfts- und Wohnstadt liegen mit den Regierungs- und Verwaltungsgebäuden. Nördlich hiervon war das Gelände für die chinesische Handels- und Wohnstadt Tapatau vorgesehen, neben dem für den Küstenverkehr bestimmten kleinen Hafen. Der eigentliche Handelshafen, der große Hafen, liegt nördlich von Tapatau. Das Gebiet bis zum Hafengelände — die Hafenstadt — ist als Geschäftsstadt für Europäer und Chinesen ausersehen. Nur bestimmte Straßenzüge sind dort als Wohnstraßen für Europäer gedacht, die, wie die Beamten des chinesischen Seezolles, der Hafen- und der Hafenbauverwaltung und der Werft, ihr Tätigkeitsfeld am Hafen selbst finden. Die Entwicklung der Bebauung ist diesem vorbezeichneten Grundzug gefolgt, und zwar weit schneller, als im Anfang erwartet wurde.

Die Aufteilung des Geländes nach den verschiedenen Wohnzwecken ergab eine frühzeitige Ausbildung eines weitläufigen Straßennetzes zur Verbindung der Gebiete. Infolgedessen wurde der Bebauungsplan vielfach als zu großzügig getadelt. Er hat sich in Wirklichkeit bald als zu eng erwiesen, und die ursprünglich auseinander liegenden Stadtteile sind bereits jetzt aneinander gewachsen. Da nahezu alle im Wohngebiet ausgelegten Grundstücke verkauft sind, wird es Aufgabe des Gouvernements sein, neue Bebauungspläne aufzustellen, wobei den neuzeitlichen Forderungen unter Berücksichtigung der örtlichen Umstände und der inzwischen gewonnenen Erfahrungen mehr Rechnung getragen werden kann. Der früher aufgestellte Bebauungsplan entspricht heute nicht allen Anforderungen des neuzeitlichen Städtebaues, insbesondere erscheint er vielfach zu schematisch und ohne genügende Berücksichtigung

sichtigung der Höhenverhältnisse aufgestellt. Bei dieser Beurteilung darf aber nicht übersehen werden, daß die städtebaulichen Forderungen sich erst in den letzten zehn Jahren bei uns kräftiger entwickelt haben, und daß ein einmal aufgestellter Bebauungsplan sich nicht leicht neuen Forderungen anpassen läßt. Vor allem fehlten aber bei der ersten Anlage die notwendigsten Unterlagen in bezug auf eingehende Geländeaufnahmen. Dieser letztere Mangel erklärt sich daraus, daß Vermessungsbeamte nicht gleich in ausreichender Anzahl vorhanden waren, und ließe sich jetzt wohl leicht abstellen.

Im einzelnen weist die vorhandene Bebauung folgendes Bild auf:

Nähe am Strande der Augusta-Viktoria-Bucht befindet sich das Strandhotel, das in den Sommermonaten die auswärtigen Besucher Tsingtaus aufnimmt und mit seinem Strandleben, Konzert, Reunions eine große Anziehung ausübt. Auf der weiten Ebene nördlich des Hotels ist ein Spiel- und Sportplatz angelegt, der auch als Paradesfeld dient, und auf dem die jedesmal ein wichtiges Ereignis bildenden Frühlings- und Herbstrennen des Tsingtauer Kennvereins abgehalten werden. An der westlichen Anhöhe dieses Tales sind die Wohn- und Landhäuser der Europäer entstanden, unter denen die ehemalige Behausung des Gouverneurs, eine Holz-Tropenbarade, und das stattliche Haus des chinesischen Seezolldirektors, eines Deutschen, auffallen. In Norden und Westen beginnen die Forstanlagen, zunächst mit dem Forst- und Versuchsgarten, in dem die Wohnungen des Oberförsters und seiner Gehilfen untergebracht sind. Im Südosten des Tales sind die Kasernen der Matrosenartillerie angelegt.

Das nächste Tal nach Westen zu enthält die Kasernen des III. Seebataillons. Auf halber Höhe des westlich davon gelegenen Dietrichsberges liegt mit dem Blick auf die See das neue Wohnhaus des Gouverneurs. Dann folgt die Christuskirche, eine Stiftung des Deutsch-evangelischen Kirchenausschusses, und am Nordoststrand des Gouverneurshügels das Gouvernementslazarett. Südlich und westlich des Hügels liegt dann die Geschäfts- und Wohnstadt der Europäer. Auf dem Wege von der Augusta-Viktoria-Bucht kommt man zunächst an zwei Wahrzeichen des alten Tsingtaus vorbei, an dem Namen und an dem seinem Zweck erhaltenen chinesischen Tempel. Das Namen, das Gehöft mit den Wohn- und Verwaltungsgebäuden des erst kurze Zeit vor der Besitzergreifung dort eingesetzten chinesischen Generals, diente auch dem deutschen Gouverneur in der ersten Zeit nach der Besitzergreifung als Verwaltungsgebäude. Noch jetzt sind Teile der alten Anlage als Sitzungszimmer des Gerichtes in Tsingtau in Gebrauch. Erst im Jahre 1906 konnte der Umzug in das neue, der Würde des Reiches entsprechende Gebäude und damit die Zusammenziehung der wichtigsten Ämter in einem Hause erfolgen. Dieses neue Dienstgebäude hebt sich durch seine Lage vor dem bewaldeten Gouvernementshügel hervor und sticht durch die einfachen kräftigen Formen, in denen seine drei Stockwerke durchgeführt sind, von seiner Umgebung wirkungsvoll ab. Von der See ist es



frei zu erblicken, weil ein großer Platz vor dem Gebäude angelegt ist, der eine Terrasse über den tieferen, an die See grenzenden Straßenzügen bildet. Nördlich von dem alten chinesischen Tempel liegt die Gouvernementschule, die als Oberrealschule bis zur Obersekunda, also mit Berechtigung zur Erteilung des Einjährigzeugnisses, ausgestaltete Anstalt für die Söhne und Töchter der Europäer. Sodann folgen die Wohn- und Verwaltungsgebäude der Schantungbergbau- und der Eisenbahngesellschaft, der Deutsch-chinesischen Bank, das Hotel Prinz Heinrich, der Deutsche Klub und eine Reihe Geschäftshäuser.

Am äußersten westlichen Ende dieser Uferstraße gelangt man zu den Anlagen der Deutsch-chinesischen Hochschule, die zum Teil noch provisorisch in den Baracken der früher dort untergebrachten Feldartillerie ihr Heim hat. Jetzt sind dort bereits die neuen Internate für die chinesischen Schüler und die Studienhäuser entstanden. Nördlich der Uferstraße, die dem Meeresboden durch Errichtung einer Ufermauer und Aufschüttung abgerungen wurde, erstreckt sich bis zur Wasserscheide die Wohn- und Geschäftsstadt Tsingtau. An öffentlichen Gebäuden liegen hier im Westen der Stadt das Polizeigebäude und der Bahnhof.

Nördlich von der Europäerstadt schließt sich die Chinesenstadt Tapatau an. Mit dem westlich von ihr gelegenen kleinen Dschunkenhafen ist sie durch mehrere Unterführungen unter der Eisenbahn, die sie sonst abschneiden würde, verbunden. Unter den chinesischen Bauten sind die Gildenhäuser der chinesischen Kaufmannschaft, Vereinigung von Kaufleuten bestimmter chinesischen Provinzen, erwähnenswert. Westlich von der Bahn, in der Nähe des kleinen Hafens, liegt am Fuße der Höhen das Elektrizitätswerk, und auf der Höhe südlich davon der modern eingerichtete und verwaltete Schlachthof.

Zu beiden Seiten des nach Norden hinauslaufenden Eisenbahngleises führen Straßen nach dem großen Hafen. Der unmittelbare Anschluß Tapataus an das Hafenviertel ist noch verhindert durch die beiden Ziegeleien, die in der Senkung zwischen den Hügelbildungen begründet worden sind und erst in den nächsten Jahren nach Abbau des vorgefundenen Lehmbodens abgebrochen werden. Voraussichtlich wird dann auch die chinesische Bevölkerung, die geschlossene Siedlungen vorzieht, den europäischen Kaufleuten bald nach-eifern, die ihre Kauf- und Wohnhäuser bereits in das Hafenviertel verlegt haben. Von den größten Firmen des Ostens haben hier insbesondere Melchers u. Co. und Carlswik u. Co. ihre Niederlassungen. Auf der Höhe des Hügels, dessen westlicher Abhang dieses Hafenviertel einnimmt, liegen die beiden protestantischen Missionen mit ihren Lehr- und Wohngebäuden; hier liegt auch in einem großen Garten das Faberhospital zur Behandlung von Chinesen.

Vor dem Eingang zum Hafengebiet liegen die Dienstgebäude des Hafenamtes und des Hafenbauamtes sowie des chinesischen Seezolls. Dann folgen die Hafenanlagen mit ihren Molen, Schuppen, Speichern und Gleisanlagen und am Ende des anschließenden Umschließungsdammes das Werftgebiet. Diese

Gebiete dürfen nur soweit bewohnt werden, als zur Bewachung und Sicherheit erforderlich ist. Außer einigen chinesischen Wächtern wohnen daher von Europäern im Hafen selbst nur einige Angestellte des Seezollamtes und auf der Werft die zur Sicherheit der Anlagen erforderlichen Beamten.

Als Wohnstätte der zahlreichen Hafen- und Werftarbeiter ist das Dorf Taitungtschen angelegt, östlich vom großen Hafen an der wichtigen Haupt- und Verkehrsstraße von Tsingtau nach dem Innern des Schutzgebietes und der Provinz Schantung. Westlich von Taitungtschen liegt nach der See zu das zurzeit als Truppenübungsplatz benutzte Gelände für spätere industrielle Anlagen. Als erste haben sich hier zwei große Petroleumgesellschaften niedergelassen. Noch weiter nördlich, bei dem Dorfe Shfang, sind die Werkstätten der Schantungseisenbahn errichtet.

IV. Straßenbau.

Bei dem hügeligen Gelände waren Straßen mit starkem Gefälle nicht ganz zu vermeiden, doch sind durch Felsprengungen, besonders für die Hauptverkehrsstraßen, möglichst günstige Gefälle erreicht werden. Die Fahrbahnen sind fast durchweg chauffiert, wozu geeignetes Material aus den in der Nähe angelegten Steinbrüchen verwendet wird. Die Ausführung der Malzarbeit erfolgt mit eigenen Dampfwalzen durch die Bauverwaltung. Maschinist und Heizer sind Chinesen, die sich bei dieser Arbeit sehr gut bewährt haben. Pflastersteine sind nur in solchen Straßen verwendet worden, deren Gefälle für Chauffierung zu steil war, so daß das Material bei Regen ausgespült wurde. Die meist leicht befestigten Fußwege sind durch Granitbordsteine gegen die Fahrbahn abgegrenzt. In stark begangenen Geschäftsstraßen, z. B. der Friedrichstraße, sind die Fußwege mit Granit- und Betonplatten belegt.

Auf dem Fahrdamm waren außer den Flächen für den Wagenverkehr noch besondere Vorkehrungen für die Einradkarren zu treffen. Diese Art Karren besitzt nur ein Rad, etwa unter dem Schwerpunkt der Last, und wird gewöhnlich von einem Mann geschoben. Infolge der günstigen Lastübertragung ist die Arbeit des Mannes gering, aber die Wirkung des Rades auf die Fahrbahn sehr stark. Sie erfordert daher eine besonders gute Befestigung. Die Lösung ist in Tsingtau so getroffen, daß 30 Zentimeter breite Karrbahnen aus Granitsteinen in die Straßen eingebaut sind. Für jede Richtung ist eine Bahn vorhanden, die auch bei den wichtigsten Kreuzungen und Abzweigungen durchgeführt wird. Mit Rücksicht auf die sperrigen Transporte, z. B. die langen, kreuzweise auf der Karre zu befestigenden Gerüsthölzer aus Bambus, Strohboxen usw., müssen drei Meter als erforderliche Profilbreite für die Einradkare gerechnet werden. Aus diesem Grunde müssen die Verkehrsstraßen in Tsingtau eine verhältnismäßig erheblich große Breite erhalten. Straßenbahnen sind zwar noch nicht vorhanden, aber Raum für die Anlage einer solchen ist bereits in dem Hauptverkehrszuge vorgesehen. In den letzten Jahren hat auch das Auto seinen Einzug in Tsingtau gehalten, und die häu-

figere Verwendung hat sich bei der Straßenunterhaltung bereits bemerkbar gemacht. Um eine dauerhaftere und in der Unterhaltung billigere Befestigung zu schaffen und gleichzeitig der Staubplage zu begegnen, werden daher Versuche mit Leerungen der Straßen unternommen.

Die Unterhaltung, die Reinigung und das Sprengen der Straße erfolgen durch die Bauverwaltung, wie in der Heimat. Soweit als möglich wird Seewasser zum Sprengen benutzt, es wird dadurch nicht allein an Süßwasser aus der Wasserleitung gespart, sondern auch ein günstiger Einfluß auf die Fahrbahndecke erzielt, da die Salze die Fahrbahn länger und in tieferen Schichten feucht erhalten. Das Seewasser wird an einzelnen Stellen unmittelbar in die Sprengwagen gepumpt, wobei je nach der Häufigkeit der Benutzung der Anlage Hand- oder elektrischer Betrieb eingerichtet ist. Zur Beleuchtung werden überwiegend Petroleumlaternen benutzt, nur im Zuge des Hauptverkehrs brennen elektrische Bogenlampen.

Die Kosten des Straßenbaues werden nicht von den Anliegern eingezogen, wie es in der Heimat allgemein üblich ist, sondern von der Verwaltung getragen. Die Beitragskosten müssen also in dem Grundstückspreis miterhoben werden. Schätzungsweise werden die festgesetzten Verkaufspreise dieser Anforderung auch genügen. Die Kosten der Straßenunterhaltung ließen sich bisher aus den erhobenen Wassergeldern mitbestreiten, außerdem können die Steuern auf Luxusfahrzeuge mit als Beiträge zur Erhaltung der Straßen angesehen werden.

Außer den eigentlichen Stadtstraßen werden noch die Hauptstraßen in das Innere des Schutzgebietes von der Bauverwaltung unterhalten. Im übrigen werden Bau und Unterhaltung der Straßen im Landgebiet von den chinesischen Gemeinden unter Leitung der Bezirksämter ausgeführt, wobei die Bauverwaltung in schwierigen Fällen zugezogen wird. Außerdem bauen noch die Fortifikations- und die Forstverwaltung Straßen für ihre besonderen Zwecke.

V. Bauordnung.

Der Verteilung des Geländes nach den verschiedenen Zwecken entsprechen sowohl der früher bereits besprochene Wert der Grundstücke wie die Bauvorschriften. Bestimmte Gebiete, wie z. B. das Augusta-Victoria-Viertel, dürfen nur landhausmäßig — höchstens $\frac{3}{10}$, bei Eckgrundstücken $\frac{4}{10}$ der Gesamtbaufäche — bebaut werden. In anderen Stadtteilen sind bis zu 18 Metern hohe Miet- und Geschäftshäuser in nicht mehr als drei Geschossen zugelassen. Bei offener bzw. geschlossener Bebauung sind in der Regel $\frac{9}{10}$ der Fläche bebaubar. Der Bauwuch beträgt drei Meter bzw. bei Anlage von Fenstern vier Meter von der Nachbargrenze. In den nur für Europäer bestimmten Stadtteilen entsprechen die Anforderungen an Baumaterial und Ausführung etwa den heimischen Bestimmungen. In der Chinesenstadt sind Erleichterungen im Anschluß an die chinesischen Bauweisen gestattet. Doch sind besondere Bestim-

nungen im Interesse der Feuerficherheit getroffen, z. B. ist die Zahl der Stockwerke auf zwei beschränkt, und sind Dachdeckung mit Stroh und Rohr verboten. Die Mindestfläche für dauernd bewohnte Räume ist auf fünf Quadratmeter und die geringste Geschosshöhe auf 2,7 Meter festgesetzt; die bebaubare Fläche beträgt $\frac{1}{4}$ der Grundfläche, der Bauwich drei Meter.

Das Verbot der Holzaufbauten und die breiten geraden Straßen nehmen Tapatau den Reiz, den sonst chinesische Stadtviertel haben. Die engen Straßen mit bunt bemalten Holzveranden des zweiten Stockwerks und mit den in lebhaften Farben gehaltenen, weit vorragenden senkrechten oder über die ganze Breite der Straße gespannten Firmenschildern voller geschwungenen chinesischen Schriftzeichen geben ein seltsam buntes Bild. Zu dieser lebhaften Außenseite steht das meist dunkle verwahrloste Innere des Hauses im grellen Gegen-



Abb. 4. Straßenbild aus einer kleinen chinesischen Stadt.

satz, und der Gesundheitszustand der chinesischen Bevölkerung bildet besonders in den Sommermonaten eine ständige Gefahr für die benachbarten europäischen Niederlassungen. Infolge der vorgeschriebenen Bauweisen und der durchgeführten Entwässerung ist dagegen der Gesundheitszustand in Tapatau sehr günstig, auch können etwa auftretende Epidemien leicht bekämpft werden. Ebenso ist der Brandherd bei ausbrechendem Feuer unschwer zu beschränken, während in den alten chinesischen Städten ganze Viertel dem ausbrechenden Feuer unrettbar zum Opfer fallen. Zu bedauern ist nur, daß es bisher nicht gelungen ist, etwas von dem malerischen Anblick der altchinesischen Städte in unsere Neuanlage herüberzunehmen. Es ist aber zu hoffen, daß mit der Zeit die nüchternen Fronten der ersten Häuser solchen im charakteristischen chinesischen Stile weichen werden. Es ist ja auch nicht so einfach, die Bevölkerung zunächst an die Durchführung der im hygienischen Interesse gegebenen Vor-

schriften anzuhalten. So ist es noch nicht überall gelungen, den Chinesen die Notwendigkeit und den Zweck der geforderten Höfe, ein Viertel der Grundstücksfläche, klarzumachen. Immer wieder finden sich Versuche, die Höfe zwischen dem Vor- und Hintergebäude, die je nur ein Zimmer tief sind, zu überbauen und für die mannigfachsten Zwecke nutzbar zu machen. Die Abflußverhältnisse und die Sauberkeit, abgesehen von der ungenügenden Licht- und Luftzufuhr, können in solchen hoflosen Behausungen nicht genügend durchgeführt werden und haben wiederholt zu sanitären und technischen Beanstandungen gelegentlich von Wohnungsrevisionen Anlaß gegeben. Eine Besserung wäre nur zu erreichen bei einheitlicher Bebauung ganzer Blöcke am Rande, wo der gemeinsame Hof zusammenhängend die Mitte bildet und leicht überwacht werden kann, oder durch Zerlegung größerer Blöcke durch schmale Hinterstraßen. Die Streifen dürfen nur die Tiefe eines Gebäudes mit Hof erhalten. Die Höfe liegen dann nebeneinander und sind von der hinteren Straße unmittelbar zugänglich und leicht zu überwachen.

Das Europäerhaus entspricht vollständig dem heimischen in seiner äußeren und inneren Gestaltung, nur für die chinesische Bedienung ist in dem Hause kein Raum vorzusehen. Diese bewohnt ein besonderes kleines Nebengebäude, in dem meist auch Stallungen und Wagenremise vorgesehen sind. Leider sind bei diesen unmittelbar an der Grundstücksgrenze errichteten Gebäuden die häßlichen fahlen Wandflächen infolge der Pultdächer nicht vermieden worden.

Bei der Einteilung der Räume im Europäerhause werden mit Rücksicht auf die heftigen winterlichen Nordwinde zweckmäßig die Treppen und Nebenräume nach Norden gelegt und die Schlaf- und Wohnräume nach Osten und Süden. Nach Südosten, der Richtung der sommerlichen Brise, wird zum Aufenthalt im Sommer gern eine Veranda oder Balkon gebaut, doch tut man gut, auch hier geschützte Stellen vorzusehen, da diese Winde manches Mal zu feucht oder zu kräftig wehen. Wegen der Stürme -- Ausläufer von Taifunen gehen manchmal über Tsingtau weg -- und wegen der sehr heftigen Regengüsse muß das Dach besonders sorgfältig stark und dicht gebaut werden. Diese meteorologischen Beobachtungen haben auch die schweren chinesischen Dachformen entstehen lassen, die auf einer dicken Lehmunterlage als Mönch- und Nonnendach in leichter Schweifung der Gatte hergestellt werden, und bei Tempeln und öffentlichen Gebäuden weit über die Hausmauer austragen, um das Innere gegen die Sonnenstrahlen zu schützen. Manche Europäer haben sich dieser chinesischen Erfahrungs- und Ausführungsart angeschlossen. Doch überwiegen in Tsingtau die roten Ziegeldächer, die unseren heimischen Deckungsarten entsprechend verlegt sind. Leider ist auch das Wellblech als Dachbedeckung eingeführt worden.

Während der Chinesen gewöhnlich mit Luftziegeln und Lehm sein Holzgerüst zu einem Hause ausbaut, wurde gleich nach der Besiznahme auf Veranlassung der Regierung eine Ziegelbrennerei nach heimischem Vorbild eröffnet, welche noch jetzt, wenn ihr auch inzwischen Konkurrenz erwachsen ist,

das Hauptmaterial für den Hausbau der Europäer herstellt. Kalk fand sich an der Bahnlinie in der Gegend von Weih sien. Geeignetes Bauholz mußte aus Amerika, Korea oder Japan beschafft werden, da das chinesische Holz nur in jüngeren kurzen Rundhölzer bestand, aus denen sich keine Balken und Bretter schneiden lassen. Zement, Dachpappe, Wellblech, eiserne Träger, Lefen werden aus der Heimat bezogen.

VI. Baupolizei.

Alle Baupläne und Bauausführungen müssen nach heimischem Muster von der Baupolizei geprüft werden, für die bereits im Oktober 1898 vorläufige Vorschriften erlassen waren. Diese Vorschriften geben für die Bebaubarkeit in den einzelnen Vierteln zahlenmäßige Unterlagen. Für die Bauausführung beschränken sie sich auf die Erlaubnis der Eisensachwerke und Eisenwellblechgebäude in den offenen und geschlossenen Stadtteilen und auf das Verbot von Dachdeckung in Stroh und Rohr für die Chinesenstadt. Im übrigen ist die erwünschte Freiheit gelassen durch die Fassung des § 1, daß die Baulichkeiten den Anforderungen der Gesundheit, des Verkehrs, der Festigkeit und der Feuericherheit entsprechen sollen. Den heutigen Anforderungen in ästhetischer Beziehung ist bereits damals entsprochen durch die Bestimmung, daß die Gesamterscheinung des Gebäudes dem Charakter des betreffenden Stadtteiles sich anpassen muß. Leider lassen sich durch Bestimmungen allein ästhetisch befriedigende Bauwerke nicht schaffen. Der Einfluß von seiten der Baupolizei geht über die einfachsten sicher- und feuerpolizeilichen Vorschriften nicht hinaus. Der moderne Städtebau verlangt aber dringend, daß im allgemeinen Interesse auch die Schönheitsrücksichten nicht außer acht gelassen werden. An der Hand der angezogenen Bestimmung könnte die Baupolizei sich zu einer Bauberatungsstelle entwickeln, wenn eine geeignete Persönlichkeit sich dieses Tätigkeitsfeldes annimmt. Wenn wir in Tjingtan ein Vorbild deutscher Kultur für Ostasien geben wollen, muß auch diesem Gebiete hingebende Aufmerksamkeit zugewendet werden.

VII. Unternehmer und Handwerker.

Mit dem Bau von Wohnhäusern beschäftigen sich sowohl europäische und chinesische Unternehmer wie der Fiskus. Letzterer hat zur Beeinflussung des Wohnungswesens, vor allem der Mieten, ein Unternehmen ins Leben gerufen, das mit fiskalischen Mitteln nach Bedarf Wohnungen für Europäer und Chinesen erbaut und verwaltet. An der Verwaltung ist der Fiskus beteiligt. Leider reichte sein Einfluß in diesem Unternehmen bisher noch nicht soweit, die von den Unternehmern errichteten Gebäude vorbildlich herzustellen. Die Sorge um die Verzinsung der hergegebenen Kapitalien hat den kaufmännischen Geist über ästhetische Forderungen den Sieg davontragen lassen. Dies Unternehmen wäre aber besonders befähigt, den Wohnungsbau, vorzüglich im Chinesenviertel, durch auch in ästhetischer Hinsicht befriedigende Vorbilder zu

beeinflussen. Dieser neuzeitlichen Forderung wird auch wohl, nachdem das Unternehmen sich lebensfähig erwiesen hat, in vollem Maße Rechnung getragen werden.

Für die chinesischen Bauhandwerker fehlt es bisher an jeder systematischen Ausbildung in ihrer beruflichen Tätigkeit. Bei dem Mangel jeglicher Regelung über Lehre und Tätigkeit im Baugewerbe herrscht die neben jeder schrankenlosen Freiheit einhererschreitende Willkür. Die Vorschrift eines regelrechten Ausbildungsganges vorzuschreiben wäre ebenso notwendig und fruchtbar, wie sich die Ausbildung der Lehrlinge und Gesellen der Tsingtauer Werft und der Schantungseisenbahn als vorteilhaft erwiesen hat. Die dort Ausgebildeten haben sowohl eine wirtschaftliche Entlastung der Betriebe herbeigeführt — sie waren vorher auf teure Arbeiter aus Schanghai angewiesen — und haben bei späterer Tätigkeit im Innern der deutschen Erziehung Ehre gemacht. Dasselbe Ergebnis müßte von der Ausbildung im Handwerk erwartet werden, daneben aber auch eine bessere Qualität der Arbeit, als bei dem bisherigen Verfahren im Durchschnitt zu erreichen möglich war. Der Versuch solchen Unterrichts müßte wohl von der Bauverwaltung ausgehen, wozu sich der Stamm von Regiearbeitern in erster Linie eignen würde. Der voraussichtliche Erfolg, der vor allem vom Vorhandensein geeigneter europäischer Kräfte abhängt, würde dann auch die Unternehmer zu ähnlichem Vorgehen veranlassen können.

Das Vorhandensein größerer Unternehmungen in Tsingtau hat auch schon jetzt in der kurzen Zeit allgemein dem Deutschtum in Ostasien genützt. Es war möglich, in anderen Plätzen Chinas größere deutsche Bauten, wie Banken, Klubhäuser, Gesandtschaften, Lagerhäuser und Kaianlagen in Tsingtau tätigen Firmen zu übertragen, statt den sonst draußen vielfach fast konkurrenzlosen englischen Ingenieuren oder Architekten. In den größeren deutschen Niederlassungen, wie Hankow, Tientsin, konnten sich deutsche Architekten und Ingenieure aus Tsingtau sogar dauernd ansiedeln.

VIII. Wasserversorgung.

Die ersten Anlagen.

Maßgebend für den gesundheitlichen Zustand der Bevölkerung ist besonders im tropischen Ausland der Zustand der Wasserversorgung und der Entwässerung. In den ersten Zeiten der Besitzergreifung mußten die vorgefundnen gegrabenen Brunnen oder in der Nähe an geeigneten Stellen neu abgebohrten artesischen Brunnen benutzt werden. Die Verseuchung des Wassers infolge der Nähe der Wohnstätten und der mangelnden Abwässerableitung machte sofort die von vornherein geplante zentrale Wasserversorgung der neuen Stadtanlage zu einer der dringendsten Aufgaben. Die wiederholt erwogene Ausführung von Talsperren, wie sie Hongkong besitzt, wurde aufgegeben, weil sich die in den Felsen zeigenden Spaltungen schwer abdichten ließen, und dadurch die Zuverlässigkeit der Aufspeicherung gelitten hätte. So-

dann mußte eine Verunreinigung des aufgesammelten Wassers von außen befürchtet werden, auch ergeben sich die Herstellungs- und Betriebskosten höher als für ein Grundwasserwerk.

Es blieb also die Beschaffung an Wasser aus dem Boden über. Solches Wasser wurde unter und in der Nähe der ja meist trocknen Flußbette gesucht. Diese sind meist eingeschnitten in Schichtungen von gelblichem Granitsand und Ton über einem Urgestein, meist einer Granitunterlage, die an den Ufern ansteigt und in die Höhenzüge übergeht. In den durchlässigen der unterirdischen Schichten gelangt der größte Teil der Niederschlagsmenge zum Ablauf, während oberirdisch gewöhnlich nur ein schmaler und flacher Wasserlauf sich über die große Breite des Flußbettes schlängelt. Nur nach besonders starken Sommerregen überflutet der Strom das ganze Flußbett auf einige Stunden und läuft mit gewaltigen gelbbraun gefärbten Wassermengen, die Sand, Lehmteilchen und Steine mit sich führen, ab.

Die Untersuchungen des Wassers aus den tieferen Schichten ergeben im allgemeinen eine für Trinkwasser gut brauchbare Beschaffenheit, sowohl nach Aussehen, Geschmack, Temperatur und bakteriologischem Befund. Als nächst gelegener Fluß für die erste Wasserversorgung kam der Haiipo nördlich von Tsingtau in Betracht. Bereits Anfang September 1901 konnte das Wasserwerk am Haiipo in Betrieb genommen werden.

Mit dem zunehmenden Anbau der Stadt mußte das Gebiet der Wasserentnahme durch Herstellung weiterer Brunnen erschlossen werden, bis es in den Jahren 1904 und 1905 nicht mehr möglich war, den stetig steigenden Bedarf in den Sommermonaten voll zu decken, weil zeitweilig die Entnahme aus den Brunnen eingestellt werden mußte. Mit Hilfe dauernden Pumpens und mit dem auf dem Wasserberg errichteten Wasserbehälter von 500 Kubikmeter Inhalt war es möglich gewesen, als Höchstleistung am 13. September 1906 1570 Kubikmeter bei einer durchschnittlichen Tagesleistung von 878 Kubikmeter abzugeben. Es waren 130 Hausanschlüsse hergestellt und etwa 35 000 Meter Leitungen verlegt, und den öffentlichen Zapfstellen in allen Stadtteilen, den öffentlichen Gebäuden und der Eisenbahn Wasser zuführen zu können. Nach der Geländebeschaffenheit und den Gefällverhältnissen am Haiipo war eine weitere Vermehrung von Brunnen nicht mehr möglich. Es mußte daher, wollte man nicht die weitere Entwicklung der Stadt hemmen und den Gesundheitszustand gefährden, eine größere Wassermenge sichernde Wassergewinnungsanlage geschaffen werden. Es kamen ernstlich nur zwei Pläne in Betracht: Auffspeicherung von Wasser in dem Zuflußgebiet des Haiipo durch Anlage einer Talsperre, in die durch Hangkanäle auch das Wasser der abgewandten Höhenrücken eingeleitet wurde. Das Wasser wäre zur Stadt durch Pumpen auf dieselbe Weise wie bisher zu befördern gewesen. Der zweite Entwurf sah ein neues Grundwasserpumpwerk am Litsun vor, einem etwa 12 Kilometer nördlich von Tsingtau gelegenen Flusse. Für beide Anlagen waren neue maschinelle Anlagen und ein zum

Ausgleich der größeren Ansprüche ausreichender Hochbehälter vorzusehen. Die Entscheidung fiel zugunsten des Litsuner Entwurfes, weil sich die Beschaffenheit des Grundwassers nach den Erfahrungen am Haipo bewährt hatte, während das Talsperrenwasser Verunreinigungen leichter ausgesetzt erschien und Erfahrungen über seine Eigenschaften fehlten. Dazu kam noch die nach den Kostenanschlägen wesentlich billigere Ausführung der Grundwasserberförgung. Es galt nun bis zur Herstellung der neuen Anlage mit dem Haipowerk die steigenden Bedürfnisse der Stadt in ausreichendem Maße zu befriedigen. Diese Aufgabe gelang durch zwei Maßnahmen. Erstens wurde unterhalb des Haipowerkes eine Sperre durch das Flußbett hergestellt, welche das Wasser im Grundwasserträger aufstauen sollte. Gleichzeitig sollte sie dem Brackwasser aus der Bucht den Zutritt zu dem abgesenkten Grundwasser verwehren und damit die bereits festgestellte Zunahme des Salzgehaltes im geförderten Wasser verhindern. Die zweite Maßnahme bestand in der Vermehrung des Wassers im Haipo durch Ueberpumpen von Wasser aus dem Litsun mittels einer provisorischen Pumpenanlage in das Haipoflußbett kurz oberhalb des Wasserwerkes. Das dort versickernde Wasser wurde dann von dem Brunnen aufgefangen und zur Stadt geliefert. Durch diese Vorkehrungen wurde es möglich, in den beiden nächsten Jahren die Leistung des Haipowerkes auf durchschnittlich 1388 Kubikmeter und eine Höchstleistung von 2352 Kubikmeter (1. Juni 1908) zu steigern. Die Gesamtwasserförföderung betrug Oktober 1907/1908 508 000 Kubikmeter.

Das Litsunwasserwerk.

Mit dieser Leistung war die Tätigkeit des Haipowerkes beendigt, denn schon war im Sommer 1908 das neue Wasserwerk am Litsun soweit, daß es die Arbeit des Ueberpumpens an Stelle des provisorischen Werkes hatte aufnehmen können. Gegen Ende des Jahres waren die neuen schmiedeeisernen Druckleitungen bis zum Hochbehälter verlegt, so daß nun das neue Werk voll in Betrieb genommen werden konnte. Die neue Wasserförföderanlage liegt auf dem südlichen Ufer des Litsun und besteht aus drei Pumpmaschinen von je 125 Kubikmeter Stundenleistung und vier Kesseln, die dritte Pumpe und zwei Kessel dienen für die zunächst zu erreichende Leistung als Reserve, so daß halbe Pumpreserve bei voller Dampfreserve vorhanden ist. Es wurden zunächst sieben Kiesfilterbrunnen quer zur Stromrichtung im Flußbett abgesenkt und durch eine Heberleitung mit einem Sammelbrunnen verbunden, aus dem die Pumpen des danebenstehenden Maschinenhauses saugten. Die neuen Druckrohre sind überlappt geschweißte Stahlrohre mit Zuteummwicklung. Es lag nahe, für den Transport über See und bei den schwierigen Geländeverhältnissen von den empfindlichen gußeisernen Rohren abzugehen, aus denen bisher die Leitungen der Stadt bestanden, und die bei ungünstigem Untergrund zu wiederholten Rohrbrüchen Anlaß gegeben hatten. Da ein großer Teil der Druckleitung über die Hügel hinweg in eingesprengter

Felsgrube verlegt, und die Entwässerung der Rohrgraben vorzüglich ist, dürfte sich hier auch das sonst viel angefeindete Schmiedeeisen bewähren.

Der neue Hochbehälter auf dem Moltkeberg nordöstlich von der Stadt ist aus Eisenbeton für 2000 Kubikmeter Fassung in zwei Kammern hergestellt. Er hat für die Wasserversorgung der höchsten Häuser der Stadt ausreichende Höhe erhalten; nur bei ausnahmsweise hochgelegenen Anlagen wie dem Observatorium muß das im Keller zufließende Wasser in die höheren Stockwerke gefördert werden. Die Erfahrungen mit dem neuen Grundwasser bestätigen die Beobachtungen am Haipowasserwerk. Das geförderte Wasser erwies sich in jeder Beziehung als Trinkwasser gut geeignet. Nur in der Regenzeit 1909, kurz nach Ueberslutung des Flußbettes und der Brunnen, trat eine Trübung des Wassers ein, wie solche manchmal auch beim Haipo, wenn auch nicht so kräftig, beobachtet worden war. Das graugelbliche, etwas opalisierende Wasser zeigte eine erhöhte Temperatur (statt der gewöhnlichen 15°C wurden 20°C gemessen) und wies bei der bakteriologischen Untersuchung Keime auf, die den Zusammenhang mit Oberflächenwasser bestätigten. Damit war nachgewiesen, daß die erbohrten Schichtungen an Sand und Ton nicht die vermutete horizontale und zusammenhängende Lagerung besaßen, sondern daß die Schichten miteinander und der Oberfläche leicht durchsickerbare Verbindungen hatten. Augenscheinlich waren diese Zusammenhänge in Litsun stärker ausgebildet als in Haipo, in dem das Wasser keinen Anlaß zu Beanstandungen gegeben hatte. Abhilfe wurde sofort geschaffen durch Herstellung von Filterbrunnen auf dem nahe gelegenen hochwasserfreien Vorland des nördlichen Flußufers in der Verlängerung der ausgeführten Reihe. In der nächstjährigen sehr heftigen Regenzeit 1910 bewahrten diese Brunnen sowohl die niedrige Temperatur von 15°C als ihr klares Wasser, das sich auch bei bakteriologischer Untersuchung keimfrei zeigte. Damit war die Annahme, daß die Lage der neuen Brunnen weit genug von den Einflüssen des abkommenden Flusses entfernt liegen würde, gerechtfertigt, obgleich der erste Uferbrunnen nur etwa 25 Meter von dem letzten Flußbrunnen ablag. Zur Sicherung gegen Eindringen verunreinigten Wassers wurde das neue Brunnengebiet mit dem für die nächsten Erweiterungen notwendigen Gelände eingezäunt und mit flach wurzelnden Akazien besetzt.

Die Entwicklung des Wasserwerkes wird der inzwischen vollständigen Bebauung des bisher ausgelegten Baulandes beschleunigt folgen müssen und dürfte zunächst in Schaffung weiterer Brunnen am Nordufer bestehen. Um ein längeres Zurückhalten der Niederschläge innerhalb des Litsun-Abfluß-Gebiets zu erreichen, wäre dieses Gebiet besonders in den Lauschantälern planmäßig anzuforsten. Bisher ist es noch nicht geschehen, weil die Kontrolle solcher Anforstungen bei der großen Entfernung von dem Forstgarten schwierig und kostspielig erscheint. Dennoch wird dieser Aufgabe bald nähergetreten werden müssen, wenn sich der Litsun auch bei weiterer Steigerung des Wasserbedarfs als ergiebig genug erweisen soll.

So wünschenswert bei dem Klima und der Unsauberkeit der chinesischen Bevölkerung eine möglichst ausgiebige Wasserbenutzung ist, so machen die geschilderten Schwierigkeiten und Kosten der Beschaffung der erforderlichen großen Mengen eine gewisse Einschränkung notwendig. Das beste Mittel, den Wasserverbrauch in angemessenen Grenzen zu halten, ist nach allen heimischen Erfahrungen die Bezahlung nach der verbrauchten Menge.

In den ersten Zeiten der Wasserversorgung mußte das Wasser allgemein von den Straßenzapfstellen geholt werden, es wurde deshalb dort im Interesse der öffentlichen Gesundheit unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Nach Fertigstellung der Entwässerungsanlagen konnte mit der Einführung der Wasserleitung in die Häuser begonnen werden. Dabei wurden zugleich Wassermesser aufgestellt, und der Preis für das angezeigte Kubimeter auf 20 Cents, also 32 bis 48 Pfennige, je nach dem Kurse, festgesetzt. Daneben wurden keine Abgaben für die Abwässerung erhoben. Es hat sich besonders auch mit zunehmendem Erfassen aller Wasserabgabe herausgestellt, daß die Einnahmen für das abgegebene Wasser die Kosten sowohl auf den Wasserwerksbetrieb als auch für den der Entwässerung der Stadt deckten, allerdings ohne Verzinsung und Amortisation der Anlagekosten zu berücksichtigen.

Um den Anschluß der Häuser in Tapatau, wo mit einem Anschlußzwang wegen der chinesischen Bevölkerung vorsichtig vorgegangen werden mußte, allmählich vorzubereiten, wurde vom Jahre 1909 ab das Wasser an den bisher freien Straßenzapfstellen verkauft. Als Maß gilt das übliche Wassergefaß, der Petroleumtin, deren zwei für 1 Cent gefüllt werden. Mit dieser Einrichtung wird erreicht, daß sämtliches verbrauchte Wasser bezahlt und daß der Anschluß an die Wasserleitung als vorteilhafter auch von den Chinesen gesucht wurde. Der Wasserbergendung wurde damit auch gesteuert, zunächst aber, bis zur Gewöhnung an die Bezahlung schränkte sich die chinesische Bevölkerung in dem Gebrauch von Wasser ganz außerordentlich ein.

IX. Entwässerung.

Wie die Wasserversorgung bildet die Entfernung der Niederschläge und Abwässer eine der wichtigsten hygienisch-technischen Aufgaben des Städtebaues, besonders in den Kolonien. Unter dem ersten Eindruck der während der Regenzeit wie in den Tropen herabstürzenden Wassermengen, die ohne jede Verzögerung zum Abfluß gelangten, mußten sofort die ersten großen Regenwasserkanäle zur Entwässerung der ersten Straßen angelegt werden. Die Einebnung des Geländes für Straßen und Bauzwecke ergab in der Folge eine erhebliche Verzögerung des Ablaufens, so daß mit dem Ausbau der Stadt die zu berücksichtigenden Wassermengen in der Zeiteinheit geringer angenommen werden konnten. Nach der Gestaltung des Stadtgeländes waren mehrere Entwässerungsgebiete vorzusehen, in denen das Regenwasser für sich unmittelbar in das Meer abgeleitet werden konnte. Die einzelnen Entwässerungsgebiete für das Niederschlagswasser entsprechen den besprochenen Stadtgebietsteilen,

die durch Hügelrücken als Wasserscheiden von einander getrennt sind. Auf diese Weise ist es unmöglich gemacht, daß die Abwässer eines Stadtteiles in einen anderen gelangen und etwa Seuchen- usw. Keime übertragen. Für die gefährlicheren Hausabwässer sind besondere Maßnahmen getroffen. Es mußten Verunreinigungen des Strandes und des Wassers an der Stadtanlage, wodurch Belästigungen und Schädigungen der Bewohner eingetreten wären, vermieden werden. Alle Hausabwässer aus der Stadt waren daher so in das Meer zu leiten, daß eine starke Strömung die Verunreinigung erfaßte und davontrieb, ohne sie an den Strand vor der Stadt oder in der Bucht abzuwerfen. Durch Versuche mit Schwimmkörpern wurde als geeigneter Punkt eine Stelle auf der Halbinsel Jünisau vor der Einfahrt zur Bucht ermittelt. Hier erfaßt die kräftige Ebbe- und Flutströmung der Bucht alle Schwimmteile, so daß sie sich verteilen und unschädlich werden. Da das natürliche Gefälle bis zu diesem entfernten Punkte nicht genügte, mußte das Abwasser auf eine Höhe gehoben werden, von der es nach dem bezeichneten Punkte abfließen kann.

Die Schmutzwasserpumpstation ist an dem tiefsten Punkte der Stadt in der Nähe des kleinen Hafens angelegt. Die Lage erfüllt die Bedingung, daß die verdächtigsten Abwässer der Chinesenstadt ihr aus unmittelbarer Nähe zufließen, ohne mit anderen Stadtteilen in Berührung zu kommen. Am Nordwestrande der Chinesenstadt fließt das Abwasser der Hafenstadt der Pumpstation zu, während im Südwesten von Tapatau das Abwasser des Europäerviertels ebendorthin geleitet wird.

Da sowohl das Gebiet an der Auguste-Viktoria-Bucht wie dasjenige am alten Tempel eben so tief liegen wie die Hauptpumpstation, mußten dort an den tiefsten Stellen besondere Nebenspumpstationen errichtet werden. Diejenige der Auguste-Viktoria-Bucht pumpt zunächst mittels eines Windmotors die ihr zufließenden Abwässer über die örtlichen Höhen hinweg in die folgende unbewohnte Jltisbucht. Mit der zunehmenden Bebauung dieses Viertels, besonders auch nach der eigentlichen Stadt zu, wird auch das Wasser dieses Viertels nach der Hauptpumpstation geschafft werden, um die Zuführung von Abwässern zum Badestrand auszuschließen, welche bei östlichen Winden aus der Jltisbucht oder bei starkem Regen aus dem Ueberlauf des Sammelbrunnens an dem Windmotor möglich ist. Die Pumpstation am Tempel schafft ihr Wasser der Hauptpumpstation zu; die Pumpe hat elektrischen Anschluß, der bei gewisser Höhe des Wassers in der Sammelgrube selbsttätig in Betrieb tritt und sich nach Entleeren der Grube auch wieder auslöst.

Bei der ersten Kanalisationsanlage waren vor allem die hygienischen Bedenken gegen jegliche Einführung von Schmutzwasser in die See maßgebend gewesen für die Einrichtung des Trennsystems. Bei dem Entwurf der Erweiterung der vorhandenen Anlagen für die Hafenstadt waren diese Bedenken besonders nach den günstigen Ergebnissen des allgemeinen Gesundheitszustands der chinesischen Bevölkerung der Einführung des Mischsystems in Ver-

bindung mit Notauslässen für starke Niederschläge nicht mehr entgegen. Das Mischsystem wurde vor allem aus wirtschaftlichen Gründen gewählt, und zwar stellen sich sowohl die Anlagekosten für den Fiskus wie die Anschlußkosten des Grundstückseigentümers geringer gegenüber den doppelten Leistungen des Trennsystems. Hygienisch ist es nicht ungünstiger, weil die ersten starken Regenmengen die Leitungen bis zur Pumpstation vorzüglich durchspülen, und erst dann die Ueberläufe nach der Bucht in Tätigkeit treten. Der Anteil der mit hinausgehenden Hausabwässer bildet bei voller Bebauung etwa $\frac{1}{6}$ der überfließenden Wassermenge und ist, da grobe Bestandteile mit Rechen zurückgehalten werden, in dem Wasser der Bucht praktisch unschädlich. Das zukünftig aufzuschließende, besonders für Industrie geeignete Viertel der Hsiau-pau-tau- und der Jang-tschia-tsun-Niederung wird voraussichtlich ebenfalls Mischsystem erhalten. Die Abwässer der in diesen Niederungen bereits angelegten Gebäude, der Brauerei und der Molkereifabrik, werden bereits nach einer Pumpstation an der Mündung des Hsiau-pau-tau-Baches geführt und von da in die Leitung der Hafenstadt hinaufgedrückt, durch die sie nach der Hauptpumpstation ablaufen. Erwägungen über Herstellung einer Kläranlage für dieses Gebiet sind bereits angestellt, doch ist zunächst davon Abstand genommen, um Ergebnisse kleinerer Kläranlagen unter den klimatischen Verhältnissen abzuwarten.

Bei dem stark durchschnittenen und vielfach hügeligen Gelände und bei der so gut wie unbeschränkten Wahl des Bauplatzes ist es nicht immer rechtzeitig und manchmal überhaupt nicht möglich, den Anschluß an die Kanalisation herzustellen. Unter solchen Umständen bleibt für die Beseitigung der Abwässer nur die Vorschrift der Reinigung durch Kläranlage übrig. Solche Anlagen sind bereits in einigen Privathäusern angelegt, und werden auch bei isolierter Lage öffentlicher Gebäude, wie dem von der Kolonialgesellschaft gestifteten Erholungshause in Lauschan, angewendet.

Die Anlage der Entwässerung erfolgt aus fiskalischen Mitteln. Der Anschluß ist von Grundeigentümern zu bezahlen und zwar ist festgelegt, daß die Leitungen bis an die Grundstücksgrenze von der Bauverwaltung auf dem Grundstück selbst von zugelassenen Unternehmern auszuführen sind.

In der Chinesenstadt ist der Anschlußzwang noch nicht durchgeführt, es sollten die Chinesen sich erst an die neue Verwaltung gewöhnen, ehe ihnen weitere Lasten auferlegt wurden, auch mußten erst besondere Einrichtungen ausprobt werden, die den chinesischen Verhältnisse anzupassen waren. Die Chinesen verrichten ihre Notdurft wie die Völker Südeuropas im Hocken und benutzen Steine anstatt Papier. Es mußte daher durch Versuche, die zunächst an öffentlichen Aborten, dann in Privathäusern angestellt wurden, eine zweckmäßige Form gefunden werden, ehe mit der allgemeinen Einführung von Spülaborten in Tapatau begonnen werden konnte.

Für die Ausführung dieser Anlagen wird abweichend von den für die Europäerstadt angegebenen bestimmt werden müssen, daß die Ausführung

und Ueberwachung vollständig durch die Baubewaltung zu erfolgen haben, da sonst bei dem Unverständnis der Bevölkerung solchen sanitären Einrichtungen gegenüber die schlimmsten Gefahren durch unwirksame Ausführung oder Vernachlässigung zu befürchten sind.

Solange solche Aborte noch nicht eingerichtet waren oder werden konnten, erfolgte die Abfuhr nach dem Tonnenstern. Die Kosten der Abfuhr betrugen für eine Tonne im Monat 75 Cents, also etwa 1.50 Mark. Vorausichtlich wird selbst bei Uebernahme der Ueberwachung der Chinesenaborte durch die Baubewaltung keine Erhöhung dieser Kosten eintreten, so daß nur die einmaligen Kosten der ersten Einrichtung von den Grundstückseigentümern der Chinesenhäuser als Mehraufwand bei Einführung der Spülaborte einzuziehen sind.

Gegenwärtiges und Zukünftiges vom Tanganhikasee.

Von Dr. F. C. Karstedt.

In einigen Wochen wird die Gleispike den Tanganhika erreicht haben, und ein neues Stück Afrika wird damit dem Weltverkehr angegliedert sein. Ein gewaltiges Gebiet wird geographisch und wirtschaftlich aufgeschlossen, das uns bis in die Jetztzeit hinein fast eine terra incognita war. Die Ungunst der natürlichen Verhältnisse, Mangel an Mitteln und nicht zuletzt auch Mangel an unternehmenden Reisenden hat es bewirkt, daß uns zwar der See und seine Ufer, nicht aber die weiteren Randländer mehr als notdürftig bekannt geworden waren. Die Vorbereitung des Eisenbahnbaues und dieser selbst erst haben uns infolge der dadurch häufiger gewordenen Erkundungsreisen der Beamten, zu denen auch Verfasser gehörte, ein besseres Bild dieses neuen Wirtschaftsgebiets verschafft.

Wenn man Tabora in der Richtung nach Westen verläßt, marschiert man zunächst drei Tage durch ein reich kultiviertes Gebiet, das bei dem Mangel an Busch und damit an Tsetse einer beträchtlichen Menge von Hindernissen Weide und Nahrung bietet. Bei Uffoke, einem Hauptsitz der Herrenhuter Brüdergemeinde, betritt man den großen Rhombowald, der sich bis nahe an den Tanganhika hinzieht, um längs der Barrabarra sich nur alle paar Stunden da zu öffnen, wo die Ansiedlungen ihn etwas gelichtet haben. Dementsprechend tritt auf dieser Strecke die Tsetse so zahlreich auf, daß Großvieh vollkommen verschwindet. Die flachwellige Landschaft zieht sich bis zum Mlagarasi hin, der zwar nicht wirtschaftlich, aber landschaftlich eine Scheide gegen die westlichen Landschaften bildet. Das Gelände ist jenseits des in der Regenzeit hier bis auf 300 m Breite anschwellenden Flusses kuppiger und wasserreicher. Am Rutschugi, einem aus Uha kommenden Nebenflusse des Mlagarasi betritt man einige Kilometer vor dessen Einmündung in letzteren die Salzgebiete von Uvinsa, dessen Solquellen zum Teil bekanntlich von der von Hauptmann Schloifer gegründeten Zentralafrikanischen Seengesellschaft

ausgebeutet werden. Der Posten Rutschugi, dessen Ruinen hoch über dem Flußübergang wie eine Burg den Strom beherrschen, und der seinerzeit zum Schutz der Karawanen gegen die Ueberfälle der Waha gegründet wurde, ist mit Rücksicht auf die Gefahr der Schlafkrankheit vor einigen Jahren geräumt und nach Kassulo in Süduha verlegt worden.

Der Ort Rutschugi hatte sich bereits seit Jahren zu einem kleineren Handelsemporium ausgewachsen, das eine Anzahl Araber und Jnder als Händler beherbergte. Salz und Stoffe, ersteres für die aus den Bergen kommenden Waha, letztere für die Wavinja, bildeten die Haupthandelsartifel. Jetzt wird der Ort wohl wieder dem Verfall geweiht sein; denn die Bahn läßt ihn seitwärts liegen, um einige Kilometer südlich die Saline Gottorp zu berühren.

Westlich des Rutschugi erhält die Landschaft ein Gepräge, das an den Harz oder Thüringen erinnern könnte, wenn nicht das dichte Bambusgestrüpp allzu deutlich an die Tropen gemahnte. Zahlreiche in den Fels eingeschnittene flache Wasserrinnen schneiden den Weg, ihr Wasser in schäumenden Kaskaden zum Mlagarasi schickend. Der Pandanus und die wilde Dattel werden häufiger und zeigen an, daß wir uns dem Einfluß des westafrikanischen Klimas nähern. Bei Matjaso, dem letzten Rastplatz der Karawanen, führt der Weg steil zur heißen Sumpfniederung des Luitsche nieder, die auf drei Kilometer langem, schmalem Damm überschritten wird, und Ujiji ist erreicht.

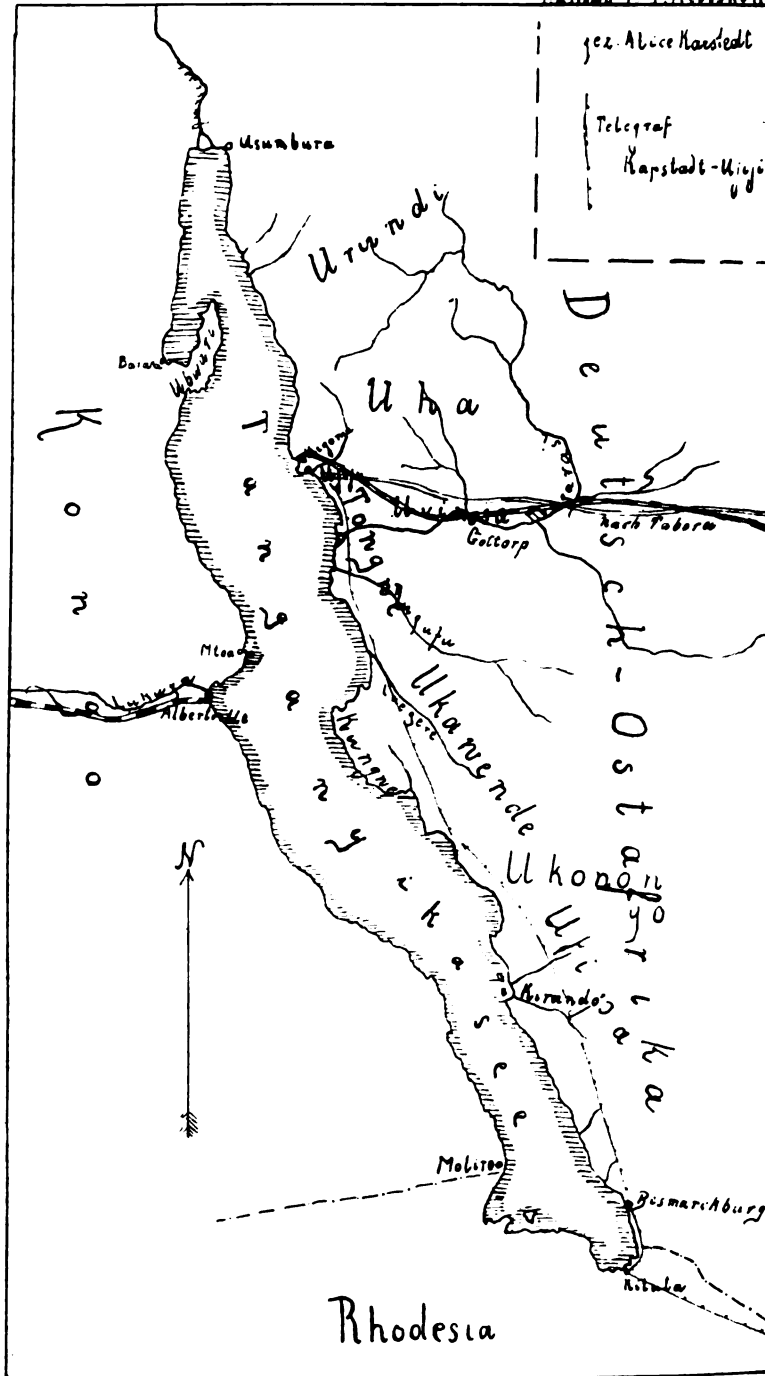
Der Hafen von Ujiji, wenn man seine flache Reede als solchen ansprechen will, ist von Jahr zu Jahr schlechter geworden. Infolge der negativen Strandverschiebung und auch der Niveauveränderungen des Sees ist zum Beispiel der Stadtteil Ugoi, in dem das Haus Livingstones 1871 stand, jetzt etwa 400 m vom See abgerückt, während er zu der genannten Zeit noch mit Booten erreicht wurde. Ebenso ist die Insel Bangwe, auf die, wie mir alte Araber erzählten, die Wajiji sich in früherer Zeit bei Einfällen der Waha zurückzogen, jetzt landfest geworden und schließt als Ras Bangwe den Hafen nach Nordwesten ab. Ein weiterer Umstand, der den Wert Ujijis als Hafen beeinträchtigt, ist die Tatsache, daß die Strandedünen vom Festland durch einen 150 m breiten, schilfbewachsenen Sumpf getrennt sind, der im Verein mit dem Luitschesumpf Ujiji in der Regenzeit zur Insel macht.

Die Stadt Ujiji zieht sich, in mehrere Quartiere geteilt, ungefähr $1\frac{1}{2}$ Stunden in die Länge. Uebrigens ist der Name Ujiji für die Stadt falsch gewählt. Die Eingeborenen nennen es nach dem Hauptstadtteil Ugoi, während sie mit Ujiji die ganze die Stadt umgebende Landschaft bezeichnen.

Die Stadt verleugnet ihren Charakter als arabische Gründung auch heute noch nicht. Zahlreiche Mangobäume, Dattel- und sogar Kokospalmen und Mandelbäume sind den Arabern bis hierher gefolgt. Der patriarchalische Zug im Familienleben des Arabers ließ die einzelnen Häuser zu kleinen Dorfgemeinschaften auswachsen, die mit den Sklaven häufig Hunderte be-

Übersichtsskizze über den Tanganjika

Maßstab 1:4 Millionen



Utrundi, Mlagarafi, Aitanda usw.

herbergten. Wie lange Ujiji als arabische Siedelung besteht, habe ich mit Sicherheit nie erfahren können. Nach den Angaben eines der ältesten Ujiji-araber müssen die ersten Araber kurz nach dem Tode des Sultans Salim bin Sultan von Sansibar (1821) zum Tanganjika gekommen sein. Cameron erzählt von einem Araber in Ujiji, der seit 1842 nicht mehr ostwärts gekommen sei.

Die Gesamtbevölkerung Ujijis belief sich zur Zeit meines Aufenthaltes am See (1910/11) auf etwa 25 000, von denen zwei Drittel Manihema waren. Zum kleinen Teil waren diese Nachkommen der 1900 auf deutsches Gebiet übergetretenen, entwaffneten und bei Kasseke nördlich von Ujiji angesiedelten rebellischen Kongo-soldaten, der sogenannten Wahuni. Ein im Gegensatz zu den Wajiji kräftiger, fluger und unternehmungslustiger Volkschlag, der allerdings leicht beweglich und zu Erzessen neigend, deshalb nur mit kräftiger Faust zu beherrschen ist.

Sechs Kilometer nördlich von Ujiji liegt der kleine Ort Rigoma, der zukünftige Endpunkt der Mittellandbahn. Bisher hatte er bereits eine geringe Bedeutung als Heimatstation des 1900 auf den See geschafften kleinen Dampfers Hedwig v. Wismann. Hier befanden sich die Materialschuppen und die primitiven Werkstätten, sowie das Slip. Eine kleine nach Nordwesten vorspringende Halbinsel teilt die etwa vier Quadratkilometer große, von Hügeln eingeschlossene Bucht von Rigoma so, daß in ihrem Schutz der Dampfer bei jedem Wetter eine sichere Liegestelle fand. Die Halbinsel, die bisher der Zentralafrikanischen Seengesellschaft gehörte, wird in Zukunft voraussichtlich Magazine und ähnliches beherbergen.

Die Ufer der Rigoma-Bucht fallen sehr steil ab, so daß die Schiffe bis fast direkt an den Strand heranfahren können. Die Tiefe der insel- und untiefenlosen Bucht beträgt durchschnittlich 14–20 m. Die einschließenden Ufer fallen im Süden aus 60–100 m steil, fast senkrecht zum See ab, so daß sie uns in ihren pittoresken Formen in mancher Beziehung an Partien auf Capri erinnerten. Im Osten und Norden ist die Neigung der Uferberge geringer, so daß Platz für Ansiedlungen von Europäern und Eingeborenen genug vorhanden ist. Die ständig vom See herüberwehende leichte Brise läßt Rigoma dem heißen Ujiji gegenüber als Aufenthaltsort den Vorzug geben.

Der Ufercharakter des Sees nördlich von Ujiji bis nach Usumbura ist im wesentlichen der des Steilufers, dem nur hier und da schmale Strandterrassen vorgelagert sind. Die Vegetation ist im allgemeinen dichter Busch, eine Gefahr insofern, als er die *glossina palpalis*, die Überträgerin der Schlafkrankheit, beherbergt. Die Bevölkerung direkt am See ist sehr spärlich. Abgesehen von den Siedelungen um die Schlafkrankenlager Miansa, Rumonge und Urambi finden sich zwischen Ujiji und Usumbura keine nennenswerten Ansiedlungen. Tiefer in die Randberge hinein verhält es sich in der Beziehung anders.

Den Charakter als Steilufer behält der Strand des Tanganjika auch südlich von Ujiji bei. Im Kungwestock südlich des Mlagarasi erhebt es sich sogar bis zu 1500 Meter Höhe nahezu senkrecht aus dem Meer. Nur da, wo, wie an der Mlagarasi- und der Rugusumündung die Flußsedimente niedergeschlagen sind, haben sich flache Strandebenen gebildet, die den Bauern und Fischern Gelegenheit zur Ansiedlung boten.

Die Gebirge streichen hier im allgemeinen nach Nordwesten, und im Verein mit Grabenbrüchen ist hier eine geringere Anzahl von Buchten entstanden, von denen besonders die Kirandobucht schiffahrtstechnisch so ausgezeichnet ist, daß sie längere Zeit ernsthaft als Endpunkt für die Mittellandbahn in Betracht gezogen wurde.

Es ist überhaupt ein Charakterzug des Tanganjika, daß er so arm an Buchten ist. Die belgische Seite zum Beispiel besitzt nicht einen Platz, dem man den Charakter als Hafen zusprechen kann. Sein Inselfmangel bei dem Fehlen geschützter Buchten hat eine Schifffahrt in größerem Maßstabe nicht aufkommen lassen. Die Eingeborenen an den Ufern des Sees sind deshalb auch im Gegensatz zu denen des Viktoria-Sees keine Seehelden. Am meisten in dieser Beziehung leisten noch die Wajiji und die Tongwaleute. Segelschifffahrt ist fast ganz unbekannt und augenscheinlich erst durch die Araber eingeführt. Kein Wunder bei den ungünstigen Windverhältnissen, wo lange Flauten durch plötzlich hereinbrechende orkanartige Böen abgelöst werden. Hinzu kommt, daß der Wind gewöhnlich nicht durchsteht, sondern unter dem Einfluß lokaler Erscheinungen häufig innerhalb weniger Stunden durch die ganze Windrose dreht. Im Nordteil des Sees verhält es sich in dieser Beziehung besser als im südlichen, wo im voraus nicht zu bestimmen ist, ob die Fahrt von Ujiji bis Vismarckburg zehn Tage oder vier Wochen dauert. Infolgedessen laufen auch nur wenige größere Dhaus zwischen den einzelnen Plätzen, und im Wesentlichen ist der Verkehr ein primitiver Bootsstakverkehr bis auf den heutigen Tag geblieben.

Das beliebteste Verkehrsmittel ist heute noch der häufig mit einem Kiel versehene Einbaum, der mit Hilfe langer Stangen vorwärts geschoben wird, eine Reiseart, die dadurch, daß sich die Boote nie vom Ufer entfernen können, bei den zahlreichen kleinen Uferausbuchtungen recht langwierig ist. Immerhin wird die Strecke Ujiji-Usumbura bei einer Länge von zirka 200 Kilometern doch in drei bis vier Tagen zurückgelegt, obwohl die Boote mit Rücksicht auf die bei Tage von der Glossina drohenden Gefahr nur bei Nacht fahren dürfen. In eiligen Fällen wurde der Weg sogar in 20 Fahrstunden zurückgelegt.

Im Süden des Sees ist der Stakverkehr bei dem geringeren Verkehrsbedürfnis weniger entwickelt. Hier werden die Boote gewöhnlich nur im Verkehr nach dem Kongo bis zum Kungwestock gestakt, von wo mit Hilfe der Segel, was freilich bei dem schwerfälligen Bau der Einbäume ohne Ausleger nur bei gutem Wetter möglich ist, nach Mitoa oder den anderen in gleicher

Breite liegenden belgischen Plätzen gefahren wird. Ein anderer Weg nach dem Kongo, vor allem nach Baraka und Uvira, wird von Ujiji aus mit Statbooten über Usumbura befahren.

Neben der Schifffahrt sind Fischerei und Handel die Haupterwerbszweige der Wajiji und der im Norden wohnenden Seeanwohner. Die zahlreichen Manihema sind fast ausschließlich Händler, die ebenso wie die Wajiji häufig bis weit in den Kongo hineinreisen, um Kautschuk, Elfenbein und Tongefäße, meistens als Agenten der in Ujiji wohnenden arabischen und indischen Händler, einzuhandeln. Der Handel war wenigstens zu meiner Zeit ausschließlich Tauschhandel, bei dem Stoffe und Ziegen als Gegenwert galten. Die ganze belgische Küste scheint wie an Menschen so auch arm an Fleischnahrung zu sein. Selbst die europäische Besatzung des belgischen Seedampfers versorgte sich in Ujiji mit Fleisch und Hühnern.

Die Fischerei wird in sehr großem Umfang, namentlich Nachts mit Hilfe von Feuerbränden, die im Vorderteil der Einbäume befestigt sind, betrieben. Es war ein eigenartiges Bild, das sich dem Beschauer bot, wenn Abends auf dem dunklen See Duzende von Feuerbränden auf dem Wasser ihr flackerndes Licht reflektieren ließen. Der Handel mit getrockneten Fischen hat nicht nur lokale Bedeutung. Bis nach Tabora hin wurden sie getragen, um hier guten Absatz zu finden.

Neben dem Handel mit Fischen ist es der mit Palmöl, Mawezi, der Ujiji zum Ausgangsplatz hat. Von dem nordöstlichen Ufer des Sees kommend, wird es in Tongefäßen bis nach Tabora und Muanza befördert, auf deren Märkten es ein ständig lebhaft gefragter Artikel ist. Die Eingeborenen ziehen zum Genuß das Palmöl jedem anderen vor, und bereits 1909 wurde in Tabora der Eßlöffel Mawezi mit einem Heller bezahlt. Das Öl könnte bei minder primitiver Aufbereitung übrigens noch weit höhere Bewertung finden.

Eine Tatsache, die sicherlich noch wenig bekannt ist, ist die Verwendung des Palmöls als Anstreichmittel für Häuser. Am See ist Kalk selten und nur schwer zu erhalten, da die vorhandenen einzigen Kalkplätze bei Kassulo und in Mlawende im Besitz der Regierung sind. Die Eingeborenen am See versehen deshalb ihre aus Lehmziegeln gebauten Häuser mit einem Schutzanstrich von Palmöl, der in kurzem schneeweiß wird und genau wie ein Kalkverputz aussieht.

Wie in bezug auf Fleisch, so kann auch in Reis einmal die deutsche Seite des Sees zur Kornkammer für das Manihemagebiet werden. Wie ich bereits erwähnte, wird Ujiji im Osten von der Ueberschwemmungsniederung des Luitiche begrenzt, die zirka 15 Quadratkilometer bedeckt. Hier haben besonders die Manihema einen großen Eifer im Anbau von Reis betätigt. Statistiken über den Absatz des Reis liegen natürlich nicht vor, aber man wird kaum fehlgehen in der Annahme, daß der gesamte, innerhalb des belgischen Manihema und der deutschen Seeküste bis nach Tabora hin verbrauchte Reis von Ujijiproduktion ist. Für die hohe Qualität des Ujijireises spricht die Tatsache, daß 1910 auf

dem Markt in Tabora für den im Holzmörser ganz primitiv aufbereiteten Reis pro Last 1 Rupie mehr bezahlt wurde als für den in europäischem Betrieb maschinell aufbereiteten Reis von Muanza.

Die Reiskultur am Tanganjika ist noch eines großen Aufschwungs fähig, da Flusniederungen genug zur Verfügung stehen, die regelmäßig überschwemmt werden, und die Nachfrage niemals gedeckt werden kann. Notwendig wäre allerdings eine Verbesserung der derzeitigen Aufbereitung, die nichts Besseres als Bruchreis liefert. Einige mit der Hand betriebene Schälmühlen wären für den Anfang schon ausreichend.

Eine Zukunft scheint mir vor allem noch das Bergland von Süduha zu haben. Im Gegensatz zu dem tsetseverseuchten Norduha ist es ebenso wie Urundi frei von Busch und dabei reich an Wasser, also ein Viehgebiet par excellence. Tatsächlich sind auch die flachen Bergrücken, die bis zu 1600 Metern ansteigen, eine Weide vieler Tausende von Rindern, die in sachgemäßer Weise von den Waha gezogen werden. Aber auch den Waha scheint ebenso wie den Watussi, von denen sie zum größten Teil beherrscht werden, zurzeit noch der Besitz großer Herden Selbstzweck zu sein; denn eine Verwertung der Viehbestände findet nur in sehr geringem Umfang statt. Der Ackerbau der Waha, der fast ausschließlich von den Weibern betrieben wird, steht auf verhältnismäßig hoher Stufe; Düngung und künstliche Bewässerung werden in großem Maße betrieben. Leider sind die Waha zu körperlicher Arbeit nur schwer zu bringen. Wie ihre Herren, die Watussi, sehen sie körperliche Arbeit als etwas Deklassierendes an, das sich mit der Stellung als Herdenbesitzer nicht verträgt. Scheu und mißtrauisch gegen alles Fremde haben sie sich erst mit der Zeit dazu bequemt, auch zu anderen Zwecken als nur zum Ueberfallen von Karawanen von ihren Bergen herabzusteigen. Es ist zu hoffen, daß der Fortschritt der Eisenbahn auch hierin einen Wandel herbeiführen wird.

Haupthandelsartikel beziehungsweise Tauschartikel beim Viehkauf ist in ganz Uha Salz, das von der benachbarten Saline Gotorp erworben wird. Die Saline, unter Leitung des schon aus der Zeit der Antisklavereibewegung bekannten Herrn Nchlsen, produziert mit einer Siedepfanne per Tag 600 Bihiga Salz à 18 Pfund. Das Salz wird von den Waha, die zu diesem Zweck sich Bananenblätter und Baumbast als Packmaterial gleich mitbringen, in die länglichen Bihigapackungen verschnürt, wofür sie nach Packung einer bestimmten Anzahl eines als Lohn erhalten. Andere befördern das Salz nach Ujiji, wo sich die kaufmännische Leitung der Gesellschaft befindet, und erhalten als Lohn für den Transport einer Last gleichfalls ein Bihiga. Salz ist in diesem ganzen Gebiet der gängigste Artikel. Mit Salz wird von der Saline das Brennholz bezahlt, mit Salz werden seitens der Eingeborenen Sklaven, Frauen, Wachs und Rinder gekauft.

Die Nachfrage nach Salz, das in Ujiji mit 1,35 Rupien pro Bihiga bezahlt wird, das in großen Mengen nach dem Kongo, nach Urundi und den übrigen Randgebieten des Sees verschifft wird, ist niemals voll zu decken. Abfaß würde

jedes Quantum finden, nur litt der Absatz zeitweise stark unter dem ungenügenden Trägerangebot. Wie verlautet, werden aber zwei neue Siedepfannen aufgestellt, so daß die Produktion verdreifacht werden kann, und die Trägerkalamität für den Transport nach Ujiji wird ihre Erledigung dadurch finden, daß die Zentralbahn die Saline berührt. Sache einer vernünftigen Tarifpolitik wäre es, dafür zu sorgen, daß wir uns durch die Saline Gottorp frei von der Einfuhr von Salz machen können, für die das Schutzgebiet 1911 noch 125 000 Mark bezahlen mußte. Das Salz ist erstklassig und kann sich jedem deutschen Tafelsalz an die Seite stellen. Die Zentralafrikanische Seengeellschaft G. m. b. H. zahlte bei einem Kapital von 1 Million Mark im letzten Geschäftsjahr 8 Prozent Dividende.

Das Gebiet südlich der Barrabarra, soweit es den Randländern des Tanganjika zuzuzählen ist, also in der Hauptsache die Landschaften Ufawende und Ukonongo, ist leider sehr bevölkerungsarm, trotzdem der Boden recht tiefgründig und fruchtbar zu sein scheint. Ich vermute, daß die Volksarmut hier ihre Gründe in der Entvölkerung zu suchen hat, die der Sklavenraub verursacht hat. Diese Gebiete waren für die Wajiji-Sklavenjäger noch in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts das Hauptrekrutierungsgebiet, während sie die kriegstüchtige Bevölkerung von Uha aus guten Gründen ungeschoren ließen. Die Sklaven wurden nach Cameron gegen Ziegen eingehandelt, von denen zwei für einen Sklaven gezahlt wurden. Wenn man bedenkt, daß der Wert einer Ziege auch heute in Ujiji nicht mehr als höchstens 3 bis 4 Rupien beträgt, ein Sklave aber hier wohl nie unter 20 bis 40 Rupien gekauft wurde, ist es wohl begreiflich, daß den Wajiji und ihren arabischen Hinterleuten damit ein starker Antrieb gegeben war, die scheuen und zersplitterten Ufawendestämme nach Kräften auszubeuten.

Ich bin in diesen Gebieten, die nur von wenigen schmalen Buschpfaden durchzogen werden, manches Mal acht und sogar zehn Stunden marschiert, ohne auf eine Dorfschaft zu stoßen. Wo sich aber Dörfer gebildet hatten, standen, wie bei dem guten Boden nicht anders zu erwarten, die Kulturen an Mais, Reis, Hirse usw. prachtvoll. Der angeblich früher hier vorhanden gewesene Rinderbestand ist durch das Vordringen der Tsetse vollkommen vernichtet. Selbst Ziegen waren äußerst selten.

In früheren Jahren ist aus Ufawende und Ukonongo viel wilder Kautschuk exportiert worden. Durch Raubbau sind die Lianen aber leider vollkommen vernichtet, so daß der einst blühende Kautschukhandel gänzlich daniederliegt. Dagegen hat der Wachshandel einen großen Aufschwung genommen. Fast in jedem Dorf traf ich Händler von Tabora an, die gegen Stoffe Wachs eintauschten.

Ufawende scheint mir reich an Glimmer zu sein. Mir war bereits früher bekannt geworden, daß die Eingeborenen sich zu Zauberzwecken „Glas“ aus der Erde holten, und gelegentlich einer Dienstreise habe ich im Januar 1911 die Fundstelle aufgesucht. Sie liegt östlich von Karema in der Landschaft Ugwé

am Dorf Ktengezia. Der Glimmer tritt hier im großen Winkel in einem breiten Gang aus dem Gestein, so daß er von den Eingeborenen oberflächlich abgenommen werden konnte. Mangels an Sprengmaterial konnte ich die Fundstelle nicht weiter untersuchen, aber immerhin feststellen, daß es sich um ein leicht spaltbares, großplattiges Material handelt, das, an der Oberfläche abgenommen, nur leider durch die eingedrungenen eisenhaltigen Siderwässer mechanisch rostbraun gefärbt war. Schon in geringerer Tiefe aber nahm die Färbung ab. Im übrigen scheint mir, so weit ich es bei der kurzen Vorbeifahrt vom Dampfer aus beobachten konnte, auch der Kungwestock reich an Glimmergängen zu sein.

Bei dieser Gelegenheit sei übrigens eine Tatsache erwähnt, die mir zu spät bekannt geworden ist, als daß ich sie an Ort und Stelle hätte näher untersuchen können. Cameron erzählt gelegentlich der Schilderung einer Fahrt südlich von Kabogo (zwischen Ujiji und dem Kungwestock), daß er eingelagert im Sandstein einen großen dunklen Fleck im Steilufer beobachtet habe, der dem Bruch nach Steinkohle sei. Seine Leute von der Ostküste hätten das Gestein sofort als makaa merikebu, Schiffskohle, angesprochen. Die Dicke des Hauptlagers habe zwischen 15 und 18 Fuß betragen. Zwar habe er sich kein Stück von der vermeintlichen Kohle verschaffen können, jedoch hätte er später aus dem in gleicher Breite liegenden Itawa, „eine kurze Strecke westlich von dem See gelegen“, ein Stück unzweifelhaft echte Kohle von leicht bituminöser Art erhalten. Wenn auch diese Beobachtung Camerons vielleicht irrig ist, so wäre es doch immerhin von Wert, wenn das Vorkommen gelegentlich anderer Untersuchungen einmal näher geprüft würde.

Im Zusammenhang hiermit findet hoffentlich auch ein anderes Mineralvorkommen einmal seine Untersuchung: ich meine das Vorkommen von Bitumen. Bereits seit langer Zeit ist es den Eingeborenen bekannt und findet Verwendung als Dichtungsmittel für Boote. Auf meine diesbezüglichen gelegentlichen Untersuchungen haben mir die Araber am See übereinstimmend versichert, daß das Bitumen zeitweilig, besonders nach Erdbeben oder Stürmen, in großen Massen auf dem See, speziell an der Mlagarasi-Mündung, westlich von Ujumbura und einer bestimmten Stelle drei Dampferstunden nördlich von Ujiji schwämme. Ich habe im Juli 1911 die letztgenannte Stelle untersucht, aber leider nur eine Menge ausgelaugtes und zerkrümeltes Bitumen gefunden. Die Bootsbesitzer in Ujiji bewahrten eine Menge Bitumen als Leermittel in ihren Häusern auf und nennen es mavi ya radu, was man dezent mit Blickextreme übersetzen mag.

Gerade in praktisch-geologischer Beziehung sind am Tanganjika noch eine Reihe von Fragen zu lösen. Bisher ist in dieser Richtung noch so gut wie nichts geschehen. Eine vor zwei Jahren auf Veranlassung wirtschaftlich an der Zukunft des Sees interessierter Unternehmungen eingeleitete geologische Expedition hat hier vollkommen verjagt.

Besser noch als in Ufawende und Ufonongo liegen die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ufipa, der südlichsten deutschen Randlandschaft. Vieh- und Landwirtschaft stehen hier in hoher Blüte, und nicht zuletzt ist die Bevölkerung dichter, intelligenter und unternehmungslustiger als in Ufawende und Tongwe. Zu bedauern bleibt allerdings, daß ein großer Teil von ihr bereits in die Plantagengebiete zur Arbeit abgewandert ist.

So stellte das Tanganjikagebiet bis vor einigen Jahren eine abgeschlossene wirtschaftliche Einheit dar, von der nur geringe Ströme nach außen abgingen. Nur das Interesse an Elfenbein und Kautschuk war es, das auch in dieses abgelegene Gebiet den Weltverkehr einen Fühler vorstrecken ließ. Demgemäß war auch die direkte Beteiligung des Europäertums am wirtschaftlichen Leben des Tanganjika äußerst gering. Außer der Zentralfrikanischen Seengesellschaft war es nur die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, die noch 1911 eine Niederlassung am See hatte. Mangelnde Kommunikationsgelegenheit und andere natürliche Faktoren waren es, die jeden Fortschritt hemmten. Der See besaß zum Verkehr mit dem Süden nur den kleinen Dampfer Hedwig v. Wischmann; denn wie oben erwähnt, kam eine andere Fahrgelegenheit kaum in Betracht. Trotzdem konnte die Verbindung Bismarckburg—Ujiji nur in sechswöchigen Abständen unterhalten werden, und auch da mußten regelmäßig Frachten wegen Ueberangebots zurückgewiesen werden. Der belgische Dampfer diente ausschließlich den Zwecken der Verwaltung, und der einzige englische Dampfer liegt seit Jahren unbrauchbar auf Strand. Dazu kam, daß mit Rücksicht auf die Schlafkrankheit dem Verkehr mit Eingeborenenbooten gerade auf der viel befahrenen Strecke Ujiji—Usumbura eine Reihe von Beschränkungen auferlegt werden mußten, die notgedrungen Erschwerungen von Handel und Verkehr bedeuteten. So durften, wie bereits oben erwähnt, die Boote nur Nachts verkehren, sie mußten gewisse Stellen anlaufen, wo ihre Insassen wieder ärztlich untersucht wurden, und waren andererseits wieder gezwungen, eine Reihe von Delplätzen zu meiden, die als besonders gefährliche Infektionsherde bekannt waren. Hinzu kam, daß durch den regen Bootsverkehr nach dem Kongo namentlich zur Zeit des Kautschukbooms der intensive ärztlichen Tätigkeit auf deutscher Seite zum Trotz immer neue Infektionen vorkamen, was nicht zuletzt der geradezu sträflichen Behandlung der Schlafkrankheitsbekämpfung auf der Kongoseite durch die belgischen Autoritäten zuzuschreiben war. (Um Mißverständnissen vorzubeugen, will ich nicht unterlassen zu bemerken, daß ich die Zeit bis 1911 im Auge habe. Wie sich die Verhältnisse seitdem in dieser Richtung im Kongo entwickelt haben, ist mir unbekannt.)

Wie sich die Zukunft nach Fertigstellung der Bahn gestalten wird, läßt sich schwer angeben. Die wirtschaftliche Rentabilität kolonialer Eisenbahnen, die Folgen ihres Daseins mit apodiktischer Sicherheit im voraus zu bestimmen, ist immer ein problematisches Unterfangen, am Tanganjika ein um so schwereres, als noch fast nichts Fertiges vorhanden ist. Zwei Bahnen streben gleichzeitig zu seinen Ufern, die deutsche und die belgische, die im Tal des Lukuga von

Albertville aus den Anschluß an die von Buli nach Stanleypville herzustellen soll. Rein geographisch hat die deutsche Strecke den Vorzug, daß sie mit 1200 Kilometer Länge um mehr als die Hälfte gegenüber dem belgischen Eisenbahn- und Wasserweg nach Matadi zurückbleibt, der letztere Weg außerdem eine Reihe von Umladungen erfordert, ein Nachteil, der im Verein mit der Weglänge auch kaum den Vorteil ausgleichen dürfte, den der kürzere Seeweg Boma—Nordwesteuropa gegenüber dem von Darressalam via Suez hat.

„Im Kongo ist der Sand Gold!“ sagte mir einmal ein alter Araber, um den Bodenreichtum des Manjema-Gebiets zu charakterisieren. Wenn es deshalb einer verständigen Verkehrspolitik der Zentralbahn und der Dampferlinie, die 1914 zunächst mit einem größeren Dampfer den deutschen Betrieb auf dem See aufnehmen wird, gelingen sollte, den Verkehr, der aus dem östlichen Kongo schon immer nach der deutschen Seite gravitierte, zu verstärken und zu heben, dann kann kein Zweifel darüber bestehen, daß schon damit ein gewisser Subsidärfaktor in der Rentabilität der Bahn eingestellt ist.

Auf deutscher Seite liegen die Verhältnisse im ganzen genommen recht günstig. Ein Ueberfluß an Bodenerzeugnissen ging bereits schon immer nach Tabora und vor allem nach dem Kongo. Wenn er bisher nicht im Lande blieb, so hatte das seine Ursache im Fehlen billiger Verbindungen nach dem Osten, was nur den Abtransport hochwertiger Exportartikel wie Elfenbein und Rautschul zuließ. Ostafrika mußte noch 1911 rund 3,4 Millionen Mark allein für Reis ans Ausland zahlen. Wie könnten diese Zahlen herabgedrückt werden, wenn es gelänge, wenigstens die schon vorhandenen Reisgebiete am Tanganjika intensiver und extensiver auszubenten. Wenn es uns gelänge, einmal das Nächstliegende zu erreichen: das Land aus sich selbst heraus zu ernähren! Ich wiederhole: die Möglichkeit dazu bietet uns das neu zu erschließende Gebiet!

Ähnlich günstig liegen die Verhältnisse in bezug auf Baumwolle. Die jetzigen deutschen Gebiete am Tanganjika, besonders die Gegenden südlich von Ujiji sind früher reich an Baumwolle gewesen, was Anlaß zu einer lebhaften Hausindustrie gegeben hat. Davon ist zwar jetzt wenig mehr vorhanden, aber es ist kein Grund einzusehen, weshalb in den Niederungen des Mlagarasi, in Ukarwende usw. nicht eine erhöhte Kultur dieser Pflanze wieder einsetzen sollte. Als ein Fehler unseres Gebiets wäre vielleicht nur zu beklagen, daß unsere Flüsse verkehrstechnisch wertlos sind. Mlagarasi, Rugufu und wie sie alle heißen, sind immer nur auf kurze Strecken befahrbar. Auch Kapof hat in Ujiji bereits jetzt eine große Bedeutung in der Eingeborenenindustrie.

Die größte Zukunft in kultureller Beziehung scheint mir aber der Anbau der Delpalme zu haben. Was in dieser Beziehung bereits von den Eingeborenen geschaffen ist, geht schon jetzt weit über eine lokale Bedeutung hinaus. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Aufmerksamkeit aller an der Delindustrie beteiligten Kreise sich schon aus diesem Gesichtspunkt heraus nicht den Möglichkeiten verschließen sollte, die hier für die Zukunft liegen, um so

weniger, als das Palmöl auch in der Kolonie selbst ständig zu Genußzwecken in einer Weise gefragt wird, die weit über das Angebot hinausgeht.

Ob alle die angegebenen Möglichkeiten in Zukunft ihre Lösung im europäischen Plantagenbetrieb oder aber in der ausschließlichen Eingeborenenkultur finden können, kann und will ich als Nichtfachmann nicht entscheiden. Möglich, daß eins nicht das andere ausschließt.

Ich erwähnte oben die Schlafkrankheit als Hemmnis der bisherigen Entwicklung. Wenn ich auch nicht sagen will, daß die von ihr drohenden Gefahren seinerzeit übertrieben sind, so hat doch die bisherige Entwicklung der Tatsachen den Beweis dafür erbracht, daß zum nutzlosen Pessimismus kein Grund vorliegt. Duzende von Europäern haben sich in amtlicher und außeramtlicher Stellung rücksichtslos den eventuellen Gefahren aussetzen müssen, ohne daß innerhalb der daran interessierten Kreise deshalb die Tätigkeit am See an Wertschätzung gegenüber anderen Gebieten eingebüßt hätte. Das sei als Beleg gegenüber unorientierten Kreisen hier festgestellt. Und wenn kein Rückschlag eintreten sollte, dann kann wohl gesagt werden, daß auch in der Frage der Schlafkrankheit in Ostafrika wir aus dem Größten heraus sind.

Freilich, ein großes Aber ist bei der Zukunft des Tanganjika zu berücksichtigen: die unglückliche Eisenbahntarispolitik! In Dar-es-Salaam nennt man die Zentralbahn mit giftigem Humor jetzt noch ein Verkehrshindernis, das dem Heute ohne Bedenken das Morgen opfert. Mit dem Prinzip lassen sich die wirtschaftlichen Möglichkeiten allerdings nicht erschließen! Sache der Verwaltung, die sich doch im Besitz von neun Zehnteln der Bahnanteile befindet, wäre es, diesem Kramladenprinzip je eher desto besser ein Ende zu machen. Sonst hätten wir uns den Bau der Bahn ersparen können!

Die Sahara, die Schwierigkeiten einer Transsaharabahn und der Plan einer französischen Transafrikabahn.

Von Oberstleutnant z. D. G ü b n e r, Kieja.

Die Frage der Transsaharabahn, die jahrzehntelang die öffentliche Meinung Frankreichs in ernster Weise beschäftigt hat, ist in Deutschland verhältnismäßig nur wenig beachtet worden. Und dasselbe Schicksal hat bisher auch die Transafrikabahn erfahren, die man in der Republik an die Stelle der Transsaharabahn gesetzt hat. Und doch verdienen jene beiden großen Pläne unserer westlichen Nachbarn auch in Deutschland bemerkt zu werden, zum mindesten in gleicher Weise, wie dies für andere Erdteile durchschneidende Verbindungswege, so transandinische, so transkaspische Eisenbahn, der Fall ist.

Die Schwierigkeiten, die sich in technischer Beziehung dem Bau einer die große afrikanische Wüste durchschneidenden Eisenbahn entgegenstellen, sind nicht unüberwindbare. Aber der Gedanke an eine solche Bahn mußte aufgegeben werden, als man zu der Ueberzeugung gelangte, daß die wirtschaftlichen Erfolge nicht den Kosten entsprechen würden, die mit der Ausführung jenes Schienenweges verbunden sein würden. Und

diese Erkenntnis hat dann dazu geführt, für die Transsaharabahn eine Transafrikabahn einzustellen; eine Bahn, die sich nicht nur auf die Wüste erstreckt, sondern für die die ehemals geplante Saharabahn nur noch eine Teilstrecke sein wird.

Von den vielen Erörterungen, die in den letzten Jahren zu dieser Frage in Frankreich angestellt worden sind, verdient ganz besonders eine Abhandlung hervorgehoben zu werden, die der Capitaine Voinot im „Bulletin de la Société de Géographie d'Alger et de l'Afrique du Nord“ gebracht hat, die unter der regen Leitung ihres Präsidenten, des Professors M. Messlé in Algier, tatkräftigen Anteil an der wirtschaftlichen Erschließung der französischen Afrikagebiete nimmt.

Der genannte Autor stützt sich bei der Behandlung des saharischen Handels auf die besten und zuverlässigsten Quellen, so auf Professor Leroy-Beaulieu, so auf den bekannten Chefingenieur Georges Rolland, so auf den Professor der Universität in Paris, Henri Schirmer, u. a. Für den die Sahara treffenden Lokalhandel stellt er fest, daß die Einfuhr hauptsächlich Schafe, Getreide (Korn und Gerste), Wolle, Butter, Bohnen, Käse, Zucker, Pfeffer, Kaffee, Tee, Geruchstoffe und Baumvollenerzeugnisse, die Ausfuhr dagegen Tatteln, Henna (Blätter eines Strauches, die einen Gelbstoff geben), spanischen Pfeffer, Korbwaren, Kamelsättel und Darmsaiten umfaßt. Dieser Handel ist im Jahre für die Einfuhr auf 500 Tonnen, für die Ausfuhr auf 1500 Tonnen zu berechnen. Geldwerte sind nicht angegeben, dürften aber nicht besonders hohe sein. Auch der Zwischenhandel zwischen einzelnen Wüstenstämmen ist nach den Erörterungen des Capitaine Voinot unbedeutend. Unter anderem stellt er fest, daß zwischen Surata und Südoran, also auf einer Handelsstraße, die durch einen besonders lebhaften Verkehr ausgezeichnet ist, die Karawanen durch folgende Zahlen gekennzeichnet sind:

	Leute	Kamele	Einfuhr	Ausfuhr
1886 bis 1887	3411	14 194	427 000 Franken	976 000 Franken
1905 „ 1906	1443	12 677	196 926 „	463 200 „
1906 „ 1907	1551	6 942	418 111 „	475 800 „
1907 „ 1908	2016	12 480	454 018 „	965 464 „
1908 „ 1909	615	2 618	104 348 „	129 881 „

Die für 1908/09 gegebenen Ziffern, die im Vergleich zu den anderen auffallen müssen, sind aus einer anderen Kalkulation gezogen und werden, nach den gleichen Rücksichten berechnet, an anderer Stelle wie folgt angeführt:

1908 bis 1909	1123	6 072	285 787,5 Franken	234 930 Franken.
---------------	------	-------	-------------------	------------------

Zimmerhin dürfte sich hier der Einfluß sehr bedeutend ausdrücken, den die kriegerischen Ereignisse auf den Handel gehabt haben.

Eine andere, nicht weniger wichtige Handelsstraße dient dem Salzverkehr zwischen den Tuareggebieten und dem Sudan. Besonders starke Karawanen bringen das Salz von Taudeni nach Timbuktu. Derselbe wird auf 1900 Tonnen angegeben. Aus den Kanaraoasen mit Bilma an der Spitze soll der Salzhandel etwa 8000 Tonnen betragen.

Der Durchgangshandel, der hauptsächlich von Marokko, von Algerien und von Tripolitaniern aus den Weg nach dem Süden sucht, ist nicht minder schwer wie der Binnenhandel zu bewerten. Für den Handel aus Südmarokko über Tinduf nach Timbuktu wird als Beispiel angegeben, daß im Jahre 1887 durch eine Karawane von 600 Kamelen auf dem Rückwege hauptsächlich aus Goldstaub, Straußenfedern, Elfenbein und 520 Sklaven bestehende Waren im Werte von 917 000 Franken gebracht wurden. Die sogenannte große Karawane, die „akabar“, die früher von Ababli im Tidikelt nach Timbuktu ging und die oft bis zu 3000 Kamelen gezählt haben soll, besteht jetzt nur noch in der Erinnerung. Der früher besonders starke Sklavenhandel, der sich hier vollzog, hat seit dem Eindringen der Franzosen in Nordafrika seinen Weg über

Shadames nach Tripolis genommen und wird jetzt, nachdem hier die Italiener Fuß gefaßt haben, abermals abgelenkt werden. Gerade über Shadames liegt noch jetzt ein nicht zu unterschätzender Handelsverkehr. Der durch zahlreiche Abhandlungen über die Sahara bekannte M. R. Chudeau gibt für ihn einen Wert von 3 Millionen Franken an. Für die Karawanenstraße Benghasi-Wadai, auf der nach wie vor hauptsächlich Sklavenhandel getrieben wird, auf der neuerdings aber auch Waffen und Munition nach den Tschadseegegenden gebracht werden sollen, liegen zuverlässige Zahlen nicht vor.

Wenn der die Sahara treffende Handel an und für sich unbedeutend zu nennen ist, so bringt er doch den Anwohnern der Wüste nicht zu unterschätzende Einnahmen, namentlich durch die Gstellung der Transportmittel. Namentlich werden von den Nomadenstämme im Süden von Tripolis für Kamele ziemlich hohe Preise verlangt. An der Aufstellung der nach dem Gurara bestimmten Karawanen sollen sudanische Stämme gewonnen haben: 1905/06 339 343, 1906/07 356 687, 1907/08 401 360, 1908/09 130 000 Franken!

Die ersten Eindrücke, die man von dem Saharahandel gewann, mußten für die Anlage einer die Wüste durchschneidenden Bahn sprechen; als man aber imstande war, jenen Handel genauer zu bewerten, stellte es sich heraus, daß der Bau der Bahn nicht zu rechtfertigen sein würde. Ein Handel, der zurzeit alljährlich nicht mehr als etwa 40 000 Tonnen trifft, ist nicht imstande, einer derartigen Bahnline genügenden Verkehr zu geben. Dagegen liegen im Mittelsudan die Verhältnisse um vieles günstiger.

Gewiß ist der Weg vom Mittelsudan zum Atlantischen Ozean kürzer als der zum Mittelländischen Meer, dafür aber wird der Weg, den die Waren auf dem Schiff nach Europa zurückzulegen haben würden, bedeutend länger. Und wenn auch die Wasser- verfrachtung die billigere ist, so würde doch die Länge des Weges die Kosten über den Atlantischen Ozean höher werden lassen als für vom Sudan zum und über das Mittel- meer abgeführte Waren. Aber auch die für den Sudan günstigere Handelsbewegung würde die reine Transsaharabahn nicht rechtfertigen. Einige Reisende, vielleicht sogar der gesamte Postverkehr, würden die Kosten nicht aufwiegen, die für jene Bahn geopfert werden müßten, und die man auf eine viertel bis eine halbe Milliarde zu veranschlagen hat. Wenn man in Frankreich die Transsaharabahn auch als ein Werkzeug für die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Wüste, als ein Werkzeug für die Ausbreitung der eigenen Macht betrachtet, so erscheint allerdings jene Frage in einem anderen Lichte. Ebenso wenn man voraussetzt, daß durch eine Transsaharabahn große Glieder französischen Afrikabesitzes untereinander in Verbindung gebracht und daß so die Möglichkeit geschaffen wird, im Falle eines Krieges mit Deutschland augenblicklich Truppen aus mittelafrikanischen Besitzungen nach Algerien zu bringen, um hier Truppen des 19. Armeekorps für die Verwendung auf dem europäischen Kriegsschauplatz frei zu machen. Nicht als das Gebiet einer eigenen, der Transsaharabahn, sondern als das für eine Teilstrecke der Transafrikabahn kommt zurzeit die Sahara in Betracht.

Die Erforschung der Sahara, jenes weitgedehnten, durch besondere Trockenheit und durch eine außergewöhnliche Unfruchtbarkeit gekennzeichneten Gebietes, das von den Eingeborenen als das „Land des Hungers, des Durstes und des Schreckens“ bezeichnet wird, hat in den letzten Jahrzehnten sehr wesentliche Fortschritte gemacht. Je weiter die Kolonisation aus dem algerischen Teil über die diesen von der Steppenhochebene scheidende Atlasrandkette vorgedrungen ist, um so mehr wurde die früher als Nordgrenze der Wüste angesehene Linie zurückgeschoben, um so leichter auch gestaltete sich die genaue Erkundung jener Gebiete, die zu erkunden man bisher bedeutendere Strecken zurückzulegen gezwungen war, und um so mehr konnte man sich mit den Eigenarten des Landes und seiner Bewohner vertraut machen. In den

letzten Jahren sind es hauptsächlich französische Forscher und Offiziere gewesen, die Wesentliches in dieser Beziehung erreichten, aber noch immer sind auch, namentlich für den mittleren Teil der Sahara, die Reisen deutscher Forscher, so von Heinrich Barth, von Adolf Overweg und von Gerhard Rohlfs, maßgebend für die Beurteilung der vorliegenden Verhältnisse. Unter den Franzosen sind an erster Stelle zu nennen René Caillé, dann aber vor allen Dingen Duvenot, dem zu Ehren die



Afrikanische Ueberlandbahnen.

kleine, bei Figig gelegene Oase Zobia zu benannt wurde, Flatters, Fourreau und Lamy. Während unter den Geographen die Berichte dieser Reisenden ein immer festere Formen annehmendes Bild der Sahara entstehen ließen, wurde die Wüste noch lange Zeit und wird wohl vielfach auch noch jetzt von vielen Laien allein als das Gebiet angesehen, in dem wehender Sand gelegentlich Karawanen verschlingt und in dem hinter jeder Sanddüne ein blutdürstiger Tuareg das Gewehr gegen den eingeborenen Kaufmann wie gegen den gelegentlichen Forscher schußbereit macht. Aber gerade die

an das Fabelhafte grenzenden Berichte über die Tuaregs, die lange Zeit fast als das größte Hindernis für die Durchdringung der großen nordafrikanischen Wüste angesehen wurden, sind jetzt endgültig, und zwar durch die Ereignisse, die zum Untergang der Forschungsgruppe des ermordeten Obersten Flatters führten, widerlegt worden. Die traurigen und bedauernswerten Schicksale dieser kühnen, von Flatters geführten Abteilung waren, wie nachgerade erkannt worden ist, verschuldet durch die Schwerefälligkeit, mit der man sie gerüstet hatte. Die bedeutende Stärke der beigegebenen Begleitmannschaft und der große Umfang der mitgeführten Verpflegungsmittel standen nicht in dem richtigen Verhältnis zu den geringen Mitteln des Landes und zu den Bewegungshindernissen, und dieser Umstand hat bei weitem mehr als die Kriegslust der Tuaregs zu dem schweren Verlust beigetragen. Die bereits im Jahre 1891 von Professor Dr. Wilhelm Sievers als Notwendigkeit für die Erforschung der Sahara erkannte Bestätigung der Tidikelttafen erfolgte, wie bekannt, erst zehn Jahre später. Aber die dann von den Franzosen auf dieser Grundlinie angelegten leichten Truppenabteilungen, „saharische Kompagnien“ genannt, haben bei weitem mehr dazu beigetragen, der großen Aufgabe gerecht zu werden, als alle früheren, meist sehr kostspieligen Unternehmungen. Erst durch diese Kompagnien wurde es ermöglicht, ständige Fühlung mit Truppenabteilungen des Sudans zu nehmen. Namentlich die Untersuchungen der Herren G. F. Gauthier und R. Chudeau (Professor am Lyzeum Constantine) haben dazu beigetragen, die früheren irrümlichen Ansichten in das richtige Licht zu rücken und richtige Vorstellungen herbeizuführen.

Nur spärlich und selten, meist auf große Entfernungen auseinandergerückt, finden sich in der Sahara Wasserstellen. Pflanzenwuchs ist nur dort und dann immer auch nur spärlich vorhanden, wo die Brunnen ihre Gewässer zutage treten und wieder versickern lassen. Außerhalb der von Wasseradern durchgezogenen Gebiete herrscht vollständige Dürre. Trotz alledem sind die Gebiete sehr reich an Abwechslungen. Weit gedehnte kieselige Ebenen (arabisch „reg“, bei den Tuaregs „tiniri“) erschweren das Vorwärtskommen. Wie in den Gegenden der Steppenhochebene des Atlas scheint sich der Gesichtskreis dem Reisenden zu verschieben. Höhenzüge, die ihm soeben noch nahe lagen, entfernen sich dem Anschein nach mit jedem Schritt, der sie doch näher bringen sollte. Sind diese Ebenen sehr weit gedehnt, so werden sie von den Tuaregs als „tanezrufts“ bezeichnet, welchem Worte aber stets noch der Name einer nahegelegenen Gegend beigelegt wird. Namentlich das Durchqueren dieser „tanezrufts“ ist beschwerlich und stets mit Gefahr verbunden. Die Hochebenen sind immer steinig: kantige, schwärzliche Kiesel hemmen den Fuß. Das sind die hammadas (bei den Tuaregs „tinghert“ genannt), auch als gantra bekannt, und zwar dann, wenn wesentliche Vertiefungen (arabisch chebkas, von den Tuaregs „tassili“ benannt) vorhanden.

Mächtige Bergzüge und Dünen trennen die Ebenen, Erhebungen, in denen zumeist Wasser und Pflanzenwuchs gefunden werden, und deren Formen stets sehr eigenartige sind. Zerklüftete Klippen und Felsen, tafelförmig nach oben abgeschlossen, oft stufenartig ansteigend, schwärzlich blinkend, erreichen Höhen von 1900 bis 2000, in der mittleren Sahara selbst von 3000 Metern.

Unter der Bezeichnung „Erg“ versteht man eine Gruppe von Dünen. Je nach der Richtung des herrschenden Windes formen sich im leicht beweglichen Sande ihre Gänge — meist sanft in der Richtung, aus der der Wind kommt, scharf auf der entgegengesetzten Seite. Beim Ueberschreiten der Dünen ist man gezwungen, den Rinnen zu folgen, die von den Eingeborenen als „gassis“ bezeichnet werden. Trotz der Beweglichkeit des Sandes sind die Dünen selbst nicht wandernd, wie angenommen worden ist. Im allgemeinen behalten sie ihre Stellen ein. Man findet in ihnen, namentlich in tieferen Lagen, einigen Pflanzenwuchs. Die sandigen, mit geringen Sträuchern be-

decken Gegenden, wie sie auch außerhalb der Dünen vorkommen, werden *nebkas* genannt. Dieselben haben aber keinen feuchten Untergrund wie die *chebkas*, die selten sehr groß und immer durch den Wuchs salzhaltiger Pflanzen ausgezeichnet sind.

Der Wadi R'hir, der in seinem Laufe das Land der Palmen und der Datteln bezeichnet, ist die nördlichste Fortsetzung der „Igharghar“, einer meist unterirdisch verlaufenden Wasserader, an der als hauptsächlichste Ortschaft Tuggurt gelegen ist. In der berberischen Bezeichnung Igharghar liegt nicht, wie angenommen worden ist, die Bedeutung „Fluß“, sondern vielmehr nur diejenige der „Ränge“, die allerdings gerade dem Wege jener Wasserader ganz besonders zukommt. Im Tale des R'hir liegt das Wasser nur wenig tief, die Bedingungen für die Anlage artesischer Brunnen sind sehr günstig. Nebenbei erwähnt lege in dieser Niederung im Jahre 1856 General Desbaur den ersten derartigen Brunnen an. Die aus der Oase „El-Dueb“ kommenden Datteln sind berühmt, der „Souf“, d. h. die Gegend, in der jene Oase liegt, ist — wie das Wort *sagī* — „wüste“ (esouf = Wüste), sandig, und man findet die Palmenpflanzungen nur in den tieferen Lagen. Die bedeutendste Senkung, die sich von Westen her zum Igharghar findet, ist die des Wadi Mia, in der Wargla gelegen ist. Manche Ähnlichkeiten, die hier mit der Hauptsenkung vorliegen mögen, werden durch die Nachbarschaft des großen Erg, der großen Dünengegend, stark beeinflusst. Das Land im Osten des Wadi R'hir ist, nach M. Voinot, auf dessen Angaben hier weiter gefußt wird, bis zur saharischen Atlasfette und bis zu einer Parallele durch die Ortschaft Timminum wenig wechselnd. Im Norden dieses Wüstenteils findet man die Gegend der „*dayas*“, das sind Vertiefungen, die sich gelegentlich mit Regenwasser füllen und die von den Berbern als „*adjelmam*“ bezeichnet werden. Inmitten der durch außergewöhnliche Dürre gekennzeichneten wüsten Gegenden machen diese *dayas*, wenn Regen an ihren Rändern einen sehr oft reichen Pflanzenwuchs hervorrief, einen bemerkenswerten Eindruck. Die bedeutendste der hier gelegenen *chebkas* (s. o.) ist die von M'zab, östlich von Laghuat, nördlich von Ghardaja. Sie liegt an den von diesen Ortschaften nach Norden geneigten Wasserrinnen. Westlich der Linie Ghardaja—El-Golea folgen Dünen des Erg, die durch kieselstreureiche Gebiete der Hammada in zwei Teile geschieden sind. Der östliche Erg dehnt sich bis Shadames und wird vom Wadi Igharghar durchschnitten. Der Westerg liegt zwischen El-Golea und Wadi Saura. Im Südwesten von El-Golea tritt eine weitgezogene kalkige Hochebene, der Tademait, hervor, die gegen die Oasen des Tuat und des Tidifelt endet. Das Wort Tidifelt soll von „*edikel*“, Taumen, abzuleiten sein, dem die Oase in ihrer Form gleicht. Die Wasserläufe des Tademait gehören dem Igharghar an, dem sie schließlich als Wadi Mia zuschließen. Im Süden des Tademait folgt die Hammada von Zieghert, zwischen dem Osterg und dem Dünengebiet das Land der „*Tuareg Azdjer*“, das von dem Wege In-Salah—Timassinine—Shadames durchzogen ist. — Der den Westerg begrenzende Wadi Saura entsteht aus den bei Igli zusammentretenden Wadis Ghir und Zulfana, die wenigstens in ihren unteren Teilen der Sahara angehören. Der durch die Oasen von Taghit ausgezeichnete Wadi Zulfana bietet im allgemeinen wenig Schwierigkeiten, der Unterlauf des Wadi Ghir ist zum Teil sumpfig, wie bereits der Name der von ihm durchflossenen Gegend Bahariet sagt, und auch fruchtbar. Südlich von Igli folgen als wichtige Palmeninseln Beni Abbes, Guerzim, Kerzaz und Ksabi. Letztere Ortschaft bezeichnet etwa die Nordgrenze für einen Teil des Erg, in dem das Wasser nur wenig tief liegt und der die sogenannten „Oasen des äußersten Südens“ umfaßt: Gurara mit dem an einer großen Chebfa gelegenen Hauptort Timminum, Tinerfuk mit Tabel-saga, Tuat mit Adrar und Tidifelt mit In-Salah. — Im Westen des Wadi Saura und im Süden des Tidifelt liegt einer der schwierigsten Teile der Wüste vor. Südlich des Regs von Tidifelt folgen mächtige Sandsteinmassive, die durch Regs voneinander ge-

schieden sind, so Ahnet und Muhdir. Westlich fallen sie im Tassili der Ndzjer nach Ghat zu ab. Hier, wo auch die kürzlich von den Franzosen besetzte Oase Djanet liegt, befinden sich einige gute Wasserstellen, und manche Wadis besitzen sogar einen schönen Pflanzenwuchs von Tamarisken und Gummibäumen. — Südlich des Ahnet schließt sich der „Ahaggar“, der „Edle“, an — die granitene Höhen des Zentralmassivs. Die Kette der bedeutendsten Erhöhungen, die bis zu etwa 3000 Metern ansteigen, wird von den Arabern „Atakor“, von den Tuaregs „Kudia“ bezeichnet. Letztere Bezeichnung ist die gebräuchlichere. In den tief eingeschnittenen Tälern findet man Bäume, hauptsächlich Tamarisken. Auch ist an einzelnen Orten selbst fließendes Wasser festzustellen. Am Fuße des Kudia finden sich bescheidene Kulturen, so Ideles, ein Dorf mit etwa zwanzig Dattelpalmen, ungefähr zehn Feigenbäumen und einigen künstlich bewässerten Feldern, so Tamanghasset im Tale des Tit, einem Ort, der seinen Namen von einer bei ihm häufig vorkommenden Käferart entliehen hat, und der ebenfalls einige Palmen und mehrere Felder besitzt. — Ueber den Kudia läuft die Wasserscheide zwischen Mittelmeerländern und Sudan. Im Osten des Gebirges schließen sich die stark zerrissenen Höhen von Anafes (das Wort bedeutet so viel wie „Alleinsein“), des Kegs von Amadghor (so viel wie „Lebend“, von dem an vorkommenden Steinsalzblöcken anhaftenden Sandkörnern) an. Es besteht hier eine an sich unbedeutende Salzausbeutequelle. An der Südgrenze von Ahnet und von Ahaggar beginnen die wichtigsten Tanezrufts, in denen alle Lebensbedingungen zu missen sind. Dieselben dehnen sich bis in die Nachbarschaft der Kauar-oasen in einer Breite von etwa 500 Kilometern. Es ist dies die gefährvollste Zone für die zwischen den beiden Sahararändern gesuchte Verbindung. Nur mit größten Mühen ist sie zu durchqueren. In den Sandsteinflächen Tassili-tan-Ardar und Tassili-tan-Ahaggar sind wieder Brunnen zu finden. Die Kauar-oasen mit Bilma als Hauptort liegen in sehr schwieriger Umgebung: wenig Kulturen und sehr armes Land; Haupteinnahmequelle für die Bewohner ist das Salz, das namentlich Bilma bietet. Die nach Süden anschließenden Gebiete von Air und von Adrar gehören weniger zur Sahara, mehr zum Sudan. Hier stößt man bereits auf Ebenen mit schönen Baumpflanzungen, die einen sehr wesentlichen Unterschied gegen die Dürre und Oede der Tanezrufts erkennen lassen.

Das Klima der Sahara ist sehr trocken, Regenwetter tritt nur ausnahmsweise ein. Oft bleiben große Landteile mehrere Jahre ohne die geringsten Niederschläge. Vielleicht fallen während der Stürme hier oder da einige spärliche Tropfen Wasser, die aber nicht in die Erde eindringen, sondern nur die Oberfläche befeuchten. Treten Gewitter ein, so liefern diese das Wasser so reichlich, daß selbst kleinste Wasserläufe sehr bald zu Strömen anwachsen. Aber dieses Anwachsen dauert nur wenige Stunden, selten einen ganzen Tag. Immerhin dringt bei derartigen Gelegenheiten einige Feuchtigkeit in den Boden hinein und wird so der Verdunstung entzogen.

Die Temperatur ist hoch und fast über alle Teile der Sahara die gleiche, nur im Audiagebirge etwas mäßiger. Im Sommer schwankt das Minimum zwischen 25 und 35 Grad, das Maximum zwischen 40 und 50 Grad. Für den Winter sind 0 bis 5 Grad und 10 bis 25 Grad zu verzeichnen. Sehr selten fällt das Thermometer unter 0 Grad, mitunter steigt es aber wohl auch über 50 Grad! Die Temperaturunterschiede sind in der Regel große und können an ein und demselben Tag bis zu 20 Grad betragen.

Winde sind häufig. Auf drei Tage kann man zwei mit Wind rechnen. Heftigere Winde tragen stets Sand mit sich. Natürlich setzt sich dieser Sand an Hindernissen ab, die ihm entgegentreten, und so entstehen vor den Oasen Sanddünen. Die elektrischen Spannungen, die diesen Luftbewegungen immer eigen sind, wirken namentlich auf die

Nerven der Europäer ein und lassen diese leicht ermüden. Die ständige Ausdünstung der ganzen Oberfläche des menschlichen Körpers zwingt zum Trinken.

Unter den Einwohnern der Sahara sind Araber, Berber und Neger zu unterscheiden.

Araber und Berber herrschen, die Neger vertreten die dienende Klasse und sind entweder Sklaven oder als Freie sogenannte *harratine*. Nach der Lebensweise sind sesshafte Einwohner und Nomaden zu unterscheiden, letztere nur Araber und Berber, niemals Neger. Die letzteren sind -- nach Voinot -- stets sesshaft. Die Nomaden treiben Handel, ein sehr großer Teil der Nomaden hat aber auch Grundbesitz, der durch die sogenannten *harratine* bewirtschaftet wird.

Im allgemeinen ist die Bevölkerung arm. Als Nahrung dienen selbst Dinge, die dem Magen jedes anderen Menschen zuwider sein würden. Nur am Nordsaum der Wüste, in Wargla, am Wadi N'hir und Wadi M'zab liegen diese Verhältnisse etwas besser, und bei den M'zabiten, bedeutende Kaufleute, kann man sogar einzelne Leute mit größeren Vermögen finden. Die Sesshaften sind in der nördlichen Sahara in der Mehrzahl, wo hingegen man in der Südsahara nur Nomaden findet. Die Nordzone ist am besten bevölkert. Man zählt hier auf 600 000 Quadratkilometer etwa eine viertel Million Einwohner, das ist 0,35 auf das Quadratkilometer. Für die Sahara hat man 10 000 Einwohner auf etwas mehr als einer Million Quadratkilometer zu rechnen.

Zu den Hilfsmitteln ist folgendes zu bemerken. In den Oasen lebt man von den Früchten der Palmen und von Getreide. Datteln sind ein wichtiger Handelsartikel. Die Nordoasen führen sie aus dem Tell aus, der Süden tauscht einen Teil der Dattelernte gegen das vollständig fehlende Schlachtvieh ein. Die Dattelpflanzungen sind entweder durch gewöhnliche und durch artesishe Brunnen oder durch unterirdische Kanäle, sogenannte *foggaras*, bewässert.

Außerhalb der Oasen findet man Pflanzennahrung nur sehr selten. Auf den Viehweiden gibt es nur Futterpflanzen. Dieselben stehen aber sehr oft meterweit voneinander entfernt. In manchen Weidegegenden findet man zwischen den Futtergräsern wohl auch Sträucher und selbst Bäume, namentlich Tamarisken und Akazien. Die Weiden sind um so wertvoller, je mehr Brunnen sich in ihnen öffnen. -- Neben den Kamelen gibt es nur wenige Pferde und Maultiere. Das Reitkamel ist das Mehari (Mehrzahl Mehara). Hirtenstämme besitzen wohl auch Ziegen und eine übrigens seltene, unbehaarte Schafart, ademen genannt. Die Tuaregs besitzen Hunde, die denen der Nord-Sahara gleichen. In der ganzen Sahara ist der kleine afrikanische Esel vertreten.

Die erste Anregung für eine die Sahara querende Bahn stammt vom Ingenieur Duponchel aus dem Jahre 1876. Man glaubte, den Sudan für ein Land von größter Zukunft halten zu müssen, hatte aber nur äußerst geringe Kenntnisse von den Hindernissen, die die Sahara dem Bau einer Bahn entgegenstellt. Die öffentliche Meinung in Frankreich nahm den Gedanken, „den reichen Sudan mit Algerien zu verbinden“, sehr gut auf. Man dachte an eine Wirtschaftsbahn, die gleichzeitig der Besitznahme und der Stellungnahme im Sudan dienen sollte. Von der Regierung wurde eine *commission supérieure du transsaharien* ernannt; Gelder für die erforderlichen Erforschungen stellte man zur Verfügung. Diese Kommission schickte zunächst 1880 drei Erkundigungsabteilungen aus: die Abteilung Pomanne kam nicht über die kleine, nebenbei bemerkt, durch beachtenswerte Steinzeichnungen interessante Oase Tiut bei Ain Sefra hinaus, die Abteilung Choisy gelangte bis Laghuat und kehrte dann über Biskra zurück; die dritte Abteilung unter Oberstleutnant Matters, die über Meighouth am Zgharghar nach dem Süden vordringen sollte, wurde

durch die Tuareg Ajdjer aufgehalten und zur Rückkehr gezwungen. Flatters Bericht trug bedauerlicherweise den Tatsachen nicht Rechnung; er behauptete, „von den Tuaregs mit offenen Armen“ empfangen worden zu sein, und er ließ sich von neuem beauftragen, die unterbrochene Erkundung fortzusetzen. Die neue Erkundungsabteilung wurde stärker als die erste gestaltet. Die Stärke der Abteilung sollte ihrem Führer gestatten, möglichst weit nach dem Süden vorzugehen. Leider vernachlässigte, nach M. Voinot, auch hier wieder der Führer die geringsten Anforderungen an die erforderliche Vorsicht, und so kam es am 16. Februar 1881 zu der verhängnisvollen Niederlage von Anou Inhaocène (Bir-el-Gerama) im Süden der Audia von Thaggar, bei der das gesamte französische Personal vernichtet wurde. Die Folge war, daß man die Gefahren zu überschätzen begann, und das war vorläufig das Begräbnis des Gedankens an eine Transsaharabahn! Man entschloß sich, die Studien bis auf weiteres zu vertagen: von 1881 bis 1890 versuchten nur einzelne, stets aber ohne Erfolg, die Frage neu zu beleben.

Erst die beginnende Aufteilung Afrikas, also das Jahr 1890, und die Erklärung der Wüste als französische Interessensphäre wendeten von neuem die Aufmerksamkeit der Transsaharabahn zu. Der Ingenieur Holland, der der Abteilung Choisy angehört hatte, trat zunächst hervor und gab mit General Philibert ein Buch heraus, das die Transsaharabahn nach dem Tschadsee über Biskra—Wargla forderte. Im allgemeinen wurde dieser Plan vom Publikum zwar gut aufgenommen, auch die Regierung schien entschlossen, für ihn einzutreten, aber Resultate wurden nicht erzielt. In Algerien stritt sich fast jede Provinz um den Vorzug, den Ausgangspunkt der Bahn zu erhalten: den Weg Algier—Sudan über Laghuat—El-Golea forderte M. Brouffais, den Weg Oran—Tuat—Sudan M. Sabathier. Beide Pläne wurden in Algerien lebhaft umstritten, während das Mutterland sich auf die Seite des M. Holland stellte. M. Voinot nennt diese Zeit die der „Wirtschafts-Transsaharabahn“, die das Land erobern und ihm den Frieden geben sollte. —

Von neuem erschien der Gedanke im Jahre 1898 auf dem Plan. Man schickte jetzt drei Abteilungen aus, die sich im Sudan treffen sollten: die Mission Foureau-Lamy durch die Sahara, die durch traurige Ergebnisse bekannte Abteilung Voulet-Chanoine-Boalland durch den Sudan, die unter Gentils Führung am Kongo entlang. Artikel, die hierzu M. Leroy-Beaulieu namentlich im „Economiste Français“ veröffentlichte, fanden weiten Anklang: es war, wieder nach M. Voinot, die Zeit der „transsaharien impérial“, die besonders politische und militärische Interessen in den Vordergrund stellte. Sie fand namentlich unter den Fachgeographen sehr starken Widerstand, die den Wasserweg bevorzugten. Im Jahre 1899 trafen sich die Freunde und die Gegner des Plans auf dem Congrès des Sociétés de Géographie de France in Algier. Wenigstens vorläufig wurde der Gedanke an die Transsaharabahn abermals aufgegeben.

Inzwischen hatte aber das Vordringen der französischen Waffen in die Wüste sehr wesentliche Fortschritte gemacht: am 28. Dezember 1899 hatte die Kolonne Flammarc die Flagge der Republik auf den Mauern von In-Salah aufgepflanzt, und der ganze Norden der Wüste war so gewonnen. Ein Buch des Geniehauptmanns Ponneseu, der der Bahn als ein militärisches Werk die Ausführung zu sichern versuchte, wurde aber wenig beachtet, um so mehr, als M. Foureau nachdrücklich festzustellen verstand, daß der Plan der Bahn den erwarteten Lohn nicht bringen werde. Im Jahre 1904 trat dann M. Holland von neuem mit einem, übrigens sehr bekanntgewordenen Buch heraus, zu dem Leroy-Beaulieu die Einleitung verfaßt hatte, das aber nicht imstande war, die immer mehr durchgedrungene Ansicht zu beseitigen, daß die Transsaharabahn als solche unausführbar sei. Es erübrigt, auf die einzelnen Vorschläge näher einzugehen.

gehen, die im Laufe der Zeiten in sehr großer Ausführlichkeit und mit nicht zu ver-
tennender Sorgfalt der Öffentlichkeit vorgelegt worden sind.

Zu Ende des Jahres 1911 bildete sich in Paris unter dem Vorsitz des M. André Berthelot, des früheren Deputierten und Vorsitzenden des Verwaltungsrates der mütterländischen Eisenbahnen, eine Gesellschaft unter dem Namen „Union française pour la réalisation des chemins de fer transafricains“. Die Pläne dieser Gesellschaft bedeuten eine vollständige Umwälzung der Frage der Transsaharabahn. Die in viel weiteren und kühneren Grenzen gezogenen Gedanken, die hier ausgesprochen worden sind, fanden in kolonialen Kreisen Frankreichs allgemeinsten Anklang und verdienen auch die allgemeine Beachtung des Auslandes. Der Gedanke an eine französische, Afrika von Norden nach Süden durchziehende Eisenbahn ist nicht neu; er hat namentlich in M. Prouffais und in M. Chudeau Vertreter gefunden. Dem M. Berthelot dürfte, wie der oft genannte und hier angezogene M. Voinot feststellte, das Verdienst zugehören, ihn im richtigen Augenblick in den Vordergrund des allgemeinen Bemerkens gebracht zu haben. Ein Aufsatz im „Matin“ vom 2. Oktober 1911 und ein am 1. Dezember des gleichen Jahres gehaltener Vortrag lenkten zuerst die Öffentlichkeit auf jene Frage. Den Worten folgten dann bald Taten: am 17. Februar 1912 bereits schiffte sich Capitaine Niéger in Marseille ein, um den Verlauf der die Sahara durchschneidenden Teilstrecke der Transafricain zu studieren. Im Monat November bereits lagen die Ergebnisse dieser Erkundung in Paris vor, und zwar in einer Form, die weitere vorläufige Ermittlungen gestattete. Ein ausgedehntes Schienenband soll nach den betreffenden Plänen Algerien mit dem Kap verbinden — man rechnet mit einer Längeneentwicklung von ungefähr 3600 „Lienes“ (zu 4444,5 Metern). Wenigstens die Hälfte der Strecke soll auf französischem Gebiet verlaufen. Man sagt sich, daß die Bahn auf Güterverkehr nur wenig Anspruch machen kann, da dieser immer den Weg zur Küste suchen wird: man rechnet also in erster Linie auf den Verkehr von Reisenden. Man glaubt, daß die Bahn erfolgreich mit der Linie von Kairo zum Kap in Wettbewerb treten kann: man erwartet, daß sie einen großen Teil des internationalen Verkehrs auf sich ziehen, daß sie aber weiterhin auch ein wichtiges Verbindungsglied zwischen den verschiedenen Afrikabesitzungen der Republik ganz im besonderen bilden wird.

Die Gesellschaft des Herrn Berthelot nimmt Algier als Ausgangspunkt der Transafricabahn an, namentlich weil jener Hafenplatz in kürzester Zeit von Marseille aus zu erreichen ist. Wenn man jetzt diese Ueberfahrt über das Mitteländische Meer in 26 Stunden bewerkstelligen kann, so hofft man, daß es den betreffenden Schifffahrtslinien gelingen wird, diese Zeit noch weiter herabzusetzen. Auf Oran glaubte man als Ausgangspunkt verzichten zu müssen, weil — trotz der gewaltigen Entwicklung, die dieser Hafen in der letzten Zeit genommen hat — man doch etwa einen halben Tag mehr erforderlich hat, um ihn von Marseille aus zu erreichen. Man rechnet aber damit, daß Oran einen Teil der auf der Bahn zu transportierenden Güter bringen wird. Auf eine Beteiligung des spanischen Verkehrs über Madrid—Cartagena verzichtet man im Hinblick auf den französischen Verkehr.

Für die Erörterungen der Eintrittsbahn bzw. für Untersuchungen, die die engere Verbindung der Linie Algier—Oran und von Orleansville zur Saura betreffen, wurde eine zweite Kommission eingesetzt. Man hat sich gefragt, ob es angezeigt sein dürfte, über Biskra und Tuggurt nach In-Salah zu gehen, um die Linie auszuschalten, die durch die Orte Nordchergui, El-Kreider, Forthassa, Südtigri und Fijig gegeben ist. Aber jene weiter im Osten gelegene Linie würde nur sehr wenig an Länge sparen lassen, würde aber dagegen Gegenden durchschneiden, in denen die Herstellung des Unterbaues entschieden kostspieliger sein dürfte, als dies im Tale der Saura der Fall ist.

Die betreffende Linie hat schließlich um so weniger Interesse, als die wichtigen Oasen des Wadi K'hir an und für sich eine Bahn erhalten werden. Man bleibt also auf den Weg über Figit zur Sauraniederung angewiesen, der zudem den Vorteil hat, daß er die militärischen Stellungen in den Südoasen, die bisher fast von allem Verkehr abgeschnitten waren, mit dem Tell in Verbindung bringt. Es ist folgende Linienführung geplant: Bahn Algier—Oran bis Affreville, hier südlich abzweigend nach Teniet-el-Had, dann über Bialar (33 Kilometer südwestlich von Teniet-el-Had) zur Serju-Hochebene, im Osten von Tiaret und Frenda zum Nordufer des Schott Chergui, dann bei El-Areider die Bahulinie Oran—Aln Sefra—Colomb-Béchar kreuzend nach dem Westen von Forthassa und Talzaza und dann nach Colomb-Béchar, wo Anschluß an den Endpunkt der sudoranischen Bahn gesucht wird. Vermutlich aus der Gegend zwischen Forthassa und Talzaza wird die Linie nach Figit geführt werden, von wo dann der der Sahara angehörende Teil der Bahn beginnt. Für diesen hat man folgenden Weg in Aussicht genommen: Figit, Zusanatal, Igli, Sauratal, Adrar im Tuat, Mabli im Tidelfelt, Wadi Tefaret, Hassi Imeskenan (Ineadnan) am Wadi Tarahart, Silet (auch Cilet), Admer, In-Cuzzam, In-Gall im Südwesten des Nir. Der Verlauf ist also vom Tuat ab etwa südsüdöstlich. Gebirgige und Dünen Gegenden sind vermieden. Es ist aber auch ins Auge gefaßt worden, statt über Figit ins Zusanatal unmittelbar von Colomb-Béchar aus nach Igli zu bauen. Bis Silet darf man nicht mit allzu reichlichem Wasser rechnen, von diesem Ort an wird man dagegen in dieser Beziehung besondere Schwierigkeiten nicht zu erwarten haben. Nach etwa 2000 Kilometer Verlauf in der Wüste erreicht die Bahn in ihrer Station In-Gall einen Ort, der über gutes und reichliches Wasser verfügt. Derselbe liegt etwa 100 Kilometer westlich von Agadez. Von In-Gall aus beabsichtigt man durch Tagama im Norden von Zinder den Tschadsee bei Ngoumi zu erreichen, im Norden um diesen herum nach Mao und dann durch Westvadaï und Dar Banda nach Zemio an der Grenze von Belgisch-Kongo zu gehen. Durch die belgischen und dann späterhin durch die englischen Gebiete rechnet man mit bereits bestehenden Eisenbahnen.

M. Berthelot hat zunächst eine Verzweigung von Silet zum Niger in Aussicht genommen. Dieselbe soll über Timassao und durch die Niederung des Wadi Tilemsé verlegt werden und schließlich Anschluß an die Sudanbahnen finden, und zwar bei Ansongo. Selbstverständlich denkt man auch daran, diese Verzweigung einmal über Timbuktu an die senegalischen Bahnen anzuschließen. Eine andere wichtige Verzweigung soll Zemio mit Mombassa in Englisch-Ostafrika in Verbindung setzen und so dem Verkehr nach Australin und nach Madagaskar dienen. Kleinere Nebenbahnen sind gedacht, um die große Linie mit den hauptsächlichsten bereits von den Küsten Afrikas in das Innere vorgetriebenen Bahnen zusammenzuschließen. M. Berthelot rechnet hierbei, nach dem Artikel des Capitaine Dionot, auch mit der „transcontinental allemand de l'Atlantique à l'Océan Indien“, von der aber nur die sehr bescheidenen Strecken „Duala—Eden“ und „Dar-es-Salam—Tabora“ bestehen, sowie mit den deutschen Linien in Deutsch-Südwestafrika.

Mit Ausnahme der algerischen Bahnen sind sämtliche afrikanischen Eisenbahnen mit enger Spurweite ausgebaut, und zwar findet man die verschiedensten Gleisbreiten. Auch M. Berthelot hat sich für ein solche entschieden, und zwar für die von 1,067 Meter, die der englischen Bahn von Kapstadt nach Rumbobe (3800 Kilometer) eigen ist. Er glaubt, daß eine Aenderung der einzubeziehenden belgischen Linien zu erreichen und daß die P. L. M. einverstanden sein wird, für die Strecke Algier—Affreville eine dritte Schiene einzulegen. Es wird angenommen, daß die Baukosten für ein Kilometer betragen werden in Algerien 50 000, in der Sahara 60 000, zwischen Sahara

und Tschadsee und weiterhin 90 000 Franken. Nach M. Voinot würden auf den rein französischen Teil der Bahn entfallen:

Affreville—Béchar .	900 Kilometer zu je 50 000 Franken =	45 000 000 Franken
Béchar—Tschad .	3100 Kilometer zu je 60 000 Franken =	186 000 000 Franken
Tschad—Niger .	2000 Kilometer zu je 90 000 Franken =	180 000 000 Franken
Niger—In-Gall .	800 Kilometer zu je 60 000 Franken =	48 000 000 Franken
6800 Kilometer		459 000 000 Franken
für unvorhergesehene Ausgaben ca. $\frac{1}{10}$ mehr		41 000 000 Franken
		<u>Ca. 500 000 000 Franken</u>

Als Geschwindigkeiten sind vorgesehen für die saharischen Teile 70, für andere Teile der Bahn 55 Kilometer in der Stunde.

Man hofft in Frankreich, mit der Transafricain den richtigen Ersatz für die Transsaharien gefunden zu haben. Aber man scheint zu vergessen, daß die Hindernisse, die in der Natur der Wüste liegen und die die letztgenannte Bahn unmöglich machten, noch immer nicht gänzlich beseitigt sind. Und es werden wohl auch noch viele Jahre vergehen, ehe man vollständig Herr dieses Landes ist, das trotz seiner Einförmigkeit und Lebe denjenigen immer wieder fesseln wird, der es zu sehen Gelegenheit hatte.

Die Wallisinseln.

Westlich von unseren Samoainseln und nordöstlich von den Fidjiinseln liegen einige Gilande, über die Frankreich seit 1886 das Protektorat ausgeübt hat. Kürzlich ist nun die formelle Annexion des Archipels erfolgt, der die Hauptinseln Wallis (auch Uea oder Uwea genannt) und Futuma umfaßt. Der Name Wallis ist zurückzuführen auf den Entdecker, einen englischen Seefahrer, der 1767 hier anlie. Südöstlich von Futuma liegt das kleinere Mofi, das gänzlich unbewohnt ist.

Ueber die Wallisinseln haben der langjährige französische Resident Dr. Brochard im Märzheft der „L'Océanie Française“ und Marcel Guichy in dem Oktoberheft der genannten Monatschrift berichtet. Uns interessieren diese Gilande deshalb, weil sie so nahe bei Deutsch-Samoa gelegen sind, und weil die Ersetzung des Protektorates durch die Inbesitznahme dartut, daß die Franzosen nicht nur in Nordwestafrika mit großer Tatkraft und Rührigkeit vorgehen, sondern auch in der fernen Südsee, wo Wallis und Futuma eine Etappe bilden zwischen Neukaledonien und Tahiti und den sie umgebenden kleineren französischen Besitzungen. Dr. Brochard betont deshalb die politische Bedeutung der Wallisinseln im Hinblick auf die Eröffnung des Panamakanals. Mit Leichtigkeit könne eine Kohlenstation dort eingerichtet werden. Der Resident verweist ferner auf die Unentbehrlichkeit von Wallis für das Netz französischer drahtloser Telegraphenanlagen in der Südsee und zieht zum Vergleich die benachbarten Besitzungen fremder Flaggen heran, die in diesem Punkte bereits besser bedacht seien: die deutschen Samoainseln, die amerikanischen Samoainseln und der britische Fidjiarchipel. Der Brochardsche Aufsatz bildete also ein Signal für die Veränderung der politischen Verhältnisse der Wallisinseln.

Hören wir, was Dr. Brochard über die wirtschaftliche Bedeutung dieser Gilande zu sagen hat. Uvea ist flach, Futuma und Alofi dagegen sind einigermaßen gebirgig, besonders die zweitgenannte, deren höchster Gipfel 1500 Meter erreicht. Die Bevölkerung sind Polynesier, den Samoanern und Tonganern verwandt. Ihre Zahl beträgt etwa 6000 auf einer Fläche von rund 250 Quadratkilometern. Von Konfession sind sie bis auf einen alle katholisch. Seit 60 Jahren sind sie durch die Maristenmission bekehrt, die sie nach Brochard nicht mit Sammethandschuhen ansaßt.

Man nimmt an, daß Wallis von Tonga her kolonisiert worden ist; doch ist der Zeitpunkt nicht festzustellen. Man schließt das aus der Uebereinstimmung von Familiennamen und Dorfbezeichnungen, wie auch aus den noch heute bestehenden Beziehungen zwischen beiden Archipelen. Der erste „König“ von Wallis gehörte der Familie Levelua an, und so heißen noch heute die eingeborenen Oberhäupter. Man denkt sofort an das Analogon in Samoa. Der „König“ wird von den Ministern ernannt, die selber vom „König“ berufen worden sind. Theoretisch wäre der „König“ absolut, in Wirklichkeit indeß ist er ganz abhängig von der Maristenmission.

Nach der Entdeckung im Jahre 1767 blieb Wallis lange unbeachtet, selten, daß sich ein Walfischfänger dorthin verirrte, was übrigens für sie nicht ohne Lebensgefahr war. 1837 landeten die ersten Missionare, die an Weißen einen Engländer und einen Franzosen vorfanden, welche, durch einen Schiffbruch auf die Inseln verschlagen, sich ganz mit den Eingeborenen eingelebt hatten.

Der erste Missionar, Pater Bataillon, hatte mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden; doch gelang es ihm und seinen Brüdern, bald die Walliser zu bekehren. „Sie übten die feierlichen Ceremonien der Kirche um so eifriger, als ihnen ihre heimischen Feste verboten worden“, schreibt Guiehffe. Er fügt hinzu, außer dem Aufhören der Menschenfresserei, die auf Wallis vor allem als Symbol bestanden habe, hätte das Christentum ihren Charakter kaum beeinflusst. Allerdings hätten die ständigen Stammesfehden ein Ende genommen, der frühere übliche Kindesmord gehöre der Vergangenheit an, doch Aberglauben und Fetischdienst sind keineswegs ausgerottet. Versäumnis der sonntäglichen Messe zieht eine Strafe von fünf Franken nach sich. Die Dorfhäuptlinge üben eine scharfe Aufsicht aus. Der erwähnte Gewährsmann beklagt insbesondere die geistige Trägheit der Walliser. Sie stehen seit siebzig Jahren unter französischem Einfluß; aber die französische Sprache ist bei den Eingeborenen gänzlich unbekannt, dagegen verstehen einige Latein.

Doch sind es die Maristenmissionare gewesen, die seinerzeit die Bewohner der Wallisgruppe bestimmten, die französische Schutzherrschaft nachzusuchen. Dem Namen nach bestand diese seit 1842, doch repräsentierte bis 1886 einzig die Maristenmission die französische Regierung.

In dem 1887 unterzeichneten Schutzvertrag findet sich noch die Bestimmung, der Resident müsse aus den Patres der Mission gewählt werden, und falls das

nicht möglich wäre, müßte wenigstens der Dolmetscher ein Vater sein. Die Stellung des Residenten ist nicht immer leicht gewesen; beispielsweise hatte er Schwierigkeiten bei der Einführung eines Kopraausfuhrzolles. Aus diesen Schwierigkeiten heraus entstand der Gedanke der Annexion. Ein Vorspiel dazu war die 1910 erfolgte Festsetzung einer Zivilliste für den „König“, der bis dahin finanziell selbständig gewesen war.

Der Sitz des französischen Residenten ist oder war Matautu, die auf Uvea gelegene Hauptstadt. Ihm steht ein Dolmetscher zur Seite. Die Eingeborenen haben an ihrer Spitze einen „König“, den unser Gewährsmann als von der Mission gewählt und als deren Strohmann bezeichnet. Ihn berät eine Ratssversammlung, wie in Samoa fono geheißen, die ebenfalls von den Missionaren beherrscht wird. Die Bevölkerung wird ähnlich charakterisiert, wie wir unsere Samoaner kennen. Guiehffe sagt ihnen große Faulheit nach, Brochard fügt als besonderes Kennzeichen die Verschlagenheit und Unaufrichtigkeit hinzu. Die gesamte Kultur: Hausbau, Fischfang, Festesfeiern mit Gesängen und Rawa-trinken, Neigung zu Zank und Streitigkeiten, die Sprache, alles erinnert an die anderen Eingeborenen der polynesischen Inselwelt.

Der Hauptreichtum der Inseln ist, wie bei uns in Samoa, die Kopra. Sie ist von hervorragender Güte, und die Tonne bringt getrocknet 200 Mark. Seit einigen Jahren wächst die jährliche Erzeugung und hat durchschnittlich 800 Tonnen betragen, im allerletzten Jahre sogar 1000 Tonnen! Zum Vergleich sei daran erinnert, daß Deutsch-Samoa im Jahre 1911 über 10 000 Tonnen Kopra exportiert hat bei einer Bevölkerung von 33 000 Menschen, das heißt reichlich fünfmal soviel, als die der Wallisinseln beträgt. Resident Dr. Brochard ist der Meinung, daß der Export der kleinen Kolonie leicht das Dreifache erreichen könnte und deutet an, daß die straffere Verwaltung vermutlich dieses Ziel wird erreichen können.

Außer der Kopra werden Bananen gebaut, Ananas, Maniok und ein wenig Tabak für den eigenen Gebrauch. Verbreitet und in großer Blüte ist wie in Samoa die Fabrikation der feinen Matten. Es gibt auf Wallis 25 verschiedene Bananenarten.

Die Verbindung mit der Außenwelt stellen zwei Schiffahrtsgesellschaften her: eine von Fidji her monatlich, die andere von Sydney vierteljährlich vermittlels eines 2000-Tonnen-Schiffes. Vier Firmen, darunter zwei chinesische, widmen sich dem Koprahandel; sie zählen 20 Beamte und Angestellte, eingerechnet die Chinesen. Diese Nichteingeborenen bilden mit dem Residenten und dem Dolmetscher und deren Familien sowie mit den Missionen die gesamte nichtfarbige Bewohnerschaft der Kolonie. Guiehffe klagt über die unzulänglichen Ernährungsverhältnisse dieser Weißen auf Wallis. An frischem Fleisch haben sie nur Schweine und Hühner zur Verfügung und sind im übrigen auf australische Konserven angewiesen. Das Klima wird als günstig geschildert; Malaria kommt nicht vor.

Marcel Guieyffe meint: Frankreich habe in Wallis viel zu tun. Er verlangt vom Mutterlande etwas mehr Entschlußkraft und fordert eine Besteuerung der Eingeborenen, Zwangsmaßnahmen gegen sie, um sie zur Nugharmmachung ihres Landes zu bringen und ähnliches mehr. Er glaubt, daß eine selbständige Landesverwaltung glückliche Erfolge erzielen kann. Heh.

Taschenbuch für Südwestafrika 1914.

Siebenter Jahrgang, unter Mitwirkung von: Kommerzienrat Carl Bödiker, Hamburg; Gerstmeier, Geh. Ober-Reg.-Rat im Reichs-Kolonialamt; Hogrefe, Sekretär der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer in Berlin; Prof. D. Knopf, Jena; Bütter, Hauptmann im Kommando der Schutztruppe im Reichs-Kolonialamt; Justizrat Dr. Rhode, Berlin; Joh. Schmidt, Postinspektor in Berlin. Herausgegeben von Kurd Schwabe, Major a. D. Dr. Philalethes Kuhn, Oberstabsarzt bei der Schutztruppe für Kamerun und Medizinalreferent beim Gouvernement. Dr. Gorg Fock, prakt. Arzt in Okahandja. Verlag: Dietrich Reimer (Ernst Vohsen) Berlin SW 48, Wilhelmstraße 29. Der siebente Jahrgang des sehr brauchbaren und empfehlenswerten Werkes liegt jetzt vor, in veränderter und vervollkommneter Gestalt. Der Notizkalender wurde auf zwei Tage für je eine Seite erweitert. Die „Gesetze und Verordnungen“ sind, um den gebundenen Teil handlicher zu machen, als besonderer Teil III in einem Heft vereinigt worden, und endlich hat der gebundene Teil I eine einsteckbare Schutzklappe erhalten, welche die Bleistiftfäße gegen Beschädigung schützt, das Buch fest schließt und hierdurch auch eingelegte lose Notizblätter sichert. Neu ist auch die Uebersicht über den Kursstand südwestafrikanischer Werte, die sich am Schlusse des zweiten statistischen Teiles finden. Daraus ergibt sich, daß außer Pomona und den vereinigten Diamantminen in Süderbüchardt eigentlich nur die Otavi-Genußschieine ihren Kurs vom Oktober 1912 bis Oktober 1913 etwas verbessert haben. Die Farmübersichten, die Kleiniedlungsliste und die Ergebnisse der Viehzählung gehen leider noch auf den Stand vom 1. April 1912 zurück und die Handelsstatistik sogar noch auf die Angaben von 1911. Hoffentlich läßt sich das, wie es in Aussicht gestellt wird, im nächsten Jahre besser machen.

Der Umfang des Bändchens Gesetze und Verordnungen ist gegenüber dem Vorjahre wiederum gestiegen. Die Herausgeber bemerken dazu: Der von einigen Seiten übermittelten Anregung, die Gesetze und Verordnungen nicht mehr alljährlich neu zu drucken, sondern nur ergänzende Blätter auszugeben oder nur die allerwichtigsten Gesetze beizugeben und die weniger wichtigen fortzulassen, haben die Herausgeber nicht entsprechen zu sollen geglaubt, da dieser Anregung von anderen Kreisen des Schutzgebietes scharf widersprochen wurde. Es liegt auch auf der Hand, wie wichtig es für alle Südwestafrikaner sein muß, alljährlich ein auf dem laufenden erhaltenes, d. h. alle neu erlassenen Gesetze und Verordnungen umfassendes zuverlässiges Gesetzbuch zu einem billigen Preise zu erhalten. Südwestafrika ist die einzige Kolonie, bei der dies im Rahmen des Taschenbuches möglich ist. Den großen Vorteil dieser Einrichtung nimmt derjenige wahr, der sich in anderen Kolonien geschäftlich betätigt, und eine der überaus teuren großen Gesetzsammlungen, die 10 Mark und mehr kosten, kaufen muß — eine Sammlung, die dazu noch in kürzester Zeit veraltet.

Das Buch ist nicht nur für Bewohner für das südwestafrikanische Schutzgebiet unentbehrlich, sondern auch ein wertvoller Ratgeber für jeden Kolonialpolitiker im Mutterlande, der sich mit Südwest-Afrika zu beschäftigen hat.

Statistik der farbigen Bevölkerung von Deutsch-Afrika.

Von R. Hermann-Weilheim i. B.

I. Einleitung.

Fortdauernde Erhebungen über Stand und Bewegung der Bevölkerung sind heutzutage in allen Kulturstaaten etwas derart Selbstverständliches geworden, daß man in der Regel sich gar nicht bewußt ist, in welcher ausgedehntem Maße tagtäglich Theorie und Praxis, Wissenschaft und Wirtschaft, Gesetzgebung und Verwaltung von den Ergebnissen dieser Erhebungen Gebrauch machen. In erster Linie freilich hat immer die Staatsverwaltung das Bedürfnis nach solchen Feststellungen empfunden, von ihr ist deren Entwicklung im großen und ganzen überall getragen worden, und je intensiver und vielseitiger ihre Tätigkeit im Laufe der Zeiten sich gestaltet hat, desto eingehender und vielseitiger ist auch Stand und Bewegung der Bevölkerung zum Gegenstand der statistischen Feststellung gemacht worden. Es liegt also in der Natur der Sache, daß in jugendlichen Gebilden wie den Kolonien der alten Kulturkräfte, wo in den ersten Zeiten der Schwerpunkt in der geographischen Forschung beruht, wo die Verwaltung erst etabliert wird und sich lange Jahre auf einen recht bescheidenen Umfang beschränkt, das Bedürfnis nach bevölkerungstatistischen Angaben zunächst nur gering ist und die Statistik im Grunde immer wieder, wenn auch in beschleunigtem Tempo, den Entwicklungsgang wiederholen muß, den sie im Mutterland genommen hat. Immerhin gehört auch bei Neuland neben der Angabe des Flächeninhalts die Angabe der Bevölkerungszahl schon zu den wesentlichsten Anhaltspunkten für den Wert und die Bedeutung des Gebietes; und wie sehr diese Angabe sofort in den Vordergrund tritt, das zeigt sich darin, daß selbst der Forschungsreisende, der in beschleunigter Wanderung noch unbekannte Gebiete berührt, schon bemüht ist, an der Zahl der Hütten, der Zahl der bewaffneten Mannschaft oder der Fläche des bebauten Landes, Anhaltspunkte wenigstens für eine oberflächliche Schätzung der Volkszahl zu gewinnen. Steht hier noch die wissenschaftliche, ethnographische Bedeutung dieser Ziffern im Vordergrund, so wird doch bald auch die Regierungsgewalt im Kolonialgebiet lebhaftes Interesse an der Zahl der ihr unterworfenen Stämme und Völker gewinnen. Denn da die Ziele jeder Kolonisation in erster Linie wirtschaftliche sind, so tritt die Bedeutung der Volkszahl, des Menschenmaterials, als eines Wirtschaftsfaktors neben dem Grund und Boden und dem Kapital sehr rasch in Erscheinung. Der aus dem überfüllten Reservoir der Mutterländer in die

Kolonien sich ergießende Strom des Leben und Werte schaffenden Kapitals bedarf der Hand arbeitender Menschen, um den in kolonialer Erde schlummern den Samen zum Wachstum und zur fruchtbringenden Ernte zu erwecken.

Nun hängt es allerdings von der klimatischen Lage des Koloniallandes ab, ob der kolonisierende Staat selbst die Arbeitskräfte liefert, oder ob er hierzu eingeborene Völker und Stämme verwendet. Wo das Klima dem weißen Mann die körperliche Arbeit in gleichem Umfang gestattet, wie er sie zu Hause zu leisten gewöhnt ist, da pflegt er die zumeist minderwertigeren eingeborenen Arbeitskräfte so viel wie möglich auszuschalten, und die damit verbundene wirtschaftliche Umwälzung hat häufig den Untergang der aus ihrem bisherigen Gleichgewicht herausgerissenen eingeborenen Völker zur Folge. Wo aber der weißen Rasse die Akklimatisierung unmöglich ist, wo der weiße Kolonist, nicht ohne an seiner Lebenskraft Schaden zu leiden, sich in mehreren Generationen erhalten und alle im Wirtschaftsleben anfallenden Arbeiten selbst leisten kann, da ist die Kolonialwirtschaft auf die Hilfe der eingeborenen Arbeitskräfte angewiesen, bei denen es vielleicht einer langen und schwierigen Erziehung bedarf, um sie überhaupt zu einem erheblichen Produktionsfaktor erst heranzubilden.

Diese an sich einfach erscheinende Alternative kann aber dennoch unter Umständen zurücktreten, wenn nämlich in einem Gebiet, wo an sich vollständige Akklimatisierungsmöglichkeit sich bietet, die Arbeitsbetätigung des weißen Mannes durch Erwägungen des Prestiges der Rasse eingeschränkt ist. In der gemäßigten und einem Teil der subtropischen Zone Afrikas, wo der Weiße an sich imstande wäre, jede Arbeit zu leisten, wird er dennoch davon absehen müssen, weil es im Interesse des Ansehens seiner Rasse untunlich oder wenigstens unerwünscht ist, daß er sich mit den niedriger stehenden eingeborenen Arbeitskräften auf dieselbe Stufe stellt. Mögen also die letzteren selbst ersehbar sein, so muß doch, solange sie vorhanden sind, mit ihrer Konkurrenz gerechnet werden, und es liegt dem humanen Charakter der neuzeitlichen Kolonisationsarbeit ferne, auf die Beseitigung dieser Konkurrenz durch Verdrängung oder Vernichtung der eingeborenen Stämme hinzuwirken.

Wo aber das koloniale Ziel der Erschließung und Nutzbarmachung der vorhandenen wirtschaftlichen Werte ohne die Hilfe farbiger Rassen überhaupt nicht erreichbar ist — und für nahezu alle deutschen Kolonialgebiete trifft dies zu —, da drängt sich die Wichtigkeit der kolonialen Bevölkerungspolitik, deren hauptsächlichste Grundlage die Bevölkerungsstatistik bildet, von selbst auf. Hier hängt Wohl und Wehe des Kolonialgebietes davon ab, ob es gelingt, die eingeborene Bevölkerung zu erhalten, zu vermehren, zu erziehen, oder, wo dieses Bemühen scheitert, andere dem Klima gewachsene farbige Arbeitskräfte einzuführen. Hier ist es möglich, daß zu gleicher Zeit, wo vielleicht im Mutterland Tausende von Arbeitskräften brach liegen, in den Kolonien ein bitterer Mangel an solchen sich fühlbar macht, ohne daß ein Ausgleich zwischen Mutterland und Kolonien möglich wäre.

II. Südwestafrika.

1. Farbige Bevölkerung im allgemeinen.

Von diesen allgemeinen Gesichtspunkten aus läßt sich die besondere Bedeutung der Statistik der farbigen Bevölkerung unseres südwestafrikanischen Schutzgebietes leicht ermessen. In seiner weiten nord-südlichen Erstreckung umfaßt es einerseits im Norden umfangreiche Landstriche, wo die Hilfe farbiger Arbeitskräfte durchaus unentbehrlich ist, weil das tropische Klima eine Massenan siedlung Weißer verbietet, anderseits im mittleren und südlichen Teil Landstriche, wo an sich der Weiße jede Arbeit leisten könnte, wo aber das Vorhandensein farbiger Stämme die Beschränkung auf qualifizierte Arbeit, auf leitende Tätigkeit auferlegt. Mag immerhin die düstere Geschichte der eingeborenen Völkerschaften den Gedanken nahelegen, daß ihnen in näherer oder fernerer Zukunft der Untergang beschieden sein wird — die deutsche Kolonialpolitik muß aus idealen wie aus praktischen Gründen auch hier darauf hinarbeiten, die Eingeborenen zu erhalten und zu kräftigen. Die praktische Notwendigkeit dieser Politik ist gegeben, so lange in Südafrika noch Farbige neben den Weißen wohnen, und das Prestige der letzteren gegenüber den ersteren zu wahren ist. Südwest wird immer einen Bestandteil des großen südafrikanischen Wirtschaftsgebietes bilden, und solange es in den benachbarten britischen Kolonien sich für den Weißen verbietet, jede, auch die niedrigste Arbeit zu verrichten, solange wird auch Südwest auf Verrichtung dieser Arbeit durch Farbige angewiesen, und wenn seine eigenen, eingeborenen Arbeitskräfte hierfür nicht ausreichen, zu dem unwillkommenen Auskunfts-mittel ihrer Einführung aus den Nachbarländern genötigt sein.

Angeichts der erheblichen Bedeutung, die demnach der Erforschung von Stand und Bewegung der farbigen Bevölkerung zukommt, mag es zunächst überraschen, daß eine auch nur bescheidenen Anforderungen genügende Statistik der Eingeborenen wie in den übrigen Schutzgebieten Afrikas so auch in Südwestafrika erst seit wenigen Jahren vorhanden ist. Allein es darf nicht übersehen werden, daß zur Aufmachung einer solchen Statistik nicht nur eine weitgehende Erforschung, sondern auch eine vollständige Befriedung der Kolonialgebiete Voraussetzung ist, und diese Voraussetzung fehlte bis vor kurzer Zeit. In Südwestafrika trugen vor allem die fortgesetzten kriegerischen Verwicklungen Schuld daran, indem sie die Verwaltung, die allein imstande ist, die formellen Grundlagen einer statistischen Erhebung zu schaffen, auf diesem Gebiete nahezu vollständig lahmlegten. Eine Durchsicht der offiziellen „Jahresberichte über die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete“ liefert bis zum Berichtsjahr 1907/08, abgesehen von einer Schätzung des Rehobother Bastardstammes keinerlei hier verwertbares Zahlenmaterial, und wenn auch seither regelmäßig Tabellen über die farbige Bevölkerung Südwestafrikas veröffentlicht werden, so umfassen doch auch diese letzten Berichte nur den mittleren und südlichen Teil des Landes, nicht aber das Ovambo-Land und

die Gebiete am Okavango und Sambesi. Man ist heute noch hinsichtlich der Gesamtzahl der farbigen Bevölkerung auf mehr oder weniger vage Schätzungen angewiesen.

Aus der mir vorliegenden Literatur früherer Jahre entnehme ich folgende Angaben über die Gesamtbevölkerung des Schutzgebietes: 1896 schätzte man sie auf zirka 300 000, worunter nur wenig über 2000 Weiße. Schon 1900 sinkt die Schätzung auf zirka 200 000 und wurde in dieser Höhe beibehalten bis 1909. Im folgenden Jahre wurde sie auf zirka 120 000 herabgesetzt, und diese Zahl ist seither beibehalten worden. Dabei ist die weiße Bevölkerung mit inbegriffen, die sich seit 1900 von rund 3000 auf rund 15 000 vermehrt hat. Rechnet man aber der Gesamtzahl der Farbigen, die der Jahresbericht 1907/08 für das Schutzgebiet ohne Ovamboland und Caprivizipfel auf rund 60 000 schätzt, die nach Regierungsschätzung etwa 60 000 bis 80 000 Köpfe starken Ovambo und die Bevölkerung des Okavango- und Sambesi-Landes, die Seiner auf rund 24 000 berechnet, hinzu, so kommt man zu der nicht unbeträchtlich höheren Gesamtzahl der Farbigen von 144 000 bis 164 000. Da aber nach dem letzten Jahresbericht (Stand vom 1. Januar 1912) die Zahl der Farbigen für die in der Statistik inbegriffenen Landesteile sogar mit zirka 82 000 angegeben wird, so ergibt sich als schätzungsweise Ziffer der gesamten farbigen Bevölkerung unseres Schutzgebietes 166 000 bis 186 000 Köpfe — eine Berechnung, die man aber in den amtlichen Jahresberichten vergebens suchen würde. Denn die Uebersichten über die Gesamtbevölkerung der Schutzgebiete, die die amtlichen Denkschriften der letzten drei Berichtsjahre enthalten, bieten nur die Ziffern des Schutzgebietes ohne Ovambo-Land und Caprivizipfel, ohne freilich dieser Tatsache Erwähnung zu tun; sie führen also zu ganz irrtümlichen Schlüssen, besonders da zum Vergleich die Gesamtfläche des Schutzgebietes angegeben ist.

Die erwähnten Zahlen zeigen doch, so unzuverlässig und unbestimmt sie sein mögen, zweierlei recht deutlich: einmal eine im Vergleich zu unseren heimischen Verhältnissen fast unsagbare Spärlichkeit der Bevölkerung überhaupt. Denn bei einem Gesamtflächeninhalt des Landes von 835 100 qkm trifft von den 300 000 Menschen des Jahres 1896 erst auf $2\frac{1}{2}$ qkm, und von den 154 000 Menschen (einschließlich rund 10 000 Weißen) des Jahres 1908 erst auf $5\frac{1}{2}$ qkm ein Bewohner. Ferner aber eine starke prozentuale Zunahme der weißen und dementsprechend eine ebenso starke prozentuale Abnahme der farbigen Bevölkerung im Vergleich zur gesamten Einwohnerzahl. Während 1896 auf 140 Farbige erst ein Weißer traf, trifft 1908 schon auf 15 Farbige ein Weißer. Seitdem hat sich das Verhältnis in diesem Sinne etwa auf 11:1 entwickelt, wobei, wie nebenher bemerkt sei, auch die eingeführten fremden Farbigen mitgerechnet sind.

Die Entwicklung, die der Stand der farbigen Bevölkerung Südwestafrikas, soweit er statistisch erhoben wurde, in den letzten fünf Berichtsjahren

genommen hat, geht aus der Tabelle I hervor, in der zum Vergleich auch die Ziffern für die weiße Bevölkerung beigelegt sind. Die Uebersicht bedarf aber, ehe ihr Inhalt betrachtet wird, außer den beigelegten Bemerkungen noch einiger weiterer Erläuterungen. Zunächst würde man die Ziffern für die Farbigen vom 1. Januar 1911 und 1912 in den Jahresberichten nicht finden, sie beruhen auf einer vorgenommenen Richtigstellung der offiziellen Angaben. Die Denkschrift 1911/12 erwähnt nämlich, daß im vorhergehenden Berichtsjahr fälschlich ein Ovambo-Stamm mit 5250 Seelen (geschätzt) mitgezählt worden sei. Offenbar hatte man übersehen, daß ja die gesamten Tabellen das Ovambo-Land und den Caprivi-Zipfel ausschließen, und hatte irrtümlicherweise einen im Norden des Grootfontein-Bezirktes wohnhaften Ovambostamm miteinbezogen. Dieser Irrtum wurde im nächsten Jahr im Text der Denkschrift zwar richtiggestellt; dennoch enthalten auch in dieser die Tabellen den Stamm wieder. Um das richtige Sachverhältnis herzustellen und eine Vergleichung mit den früheren Jahren zu sichern, wurden

Tabelle I. Stand der farbigen im Vergleich zur weißen Bevölkerung von Südwestafrika (ohne Ovambo-Land und Caprivi-Zipfel).

Erhebung vom	Einge- borene	Farbige				Sa.	Weiße		
		davon gezählt	davon geschätzt	nicht- einge- borene	Misch- linge		Zivil	Mili- tär	Sa.
1. Jan. 1908	54 648	45 288	9 360	1 026	3 539	59 213	8 213	2500 ¹⁾	10 700 ¹⁾
1. Jan. 1909	57 087	50 497	6 590	1 746	4 284	63 117	9 410	2381	11 791
1. Jan. 1910	60 636 (61 008 ²⁾)	56 899	3 737	3 197 (2 825 ²⁾)	5090	68 923	10 644	2291	12 935
1. Jan. 1911	65 287	58 282	7 005	7 026	4222 ³⁾	76 535	11 890	2072	13 962
1. Jan. 1912	76 699 ⁴⁾	63 683 ⁵⁾	13 016	4 173	1647 ⁵⁾	82 519	12 645	2171	14 816

die 5250 Seelen in den beiden letzten Zählungen abgezogen. — Ueberraschend und unerklärlich ist auch die Entwicklung, die die auf Schätzung beruhenden Angaben aufweisen. Man möchte annehmen, daß mit besserer Kenntnis des Schutzgebietes die geschätzten Massen zugunsten der gezählten dauernd abnehmen müßten. So ist es auch von 1908 bis 1910; allein von da ab weisen die geschätzten Zahlen ein geradezu unheimliches Wachstum auf, das vor allem auf einer gewaltigen Erhöhung der geschätzten Kopfzahl der Buschmänner beruht, aber trotzdem nicht ganz zu erklären ist. Endlich muß noch erwähnt werden, daß im letzten Bericht die Bastards, die bisher den Mischlingen zugerechnet worden waren, ethnologisch umgewertet, und, was

1) Bis 1908 sind die Schutztruppen nicht mitgezählt worden.

2) Die eingeklammerten Angaben nach dem Jahresbericht.

3) Einschließlich 3544 Bastards.

4) Darunter 3544 Bastards.

5) Ohne 3544 Bastards.

zweifellos das richtigere ist, als eigener Stamm den eingeborenen Farbigen zugefellt worden sind, wodurch aber die Vergleichbarkeit der letzten Angaben mit den Vorjahren beeinträchtigt wird.

Überblickt man nun die Angaben der Tabelle, so fällt sofort die gewaltige Zunahme auf, die bei den eingeborenen Farbigen zu verzeichnen ist. Ihre Zahl ist konstant gewachsen, und zwar in den letzten Jahren immer stärker; die Zunahme beträgt in dem fünfjährigen Zeitraum über 25 Prozent. Sie ist unzweifelhaft nur zum geringeren Teil eine scheinbare, das heißt auf tiefergreifende Erhebung zurückzuführen; vielmehr muß daraus eine beträchtliche Steigung der Volkszahl geschlossen werden, deren tiefere Ursache in dem nunmehr endlich gesicherten Frieden zu erblicken ist. Die Gruppe der nicht eingeborenen Farbigen begreift im wesentlichen die vom Norden (Ovambo-Land) und aus Südafrika (Kap- und Transkassaffern) eingeführten Lohnarbeiter in sich, deren Zahl je nach der Arbeitsgelegenheit wechselt. Sie ist von 1908—1911 um fast das Siebenfache gestiegen und umfaßt in dem letzten Jahr ein Elftel der gesamten farbigen Bevölkerung. Im letzten Berichtsjahr ist infolge der Beendigung der Bahnbauten und dank guter Ernten im Ovambo-Lande ihre Zahl um fast 3000 zurückgegangen.

2. Die eingeborenen Farbigen.

a) Räumliche Verteilung.

Anhaltspunkte für eine Betrachtung der räumlichen Verteilung der eingeborenen Stämme bietet die koloniale Statistik dadurch, daß deren Ziffern für die einzelnen Bezirke ausgeschieden werden. Allerdings wird die Vergleichung der Angaben für die einzelnen Berichtsjahre dadurch erschwert, daß die Zahl der Bezirke während der fünf Berichtsjahre sich um zwei (Warmbad und Bethanien) vermehrt hat, welche beide früher dem Bezirk Keetmanshoop zugehört hatten. Ferner wurden aber von den Volkszahlen, die für den Bezirk Grootfontein in den amtlichen Denkschriften für die Jahre 1911 und 1912 angegeben sind, die auf 5250 geschätzten Ovambo, die nach den Denkschriften irrtümlich mitgezählt worden sind — es handelt sich um einen Stamm oder Stämme bei Namutoni und Kuring-Kuru —, in Abzug gebracht. Das so gewonnene Ergebnis ist in Tabelle II zusammengestellt. Es bietet ein recht wechselvolles und nur teilweise verständliches Bild. Eine ständige Vermehrung der eingeborenen Einwohner weisen nur die Bezirke Karibib, Etahandja und Bethanien auf. Mit einzelnen Ausnahmen weisen im allgemeinen wachsende Volkszahlen auf die Bezirke Lütjo, Gobabis, Windhuk, Rehoboth, Gibeon und Lüderiksbucht. Hierbei sank aber die Bevölkerung von Lütjo von 1908 auf 1909 um nahezu zwei Drittel, um sich im nächsten Jahre wieder um das Dreifache zu vermehren. In Gobabis stieg sie von 1908 auf 1909 um das Dreieinhalbfache, sank dann aber im nächsten Jahre wieder um mehr als ein Drittel herab. Im Bezirk Windhuk weist

Das letzte Berichtsjahr einen plötzlichen Ausfall von 1200 Seelen auf. In Rehoboth, wo die Einwohnerzahl 1909 gegen das Vorjahr um fast 1000 Seelen gesunken war, bringt das letzte Berichtsjahr eine Zunahme um 3800 Seelen. Die Denkschriften, die überhaupt über die farbige Bevölkerung fortdauernd

Tabelle II. Eingeborene farbige Bevölkerung von Südwestafrika (ohne Ovambo-Land und Caprivi-Zipfel) nach Verwaltungsbezirken.

Verwaltungsbezirk	1. 1. 1908	1. 1. 1909	1. 1. 1910	1. 1. 1911	1. 1. 1912
Grootfontein	11878	8573	8968	8550	9746
Lutjo	3589	1309	3966	4080	7902
Omaruru	3883	6460	6203	6449	6563
Karibib	4060	4922	4947	5079	5610
Etahandja	2101	2318	2746	3290	3723
Gobabis	1485	4877	3102	5159	5840
Windhuk	7725	8472	9165	9972	8784
Rehoboth	6450	5569	5580	6004	9808
Gibeon	1205	2086	1933	2151	2285
Waltahöhe	1142	1117	1038	1148	1203
Keetmanshoop	6838	6109	5738	5663	6417
Lüderitzbucht	1452	1303	2333	2909	3356
Ewakopmund	2840	1703	1885	1804	2021
Warmbad	—	2269	1846	1838	2024
Bethanien	—	—	1186	1191	1417
zusammen	54648	57087	60636	65287	76699

nur recht wenig verlauten lassen, liefern über diese auffallenden Schwankungen nicht den geringsten Kommentar. Einen genaueren Einblick erhält man nur, wenn man — etwas voraus eilend — die Angaben über die Bewegung des Bevölkerungsbestandes in den einzelnen Bezirken nach den verschiedenen Stämmen nachprüft. Da stellt sich dann allerdings mitunter recht Verwunderliches heraus. Das starke Sinken der Ziffern für Grootfontein von 1908 auf 1909 um 3500 kommt daher, daß 700 Ovambos weniger gezählt und die Schätzungen für Buschleute und Bergdamara wesentlich herabgesetzt wurden. Während erstere Tatsache in dem fluktuierenden Charakter der Ovambo-Arbeiter leicht ihre Erklärung findet, bilden die Zahlen für den Bezirk Lutjo nichts weiter wie ein Spielen mit Ziffern. Wenn 1909 nur 1800 Seelen weniger angegeben werden als 1908, so rührt das daher, daß die Schätzungen der Bergdamara um 1100, der Buschleute um über 1000 geringer sind, während die Ovambos sich vermehrt haben. Im folgenden Jahr steigt die Schätzung der Ovambos abermals um 700, die der Buschleute um 450, die der Bergdamara um 400, von den letzteren ferner die Zählung um weitere 800. Dazu kommen dann 1912 die auf 3200 geschätzten Ovatjimbas, von welcher letzteren nicht festzustellen ist, wo sie früher zu finden gewesen wären, denn um Zuzug hat es sich hierbei nicht gehandelt.

Auch die Zählungen des Bezirks Gobabis sind recht problematisch. Gegen 1908 wurden im folgenden Jahr mehr gezählt 600 Bergdamara, 200 Buschmänner, 400 Herero, mehr geschätzt nicht weniger als 2000 Buschmänner. Letztere sind im Berichtsjahr 1910 wieder vollständig verschwunden, tauchen dagegen 1911 um 1000 vermehrt wieder auf, während auch die Zählung 300 mehr von ihnen ergab.

Die starke Zunahme im Bezirk Gibeon von 1908 auf 1909 rührt im wesentlichen von einer Mehrzählung der Buschmänner um 400 her, während das Sinken der Bevölkerung von Swakopmund von einer Verminderung der Herero um 400, der Bergdamara um 500 herrührt, deren Grund nicht einzusehen ist, da doch ein Wegzug oder ein Sterben von 1000 Seelen kaum anzunehmen ist. Auffallend ist auch, daß im Bezirk Windhuk von 1911 auf 1912 die Herero um nicht weniger als 500, die Nama (Hottentotten) um nicht weniger als 700 sich vermindert haben sollen. Das auffallende Steigen der Volkszahl im Bezirk Rehoboth von 1911 auf 1912 endlich rührt daher, daß im letzteren Jahr 800 Ovambo dort hinzugekommen und die 3300 Bastards jetzt hier mitgezählt sind, die früher unter den Mischlingen vorgetragen waren. Eine Erklärung der meisten dieser auffallenden Veränderungen kann leider nicht gegeben werden. Daß sie auf Binnenwanderungen zurückzuführen waren, kann wohl — abgesehen von den Ovambo — nicht angenommen werden.

Da die Fläche der einzelnen Bezirke nicht festgestellt ist, kann die relative Dichtigkeit der Bevölkerung nicht berechnet werden. Die umfangreichsten Bezirke, Grootfontein und Outjo, weisen — neben Rehoboth und Windhuk — auch die größten absoluten Zahlen auf, die um so höher einzuschätzen sind, als die Erhebungen sich nur auf einen Teil dieser Gebiete erstrecken. Immerhin darf angenommen werden, daß die kleinsten Bezirke, Karibib, Etahandja und Windhuk, relativ am dichtesten bevölkert sind. Bemerkenswert ist wohl, daß gerade diese Bezirke sich am längsten einer Bahnverbindung erfreuen; allein man wird die Volkszahl derselben doch eher mit der Beschaffenheit des Bodens als mit den Verkehrsverhältnissen in Zusammenhang bringen müssen.

Auch über die Entwicklung der Einwohnerzahl der einzelnen Orte bieten die Denkschriften keine Angaben, obwohl diese von erheblichem Interesse wären. Deuten doch die Berichte mitunter an, daß sich unter der eingeborenen farbigen Bevölkerung derselbe Zug nach den größeren Orten bereits bemerkbar mache, der unserer Bevölkerungsverschiebung im Mutterland schon seit vielen Jahren den Stempel aufdrückt.

b) Die einzelnen Stämme.

Die Angaben der Denkschriften über den Bevölkerungsstand der eingeborenen Stämme Südwesafrikas in den fünf Berichtsjahren sind in Tabelle III zusammengestellt; zum Vergleich sind auch die Angaben von 1896 hinzugefügt, wobei aber die Zahl der Ovambos nicht unmittelbar verwertbar ist, weil sie das gesamte Schutzgebiet umfaßt, während die Ziffern der Denk-

schrift, wie hier wiederholt betont werden muß, das Ovambo-Land und den Caprivi-Zipfel nicht mit einbegreifen. Sofort fällt auf, daß die Gesamtziffern für die Jahre 1908 bis 1910 nicht mit jenen der Tabelle II übereinstimmen.

Tabelle III. Stand der eingeborenen farbigen Bevölkerung in Südwestafrika (ohne Ovambo-Land und Caprivi-Zipfel) nach Stämmen.

Stamm	1896	1908			1909			1910			1911			1912		
		Zählung	Schätzung	Sa.	Zählung	Schätzung	Sa.	Zählung	Schätzung	Sa.	Zählung	Schätzung	Sa.	Zählung	Schätzung	Sa.
Herero	65000	15083	1280	16363	17617	770	18387	19892	70	19962	19348	75	19423	19342	379	19721
Hottentotten ..	?	13064	50	13114	14359	—	14359	?	?	13858	?	?	14236	14248	72	14320
Bergdamara ..	25000	13671	2800	16471	15317	520	15837	17978	635	18633	17857	630	18487	18378	1208	19581
Buschmänner ..	?	1710	5200	6900	2216	5300	7516	2680	2178	4858	2944	5500	8444	3090	6692	9782
Ovambo	60000	1760	30	1790	988	—	988	2491	854	3345	3474	—	3474	5287	—	5287
Uvatjimba ..	—	?	?	?	?	?	?	?	?	?	—	800	800	—	4000	4000
Betschuana ..	—	297	—	297	317	—	317	372	—	372	423	—	423	464	—	464
Bastards	1700	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	2879	665	3544
Zusammen	45585	9360	54945	50814	6590	57404	43413	3737	61008	47046	7005	45287	63683	13016	76699	

Dies hat seinen Grund darin, daß hier die Betschuana in diesen drei Jahren, entsprechend den Ziffern der Denkschriften, nicht mit eingerechnet wurden; sie sind nämlich in den Tabellen der letzteren bis 1910 zu den eingeborenen Farbigen gerechnet worden. Um aber einen Vergleich mit den früheren Jahren zu ermöglichen, mußten sie, was ja auch sachlich das Richtigere ist, den eingeborenen Stämmen in Tabelle III beigelegt werden. Dies wäre auch bei den Bastards geschehen, die die Jahresberichte früher zur Mischlingsbevölkerung gerechnet haben. Aber für sie sind aus den Jahren vor 1912 die Ziffern nicht festzustellen, da sie mit den Mischlingen unausgesondert zusammengezählt worden sind. Ueber die eigentümliche Entwicklung der auf Schätzung beruhenden Angaben ist früher schon gesprochen worden. Die Bemerkungen zu Tabelle II geben einen Einblick, wie es mit diesen Schätzungsangaben im einzelnen sich verhält. Sie spielen bei den Herero und den Hottentotten nur eine ganz geringe Rolle. Immerhin zeigt das Berichtsjahr 1902 bei den ersteren wieder eine Schätzung von 379, während die Schätzungsziffer von 1280 im Jahr 1908 schon auf 75 im Jahr 1911 herabgesunken war.

Man darf annehmen, daß in früheren Jahren die drei Hauptstämme des Schutzgebietes, Herero, Hottentotten und Ovambo, etwa gleiche Volkszahlen aufgewiesen haben. Wie sehr aber hat sich dieses Verhältnis seither verschoben! Während die Ovambo anscheinend ihre Kopfszahl mindestens auf der früheren Höhe erhalten haben, sind die Herero und die Hottentotten zu der Bedeutung von Volksstämmen herabgesunken; erstere beziffern 1908 nur mehr 25 Prozent des Bestandes von 1896. Die Kriege haben unter ihnen derartig aufgeräumt, daß tatsächlich die Frage ihres vollständigen Untergangs aufgeworfen wurde. Dennoch war es vielleicht verfrüht, wenn anlässlich der eisernen Verfolgung ihrer Scharen in die Durftstrecken der östlichen Kalahari

schlechtthin von der Vernichtung des Volkes gesprochen wurde. Wir ersehen aus den Zählungen der letzten Jahre eine immerhin nicht unbedeutende Vermehrung des Volkes um 17 Prozent, eine Entwicklung, die weitaus zu besseren Erwartungen ermuntert als diejenige bei den Hottentotten, deren Volkszahl sich im gleichen Zeitraum zwar auch, aber nur um 7 Prozent vermehrt hat. Aber auch die Bergdamara, die doch unter den Kriegsjahren im allgemeinen nur indirekt gelitten haben, sind seit 1896 um mehr als die Hälfte an Zahl gesunken. Da sie sich aber seit 1908 in gleichem Maß wie die Herero vermehrt haben, so ist nicht ausgeschlossen, daß sie über kurz oder lang an Kopfstärke die Herero überflügeln. Zurzeit sind sich beide Stämme nahezu ebenbürtig, während die Hottentotten an die vierte Stelle gerückt sind.

Ganz regellos scheinen die Kopfzahlen der Buschmänner sich zu bewegen: Von 1908 bis 1909 eine Steigerung von 6910 auf 7516, dann ein Fallen auf 4858, dann ein plötzliches Ansteigen auf 8444 bzw. 9782. Die Schwankungen beschränken sich aber auf die geschätzten Ziffern. Während die Zählungen ein ständiges Anwachsen von 1710 auf 3090, also um 40 Prozent aufweisen, sinkt die Schätzung von 5300 im Jahre 1909 auf 2178 im Jahre 1910 und steigt dann auf 5500 bzw. 6692. Wir haben aber schon gesehen, daß in einzelnen Bezirken einfach ein paar Tausend erscheinen, verschwinden und dann vermehrt neuerdings auftauchen, ohne daß hierfür ein Kommentar geboten würde. Man muß sich also mit der allgemeinen Tatsache abfinden, daß im Schutzgebiet erheblich mehr Buschmänner wohnen, als man ursprünglich annahm, und daß sie sich vorderhand von allen Stämmen anscheinend am raschesten vermehren. Zu den Schilderungen über die Krisis, die über das Volk hereingebrochen sei, seit sie ein ausgesprochenes Jägervolk, ihrer Jagdgründe mehr und mehr beraubt wurden, passen die Ziffern allerdings schlecht. Allein warum sollte sich nicht auch dieses Volk, wie manches andere, als zäher bewähren, wie die Wissenschaft annehmen zu müssen glaubt? Selbst wenn man einen Teil der Zunahme auf einen Zuzug von Osten her aus britischem Gebiet und auf die Entdeckung einiger bisher unbekannter, abseits gelegener Ansiedlungen zurückführen will, bleibt jene Steigerung der gezählten, also der Regierung bekannten Volksteile als vom ethnographischen wie auch vom wirtschaftlichen Standpunkt erfreuliche Tatsache bestehen.

Die Ziffern für die Ovambo gewähren in die Entwicklung dieses Negerstammes keinen Einblick, denn sie umfassen im allgemeinen nur die Sachjengänger, Arbeiter aus den nördlichen, statistisch nicht bearbeiteten Gebieten, also nur einen mit dem Arbeitsmarkt schwankenden Bruchteil. Immerhin bleibt bei der im übrigen ständigen Zunahme der Ovambo in den Erhebungsbezirken der Rückgang von 1908 auf 1909 um nahezu die Hälfte auffällig. Er beruht auf einer Verminderung um 700 im Bezirk Grootfontein, um 300 im Bezirk Swakopmund, während die Denkschrift für das Berichtsjahr 1908/9 den besonders regen Zuzug von Ovambo-Arbeitern hervorhebt und erwähnt, daß im Bezirk Etankwejo in diesem Jahr allein zirka 4000 Reisepässe an Ovambo aus-

gegeben worden seien. Es ist aber nicht zu vergessen, daß die Zählung jeweils den Bestand an einem Tage (1. Januar) festzuhalten sucht, und hieraus mag der scheinbare Widerspruch sich ergeben. Uebrigens ist im folgenden Jahre die Verminderung reichlich ausgeglichen; allein im Bezirk Lüderiksbucht, wo jahrsvorher nur 151 gezählt wurden, sind es ihrer 1253 geworden, in Swakopmund gleichfalls wieder um 200 mehr. Im Jahre 1911 sehen wir in der Statistik einen neuen Namen unter den eingeborenen farbigen Stämmen auftauchen, den Namen der Ovatschimba, deren Zahl in diesem Jahr auf 800, im folgenden aber auf 4000 Köpfe geschätzt wird, und deren Wohnsitze sich auf den Bezirk Lütjo beschränken. Woher der Stamm kommt, oder warum er jetzt plötzlich eigens aufgeführt wird, darüber schweigen sich die Jahresberichte aus. Es ist wohl anzunehmen, daß für die gesonderte statistische Aufmachung die Ergebnisse der Durchforschung des Kaokolandes durch Bergingenieur Kunz maßgebend waren; dieser, der die Wohnsitze der Ovatschimbo im nordwestlichen Teil des Schutzgebietes besucht hat, ist geneigt, ihnen die Bedeutung eines eigenen, von jenem der Herero gesonderten Volkstums zuzugestehen. Freilich ist trotzdem nicht zu ersehen in der Statistik, ob der Stamm aus der Gesamtzahl der Herero ausgeschieden wurde — es scheint dies nicht zuzutreffen — oder ob der räumliche Bereich der Erhebungen um die Wohnsitze dieses Volkes erweitert worden ist. Jedenfalls handelt es sich noch um recht ungewisse Größen, und ein Vergleich der Angaben für die beiden letzten Berichtsjahre kann nichts ergeben, als die Berichtigung der früheren Schätzung.

Dagegen zeigen die bis 1910 zu den fremden Farbigen gerechneten Betshuaner in diesen fünf Berichtsjahren, für die jeweils nur Zählungen, keine Schätzungen vorliegen, eine andauernde, kräftige Zunahme. Der Stamm, dessen Angehörige sich ursprünglich auf den Bezirk Gobabis beschränkten und der nur mit wenigen Familien in den Nachbarbezirk Windhuk hinübergriff, hat im letzten Berichtsjahr auch in den Bezirken Karibib und Keetmanshoop Fuß gefaßt.

c) Gliederung nach Geschlecht und Alter.

Die Angaben der Denkschriften über die eingeborenen Farbigen unterscheiden diese nach Männern, Frauen und Kindern, enthalten also eine Gliederung nach dem Geschlecht nur für die Erwachsenen und eine Gliederung primitivster Art auch nach dem Alter. Sehr bedauerlich ist es, daß bei den Kindern das Geschlecht nicht unterschieden wird, was doch bei der Erhebung kaum nennenswerten Schwierigkeiten begegnen könnte. Was die offiziellen Angaben unter Kindern verstanden wissen wollen, ist nirgends ausgesprochen. Sicher anzunehmen ist, daß nicht, wie bei der Statistik der weißen Bevölkerung, das 15. Lebensjahr als Grenze des Kindheitsalters angesehen wird. Denn abgesehen davon, daß die raschere Entwicklung bei den Farbigen dazu nötigen würde, die Grenze der Kinderjahre enger zu ziehen, fehlt es auch bei der farbigen Bevölkerung an zuverlässigen Angaben über die Geburtszeit. Es ist also

jedenfalls bei dem einzelnen Individuum der körperliche Habitus dafür maßgebend, ob es zu den Erwachsenen oder zu den Kindern gerechnet wird.

In Tabelle IV sind die einschlägigen Angaben über die einzelnen eingeborenen Stämme zusammengestellt. Es fällt sofort bei fast allen das un-

Tabelle IV. Eingeborene farbige Bevölkerung von Südwestafrika (ohne Ovambo-Land und Caprivi-Zipfel) nach Stämmen, Geschlecht und Alter.

Stamm	1. Januar 1908			1. Januar 1909			1. Januar 1910			1. Januar 1911			1. Januar 1912		
	Männer	Frauen	Kinder	Männer	Frauen	Kinder	Männer	Frauen	Kinder	Männer	Frauen	Kinder	Männer	Frauen	Kinder
Herero	4830	6160	5373	6171	7748	4468	6730	8525	4707	6244	8357	4822	6595	8535	4591
Hottentotten...	4458	5177	3479	4567	5697	4095	4798	5703	3357	4520	5350	4366	4312	5469	4539
Bergdamara ..	4899	5971	5601	4833	5400	5604	5092	6725	5896	5498	6513	6476	5701	7130	6750
Buschmänner..	1983	2351	2576	2847	2909	1760	1775	1859	1224	2532	3058	2854	2829	3747	3206
Ovambo	1757	21	12	896	48	44	279	279	276	3372	32	70	5136	85	66
Obatjimba	—	—	—	—	—	—	—	—	—	250	300	250	1800	1200	1000
Betschuane...	86	92	119	116	116	85	110	111	151	109	121	193	142	148	174
Bastards	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1107	1009	1348

verhältnismäßige Ueberwiegen des weiblichen Geschlechts über das männliche auf, am meisten bei den drei am zahlreichsten vertretenen Völkern, den Herero, Hottentotten und Bergdamara. Bei den ersteren treffen teilweise bis zu 134 Weiber auf 100 Männer. Man ist zunächst geneigt, die Ursache für dieses Mißverhältnis in äußeren Einflüssen insofern zu suchen, als doch die kriegereichen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit naturgemäß dem männlichen Geschlecht stärker mitgespielt haben müssen als dem weiblichen. Allein angenommen, die Völker trügen in sich selbst die Tendenz nach Ausgleichung der beiden Geschlechter, wie sie sonst dem Menschengeschlecht bei gesunden Verhältnissen in so bewundernswerter Weise eigen ist, so müßte, seit der Frieden herrscht, durch das Heranreifen der vom Krieg nicht betroffenen Jugend sich das natürliche Gleichgewicht allmählich wieder herstellen. Hiervon ist aber nichts zu bemerken. Ja, bei den drei Völkern scheint gerade in den letzten Berichtsjahren das Ueberwiegen der Weiber stärker hervorzutreten. Wäre aber hieraus der Schluß zu ziehen, daß dieses natürliche Gleichgewicht der Geschlechter dauernd gestört ist, so wäre freilich das der weiteren Entwicklung dieser Farbigen zu stellende Prognostikon ein recht ungünstiges. Denn es bildet diese Gleichgewichtsförderung nach den Erfahrungen, die anderwärts gemacht wurden, das Symptom eines dem Untergang vorhergehenden somatischen Zerfalls. Hier würde also alles davon abhängen, ob in den nächsten Jahren der Nachwuchs nicht doch eine Angleichung der Zahl weiblicher Individuen an die männlichen bewirkt.

Ganz wesentlich günstiger erweist sich die Gliederung der Geschlechter bei den Buschmännern, wenngleich auch hier die Ziffern für die letzten beiden Berichtsjahre eine Wendung zu stärkerem Ueberwiegen der Weiber gebracht haben — bis zum Verhältnis von 100 : 133. Indessen ist hier nicht zu vergessen,

daß die Angaben mehr als bei den erstgenannten drei Völkern auf unsicheren Schätzungen beruhen. Durchaus befriedigend dagegen ist die Geschlechterteilung bei den wenig zahlreichen Betschuanen des Schutzgebietes und, soweit dies aus den Ziffern für das eine zu Gebote stehende Berichtsjahr hervorgeht, auch bei den Bastards. Dort ist das Ueberwiegen der Weiber auf ein ganz geringes Maß beschränkt, hier sind sogar die Männer etwas in der Ueberszahl. Die Angaben für die Lwatjimba können als so viel wie wertlos betrachtet werden. Im Jahre 1911 wird ein Ueberschuß der Weiber über die Männer um ein Sechstel, im folgenden Jahre ein Ueberschuß der Männer über die Weiber um die Hälfte angenommen; daß diese Annahme unrichtig ist, dürfte auf der Hand liegen. Die Schätzungen für dieses Volk erweisen sich auch hier als mehr wie vage. Auch die Angaben für die Ovambos lassen sich zu irgendwelchen Schlüssen nicht verwerten, weil die Angehörigen dieses Volkes in der Regel ihre Familien an ihren Stammesitzen zurücklassen, und somit im Bereich der statistischen Erhebung nahezu ausschließlich Männer angetroffen werden. Auffällig ist hier nur, daß die 279 Weiber, die im Berichtsjahr 1910, und fast alle im Bezirk Outjo festgestellt wurden, im nächsten Jahre nahezu sämtlich wieder verschwunden sind. Die, wie oben erwähnt, in den Berichtsjahren 1911 und 1912 fälschlich mitgezählten 5250 Ovambo sind in Tabelle IV nicht mit aufgenommen worden.

Diese Tabelle enthält weiter noch die Angaben über die Altersgliederung und führt damit zu dem Kern der Eingeborenenfrage überhaupt. Die Gestaltung des zahlenmäßigen Verhältnisses zwischen Jugendlichen und Erwachsenen vermag uns Einblick zu gewähren, ob wir es mit alternden, dem Absterben zueilenden, oder ob wir es mit lebenskräftigen Massen zu tun haben. Ähnliche Untersuchungen über die Eingeborenen der deutschen Südseegebiete¹⁾ haben zu dem Ergebnis geführt, daß der Fortbestand eines Volkes dann noch nicht als unmittelbar gefährdet erscheint, wenn und solange auf die Altersgruppe der Kinder ein Drittel der Gesamtmasse des Volkes entfällt; das heißt, die im zwölften bis vierzehnten Lebensjahre befindlichen sich zu den dieses Alter überreichreitenden verhalten wie 1:2. Ehe wir aber mit diesem Maßstab an die Ziffern der Tabelle herangehen, muß vorausgeschickt werden, daß man die eingeborenen Stämme Südwestafrikas, abgesehen von dem Bantuvolk der Ovambos, im allgemeinen als dem Aussterben entgegengehende Volksreste zu betrachten pflegt. Tatsächlich sind zahlreiche Beobachtungen geeignet, zu diesem Schluß zu führen. Vor allem werden übereinstimmend die Gesundheitsverhältnisse der Eingeborenen als ungünstig bezeichnet. Neben dem Sforbut, der eine Folgeerscheinung schlechter Pflege und Ernährung bildet, sind Ruhr und andere Darmkrankheiten, die bekanntermaßen den kleinen Kindern besonders zusetzen, ferner in niederschlagsreichen Jahren auch Malaria weit verbreitet. Während bei den Weißen im Schutz-

¹⁾ „Zeitschrift für Kolonialpolitik“, Jahrgang XI, Heft 7, 8.

gebiet Erkrankungen der Lunge selten sind, haben die Eingeborenen immer stark an Lungenentzündung und Influenza gelitten; in den letzten Jahren droht auch das Geispenst der Lungentuberkulose, mit deren Verbreitung vom Osten und Süden her man schon seit längerer Zeit rechnen mußte. Die stärkste Geißel bilden aber die Geschlechtskrankheiten mit ihren unheilvollen Wirkungen auf die Fortpflanzung, bestehend in Sterilität der Frauen und erheblicher Säuglingssterblichkeit. Abgesehen hiervon kommt aber auch das geringere durchschnittliche Lebensalter, das die Eingeborenen zu erreichen pflegen, in Betracht. Lebensjahre von vierzig ab, die bei unseren heimischen Verhältnissen immerhin eine wenn auch geringe Rolle spielen, fallen dort für die Frage der Fortpflanzung nahezu vollständig weg, und es ist nicht anzunehmen, daß dieser Ausfall durch früheren Beginn der Zeugungstätigkeit völlig ausgeglichen wird. Andererseits wird wenigstens bei den einer Vermischung mit den Weißen besonders zugänglichen Hottentotten eine gewisse Anzahl von Kindern aus ehelichen oder außerehelichen Verbindungen mit Weißen dem eingeborenen Stamm statistisch, weil zu den Mischlingen gezählt, entzogen.

Das Auffallendste an den Ziffern, die über die Altersgliederung der Eingeborenen für die fünf Berichtsjahre zur Verfügung stehen, ist nun wieder, daß sie für die Buschmänner, mit deren baldigem Untergang am sichersten gerechnet zu werden pflegt, erheblich günstiger sind als für Herero und Hottentotten. Bei den Herero ist das Verhältnis zwischen Jugendlichen und Erwachsenen aus 1908 wie 1 : 2, sinkt aber im nächsten Jahre schon auf 1 : 3, ohne sich späterhin zu verbessern. Absolut werden 1908 noch 5373, 1912 nur mehr 4591 Kinder gezählt, während sich die Erwachsenen im gleichen Zeitraum von 11 000 auf 15 000 vermehrt haben. Ähnlich liegen die Dinge bei den Hottentotten. Im Jahre 1908 und 1910 fallen auf die Jugendlichengruppe nicht viel mehr als ein Viertel der Gesamtzahl (Verhältnis also nahezu wie 1 : 3), in den übrigen Jahren wird das Verhältnis von 1 : 2 nicht erreicht. Immerhin zeigt das letzte Berichtsjahr doch eine Zahl der Jugendlichen, die jene von 1908 um 1100 überschreitet, während das außerordentlich ungünstige Jahr 1910 die Folgen einer besonders starken Kindersterblichkeit aufweist. Wesentlich besser stehen die Verhältnisse bei den Bergdamara, wo nur in diesem Ausnahmestjahr 1910 das Verhältnis unter 1 : 2 sinkt, während in den übrigen Jahren die Kinder stets etwas mehr als ein Drittel der Gesamtzahl repräsentieren, und ihre Zahl 1912 jene von 1908 um nicht weniger als 1300, also um etwa 20 Prozent übersteigt. Bei den Buschmännern, wo, wie wir gesehen haben, die Schätzung eine besonders große Rolle spielt, fallen die Angaben für 1909 und 1910 ganz aus dem Rahmen. Danach hätten sich die Kinder von 1908 auf 1909 um 800, also um fast ein Drittel, im nächsten Jahr abermals um 500, gleich ein Drittel vermindert, während im folgenden Jahre ihrer wieder 2854, also um zweieinhalbmahl mehr gezählt werden. Wichtig wird das kaum sein. Allein immerhin repräsentieren die Kinder 1908

und 1911 mehr, und 1912 wenigstens nicht viel weniger als ein Viertel des gesamten Volkes, und den 2576 des ersten Berichtsjahres stehen 3206 des letzten gegenüber. Am besten schneiden die Betschuanen und, nach den Angaben des einzigen Berichtsjahres, die Bastards ab. Bei jenen beträgt nur für 1909 die Kinderzahl weniger als ein Drittel der Zahl der Erwachsenen, erreicht dafür aber 1911 nahezu die Hälfte. Auch bei den Bastards ist das Verhältnis nahezu wie 2:3. Die Angaben für die Ovambo können aus den früher erwähnten Gründen, jene für die Ovatomba wegen ihrer völligen Haltlosigkeit außer Betracht gelassen werden.

Demgemäß erscheint der Fortbestand nicht etwa der Buschmänner, sondern der Herero am meisten gefährdet, während die Verhältnisse bei den Bergdamara, den Betschuanen und Bastards einigermaßen befriedigend gestaltet sind, und auch die Bontentotten noch lange nicht einer Auflösung entgegenzugehen scheinen. Dabei ist zu erwägen, daß die Gesundheitsverhältnisse dank einer doch allmählich sich verbessernden Lebenshaltung und weitgehenderer hygienischen Fürsorge voraussichtlich sich nicht verschlechtern werden. Und wenn auch Tatsachen physiologischer Natur wie die Unfruchtbarkeit einer erheblichen Anzahl der Weiber nicht von heute auf morgen sich ändern, so kann doch, wie dies ja bei uns im Mutterland jetzt bei der sinkenden Geburtenziffer der Fall ist, der nötige Nachwuchs durch bessere Pflege seiner Aufzucht sichergestellt werden. Was aber die Ovambo betrifft, für die eine brauchbare Statistik vorerst noch mangelt, so darf der anderwärts oft erprobten Widerstandsfähigkeit und Lebenskunst der Bantuvölker dahin vertraut werden, daß auch dieser Stamm, wie es tatsächlich den Anschein hat, mindestens sich auf der Höhe seiner bisherigen Volkszahl behaupten werde.

d) Gliederung nach Beruf.

Die letzten drei Jahresberichte haben Versuche gemacht, die beruflichen Verhältnisse der farbigen Bevölkerung zu erheben. Ist es schon bei unseren heimischen Verhältnissen nicht immer ganz einfach zu entscheiden, ob ein Individuum dieser oder jener Berufsgruppe angehört, so ist dies bei Farbigen noch schwieriger, da bei ihnen die berufliche Tätigkeit an sich schwächer ausgeprägt und häufiger dem Wechsel unterworfen ist. Immerhin könnte eine Untersuchung in dieser Richtung insofern von Wert sein, als sie wenigstens einen Einblick in die soziale Gliederung von Selbständigen und Abhängigen verspräche. Sehen wir zu, was die amtliche Statistik hier bietet.

Für 1910 gibt sie den Beruf der eingeborenen Farbigen an für die männliche Bevölkerung; für 1911 und 1912 dagegen nur für die erwachsene männliche Bevölkerung. Daß das ein erheblicher Unterschied ist, liegt auf der Hand, ergibt sich überdies aber auch aus den Gesamtziffern der dieser Erhebung unterworfenen Massen. Denn diese beträgt 1910: 22 085, während der Summe für 1911 mit 24 275 als Summe des Vorjahres 22 195 gegenübergestellt wird. Der Bericht setzt also die erwachsene männliche Bevölkerung um 110 höher

an, als sich die gesamte männliche Bevölkerung nach dem Vorjahrsbericht beziffert hat. Dieser scheinbare Widerspruch beruht auf der Einbeziehung der mehrfach erwähnten Ovambostämme, die als fälschlich mitgerechnet bezeichnet werden. Da aber nicht feststeht, wie viele Köpfe von diesen etwa 5250 Seelen auf Männer oder auf erwachsene Männer treffen, kann ein Vergleich zwischen den Angaben der Jahre 1910 und 1911 nicht gezogen werden.

Aber auch zwischen den Angaben für 1911 und 1912 sucht man vergebens nach einer Brücke. Für beide Jahre ist zwar die erwachsene männliche Bevölkerung zugrunde gelegt. Allein die Unterscheidung der Berufe, die für 1910 und 1911 ziemlich übereinstimmt, ist vollständig über den Haufen geworfen. Dort waren ausgeschieden die Viehzüchter, Landbauer, Frachtfahrer, Handwerker, Arbeiter, Polizeidiener (1911: Polizei- usw. Diener), Sonstige und Berufslose (1911: Sonstige). Der Tabellenkopf für 1912, der als Ehrens- würdigkeit hier eingesetzt wird, sieht dagegen so aus:

a) Beruflich Selbständige:	b) Arbeiter bei Weißen:
1. Viehzüchter und Frachtfahrer.	1. Hausdiener und Farmarbeiter:
2. Landbauer.	2. Arbeiter in größeren Betrieben.
3. Handwerker und Händler.	3. Arbeiter und Handwerker bei Truppe,
4. Arbeiter bei Eingeborenen, Gefan- gene (!), Arbeitsunfähige usw.	Regierung und Polizei einschließlich Polizeirevier.

Die Gesamtsumme wird mit 23 227 angegeben, wobei 10 007 Männer der Bastards einbezogen sind, während für das Vorjahr (ohne Bastards) jezt 20 520 angegeben werden.

Diese Tabelle kennzeichnet so recht die Systemlosigkeit, die schon von jeher bei unserer kolonialen Statistik üblich war, und die schon bei der Verarbeitung des Materials für die weiße Bevölkerung der Schutzgebiete mehrfach hervor- gehoben werden mußte¹⁾. Wenn aber den beruflich Selbständigen die Arbeiter bei Eingeborenen zugerechnet werden, während die Arbeiter bei Weißen offen- bar als unselbständig entgegengestellt sind; wenn ferner die Gefangenen und Arbeitsunfähigen gleichfalls als beruflich selbständig angeführt werden, so ist man geneigt, die ganze Statistik für einen schlechten Witz zu halten, aber für einen recht schlechten, denn diese Aufmachung ist nicht nur an sich wertlos, sie raubt auch den Angaben für die Vorjahre jeden Wert, so daß man ruhig sagen kann: diese ganze sogenannte Berufsstatistik hätte ebensogut unter- bleiben können. Dieses Urteil wird nicht milder, wenn man die einzelnen Ziffern ansieht. Eine der wenigen Auscheidungen, die für die drei Berichts- jahre beibehalten sind, ist die der Landbauer; an solchen werden gezählt 1910: 66, 1911: 1861 (!), 1912: 51. — Genug davon! — Verzichtet man auf historische Betrachtung und begnügt sich mit den Angaben für 1911, die, ab- gesehen von den unglaublichen Angaben für die Landbauer, am besten sich verwerten lassen, so zeigt sich in Tabelle V ein höchst charakteristisches Bild. Von der gesamten, dort nachgewiesenen erwachsenen männlichen Bevölkerung gehören nahezu fünf Sechstel der Arbeiterklasse an; die Herero wie die Hotten-

totten sind fast ausschließlich Arbeiter, von den Bergdamara gehören nur etwa 700 anderen Berufen an und auch die im Erhebungsgebiet gezählten Ovambo sind lauter Arbeiter. Irgendwie nennenswerte Zahlen von beruflich

Tabelle V. Eingeborene erwachsene männliche Bevölkerung nach dem Beruf am 1. Januar 1911.

Stamm	Vieh- züchter	Land- bauer	Fracht- fahrer	Hand- werker	Ar- beiter	Polizei- u. sw. Diener	Con- stige	Zu- sammen
Herero	93	6	10	34	5947	63	91	6244
Hottentotten	62	33	15	19	4271	36	84	4520
Bergdamara	240	116(?)	20	13	4797	31	281	5498
Buschmänner	11	—	—	—	936	1	1584	2532
Ovambo	12	1700(?)	—	—	3400	2	8	5122 ²⁾
Ovatjimba	—	—	—	—	—	—	250	250
Betschuanen	80 ¹⁾	6	—	—	23	—	—	109
Zusammen	498	1861(?)	45	66	19374	133	2298	24275

Selbständigen weisen nur die Bergdamara und — relativ wenigstens — die Betschuanen auf, während von den Buschmännern, deren Beruf größtenteils nicht festzustellen war, die immerhin über Erwarten große Zahl von 936 Arbeitern gestellt wird. Die eingeborene farbige Bevölkerung darf also im allgemeinen als wirtschaftlich abhängig und sozial tiefstehend bezeichnet werden. Während aber die Bergdamara, jener versprengte Völkerspitter, der vordem zwischen den Herren des Landes, den Herero, eine Variatrolle gespielt hat, nunmehr doch wenigstens 240 Viehzüchter aufzuweisen haben, wurden unter den Herero nur 93 solcher gezählt. Die Ziffer erhellt die tragische Wendung im Schicksal des Volkes, dem die Viehzucht nicht nur die wirtschaftliche Grundlage, sondern geradezu eine heilige Handlung war, der Krieg hat sie zu besitzlosen Nomaden gemacht, und ihre Aufgabe auch in Zukunft wird und darf nur sein, ihre ererbten Viehzüchterinstinkte im Dienst des weißen Siedlers nutzbringend zu verwerten.

e) Bevölkerungsbewegung.

Die letzte Denkschrift brachte zum erstenmal Angaben über Geburten, Todesfälle und über die Wanderung der einheimischen farbigen Bevölkerung, und zwar nicht nur für die einzelnen Bezirke, sondern auch für die einzelnen Stämme. Wenn auch die einschneidende Bedeutung dieser Erhebungen erst dann ganz hervortreten kann, wenn sie während mehrerer Jahre gleichmäßig fortgeführt worden sind, so bieten doch auch die Ziffern für das eine Jahr 1911 wertvolle Einblicke in die Fortpflanzungsfähigkeit der Stämme. Die Angaben,

¹⁾ Darunter auch Landbauer.

²⁾ In Tabelle IV: 3372.

die in Tabelle VI zusammengestellt sind — und zwar genau nach dem Jahresbericht Teil II S. 44/45 —, zeigen zunächst, daß bei allen Stämmen außer bei den Ovambo die Zahl der Geburten jene der Todesfälle überwiegt. Die

Tabelle VI. Bewegung der eingeborenen farbigen Bevölkerung von Südwestafrika (ohne Ovambo-Land und Caprivi-Zipfel) im Jahre 1911.

Stamm	Geburten				Todesfälle				davon 8. und unter 3 Jahren
	männlich	weiblich	zusammen	auf 1000 Lebende	männlich	weiblich	zusammen	auf 1000 Lebende	
Herero . . .	442	450	892	47,5	178	194	372	18,9	153
Hottentotten .	360	302	662	46,2	103	115	218	15,2	86
Bergdamara .	395	388	783	40,0	168	154	322	16,4	96
Buschmänner	73	72	145	14,8	62	24	86	8,8	17
Ovambo . . .	2	1	3	—	377	—	377	71,3	—
Betschuanen .	6	7	13	28,0	1	1	2	4,3	—
Bastards . . .	62	72	134	37,8	23	16	39	11,0	22

Ovambo können aber hier außer Betracht bleiben, weil bei ihnen fast nur Männer von der Erhebung umfaßt sind und daher den 377 Todesfällen überhaupt kaum Geburten gegenübergestellt werden können. Im Verhältnis zur Kopfzahl des Stammes weisen die Herero die meisten, die Buschmänner die wenigsten Geburten auf, wobei allerdings nicht zu übersehen ist, daß die Geburten bei den großenteils nur flüchtiger Schätzung unterworfenen Buschmännern nicht werden vollständig festgestellt worden sein. Die Bergdamara stehen an relativer Geburtenhäufigkeit hinter den Hottentotten etwas zurück; es folgen in absteigender Reihenfolge die Bastards und die Betschuanen. Aber die Geburtenziffern, in Verhältnis gesetzt zu 1000 Lebenden des betreffenden Stammes, sind nicht nur deshalb auffällig, weil sie in einem Rahmen von 14,8—47,5, also um mehr als das Dreifache differieren, sondern auch weil sie zum Teil ganz unerwartet hoch sind. Während wir in Europa im Durchschnitt mit einer Geburtenziffer von 30 auf 1000 rechnen, reicht die der drei Hauptstämme in Südwestafrika und auch die der Bastards erheblich über diesen Durchschnitt hinaus, ja reichen sogar nahe an die Maxime der europäischen Bevölkerung heran. Ob das erhebliche Ueberwiegen der männlichen Geburten über die weiblichen bei den Hottentotten, und der weiblichen über die männlichen bei den Bastards auf einer dauernden Störung des Gleichgewichts der Geschlechter beruhen oder ob es sich hier nur um den Zufall eines Berichtsjahres handelt, das können nur die Beobachtungen mehrerer Jahre klarstellen.

Müssen die angegebenen Geburtenziffern, ausgenommen jene der Buschmänner, Erstaunen erwecken wegen ihrer günstigen Gestaltung, so wird man um so eher erwarten, daß ihnen hohe allgemeine Sterblichkeitsziffern gegenüberstehen. Denn das Signum der Bevölkerungsbewegung geburtenreicher primitiver Völker pflegt ja in einer entsprechend hohen Sterblichkeit zu bestehen.

Aber die Zusammenstellung der Todesfälle bietet noch eine größere Ueberraschung. Mit Ausnahme der Ovambo steht sie zum Teil unter dem Maß selbst jener Völker Europas, die, wie zum Beispiel die Schweden, in dieser Richtung am besten abschneiden. Wenn wir auch die Ziffer der Betschuanen mit Rücksicht auf die geringen absoluten Größen und die einmalige Beobachtung als ein Spiel des Zufalles betrachten wollen, so will es doch als nahezu unbegreiflich erscheinen, daß die Buschmänner um die Hälfte hinter den Herero und Bergdamara, erheblich auch hinter den Vottentotten zurückstehen, ja daß ihre allgemeine Sterblichkeitsziffer sogar noch geringer ist als jene der sozial und wirtschaftlich doch höher stehenden Bastards. Hier, wie so oft, beschleicht den Betrachter das Gefühl, als bewege er sich bei der Verarbeitung des offiziellen Zahlenmaterials auf recht unzuverlässigem Moorboden, der unter seinen Schritten plötzlich in sich zusammensinken könnte.

Denn auch der Anteil der Todesfälle im Kindesalter ist bei Herero, Vottentotten und Bergdamara geringer als in Europa, wo wir einen Anteil von ungefähr 45 Prozent sämtlicher Sterbefälle auf diese jugendlichen Altersklassen rechnen dürfen. Was soll man aber dazu sagen, daß auch hier gerade die Bastards am schlechtesten abschneiden, während gerade die Buschmänner, von denen wir zu wissen glauben, daß ihre Kinder infolge schlechter Pflege und Ernährung der größten Sterbegefahr ausgesetzt seien, einen Anteil der Kindersterblichkeit an den gesamten Todesfällen von nur 20 Prozent aufweisen sollen? Wir stehen hier vor Unbegreiflichkeiten, die unwillkürlich den Verdacht nahelegen, ob die Ziffern der offiziellen Statistik nicht etwa einfach nur die Geburten und Todesfälle aufweisen, soweit sie eben bekanntgeworden sind, das heißt, daß sie nicht die Bewegung der gesamten beim Bevölkerungsstand der Erhebung unterworfenen Massen darstellen. Sollte freilich dieser Verdacht gerechtfertigt sein, so müßte unumwunden ausgesprochen werden, daß diese statistischen Angaben nur irreführend und vollständig wertlos und weit besser unterblieben wären.

Hier wie bei anderer Gelegenheit erhebt sich der lebhafteste Wunsch, daß irgendwo offiziell eine Erläuterung der methodischen Grundlagen der Erhebungen kundgetan würde, damit man den Wert des Gebotenen einigermaßen zuverlässig beurteilen kann, und daß überhaupt die Jahresberichte sich mit dem Wohl und Wehe der Eingeborenen etwas eingehender befassen möchten, als dies seither der Fall ist.

Laßen wir uns aber zunächst durch derartige skeptische Erwägungen nicht abschrecken, und sehen wir uns noch kurz die Ziffern über die Wanderung an. Diese weisen einen Zugang von 11 199, einen Weggang von 8952 auf; als entlaufen werden 1998, als aufgegriffen 1177 Personen nachgewiesen. Da es sich hier im wesentlichen nur um Arbeiter handeln kann, und deren Gesamtzahl im Schutzgebiet auf etwa 27 000 angegeben wird, so zeigt sich deutlich der fluktuierende Charakter dieser Arbeitermassen, ihre wirtschaftliche Unzuverlässigkeit im allgemeinen und die erhebliche Mühe, die hierdurch für

die Polizei des Schutzgebiets verursacht wird. Dabei spielen aber die einzelnen Stämme eine durchaus verschiedene Rolle. Während nämlich die Ovambo einen Zugang von 6778 und einen Weggang von 4570 Personen, also mehr als die Hälfte der Gesamtziffern aufweisen, sind von ihnen nur 44 entlaufen, nur 23 aufgegriffen worden. Dagegen bei den Herero 1620 zugegangen, 1755 abgegangen, 846 entlaufen und 455 aufgegriffen worden; bei den Hottentotten sind die entsprechenden Ziffern 838, 1026, 298 und 54, bei den Bergdamara 1496, 1112, 573 und 244, bei den Buschmännern 190, 297, 199 und 393, bei den Bastards 204, 162, 18 und 1, bei den Betschuanen 73, 30, 20 und 7. Die Buschmänner erweisen sich somit als das Element, das relativ am wenigsten an seiner Stelle ausharrt, und man ist geradezu froh, hier einmal seine Erwartungen von den statistischen Angaben bestätigt zu finden.

Von den Ziffern für die einzelnen Bezirke fallen jene für Windhuk wegen ihrer außerordentlichen Gestaltung ins Auge. Hier wird ein Zugang von 245, ein Weggang von 989, als entlaufen werden 1068 (!), als aufgegriffen 49 angegeben, so daß sich eine Gesamtabnahme von 1459 ergibt. Man gewinnt den Eindruck einer Massenflucht, einer Art sozialer Katastrophe; man sucht in der Literatur nach einer Erklärung oder wenigstens einer Erwähnung dieser auffallenden Erscheinung, erhält aber wie gewöhnlich keine Antwort, macht in folgedessen einen Abschlußstrich und wendet sich der Betrachtung der Mischlingsbevölkerung zu.

Die Krisis auf dem Kautschukmarkt.

Von Dr. F. Zadow, Privatdozent an der Universität Greifswald.

Wenn man die Entwicklung auf dem Kautschukmarkt in den letzten Monaten verfolgt hat, wird man der gegenwärtigen Situation den Charakter einer Krisis nicht absprechen können. Selbst wenn eine Möglichkeit für einen günstigen Wechsel dieses Konjunkturtiefstandes bestehen sollte, wird man sich der Tatsache nicht verschließen dürfen, daß gerade die deutsche Kolonialwirtschaft von dem ständigen Preisrückgang verhältnismäßig am schwersten betroffen wird. Bezogen doch unsere Kolonien im Jahre 1911 über 16½ Millionen Mark, 1910 sogar fast 18½ Millionen Mark aus diesem Artikel! Da allein in Deutsch-Ostafrika gegen 33 000 Hektar mit Kautschukbäumen bepflanzt sind, die im Jahre 1912 eine Ernte von über 1000 Tonnen brachten, läßt sich begreifen, daß durch den Preissturz viele mittlere und kleinere Pflanzler in ihrer Existenz schwer bedroht sind, zumal gerade in dieser Kolonie der Kautschuk für viele das einzige Ausführprodukt darstellt.

Wie ist diese Krisis entstanden? Zur Beantwortung dieser Frage ist es nötig, zunächst mit einigen Worten auf die Gewinnung des Kautschuks einzugehen, der ein im Pflanzenreiche ziemlich weit verbreiteter Kohlenwasserstoff ist und sich in größerer Menge in dem Milchsaft (Latex) einer Anzahl Bäume und Schlingpflanzen findet, die sämtlich dem Tropengebiet angehören. Wenn auch die Botanik über die biologische Funktion dieses Saftes und seines Gehaltes noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis gelangt ist, so hat doch die Chemie, was den Kautschuk selbst betrifft, festgestellt, daß er als dünnflüssiges Öl in Form von kleinen Kügelchen schwebend in dem Saft enthalten ist. Bei der Gewinnung des festen Kautschuks müssen also die wässerigen

Bestandteile des Saftes nach Möglichkeit von der Kautschukmasse getrennt und diese selbst in den festen Zustand übergeführt werden. Bei diesem Vorgang — der sogenannten Koagulation — ballen sich die einzelnen Zellkugeln zu einer Masse zusammen und gehen in den festen Aggregatzustand über.

Es steht nicht genau fest, wann und wo der Kautschuk und seine heute allgemein bekannten Eigenschaften zuerst entdeckt worden sind: wahrscheinlich ist er zuerst von den Indianern im Amazonasstromgebiet durch Anzapfen bestimmter Bäume und Koagulation in größerer Menge gewonnen und zu Gebrauchsgegenständen verarbeitet worden, wie denn auch das heute — wenigstens in der amtlichen und wissenschaftlichen Sprache — von allen Kulturländern angenommene Wort Kautschuk aus der Indianersprache stammt. So wird der Kautschuk zum erstenmal nachweisbar erwähnt in der *Histoire Générale des Indes* von Gonzola Fernando d'Ovieda (Madrid 1536), wo über das Pantomspiel der Indianer mit Kautschukbällen berichtet wird¹⁾.

Mit der portugiesischen Kolonisation des Amazonasstromgebiets begann die Aufbarmachung des Kautschuks für europäische Bedürfnisse, wobei wasserdichte Mäntel und Gummischuhe die hauptsächlichsten, aus Kautschuk hergestellten Gebrauchsgegenstände waren, und bereits im Jahre 1840 sollen 300 000 Paar Kautschukschuhe nach Europa ausgeführt worden sein. Die Bemühungen von Wissenschaft und Technik in den Kulturländern führten dann zu der Auffindung neuer Verwendungsmöglichkeiten des Kautschuks, besonders zu der Herstellung von Kautschukröhren und wasserdichten Stoffen, wie denn bis heute der Name des Engländers Macintosh, der zuerst einen brauchbaren Stoff dieser Art herstellte, in England zur Bezeichnung von Gummistoffen dient. Ein anderer Engländer, der Chemiker Priestley, hatte bereits vorher die Eignetheit des Kautschuks zum Auswischen von Bleistiftstrichen entdeckt, und es ist interessant, daß die hiervon herrührende Bezeichnung „Kubber“ (von rub = reiben) bis heute von der englischen Verkehrs- und Handelsprache beibehalten worden ist, obgleich die Verarbeitung des Kautschuks zu Radiergummi unter den heutigen Kautschukindustrien nur einen bescheidenen Platz einnimmt.

Immerhin blieb wegen seiner geringen Widerstandskraft gegen Temperatureinflüsse die Verwendbarkeit des Kautschuks zunächst noch eine äußerst beschränkte. Während er einerseits schon durch andauernde Sonnenwärme die Form verlor und flebrig wurde, büßte er anderseits seine Elastizität ein, wenn die Temperatur gegen den Gefrierpunkt hin sank, welcher letztere Umstand namentlich die Brauchbarkeit der Gummischuhe im europäischen Klima beeinträchtigte. Erst einer Erfindung des Amerikaners Charles Goodyear und des Engländers Hancock war es zu verdanken, daß diesem Mangel abgeholfen wurde: Sie entdeckten nämlich, daß der Kautschuk seine schätzenswerten Eigenschaften auch bei Temperaturwechsel behält, wenn er zuvor in einem bestimmten Verfahren mit Schwefel gemischt, erhitzt und abgekühlt worden ist: diesem Schwefelungsprozeß, der sogenannten Vulkanisation, werden seitdem alle aus weichem Kautschuk bestehenden Gegenstände unterworfen. Aber noch eine andere, hiermit in innerem Zusammenhange stehende Erfindung kam seit dem Jahre 1851 zur praktischen Anwendung: Es zeigte sich nämlich, daß durch eine Steigerung der bei der Vulkanisation benutzten Hitzegrade ein Erzeugnis mit ganz anderen Eigenschaften, der sogenannte Hartgummi, hervorgebracht wurde, und somit dem Kautschuk viele neue Verwendungsgebiete erschlossen wurden.

¹⁾ Vgl. hierzu und zum folgenden die einleitenden Ausführungen in dem interessanten Bericht des Kaiserlichen Generalkonsulats in London „Der Londoner Kautschukmarkt“ („Berichte über Handel und Industrie“, Bd. 15, Heft 11 vom 1. Juni 1911). Ferner ist noch hinzuweisen auf die lezenswerte kleine Arbeit von K. W. Wolf-Gzapfel „Der Kautschuk“ (Berlin 1912), die eine gute Uebersicht über seine Gewinnung und Verarbeitung gibt.

Als sich in der Folge die Kautschukindustrie in Europa und Nordamerika stark entwickelte, steigerte sich mehr und mehr die Nachfrage nach dem Rohprodukt und führte zu einer leistungsfähigeren Organisation der Kautschukgewinnung und des Exportgeschäfts. Als Hauptquellen des Kautschuks kamen ursprünglich nur die Wälder Brasiliens (Parakautschuk) und später neben anderen anderen südamerikanischen Staaten, zum Beispiel Peru, besonders noch Afrika in Frage. Da indessen die Wildkautschukproduktion unter der Raubwirtschaft der Eingeborenen im Laufe der Zeit so stark gelitten hatte, daß die Ausbeute sich erheblich verminderte, während der Preis des Kautschuks außerordentlich stark in die Höhe ging, wandte sich das Interesse in den 1880er Jahren dem systematischen Anbau in Plantagen zu, um einen Ersatz für den von der Industrie in steigendem Maße begehrten Rohstoff zu haben. Anfangs hielt sich die Kultur in Plantagen, auf denen die Kautschukpflanzen in viel rationellerer Weise gezüchtet und gezapft und der Kautschuk selbst für den Versand besser vorbereitet werden konnte, als dies bei der primitiven Gewinnung des Wildkautschuks möglich war, in normalen Bahnen. Sein Anteil an der Gesamtversorgung war relativ gering, so daß man bis vor wenigen Jahren in der Versorgung des Marktes hauptsächlich immer noch auf die unter teuren Kosten bewirkte Gewinnung in den jeder Eisenbahnverbindung ermangelnden Gebieten der brasilianischen und bolivianischen Urwälder des Amazonasstromes angewiesen war. Erst seit dem Jahre 1907 ist in den Plantagenwirtschaften auf der Malaiischen Halbinsel, auf Ceylon, Java und Sumatra ein neuer Konkurrent entstanden, der in der Lage war, durch wesentlich niedrigere Produktionskosten sowie durch seine leichtere Verarbeitung jenen anderen Kautschuk zu verdrängen. Das erste nennenswerte Quantum in Plantagen gewonnenen Kautschuks kam im Jahre 1900 auf den Markt, und zwar wurde in diesem Jahre zuerst von Ceylon circa $\frac{1}{2}$ Tonne nach Europa verschifft. Den Ausgangspunkt für die asiatischen Plantagenkulturen, die von den Engländern angelegt wurden, bildete das Bestreben, neue Kulturpflanzen für die Insel Ceylon nutzbar zu machen, als der Anbau von Chinarinde und Kaffee infolge einer Überproduktion an Chinarinde auf Java bei gleichzeitig niedrigen Preisen für Kaffee die Pflanzler auf Ceylon in eine schlechte Lage gebracht hatte. Da man in dem Anbau von Kautschuk liefernden Pflanzen einen geeigneten Ersatz gefunden zu haben glaubte, führte man die mit so großem Erfolge im Amazonasstromgebiet ausgebeuteten brasilianischen Sorten, vor allem die *Hevea brasiliensis* ein, die sich in günstigster Weise entwickelte. Bereits im Jahre 1905 konnten von Ceylon circa 80 Tonnen, im Jahre 1910 circa 165 Tonnen und im Jahre 1912 circa 700 Tonnen an den Markt gebracht werden! Während im Jahre 1906 die Anbaufläche in ganz Südafien 80 000 Acres betrug, nimmt sie heute bereits einen Raum von etwa 1 230 000 Acres ein! Noch größere Ausdehnung als auf Ceylon hat die Plantagenproduktion auf der Malaiischen Halbinsel, auf Java, auf Sumatra erlangt; überhaupt sind in den ersten acht Monaten des Jahres 1913 32 774 689 engl. Pfund Kautschuk aus den malaiischen Staaten ausgeführt worden, verglichen mit 21 733 661 engl. Pfund in der entsprechenden Periode des Vorjahres und 11 583 235 engl. Pfund in den ersten acht Monaten des Jahres 1911, d. h. für die letzten drei Jahre eine nahezu dreifache Zunahme der malaiischen Kautschukexporte! Der August 1913 weist mit einer Produktion von 5 293 120 engl. Pfund einen Rekord auf, während der korrespondierende Monat im Jahre 1911 es nur auf eine Produktion von 1 651 845 engl. Pfund brachte. Selbst unter der Annahme einer rasch aufwärts tendierenden Nachfrage ist die rückläufige Bewegung der Preise eine natürliche Folge, wenn in kurz aufeinanderfolgenden Terminen solche Mengen auf den Weltmarkt geworfen werden.

Die Einfuhr der *Hevea brasiliensis* nach Afrika geschah ebenfalls mit großem Erfolge, so daß in den beiden letzten Jahrzehnten dieser Erdteil durchschnittlich etwa ein Drittel des Weltbedarfs gedeckt hat. Endlich ist auch in Australien und noch mehreren anderen Weltgegenden mit ähnlichen Kulturen begonnen worden; so befinden

sich in Samoa auf der größten Pflanzung der Samoa-Kautschuk-Kompagnie zirka 45 000 zapffähige Bäume, von denen jedoch wegen Arbeitermangel nur $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ gezapft werden können. In der ganzen Welt dürften heute etwa 500 000 Hektar unter Kautschukkultur stehen, wovon etwa 30 Prozent auf den Anbau in Plantagen entfallen. Die gesamte Kautschukproduktion der Welt, die im Jahre 1880 erst 25 000 Tonnen betrug, war im Jahre 1912 auf 101 500 Tonnen angewachsen! Wie schon bemerkt, bevorzugt man für die Kautschukproduktion hauptsächlich die *Hevea brasiliensis*, die etwa zwei Drittel der gesamten Anbaufläche einnimmt und in denjenigen tropischen Gebieten angebaut wird, in denen der Regenfall mindestens 2000 Millimeter beträgt; die übrigen Teile mit geringerem Regenfall sind hauptsächlich mit *Manihot Glaziovii* sowie mit *Castilloa elastica*, *Ficus elastica*, *Kickxia elastica* usw. bebaut.

Während infolge der Wirtschaftskrisis im Jahre 1907 der Verbrauch von Kautschuk in Nordamerika künstlich zurückgehalten und die Notierung für Parakautschuk auf 7 Mark herabgedrückt war, stieg der Preis infolge der vermehrten Nachfrage im Jahre 1908 auf 11 Mark und im Jahre 1909 auf 19 Mark. Dieser Umstand führte an der Londoner Börse zu einer wilden Gründungsperiode, innerhalb welcher der Grundstückswert enorm getrieben wurde, so daß die hochkapitalisierten neuen Plantagen nur unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen zu produzieren vermochten: allein im Jahre 1910 wurden in London 260 Gesellschaften für Kautschukplantagen mit einem Kapital von rund 900 Millionen Mark gegründet. Hand in Hand damit ging eine nicht minder wilde Spekulation in Kautschuk. Ein brasilianisches Syndikat kaufte alle verfügbaren Mengen auf und hielt sie unter Verschuß, wodurch der Kautschukpreis auf das Vierfache desjenigen der Krisis von 1907, also auf 28 Mark gesteigert wurde! Die Spekulation war besonders durch den Umstand gefördert worden, daß die älteren, mit äußerst billigen Produktionskosten arbeitenden Plantagen-Gesellschaften in den Malaienstaaten riesenhafte Gewinne erzielten und 200 bis 300 Prozent Dividende ausschütten konnten.

Der Rückschlag konnte nicht ausbleiben: Das brasilianische Syndikat geriet in Schwierigkeiten und mußte, da die erwartete Staatshilfe ausblieb, seinen Besitz um jeden Preis verkaufen. Infolge der unsinnigen Ausbeutung der Kautschukplantagen — zurzeit sind zirka 1500 Millionen Mark englisches Kapital auf diesem Gebiete investiert — sanken die Kautschukpreise von Jahr zu Jahr: 1911 war ein Stand von 12 Mark, 1912 ein solcher von 10 Mark erreicht, und gegenwärtig beträgt die Notierung für Parakautschuk nur noch 8.50 Mark. Man rechnet sogar damit, daß der jetzige Kautschukpreis bald noch unter den des Krisenjahres 1907 sinken wird, weil die Mehrzahl der im Jahre 1910 gepflanzten Plantagen noch nicht zapffähig ist, und somit das Produkt dieser Pflanzungen erst in den nächsten Jahren auf dem Weltmarkt erscheinen wird. Der Markt wird dann mit so ungeheuren Mengen von Kautschuk überschwemmt sein, daß sie der Konsum nicht aufnehmen kann.

Man hat schätzungsweise berechnet, daß die Welterzeugung in Kautschuk schon in wenigen Jahren (etwa 1917) sich nahezu verdoppelt haben wird, was eine riesige Ueberproduktion und damit eine weitgehende Entwertung bedeutet. Es ist noch gar nicht abzusehen, was mit dieser Produktion geschehen soll; jedenfalls wird durch das Herankommen der riesigen Mengen Plantagenkautschuk ein solcher Preisdruck ausgeübt werden, daß eine Reihe von Kautschukproduktionsländern ausscheiden muß. Sehr interessante Ausführungen²⁾ über die Kautschukbaissé und ihre Rückwirkung auf die Kautschukkultur bringt Emil Seiffert (Hamburg), der in der nahenden Ueberproduktion und in einigen technischen Mängeln bei Verwertung von Plantagenkautschuk die natürlichen Gründe für die Krisis erblickt. Kann man auch die Zukunftsproduktion

²⁾ „Der Tropenpflanzer“, Nr. 10 (1913); ferner „Gummizeitung“, Nr. 4 (1913).

auf Grund vorliegender Unterlagen ziemlich genau berechnen, so ist die Abschätzung des Zukunftsverbrauches sehr problematisch. Helfferich schätzt den Gesamtverbrauch für das Jahr 1912 auf rund 100 000 Tonnen, rechnet auf eine Jahressteigerung des Verbrauchs von 15 Prozent und kommt dann zu folgender Tabelle:

Alters Schätzahlen der südostasiatischen				
	Weltverbrauch	Zunahme	Produktion	Zunahme
1913	115 000	15 000	54 550	23 550
1914	132 250	17 250	84 250	29 700
1915	151 650	19 800	131 300	47 050
1916	174 850	22 800	173 550	42 250
1917	201 050	26 200	213 800	40 250
1918	231 200	30 150	257 250	43 450
1919	265 900	34 700	302 450	45 200

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die Zunahme der Produktion der südostasiatischen Plantagen allein das Mehr des Verbrauchs übertrifft; diese Produktion würde schon für sich imstande sein, auf Grund des im Jahre 1912 bepflanzten Areals vom Jahre 1917 an den berechneten Weltverbrauch zu decken. Wenn man berücksichtigt, daß außer dem Plantagenkautschuk im Jahre 1912 noch rund 70 000 Tonnen anderer Kautschuk, einschließlich etwa 40 000 Tonnen Para, angeliefert wurden, und daß die angenommenen Verbrauchswerte wohl als Höchstziffern gelten müssen, so erscheint eine Ueberproduktion an Kautschuk unvermeidlich. Bei der Behandlung der Frage: Welche Veränderungen sind in der südostasiatischen Kautschukkultur, unabhängig von der Preisbewegung, in den letzten Jahren vor sich gegangen?, zeigt sich, wie Helfferich ausführt, daß infolge der nicht einheitlichen Verhältnisse in Südostasien auch die Stellung der dortigen Kautschukkultur sich nicht verstärkt hat, und zwar steht hier im Vordergrund die Arbeiterfrage. Trotz steigender Löhne ist hier überall die Nachfrage nach Arbeitern größer als das Angebot.

Der Umstand, daß in Südostasien alles teurer geworden ist, übt auch einen ungünstigen Einfluß auf die dortigen Kautschukkulturen; denn der Gesteckungspreis des Kautschuks hat sich auf vielen Plantagen nicht im Verhältnis zum zunehmenden Ertrag verbilligt, sondern stieg bei einzelnen sogar und beträgt bei einer Reihe von noch nicht voll zapfbaren Plantagen heute schon ebensoviel, ja teilweise mehr, als der Erlös bei jetzigen Preisen. Nach der Ansicht von Helfferich äußert sich die Kautschukbaiffie auf die gesamte südostasiatische Kautschukkultur zunächst darin, daß diejenigen Plantagen, welche nur auf Betriebseinnahmen angewiesen sind, an Arbeitskapital zu kurz kommen. Während für die gut fundierten, noch in der Entwicklung befindlichen Plantagen die Rentabilität sich weiter hinauschieben wird, erleidet die Rentabilität der fortgeschrittenen, volltragenden Plantagen eine Einbuße. Da sich tatsächlich das Zapfen jungfräulicher, jüngerer Beveakulturen nicht mehr lohnt infolge des geringen Ertrags im Verhältnis zu den aufgewendeten Kosten, wird man sich schlüssig machen müssen, ob man erst im 6. oder 7. Jahr mit dem Zapfen beginnen will, und ob man fernerhin noch geringe Qualitäten herstellen kann. Die Kautschukbaiffie kommt, wie Helfferich ausführt, für die Plantagen im Osten zu früh, da die meisten derartigen Unternehmungen finanziell nicht so fundiert sind, um großen Erschütterungen zu widerstehen. Da man im langfristigen Plantagenbau nicht, wie in der Industrie, Betriebseinschränkungen machen kann, so müßte eine andauernde Baiffie eine tiefgreifende Umwandlung und Neuordnung der Verhältnisse in der südostasiatischen Kautschukkultur zur Folge haben. Als Mittel zur Gesundung der Kautschukkulturen des fernen Ostens, und um ein richtiges Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage wiederherzustellen, betrachtet Helfferich vor allem eine notwendige Auslese: Konzentration lebensfähiger Plantagen unter Leitung landwirtschaftlicher Finanz-

institute, Durchführung genauer einheitlicher Verwaltungskontrolle und Organisation des Verkaufs der Produkte, strengere Bilanzierungsmethoden und Einführung ökonomischer Arbeitsverfahren.

Besonders scharf macht sich die Entwertung des Kautschuks in den Ländern bemerkbar, deren Produktionskosten nicht konkurrenzfähig sind gegenüber den im südasiatischen Inselgebiet angelegten Plantagen mit ihren verhältnismäßig niedrigen Gesehungskosten. Das gilt namentlich von dem wild wachsenden Kautschuk in Brasilien und am Kongo und von den afrikanischen Plantagen.

Was nun zunächst das brasilianische Kautschukproblem betrifft, so zeigt sich hier die Erscheinung, daß die Ausbeute in den letzten Jahren trotz der zeitweise bedeutenden Preissteigerungen, keine Zunahme mehr aufzuweisen hat, und zwar ist die Ursache in der Knappheit der Arbeitskräfte zu suchen. Da die ertragreichsten Gegenden gerade die feuchtesten und ungesundesten Teile des Urwalds sind, deren Klima für den Europäer beinahe unerträglich ist, erscheint es ausgeschlossen, hierorts Arbeiter europäischer Rasse in ausreichender Zahl zu erhalten, zumal die Arbeitsbedingungen, namentlich auch die Bezahlung überaus ungünstig sind. Andererseits erfordert das Ausfuchen der Bäume und die Gewinnung des Kautschuks eine gewisse Erfahrung, da es bei der räumlichen Zersplitterung des Betriebes nicht möglich ist, die einzelnen Arbeiter durch besser bezahlte Aufseher anzuleiten und zu überwachen. Da aus dem letzten Grunde von dem einzelnen Arbeiter eine größere Zuverlässigkeit verlangt werden muß, die von den Eingeborenen im allgemeinen nicht erwartet werden kann, bestehen die Sammler, deren Zahl heute auf etwa 70 000 geschätzt wird, zum größten Teile aus Leuten, die auf der Grenze zwischen Wilden und Kulturmenschen stehen, Mischlingen der verschiedensten Abstammungen.

Ebgleich die Arbeiterfrage schon wiederholt Gegenstand von Erörterungen gewesen und auch die Einführung von Negern und Chinesen erwogen worden ist, sind wirksame Maßnahmen bisher noch nicht getroffen worden. Die Produktionskosten der wilden Kautschukgewinnung sind trotz der schlechten Bezahlung der Arbeiter ziemlich hoch und betragen 6 bis 7 Mark für 1 Kilogramm *fine Para*. Für die Zukunft dürften die Zapfkosten in den Urwäldern Amerikas, namentlich wenn man die gewaltigen Unkosten berücksichtigt, die der Transport verursacht, teilweise erheblich höher sein als der Weltmarktpreis, und diese Gegenden müssen aus der Produktion dann vollständig ausscheiden. Da mit zunehmender Kultur die Ansprüche der Arbeiter steigen, und erhöhte Lohnforderungen unvermeidlich sein werden, wird es sich darum handeln, ob der wilde Kautschuk mit dem ostasiatischen wild konkurrieren können. Unter den heutigen Verhältnissen kann man die Produktionskosten für den Plantagenbau in Ostasien — wenn man den Durchschnitt verschiedener Schätzungen nimmt — rund auf etwa 3 Mark für 1 Kilogramm annehmen, und es wird angesichts dieser Verhältnisse vielfach die Meinung vertreten, daß in absehbarer Zeit die wilde Kautschukgewinnung mit dem Plantagenbau nicht mehr wird konkurrieren können, und diese daher nach und nach die Deckung des gesamten Weltbedarfs übernehmen dürfte³⁾.

Gerade in Brasilien hat die Kautschukkultur vielfach eine staatliche Förderung erfahren. So werden im „Deutschen Kolonialblatt“⁴⁾ (aus der Arbeit „Economic protection of the India-rubber“, Paris 1912) die gesetzgeberischen Maßnahmen mitgeteilt, die der Staat Pará und die brasilianische Bundesregierung zur Förderung der Kautschukkultur getroffen haben: Durch Gesetz vom 6. November 1909 hat Pará eine Prämie von 500 Milreis für die Anpflanzung von je 500 Kautschukbäumen ausgesetzt sowie den Kautschukpflanzern einen Preisnachlaß von 50 Prozent bei Verkauf von Staatsland bewilligt; ferner hat sie ihnen die Lieferung

³⁾ Vgl. den oben erwähnten Bericht des Kaiserlichen Generalkonsulats in London.

⁴⁾ 1913, Nr. 7.

von je 500 Kilogramm künstlichen Düngers während vier Jahren, unentgeltlichen Transport der benötigten Produktionsmittel und schließlich Ermäßigung der Fracht und des Ausfuhrzolls⁵⁾ für den produzierten Kautschuk in Aussicht gestellt. Ein Gesetz vom 17. Mai 1911 ermächtigt die Regierung von Pará, Unternehmungen, welche die Reinigung von Kautschuk betreiben wollen, in jeder zweckmäßig erscheinenden Weise zu fördern. Zwei Gesetze vom 4. und 6. November 1911 gestatten die Vergebung von Landkonzessionen bis zu 200 000 Hektar an Gesellschaften, die sich der Kultur der *Hevea brasiliensis* widmen wollen; diesen Gesellschaften werden für die Ausfuhr von Pflanzungskautschuk Fracht- und Zollermäßigungen gewährt, die innerhalb 50 Jahren von 50 Prozent auf 10 Prozent sinken. Als Gegenleistung müssen die Gesellschaften jährlich bestimmte Mengen von Kautschukbäumen anpflanzen.

Ein umfassendes System der Begünstigung des Kautschukbaumes ist durch das brasilianische Bundesgesetz vom 5. Januar 1912 eingeführt, welches Zollfreiheit gewährt für die zur Kautschukkultur bestimmten Materialien, Prämien für Pflanzungen, die je nach der angepflanzten Kautschukart 900 bis 2500 Milreis für 12 Hektar betragen, Prämien für die Wiederbepflanzung alten Kautschuklandes, die in gleicher Weise von 720 bis 2000 Milreis abgestuft sind, sowie Prämien für Anlagen zur Reinigung von Kautschuk, die bis zu 500 000 Milreis für eine Anlage betragen können. Ferner sollen 16 Musterpflanzungen angelegt und in Pará, Manaus und im Acreterritorium je eine mit allen hygienischen Einrichtungen ausgestattete Einwanderungsstation errichtet werden. Zwecks Erleichterung des Verkehrs sollen eine Reihe von Straßen und Eisenbahnen aus Bundesmitteln gebaut oder subventioniert und der Rio Negro, Rio Branco sowie andere Flüsse besser schiffbar gemacht werden. Um die Ernährung der Arbeiter zu erleichtern und zu verbilligen, soll auch die Produktion von Nahrungsmitteln durch Prämien und sonstige Vergünstigungen gefördert werden. Schließlich soll zur Propagierung der Kautschukkultur alle drei Jahre eine Ausstellung stattfinden, auf welcher die erzielten Fortschritte durch Prämien belohnt und allgemein zugänglich gemacht werden sollen. — Nach einer dem „Diario oficial“ entnommenen und ebenfalls im „Deutschen Kolonialblatt“⁶⁾ veröffentlichten Mitteilung ist durch Verordnung des Präsidenten von Brasilien vom 2. Juni 1913 der Ackerbauminister ermächtigt worden, mit dem Staate Pará ein Abkommen zu treffen zwecks Verabsehung und Aufhebung von Abgaben, die von dem in diesem Staate gewonnenen Rohkautschuk erhoben werden, und zur Ergreifung von Maßnahmen zum Schutze der Kautschukkultur im Acregebiet. Das am gleichen Tage mit Pará geschlossene Abkommen sieht unter anderem eine allmähliche Verabsehung des Ausfuhrzolls für Kautschuk um jährlich 2 Prozent des Wertes vor, so daß, vom 1. Januar 1914 beginnend, in fünf Jahren der gegenwärtige Zoll von 20 Prozent auf 10 Prozent herabgesetzt sein wird.

Die Bundesregierung hat sich anderseits in dem Abkommen bereit erklärt, den Kongreß zu veranlassen, die Einfuhrzölle auf die Bedarfsgegenstände, die in Brasilien selbst nicht hergestellt werden und in den Kautschukgebieten notwendig sind, um mindestens 20 Prozent des Wertes herabzusetzen, zum Beispiel auf kondensierte Milch, Aerolen, Lanwerk, Leinen für den Fischfang, ein- und doppelläufige Jagdwaffen, Zündhütchen und Munition dazu, Bekleidungsstücke, Nahrungsmittel und medizinische Erzeugnisse zum allgemeinen Gebrauche. — Man sieht, wie Brasilien systematische und ernsthaftige Anstrengungen macht, seine Vorherrschaft in der Rohkautschukproduktion fest-

⁵⁾ Der Ausfuhrzoll wird erhoben von den brasilianischen Einzelstaaten auf Grund ihres Rechts, die eigenen Erzeugnisse mit Ausfuhrzöllen zu belegen, während die Einfuhrzölle der brasilianischen Zentralregierung zufließen. Die letzteren kommen insofern für die Kosten der Kautschukgewinnung in Betracht, als sie die europäischen und amerikanischen Zaufgegenstände verteuern. Für das Acregebiet erhebt die Zentralregierung auch den Ausfuhrzoll.

⁶⁾ 1913, Nr. 15.

zuhalten und zu befestigen, zumal die Staaten Amazonas und Pará in ihren Einnahmen fast völlig von der dortigen Kautschukindustrie abhängen. Immerhin haben die bisherigen Mittel zur Lösung des brasilianischen Kautschukproblems völlig versagt, die gesetzgeberischen Maßnahmen stellten sich als teure und dabei undantbare Experimente heraus und sind, was bei der schlechten Lage der Bundesfinanzen erklärlich ist, zum größten Teile auf dem Papier stehen geblieben. Brasilien exportiert jährlich für ungefähr 400 Millionen Frank Kautschuk; infolge des Preisrückganges ist dieser Export jetzt fast auf die Hälfte des Wertes herabgesunken, und wenn ein weiterer Preisrückgang für Kautschuk eintritt, so können in vielen Gegenden Brasiliens die Produktionskosten nicht mehr gedeckt werden. Um den Verlust durch den Preisrückgang etwas auszugleichen, hat Brasilien im Jahre 1912 seine Förderung etwas verstärkt, denn es produzierte:

1909 . . .	37 480 Tonnen	1911 . . .	36 500 Tonnen
1910 . . .	36 750 Tonnen	1912 . . .	42 280 Tonnen

Durch diese vermehrte Produktion ist aber der allgemeine Entwertungsprozeß nur noch verschärft worden, und die brasilianische Kautschukkrise greift allmählich auf andere Gebiete des Geschäftsverkehrs in Brasilien über. So ist der Handel in Manaus infolge der Kautschukkrise ins Stocken geraten, und es scheint, daß die Krisis im Norden Brasiliens noch schwere Folgen nach sich ziehen wird. Neuerdings verspricht man sich eine Besserung der Verhältnisse von der Einführung einer eigenen Kautschuk verarbeitenden Industrie: Die nordamerikanische Goodyear Tire and Rubber Co., Akron, wird innerhalb Jahresfrist in Rio de Janeiro die erste große Gummifabrik Südamerikas errichten, und zwar will die Gesellschaft mit diesem neuen Betrieb eine jährliche Nachfrage im Werte von 30 000 000 Dollar befriedigen. Das Unternehmen wird seinen Betrieb unter Bedingungen eröffnen, die nach heutiger Auffassung geradezu ideale zu nennen sind, da sich die Regierung — abgesehen von den allgemeinen Vergünstigungen durch den bestehenden Schutz Zoll — durch Gewährung einer außerordentlichen Konzession entgegenkommend zeigt. Wenn man bedenkt, daß für 5 000 000 Mark jährlich allein Pneumatiks nach der Stadt Rio de Janeiro eingeführt werden, und daß die Neugründung in eine Zeit fällt, in der auch die nordamerikanische Automobilindustrie merklich an südamerikanischem Boden zu gewinnen beginnt, so wird man — unter der Voraussetzung des tatsächlich innigen Zusammenhanges zwischen diesen beiden Industriezweigen — die erwähnte Neugründung und den vermehrten Absatz von amerikanischen Fahrzeugen in unmittelbaren Zusammenhang bringen dürfen. Jedenfalls scheint ein Zusammenarbeiten dieser beiden Gruppen, wie H. Arzet in der „Gummivelt“⁷⁾ mit Recht ausführt, auf dem brasilianischen Markt fortan sicher: „Während die brasilianischen Wirtschaftspolitiker eine solche Lösung ihrer Kautschukfrage nur begrüßen, sehen die europäischen Exporteure daraus eine schwere Erschütterung ihrer Position erwachsen. Unsere Gummivaren- und Automobilexporteure dürften von den neuen Maßnahmen in gleicher Weise benachteiligt werden. Die deutschen Automobilfabrikanten konnten bislang dank einer individuellen Behandlungsweise ihrer brasilianischen Kunden einen bedeutenden Einfluß auf dem Automobilmarkt ausüben. Die Vorzüge einer solchen Politik schwächen sich in dem Maße ab, als die Verbesserung des Straßennetzes rapide Fortschritte macht und der Gebrauch von standardisierten Modellen dadurch immer mehr ermöglicht wird. Es dürfte auf alle Fälle für die deutschen Exporteure ratsam sein, sich der Erkenntnis einer in Brasilien neu entstehenden gefährlichen Konkurrenz nicht zu verschließen.“

Was nun die Verhältnisse in Afrika, zunächst im Kongostaat betrifft, so zeigen hier die Produktionsziffern ein ständiges Sinken, was mit den Arbeiterverhältnissen

7) 1913, Nr. 39, S. 462.

in Verbindung gebracht wird. Die belgische Regierung, welche seit Uebernahme des Kongostaats mit dem System der konzessionierten Gesellschaften gebrochen hat und die freie Konkurrenz walten läßt, erhebt von den Eingeborenen die Steuern, die früher in Kautschuk bezahlt wurden, jetzt in barem Gelde. Da somit der unmittelbare Zwang zum Sammeln des Kautschuks fortgefallen ist, während anderseits die durch das frühere System entwickelte Abneigung der Eingeborenen gegen das Kautschuksammeln noch fortwirkt, ist der starke Produktionsrückgang der letzten Jahre leicht begreiflich. Wo im übrigen überall, wo das Kautschuksammeln energisch betrieben worden ist, sich Zeichen der Erschöpfung gezeigt haben, scheint die meiste Aussicht auf Vermehrung der Produktion in dem künstlichen Anbau von Kautschukpflanzen zu liegen, zu dem man sich jetzt überall in Afrika entschlossen hat.

Da auch das gesamte Wirtschaftsleben von Belgisch-Kongo durch die gegenwärtige gedrückte Marktlage des Kautschuks aufs ungünstigste beeinflusst wird, hat die Regierung die Kautschukaussfuhrzölle fast völlig aufgehoben und auch die Transportpreise für Kautschuk bedeutend ermäßigt; der Einnahmeausfall soll durch eine Gewerbesteuer und durch eine Besteuerung der Handelsgesellschaften gedeckt werden.

Ob aber die Eingriffe der Regierung der Gefahr begegnen werden, die in der moralischen Wirkung der sinkenden Kautschukpreise auf die Eingeborenen zu erblicken ist, wird in einer Mitteilung der Belgischen Handelsgesellschaft für den oberen Kongo, an deren Spitze der bekannte Kolonialpolitiker *Lherst Ighs* steht, stark bezweifelt, und zwar aus folgenden Gründen: Da die das Rohmaterial liefernden Eingeborenen in einem Heruntergehen der ihnen gezahlten Preise lediglich eine Uebervorteilung durch die Händler erblickten, so wäre die Folge, daß sie die Arbeit einstellen, was ihnen durch die herrschende Steuerpraxis geradezu erleichtert würde. Eine Steuer in Geldwert werde nämlich nur von den Eingeborenen erhoben, die sich an den größeren, auch von Europäern bewohnten Plätzen aufhalten, während in den eigentlichen Eingeborendörfern die Beitreibung der Steuer den Häuptlingen überlassen bleibe, die weder willens noch in der Lage wären, diese Aufgabe wirksam durchzuführen. Da gerade am oberen Kongo die Grundsätze der Naturalwirtschaft auch in der Steuererhebung Geltung behalten hätten, ließe die Kautschukkrisis die Wirkungen dieses unzulänglichen Systems auf die Arbeitslust der Eingeborenen besonders stark zutage treten. Da die Eingeborenen infolge dieses Brauches keinem unmittelbaren Zwang zur Erwerbung von Geld unterworfen seien, und anderseits infolge der gedrückten Preise für Rohmaterial auch der Antrieb zum Geldverdienen wegfiel, so arbeiteten sie überhaupt nicht mehr im Sinne wirtschaftlichen Produzierens, sondern beschränkten sich nach alter Sitte auf die unumgänglichen Handgriffe für den eigenen Lebensbedarf. Die Kolonialverwaltung wird deshalb um eine schnelle Abänderung des Steuersystems in dem Sinne ersucht, daß die Steuer in Geldwert von allen Eingeborenen erhoben wird, ob sie nun auf europäischen Faktoreien arbeiten oder in ihren eigenen Dörfern hausen. Nur so könne erreicht werden, daß die Schwarzen weiter arbeiten und daß die Lieferung des Rohmaterials auch dann nicht in Frage gestellt werde, wenn durch Abnagschwierigkeiten die Preise gedrückt würden. — Wie sehr die belgischen Kautschukgesellschaften von der Krisis betroffen werden, geht daraus hervor, daß nach einer Meldung belgischer Börsenblätter, die „Compagnie du Kasai“, die größte belgische Kautschukgesellschaft (eine Gründung König Leopolds), welche früher Ueberschüsse bis zu 13 000 000 Frank erzielte, die Kautschukgewinnung vollständig aufgeben will, um sich dem Betriebe von Bergwerken und der Landwirtschaft zu widmen.

Auch die portugiesische Kolonie Angola, die etwa so groß ist wie Deutschland und Oesterreich zusammengekommen, ist durch den Preisfall auf dem Kautschukmarkt in eine ernste Krise geraten, da man in dieser Kolonie den Fehler beging, fast

alles auf Kautschuk zu setzen“): „Solange die Preise für Kautschuk hoch waren, konnten Staat und Private doppelte Vorteile ziehen, einerseits durch den Erlös aus dem einem Ausfuhrzoll unterliegenden Kautschuk, anderseits durch den Absatz der Tauchartikel, besonders Baumwollwaren aus Portugal, und der einem hohen Differentialzoll unterworfenen ausländischen Fabrikate, ferner der aus der Zuckerrohrfabrikation herührenden Spirituosen. Nachdem nun durch die Brüsseler Konvention diese Spirituosenfabrikation jezt in Wegfall gekommen ist, wandte sich Angola neuerdings Kautschuk- und Baumwollpflanzungen zu, doch hat nun der eingetretene Preisfall auf dem Kautschukmarkt gezeigt, wie verhängnisvoll es war, daß Angola bisher gar zu einseitig sich dem Kautschukhandel zugewendet hat. Der Handelsstand in Angola hat sich nun gezwungen gesehen, an den portugiesischen Kolonialminister folgende Forderungen zu stellen: Zeitweise Aufhebung des Ausfuhrzolles auf Kautschuk, unentgeltliche Einlagerung von Kautschuk und Tauschwaren in den Zollämtern von Portugal und Angola, einjährige Zollstundung auf die in den Angolazollämtern fällig werdenden Zölle, dringende und unbedingt erforderliche Unterstützung seitens des Kolonialministers bei den Bantem zum Vorstrecken von Geldern auf lombardierte Kolonialprodukte.“

Und nun endlich die Verhältnisse in Kamerun und Deutsch-Ostafrika!

Während vor Jahresfrist der Kameruner Kautschuk noch mit 7 Mark das Kilogramm bewertet wurde, sind die Preise in der letzten Zeit bis auf durchschnittlich 3.40 Mark zurückgegangen, und man muß voraussichtlich mit einem schließlichen Wert von 3 Mark rechnen, was bei einer Ausfuhr von rund 3000 Tonnen eine Wertverminderung um etwa 12 Millionen Mark bedeutet. Dadurch ist aber das ganze Wirtschaftsleben von Kamerun auf das schwerste erschüttert, da der dortige Handel bei dem Mangel an modernen Verkehrsmitteln gänzlich vom Wertstande des Kautschuks abhängig ist. Trotz der schwankenden Weltmarktpreise ist die Ausfuhrmenge von Kameruner Kautschuk in den letzten zehn Jahren ständig gestiegen, wie folgende Tabelle zeigt:

Menge in Tonnen		Wert in 1000 Mark		Menge in Tonnen		Wert in 1000 Mark	
1902	488	1624		1907	1492	7641	
1903	701	2247		1908	1214	4779	
1904	949	3625		1909	1517	7551	
1905	1034	4071		1910	1961	11 070	
1906	1154	4676		1911	2707	11 030	

Da der Wert der gesamten sonstigen Ausfuhr Kameruns an Palmenkernen, Öl und Kakao im Jahre 1911 nur zirka 2 Millionen Mark betrug, so können die vorstehenden Ziffern am besten die Schärfe und Bedeutung der Krisis beleuchten, durch welche der jetzige Preissturz von Kautschuk die ganze Kolonie, Fiskus und Handel betroffen hat. Fast der gesamte Kautschuk wird aus den wilden Beständen der Kolonie durch die Sammeltätigkeit der Eingeborenen gewonnen, die das Produkt in großen Karawanen, die ständig 20 000 bis 30 000 Träger beschäftigen, in Lasten von je 30 Kilogramm brutto auf dem Kopfe zur Küste befördern; denn andere Transportmittel sind zurzeit nicht vorhanden wegen Fehlens von genügend schiffbaren Flüssen, Eisenbahnen und Lastautowegen.

Als Staatssekretär Dr. Zoll kürzlich in Kamerun weilte, hielt er auf dem Bankett der Handelskammer in Südkamerun in Kribi eine Rede, in der er sich besonders gegen das heutige System des Kameruner Handels aussprach und den Firmen vorwarf, sie hätten nicht wie Großkaufleute, sondern wie Krämer gehandelt, indem sie nicht auf gute Qualität des Kautschuks gehalten hätten. In der Tat krankt das jetzige System des Kameruner Kautschukhandels daran, daß mit zu großen Unkosten gearbeitet, und keine

^{*)} Vgl. die Aufschrift des ausgezeichneten Kenners portugiesischer Verhältnisse, Konrad Zingelmann, an die „Deutsche Kolonialzeitung“ (1913, Nr. 35).

erstklassige Kautschukqualität erzielt wird. Es ist deshalb das Hauptergebnis der Verhandlungen zu begrüßen, daß die Regierung sich bereit erklärte, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Handelskammer in ihren, auf die Verbesserung der Kautschukqualität und auf eine Reorganisation des Südhandels gerichteten Bestrebungen zu unterstützen. Bereits am 1. Oktober d. J. hat der Gouverneur der Kolonie eine Verordnung erlassen, die geeignet erscheint, die Qualität des kameruner Kautschuks und seinen Ruf auf dem Weltmarkte zu verbessern. Danach muß in Zukunft der gesamte in Kamerun aus den wilden Beständen gewonnene Kautschuk, bevor er den Produktionsbezirk verläßt, einer örtlichen Handelskontrollstelle vorgelegt und dort auf seine Beschaffenheit geprüft werden. Bevor der auf diese Weise geprüfte und zum Handel innerhalb der Kolonie freigegebene Kautschuk von Kamerun ausgeführt werden kann, muß er zur erneuten Prüfung einer Ausfuhrkontrolle vorgelegt werden. Verdorbener Kautschuk, der nicht mehr verbessert werden kann, wird von den Kontrollstellen eingezogen. Kautschuk, der zwar nicht handels- bzw. ausfuhrfähig ist, aber durch geeignete Maßnahmen exportfähig gemacht werden kann, wird dem Einlieferer zurückgegeben und kann nach erfolgter Verbesserung erneut zur Prüfung vorgelegt werden. Nur der für ausfuhrfähig erklärte Kautschuk wird von den Ausfuhrkontrollstellen zur Ausfuhr aus Kamerun freigegeben, nachdem er als ausfuhrfähige Ware besonders gekennzeichnet ist. Derjenige Kautschuk, der — ohne von den zuständigen Kontrollstellen für handels- bzw. ausfuhrfähig erklärt zu sein — gekauft, verkauft oder beliehen wird, unterliegt der Einziehung zugunsten des Fiskus. Mit der Einrichtung und Unterhaltung der örtlichen Handelskontrollstellen können die am Handel beteiligten Körperschaften (Handelskammern, Ein- und Verkaufsgenossenschaften usw.) betraut werden. Zur Deckung der hierdurch entstehenden Kosten wird von jedem zur Ausfuhr gelangenden Kilogramm Kautschuk eine Gebühr bis zum Betrage von 10 Pfennig erhoben. Als Ausfuhrkontrollstellen fungieren die amtlichen Zollstellen der Kolonie. Europäer, welche den Bestimmungen der neuen Verordnung zuwider handeln, werden mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Bei Eingeborenen finden die für diese üblichen Strafbestimmungen Anwendung.

Während der Kolonialstaatssekretär bei seiner Anwesenheit in Kibiri dem Wunsche der dortigen Handelskammer betreffend die Aufhebung des Kautschukauszufuhrzollses nicht entsprechen zu können glaubte, hat er neuerdings in seinen Anschauungen eine erfreuliche Wandlung eintreten lassen. In einer kürzlich mit den Vorständen des Vereins westafrikanischer Kaufleute und des Verbandes der kamerun- und Logopflanzungen stattgehabten Besprechung im Reichskolonialamt erklärte der Staatssekretär sich mit der Einführung eines Zolles einverstanden, dessen Höhe sich nach dem Marktpreis abstuft, und der ganz wegfällt, wenn der Marktpreis unter einer gewissen Höhe bleibt. Eine entscheidende Hilfe vermag allerdings die Verringerung bzw. Aufhebung des Ausfuhrzollses dem Kautschukhandel auch nicht zu bringen; denn der Zoll fällt schließlich nicht so ins Gewicht, daß dadurch der kameruner Gummihandel rentabel würde. Da vorläufig andere Entwicklungsmöglichkeiten für die Kautschukgebiete nicht gegeben sind, wird man vorläufig mit dem weiteren wirtschaftlichen Niedergang Südamerikas rechnen müssen. Vor allem muß der Kolonie auf anderem Gebiete Ersatz geschaffen werden: Die Regierung muß mit allen Kräften versuchen, die dortigen Eingeborenenkulturen zu fördern; die Entstehung von Kakaobäumen, Erdnuß-, Mais-, Celpalmenkulturen müßte begünstigt und die Häuptlinge durch Prämien angeeifert werden. Da sich die Eingeborenenkulturen vorläufig wegen der hohen Transportkosten nur an der Küste rentieren, muß vor allem das kameruner Bahnhafensystem schleunigst ausgebaut werden, das jahrzehntelang vernachlässigt wurde und nur eine Betriebslänge von zirka 270 Kilometern umfaßt.

Wie in Kamerun, sind auch in Deutsch-Ostafrika große Hoffnungen unserer deutschen Kolonisten zu Grabe getragen worden: denn fast ausnahmslos sind die dortigen Kautschukpflanzungen in ihrer Existenz bedroht. So führte in der Sitzung des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees vom 13. Oktober d. J., die sich mit der schwierigen Lage der Kautschukpflanzungen unserer Kolonien beschäftigte, Direktor Warnhoff, Vorsitzender des Verbandes deutsch-ostafrikanischer Pflanzungen, u. a. folgendes aus⁹⁾:

Die Manihotfrage in Deutsch-Ostafrika ist lechthin in allen Kolonialkreisen mit Ernst und Sorgen studiert worden. Der enorme Preisfall von Kautschuk, der durch die großen Zufuhren von Heveakautschuk aus dem Osten verursacht ist, hat die Manihotkultur in Ostafrika in eine sehr schwierige und ernste Lage gebracht. Ostafrika hat sich mit besonderer Intensität auf den Anbau von Manihotkautschuk in den letzten Jahren geworfen, und die Pflanzungen haben eine solche Ausdehnung gewonnen, daß heute wohl 19 Millionen Bäume in Ostafrika vorhanden sind. Von diesen Bäumen ist jetzt etwa die Hälfte zapfreif. Die Ausfuhr im Jahre 1912 betrug 1019 Tonnen.

Die Preise für die einzelnen Sorten sind heute etwa 2.30 Mark, 1.95 Mark, 1.85 Mark und 1.45 Mark. Es ist schwer, die reinen Gewinnungskosten im allgemeinen festzusetzen. Im allgemeinen kann man die reinen Gewinnungskosten auf 1.20 bis 1.35 Mark für $\frac{1}{2}$ Kilogramm trockenen Kautschuk annehmen. Rechnet man hierzu noch den Gewichtsverlust bis zu Haus, Verpackung, Fracht, Verladefeesen und die Verkaufsausancen, was etwa 20 v. H. ausmachen wird, so bedeutet das 1.45 bis 1.70 Mark für $\frac{1}{2}$ Kilogramm. Hinzu kommen noch die Waischkosten, die sehr verschieden nach der Art der Aufbereitung sind. Nicht berücksichtigt sind ferner die Kosten der Europäer und der Unterhalt der Pflanzung, ferner die notwendigen Abschreibungen, Nachpflanzungen und Verzinsung des angelegten Kapitals. Von dem Wirtschaftlichen Verband der Nordbezirke werden die Produktionskosten auf 1.60 bis 2.50 Mark für $\frac{1}{2}$ Kilogramm angegeben.

Nur in der Verringerung der Produktionskosten wäre eine Hilfe für die Kautschukkultur zu erblicken, doch sind die Versuche bisher ohne besondere Erfolge geblieben. Ob die Verringerung der Produktionskosten genügen würde, die Kultur aufrechtzuerhalten, läßt sich schwer sagen und hängt von der weiteren Preisgestaltung des Kautschukmarktes ab. Von Pflanzern in Ostafrika wird eine Rettung nur darin gesehen, daß die Arbeiterverträge auf lange Zeit geschlossen werden, wodurch sich die ungeheuren Anwerbekosten verringern sowie die Arbeitsleistung des einzelnen Zapfers bedeutend erhöhen würden. Zielen zum Beispiel die Anwerbekosten mit 20 Hellern für $\frac{1}{2}$ Kilogramm fort und erhöhte sich gleichzeitig das gewonnene Quantum um das Doppelte, was wieder 20 Heller ausmachen würde, so könnten dadurch 40 Heller = 50 Pfennig für $\frac{1}{2}$ Kilogramm erspart werden.

Ferner sind Wünsche laut geworden, die Frachten auf der Eisenbahn und den Dampfern zu ermäßigen. Die Fracht auf der Bahn beträgt bei einer Entfernung von 100 Kilometern etwa $2\frac{1}{2}$ Pfennig für ein Kilogramm, eine Ermäßigung um 50 Prozent würde also 1 Heller für $\frac{1}{2}$ Kilogramm ausmachen. Die Dampferfracht ist dieser Tage bereits von 90 Mark auf 65 Mark ermäßigt, was eine Ersparnis von $1\frac{1}{4}$ Pfennig für $\frac{1}{2}$ Kilogramm bedeutet. Diese Frachtersparnisse von 2 bis 5 Pfennig je nach der Entfernung von der Küste erscheinen mir keine Rettungsmittel für die gefährdete Kautschukkultur, wenn man daran denkt, daß die Kautschuksorten um über 2 Mark für $\frac{1}{2}$ Kilogramm seit Anfang 1912 gefallen sind. Immerhin muß man anerkennen, daß auch hier versucht worden ist, den Pflanzern in der schweren Krisis Erleichterungen zu schaffen.

⁹⁾ Nach dem Bericht des „Deutschen Kolonialblattes“ (1913, Nr. 21).

An eine wirkliche Besserung der Kautschukpreise zu glauben, ist mir unmöglich. Die Verhältnisse im Osten liegen so, daß die Zufuhren von dort weiter zunehmen werden, und da die Gewinnung billiger ist, und der Heveakautschuk höher bewertet wird, so ist es kaum möglich, Vorschläge zu machen, die Aussicht bieten, die Manihotkautschukkultur in Deutsch-Ostafrika wieder lukrativ zu gestalten.

Bezüglich des von der Kautschukkommission gefaßten Beschlusses wegen Einführung von Notstandstarifen für Eisenbahn- und Seefracht auf Kautschuk und die zur Gewinnung und Aufbereitung erforderlichen Materialien hat das Reichskolonialamt dem Komitee am 14. Oktober geantwortet, daß es betreffs Deutsch-Ostafrikas mit der vorläufigen Versekung von Kautschuk aus der zweiten in die billigere dritte Tariffklasse sein Einverständnis erklärt habe. Ferner sei u. a. eine Tarifiermäßigung auch für Chlorcalcium in Aussicht genommen worden. Wegen Herabsetzung der Seefrachten behalte sich das Reichskolonialamt weitere Mitteilungen vor.

Wie man sieht, will sich die Regierung bis jetzt nur der sogenannten kleinen Mittel bedienen, um der Notlage in Ostafrika abzuhelfen. Soll aber den Pflanzern ernstlich geholfen werden, so wird das in der Hauptsache nur geschehen können durch eine befriedigende Lösung der Arbeiterbeschaffung. Die Bestimmung, daß ein Arbeitsvertrag nur auf 270 Arbeitstage geschlossen werden darf, muß schleunigst geändert und gestattet werden, daß die Verpflichtung auf die dreifache Zeit und die entsprechend vermehrte Zahl der Arbeitstage abgeschlossen werden darf. Sehr treffend sagt in dieser Beziehung Dr. Arnin¹⁰⁾: „Heute müssen, selbst wenn sie es gar nicht wollen, 20 000 Kautschukarbeiter in jährlichem Wechsel auf der Landstraße sich heruntreiben. Mit Hin und Zurück wird für jeden einzelnen, ehe er in seinem Heimatdorf wieder in Tätigkeit kommt, rund ein halbes Jahr totgeschlagen. Wird statt des einjährigen ein dreijähriger Austausch eingeführt, so gewinnt man demnach ein volles Jahr Arbeitszeit, das der Gesamtheit des Landes zugute kommt, und die amtlichen Organe ersparen außerdem 66⅔ Prozent der Zeit, die sie für die Anwerbung aufzuwenden haben. Die Farbigen aber werden in der dreijährigen Dienstzeit an Ordnung und Regelmäßigkeit in der Arbeit erst wirklich gewöhnt, was ihrem Dasein als Einzelbauer, sobald sie zu ihm zurückkehren, ein ganz anderes Gepräge des allgemeinen Nutzens geben dürfte als der bisher übliche einjährige Dienst, zumal, was heute nicht der Fall ist, der dann zurückkehrende Arbeiter sich Geld genug verdient, um damit wirklich einen Hausstand und einen Erwerbsbetrieb einleiten zu können.“

Man wird sich mit der Tatsache abfinden müssen, daß im Laufe der Zeit die Produktionsländer ausscheiden werden, deren Herstellungskosten infolge des zu erwartenden enormen Preiserückganges nicht mehr gedeckt werden. Die stetig sich vermehrende Ausdehnung der südasiatischen Plantagen, die nach sachverständigem Zeugnis selbst bei einem Preis von 2 Mark pro Kilogramm immer noch mit Gewinn arbeiten können, wird dem Petrieb von Kautschukplantagen im Gebiete des Amazonasstroms, am Kongo, in Angola und besonders in den deutschen Kolonien ein Ende bereiten. Auch der Plan, ein internationales Kautschuk Syndikat mit einem Kapital von 50 bis 100 Millionen Frank zur „Valorisierung“ des Kautschuks zu bilden, verspricht wenig Erfolg, weil die Aufgabe, die zahlreichen Plantagen zu einigen und zu einer gemeinsamen Aktion zu veranlassen, fast unlöslich erscheint. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen des gesamten Weltmarkts dürfte ein Kapital in dieser Höhe kaum zu beschaffen sein, ganz abgesehen davon, daß Kautschuk ein Artikel ist, dessen jahrelange Aufstapelung mit Rücksicht auf die Qualitätsverschlechterung nicht möglich ist. Besonders verschärft wird die Krisis noch dadurch, daß die Käufer in der begründeten Hoffnung auf ein weiteres Fallen des Preises die Deckung ihres Bedarfs von Monat zu Monat hinauschieben.

¹⁰⁾ „Deutsche Kolonialzeitung“ 1913, Nr. 39, S. 640.

Allerdings ist der Kautschukmarkt noch sehr aufnahmefähig, denn eine Reihe von wichtigen neuen Verwendungsmöglichkeiten konnte bisher nur deshalb nicht ausgenutzt werden, weil der Preis des Rohmaterials zu hoch war. Auch werden bei niedrigerem Preise des Kautschuks die Ersatzstoffe sicherlich zum Teil wieder verdrängt werden; hierzu gehören in erster Linie Altgummi und regenerierter Gummi, deren Verbrauch in einer normal geleiteten Fabrik nach autoritativer Schätzung sogar schon größer ist als der von Rohkautschuk. Die Konsumvermehrung wird aber einen vollen Ausgleich nicht schaffen können, da sie bei der außerordentlich großen Zahl von Pflanzungen von der Produktion überflügelt wird und zu erwarten ist, daß bei dem in Aussicht stehenden großen Angebot von Pflanzungskautschuk dessen Preis noch weiter fallen dürfte. Wie H. Arzet¹¹⁾ hervorhebt, hat auch die ausgeprägte Geldknappheit, welche besonders die Kautschuk verarbeitenden Industrien in der ganzen Welt berührte, einen großen Anteil an der rückläufigen Bewegung auf dem Kautschukmarkt: „Gerade die gewaltigen Fortschritte in der Gummiindustrie, besonders im Pneumatikreisengeschäft, mußten rückschlagende Wirkungen im Gefolge haben. Die Schnelligkeit des Fortschritts resultierte in einem sich bald bemerkbar machenden, entsprechenden Kapitalmangel, das Geschäft ist so schnell gewachsen, daß ihm die Finanzierung überhaupt nicht standhalten konnte. Bekanntlich sind diesbezügliche Erscheinungen, d. h. Mängel in der Finanzierung von aufstrebenden und an und für sich gesunden Betrieben, neuerdings in den Vereinigten Staaten und besonders in New York zutage getreten. Das sind auch die innersten Ursachen dafür, daß die amerikanische Nachfrage auf dem Kautschukmarkt in der letzten Zeit entweder schwankend gewesen ist oder in gegebenen Augenblicken überhaupt im Stich gelassen hat. Eine allgemeine Besserung der Finanzlage würde dementsprechend auch eine, wenn auch in ihrem Umfang nicht abzuwägende Besserung auf dem Kautschukmarkt bedeuten. Amerika als Hauptkäufer muß in seiner Nachfrage entschieden mehr Gleichmäßigkeit zeigen, wenn der Markt einigermaßen stabil sein soll.“

Ein geeignetes Mittel zur Stabilisierung eines Weltmarktartikels liegt auch in der Standardisierung, die aber im vorliegenden Fall erst eintreten kann, wenn die wilden Kautschuksorten — abgesehen von den guten brasilianischen — überhaupt vom Weltmarkt verschwinden. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht, daß die Kautschukkommission des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees einen Standardauschuß eingesetzt hat, dem in der Sitzung vom 13. Oktober d. J. die wichtigsten heute im Handel befindlichen Plantagenkautschuksorten aus Ostafrika zur Ansicht vorlagen. Es wurde beschlossen: 1. Zur Vorbereitung der Schaffung von einheitlichen Marken wird zunächst eine planmäßige wissenschaftliche und fabrikatorische Prüfung vorgenommen, welche Eigenschaften und Beschaffenheiten die einzelnen Sorten besitzen. Die Ergebnisse der Prüfung werden dann an das Kaiserlich Biologisch-Landwirtschaftliche Institut Umani hinausgegeben zum Zwecke, die Ausbereitungsmethoden der hier gepriüften Sorten sowie deren Gesteungskosten an Ort und Stelle in der Kolonie festzustellen. Die zu diesem Zweck erforderlichen Mittel stellt die Kautschukkommission zur Verfügung. 2. Beim Kaiserlichen Gouvernement von Deutsch-Ostafrika zu beantragen, die Einrichtungen des Kaiserlich Biologisch-Landwirtschaftlichen Instituts Umani hinsichtlich der wissenschaftlich-technischen Prüfung des Kautschuks weiter auszugestalten, und ferner einen weiteren wissenschaftlichen Beamten einzustellen, der die Kautschukgebiete fortgesetzt bereist, aufklärt und Verbesserungsvorschläge besonders für eine einheitliche Produktion und gleichmäßige Lieferung macht.

¹¹⁾ „Gummiewelt“ 1913, Nr. 39.

Ueber die Bedeutung der Tuberkulose bei den Naturvölkern.

Von Professor Hans Ziemann, Charlottenburg.

Der ungeheueren Aufschwung der modernen Tropenmedizin hat es mit sich gebracht, daß bis in die allerletzten Jahre Ärzte und Zoologen sich hauptsächlich mit den spezifischen Tropenerkrankungen und vor allen Dingen ihren Erregern beschäftigt haben. (Malaria und Dysenterie, Parasiten, Trypanosomen und die sogenannten Leishmanien, die Erreger des Schwarzen Todes in Indien und der verwandten Erkrankungen waren vor allen Dingen Gegenstand des intensivsten Studiums.) Erst, als man immer weiter eindrang in die Pathologie der Tropen, sah man, daß neben den erwähnten auch eine ganze Anzahl unserer altbekannten heimischen Erkrankungen eine große Bedeutung für die Tropen zu beanspruchen habe. Da zeigte sich, daß speziell die Tuberkulose von der kolossalsten Wichtigkeit für die Pathologie der hauptsächlich in tropischen Gegenden wohnhaften Naturvölker geworden ist, ja, zum Teil noch mehr, wie selbst die Erkrankung, die man bisher für das größte Hindernis der wirtschaftlichen Eroberung der Tropen betrachtete: nämlich die Malaria. Dies aus dem einzigen Grunde, weil die Malaria eine leichtere und intensivere Art der Bekämpfung ermöglicht als die Tuberkulose, jedenfalls an den Stellen, wo letztere sich einmal eingenistet hat. Es kommt noch hinzu, daß die Tuberkulose bei den Naturvölkern, wie die moderne vergleichende Pathologie und die Statistik ergeben haben, nicht nur vielfach Neigung zu einer schnellen Verbreitung, sondern vor allen Dingen zu einem besonders schweren Verlauf zeigt. (Die Gründe werden wir noch unten kennen lernen.)

Betrachten wir nun zunächst die Tuberkulose außerhalb Europas, wie sie sich nach den Angaben der Statistik, nach der klinischen Beobachtung und vor allen Dingen neuerdings bei Anwendung der Pirquet'schen Kutanimpfung¹⁾ ergeben hat, so finden wir, wenn wir mit Amerika beginnen, folgendes:

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika haben nach Mac Garthy vor allen Dingen die Indianer in ganz ungeheurer Weise an Tuberkulose zu leiden. Es entfallen bei ihnen 66 bis 72 Prozent aller Todesfälle auf Tuberkulose. Colemans konnte 1896 unter 4893 Indianern des Arigladastammes allein 741 als tuberkulös erweisen, von denen in einem einzigen Jahre 124 starben. Die Tuberkulosemortalität war bei den Indianern 28 pro Mille, bei den Negern nur 7,5 pro Mille. Dann erst folgten die Chinesen. Im Vergleich hierzu zeigten sich von europäischen Einwanderern am stärksten die Irländer, dann die Skandinavier, ferner auf gleicher Stufe Deutsche, Engländer und Kanadier, am wenigsten aber die Juden betroffen. Wir kommen auf die hochinteressanten Verhältnisse bei den Juden noch zurück. — Die Japaner Nordamerikas verhielten sich bezüglich der Tuber-

¹⁾ Das Prinzip der Pirquet'schen Kutanimpfung besteht bekanntlich darin, daß man unter Anwendung derselben Technik wie bei der gewöhnlichen Schutzpockenimpfung mit Kuhpockenlymphe am linken Arme in einen ganz leichten Hautschnitt Tuberkulin (eine Emulsion abgetöteter Tuberkelbazillen) einimpft, in zwei benachbarte eben solche Kontrollschnitte aber nicht. Wenn nun ein Mensch zu irgendeiner Zeit mal unter dem Einflusse von Tuberkelbazillen gestanden hat, selbst ohne klinisch nachweisbar an Tuberkulose zu erkranken, bildet sich als spezifisches Reaktionsprodukt des durch Tuberkelbazillen umgestimmt gewesenen Organismus an dem mit Tuberkulin benetzten Impfschnitt eine ganz charakteristische entzündliche Papel aus. Diese Reaktion kann man für die praktisch in Frage kommenden Zwecke als spezifisch für früher stattgehabte oder noch bestehende tuberkulöse Infektion bezeichnen. Die Ausnahmen interessieren uns hier nicht.

kulosemortalität ähnlich wie die Europäer. Als die Indianer noch als freie Nomaden in der Wildnis herumzweiften und noch nicht ansässig waren, waren sie tuberkulosefrei, ebenso die Neger, als sie vor Aufhebung der Sklaverei noch nicht ein städtisches Proletariat bildeten. In der Negerbevölkerung der Kleinen Antillen zeigt sich die Tuberkulose bei dem städtischen Proletariat in ganz ungeheurer Weise verbreitet. Bekannt ist, daß die Negerregimenter Englands auf den Kleinen Antillen außerordentlich unter Tuberkulose zu leiden haben, und daß in Yukatan mit seiner farbigen Mischbevölkerung mehr als 30 Prozent der Todesfälle auf Tuberkulose zurückzuführen sind. Auch unter dem städtischen Proletariat der Küstenstädte von Venezuela habe ich Tuberkulose ganz außerordentlich verbreitet gefunden, während ich unter der Hirtenbevölkerung der Hochebenen Venezuelas gelegentlich meiner Untersuchung über die sogenannte Konadera der Rinder keine Tuberkulose feststellen konnte. Rusquez und Rojas fanden jedenfalls Tuberkulose als die zweithäufigste Todesursache in Venezuela. Immerhin ist Venezuela noch günstig anderen Ländern gegenüber gestellt, über welche wir genaue statistische Mitteilungen haben. Am stärksten ist sie in der Hochebene von Caracas verbreitet.

Die an der Mündung des Orinoko befindliche Insel Margarita hatte noch vor 20 Jahren keinen Fall von Tuberkulose aufzuweisen. Jetzt beträgt dort die Tuberkulosemortalität 5 pro Mille. In Brit.-Guiana fand ich in den medizinischen Jahresberichten der Kolonie 1898/1900 die Tuberkulose als hauptsächlichste Todesursache, und zwar mit 8,8 Prozent. In der ganzen Kolonie betrug die Sterblichkeit an Tuberkulose 5,9 Prozent der Gesamtsterblichkeit.

Unter den Indianern Südbrasiens, die mit der Kultur in Berührung kamen, hat ebenfalls die Tuberkulose starke Verbreitung gefunden, während die noch wilden Stämme im Innern Argentinens noch frei sein sollen. Frei sind ja auch, nach den Mitteilungen Westenhöfers, das Hochland von Bolivien sowie Ecuador und Peru in einer Höhe von 3000 m über dem Meere, während die Tuberkulose bei dem Mischvolk der Chilenen, die ja zum größten Teil von Indianern abstammen, ungeheure Verbreitung gefunden hat. Jedenfalls war die Tuberkulose in Chile nach Westenhöfer als Todesursache an erster Stelle zu verzeichnen; auch fand Westenhöfer bei 45 Fällen von Lungentuberkulose nur in 26 Fällen einen chronischen Verlauf. Mindestens in einem Drittel der Fälle war der Verlauf ein akuter. Vor allem ergab sich aus den Angaben Westenhöfers, daß zwar nur halb so viel Menschen in Chile an Tuberkulose erkrankten wie in Europa, aber mindestens ebensoviel vernichtet werden, daß, mit anderen Worten, die Tuberkulose dort einen besonders akuten Verlauf nimmt. Die Erklärung werden wir, wie schon erwähnt, weiter unten zu geben haben.

In **Asien** zeigt sich speziell in dem enorm überbevölkerten Südchina, besonders in der Provinz Künan und unter der in Städten zusammengepferchten Küstenbevölkerung Formosias, die Tuberkulose sehr verbreitet. Dagegen konnte ich bei dem Studium der Sanitätsberichte aus der deutschen Kolonie Tsingtau 1909 bis 1911 nur drei Fälle von Knochen- und einen Fall von Lungentuberkulose unter Tausenden von poliklinischen Fällen feststellen. Diese außerordentliche Seltenheit der Tuberkulose in der Gegend von Tsingtau, die voraussichtlich auch in den übrigen Teilen der Provinz Schantung sich finden wird, ist natürlich für die wirtschaftliche Entwicklung daselbst von der größten Bedeutung. Dagegen soll die Tuberkulose nach Mettschnikoff bei den Kalmücken, nachdem sie ihr Nomadenleben aufgegeben haben, eine außerordentliche Zunahme erfahren haben. In Indien gibt der letzte Annual Report of the sanitary Commissioner 1908, erschienen in Kalkutta 1912, über die

Tuberkulose in dem für England so enorm wichtigen Lande hochinteressante Aufschlüsse. Hiernach war die Tuberkulose bei den einzelnen Stämmen verschieden stark verbreitet. Der Stamm der Shurka war in 7,3 pro Mille, die Bergstämme der Lix und der Maratten nur in 1,8 bzw. 1,5 pro Mille von Tuberkulose heimgesucht. In den indischen Gefängnissen stand die Tuberkulose als Todesursache, wie überall in der Welt, an erster Stelle, während bei den indischen farbigen Soldaten die Tuberkulose hinsichtlich der Morbidität und Mortalität von Typhus, Malaria, Pneumonie übertroffen wurde.

In Hinterindien, in Annam, scheint aber schon seit längerer Zeit und nicht erst seit dem Eindringen der europäischen Kultur die Tuberkulose verbreitet zu sein (soweit man aus den Forschungen Bernards, Rouns und Meslins entnehmen kann). Erwähnenswert ist hinsichtlich der Ätiologie der Tuberkulose in Annam, daß die Eingeborenen dort Milch und Käse nicht konsumieren, also ihre Tuberkulose nicht auf Kindertuberkulose zurückgeführt werden kann. Die letztere scheint sich übrigens, nach Koch, dort gar nicht zu finden. Die oben erwähnten Forscher haben die Pirquetsche Rutanimpfung dort bei steigendem Lebensalter in immer stärkerem Prozentsatz positiv gefunden. Während Kinder im Alter von zwei Monaten bzw. zwei Jahren nur in 2,59 Prozent positive Reaktion zeigten, waren die höheren Altersklassen im Alter von 31 bis zu 70 Jahren schon in 73,48 Prozent betroffen. Bekannt ist ja, daß bei uns der Prozentsatz der positiven Impfungen 80 bis 90 Prozent bei den Erwachsenen ausmacht. Dieselben Verhältnisse scheinen nach Jeanselme in dem Königreich Siam vorzuliegen.

Auf der Halbinsel Malakka fand ich nach den medizinischen Berichten der Straits Settlements 1908/09 bei Tuberkulose ein Verhältnis der Mortalität zur Morbidität schon wie knapp 1:2, bei Malaria nur wie 1:9 bzw. 1:16. Es zeigte sich, daß die Tuberkulose dort für die Mortalität eine bedeutend größere Rolle spielt, als selbst die Malaria. Ein Beweis für das, was ich im Anfange meiner Ausführungen gesagt habe.

Auf den Andamanen des Indischen Ozeans ist, nach Temple, die Mortalität infolge von Tuberkulose der infolge von Malaria und Dysenterie gleichwertig an die Seite zu stellen.

Auch in dem Colonial Report der Insel Ceylon 1909 konnte ich für jenes Jahr 4195 Todesfälle infolge von Tuberkulose verzeichnet finden.

Bei der Eingeborenenbevölkerung des Holländischen Archipels ist, nach Schüffner, die Tuberkulose in Sumatra schon recht häufig, während in Batavia Kiwit de Jonge bei eingeborenen Schulkindern Tuberkulose scheinbar noch selten sah.

Demgegenüber entfielen auf den Philippinen 1908 35 Prozent der Todesfälle bei Kindern auf Tuberkulose. Gillman und Andrew konnten dort bei 600 Sektionen in 32 bis 40 Prozent aktive Tuberkulose feststellen.

In der Südsee ist die Tuberkulose hauptsächlich in Neu-Kaledonien und auf den Marquesasinseln verbreitet, wo nach Kermorgant das Aussterben der Kanaken auf die Ausbreitung der Tuberkulose zurückzuführen war.

In Neuguinea nimmt, nach den Medizinalberichten der deutschen Kolonien, die Tuberkulose von Jahr zu Jahr zu und machte 1909/10 bereits 10 Prozent der Gesamt mortalität aus.

Im Bismarckarchipel konnten allerdings in Herbertshöhe 1909/10 unter 382 kranken Farbigen nur zwei Fälle von Lungentuberkulose und in Rabaul unter 546 Farbigen zehn Fälle von Tuberkulose entdeckt werden.

Auf der Gazellenhalbinsel bedingte aber 1909/10 die Tuberkulose bereits 15,8 Prozent aller Todesfälle.

Auf den westlichen Karolinen waren 1909/10 unter 785 Farbigen 55 Tuberkulose verzeichnet, auf den östlichen Karolinen unter 1742 Fällen nur erst ein Fall.

Auf der Insel Jap im Stillen Ozean soll nach dem Jahresbericht 1908/09 auf die Tuberkulose die dort stetige Bevölkerungsabnahme zurückzuführen sein.

Auch auf den übrigen Marshallinseln scheint die Tuberkulose im Fortschreiten begriffen zu sein. 1909/10 kamen auf Samoa unter 1783 farbigen Kranken bereits 67 tuberkulöse Erkrankungen vor.

Im Australien ist die Tuberkulose, besonders in Städten, stark verbreitet, speziell in Victoria, wo sie die Mortalität am stärksten beeinflusst.

In Nordafrika ist sie noch relativ selten bei den im Freien lebenden Beduinen und den Landarbeitern, aber in stärkerer Zunahme begriffen bei dem städtischen farbigen Proletariat von Marokko, Algier und Tunis, wo besonders die Berber stark betroffen sind, während sie bei den Ägyptern, die nach Elliot Smith schon vor Christi Geburt Tuberkulose gehabt haben, weit weniger verbreitet ist. Im Zusammenhange damit steht, daß in der ägyptischen Armee auch die sudanesischen Soldaten im Verhältnis von 3,7 pro Tausend betroffen waren, die Ägypter nur in 1,5 pro Tausend.

In der Gegend von Konstantine in Algier fand Parrot die Pirquetsche Reaktion fast ebenso häufig positiv wie in Europa.

Bemerkenswert ist, daß die Tuberkulose auch unter den alkoholabstinenten Mohammedanern weniger wütet als unter der heidnischen und christlichen Bevölkerung. Ueberhaupt sollen, nach Kermorgant, enge Beziehungen in den französischen Kolonien bestehen zwischen der Ausbreitung der Tuberkulose und dem Alkoholkonsum. Bei den vergleichenden Betrachtungen mit den Verhältnissen in anderen Kolonien dürften aber neben dem Alkoholismus auch noch andere Faktoren, wie Verschiedenheit der Wohnung, Kleidung, Ernährung, Reinlichkeit, Immunitätsverhältnisse, eine Rolle spielen.

Auf den der Küste vorgelagerten Kapverdischen Inseln, die, wie ich mich selber überzeugen konnte, von einer ziemlich verkommenen, zum Teil in Städten stark zusammengepferchten Negerbevölkerung bewohnt sind, ist die Tuberkulose sehr verbreitet, ebenso an der gegenüberliegenden Küste Senegambiens. (Die Franzosen Bourgé und Bourrager fanden dort bei farbigen Knaben sogar in 35,3 Prozent positiven Pirquet.)

An der Elfenbeinküste, in der Gegend von Grandbassam, fand Sorel bei 45 Personen in 12,4 Prozent positiven Ausfall des Pirquet. Es war dies in der Gegend der Küste, während 350 Kilometer landeinwärts sich in einer noch nicht durch Eisenbahnen erschlossenen Gegend nur in 2 Prozent positiver Pirquet fand.

Eine schnelle Zunahme erfährt die Tuberkulose auch an der englischen Goldküste. Während ich im Jahre 1901 dort unter 1649 Fällen nur 5 Fälle von Tuberkulose verzeichnet finde, entfielen nach dem Jahresbericht von 1910 auf 126 Todesfälle bereits 30 auf Tuberkulose. Diese stand hier mit in erster Reihe der Todesursachen.

Auch in Loko zeigt die Tuberkulose zunehmende Verbreitung. In den Hospitälern der wirtschaftlich so außerordentlich wichtigen Kolonie Lagos war das Verhältnis der Mortalität zur Morbidität:

bei Malaria wie 1:257,

bei Dysenterie wie 1:109,

bei Tuberkulose bereits wie 1:6.

Das sind erschreckende Zahlen

Während die Tuberkulose auf der Insel San Thomé, wo die portugiesische Verwaltung musterhaft für gute Wohnung und Ernährung der Eingeborenen sorgt, seltener ist, fordert die Tuberkulose im städtischen Proletariat der Insel Fernando Po bereits eine Menge Opfer.

In Kamerun konnte ich das allmähliche Vorrücken der Seuche besonders deutlich beobachten. Noch Friedrich Plehn hatte in Kamerun bei den Eingeborenen keine Tuberkulose gefunden, auch N. Plehn hatte sie als außerordentlich selten betrachtet. 1905/06 konnte ich in Duala, dem Hauptort Kameruns, keinen einzigen Fall beobachten. 1907/08 fanden sich aber unter 3657 farbigen Hospitalfranken bereits 16 Fälle von Tuberkulose. Allerdings ist zu bemerken, daß in den letzten Jahren eine zunehmende Einwanderung höherstehender Neger von der stärker infizierten Küste nach Kamerun stattfindet, speziell aus Togo, Lagos usw. Aber 1910/11 finden wir bereits im äußersten Südosten Kameruns, in Molundu, dreimal Lungen- und einmal Sehnencheidentuberkulose erwähnt. 1908 wurden von Külz in der Nähe von Duala bereits 10 Fälle von Tuberkulose mit reichlichem Bazillenbefunde beobachtet, allerdings bei dem sehr degenerierten Stamme der Jabaßi. Auch bei dem sehr verkommenen Stamme der Mabeas im Süden Kameruns, bei den Bakwiris am Fuße des Kamerungebirges und bei den halbzivilisierten sogenannten Viktorianern dasselbst waren die Bedingungen zur Verbreitung der Tuberkulose eher gegeben, als bei dem durch Handel und Verkehr am Haupthandelsplatze der Kolonie relativ wohlhabend gewordenen Stamm der Duala. Diese wohnten in sauberen, auf Veranlassung der Sanitätsbehörde nach mehr modernen Prinzipien angelegten Hütten nach zum Teil schon europäischer Bauart. Die Betreffenden hatten die Anregung des Arztes, auch Fenster und Türen in ihren Hütten anzubringen, auf Grund der allgemeinen, immer wiederholten sanitären Volksbelehrungen gern angenommen. Köhlein fand 1910/11 in dem Sektionsmaterial in Duala bereits in 3 Prozent der Fälle tödlich verlaufende Tuberkulose. Ich möchte bemerken, daß gerade die allerletzten Jahre für die Bevölkerung Kameruns durch den Bau zweier von Duala ausgehender Bahnen und durch die Erschließung des Hinterlandes eine rapide soziale Umwälzung erfahren haben, wodurch die einzelnen Negerstämme mehr als bisher in innigen Kontakt miteinander kommen und vor allen Dingen auch mehr in Kontakt mit der europäischen Bevölkerung. Jedenfalls konnte man auf Grund der früher negativen Befunde bei dem nach Tausenden zählenden poliklinischen Material und der früheren negativen Sektionsbefunde die eingeborene Dualabevölkerung mit Recht als bis vor kurzem tuberkulosefrei bezeichnen. Auch die Bergstämme des Hochlandes von Tschang in 1600 Meter Höhe hatte ich bei meinen diesbezüglichen Untersuchungen bei Massenimpfungen nach Pirquet 1910 noch als tuberkulosefrei bezeichnen können.

Die im Jahre 1909/10 von mir und meinem verstorbenen Freunde und Assistenten Fries vorgenommenen Pirquetschen Impfungen ergaben bei 131 fieberfreien, scheinbar nur äußerlich erkrankten Männern, Frauen und Kindern über 10 Jahre einen positiven Pirquet in 4,6 Prozent, bei 87 scheinbar gesunden Schülern im Alter von 8 bis 16 Jahren in 3,4 Prozent, bei 33 Missionschülern im Alter von 8 bis 16 Jahren in 3 Prozent, bei 43 Duala-Kindern im Alter von $\frac{1}{2}$ bis 6 Jahren in 2,3 Prozent, bei 121 Gefangenen, meist Duala, zum Teil auch Leuten aus dem Hinterlande Kameruns, bzw. Neu-Kameruns, schon in 6,6 Prozent.

Hochinteressanterweise zeigte sich bei vier erwachsenen Duala, die in Europa gewesen waren, trotz klinisch nicht nachweisbarer Tuberkulose, in zwei Fällen — 50 Prozent positiver Pirquet.

Ein Beweis dafür, daß man den Farbigen in ihrem eigenen Interesse die Erlaubnis zur Auswanderung nach Europa nur in Ausnahmefällen geben soll.

Bei Bantusoldaten von verschiedenen Stämmen war unter 91 Männern der Pirquet positiv in 44 Prozent, bei 82 dazugehörigen Frauen in 3,66 Prozent, bei 62 Kindern in 3,23 Prozent.

Es handelte sich bei den Soldaten um ärztlich ausgesuchte Leute, bei denen klinische Erscheinungen von Tuberkulose nicht nachweisbar waren.

Des wissenschaftlichen Interesses halber sei erwähnt, daß in vier Fällen von *Lepra tuberosa* alle positive Reaktion zeigten, bei drei Fällen von *Lepa anæsthetica* nur einer. (Es wäre dringend wünschenswert, daß die Pirquetschen Reaktionen bei einem größeren Material von Leprafranken fortgesetzt würden.) Sämtliche von mir daraufhin untersuchten Fällen von *Rhinopharyngitis mutilans* bei den Eingebornen einer nur äußerlich an Hauttuberkulose erinnernden Krankheit zeigten keine positive Reaktion.

Im Belgischen Kongo fand Mouchet 1911/12 bei 79 Autopsien 29 mal Tuberkulose, d. h. also in 36,71 Prozent.

Auch im französischen Kongogebiet soll Tuberkulose in den Städten zunehmende Verbreitung zeigen, während sie nach meinen bisherigen Erfundungen in Portugiesisch-Angola im allgemeinen relativ wenig vorkommt.

In Südwestafrika scheint Tuberkulose bei den Eingebornen nicht selten zu sein. Ich konnte dies schließen aus interessanten Befunden bei einem größeren Trupp Hottentotten, die in einer Stärke von 26 Männern, 40 Frauen und 27 Kindern im Jahre 1910 aus politischen Gründen nach Kamerun verbannt wurden. Dieselben langten auf der Höhe der ziemlich kühlen Regenzeit in Duala an, wo sie bereits bei der Ankunft an heftigen Bronchial- und Darmkatarrhen litten. Die außerordentlich ausgemergelten und geschwächten Individuen erkrankten trotz intensivster Chininprophylaxe auch fast sämtlich an *Malaria Perniciosa*, an der sogar fünf starben. Bei den Hottentotten war die Reaktion positiv:

bei 24 Männern in 41,5 Prozent,
bei 38 Weibern in 42,2 Prozent,
bei 24 Kindern in 37,4 Prozent.

Eine Anzahl von ihnen starb auch an akuter Tuberkulose, kompliziert mit *Malaria*. Bei dem überlebenden Rest von 42 der dann nach dem Hochlande von Tschang versetzten Hottentotten zeigte sich bei einer Impfung durch Dr. Rinke

positive Reaktion in 54,6 Prozent,
verdächtige Reaktion in 2,4 Prozent,
negative Reaktion in 42,9 Prozent.

Und zwar war die Reaktion

bei 34 Erwachsenen zweiundzwanzigmal positiv = 64,7 Prozent,
bei 8 Kindern nur in 25 Prozent.

Nach den Angaben Dr. Rinkes war demnach die Pirquetsche Reaktion bei den Hottentotten im Hochlande von Tschang, nachdem ihre Ernährung und ihr Intkommen verbessert waren, häufiger positiv befunden worden wie in Duala, als die Reaktionsfähigkeit ihres Organismus durch das Klima, Darm- und Bronchialkatarrh geschwächt war.

In Südafrika ist die Tuberkulose überall, wo industrielle Betriebe sind, speziell in den Bergwerken, stark verbreitet. Die englischen Ärzte berichten, daß die dort infizierten Farbigen die Krankheit leicht nach ihrer Heimat verbreiten, wo sie durch die unhygienischen Wohnheiten der Eingebornen hinsichtlich Wohnung und Ernährung weitere Verbreitung findet.

Im Basutolande waren 1909 nach dem Annual Report 117 Fälle von Lungen- 109 Fälle von Lymphdrüsen- und 43 Fälle von Hauttuberkulose behandelt worden. Indes nahm hinsichtlich Mortalität Tuberkulose unter den Todesursachen erst den neunten Platz ein. Während in der Kapkolonie die Todesfälle infolge von Tuberkulose unter Europäern in 35 Städten 14 pro 1000 betrugen, stieg bei den Farbigen in 6 Städten des westlichen Kaplandes die Zahl auf 8,6 pro 1000. Nach den Berichten Friedrich Plehns war früher an der ostafrikanischen Küste in Deutsch-Ostafrika Tuberkulose selten. 1909/10 kamen in Deutsch-Ostafrika bei 34 984 Fällen im ganzen erst 43 Fälle auf Tuberkulose, also rund 0,13 pro 1000. Indes soll sich neuerdings die Tuberkulose längs der Karawanenstraßen am Tanganjikasee stark verbreiten. Ferner fand Peiper in Kilwa, im Süden der Kolonie, den Pirquet positiv bei 98 erwachsenen stadtbewohnenden Negern bereits in 17,4 Prozent, bei 38 Negerchülern in 22,4 Prozent, bei anässigen Indern sogar in 24,4 Prozent.

Lenz beobachtete bei den farbigen Arbeitern des ostafrikanischen Eisenbahnbaues ebenfalls mehrere Fälle von offener Lungentuberkulose. Im Hinterlande scheint die Tuberkulose jedenfalls durchschnittlich an den meisten Orten noch ganz zu fehlen bzw. außerordentlich selten zu sein.

Noch gar nicht betroffen soll der Stamm der Niamniam im östlichen Teile von Zentralafrika sein. Auch in den Hochländern Abessinien und Arabien scheint die Tuberkulose noch wenig oder gar nicht aufzutreten.

Wenn wir also von den Ägyptern und Annamiten absehen, können wir resümierend feststellen, daß die farbigen Völker jedenfalls in der großen Mehrzahl noch bis vor relativ kurzer Zeit ganz oder zum Teil noch jezt tuberkulosefrei waren, daß aber in der neueren Zeit diese Krankheit bei ihnen Neigung zur rapiden Ausbreitung und zu einem besonders akuten Verlauf zeigt.

Worauf ist nun dieses Verhalten der Tuberkulose zurückzuführen? — Da sei in diesem Zusammenhange der interessanten Jacobson'schen Beobachtung Erwähnung getan. Jacobson fand, daß, wenn man Kaninchen, die eine experimentell erzeugte lokale Tuberkulose hatten, später Tuberkelbazillen endovenös einimpfte, die Tiere eine chronisch verlaufende Tuberkulose bekamen. Wenn man aber die Kaninchen nicht vorher lokal tuberkulös infizierte und dann die Tuberkelbazillen endovenös einimpfte, erkrankten die Tiere an schwerer allgemeiner Tuberkulose. In sinngemäßer Anlehnung an dieses Tierbeispiel scheint man nun auf Grund des früher vorgebrachten statistischen und klinischen Materials behaupten zu können, daß die Tuberkulose bei denjenigen Rassen, bei denen die früheren Geschlechter noch nicht durch Ueberstehen der Tuberkulose eine relative Immunität erworben haben, einen besonders schweren Verlauf nimmt, während, wenn bei einem Volke schon seit vielen Jahren Tuberkulose besteht, die klinischen Erscheinungen milder und leichter verlaufen. Ein hochinteressantes Beispiel hierfür ergibt sich ja auch, wenn man die relative Tuberkuloseimmunität der jüdischen Rasse mit der anderen europäischen Rasse vergleicht. Das jüdische Volk hat ja schon seit vielen Jahrhunderten sich hauptsächlich in Städten aufgehalten und damit frühzeitig eine Anpassung an relativ unhygienische Lebensgewohnheiten erworben, damit auch eine Resistenz gegen schädigende, zur Tuberkulose disponierende Einwirkungen. Die relative Mäßigkeit im Alkohol-

genuß und überhaupt die Enthaltſamkeit, die der ſemitischen Raſſe zugeſchrieben wird, dürften hier nur von ſekundärer Bedeutung ſein. Es kamen nach Fiſchberg 1901 in New York bei den Italienern und Griechen dreimal mehr Fälle von Tuberkuloſe vor als bei den Juden, die hiñſichtlich Ernährung und Wohnungsverhältniſſe mindestens nicht beſſer geſtellt waren als die Italiener und Griechen. Ebenſo ſtarben in Wien von Juden an Tuberkuloſe nur 17,8 von 10 000, von Proteſtanten 32,8, von Katho- liken ſogar 49,6. Auch in Lemberg und Krafau war die Mortalität inſolge von Tuberkuloſe bei den Juden zwei- bis dreimal ſo gering als bei den Chriſten. In Budapest verhielt ſich die Tuberkuloſemortalität der Juden zu der der Chriſten wie 21 : 46, in Rumänien wie 25 : 38. In Uebereinkunft damit ſteht, daß in Tunis von 10 000 Juden an Tuberkuloſe 0,75 ſtarben, von eingewanderten Europäern 5,13, von Städtebewohner gewordenen Arabern 11,3. Auf endogene Raſſeneigen- ſchaften der Juden kann man dieſe relative Immunität nicht zurückführen, da wir ja auch im jüdiſchen Volke eine Menge verſchiedener Typen, blond und dunkel, groß und klein, ſtark und ſchwächlich, finden. Es iſt eben in erſter Linie die durch die Ahnen erworbene Immunität, die die obenerwähnten Verhältniſſe bedingt. Daß natürlich auch die wiſſchaftlichen Verhältniſſe bei den Juden bezüglich der Tuberkuloſemortalität in Betracht kommen, ſehen wir daran, daß die Sterblichkeit an dieſer Krankheit bei den reichen Juden in den wohlhabenden Stadtteilen New Yorks, nach Fiſchberg, bedeutend geringer war wie in den ärmeren Einwanderervierteln. Jedenfalls ſehen wir aus dem Vorhergegan- genen, daß eine völlige Immunität gegen die Tuberkuloſe bei keiner Raſſe gefunden wurde. Die Diſpoſition zur Tuber- kulose zeigte ſich bei den farbigen Raſſen, deren frühere Ge- ſchlechter noch nicht von der Tuberkuloſe durchſeucht waren, beſonders ſtark, wenn ſie bei der Verührung mit der euro- päiſchen Kultur, in ein ihnen bis dahin ungewohntes, fremdes Milieu verſetzt, zum erſtenmal den ihnen vorher unbekannten Kampf ums Daſein zu beſtehen haben und dieſen Kampf unter verſchlechterten Verhältniſſen führen müſſen. Gewiß bringen die Kultur und der moderne Verkehr den Eingeborenen eine Fülle von Segen, aber auch eine Menge Unglück. Der ihnen unter veränderten Verhältniſſen aufgezwungene Kampf ums Daſein und die Verührung mit der europäiſchen Kultur führen, nament- lich im Anfange, zu einer Verſchlechterung der Wohnungs- und Ernährungsbedin- gungen, da die Betreffenden die früher bewohnten, meiſt luſtigen Wohnungen auf- geben und ſich meiſt in ſchlecht ventilierten Räumen, hauptſächlich in der Nähe der Europäer, zuſammendrängen. Die ſogenannte Kultur gibt den Eingeborenen, jeden- falls im Anfange, nichts Beſſeres für das, was ſie aufgeben. Die Eingeborenen wählen auch, ſtatt der gewohnten luſtigen, zwar kümmerlichen, aber doch zur Abhärtung führenden Kleidung aus Eitelkeit und Nachahmungstrieb dichte europäiſche Kleider, wodurch zweifellos die Reinigung von Schweiß und Staub nicht erleichtert, die Nei- gung zu Erkältungen aber begünſtigt wird. Selbſtverſtändlich verläuft dieſer Zerſetzungsprozeß nicht bei allen Naturvölkern gleich- mäßig. Je nachdem die Einwirkungen der Kultur ein Natur- volk ſchneller oder langſamer treffen, und je nach der Reſiſtenz gegen Tuberkuloſe im Speziellen, wird die Tuberkuloſe natür- lich bei den einzelnen Naturvölkern ihren Siegeslauf in ver- ſchiedener Stärke und Schnelligkeit antreten. Jedenfalls wirken auch die verſchiedenen Faktoren bezüglich Ernährung, Klima uſw., endemiſche Krankheiten wie Malaria, Ankyloſtomiasis, Framboſie uſw. hierbei differenzierend und variiierend ein. Auch je nachdem die Ein-

geborenenbevölkerung an anderen Infektionskrankheiten endemischer oder epidemischer Art leidet, zum Beispiel an chronischer Malaria, Ankylostomiasis, an Geschlechtskrankheiten, Syphilis, Frambösie, Darmkrankheiten und vor allem an Unterernährung, wird sich das Bild verschieden gestalten. Bei den Negern speziell kommt noch ihre besondere Disposition zu allen Erkältungskrankheiten hinzu, die die Basis für tuberkulöse Lungenaffektion schafft, eine vor allem wichtige Rolle zu spielen.

Welche primären Momente sind nun in erster Linie für die Verbreitung der Tuberkulose unter den Negervölkern verantwortlich zu machen, wenn wir daran festhalten, daß die meisten Naturvölker bisher tuberkulosefrei waren? Es ist keine Frage, daß für die meisten Naturvölker früher die so häufig tuberkuloseinfizierten Europäer vor allem als Überträger zu bezeichnen waren. In den deutschen Kolonien speziell dürfte aber diese Rolle der Europäer neuerdings relativ sehr gering sein, da es sich meist um ein kräftiges, in Deutschland sehr sorgfältig vorher untersuchtes Menschenmaterial handelt, bei dem schon durch diese Untersuchung die Tuberkulösen bzw. Tuberkuloseverdächtigen ausgeschaltet werden. In den deutschen und englischen Kolonien wird ja neuerdings auch mehr und mehr eine räumliche Trennung der Europäer von den farbigen Rassen angestrebt und zum Teil auch durchgeführt. Es kommt noch hinzu, daß Europäer, bei denen eine bis dahin vielleicht latent verlaufende Tuberkulose in dem feuchtwarmen Tropenklima einen akuten Verlauf nimmt, fast stets bald zur ärztlichen Beobachtung gelangen und, wenn irgend angängig, nach Europa zurückgeschickt werden. Ich habe übrigens immer wieder finden können, daß offene Lungentuberkulose im feuchten Tropenklima einen akuten und rapiden Verlauf nimmt, wahrscheinlich bedingt durch die leicht zu Erkältungen führenden Eigentümlichkeiten des Tropenklimas und die allgemein schwächende Wirkung des letzteren, wozu noch in vielen Fällen die Einflüsse anderer Krankheiten, wie Malaria und Ankylostomiasis, kommen.

In Kamerun konnte ich feststellen, daß neuerdings aber speziell die Haussas, ein den ganzen Sudan bis zu den Küsten des Atlantischen Ozeans durchstreichendes Mischvolk von Bantunegern, Hamiten und Semiten, welches in engsten Kontakt mit den Eingeborenen tritt, als Verbreiter der Tuberkulose zu bezeichnen sind. Dieses Volk ist schon früher von mir als Verbreiter wichtiger Volksseuchen, wie Pocken und Geschlechtskrankheiten, bezeichnet worden. Die Tuberkulose kann bei den Haussas um so eher Verbreitung finden, als dieselben in äußerst schlechten, niedrigen, gegen Luft und Licht abgesperrten Hütten wohnen. Ueber die Bedeutung des Haussas für die Verbreitung der Tuberkulose war früher noch nichts bekannt. In Kamerun verlief nun unter den Haussas der Pirquet positiv:

bei 41 Männern in 26,8 Prozent,

bei 20 Frauen in 30,0 Prozent,

bei 22 Kindern in 18,1 Prozent.

Unter elf Männern mit positiver Reaktion zeigten auch drei deutliche katarrhalische Spitzenaffektionen, ebenso einige Frauen. Diese Beobachtungen fordern dringend zur weiteren systematischen Nachprüfung in anderen Kolonien auf. Die eingeborenen Neger, die noch wenige Jahre vorher tuberkulosefrei gewesen waren, zeigten auch schon positiven Pirquet in drei bis vier Prozent der Fälle.

Bedeutlich mußte es stimmen, daß auch die Syrer, die in zunehmender Zahl die Westküsten Afrikas neuerdings aufsuchen und zum Teil in engen Konnex mit den Eingeborenen treten, in Westafrika als Tuberkuloseüberträger in Frage kommen. Ich konnte bei sieben Syrern, fünf Männern und zwei Frauen, in 42,3 Prozent

positiven Pirquet finden, also in einem außerordentlich viel größeren Prozentsatz als bei den Eingeborenen und bei den Haussas. Wenn man nun bedenkt, daß in der französischen Kolonie Konakry schon über 2000 Ehrer sich finden und in der englischen Kolonie Lagos dieselben zeitweise viele Hunderte ausmachen, gebieten die obenerwähnten Zahlen, so klein sie sind, dringend eine schärfere hygienische Kontrolle jenes Volksstammes. Auf die Bedeutung der Zuder als Verbreiter der Tuberkulose in Deutsch-Ostafrika hatte bereits Peiper aufmerksam gemacht.

Ueber die ätiologische Bedeutung der Ziertuberkulose für die menschliche Tuberkulose bei den farbigen Rassen wissen wir noch recht wenig. Wir haben bereits gesehen, daß bei den Annamiten, die zweifellos viel Tuberkulose aufweisen, Ziertuberkulose gar keine Rolle zu spielen scheint. In Kamerun konnte ich früher bei den halbwildten Küstenrindern des sogenannten Bakosischlages auch keine Tuberkulose feststellen.

Auch in Lagos, Westafrika, habe ich seinerzeit keine Rindertuberkulose gelegentlich einer Studienreise daselbst feststellen können. Da fand neuerdings der Tierarzt Dr. Helm 1910 bei zwei aus dem Hinterlande importierten Haussarindern in Kamerun deutliche Tuberkulose. Weitere Untersuchungen müssen lehren, wie weit die ätiologische Bedeutung dieses Befundes für die menschliche Pathologie des Sudan reicht. Mouchet fand im Belgischen Kongo bei aus Angola eingeführten Rindern auch keine Tuberkulose, ebenso wenig Bougé und Bourrager im Senegal, wo doch Tuberkulose der Eingeborenen sich häufig findet.

Nach Lichtenheld ist die Ziertuberkulose auch in Ostafrika wenig oder gar nicht verbreitet, während sie sich in dem durch menschliche Tuberkulose sehr verseuchten Meghpten vielfach nachweisen läßt.

Erwähnt sei noch kurz, daß ich in Kamerun mehrfach Geflügeltuberkulose feststellen konnte, und zwar in sechs Fällen. Auch Mouchet konnte bei Haussaenten in Westafrika tuberkulöse Herde in der Leber ausfindig machen. Im ganzen scheint aber doch für die meisten Naturvölker die Ziertuberkulose als ätiologischer Faktor für die Verbreitung der menschlichen Tuberkulose zunächst noch auszuschalten zu sein. Bei ihnen ist eben die Verbreitung der menschlichen Tuberkulose vorwiegend noch im Sinne Robert Kochs, nämlich durch Einatmung zerstäubter Keime von infizierten Mitmenschen, zu erklären.

Das Gesagte zeigt also aufs deutlichste die ungeheuere Gefahr, die den farbigen Rassen und damit unseren wirtschaftlichen kolonialen Interessen droht, wenn wir tatenlos diesem eben erst beginnenden Einmarschieren der Tuberkulose in die Tropen zusehen. Nur durch schärfste Aufmerksamkeit, durch Zusammenfassen aller Kräfte und durch gemeinschaftliches Zusammenarbeiten aller Kulturenationen können wir hoffen, dort, wo es noch nicht zu spät ist, die Seuche zu bekämpfen und damit Afrika uns weiter friedlich zu erobern.

Zusammenfassung.

Fassen wir nun das Gesamtergebnis der Arbeit zusammen, so sehen wir, daß die Tuberkulose bei den Naturvölkern, die früher meist davon verschont gewesen waren, die entschiedene Neigung zu immer weiterer Verbreitung zeigt und, wo noch keine Immunität infolge Erkrankung früherer Geschlechter erzielt ist, auch die Neigung zu einem besonders akuten Verlauf. Begünstigt wird die Tuberkuloseverbreitung bei den Naturvölkern durch Veränderung und damit oft verbundene Verschlechterung der bisherigen Lebensweise infolge Zusammentreffens mit der europäischen Kultur. Die

Verbreitung wird neuerdings in erster Linie ermöglicht durch dem Europäer gegenüber niedriger stehende handeltreibende Volkselemente, zum Beispiel in Ostafrika durch die Jnder, in Westafrika durch die Syrer und die Haussa. In Uebereinstimmung mit der zum Teil noch geringen Verbreitung der Tuberkulose bei den Naturvölkern ist auch das bisher völlige Fehlen der Tiertuberkulose, speziell der Kindertuberkulose, in den Tropen bemerkenswert. Wegen der ungeheuren hygienischen und wirtschaftlichen Gefahren, die eine weitere Verbreitung der Menschen- und Tiertuberkulose in den Tropen mit sich bringen würde, und wegen der bei den Naturvölkern besonders schwierigen generellen Bekämpfung ist daher folgendes notwendig:

1. Entsendung von möglichst nur tuberkulosefreiem, europäischem Menschenmaterial in die Tropen und frühzeitige Behandlung und Rücksendung jeden Falles mit offener Tuberkulose.
 2. Anzeigepflicht für Tuberkulose überall, wo eine Verwaltung eingeführt ist.
 3. Besonders strenge sanitäre Ueberwachung der in allen europäischen gewerblichen Massenbetrieben beschäftigten Farbigen.
 4. Aufklärung der Bevölkerung in den Tropen, sowohl Europäer wie Farbiger, über Wesen und Prophylaxe der Tuberkulose.
 5. Möglichst weitere Hebung der allgemeinen Eingeborenenshygiene, bezüglich Wohnung, Kleidung und Ernährung.
 6. Scharfe sanitäre Ueberwachung aller die Grenze einer Kolonie überschreitenden und in einer Kolonie schon vorhandenen fremden, handeltreibenden Volkselemente.
 7. Immer weitere Durchführung der Fleischschau und der veterinären Ueberwachung der Viehbestände.
 8. Gemeinschaftliches Vorgehen aller in den Tropen kolonialinteressierter Nationen in obigem Sinne.
- „Viribus unites“ sei daher die Parole.

Amerikanische Kolonialpolitik.

Von Louis Bieck, Berlin-Friedenau.

V. (Schlußkapitel.)

Dieses Schlußkapitel behandelt die sämtlichen noch nicht besprochenen amerikanischen Kolonien, also Porto Rico, Guam, Tutuila und die sonstigen insularen Besitzungen im Stillen Ozean, die Kanalzone sowie die Festsetzung auf Kuba und versucht schließlich einige Rückschlüsse für Deutschland aus dem amerikanischen kolonialen Vorgehen zu ziehen. Die Kanalzone übertrifft an Bedeutung alle übrigen Kolonien zusammen genommen in ganz außerordentlicher Weise, doch kann man darüber streiten, wie weit ein derartiger, auf dem amerikanischen Kontinent befindlicher und dem Stammlande verhältnismäßig nahe belegener Landstrich eigentlich noch als „Kolonie“ anzusehen ist. Es mag in der ganzen, durch den von den Vereinigten Staaten unbeschränkt beherrschten Panamakanal beeinflussten Entwicklung liegen, daß Westindien, Mexiko und Mittelamerika in eine Art wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten geraten, mehr oder weniger deren Schutzstaaten werden, wie es ja die Republik Kuba unzweifelhaft schon ist. In dem Falle würde durch die amerikanische Oberhoheit über diese weiten Strecken gewissermaßen eine Brücke geschlagen, die das Stammland auch auf dem Landwege mit der Kanal- und Kolonialzone Panama verbindet. Doch muß dieser Ausblick bis auf weiteres noch als Zukunftsmuß gelten, jedenfalls solange in Washington eine Regierung am Ruder ist, die keine amerikanische Expansionspolitik treiben will, ja sogar ernstlich daran denkt, durch Aufgabe der Philippinen den amerikanischen Kolonialbesitz wesentlich zu verringern.

Porto Rico.

Porto Rico (d. h. Reicher Hafen), die kleinste der Großen Antillen, wurde am 15. November 1493 von Kolumbus entdeckt und durch Ponce de Leon zu einer spanischen Kolonie gemacht. Die Geschichte der Insel läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Spanier die auf mindestens 600 000 Köpfe geschätzten Ureinwohner (Kariben) ausrotteten und durch Neger ersetzten. Immerhin wollte es ein gütiges Schicksal, daß die weißen Kolonisten bedeutend in der Ueberszahl blieben. Gegen Ende der spanischen Herrschaft wohnten auf der Insel 953 243 Personen, worunter 363 742 Farbige waren. Seitdem ist die Volkszahl (nach dem Zensus von 1910) auf 1 118 012, also um 164 769 Köpfe gestiegen oder um fast 17 v. H. Das deutet auf eine ziemlich günstige Entwicklung hin.

Der Flächengehalt von Porto Rico und Nebeninseln beträgt etwa die Hälfte des Königreichs Württemberg, dem diese Kolonie auch an Bevölkerungsdichtigkeit ungefähr entspricht. Die ganze Insel ist ein welliges Hügelland, dessen höchsten Punkte bis zu 1100 Metern sich erheben, während die Täler reich bewässert sind, da sie von etwa 50, im Unterlauf meist schiffbaren Flüssen durchzogen sind. Sümpfe fehlen ebenso sehr wie Wüsteneien oder öde Felspartien. Das Klima ist heiß und feucht in den Niederungen, aber desto gesünder und angenehmer in den Höhen, die viel frische Winde haben.

Bei der Uebernahme der Insel durch die Amerikaner waren vorhanden 58 664 Pferde, 6895 Maultiere, 260 285 Rinder, 15 991 Ziegen, 1085 Esel, 6363 Schafe und 66 180 Schweine. Württemberg hatte dagegen im Jahre 1900: 115 193 Pferde, 1 070 878 Rinder, 88 115 Ziegen, 277 661 Schafe und 536 478 Schweine, wies also verhältnismäßig keinen höheren Pferdebestand, wohl aber eine ganz unvergleich höher entwickelte Viehzucht auf. Dafür blüht aber in Porto Rico um so mehr die Küstenfischerei, die schon vor einem Jahrzehnt (1903/04) einen Jahresertrag von 16 013 300 Dollar, also über 65 Millionen Mark, abwarf.

Der Boden ist außerordentlich fruchtbar und bedarf keiner Düngung. Die Haupterzeugnisse der Insel sind Zucker, Kaffee, Tabak, Mais, Bataten und Südfrüchte. Die vorhandenen Mineralien, namentlich Edelmetalle, Schwefel, Eisen und Kohlen, harren zumieist noch der Verwertung, nur Salz wird bisher gewonnen. Abgesehen von der Tabak- und Strohhutindustrie sind nur Handwerke und landwirtschaftliche Beschäftigungen üblich.

Das Zuckerrohr, mit dem 1899 nur 29 000 Hektar bepflanzt waren, gewann seit der amerikanischen Besitzergreifung sehr schnell an Anbaufläche, so daß die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten schon 1903 den Wert von 8 688 951 Dollar hatte und seitdem noch weiter anstieg. Ob aber nicht diese günstige Entwicklung durch den neuen Zolltarif vom 3. Oktober 1913, der vom 1. Mai 1916 ab Zucker auf die Freiliste setzt, nachteilig beeinflusst werden mag, bleibt abzuwarten.

Mit Kaffeepflanzen waren 1899 nicht weniger als 80 000 Hektar bepflanzt, doch litten die Pflanzungen ganz ungemein durch den furchtbaren Hurrikan vom 8. August 1899, kaum minder aber durch die Abneigung der Amerikaner gegen den hier gewonnenen Kaffee, obgleich dieser an Wohlgeschmack der sogenannten Mokka-Java-Mischung von Cofarica nicht nachstehen soll. Jedenfalls ging die Kaffeerausfuhr nach den Vereinigten Staaten bedenklich zurück, nämlich von

12 222 599 Dollar im Jahre 1897

bis auf 4 693 004 Dollar im Jahre 1907.

Um so erfreulicher entwickelte sich die Tabakskultur. Im Jahre 1902 betrug die gesamte Ausfuhr 1 791 516 Dollar bei einer Anbaufläche von 2400 Hektar. 1907 sollen dagegen allein schon Zigarren im Werte von rund 5 000 000 Dollar nach den Vereinigten Staaten ausgeführt worden sein.

Die Erträge von Mais (1899: 7200 Hektar Anbaufläche), Bataten (das sind süße Kartoffeln, Anbaufläche 1899: 13 600 Hektar), Kokospalmen (1899: 2200 Hektar), ganz besonders aber an Süßfrüchten sind sehr gestiegen. Allein von Ananas, Pommesmus (der amerikanischen Grape fruit) und Apfelsinen gingen im Jahre 1907 etwa 250 000 Kisten nach dem Vereinigten-Staaten-Gebiet.

Die amerikanischen Bemühungen erstrecken sich, wie fast in allen ihren Kolonien, zunächst auf die öffentliche Gesundheitspflege, den öffentlichen Unterricht und das Verkehrsweisen.

Was die Volksgesundheit anbelangt, so befand sich diese bei der Amerixon im trostlosesten Zustand: angeblich sollen nicht weniger als 90 v. H. der Bewohner an tropischer Blutleere infolge von Malaria oder der Erkrankung durch den sogenannten Hakenwurm gelitten haben. Natürlich trugen auch die unerhörten Wohnungsverhältnisse das Ihrige dazu bei, um den allgemeinen Gesundheitszustand zu verschlechtern. In der Hauptstadt San Juan lebten über 20 000 Menschen in etwa 1000 hüttenartigen Behausungen, in denen meist Aborte und alle Ventilationseinrichtungen fehlten. Der „Patio“ diente gleichzeitig als Aufenthaltsort der Bewohner, Küche und Bedürfnisanstalt, dabei wohnten oft zwischen 12 und 20 Bewohner in den kleinen, stets übelriechenden Häuschen! Die Einrichtung dieser menschenunwürdigen Wohnplätze bestand fast nur aus — Strohmatten! Die Sterblichkeit war bei den Bewohnern der Stadt eine enorme. Wie sehr in dieser Hinsicht sich aber die Verhältnisse gebessert haben müssen, beweist die schon angeführte starke Bevölkerungszunahme in der Zeit von 1900 bis 1910.

Nicht minder günstig hat sich der öffentliche Unterricht auf der Insel entwickelt, auf der 1899 noch die große Mehrzahl der Bewohner Analphabeten war. Nach dem letzten amtlichen Bericht stieg die Zahl der eingeschriebenen Schulkinder in der Berichtszeit, die vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1912 reicht, von

71 696 auf 160 657

der durchschnittliche Tagesbesuch von 44 218 auf 114 834

Die verwandten Gelder stiegen von 908 794 Dollar auf 1 366 810 Dollar dagegen fielen die Durchschnittskosten

auf den Kopf von 12.67 Dollar auf 8.51 Dollar.

In allen städtischen Schulen wird der Unterricht in englischer Sprache erteilt, in den ländlichen überwiegt noch der spanische oder englisch-spanische Unterricht. In den sogenannten Hoch(Sekundär)schulen stieg die Anzahl der Schüler von 182 auf 1547. Eine große Rolle im Erziehungsweisen spielt der Unterricht im Ackerbau, der durch Fachlehrer bei den Volksschulen fakultativ erteilt wird, ebenso der in verschiedenen Handwerken, worin 1912 758 Knaben unterwiesen wurden. Ueber 300 Mädchen erhielten dagegen Unterricht im Kochen, eine noch weit größere Zahl (etwa 5000) im Nähen. 1479 Knaben in 36 Gemeinden wurden zu Musikbänden ausgebildet. 8254 junge Leute endlich nahmen an den Kursen in Abendschulen teil. Von der Gesamtzahl aller Schüler waren etwa $\frac{3}{4}$ weiß, $\frac{1}{4}$ farbige.

Was das Verkehrsweisen anbelangt, so gab es zu spanischen Zeiten nur 234 Kilometer Küstenbahnen und die im altrömischen Stil angelegte vortreffliche Heerstraße von San Juan nach Ponce mit einer Abzweigung nach Guayama. Die Bahnen sind inzwischen etwa verdreifacht und namentlich viele Zufahrtsstraßen im Innern geschaffen worden. Ein regelmäßiger Dampferverkehr besteht nach New York, Havanna, New Orleans, aber auch nach Spanien und Frankreich.

Als das Ergebnis der amerikanischen Kolonialpolitik für Porto Rico darf festgestellt werden, daß die Bevölkerung an Zahl, Wohlstand und Bildung wesentlich zugenommen hat. Die Löhne haben sich etwa verdreifacht und die Verdienste auch durch den Wegfall der früheren unzähligen kirchlichen Feiertage zugenommen. Es hat die Bildung eines Mittelstandes begonnen, der sich namentlich aus den prosperierenden Landwirten

und Handwerkern zusammengesetzt, die früher durchweg in jämmerlicher Lage sich befanden. Unbefriedigend ist dagegen der politische Rechtszustand der Bewohner, die kein amerikanisches Bürgerrecht besitzen. Die Insel untersteht dem amerikanischen Gouverneur und der von diesem eingesetzten elfköpfigen Regierungsbehörde, während das 35 köpfige Unterhaus, das an der Gesetzgebung teilnimmt, von den Inselanern gewählt wird. Gleich allen anderen Kolonien hat Porto Rico einen ständigen Vertreter mit beratender, nicht beschließender Stimme im amerikanischen Kongreß.

Die pazifischen Inseln.

Unter den pazifischen Besitzungen der Amerikaner steht -- abgesehen natürlich von den Philippinen und Hawaii -- Guam in der Ladronen- oder Marianengruppe an erster Stelle. Sie ist etwa 50 Kilometer lang, 6 bis 16 Kilometer breit und hat rund 514 Quadratkilometer Fläche. Der berühmte portugiesische Seefahrer Magelhães entdeckte die Gruppe am 6. März 1521 und gab ihr den unfreundlichen Namen „Käuber“- gleich Ladroneninseln. Infolge einer Beschwerde wurde der Archipel später in Marianeninseln umgetauft, und zwar zu Ehren der Königin Maria Anna von Oesterreich, Gattin Philipps IV. von Spanien, die sich lebhaft für die Befehrung der auf den Inseln des Stillen Ozeans lebenden Heiden interessierte. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts wurde in der Hauptstadt San Ignacio d'Agaña eine Jesuitenmission gegründet, die unter den hier heimischen Gomorroos zwar viele Proselyten machte, aber das allmähliche Aussterben dieser Ureinwohner nicht zu verhindern vermochte. Die Spanier brachten zum Ersatz namentlich Tagalen von den Philippinen auf diese Inselwelt, so daß jetzt eine Mischungsrasse von Gomorroos und Filipinos hier beheimatet ist, die durch ihre hellbraune Hautfarbe, ihr straffes schwarzes Haar und ihre schönen Gesichter am meisten den Kanaken von Hawaii ähnelt, das auch ziemlich gleichartige klimatische und sonstige Lebensbedingungen aufzuweisen hat. Die Männer tragen eine lustige, aus Hemd, Hose und Strohhut, die Frauen eine aus heller Bluse mit weiten Ärmeln sowie einem schleppenden Unterrock zusammengesetzte Kleidung. Ihre Sprache ist ein aus der Gomorroosprache und dem Tagalischen zusammengesetzter Dialekt, die Gebildeteren verstehen aber außerdem entweder Spanisch oder seit der amerikanischen Annexion in wachsender Anzahl Englisch. Die amerikanische Angliederung vollzog sich in recht gemüthlicher Weise: Am 20. Juni 1898 erschien plötzlich der amerikanische Kreuzer „Charleston“ in der Bucht von San Luis d'Apra, feuerte einen blinden Kanonenschuß ab und erklärte dem spanischen Gouverneur des Archipels, der keine Ahnung von dem zwischen Spanien und der Union bestehenden Kriegszustande hatte, daß sein Inselreich von der Regierung der Vereinigten Staaten in Besitz genommen sei. An Widerstand war natürlich von spanischer Seite überhaupt nicht zu denken und hatte es daher bei dieser Kundgebung sein Bewenden. Später wurde bekanntlich die amerikanische Annexion auf diese größte und südlichste Insel der Gruppe beschränkt, während alle übrigen Inseln in deutschen Besitz kamen. Guam hatte aber um deswillen für die Amerikaner großen Wert, weil es wegen seiner mittleren Lage zwischen den Philippinen und Hawaii -- 1520 Meilen östlich von Manila und 3330 westlich von Honolulu -- als Flottenstützpunkt dienen und zugleich für die spätere Kabelanlage der Pacific Commercial Cable Co. Honolulu--Manila von Nutzen werden konnte. San Luis d'Apra gilt für einen der besten Häfen dieser zahllosen pazifischen Koralleninseln: er ist durch eine schöne Straße mit dem Hauptort Agaña (wie er gewöhnlich statt seines offiziellen Namens San Ignacio d'Agaña genannt wird) verbunden.

Die Insel zerfällt in zwei, durch einen Bergrücken getrennte Teile. Nördlich ist ein zwischen 300 und 600 Fuß hohes Plateau, das ursprünglich ein Korallenriff gewesen sein dürfte. Es fällt sanft ins Meer ab, wo es in hohen Klippen endet. Nahe der Mitte der Insel, unweit der Hauptstadt, ist eine mächtige Quelle, die mit ihrer Wasser-

masse den Anganassafluß speist. Der südliche Teil der Insel ist ganz bergig und von zahlreichen Tälern mit Wasserläufen durchschnitten. Die Westküste ist ein Tiefland mit fruchtbarem Boden, auf dem sich die meisten Einwohner, deren Gesamtzahl zwischen 9000 und 10 000 betragen soll, niedergelassen haben. Fast dreiviertel der Bevölkerung haben sich in Agaña und San Luis d'Apra angesiedelt.

Die Vegetation besteht hauptsächlich aus Kokosnuß- und anderen Palmen, Bananen und Brotfruchtbäumen. Kopra ist das wichtigste Erzeugnis und das einzige, das für die Ausfuhr in Betracht kommt, während bisher Zucker, Kaffee, Baumwolle, Reis, Tabak und Kakao nicht einmal in genügender Menge für den heimischen Verbrauch gewonnen wurden. Neben dem Ackerbau wird auch Viehzucht betrieben, bei der Rinder, Schweine und Hühner hauptsächlich in Betracht kommen. Die Jagd auf Wildschweine, Rehe, Enten, Brachvögel, Schnepfen und wilde Tauben trägt viel zum Unterhalt der Bewohner bei, namentlich aber der ebenso sehr in Flüssen wie im Meere betriebene Fischfang. Die Amerikaner haben die Eingeborenen auch belehrt, ihre Aufmerksamkeit auf die Gewinnung von Schildpatt und Perlmuscheln zu richten, woraus sich ein sicherer Wohlstand für die betreffenden Fischer erringen läßt.

Der Befehlshaber der Flottenstation ist zugleich Gouverneur der Insel und als solcher auch für die Besserung der hygienischen Verhältnisse wie die Hebung des öffentlichen Unterrichts zu sorgen verpflichtet. Nach dem letzten Bericht, der im „Report of the Commissioner of Education“ für das am 30. Juni 1912 endende Fiskaljahr enthalten ist, waren 844 Knaben und 778 Mädchen in den öffentlichen Lehranstalten eingeschult, davon 472 Knaben bzw. 422 Mädchen in Agaña. Hier besteht auch eine Art von Ackerbauschule, ferner eine Klasse zur Ausbildung einer Musikbande und eine Abend-schule für die bereits beruflich irgendwie Tätigen. An der Spitze des ganzen Unterrichtswesens steht ein Deutschamerikaner namens Schnabel, der sich offenbar große Verdienste erworben hat, denn seine 28 Köpfe zählende Lehrerschaft besteht überwiegend aus eingeborenen Lehrkräften oder aber Deskoffizieren, die der Gouverneur von seiner „Flotte“ abkommandiert hat. Der Wertwürdigkeit halber sei noch angeführt, daß auf Guam von allen amerikanischen Schulbezirken der höchste Durchschnittsbefuch erzielt wurde.

Von Guam stellt auch ein deutsches Kabel seit dem Jahre 1905 die Verbindung mit Japan auf den Karolinen her, von der wiederum weitere deutsche Kabel teils nach Menado auf Celebes, teils nach Deutsch-Neuguinea (und von dort nach den Bismarckinseln) führen. Guam hat außerdem noch eine Kabelverbindung nach den unten erwähnten Midway-Inseln.



Die Insel Tutuila gehört zur Samoagruppe und ist vermöge ihrer Fläche von 133 Quadratkilometern als deren drittgrößte Insel anzusprechen. Hier bestand schon seit dem Jahre 1872 eine amerikanische Kohlenstation. Durch den Berliner Vertrag vom Jahre 1889 wurde Samoa für neutral erklärt, aber durch den Vertrag vom 14. November 1899 zwischen dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten geteilt, wobei der 171. Längengrad die Grenzlinie abgab: An Amerika fiel das östlich von ihm belegene, nämlich Tutuila mit etwa 4000 Bewohnern und die 119 Quadratkilometer einnehmende Manuagruppe, bestehend aus den kleinen Inseln Tafa, Afusinga und Tau, die zusammen gegen 2000 Bewohner zählen mögen.

Tutuila ist bergig, dicht mit Palmen bewaldet, sehr fruchtbar und eine der schönsten Inseln der Südsee. „Berge reihen sich zu einer, mit grüner Vegetation bedeckten Mauer, an deren schwarzen Fuß das Meer schlägt. An der Nordseite erscheinen in diesem steilen Wall von Zeit zu Zeit stille Buchten mit Palmenwäldchen und Brotfruchtbäumen, wahrscheinlich in alten Kratern, an der Südküste auch zum Teil flache Striche und hügeliges Vorland. Seine größte Höhe erreicht Tutuila in dem schmalen Isthmus

zwischen der westlichen und östlichen Hälfte. Hier erhebt sich der Matafoa zu 720 Meter Höhe, ein zuckerhutartiger Gipfel von imposanter Erscheinung.“ So wird in Sievers „Allgemeiner Länderkunde“ (Band Australien, Ozeanien und Polarländer) die Insel geschildert, und mag man Näheres dort nachlesen. Vegetation und Erzeugnisse ähneln denen von Guam.

Auf Tutuila bildet die Leoneibucht den Mittelpunkt der bevölkerten Bezirke. Leone selbst hat einige 60 Hütten mit einem Missionsgebäude und zwei Vizekonsulaten. Dagegen ist Pango Pango am gleichnamigen, fjordartigen und außerordentlich geräumigen Hafen der Sitz der Verwaltung und der Landungsplatz der amerikanischen Dampfer. Auf dem amerikanischen Samoa bestehen fast nur Missionschulen, drei davon werden von Abgesandten der Mormonen geleitet. In der einzigen, von Staats wegen unterhaltenen Knabenschule sind 50 Schüler, die von einem amerikanischen Lehrer und dessen eingeborenen Assistenten unterrichtet werden. Ueber Apia, dem deutschen Hauptort, besteht eine Kabelverbindung nach Honolulu, die eine Länge von 2263 Seemeilen hat. Amerikanische Kabel sind noch nicht vorhanden.

* * *

Von den übrigen amerikanischen Inseln sind vor allem die unter dem 29. Grad nördlicher Breite und 178. Grad westlicher Länge belegenen beiden Midway-Inseln (die Sand- oder westliche und die östliche Insel) zu nennen, die aber nur als Kabelstützpunkt und Station der Commercial Pacific-Cable Company eine gewisse Bedeutung haben. Die nächste bewohnte Gegend ist das 1200 Seemeilen entfernte Hawaii. Diese weltentlegenen Inseln wurden schon im Jahre 1860 von dem amerikanischen Marinekapitän Brooker entdeckt und für die Vereinigten Staaten annektiert. Bewohner sind nur 22 Mann der Kriegsmarine, 17 Mann der Kabelstation und eine in reiferem Lebensalter stehende Dame, Frau Colley, zusammen also 40 weiße Menschen, die hier eine Art gemeinsamen Familien- oder Kasernenlebens führen. Jrgendwelche Besucher verirren sich nur äußerst selten hierher.

Außerdem werden noch folgende, fast ausnahmslos unbewohnte kleine Inseln auf den amerikanischen Karten als amerikanische Besitzungen angeführt, während auf deutschen Karten einige davon als britisch angegeben sind, nämlich die

Weihsachtsinsel, die größte und südlichste der Fanninggruppe, ein unwirtliches Laguneneiland mit gefährlichen Riffen unter 1 Grad 57 Minuten nördlicher Breite und 157 Grad 26 Minuten westlicher Länge.

Baker- und Howlandinsel, nordwestlich von der Phönixgruppe unter 0,13 Grad nördlicher Breite und 176 Grad 29 Minuten westlicher Länge bzw. 0,49 Grad nördlicher Breite und 176 Grad 40 Minuten westlicher Länge. Die Bakerinsel wurde schon 1857 annektiert, die Howlandinsel soll früher bewohnt gewesen sein.

Gardnerinsel (Phönixgruppe) unter 4 Grad südlicher Breite und 176 Grad westlicher Länge.

Palmyraininsel, die nördlichste der Fanninggruppe unter 3 Grad 49 Minuten nördlicher Breite und 160 Grad 30 Minuten westlicher Länge.

Walkerinsel, nordöstlich von der Weihnachtsinsel.

Johnstoninsel, südwestlich von Hawaii, unter 16 Grad nördlicher Breite und 169 Grad westlicher Länge.

Endlich Wake-Insel, nördlich von den Marshallinseln, deren Lage etwa halbwegs zwischen Guam und den Midway-Inseln zu suchen ist.

Alle diese kleinen Koralleninseln sind die Brutstätten zahlloser Seevögel und haben daher einen gewissen Wert für die Guanogewinnung. Auch für den Schildkrötenfang mögen sie einigen Nutzen haben. Eine sichere Feststellung der politischen Zugehörigkeit war nicht durchgehend zu ermöglichen, auch sonst keine verlässigen Angaben über sie zu erlangen.

Die Kanalzone.

Das Gebiet der Kanalzone ist ein etwa 75 Kilometer langer Streifen von Ozean zu Ozean, 8 Kilometer auf jeder Seite des Kanals breit, so daß sich die amerikanische Oberhoheit hier etwa auf 1200 Quadratkilometer Fläche erstreckt, über einen Raum von der Größe wie Sachsen-Roburg-Gotha. Dabei sind die Städte Panamá, dessen Bewohner auf 30 000 geschätzt werden, und Colón (das frühere Aspinwall) mit etwa 6000 Bewohner in die Gebietsabtretung nicht eingeschlossen. Letztere ist überhaupt keine absolute, sondern die amerikanische Souveränität ist beschränkt auf die Zwecke der Erbauung, der Erhaltung, des Betriebs und der Verteidigung des Panamakanals. Herrin des Landes ist im übrigen die seit dem 3. November 1903 bestehende Republik Panamá, die annähernd mit der früheren kolombischen Provinz Neu-Granada identisch ist. Schon die letztere hatte im Jahre 1852, wo der Bau der transisthmischen Bahn begann, den Vereinigten Staaten ganz ungewöhnliche Machtbefugnisse auf ihrem Gebiet übertragen. Die Bahn gehörte zwar einer Aktiengesellschaft und wurde auch von ihr betrieben, allein sie stand unter amerikanischem Schutz (American control and protection), so daß die Vereinigten Staaten schon 50 Jahre vor Gründung der Republik Panamá vertragsmäßig Rechte besaßen, sich gegebenenfalls in die inneren Angelegenheiten der Kanalzone einzumischen. Die — 1855 eröffnete — Panamaeisenbahn hatte ein uneingeschränktes Monopol für jede Art von Transport vom Stillen Ozean zum Karaischen Meer und umgekehrt, aber sie tat nichts für die Entwicklung des von ihr durchfahrenen Gebiets, während durch pazifische Anschlußbahnen offenbar viel hätte erreicht werden können. In absehbarer Zeit mag sich ja jetzt auch der längst gefaßte großzügige Plan einer Panamerikanischen Eisenbahn verwirklichen und dadurch eine Ueberlandverbindung mit Mexiko und Texas auf der einen, mit Kolumbien auf der anderen Seite ergeben. Das würde dann zur Folge haben, daß die bisher so stark getrennten „beiden Amerikas“ endlich einen einzigen Kontinent bilden würden.

Die Geschichte der Panamaregion ist anlässlich der am 10. Oktober d. J. erfolgten Vollendung des Panamakanals so häufig berichtet worden, daß eine kurze Wiedergabe der Hauptmomente hier genügen dürfte. Kolumbus war auf seiner vierten und letzten Amerikareise 1503 bis in die Gegend von Kolón gekommen und hatte dort die erste Kunde von dem um etliche Tagereisen entfernten „anderen Meer“ erhalten, das er aber selbst zu erreichen nicht mehr imstande war. Seitdem wurde jedoch diese Gegend das bevorzugte Ziel spanischer Abenteurer. Am 25. September 1513 sah einer von diesen, der später so unglücklich geendete Vasco Núñez de Balboa, von den Höhen von Aulebra, an der Wasserscheide des Atlantischen und Stillen Ozeans, zuerst den letzteren und annektierte am folgenden Tage die Südsee, das „Mar del Sur“ für Spanien. Zur Befestigung dieses neuen Besitzes wurde am Stillen Ozean eine spanische Kolonie angelegt und die Stadt Panamá begründet. Schon um diese Zeit tauchte der Gedanke auf, einen Durchstich der hier gegebenen schmälsten Landenge vorzunehmen. Man erörterte den Plan mit großer Leidenschaft und so unausgesetzt, daß die Kirche es für angebracht hielt, diese Pläne als „der göttlichen Weltordnung zuwider“ zu erklären und König Philipp I. bestimmte, sogar deren Besprechung unter Androhung von Todesstrafe zu verbieten. Aber die in Frage stehende großartige Idee erwies sich stärker als der Befehl des Despoten und der Einfluß der alleinseligmachenden Kirche: die Kanalpläne wollten nicht mehr ganz von der Tagesordnung verschwinden, sondern tauchten immer wieder von neuem auf. Am lebhaftesten wurden sie jetzt vor einem Jahrhundert etwa wieder lebendig, als Alexander v. Humboldt (in den Jahren 1799 bis 1804) die Golfländer bereist und dann (seit dem Jahre 1805) begonnen hatte, seine — so außerordentliches Aufsehen erregenden — Berichte darüber zu veröffentlichen. Man kennt die überaus merkwürdige Prophezeiung Goethes vom 21. Februar 1827, wo er zu Eckermann die Vermutung

äußerte, daß gerade die Vereinigten Staaten das große Werk in einem halben Jahrhundert etwa zustandebringen würden. Schon am 28. November 1821 war die Kanalgegend durch das Pronunziamento Isalegas der spanischen Krone verloren gegangen und dann — mit einigen Unterbrechungen autonomer Verwaltung — bei der Republik Colombia verblieben. Im Jahre 1829 hatte Bolívar auf Humboldts Betreiben die ersten Vermessungen für den Kanalbau vornehmen lassen. 1846 wurde die Panamaeisenbahn-aktiengesellschaft gegründet und der Bahnbau selbst in den Jahren 1852—1855 ausgeführt. In die Jahre 1876 bis 1888 fällt der verunglückte Lessepssche Versuch, einen Niveaufanal, später einen Schleusenkanal anzulegen, der mit fast einer Milliarde Frank Unterbilanz endete. Endlich im Jahre 1902 erwarben die Amerikaner von der auf den Trümmern der Lessepsschen Gründung errichteten „Companie nouvelle du Canal de Panama“ deren ganze Vorarbeiten, einschließlich der Panamaeisenbahn für 20 000 000 Frank. Aber die Ausführung des Unternehmens drohte an den unverhältnißig hohen Forderungen, die Colombia stellte, zu scheitern. Die Amerikaner begünstigten unter diesen Umständen die längst bestandene Neigung der Panamabewohner, sich von Colombia loszureißen, um eine selbständige Republik zu begründen. Am 3. November 1903 wurde letztere proklamiert und bereits zwei Wochen später (18. November desselben Jahres) ein Staatsvertrag zwischen ihr und den Vereinigten Staaten abgeschlossen, wodurch letztere die oben bereits angegebenen Rechte auf die Kanalzone erwarben.

Die Republik Panamá hat etwa $\frac{1}{4}$ der Größe des Königreichs Bayern, nämlich 32 280 englische Quadratmeilen, hat aber nicht mehr als 420 000 Einwohner, die überdies von sehr gemischter Zusammenfügung sind. Abgesehen von etwa 20 000 Weißen sind die Bewohner meist Neger, Indianer oder Mischlinge. Wahrscheinlich ist dagegen, daß die große Nachfrage nach Lebensmitteln aller Art, Kohlen und den besondern Bedarfsgegenständen der Schifffahrt, den der Kanalverkehr mit sich bringen muß, hier eine starke Kaufmannsansiedlung hervorrufen wird, die zugleich auf die Hebung der Landwirtschaft, Viehzucht, Mineraliengewinnung usw. großen Einfluß ausüben mag. Es ist auch bereits angeregt, in Panamá einen umfänglichen Freihafen für die Erzeugnisse Ozeaniens und der amerikanischen Westküste anzulegen, damit an dieser Stelle die Hauptumschlagstelle zwischen dem ganzen Osten und Westen errichtet wird.

Obgleich die San-Blas-Indianer im Süden die eigentlichen Beherrscher des Landes sind, so daß die Republik nur zwischen der Kanalzone und Costa Rica wirklich souverän ist, darf man nicht übersehen, daß von den vorhandenen 20 000 000 Acre kulturfähigen Landes erst ein geringer Teil, nämlich 75 000 Acre, in Anbau genommen ist und — ganz abgesehen von der Mineralienausbeute — bei der riesigen Fruchtbarkeit des Bodens noch unabsehbare Ausichten eröffnet. Die Kanalzone hat längst aufgehört, wie es noch vor 25 Jahren der Fall war, das ungesundeste Land der Erde zu sein. Durch die vom Obersten Gorgas geleiteten Sanierungsarbeiten, die nicht weniger wie 55 000 000 Mark verchlungen, ist das schlimme Insekt *Stegomyia calopus*, das für die Verbreitung von Gelbfieber sorgte, schon seit Jahren völlig ausgerottet worden und seit 1906 kein Fall von Gelbfieber mehr vorgekommen. Nicht so erfolgreich war der Kampf gegen die Moskito's von der Gattung *Anophila*, die als die gefährlichsten Ueberträger der Malariaerkrankung erkannt sind. Immerhin ist es erreicht worden, daß im Jahre 1911 nicht ganz 9000 Malariaerkrankungen vorfielen, während nach der Statistik aus der Zeit vor dem systematischen Vorgehen gegen die *Anophila* 40 000 Fälle zu erwarten gewesen wären. Das bedeutet jedenfalls schon einen bedeutenden sanitären Fortschritt, zumal die einschlägigen Abwehrmaßnahmen noch keineswegs abgeschlossen sind.

Nächst der bemerkenswerten Sanierung, die besonders in den Häfen Panamá und Kolón als gelungen gelten darf, hat die Republik Panamá den Vorteil, daß die ewigen Revolutionen, die seit der Losreißung von Spanien am Tagesordnung waren, jetzt

endgültig aufgehört haben. Die amerikanische Besatzung der Kanalzone würde sofort eingreifen, sowie Ruhe und Ordnung irgendwo gestört wären. Freilich mögen die Aussichten auf dauernde Erhaltung der politischen Selbständigkeit angesichts der Tatsache, daß hier das „amerikanische Gibraltar“ geschaffen werden soll, das sowohl die japanische Invasion wie einen etwaigen englischen Angriff abwehren soll, nicht gerade günstig sein. Die Logik der Entwicklung drängt vielmehr dahin, daß die Republik Panamá noch mehr ein ausgesprochener amerikanischer Schutzstaat wird, als sie es gegenwärtig bereits tatsächlich ist.

Es liegt auf der Hand, daß die ganze Kanalzone so gut wie wertlos wäre, wenn es nicht in dem Jahrzehnt 1904 bis 1913 der amerikanischen Energie gelungen wäre, ihre vornehmste Leistung auf dem Gebiete der Kolonialpolitik — den Kanalbau — tatsächlich durchzuführen. Wie der Name des Obersten Organs mit dem hier geleisteten Sanierungswerke, wird der des eigentlichen Kanalerbauers, Generalmajor's Goethals (geb. 1858 in Brooklyn, ein Schüler der Westpointer Kadettenanstalt) mit dem als ein modernes Weltwunder zu betrachtenden Panamakanal für alle Zeiten unlöslich verbunden bleiben. An die Gefahr einer Zerstörung des ganzen Werks durch Erdbeben glaubt man, in Amerika wenigstens, um deswillen nicht, weil in den vier Jahrhunderten seit Entdeckung dieser Gegend keine ernstlichen Folgen der Art und zu (zuletzt in diesem Jahre mehrfach) vorgekommenen vulkanischen Erschütterungen zu verzeichnen waren.

Es verlohnt aber vielleicht, ein Wort über die Bedeutung des Kanals für Welt-handel und Weltpolitik hier einzuschalten. Es liegt auf der Hand, daß durch eine Veranstaltung, die nicht nur aus den beiden bisherigen Sachmeeren, dem Golf von Mexiko und dem Karaisibischen Meer, sehr stark befahrene Durchgangsgewässer macht, sondern auch die über 15 000 Kilometer lange pazifische Küste mit ihren unübersehbaren Entwicklungsmöglichkeiten dem Weltverkehr überhaupt erst erschließt, im ganzen Verkehrswesen der Erde eine beispiellose Umwälzung hervorgerufen wird. Man möge sich vor Augen halten, daß der erste Antrieb zur Entdeckung Amerikas überhaupt darin lag, einen Seeweg nach Indien zu finden. Kolumbus entdeckte aber einen neuen Weltteil, der — anstatt die gesuchte Durchfahrt zu gestatten — sich ihm als ein unüberwindliches Verkehrshindernis in den Weg stellte. Jahrhundertelang blieb man dann auf der Suche nach der sogenannten nordwestlichen Durch-fahrt, die in unseren Tagen endlich gefunden wurde, aber sich für die Schifffahrt infolge ihrer Lage im Eismeer als unbrauchbar erwies. Dafür ist aber jetzt der Durchstich bei Panamá gegeben, der die Wirkung für die alte Welt hat, daß zwar die europäische Schifffahrt nicht gerade für den Weg nach Indien, wohl aber für die Fahrten nach den wichtigsten Punkten der amerikanischen Westküste und dem östlichen Teil des Stillen Ozeans ganz außerordentliche Abkürzungen erfährt. So verringert sich beispielsweise die Entfernung von

Hamburg nach Samoa um 9000 Seemeilen,

die von Hamburg nach San Francisco sogar um 9500 Seemeilen!

Wir werden es voraussichtlich schon binnen Jahresfrist erleben, daß deutsche Dampfer direkt von Hamburg nach San Francisco verkehren und Ausstellungsbesucher in weniger als drei Wochen auf dem Wasserwege, ohne umsteigen zu müssen, ans Ziel befördert werden. Damit erreicht die deutsche Schifffahrt auf leichte Weise die als Auswanderungsländer jetzt erst ernstlich in Frage kommenden amerikanischen gewaltigen Küstenstaaten Kalifornien, Oregon und Washington, aber auch Britisch-Kolumbia und das so aussichtsvolle Alaska. Es ist gar nicht abzu-sehen, welche Ausblicke sich dadurch eröffnen, daß der ganze ferne Westen beider Amerikas mit seinen unermesslichen Bodenschätzen mit Europa in direkten Verkehr treten wird. Von der einen Seite werden unternehmungslustige Menschen in Massen nach drüben ziehen und die europäische Wareneinfuhr in diese Gegenden entsprechend

steigern, von der anderen Seite werden besonders Lebensmittel aller Art, Edelmetalle und was sonst die noch zumeist wenig entwickelten Gegenden hervorbringen mögen, nach Europa zurückströmen. Die südamerikanische Westküste und die große Inselwelt des Stillen Ozeans werden aus ihrer bisherigen Abgeschlossenheit vom Weltverkehr herausgerissen und Europa nähergerückt werden. Geradezu märchenhaft gestaltet sich aber die Perspektive für den Verkehr zwischen den amerikanischen Ost- und Westküsten, der bisher ganz auf die teuren transkontinentalen Bahnen angewiesen war. Man kann sagen, daß die Union erst durch den Panamakanal ein einheitliches Verkehrsgebiet wird, dessen Kolonialbesitzungen direkte Verbindungen mit allen Haupthäfen des Mutterlandes haben, auch von ihm schnell und sicher erreicht werden können.

Wir haben in der Weltgeschichte eine Zeitepoche zu verzeichnen, wo sich fast alles um die Beherrschung des Meeresbeckens drehte, das die südlichen Küsten Europas bespült.

Das Mittelmeer trug seinen Namen mit Recht, da es von den wichtigsten Staaten der alten Zeit wie des Mittelalters geradezu eingeschlossen war. Die Punischen Kriege entschieden zugunsten der Weltherrschaft des alten Römerreichs, in dem das Mittelmeer ein Binnengewässer abgab.

Später brachten die Entdeckung Amerikas und die Auffindung des Seewegs nach Ostindien die gegenwärtige Geschichtsepoche, in welcher der Atlantische Ozean das eigentliche „Mittelmeer“ abgibt und das stolze Albion vermöge seines beispiellosen Kolonialbesitzes und seiner entsprechenden Seegeltung sich eine Art von Vormachtstellung errungen hat, aus der es bei der jetzigen Machtverteilung unter den verschiedenen Nationen so leicht nicht zu verdrängen sein dürfte. Seinen gefährlichsten Konkurrenten mag es vielleicht in den Vereinigten Staaten besitzen, falls diese ihre bis zum 4. März d. J. befolgte imperialistische Politik wieder aufnehmen sollten!

Jedenfalls nähern wir uns der Zeitepoche, wo der Stille Ozean allmählich zum „Mittelmeer der Zukunft“ aufrückt. Die denkwürdigen Äußerungen Lord Palmerstons und Searwards über diesen neuen Ausblick in die ganze Weltgeschichte habe ich schon oben (im dritten Abschnitt: Hawaii) wörtlich mitgeteilt. Die Engländer handelten daher ganz folgerichtig, daß sie im Clayton-Bulwer-Vertrag von 1850 mit den Amerikanern vereinbarten, daß nur beide Mächte gemeinsam einen neutralen atlantisch-pazifischen Kanal bauen sollten. Die Amerikaner wußten aber, etwa ein halbes Jahrhundert später, die ungünstige Lage, in die Großbritannien durch den Burenkrieg geraten war, geschickt dahin auszunutzen, daß sie im Jahre 1901 den Hay-Pauncefote-Vertrag durchsetzten, der es ihnen ermöglichte, einen amerikanischen Panamakanal zu bauen und sich zu dessen unbeschränkten Herrscher anzuschwingen.

Kuba.

Wie eine gewisse Ähnlichkeit zwischen dem Panama- und dem Nord-Östsee-Kanal unschwer zu entdecken ist, so kann man auch eine Parallele zwischen der strategischen Bedeutung Kubas und der von Helgoland ziehen, so außerordentlich verschieden auch sonst diese Inseln gestaltet sind. Aber wie Helgoland die Elbmündung abschließt, so beherrscht Kuba, wie ein Blick auf die Karte lehrt, die sämtlichen Zugänge zur Mississippi-mündung, und man begreift daher die Stimmung der Amerikaner, daß sie auf keinen Fall eine andere Macht dauernd im Besitz der „Perle der Antillen“ belassen wollten. Daher die schon bald nach Beendigung der beiden großen Kriege mit England einsetzenden Bestrebungen, Kuba in amerikanischen Besitz zu bringen. Das Ziel wurde teils durch Gesellschaften verfolgt, die Propaganda für den käuflichen Erwerb der Insel machten und entsprechende Anträge im Kongreß einbringen ließen, teils durch Abenteurer, die von amerikanischen Häfen aus Glibustierexpeditionen nach Kuba unternahmen und ihre

Verwegenheit zuweisen mit dem Tode büßen mußten. Jedenfalls arbeiteten die kubanischen Autonomisten, die in längeren oder kürzeren Abständen zum Aufbruch schritten, mit amerikanischer Hilfe, wenn auch nicht, wie fälschlich behauptet wird, mit solcher von seiten der Bundesregierung. Einer der loyalsten Männer, die je im Weißen Hause ihren Amtssitz aufgeschlagen haben, William M. C. Kinley, hatte den besonders lebhaften Wunsch, die kubanische Frage durch Ankauf der Insel endlich aus der Welt zu schaffen, aber gerade ihn, den Friedliebendsten von allen, sollte das Schicksal treffen, mit Spanien deswegen Krieg führen zu müssen. Durch die unausgefehlten sensationellen Schilderungen von den Greuelthaten, die aus dem sogenannten Reconcentradosystem des Generals Weyler gegen die auffällige Bevölkerung entsprangen, war schon im Jahre 1897 in den Vereinigten Staaten eine äußerst feindselige Stimmung gegen Spanien hervorgerufen worden, auf Grund deren dann die „gelbe Presse“ mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, mit Erfolg zum Kriege hegte. Es hätte kaum des verhängnisvollen Unfalls, der zur völligen Vernichtung des Kriegsschiffes „Maine“ im Hafen von Havanna am 15. Februar 1898 führte, bedurft, um die rücksichtslos entfesselten Leidenschaften der Massen in eine solche Kriegsstimmung zu versetzen, daß der Kongreß die auf eine Kriegserklärung hinauslaufenden Beschlüsse betreffend die Unabhängigkeit von Kuba faßte. Der Krieg währte kürzer, als man bei der höchst mangelhaften Kriegsbereitschaft des kleinen, in unzählige Garnisonen verzettelten amerikanischen Heeres hätte vermuten sollen. Aber die spanische, vom Admiral Cervera befehligte Flotte wurde am Tage der amerikanischen Unabhängigkeitsfeier von den überlegenen amerikanischen Schiffen vollständig vernichtet und auch das schwache, durch die vorausgegangene Blockade der Häfen seiner Zufuhren beraubte spanische Landheer nach der Erstürmung von San Juan Hill zur Kapitulation gezwungen. Der Rest der einst allmächtigen spanischen Kolonialherrschaft auf der westlichen Hemisphäre war damit endgültig zusammengebrochen, und der Pariser Frieden beseitigte für immer die spanische Flagge aus ganz Amerika und der pazifischen Inselwelt. Kuba wurde eine selbständige Republik unter amerikanischem Schutz, die bis zum Regierungsantritt ihres ersten Präsidenten Estrada Palma, am 20. Mai 1902 unter amerikanischer Militärherrschaft blieb. Das sogenannte „Platt Amendment“ (der vom amerikanischen Bundes senator Platt veranlaßte Zusatz zur kubanischen Verfassung) bestimmte, daß die Vereinigten Staaten im Interesse der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und der bestehenden Regierung zur Intervention berechtigt sind, daß die Pinieninsel vorläufig außerhalb des kubanischen Machtbereichs bleibt, daß die Amerikaner Anspruch auf Kohlen- und Marinestationen auf Kuba haben, und endlich, daß die kubanische Regierung verpflichtet ist, keine über die Kräfte ihrer gewöhnlichen Einnahmen gehenden Anleihen aufzunehmen und schließlich auch das von amerikanischer Seite begonnene sanitäre Reformwerk durchzuführen.

Worin bestand nun das letztere und die amerikanische Organisationsarbeit im allgemeinen?

„Die Arbeit, die verlangt und auch ausgeführt wurde, bestand in dem Aufbau einer Republik durch Angelsachsen in einem romanischen Lande, wo ungefähr 70 v. H. der Bewohner Analphabeten waren. In der Tat war es ein Werk, das in Wirklichkeit verlangte: eine Neuschaffung der Verwaltung, der Wohltätigkeits- und Krankenhauseinrichtungen, der öffentlichen Arbeiten, des Militär-, Schul- und Eisenbahngesetzes, wobei die denkbar schlechtesten gesundheitlichen Bedingungen angetroffen und überwunden wurden. Die Leute wurden zur Schule gebracht; ein Wahlgesetz wurde erlassen und die Bevölkerung im Gebrauch desselben geübt; ein neues Buchhaltungs- und Rechnungssystem wurde eingeführt; Volksvertreter wurden gewählt und versammelt, um für die geplante neue Republik eine Verfassung zu entwerfen und anzunehmen — kurzum, in wenig mehr als drei Jahren wurde in einer romanischen Militärkolonie, in einem der ungesundesten Länder der Erde, eine Republik fast ganz nach dem Muster

unserer großen Republik geschaffen, und diese dem kubanischen Volke übergeben, frei von Schulden, in guter Gesundheit und Ordnung, wohl ausgestattet mit einem guten Ueberfluß in der Staatskasse . . .

Obgleich die Regierung von Kuba eine Militärregierung genannt worden war, ist sie es doch nur dem Namen nach gewesen. Die Gerichte übten volle und unbehinderte Rechtspfprechung aus von Anfang bis zu Ende. Berufungen an den obersten Gerichtshof von Kuba gegen die Entscheidungen des Militärgouverneurs waren möglich, sofern es sich nicht um legislative Maßnahmen der Militärregierung handelte, wie Bekanntmachung von Gesetzen und dergleichen. . . Fast alle Beamtenstellen wurden mit Kubanern besetzt und die Regierung war so, wie sie geführt worden ist, soweit eine Volksregierung, als die gegebenen Umstände es gestatteten.“

So schrieb der General und Militärgouverneur Dr. Leonard Wood in seinem sechsbändigen Berichte über seine am 20. Mai 1902 abgeschlossene Amtstätigkeit (Bd. 1, S. 271), und er hat kaum zu viel gesagt. Im Gegenteil, bestätigt ein jeder Parteifreund so unverdächtig Beurteiler wie Professor Sapper-Zübingen (in „Petersmanns Mitteilungen“, 51. Bd, vom Jahre 1905, S. 145), daß „die Amerikaner während der kurzen Zeit der Intervention Bewunderungswürdiges geleistet haben.“

Während der ersten amerikanischen Intervention, von der Professor Sapper spricht, stand das Sanierungswerk im Vordergrund. Es galt vor allem, die ständige Pesthöhle Havana so zu reinigen, daß sie aufhörte, dem Festlande stets Epidemien zu bringen. 1898 wurde die Pockenepidemie in Santiago, die 3000 Erkrankungen mit sich gebracht hatte, erfolgreich bekämpft und im folgenden Jahre, die — wie man hofft — letzten Selbstfieberfälle durch völlige Isolierung der Kranken, und umfassende sanitäre Maßnahmen beseitigt. Die hygienische Oberleitung lag in den Händen des Obersten Sörgas, der hier das später in der Kanalzone im großen besolgte System auf einem kleineren Gebiet zuerst ausprobierte und seine Aufgabe glücklich durchführte. Abgesehen von Pocken, Selbstfieber und Malaria, galt es aber noch einen besonderen Feldzug gegen die Tuberkulose aufzunehmen, die gerade in Havanna schrecklich wütete. Die Wohnungsverhältnisse der breiten Volksschichten waren kaum besser wie in San Juan auf Porto Rico, und die ganze Lebensweise der Unbemittelten war eine unerhört unhygienische. Nicht weniger wie 40 v. H. der in den Zigarrenfabriken beschäftigten Arbeiter waren entweder direkt schwindfrüchtig oder wenigstens tuberkulös infiziert. Es wurde sofort ein Institut für die kostenfreie Behandlung Tuberkulöser eingerichtet und eine, die gesundheitschädlichen Einflüsse auf das Mindestmögliche verringende Fabrikordnung eingeführt. Die Straßen und Wohnungen wurden gründlich gereinigt, auch viele der schlechtesten Paraden niedergerissen. So gelang es in wenigen Jahren die Sterblichkeitsziffer an Tuberkulose in Havanna von 91,3 auf 20,63 v. T. herunterzusetzen.

Auch für das Unterrichtswesen wurde sehr viel getan. Die Universität von Havanna wurde reformiert, eine kunstgewerbliche Lehranstalt (School of Arts and Trades) eingerichtet, Kindergärten eröffnet, Schulhäuser gebaut, die von Privaten gestiftete Nationalbibliothek vergrößert und jährlich 30 Lehrer zur Ausbildung nach dem New Yorker Lehrerseminar zu New Palk auf Staatskosten hingeschickt. Ja, im Jahre 1900 sandte man nicht weniger wie 1000 Lehrer zu ihrer weiteren Ausbildung nach der Harvarduniversität.

Trotzdem alle diese Maßnahmen viel Geld verschlangen, wurde so gut Haus gehalten, daß bei Beginn der kubanischen Selbstverwaltung ein Vorkbestand von 1 613 828 Dollar, also mehr als 6¼ Millionen Mark, den neuen kubanischen Behörden übergeben werden konnte. Dieses günstige finanzielle Ergebnis war namentlich dadurch ermöglicht worden, daß Gouverneur Wood über die Zolleinnahmen strengste Kontrolle führen ließ und jede Unregelmäßigkeit in der Amtsführung unnachsichtlich ahndete.

Aber die tüchtige Verwaltung, die auf diese Weise der bisher so vom Unglück verfolgten Insel zuteil geworden war, sollte nicht lange standhalten. Unter der schwachen

Leitung Palmas bewiesen die Kubaner, deren Zahl im Jahre 1907 auf 2 082 282 (darunter etwa $\frac{1}{3}$ Farbige) festgestellt worden war, ein geringes Geschick zur Selbstverwaltung. Es kam wieder zum Bürgerkriege und infolgedessen zur zweiten amerikanischen Intervention im August 1906. Sollte in absehbarer Zeit noch eine dritte notwendig werden, so dürfte es mit der politischen Selbständigkeit der Perle der Antillen wohl endgültig zu Ende gehen!

Vorläufig haben die Amerikaner von den ihnen vertragsmäßig eingeräumten Häfen Guatanamo und Bahia Honda nur den ersteren als Flottenstation übernommen und auch zu befestigen begonnen. Die staatsrechtlichen Verhältnisse der Pinieninsel, welche die Spanier Isla de Pinos, die Amerikaner Isle of Pines nennen, sind soweit noch nicht geklärt, was wohl bedeutet, daß dieses fast $\frac{1}{10}$ des Herzogtums Braunschweig umfassende (3188 Quadratkilometer) große Gebiet, amerikanisch bleiben wird. Von den 4000 bis 5000 Einwohnern soll die Mehrheit, die nicht direkt amerikanisch geminnt, doch jedenfalls für die Beibehaltung der amerikanischen Souveränität einzutreten entschlossen sein. Die fruchtbare Insel wurde 1494 von Kolumbus entdeckt und damals von ihm „Fernandina“ getauft. Sie ist wertvoll durch ihre prächtigen Marmorbrüche und die reichen tropischen Bodenprodukte.

* * *

Die von England abgefallenen nordamerikanischen Kolonien nannten ihre neue staatliche Organisation nicht, wie es in Deutschland so oft geschieht, „Vereinigte Staaten von Nordamerika“, sondern „Vereinigte Staaten von Amerika“¹⁾ Die Vermutung liegt nahe, daß schon bei dieser Namenswahl den Amerikanern — bewußt oder unbewußt — das Ideal einer allmählich zu erringenden panamerikanischen Vormachtstellung vorschwebte. Jedenfalls bildete gerade dieses Ziel das Leitmotiv der ganzen amerikanischen Staatspolitik seit Errichtung der Union, das schon vor nahezu einem Jahrhundert seinen urkundlichen Ausdruck in der berühmten Monroe doktrin fand. Kein Staat kann sich eine derartige Bevormundung anderer souveräner Staaten, wie sie doch tatsächlich diese Doktrin enthält, herausnehmen, der nicht sicher ist, daß die betreffenden oder betroffenen Staaten — der Not oder dem eigenen Triebe gehorchend — ihm auch Gefolgschaft leisten werden! Nachdem die Monroedoktrin jetzt schon so lange besteht und überall offene oder wenigstens stillschweigende Anerkennung gefunden hat — die Amerikaner behaupten, daß ihr protokollarisches Vorbehalt auf der ersten Haager Friedenskonferenz die ausdrückliche internationale Sanktionierung bedeutet — erscheint die Frage müßig, ob nicht etwa in der amerikanischen Annexion der Philippinen, weil diese auf der östlichen Hemisphäre belegen sind, ein Vorstoß gegen die Monroedoktrin zu erblicken sei? Wenigstens bin ich noch immer der Auffassung begegnet, daß der Bestand der Monroedoktrin eine Machtfrage ist und nicht zuletzt davon abhängt, ob die Union gewillt, aber auch in der Lage ist, sie nötigenfalls mit Waffengewalt zu erzwingen. Das klassische Beispiel dafür gibt die Geschichte Mexikos. Die französische Invasion konnte solange fortgesetzt werden, als der große Bürgerkrieg die amerikanische Macht lahmlegte, Napoleon III. mußte aber sofort den Rückzug antreten lassen, als die Rebellion der Südstaaten gegen das Sternenbanner zusammengebrochen war.

Von den Philippinen und einigen anderen pazifischen Besitzungen abgesehen, hat sich die amerikanische Kolonialpolitik harmonisch mit der Monroedoktrin entwickelt, ja durch die Errichtung des „amerikanischen Gibraltors“ sehr wesentlich zu

¹⁾ Die einschränkende Bezeichnung wird in Amerika als eine Art von *capitis deminutio* empfunden. Der verstorbene F. W. Hols, weiland Sekretär bei der ersten Haager Friedenskonferenz, ein namhafter deutsch-amerikanischer Staatsmann, sagte einmal zum Verfasser: „Das kommt mir gerade so vor, als wenn es den Amerikanern plötzlich einfallen würde, trotz der Ereignisse von 1870/71, von einem „nord-deutschen Reich“ zu sprechen.“

deren Befestigung beigetragen. Sollte sich einmal die politische Macht- und Einflusssphäre der Amerikaner in dem ganzen Kieseengebiet von der kanadischen Grenze bis zum Isthmus von Panama ganz ununterbrochen verwirklichen, so wird der letzte Zweifel an der amerikanischen Vormachtstellung auf der westlichen Hemisphäre entschwinden sein, denn dieses — wie mir scheint, im Annarsch begriffene — Weltreich würde seinesgleichen auf Erden noch kaum gehabt haben. Vielleicht erscheint dieses Ziel auch manchem Gegner der Beibehaltung der Philippinen wichtiger als die Festsetzung auf diesem so weit vom Mutterlande entfernten asiatischen Inselreiche. Aber der eingefleischte amerikanische „Imperialist“ wird sich immer fragen, ob die Macht der Vereinigten Staaten nicht groß genug ist, um dem panamerikanischen Ziele auch unter Festhalten der nun einmal mit so gewaltigen Opfern an Gut und Blut errungenen Vorpostenstellung im chinesischen Meer zustreben zu können?

Bei weitem der schwächste Punkt in der ganzen amerikanischen Kolonialpolitik ist unzweifelhaft die schwankende Haltung zur Philippinenfrage. Der amerikanische Durchschnittsphilistener denkt mit Staatssekretär Bryan, der ihn in so mancher Hinsicht verkörpert: „Was ist mir Heluba?“, und möchte am liebsten von den Philippinen gar nichts hören, deren Besitz er höchstens als ein *beneficium odiosum* anzusehen geneigt ist. Und Präsident Wilson ist der Machthaber, der besonders in dieser Frage mit seinem ersten Minister übereinstimmt und jetzt mehr wie je an den Verzicht auf die Philippinenherrschaft zu denken scheint. Auf der anderen Seite steht die seit Jahr und Tag in Republikaner und Progressive gespaltene Mehrheit der Nation, die sich schon im Jahre 1900 für den „Imperialismus“ entschieden hat und seitdem kaum ihre Ansicht wesentlich geändert haben dürfte. Wilson wird jedenfalls eine schwere Verantwortung auf sich nehmen, wenn er auf dem Felde der amerikanischen Stillen-Ozean-Politik ähnlich handelt, wie einst in der preussischen Konfliktzeit ein Redner haben wollte, als er das große Wort gelassen aussprach: „Man müsse Preußen den Großmachtskizel anstreiben.“ Ich vermute, daß ihm im Ernstfalle selbst die meisten Wortführer seiner eigenen Partei im Stiche lassen dürften!

Während aber kein Zweifel darüber möglich ist, daß die schwankende Haltung der Amerikaner in der Philippinenfrage in keiner Weise für andere Nationen vorbildlich sein kann, scheinen aber doch einige *Anwendungen* aus der amerikanischen Kolonialpolitik für Deutschland in Frage zu kommen. Ich möchte nur folgendes anführen:

Die Amerikaner haben stets unbedenklich zugegriffen, wo immer sich Gelegenheit bot — um mit Seward zu reden — ihrem „angelsächsischen Landhunger“ Nahrung zuzuführen, selbst auf die Gefahr hin, mit einer leitenden Doktrin in Widerspruch zu geraten. Indem sie sich auf alle Fälle Alaska im äußersten Nordwesten und die Kanalzone im äußersten Süden aneigneten, haben sie sich die Aukunft gesichert, dereinst ganz Nord- und Mittelamerika in ihre Interessensphäre einzubeziehen, wobei sie es ruhig abwarten können, wie die Kanadier sich stellen mögen. Diese Großzügigkeit steht ohne Vergleich da, doch scheint mir leider keine Wendung der Dinge absehbar zu sein, die es Deutschland etwa ermöglichte, eine ähnliche Politik in Europa zu betreiben.

Wohl aber haben die Amerikaner in der Verwaltung ihrer Kolonien im allgemeinen Grundsätze betätigt, die alle Kolonialmächte befolgen sollten, die es bisher noch nicht getan haben. Ich denke da in erster Linie an die *Hebung der Volksgesundheit* sowie der *Volksbildung*, in zweiter an die *Entwicklung der natürlichen Hilfsquellen*. Ich glaube nicht, daß soweit für die hygienischen Großtaten des Obersten Görgas in der Sanierung von Havanna und der Kanalzone irgendein Zeiteinstück vorhanden ist. Eine Bestätigung dafür sehe ich in der Meldung amerikanischer Blätter, daß ein deutscher Hygieniker, Dr. E. Martini, im Herbst d. J. nach Panama gekommen sein soll, um im Auftrage der deutschen Regierung die

Gorgas'schen Arbeiten zu studieren und daraus für die Sanierung der deutschen Kolonien in Afrika Nutzen zu ziehen.

Endlich betrachte ich es als den Vorzug der amerikanischen Kolonialpolitik, daß sie zwei große Ziele ins Auge gefaßt hat, deren erstes die Ausdehnung ihrer Macht- und Einflußsphäre auf ganz Nord- und Mittelamerika war, deren zweites — wenigstens zur Zeit der republikanischen Regierung — auf die Erringung der Vormachtstellung im Stillen Ozean hinauslief. Für letzteres bildete die Kette Hawaii, Guam und die Philippinen den Lebensnerv, der unfehlbar verdorren würde, sobald das Endstück von ihr abgetrennt würde. Diese Bedeutung der Philippinenfrage, sollte man meinen, könnte auch den jetzigen Machthabern in Washington unmöglich entgehen!

Zum Schluß möge nur noch ganz kurz die Frage gestreift werden, welche Möglichkeiten die Philippinen für den Fall bieten, daß sie von den Amerikanern aufgenommen werden sollten? Gleichviel, ob sie mit oder ohne Erklärung ihrer neutralen Stellung eigener Regierung sich erheben werden, dürften es sich einzelne Mächte nicht nehmen lassen, um die Erringung des größtmöglichen Einflusses auf dieses Inselreich entsprechende Anstrengungen zu machen. Die Japaner werden die Eroberung der Philippinen für nicht minder wichtig ansehen als ihre Festmachstellung in Korea und dessen Nachbarländern! Da mag dann auch für Deutschland die Frage auftauchen, ob es nicht angebracht wäre, sich hier um die amerikanische Erbschaft — falls es eine solche überhaupt geben sollte! — selbst zu bewerben? Freilich mag der Erwerb der Philippinen jetzt eine weit schwierigere Aufgabe sein, als vor 15 Jahren, wo anscheinend Admiral Diederichs eine deutsche Anwartschaft hier zuerst anmeldete. Aber inzwischen hat sich auch herausgestellt, daß die Philippinen einen weit wertvolleren Besitz bedeuten, als man damals ahnte. Es mag sich also immerhin verlohnen, den Gegenstand einmal gründlich zu studieren — die Gelegenheiten, auf der so gut wie völlig verteilten Erdoberfläche etwas zu erringen, kommen so selten, daß man keine, die sich bietet, ohne ernstliche Prüfung vorübergehen lassen sollte!

Die wirtschaftliche und verkehrsgeographische Bedeutung der südafrikanischen Kohle.

Von Dr. H. Kleinkem, Johannesburg, Transvaal.

In den obersten und jüngsten Gesteinschichten der südafrikanischen Hochebene, der Karroformation, lagen mächtige, weithin sich erstreckende Steinkohlenflöze. An vielen Stellen, wie zum Beispiel an den steilen Berghängen der tiefeingeschnittenen Täler des Olifant- und Wilgeflusses in Transvaal, liegen sie bloß, an vielen anderen sind sie durch Bohrung in großer Ausdehnung nachgewiesen und, wo es sich als lohnend erwies, in Abbau genommen. Das sind in erster Linie die Kohlendistrikte von Middelburg-Belfast im mittleren, Heidelberg, Ermelo, Carolina im östlichen Transvaal, Brakpan, Walsburg, Springs in geringer östlicher Entfernung von Johannesburg, Viljoens, Triff auf dem linken (Freistaat-)Ufer und Vereeniging auf dem rechten (Transvaal-)Ufer des Vaalflusses, Newcastle, Dundee in Natal. In der Kapkolonie haben sich die zahlreichen in Abbau genommenen Flöze bis auf wenige Ausnahmen bei Andwe und Doltens in den Stormbergen als nicht abbaufähig erwiesen. Ebenso sind hier die wahrscheinlich tertiären Braunkohlenablagerungen im Miterhage- und Ausfnadistrikt von geringem praktischen Wert. All die erwiesenen Kohlenvorkommen berechtigen indessen vollaus zu der Feststellung, daß die ganze Hochebene des zentralen Südafrika als ein ungeheures Kohlenfeld anzuspreehen ist.

Im allgemeinen sind die Kohlenflöze leicht zugänglich. Wo sie, wie am Olifant- und Wilgefluß im Middelburgdistrikt, anstehen, werden die Kohlen vielfach in einfachster

Weisse durch horizontale Stollen abgegraben. Anderweitig sind regelrechte Schächte notwendig, deren Tiefe allerdings 150 Meter nur ausnahmsweise übersteigt.

Die Dicke der Flöze variiert beträchtlich, hält sich jedoch meist zwischen 0 und 20 Fuß. Stellenweise finden sich Anhäufungen bis zu 60 Fuß Mächtigkeit. Ebenso ist die Güte der Kohle außerordentlich verschieden, selbst auf ganz geringe Entfernungen. Dieser Unterschied knüpft sich in erster Linie an das Auftreten bzw. Fehlen von feinen und schieferigen Bändern, die von der eigentlichen Kohle, mit der sie zwischenlagern, nicht getrennt werden können. Die Natalkohlen sind vielfach durch intrusive Tolerit mehr oder weniger anthrazitifiziert. Einen hohen Brennwert kann man indessen der südafrikanischen Kohle wohl kaum zusprechen. Die Natalkohle erscheint noch als die wertvollste.

Die Kohlen werden in Südafrika in so reichlicher Menge gefördert, daß schon lange eine Einfuhr fremder Kohlen (von geringen Mengen Koks abgesehen: 1911: 4662, 1912: 4241 Tonnen) nicht mehr stattfindet. Von Jahr zu Jahr hat sich die Ausbeute mit Ausnahme der in Quantität und Qualität zurückstehenden Kapkohle gehoben. Für den Zeitraum seit 1906 gibt uns darüber folgende Tabelle näheren Aufschluß:

Jahr	Kapkolonie	Transvaal	Freistaat	Natal	Zusammen
1906	142 877	2 897 818		1 397 940	4 438 635
1907	144 040	2 879 867		1 726 923	4 750 830
1908	122 865	3 211 510		1 881 806	5 216 181
1909	103 281	3 893 449		2 035 757	6 032 487
1910	88 873	3 785 668	434 861	2 482 249	6 791 651
1911	84 768	4 173 761	468 444	2 755 228	7 482 201
1912	66 676	4 600 191	510 639	2 764 837	7 942 343

Zeit 1906 hat demnach die Gesamtförderung um 3 508 708 Tonnen zugenommen, das heißt ungefähr um 80 Prozent. Den größten Anteil hat dabei schon seit Jahren Transvaal.

Daß gerade Transvaal derartig große Mengen von Kohlen liefert, ist von großer Bedeutung; denn der wirtschaftliche Wert der Transvaalkohle ruht in erster Linie in den von Jahr zu Jahr sich steigenden Bedürfnissen des Goldbergbaus am Witwatersrand. Obwohl immer mehr Goldminen mit elektrischer Energie versorgt werden, hat sich der Kohlenverbrauch des Landes noch stetig erhöht, so in den beiden letzten Jahren (1911 und 1912) von 3 020 107 auf 3 034 544 Tonnen. Besonders wichtig für die Entwicklung des Goldbergbaus ist der Umstand, daß Kohle in guter Qualität und in hinreichenden Mengen in unmittelbarer Nähe der Goldminen, bei Volksburg, Springs usw. gefunden wird.

Die südafrikanischen Eisenbahnen verbrennen nur noch einheimische Kohle; sie verbrauchten 1911: 1 337 376 und 1912: 1 566 333 Tonnen. Auch im Schiffsverkehrsverkehr spielt die südafrikanische Kohle bereits eine bedeutende Rolle. Die geographische Lage der Natalkohlengruben bedingt ja schon gewissermaßen eine Verfrachtung der hier gewonnenen Kohlen hauptsächlich seewärts. Denn die Hauptverladestation der Natalkohlen, Daiting Spruit, liegt nur 240 englische Meilen von dem Hafen Durban entfernt. Durban hat sich denn auch seit einigen Jahren zu einem wichtigen Kohlenhafen entwickelt. Es wurden verladen 1911: 1 808 997 Tonnen, 1912: 1 835 297 Tonnen Kohlen, und zwar:

	1911	1912	Mehr oder weniger
als Bunkerkohle . . .	1 426 319 Tonnen	1 209 606 Tonnen	— 216 713 Tonnen
als Exportkohle . . .	84 116 "	174 087 "	+ 89 971 "
nach Kapstadt . . .	254 316 "	398 458 "	+ 144 142 "
nach anderen südafri-			
nischen Häfen . . .	44 246 "	53 146 "	+ 8 900 "
Insgesamt	1 808 997 Tonnen	1 835 297 Tonnen	+ 26 300 Tonnen

Der Rückgang in der Menge der Bunkerkohlen ist ohne Zweifel bloß ein vorübergehender und auf einen 1912 allgemein geringeren Schiffsverkehrsverkehr in den südafrikanischen Häfen zurückzuführen. Die nach Kapstadt versandte Kohle wird dort in erster Linie auch als Bunkerkohle verwandt, und zwar 1911 mit 184 894, 1912 mit 341 781

Tonnen. Der Versand von Kohlen nach Kapstadt auf dem Landwege findet übrigens der hohen Bahnfrachten wegen nur in beschränktem Maße statt. Da jedoch in der Kapkolonie für den Verkehr nach dem Innern, insbesondere nach Transvaal, stets ein großer Bedarf an leeren Wagen herrscht, beabsichtigt die Eisenbahnverwaltung, die vom Innern herunterkommenden leeren Wagen künftighin für einen billigeren Transport von Kohlen nach Kapstadt zu verwenden. Diese Maßnahme würde natürlich vor allem dem sich stark entwickelnden Kohlenbergbau Transvaals zugute kommen; die Natalgruben bedürfen ihrer nicht. Zwar vermag Transvaal einen großen Teil seiner Kohlen auch über Lourenco-Marques als Bunker- oder Exportkohle abzugeben; das zeigt folgende Tabelle:

Lourenco-Marques	1911	1912	Zunahme
Bunkerkohle.	91 517 Tonnen	147 947 Tonnen	56 430 Tonnen
Exportkohle.	22 150 "	215 323 "	193 173 "
Insgesamt	113 667 Tonnen	363 270 Tonnen	249 603 Tonnen

Doch wird Lourenco-Marques als Kohlenhafen wohl niemals die Bedeutung erlangen, die Kapstadt vermöge seiner vorteilhaften Weltlage zusteht. Kapstadt ist als Kohlenstation unstreitig der am günstigsten gelegene Platz der südlichen Halbkugel.

Der verkehrsgeographischen Bedeutung Kapstadts hat seinerzeit die Eröffnung des Suezkanals einen empfindlichen Abbruch getan. Mit der Auffindung der Kohle in Südafrika und ihrer Verwendung im Schiffsverkehrsverkehr hat Kapstadt indessen ein Mittel erlangt, die durch die Eröffnung des Kanals hervorgerufene Hemmung seiner Entwicklung bis zu einem gewissen Grade wettzumachen. Die Bedeutung des Suezkanals liegt bekanntlich in der gewaltigen Weg- und Zeiterparnis, die vor allem dem Verkehr zwischen dem Nordatlantischen Ozean einerseits, Süd- und Ostasien, Australien, Südsee andererseits zugute kommt. Trotz der hohen Kanalabgaben ist der Kanal der gegebene Verkehrsweg vor allem nach Süd- und Ostasien. Für Australien verschiebt sich jedoch das Verhältnis mehr zugunsten der Kaproute, wenn auch die Kanalroute immer noch die kürzere bleibt. Seitdem nun und je mehr Kapstadt als Kohlenstation Schiffen die Möglichkeit bietet, sich billige Bunkerkohle zu verschaffen, so daß sie vom Beginn der Reise weniger Kohle mitzunehmen brauchen und dadurch mehr Raum für Ladung erhalten, kann man annehmen, daß die mit hohen Abgaben erkaufte Wegersparnis in ihrer Bedeutung für die Benutzung des Kanalweges mehr und mehr verlieren wird. Um so mehr, als hier auch noch verkehrstechnische Erwägungen zur Geltung kommen. Die Schiffsahrtsgesellschaften sind selbstverständlich unaufhörlich bestrebt, die Fahrtunkosten ihrer Dampfer zu verringern, ihre Arbeitsleistung also entsprechend zu vergrößern. Die Kohlenmenge, welche vor 25 Jahren ein Dampfer von 4000 Tonnen totem Gewicht mit voller Ladung für eine Strecke von 1000 Seemeilen bei einer bestimmten Geschwindigkeit verbrauchte, genügt heute bei gleicher Entfernung und Geschwindigkeit für die doppelte Ladung. Maschinentechnische Verbesserungen und Neuerungen haben dies ermöglicht. Es läßt sich daraus ermessen, wieviel mehr Raum ein Dampfer für Ladung hat, insbesondere wenn es ihm möglich ist, den Kohlenvorrat für den eigenen Bedarf auf halbem Wege zu erneuern. Diese Erwägungen bergen zweifellos Vorteile, die bis zu einem gewissen Grade die Wiederbelebung des Seewegs um das „Kap der guten Hoffnung“, das damit zum zweitenmal diesen Namen beanspruchen darf, in Aussicht zu stellen vermögen. Und darin liegt in erster Linie die verkehrsgeographische Bedeutung der südafrikanischen Kohlen.

Noch eines bleibt für ihre wirtschaftliche Bewertung zu berücksichtigen. Für unser Südwest ist die Kohlenfrage eine ungemein wichtige. Der Gedanke, die Kohle für unser Schutzgebiet aus der benachbarten Union zu beschaffen, liegt auf der Hand und ist ein Faktor, der sicher noch einmal eine wichtige Rolle in dem gegenseitigen Abpaß der Landeserzeugnisse spielen wird. Bedingung dafür ist allerdings der Bahnanschluß von Deutsch-Südwestafrika an das Rahnenetz der Union. Es ist jedoch nur noch eine Frage der Zeit, daß dieser auf beiden Seiten gehegte Wunsch erfüllt wird.



